



AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845



vom 07. März 2024

**Ein gemeinsamer Rundbrief von AG Ostmitteleuropa (AGOM) e. V.
Berlin und Landsmannschaft Westpreußen e. V. Berlin
Herausgegeben von Reinhard M. W. Hanke (V.i.S.d.P.)**

Auflage: Verteiler von über 2.400 Konten

www.ostmitteleuropa.de

www.westpreussen-berlin.de

Anschrift der Redaktion: agom.westpreussen.berlin@gmail.com

Landsmannschaft Westpreußen e. V., Brandenburgische Straße 24 – Steglitz, 12167 Berlin

Ruf: 030-257 97 533 (Büro), Fax-Nr.: auf Anfrage

Postbank Berlin: IBAN DE26 1001 0010 0001 1991 01 BIC PBNKDEFF, LM Westpreußen



Danzig, Westpreußen (Gdańsk): Sankt Katharinen-Kirche, gegenüber der Großen Ordensmühle (re). - Aufnahme: Reinhard M. W. Hanke, 15.09.2023, IMG 8350.

Seiten A a bis A e: Übersicht in Karten
Seite A f: Impressum

Seite A a zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024



P. Jordan: „Großgliederung Europas nach kulturräumlichen Kriterien“, Europa Regional 13 (2005), Heft 4, Leibniz-Institut für Länderkunde, Leipzig. Karte Europa Grünes Band.png

https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Grossgliederung_Europas.png

Eine eindeutige Definition der geografischen Regionen West- und Ostmitteleuropa ist kaum sinnvoll, weil die historische Entwicklung und der Entwicklungsstand[1] der dort liegenden Staaten zu berücksichtigen wäre.

Im Sprachgebrauch West- und Mitteleuropas spiegelt sich annähernd folgende Zuordnung der Staaten wider:

- Westmitteleuropa: Deutschland, Österreich, die Schweiz und Liechtenstein
- Ostmitteleuropa: zumindest Polen, Tschechien, die Slowakei und Ungarn. Manchmal werden auch Rumänien, Slowenien und Kroatien dazugezählt.

Landschaftlich gehört Ostösterreich zu Ostmitteleuropa, die Zuordnung Österreichs zu Westmitteleuropa wurzelt politisch-geographisch in der Zeit des mittleren zwanzigsten Jahrhunderts. Physisch ist hier die Grenze im Raum zwischen Alpen und Böhmischer Masse zu sehen. Diese Grenze entspricht etwa den klimatischen Grenzen des atlantischen Einflussbereichs zum Pannonischen Klima.

West- und Ostmitteleuropa in diesem weiteren Sinne zusammen entsprechen etwa auch dem Begriff Mitteleuropa oder Zentraleuropa, englisch Central Europe (CE). Abzugrenzen ist diese kulturgeographische Region vom wirtschaftspolitischen Begriff MOEL Mittel- und osteuropäische Länder / CEE Central and Eastern Europe, einem Konzept, das etwas umfassender dem hier erwähnten Ostmitteleuropa entspricht oder umfassend östlicher zu sehen ist.

Quelle: WIKIPEDIA „Ostmitteleuropa“, aufgerufen am 28.11.19, 12:50 Uhr:

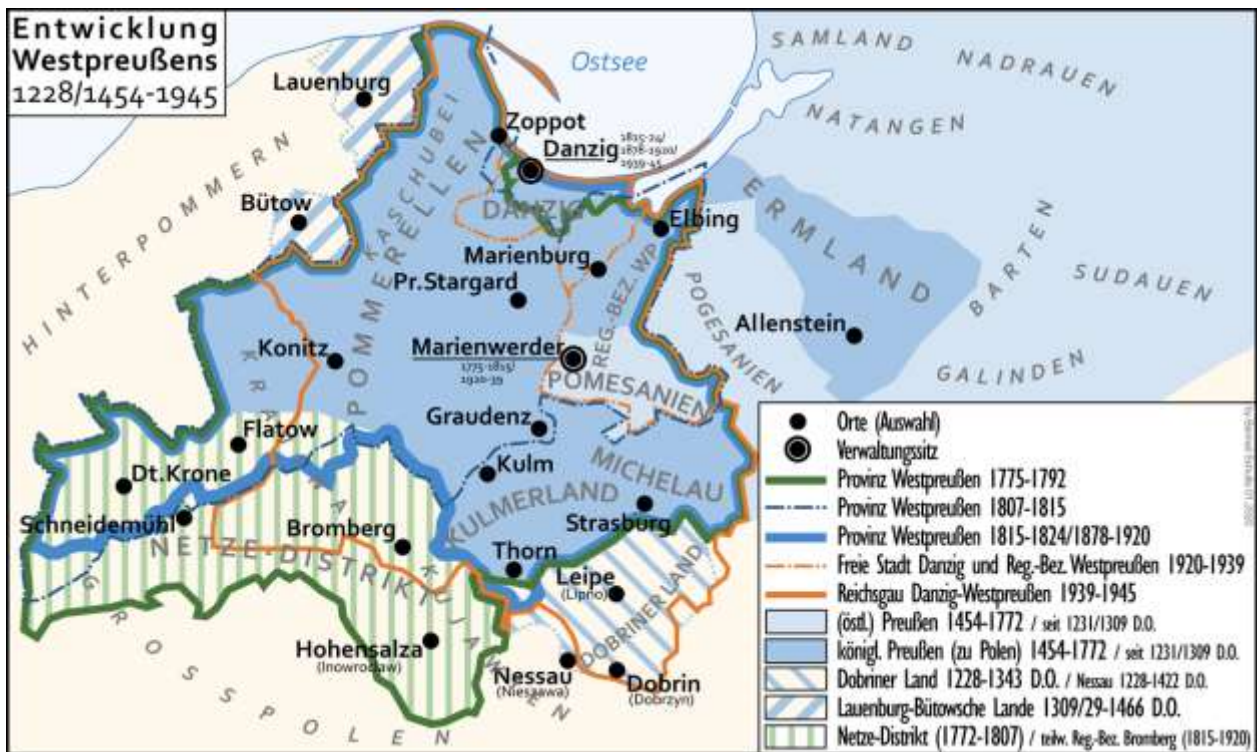
<https://de.wikipedia.org/wiki/Ostmitteleuropa>

s.a. Carl-von-Ossietsky-Universität Oldenburg: Begr. „Ostmitteleuropa“ im



Hellgrau: Herzoglich Preußen. Farbige: Königlich Preußen mit seinen Woiwodschaften als Teil Polen-Litauens.

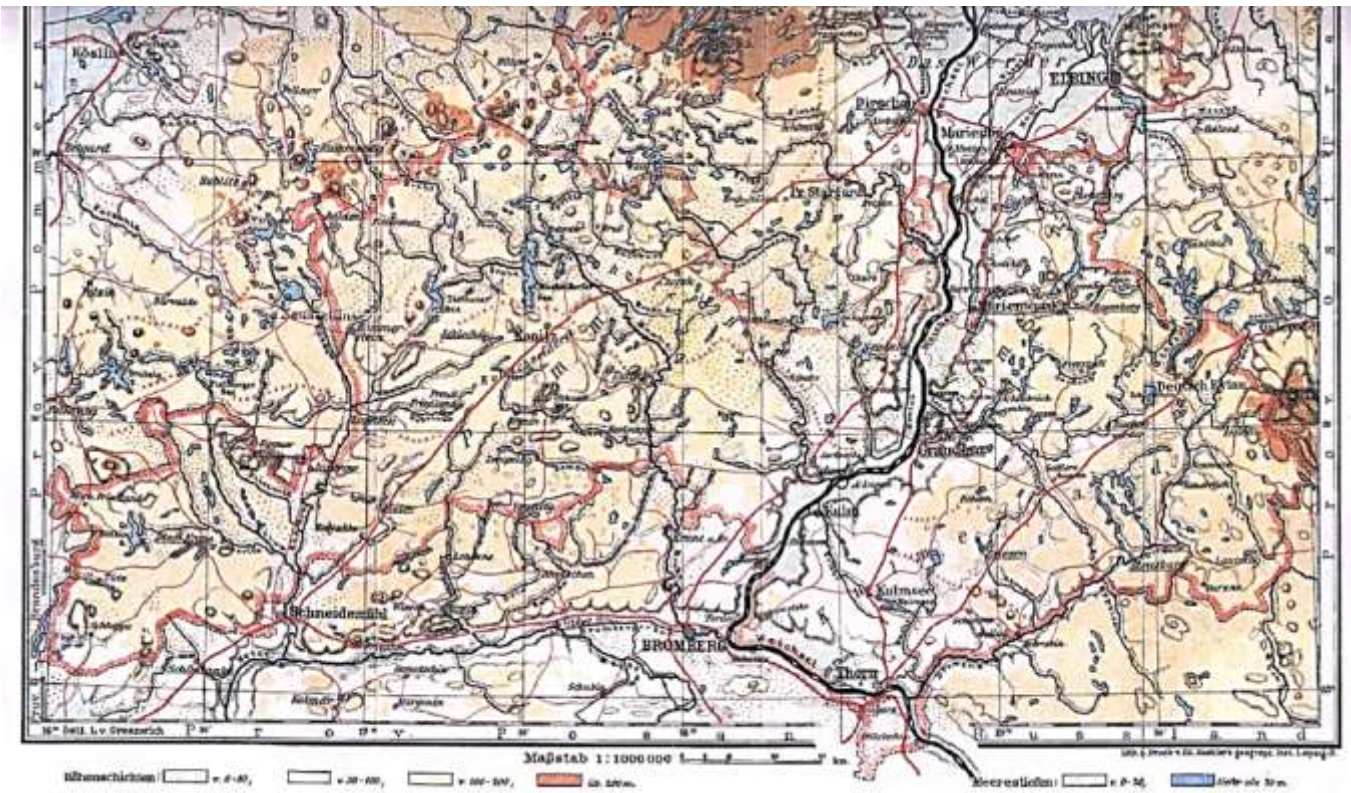
Beide Karten dieser Seite aus: WIKIPEDIA, aufgerufen am 04.03.2021, 09:50 Uhr: <https://de.wikipedia.org/wiki/Westpreu%C3%9Fen#/media/Datei:Entwicklung%CC%A0Westpreussen.png>



Entwicklung Westpreußens 1228/1454–1945

Seite A c zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

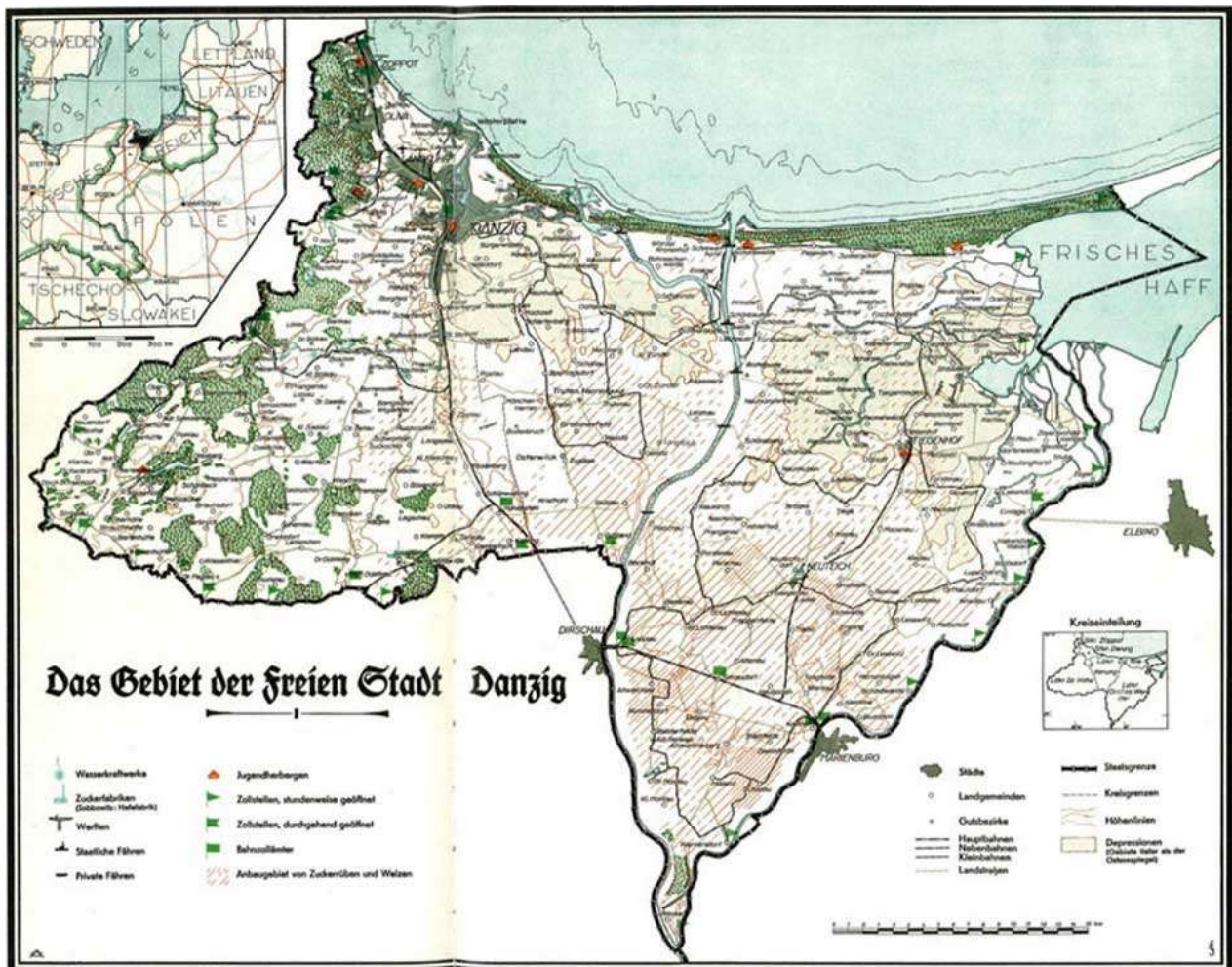
PROVINZ WESTPREUSSEN

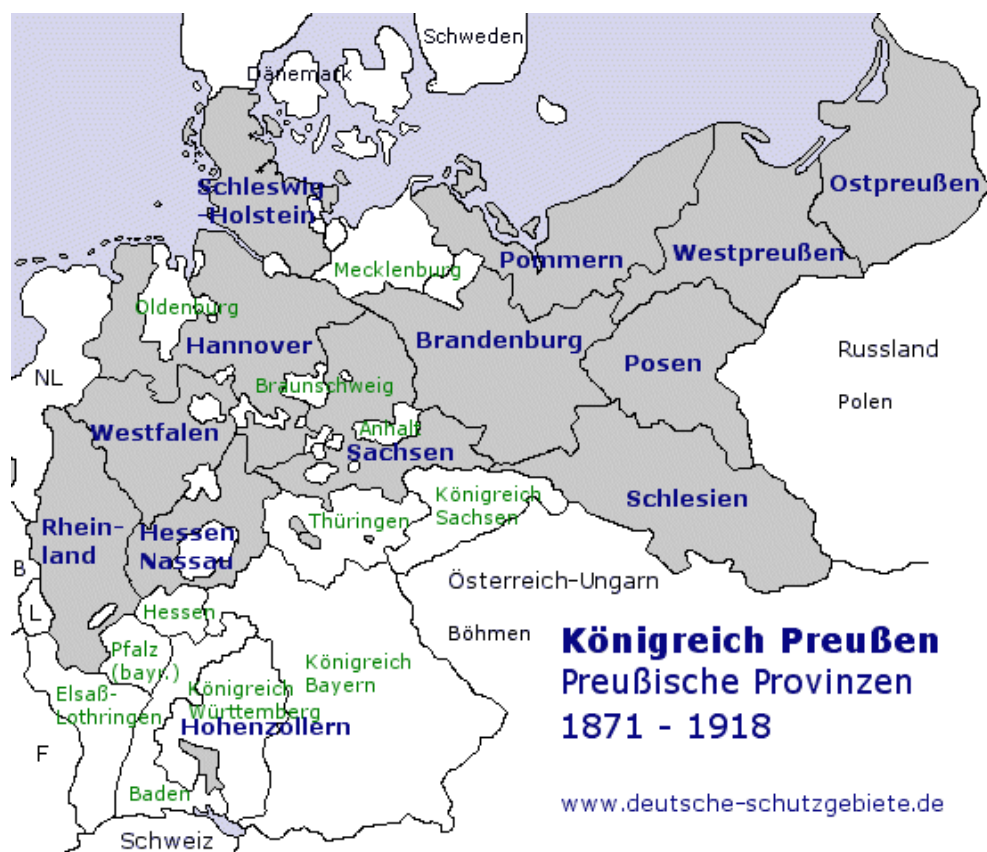




Nec temere nec timide
Weder unbesonnen noch furchtsam

- Wahlspruch der Hansestadt [Danzig](#) -





Karte der Provinz Westpreußen von 1878 – 1920

IMPRESSUM

Büro der Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin:
Brandenburgische Straße 24 Steglitz,
12167 Berlin
Ruf: 030-257 97 533; Fax-Nr. auf Anfrage.
Öffnungszeiten: Mo 10-12 Uhr und nach Vereinbarung.
<agom.westpreussen.berlin@gmail.com>



Unsere Geschäftsstelle im Sockelgeschoss des Hauses Brandenburgische Straße 24 in Berlin-Steglitz.
Kontakt zur Wohnbevölkerung und zu den Vorbeiwandernden ist selbstverständlich!



Redaktionsschluss für diesen AWR-Nr. 844 vom 08.02.2024:

Montag, 05.02.2024, 12:00 Uhr (vereinzelt auch früher)

Der nächste Rundbrief Nr. 845 erscheint) voraussichtlich, am
Donnerstag, dem 07.03.2024.

Redaktionsschluss für AWR-844: Montag, 04.03.2024, 12:00 Uhr

Achtung! Ab Januar 2023 erscheint der AGOMWBW-Rundbrief (AWR) monatlich!

Wir bitten die Veranstalter, bei der Meldung ihrer Termine, das zu berücksichtigen!

Wir sind keine Tageszeitung!

Dachverband Steglitz-Zehlendorfer Seniorenvereinigungen:

Hier arbeiten wir – AG Ostmitteleuropa e. V. (AGOM) Berlin und Landsmannschaft Westpreußen e. V. Berlin - erfolgs- weil ergebnisreich mit:

Tanzgruppe „Beschwingter Kreis“ – Leitung Horst Teschendorf
Chinesische Tanzgruppe Berlin – Leitung QunZu
Montagsgruppe Selerweg-Griechischer Tanz – Leitung Thomas Bakalios
Folklore Tanzkreis – Leitung Marlies Hartung



REISEN UND WANDERN

Reise und Wandergruppe „Post-Senioren“ – Leitung Hans-Eckhard Bethge
Erlebnisreisen – Leitung Detlef Lohmann



REPAIR CAFÉ

Repair-Café – Leitung Rüdiger K. Büttner



UND WAS GIBT ES AUCH NOCH?

Selbsthilfegruppe für pflegende Angehörige – Leitung Marina Dillmann
Arbeitsgemeinschaft Ostmitteleuropa e.V. – Leitung Reinhard M.W. Hanke
Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin – Leitung Reinhard M.W. Hanke
Briefmarken – Leitung Wolfgang Hartmann
Seniorengruppe Feierabend – Leitung Friedrich Limbach
Auszeit für die Seele – Leitung Ivette Nitsche
FAL-Freude am Leben e.V. – Leitung Rosita Schiffler
Hausfrauen-Trödel – Leitung Eveline Zitzlaff

Die Gruppen haben alle eine Gruppenleitung, die ehrenamtlich tätig ist und Interessenten und Neueinsteiger gerne berät.

Haben wir Ihr Interesse geweckt? Dann rufen Sie uns bitte an.
Wir beraten und vermitteln Sie an eine unserer Gruppen.
Wir stehen Ihnen ebenfalls zur Verfügung, wenn Sie eine Gruppe gründen möchten.



KONTAKT

Michael Mielke, 0176 – 34 66 58 27
michaelmielke1000@t-online.de
Zusätzliche Informationen finden Sie unter
www.seniorenmitpower.com



Aktiv im Alter – Gemeinsam statt einsam



50 Jahre Dachverband – Ein Rückblick, aber auch ein Ausblick

Anfang der 70er Jahre kamen in Steglitz die ersten Seniorengruppen zusammen, um ihre Freizeit zu gestalten. Unter dem Motto: „Miteinander – Füreinander“ gründeten sie am 5. September 1973 den Dachverband Steglitzer Seniorenvereinigungen unter der Leitung von H.J. Behrendt. Bis 1991 war der Dachverband auch gleichzeitig Seniorenbeirat im Bezirk und nahm Aufgaben wahr, die heute von der Seniorenvertretung übernommen worden sind. Mit der Verschmelzung der Bezirke Steglitz und Zehlendorf fand die Anpassung des Dachverbandes statt, so dass es heute den Dachverband Steglitz-Zehlendorfer Seniorenvereinigungen gibt. Das Interesse der älteren Bevölkerung an aktiver Freizeitgestaltung hat im Laufe der Jahre stetig zugenommen. Heute sind 55 Mitgliedsgruppen in 8 Sparten organisiert. Der Dachverband ist überparteilich, unabhängig, gemeinnützig und wird vom Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf und vielen Spendern unterstützt und gefördert. Was ist Aufgabe des Dachverbandes in der Zukunft? Nicht nur gestern, sondern auch heute und morgen gilt es, Menschen eine Plattform zur Verfügung zu stellen, die ihrem Leben einen schöneren Sinn geben kann, die fördert und zusammenführt. Es steht für unsere Zielsetzung, Abwechslung und motivierende Grupeerlebnisse zu organisieren und wegzukommen von Langerweile. Der Dachverband wird auch in Zukunft als Sprachrohr für und Bindeglied zwischen Senioren und Bezirk auf ehrenamtlicher Basis zu verstehen sein und daher ein nicht weg zu denkender Faktor bleiben.



UNSERE ANGEBOTE IM ÜBERBLICK

FOTO UND VIDEO

Fotoclub Steglitz-Zehlendorf – Leitung Reinhard Krause
Berliner Tonfilm Amateure e.V. BTA – Leitung Inga Winterfeldt



GYMNASTIK UND YOGA

Cantienica-Beckenboden- und Rückentraining
– Leitung Corinna Buchholz
Yoga 50+ – Leitung Sabine Goldbach
Gymmis – Leitung Heidrun Kistler
Trampolinfitness – Leitung Tania Lipowski
Chi Gong Gruppe – Leitung Dr. Ortwin Lüers
Sportgruppe – Leitung Martina Lutter-Walther
Old Gymnastics Boys – Leitung Michael Mielke
Gymnastikgruppe Trimmis – Leitung Ilona Nixdorf

Yogagruppe – Leitung Hildegard Pätzold
Taiji Gruppe – Leitung Wolfgang Wagner



KARTENSPIELE UND SCHACH

Doppelkopf für Nichtraucher – Leitung Conny Amor
Bridge Sport Club Nr. 6 – Leitung Claus-Dieter Barnowski
Canasta – Leitung Eva-Maria Fornarelli
60 + Doppelkopf ohne 9! – Leitung Hans-Jürgen Rook
Bund Schachgruppe – Leitung Abdollah Safai-Nia
Skatfreunde ,09 – Leitung Thomas Scherzer
Skatfreunde Kute 85 – Leitung Wolfgang Schuttsch
Skatgruppe – Leitung Jürgen Seidel
Doppelkopf für Nichtraucher „Moonlight Gamblers“
– Leitung Kurt Thiede
Bridge – Leitung Wolfgang Walter
Skatgruppe – Leitung Sylvia Weihe



KREATIVES GESTALTEN

Malen – Leitung Monika Fischer
Malen „Berliner Palette“ – Leitung Renate Heckert
Porzellanmalen – Leitung Gabriele Tschampel
Acrylmalgruppe – Leitung Antonia Vogt



MUSIK UND TANZ

Nefatari – Orientalischer Tanz – Leitung Gisela Altintas
Seniorenorchester Berlin-Zehlendorf – Leitung Renate Blauert-Catudal
Alphorn – Leitung Horst Jaitner
Shanty-Chor Berlin e.V. – Leitung Peter Keller
Kapelle B/The Dixies/September – Leitung Karl-Josef Lenz
Square Up's SDC – Leitung Günter Löscher
Ess Choreal – Leitung Gisela Manz
Frauenchor – Leitung Heidrun Nicking
Dynamite Devils Berlin SDC – Leitung Rainer Peter
Honey Bears SDC – Leitung Carsten Rauter
Rubber Dollies SDC – Leitung Erika Schütten
Naturton-Salon – Leitung Gesa Schumann
Orientalischer Tanz – Leitung Alexandra Staats

Teil A

Inhaltsverzeichnis (Seiten A I – A V)

Karte Großgliederung Europas/Begriff „Ostmitteleuropa“	Seite A a
2 Karten zur Geschichte Westpreußens	Seite A b
Westpreußen in Physisch-geographischen Karten	Seite A c
„Freie Stadt Danzig“, Wappen und Karte	Seite A d
Karte des Königreichs Preußen und Karte der Provinz Westpreußen von 1871/78 – 1920	Seite A e
Impressum / Mit Bildern unserer Geschäftsstelle in Berlin-Steglitz	Seite A f
Dachverband Steglitz-Zehlendorfer Seniorenvereinigungen: Hier arbeiten wir – AG Ostmitteleuropa e. V. (AGOM) Berlin und Landsmannschaft Westpreußen e. V. Berlin - erfolgs- weil ergebnisreich mit	Seite A g

Rechtsradikal?

Seite A 0

A. a) Editorial

Seiten A 1 - A 3

Verbleib des 1944 geretteten Danziger Paramentenschatzes im Lübecker St. Annen-Museum. Von Reinhard M. W. Hanke, Hans-Jürgen Kämpfert, Dr. Jürgen Martens

A. b) Stellungnahmen, Briefe und Leserbriefe

Seite A 4 – A 22

- 01) Offener Brief von Frau Baronin von Sass an Bundeskanzler Olaf Scholz
- 02) Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der AfD-Fraktion im Bundestag vom 03.01.2024 zur „Haltung der Bundesregierung zur Verschenkung des Danziger Paramentenschatzes an die Danziger Marienkirche in Polen“
- 03) Petition „Danziger Paramentenschatz“ bis 31. März 2024
- 04) Liste für handschriftliche Unterstützung der Petition „Ostdeutsches Kulturgut“. **Laufzeit der Petition verlängert bis 31.03.2024**
- 05) Globalismus: Indoktrination durch die EKD. Von Jürgen Martens

A. c) Aufruf zur Unterstützung

Seiten A 23 – A 27

- 1) Finanzielle Unterstützung der Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin
- 2) BdV: Ewige Flamme“ in Berlin-Charlottenburg braucht Ihre Unterstützung
- 3) Aufruf des Leibniz-Instituts für Länderkunde: Heimatzeitschriften erbeten!

„Zum Wohle des deutschen Volkes...“, Grundgesetz, Artikel 64 und 56
Du musst denken

Seite A 26

Seite A 27

A. d) Forderungen und Grundsätze

Seite A 28

Diese Themen finden Sie jetzt auf unseren Leitseiten:

http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810_Leitseiten_Forderungen-Grundsätze.pdf

- 1) Rettet die kulturelle Vielfalt – rettet den Sonnabend! „Rote Karte“ für die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG)
- 2) Der Begriff „Vandalismus“ ist zu brandmarken!
 - 01) Deutschsprachig oder deutsch?
 - 02) Die Reparationsforderungen aus Warschau sind juristisch nicht haltbar. Jaroslaw Kaczyński ignoriert das Völkerrecht. Von Stephan Klenner

A. e) Fördermöglichkeiten

Seite A 29

Diese Themen finden Sie jetzt auf unseren Leitseiten:

- 01) Preise & Stipendien des Deutschen Kulturforums östliches Europa e. V. und weiterer Einrichtungen

Seite A III zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

- 02) Förderpreise und Förderstipendium der Copernicus-Vereinigung für Geschichte und Landeskunde Westpreußens e. V.
- 03) Bund der Vertriebenen: Beratungsstellen für Finanzielle Förderungen und Heimatsammlungen nehmen Tätigkeit auf

http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810_Leitseiten_Foerdermoeglichkeiten.pdf

A. f/g) Bund der Vertriebenen mit den Ostdeutschen Landsmannschaften Landesgruppen und Heimatkreise; Blick auf/in Zeitschriften (Historisches Ostdeutschland und östliches Mitteleuropa)

Seiten A 30 – A 53

- 01) „Deutsche Ostdienst“ (DOD), 67. Jahrgang, Nr. 1/2024, erschienen
- 02) Frauenverband im Bund der Vertriebenen e.V.
Einladung zur internationalen Begegnungstagung „Frauen Leben in der DDR“, vom 05.04. -07.04.2024, Bildungsstätte Heiligenhof, Bad Kissingen
- 03) Frauenkreis im Bund der Vertriebenen e.V. in Berlin, 28.03.2024
- 04) 15.06.2023, Westpreußischer Gesprächskreis
- 05) Tagesfahrten: Bahnfahrt nach Wismar (Deutschlandticket) Juni 2024

- 06) Westpreußen-Kalender 2024
- 07) Heimatkreis Flatow
- 08) Heimatkreis Schlochau
- 09) Heimatkreis Wirsitz: Weißenhöher Himmelfahrt
- 10) 34. Weißenhöher Himmelfahrt 2024: 13. bis 18. Mai 2024, Stettin
- 11) 09.03.2024, Heimatkreis Grenzmark-Treffen in Berlin
- 12) Landsmannschaft Schlesien – Berlin und Brandenburg e. V.
- 13) 14.03.2024, Lesungen in der AGOM-Schlesien-Bibliothek:
Llc. Dirk Carolus Metzigt: Landeshut im stillen Osten des Riesengebirges
- 14) AGOM-Wanderung in Potsdam

A. h) Vortragsveranstaltungen

Seiten A 54 – A 99

- 01) 22.04.2024, 18.30 Uhr, WBW: Das Ende der kaiserlich-deutschen Provinz Westpreußen im „Friedensvertrag“ von Versailles 1919. (Mit Medien).
Vortrag von Diplom-Geograph Reinhard M. W. H a n k e, Berlin
und Programm-Übersicht für 1. Hj. 2024
- 02) 15.03.2024, 19 Uhr, AGOM: Hellmut Diwald: Erinnerung an einen großen ostdeutschen Geschichtswissenschaftler. (Mit Medien).
Vortrag von Dr. Hans W e i n e r t, Berlin
und Programm-Übersicht für 1. Hj. 2024
- 03) 08. März 2024, Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung: STARK UND VERLETZLICH - FRAUEN AUF DER FLUCHT. ÖFFENTLICHE SONDERFÜHRUNG ANLÄSSLICH DES INTERNATIONALEN FRAUENTAGES
- 04) 14. März 2024, Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung: RUSHNYK – DIE SCHRECKEN DES KRIEGES. VERNISSAGE
- 05) 20.03.2024, Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung: BRIEFE AUS OKSBØL – REFLEXIONEN ZUR FAMILIENGESCHICHTE DEUTSCHER FLÜCHTLINGE IN DÄNEMARK 1945 BIS 1949. LESUNG UND PODIUMSGESPRÄCH
- 06) 02.04.-05.04.2024, Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung: RAP CONNECTS – WAS UNS VERBINDET FERIENWORKSHOP (12 BIS 18 JAHRE)
- 07) 09.04.2024, Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung SIMONE KUCHER: DIE LICHTEN SOMMER. BUCHVORSTELLUNG UND GESPRÄCH
- 08) 21.03.2024, 19 Uhr, Gerhart-Hauptmann-Museum Erkner: Alfred Henschke genannt Klabund. Ick baumle mit de Beene KLABUND – KLABautermann und VagaBUND
Ein Abend mit **Gabriele Streichhahn, Carl Martin Spengler** und **Ute Falkenau** am Klavier. Szenische Lesung

- 07)** 15.03.2024, 18:00 Uhr, UTB: Interessendivergenzen der Mitgliedstaaten als Weg zur Marginalisierung der Visegrád-Gruppe?
Vortrag von Prof. Artur Gruszczak, Krakau
Moderation: Dr. Piotr Olszówka
- 08)** 09.03.2024, Landesgeschichtliche Vereinigung für die Mark Brandenburg: Buchstäblich Berlin. Ein Besuch im Buchstabenmuseum. Führung: N.N.
- 09)** 14.03.2024, Landesgeschichtliche Vereinigung für die Mark Brandenburg: Berlin-Brandenburgische Schönheiten. Das Wachsen und Zerstören von Heimatgefühlen. Vortrag: Dr. Iris Berndt (Potsdam).
- 10)** 23.03.2024, Landesgeschichtliche Vereinigung für die Mark Brandenburg: Vom S-Bhf. Bellevue zum U-Bhf. Museumsinsel (Spreeweg V).
Eine Wanderung, ca. 6 km. Leitung: Gerhard Weiduschat (Berlin).
- 11)** 07.03.2024, Landesgeschichtliche Vereinigung für die Mark Brandenburg: Rund um die „Mierendorff- Insel“. Eine Wanderung, Wegstrecke ca. 7 km.
Leitung: Bernd Kopplin (Berlin).
- 12)** 11.04.2024, Landesgeschichtliche Vereinigung für die Mark Brandenburg: Das alte Rathaus von Berlin. Zur Architektur- und Funktionsgeschichte des einstigen administrativen und wirtschaftlichen Zentrums der Stadt
Vortrag: Dr. Bertram Faensen und Dirk Schumann M.A. (beide Berlin).
- 13)** 02.04.2024, Landesgeschichtliche Vereinigung für die Mark Brandenburg: Kirchen wie im Mittelalter? Vortrag: Andreas Kitschke (Potsdam).
- 14)** 04.05.2024, Landesgeschichtliche Vereinigung für die Mark Brandenburg: Spaziergang in Berlins alter Mitte zu neuen Quartieren
Führung: Mathias Schebera (Berlin).
- 15)** 25.05.2024, Landesgeschichtliche Vereinigung für die Mark Brandenburg: Von der Museumsinsel zum S-Bhf. Treptower Park (Spreeweg VI).
Eine Stadtwanderung, ca. 6,5 km. Leitung: Gerhard Weiduschat (Berlin).
- 16)** 08.06.2024, Landesgeschichtliche Vereinigung für die Mark Brandenburg: Drei Berliner Friedhöfe in Brandenburg. Besuch in Güterfelde und Stahnsdorf mit dem größten Friedhofsareal in Brandenburg, insgesamt ca. 6,0 km, geplante Dauer ca. 2,5 Stunden.
- 17)** 22.06.2024, Landesgeschichtliche Vereinigung für die Mark Brandenburg: Glückliche Zufälle beim Kirchenbau in Hohen Neuendorf. Besichtigung der Kirche sowie weiterer baulicher Zeugnisse der Ortsgeschichte im unmittelbaren Umfeld von Bahnhof und Kirche.
Führung: Ingrid Zache (Hohen Neuendorf).
- 18)** 16.03.2024, Verein für die Geschichte Berlins e.V.: „Petroleumlampen, die Firma Wild & Wessel“.
Beata Hundertmark M.A. und Marko Ludwig
- 19)** 20.03.2024, Verein für die Geschichte Berlins e.V.: Der Kaiserdamm
Stadtrundgang mit unserem Mitglied Oliver Ohmann
- 20)** 27.03.2024, Verein für die Geschichte Berlins e.V.: Der Berliner Statistiker Richard Böckh. Vortrag und PowerPoint-Präsentation von und mit Professor Dr. Torsten Leuschner, Universität Gent

Seite A V zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

- 21)** 17.04.2024, Verein für die Geschichte Berlins e.V.: Geschichte Berlins in 60 Objekten. Die Journalistin Maritta Tkalec stellt ihr Buch gleichen Titels vor
- 22)** 13.03.2024, Literaturhaus Berlin: Dénes Krusovszky »Das Land der Jungen«. Buchpremiere
- 23)** 14.03.2024, Literaturhaus Berlin: Weibliche Stimmen aus Ungarn »Wie Frauen klingen«
- 24)** 19.03.2024, Literaturhaus Berlin: Ulrike Draesner & Michael Eskin »Gespräch über Deutschland«. Brown Bag Lunch
- 25)** 04.04.2024, Literaturhaus Berlin: Literarisches Terzett »Was ist denn hier passiert?«. Reihe Literarisches Terzett
- 26)** 01.03.2024, Literarisches Colloquium Berlin: Wannsee, Weichsel, Widersprüche. 10 Jahre Albrecht-Lempp-Stipendium. Ein deutsch-polnischer Abend mit Anna Cieplak, Susanne Fritz, Dariusz Sośnicki und Julia Wolf. Moderation: Joanna Czudec und Jürgen Jakob Becker
Übersetzungen: Karolina Golimowska und Agnieszka Grzybkowska
- 27)** 04.03.2024 (- 26.06.2024), Literarisches Colloquium Berlin:
Eröffnung: Zur Sprache bringen. Ulrike Draesner, Heide Glaesmer
Ausstellungseröffnung und Gespräch
- 28)** 07.03.2024, Literarisches Colloquium Berlin: Russlands unbequemes Gewissen: Irina Scherbakowa. ARTE-Filmpremiere Deutschland | ARTE/NDR 2023 | Dokumentarfilm | 52 min
20 h Gespräch: Irina Scherbakowa und Regisseurin Eva Gerberding
Moderation: Shila Behjat
- 29)** 12.03.2024, Topographie des Terrors: Besatzung und Holocaust. Sicherheitspolizei und SD im Reichskommissariat Ukraine.
Buchpräsentation von Dr. Christian Schmittwilken, Berlin
Moderation Dr. Andrej Angrick, Berlin
- 30)** 10.03.2024, Brandenburg-Preußen-Museum: Führung über den Dorotheenstädtischen Friedhof mit Stiftungsvorstand Dr. Andreas Bödecker
- 31)** 14.04.2024, Brandenburg-Preußen-Museum: In 60 Minuten von Frankfurt a. M. nach Berlin. Die Inbetriebnahme der ersten elektromagnetischen Ferntelegrafienlinie in Preußen vor 175 Jahren.
Vortrag von Dr. Reinhard Witzlau
- 32)** 26.05.2024, Brandenburg-Preußen-Museum: Gesunder Boden, gesundes Klima, gesunde Kartoffeln. Vortrag von Rudi Mixdorf, Schönberg (Mark)
- 33)** 23.04.2024, Evangelische Brüdergemeinde, Kulturforum östliches Europa:
»Am Tanze fehlte es nicht ...« – Der junge Smetana in Tagebuch und Musik. Konzert und Gespräch zum 200. Geburtstag von Bedřich Smetana (1824–1884)

- 34)** 29.04.2024, Kulturforum östliches Europa, Bundesplatz Kino:
Auf Brukenthals Spuren. Vortrag, Filmvorführung, und Gespräch mit
Florin Besoiu und Thomas Şindilariu
- 35)** Das Deutsche Kulturforum östliches Europa und seine Partnerinstitutionen
auf der Leipziger Buchmesse 2024. Termine 23. und am 24.03.2024
- 36)** 14.03.2024, Gesellschaft für Erdkunde: Geodiversity in Colombian Cities
and Territories: A Focused Learning Pathway for Sustainable Territorial
Management and Environmental Zoning Collaboration.
Vortrag von Prof. Dr. Maria Isabel Marin-Ceron
- 37)** 21.03.2024, Gesellschaft für Erdkunde: Steinerkenntnisse rund um das
Humboldt-Forum im Spiegel der wechselvollen Geschichte Berlin.
Führung: Dr. Gerda Schirrmeister
- 38)** Termine von Frau Dr. Gerda Schirrmeister ab 23. März 2024

A. i) Weitere Führungen in Berlin und Umland **Seiten A 100 – A 102**

- 01)** JENNY SCHON: VerWandlungen – Kafka zum 100. Todestag
- 02)** 09.03.2024, Literaturhaus Berlin: Rosa Luxemburg zum Gedenken.
Literarische Führung

A. j) Ausstellungen usw. in Berlin und Umland **Seiten A 103 – A 121**

- 01)** Stillgeschwiegen! Die Vertriebenen in der SBZ und DDR.
Ausstellung im DDR-Museum Berlin, 06.03.-20.04.2024
- 02)** Deutsch-Jüdisches Theater DJT im Saal des Theater-Coupés
in Berlin-Wilmersdorf – Programm 2024
- 03)** 06.03.2024 – 02.06.2024, Kommunale Galerie: Ukrainian Dreamers.
Charkiwer Schule der Fotografie
- 04)** 21.02.2024 – 21.04.2024, Kommunale Galerie: Die gemalte Stadt.
Fassadenbilder von Gert Neuhaus
- 05)** 17.02.2024 – 01.05.2024, Kommunale Galerie: ÄTZEN - KRATZEN –
STECHEN. Druckkunst im Dialog 2024.
- 06)** Museen Berlin Tempelhof-Schöneberg:
u.a. Dauerausstellung „Zwischen Feldern und Fabriken“
- 07)** 15.09.2023 – 12.05.2024, Tempelhof Museum: Überlebenskunst. Alltag
während der Luftbrücke. Sonderausstellung
- 08)** Jürgen Henschel. Fotochronist im geteilten Berlin.
Ausstellung, 17.11.2023-02.06.2024, Schöneberg Museum
- 09)** Wir waren Nachbarn. Dauerausstellung
- 10)** Stolpersteinverlegungen in Tempelhof-Schöneberg
- 11)** Brandenburg-Preußen Museum: Einblicke in die Brandenburg-
Preußische Geschichte. Die Hauptausstellung
- 12)** 21.04.2024, Brandenburg-Preußen-Museum: Menschen, Heimat,
Geschichten. Auftaktveranstaltung am 21. April 2024

- 13)** Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung.
Hinweis auf Startseite

A. k) Ausstellungen usw. außerhalb des Raumes von Berlin

Seiten A 122 – A 166

- 01)** Westpreußisches Landesmuseum in Warendorf / Außenstelle in Krockow (Westpreußen) – Die Lage ist ernst, meint nicht nur Dr. Jürgen Martens aus Königswinter (NRW)
- 02) Dokumentation zum Problem Westpreußisches Landesmuseum**
- 03)** 06.03.2024, Westpreußisches Landesmuseum: Vor 83 Jahren – Die Deportationen der münsterländischen Juden nach Riga.
Vortrag von Angelika Sturm
- 04)** 02.03.2024, Westpreußisches Landesmuseum: Ein Rückblick auf die Ausstellungseröffnung „Die Einwohner von Marienburg aus der Sicht der ersten Fotografen“ im Westpreußischen Landesmuseum
- 05)** 02.03.2024-02.06.2024, Westpreußisches Landesmuseum: Sonderausstellung „Die Einwohner von Marienburg aus der Sicht der ersten Fotografen“
- 06)** 02.03.2024-02.06.2024, Westpreußisches Landesmuseum: Die Einwohner von Marienburg aus der Sicht der ersten Fotografen
- 07)** 2024/2025, Ostpreußisches Landesmuseum in Lüneburg: Jahresprogramm / Ausstellungen 2024/2025
- 08)** Kulturzentrum Ostpreußen Ellingen: Ausstellungs- und Veranstaltungsprogramm 2024
- 06)** Kulturzentrum Ostpreußen Ellingen: Einladung zur Eröffnung der Ausstellung "Die polnisch-russische Grenze in Ostpreußen" am 16. Februar 2023 um 18 Uhr im Kulturzentrum Ostpreußen, Ellingen. Fotografien einer geteilten Landschaft – Die polnisch-russische Grenze in Ostpreußen
- 09)** 16.02.2024-31.03.2024, Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen: Fotografien einer geteilten Landschaft – Die polnisch-russische Grenze in Ostpreußen
- 10)** 12.03.2024, Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen: Prof. Dr. Manfred Kittel (Berlin/Regensburg): Die zwei Gesichter der Zerstörung. Raphael Lemkins UN-Genozidkonvention und die Vertreibung der Deutschen. Einladung zur Buchvorstellung von Manfred Kittel, Filmvorführung und Gespräch am 12. März jeweils 18 Uhr im Kulturzentrum Ostpreußen, Ellingen
- 11)** 12.03.2024, Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen: "Die Stadtschreiberin – Spurensuche im Memelland". Filmvorführung und Gespräch im Kulturzentrum Ostpreußen, Ellingen
- 12)** Das Ausstellungsprogramm 2024 des Schlesischen Museums in Görlitz
- 13)** 12.11.2023-30.06.2024, Schlesisches Museum zu Görlitz: Kunst und Krieg. Zwischen Euphorie und Anklage

- 14) Sonderausstellung "Neue Kunstschatze im Schlesischen Museum"
- 15) 16.09.2023 bis 14.04.2024, Schlesisches Museum zu Görlitz:
Niederschlesien im Aufbruch. Gewerbe und Industrie entlang der
Schlesischen Gebirgsbahn. Sonderausstellung
- 16) Zentrum gegen Vertreibungen: Angebot von Ausstellungen

Den einzelnen weiteren Abschnitten B, C, D und E sind jeweils Inhaltsverzeichnisse vorgeschaltet!



Teil A

A. a) Editorial

Seiten A 1 – A 3

Verbleib des 1944 geretteten Danziger Paramentenschatzes im Lübecker St. Annen-Museum

Unter diesem Titel wurde im März 2023 eine Petition gestartet. Der Anlaß für die Petition sei nachfolgend knapp dargestellt: Sie ist gegen die Evangelische Kirche in Deutschland gerichtet. Es soll verhindert werden, daß der wertvolle Schatz an geistlichen Textilien aus der Danziger Marienkirche, Ende 1944 vom letzten evangelischen Pastor Dr. Gerhard Gülzow an dieser Kirche zunächst nach Thüringen vor der Zerstörung durch die Rote Armee gerettet, an das heute katholische Erzbistum Danzig und an die dortige katholische Marienkirche verschenkt wird.

Zur Erinnerung: Die Marienkirche wurde zwischen 1343 bis 1502 von den deutschen Bürgern (Kaufleute und Handwerker) der deutschen Rechtsstadt Danzig erbaut. Um 1500 wirkten an der damals katholischen Kirche 123 Pfarrer und Kapläne am Hochaltar und an 46 Altären der deutschen Patrizierfamilien. Ab 1525 wurde St. Marien evangelisch, und die Verwendung der Paramente (Kappen, Stolen, Gewänder, Altardecken, Sargtücher und Klingelbeutel) in liturgischen Handlungen ging zurück, jedoch wurden die Textilien von der evangelischen Gemeinde bis Ende 1944 bewahrt.

Von dem in Thüringen zusammengetragenen Paramenten überstellte 1961 die DDR-Regierung 186 Teile nach Polen, sie befinden sich seither im Danziger Nationalmuseum. Die restlichen 103 Teile kamen bis 1964 nach Lübeck in die Lutherkirche, dem Pfarrhaus von Pastor Gülzow. Ab 1964 wurden diese geistlichen Textilien bis 1990 in Teilen in der Lübecker Marienkirche ausgestellt. Konservatorisch war diese Ausstellungsmethode nicht durchhaltbar. Die EKD schloß mit der Stadt Lübeck daher einen Vertrag, mit dem die mittelalterlichen Textilien – Paramente – in die Obhut des St. Annen-Museums gelangten, restauratorische Betreuung erfuhren und mit wechselnden Teilen ab 1990 im Museum den Besuchern zugänglich gemacht wurden. Die EKD sieht sich als Eigentümerin aller aus dem historischen deutschen Osten geretteten dinglichen geretteten Kulturgüter. Sie übersieht dabei geflissentlich, daß sie nur treuhänderisch das Eigentum der nicht mehr existenten evangelischen Gemeinden östlich von Oder und Neiße bewahrt. Bevor sie das Eigentum dieser Gemeinden verschenkt, hätten die noch existenten Gemeindemitglieder bzw. deren Nachkommen um Zustimmung ersucht werden müssen. Dies hat die EKD in jedem Fall versäumt! Der Leser mag selbst dieses juristische Dilemma beurteilen.

Auf dem im Oktober 2018 vom Kulturwerk Danzig und der Danziger Naturforschende Gesellschaft veranstalteten XXXIX. Forum Gedanum in Lübeck wurden die Paramente thematisiert. Die Frage nach dem Verbleib der Paramente, die inzwischen nicht mehr im St. Annen-Museum gezeigt wurden, blieb unbeantwortet.

Eine schriftliche Nachfrage bei dem damaligen Ratsvorsitzenden der EKD, Bischof Professor Dr. Heinrich Bedford-Strom, ob beabsichtigt sei, die Paramente nach Danzig zu überstellen, wurde unter dem Datum 6. November 2018 dahingehend beantwortet, eine Rückführung des Lübecker Teils der Paramente nach Polen sei nicht vorgesehen. Allerdings schloß die Antwort eine spätere Übergabe an Polen nicht ausdrücklich aus.

Seite A 2 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

In einer sehenswerten Exposition zeigte das St. Annen-Museum dann ab 19. Januar 2019 seine einmaligen Paramentenschätze, darunter jene, die Pastor Gülzow aus Danzig gerettet hatte. Die Exposition begleitete ein beeindruckender Katalog *Der Schatz der Marienkirche zu Danzig* der Berner Kunsthistorikerin Birgitt Borkopp-Restle mit Farbfotos jedes einzelnen Paramententeils sowie Gewebeanalysen und Schnittzeichnungen.

Verstörend wirkten im Dezember 2022 dann Presseinformationen, daß die Danziger Paramente plötzlich nach Polen überstellt werden sollten. Konkret wurde dann die Pressemitteilung der EKD vom 9. Dezember 2022. Dort hieß es: Im Rahmen der deutsch-polnischen Freundschaft sollen die spätmittelalterlichen Textilien von Lübeck zurück zur Marienkirche Gdańsk (Danzig) gebracht werden.

Ob die Lübecker Paramente tatsächlich in die Danziger Marienkirche zurückkehren werden - wie die Pressemitteilung betont - oder ob nicht das Danziger Nationalmuseum als Bewahrungsort dienen wird, wo sich – wie erwähnt - bereits seit 1961 die von der DDR übergebenen Teile befinden, war zu diesem Zeitpunkt noch ungeklärt. Seit Ende 2023 ist jedoch zwischen EKD und Erzbistum Danzig abgesprochen, daß an der Marienkirche Danzig ein Museum für die (Lübecker) Paramente errichtet wird und zugleich die konservatorische sowie restauratorische Betreuung der geistlichen Textilien sicherstellt. Wann diese für die Geschenkaktion der EKD erforderlichen Prämissen erfüllt sein werden, darüber schweigen sich die getroffenen Vereinbarungen aus.

Bei dieser Ausgangslage beschlossen Freunde der Danziger Paramente und zugleich an der Bewahrung deutschen Kulturgutes Interessierte, die zuvor genannte Petition zu starten. Die Zeichnungsfrist endet am 31. März 2024. Bisher haben 1.098 Unterzeichner aus dem In- und Ausland die Petition unterstützt. Wer noch mit seiner Unterschrift die Petition befürworten will, sei auf die Websites www.openpetition.de oder auch www.ostdeutsche-museen.de aufmerksam gemacht.

An der Petition haben sich außer Privatpersonen u. a. auch die Gemeinschaft evangelischer Ostpreußen und das CHRISTLICHE FORUM beteiligt. Ihnen allen sei ganz besonders für ihr gezeigtes Engagement zur Bewahrung deutschen Kulturgutes gedankt. Von den politischen Parteien wie auch Vertriebenenverbänden (Ausnahmen bilden die Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Pommern und Brandenburger – Kreisgruppe Ansbach, Landsmannschaft Westpreußen e. V. Berlin, AG Ostmitteleuropa e. V. Berlin) kam keine Unterstützung. Allerdings richtete die Bundestagsfraktion der AfD am 03.01.2024 mit der Drucksache 20/9972 eine Kleine Anfrage an die Bundesregierung mit der Fragestellung *Haltung der Bundesregierung zur Verschenkung des Danziger Paramentenschatzes an die Danziger Marienkirche in Polen*. Eine mehr als nichtssagende Antwort erteilte die Bundesregierung am 18.01.2024 mit der Drucksache 20/10126. Am 12. Juli 2023 wurde eine Petition an den Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages mit dem Ziel eingereicht, eine Änderung von § 9 (1) und (3) des Gesetzes zum Schutz von Kulturgut (KGSG) in der Fassung vom 31. Juli 2016 vorzunehmen. Mit der Gesetzesänderung läßt sich verhindern, daß die Kirchen als öffentlich-rechtliche Körperschaften mit in ihrem treuhänderischen Eigentum befindlichen wertvollen Kulturgütern aus den historischen Reichs- und Siedlungsgebieten frei verfügen und sie beispielsweise als Geschenke ins Ausland transferieren. Das Verfahren ist noch nicht abgeschlossen; man kann nur hoffen, daß diese Petition erfolgreich sein wird. Insgesamt ist das Echo auf die Petition bei **Openpetition** beschämend, es zeigt aber

Seite A 3 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

insbesondere auch, daß die deutsche Öffentlichkeit an ihrer Geschichte, insbesondere an die der historischen deutschen Ostgebiete (Ost- und Westpreußen, Hinterpommern, Ostbrandenburg, Schlesien) und der deutschen Siedlungsgebiete im östlichen Mitteleuropa nur rudimentär interessiert ist.

Die Petition zu den Danziger Paramenten kann noch bis 31. März 2024 unterzeichnet werden (siehe Seiten A 13-A 15).

Reinhard M. W. Hanke – Hans-Jürgen Kämpfert – Dr. Jürgen Martens



Danzig, Blick von Westen in der Brotbänkengasse auf die Marienkirche.-
Aufnahme: Reinhard M. W. Hanke, 08.10.2022

01) Offener Brief von Frau Baronin von Sass an Bundeskanzler Olaf Scholz

Babette Baronin v. Sass

12169 Berlin, Oehlertplatz 6
Tel.: 030-7978 8686

Berlin d. 22.02.2024

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Scholz,

es ist nicht länger zu ertragen, was Sie den vielen, leidenden Menschen in der Ukraine zumuten und geschehen lassen!

Ich bin eine Deutschbalten, deren Familie aus Estland und Lettland stammt.

Nicht nur aus eigener Erfahrung kennen wir die kommunistischen Russen und wissen wie sie mit Menschen umgehen, um die eigenen Ziele zu erreichen.

Der Mensch zählt nicht für sie.

Wären die Deutschbalten 1939, in letzter Minute vor Kriegsbeginn, nicht in den Warthegau umgesiedelt worden, wären sie, besonders der Adel, umgebracht oder nach Sibirien verschleppt worden. 1945 gelang meiner Familie eine abenteuerliche Flucht, mit dem letzten Lazarettzug von Posen gen Westen (Großmutter, Mutter, 4 Kinder).

Die Intelligenz der Balten wurde nach der Okkupation des Baltikums durch die Russen erschossen. Unzählige Familien und Einzelpersonen wurden in Viehwagen nach Sibirien gebracht, wo sie viele Jahre lang schwer arbeiten mussten und furchtbar misshandelt wurden. Einzelnen gelang die Flucht, andere verstarben.

Das Baltikum - Estland, Lettland Litauen, Polen, Georgien, Moldawien – befinden sich in höchster Gefahr ebenfalls überfallen zu werden.

Es ist nicht zu verstehen, dass Sie mit all Ihren Entscheidungen, den tapferen Menschen in der Ukraine, die zugesagte Hilfe zur Selbstverteidigung ihrer Heimat immer wieder herauszögern und zu spät liefern.

Während der Zeit sind viele Familien, Frauen, Kinder und Soldaten umgekommen!

Ihre Wohnungen und Häuser wurden zerstört. Dennoch kämpfen sie weiter für ihre Heimat, ihr Zuhause.

Sie werden, verantwortlich für tausende von Toten, in die Geschichte eingehen.

Dafür gilt weder eine Erklärung noch eine Entschuldigung. Ich glaube, dass Sie dieses unvorstellbare Leid einfach nicht erfassen können.

Sicher haben Sie eine wunderschöne Wohnung mit allem Komfort, können sich viel leisten und reisen ständig, auf Kosten der Steuerzahler, in der ganzen Welt herum.

Sie haben sicher Berater, die Ihnen helfen Entscheidungen zu treffen?

Bitte treten Sie von Ihrem Amt zurück ! Sie sind den momentan schwierigen Situationen, auch in Deutschland, nicht gewachsen.

Können Sie eigentlich mit dieser furchtbaren Schuld geruhsam weiterleben?

Mit freundlichen Grüßen

Babette Baronin v. Sass

02) Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der AfD-Fraktion im Bundestag vom 03.01.2024 zur „Haltung der Bundesregierung zur Verschenkung des Danziger Paramentenschatzes an die Danziger Marienkirche in Polen“

Deutscher Bundestag

20. Wahlperiode

Drucksache 20/10126

18.01.2024

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Marc Jongen, Martin Erwin Renner, Dr. Götz Frömming, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 20/9972 –**

Haltung der Bundesregierung zur Verschenkung des Danziger Paramentenschatzes an die Danziger Marienkirche in Polen

Vorbemerkung der Fragesteller

Am 8. Dezember 2022 hat sich die Union Evangelischer Kirchen in der Evangelischen Kirche in Deutschland (UEK) mit dem römisch-katholischen Bistum Danzig-Oliva und der ihr zugehörigen Gemeinde der Marienkirche in einer Absichtserklärung darauf geeinigt, in den kommenden Jahren den sich in Deutschland befindlichen Teil des „Danziger Paramentenschatzes“ an seinen Herkunftsort im heutigen Polen „zurückzuführen“ (www.ekd.de/rueckkehr-danziger-paramentenschatz-76569.htm; letzter Zugriff: 4. Dezember 2023). Der kunsthistorisch und kulturgeschichtlich einzigartige Schatz wird damit in polnisches Eigentum übergehen. Geplant ist, dass ein Museum bei der Marienkirche errichtet wird, das „für die Erhaltung, weitere Erforschung und Präsentation der Paramente optimale Bedingungen bietet“ (www.uek-online.de/3-5-artikel-content-1054-erklarung-danziger-paramentenschaftz-1054.php; letzter Zugriff: 4. Dezember 2023).

Zur Bewahrung „der Erinnerung an die Rettung der Paramente und als dauerhafte kulturelle Brücke zwischen Polen und Deutschland“, so teilte die UEK weiter mit, sollen im St. Annen-Museum in Lübeck und im Germanischen Nationalmuseum in Nürnberg weiterhin einzelne Danziger Paramente, dann allerdings als „Leihgaben“ der Marienkirche Danzig, ausgestellt werden. „Die exemplarische Präsentation Danziger Paramente in Deutschland“ bleibe also „gewahrt“ (www.ekd.de/rueckkehr-danziger-paramentenschatz-76569.htm; letzter Zugriff: 4. Dezember 2023). Diese Auskunft muss vor dem Hintergrund, dass künftig nur mehr wenige „Leihgaben“ dieses einzigartigen Schatzes zu sehen sein werden, aus Sicht der Fragesteller als irritierend eingestuft werden.

Der „Paramentenschatz“ soll offenbar dem Beispiel des Dreifaltigkeitsaltars der Danziger St.-Georgs-Bruderschaft folgen, der den Zweiten Weltkrieg in Berlin unversehrt überstanden hatte. Dieser Altar (Altartafel [Retabel] und der Altarsockel [Predella] aus dem 15. Jahrhundert) (www.ekd.de/dreifaltigkeitsaltar-von-berlin-nach-danzig-zurueckgekehrt-73724.htm; letzter Zugriff: 4. Dezember 2023) wurde im März 2020, wiederum auf Initiative der UEK, an die Marienkirche Danzig verschenkt. Die Verschenkung dieser beiden Danziger Kunstwerke war die bis dahin „bedeutendste von insgesamt vier Schen-

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

kungen, die die UEK in den letzten 13 Jahren tätigte“. Vorher waren bereits, so Henning Pahl, Leiter des Evangelischen Zentralarchivs in Berlin, zwei Abendmahlskelche, ein silbernes Kreuz, eine Oblatendose und ein Oblatenteller als „Geschenk an die Friedenskirche in Jauer/Niederschlesien überbracht“ worden (Henning Pahl: Das Kulturgut aus ehemaligen deutschen evangelischen Gemeinden östlich von Oder und Neiße zwischen Eigentumsfragen und Versöhnungshoffnung. Aus evangelischen Archiven. Neue Folge der „Allgemeinen Mitteilungen“, Nummer 61/2021, S. 9–26, hier: S. 11 f.).

Vor der Versenkung des Dreifaltigkeitsaltars in die Marienkirche Danzig wurde seitens der UEK „die Zustimmung zuständiger Stellen der deutschen Bundesregierung eingeholt“ (Erklärung der UEK zur beabsichtigten Rückkehr des Danziger Paramentenschatzes zur Marienkirche Danzig, www.uek-online.de/3-5-artikel-content-1054-erklaerung-danziger-paramentenschatz-1054.php; letzter Zugriff: 4. Dezember 2023). Es muss nach Auffassung der Fragesteller deshalb davon ausgegangen werden, dass die Bundesregierung die Versenkung wertvollen deutschen Kulturgutes gutheißt und unterstützt. Das wird durch eine Äußerung der Generalkonsulin der Bundesrepublik Deutschland in Danzig, Cornelia Pieper, unterstrichen, die in der Versenkung des „Paramentenschatzes“ „ein großartiges Beispiel für zivilgesellschaftliche Initiativen“ sieht, „die diese Freundschaft (gemeint ist deutsch-polnische) voranbringen und vertiefen“ (www.hl-live.de/text.php?id=155618; letzter Zugriff: 4. Dezember 2023).

Der „Paramentenschatz“ konnte Ende des Zweiten Weltkrieges von Mitgliedern der evangelischen Danziger Marienkirchengemeinde gerettet werden; maßgeblichen Anteil daran hatte der letzte evangelische Pastor an St. Marien, Dr. Gerhard Gülzow, der die unersetzlichen liturgischen Gewänder vor der anrückenden Roten Armee in den Westen retten konnte. Ein Teil gelangte nach Thüringen. Die dort verbliebenen knapp 200 Teile des „Paramentenschatzes“ wurden 1961 von der DDR-Regierung beschlagnahmt und dem polnischen Staat übergeben; sie befinden sich heute im Danziger Nationalmuseum (www.openpetition.de/petition/online/verbleib-des-1944-geretteten-danziger-paramentenschatzes-im-luebecker-st-annen-museum; www.ln-online.de/kultur/region/danziger-paramente-in-luebeck-streit-um-rueckgabe-kostbarer-kirchengewander-geht-weiter-DXGDDPOOFVAQHNaNQW6BJMNJIU.html; letzter Zugriff: 6. Dezember 2023).

Über hundert Paramententeile gelangten nach Lübeck. Hier wurden sie zunächst in der Marienkirche Lübeck zusammengeführt und von der Evangelischen Kirche der Union (EKU; heute: UEK) als Rechtsnachfolgerin der untergegangenen Evangelischen Marienkirchengemeinde Danzig dauerhaft an das St. Annen-Museum Lübeck ausgeliehen (vgl. st-annen-museum.de/das-grosse-fest-danziger-textilschatze-ii; letzter Zugriff: 6. Dezember 2023). Ein kleiner Bestand kam in das Germanische Nationalmuseum in Nürnberg (www.gnm.de/sammlungen/sammlungen-a-z/textilien-kleidung-und-schmuck; letzter Zugriff: 6. Dezember 2023).

Der „Danziger Paramentenschatz“ gehört nach Umfang und Qualität zu den bedeutendsten textilen Beständen, die sich aus dem Mittelalter erhalten haben. Die ältesten überlieferten Objekte – es handelt sich um „Gewänder aus zentralasiatischen Seiden mit reichem Golddekor“ – stammen aus der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts (vgl. z. B. www.didymos-verlag.de/produkt/der-schatz-der-marienkirche-zu-danzig/; letzter Zugriff: 4. Dezember 2023). Ein Großteil der für die Ausstattung der Altäre verwendeten Stoffe wurde in den Seidenzentren Italiens gewebt.

Anfang der 1990er-Jahre kam schon einmal die Diskussion auf, die Paramente wieder nach Danzig zu geben, weil sie in der Lübecker Marienkirche keinen Raum mehr fanden. Diesen Überlegungen wurde damals nach Ansicht der Fragesteller mit guten Gründen entschieden widersprochen. So schrieb Dr. Pieper, ein Freund des verstorbenen Pastors Gülzow, unter anderem an den Vorstand der Lübecker St. Marien-Gemeinde: „Wenn man die Paramente heute von polnischer Seite reklamiert, dann bedeutet diese Forderung, daß die Flüchtlinge nicht nur ihre Heimat und ihren Besitz aufgeben mußten, sondern

nun auch noch das mühsam bewahrte Fluchtgepäck abgeben sollen. Dafür kann man keine Zustimmung erwarten“ (www.der-westpreusse.de/de/02-2018-3.html; letzter Zugriff: 4. Dezember 2023).

Die Abgabe des „mühsam bewahrten Fluchtgepäcks“ (s. o.) und damit wertvollsten nationalen Kulturgutes droht nun nach Auffassung der Fragesteller Realität zu werden. Aufgrund des hohen nationalen Wertes, den die Paramente kultur- und kunsthistorisch darstellen, darf aus Sicht der Fragesteller nicht das letzte Wort in dieser Angelegenheit sein. Ziel muss es nach Auffassung der Fragesteller sein, diese unersetzlichen nationalen Kulturgüter im Land zu behalten.

1. Teilt die Bundesregierung die Auffassung der Generalkonsulin der Bundesrepublik Deutschland in Danzig, Cornelia Pieper, nach der die Verschenkung des deutschen „Paramentenschatzes“ „ein großartiges Beispiel für zivilgesellschaftliche Initiativen“ sei, „die diese Freundschaft (gemeint ist deutsch-polnische) voranbringe und vertiefe (siehe Vorbemerkung der Fragesteller)?
 - a) Wenn ja, kann hieraus abgeleitet werden, dass die Bundesregierung der Verschenkung des „Paramentenschatzes“ ohne Gegenleistung zustimmt (bitte ggf. die Gründe für diese Zustimmung aufführen)?
 - b) Wenn nein, warum teilt die Bundesregierung die Auffassung der Generalkonsulin nicht?
8. Kann die Bundesregierung die Gründe dafür angeben, warum sie auf Anfrage der UEK der Verschenkung des Dreifaltigkeitsaltars an die Marienkirche Danzig zugestimmt hat (siehe Vorbemerkung der Fragesteller)?

Die Fragen 1 bis 1b und 8 werden gemeinsam beantwortet.

Der Paramentenschatz steht im Eigentum der Union Evangelischer Kirchen in der Evangelischen Kirche in Deutschland (UEK). Verfügungen der UEK über eigenes Eigentum bedürfen nicht der Zustimmung der Bundesregierung.

2. Hat die Bundesregierung Kenntnis darüber, wann genau die sich in Lübeck bzw. Nürnberg befindlichen Teile des „Danziger Paramentenschatzes“ nach Danzig an die dortige Marienkirche zurückkehren sollen (wenn ja, bitte die Rahmenbedingungen der Rückkehr näher ausführen)?

Die Bundesregierung hat keine Kenntnisse im Sinne der Fragestellung.

3. Hat sich die Bundesregierung vor dem Hintergrund der Verschenkung des „Danziger Paramentenschatzes“ ohne Gegenleistung an die Danziger Marienkirche eine Auffassung zum nationalen kunst- und kulturhistorischen Rang des „Danziger Paramentenschatzes“ gebildet?
 - a) Wenn ja, zu welchem Ergebnis ist die Bundesregierung hierbei gekommen (bitte auch darlegen, ob die Bundesregierung die Verschenkung dieses Schatzes von nationaler kulturgeschichtlicher Bedeutung zur Förderung der deutsch-polnischen Freundschaft für opportun hält)?
 - b) Wenn nein, kann die Bundesregierung darlegen, warum sie sich zu dem kunst- und kulturhistorischen Rang des „Danziger Paramentenschatzes“ vor dem Hintergrund der beabsichtigten Verschenkung dieses Schatzes bisher keine Auffassung gebildet hat?

4. Kann die Bundesregierung Argumente dafür angeben, warum der „Danziger Paramentenschatz“ nach Recherche der Fragesteller nicht als „national wertvolles Kulturgut“ gelistet ist, obwohl hier nach Einschätzung der Fragesteller der § 7 Absatz 1 des Kulturgutschutzgesetzes (KGSG) Anwendung finden müsste, gemäß dem es sich hier um Kulturgut handelt, das „besonders bedeutsam für das kulturelle Erbe Deutschlands“ „und damit identitätsstiftend für die Kultur Deutschlands ist, und seine Abwanderung einen wesentlichen Verlust für den deutschen Kulturbesitz bedeuten würde und deshalb sein Verbleib im Bundesgebiet im herausragenden kulturellen öffentlichen Interesse liegt“ (www.kulturgutschutz-deutschland.de/DE/AllesZumKulturgutschutz/Kulturgutschutzgesetz/Kernpunkte/NationalwertvollesKulturgut/nationalwertvollesKulturgut_node.html)?
- a) Wenn ja, welche Schlussfolgerungen hat die Bundesregierung hieraus gezogen, und welche Maßnahmen hat sie ggf. bisher ergriffen, um diese „Abwanderung“ (s. o.) national bedeutsamen Kulturgutes abzuwenden?
- b) Wenn ja, wie ist vor diesem Hintergrund der Beschluss, die Paramente über einen „Schenkungsvertrag“ zwischen der UEK und der Danziger Marienkirche „zurückzugeben“, von der Bundesregierung einzuordnen (www.ln-online.de/kultur/regional/danziger-paramente-in-luebeck-streit-um-rueckgabe-kostbarer-kirchengewaender-geht-weiter-DXGDDPOOFVAQHMANQW6BJMNJIU.html, bitte erläutern, ob die UEK vor dem Hintergrund, dass es sich hier um national bedeutsames Kulturgut handelt, legitimiert ist, einen „Schenkungsvertrag“ einzugehen)?
- c) Wenn nein, kann die Bundesregierung darlegen, warum es sich beim „Danziger Paramentenschatz“ aus ihrer Sicht nicht um Kulturgut handelt, das „besonders bedeutsam für das kulturelle Erbe Deutschlands“ ist (bitte ggf. ausführen)?

Die Fragen 3 bis 4c werden gemeinsam beantwortet.

Der Paramentenschatz steht im Eigentum der UEK als Rechtsnachfolgerin untergegangener evangelischer Kirchengemeinden jenseits der Oder-Neiße-Linie. Die Stellung von Kirchen und Religionsgemeinschaften ist verfassungsrechtlich besonders geschützt. Der Schutz umfasst sowohl den Schutz vor staatlicher Einflussnahme, als auch die selbständige Ordnung und Verwaltung von Kirchen-Angelegenheiten, insbesondere ihrer Vermögensverwaltung.

Der Gesetzgeber räumt Kirchen und Religionsgemeinschaften in § 9 Absatz 1 des Kulturgutschutzgesetzes (KGSG) ein ausschließliches Antragsrecht ein, in ihrem Eigentum befindliches Kulturgut in ein Verzeichnis national wertvollen Kulturgutes einzutragen. Eine Eintragung von Amts wegen ist aufgrund der verfassungsrechtlich geschützten Autonomie der Kirchen und Religionsgemeinschaften ebenso wenig vorgesehen wie eine Antragspflicht („Mussvorschrift“).

In § 9 Absatz 3 KGSG räumt der Gesetzgeber den Kirchen und Religionsgemeinschaften zudem die Möglichkeit ein, neben einer Einzeleintragung eines Kulturgutes auch eine generelle Unterschutzstellung von Sachgesamtheiten zu beantragen, die dem Schutz von Kulturgut der öffentlichen Hand nach § 6 Absatz 1 Nummer 3 KGSG gleichkommt. Während dort ein Schutz kraft Gesetzes vorgesehen ist, kann der Schutz von Kulturgut im Eigentum der Kirchen oder Religionsgemeinschaften nicht von Gesetzes wegen angeordnet werden, sondern kann ebenfalls aus Rücksichtnahme auf die Freiheit der Kirchen und Religionsgemeinschaften wie in § 9 Absatz 1 KGSG nur auf Antrag erfolgen.

Vor diesem Hintergrund ist die Bundesregierung nicht veranlasst, den nationalen kunst- und kulturhistorischen Rang des sogenannten Danziger Paramentenschatzes zu beurteilen oder gutachterlich beurteilen zu lassen.

5. Hat sich die Bundesregierung zu der polnischen Rechtsauffassung eine eigene Positionierung erarbeitet, dass mit der Verschiebung der Staatsgrenzen „nicht nur die ehemals deutschen Gebiete mit den darauf vorgefundenen Kulturgütern, Denkmälern und Bauwerken unter die Souveränität Polens gekommen sind, sondern auch die auf diesen vormals deutschen, nun polnischen Gebieten hergestellten Kulturgüter („Territorialprinzip“)" (vgl. Henning Puhl: Das Kulturgut aus ehemaligen deutschen evangelischen Gemeinden, S. 17 f.), und wenn ja, wie lautet diese Positionierung?

Deutschland und Polen haben sich im deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrag vom 17. Juni 1991 dazu verpflichtet, sich der auf ihrem Gebiet befindlichen Orte und Kulturgüter, die von geschichtlichen Ereignissen sowie kulturellen und wissenschaftlichen Leistungen und Traditionen der anderen Seite zeugen, besonders anzunehmen und zu diesen freien und ungehinderten Zugang zu gewährleisten beziehungsweise sich für einen solchen Zugang einzusetzen, soweit dieser nicht in staatlicher Zuständigkeit geregelt werden kann. Fragen im Zusammenhang mit dem Verbleib von Kulturgütern und Archivalien sollen im Geiste der Verständigung und Versöhnung, beginnend mit Einzelfällen, gelöst werden (Artikel 28 Absatz 2 und 3 des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit vom 17. Juni 1991, vgl. <https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/bulletin/vertrag-zwischen-der-bundesrepublik-deutschland-und-der-republik-polen-ueber-gute-nachbarschaft-und-freundschaftliche-zusammenarbeit-786742>).

6. Ist vor dem Hintergrund dieses von Polen vertretenen „Territorialprinzips“ nach Kenntnis der Bundesregierung auch der Anspruch zu sehen, den Polen laut Auskunft der Bundesregierung auf den „Danziger Paramentenschatz“ in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre erhoben hat, der sich im St. Annen-Museum in Lübeck befindet (vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 13/8111, S. 8)?

Vor welchem Hintergrund die polnische Regierung in den 1990er Jahren einen Anspruch auf Teile des „Danziger Paramentenschatzes“ erhoben hat, ist der Bundesregierung nicht bekannt.

7. Hat die polnische Seite diesen Anspruch auf Übergabe bis heute nach Kenntnis der Bundesregierung aufrechterhalten, und wenn ja, welche Haltung hat die Bundesregierung dazu eingenommen, und wenn nein, kann die Bundesregierung angeben, aufgrund welcher Argumente die polnische Seite von ihrem „Anspruch“ auf „Übergabe“ des „Danziger Paramentenschatzes“ abgerückt ist (bitte ausführen)?

Seit dem Jahr 1992 werden auf Grundlage des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit auf Regierungsebene Gespräche über die Rückführung von Kulturgütern geführt.

9. Ist der Bundesregierung bekannt, ob die Formel der Union Evangelischer Kirchen in der Evangelischen Kirche in Deutschland (UEK) von der „Rückkehr des Danziger Paramentenschatzes zur Marienkirche Danzig“ (www.uek-online.de/3-5-artikel-content-1054-erklaerung-danziger-paramentenschaftz-1054.php) als Anerkennung der polnischen Rechtsauffassung zu deuten ist, nach der die „Verlagerung“ des Dreifaltigkeitsaltars aus der Danziger Marienkirche und nun auch des „Danziger Paramentenschatzes“ als „Kulturgutraub anzusehen“ ist (vgl. Henning Pahl: Das Kulturgut aus ehemaligen deutschen evangelischen Gemeinden, S. 18), weil beides als Inventar der Marienkirche zu Polen gehöre?
- Wenn ja, gab es in dieser Frage Kontakte mit Vertretern der UEK, und wenn ja, mit welchem Ergebnis?
 - Wenn ja, kann die Bundesregierung bestätigen, dass das polnische Ministerium für Kultur und nationales Erbe unter der Überschrift „Kriegsverlustkatalog“ ein Onlineregister aller Kulturgüter führt, die während des Zweiten Weltkriegs aus dem Hoheitsgebiet Polens in den Grenzen „nach 1945“ „gestohlen oder illegal ins Ausland ausgeführt wurden“ (vgl. Henning Pahl: Das Kulturgut aus ehemaligen deutschen evangelischen Gemeinden, S. 18, Fußnote 16), und wenn ja, hat sich die Bundesregierung hierzu mit Blick auf deutsche Kulturgüter, die in dieser Zeit vor der heranrückenden Roten Armee nach Westdeutschland gerettet werden konnten und von der polnischen Seite als „gestohlen oder illegal ins Ausland ausgeführt“ klassifiziert werden, eine eigene Auffassung gebildet (bitte ggf. ausführen)?
 - Wenn nein, warum gab es in dieser Frage keine Kontakte mit Vertretern der UEK?

Die Fragen 9 bis 9c werden gemeinsam beantwortet.

Die Bundesregierung hat keine Kenntnisse im Sinne der Fragestellung. Ergänzend wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen.

10. Gab es im Fall der Versenkung des „Danziger Paramentenschatzes“ wie im Fall des Dreifaltigkeitsaltars eine Anfrage der UEK an die Bundesregierung, ob sie einer derartigen Versenkung zustimmt?
- Wenn ja, kann die Bundesregierung darlegen, ob sie auch in diesem Fall zugestimmt hat (bitte die Gründe für diese Zustimmung darlegen und auch darauf eingehen, ob die Bestimmungen des Kulturgutschutzgesetzes einer derartigen Rückgabe nicht entgegenstehen, und wenn nein, warum nicht)?
 - Wenn nein, warum gab es im Fall des „Danziger Paramentenschatzes“ keine Anfrage der UEK an die Bundesregierung?

Die Fragen 10 bis 10b werden gemeinsam beantwortet.

Es wurde keine Anfrage seitens der UEK an die Bundesregierung gestellt. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen.

11. Plant die Bundesregierung, sich am Bau eines Museums bei der Marienkirche zu beteiligen, das „für die Erhaltung, weitere Erforschung und Präsentation der Paramente optimale Bedingungen“ bieten soll (siehe Vorbemerkung der Fragesteller)?
 - a) Wenn ja, mit welcher Summe wird sich die Bundesregierung am Bau dieses Museums beteiligen (bitte auch die Gründe dafür darlegen, warum sich die Bundesregierung am Bau dieses Museums mit Bundesmitteln beteiligen wird)?
 - b) Wenn nein, kann die Bundesregierung die Gründe dafür darlegen, warum sich die Bundesregierung am Bau dieses Museums nicht mit Bundesmitteln beteiligen wird (bitte ausführen)?

Die Fragen 11 bis 11b werden gemeinsam beantwortet.

Eine Beteiligung am Bau des geplanten Museums ist derzeit nicht geplant; eine solche Beteiligung wurde bislang nicht erbeten.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

03) Petition „Danziger Paramentenschatz“ bis 31. März 2024

Liebe Empfänger unserer Mitteilung, unterschreiben Sie. Zeigen Sie den unverantwortlich beiseitestehenden Verantwortlichen in Politik, Institutionen und Verbänden – und nicht zuletzt in ihrem persönlichen Umfeld - die rote Laterne:

<https://www.openpetition.de/petition/unterzeichner/verbleib-des-1944-geretteten-danziger-paramentenschatzes-im-luebecker-st-annem-museum/unterschreiben>

Eine Dokumentation unserer bisherigen Bemühungen (Pressemitteilungen, Korrespondenz usw.) finden Sie gesammelt unter:

<https://www.ostdeutsche-museen.de>

Unsere Petition ist auch an den Petitionsausschuss im Deutschen Bundestag gegangen.

Die Petition ist einzusehen unter epetitionen.bundestag.de. Dort auf „Zum Petitions-Forum“ gehen und dann unter **Petitionssuche** die ID-Nr. **153618** eingeben. Dann haben Sie den Text der Petition mit Begründung.

Unsere Petition läuft noch bis zum 31. März 2024. Wir hoffen auf weitere Unterschriften. Es sind wenig genug!

Siehe folgende Seiten 7 bis 8: Unterschriften-Liste für Petition „Danziger Paramentenschatz“:



openPetition

2D-Barcode fürs Handy:



https://www.stiftungsstelle-museen.de

Verbleib des 1944 geretteten Danziger Paramentenschatzes im Lübecker St. Annen-Museum

Von: Dr. Jürgen Mariens

aus: 53639 Königswinter

An: Evangelische Kirche in Deutschland In: Deutschland

Zeichnungsfrist bis: 16.06.23



Ich fordere, auch namens betroffener Danziger und Westpreußen, daß die EKD den 1944 geretteten Paramentenschatz aus der Danziger Marienkirche nicht nach Danzig verschenkt. Die Kirchenleitung möge nach anderen Wegen eines vertraglichen ökumenischen Ausgleichs suchen. Das könnte geschehen, wenn die Marienkirche Danzig bzw. das Nationalmuseum Danzig in regelmäßigen Austausch mit dem Lübecker St. Annen-Museum ihre jeweiligen Paramentenschatze der interessierten Öffentlichkeit präsentieren.

<https://www.stiftungsstelle-museen.de>, bei der Navigationsleiste "Paramente Marienkirche" ist als Quelle meiner Petition mein gesamter Schriftwechsel mit der EKD und der von dritten Personen aufgelistet.

Mit der Reformation 1525 wurde die Marienkirche zur evangelischen Hauptkirche in Danzig und verblieb evangelisch bis zum Kriegsende 1945. Der letzte evangelische Pastor an St. Marien, Dr. Gerhard Gülzow, rettete im Herbst 1944 die unermittlich wertvollen liturgischen Gewänder der Kirche (der Danziger Paramentenschatz) als deutsches Kulturgut vor der anrückenden Roten Armee in den Westen. Zwischenstation war Thüringen. Dort verblieben 183 Teile des Paramentenschatzes und wurden 1961 von der DDR-Regierung nach Polen übergeben. Diese liturgischen Teile befinden sich bis heute im Danziger Nationalmuseum. 103 Paramenteile gelangten unter schwierigsten Umständen nach Lübeck. Zunächst im Pastorat an der Lutherkirche von dem hier nunmehr tätigen Pastor Gülzow bewahrt, wurden sie später im Westwerk der Lübecker Marienkirche öffentlich präsentiert. Museologisch war dies auf Dauer ein unhaltbarer Zustand. Daher schloß die EKD – sie war die Rechtsnachfolgerin der 1945 untergegangenen evangelischen Gemeinden östlich von Oder und Neiße - mit der Stadt Lübeck einen Vertrag, mit dem die Paramente in das St. Annen-Museum überführt wurden. Über viele Jahre waren Teilparamente in einer eigens für sie gefertigten Paramentenkammer der Öffentlichkeit zugänglich. Aus konservatorischen Gründen wurde die Paramentenkammer jedoch geschlossen. Erst ab 19. Januar 2019 wurden im Museum wieder Teile präsentiert. Unmittelbar vor Beginn der Ausstellung teilte der Ratsvorsitzende der EKD, Bischof Bedford-Strohm auf Nachfrage schriftlich mit, die Kirche beabsichtige nicht, den Danziger Paramentenschatz nach Polen zu übergeben. Um so unverständlicher las sich die Presseerklärung der EKD vom 9. Januar 2023, wonach in einem sog. Letter of Intend vom 8. Januar 2023 festgehalten wurde, die Paramente an die Danziger Marienkirche ohne Gegenleistung zu verschenken. Erschwerend kommt hinzu, daß es in der Danziger Marienkirche keinen Präsenzialort gibt, er muß noch geschaffen werde. Als „Zwischenlösung“ kam demnach nur das Danziger Nationalmuseum in Frage. In einer Reihe von Eingaben an die Leitung der EKD wurde gegen diese Absicht protestiert, u. a. mit einer Presseerklärung vom 27. Februar 2023. Diese Aktionen ließ die Kirchenleitung unbeindruckt, sie waren bisher erfolglos.

Die Petition läuft bis 31. März 2024. Bitte, schicken Sie die ausgefüllte oder teil-ausgefüllte Unterschriftenliste an:

Landsmannschaft Westpreußen e. V. Berlin, Brandenburgische Straße 24, 12167 Berlin-Steglitz; Ruf-Nummer: 030-257 97 533 (Anrufannahmer, Fernabfrage); danzig.westpreussen.berlin@gmail.com

Seite 8 zu AGOMWBW-Rundschreiben Nr. 02 v. 13.02.2024 „Danziger Paramente

04) Liste für handschriftliche Unterstützung der Petition „Ostdeutsches Kulturgut“. Laufzeit der Petition verlängert bis 31.03.2024

Verbleib des 1944 geretteten Danziger Paramentenschatzes im Lübecker St. Annen-Museum

1	Vorname, Familienname PLZ, Wohnort E-Mail-Adresse	Straße, Hausnummer Datum, Unterschrift
2	Vorname, Familienname PLZ, Wohnort E-Mail-Adresse	Straße, Hausnummer Datum, Unterschrift
3	Vorname, Familienname PLZ, Wohnort E-Mail-Adresse	Straße, Hausnummer Datum, Unterschrift
4	Vorname, Familienname PLZ, Wohnort E-Mail-Adresse	Straße, Hausnummer Datum, Unterschrift
5	Vorname, Familienname PLZ, Wohnort E-Mail-Adresse	Straße, Hausnummer Datum, Unterschrift
6	Vorname, Familienname PLZ, Wohnort E-Mail-Adresse	Straße, Hausnummer Datum, Unterschrift
7	Vorname, Familienname PLZ, Wohnort E-Mail-Adresse	Straße, Hausnummer Datum, Unterschrift
8	Vorname, Familienname PLZ, Wohnort E-Mail-Adresse	Straße, Hausnummer Datum, Unterschrift
9	Vorname, Familienname PLZ, Wohnort E-Mail-Adresse	Straße, Hausnummer Datum, Unterschrift
10	Vorname, Familienname PLZ, Wohnort E-Mail-Adresse	Straße, Hausnummer Datum, Unterschrift

Datenschutzklärung

Dieser Unterschriftenbogen wird auf www.openpetition.de als Bild hochgeladen. Von Ihrem Datum werden Postzeitpunkt und Ort gespeichert. Damit Ihre Unterschrift gezählt werden kann, wenn Sie per E-Mail informiert bleiben möchten, willigen Sie in die Speicherung Ihrer E-Mail-Adresse ein. Dieser Einwilligung können Sie jederzeit widerrufen.

Hinweis

Erwägung, nur persönlich und handschriftlich. Nur online (entweder online oder handschriftlich) unterschreiben. Diese Liste läuft bis zum 16.06.23 zusätzlich an Dr. Jürgen Mariens, Am Hohenberg 14, 53639 Königswinter oder ergebnis@openpetition.de per Email an dr.jurgenmariens@openpetition.de

Bitte, schicken Sie die ausgefüllte oder teil-ausgefüllte Unterschriftenliste an:
 Landsmannschaft Westpreußen e. V. Berlin, Brandenburgische Straße 24, 12167 Berlin-Steglitz.
danzig.westpreussen.berlin@gmail.com Ruf-Nummer: 030-257 97 533 (Anrufannahmer, Fernabfrage)

05) Globalismus: Indoktrination durch die EKD

Von Jürgen Martens So., 11. Feb., 12:30

Lieber Herr Hanke,

soeben komme ich aus dem ev. Gottesdienst. Wir feierten dort Karneval. Es war sehr hübsch gestaltet.

Doch die Wände des Kirchenraums waren beklebt mit Plakaten – sehr verstörend. Sie Plakate hatte unsere Pastorin mit ihren Konfirmanden gestaltet. So indoktriniert man junge, letztlich ahnungslose Menschen. Schauen Sie auf das Foto in der Anlage. Einen völlig anderen Ton schlägt Kardinal Gerhard Müller in einem Interview an, das ich in Auszügen nachstehend wiedergebe:

Kardinal Gerhard Müller hat erklärt, dass „selbsternannte“ Globalisten die Massenmigration nutzen, um die nationale Identität der Völker zu vernichten. Kritiker an diesem Konzept würden häufig als „Nazis“ beschimpft, um sie mundtot zu machen.

In einem Exklusivinterview mit LifeSiteNews sprach der bekannte Kirchenmann über die Ideologien, die hinter dem Globalismus stehen, und deren fatale Folgen.

„Bei der Masseneinwanderung geht es nicht darum, Menschen zu helfen, sondern darum, die nationale Identität zu zerstören“, erläutert Müller.

Entwurzelt und isoliert

„Sie wollen, dass jeder völlig isoliert ist und nicht durch Sprache, Kultur, Familienbande oder ein Heimatland, in dem man sich zu Hause fühlt, verbunden ist“, sagt der Kardinal weiter: „Sie wollen, dass alle atomisiert werden, ohne kulturelle und religiöse Wurzeln und Identität.“

Der deutsche Kardinal sagte, dass viele Globalisten glauben, dass es „zu viele“ Menschen auf der Erde gibt, was „Klimaschäden“ verursache. Um diese angebliche „Überbevölkerung“ zu bekämpfen, setzen diese Machteliten Abtreibung und Euthanasie als Teil eines „Ausrottungsprogramms“ ein, kritisierte der Kurienkardinal gegenüber LifeSiteNews und fügte hinzu: „Und gleichzeitig wird jeder, der dies kritisiert, von denjenigen als Nazi bezeichnet, die selbst die mörderische Nazi-Ideologie von ‚Macht schafft Recht‘ vertreten.“

„Nazi“-Vorwurf gegen Andersdenkende

Müller erklärte, dass der „Nazi“-Vorwurf häufig als „Machtinstrument“ zur Unterdrückung abweichender Meinungen eingesetzt werde.

Die geringe Wertschätzung des menschlichen Lebens entspringt der philosophischen Position des Materialismus, die die Globalisten vertreten, so Müller weiter:

*„Man muss sich den französisch-rumänischen Philosophen Emil Cioran ansehen, der in seinem Buch *Le Mauvais démiurge* (1969) die den rücksichtslosesten Hass auf die*

Seite A 17 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Schöpfung und die Güte Gottes propagiert und das Schlangengift des Nihilismus aller jakobinischen, kommunistischen, faschistischen und woken ‚Eliten‘ der letzten zwei Jahrhunderte ausspuckt.“

Der Ex-Präfekt der Glaubenskongregation sagte, das globalistische System sei eine Mischung aus Kapitalismus und Kommunismus. Die westlichen Globalisten seien Kapitalisten mit einer „sozialistischen Denkweise“. – „In diesem System ist der Totalitarismus mit dem Materialismus verschmolzen“, erklärte er.

„Klimawandel“ als Ersatzreligion

Müller sagte gegenüber LifeSiteNews auch, dass der Klimawandel und die „grüne“ Bewegung als „Ersatzreligion“ benutzt werden, der viele anhängen, „anstatt das ursprüngliche Christentum zu verbreiten“.

Der Würdenträger fügte hinzu: „Der Respekt vor der Kreatur leitet sich aus dem Glauben an den guten Schöpfer ab und braucht keine katastrophale Weltsicht.“

„Aber die Kirche Christi ist das Sakrament des Heils für die Welt und die Vorhut gegen die Selbstzerstörung der Menschheit durch Negativisten und Nihilisten“, schloss er das Interview.

Der Artikel erschien zuerst bei CHRISTLICHES FORUM.

Herzlichen Gruß zum Sonntag
ihr J . Martens

Dr. Jürgen Martens

www.ostdeutsche-museen.de



Bei einem evangelischen Gottesdienst las man auf an einer Wand befestigten Postern: *NA, Zieht's im Hirn?* oder *AfD ist Geschichte* oder auch *Unser Kreuz hat keine Haken*. Auf die Frage nach der Sinnhaftigkeit folgte die Erklärung, dies seien die Ergebnisse aus der Arbeit des evangelischen Geistlichen mit den Konfirmanden im Unterricht. Sind die jungen Menschen bereits durch Schule und Elternhaus vorbereitet, um die Bedeutung der zitierten Aussagen zu verinnerlichen, oder indoktriniert die Kirche nur? Mancher Kirchenbesucher – wie ich – ist verstört beim Lesen dieser Textpassagen. In diesen – möglichen - Indoktrinationsprozeß durch die Kirche, dem sich die Gläubigen ausgesetzt sehen, paßt ein Interview, das Kurienkardinal Gerhard Müller dem ultrakonservativen kanadischen Organ *Lifesite-News* am 4. Dezember 2023 gegeben hat.

Dieses Interview veröffentlichte am 10. Februar 2014 das Web-Magazin *CHRISTLICHES FORUM*, das vom *CHRISTOFERUSWERK e. V.* in Münster herausgegeben und gestaltet wird, unter dem Titel ***Der Globalismus vereint Kommunismus und Kapitalismus***. Das Christoferuswerk in Münster ist eine Aktionsgemeinschaft katholischer und evangelischer Christen.

Seite A 19 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Das Christliche Forum hat sich sich – daran sei erinnert - mit dem Beitrag *Danziger Paramentenschatz – umsonst gerettet* am 20. Januar 2024 für den Erhalt des Danziger Paramentenschatzes in Deutschland – ganz im Gegensatz zur UEK/EKD – eingesetzt. Kardinal Müller sprach in dem Interview über Globalismus und seine Folgen und führte u. a. aus: *Bei der Masseneinwanderung geht es nicht darum, den Menschen zu helfen, sondern darum, die nationale Identität zu zerstören. Sie [die Globalisten] wollen, dass jeder völlig isoliert ist und nicht durch Sprache, Kultur, Familienbande oder ein Heimatland, in dem man sich zu Hause fühlt, verbunden ist. Sie wollen, dass alle atomisiert werden, ohne kulturelle und religiöse Wurzeln und Identität.*

Für Müller werde der „Nazi-Vorwurf“ an die Andersdenkenden häufig als *"Machtinstrument" zur Unterdrückung abweichender Meinungen eingesetzt.*

Zur Rolle der Kirche sagte der Kardinal: *Für die globalistische Agenda stellt die katholische Kirche [Gleiches gilt auch für die evangelische Kirche] ein Hindernis dar, weshalb sie mit dem Globalismus in Einklang gebracht werden muß. Damit die Globalisten erfolgreich sein können, muß die Kirche in die gleiche Richtung [wie der Globalismus] laufen.*

Nimmt man die Gefahren, die vom Globalismus ausgehen ernst, stellt sich auch die Frage, ob der Eid, den Berufssoldaten der Bundeswehr leisten (*Ich schwöre, der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen, so wahr mir Gott helfe.*), noch zeitgemäß ist und nicht vielmehr abgeschafft werden muß. Denn der Eid ist ein Plädoyer für die nationale Identität. Und wer sich dazu bekennt, setzt sich nach der Auffassung der Globalisten dem „Nazi-Vorwurf“ aus.

Es empfiehlt sich sehr, das vollständige Interview, das Kurienkardinal Gerhard Müller Lifesite-News gegeben hat, in Gänze zu lesen.

Quelle und vollständiger Beitrag unter: https://www.lifesitenews.com/de/news/exklusiv-cdl-muller-massenmigration-wird-zur-zerstörung-nationaler-identitäten-genutzt/?utm_source=editions_menu&utm_campaign=usa

EXKLUSIV: Kardinal Müller sagt, dass die Massenmigration dazu benutzt wird, nationale Identitäten zu zerstören

Kardinal Müller glaubt auch, dass die Eliten einen "Genozid" begehen, indem sie Abtreibung und Euthanasie fördern. Der deutsche Kardinal sagte, dass viele Globalisten glauben, dass es "zu viele" Menschen auf der Erde gibt, die "Klimaschäden" verursachen.



Kardinal Gerhard Müller.- *LifeSiteNews*

04.12.2023

Bitte beachten Sie: Dieser Artikel wurde maschinell ins Deutsche übersetzt.

Anmerkung der Redaktion: Die LifeSiteNews-Journalisten Maike Hickson und Andreas Wailzer haben das Interview mit Kardinal Gerhard Müller auf Deutsch geführt und seine Worte ins Englische übersetzt.

([LifeSiteNews](#)) - Kardinal Gerhard Müller hat gesagt, dass "selbsternannte" Globalisten die Massenmigration nutzen, um die nationale Identität von Ländern zu zerstören.

In einem Exklusivinterview mit LifeSiteNews sprach Müller über die Ideologien, die hinter dem Globalismus stehen, und deren fatale Folgen.

"Bei der Masseneinwanderung geht es nicht darum, Menschen zu helfen, sondern darum, die nationale Identität zu zerstören", sagte Müller. "Sie sagen, dass nationale Identität Nationalismus ist, der alle Kriege verursacht hat, also sagen sie, dass sie gegen Nationalismus sind, aber sie sind wirklich gegen die Nation."

"Wenn Nationalismus der Grund für Kriege ist, müssen wir uns fragen, wer die Kriege finanziert und welche Interessen dahinter stehen."

Seite A 21 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

"Sie wollen, dass jeder völlig isoliert ist und nicht durch Sprache, Kultur, Familienbande oder ein Heimatland, in dem man sich zu Hause fühlt, verbunden ist", so Müller weiter.

"Sie wollen das alles zerstören. Sie wollen, dass alle atomisiert werden, ohne kulturelle und religiöse Wurzeln und Identität", schloss er.

Müller glaubt auch, dass die Eliten einen "Genozid" begehen, indem sie Abtreibung und Euthanasie fördern.

Der deutsche Kardinal sagte, dass viele Globalisten glauben, dass es "zu viele" Menschen auf der Erde gibt, die "Klimaschäden" verursachen.

Um diese angebliche "Überbevölkerung" zu bekämpfen, setzen diese Machteliten Abtreibung und Euthanasie als Teil eines "Ausrottungsprogramms" ein, so Müller gegenüber LifeSiteNews.

[READ: Ein Freimaurerführer war auf der Umweltkonferenz im Vatikan, um die Entvölkerung und die Weltregierung zu fördern](#)

"Und gleichzeitig wird jeder, der dies kritisiert, von denjenigen als Nazi bezeichnet, die selbst die mörderische Nazi-Ideologie von 'Macht schafft Recht' vertreten... Der Völkermord, der jetzt stattfindet, wird durch Propaganda geschützt, indem seine Kritiker mit den Menschen gleichgesetzt werden, die den Völkermord in der Vergangenheit begangen haben", fügte der Kardinal hinzu.

"Die Perversion ihrer Logik besteht darin, die Opfer als Täter darzustellen. Was ist das Entvölkerungsprogramm anderes als ein Plan zur Reduzierung von Menschen durch Gewalt?"

Müller erklärte, dass der "Nazi"-Vorwurf häufig als "Machtinstrument" zur Unterdrückung abweichender Meinungen eingesetzt werde.

"Es ist ihnen [den Globalisten] egal, dass die Selbstmordrate unter jungen Menschen weltweit steigt. Das ist genau das Richtige für sie."

Diese geringe Wertschätzung des menschlichen Lebens entspringt der philosophischen Position des Materialismus, die die Globalisten vertreten, so Müller gegenüber LifeSiteNews. Nach Ansicht der Materialisten "ist der Mensch nur Materie, nur eine Masse von Menschen, die manipuliert werden kann", erklärte er.

"Man muss sich den französisch-rumänischen Philosophen Emil Cioran ansehen, der in seinem Buch *Le Mauvais demiurgedie* den rücksichtslosesten Hass auf die Schöpfung und die Güte Gottes propagiert und das Schlangengift des Nihilismus aller jakobinischen, kommunistischen, faschistischen und wachen 'Eliten' der letzten zwei Jahrhunderte ausspuckt", so Müller.

"Sie [die Globalisten] empfinden auch nichts dabei. Für sie sind die Menschen nur eine Zahl... 10.000 weniger sind gut für die Statistik!"

Der ehemalige Präfekt der Glaubenskongregation (CDF) sagte, das globalistische System sei eine Mischung aus Kapitalismus und Kommunismus. Die westlichen Globalisten seien Kapitalisten mit einer "sozialistischen Denkweise", so Müller.

Seite A 22 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

"In diesem System ist der Totalitarismus mit dem Materialismus verschmolzen", erklärte er.

"Und derjenige, der das meiste Geld hat, ist an der Macht und kontrolliert und bezahlt die Medien."

Müller sagte, dass es aus zuverlässigen Quellen gut dokumentiert sei, dass eine der großen deutschen Zeitungen, *Der Spiegel*, ist teilweise [finanziert](#) von der Bill & Melinda Gates Foundation.

Müller sagte gegenüber LifeSiteNews auch, dass der Klimawandel und die "grüne" Bewegung als "Ersatzreligion" benutzt werden, der viele anhängen, "anstatt das ursprüngliche [Christentum] zu verbreiten".

"Der Respekt vor der Kreatur leitet sich aus dem Glauben an den guten Schöpfer ab und braucht keine katastrophale Weltsicht."

Anstatt sich wirklich um die Umwelt zu kümmern, nutzen die Globalisten, die tausende Male mit ihren Privatjets fliegen, die Klima-Agenda, um "eine Menge Geld zu machen", so der ehemalige Leiter des CDF.

Darüber hinaus wies er darauf hin, dass Kinder bereits in jungen Jahren sexualisiert werden, um sie abhängig und gefügig zu machen.

"Die Sexualisierung im Allgemeinen und die frühkindliche Sexualisierung im Besonderen wird benutzt, um die Menschen ruhig zu halten", sagte Müller. "Sie benutzen Sexualität wie eine Droge."

[READ: Die Weltgesundheitsorganisation rät seit 2010 zu Sexualkunde ab der Geburt und frühkindlicher Masturbation](#)

Müller nannte mehrere Attribute als Hauptmerkmale des heutigen Globalismus: "Materialismus, Totalitarismus, Menschenverachtung, Entwurzelung und Zerstörung der Identität der Menschen".

Für die globalistische Agenda stellt die katholische Kirche ein Hindernis dar, weshalb sie mit dem Globalismus in Einklang gebracht werden muss, so Müller.

Die Kirche "wird nicht nur überrollt, sie wird auf den Kopf gestellt", sagte er. Damit die Globalisten erfolgreich sein können, muss die Kirche "in die gleiche Richtung [wie der Globalismus] laufen", so Müller.

"Aber die Kirche Christi ist das Sakrament des Heils für die Welt und die Vorhut gegen die Selbstzerstörung der Menschheit durch Negativisten und Nihilisten", schloss er.

1) Aufruf der Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin zur Unterstützung*)

Die finanzielle Lage der Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin ist schwierig. Gründe sind durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie gegenwärtig der Ausfall sämtlicher Veranstaltungen, die nicht nur Kosten verursachen, sondern – von Fall zu Fall – auch für die nötigen Einnahmen sorgen können.

Wir sind für unsere Arbeit vom Finanzamt für Körperschaften als gemeinnützig anerkannt. Das heißt einerseits: wir dürfen keine Rücklagen bilden (mit denen wir jetzt wirtschaften könnten, unsere Miet- und anderen Kosten selbst tragen), aber wir dürfen für Ihre großzügige Spende eine Spendenquittung ausstellen.

Wir haben die herzliche Bitte, unsere Arbeit durch eine Geldspende zu unterstützen, damit unsere Tätigkeit weitergehen kann. Wir arbeiten ehrenamtlich.

Sie erhalten am Ende des Jahres eine Spendenbescheinigung, unsere Arbeit ist vom Finanzamt für Körperschaften als gemeinnützig anerkannt!

Unsere Bankverbindung (Zusatz „Spende“ auf der Überweisung nicht vergessen!):

Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin:

Konto bei der Postbank Berlin

IBAN DE26 1001 0010 0001 1991 01 BIC BNKDEFF

Unsere Einnahmen und Ausgaben

Die Landsmannschaft Westpreußen e. V. Berlin ist vom Finanzamt für Körperschaften als „gemeinnützig“ anerkannt. Das heißt auch: wir dürfen keine finanziellen Rücklagen bilden. Die Mitgliedsbeiträge reichen zur Finanzierung unserer anerkannt guten Arbeit nicht aus, Einnahmen durch Veranstaltungen konnten wir während der Corona-Pandemie nicht erzielen. Die Kosten laufen aber weiter. Daher sind uns Spenden hochwillkommen.

Mitgliedsbeitrag Person / Jahr:

Einzelmitglied € 60,00 (bisher: € 52,00);

Ehepaare je Person € 50,00 (bisher: € 45,00)

Sonderbeitrag für AGOM-Mitglieder

(abgeschlossener Kreis)

€ 25,00 (wie bisher),

2) BdV: Die „Ewige Flamme“ braucht Ihre Unterstützung



„Ewige Flamme“ braucht Ihre Unterstützung

Die 1955 von Bundespräsident Theodor Heuss entzündete „Ewige Flamme“ braucht Ihre Unterstützung. Das Mahnmal der deutschen Heimatvertriebenen auf dem Theodor-Heuss-Platz in Berlin, an dem wir jährlich am Tag der Heimat unserer Opfer gedenken, wird seit vielen Jahren von uns mitgepflegt.

So nutzen wir Spenden unserer Mitglieder dazu, die „Ewige Flamme“ brennen zu lassen. Dazu bitten wir in diesem Jahr um eine Spende auf das unten angegebene Konto.

**Bankverbindung
Deutsche Bank Bonn**

BdV Förderverein

IBAN:

DE54 3807 0059 0077 0107 00

BIC:

DEUTDEK380



3) Aufruf des Leibniz-Instituts für Länderkunde: Heimatzeitschriften erbeten!

Sehr geehrter Herr Hanke,

herzlichen Dank für Ihr Angebot, in Ihrem Rundbrief auf unser Anliegen aufmerksam zu machen. Gerne nehmen wir diese Möglichkeit wahr. Angefügt finden Sie einen Text, der in ähnlicher Weise schon mehrfach abgedruckt wurde.

Ich habe soeben nachgeschaut: Wir haben in unserem Katalog 17 Heimatzeitschriften über Westpreußen nachgewiesen. Allerdings sind die jeweiligen Bestände sehr lückenhaft und bestehen häufig nur aus neueren Ausgaben. Insofern erhoffe ich mir durch den Aufruf viele Ergänzungen.

Nochmals vielen Dank für Ihre Unterstützung.

Mit freundlichen Grüßen

H. P. Brogiato

**Bibliothek der deutschen Heimatzeitschriften
Heimatzeitschriften erbeten**

Die Geographische Zentralbibliothek (GZB) im Leibniz-Institut für Länderkunde in Leipzig hat Ende 2013 vom Bund Heimat und Umwelt (BHU) die „Bibliothek der deutschen Heimatzeitschriften“ übernommen. Um diese Sondersammlung systematisch auszubauen, wurden in den vergangenen drei Jahren zahlreiche Heimatvereine, Museen usw. mit der Bitte angeschrieben, das Anliegen zu unterstützen und der GZB ihre Heimatzeitschriften zur Verfügung zu stellen. Inzwischen werden mehr als 1000 Zeitschriften und Serien aus dem deutschsprachigen Raum regelmäßig zugesandt. (<http://ifl.wissensbank.com>). Da die Bibliothekslandschaft in Deutschland dezentral aufgebaut ist und einzelne Bibliotheken regionale Sammelschwerpunkte aufweisen, kann man in keiner deutschen Leihbibliothek (die Deutsche Nationalbibliothek als Präsenzbibliothek bildet einen Sonderfall) heimatkundliche Literatur regionsübergreifend vorfinden. Durch den Aufbau der „Bibliothek der deutschen Heimatzeitschriften“ entsteht somit ein einmaliger Bestand, der es erlaubt, heimatkundliche und regionalgeschichtliche Literatur räumlich vergleichend zu untersuchen. Wir hoffen, dass sich durch diesen Aufruf viele Redaktionen, Heimatkreisbetreuer, Heimatmuseen, aber auch Privatpersonen entschließen können, die von Ihnen betreuten Zeitschriften an die Leipziger Bibliothek zu senden. Erwünscht sind auch die Zeitschriften, die inzwischen eingestellt wurden, von denen es aber vielleicht noch Lagerbestände gibt. Bei größeren Sendungen können die Versandkosten gegen eine Rechnung übernommen werden. Für weitere Informationen setzen Sie sich bitte mit uns in Verbindung:

Dr. Heinz Peter Brogiato
Leibniz-Institut für Länderkunde
GZB – Heimatzeitschriften
Schongauerstr. 9
04328 Leipzig
E-Mail: h_brogiato@ifl-leipzig.de
Ruf: 0341 600 55 126

So wahr mir Gott helfe: Der Amtseid des Bundeskanzlers



Amtseid: Olaf Scholz am 08.12.2021 im Bundestag mit Parlamentspräsidentin Frau Bärbel Bas bei der Vereidigung zum neunten Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland. Bei der Vereidigung verzichtete er als zweiter Bundeskanzler nach Gerhard Schröder (SPD) auf den Gottesbezug in der Eidesformel. Der Zusatz "So wahr mir Gott helfe" ist freiwillig. Der 63-Jährige ist der vierte SPD-Kanzler in der Geschichte der Bundesrepublik - nach Willy Brandt (1969-1974), Helmut Schmidt (1974-1982) und Gerhard Schröder (1998-2005). Die CDU stellte bislang die vier Kanzler Konrad Adenauer, Ludwig Erhard, Kurt Georg Kiesinger und Helmut Kohl sowie zuletzt Kanzlerin Merkel. *Bild: ZDF*

<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/olaf-scholz-bundeskanzler-ampel-100.html>

„So wahr mir Gott helfe“:

Laut Artikel 64 des Grundgesetzes müssen Kanzler und Minister bei der Amtsübernahme vor dem Bundestag den Amtseid leisten. Artikel 56, der die Vereidigung durch den Bundespräsidenten vorsieht, legt den Wortlaut fest.

In Artikel 56 heißt es:

„Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.

*Du musst denken, dass du morgen tot bist,
musst das Gute tun und heiter sein.*

Freiherr vom Stein

**„Wird der Zweifel Gegenstand des Zweifels,
zweifelt der Zweifelnde am Zweifel selbst, so verschwindet der Zweifel.“**

Der Philosoph Georg Wilhelm Friedrich Hegel, der am 27. August 250. Geburtstag hat, in seinen Vorlesungen über die „Philosophie der Religion“ (Berlin 1832).

Aus: Der Tagesspiegel, 19.08.2020, S. 6.

**„Berlin braucht bessere Schulen.
Kann ja nicht jeder Politiker werden.“**

Kampagnenspruch der CDU Berlin – in Orange auf Schwarz und illustriert mit Merkelraute. Eine PR-Aktion, für die es via Twitter gleich viel Kritik gab. Weil: Was soll das eigentlich bedeuten?

Aus: Der Tagesspiegel, 12.08.2020, S. 6.

Diese Themen finden Sie jetzt auf unseren Leitseiten:

http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810_Leitseiten_Forderungen-Grundsaeetze.pdf

- 1) Rettet die kulturelle Vielfalt – rettet den Sonnabend! „Rote Karte“ für die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG)
- 2) Der Begriff „Vandalismus“ ist zu brandmarken!

Diese Themen finden Sie jetzt auf unseren Leitseiten:

- 01)** Preise & Stipendien des Deutschen Kulturforums östliches Europa e. V. und weiterer Einrichtungen
- 02)** Förderpreise und Förderstipendium der Copernicus-Vereinigung für Geschichte und Landeskunde Westpreußens e. V.
- 03)** Bund der Vertriebenen: Beratungsstellen für Finanzielle Förderungen und Heimatsammlungen nehmen Tätigkeit auf

http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810_Leitseiten_Foerdermoeglichkeiten.pdf

A. f/g) Bund der Vertriebenen mit den Ostdeutschen Landsmannschaften Landesgruppen und Heimatkreise; Blick auf/in Zeitschriften (Historisches Ostdeutschland und östliches Mitteleuropa) Seiten A 33 – A 86

01) „Deutsche Ostdienst“ (DOD), 67. Jahrgang, Nr. 1/2024, erschienen*



*) Beiträge daraus siehe Teil C in diesem AWR-845



Impressum

Herausgeber und Verlag:

BdV – Bund der Vertriebenen – Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände e.V.
Godesberger Allee 72-74, 53175 Bonn

Telefon: (0228) 810 07 26/28
Telefax: (0228) 810 07 52
E-Mail: markus.patzke@bdv-bund.de
Internet: www.Bund-der-Vertriebenen.de

Bankverbindung:

Commerzbank
BIC: COBDE33HAN
IBAN: DE50 3804 0007 0111 7043 00

Chefredaktion:

Markus Patzke

Layout:

TopTeam Werbeagentur
Sandra Rogelin
Niemöhlstraße 45
59555 Lippstadt
Telefon: (02941) 742 623 4

Druck:

DCM Druck Center
Meckenheim GmbH
Werner-von-Siemens-Str. 13
53340 Meckenheim
Telefon: (02225) 88 93 550

Erscheinungsweise:

zweimonatlich

Bezugspreis im

Jahresabonnement: 48,- Euro
für BdV-Mitglieder: 36,- Euro

Abdruck nach Vereinbarung

Die mit Namen oder Chiffre gekennzeichneten Artikel geben
nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Gefördert durch



Bundestag der Deutschen
und für Heimat

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

JETZT BESTELLEN



ZENTRUM
GEGEN
VERTREIBUNGEN

Kataloge zu den Ausstellungen der Stiftung

ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN



EINZELKATALOG | 5 € Stück

- Die Gerufenen Expl.
- Erzwungene Wege Expl.
- Angekommen Expl.
- In Lagern Expl.
- Verschwundene Orte Expl.

KATALOGSAMMLUNG | 25 € Stück Expl.



FRANZ-WERFEL-MENSCHENRECHTSPREIS | 14,95 € Stück

Dokumentationsband der Preisträger 2003–2023 Expl.

zzgl. Versandkosten

Rechnungsadresse

Lieferadresse (nur bei Abweichung ausfüllen)

Rechnungs- und Lieferadresse sind identisch

.....
Name, Vorname
.....
Straße, Hausnummer
.....
PLZ, Ort

.....
Name, Vorname
.....
Straße, Hausnummer
.....
PLZ, Ort

ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN

Organisationsbüro | Godesberger Allee 72-74 | 53175 Bonn | Tel.: 0228/81 007 30 | Fax: 0228/81 007 52
Konto: Deutsche Bank | IBAN: DE76 380 700 240 3171717 00 | BIC: DEUT DE 3303 0330 0000 0000 0000 0000

www.z-g-v.de | info@z-g-v.de

DOD DEUTSCHER OSTDIENST

Nachrichtenmagazin des Bundes der Vertriebenen

Immer auf dem Laufenden bleiben!



Mein Abonnement

Ich bestelle ein Abonnement der Zeitschrift des Bundes der Vertriebenen „DOD – Deutscher Ostdienst“. Der DOD erscheint zweimonatlich. Der reguläre Bezugspreis im Jahresabonnement beträgt 48,- Euro, für BdV-Mitglieder 36,- Euro. Sie können auch ein Schnupper-Abo zum Vorzugspreis von 10,- Euro für drei Ausgaben bestellen. Das Angebot endet automatisch. Bitte füllen Sie auch die nebenstehende Einzugsermächtigung aus.

- Ich bestelle ein Jahresabo.
- Ich bestelle ein Schnupperabo.
- Ich bestelle ein kostenloses Probeheft.

Name, Vorname:

Straße, Haus-Nr.:

PLZ & Ort:

E-Mail:

Telefon:

Ort, Datum und Unterschrift

SEPA-Lastschriftmandat

Gläubiger-Identifikationsnummer: DE 73 ZZZ 00000318658

Ich ermächtige den Bund der Vertriebenen, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die vom Bund der Vertriebenen auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Kreditinstitut (Name und Sitz der Bank)

.....

Bic (Swift-Code):

IBAN:

halbjährlich

- 18,00 € Mitglieder (Nachweis bitte beifügen)
- 24,00 € Nichtmitglieder

jährlich

- 36,00 € Mitglieder (Nachweis bitte beifügen)
- 48,00 € Nichtmitglieder
- 10,00 € Schnupperabo; 3 Ausgaben (einmalig)

Ort, Datum und Unterschrift

Wir versichern, dass wir Ihre hiermit übermittelten Daten ausschließlich für die hier benannten Zwecke nutzen werden. Unsere ausführliche Datenschutzerklärung finden Sie unter: bund-der-vertriebenen.de/datenschutz



LIEBE
LESERINNEN
UND LESER,



Das diesjährige Leitwort ist der Charta der deutschen Heimatvertriebenen verpflichtet und zeigt deutlich, dass eine Brücke der Verständigung immer zwei Ufer miteinander verbindet und dass man sie von beiden Seiten aus beschreiten muss.

Liebe Leserinnen und Leser,

für den Bund der Vertriebenen wird 2024 erneut im Zeichen der grenzüberschreitenden Arbeit stehen. „Heimatvertriebene und Heimatverbliebene: Gemeinsam für ein friedliches Europa“ hat das Präsidium zum Leitwort bestimmt. Dieses ist einerseits der Charta der deutschen Heimatvertriebenen und ihrer Idee „eines geeinten Europa“ verpflichtet, „in dem die Völker ohne Furcht und Zwang leben können“. Andererseits zeigt es deutlich, dass eine Brücke der Verständigung immer zwei Ufer miteinander verbindet und dass man sie von beiden Seiten aus beschreiten muss. Wir sind also gespannt auf die Impulse, die uns der Jahreskreis bringen wird.

Zu den wichtigsten politischen Entwicklungen des noch jungen Jahres zählen das Wirksamwerden der Änderungen des Bundesvertriebenengesetzes, für die wir uns als Verband sehr engagiert haben, sowie das Ende der Antragstellung auf Auszahlungen aus dem Härtefallfonds u. a. für Spätaussiedler. Außerdem hat die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien eine Neuausrichtung der Erinnerungskultur angekündigt. Schon jetzt zeigt sich bei diesen Themen, dass unser Einsatz auch zukünftig gefordert bleiben wird.

Eine sehr schöne Nachricht ist, dass unsere Stiftung ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN ab Anfang März ihre sechste Ausstellung in Berlin präsentieren und danach „auf Wanderschaft“ schicken wird. Mit den „Vertriebenen in der SBZ und DDR“ steht erneut ein Thema im Fokus, das bisher nicht ausreichend historisch aufgearbeitet wurde.

Mit besten Grüßen



Dr. Bernd Fabritius

Inhaltsverzeichnis

Landesbeauftragte bleiben wichtige Eckpfeiler der Arbeit.....	5	„Pflaumenregen“ in Taiwan.....	23
„STILLgeschwiegen! Die Vertriebenen in SBZ und DDR“.....	7	Verbindungsstudenten: Kössener Corps in Königsberg.....	25
Primas: Grundsatzprogramm-Entwurf ist klares Bekenntnis.....	8	Kulturstiftung gründet MedienArbeitsGemeinschaft.....	28
Deutsche Minderheiten als Brücken der Völkerverständigung.....	9	Jubiläum: Die 200. Schlesischen Begegnungen in Königswinter.....	29
Härtefallfonds der Bundesregierung verfehlt sein Ziel.....	10	Zu Besuch bei den letzten Schwäbinnen Georgiens.....	31
Gedenktag für die vertriebenen Ungarndeutschen.....	11	Mit Schwung und Glanz ins neue Jahr.....	35
Gespräch zwischen Minister Strobl und Vertretern des BdV Baden-Württemberg.....	12	Was ist uns die europäische Gemeinschaft wert?.....	37
Versöhnung als Lebensaufgabe.....	13	Museumsrundschau: Neue Programme, neue Kulturerlebnisse.....	39
„Dem Drama der Vertreibung verpflichtet“.....	15	Donauschwaben im Fokus.....	42
Das Kant-Jubiläum wirft seine Schatten voraus.....	18	Jahresauftakt in Anklam.....	43
Ein schlesischer Vorkämpfer für die Moderne.....	20	Kulturelle Veranstaltung beim BdV in Wetzlar.....	44
Bildarchiv gegen das Vergessen.....	22	Personalien.....	45
		Impressum.....	46

Leitwort zum Tag der Heimat 2024
„Heimatvertriebene und Heimatverbliebene:
Gemeinsam für ein friedliches Europa“

02) Frauenverband im Bund der Vertriebenen e.V.

BEITRITTSERKLÄRUNG

Ich beantrage die Aufnahme als außerordentliches Mitglied gemäß § 3, Absatz 2 der Satzung vom 2. März 2016 in den Frauenverband im BdV e.V.

O Ich möchte Mitglied werden und bitte um Zusendung der Satzung des Frauenverbandes.

Name, Vorname: _____

Anschrift: _____

Geburtsdag: _____

O Als Beitrag für den Frauenverband entrichte ich jährlich 50,- Euro.

Mein Herkunftsgebiet bzw. das meiner Familie ist/
Ich engagiere mich in der Landsmannschaft oder
Gliederung: _____

Ort, Datum, Unterschrift: _____

Bitte senden Sie den ausgefüllten Antrag an die
Adresse der Vorsitzenden: _____

Aufnahme im Vorstand
beschlossen am: _____

Der MV mitgeteilt am: _____

FRAUENVERBAND
im Bund der Vertriebenen e.V.

HOMEPAGE
www.frauenverband-bdv.de

PRÄSIDENTIN
Dr. Maria Werthan
Pochmühlenweg 85
52379 Langerwehe

KONTAKT
+ 49 (0) 2423/4070756
[maria.werthan@
frauenverband-bdv.de](mailto:maria.werthan@frauenverband-bdv.de)

SPENDEN
Unser Verein ist gemeinnützig.
Spenden sind absetzbar.

IBAN:
DE63 3806 0186 4961 3860 18
Volksbank Köln-Bonn



Frauenverband
im Bund der Vertriebenen e.V.

WWW.FRAUENVERBAND-BDV.DE

ÜBER UNS

14 Millionen Deutsche wurden in den Kriegs- und Nachkriegsjahren aus den jeweiligen Siedlungsgebieten im Osten, Südosten und Ostdeutschland deportiert oder vertrieben. Sie durften nicht zurückkehren. Unterstützung und Hilfestellung in diesen Ausnahmesituationen war lebenswichtig.

Daher gründeten 1959 engagierte Frauen den Frauenverband im Bund der Vertriebenen e.V., um einander zu helfen und Orientierung zu geben.

Der Frauenverband ist ein eigenständiger Verein, Mitglied im Bund der Vertriebenen, im Deutschen Frauenrat und im Deutschen Frauenring. Gemeinsam mit diesen Verbänden engagieren wir uns für die gleichberechtigte Stellung der Frauen in unserem Land.



UNSERE GRUNDSÄTZE

Der Frauenverband ist dem Grundgesetz, der UN-Charta der Menschenrechte und der Charta der deutschen Heimatvertriebenen verpflichtet.

Im Sinne eines friedlichen Miteinanders in einem geeinten Europa pflegen wir regelmäßigen Gedankenaustausch bei unseren Reisen und Tagungen.

Wir treffen uns mit den Heimatvertriebenen sowohl in den Herkunftsländern als auch bei unseren Seminaren in Deutschland.

Als Frauenverband sind wir stets auf der Suche nach neuen Ideen und Kontakten, insbesondere zu der jungen Generation.

UNSERE ARBEIT

Wir setzen uns für die Menschenrechte und das Selbstbestimmungsrecht eines Jeden und für die Erleichterung des Schicksals von Geflüchteten und Vertriebenen ein.

Wir schätzen und pflegen unser kulturelles Erbe und vermitteln es an die nächsten Generationen.

Unsere Erinnerungskultur ist Teil der deutschen und europäischen Geschichte.

Wir setzen uns für ein friedliches Zusammenleben in unserer Gesellschaft ein.

Wir fordern ein weltweites Verbot von Vertreibungen.

UNSERE ANGEBOTE

Begegnungs- und Verständigungsarbeit
Grenzüberschreitende Projekte
Bildungs- und Besuchsreisen
Projekte mit Jugendlichen
Internationale Tagungen
Publikationen

FRAUENVERBAND IM BDV
e.V.



Einladung zur internationalen Begegnungstagung

Frauen Leben in der DDR

Vom **5.04. -07.04.2024**, Bildungsstätte Heiligenhof, 97688 Bad Kissingen, Alte Euerdorfer
Str. 1

Gefördert durch:



Bundesministerium
des Innern
und für Heimat

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Die Deutsche Demokratische Republik / DDR bestand vom 7. Oktober 1949 bis zum 3. Oktober 1990 in der damaligen Sowjetischen Besatzungszone im östlichen Teil des geteilten Deutschlands (Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sowie Ostberlin). CDU, DBD, LDPD und NDPD waren als Blockparteien Teil der SED. Dem Politbüro des Zentralkomitees der SED an der Spitze mit Walter Ulbricht waren als Machtzentrum, alle staatlichen Gewalten, die Armee, die Lenkung der Wirtschaft, die Medien und der Sicherheitsapparat untergeordnet. Verstaatlichung von Betrieben und Kollektivierung der Landwirtschaft bildeten die Grundpfeiler des sozialistischen Gesellschaftsmodells nach sowjetischem Vorbild mit ideologischer Indoktrination sowie Repressionen für Systemkritiker und Kirche. Nach der Repression der Erhebungen von 1953 und des ungarischen Volksaufstandes leitete die Regierung die schrittweise Entstalinisierung ein. Um die steigende Abwanderung von Fachkräften in den Westen zu unterbinden, wurde im August 1961 der Ostteil Berlins durch eine Mauer vom Westen getrennt. Danach setzte die Politik auf ideologische Überzeugungsarbeit und die Hebung des materiellen Lebensstandards, die Bevölkerung „fügte“ sich diesem Angebot und nahm mit Resignation die Unterdrückung des Prager Frühlings wahr. Erich Honecker forcierte die Wirtschafts- und Sozialpolitik, förderte den Wohnungsbau, die Anhebung der Löhne und Renten, die Eingliederung von Frauen in den Arbeitsprozess, begleitet durch flankierende soziale Maßnahmen (Arbeitszeitverkürzung, verlängerter Mutterschaftsurlaub und Kinderbetreuung). Die Maßnahmen erhöhten die Schulden der DDR im westlichen Ausland. Eine kurze Liberalisierungsphase verlief zeitgleich mit der Neuen Ostpolitik Willy Brandts

zur Annäherung beider deutschen Staaten (Transitabkommen, Grundlagen-Vertrag 1972 und ihre Aufnahme in die UNO). Die Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte brachte der DDR außenpolitische Anerkennung und innere Konflikte, weil die Bürger die Anerkennung der Menschenrechte einforderten. Die Ölkrise von 1979/80 beschleunigte die Zahlungsunfähigkeit der DDR, die durch einen Milliardenkredit aus Westdeutschland gebannt wurde. Die deutsch-deutsche Annäherung nährte das Misstrauen der Sowjetunion. Das SED-Regime lehnte Michail Gorbatschows Liberalisierungspolitik mit Glasnost und Perestroika ab. Der Alleingang isolierte die DDR im Ostblock und heizte den Widerstand der DDR-Bürger an. Die Öffnung der Grenzen in den Ostblockstaaten nutzten Viele zur Ausreise in den Westen. Der Sieg der Allianz für Deutschland bei den Volkskammerwahlen 1990 ebnete den Weg für die Wiedervereinigung mit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik nach Art. 23 GG und dem Abschluss des Zwei-plus-Vier-Vertrages - 3. Okt. 1990.

Dieser Schnelldurchlauf zur DDR-Geschichte sagt nichts über das Alltagsleben der Menschen / Frauen in diesem System sowie der Zeit der politischen und wirtschaftlichen Transformationen nach der Wiedervereinigung. Nach Jahrzehnten standen sich Deutsche von Hüben und Drüben ohne Zäune und Stacheldraht gegenüber. Doch welche Konsequenzen hatte die SED-Politik für das Leben von Frauen während der Diktatur und danach? Wie gingen und gehen Ost-/Westfrauen mit den Mauern und Vorurteilen in ihren Köpfen um? Diese Fragen begleiten uns während der Tagung. Ich lade Sie ein, sich mit diesen Fragen auseinanderzusetzen.

Tagungsleiterin: Dr. Maria Werthan, Präsidentin Frauenverband i. BdV

Tagungsprogramm (Änderungen vorbehalten)

Freitag, 5. April 2024

ab 14.30 Uhr Kaffeetrinken

15.30 Uhr Einführung Tagungsleiterin Dr. Maria Werthan

16.00-16.30 Uhr Fragen zu Frauen Leben in Diktaturen

Referentin: Dr. Maria Werthan, Sozialwissenschaftlerin

16.30-17.15 Uhr Unser Blick auf die Frauen im Westen

Referentin: Barbara Hackenschmidt MdL, Vizevorsitzende Frauenbrücke Ost-West

17.15-18.00 Uhr Unser Blick auf die Frauen im Osten

Referentin: N.N.

18.00 Uhr Abendessen

19.00 Uhr Mein Leben im Umbruch und nach der Wende

Referentin: N.N.

Samstag, 6. April 2024

7.30-9.00 Uhr Frühstück

9.00-9.45 Uhr Grenzerfahrungen im Frauengefängnis Hoheneck

Seite A 40 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Referentin: Birgit Schlicke, Zeitzeugin, Politikwissenschaftlerin,

10.00-10.45 Uhr Leben und arbeiten in einem totalitären Staat

Referentin: Dr. Dorette Poland, Psychiaterin, Psycho- und Sexualtherapeutin, München

11.00-11.45 Uhr Das Arbeitsleben von Frauen und die Vernetzung mit dem sozialen und gesellschaftlichen Leben

Referentin: Barbara Hackenschmidt, Diplompädagogin Polytechnik, MdL, Vizevorsitzende Frauenbrücke Ost-West

12.00 Uhr Mittagessen

14.30 Uhr Kaffeetrinken

15.00 Uhr Beginn der Arbeit in den Workshops

Malen mit Frau Helga Klempt, Malerin und Graphikerin, Lübeck

Bewegungstanz mit N.N.

Kochen mit N.N.

18.00 Uhr Abendessen

19.00 Uhr Vorstellen der Ergebnisse der Workshops

Sonntag, den 7. April

7.30-9.00 Uhr Frühstück

Gebet zum Sonntag mit der Landespfarrerin Hanna Manser

9.15-10.00 Uhr Frauen Leben in der DDR aus kirchlicher Perspektive

Referentin: Hanna Manser, Landespfarrerin LKA Erfurt, Mitglied Ökumenisches Forum Christlicher Frauen Europas

10.00-11.00 Uhr Kleingruppen reflektieren: Was haben wir von und miteinander gelernt?

11.00 Uhr Rückblick und Ausblick

12.00 Uhr Mittagessen und Heimfahrt

Teilnahmebedingungen

Der Beitrag für die Teilnahme deutscher Gäste beträgt 85,00 €, plus Kurtaxe 1,95 € pro Tag, Einzelzimmerzuschlag 10 € pro Tag. Gäste aus dem Ausland zahlen 20,- €. Die Fahrtkostenerstattung gilt **nur für die 2. Klasse** Bundesbahn, mit dem PKW - Höchstsatz: 150 €.

Anmeldung: Bildungsstätte Heiligenhof, Alte Euerdorfer Str. 1, 97688 Bad Kissingen, Telefon: 0971-714 70, Fax.: +49 971 / 7147-47, E-Mail: info@heiligenhof.de, Internet: www.heiligenhof.de.

Bitte teilen Sie den Wunsch nach Einzel- oder Doppelzimmer mit. Die Teilnahmegebühr bezahlen Sie bar bei Frau Pohle im Heiligenhof.

Anmeldung ab sofort bitte bis zum 1. April 2024. **Erfolgt eine Abmeldung später als vier Tage vor Beginn der Tagung oder erscheint der Teilnehmer nicht, berechnen wir den vollen Beitrag.**

Im Preis enthalten sind Kosten für Unterkunft, Verpflegung und das gesamte Programm. Der Einzelzimmerzuschlag: 10 € pro Nacht, ohne Übernachtung: 55,- € (Programm und Verpflegung), Einzelvortrag: 7 €.

Anreise Bahn: Von Nürnberg, Bamberg oder Würzburg über Schweinfurt im Stundentakt nach Bad Kissingen, ab Frankfurt a.M. über Gemünden. Der Heiligenhof besitzt keine direkte Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr. Ein Taxi vom Bahnhof kostet ca. 7 €. Bitte Gruppentaxi nehmen. Zu Fuß ca. 30 Min. (Über Saalebrücke und beim Parkplatz Heiligenfeld links). **Auto:** A 7 von Norden: Ausfahrt Bad Kissingen/ Oberthulba. Nach Ortsschild auf dem Westring bleiben, nach der Ampel, nächste Straße rechts abbiegen, („Heiligenhof“ ausgeschildert). A 7 von Süden: Ausfahrt Bad Kissingen / Hammelburg, B 287 Rtg. Bad Kissingen, nach dem Ortsschild der Straße sfolgen (180 Drehung), bei der Ampel rechts (Westring) und gleich wieder links Rtg. Heiligenhof. Von Osten über die A 70 Bamberg-Schweinfurt, dann auf die A 71 Richtung Erfurt. Ausfahrt: Bad Kissingen. Ca. 1 km nach dem Ortsschild an der Ampel links (Westring) über die Saalebrücke und gleich wieder links Richtung Heiligenhof. Von Nordosten (Thüringen) über die neue A 71. Ausfahrt: Bad Kissingen. Weiter siehe oben „Vom Osten“.

Haftung: Der Veranstalter übernimmt keinerlei Haftung bei Gesundheits-**(Corona eingeschlossen)**, Personen- und Sachschäden bei der An- und Rückreise und am Tagungsort.

Zwecks Unterstützung unserer Öffentlichkeitsarbeit verzichten die Teilnehmer bitte auf ihr **Recht am Bild** während der Dauer der Veranstaltung.

03) Frauenkreis im Bund der Vertriebenen e.V. in Berlin

Die vertriebenen Frauen des Frauenverbandes im BdV e.V. treffen sich einmal monatlich (immer am 4. Donnerstag im Monat), also das nächste Mal am 28. März 2024 von 14:00 – 16:30 Uhr. Wir setzen uns selbst die Themen und diskutieren rege darüber. Interessierte Frauen können gerne dazu kommen (Anm. der Redaktion: Männer doch auch!?)

Kontakt: Ruf 030-324 48 38 Frau Wallbaum.

Ort: Begegnungsstätte „Jahresringe e. V“, Stralsunder Str. 6, in 13355 Berlin-Mitte, Tram 10, U8 Bernauer Str.



Landsmannschaft Westpreußen e. V. Berlin
Brandenburgische Straße 24 – Steglitz 12167 Berlin
Ruf: 030-257 97 533, Fax auf Anfrage
<westpreussen-berlin.de>
Postbank Berlin, IBAN DE26 1001 0010 0001 1991 01 BIC PBNKDEFF

Westpreußischer Gesprächskreis,

Ort: jeweils sonnabends im Restaurant „Ännchen von Tharau“, Rolandufer 6, 10719 Berlin, S-/U-Bahnhof Jannowitzbrücke

04) Sonnabend, 15.06.2024, 15:00 Uhr: Landeskundlich-geschichtliche Aktivitäten in Westpreußen. Mit Diplom-Geograph Reinhard M. W. Hanke und Ute Breitsprecher und weiteren Teilnehmern.

Weitere Termine:

24.08.2024, 12.10.2024 und 07.12.2024.

05) Tagesfahrten: Bahnfahrt nach Wismar (Deutschlandticket)

Termin und Wochentag im Juni 2024, ganztägig

Interessenten melden sich bitte telefonisch in der

Geschäftsstelle: 030-257 97 533 (Anrufannahmer mit Fernabfrage)

06) Westpreußen-Kalender 2024

MIT ZWÖLF WESTPREUSSEN-MOTIVEN DURCH DAS JAHR 2024



Der neue WESTPREUSSEN-KALENDER 2024 präsentiert die Vielfalt des unteren Weichsellandes :

- ☞ 13 zweiseitig bedruckte Blätter mit Spiralbindung und Aufhänger, davon
- ☞ 12 Kalenderblätter mit großformatigen Ansichten von Baudenkmälern und Naturschönheiten, die den Betrachter stimmungsvoll durch das Jahr begleiten,
- ☞ zu jedem Foto auf der Rückseite eine Erläuterung.

Der Kalender ist vorzüglich als Geschenk für Freunde und Partner auch in Polen geeignet: Die Monatsnamen und Kommentare erscheinen zweisprachig.



WESTPREUSSEN-KALENDER 2024

1. Auflage 1. Auflage 11. Auflage

Im **Format DIN A4** kostet der Westpreußen-Kalender **€ 11,80** (inkl. MwSt., Porto und Verpackung)

im **Format DIN A3** kostet er weiterhin **€ 19,80**,

- bei Einzelbestellungen eines Kalenders kommt eine Versandkosten-Pauschale von **€ 3,-** hinzu,
- bei der Lieferung mehrerer Exemplare berechnen wir zusätzlich zum ausgewiesenen Bestellwert die effektiv entstehenden Portokosten sowie eine Verpackungspauschale von **€ 1,50**.

Bestellungen erbitten wir

per **Telefon:** 02506/3057-50

per **E-Mail:** info@westpreussische-gesellschaft.de

per **Post:** Westpreußische Gesellschaft

Mühlendamm 1, 48167 Münster-Wolbeck

oder über das **Internet-Formular:** der-westpreusse.de/kalender2024



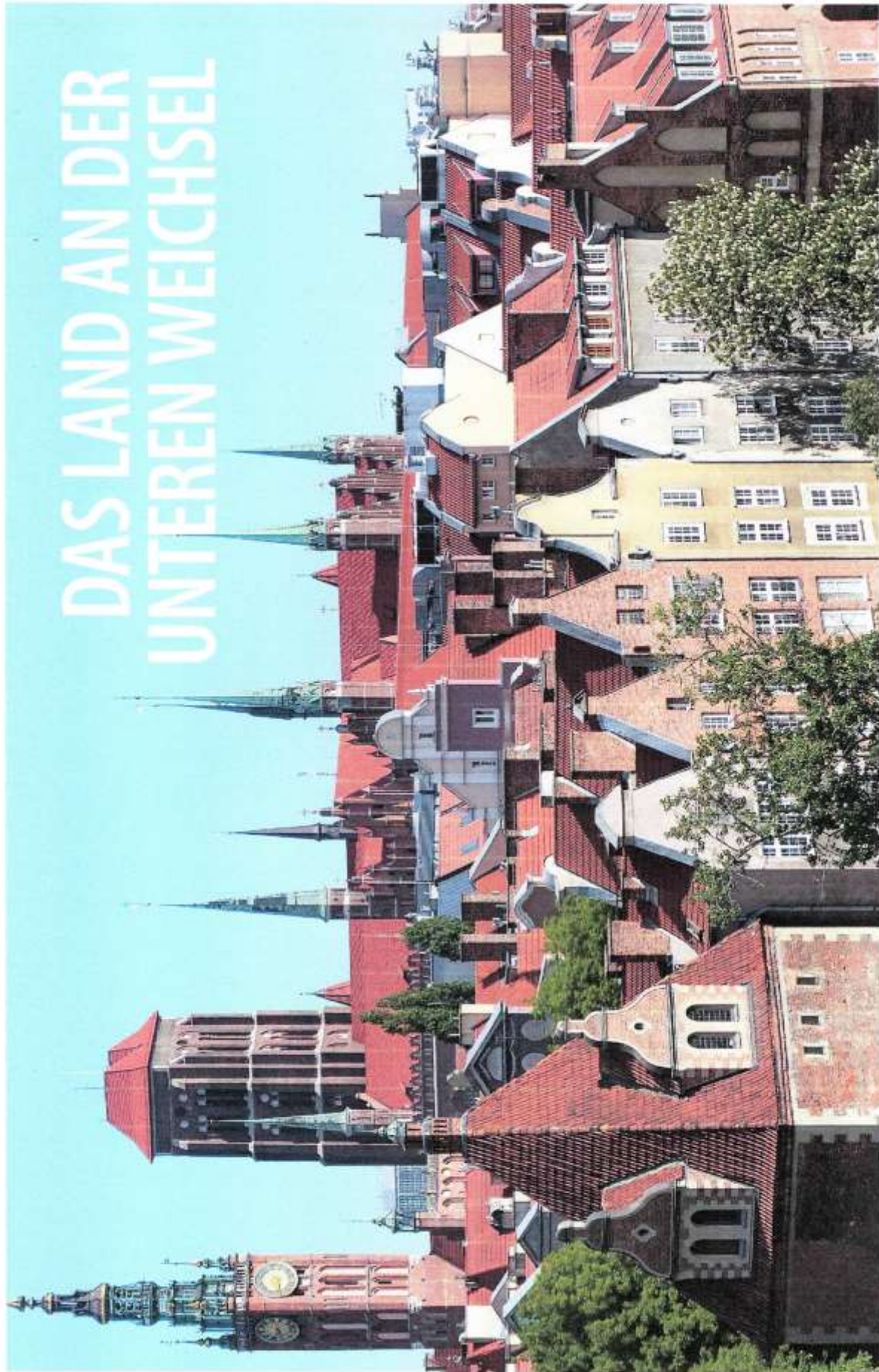
Auslieferung
ab dem
23. November

Diejenigen, die den Westpreußen-Kalender 2024 als Leser des Westpreußen erhalten und bezahlt haben, brauchen **nicht zu bestellen**, weil wir ihnen wieder ein Exemplar im DIN A4-Format **automatisch zusenden**. – Wenn Sie diesmal allerdings **keine Lieferung** wünschen oder **statt des DIN A4- lieber einen DIN A3-Kalender** erhalten wollen, bitten wir Sie, uns von Ihrer **Um- oder Abbestellung** umgehend, **spätestens bis zum 17. November**, in Kenntnis zu setzen.



Bei Bestellung einer größeren Anzahl von Exemplaren gewähren wir auf beide Formate **Preisnachlässe** von 10 % (ab 5 Stück) bzw. bei größeren Mengen nach Absprache.





DAS LAND AN DER
UNTEREN WEICHSEL

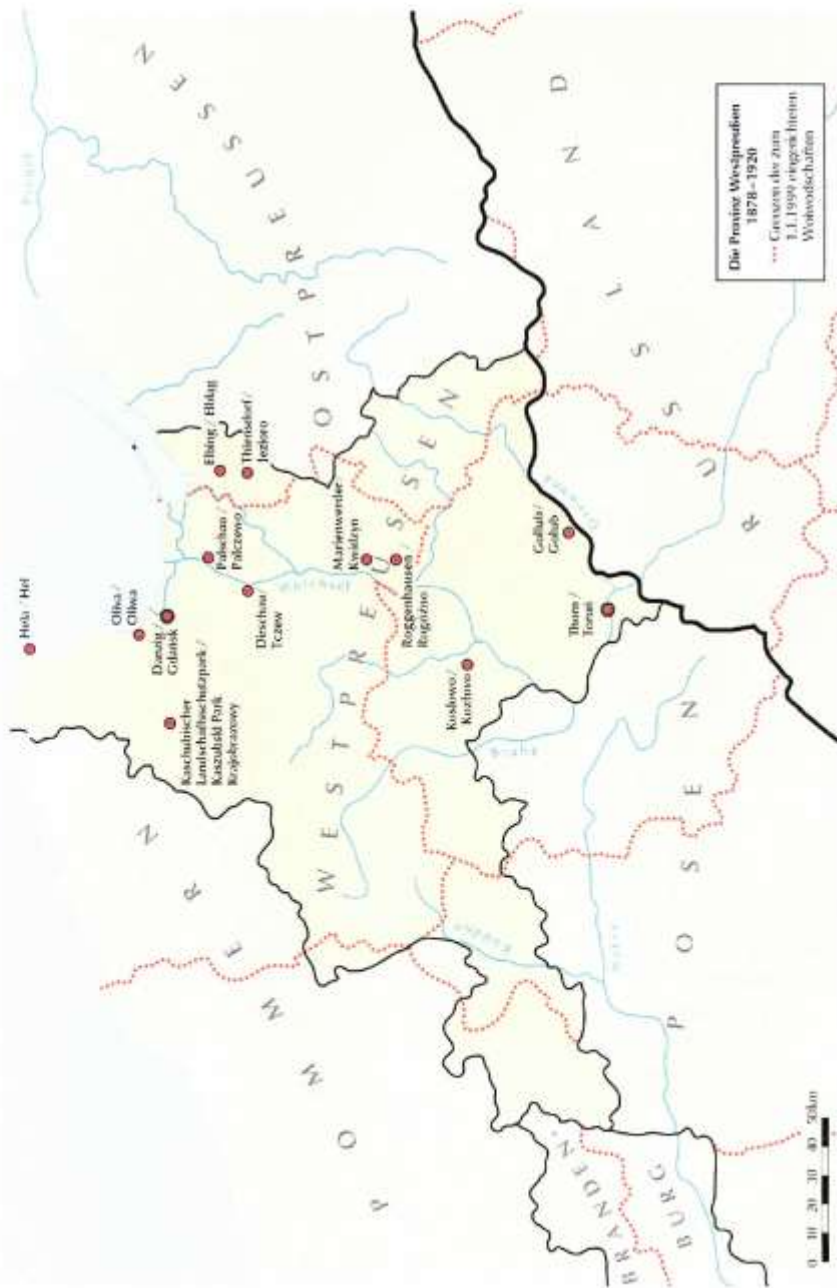
WESTPREUSSEN-KALENDER 2024

Dolina Dobry Wisły

DER WESTPREUSSEN-KALENDER 2024

macht auf seinem Weg durch das Jahr in folgenden Orten Station:

W swojej podróży przez rok 2024 nasz **ZACHODNIOPRUSKI KALENDARZ** zatrzymuje się na następujących stacjach:



Gdanisk i Dolina Dolnej Wisły z Malborkiem i Toruniem – miastami figurującymi na liście dziedzictwa światowego UNESCO stanowią wciąż dla wielu turystów ulubiony cel podróży. Podróżny przybywający na te tereny na ogół szybko zdaje sobie sprawę, iż ziemie te były niegdyś częścią państwa niemieckiego, do 1920 r. znaną jako «Prusy Zachodnie» oraz że

są do dziś ważnym miejscem pamięci zarówno dla Niemców, jak i Polaków; to tu znajdowały się w średniowieczu tereny będące centrum państwa zakonu krzyżackiego, tutaj wreszcie umiesceniowa była większość ubytków terytorialnych Niemiec na rzecz Polska po I wojnie światowej. Współcześnie «Prusy Zachodnie» to z jednej strony zróżnicowany europejski region kulturowy,

a z drugiej obszar, z którym wiąże się mnogość wspomnianych ludzi, którzy się z niego wywodzą. Równocześnie jest to pojęcie historyczne, które dla obecnych mieszkańców zainteresowanych swoim dziedzictwem kulturalnym i polsko-niemiecką historią tych terenów, stanowi istotny punkt odniesienia.

Danzig und das Land an der unteren Weichsel – mit den UNESCO-Welterbestätten Marienburg und Thorn – bilden höchst beliebte Reiseziele. Besucher stoßen dann rasch darauf, dass dieses Land auch mit der deutschen Geschichte verbunden ist, bis 1920 »Westpreußen« hieß und für Deutsche wie Polen wichtige Erinnerungsorte umfasst: Hier befand sich beispielsweise im Mittelalter das Kerngebiet des vom Deutschen Orden beherrschten Territoriums, und gerade hier musste das Deutsche Reich nach dem Ersten Weltkrieg einschneidende Gebietsverluste hinnehmen.

In der Gegenwart kennzeichnet »Westpreußen« eine vielfältige europäische Kulturregion, die zu individuellen Entdeckungen einlädt, bildet zudem eine Erinnerungslandschaft für Menschen, die aus dieser Region stammen, und ist inzwischen auch zu einer historischen Kategorie geworden, die den heutigen Bewohnern bei ihrer Beschäftigung mit dem kulturellen Erbe und der gemeinsamen deutsch-polnischen Geschichte einen wichtigen Orientierungsraum eröffnet.

TITELBLATT: Panorama der südlichen Reichstadt von Danzig. Im Hintergrund die mächtige Pfarrkirche St. Marien mit ihrem hohen Westturm sowie den acht schlanke Ecktürmen. Am linken Bildrand der Turm des Reichstädtischen Rathauses. Der Blick geht vom Schnittpunkt des Vorstädtischen Grabens (Bobowale Przedmiejskiej) mit der Alten Mordtau aus in nordwestliche Richtung. Foto: Ursula Enke

STRONA TYTUŁOWA: Panorama południowej części gdańskiego Głównego Miasta. W tle potężna sylwetka Bazyliki Mariackiej z wysoką wieżą zachodnią i smukłymi wieżami bocznyimi. Przy lewym krańcu zdjęcia widoczna wieża ratusza Głównego Miasta. Perspektywę wyznacza potężna linia od Bobowale Przedmiejskiej ze Starą Mordawą w kierunku północno-zachodnim. Foto: Ursula Enke

Bildauwall / Wylubajki Ursula Enke
 Toruń / Toruń Erik Fischer / Ursula Enke
 Übersetzung ins Polnische /
 Tłumaczenie na język polski Joanna Szkolnicka
 Grafik / Oprogramowanie graficzne Medienproduktum / Erik Fischer
 Herausgeber, Westpreussische Gesellschaft /
 Wydawca, Towarzystwo Zachodniopruskie Ursula Enke
 Bibliendamm 1 • 48167 Münster-Walbeck
 www.dln-westpreussen.de/kalender.2024

07) Heimatkreis Flatow



Heimatkreis Flatow

Vorstand:

1. Vorsitzender:

Rolf-Peter Wachholz

Gänseweg 20. 39167 Niederndodeleben

Tel.: 039204-62655

Stellvertreter:

Frank-Rainer Seelert

Lange Str. 6, 27211 Bassum

Tel.: 04241-970350

<https://www.heimatkreis-flatow.de/index.html>

Buchempfehlung



Übergabe des Bandes von Heimatkreisvorsitzenden Rolf-Peter Wachholz (links) an den Landrat des Patenkreises Gifhorn, Tobias Heilmann (rechts). Deutschsprachige Ausgabe "650 Jahre Zlotow - Flatow".

Seite A 47 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Der reich illustrierte Jubiläumsband wurde 2020 von der polnischen Stadtverwaltung herausgegeben. Dank der Zustimmung konnte der Heimatkreis Flatow jetzt das Werk mit vom Autor Prof. Dr. Joachim Zdrenka aktualisiertem Teil und einem gemeinsamen Vorwort von Heimatkreis Flatow und Patenkreis Gifhorn einem breiteren Leserkreis zugänglich machen. Das Werk mit über 600 Seiten enthält zudem einen Anhang mit Darstellung der Zeit nach 1945 einschließlich Paten- und Partnerschaft und anschließender Chronologie.

Das Werk kann bezogen werden über
Frank-Rainer Seelert, Lange Str. 6, 27211 Bassum,
Tel. 04241/970359 oder e-mail: frank.seelert@t-online.de
zum Preis von 35,00 Euro zuzüglich Porto und Verpackung.

Auch vorrätig: Reprint "Heimatbuch für den Kreis Flatow" für 13,00 Euro

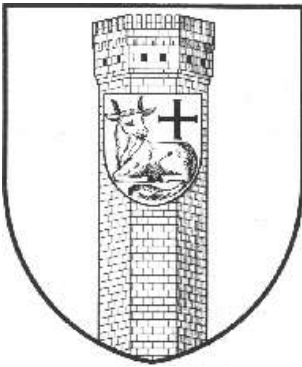
Die Aktivitäten der "Flatower" sind sehr vielfältig, u. a.:

- 2jährige Heimat- und Patenschaftstreffen in Gifhorn
- Fahrten in die alte Heimat
- Herausgabe des "Flatower-Briefes"
- Unterstützung der Jugendarbeit
- Austausch mit heutiger Verwaltung und Bevölkerung in Flatow/Złotów
- Unterstützung der Deutsch Sozialkulturellen Gesellschaft (Dt. Minderheit) in Flatow/Złotów
- Enge Zusammenarbeit mit Institutionen von Landkreis und Stadt Gifhorn
- Unterhalt der "Flatower Heimatstube" im Museum Schloß Gifhorn
- Unterstützung bei Auskunftsersuchen, Ahnenforschung
- Herstellen von Kontakten nach Flatow
- Kontaktpflege mit 6. Zug des Bürgerschützenkorps Gifhorn
- Buchversand mit Heimatliteratur
- Unterstützung von Forschungsvorhaben mit Heimatbezug

Seit dem 26. 4. 2003 besteht eine offizielle Partnerschaft zwischen dem Landkreis Gifhorn und dem Powiat Złotów (Flatow).

Seit dem 8. 3. 2006 besteht ein "Deutsch-polnischer Freundeskreis Gifhorn-Złotów" in Gifhorn.

08) Heimatkreis Schlochau



Heimatkreis Schlochau

<https://sites.rootsweb.com/~mnprgm/Schlochau/Deutsch.html>

Paul Sternberg

paulsternberg@msn.com

- Keine aktuellen Ankündigungen -

09) Heimatkreis Wirsitz, Weißenhöher Himmelfahrt



Heimatkreis Wirsitz

Kom. Heimatkreisvertreter: Frank-Rainer Seelert

Lange Straße 6 27211 Bassum

Tel: 04241-970350 Mobil-Telefon: 0178-6393122 E-Mail: frank.seelert@t-online.de



Seniorenhaus Anna-Charlotte

ul. Strzelecka 21, PL 89-340 Białośliwie Pologne

Bild-Bericht zur „30. Weißenhöher Himmelfahrt, 24. – 31. Juli 2021

- In Arbeit –

Bild-Bericht zur „31. Weißenhöher Himmelfahrt, 21. – 28. Mai 2022

- in Arbeit –

10) „34. Weißenhöher Himmelfahrt 2024“

Die „34. Weißenhöher Himmelfahrt“ geht vom 14. – 18.05.2024 nach Stettin.

Wir arbeiten daran!



Herzlich Willkommen beim Heimatkreis Schneidemühl e.V.

<http://www.schneidemuehl.net/vorstand.html>

11) Treffen des Heimatkreises Grenzmark

im „Ännchen von Tharau“, Rolandufer 6, 10179 Berlin,
am S-/U-Bahnhof Jannowitzbrücke

Sonnabend, 08. Juni 2024, 14:00 Uhr

Weitere Termine:

07.09.2024 und 14.12.2024.

Liebe Heimatfreunde und Landsleute,

im Restaurant & Café „**Ännchen von Tharau**“,

Rolandufer 6 in 10179 Berlin, Tel.: 030 726202070, am U- und S-Bahnhof
Jannowitzbrücke, treffen sich Landsleute zum Gespräch, jeweils sonnabends,
ab 14:00 Uhr.

Wer möchte, kann sich auch gerne vorher schon zum Mittagessen hier
einfinden.

Manfred Dosedall, Münchehofer Str. 1A, 15374 Müncheberg, Tel: 033432-71505
mdosedall@freenet.de

12) Landsmannschaft Schlesien – Berlin und Brandenburg e. V.

Die Planungen des am 31.10.2023 neugewählten Vorstandes unter Wolfgang Liebehenschel, Silke Taube und Nadine Haberlandt laufen. Es besteht die Absicht, im Jahre 2024 monatlich Vorträge zu schlesischen Themen anzubieten, zwei Stadtrundfahrten im Mai und August „Auf schlesischen Spuren in Berlin“ zu organisieren, ein „Sommer-singen“ zu veranstalten, die Feier des Erntedankfestes wieder aufzunehmen.

Die Mitglieder werden zu mindestens zwei Mitgliederversammlungen aufgerufen. Wegen der Änderung des Vereinskontos sollen die Mitgliedsbeiträge entsprechend später eingezahlt werden.

Wir bekennen uns zu Schlesien

Die Landsmannschaft Schlesien ist eine demokratische, überparteiliche und überkonfessionelle Organisation, in der sich Schlesier, deren Nachkommen und Freunde Schlesiens zusammenschlossen haben. Sie vertritt politisch, rechtlich und kulturell die Interessen Schlesier und der Schlesier und ist Ansprechpartner für die schlesischen Landsleute und Freunde in Deutschland und der Welt. Die Landsmannschaft fordert das Recht auf Selbstbestimmung und das Recht auf Heimat. Durch grenzüberschreitende Projekte arbeitet die Landsmannschaft verstärkt mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen, denn Schlesien und die Anliegen der Heimatvertriebenen sind gemeinsame Aufgaben aller Generationen.

Die Landsmannschaft

Die Landsmannschaft Schlesien – Nieder- und Oberschlesien e. V. – wurde am 26. März 1950 im Bonner Vertriebenenministerium gegründet. Am 3. Oktober 1950 übernahm das Land Niedersachsen, in dem sich nach der Verreibung besonders viele Schlesier niedergelassen hatten, die Patenschaft für die Landsmannschaft.

Die Landsmannschaft Schlesien ist Mitglied im Bund der Vertriebenen (BdV) und arbeitet eng mit den Organisationen der deutschen Volksgruppe in Schlesien zusammen. Der Hauptsitz der Landsmannschaft befindet sich im „Haus Schlesien“ in Königswinter bei Bonn, ein Verbindungsbüro der Bundeslandsmannschaft besteht im Patenland Niedersachsen in Hannover. Das offizielle Verbandsorgan der Landsmannschaft sind die Schlesienschen Nachrichten, die monatlich erscheinen.

LANDSMANNSCHAFT SCHLESSEN
Nieder- und Oberschlesien e. V.

Hier finden Sie uns online:

www.landsmannschaft-schlesien.de
www.facebook.com/LandsmannschaftSchlesien
www.twitter.com/lmschlesien
www.instagram.com/landsmannschaftschlesien

LANDSMANNSCHAFT SCHLESSEN
Nieder- und Oberschlesien e. V.

Verbindungsbüro der Bundeslandsmannschaft Schlesien im Patenland Niedersachsen
Königswinterer Straße 2
30167 Harnsrover

Tel.: 0511 9573 3576
Mail: hannover@schlesien-lm.de

Landsmannschaft Schlesien – Nieder- und Oberschlesien e. V. –
Dollendorfer Straße 412
53639 Königswinter

Tel.: 02244 92 59-0
Fax: 02244 92 59-290
Mail: info@schlesien-lm.de
info@landsmannschaft-schlesien.de

LANDSMANNSCHAFT SCHLESSEN
Nieder- und Oberschlesien e. V.

Unser schlägt für
SCHLESSEN

Schlesien – Das Land im Herzen Europas

Auf einer Länge von etwa 500 Kilometern erstreckt sich Schlesien entlang des Ober- und Mittellaufs der Oder und gehört mit seinen Kulturschätzen und Naturschönheiten zu den interessantesten und schönsten Regionen im Herzen Europas. Im Verlauf seiner wechselhaften Geschichte hat Schlesien viele territoriale und politische Veränderungen erfahren. Im Mittelalter slawisch und deutsch besiedelt, unterstand das Land lange der polnischen, dann der böhmischen Krone und war über 200 Jahre im Besitz der Habsburger. Nach den „Schlesischen Kriegen“ im 18. Jahrhundert fiel der größte Teil Schlesiens an Preußen und wurde nach der Reichsgründung von 1871 als preußische Provinz Schlesien Teil des Deutschen Reiches.



Die Gebiete um Troppau, Jägerndorf, Teschen und Bielitz sowie Teile des Fürstentums Neisse blieben als Österreichisch-Schlesien bis 1918 Bestandteil der österreichisch-ungarischen Monarchie.

Politisch gehört Schlesien heute überwiegend zu Polen und gliedert sich in die Woiwodschaft Niederschlesien mit der Hauptstadt Breslau, die Woiwodschaft Oppeln mit der Hauptstadt Oppeln und die Woiwodschaft Schlesien mit der Hauptstadt Kattowitz. Randbereiche Schlesiens gehören zu kleinen Teilen auch zur Woiwodschaft Lebus im Nordwesten.

Das frühere Österreichisch-Schlesien gehört heute zur Tschechischen Republik. Der nach 1945 bei Deutschland verbliebene Teil der ehemaligen preußischen Provinz Schlesien liegt heute im Freistaat Sachsen. Dieses Gebiet gehörte historisch weitestgehend zu der erst 1815 schlesisch gewordenen Oberlausitz.

FLUCHT UND VERTREIBUNG

Anfang 1945 floh ein Teil der damals rund 4,6 Millionen Schlesier vor der anrückenden Roten Armee. Obwohl bis zum Beginn der Potsdamer Konferenz (17. Juli – 2. August 1945) eine Regelung über den Verbleib der deutschen Bevölkerung in Schlesien noch ausstand, begannen bereits im Frühjahr 1945 die sogenannten „wilden Vertreibungen“, die von polnischen Stellen organisiert wurden. Die hierzu erlassenen Bierut-Dekrete ermöglichten die Einziehung des gesamten Eigentums von Personen deutscher Nationalität oder Staatsbürgerschaft zugunsten des polnischen Staates. Im Juni 1945 wurden alle Deutschen aus einem Gebietsstreifen von etwa 30 Kilometer Breite unmittelbar östlich der Lausitzer Neiße vertrieben.



Aufgrund der von den Alliierten in Potsdam getroffenen Beschlüsse begann ab 1946 eine systematische Vertreibung der verbliebenen deutschen Bevölkerung, die bis 1947/48 andauerte. Das Eigentum der geflüchteten und vertriebenen Deutschen wurde im Jahre 1946 durch zwei polnische Dekrete als „verlassenes bzw. herrenloses Gut“ entschädigungslos konfisziert.

Die Gebiete Schlesiens, die bis zum Münchner Abkommen von 1938 Bestandteil der Tschechoslowakei gewesen waren, also Gebiete des früheren Österreichisch-Schlesien, fielen 1945 an die wiedererstehende Tschechoslowakei. Die deutsche Bevölkerung wurde auch hier mehrheitlich vertrieben.

Von den 15 Millionen Deutschen, die aus den ehemaligen Ostgebieten und deutschen Siedlungsgebieten in Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa vertrieben wurden, waren über 3 Millionen Schlesier, die ihre Heimat verlassen mussten.

AUF DEM LAUFENDEN BLEIBEN

Als Zeitschrift für Schlesien sind die Schlesischen Nachrichten seit 1986 das offizielle Verbandsorgan der Landsmannschaft Schlesien.

Die monatlich erscheinende Zeitschrift berichtet über bundesweite landsmannschaftliche Aktivitäten, über die schlesischen Landsleute in der Heimat, das deutsch-polnische Verhältnis sowie über Geschichte und Kultur Schlesiens. Auch die Tagespolitik ist Gegenstand der Berichterstattung. Die Schlesischen Nachrichten berichten über ganz Schlesien von Görlitz bis Kattowitz, informieren über Schlesien gestern und heute und diskutieren über die Zukunft Schlesiens.



Bezugspreis:
Einzelexemplar 4,50 Euro
Jahresabonnemement 49,00 Euro

Erscheinungsweise:
monatlich, 12 Ausgaben im Jahr

Weitere Informationen unter:
Mail: info@schlesische-nachrichten.de

Anzeigen:
Tel.: 02244 9259-0
Fax: 02244 9259-290
Mail: anzeigen@schlesien-lm.de

Jedes Abonnement der Schlesischen Nachrichten unterstützt die Arbeit der Landsmannschaft für Schlesien. Auch Patenschaftsabonnements sind möglich.

- 13) 14.03.2024**, Lesungen in der AGOM-Schlesien-Bibliothek:
Llc. Dirk Carolus Metzsig:
Landeshut im stillen Osten des Riesengebirges

jeweils am 2. Donnerstag im Monat, 16 Uhr,
Brandenburgische Straße 24 Steglitz, 12187 Berlin

Weiterer Termin:

11.04.2024 Dr. Hans Weinert: Aula Leopoldina in der Breslauer Universität

- 14) AGOM-Wanderung in Potsdam**

Diese Veranstaltung ist auf das Frühjahr 2024 verlegt worden. Interessenten melden sich bitte umgehend bei Frau Hanske (030-772 13 93).

- 01) 22.04.2024, 18.30 Uhr: Das Ende der kaiserlich-deutschen Provinz Westpreußen im „Friedensvertrag“ von Versailles 1919. (Mit Medien).
Referent Dipl.-Geograph Reinhard M. W. H a n k e, Berlin

**Westpreußisches Bildungswerk Berlin-
Brandenburg**
in der Landsmannschaft Westpreußen e.V., Berlin
Ostdeutscher Hochschulbund Danzig-Westpreußen
Landesarbeitsgemeinschaft Ostkunde im Unterricht e.V.
www.westpreußen-berlin.de

Brandenburgische Straße 24 Steglitz
12167 Berlin
Fon: 030-257 97 533, Fax: auf Anfrage
westpreussenberlin@gmail.com

Postbank Berlin
IBAN DE 26 1001 0010 0001 1991 01
BIC PBNKDEFF

**1. Vors.: Dipl.-Geograph Reinhard M.W. Hanke; stv. Vors.: Hanno Schacht;
Schatzmeisterin: Ute Breitsprecher**

344 Montag **22. April 2024,** **18.30 Uhr**
Thema Das Ende der kaiserlich-deutschen Provinz Westpreußen im
„Friedensvertrag“ von Versailles 1919. (Mit Medien).
Referent Dipl.-Geograph Reinhard M. W. H a n k e, Berlin

Ort der Veranstaltung: Hohenzollerndamm 177, 10713 Berlin-Wilmersdorf, Saal im Theater-Coupé. **Fahrverbindung:** U-Bahn Fehrbelliner Platz, Buslinien.

Am 28. Juni 1919 unterzeichneten im Spiegelsaal des Schlosses von Versailles die Bevollmächtigten aus 33 Delegationen den Versailler Vertrag. Der Vertrag, so die gute Absicht, sollte eine neue Weltordnung auf der Grundlage von Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker schaffen. Die beiden hauptbetroffenen Staaten Deutsches Reich und das näherstehende Polen waren an der Abfassung dieses Versailler Vertrages nicht beteiligt. Das Deutsche Reich wurde als Hauptschuldiger des Weltkrieges hingestellt, hohe Reparationsforderungen und weitere Bestimmungen sollten dieses demütigen und schwächen. So wird auch von einem „Diktatfrieden“ gesprochen.

Die „heeren Ziele“ der Sieger wurden nicht erreicht. Die Folgen des Versailler Vertrages bestimmten die Geschehnisse im 20. Jahrhundert und sind bis heute Teil von nicht überwundenen Problemen.

Reinhard M.W. H a n k e, Dipl.-Geograph, geb. 1940 in Berlin-Mitte als drittes von vier Kindern schlesisch-westpreußischer Eltern, aufgewachsen in Berlin-Reinickendorf Ost. Seit 1977 zahlreiche Studienreisen in die östlichen Nachbarländer, Aufsätze zur Kartographie und Landeskunde Westpreußens. Mitglied zahlreicher ostdeutscher Vereinigungen. Studium der Geographie usw. in Hamburg und Berlin. Vorstandsmitglied der Gesellschaft für Erdkunde gegr. 1828 und von 1972 bis 1983 Schriftleiter von deren Zeitschrift "Die Erde" mit Prof. Dr. Frido Bader. Wissenschaftlicher Mitarbeiter an Geographischen Hochschulinstituten und Lehrbeauftragter. Seit 1982 Vorstandsmitglied der Berliner Landesgruppe der Landsmannschaft Westpreußen, deren Vorsitzender seit 1986. Begründer der Arbeitsgemeinschaft Ostmitteleuropa e.V. (1981) und des Westpreußischen Bildungswerkes (1995), seither deren Vorsitzender. Vorsitzender der LAG Ostkunde im Unterricht seit 2003. Bundeskulturreferent der Landsmannschaft Westpreußen (2003 bis 2009). Seit Dezember 2005 Mitglied des Vorstandes der Kulturstiftung Westpreußen. Mitglied im Vorstand der Copernicus-Vereinigung für Geschichte und Landeskunde Westpreußens. Mitglied des Kuratoriums des Ostdeutschen Kulturrates in Bonn. 2023 Wahl zu einem der stellvertretenden Vorsitzenden im Kulturwerk Danzig e. V. Von 1982 bis 2005 Bezirklicher Planungsbeauftragter von Berlin-Tempelhof bzw. (seit 2001) von Berlin Tempelhof-Schöneberg.

Eintritt frei

Mitgliedsbeitrag: 60,00 €, Ehepaare € 50,00 / Person / Jahr; AGOM-Mitglieder: 30,00 € / Person / Jahr

**Westpreußisches Bildungswerk Berlin-
Brandenburg**
in der Landsmannschaft Westpreußen e.V., Berlin
Ostdeutscher Hochschulbund Danzig-Westpreußen
Landesarbeitsgemeinschaft Ostkunde im Unterricht e.V.
www.westpreußen-berlin.de

Brandenburgische Straße 24 Steglitz
12167 Berlin
Fon: 030-257 97 533, Fax: auf Anfrage
westpreussenberlin@gmail.com

Postbank Berlin
IBAN DE 26 1001 0010 0001 1991 01
BIC PBNKDEFF

1. Vors.: Diplom-Geograph Reinhard M.W. Hanke; stv. Vors.: Hanno Schacht;
Schatzmeisterin: Ute Breitsprecher

im Dezember 2023 Hk/Br

Einladung Nr. 73
(Vortragsveranstaltungen Februar bis März 2024)

Ort der Veranstaltung: Hohenzollerndamm 177, 10713 Berlin-Wilmersdorf, Saal im Theater-Coupé. **Fahrverbindung:** U-Bahn Fehrbelliner Platz, Buslinien.

- | | | | |
|------------|---|---|------------------|
| 342 | <u>Montag</u>
<u>Thema</u>
<u>Referent</u> | 05. Februar 2024,
<u>Stettin. Metropole an der Grenze. (Mit Medien).</u>
Uwe R a d a, Berlin | 18.30 Uhr |
| 343 | <u>Montag</u>
<u>Thema</u>
<u>Referent</u> | 04. März 2024,
<u>Warum war Copernicus kein Astrologe? – Die Kometenwahrnehmung in Preußen und dem südlichen Ostseeraum im 16. und 17. Jahrhundert. (Mit Medien).</u>
Frau Prof. Dr. Marie-Luise H e c k m a n n, Werder / Havelland | 18.30 Uhr |
| 344 | <u>Montag</u>
<u>Thema</u>
<u>Referent</u> | 22. April 2024,
<u>Das Ende der kaiserlich-deutschen Provinz Westpreußen im „Friedensvertrag“ von Versailles 1919. (Mit Medien).</u>
Diplom-Geograph Reinhard M. W. H a n k e, Berlin | 18.30 Uhr |
| 345 | <u>Montag</u>
<u>Thema</u>
<u>Referent</u> | 13. Mai 2024,
<u>Warum es keine "Weimarer Verhältnisse" in der Freien Stadt Danzig (1920-1939) gab - eine verfassungsrechtliche Betrachtung. (Mit Medien).</u>
Dr. Bennet B r ä m e r, Velten | 18.30 Uhr |
| 346 | <u>Montag</u>
<u>Thema</u>
<u>Referent</u> | 24. Juni 2024,
<u>Der Architekt Friedrich Heitmann (1853-1921) - ein deutscher Baumeister. (Mit Medien).</u>
Jörn P e k r u l, Berlin | 18.30 Uhr |

Eintritt frei

Mitgliedsbeitrag: 60,00 €, Ehepaare € 50,00 / Person / Jahr; AGOM-Mitglieder: 30,00 € / Person / Jahr

Arbeitsgemeinschaft Ostmitteleuropa e.V. Berlin

Mitglied im Dachverband Steglitz-Zehlendorfer Seniorenvereinigungen

Landesarbeitsgemeinschaft Ostkunde im Unterricht e.V.

Brandenburgische Straße 24 Steglitz, D – 12167 Berlin

Konto Nr. IBAN DE 39

100100100065004109

Postbank Berlin

Vorsitzender: Diplom-Geograph Reinhard M. W. Hanke, Ruf: 030-257 97 533;

stv. Vors.: Joachim Moeller; Schatzmeisterin: Angelika Hanske, Ruf: 030-772 13 93

Tel.: 030/257 97 533 Büro

www.ostmitteleuropa.de

post@ostmitteleuropa.de

Einladung Nr. 92

(Vortragsveranstaltungen Januar bis Juni 2024)

Ort:

Bürgertreff im S-Bahnhof Berlin-Lichterfelde West,

Hans-Sachs-Straße 4 D, 12205 Berlin

Fahrverbindungen: S-Bahn, Busse M11, M48, 101 u. 188.

- | | | | |
|------------|-------------------|---|------------------|
| 480 | Freitag | 19. Januar 2024, | 19:00 Uhr |
| | <u>Thema</u> | <u>Brennpunkte am Rande Europas. Ukraine, Armenien, Aserbaidschan, Israel, Palästina (Mit Medien).</u> | |
| | <u>Referent</u> | Dr. Gerd K l ö w e r, Berlin | |
| 481 | Freitag | 16. Februar 2024, | 19:00 Uhr |
| | <u>Thema</u> | <u>Wie der schlesische Schriftsteller und Journalist Gustav Freytag (1816-1895) seine preußische Staatsbürgerschaft verlor. (Mit Medien).</u> | |
| | <u>Referent</u> | Dr. Jürgen W. S c h m i d t, Berlin | |
| 482 | Freitag | 15. März, 2024, | 19:00 Uhr |
| | <u>Thema</u> | <u>Hellmut Diwald: Erinnerung an einen großen ostdeutschen Geschichtswissenschaftler. (Mit Medien).</u> | |
| | <u>Referent</u> | Dr. Hans W e i n e r t, Berlin | |
| 483 | Freitag | 19. April, 2024, | 19:00 Uhr |
| | <u>Thema</u> | <u>Als die Comics laufen lernten“. Das Werk von Wolfgang Kaskeline. (Mit Medien).</u> | |
| | <u>Referentin</u> | Frau Herma K ö p e r n i k - K e n n e l, Berlin | |
| 484 | Freitag | 24. Mai 2024, | 19:00 Uhr |
| | <u>Thema</u> | <u>Das Prinzip der Selbstbestimmung auf der Krim während der Besatzung durch die Mittelmächte 1918. (Mit Medien).</u> | |
| | <u>Referent</u> | Diplom-Geograph Reinhard M. W. H a n k e, Berlin | |
| 485 | Freitag | 21. Juni 2024, | 19:00 Uhr |
| | <u>Thema</u> | <u>Brandenburg. Strukturwandel in der Lausitz. (Mit Medien).</u> | |
| | <u>Referent</u> | Uwe R a d a, Berlin | |

Eintritt frei!

Mitgliedsbeitrag 40,00 €/Jahr, mögliche Ermäßigungen auf Nachfrage

- siehe Startseite -



Die Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung ist eine unselbständige Stiftung des öffentlichen Rechts in Trägerschaft der Stiftung Deutsches Historisches Museum (DHM).

Die Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung wird durch ihre Direktorin Frau Dr. Gundula Bavendamm vertreten. Vorsitzender des Stiftungsrats ist Dr. Andreas Görgen, Leitender Beamter bei der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, Staatsministerin Claudia Roth MdB.

Frau Dr. Gundula Bavendamm
Direktorin der Stiftung

Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung
Stresemannstraße 90
10963 Berlin
T +49 30 206 29 98-0

info@f-v-v.de

<https://www.flucht-vertreibung-versoehnung.de/de/impressum>

Zuständige Aufsichtsbehörde:

Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien
Bundeskanzleramt, Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin
T +49 30 18 400-0

03) STARK UND VERLETZLICH - FRAUEN AUF DER FLUCHT.

**ÖFFENTLICHE SONDERFÜHRUNG ANLÄSSLICH DES
INTERNATIONALEN FRAUENTAGES**

Freitag, 08. März 2024, 16 – 17 Uhr



Die Hälfte aller Menschen, die fliehen mussten oder vertrieben werden, sind Frauen und Mädchen. Sie sind auf der Flucht häufig geschlechtsspezifischer Gewalt und Gefahren ausgesetzt: strukturelle Diskriminierung sowie sexueller Missbrauch sind nicht nur Fluchtgrund, sondern auch Realität auf dem Fluchtweg und nach der Ankunft oder im Lager. Gleichzeitig sind es diese Personen, die sich unter schwierigsten Bedingungen um die Kinder und die Familie kümmern. In einer Ausnahmesituation tragen besonders Frauen große Verantwortung und brauchen Widerstandskraft und Mut. In der Führung thematisieren wir die spezifischen Herausforderungen für Frauen und Mädchen auf der Flucht und betrachten Zeugnisse, die von ihren Erfahrungen damals und heute erzählen.

**GESCHICHTSMESSE SUHL, INTERNATIONALE TOURISMUS BÖRSE
BERLIN (ITB) UND EFM ARCHIVE MARKET**

Unser Team ist im Februar und März auf den folgenden Messen vertreten: vom 29. Februar bis zum 2. März auf der Geschichtsmesse in Suhl, vom 5. bis 7. März auf der Internationalen Tourismus Börse (ITB) in Berlin und am 20. Februar auf dem Archive Market des EFM bei uns im Dokumentationszentrum. Wir freuen uns auf interessante Gespräche an unseren Ständen!



04) RUSHNYK – DIE SCHRECKEN DES KRIEGES VERNISSAGE

Donnerstag, 14. März 2024, 19 Uhr

In unserer Galerie im ersten Obergeschoss erwartet Sie eine neue Ausstellung: Eine Serie rot-weißer Textilarbeiten verwandelt Radierungen des spanischen Malers Francisco de Goya aus der Zeit der Napoleonischen Kriege in traditionelle ukrainische Stickmuster, in sogenannte Rushnyks. Durch den Kreuzstich wirken die Motive Goyas einerseits verfremdet und scheinen gleichzeitig die gleichmäßige Struktur der Muster aufzulösen. Was ist Hintergrund und was steht im Vordergrund? Was ist Geschichte und was Gegenwart – so könnte man fragen.

Wir sehen bewegende und tragische Sinnbilder für die Wiederkehr von Krieg und Flucht. An der Realisierung haben aus der Ukraine nach Deutschland geflüchtete Frauen mitgewirkt.

Programm

Begrüßung

Dr. Gundula Bavendamm, Direktorin, Dokumentationszentrum FVV, Berlin

Gespräch

Caro Baumann, Künstlerin

Olena Shutovska, Projektbeteiligte

Ksenia Sobotovych, Projektbeteiligte

Musik

Berthold Pesch, Akkordeon

Im Anschluss laden wir Sie zu einem kleinen Empfang ein.

LAUFZEIT DER GALERIE-AUSSTELLUNG

15. MÄRZ BIS 12. MAI 2024

Eine Ausstellung in Kooperation mit morePlatz, Caro Baumann & Johannes Schele, Anna Babenko, Elena Dyhalo, Katja Hass, Kathi Maurer, Anja Rabes, Olena Cherevchuk und Ksenia Sobotovych.



**05) BRIEFE AUS OKSBØL – REFLEXIONEN ZUR FAMILIENGESCHICHTE
DEUTSCHER FLÜCHTLINGE IN DÄNEMARK 1945 BIS 1949**

LESUNG UND PODIUMSGESPRÄCH

Mittwoch, 20. März 2024, 19 Uhr

Charlotte Neubacher muss im März 1945 mit ihren beiden Kindern Marianne (14) und Jürgen (4) das umkämpfte Danzig verlassen und flieht über die Ostsee nach Dänemark.

Erst nach einem Jahr Postsperre kann die 44jährige Mutter den Kontakt zu ihrem Ehemann herstellen. Über 200 ihrer Briefe aus dem Lager Oksbøl haben sich erhalten. In diesen persönlichen Zeugnissen – gelesen von der Enkelin – kommt eine Generation zu Wort, die es nicht mehr gibt.

Im Frühjahr 1949 verließen die letzten deutschen Flüchtlinge das dänische Lager Oksbøl. 75 Jahre danach würdigen wir das Schicksal dieser Menschen.

Programm

Begrüßung

Dr. Gundula Bavendamm, Direktorin, Dokumentationszentrum FVV, Berlin
Claus Kjeld Jensen, Direktor, FLUGT, Oksbøl

Seite A 62 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Grußwort

Susanne Hyldelund, Botschafterin, Königlich Dänische Botschaft, Berlin

Historische Einführung

John V. Jensen, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, FLUGT, Oksbøl

Lesung

Christina Neubacher liest aus den Oksbøler Briefen ihrer Großmutter Charlotte Neubacher

Podiumsgespräch

Christina Neubacher, Leipzig

John V. Jensen, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, FLUGT, Oksbøl

Dr. Andreas Kossert, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Dokumentationszentrum FVV, Berlin

Moderation: *Dr. Nils Köhler*, Bereichsleiter Dokumentation und Forschung,
Dokumentationszentrum FVV, Berlin

Im Anschluss laden wir Sie zu einem kleinen Empfang ein.

EINTRITT FREI

Eine Veranstaltung in Kooperation mit dem FLUGT – Refugee Museum of Denmark und der Königlich Dänischen Botschaft, Berlin.

Livestream der Veranstaltung über unseren YouTube-Kanal [Flucht, Vertreibung, Versöhnung](#)

<https://www.youtube.com/@fluchtvertreibungversoehnung>



**06) RAP CONNECTS – WAS UNS VERBINDET
FERIENWORKSHOP (12 BIS 18 JAHRE)**

2. April bis 5. April 2024,
jeweils von 13-17 Uhr

Noch keine Pläne für die Osterferien? Hast du Lust, deine Geschichte auf einem Hip-Hop Beat aufzunehmen? Egal, ob du neu im Rap-Game bist oder schon Erfahrung im Songschreiben hast – hier findest du Raum, um dich auszuprobieren und weiterzuentwickeln. Lerne, wie man Rap-Texte schreibt, Reime findet und auf Beats rappt!

Aus euren Geschichten entsteht im Laufe der Woche ein gemeinsamer Song, den wir professionell aufnehmen und produzieren. Alle sind willkommen, gemeinsam kreativ zu werden. Jeder hat eine Geschichte zu erzählen. Komm vorbei und erzähle deine!

EINTRITT FREI

Ein Ferienworkshop in Kooperation mit Kanzi GmbH. Er findet im Rahmen des Verbundprojekts "Was uns verbindet. Erfahrungen von Zwangsmigration gestern und heute" statt und wird von der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien gefördert.



07) SIMONE KUCHER: DIE LICHTEN SOMMER

BUCHVORSTELLUNG UND GESPRÄCH

09. April 2024, 19 Uhr

Liz wächst in einem Dorf in Süddeutschland auf. Wie niemand sonst ist sie das Kind von Vertriebenen, die 1945 ihre Heimat in der Tschechoslowakei verlassen mussten. Während ihre Mutter Nevenka sich immer mehr in ihre Erinnerungen zurückzieht, richtet Liz ihren Blick nach vorn. Doch wie schafft eine junge Frau den Aufstieg mit einer Last aus der Vergangenheit im Gepäck? Simone Kucher erzählt in ihrem Debütroman eine bewegende Geschichte über Entwurzelung, Identität und die Weitergabe von Traumata.

Programm

Begrüßung

Dr. Gundula Bavendamm, Direktorin, Dokumentationszentrum FVV, Berlin

Buchvorstellung und Gespräch

Simone Kucher, Autorin

Dr. Andreas Kossert, wissenschaftlicher Mitarbeiter, Dokumentationszentrum FVV, Berlin

Moderation: *Barbara Kurowska*,

wissenschaftliche Mitarbeiterin, Dokumentationszentrum FVV, Berlin

EINTRITT FREI

Eine Veranstaltung in Kooperation mit dem Kjona Verlag.



Gerhart-Hauptmann-Museum Erkner

Gerhart-Hauptmann-Straße 1–2

15537 Erkner

Fon +49 (0)3362 3663

Fax +49 (0)3362 70 00 141

info@hauptmannmuseum.de

Öffnungszeiten

Dienstag bis Sonntag 11.00 – 17.00 Uhr

Eintritt

Erwachsene: 2 € pro Person

Schüler, Studenten: 1,50 Euro

Führungen: 10 €

Adresse

Gerhart-Hauptmann-Str. 1–2

D-15537 Erkner

Das Museum wird in den nächsten drei Jahren umgestaltet.

Auch wenn wir uns in dieser Zeit mit keiner Ausstellung zu Gerhart Hauptmann präsentieren können, wollen wir trotzdem für Sie da sein, und **ab April eine Auswahl von Veranstaltungen** anbieten, die entweder im Bürgersaal des Rathauses oder in der Genezarethkirche stattfinden. Die Tickets dafür können Sie, wie gewohnt, bei uns kaufen.

Wir arbeiten im Hintergrund an der Konzeption der neuen Museumsausstellung und setzen unsere Publikationsreihe fort. Schauen Sie in nächster Zeit einfach öfter auf diese Internetseite, um über unsere Angebote informiert zu sein.

<https://www.hauptmannmuseum.de/veranstaltungen>

Seite A 66 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Vorerst finden unsere Veranstaltungen weiterhin statt.

Die Museumsverwaltung befindet sich zur Zeit in der **Friedrichstraße 67 (gegenüber dem Rathaus)**. Hier können Sie zu den **Geschäftszeiten Mo – Fr von 10 – 15 Uhr sowie mittwochs bis 17 Uhr die Eintrittskarten für unsere Veranstaltungen in Erkner** (Bürgersaal, Heimatmuseum, Genezarethkirche) erwerben.

Wir sind weiterhin unter der Telefonnummer +49 3362 3663 zu erreichen.

08) Alfred Henschke genannt Klabund. Ick baumle mit de Beene

KLABUND – KLABautermann und VagaBUND

Ein Abend mit **Gabriele Streichhahn, Carl Martin Spengler** und **Ute Falkenau** am Klavier.

Szenische Lesung

Donnerstag, 21.03.2024, 19:00 Uhr

Im Bürgersaal / Rathaus

Eintritt: 7 €



Ich bin, da ich dies schreibe, siebenundzwanzig Jahre alt. Ich könnte aber auch schreiben: drei Jahre alt, oder: fünfzigtausend. Ich stamme irgendwo aus der Mark. Ich bin ein Preuße. Und meine Farben, die ihr kennt, sind Schwarz und Weiß. Schwarz, das ist die Nacht, und Weiß, das ist der Tag. Ich bin Tag und Nacht.

Wer mich eine Stunde begleiten will, soll mir willkommen sein.

Geboren 1890 in Crossen an der Oder, gestorben 1928 schrieb sich Alfred Henschke – genannt KLABUND – in seiner Zeit in die erste Reihe deutscher Literaten. Freunde waren Frank Wedekind und Gottfried Benn, Brecht nahm Klabunds „Kreidekreis“ zur Vorlage seiner Interpretation, mit Bloch und Hesse war er bekannt. Das Kabarett „Schall und Rauch“ wurde eine künstlerische Heimat.



utp@utp.berlin

fleck.boguslaw@

utp.berlin | mobil: +49 176 83 17 16 09

hanna.jakob@utp.berlin

barbara.czechmeszynska-skowron@utp.berlin

www.UTP.berlin

HU, Unter der Linden 6, freitags um 18:00 Uhr

Leitthema: Die Länder Mittel- und Osteuropas in Angesicht vor neuen Herausforderungen

07) Interessendivergenzen der Mitgliedstaaten als Weg zur Marginalisierung der Visegrád-Gruppe?

Prof. Artur Gruszczak, Krakau

Moderation: Dr. Piotr Olszowka

Freitag, 15. März 2024, 18:00 Uhr

HU, Unter der Linden 6, Raum 2094

Meine Damen und Herren, liebe Freunde,

wir laden Sie zu einem weiteren Vortrag in den Hörsaal der Humboldt-Universität, Unter der Linden 6 ein. **Am 15. 03. 2024 um 18.00 Uhr** in Raum 2094

Mit Simultanübersetzung ins Deutsche. Im Anschluss an den Vortrag findet traditionell ein informelles Gespräch mit dem Publikum statt.

Unsere Gastredner wird **Prof. Artur Gruszczak** sein.



Artur Gruszczak – Professor für Sozialwissenschaften, Lehrstuhlinhaber an der Jagiellonen-Universität Krakau (Lehrstuhl für Nationale Sicherheit), Hochschullehrer am Centre International de Formation Européenne in Nizza. Forschungsschwerpunkte: Sicherheitsproblematik, europäische Integration und Migration in den Visegrád-Staaten. Verfasser von über 200 wissenschaftlichen Publikationen.

Zuletzt erschienen: *The Routledge Handbook of the Future of Warfare*, Mitherausgeber: Sebastian Kaempf (Routledge 2024); *The War Must Go On: Dynamika wojny w Ukrainie i jej reperkusje dla bezpieczeństwa Polski* [The War Must Go On. Der Ukraine-Krieg: Dynamik und Widerhall in Polens Sicherheitsbereich] (Verlag Księgarnia Akademicka 2023); „One Threat – Multiple Responses.

Countering Hybrid Threats in V4 Countries”, Mitverfasser: Josef Procházka, Pavel Vinkler, Krisztián Jójárt, Zoltán Szenes, Matej Kandrik, *Obrona a Strategie* 2023, Nr. 1; “Refugees” as a Misnomer: The Parochial Politics and Official Discourse of the Visegrad Four, *Politics and Governance*, 2021, Bd. 9, Nr. 4.

Thema des Vortrags: ***Interessendivergenzen der Mitgliedstaaten als Weg zur Marginalisierung der Visegrád-Gruppe?***

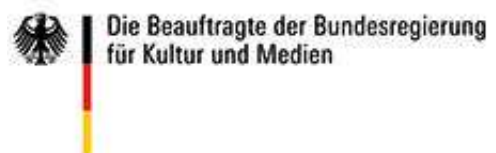
Die Visegrád-Gruppe (V4) ist ein Beispiel für ein nicht verwirklichtes Projekt, Mitteleuropa zu vereinen und seine Besonderheit in Europa zu manifestieren, in dem Integrations- und Desintegrationstendenzen aufeinanderprallen. Binnen drei Jahrzehnten der Zusammenarbeit von vier mitteleuropäischen Staaten konnte nicht viel erreicht werden. Die Idee ist in ihrer ursprünglichen Form in Erfüllung gegangen als Solidarität der Nationalstaaten beim Prozess der Befreiung von Abhängigkeiten gegenüber dem sowjetischen Imperium. Die nächste Etappe – die Integration mit der Welt des demokratischen, wohlhabenden und sicheren Westens – offenbarte unterschiedliche Stand- und die daraus resultierenden Streitpunkte. Die russische Militärintervention auf die Ukraine im Jahr 2022 vertiefte noch die Diskrepanzen in der Politik der jeweiligen Staaten der Visegrád-Gruppe und schmälerte ihre Bedeutung innerhalb der internationalen Beziehungen in Europa.

Angesichts der gegenwärtigen internationalen Situation in Europa und der internen Situation innerhalb der Visegrád-Gruppe stehen die Chancen, sie als einflussreichen Akteur für die Zusammenarbeit in der Region und die Sicherheit in Mitteleuropa zu „retten“, schlecht. Im Zeitalter des Ringens globaler Mächte sind kleine und mittlere Staaten auf die Strategie angewiesen, sich den führenden globalen Akteuren anzuschließen. Die regionale Zusammenarbeit brauchen sie zu dem Zweck nicht.

Moderation: Dr. Piotr Olszowka

Mit herzlichen Grüßen,
Der Programmbeirat der UDG

Gefördert durch:





Landesgeschichtliche Vereinigung
für die Mark Brandenburg e.V.

(gegr. 1884)

Dr. Peter Bahl

Landesgeschichtliche Vereinigung
für die Mark Brandenburg e.V.

- Vorsitzender -

Gurlittstraße. 5

12169 Berlin

Tel. (030) 753 99 98

bahl_peter@yahoo.de

www.geschichte-brandenburg.de

Bibliothekskatalog: <https://lqv.vufind.net/lqv/>

Spenden zur Unterstützung unserer Arbeit erbitten wir auf unser Konto

bei der Postbank Berlin (IBAN = DE24 1001 0010 0045 7101 09, BIC = PBNKDEFF).

08) Buchstäblich Berlin

Ein Besuch im Buchstabenmuseum. Führung: N.N.

Sonnabend, 09. März 2024

Treffen: 14.15 Uhr an der Museumskasse, Stadtbahnbogen 424, 10557 Berlin. ÖPNV: S3, S5, S7, S9 Bhf. Bellevue, mit kurzem Fußweg.

Verbindliche Anmeldung bis 02. März 2024 erforderlich: Gerhard Weiduschat, E-Mail: g.weiduschat@gmail.com (bevorzugt) oder Tel. (030) 413 82 19 (Anrufbeantworter).

Mindestens 10, maximal 20 Personen. Kosten: Eintritt € 6,50 p. P., die Führungsgebühr in Höhe von € 65,- wird unter den Anwesenden aufgeteilt. Dauer ca. 45 Minuten. Anschließende Einkehr möglich.

Im Jahre 2005 gründeten Barbara Dechant und Anja Schulze das Buchstabenmuseum in dem Bestreben, Buchstaben aus Berlin und der Welt zu bewahren, restaurieren und auszustellen. Zu jedem Ausstellungsstück präsentiert das Museum umfangreiche Informationen zur Geschichte, Besonderheiten, Herstellung, Typografie und Relevanz im Berliner Stadtbild. Buchstaben vermitteln Informationen, können aber ebenfalls als reine Kunst agieren und decken alle Bereiche dazwischen ab. Diese Funktion als Schnittstelle ist für das Buchstabenmuseum von besonderer Bedeutung. – Die für Januar 2024 angekündigte Führung musste abgesagt werden. Nun soll ein zweiter Versuch den gemeinsamen Besuch des Buchstabenmuseum doch noch möglich machen. Bei Interesse kann für die zweite Jahreshälfte eine Tagesexkursion nach Leipzig zum Deutschen Buch- und Schriftmuseum geplant werden.

09) Berlin-Brandenburgische Schönheiten. Das Wachsen und Zerstören von Heimatgefühlen

Vortrag: Dr. Iris Berndt (Potsdam).

Donnerstag, 14. März 2024

19.00 Uhr im Kleinen Säulensaal der Berliner Stadtbibliothek, Breite Straße 36, Berlin-Mitte.

Heimat und Identität sind in einer sich rasch wandelnden Gegenwart vieldiskutierte Begriffe. Ein Blick in die Geschichte zeigt, wie um Heimat und Identität seit den Befreiungskriegen in besonders intensiver Weise gerungen wurde. Immer wieder hängt eine herausragende Leistung am Engagement einzelner: Ein Erbe, für das Kunst und Schönheit tragende Elemente sind. Die Kunsthistorikerin Dr. Iris Berndt streift durch die Berlin-Brandenburgischen Dörfer, Gärten, Städte und Museen und stellt das Engagement von Pächtern, Gärtnern, Sammlern, Architekten und Malern vor. Sie kann nicht umhin, die ästhetische Qualität in früheren Zeiten mit der Gegenwart und auch den zerstörerischen Wirkungen von Nicht-Schönheit zu kontrastieren.

10) Vom S-Bhf Bellevue zum U-Bhf Museumsinsel (Spreeweg V)

Eine Wanderung, ca. 6 km

Leitung: Gerhard Weiduschat (Berlin).

Sonnabend, 23. März 2024

Treffen 11.00 Uhr, S-Bhf Bellevue, auf dem Bahnsteig. ÖPNV: S3, S5, S7, S9. Ende gegen 13.30 Uhr.

Kosten: keine. Einkehr unterwegs oder am Ende der Wanderung möglich.

Anmeldung: Gerhard Weiduschat, E-Mail: g.weiduschat@gmail.com (bevorzugt) oder Tel. (030) 413 82 19 (Anrufbeantworter).

Am 30.09.23 wurde die 4. Etappe des Spreewegs an der Bartningallee abgebrochen. Nun führt der Weg von der Moabiter Brücke aus zunächst entlang des linken Flussufers. Passiert werden Schloss Bellevue, Haus der Kulturen der Welt, Hauptbahnhof und Reichstagsgebäude, hinter der Weidendammer Brücke dann am anderen Ufer Monbijou- und James-Simon-Park. Nach dem Erreichen der Rathausbrücke ist das Ziel schon nahe.

Seite A 71 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

11) Rund um die „Mierendorff- Insel“

Eine Wanderung, Wegstrecke ca. 7 km.

Leitung: Bernd Kopplin (Berlin).

Sonntag, 07. April 2024

Treffen: 11.00 Uhr, U-Bhf. Richard-Wagner-Platz (U 7, Nördlicher Ausgang, Rathaus Charlottenburg).

In Ergänzung zu Herrn Weiduschats Berlin-Querung soll nun die „Mierendorff-Insel“ besucht werden. Diese „Insel“ ist nach dem zentral gelegenen Mierendorff-Platz (ehem. Gustav-Adolf-Platz) benannt, der 1950 den Namen des Reichstagsabgeordneten und Widerstandskämpfers Carlo Mierendorff erhielt. Wir umrunden die „Insel“, die erst im Jahre 1956 durch die Vollendung des Westhafenkanals entstand, auf den Uferwegen von Spree, Charlottenburger Verbindungskanal und Westhafenkanal. Es wird ein innerstädtisches Gebiet aus Wasserflächen, Wohnbauten und Uferpromenaden sowie Industriebauten auf den Uferwegen erkundet. Abschließend werden wir an der Spree durch den Schlosspark Charlottenburg gehen, bevor wir die Tour am Mierendorff-Platz (U 7) beenden.

12) Das alte Rathaus von Berlin. Zur Architektur- und Funktionsgeschichte des einstigen administrativen und wirtschaftlichen Zentrums der Stadt

Vortrag: Dr. Bertram Faensen und Dirk Schumann M.A. (beide Berlin).

Donnerstag, 11. April 2024

19.00 Uhr im Berlin-Saal der Berliner Stadtbibliothek, Breite Straße 36, Berlin-Mitte

Das alte Rathaus ist ein hervorragendes Denkmal der mittelalterlichen und frühneuzeitlichen kommunalen Geschichte Berlins und seiner Bürgerschaft. Der Abbruch des Rathauses bis 1865 und der Gerichtslaube 1871 waren die ersten Höhepunkte in einem Transformationsprozess, bei dem die Stadt schließlich das gesamte mittelalterliche Zentrum verlor. Die archäologischen Grabungen zur U5 brachten die dazugehörigen Reste wieder ans Licht und ermöglichten die Rekonstruktion einer bisher größtenteils unbekanntenen Architekturgeschichte und eines wichtigen Kapitels der Wirtschaftsgeschichte des alten Berlins.

13) Kirchen wie im Mittelalter?

Vortrag: Andreas Kitschke (Potsdam).

Donnerstag, 02. Mai 2024

19.00 Uhr im Kleinen Säulensaal der Berliner Stadtbibliothek, Breite Straße 36, Berlin-Mitte

In der sogenannten Gründerzeit und bis zum Ende des deutschen Kaiserreichs kam es zu einem regelrechten Bauboom. Dazu gehörten auch zahlreiche große Kirchenneubauten.

Seite A 72 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Wer denkt nicht sofort an die Gedächtniskirche, den „Evangelisch-Kirchlichen Hilfsverein“ und den Beinamen „Kirchgen-Juste“, den die Berliner der Kaiserin Auguste Victoria verpassten? Anhand von Beispielen aus Berlin und Potsdam wird der Vortragende auf die Architektursprache jener Zeit eingehen und erläutern, dass es sich eben nicht um Nachbauten mittelalterlicher Gotteshäuser handelte. Zwar war der Formenkanon oft eng an solche historischen Bauwerke angelehnt, doch bautechnisch beschritt man durchaus neue Wege. Und es gab immer auch einen sozialen Aspekt: Die ersten Gebäudegruppen mit Kindergärten, Pflegeeinrichtungen und kirchlichen Vereinshäusern entstanden, die man heute als „Gemeindezentren“ bezeichnet. Die vor allem von den Sozialdemokraten eingeforderten sozialen Reformen fanden hier Widerhall. War die um sich greifende „Entkirchlichung“ dadurch aufzuhalten?

14) Spaziergang in Berlins alter Mitte zu neuen Quartieren

Führung: Mathias Schebera (Berlin).

Sonnabend 04. Mai 2024

Treffen: 10.30 vor dem Friedrichstadtpalast in der Friedrichstrasse. Fußweg ca. 3 km.

Anmeldung bitte bis 30.04.24 an Mathias Schebera E-Mail: dmj.schebera@t-online.de (bevorzugt) oder Telefon: (030) 208 17 61.

Das neue Tacheles, das ehemalige Postfuhramt, das Haupttelegrafenamnt – vollständig verändert.

15) Von der Museumsinsel zum S-Bhf. Treptower Park (Spreeweg VI)

Eine Stadtwanderung, ca. 6,5 km

Leitung: Gerhard Weiduschat (Berlin).

Sonnabend, 25. Mai 2024

Treffen: 11.00 Uhr, U-Bhf. Museumsinsel, auf dem Bahnsteig. ÖPNV: U5, Bus 100, 300.

Kosten: keine. Ende gegen 13.30 Uhr. Einkehr unterwegs oder am Ende der Wanderung möglich.

Anmeldung: Gerhard Weiduschat, E-Mail: g.weiduschat@gmail.com (bevorzugt) oder Tel. (030) 413 82 19 (Anrufbeantworter).

Bis zur Jannowitzbrücke führt der Weg am rechten Spreeufer entlang. In der Brücken- und Köpenicker Straße verlieren wir den Fluss aus den Augen. Erst nach dem Überqueren der

Seite A 73 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Schillingbrücke können wir dann die East Side Gallery und die Oberbaumbrücke passierend wieder dicht an der Spree bleiben. Zum vierten Mal wird der Fluss gequert, diesmal über die Eisenbrücke, und der S-Bhf. Treptower Park erreicht.

16) Drei Berliner Friedhöfe in Brandenburg

Besuch in Güterfelde und Stahnsdorf mit dem größten Friedhofsareal in Brandenburg, insgesamt ca. 6,0 km, geplante Dauer ca. 2,5 Stunden.

Sonnabend 08. Juni 2024

Programm: 1. Wilmersdorfer Waldfriedhof Güterfelde

2. Spaziergang über den Südwestfriedhof Stahnsdorf, beginnend an den italienischen und englischen Soldatenfriedhöfen – nur wenige Einzelgräber werden besucht, sonst benötigen wir zwei Tage.

3. Wilmersdorfer Waldfriedhof Stahnsdorf

4. Auf Wunsch Einkehr Café und Restaurant Tick-Tack am Eingang Südwestkirchhof.

Führung: Dietrich König und Mathias Schebera (beide Berlin).

Treffen: 10.40 Uhr, Potsdam Hbf. (u.a. S1, S7, RE1), Busbahnhof, Bussteig Nr. 5, Abfahrt Expressbus X1 Richtung Teltow 10.56 Uhr, 3 Stationen bis Kienwerder. Rückfahrt: Vom Waldfriedhof Stahnsdorf 15 Minuten Fußweg zur Bushaltestelle Bahnhofstraße von dort mit Bus X1 oder Bus 601 nach Potsdam Hbf. Für An- und Abreise bitte aktuelle Fahrpläne beachten!

Anmeldung bis 01.06.2024 per E-Mail: dmj.schebera@t-online.de (bevorzugt) oder Tel. (030) 208 17 61.

Die Gelände der Friedhöfe wurden zwischen 1902 und 1912 durch die Berliner Stadtsynode und die Gemeinden Friedenau und Wilmersdorf erworben. Mit der 1913 eröffneten „Friedhofsbahn“ wurde eine direkte Verbindung von Wannsee aus ermöglicht. Allein auf dem Südwestfriedhof wurden ca. 110.000 Personen bestattet. Seit 1961 wurden die Friedhöfe von ihrem ursprünglichen Einzugsgebiet abgeschnitten. Vieles verwilderte, Bauten stürzten zusammen, Teile der Friedhöfe erinnern heute mehr an Wald oder Park, nach 1990 begann der Denkmalschutz zu wirken und Sanierungen begannen.

17) Glückliche Zufälle beim Kirchenbau in Hohen Neuendorf

Besichtigung der Kirche sowie weiterer baulicher Zeugnisse der Ortsgeschichte im unmittelbaren Umfeld von Bahnhof und Kirche.

Führung: Ingrid Zache (Hohen Neuendorf).

Sonnabend, 22. Juni 2024

Treffen: 10.30 Uhr, S-Bhf. Hohen Neuendorf. Anreise mit ÖPNV empfohlen: S 1 oder S 8, 20-Min.-Takt, bitte aktuelle Fahrplanänderungen beachten.

Beschränkte Teilnehmerzahl: 25. Anmeldungen erbeten: Ingrid Zache, Tel. (03303) 40 86 96 oder E-Mail: ingrid-zache@web.de.

Das ungewöhnlich kleine Bauerndorf Hohen Neuendorf, gelegen abseits der Chaussee Oranienburg–Berlin, hatte zu Beginn des 20. Jahrhunderts durch Villenkolonien und Landhäuser auf seiner Feldmark schon mehr als 1 000 Einwohner, jedoch noch keine eigene Kirche. Wie auch andere Orte im Berliner Umland hatte Hohen Neuendorf im Zuge der Expansion der Reichshauptstadt seinen dörflichen Charakter verloren und sich zu einer vorstädtischen Gemeinde entwickelt. Es entstanden im Berliner Umland Kirchenneubauten, die im eigentlichen Sinne keine Dorfkirchen waren, sondern sowohl bezüglich des Bauvolumens als auch der Architektursprache und Ausstattung eher städtische Vorortkirchen. Zu diesen Neubauten zählt die Kirche in Hohen Neuendorf, 1909 geweiht, deren ursprüngliche Ausstattung vollständig erhalten ist, ein Frühwerk im sogenannten „Heimatstil des preußischen Kirchenbaus“ des Baumeisters Georg Büttner. Er gehörte zu den einflussreichsten Architekten am Beginn des 20. Jahrhunderts in Berlin und Brandenburg. Die Kirche wurde im Januar 1999 in das Verzeichnis der Denkmale des Landes Brandenburg eingetragen. Siehe hierzu auch das Themenheft Dorfkirchen, Mitteilungsblatt der Landesgeschichtlichen Vereinigung 2013, Heft 3, S. 173 ff.

Bitte vormerken:

Sonnabend, 10. oder 17. August 2024

Fürstenberg an der Havel, Mirow, Neustrelitz und Hohenzieritz – Auf den Spuren einer Residenzlandschaft.

Eine Busexkursion.

Leitung: Dirk Schumann M.A. (Berlin).

Detaillierte Auskünfte ab 1. Mai 2024 bei Gerhard Weiduschat, E-Mail g.weiduschat@gmail.com (bevorzugt) oder Briefpost Engelmannweg 71, 13403 Berlin (bitte einen adressierten Freiumschlag beilegen)



Verein für die Geschichte Berlins e.V., gegr. 1865

c/o Zentral- und Landesbibliothek Berlin

Vertreten durch den Vorsitzenden: Dr. Manfred Uhlitz

Neuer Marstall

Schloßplatz 7, 1.Hof, 10178 Berlin

Telefon: 030-90226449

E-Mail: info@diegeschichteberlins.de

www.diegeschichteberlins.de

Berliner Sparkasse IBAN DE06 1005 0000 0190 4487 76

18) „Petroleumlampen, die Firma Wild & Wessel“.

Beata Hundertmark M.A. und Marko Ludwig

Sonnabend, 16. März 2024, 12 Uhr

Sonnabend 16. März 2024, 12 Uhr: „**Petroleumlampen, die Firma Wild & Wessel**“. In der ehemaligen Villa von Emil Wild gegenüber des S-Bahnhofs Wannsee haben die jetzigen Bewohner **Beata Hundertmark M.A.** und **Marko Ludwig** eine beeindruckende Sammlung von Petroleumlampen aus der damaligen Zeit zusammengetragen. Emil Wild war gemeinsam mit Wilhelm Wessel seinerzeit führender Hersteller solcher Lampen in Europa. Dazu haben beide Referenten die Entwicklungsgeschichte betreffend der Villenbewohner zusammengetragen und auf Schautafeln dokumentiert. Ein Besuch ist echte Berliner Zeitgeschichte! Nur mit Anmeldung bei: Dr. Manfred Uhlitz,

Uhlitz@DieGeschichteBerlins.de. Ort: Am Sandwerder 1, 14109 Berlin-Wannsee. S-Bhf. Wannsee.

19) Der Kaiserdamm

Stadtrundgang mit unserem Mitglied Oliver Ohmann.

Mittwoch, 20. März 2024, 15 Uhr

Mittwoch, 20. März 2024, 15 Uhr: „**Der Kaiserdamm**“, Stadtrundgang mit unserem Mitglied **Oliver Ohmann**. Der Kaiserdamm ist laut, breit und viel befahren, dabei eine vergleichsweise junge Magistrale, von 1906 an als Prachtstraße angelegt und mit prächtigen „Villen auf einer Etage“ bebaut. Auf dem Weg vom Sophie-Charlotte-Platz hoch zum Theodor-Heuss-Platz werden Menschen, Bauwerke und Geschichten vom Kaiserdamm vorgestellt. Treff: Vor dem ehemaligen Charlottenburger Polizeipräsidium, Kaiserdamm 1, 14057 Berlin-Charlottenburg. U-Bahnhof Sophie-Charlotte-Platz (U2). Dauer: ca. zwei Stunden. Anmeldung nicht erforderlich. Vgl. auch die Rezension zur thematisch passenden Publikation von Oliver Ohman in diesem Heft!

20) Der Berliner Statistiker Richard Böckh

Vortrag und PowerPoint-Präsentation von und mit Professor Dr. Torsten Leuschner, Universität Gent

Mittwoch, 27. März 2024, 19 Uhr

6. Mittwoch, 27. März 2024, 19 Uhr: „**Der Berliner Statistiker Richard Böckh**“, Vortrag und PowerPoint-Präsentation von und mit Professor Dr. Torsten Leuschner, Universität Gent am Vorabend der 200. Wiederkehr seines Geburtstags. Nach dem Studium der Staatswissenschaften und einer Beamtenkarriere begleitete Böckh von 1875 bis 1903 als Direktor des Statistischen Bureaus der Stadt Berlin die intensivste Phase des Wachstum Berlins. Daneben war er Stadtverordneter in Charlottenburg und Honorarprofessor an der Berliner Universität, wo Ferdinand Tönnies und Robert Kuczynski seine prominentesten Schüler waren. Um 1900 galt er als der wichtigste deutsche Statistiker. Sein Nachlass in der Staatsbibliothek Berlin enthält zahlreiche Ehrungen, aber auch manche bemerkenswerten persönlichen und beruflichen Zeugnisse. Ort: Berlin-Saal der Zentral- und Landesbibliothek Berlin, Breite Straße 36, 10178 Berlin-Mitte, Gäste willkommen, Eintritt frei!

21) Geschichte Berlins in 60 Objekten.

Die Journalistin Maritta Tkalec stellt ihr Buch gleichen Titels vor

Mittwoch, 17. April 2024, 19 Uhr

Mittwoch, 17. April 2024, 19 Uhr: „**Geschichte Berlins in 60 Objekten**“. Die Journalistin **Maritta Tkalec** stellt ihr Buch gleichen Titels vor. Spannend erzählt sie darin aus der Berliner Vergangenheit, angereichert mit interessanten Fotos. Die engagierte Redakteurin betreut seit 2017 allwöchentlich die von positiver Leserresonanz begleitete Seite *Stadtgeschichte* der Berliner Zeitung. Ort: Berlin-Saal der Zentral- und Landesbibliothek Berlin, Breite Straße 36, 10178 Berlin-Mitte, Gäste willkommen, Eintritt frei!





Literaturhaus Berlin

Fasanenstraße 23

10719 Berlin

+49 (0)30 887 286 0

info@literaturhaus-berlin.de

22) Dénes Krusovszky »Das Land der Jungen«

Buchpremiere

Mittwoch, 13. März 2024, 19:00 Uhr

8 € / erm. 5 €

Berlin-Ticket S: 3 €

Der Autor im Gespräch mit Terezia Mora und Julia Franck. Aus dem Ungarischen simultan gedolmetscht von Julia Máté

»Die Kurzgeschichte ist ein geheimnisvolles Genre«

Dénes Krusovszky

Alle Protagonisten in diesem Erzählungsband des ungarischen Lyrikers und Schriftstellers **Dénes Krusovszky** sind männlich: So zum Beispiel zwei Brüder, die ihren volltrunkenen Vater bei einem Zirkusbesuch in die Manege stolpern sehen, wo er sich als Freiwilliger vor dem johlenden Publikum zersägen lassen will. Oder der Mann, der sich beim Aussortieren alter Klamotten in seinem ehemaligen Kinderzimmer an den Tag erinnert, an dem er als Siebzehnjähriger seine schwangere Freundin zu einer Abtreibung begleitete. Immer wieder handelt es sich um Kippmomente, die der 1982 in Debrecen in Ungarn geborene Autor als Krise par excellence verstanden wissen will, »weil die männliche Rolle heute ein Synonym für Unsicherheit und die verzweifelte Suche nach einem Halt ist. So bietet diese Krise auch die Gelegenheit, grundlegende menschliche Fragen zu stellen.«

Diese Fragen stellt sich der Autor heute in Begleitung seiner Übersetzerin **Terezia Mora**, und der Autorin und Herausgeberin der Anderen Bibliothek, **Julia Franck**. Es dolmetscht simultan **Julia Máté**.

Dénes Krusovszky »Das Land der Jungen«. Aus dem Ungarischen übersetzt von Terézia Mora, Die Andere Bibliothek 2024

23) Weibliche Stimmen aus Ungarn »Wie Frauen klingen«

Donnerstag, 14. März 2024, 19:00 Uhr

8 € / erm. 5 €

Berlin-Ticket S: 3 €

Mit Kinga Tóth, Judit Hidas, Zsófia Bán und Fotografien von Évi Fábián. Es moderiert Miriam Bruns. In deutscher und ungarischer Sprache.

»Wenn sich die Tür schließt, bleibt das Fenster. Irgendwie ist dieses ganze literarische Engagement für Frauen so, als würde man durch ein Fenster klettern«, sagte die Dichterin Kinga Tóth im Jahr 2020, eine der Gründerinnen der Frauengruppe SZÍN innerhalb der größten Schriftstellerorganisation Ungarns. SZÍN hat in seinen Untersuchungen gezeigt, dass Schriftstellerinnen zu Beginn ihrer Karriere in vielerlei Hinsicht benachteiligt sind und dass in Ungarn auch der literarische Geschmack und die literarischen Traditionen von einem auf männliche Schriftsteller ausgerichteten Ansatz geprägt sind.

Die Sichtbarkeit von Frauen zu erhöhen und das Bewusstsein für die Situation von Schriftstellerinnen zu schärfen, war das Ziel des gemeinsamen Projekts »Wie Frauen klingen« des Goethe-Instituts und SZÍN. Am heutigen Abend treten mit **Zsófia Bán, Judit Hidas** und **Kinga Tóth** drei Schriftstellerinnen bei uns auf, die nicht nur gefeierte Autorinnen sind, sondern sich in ihrer Karriere auch stark für die Perspektive von Frauen eingesetzt haben. Und wir laden Sie ein, die Arbeit der von ELLE ausgezeichneten Fotografin **Évi Fábián** kennenzulernen, die seit fast 20 Jahren prominente ungarische Frauen porträtiert. Eine Zusammenstellung ihrer Fotografien wird am Abend gezeigt und bietet eine gute Gelegenheit, sich ein umfassenderes Bild von der Situation der ungarischen Frauen und den Möglichkeiten für einen Durchbruch zu machen. Durch den Abend führt die Leiterin des Goethe-Instituts Ungarn **Miriam Bruns**.

Eine Veranstaltung in ungarischer und deutscher Sprache

In Kooperation mit dem Goethe-Institut Ungarn

24) Ulrike Draesner & Michael Eskin »Gespräch über Deutschland«

Brown Bag Lunch

Dienstag, 19. März 2024, 12:30 Uhr

8 € / erm. 5 €

Berlin-Ticket S: 3 €

Mit Ulrike Draesner und Michael Eskin

In »Gespräch über Deutschland« denken die Vielfalt-Deutschen Ulrike Draesner und Michael Eskin gemeinsam darüber nach, was es heute heißt, Deutscher zu sein – oder in Deutschland zu leben. Sie eröffnen einen persönlichen Denkraum, regen dazu an, unsere Bilder von uns und »den anderen« zu befragen, und verschieben unsere Wahrnehmung. Analytisch und poetisch, traurig und humorvoll zugleich erzählt dieses Gespräch von Identität und Wandel, von Migration und Sprachvielfalt, von Biodeutschen und Deutschen

Seite A 79 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

mit Nazihintergrund. Auf dem Spiel stehen: Achtsamkeit, Verantwortung, Verletzlichkeit und Mitmenschlichkeit. Darüber sprechen die Schriftstellerin und Lyrikerin **Ulrike Draesner** und der Autor und Verleger **Michael Eskin**.

Ulrike Draesner und Michael Eskin »Gespräch über Deutschland. Mit zwei Essays«, Upper West Side Philosophers Inc 2024

25) Literarisches Terzett »Was ist denn hier passiert?«

Reihe Literarisches Terzett

Donnerstag, 04. April 2024, 19:00 Uhr

8 € / erm. 5 €

Berlin-Ticket S: 3 €

Mit Elke Schmitter, Jens Bisky und Jörg Baberowski

Gewohnt versiert und kritisch nehmen sich die Schriftstellerin Elke Schmitter, der Journalist Jens Bisky und der Historiker Jörg Baberowski die neuesten Sachbücher zur Brust und führen humorvoll durch einen Abend voller Neuerscheinungen – und auch etwas Wiederentdecktes ist mit dabei.

Folgende Bücher werden besprochen:

Peter Sloterdijk »Zeilen und Tage III«, Suhrkamp 2023

Nicole Henneberg »Gabriele Tergit: Zur Freundschaft begabt«, Schöffling & Co 2024

Philipp Felsch »Der Philosoph. Habermas und wir«, Ullstein 2024

Philipp Oswald »Bauen am nationalen Haus«, Berenberg 2023

Leanne Shapton »Bedeutende Objekte und persönliche Besitzstücke aus der Sammlung von Lenore Doolan und Harold Morris, darunter Bücher, Mode und Schmuck«, Aufbau 2010



Literarisches Colloquium Berlin

Am Sandwerder 5
D-14109 Berlin

Tel.: +49 (0) 30 - 816 996-0
Fax: +49 (0) 30 - 816 996-19
mail@lcb.de

NACHTRÄGE:

26) Wannsee, Weichsel, Widersprüche. 10 Jahre Albrecht-Lempp-Stipendium
Ein deutsch-polnischer Abend mit Anna Cieplak, Susanne Fritz, Dariusz Sośnicki und Julia Wolf

Moderation: Joanna Czudec und Jürgen Jakob Becker
Übersetzungen: Karolina Golimowska und Agnieszka Grzybkowska

Freitag, 01. März 2024, 19:30 Uhr

Literarisches Colloquium Berlin · Am Sandwerder 5 · 14109 Berlin
Eintritt frei

In Erinnerung an den bedeutenden Übersetzer und Vermittler polnischer Literatur, Albrecht Lempp (1953–2012), riefen die Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit, das Polnische Buchinstitut und das LCB 2013 das Albrecht-Lempp-Stipendium ins Leben, das Autoren und Übersetzer aus Polen und Deutschland einen längeren Aufenthalt im jeweils anderen Land ermöglicht. Auf die Arbeiten der Alumni der letzten 10 Jahre zurückblickend, sticht auf deutscher Seite das Motiv der familiären Spurensuche ins Auge, wie bei Susanne Fritz (»Heinrich«, Wallstein, 2023) und Julia Wolf (»Alte Mädchen«, FVA, 2022), die für ihre Romane in Krakau recherchierten. Produktive Wochen im LCB verbrachten zuletzt Anna Cieplak, die am Wannsee an ihrem Roman »Ciało huty« (2023) arbeitete, und der in Poznań lebende Lyriker und Essayist Dariusz Sośnicki. Zum 10-jährigen Jubiläum der Initiative stellen wir diese vier Albrecht-Lempp-Stipendiaten und ihre Texte vor.

Bewerbungen um ein [Albrecht-Lempp-Stipendium](https://lcb.de/foerderung/albrecht-lempp-stipendium/) 2024 nehmen wir bis zum 29. Februar 2024 entgegen:

<https://lcb.de/foerderung/albrecht-lempp-stipendium/>

27) Eröffnung: Zur Sprache bringen

Ulrike Draesner, Heide Glaesmer
Ausstellungseröffnung und Gespräch

Montag, 04. März 2024, 19:30 Uhr

Literarisches Colloquium Berlin · Am Sandwerder 5 · 14109 Berlin

Seite A 81 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

»Zur Sprache bringen« – unter diesem Titel wird die von der Schriftstellerin Ulrike Draesner kuratierte [Ausstellung](#) bis zum 26. Juni 2024 im LCB zu sehen sein. Zur Eröffnung führt Heide Glaesmer, Professorin für Medizinische Psychologie an der Universität Leipzig, ein Gespräch mit Ulrike Draesner, die ebenfalls an der Universität Leipzig als Professorin (Deutsches Literaturinstitut) tätig ist. Ausgangspunkt für die vom Literaturhaus Stuttgart erstellte Ausstellung ist Recherchematerial zu Ulrike Draesners neuestem Roman »Die Verwandelten« (Penguin, 2023), in dem die unterschiedlichsten Frauenschicksale im Laufe des 20. Jahrhunderts in Polen und Deutschland erzählt werden. Verbunden sind diese über familiäre Verflechtungen und Gewalterfahrungen während des Zweiten Weltkrieges und der Nachkriegszeit bis heute. Die Ausstellung offenbart Verletzlichkeit und Resilienz, Strukturen der Macht und des Widerstandes gegen sie, Verwurzelung und Migration.

<https://lcb.de/ausstellung/zur-sprache-bringen/>

»Zur Sprache bringen«

Ulrike Draesner

04.03.24 – 26.06.24

Literarisches Colloquium Berlin · Am Sandwerder 5 · 14109 Berlin

Besichtigung

Vor und nach den Abendveranstaltungen bzw. mit Voranmeldung (unter 030-8169960) ist die Ausstellung im LCB zu besichtigen.

Die von der Schriftstellerin Ulrike Draesner kuratierte Ausstellung basiert auf dem 2023 erschienenen Roman »Die Verwandelten« (Penguin). Über einen Zeitraum von hundert Jahren, also drei Generationen, beschreibt Draesner zwei Formen von Gewalt, denen Frauen während des Zweiten Weltkriegs ausgesetzt waren: die systematische Schändung des Körpers durch Vergewaltigungen einerseits, die Reduzierung durch den eigenen Staat auf die Funktion einer Gebärmaschine andererseits, von den Nationalsozialisten perfide organisiert in der Idee des Lebensborns. Sie erzählt darüber hinaus vom Danach: Wie kann ich weiterleben? Mit welchem Körperbild? Was gebe ich davon unwillentlich an nachfolgende Generationen weiter – und wie kann ich das Verhindern? Die Ausstellung wird am 4. März 2024 um 19.30 Uhr eröffnet. Erstellt wurde sie – in erweiterter Form – vom [Literaturhaus Stuttgart](#), in Zusammenarbeit mit der [Agentur terz](#).

Die [Eröffnung](#) findet am 4. März 2024 um 19.30 h statt.

Vor und nach den Abendveranstaltungen bzw. mit Voranmeldung (unter 030-8169960) ist die Ausstellung im LCB zu besichtigen.

28) Russlands unbequemes Gewissen: Irina Scherbakowa

ARTE-Filmpremiere

Deutschland | ARTE/NDR 2023 | Dokumentarfilm | 52 min

20 h Gespräch: Irina Scherbakowa und Regisseurin Eva Gerberding

Moderation: Shila Behjat

Donnerstag, 07. März 2024, 19:00 Uhr

Literarisches Colloquium Berlin · Am Sandwerder 5 · 14109 Berlin

Irina Scherbakowa ist Germanistin, Publizistin und Mitbegründerin der russischen Menschenrechtsorganisation Memorial. Sie leitete jahrzehntelang den größten Nachwuchs-Geschichtswettbewerb in Russland und verarbeitet auch ihre eigene Geschichte in Büchern. 2017 erschien ihr Roman »Die Hände meines Vaters« (Ü: Susanne Scholl, Droemer Knaur), in dem sie ihre eigene jüdisch-russische Familiengeschichte aufarbeitet. Kurz vor dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine sagte die gebürtige Moskauerin noch: „Ich gehe nie weg.“ Doch dann wurde Memorial im Februar 2022 verboten und Irina Scherbakowa verließ Hals über Kopf ihr Heimatland. In Abwesenheit wurde sie zur „Volksverräterin“ erklärt; im gleichen Jahr erhielt Memorial den Friedensnobelpreis. Heute lebt Irina Scherbakowa in Berlin und Tel Aviv und versucht, Memorial im Exil wieder aufzubauen.

Der Film von Eva Gerberding wird am 13. März 2024 um 22.55 Uhr auf ARTE ausgestrahlt, im Vorfeld zur russischen Präsidentschaftswahl am 17. März in diesem Jahr. Die Hamburger Regisseurin kennt Irina Scherbakowa schon mehr als 30 Jahre und porträtiert in ihrem neuesten Film eine der mutigsten Frauen Russlands.

Der Film wird bis zum 10. Juni 2024 in der [ARTE Mediathek](https://www.arte.tv/de/) verfügbar sein:

<https://www.arte.tv/de/>

Topographie des Terrors

Niederkirchnerstraße 8, 10963 Berlin-Kreuzberg

Info@topographie.de

www.topographie.de

Ruf: 030-254 509-0, Fax: 030-254-09-99

29) Besatzung und Holocaust. Sicherheitspolizei und SD im Reichskommissariat Ukraine

Buchpräsentation von Dr. Christian Schmittwilken, Berlin

Moderation Dr. Andrej Angrick, Berlin

Dienstag, 12. März 2024, 19:00 Uhr

Das Gebiet der heutigen Ukraine gehörte während des Zweiten Weltkriegs zu den zentralen Tatorten der deutschen Besatzungsverbrechen und des Holocaust. Im September 1941 richteten die Deutschen das Reichskommissariat Ukraine ein. Zur Jahreswende 1941/42 ließ das Reichssicherheitshauptamt dort auch stationäre Dienststellen der Kommandeure der Sicherheitspolizei und des SD aufbauen.

In seiner gerade publizierten Studie *Zentralen des Terrors* (2024) zeigt Christian Schmittwilken, dass die Dienststellen der Kommandeure der Sicherheitspolizei und des SD eingerichtet wurden, um das Vorhaben eines dauerhaft deutsch-dominierten Osteuropas in die Praxis umzusetzen. In der Folge erschossen die Angehörigen dieser Dienststellen unzählige als Juden und Roma verfolgte Menschen und Kriegsgefangene, errichteten ein eigenes Lagersystem, verfolgten den Widerstand, richteten eine einheimische Kriminalpolizei ein und nahmen aktiv Einfluss auf die Kirchenpolitik.

Christian Schmittwilken ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Stiftung Topographie des Terrors. Nach einem Studium der Geschichtswissenschaften war er Volontär der Stiftung und Kurator im Team der erstmals 2016 präsentierten Wanderausstellung „Massenerschießungen. Der Holocaust zwischen Ostsee und Schwarzem Meer 1941–1944“. Von 2017 bis 2021 war er am Zentrum für Holocaust-Studien des Instituts für Zeitgeschichte tätig. Mit der vorliegenden Studie wurde er an der Ludwig-Maximilians-Universität München promoviert.

Andrej Angrick, Historiker, ist wissenschaftlicher Angestellter bei der Hamburger Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Kultur. Zu seinen Veröffentlichungen gehört das zweibändige Werk „Aktion 1005“. *Spurenbeseitigung von NS-Massenverbrechen 1942–1945* (2018).

Brandenburg-Preußen Museum
Eichenallee 7a
16818 Wustrau
Tel. 033925-70798, Fax 033925-70799
museum@bpm-wustrau.de
www.brandenburg-preussen-museum.de
Brandenburg-Preußen Museum
Ehrhardt-Bödecker-Stiftung
Stifter: Ehrhardt Bödecker (1925-2016)
Vorstand: Dr. Andreas Bödecker, Elvira Tasbach

30) Brandenburg-Preußen-Museum

Veranstaltungen

Auf dieser Seite erhalten Sie eine Übersicht über das aktuelle Veranstaltungsprogramm des Brandenburg-Preußen Museums. Unser Veranstaltungskalender für das Jahr 2024 ist in Arbeit, mehr Informationen erhalten Sie in Kürze.

Diese Termine können Sie bereits vormerken:

MÄRZ



30) Führung über den Dorotheenstädtischen Friedhof

mit Stiftungsvorstand Dr. Andreas Bödecker

Sonntag, 10. März 2024, 14.00 Uhr

Ein Spaziergang durch die Geschichte: Wie nur wenige Friedhöfe erzählt der 1762 angelegte Dorotheenstädtische Friedhof an der Berliner Chausseestraße deutsche Geschichte – bis heute. Die Philosophen Georg Wilhelm Friedrich Hegel und Johann Gottlieb Fichte liegen hier begraben und der Architekt Karl Friedrich Schinkel. Der Wegbereiter der deutschen Farbenindustrie August Wilhelm von Hofmann, Bertolt Brecht und dessen Frau Helene Weigel liegen in unmittelbarer Nachbarschaft. Auf dem Friedhof findet sich ebenfalls das Grab von Ernst Theodor Litfaß, dem Pionier der nach ihm

Seite A 85 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

benannten Anschlagsäulen. Auf dem Weg vom Grab von Johannes R. Becher, dem Verfasser der DDR-Hymne *Auferstanden aus Ruinen* zum Grabmal des berühmten Lokomotivfabrikanten August Borsig trifft man auf das Urnengrab von Fritz Teufel, den Mitbegründer der „Kommune I“ und eine der führenden Personen der Studentenrevolte von 1966/68. Der Erfinder der politischen Fotomontage John Heartfield und Heiner Müller liegen hier begraben, die Schriftstellerin Anna Seghers ebenso wie Alt-Bundespräsident Johannes Rau.

Anmeldung

Um sich für die Führung anzumelden, schreiben Sie uns bitte eine Mail an: museum@bpm-wustrau.de. Aufgrund der Enge mancher Friedhofswege ist die Platzzahl auf 16 Personen begrenzt. Wenn der Termin am 10. März ausgebucht ist, bieten wir am 17. März eine zweite Führung an.

APRIL



31) In 60 Minuten von Frankfurt a. M. nach Berlin. Die Inbetriebnahme der ersten elektromagnetischen Ferntelegrafenzlinie in Preußen vor 175 Jahren.

Vortrag von Dr. Reinhard Witzlau

Sonntag, 14. April 2024, 15.00 Uhr

Am 28. März 1849 wählte die deutsche Nationalversammlung in der Paulskirche in Frankfurt a. M. den Preußischen König Friedrich Wilhelm IV. zum „Kaiser der Deutschen“. Dieser Beschluss konnte innerhalb einer Stunde von Frankfurt a. M. nach Berlin über 653 km telegrafisch mithilfe von Zeigertelegrafen übermittelt werden – eine für die damalige Zeit technische Meisterleistung. Nach der Kabinettsorder des Preußischen Königs vom 24. Juli 1848 zum Bau elektromagnetischer Telegrafenzlinien von Berlin nach Frankfurt a. M. und von Berlin über Köln zur belgischen Grenze, baute die noch junge Firma Siemens & Halske in einer Rekordzeit von nur acht Monaten die erste und längste, elektromagnetische Ferntelegrafenzlinie Europas. Der Probebetrieb begann bereits im Februar 1849.

Im Vortrag werden der Weg zum Bau und zur Nutzung dieser Telegrafenzlinie sowie technische Details aufgezeigt. Erstmals konnten dafür Baustellenberichte der Firma Siemens & Halske sowie bisher nicht ausgewertete Dokumente aus dem Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin – Dahlem und aus dem Hessischen Staatsarchiv Darmstadt miteinbezogen werden.

Seite A 86 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Dr. Reinhard Witzlau ist Diplomlehrer für Physik und Mathematik und war bis 2023 als Lehrer und Schulleiter an der Werner-von-Siemens-Schule in Gransee tätig. Er promovierte im Bereich der Geschichte der Naturwissenschaften zu Peter Apian und dem wissenschaftlichen Instrumentenbau in der Renaissance. Seit fast 20 Jahren beschäftigt er sich auch mit dem Leben und Werk von Werner von Siemens und Johann Georg Halske. Zu seinen Veröffentlichungen gehören „Der Zeigertelegraf von Werner Siemens und Johann

Georg Halske aus den Jahren 1846/ 1847“, „Der praktische Mechanikus Johann Georg Halske“ und „Werner von Siemens. Ideen und Ansichten“.

MAI



32) Gesunder Boden, gesundes Klima, gesunde Kartoffeln.

Vortrag von Rudi Mixdorf, Schönberg (Mark)

Sonntag, 26. Mai 2024, 15.00 Uhr

Friedrich der Große hatte die ursprünglich aus den Anden stammende Kartoffel in Brandenburg heimisch gemacht. Doch „was der Bauer nicht kennt“... selbst mit dem *Kartoffelbefehl* vom 24. März 1756, einer „Circular-Ordre“ Friedrichs II. an seine Beamten, wuchs die Akzeptanz der braunen Knollen nur langsam. Doch als man erkannte, dass der Nährwert von 1 Hektar geernteten Kartoffeln fast viermal so hoch ist wie der von Brotgetreide, wurde die Kartoffel angesichts der rasant wachsenden Bevölkerung im 19. Jahrhundert zum Grundnahrungsmittel der armen Leute. Die Anbaufläche wuchs von 300.000 Hektar im Jahr 1800 auf 1,4 Mio. Hektar zur Jahrhundertmitte und auf 3 Mio. Hektar zur Jahrhundertwende.

Seite A 87 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Rudi Mixdorf berichtet über den Kartoffelanbau heute, er stellt den industriellen Anbau modernen nachhaltigen Anbaumethoden gegenüber, erläutert eigene Entwicklungen und erklärt, welche Auswirkungen beide Ansätze auf die Böden, den Wasserhaushalt und schließlich das Klima haben. Aus seiner praktischen Erfahrung gibt er auch Hinweise, wie man die wohlschmeckenden Feldfrüchte mit wenig Aufwand im eigenen Garten ziehen kann.

Rudi Mixdorf (30 Jahre alt) ist Jungbauer und Tierarzt in Schönberg (Mark) in der Nähe von Neuruppin. Hier ist er auch aufgewachsen. Schon als Schüler am Evangelischen Gymnasium in Neuruppin hat er sich für Tiere und Landwirtschaft interessiert und immer wieder Ferienjobs, Praktika und Urlaube auf Bauernhöfen verbracht. Nach seinem Abitur 2012 hat er zunächst eine Ausbildung zum Landmaschinentechniker begonnen. Doch wurde er ein Jahr später zum Studium der Veterinärmedizin zugelassen und ist dieser Leidenschaft gefolgt. 2017 hat er auf dem elterlichen Hof in Schönberg einen landwirtschaftlichen Nebenerwerbsbetrieb mit Ackerbau, Grünland, Gemüse, Hühnern, Bienen, Pferden und Ziegen gegründet, der heute 80 Hektar umfasst. Seit 2019 ist er approbierter Tierarzt, 2023 hat er nach dreieinhalb Jahren als angestellter Tierarzt seine eigene Praxis gegründet. Rudi Mixdorf ist verheiratet und hat mit seiner Frau Katrina einen kleinen Sohn.

Öffnungszeiten

April-Oktober

Di–So 10.00–18.00 Uhr

November-März

Di–So 10.00–16.00 Uhr

Winterschließzeit

4. Dezember 2023 bis 29. Februar 2024

Gesonderte Öffnungszeiten
für Schulklassen möglich.

Kontakt

Brandenburg-Preußen Museum

Eichenallee 7a, 16818 Wustrau

Telefon 033925 707 98

Telefax 033925 707 99

museum@bpm-wustrau.de

Spenden

Unterstützen Sie unsere Museumsarbeit mit Kindern und Jugendlichen durch eine zweckgebundene Spende.

Empfänger:

Ehrhardt-Bödecker-Stiftung

IBAN: DE12160502021001022099

BIC: WELADED1OPR

Verwendungszweck:

Museumsarbeit für Kinder



33) »Am Tanze fehlte es nicht ...« – Der junge Smetana in Tagebuch und Musik. Konzert und Gespräch zum 200. Geburtstag von Bedřich Smetana (1824–1884)

Dienstag, 23.04.2024, 19:30 Uhr

Eintritt

Kostenfrei

Barrierefrei

Nein

Evangelische Brüdergemeine Berlin-Neukölln

Kirchgasse 14, 12043 Berlin, Deutschland



Der Gymnasiast Bedřich Smetana und seine künftige Frau Katharina Kolář
Collage von Herbert Woyke unter Verwendung zweier Abbildungen aus dem Archiv des Nationalmuseums Prag

»Eine Gesellschaft, wo getanzt, oder musicirt wird, und der Smetana fehlt, heißt nichts«,

schreibt der 17-Jährige in sein Tagebuch. Und wirklich, das Leben des Pilsener Gymnasiasten ist geprägt von Tanzveranstaltungen und anderen gesellschaftlichen Ereignissen, bei denen er als Pianist und Tänzer reüssiert. Konflikte mit Vermietern und vor allem die Ablehnung durch die heftig angeschwärmten Mädchen der Gesellschaft trüben die Stimmung des Teenagers kaum. Es entstehen deutschsprachige Lieder wie Liebesfrühling oder Schmerz der Trennung sowie Klavierstücke wie die Luisen-Polka.

Seite A 89 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024







Das 2022 vom Tschechischen Nationalmuseum als wissenschaftliche Ausgabe vorgelegte deutschsprachige Tagebuch von Bedřich Smetana (1824–1884) ermöglicht spannende Einblicke in die künstlerische Sozialisation des jungen Komponisten, insbesondere für seine Pilsener Schuljahre 1840–1843. Die Lesung daraus wird verbunden mit zeitgleich entstandenen Klavierliedern und -stücken und in den historischen Kontext gestellt.

Einführung

- Dr. Olga Mojžíšová, Herausgeberin der Smetana-Tagebücher
- Dr. Václav Petrbok, Germanist und Kulturhistoriker

Ausführende

- Thoma Jaron-Wutz, Tenor
- Marek Kozák, Klavier
- Claas Würfel, Sprecher

Eine Veranstaltung des  Deutschen Kulturforums östliches Europa in Kooperation mit dem  Adalbert Stifter Verein München, dem  Nationalmuseum der Tschechischen Republik – Tschechisches Museum für Musik, dem  Institut für tschechische Literatur der Tschechischen Akademie der Wissenschaften, dem  Sudetendeutschen Musikinstitut und der  Philharmonie Pilsen

Der Termin in Berlin wird in Zusammenarbeit mit der  Evangelischen Brüdergemeine Berlin veranstaltet.

Das Kulturforum wird gefördert von der  Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien.

34) Auf Brukenthals Spuren. Vortrag, Filmvorführung, und Gespräch mit Florin Besoiu und Thomas Şindilariu

Montag, 29.04.2024, 18:00 Uhr

Bundesplatz Kino Berlin

Bundesplatz 14, 10715 Berlin

**Bundesplatz
Kino Berlin**



Die Statue Samuel von Brukenthals vor dem Brukenthal-Museum auf dem Großen Ring/Piața Mare in Hermannstadt/Sibiu
Filmstill | © Florin Besoiu

In seinem neuen Dokumentarfilm begibt sich der rumänische Filmemacher Florin Besoiu auf eine Reise in die Vergangenheit: Im Fokus steht das Leben und Wirken des berühmten Gouverneurs Siebenbürgens Samuel von Brukenthal, eines Zeitgenossen Maria Theresias, der Erzherzogin von Österreich. In Begleitung des Historikers Thomas Șindilariu geht es auf eine filmische Spurensuche – nach Leschkirch, Hermannstadt, Halle, Wien, Freck und Untermühlendorf, um die wichtigsten Lebensstationen dieser illustren Persönlichkeit Siebenbürgens zu rekonstruieren.

Brukenthals Name ist durch das Brukenthalmuseum, die Brukenthalschule, die Brukenthalstiftung sowie durch zahlreiche Veröffentlichungen und Ausstellung bis heute präsent und wird mit Kunst, Kultur, Bildung und Wissenschaft in Verbindung gebracht. Doch war Brukenthal in erster Linie ein hervorragender Administrator, ein exzellenter Kenner der komplizierten juristischen Grundlagen Siebenbürgens, einer Provinz des Hauses Österreich, für das er als einziger Gouverneur siebenbürgisch-sächsischer Herkunft, protestantischer Konfession und bürgerlichen Hintergrunds wirkte und dadurch in vielfältiger Weise europäischen Standards den Weg bereitete.

Programm

Kurzer einführender Vortrag

- Thomas Șindilariu

Filmvorführung

Auf Brukenthals Spuren

RO 2022, ca. 59 Min. Regie: Florin Besoiu

anschließend



Gespräch

- Thomas Şindilariu und Florin Besoiu beantworten Publikumsfragen
Moderation: Dr. Ingeborg Szöllösi, Südosteuropa-Referentin des Deutschen Kulturforums östliches Europa

Der Dokumentarfilm *Auf Brukenthals Spuren* wurde durch das Demokratische Forum der Deutschen in Hermannstadt mit Mitteln des Departements für Interethnische Beziehungen der Regierung Rumäniens gefördert.

Florin Besoiu, geb. 1984 in Mühlbach/Sebeş in Siebenbürgen (Rumänien), Studium an der Theaterhochschule in Hermannstadt/Sibiu, seit 2006 Schauspieler, Theaterregisseur, Theaterpädagoge, Journalist, Filmregisseur. Autor von zahlreichen Kurz- und Dokumentarfilmen (Auswahl): *Die Alptraumreis* (2010), *Die Überlebenden im Winter. Erinnerungen aus der Deportation* (2017), *Zuwanderung nach Siebenbürgen. Erfolgsgeschichten* (2018), *Neues Leben in alten Mauern* (2020), *Auf Brukenthals Spuren* (2022).

Thomas Şindilariu, geb. 1974 in Kronstadt/Braşov, Historiker, Leiter des Archivs der Honterusgemeinde in Kronstadt und Vorsitzender des Ortsforums Kronstadt. Seit Februar 2021 ist er Unterstaatssekretär im Departement für Interethnische Beziehungen im Generalsekretariat der Regierung Rumäniens.

Eine Veranstaltung des  Deutschen Kulturforums östliches Europa in Zusammenarbeit mit dem  [Bundesplatz-Kino Berlin](#)

Das Kulturforum wird gefördert von der  [Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien.](#)

35) Das Deutsche Kulturforum östliches Europa und seine Partnerinstitutionen auf der Leipziger Buchmesse 2024

Präsentation des aktuellen Publikationsprogramms | Mit Veranstaltungen zur Neuerscheinung »Dorpat/Tartu. Geschichte der Europäischen Kulturhauptstadt«, zum Kafka-Jahr mit Reiner Stach und mit einer Folge des »Steppenkinder«-Podcasts mit Inna Hartwich



Junge Besucher an unserem Stand auf der Leipziger Buchmesse im vergangenen Jahr. Großer Beliebtheit erfreut sich stets unser Glücksrad mit Städtemotiven aus dem östlichen Europa. Foto: © Stefan Trajkovic Filipovic, Copernico

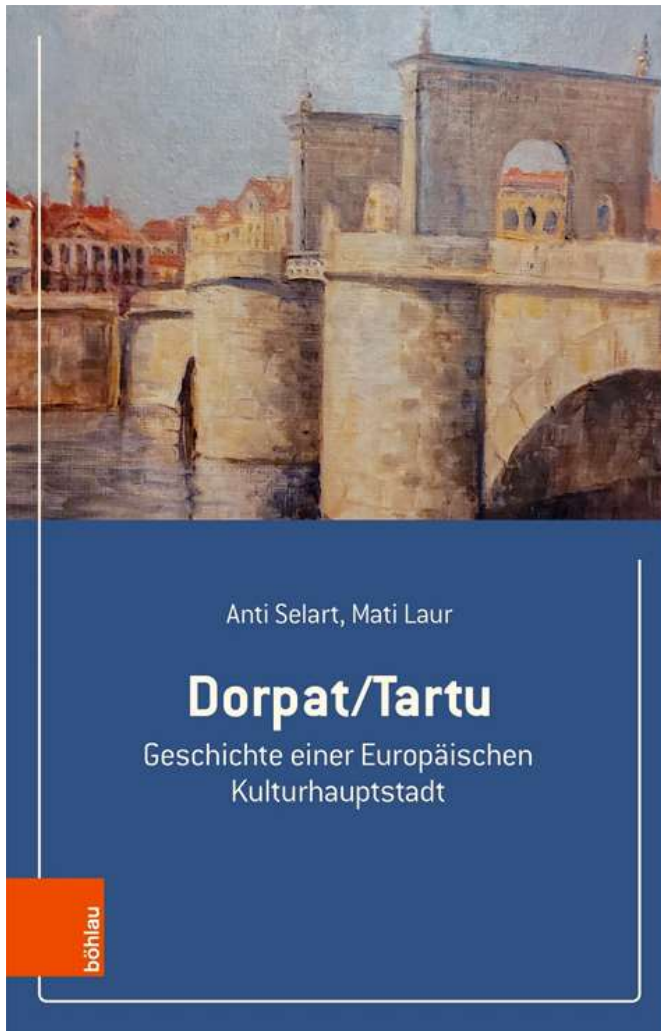
Die Leipziger Buchmesse verbindet Lesende mit Schreibern, Verlagen und Medien – nicht nur aus Deutschland, sondern aus der ganzen Welt. Zum bereits 18. Mal präsentieren wir Neuerscheinungen zu Mittel- und Osteuropa von uns und unseren Partnerorganisationen wie dem Pommerschen und dem Oberschlesischen Landesmuseum, dem Adalbert Stifter Verein und anderen auf dem Messegelände in Leipzig.

Auch bei »**Leipzig liest**« ist das Kulturforum wieder mit Veranstaltungen dabei: Zur in Estland gelegenen Europäischen Kulturhauptstadt 2024 **Dorpat/Tartu** präsentiert Martin Pabst eine vom Kulturforum mit dem Böhlau Verlag Wien herausgegebene Stadtgeschichte von Anti Selart und Mati Laur. Anlässlich des **Kafka-Gedenkjahrs** wird Vera Schneider mit dem weltbekannten Kafka-Spezialisten Reiner Stach über die Liebesgeschichte zwischen dem Prager Jahrhundertautor und Dora Diamant sprechen sowie aus deren Aufzeichnungen lesen. Als Kooperation mit dem Kulturreferat für Russlanddeutsche werden Edwin Warkentin und Ira Peter mit der Publizistin Inna Hartwich zu deren Buch *Friedas Enkel. Meine Familie und das Erbe der Gewalt in Russland* auf einer der Lesebühnen auf der Messe eine Folge ihres Podcasts »**Steppenkinder**« aufnehmen.

Sie finden uns und unsere Partnerinstitutionen in **Halle 4** am **Stand E 408**.

Unsere Veranstaltungen finden ebenfalls in Halle 4 statt – im **Café Europa** am Stand E401/E403.

Die Veranstaltungen des Kulturforums auf der Leipziger Buchmesse 2024



Sonnabend, 23. März 2024

14:00 Uhr bis 14:30 Uhr | Buchpräsentation

Dorpat/Tartu. Geschichte einer Europäischen Kulturhauptstadt

Buchpräsentation mit Anti Selart und Mati Laur

Café Europa, Halle 4, Stand E401/E403

Weit im Nordosten, nahe der russischen Grenze scheint Dorpat/Tartu ein abgeschiedener Provinzort am Rande Europas zu sein. Dabei ist die Stadt am Embach/Emajõgi seit ihrer Gründung auf viele Weisen europäisch vernetzt: Zunächst als Bischofssitz im mittelalterlichen Livland in die Strukturen der römischen Kirche. Als Hansestadt kontrollierte Dorpat mit Riga und Reval/Tallinn den Handel zwischen Russland und dem übrigen Europa. Und seit der Neugründung der Universität 1802 waren deren Absolventen weit über die Grenzen des Russländischen Kaiserreichs hinaus gefragte Experten. Später wurde die Stadt wurde zu einem Kristallisationspunkt der estnischen Nationalbewegung.

In diesem Jahr ist Dorpat Europäische Kulturhauptstadt. Die wechselhafte Geschichte des ihrer Meinung nach »wohl besten Wohnorts in der Welt« schildern die Autoren **Anti Selart** und **Mati Laur** mit wissenschaftlicher Expertise und estnischem Humor.



Sonnabend, 23. März 2024

17:00 bis 18:00 Uhr | Lesung und Gespräch

Die Schwelle des Glücks. Kafkas Sommer mit Dora Diamant

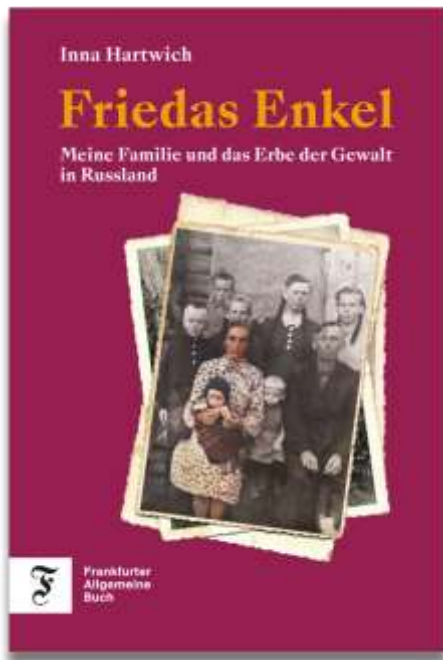
Lesung und Gespräch mit Reiner Stach, Moderation: Vera Schneider

im Rahmen des Kafka-Veranstaltungsforums in Kooperation mit CzechLit und dem Adalbert Stifter Verein

Café Europa, Halle 4, Stand E401/E403

Der an Tuberkulose erkrankte Franz Kafka reist im Sommer 1923 zur Erholung in das Ostseebad Müritz. In der benachbarten Ferienkolonie des Berliner Jüdischen Volksheims arbeitet Dora Diamant. Kafka ist von ihr fasziniert – auch von ihrer Suche nach einer jüdischen Identität jenseits des ultraorthodoxen Chassidismus, der ihre Jugend geprägt hat und Frauen so viele Verbote auferlegt. Bald sind die beiden unzertrennlich und diese Sommerliebe soll sein Leben verändern: Er kann sich endlich von Prag losreißen und folgt Dora nach Berlin.

Hundert Jahre nach dem Beginn dieser berührenden Liebesgeschichte wird der renommierte Kafka-Biograf **Reiner Stach** aus *Kafka. Die Jahre der Erkenntnis* lesen, dem dritten Band seiner [monumentalen Kafka-Biografie](#). Im Gespräch mit **Vera Schneider** vom Deutschen Kulturforum östliches Europa soll es auch darum gehen, warum Dora Diamant weit mehr war als »Kafkas letzte Liebe«.



Sonntag, 24. März 2024

11:00 Uhr bis 12:00 Uhr | Podcast

Steppen Kinder

Podcast-Podium mit Inna Hartwich

Café Europa, E401/E403

Edwin Warkentin und **Ira Peter** sprechen mit der Publizistin **Inna Hartwich** über deren Buch [Friedas Enkel. Meine Familie und das Erbe der Gewalt in Russland](#). Ausgehend von ihrer Familiengeschichte entwirft das Buch ein gesellschaftspolitisches Panoptikum des heutigen Russland. Im Zuge der Veranstaltung wird eine Folge des [Podcasts »Steppen Kinder«](#) aufgenommen.

In Kooperation mit dem  [Kulturreferenten für Russlanddeutsche](#) am  [Museum für Kulturgeschichte](#).

Weitere Informationen folgen.

Weitere Informationen auf den Internetseiten der [Leipziger Buchmesse](#)



[Gesamtverzeichnis der Publikationen des Deutschen Kulturforums](#)

Im Gesamtverzeichnis finden Sie einen Überblick über alle lieferbaren Bücher 2024

Eine Veranstaltung des Deutschen Kulturforums östliches Europa

< <https://www.kulturforum.info/de/termine/veranstaltungen/1024366-das-deutsche-kulturforum-oestliches-europa-und-seine-partnerinstitutionen-auf-der-leipziger-buchmesse-2024> >

Veranstaltungen der Gesellschaft für Erdkunde zu Berlin, gegründet 1828, damit die zweitälteste geographische Gesellschaft in der Welt.

Sie ist die „Mutter“ unserer Arbeitsgemeinschaft Ostmitteleuropa, denn diese wurde 1982 in der Gesellschaft für Erdkunde von Diplom-Geograph Reinhard M. W. Hanke unter dem Vorsitz Professor Dr. Burkhard Hofmeister gegründet

36) Geodiversity in Colombian Cities and Territories: A Focused Learning Pathway for Sustainable Territorial Management and Environmental Zoning Collaboration. Vortrag von Prof. Dr. Maria Isabel Marin-Ceron

Donnerstag, den 14. März 2024, 18:00 Uhr

Humboldt-Universität zu Berlin, Unter den Linden 6, 10099 Berlin, Hörsaal 2'097



Gesellschaft
für Erdkunde zu Berlin

Geo-Campus Lankwitz
Malteserstr. 74-100
12249 Berlin
Fon +49 30 77007608
veranstaltungen@gfe-berlin.de

Donnerstag, den 14. März 2024, 18:00 Uhr – Eintritt frei

Humboldt-Universität zu Berlin, Unter den Linden 6, 10099 Berlin, Hörsaal 2'097

Prof. Dr. Maria Isabel Marin-Ceron

EAFIT University, Colombia, Science Diplomacy Fellow in Germany

Geodiversity in Colombian Cities and Territories: A Focused Learning Pathway for Sustainable Territorial Management and Environmental Zoning Collaboration

Vortrag in Kooperation mit dem Geographischen Kolloquium des Geographischen Instituts der Humboldt-Universität zu Berlin



© Prof. Dr. Maria Isabel Marin-Ceron

The comprehensive Colombian initiative *Geodiversity in Territories and Cities' Learning Pathway* is stressing the pivotal role of geodiversity in territorial management. Focusing on a conceptual framework, social outreach, and educational modules, the talk assesses geodiversity's impact on goods, services, and environmental zoning for informed community decision-making. Drawing from practical examples in Colombian regions like Sierra Nevada de Santa Marta and Choco Biogeographic, the initiative showcases successful applications. The initiative co-designed, in collaboration with academia, government, ethnic groups, NGOs, and the private sector, effective geological-environmental zoning, identifying geodiversity hotspots and ideal locations for Living Labs and geo-routes. The Learning Pathway addresses Geoheritage, peacebuilding, and geo-services, with a concluding exploration of potential applications in Berlin.

Maria Isabel Marin-Ceron is an Engineering Geologist from the Colombian National University, holding a Master's and Doctorate in Earth and Environmental Science from Shimane and Okayama University in Japan. She currently serves as a full-time professor at EAFIT University in Medellín, Colombia. Presently, she is on her sabbatical year as a Science Diplomat under the Ministry of Science in Colombia, stationed in Germany. Her focus is on engaging non-traditional actors and implementing pragmatic projects in Colombian cities and territories. Her work centers on utilizing geodiversity as a tool for peacebuilding, risk management, and climate action.

Der Vortrag wird in englischer Sprache stattfinden.

Anmeldung erwünscht unter veranstaltungen@gfe-berlin.de

Vorsitz: Prof. Dr. Dr. Peter Hagler-Simon | Ehrenvorsitz: Dr. Dieter Bierswald | | Prof. Dr. Karl Lenn | |

Geschäftsführer: Janine Hoppert

veranstaltungen@gfe-berlin.de | <https://www.gfe-berlin.de>

37) Steinerkenntnisse rund um das Humboldt-Forum im Spiegel der wechselvollen Geschichte Berlin. Führung: Dr. Gerda Schirrmeister

Donnerstag, 21. März 2024, 17:00 Uhr



Gesellschaft
für Erdkunde zu Berlin

Geo-Campus Lankwitz
Malteserstr. 74-100
12249 Berlin
Fon +49 30 77007638
veranstaltungen@gfe-berlin.de

Donnerstag, den 21. März 2024, 17:00 Uhr – Eintritt frei

Treffpunkt: Schleusenbrücke, 10117 Berlin, Am Schloßplatz, Dauer: ca. 2 Stunden

Dr. Gerda Schirrmeister

Diplom-Geologin und Mitbegründerin des Netzwerkes Steine in der Stadt,
Büro für Beratung, Gutachten und Stadtführungen zu Naturwerksteinen, Berlin

Steinerkenntnisse rund um das Humboldt Forum im Spiegel der wechselvollen Geschichte Berlins

Stadtekursion



Blick auf den Nordeingang des Humboldt Forums und die Replik des berühmten altindischen Sanchi-Tores, Foto: Dr. Gerda Schirrmeister

Das Humboldt Forum in Berlin Mitte befindet sich in dem großen Bau, der nach dem Vorbild des an dieser Stelle bis zu seiner Sprengung 1950/51 stehenden Stadtschlusses neu aufgebaut und 2021 eröffnet wurde. Unter der fachkundigen Leitung von Frau Dr. Schirrmeister schauen wir uns an, welche Steine für dieses Gebäude und für seine unmittelbare Umgebung verwendet worden sind, welche architektonischen Elemente des einstigen Stadtschlusses wohin an andere Standorte verlagert wurden und auf welche Weise dies alles mit der wechselvollen Geschichte seit der Grundsteinlegung für das Schloss im Jahr 1443 zusammenhängt.

Auf unserer Fußekursion wird Frau Dr. Schirrmeister wissenswerte, bekannte und neue Erkenntnisse über die stadtprägenden steinernen Objekte und Bauten mit uns teilen und sie erläutern.

Aus organisatorischen Gründen bitten wir um vorherige Anmeldung unter veranstaltungen@gfe-berlin.de.

Vorsitzer: Prof. Dr. Dr. Peter Ilagoly-Sunó | Ehrenvorsitzer: Dr. Dieter Bierwald (H), Prof. Dr. Karl Genz (H)
Geschäftsstelle: Lenore Hippel
veranstaltungen@gfe-berlin.de | <http://www.gfe-berlin.de>

Weitere Termine der Gesellschaft für Erdkunde:

Um Anmeldung wird gebeten unter veranstaltungen@gfe-berlin.de

Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme!

Wir geben Ihnen überdies mit dieser Email eine Vorschau auf die Veranstaltung der kommenden Monate. Weitere Informationen werden wir Ihnen rechtzeitig zusenden.

18. April 2024, 18:Uhr

Dr. Beate Witzel, Stadtmuseum Berlin – Landesmuseum für Kultur und Geschichte, Fachteam Stadtbild

Stadtökologie und Klimawandel – Eine stadtökologische Führung zu Artenvielfalt und Klima in Berlin

24. April 2024, 17:00 Uhr

Prof. Dr. Antje Boetius, Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung

Bericht über die zweimonatige Expedition ArcWatch-1 in die polare Tiefsee (04.08.2-08.10.2023)

29. Mai 2024, 18:00 Uhr

Prof. Dr. Friedhelm von Blanckenburg, Freie Universität Berlin, Abteilung Erdwissenschaften, Gruppe Geochemie

Der Thermostat der Erde: Wie funktioniert die Erde?

3. Juni 2024, 18:00 Uhr

Prof. Dr. Matthias Gather, Fachhochschule Erfurt, Professur für Verkehrspolitik und Raumplanung

Auf dem Weg zur Verkehrswende?

Auf all unseren Veranstaltungen können gegebenenfalls Fotos sowie Film- oder Tonaufnahmen gemacht werden, mit deren auch späterer Verwendung Sie sich durch den Besuch der Veranstaltung einverstanden erklären.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Vorstand

Ihre Geschäftsstelle

38) Termine von Frau Dr. Gerda Schirrmeister ab 23. März 2024

Diplom-Geologin
Beratung, Gutachten und Stadtführung
zu Naturwerksteinen
Tel. 030 - 21 00 54 28

Liebe Steinfreundinnen und Steinfreunde,
wettermäßig hat sich das Frühjahr schon immer wieder angekündigt und nun startet das neue Führungsprogramm am **23. März** mit der versprochenen Wiederholung:

Naturwerksteine rund um das Humboldt-Forum

Das Humboldt Forum befindet sich in dem großen Bau in der Mitte von Berlin, der nach dem Vorbild des an dieser Stelle bis zur Sprengung 1950/51 stehenden Stadtschlusses neu aufgebaut und 2021 eröffnet wurde. Wir schauen uns an, welche Steine für dieses Gebäude und seine unmittelbare Umgebung verwendet worden sind und wie das alles mit der wechselvollen Geschichte seit der Grundsteinlegung zum Schloss 1443 zusammenhängt.

Treffpunkt: Sonnabend, den **23. März, 14 Uhr** Schleusenbrücke (zwischen Werderschem Markt und Schlossplatz) in 10117 Berlin

Die **Aprilführungen** möchte ich schon mal vorankündigen. Auf zwei Führungen gibt es die Gelegenheit das diesjährige Gestein des Jahres kennenzulernen. Es ist ganz besonders weil außerirdisch bedingt. Also kommen Sie auch dafür mit in die Spandauer Vorstadt und zur Premiere in die südliche Friedrichstadt.

Die Apriltermine sind:

6.4.: Spandauer Vorstadt, Treffpunkt 14 Uhr Monbijoubücke

13.4.: Scheunenviertel, Treffpunkt 14 Uhr vor der Volksbühne am Rosa-Luxenburg-Platz

27.4.: **45. Premiere** - Mehringplatz und Umgebung, Treffpunkt 14 Uhr an der Friedenssäule (U6 Hallesches Tor)

Zu allen Führungen können Sie sich ab jetzt anmelden. Die Teilnahmegebühr beträgt 15 Euro.

Nun wünsche ich allen einen guten Start in den Frühling, freue mich auf Ihre Anmeldungen und grüße mit Glück auf!

Gerda Schirrmeister

PS. angehängt die wieder über W. Grahl zuverlässig angekommenen aktuellen Fachgruppeninformationen

Dr. Gerda Schirrmeister
Diplom-Geologin
Beratung, Gutachten und Stadtführung zu Naturwerksteinen

Tel. 030 - 21 00 54 28

01) JENNY SCHON: VerWandlungen – Kafka zum 100. Todestag

„Unsere“ in **Trautenau** / Trutnov geborene **Jenny Schon** veranstaltet in Berlin Führungen zum Thema „KAFKAS letzte Liebe - Spaziergang mit Franz Kafka und Dora Diamant und einer kleinen Lesung am Fichtenberg“, die erste ist am **11.2. um 14 Uhr**.

Außerdem gibt es in der Gedok-Galerie eine von ihr und **Silke Konschak** kuratierte Ausstellung zu obigem Thema, die Vernissage ist am **23.2. um 19 Uhr**, [hier geht es zu allen Terminen bzgl. Kafka](#).

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 12, 2024

Wien, am 08. Februar 2024

VerWandlungen - Kafka zum 100. Todestag.

Ausstellung von Künstlerinnen der GEDOK
Kuratiert von Silke Konschak und Jenny Schon

Vernissage: Freitag, 23.2.2024, 19 Uhr
Finissage: Sonntag, 24.3.2024, 18 Uhr

Lesung zur Ausstellung:
Jenny Schon liest
Kafkas letzte Liebe – Eine kleine Frau
Sonntag, 24.3.2024, 16 Uhr

GEDOK-Galerie
Berlin-Charlottenburg
Suarezstraße 57



Führungen von Jenny Schon

KAFKAS letzte Liebe - Spaziergang mit Franz Kafka und Dora Diamant.und einer kleinen Lesung am Fichtenberg.

11.2., 20.4., 9.5., 2.6., 6.7., 3.8., 7.9. 2024, 14 Uhr

Treff: Berlin-Steglitz, Grunewaldstraße/Lepsiusstraße
Vor dem Cafe Aux Delices Normands



Berlin-Steglitz, Grunewaldstraße 13, eine der letzten Wohnungen von Kafka

**VerWandlungen - Kafka zum 100. Todestag.
Ausstellung von Künstlerinnen der GEDOK
Kuratiert von Silke Konschak und Jenny Schon
Vernissage: Freitag, 23.2.2024, 19 Uhr
Finissage: Sonntag, 24.3.2024, 18 Uhr**

Lesung zur Ausstellung:

Jenny Schon liest

Kafkas letzte Liebe – Eine kleine Frau

Sonntag, 24.3.2024, 16 Uhr

GEDOK-Galerie

Berlin-Charlottenburg

Suarezstraße 57

100 Jahre Verwandlung - Verblichene Gedenktafel

Führungen von Jenny Schon

KAFKAS letzte Liebe - Spaziergang mit Franz Kafka und Dora Diamant.und einer kleinen Lesung am Fichtenberg.

11.2., 20.4., 9.5., 2.6., 6.7., 3.8., 7.9. 2024, 14 Uhr

Treff: Berlin-Steglitz, Grunewaldstraße/Lepsiusstraße
Vor dem Cafe Aux Delices Normands



Literaturhaus Berlin

Fasanenstraße 23

10719 Berlin

+49 (0)30 887 286 0

info@literaturhaus-berlin.de

02) Rosa Luxemburg zum Gedenken

Literarische Führung

Sonnabend, 09.März 2024, 11:00 Uhr

8 € / erm. 5 €

Berlin-Ticket S: 3€

Mit Sebastian Januszewski

Treffpunkt: Gerhart Hauptmann-Anlage, Bundesallee / Ecke Meierottostraße

Rosa Luxemburg bezeichnete in einem Brief den Schriftsteller Gerhart Hauptmann als »einen vollendeten Fatzke«. Von einem Roman des Nobelpreisträgers war sie jedoch so begeistert und tief ergriffen, dass sie ihn vielen Freunden zur Lektüre empfahl. Um welchen Roman es sich handelt? Das erfahren Sie auf unserem Gedenkspaziergang zu Rosa Luxemburg! Die Führung widmet sich neben ihren politischen Aktivitäten hauptsächlich dem literarischen Schaffen dieser historischen Ausnahmefigur. Geographisch orientiert sich die Führung an dem Weg, auf dem die Gefangenen in der Mordnacht am 15. Januar 1919 transportiert worden sind. Schlusspunkt bildet das Luxemburg-Denkmal am Landwehrkanal.

Dauer: ca. 1,5 h, Länge: ca. 2 km

A. j) Ausstellungen usw. in Berlin und Umland Seiten A 103 – A 121

01) Stillgeschwiegen! Die Vertriebenen in der SBZ und DDR.
Ausstellung im DDR-Museum Berlin, 06.03.-20.04.2024

St. Wolfgang Straße 2-4, 10178 Berlin-Mitte

still geschwiegen

stillgeschwiegen...

Stillgeschwiegen!

Die Vertriebenen in der SBZ und DDR

Deutsche Demokratische Republik
Sowjetische Besatzungszone

6. März - 20. April 2024

DDR-Museum

10178 Berlin-Mitte

Täglich 09.00 - 19.30 Uhr

Das Schicksal der rund 4,3 Millionen deutschen Heimatvertriebenen, die in den Jahren 1945-1950 aus den ehemaligen deutschen Ost- und Siedlungsgebieten in die Sowjetische Besatzungszone und spätere DDR gelangten, wurde mehr als vier Jahrzehnte lang aus politisch-ideologischen Gründen tabuisiert und ausgeblendet. Die Ausstellung beleuchtet diesen Teil der gesamtdeutschen Geschichte, zeigt die Rolle des politischen Systems und lässt Vertriebenen, die im DDR-Sprachgebrauch als „Umsiedler“ bezeichnet wurden, zu Wort kommen.

Eine Ausstellung der Stiftung
ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN
präsentiert vom Bund der Vertriebenen

BdV

02) Deutsch-Jüdisches Theater DJT im Saal des Theater-Coupés in Berlin-Wilmersdorf – Programm 2024



Programm Februar - Juni



Willkommen im DJT!

Jüdische Erlebnis-Fest seit 2002
Einen schönen Abend wünschen Ihnen Alexandra Julius Frölich und Team.

Premiere am 13.06.2024 um 19 Uhr

Rendez-Vous im DJT Neues Format

So, 03. März

Von Kairo nach Berlin

Mohamed Askari ist seit Jahrzehnten eine prägende Persönlichkeit arabischer Musik in Deutschland. Mit seinen Nay-Flöten und seiner Bass-Schiffle erklänge, die den "Duft" von tausendrunder Nacht heraufbeschwören - und er hat eine höchst ungewöhnliche Lebensgeschichte zu erzählen. 1943 in Kairo geboren, träumt er schon als Kind von einem selbstbestimmten Leben und dem Studium der Musik. Doch in Ägypten kann er beides nicht bekommen... Erleben Sie Mohamed Askaris virtuoses Spiel und lassen Sie sich von Auszügen aus seiner Autobiographie „EL Hadra - Geschichte meines Lebens“ verzaubern.

Mit: Eva Maria Kölling und Mohamed Askari
Eintritt: 15,- / ermäßigt 10,- / 7,-*

Fr, 12. April

Der lange Weg hin zur genialen Inszenierung

Gespräch mit der Anatolia-Regisseurin Gudrun H.E. Lelek mit anschließender Filmschau:

„Das BUCH der BÜCHER. Bort erzählt“, Teil 1. Gemischt (Regie: Gudrun H.E. Lelek)
Was genau macht so ein Regisseur? Wie arbeitet er - oder sie? Gudrun H.E. Lelek wird es Ihnen beim Rendez-vous genau erklären. Mit dabei ist ihr Lebenspartner und künstlerische Weggefährte, der Schweiß-Schauspieler Wolfram Grässer. Beide können auf jahrzehntelange Arbeit in ganz Deutschland als Regisseurin und als Schauspieler zurückblicken und haben viele aufregende und wundersame Begegnungen aus dem Künstlerleben zu berichten.
Eintritt: 15,- / ermäßigt 10,- / 7,-*



Kurt und Hildegard Löwenstein-Löwenstein Stiftung

April	
Mo 01.04.	What the World needs now is LOVE 17h
Do 04.04.	Kishon-Intime Gedächtnisse 19h
Fr 05.04.	Rosinen aus Bagdad 19h
Sa 06.04.	Goldenes Jeruschalajim 18h
So 07.04.	Goldenes Jeruschalajim 17h
Fr 12.04.	Rendez-Vous im DJT 19h
Mai	
Fr 24.05.	Kristina Gordadze in Concert 19h
Sa 25.05.	Kishon: Die beste Ehefrau 19h
Juni	
Sa 01.06.	Von Schwammgesang, Lärchen und Liebesleid 18h

Februar	
Fr 02.02.	Holzhaus-Gedenktag: Filmschau „Janas Traum“ 19h
Sa 03.02.	Stammilin-Konzert: Patzschkreuzer 18h Potemkin
So 04.02.	Rosinen aus Bagdad 17h
Do 06.02.	Kishon: Intime-Gedächtnisse 19h
Fr 08.02.	Rosa - Ein Leben 19h
Sa 10.02.	Rosa - Ein Leben 19h
So 11.02.	Klezmer-Konzert: "Beck Madame Bienenovitch" 17h
März	
Fr 01.03.	Kishon: Intime-Gedächtnisse 19h
Sa 02.03.	Rosinen aus Bagdad 19h
So 03.03.	Rendez-Vous im DJT 17h
Sa 09.03.	What the World needs now is LOVE 19h
So 10.03.	What the World needs now is LOVE 17h
Di 30.03.	What the World needs now is LOVE 19h
So 31.03.	What the World needs now is LOVE 19h

Szen. Lesung: Kishon - Die beste Ehefrau von allen und ICH

Die Ehe ist ein weitverbreitetes Flieslo, Monogamie und Treue sind unrealistisch, die Ehe ist nur für Frauen erfunden worden, und deshalb sollten eigentlich auch nur Frauen heiraten. Aber auch sonst ist die Ehe kein Zuckerschlecken für einen Mann! Glauben Sie mir, ICH weiß, wovon ich da spreche, denn ich war 43 Jahre lang mit IHR verheiratet...

Konzept: A.J. Frisch
Mit: Alexandra Julius Frölich und Joachim Kelsch
Eintritt: 20,- / ermäßigt 15,- / 10,-*



Besseren! Der Dibbuk

Dramatische jüdische Legende

DJT im Coupé Theater, Bürgeramt Wilmersdorf
Hoheisenkollernstr. 177, 10713 Berlin
Verkehrsanbindung: Fehrbelliner Platz, U3, U7
Box 143, 115, 101

Kontakt: 0176 722 61 305
e-mail: karten@djthe.de
www.djthe.de



Besessen! - Der Dibbuk

Dramatische jüdische Legende nach Salomon An-Ski aus der verlorenen Welt des Shtetl.
 Lea ist die Tochter eines reichen Rabbiners und soll standesgemäß verheiratet werden. Was ihr Vater nicht ahnt: die junge Frau hat bereits anderweitig zarte Bande zu dem Talמידסטudenten Chanan geknüpft. Als der junge Mann von der bevorstehenden Hochzeit seiner Geliebten mit einem anderen erfährt, sucht er Hilfe in der Macht alter, magischer Texte und stirbt bei dem Versuch, diese zu entziffern. Channas Liebe zu der jungen Frau ist jedoch so stark, dass seine Seele lebendig bleibt und als Dibbuk in den Körper der Braut eintritt.
 „Der Dibbuk“ behandelt anhand der unerfüllten Liebe nicht nur das klassische jüdische Motiv der „Anhaftung“, nämlich der gequälten Seele, die keinen Frieden findet, sondern er sucht vor allem die Antwort auf die grundlegenden menschlichen Fragen nach Gott und nach dem Grund des Bösen in der Welt und im Menschen...

Regie: Evgenija Rabinovitch
 Textfassung: A.J. Frölich
 Musik: Alexander Gutman
 Mit: Alexandra Julius Frölich, Eva Maria Kölling, Clara Tokamppe, Joachim Kelsch
 Eintritt: 25,- / ermäßigt 18,- / 10,-*

Stummfilmkonzert: Panzerkreuzer Potemkin

Der Film „Panzerkreuzer Potemkin“ des jüdischen Regisseurs Sergei Eisenstein wurde am 21. Dezember 1925 im Moskauer Bolschoi-Theater zur Feier der russischen Revolution 1905 uraufgeführt. Fortan galt er als Propagandafilm im Sinne der sowjetischen Regierung unter Stalin.
 Aufgrund seiner eindrucksvollen Bilder, seiner innovativen Schnitttechnik hat der „Panzerkreuzer“ international Filmgeschichte geschrieben und Generationen nachfolgender Regisseure künstlerisch inspiriert.
 Der Pianist Alexander Gutman spielt live zur ungekürzten Originalfassung des Films.
 Eintritt: 12,- / ermäßigt 8,-



ROSA – Ein Leben

Manchmal vergißt sie beinahe, welchen Tag und welches Jahr sie heute schweben muss. Eine lange Zeit ist Rosa Luxemburg schon in Haft, eine zu lange Zeit, die auch nie zu enden scheint. Sie ist fast immer allein und ohne menschliche Nähe. Natürlich, das Wachgrosstal ist da, aber das zählt nicht. Da sind nur die Vögel und Wolken, die Sonne und das Lichtspiel des Himmels, die Bücher, seltene Briefe und noch seltenere Besuche, die das Herz sich zaghaft freudig regen lassen... Allein mit sich und ihrer inneren Welt, den Gedanken an Vergangenheit und Zukunft, an Freunde und Liebe, allein mit den Träumen, die man vom Leben hatte...

Regie: Evgenija Rabinovitch
 Musik: Alexander Gutman
 Mit: Alexandra Julius Frölich, Eva Maria Kölling, Alexander Gutman, Joachim Kelsch
 Eintritt: 25,- / ermäßigt 18,- / 10,-*

Kino-Filmschau: Fania's Traum

Noten in Not. Das Mädchenorchester von Auschwitz.
 Eigenproduktion DJT 2021.
 Es ist der 2. September 1966.
 Die französische Sängerin Fania Finkel, Überlebende des Mädchenorchesters von Auschwitz-Birkenau, sitzt in ihrem Garten und erwartet prominenten Besuch, der sie offiziell in der DDR willkommen heißen soll.
 Sie schläßt für einen Augenblick ein und begegnet im Traum ihrer Vergangenheit: der Violonistin und Orchesterleiterin Alma Rosé, die für sie bewunderndes Vorbild und gehasste Rivale zugleich war, der Aufseherin über das Orchester, der als „Bestie“ bekannten Lagerführerin Maria Mandl sowie dem Musikliebhaber Lagerkommandant Josef Kramer...

Regie: Evgenija Rabinovitch
 Buch: Alexandra Julius Frölich
 Idee & Recherche: Bettina Esner
 Mit: A.J. Frölich, Eva Maria Kölling, Xenia Wolgramm, Joachim Kelsch und Alexander Gutman
 Eintritt: 8,- / erm. 5,-

* Preis gilt an der Abendkasse für Schüler, Studenten, Ausübts und Empfänger von ALG II und Grundsicherung für nach Verfügbarkeit. Programmänderungen sind vorbehalten. Bildnachweis: Junit Schicke (ROSA), Mik Sentenza (ROSA / Wonderful World) und Joachim Kelsch.

Klezmer-Konzert:

"Bei Madame Benemovitch" ...
 Auch Musik kann lachen und weinen. Zumindest die jüdischen Klezmerideck lassen keine menschliche Gefühlsebene aus. Hören Sie nur ganz genau hin...und gehen Sie mit unseren jüdischen Musikern Ilya Bondar (Violine) und Sascha Gutman (Klavier) auf eine wundersame Reise quer durch die jüdische und israelische Musikliteratur.
 Eintritt: 20,- / ermäßigt 15,- / 10,-*

Rosinen aus Bagdad

Es wird orientalistisch: In spanischer Erzähltradition lässt die Schauspielern Eva Maria Kölling gemeinsam mit dem Musiker Mohamed Askari (May und Oud) seine Welt entstehen, in der fast vergessene Geschichten von weiblicher Liebe, Klugheit und Scharfsmir ihre zeitlose Kraft entfalten. Der ferne Blick eröffnet erstaunlich aktuelle und alltagstaugliche Perspektiven auf das gemeinsame Leben von Mann und Frau. Nehmen Sie Platz auf dem fliegenden Teppich der Möglichkeiten und lassen Sie sich von außergewöhnlichen Frauenfiguren inspirieren, die mutig ihrem Herzen folgen.
 Eintritt: 20,- / ermäßigt 15,- / 10,-*

What the World needs now is LOVE

Was die Welt jetzt braucht, ist LIEBE. Hat man dieses Lied von Bert Bacharach einmal gehört, so geht es einem nicht mehr aus dem Kopf. Genauso wenig wie der Song „Raindrops keep falling on my head“, der mit dem Film „Zwei Beinhüter“ berührt und eigens mit dem Orcaz prämiert wurde. Unsere Reise durch die Musik- und Lebensgeschichten jüdischer Singer-Songwriter geht weiter mit Amy Winehouse, Charles Aznavour, Barbra Streisand, KISS und anderen.
 Text: Bettina Esner
 Regie: Evgenija Rabinovitch
 Mit: Alexandra Julius Frölich, Eva Maria Kölling, Clara Tokamppe, Otha Stenzyshyn, Joachim Kelsch
 Musikalische Leitung und Klavier: Alexander Gutman
 Eintritt: 25,- / ermäßigt 18,- / 10,-*

Goldenes Jeruschalajim

Literarisches Konzert mit bekannten Werken aus der jüdischen Welt und Texten von Isaac Bashevis Singer u.a.
 Mit: Alexandra Julius Frölich, Eva Maria Kölling, Ilya Bondar, Alexander Gutman
 Eintritt: 20,- / ermäßigt 15,- / 10,-*

Als Special-Gast im DJT: die Sopranistin Kristina Gordadze mit ihrem Konzertprogramm Frühlingssauber...

Unendlich ist die Fülle der Musik und fast ebenso sind es das Repertoire und der Charme von Kristina: Sie erleben populäre Opernrollen von Donizetti bis hin zu Gershwin und Bernstein ebenso wie neapolitanische und georgische Lieder und berühmte Jazzballaden.
 Kristina Gordadze stammt aus Georgien, hat ihre Ausbildung in Moskau absolviert, ist Preisträgerin internationaler Opernwettbewerbe und seit vielen Jahren eine international gefragte Künstlerin.
 Eintritt: 20,- / ermäßigt 15,- / 10,-*

Von Schwanengesang, Lerchen und Liebesleid

Klassisches Konzert zum Samstagabend mit Werken von Mozart, Sarasate, Saint-Saens, Kreisler, den Komponisten Straus und Strauß, Schostakowitsch, Lloyd-Webber u.a.
 Und für jede Dame gibt's ein Glas Sekt zur freudigen Begrüßung...
 Es spielt das Duo in Kooperation mit Ilya Bondar (Klavier) und Ilya Bondar (Violine).
 Eintritt: 20,- / ermäßigt 15,- / 10,-*

Ephraim Kishon: Intime Geständnisse

Szenische Lesung
 "Falschert sie überhaupt?" wurde ich neulich misstrauisch von irgendeiner Matrone gefragt.
 "Wenn es diese Frau wirklich gab, hätte sie schon länger eine Ehrenbeerdigungsklage gegen Sie eingereicht." Ja, natürlich gibt es sie, die beste Ehefrau von allen. Und das Eheleben mit ihr ist der tägliche Kampf ums Überleben!
 Mit: Clara Tokamppe und Joachim Kelsch
 Eintritt: 20,- / ermäßigt 15,- / 10,-*

Kommunale Galerie Berlin

Hohenzollerndamm 176
10713 Berlin

Kontakt

t 030 | 9029 167 04 (Galerie)
t 030 | 9029 167 09 (Artothek)
t 030 | 9029 167 12 (Atelier)
f 030 | 9029 167 05

[info\[at\]kommunalegalerie-berlin.de](mailto:info[at]kommunalegalerie-berlin.de)

Leitung: Elke von der Lieth

t 030 | 9029 24100
f 030 | 9029 16705

Die Galerie ist eine Einrichtung des Bezirksamtes Charlottenburg-Wilmersdorf,
Fachbereich Kultur.

Öffnungszeiten Kommunale Galerie Berlin

Dienstag bis Freitag 10 bis 17 Uhr
Mittwoch 10 bis 19 Uhr
Samstag und Sonntag 11 bis 17 Uhr

Eintritt frei

Öffnungszeiten Artothek

Dienstag bis Freitag 10 bis 17 Uhr
Mittwoch von 10 bis 19 Uhr

Anfahrt

U3		U7
Fehrbelliner Platz		
101		104
Fehrbelliner Platz		115

03) Ukrainian Dreamers. Charkiwer Schule der Fotografie

Ausstellung vom 6. März bis 2. Juni 2024



Eröffnung am Dienstag, 5. März 2024, 18 Uhr

Künstler:innen: Sergiy Bratkov, Viktor and Sergiy Kochetov, Bella Logachova, Oleg Maliovany, Boris Mikhailov, Evgeniy Pavlov, Roman Pyatkovka, Daniil Revkovskiy and Andriy Rachinskiy, the Shilo Group (Vladyslav Krasnoshchok and Sergiy Lebedynskyy), the SOSka Group (Mykola Ridnyi, Serhiy Popov, and Hanna Kriventsova) and Oleksandr Suprun.

[.https://www.kommunalegalerie-berlin.de/ausstellungen/ukrainian-dreamers](https://www.kommunalegalerie-berlin.de/ausstellungen/ukrainian-dreamers)>

04) Die gemalte Stadt. Fassadenbilder von Gert Neuhaus

Ausstellung vom 21. Februar bis 21. April 2024



Eröffnung am Dienstag, 20. Februar 2024, 18 Uhr

<https://www.kommunalegalerie-berlin.de/ausstellungen/gert-neuhaus>

05) ÄTZEN - KRATZEN – STECHEN. Druckkunst im Dialog 2024

Hochdruck | Tiefdruck | Flachdruck | Durchdruck

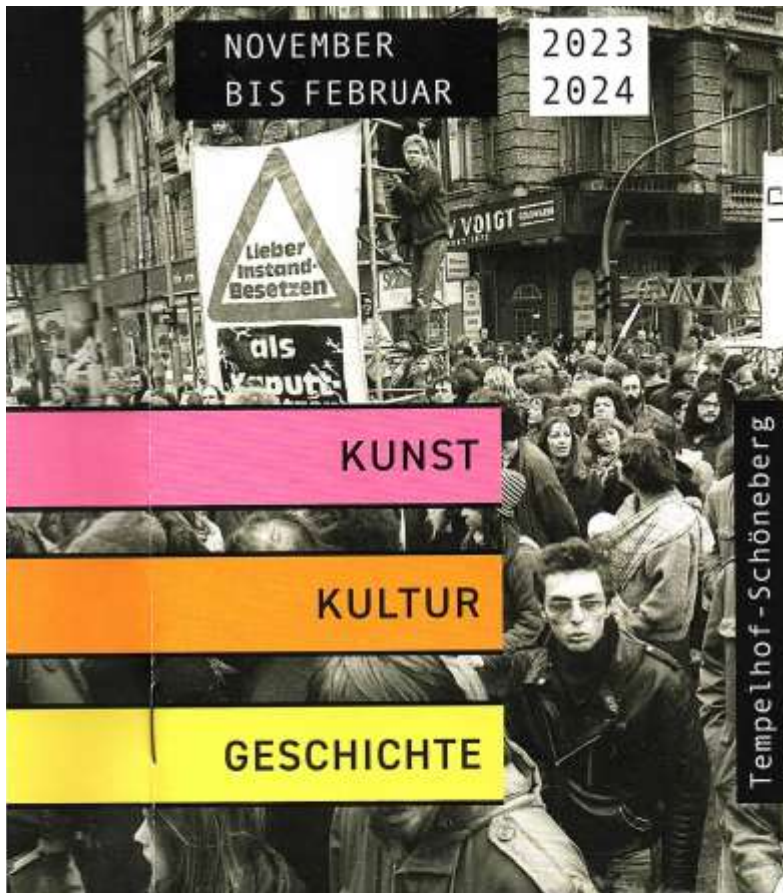
Ausstellung vom 17. Februar bis 1. Mai 2024



Eröffnung am Freitag, 16. Februar 2024, 18 Uhr

<https://www.kommunalegalerie-berlin.de/ausstellungen/druckkunst-im-dialog-2024>

Programme der Museen von Berlin Tempelhof-Schöneberg



Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg
Abteilung Bildung, Kultur und Soziales
Fachbereich Kunst, Kultur und Museen
Museen Tempelhof-Schöneberg
Hauptstraße 40 /42
10827 Berlin

museum@ba-ts.berlin.de

Unser Sekretariat erreichen Sie zurzeit:

Montag bis Donnerstag von 9 bis 15 Uhr

Freitag von 9 - 14 Uhr

Tel. 030 90277-6163

museum@ba-ts.berlin.de

06) Dauerausstellung „Zwischen Feldern und Fabriken“

Tempelhofer und ihre Gäste, die mehr über den Stadtbezirk erfahren möchten, sind in der Dauerausstellung genau richtig: Die originalen Objekte – sei es eine verrostete Pistole oder ein riesiger Mammut-Knochen – sind in verschiedenen Räumen des ehemaligen Schulgebäudes untergebracht und können gar nicht an einem einzigen Besuch alle unter die Lupe genommen werden. Mit Hilfe des kindgerechten Audioguides lässt sich hier bei jedem Museumsbesuch etwas Neues entdecken.

Weitere Informationen auf der [Homepage der Museen Tempelhof-Schöneberg](https://www.museen-tempelhof-schoeneberg.de):

<https://www.museen-tempelhof-schoeneberg.de/start.html>

In der Ausstellung „Umrisse“ von Moritz Haase

07) Überlebenskunst. Alltag während der Luftbrücke

Sonderausstellung

15.09.2023 – 12.05.2024

Tempelhof Museum



Ausstellungsort
Tempelhof Museum
Alt-Mariendorf 43
12107 Berlin
Tel. 030 – 90277 6163
museum@ba-ts.berlin.de

Geöffnet
Dienstag bis Sonntag 13–18 Uhr
Donnerstag ab 10 Uhr

Veranstalter
Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg
Abteilung Schule, Sport, Weiterbildung und Kultur
Fachbereich Kunst, Kultur, Museen
Museen Tempelhof-Schöneberg

Die Ausstellung wird aus Mitteln
des Bezirkskulturfonds gefördert.

Tempelhof Museum
Sonderausstellung
15.9.23 – 12.5.24

Überlebenskunst

Alltag während der Luftbrücke

Kennen Sie sich auch aus
mit Überlebenskunst?

↓

In dieser Ausstellung
können Sie
eine Rauminstallation
mitgestalten.

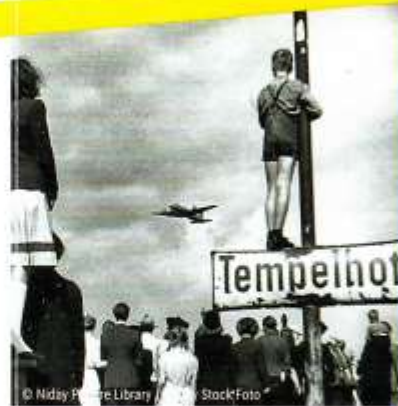
© Museumsarchiv Berlin
Neubauhof / Foto: Dirk Sauer
© Museumsarchiv Berlin
Foto: Herwig Strauß



Die Ausstellung

Elf Monate kaum elektrisches Licht, oder Kochstrom und nur wenige Briketts – wie haben die Menschen in West-Berlin das geschafft?

Die Sonderausstellung blickt auf den alltäglichen Erfindungsreichtum während der Berlin-Blockade 1948/49. Sie erzählt von Gemüse in Pulverform, Schulunterricht bei Kerzenschein, Hühnern im Wohnzimmer – und vom Wagnis, eine Millionenstadt fast vollständig aus der Luft zu versorgen.



Alle drei Minuten eine Landung in Tempelhof. Wie war das möglich?



Mobile „Snackbars“ und Reparaturteams verhinderten Staus und Leerläufe, im Luftkorridor flogen die Maschinen auf fünf Ebenen übereinander.

Rahmenprogramm

Kuratorenführungen

19.11.23 | 15 Uhr

18.2.24 | 15 Uhr

Vortrag

29.11.23 | 18 Uhr

Schöneberg Museum

Hauptstraße 40–42, 10827 Berlin

Vergnügen in Besatzungszeiten:

Für die westlichen Alliierten gab es nach 1945 zahlreiche Offiziers- und Soldatenclubs in Berlin.

Auch Deutsche arbeiteten in den Clubs oder besuchten sie als Gäste.

Die entstandenen Begegnungen sowie ihren Einfluss auf Politik und Gesellschaft stellt *Dr. Lena Rudeck* vor.



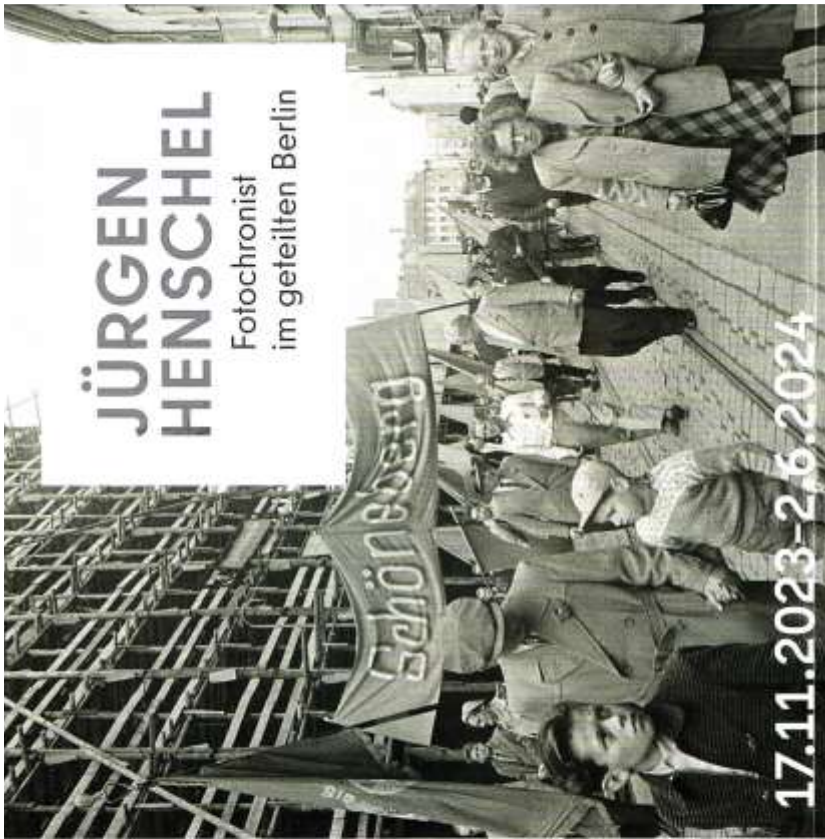
Nur zwei Stunden Strom am Tag!



Wie würde ich diese 120 Minuten nutzen?

© tpk Bildagentur/Foto: Victor Th. Peters

08) Jürgen Henschel. Fotochronist im geteilten Berlin
Ausstellung, 17.11.2023-02.06.2024, Schöneberg Museum



Schöneberg
Museum



Veranstalter

Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg
Amt für Weiterbildung und Kultur
Fachbereich Kunst, Kultur, Museen

Schöneberg Museum

Hauptstraße 40/42, 10827 Berlin
museum@bo-ts.berlin.de
Tel. 030-902 77 61 63
www.museen-tempelhof-schoeneberg.de

Öffnungszeiten

So-Do 14-18 Uhr
und Fr 9-14 Uhr
Eintritt frei.

Als politisch engagierter Chronist fotografiert Jürgen Henschel (1923–2012) Protestkultur, Stadtbau und Alltag in West-Berlin. Das ikonische Foto des sterbenden Benno Ohnesorg ist sein berühmtestes Bild.

Henschel arbeitet ab 1967 als Pressefotograf für die Zeitschrift »Die Wahrheit« der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins (SEW), die von der DDR-Staatspartei SED finanziert und angeleitet wird. Die SEW ist in Henschels Fotos präsent, spielt im politischen Leben West-Berlins aber kaum eine Rolle.

Im Archiv der Museen Tempelhof-Schöneberg finden sich etwa 23.000 Negative von Jürgen Henschel, der auch als »Mann mit der Leiter« bekannt ist. Zum 100. Geburtstag des Fotografen zeigt das Schöneberg Museum 100 seiner Schwarz-Weiß-Aufnahmen von 1953 bis 1990. Sie erzählen Bertlingeschichte und spiegeln den Zeitgeist der geteilten Stadt.

Führungen mit den Kuratorinnen

26.11.2023, 10.12.2023

28.1.2024, 25.2.2024

jeweils 15 Uhr



09) Wir waren Nachbarn. Dauerausstellung

RATHAUS SCHÖNEBERG

STÄNDIGE AUSSTELLUNG

Wir waren Nachbarn

Mit **über 170 biografischen Alben**, Hörstationen und Filmen mit zeitbezeugenden Personen erinnert die Dauerausstellung an die Schicksale von jüdischen Menschen aus dem Bezirk, die im Nationalsozialismus verfolgt, entrechtet und ermordet wurden. Zugleich machen **über 6.000 Namen von Deportierten**, auf kleinen Karten handschriftlich notiert und angeordnet nach ihren letzten Wohnadressen, das unbegreifliche Ausmaß der Verfolgung allein in einem Stadtbezirk deutlich.

Durch das **Archiv der Erinnerungen** – mit einem vielfältigen Veranstaltungs- und Vermittlungsprogramm – sowie **Sonderausstellungen** entwickelt sich das Ausstellungsprojekt beständig weiter und bietet einen lebendigen Lern- und Begegnungsort für Interessierte jeden Alters.

Geöffnet: **Sa bis Do, 10-18 Uhr**, Eintritt frei.

www.wirwarennachbarn.de

WIR WAREN NACHBARN
DAUERAUSSTELLUNG IM RATHAUS BERLIN-SCHÖNEBERG

Ort: Rathaus Schöneberg,

Ausstellungshalle, John-F.-Kennedy-Platz, 10827 Berlin



10) Stolpersteinverlegungen in Tempelhof-Schöneberg

MUSEEN TEMPELHOF-SCHÖNEBERG

IM STADTRAUM

Stolpersteinverlegungen in Tempelhof und Schöneberg

Viele Stolpersteine sind bereits in Tempelhof und Schöneberg zu finden. Verlegungen finden auch in den Wintermonaten statt – mit dem Künstler **Gunter Demnig** und dem ehrenamtlichen Steinverleger **Hans-Peter Frank**.

Die Termine der anstehenden Stolpersteinverlegungen finden Sie auf der Website: www.museen-tempelhof-schoeneberg.de/stolpersteine.html

Die Beratung von Angehörigen und Interessierten findet in der Koordinierungsstelle im Schöneberg Museum statt.

Melden Sie sich gern unter:

Stolpersteine@ba-ts.berlin.de

Sie können sich auch in den E-Mail-Verteiler für Stolpersteinverlegungen eintragen lassen.



Andrea Seehausen
Büro- und Innenleitung
Brandenburg-Preußen Museum
Eichenallee 7a
16818 Wustrau

Tel. 033925-70798

Fax 033925-70799

museum@bpm-wustrau.de

[<>www.brandenburg-preussen-museum.de](http://www.brandenburg-preussen-museum.de)

Brandenburg-Preußen Museum
Ehrhardt-Bödecker-Stiftung
Stifter: Ehrhardt Bödecker (1925-2016)
Vorstand: Dr. Andreas Bödecker, Elvira Tasbach

Brandenburg-Preußen-Museum.



**Brandenburg-Preußen Museum
Eichenallee 7a, 16818 Wustrau**

Telefon 03 39 25 - 7 07 98

Telefax 03 39 25 - 7 07 99

11) Einblicke in die Brandenburg-Preußische Geschichte. Die Hauptausstellung

Seit dem Jubiläumsjahr 2020 präsentiert das Brandenburg-Preußen Museum in Wustrau eine **komplett überarbeitete Hauptausstellung**. Beginnend mit der einzigen kompletten Portraitgalerie aller Brandenburgischen Kurfürsten, preußischen Könige und Deutschen Kaiser erhalten die Besucher einen vielseitigen Überblick über die Geschichte Brandenburgs und Preußens, von der Christianisierung mit Kreuz und Schwert im Hochmittelalter bis zum Ende der Hohenzollernmonarchie 1918.

Neuer 3D-Rundgang



Virtueller Museumsbesuch

Als kleinen Vorgeschmack für Ihren Besuch bieten wir Ihnen die Möglichkeit, sich virtuell in unserer Hauptausstellung umzusehen!

[Rundgang starten](#)

Das Museum bietet einen neuen, frischen Blick auf Preußen: Ein Raum ist starken preußischen Frauenpersönlichkeiten gewidmet – von [Dorothea Erxleben](#), der ersten promovierten Ärztin der Welt bis zu der erfolgreichen Lokomotivfabrikantin [Sophie Henschel](#). Aus dem Zusammenwirken von [Aufklärung](#) und [Pietismus](#) in Halle am Ende des 17. Jahrhunderts entsteht die „preußische Pflichtethik“. Die Spielzeugsammlung von Anneliese Bödecker, Ehefrau des Museumsstifters, zeigt Spielzeug als Spiegel der Gesellschaft im Deutschen Kaiserreich. Die Industrialisierung wird mit ihren Licht- und Schattenseiten dargestellt: Der Aufstieg zur Weltspitze, insbesondere der optischen Industrie, der Chemie und der Elektroindustrie wird kontrastiert mit der Wohnungsnot und der Verbreitung der Cholera und der Tuberkulose in den rasant wachsenden Städten.



Stationen der Ausstellung:

- Mit Kreuz und Schwert: Die Christianisierung Brandenburgs und Preußens im Mittelalter
- Der Übergang vom Mittelalter in die Renaissance
- Die Reformation und das Zeitalter der Glaubenskriege
- Wiederaufbau nach dem Dreißigjährigen Krieg durch Repeuplierung mit Glaubensflüchtlingen
- Aufklärung und Pietismus in Halle – die Wurzeln der „Preußischen Tugenden“
- Friedrich der Große – Philosoph, Eroberer, aufgeklärter Alleinherrscher
- Bedeutende Frauen Preußens
- Preußen unter Napoleon – Reformen und Befreiungskriege
- Vormärz und der späte Beginn der Industrialisierung in Preußen
- 1848 – der Ruf nach Demokratie und dem Einheitsstaat
- Die Einigungskriege 1864, 1866, 1870/71
- Das Deutsche Kaiserreich und der lange Weg zur Einheit
- Chemie, Optik, Elektroindustrie – drei moderne Industrien gelangen an die Weltspitze
- Spitzenforscher – die Nobelpreisträger für Medizin, Chemie und Physik bis 1918
- Seuchen – die Kehrseiten des Wachstums
- Die Auswanderer, die HAPAG und der Norddeutsche Lloyd
- Preußen als Bildungsstaat: Bildung für Jungen und Bildung für Mädchen
- Der lange Weg zum Sozialstaat
- Die Museumsinsel, das Kaiserreich und die Kunst
- Spielzeug als Spiegel der Gesellschaft im Deutschen Kaiserreich
- Der Erste Weltkrieg
- Das Ende. Der Zusammenbruch der Westfront, Novemberrevolution, Flucht des Kaisers.

12) Menschen, Heimat, Geschichten. Auftaktveranstaltung am 21. April 2024

[Web-Ansicht](#)

Brandenburg Salon

Menschen. Heimat. Geschichten.

Auftaktveranstaltung am 21. April 2024

Das [Brandenburg-Preußen Museum](#) gestaltet gemeinsam mit dem [ammian Verlag](#) und dem Verein [pro agro – Verband zur Förderung des ländlichen Raumes in der Region Brandenburg-Berlin e.V.](#) sowie dem [Verlag Natur+Text](#) eine neue Veranstaltungsreihe mit dem Titel „Brandenburg Salon“. Der „Brandenburg Salon“ lädt ein zum Dialog über die Gegenwart und die Geschichte des Landes Brandenburg und bietet ein Forum für die gesellschaftlich-kulturelle Teilhabe und den Austausch.

Die **Auftaktveranstaltung findet am 21. April 2024** im Zeitraum von etwa 10.00 bis 17.00 Uhr im **Brandenburg-Preußen Museum in Wustrau** statt und wir möchten Sie bitten, sich diesen Termin jetzt schon vorzumerken.

Im Pilotjahr 2024 widmet sich der Brandenburg Salon den in Brandenburg lebenden und wirkenden Familien. Eine historisch gewachsene, sich in der Gegenwart verändernde kulturelle und gesellschaftliche Landschaft sowie die Menschen, die sie prägen, sollen bei den Veranstaltungen sichtbar gemacht werden.

Der „Brandenburg Salon“ richtet sich an alle Brandenburgerinnen und Brandenburger, aber auch an alle Menschen, die sich für das Land Brandenburg, für dessen Geschichte und Gegenwart interessieren.

Programm

Ein detailliertes Programm wird Mitte März auf der [Website des Brandenburg-Preußen Museums](#) veröffentlicht.

Kontakt

Brandenburg-Preußen Museum
Ansprechpartnerin Jeannette Franke
franke@bpm-wustrau.de

Ammian Verlag
Ansprechpartner Marcel Pieth
mp@ammian-verlag.de

Die Veranstaltung findet unter Beteiligung des Landesmarketings Brandenburg statt.

Brandenburg-Preußen Museum

Eichenallee 7a
16818 Wustrau

Telefon 033925 70798
Fax 033925 70799

museum@bpm-wustrau.de
www.bpm-wustrau.de

13) Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung

- siehe Startseite -



Die Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung ist eine unselbständige Stiftung des öffentlichen Rechts in Trägerschaft der Stiftung Deutsches Historisches Museum (DHM).

Die Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung wird durch ihre Direktorin Frau Dr. Gundula Bavendamm vertreten. Vorsitzender des Stiftungsrats ist Dr. Andreas Görgen, Leitender Beamter bei der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, Staatsministerin Claudia Roth MdB.

Frau Dr. Gundula Bavendamm
Direktorin der Stiftung

Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung
Stresemannstraße 90
10963 Berlin
T +49 30 206 29 98-0

info@f-v-v.de

<https://www.flucht-vertreibung-versoehnung.de/de/impressum>

Zuständige Aufsichtsbehörde:

Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien
Bundeskanzleramt, Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin
T +49 30 18 400-0

https://sfvv.e-fork.net/sites/default/files/2023-11/konzept-der-staendigen-ausstellung_sfvv.pdf

A. k) Ausstellungen usw. außerhalb des Raumes von Berlin

Seiten A 122 – A 166

01) Westpreußisches Landesmuseum in Warendorf / Außenstelle in Krockow (Westpreußen) – Die Lage ist ernst, meint nicht nur Dr. Jürgen Martens aus Königswinter (NRW)

Dr. Jürgen Martens

53639 Königswinter

Am Härenberg 14

Tel.: 02244 5497

dr.juergen-martens@t-online.de

Dr. Jürgen Martens, Am Härenberg 14, 53639 Königswinter

16. Dezember 2023

Herrn Bürgermeister
Peter Horstmann
- Stadtverwaltung -
Lange Kesselstraße 4-6
48231 Warendorf

Westpreußisches Landesmuseum

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Horstmann,

dieses Schreiben richte ich an Sie in der Annahme, Sie haben noch das Amt des Vorsitzenden des Stiftungsrats der Kulturstiftung Westpreußen inne. Der konkrete Anlaß, Ihnen zu schreiben, ist, daß ich mir große Sorgen um den Fortbestand des in Ihrer Stadt beheimateten Westpreußischen Landesmuseums mache.

Seit dem Ausscheiden von Frau PD Dr. Gisela Parak als Direktorin des Museums Ende Mai 2023 ist die Leitungsfunktion unbesetzt. Die Bewerbungsfrist einer erfolgten Stellenausschreibung endete am 21. Juli 2023. Geschehen ist seither nichts.

Meine Sorgen um den Fortbestand des Westpreußischen Landesmuseums sind nicht unbegründet. Seit den Zeiten des Gründungsdirektors Hans-Jürgen Schuch und seines Nachfolgers Dr. Lothar Hyss habe ich mich als zuständiger Referatsleiter im BMI, ab 1998 (bis zu meiner Pensionierung 2004) im BKM und danach im Vorstand der Kulturstiftung Westpreußen bis 2014 um die Entwicklung dieser bedeutenden Kultureinrichtung in Ihrer Stadt seitens des Bundes bemüht.

Die Probleme des Museums wurden eklatant mit der Evaluierung der Einrichtung im Februar 2017 durch die Trägerstiftung. Die Museumsleitung hat zwar die gegen sie erhobenen Vorwürfe mit einer Gegendarstellung entkräftet, doch damit wurde die Situation nicht verbessert. Folgen der Verwerfungen zwischen den landsmannschaftlichen Vertretern in der Trägerstiftung mit der Museumsleitung waren die Erkrankung des Museumsleiters Dr. Hyss und sein früher Tod im Frühjahr 2022.

Welche Auswirkungen hatte das Ausscheiden Dr. Hyss´ für das Museum? Er sprach polnisch – neben dem Deutschen war Polnisch seine Muttersprache – und hatte damit die besten Voraussetzungen für kulturelle Begegnungen mit polnischen Einrichtungen, etwa zu Thorn, Kulm, Elbing, Graudenz und zum Stadtmuseum Danzig sowie zum Danziger Nationalmuseum – um einige Partnerverbindungen zu nennen. Auf zahlreichen seiner dienstlich motivierten Reisen habe ich ihn begleitet und seine außerordentlichen fachlichen und menschlichen Kompetenzen schätzengelernet. Diese Kontakte wurden seit der Leitungsübernahme durch Frau Dr. Parak unterbrochen, ja abgeschnitten. Anzusprechen ist auch das Aus für die von Dr. Hyss seit 1998 maßgeblich aufgebaute Außenstelle seines Museums in Krockow/Krokowa (Polen). Jüngst hat die Stiftungsvorstandsvorsitzende die Rückgabe von Dauerleihgaben (darunter ein Danzigmobiliar), die Dr. Hyss für Krockow erworben hatte, zurückgefordert. Damit bekundete die deutsche Seite ganz offenbar ihr Desinteresse an den kulturellen Beziehungen zu Polen. Wenn man berücksichtigt, daß die allein vom Bund geförderte Krockower Außenstelle dem Steuerzahler rund 1 Mio Euro gekostet hat, ist dieses Stiftungsverhalten als verantwortungslos zu bezeichnen.

Gleiches gilt für Ihre Warendorfer Einrichtung. Seit dem Einstieg des Bundes in die institutionelle Förderung des Westpreußischen Landesmuseums im Jahre 1990 sind allein aus dem Bundeshaushalt für diese Einrichtung mehr als 30 Mio Euro bereitgestellt worden. Diese Investitionen staatlicherseits (privater Einsatz wie der der Mäzenatenfamilie Horstmann mit ihrem ehem. Franziskanerkloster in Warendorf bleiben unberücksichtigt) wurden im Rahmen des § 96 Bundesvertriebenengesetz (BVFG) nur deshalb getätigt, um das deutsche Kulturgut und damit das deutsche Kulturerbe aus den Regionen östlich von Oder und Neiße für die Bevölkerung Deutschlands und des Auslands langfristig zu erhalten.

Neben den finanziellen Aufwendungen muß auch der persönliche Einsatz vieler engagierter Menschen hervorgehoben werden, der mit der Entstehung des Westpreußischen Landesmuseums verbunden ist. Soll das alles vergeblich gewesen sein? Denn nimmt man Spekulationen ernst, könnten die landsmannschaftlichen Vertreter in der Westpreußischen Kulturstiftung ein Ende des 1975 von der Landsmannschaft Westpreußen gegründeten Westpreußischen Landesmuseums ins Auge gefaßt haben. Ein Indiz für diese Vermutung könnte die jüngst vom Stiftungsrat getroffene Entscheidung sein, die Nachbesetzung der musealen Leitungsfunktion zu verschieben.

Meine Aufforderung an Sie lautet daher: Beenden Sie über den Stiftungsrat der Kulturstiftung Westpreußen Gerüchte, das Museum werde aufgegeben, damit, daß umgehend die Leitungsstelle neu besetzt wird. Dieser Schritt ist

dann als glaubhaftes Zeichen für den Fortbestand dieser wertvollen westpreußischen Kultureinrichtung in Ihrer Stadt zu werten.

Mit freundlichen Grüßen

02) Dokumentation zum Problem Westpreußisches Landesmuseum:

KULTUR

Landesmuseum in Warendorf: Neue Leitung oder Umstrukturierung?

Westpreußen in der Warteschleife

Von Johannes Loy

WARENDORF. Still ist es geworden – rund um das Westpreußische Landesmuseum in Warendorf. Aber die Anspannung wächst. Und längst machen Gerüchte die Runde, ob die lange Vakanz an der Museumsspitze nicht doch in eine neue Kontroverse um Bestand und künftige Form des Museums mündet.

„Als Vorsitzender des Stiftungsrates bin ich zuversichtlich, dass das gegenwärtig laufende Besetzungsverfahren Ende September zum Abschluss gebracht werden kann und das Direktorat des Westpreußischen Landesmuseums zeitnah neu besetzt sein wird“, so beantwortete Warendorfs Bürgermeister Peter Horstmann im August 2023 eine Anfrage unserer Zeitung. Es gebe „eine erfreuliche Anzahl geeigneter Expertinnen und Experten“, die die nötige Erfahrung und das erforderliche Rüstzeug mitbrächten, um eine solch anspruchsvolle Leitungsposition auszuüben, sagte Horstmann weiter.

Die Hoffnung auf eine schnelle Wiederbesetzung der Stelle trög. Sie war nach dem schnellen Ende der nur eineinhalb Jahre währenden Amtszeit von Dr. Gisela Parak nötig geworden. Über die Gründe der offenbar konfliktträchtigen Trennung wurde Stillschweigen vereinbart. Ein offenes Geheimnis ist mittlerweile auch, dass der verdienstvolle Museumsdirektor Dr. Lothar Hyss (1960-2022) gegen Ende seiner Amtszeit 2021 offenbar zwischen die Mühlsteine politischer, landsmannschaftlicher und muscaler Interessen geriet und aus gesundheitlichen Gründen nach 23 Jahren im Amt inklusive Umzug des Museums aus Wolbeck nach Warendorf vorzeitig ging.

Obwohl im vergangenen Herbst nun angeblich schon eine neue kompetente Kandidatin aus Düsseldorf amte por-



Das Westpreußische Landesmuseum, früher im Wolbecker Drostenhof untergebracht, erhielt 2014 im ehemaligen Franziskanerkloster in Warendorf ein attraktives und raumgreifendes Domizil. Das Bild links zeigt den Kreuzgang mit Exponaten. Foto: pd/1111

tas stand, wurde dem Vernehmen nach das komplette Bewerbungsverfahren ausgesetzt. Kein Wunder, dass wieder Gerüchte über eine Auflösung des Standortes oder eine Zusammenlegung mit dem Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg durch die landsmannschaftliche Museumsszene wabern.

jedoch ab. Er weist zwar auf eine bereits vor über 20 Jahren geführte Debatte über eine Fusion des Ostpreußischen und des Westpreußischen Landesmuseums unter den Vorzeichen von Spareflecken. Die Pläne seien damals aber schnell wieder ad acta gelegt worden.

Mähnert deutet zugleich

auf die zuletzt umfangreich erweiterten Aufgabengebiete des Lüneburger Museums mit fünf osteuropäischen Partnerregionen hin, zu denen auch Estland, Lettland und Litauen zählen. Vom Platzangebot her sei eine Fusion nicht denkbar, erklärt Mähnert. Die Anfrage, ob es Gespräche über Fusionierungspläne gebe, beantwortet er klipp und klar: „Solche Gespräche gibt es nicht!“ Der Landschaftsverband

Westfalen-Lippe hält sich als kleiner Mitträger des Museums bedeckt und verweist sibyllinisch auf eine in Kürze anstehende Entscheidung. Martin Koschny, Vorsitzender des Stiftungsrates der Kulturstiftung Westpreußen, beantwortet eine eigentlich an die Pressestelle der Stadt Warendorf gerichtete Anfrage unserer Zeitung so: „Bedauerlicherweise haben sich die ursprünglichen Planungen für die Besetzung des Leitungspostens zerschlagen. Aus diesem Grund konnte bisher noch keine Entscheidung über die zukünftige Leitung des Hauses getroffen werden. Für den weiteren Prozess ist deshalb noch eine Abstimmung zwischen den Fördergebern und den Vertretern der Trägerschaft vonnöten.“ Koschny ergänzt: „Nach dem jetzigen Stand kann erst Ende Februar eine tragfähige Information über die weitere Struktur und Führung des WLM veröffentlicht werden.“

Eine Auskunft, die in der Kulturszene reichlich Spielraum für neue Gerüchte und Unruhe lässt.

Das Bundesvertriebenengesetz und seine Bestandsgarantie

Das Westpreußische Landesmuseum wird vom Bund auf der Grundlage von § 96 Bundesvertriebenengesetz (BVFG) institutionell gefördert (also dauerhaft finanziert), ebenso wie das Ostpreußische LM, das Pommersche LM, das Schlesische Museum zu Görlitz, das Donauschwäbische Zentralmuseum und das Kunstforum Ostdeutsche Galerie. Gemäß dem oben genann-

ten Paragrafen haben Bund und Länder das Kulturgut der Vertriebenen und Flüchtlinge, des gesamten deutschen Volkes und des Auslandes zu erhalten. Archive, Museen und Bibliotheken zu sichern, zu ergänzen und auszuwerten sowie Einrichtungen des Kunstschaffens und der Ausbildung sicherzustellen und zu fördern.

Das kommt quasi einer Bestandsgarantie gleich. Ob politische Kräfte in Berlin und Düsseldorf diese Bestandsgarantie angesichts schwindenden historischen Interesses an Regionen östlich von Oder und Neiße auch künftig beachten, bezweifeln Kenner der Kulturszene. Die Unruhe in den landsmannschaftlich geprägten Stiftungen und Museen und wächst. (loy)

Die Glocke Warendorf

vom 01.02.2024

Stiftungsrat



Nach langer Stille steht jetzt fest: Das Westpreußische Landesmuseum bekommt Übergangweise einen kommissarischen Leiter. Foto: Archiv

Westpreußische Landesmuseum erhält kommissarische Leitung

Warendorf (lt) Nachdem lange im Raum stand, wann das Westpreußische Landesmuseum endlich eine neue Führungsspitze bekommt, und ob es überhaupt noch weiter fortbesteht, gibt es jetzt ein wenig Klarheit.

Die Direktorenstelle soll für eine begrenzte Zeit mit einer kommissarischen Leitung besetzt werden. Das beschloss der Stiftungsrat der Kulturstiftung Westpreußen auf seiner Sitzung vom 26. Februar. Martin Koschry, Vorsitzender des Stiftungsrats, übernimmt diese Aufgabe bis Ende 2025. Eine Arbeitsgruppe, bestehend aus sechs Personen mit unterschiedlichen fachlichen Qualifikationen, unterstützt ihn dabei.



Grund für die Entscheidung sei, dass das im Sommer 2023 initiierte Besetzungsverfahren wegen verschiedener struktureller Probleme im Dezember 2023 ergebnislos beendet wurde. „Die kommissarische Leitung soll nun einen ergebnisoffenen Prozess der Neuausrichtung einleiten. Koschry beschäftigt sich seit Jahren mit dem Thema „Westpreußen“ und mit dem Aufgabenbereich der Museumsleitung vertraut und spreche fließend Polnisch, heißt es in der Pressemitteilung der Stadt Warendorf.

Der Stiftungsrat wird den Prozess der Neuausrichtung laut eigenen Angaben eng begleiten und abhängig vom Erfolg des Prozesses über die weitere Zukunft des Museums beraten und beschließen.

Das 1975 gegründete und seit 2012 in Warendorf betriebsmäßige Westpreußische Landesmuseum

ist die zentrale Einrichtung Deutschlands für Sammlungen und Aufbewahrungen zur Kultur und Geschichte der historischen Provinz Westpreußen. Es wird von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, sowie dem Ministerium für Kultur und Wirtschaft des Landes NRW, dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe und der Stadt Warendorf gefördert.

Der Kultur- und Schulausschuss stimmte bei der jüngsten Sitzung einstimmig für die erneute Förderung des Landesmuseums durch einen Zuschuss der Stadt. Das Landesmuseum hatte, wie immer, in seinem Antrag um eine finanzielle Unterstützung bei den Betriebskosten gebeten. Auch Hermann Miesch (Bündnis 90/Die Grünen), der die finanzielle Förderung nach eigenen Angaben seit zwölf Jahren ablehnte, sprach sich nun dafür aus.

Warendorf (lt) „Das Westpreußische Landesmuseum hat bis vor einmhalb Jahren keinen Bezug auf Warendorf genommen“, sagte Miesch. Das soll sich jetzt ändern. Die Verantwortlichen für das Museum versuchten, sich der Stadt

Warendorf zu öffnen, meinte Miesch. Er ist dementsprechend bereit, das Museum zu unterstützen. „Infolgedessen werden wir die 10.000 Euro Förderung nicht mehr ablehnen“, betonte er bei der Kulturausschusssitzung

Westpreußenmuseum: Neuer Chef am 26. Februar?

WN 22. Februar 2024

Still ruht der See in Warendorf

von Johannes Loy

WARENDORF. In und um Warendorf hielt man sich bislang zedeckt. Doch nun wird die gut vernetzte Szene der landsmannschaftlichen Museen und Historiker wieder lebendig und hellhörig. Am kommenden Montag soll dem Vernehmen nach die Direktorenstelle des Westpreußischen Landesmuseums neu besetzt werden. Dann tagt der Stiftungsrat, und es soll, wie jetzt durchsickerte, für die verantwortungsvolle Stelle nur noch einen Kandidaten geben.

Die Hoffnung auf eine schnelle Wiederbesetzung der Stelle hatte sich im Verlaufe des Jahres 2023 zerchlagen. Sie war nach dem schnellen Ende der nur eininhalb Jahre währenden Amtszeit von Dr. Gisela Parak nötig geworden. Über die Gründe der offenbar konfliktreichen Trennung wurde im Frühsommer 2023 Stillschweigen vereinbart. Die Wahl war allem Anschein nach ein Fehlgriff, den sich das Auswahlgremium ankreiden muss.

Ein offenes Geheimnis in der Szene der Museen ist auch, dass der verdienstvolle Museumsdirektor Dr. Lothar Hyss (1960-2022) gegen Ende seiner Amtszeit 2021 offenbar zwischen die Mühlsteine



Luftiger Blick auf das Westpreußische Landesmuseum im ehemaligen Franziskanerkloster in Warendorf. Foto: pWMM

politischer, landsmannschaftlicher und musealer Interessen geraten war und sein Amt aus gesundheitlichen Gründen nach 23 Jahren abgeben musste. Hyss hatte den Umzug des Hauses von Wolbeck nach Warendorf gestemmt und sich große Verdienste erworben.

Obwohl im vergangenen Herbst nun angeblich schon eine neue kompetente Kandidatin aus Düsseldorf ante portas stand, wurde dem Vernehmen nach das komplette Bewerbungsverfahren ausgesetzt. Die in eingeweihten Kreisen als hochqualifiziert eingestufte Düsseldorfer Kandidatin, deren Name der Redaktion bekannt ist, zeigt

sich noch heute darüber verwundert, dass sie sich nach Hyss und Parak beworben hatte, auch in die letzten Gesprächsrunden vordrang, dann aber mit der Ausrede abgespeist wurde, man könne noch keine Entscheidung treffen. Kein Wunder also, dass wieder Gerüchte über eine Auflösung des Standortes oder eine Zusammenlegung mit dem Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg durch die landsmannschaftliche Museumszene waberten.

Dr. Joachim Männert, Direktor des Ostpreußischen Landesmuseums, winkte jedoch ab. Er deutete gegenüber unserer Zeitung auf die

zuletzt erweiterten Aufgabenfelder des Lüneburger Museums mit fünf osteuropäischen Partnerregionen hin, zu denen auch Estland, Lettland und Litauen zählen. Vom Platzangebot her sei eine Fusion nicht denkbar, erklärt Männert. Die Anfrage, ob es Gespräche über Fusionsierungspläne gebe, beantwortete er klipp und klar: „Solche Gespräche gibt es nicht!“ Im Übrigen seien schon um die Jahrtausendwende solche Pläne schnell wieder ad acta gelegt worden.

In musealen Kreisen fragt man sich jetzt besorgt denn je, ob die Besetzung der Direktorenstelle nun nach öffentlichen Standards der öffentlichen Ausschreibung oder „unter der Hand“ vor sich geht. In diesem Kontext bewegt sich auch ein unserer Redaktion vorliegender Brandbrief, der möglicherweise in den nächsten Tagen bei der Stiftungsaufsicht der Bezirksregierung Münster einschlagen wird. Daran hängt auch die Frage, ob es sich nun um eine dauerhafte Leitung für das Museum handelt oder nur um eine interimistische. Dann könnte, trotz aller rechtlichen Bestandsgarantien, auch wieder die Frage nach dem dauerhaften Bestand des Museums am Standort Warendorf ins Gespräch kommen.

Bestandsgarantie

Das Westpreußische Landesmuseum wird vom Bund auf der Grundlage von § 96 Bundesvertriebenengesetz (BVFG) institutionell gefördert (also dauerhaft finanziert), ebenso wie das Ostpreußische LM, das Pommersche LM, das Schlesische Museum zu Görlitz, das Donauschwäbische Zentralmuseum und das Kunstforum Ostdeutsche Galerie. Bund und Länder sind also verpflichtet, das Kulturgut der Vertriebenen und Flüchtlinge, des gesamten deutschen Volkes und des Auslandes zu erhalten, Archive, Museen und Bibliotheken zu sichern, zu ergänzen und auszuwerten sowie Einrichtungen des Kunstschaffens und der Ausbildung sicherzustellen und zu fördern. Das kommt quasi einer Bestandsgarantie gleich. Ob politische Kräfte in Berlin und Düsseldorf diese Bestandsgarantie angesichts schwindenden historischen Interesses an Regionen östlich von Oder und Neiße auch künftig beachten, bezweifeln Kenner der Kulturszene. Die Unruhe in den landsmannschaftlich geprägten Stiftungen und Museen und wächst. (dpa)

Westfälische Nachrichten – Freitag, 23.02.2024

Es tut sich was in Warendorf

Westpreußisches Landesmuseum vor entscheidender Sitzung



Warendorf - Am 26. Februar tagt der Stiftungsrat der Kulturstiftung Westpreußen in Warendorf. Wie geht es mit dem Museum weiter? Wer wird Direktor? Das sind die Fragen, die momentan die landsmannschaftlich geprägte Museumsszene umtreiben.

Von Johannes Loy

Redebedarf

Um das Westpreußische Landesmuseum in Warendorf war es zuletzt wieder still. Doch nun wird die gut vernetzte Historiker-Szene der landsmannschaftlichen Museen wieder hellhörig. Am Montag, 26. Februar, geht offenbar eine wichtige Sitzung über die Bühne. Dann tagt der Stiftungsrat der Kulturstiftung Westpreußen, wie dessen Vorsitzender, der münstersche Historiker Martin Koschny, bestätigte. Er hielt sich auf Anfrage zugleich mit konkreten Ankündigungen zurück. Ob und wie also eine neue Museumsleitung installiert wird oder ob es noch generellen Redebedarf über die Zukunft des Hauses gibt, scheint offen. Im

Stiftungsrat sind Träger und Geldgeber des Museums vom Staatsministerium für Kultur und Medien in Berlin bis zum Landschaftsverband Westfalen-Lippe vertreten.

Konflikte

Die Hoffnung auf eine schnelle Wiederbesetzung der Direktorenstelle des Museums hatte sich, wie bereits berichtet, im Verlauf des Jahres 2023 zerschlagen. Sie war nach dem schnellen Ende der nur eineinhalb Jahre währenden Amtszeit von Dr. Gisela Parak nötig geworden. Über die Gründe der offensichtlich konflikträchtigen Trennung wurde im Frühsommer 2023 Stillschweigen vereinbart. Ein offenes Geheimnis in der Szene der Museen ist auch, dass der verdienstvolle Museumsdirektor Dr. Lothar Hyss (1960-2022) gegen Ende seiner Amtszeit 2021 offenbar zwischen die Mühlsteine politischer, landsmannschaftlicher und musealer Interessen geraten war und sein Amt aus gesundheitlichen Gründen nach 23 Jahren abgeben musste. Hyss hatte den Umzug des Hauses von Wolbeck nach Warendorf erfolgreich gesteuert.

Bestandsgarantie

Das Westpreußische Landesmuseum wird vom Bund auf der Grundlage von § 96 Bundesvertriebenengesetz (BVFG) institutionell gefördert (also dauerhaft finanziert), ebenso wie das Ostpreußische LM, das Pommersche LM, das Schlesische Museum zu Görlitz, das Donauschwäbische Zentralmuseum und das Kunstforum Ostdeutsche Galerie. Bund und Länder sind also verpflichtet, das Kulturgut der Vertreibungsgebiete in dem Bewusstsein der Vertriebenen und Flüchtlinge, des gesamten deutschen Volkes und des Auslandes zu erhalten, Archive, Museen und Bibliotheken zu sichern, zu ergänzen und auszuwerten sowie Einrichtungen des Kunstschaffens und der Ausbildung sicherzustellen und zu fördern. Das kommt quasi einer Bestandsgarantie gleich. Ob politische Kräfte in Berlin und Düsseldorf diese Bestandsgarantie angesichts schwindenden historischen Interesses an Regionen östlich von Oder und Neiße auch künftig beachten, bezweifeln Kenner der Kulturszene. Die Unruhe in den landsmannschaftlich geprägten Stiftungen und Museen wächst.

Kandidatin abgewiesen

Obwohl im Herbst 2023 angeblich schon eine kompetente Kandidatin aus Düsseldorf ante portas stand, wurde dem Vernehmen nach das komplette Bewerbungsverfahren ausgesetzt. Die in eingeweihten Kreisen als hochqualifiziert eingestufte Düsseldorfer Kandidatin, deren Name der Redaktion bekannt ist, zeigt sich noch heute darüber verwundert, dass sie

in den Bewerbungsverfahren nach Hyss und Parak zuletzt mit guten Aussichten ins Finale vordrang, dann aber mit der Auskunft abgespeist wurde, man könne noch keine Entscheidung treffen. Kein Wunder also, dass wieder Gerüchte über eine Auflösung des Standortes oder eine Zusammenlegung mit dem Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg durch die landsmannschaftliche Museumsszene waberten.

Keine Fusion

Dr. Joachim Männert, Direktor des Ostpreußischen Landesmuseums, winkte jedoch ab. Er deutete auf die zuletzt erweiterten Aufgabenfelder des Lüneburger Museums mit fünf osteuropäischen Partnerregionen hin, zu denen auch Estland, Lettland und Litauen zählen. Die Anfrage, ob es Gespräche über Fusionierungspläne gebe, beantwortete er kürzlich klipp und klar: „Solche Gespräche gibt es nicht!“ Im Übrigen seien schon vor 20 Jahren solche Pläne schnell wieder ad acta gelegt worden.

In musealen Kreisen fragt man sich jetzt mit einiger Besorgnis, ob die Besetzung der Direktorenstelle in Warendorf nach üblichen Standards der öffentlichen Ausschreibung oder „unter der Hand“ vor sich geht. In diesem Kontext bewegt sich auch ein unserer Redaktion vorliegender Brandbrief, der möglicherweise in den nächsten Tagen die Stiftungsaufsicht der Bezirksregierung Münster erreichen wird. Daran hängt auch die bange Frage, ob nun eine dauerhafte Leitung für das Museum installiert wird oder eine interimistische. Dann könnte, trotz aller gesetzlichen Garantien, auch wieder die Frage nach dem dauerhaften Bestand des Museums am Standort Warendorf ins Gespräch kommen.

Der Spökenkieker online Warendorf

vom 29.02.2024

Das Westpreußische Landesmuseum in Warendorf erhält zunächst eine kommissarische Leitung

13.02.2024, 11:00:00



Martin Koschny. (C) Privat

Der Stiftungsrat der Kulturstiftung Westpreußen hat auf seiner Sitzung vom 26. Februar beschlossen, dass die derzeit vakante Direktionsstelle des Westpreußischen Landesmuseums (WLM) für eine begrenzte Zeit mit einer kommissarischen Leitung besetzt werden soll. Mit dieser Aufgabe wurde der Vorsitzende des Stiftungsrates, Herr Martin Koschny M.A., bis Ende 2025 betraut. Unterstützt werden soll er von einer Arbeitsgruppe, die aus sechs Personen mit unterschiedlichen fachlichen Qualifikationen besteht.

Der Grund für diese Entscheidung liegt darin, dass das im Sommer 2023 initiierte Besetzungsverfahren aufgrund aus der Vergangenheit herrührender verschiedener struktureller Probleme im Dezember 2023 ergebnislos beendet wurde. Die kommissarische Leitung soll nun einen ergebnisoffenen Prozess der Neuausrichtung einleiten.

Bei seiner Entscheidung kam der Stiftungsrat zu der Überzeugung, dass Herr Koschny die erforderlichen Voraussetzungen für diese kommissarische Leitungsaufgabe mitbringt: als Osteuropahistoriker beschäftigt er sich seit Jahren mit dem Thema „Westpreußen“. Ist mit den ideologischen Aufgaben der Museumsleitung vertraut und spricht fließend Polnisch. Der Stiftungsrat wird diesen Prozess der Neuausrichtung eng begleiten und abhängig vom Erfolg des Prozesses über die weitere Zukunft des WLM beraten und beschließen.

Das 1978 gegründete und seit 2018 in Warendorf beheimatete Westpreußische Landesmuseum (WLM) ist die zentrale Einrichtung in Deutschland, die sich auf der Grundlage des § 36 des Bundesvertriebsgesetzes (BVG) der Sammlung, Bewahrung, Erforschung, Dokumentation, Präsentation und Vermittlung der Kultur und Geschichte der historischen Provinz Westpreußen widmet. Es wird von der Bundesregierung der Kulturländer Nordrhein-Westfalen sowie dem Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes NRW, dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe und der Stadt Warendorf gefördert.

Westfälische Nachrichten

vom 01.03.2024

Neuer Emsbote

Westpreußisches Landesmuseum

Neue kommissarische Leitung

WARENDORF. Anfang der Woche hat eine wichtige Sitzung für das Westpreußische Landesmuseum stattgefunden. Denn der Stiftungsrat der Kulturstiftung Westpreußen beschloss in seiner Sitzung vom 26. Februar, dass die derzeit vakante Direktionsstelle für eine begrenzte Zeit mit einer kommissarischen Leitung besetzt wird. Mit dieser Aufgabe wurde der Vorsitzende des Stiftungsrates betraut, Martin Koschny. Unterstützt werden soll er, vorerst befristet bis 2025, von einer Arbeitsgruppe, die aus sechs Personen mit unterschiedlichen fachlichen Qualifikationen besteht. In der Mitteilung ist vom „verschiedenen struk-



Martin Koschny

Foto: Parak

turellen Problemen“ in der Vergangenheit die Rede, die zu der Entscheidung geführt haben. Das Besetzungsverfahren im Sommer 2023 war ergebnislos beendet worden. Die kommissarische Leitung solle nun einen ergebnisoffenen Prozess der Neuorientierung einleiten. Der Stiftungsrat sei zu der Überzeugung gekommen, dass Martin Koschny die erforderlichen Voraussetzungen für die kommissarische Leitung mitbringe. Als Osteuropahistoriker beschaffte er sich seit Jahren mit dem Thema Westpreußen, er sei mit allen spezifischen Aufgaben der Museumsleitung vertraut und spreche fließend Polnisch. Der Stiftungsrat werde die Neuausrichtung des Museums eng begleiten und abhängig vom Erfolg über die weitere Zukunft des WLM beraten und beschließen, heißt es in der Mitteilung. | **Kultur**

Kultur

Westpreußisches Landesmuseum: Martin Koschny bis Ende 2025 zum Leiter bestimmt

Interimslösung und offene Fragen

Von Johannes Jay

WARENDORF/MÜNSTER. Was in der Szene der landsmannschaftlichen Museen bereits vermutet wurde, ist nun einsehbar. Das Westpreußische Landesmuseum in Warendorf, einziges hauptsächliches vom Bund getragenes und finanziertes Museum im Münsterland, erhält zunächst eine Interimslösung. Mit dieser Aufgabe wird der münsterische Historiker und Vorsitzende des Stiftungsrates der Kulturstiftung Westpreußen, Martin Koschny, bis Ende 2025 betraut. Damit endet eine längere Hängepartie nach der plötzlichen Trennung von der bisherigen Direktorin Dr. Greta Parak. Diese habe nach nur anderthalb Jahren im Juni 2023 den Posten aufgegeben, damals wurde aus der Vergangenheit heraus Trennungsgründe vereinbart, was auf schwere Verwertungsprobleme im Dezember 2023 ergab. In der Mitteilung heißt es weiter: „Der Grund für diese Entscheidung liegt darin, dass das im Sommer 2023 initiierte Besetzungsverfahren aufgrund der Vergangenheit herbeiführender verschiedener struktureller Probleme im Dezember 2023 ergebnislos beendet wurde. Die kommissarische Leitung soll nun einen ergebnisoffenen Prozess der Neuorientierung einleiten.“ Bei seiner Entscheidung kam der Stiftungsrat, dem Träger aus Bund, Landesmuseum Westfalen-Lippe (WFL) und Stadt Warendorf angehört, „zu der Überzeugung, dass Herr Koschny die erforderlichen Voraussetzungen für diese kommissarische Leitung auf-



Foto: gawita

Bundesmuseum

Das 1975 gegründete und seit 2013 in Warendorf beheimatete Westpreußische Landesmuseum (WLM) ist die zentrale Einrichtung in Deutschland, die sich auf der Grundlage des § 96 des Bundesvertriebsgesetzes (BVFG) der Sammlungs-, Bewahrung-, Erforschung-, Dokumentation-, Präsentation und Vermittlung der Kultur und Geschichte der historischen Provinz Westpreußen widmet. Es wird von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien sowie dem Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes NRW, dem Landesschaftsverband Westfalen-Lippe und der Stadt Warendorf gefördert. (p)

zu sein. Für die mittelfristige Planung bleiben Fragen offen. Zuletzt war in der Szene der landsmannschaftlichen Museen darüber gerätselt worden, ob die lange Vakanz mit einer Entscheidung für oder gegen den Museumsstandort Warendorf zusammenhänge. Auch gab es Befürchtungen, dass der politische Wille, solche Museen dauerhaft zu erhalten, schwände und dadurch Debatten über Fusionen oder gar Schließungen ausgelöst werden könnten.

chen fachliche Mitbringung.“ In der Pressemitteilung heißt es weiter: „Als Osteuropahistoriker beschaffte er sich seit Jahren mit dem Thema Westpreußen“, ist mit den spezifischen Aufgaben der Museumsleitung vertraut und spricht fließend Polnisch.“ Der Stiftungsrat werde, wie es weiter heißt, diesen Prozess der Neuorientierung eng begleiten und abhängig vom Erfolg des Prozesses über die weitere Zukunft des WLM beraten und beschließen.“ Landesrätin Dr. Barbara Rüsselhoff-Parzinger, Kulturdezernentin beim LWL, teilte auf Anfrage mit: „Ich hoffe sehr, dass die jetzt angeordnete ergebnisoffene Interimslösung das Schiff in ruhiger Fahrt Wasser bringt.“ Das Museum in Warendorf scheint kurzfristig gesichert

WESTFÄLISCHE NACHRICHTEN – Freitag, 01.03.2023

Historiker Martin Koschny bis Ende 2025 zum Leiter bestimmt

Interimslösung für das Westpreußische Landesmuseum

Warendorf/Münster.

Unruhig war es zuletzt rund um das Westpreußische Landesmuseum in Warendorf. Nach dem kurzen Intermezzo von Direktorin Dr. Gisela Parak hat der Stiftungsrat jetzt eine interimistische Leitung bestimmt. Martin Koschny, münsterscher Historiker und Vorsitzender des Stiftungsrats der Kulturstiftung Westpreußen, übernimmt bis Ende 2025. Und dann?

Von Johannes Loy

Was in der Szene der landsmannschaftlichen Museen bereits vermutet wurde, ist nun eingetroffen. Das Westpreußische Landesmuseum in Warendorf, einziges hauptsächlich vom Bund getragenes und finanziertes Museum im Münsterland, erhält zunächst eine Interimsleitung. Mit dieser Aufgabe wird der münstersche Historiker und Vorsitzende des Stiftungsrates der Kulturstiftung Westpreußen, Martin Koschny, bis Ende 2025 betraut. Damit endet eine längere Hängepartie nach der plötzlichen Trennung von der bisherigen Direktorin Dr. Gisela Parak. Diese hatte nach nur anderthalb Jahren im Juni 2023 den Posten aufgegeben. Damals wurde Stillschweigen über die Trennungsgründe vereinbart, was auf schwere Verwerfungen im Personalgeflecht des Museums schließen ließ.

MEHR ZUM THEMA

Es tut sich was in Warendorf

Westpreußisches Landesmuseum vor entscheidender Sitzung

Neue Leitung oder Umstrukturierung in Warendorf?

Westpreußisches Landesmuseum in der Warteschleife

Der Stiftungsrat hat also nun, wie die Stadt Warendorf mitteilte, auf seiner Sitzung vom 26. Februar beschlossen, dass die Direktionsstelle des Westpreußischen Landesmuseums (WLM) für eine begrenzte Zeit mit einer kommissarischen Leitung besetzt werden soll. Der neue Direktor werde dabei von einer Arbeitsgruppe, die aus sechs Personen mit unterschiedlichen fachlichen Qualifikationen bestehe, unterstützt: „Der Grund für diese Entscheidung liegt darin, dass das im Sommer 2023 initiierte Besetzungsverfahren aufgrund aus der Vergangenheit herrührender verschiedener struktureller Probleme im Dezember 2023 ergebnislos beendet wurde. Die kommissarische Leitung soll nun einen ergebnisoffenen Prozess der Neuorientierung einleiten.“

Bundesmuseum im Münsterland

Das 1975 gegründete und seit 2013 in Warendorf beheimatete Westpreußische Landesmuseum (WLM) ist die zentrale Einrichtung in Deutschland, die sich auf der Grundlage des § 96 des Bundesvertriebenengesetzes (BVFG) der Sammlung, Bewahrung, Erforschung, Dokumentation, Präsentation und Vermittlung der Kultur und Geschichte der historischen Provinz Westpreußen widmet. Es wird von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien sowie dem Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes NRW, dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe und der Stadt Warendorf gefördert.

pd

Bei seiner Entscheidung kam der Stiftungsrat, dem Träger aus Bund, Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) und Stadt Warendorf angehören, „zu der Überzeugung, dass Herr Koschny die erforderlichen Voraussetzungen für diese kommissarische Leitungsaufgabe mitbringt“. In der Pressemitteilung heißt es weiter: „Als Osteuropahistoriker beschäftigt er sich seit Jahren mit dem Thema 'Westpreußen', ist mit den spezifischen Aufgaben der Museumsleitung vertraut und spricht fließend Polnisch.“ Der Stiftungsrat werde, wie es weiter hieß, „diesen Prozess der Neuausrichtung eng begleiten und abhängig vom Erfolg des Prozesses über die weitere Zukunft des WLM beraten und beschließen“. Landesrätin Dr. Barbara Rüschoff-Parzinger, Kulturdezernentin beim LWL, teilte auf Anfrage mit: „Ich hoffe sehr, dass die jetzt angestoßene ergebnisoffene Interimslösung das Schiff in ruhigeres Fahrwasser bringt.“

Das Museum in Warendorf scheint kurzfristig gesichert zu sein. Für die mittelfristige Planung bleiben Fragen offen. Zuletzt war in der Szene der landsmannschaftlichen Museen darüber gerätselt worden, ob die lange Vakanz mit einer Entscheidung für oder gegen den Museumsstandort Warendorf zusammenhänge. Auch gab es Befürchtungen, dass der politische Wille, solche Museen dauerhaft zu erhalten, schwinde und dadurch Debatten über Fusionen oder gar Schließungen ausgelöst werden könnten.



WESTPREUSSISCHES LANDESMUSEUM

- Die Adresse des Westpreußischen Landesmuseums lautet:
*Franziskanerkloster
Klosterstraße 21
48231 Warendorf*
- Bei Terminanfragen, Anmeldungen, Adressenänderungen oder Shop-Bestellungen erreichen Sie die Aufsicht
- *telefonisch:*
[02581 92777-13](tel:025819277713)
- Der Geschäftszimmer erreichen Sie
- *telefonisch:*
[02581 92777-0](tel:02581927770)
- *per Fax:*
02581 92777-14
- *per E-Mail:*
sekretariat@westpreussisches-landesmuseum.de

03)

Vor 83 Jahren – Die Deportationen der münsterländischen Juden nach Riga

Vortrag von Angelika Sturm

Veranstaltung zur Ausstellung

„Den Tätern auf der Spur: Polizeiliche
NS-Verbrechensorte in Polen“

Mittwoch, 06. März 2024, 13.30 Uhr,

Westpreußisches Landesmuseum Warendorf,

Eintritt frei

Im November jeden Jahres wird an die unheilvollen Ereignisse erinnert, die Menschen jüdischen Glaubens in Europa während des nationalsozialistischen Terrorregimes erleiden mussten. 2022 jähren sich zum 81. Mal die Deportationen in die von den Nationalsozialisten eingerichteten Ghettos, Arbeits- sowie Vernichtungslager und somit auch der Beginn des damit verbundenen Holocaust.

Die Deportation der Juden aus dem Münsterland ist insbesondere mit einem Ort verbunden, dem heute nicht mehr existierenden Gertrudenhof auf der Warendorfer Straße, Ecke Kaiser-Wilhelm-Ring in Münster. Zuvor war der Gertrudenhof eine beliebte Lokalität mit einem Biergarten, in deren Räumlichkeiten sich unter anderem ein Kino befand. Am 11. Dezember 1941 von der Gestapo beschlagnahmt, wurde er zum Sammelpunkt für die Deportationen in Richtung Osten. Am 13. Dezember 1941 fuhr der erste verschlossene Personenzug der Deutschen Reichsbahn vom Güterbahnhof mit 390 Menschen und Zwischenhalten in Osnabrück und Bielefeld mit der Aufnahme weiterer 641 Personen. Wenige Tage später erreichte der Zug Riga im besetzten Lettland.



Gedenktafel an der Stelle
des ehemaligen Gertrudenhofs
in Münster.
Foto: Kulturreferat für Westpreußen,
Posener Land und Mittelpolen

Fortan mussten die Deportierten unter menschenverachtenden Umständen im heruntergekommenen Stadtteil „Moskauer Vorstadt“ leben, in dem die SS das Ghetto errichtet hatte.

Ab Dezember 1941 wurden etwa 25.000 österreichische, tschechische und deutsche Juden in das Ghetto gebracht, tausende von ihnen fanden Anfang 1942 den Tod im Wald von Bikernieki. Bis zur Liquidierung des Ghettos im November 1943 mussten 12.000 Menschen Zwangsarbeit leisten. Von den insgesamt 1.031 Personen des Transports vom 13. Dezember 1941 aus Westfalen überlebten lediglich 102 Männer und Frauen.

Angelika Sturm vom Arbeitskreis Jüdisches Leben in Warendorf und freie Führungsmitarbeiterin im Westpreußischen Landesmuseum, wird in ihrem Vortrag die Geschichte der Deportation der münsterländischen Juden nach Riga beleuchten, von ihren Reisen dorthin und ihren Eindrücken bei den Besuchen der Gedenkstätten vor Ort berichten. Abschließend wird sie auf die Lebensgeschichte der in Osnabrück geborenen Jüdin Irmgard Heimbach verh. Ohl (1927-2013) eingehen, mit der sie zeitlebens freundschaftlich verbunden war. Ohl überlebte die Geschehnisse in Riga und Stutthof und konnte nach Jahren der Verfolgung in ihre Heimatgemeinde Laer zurückkehren. Ihre Erinnerungen an diese Zeit hat sie schriftlich festgehalten, die Angelika Sturm in ausgewählten Passagen vorlesen wird.

Der Vortrag findet als Begleitveranstaltung zur Ausstellung „Den Tätern auf der Spur: Polizeiliche NS-Verbrechensorte in Polen“ statt sowie als Zusammenarbeit des Kulturreferates für Westpreußen, Posener Land und Mittelpolen mit dem Westpreußischen Landesmuseum und dem Mariengymnasium Warendorf, organisiert von der Kulturreferentin Magdalena Oxfort und den Geschichtslehrerinnen Sandra Benteler und Stephanie Taube.

Westpreußisches Landesmuseum

Klosterstraße 21
48231 Warendorf
+49 2581 92 777 0

westpreussisches-landesmuseum.de

Copyright © 2023 Westpreussisches Landesmuseum, All rights reserved.
Dieser Newsletter wird Ihnen ausschließlich mit Ihrem Einverständnis zugesandt.

04) Ein Rückblick auf die Ausstellungseröffnung „Die Einwohner von Marienburg aus der Sicht der ersten Fotografen“ im Westpreußischen Landesmuseum



**Ein Rückblick
auf die Ausstellungseröffnung
„Die Einwohner von Marienburg
aus der Sicht der ersten Fotografen“
im Westpreußischen Landesmuseum
am Samstag, den 2. März 2024**

Am Samstag, den 2. März wurde unsere neue Sonderausstellung ["Die Einwohner von Marienburg aus der Sicht der ersten Fotografen"](#) im Westpreußischen Landesmuseum eröffnet. Der Vortragssaal war komplett gefüllt sodass viele Besucher in den Sonderausstellungsraum ausweichen mussten.



Tomasz Agejczyk, Direktor des Stadtmuseums Marienburg und
Magdalena Oxfort, Kulturreferentin für Westpreußen
Fotos: Thomas Hölscher (WLM)

Herr **Tomasz Agejczyk**, Direktor des Stadtmuseums Marienburg, Herr **Marek Charzewski**, Bürgermeister aus Marienburg, Frau **Magdalena Oxfort**, Kulturreferentin für Westpreußen und Frau **Dr. Jutta Reisinger-Weber**, Vorsitzende der Kulturstiftung Westpreußen eröffneten die Ausstellung.

Auch der Fotograf, Sammler und ehemalige Lehrer **Chris Tettke** der Fotoapparate und deren Zubehör, wie z. B. alte Fotoalben zur Verfügung stellte hielt einen kurzen Vortrag.

Außerdem war auch der Bürgermeister aus Warendorf Herr **Peter Horstmann** anwesend.



Der Fotograf, Sammler und ehemalige Lehrer Chris Tettke

Die Besonderheit dieser Präsentation liegt darin, dass nicht nur die Stadt Marienburg im Vordergrund steht, sondern vielmehr die Einwohner und Einwohnerinnen selbst zu sehen sind.

Ergänzt werden die Ausstellungstafeln durch Anschauungsobjekte, die die Geschichte der Fotoapparate und deren Zubehör, wie z. B. alte Fotoalben dokumentieren. Hier konnte die **Galerie Kunst(t)räume** in Ochtrup für eine Zusammenarbeit gewonnen werden. Der Fotograf, Sammler und ehemalige Lehrer Chris Tettke, der seit Jahrzehnten alte Fotoapparate, Fotoalben und Fotografien seit der Erfindung der Fotografie durch Louis Daguerre 1840 sammelt, stellt mit seiner Frau Steffi Herrmann einen Querschnitt seiner Sammlung zur Veranschaulichung zur Verfügung.



Dr. Jutta Reisinger-Weber, Vorsitzende der Kulturstiftung Westpreußen
und Magdalena Oxfort



Wir danken allen Anwesenden und BesucherInnen für diesen großartigen
Ausstellungsaufakt, aber ganz besonders liegt unser herzlicher Dank unseren
Projektpartnern aus Polen, dem Muzeum Miasta Malborka!

Diese schöne Sonderausstellung ist noch bis zum **2. Juni 2024** im ehemaligen Franziskaner-Kloster in Warendorf zu sehen.

Westpreußisches Landesmuseum

Klosterstraße 21
48231 Warendorf
+49 2581 92 777 0

westpreussisches-landesmuseum.de

Copyright © 2023 Westpreussisches Landesmuseum, All rights reserved.
Dieser Newsletter wird Ihnen ausschließlich mit Ihrem Einverständnis zugesandt.



05)

**Sonderausstellung:
Die Einwohner von Marienburg
aus der Sicht der ersten Fotografen**

**2. März bis 2. Juni 2024 –
Vernissage am Samstag, 2. März 2024
um 14.00 Uhr**

Die Fotografie glich vor mehr als 150 Jahren eher einer „Zeremonie“. Ein Foto entstand nicht sofort, sondern zunächst wurde das richtige Tageslicht gewählt. Für Familienaufnahmen ging man in das Fotoatelier. Dort gab es den richtigen Hintergrund, das passende Licht. Oft wurden der beste Anzug und das Sonntagskleid dazu angezogen.

Seite A 142 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Was dazu gehörte, war sehr viel Geduld, denn bis der Blitz kam, gab es eine Zeit der Anspannung für alle und man versuchte, seinen Blick zu halten. Neben die Personenfotografie trat die Landschafts- und Stadtfotografie. Die Motive bildeten dann auch Vorlagen für Ansichts- und Grußkarten. Im 19. und frühen 20. Jahrhundert kam es zu einem vermehrten Interesse an der alten Bausubstanz. Ein Beispiel dafür ist Marienburg mit der Burganlage.

Das frühe Interesse an der Architektur mit den zahlreichen Fotodokumenten war in den vergangenen Jahrzehnten beim Wiederaufbau und der Restaurierung der Marienburg von unschätzbbarer Bedeutung. Es waren diese Fotografien, die eine große Hilfe bei den Vorhaben bildeten. Auf der anderen Seite sind alte Fotografien auch Zeitzeugen, die den Blick in die Vergangenheit ermöglichen und die Entwicklungsstufen einer Stadt nachzeichnen.

In **Marienburg** waren bereits früh Fotografen ansässig, die hier ein Atelier oder Geschäft unterhielten, aber auch in Gaststätten ihr Können unter Beweis stellten. Mit ihren Werken tauchen wir in die Geschichte ein und somit in die Ausstellung.



Blick in die Sonderausstellung

Die Ausstellung wurde vom **Direktor des Muzeum Miasta Malborka / Marienburger Stadtmuseums, Tomasz Agejczyk**, erstellt, realisiert und anlässlich des 5-jährigen Bestehens des Museums am 15. September 2023 in einer polnisch-deutschen Version eröffnet.

Nun ist das **Marienburger Stadtmuseum** zu Gast im **Westpreußischen Landesmuseum**. Aus Platzgründen sind die Ausstellungstafeln einsprachig und Fotos aus den Vitrinen wurden in die Tafeln integriert. Die [Ausstellung](https://westpreussisches-landesmuseum.de/de/ausstellungen/die-einwohner-von-marienburg-aus-der-sicht-der-ersten-fotografen/)
<<https://westpreussisches-landesmuseum.de/de/ausstellungen/die-einwohner-von-marienburg-aus-der-sicht-der-ersten-fotografen/>>

spannt einen weiten Bogen: sie zeigt die Entwicklung der Fotografie, die in Marienburg ansässigen Fotografen seit den 1850er Jahren bis in die 1970er Jahre. Parallel dazu wird auch die Stadt bzw. die Burg Marienburg gezeigt, die den Wandel der Stadt in einem Zeitraum von über 100 Jahren dokumentiert.



Stereoskop zum ausprobieren

Ergänzt werden die Ausstellungstafeln – wie im vergangenen Jahr in Marienburg geschehen – auch im Westpreußischen Landesmuseum durch Anschauungsobjekte, die die Geschichte der Fotoapparate und deren Zubehör, wie z. B. alte Fotoalben dokumentieren.

Hier konnte die **Galerie Kunst(t)räume in Ochtrup** für eine Zusammenarbeit gewonnen werden. Der Fotograf, Sammler und ehemalige Lehrer **Chris Tettke**, der seit Jahrzehnten alte Fotoapparate, Fotoalben und Fotografien seit der Erfindung der Fotografie durch Louis Daguerre 1840 sammelt, stellt mit seiner Frau **Steffi Herrmann** einen Querschnitt seiner Sammlung zur Veranschaulichung zur Verfügung.

Der Blick in die Welt der Fotografie und der Blick auf eine Stadt und deren Geschichte, Menschen und Besonderheiten durch die Kamera mit den Augen der Fotografen steht stellvertretend für andere Städte. Jede Stadt hat hier ihre ganz eigene Geschichte zu erzählen, doch überall gab es Menschen, die sich dem Medium Fotografie widmeten.

Eine Ausstellung in gemeinsamer Zusammenarbeit des Kulturreferates für Westpreußen, Posener Land und Mittelpolen mit dem Muzeum Miasta Malborka / Marienburger Stadtmuseum und dem Westpreußischen Landesmuseum.

Westpreußisches Landesmuseum

Klosterstraße 21
48231 Warendorf
+49 2581 92 777 0

westpreussisches-landesmuseum.de

Copyright © 2023 Westpreussisches Landesmuseum, All rights reserved.
Dieser Newsletter wird Ihnen ausschließlich mit Ihrem Einverständnis zugesandt.

06) Die Einwohner von Marienburg aus der Sicht der ersten Fotografen

2. März – 2. Juni 2024

Vernissage am Samstag, 02. März 2024 ab 14 Uhr



Die Fotografie glich vor mehr als 150 Jahren eher einer „Zeremonie“. Ein Foto entstand nicht sofort, sondern zunächst wurde das richtige Tageslicht gewählt. Für Familienaufnahmen ging man in das Fotoatelier. Dort gab es den richtigen Hintergrund, das passende Licht. Oft wurden der beste Anzug und das Sonntagskleid dazu angezogen. Was dazu gehörte, war sehr viel Geduld, denn bis der Blitz kam, gab es eine Zeit der Anspannung für alle und man versuchte, seinen Blick zu halten.

Neben die Personenfotografie trat die Landschafts- und Stadtfotografie. Die Motive bildeten dann auch Vorlagen für Ansichtskarten- und Grußkarten. Im 19. und frühen 20. Jahrhundert kam es zu einem vermehrten Interesse an der alten Bausubstanz. Ein Beispiel dafür ist Marienburg mit der Burganlage. Das frühe Interesse an der Architektur mit den zahlreichen Fotodokumenten war in den vergangenen Jahrzehnten beim Wiederaufbau und der Restaurierung der Marienburg von unschätzbbarer Bedeutung. Es waren diese Fotografien, die eine große Hilfe bei den Vorhaben bildeten. Auf der anderen Seite sind alte Fotografien auch Zeitzeugen, die den Blick in die Vergangenheit ermöglichen und die Entwicklungsstufen einer Stadt nachzeichnen.



In Marienburg waren bereits früh Fotografen ansässig, die hier ein Atelier oder Geschäft unterhielten, aber auch in Gaststätten ihr Können unter Beweis stellten. Mit ihren Werken tauchen wir in die Geschichte ein und somit in die Ausstellung.



Stereoskop zum Ausprobieren (Leihgabe von Chris Tettke, Ochtrup)

Die Ausstellung wurde vom Direktor des Muzeum Miasta Malborka/Marienburger Stadtmuseums, **Tomasz Agejczyk** in Zusammenarbeit mit **Magdalena Oxfort** (Kulturreferentin für Westpreußen, Posener Land und Mittelpolen) erstellt, realisiert und anlässlich des 5-jährigen Bestehens des Museums am 15. September 2023 in einer polnisch-deutschen Version eröffnet.

Nun ist das Marienburger Stadtmuseum zu Gast im Westpreußischen Landesmuseum. Aus Platzgründen sind die Ausstellungstafeln einsprachig und Fotos aus den Vitrinen wurden in die Tafeln integriert. Die Ausstellung spannt einen weiten Bogen: sie zeigt die Entwicklung

Seite A 146 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

der Fotografie, die in Marienburg ansässigen Fotografen seit den 1850er Jahren bis in die 1970er Jahre. Parallel dazu wird auch die Stadt bzw. die Burg Marienburg gezeigt, die den Wandel der Stadt in einem Zeitraum von über 100 Jahren dokumentiert.



Ergänzt werden die Ausstellungstafeln – wie im vergangenen Jahr in Marienburg geschehen – auch im Westpreußischen Landesmuseum durch Anschauungsobjekte, die die Geschichte der Fotoapparate und deren Zubehör, wie z. B. alte Fotoalben dokumentieren.

Hier konnte die Galerie Kunst(t)räume in Ochtrup für eine Zusammenarbeit gewonnen werden. Der Fotograf, Sammler und ehemalige Lehrer Chris Tettke, der seit Jahrzehnten alte Fotoapparate, Fotoalben und Fotografien seit der Erfindung der Fotografie durch Louis Daguerre 1840 sammelt, stellt mit seiner Frau Steffi Herrmann einen Querschnitt seiner Sammlung zur Veranschaulichung zur Verfügung.



Leihgaben von Chris Tettke, Ochtrup

Der Blick in die Welt der Fotografie und der Blick auf eine Stadt und deren Geschichte, Menschen und Besonderheiten durch die Kamera mit den Augen der Fotografen steht stellvertretend für andere Städte.

Jede Stadt hat hier ihre ganz eigene Geschichte zu erzählen, doch überall gab es Menschen, die sich dem Medium Fotografie widmeten.

Ostpreußisches Landesmuseum

Heiligengeiststraße 38

21335 Lüneburg

Tel. +49 (0) 4131 75995-0

Fax +49 (0) 4131 75995-11

info@ol-lg.de

07) Jahresprogramm / Ausstellungen 2024/2025



Jahresprogramm / Ausstellungen 2024

21.10.2023 – 25.2.2024

„Stinthengste, Krähenbeiser, Lange Wurst und Co.“

Ostpreußische Bräuche im Wandel
Kabinettausstellung

18.11.2023 – 25.2.2024

Die Königsberger Kunstakademie (1845-1945)

Künstler aus zwei Jahrhunderten
Sonderausstellung

19.4.2024 – 23.10.2024

Kant 300

Ein Leben in Königsberg
Sonderausstellung

26.10.2024 – 23.2.2025

Das alte Dorpat

Tartu in Fotografien von 1889
Kabinettausstellung

1.11.2024 – 3.11.2024

Museumsmarkt. Tradition trifft Modernes

Kunsthandwerkermarkt

23.11.2024 – 23.3.2025

„Nichts blieb als nur weißer Schnee...“

Winter in Ostpreußen
Sonderausstellung

Ab Dezember 2024

Immanuel Kant und der Geist der Aufklärung

Neue Dauerausstellung

29.09.2023 – 03.03.2024

**Karl Eulenstein (1892–1981). Sugrīžēs j Klaipēdā / Zurück in Klaipėda /
Returning to Klaipėda**

Ausstellung in der Domscheitgalerie (Pranas Domšaitis Galerie)
in Memel (Klaipėda)

– Änderungen vorbehalten –

Vorschau auf unsere Veranstaltungen im März 2024



Sonntag, 03. März 2024, 14.00 Uhr, 1,50€ (zzgl. Museumseintritt)

Wandel der Stile – Wandel der Themen

Führung mit Dr. Gisela Aye

Kunsthistorikerin Dr. Gisela Aye führt auf den Spuren verschiedener Kunststile durch die Dauerausstellung.

Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Tel. 04131 759950 oder info@ol-lq.de erforderlich.

Abbildung: Ernst Mollenhauer (1892-1963), Das Rettungshaus in den Dünen, Öl 1920/21 © Ostpreußisches Landesmuseum



Dienstag, 05. März 2024, 14.30 Uhr, 7,00 € (inkl. Eintritt, Kaffee, Tee und Gebäck)

Der Künstlertreff in Klein Kuren. Degner, Domscheit und Co.

Vortrag mit Jan Rüttinger in der Reihe „Museum Erleben“

Die abwechslungsreiche Küste des Samlands inspirierte die ostpreußischen Künstler, bereits Ende des 19. Jahrhunderts wurden ihre Dünen und die Steilküste zu beliebten Bildmotiven. Das malerisch im Schatten des Wachbudenberg gelegene Klein Kuren entwickelte sich Anfang des 20. Jahrhunderts zu einem Künstlertreff von Schülern der Königsberger Kunstakademie. Dort trafen sich vor allem Waldemar Rösler, Theo von Brockhusen, Franz Domscheit, Arthur Degner und Alfred Partikel. Sie ließen sich von der Landschaft inspirieren und genossen die Gastfreundschaft auf dem nahen Gut Finken. Jan Rüttinger, Kurator der vergangenen Ausstellung zur Königsberger Kunstakademie, möchte in dieser Veranstaltung einen kleinen Einblick in die zeitgenössischen Werke der sich dort treffenden Künstler geben.

Abbildung: Karl Storch d.Ä., Samländische Steilküste mit Wachbudenberg, Öl/Leinwand, 1924 © Ostpreußisches Landesmuseum

08) Kulturzentrum Ostpreußen Ellingen:
Ausstellungs- und Veranstaltungsprogramm 2024

Kulturzentrum Ostpreußen

im Deutschordensschloß Ellingen/Bay.

Ausstellungs- und Veranstaltungsprogramm 2024

Sonderausstellungen und Veranstaltungen

- | | |
|---|--|
| 23.09.2023 – 07.01.2024
17.03.2024 | Ellinger Ansichten – Sichtweisen auf eine Stadt
Frühlingserwachen - der etwas andere Ostermarkt |
| 13.04.2024 – 28.07.2024
18.05.2024 | Seedienst Ostpreußen
Internationaler Museumstag |
| 10.08.2024 – 03.11.2024
23./24.11.2024 | Joachim Rágóczy – Samlandansichten
29. Bunter Herbstmarkt |

Kabinettausstellung

- | | |
|---------------------|--|
| Februar – März 2024 | Die polnisch-russische Grenze in Ostpreußen
- veränderte Situation |
|---------------------|--|

Ausstellungen in Ostpreußen

Dauerausstellungen zur Stadtgeschichte in

- | | |
|---|---|
| Pr. Holland , Schloß | Saalfeld , Stadt- und Gemeindeverwaltung |
| Lyck , Wasserturm | Rosenberg , Hist. Feuerwehrhaus |
| Lötzen , Festung Boyen | Goldap , Haus der Heimat |
| Johannisburg , Städt. Kulturhaus | Rastenburg , I. Liceum |

- | | |
|-------------------|--|
| Ganzjährig | Dauerausstellung zur Geschichte und Kultur Ostpreußens im neuen Altvaterturm auf dem Wetzstein bei Lehesten, Thüringer Wald |
|-------------------|--|

Kulturzentrum Ostpreußen • Schloßstr. 9 • 91792 Ellingen/Bay.
Öffnungszeiten: Dienstag – Sonntag 10 – 12 und 13 – 17 Uhr (April – September)
10 – 12 und 13 – 16 Uhr (Oktober – März)
Telefon 09141-8644-0 info@kulturzentrum-ostpreussen.de
Telefax 09141-8644-14 www.kulturzentrum-ostpreussen.de
www.facebook.com/KulturzentrumOstpreussen

- Änderungen vorbehalten -

PREUSSEN  KURIER

Herausgeber: Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Landesgruppe Bayern e.V.
Postanschrift: Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg
V.i.S.d.P.: Christoph M. Stabe, Rainer Claaßen (Schriftleitung)
E-Post: info@low-bayern.de
Netz-Information: www.low-bayern.de, www.facebook.com/LOWBayern

Spendenkonto:

IBAN: DE21 7015 0000 0080 1325 58 / BIC: SSKMDEMXXX

09) Einladung zur Eröffnung der Ausstellung "Die polnisch-russische Grenze in Ostpreußen" am 16. Februar 2023 um 18 Uhr im Kulturzentrum Ostpreußen, Ellingen

Fotografien einer geteilten Landschaft – Die polnisch-russische Grenze in Ostpreußen

Freitag, 16. Februar 2024, 18.00 Uhr im Kulturzentrum Ostpreußen

**Zur Eröffnung der
Ausstellung**



**Fotografien einer
geteilten Landschaft**

**Die polnisch-russische
Grenze in Ostpreußen**

Eine Ausstellung von Dawid Smolorz
mit Fotografien von Thomas Vossbeck
16. Februar bis 20. März 2024

am Freitag, **16. Februar 2024**,
um 18.00 Uhr
sind Sie und Ihre Freunde herzlich eingeladen

Begrüßung
GUNTER DEHNERT
Direktor

Einführung
THOMAS VOSSBECK &
DAWID SMOLORZ

Nach dem Zweiten Weltkrieg erlebte das bis dahin deutsche Ostpreußen nicht nur einen beinahe vollständigen Bevölkerungsaustausch, sondern wurde auch zwischen Polen und der Sowjetunion aufgeteilt. So entstand eine der seltsamsten Grenzen in Europa: künstlich, weitgehend mit dem Lineal gezogen, streng bewacht und fast unüberwindbar. Nach der Liberalisierung des Grenzverkehrs im zweiten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts erlebt der Landstrich in der letzten Zeit weltpolitisch bedingt erneut eine negative Wende. Auf die veränderte Situation nach dem russischen Angriff auf die Ukraine reagierte Polen in den Jahren 2022-2023 mit dem Bau einer etwa 200 Kilometer langen elektronischen Grenzsperrung. Neben dem seit der Sowjetzeit existierenden Grenzzaun bildet sie nun ein weiteres künstliches Element in der ostpreußischen Landschaft und verstärkt so zusätzlich die periphere Lage des südlichen Teiles Ostpreußens innerhalb Polens und der Europäischen Union.

Die Ausstellung ist Ergebnis einer Reise, die der Journalist und Regionalforscher Dawid Smolorz und der Fotograf Thomas Voßbeck im Oktober 2023 unternahmen. Ihr Weg führte von der Frischen Nehrung bis zu dem östlich von der *Rominter* Heide gelegenen polnisch-litauisch-russischen Dreiländereck. Mit Text und Bild präsentiert die Ausstellung Momentaufnahmen von der polnischen Seite dieses europäischen Grenzlandes, gewährt aber auch einen Blick in seine Vergangenheit.



10) Prof. Dr. Manfred Kittel (Berlin/Regensburg): Die zwei Gesichter der Zerstörung. Raphael Lemkins UN-Genozidkonvention und die Vertreibung der Deutschen.

Einladung zur Buchvorstellung von Manfred Kittel am Freitag, 01. März 2024, 18:00 Uhr und Filmvorführung und Gespräch am 12. März jeweils 18 Uhr im Kulturzentrum Ostpreußen, Ellingen

Sehr geehrte Damen und Herren,

am 01. März, um 18.00 Uhr stellt Prof. Dr. Manfred Kittel sein Buch „Die zwei Gesichter der Zerstörung. Raphael Lemkins UN-Genozidkonvention und die Vertreibung der Deutschen“ im Kulturzentrum Ostpreußen vor.

*Am 12. März um 18.00 Uhr berichten die ehemalige Stadtschreiberin von Memel, **Sonya Winterberg**, sowie der ehemalige deutsche Botschafter in Litauen, **Matthias Sonn**, über Ihre Erfahrungen und Einschätzungen zur aktuellen Lage in Litauen.*

Weitere Informationen entnehmen Sie bitte den Ankündigungen weiter unten. Zu beiden Veranstaltungen ergeht eine herzliche Einladung!

Wir freuen uns auf Ihr Kommen!

Mit freundlichen Grüßen aus dem Kulturzentrum Ostpreußen

Gunter Dehnert

Direktor Kulturzentrum Ostpreußen

Schloßstraße 9

D-91792 Ellingen/Bay.

Tel. 09141/864422 Fax 09141/864414

dehnert@kulturzentrum-ostpreussen.de

www.kulturzentrum-ostpreussen.de

www.facebook.com/KulturzentrumOstpreussen



Seite A 155 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Für den polnisch-jüdischen Vater der UN-Völkermordkonvention von 1948 begann ein Genozid nicht erst bei der physischen „Ausrottung“ ganzer Völker, sondern bedeutete vielmehr „Zerstörung nationaler Gruppen als solcher“ in ihrer sozialen Existenz. Später erfuhr der Begriff im Zuge der wachsenden Bedeutung des Holocausts eine Verengung, um schließlich mit dem Boom der Kolonialismus-Debatte erneut einen Begriffswandel zu erfahren. Die Veröffentlichung Kittels verdeutlicht die Geschichte eines weiten Begriffs vom Aushungern der Ukraine über Völkermord und Vertreibung bis heute.

Zum Autor:

Prof. Dr. Manfred Kittel, langjähriger Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte in München, war ab 2009 Gründungsdirektor der Bundesstiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung. Heute forscht er am Bundesarchiv in Berlin zu zeithistorischen Themen und lehrt Neuere Geschichte an der Universität Regensburg. Zu seinen wichtigsten Veröffentlichungen zählen u. a.: *Provinz zwischen Reich und Republik. Politische Mentalitäten in Deutschland und Frankreich 1918–1933/36*, München 2000; *Nach Nürnberg und Tokio. „Vergangenheitsbewältigung“ in Japan und Westdeutschland 1945 bis 1968*, München 2004; *Vertreibung der Vertriebenen? Der historische deutsche Osten in der Erinnerungskultur der Bundesrepublik (1961–1982)*, München 2007; *Stiefkinder des Wirtschaftswunders? Die deutschen Ostvertriebenen und die Politik des Lastenausgleichs (1952 bis 1975)*, Düsseldorf 2020.

11) "Die Stadtschreiberin – Spurensuche im Memelland"

Filmvorführung und Gespräch im Kulturzentrum Ostpreußen, Ellingen

Filmvorführung und Gespräch mit der Autorin und Journalistin Sonya Winterberg und Botschafter a.D. Matthias Sonn.

Moderation: Dr. Klaus Harer, Deutsches Kulturforum östliches Europa

Mittwoch, 12. März 2024, 18.00 Uhr – Eintritt: frei



Seite A 156 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Sonya Winterberg war von Mai bis Oktober 2022 als Stadtschreiberin des Deutschen Kulturforums östliches Europa in der litauischen Hafenstadt Memel/Klaipėda. Gemeinsam mit der Dokumentarfilmerin Susanne Dzeik begab sie sich auf die Spuren der Deutschen im Memelland. Dabei besuchte sie das Simon-Dach-Haus, den Sitz des Vereins der Deutschen im Memelland, recherchierte im Archiv der Arbeitsgemeinschaft der Memellandkreise und sprach mit der Tochter eines ostpreußischen Wolfskindes, die am örtlichen Hermann-Sudermann-Gymnasium Deutsch unterrichtet. Ihre Erkundungen führten sie auch auf die

Kurische Nehrung, zur Königin-Luise-Brücke, die Litauen mit dem Kaliningrader Gebiet der russischen Föderation verbindet, und zum Wolfskinder-Denkmal bei Pogegen/Pagėgiai. In die Erforschung der Vergangenheit spielte dabei immer wieder die Gegenwart hinein, insbesondere die spürbare Bedrohung durch Putins Angriffskrieg.

Im Anschluss an den Film laden wir ein zu einem Gespräch mit der Autorin und dem Botschafter a.D. Matthias Sonn, der von 2019 bis zum Sommer 2023 deutscher Botschafter in Litauen war. In dieser Funktion erlebte er den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine und weiß um die Erwartungen der baltischen Staaten an Deutschland in Bezug auf die politische und militärische Führungsrolle in der Region. Die finnlandschwedische Journalistin Sonya Winterberg arbeitet seit über zwanzig Jahren für Medien in Europa und Nordamerika. Nach Stationen in Belgien, den USA und Deutschland lebt sie heute in Halifax, Nova Scotia. Sie hat u. a. „Kollwitz. Die Biografie“ sowie „Wir sind die Wolfskinder. Verlassen in Ostpreußen“ veröffentlicht.

Eine Veranstaltung des Deutschen Kulturforums östliches Europa e.V. und des Kulturzentrums Ostpreußen

Schlesisches Museum zu Görlitz

Brüderstraße 8, Untermarkt 4, D-02826 Görlitz

Telefon +49 3581 8791-0, Fax +49 3581 8791-200

kontakt@schlesisches-museum.de

www.schlesisches-museum.de



12) Das Ausstellungsprogramm 2024 des Schlesischen Museums in Görlitz

Das Schlesische Museum bietet in diesem Jahr mit seinen Sonderausstellungen ein sehr abwechslungsreiches Panorama schlesischer Kultur und Geschichte. Bis zum 14. April 2024 ist die Schau „Niederschlesien im Aufbruch“ zu sehen, in der charakteristische Gewerbe- und Industrieansiedlungen entlang der 1867 eröffneten Schlesischen Gebirgsbahn von Görlitz über Hirschberg (Jelenia Góra) bis Waldenburg (Wałbrzych) vorgestellt werden. Eine kleinere, aber sehr eindrucksvolle Ausstellung erleben die Besucher mit der Präsentation „Kunst und Krieg“. Bis zum 30. Juni 2024 können Bilder aus dem 17. bis 21. Jahrhundert besichtigt werden, mit denen verschiedene Sichtweisen von Künstlerinnen und Künstlern auf Kriegereignisse deutlich werden.

Große Aufmerksamkeit erhält bereits jetzt die geplante Ausstellung über Jacob Böhme (1575–1624) anlässlich der Jubiläumsjahre 2024 und 2025. 450 Jahre nach seiner Geburt und 400 Jahre nach seinem Tod soll die Ausstellung „LILIENZEIT. Der mystische Philosoph Jacob Böhme und die Erneuerung der Welt“ vom 31. August 2024 bis 2. Februar 2025 seine Gedankenwelt und insbesondere seine Bedeutung in Schlesien einer breiten Öffentlichkeit anschaulich nahebringen. Jacob Böhme zählt zu den wichtigsten deutschen Denkern, der die Literatur, Philosophie, Religion und Kunst über die Jahrhunderte nachhaltig geprägt hat.

Die Schau reiht sich in eine Ausstellungsserie der Staatlichen Kunstsammlungen Dresden ein, die 2017 mit einer vielbeachteten Präsentation in der Dresdner Schlosskapelle ihren Anfang nahm. 2019 folgten Ausstellungen in Coventry und Amsterdam sowie 2022 in Breslau (Wrocław). Mit der Präsentation 2024/25 beteiligt sich das Schlesische Museum an den zahlreichen Vorhaben in Görlitz und Zgorzelec, mit denen Jacob Böhme in diesem und im kommenden Jahr angemessen gewürdigt werden soll.



„Aurora oder Morgenröte im Aufgang“ ist das 1612 verfasste Erstlings- und Hauptwerk Jacob Böhmes; hier in einem frühen Druck von 1634 aus der Bibliothek des Schlesischen Museums. Foto: SMG

Pressemitteilung

Neue Sonderausstellung im Schlesischen Museum zu Görlitz



13) 12.11.2023-30.06.2024, Kunst und Krieg. Zwischen Euphorie und Anklage

Das Schlesische Museum zu Görlitz setzt sich in einer kürzlich eröffneten Kunstaussstellung mit dem Thema „Kunst und Krieg“ auseinander. Etwa 50 Gemälde, Druckgrafiken und kunsthandwerkliche Objekte aus dem 17. bis 21. Jahrhundert zeigen ein Spektrum von

künstlerischen Perspektiven und Techniken. Ziel der Sonderschau ist es, die schwierige Rolle der Kunst in Bezug auf den Krieg zu verdeutlichen und Sichtweisen von teilnahmsvoller Zeitzeugenschaft, kritischer Distanz bis zu heroischen Gesten und Verherrlichung militärischer Macht vorzustellen.

Das Museum dankt besonders der Erika-Simon-Stiftung (Görlitz) für die großzügige finanzielle Unterstützung der Ausstellung, ebenso dem Förderverein des Museums und für zahlreiche Bildspenden an das Museum. Die Ausstellung ist bis zum 30. Juni 2024 zu sehen.

Schlesisches Museum zu Görlitz

Schönhof, Brüderstraße 8

02826 Görlitz

Tel. +49 3581 87910

kontakt@schlesisches-museum.de

www.schlesisches-museum.de



Darstellung der Schlacht an der Katzbach am 26. August 1813 während der Befreiungskriege, 1824, kolorierte Lithographie, vermutlich von Johann Jakob Kirchhoff (1796–1848), © Foto: SMG



Martin Pautsch (1905–1964): Leid über dem Land, 1947, Pastell, © für den Künstler: Uta Loeber-Pautsch, Oldenburg, © Foto: SMG

14) Sonderausstellung "Neue Kunstschatze im Schlesischen Museum"

Das Schlesische Museum lädt Sie ab 30. Juni 2023 herzlich zum Besuch einer neuen Sonderausstellung ein.



Wir präsentieren Ihnen attraktive Neuerwerbungen und Schenkungen der vergangenen Jahre für den Bereich „Kunst“, die bisher noch nie gezeigt wurden. Die Schau gibt damit Einblick in die ständigen Bemühungen des Schlesischen Museums um den Ausbau seiner Sammlungen. Dies zählt zu den Kernaufgaben der Museumsarbeit „hinter den Kulissen“, denn nur auf der Basis qualitativ hochwertiger und breit gefächerter Bestände kann die Vermittlung von Wissens- und Sehenswertem aus der Geschichte Schlesiens in Gegenwart und Zukunft gelingen.

Die Schau macht anschaulich, dass jedes der neu erworbenen Exponate aus dem 18., 19. oder 20. Jahrhundert etwas Besonderes zu erzählen hat: von historischen Ereignissen und bedeutenden Persönlichkeiten, von Begegnungen mit Landschaften und Städten oder von Menschen mit ihren Schicksalswegen, Wünschen und Hoffnungen. Manche Werke „überlebten“ außerdem erstaunliche Abenteuer, bis sie schließlich ins Museum gelangten. Zustande kam diese Schau vor allem dank der vielen großzügigen Schenkungen von privater Seite. Dies trug neben Ankäufen aus dem Handel zur erfreulichen Entwicklung der Kunstsammlung bei. Besonders hervorzuheben ist das große Engagement des Fördervereins des Museums, der Gelder für den Kauf und die Restaurierung einzelner Exponate zur Verfügung stellte. Der Dank gilt außerdem der Ernst von Siemens Kunststiftung, die 2022 ermöglichte, zwei besonders wertvolle Gemälde auf einer Auktion zu ersteigern.

15) Niederschlesien im Aufbruch. Gewerbe und Industrie entlang der Schlesischen Gebirgsbahn. Sonderausstellung, 16.09.2023 bis 14.04.2024





Sonderausstellung im Schlesischen Museum zu Görlitz

Neue Sonderausstellung zur Industriegeschichte im Schlesischen Museum zu Görlitz:
„Niederschlesien im Aufbruch“

16. September 2023 bis 14. April 2024

Am 15. September 2023 um 19 Uhr eröffnet im Schlesischen Museum zu Görlitz die neue Sonderausstellung „Niederschlesien im Aufbruch“ zur schlesischen Industriegeschichte entlang der Schlesischen Gebirgsbahn von Görlitz nach Waldenburg (Wałbrzych). Die 1867 eröffnete Eisenbahnlinie ermöglichte und beförderte den Aufschwung zahlreicher Gewerbe, etwa der Herstellung von Taschentüchern, kostbaren Spitzen, Blaudrucktüchern, Porzellan oder neuartigen Möbeln.

Die Gebirgsbahn war nicht nur das wichtigste Transportmittel für Erzeugnisse der schlesischen Fabriken zwischen Görlitz, Hirschberg (Jelenia Góra) und Waldenburg (Wałbrzych), sondern ab Ende des 19. Jahrhunderts auch eine der Innovationsteststrecken für den elektrischen Betrieb. So zeigt die Ausstellung sowohl Gewerbe- und Industrieprodukte aus Orten entlang der Bahnlinie als auch zahlreiche Eisenbahnmodelle, Fotos und Dokumente von der Strecke.

Aus der Vielzahl der Gewerbe- und Industriezweige mit ihrer weit über Schlesien hinausreichenden Bedeutung sind charakteristische und auch ungewöhnliche Erzeugnisse zu sehen. In Görlitz wurden die Grundlagen geschaffen und Dampfmaschinen und Dampfturbinen produziert, die weltweit Abnehmer fanden. In der Taschentuchstadt Lauban (Lubań) stellten zwischen 1850 und 1945 etwa 35 Fabriken rund 90 Prozent aller in Deutschland produzierten Taschentücher her. Stolz warb die Stadt mit dem Slogan „Lauban putzt der Welt die Nase“.

Im nahegelegenen Langenöls (Olszyna) entwickelte Robert Ruscheweyh ein anderes Spezialprodukt: den Ausziehtisch. Er besaß das weltweit erste Patent dafür. Die von ihm gegründete Fabrik stellte mit einem 13 Meter langen Exemplar für bis zu 50 Personen den wohl längsten Ausziehtisch der Welt her. In der Ausstellung ist ein immerhin 5,25 Meter langes Beispiel zu sehen.

An verschiedenen Orten in Schlesien wurden Stoffe durch Blaudruck verschönert. In Greiffenberg (Gryfów Śląski) entstand eine Blaudruck-Fabrik, aus der sich später die Greiff-Werke für Berufs- und Arbeitskleidung entwickelten. Sehr viel filigraner sind dagegen in tagelanger Handarbeit gefertigte Spitzen, wahre kleine textile Wunderwerke. Im Raum Hirschberg blühte diese Textilkunst vom Ende des 19. Jahrhunderts bis in die 1930er Jahre, protegiert und gefördert von Fürstin Daisy von Press. Sie unterhielt in Hirschberg (Jelenia Góra) selbst zeitweise mehrere Spitzenschulen, aus denen ein bisher nicht gezeigter Bestand nun im Schlesischen Museum zu Görlitz präsentiert wird.

Der Eisenbahnausbau ermöglichte es auch Scharen von Touristen, das idyllische Riesengebirge zu entdecken. Wanderer und Skifahrer nahmen stets ein Stück Urlaub aus Rübezahls Reich mit nach Hause: Schnitzereien, Souvenirs und allerlei Krimskrams.

Der Endpunkt der Reise ist Waldenburg, im 19. Jahrhundert eine schmutzige Industriestadt mit zahlreichen Kohlevorkommen und -gruben. Die Eisenbahn transportierte nicht nur das „schwarze

Gold“ zu Abnehmern im ganzen Deutschen Reich, sondern auch das „weiße Gold“ der Region: feinstes weißes oder farbig dekoriertes Porzellan. Im Raum Waldenburg waren zahlreiche Porzellanfabriken ansässig, darunter auch die Firma Carl Tielsch in Altwasser (Stary Zdrój).

Die vom Historiker Alexander Szalapski kuratierte Ausstellung ist vom 16. September 2023 bis zum 14. April 2024 zu sehen. Dazu erscheint ein reich illustrierter zweisprachiger (deutsch/polnisch) Katalog. Das Begleitprogramm umfasst Vorträge und Führungen durch die Ausstellung, Werksführungen durch das Turbinenwerk Görlitz sowie zwei Wanderungen entlang der Schlesischen Gebirgsbahn.

Infos und Begleitprogramm: www.schlesisches-museum.de

BEGLEITPROGRAMM

Führungen durch die Ausstellung: 29.9. und 13.10. 2023, jeweils 18 Uhr. Vortrag zum Turbinenbau in Görlitz, anschließend Führung

Werksführungen: Turbinenbau Görlitz: 23.10. | 11.12. | 12.2. | 8.4., jeweils 17.30 Uhr. Vortrag und Führung durch das Turbinenwerk Görlitz, Treffpunkt Lutherstr. 51. Infos und Anmeldung zu individuellen Führungen: innovationscampus.goerlitz@siemens-energy.com

Wandern in Schlesien entlang der Schlesischen Gebirgsbahn. Angebot für aktive Naturfreunde: 23.09.2023, Natur und Industrie im schlesisch-oberlausitzischen Grenzraum | 14.10.2023, Kohle und Porzellan. Um die Stadt des schwarzen und weißen Goldes. Die Anmeldung erfolgt direkt bei Senfkorn Reisen, Brüderstraße 13, info@senfkornreisen.de, 03581 400520.

Schlesisches Museum zu Görlitz

Schönhof, Brüderstr. 8, 02826 Görlitz

+49 3581 87910

www.schlesisches-museum.de

Öffnungszeiten

Di–Do 10–17 Uhr

Fr–So 10–18 Uhr

Sonderöffnungszeiten im ersten Quartal, an Feiertagen und während des Christkindelmarktes.







16) Zentrum gegen Vertreibungen: Ausstellungen



ZENTRUM
GEGEN
VERTREIBUNGEN

AUSSTELLUNG: „DIE GERUFENEN“
Deutsches Leben in Mittel- und Osteuropa

AUSSTELLUNG: „ERZWUNGENE WEGE“
Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts

AUSSTELLUNG: „ANGEKOMMEN“
Die Integration der Vertriebenen in Deutschland

AUSSTELLUNG: „VERSCHWUNDEN“
Orte, die es nicht mehr gibt

AUSSTELLUNG: „IN LAGERN“
Schicksale deutscher Zivilisten im östlichen Europa 1941-1955

ZgV - Zentrum gegen Vertreibungen

Organisationsbüro:

Godesberger Allee 72-74 | 53175 Bonn | Telefon: 0228 - 81007-0 | E-Mail: info@z-g-v.de

Besuchen Sie uns auch auf unserer Homepage: www.z-g-v.de

Teil B
Inhaltsverzeichnis (Seiten B I – B VII)

B. a) Termine von Tagungen u.ä.	Seiten B 1 – B 75
--	--------------------------

- 01) Informations-Rundbrief No. 152 der Arbeitsgemeinschaft für pommersche Kirchengeschichte vom 16.01.2024
- 02) 15.02.2024, Berlin: un.sichtbar. Blicke auf das Fotoalbum einer jüdischen Familie 1904-1969
- 03) 15.02.2024 – 16.02.2024, Potsdam: Popular Culture, Social Media and Populist Politics. Perspectives from Eastern Europe
- 04) 15.02.2024 – 16.02.2024, Mainz: Europäische Geschichte(n) der Ukraine. Vom Wert und den Werten einer europäischen Vergangenheit
- 05) 15.02.2024 – 16.02.2024, Warschau: Silenced Church. The Ukrainian Greek Catholic Church Between the Soviet Authorities and the Vatican (1944–1978)
- 06) 22.02.2024, Berlin: Demokracja & Demokratie. Wandel der Politikformen in Polen und Deutschland
- 07) 23.02.2024, Berlin: NS-Überlebende in der Ukraine
- 08) 29.02.2024 – 02.03.2024, Wien: Nur die Hinterländer der Weltmeere? Kontinentaleuropäischer Handel im 17. und 18. Jahrhundert
- 09) 07.03.2024 – 09.03.2024, Marburg/Lahn: Lieder, die Geschichte schreiben
- 10) 18.03.2024 – 19.03.2024, Leipzig: Die Entstehung von deutschsprachigen Fachzeitschriften im 18. Jahrhundert
- 11) 21.03.2024 – 22.03.2024, Aachen: New Approaches to Heritage Development in Eastern Europe
- 12) 21.03.2024 – 22.03.2024, Jena: Imperiale Herrschaft und koloniale Erfahrung im östlichen Europa
- 13) 04.04.2024 – 17.10.2024, Berlin: Gefallene Helden – Demokratische Wortgefechte am Kriegerdenkmal
- 14) 09.04.2024 – 10.04.2024, Leipzig: Übersehen, vergessen, stillgestellt? Zur Latenz kulturellen Erbes
- 15) 15.04.2024, Berlin: Gedenkstätten an ehemaligen Haftorten als Projektionsflächen
- 16) 15.04.2024 – 08.07.2024, Würzburg: Grenzen und Kulturlandschaft. ARKUM – Fachdisziplinen im Gespräch!
- 17) 18.04.2024 – 21.04.2024, Eisenach: 30. Jahrestagung der Wartburg-
- 19) 26.04.2024 – 28.04.2024, Stuttgart: 5. Begegnungstagung „Kultureinrichtungen im Dialog“. Landsmannschaften und Kultureinrichtungen der Vertriebenen im Dialog mit Bund, Ländern und Wissenschaft
- 19) 23.05.2024, Mont Saint Aignan, Frankreich: Erziehung nach Auschwitz und das “Scapa Flow” der Nazi-Intelligentsia
- 20) 04.06.2024 - 06.10.2024, Allenstein, Berlin: 300 Jahre Kant - Austausch in Olsztyn und Berlin zum ewigen Frieden
- 21) 19.06.2024 – 20.06.2024, Potsdam: Der Krieg im Osten 1944/45

Seite B II zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

- 22)** 19.06.2024 – 21.06.2024, Research Park, Norwich, United Kingdom: Ideas of Europe and Images of Russia: From the Eighteenth Century to the Present
- 23)** 28.08.2024 – 30.08.2024, Marburg/Lahn: East and Central European Cultures in Exile. Archiving, Collecting, and Publishing in the Twentieth and Twenty-First Centuries
- 24)** 04.09.2024 – 07.09.2024, Szeged, Ungarn: Life and works of Immánuel Löw
- 25)** 11.09.2024 – 13.09.2024, Potsdam: Streitkräfte zwischen den Weltkriegen. Erfahrungen und Erwartungen in der nationalen und transnationalen Diskussion
- 26)** 16.09.2024 – 20.09.2024, Frankfurt/Main: Projektpräsentationen und Diskussionsforen auf dem 44. Rechtshistorikertag
- 27)** 23.09.2024 – 24.09.2024, Heideberg: From Soviet to Independent Ukraine: A Time of Radical Change
- 28)** 30.09.2024 – 01.10.2024, Bamberg: Räume und Zeiten: Offene und Geschlossene Gesellschaften im Wandel
- 29)** 10.10.2024 - 11.10.2024, Wuppertal: „Heimatpraktiken“ und „Heimatgefühle“ aus historischer Perspektive
- 30)** 18.10.2024, Gamprin-Bendern, Fürstentum Liechtenstein: II. Liechtensteinischer Historikerinnen- und Historikertag
- 31)** 20.11.2024 – 22.11.2024, Augsburg: Internationale und interdisziplinäre Nachwuchstagung zur (Kultur-)Geschichte der Bukowina

B. b) Berichte von Fachtagungen

Seiten B 76 – B 124

- 01)** 25.01.2024 – 27.01.2024, Stuttgart: Neurechte Literatur und Literaturpolitik
- 02)** 21.11.2023 – 24.11.2023, Lüneburg: Die fließenden Grenzen des Kolonialismus
- 03)** 09.11.2023 – 10.11.2023, Hambacher Schloss, Neustadt an der Weinstraße: Orte der Demokratiegeschichte. Arenen der Erinnerung zwischen performativer, medialer und räumlicher Aneignung
- 04)** 03.11.2023 – 04.11.2023, Weimar: Fotografiertes Sozialismus. Zur visuellen Aneignung gesellschaftlicher Wirklichkeiten in der DDR und im östlichen Europa
- 05)** 06.10.2023 – 07.10.2023, Regensburg: Vertreibung und Erinnerung. Forschungsstand und Geschichtspolitik im östlichen Europa
- 06)** 28.09.2023 - 29.09.2023, Würzburg: Freiheit und Unfreiheit in Mitteleuropa (vom Frühmittelalter bis 1989)
- 07)** 19.09.2023 – 22.09.2023, Leipzig: HT 2023: Fragile Fakten verfügbar machen: Die „Wismut“ – multidisziplinäre Forschung über den Uranbergbau und dessen Folgen (1947–2020)
- 08)** 19.09.2023 – 22.09.2023, Leipzig: HT 2023: Russlands Krieg gegen die Ukraine. Von der Stabilität zurück zur Fluidität der Staatsgrenzen – europäische Geschichte als Scherbenhaufen

Seite B III zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

- 09) 15.06.2023 – 17.06.2023, Salzburg: Die extreme Rechte in Deutschland und Österreich und ihr Verhältnis zu Europa, den USA und zur Sowjetunion/Russland (1945 bis heute)

B. c) Zeitschriftenschau

Seiten B 125– B 191

- 01) Historische Zeitschrift 318 (2024), 1
02) Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 72 (2024), 2
03) Zeitschrift für Weltgeschichte 23 (2024), 2
04) BIOS. Zeitschrift für Biographieforschung, Oral History und Lebensverlaufsanalysen 35 (2022), 1
05) Religion und Gesellschaft in Ost und West 52 (2024), 2
06) Religion und Gesellschaft in Ost und West 52 (2024), 1
07) Zeitschrift für Neuere Rechtsgeschichte 45 (2023), 3–4
08) Blätter für deutsche und internationale Politik 69 (2024) 2
09) Cold War History 24 (2024) 1
10) Journal of Austrian Studies 56 (2023), 4
11) Journal of Austrian Studies 56 (2023), 2
12) H-und-G.info. (2023) /3
13) H-und-G.info. Aufarbeitungsforum Heute und Gestern 4 (2023), 4
14) H-und-G.info. Aufarbeitungsforum Heute und Gestern 4 (2024) 1
15) Polin. Studies in Polish Jewry 36 (2024)
16) Pražský sborník historický 50 (2022)
17) Istorija 20. veka 42 (2024) 1
18) Südost-Forschungen 81 (2022)
19) Südost-Forschungen 80 (2021)
20) SPIEGELUNGEN 18 (72), 2.23
21) Comparative Southeast European Studies 71 (2023) 4
22) Osteuropa 73 (2024), 12
23) Hémecht. Revue d'Histoire luxembourgeoise 75 (2024) 4

B. d) Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt

Seiten B 209– B 219

A. Besprechungen (Seiten B 209 – B 215)

- 01) Karolina Kuszyk: In den Häusern der Anderen. Spuren deutscher Vergangenheit in Westpolen. Aus dem Polnischen von Bernhart Hartmann. 6. Auflage. (7 SW-Abb.). (Berlin) Ch. Links Verlag (2023). 395 Seiten. ISBN 978-3-96289-146-6. Euro 25,00.
- 02) Sean McMeekin: Es war Stalins Krieg. Wie der Diktator die Eroberung Europas und Ostasiens plante. (zahlreiche Karten und Fotos in SW). Gilching: Druffel & Vowinckel (2023). XII, 728 Seiten. ISBN 978-3-8061-1286-3. € 44,80.
Rezensent: Jürgen W. Schmidt, Berlin

- 03)** Kerstin von Lingen, Peter Pirker (Hg.): Deserteure in der Waffen-SS. Entziehungsformen, Solidarität, Verfolgung. (mit zahlreichen Abb. und Tab.).
(Paderborn) Brill Schöningh (2023). XXXIV, 347 Seiten.
= Krieg in der Geschichte. Band 122.
ISSN 2629-7418.
ISBN 978-3-506-79135-1 (hardback); ISBN 978-3-657-79135-4 (e-book).
Euro 49,90.
Rezensent: Jürgen W. Schmidt, Berlin

B. Besprechungen in Arbeit (Seite B 216)

- 01)** Handbuch Landesgeschichte. (43 Abb., darunter einige mehrfarbige Abb.). Hrsg. von Werner Freitag, Michael Kißener, Christine Reinle und Sabine Ullmann.
(Berlin) De Gruyter Oldenbourg. (2018). XII, 706 Seiten. = de Gruyter Reference.
Gebunden ISBN 978-3-11-035411-9. € 99,95.
Rezensent: Prof. Dr. Grisca Vercamer, Chemnitz
- 02)** Christofer Herrmann / Kazimierz Pospieszny / Ernst Gierlich (Hrsg.): Spiegel der Fürstenmacht. Residenzbauten in Ostmitteleuropa im Spätmittelalter – Typen, Strukturen, Ausschmückung. (zahlreiche Farbfotos, zahlreiche mehrfarbige und einfarbige Abb.).
(Bonn) Kulturstiftung der Vertriebenen (1921). 289 Seiten.
ISBN 978-3-88557-243.5. € 24,90.
Rezensent: Reinhard M. W. Hanke, Berlin
- 03)** Peter Bahl: Belastung und Bereicherung. Vertriebenenintegration in Brandenburg ab 1945.
(Berlin) Berliner Wissenschaftsverlag (2020). XVII, 1.718 Seiten.
= Bibliothek der brandenburgischen und preußischen Geschichte. Im Auftrag des Brandenburgischen Hauptarchivs und der Historischen Kommission zu Berlin herausgegeben von Mario Glauert und Michael Wildt. Band 17.
ISBN Print 978-3-8305-5016-7. € 125,00.
ISBN E-Book 978-3-8305-4186-8. Freier Zugang. € 125,00.
Rezensent: Reinhard M. W. Hanke, Berlin
- 04)** Ute Engel: Stil und Nation. Barockforschung und deutsche Kulturgeschichte, ca. 1830-1933. (129 +2 Abb.).
(Paderborn) Wilhelm Fink (2018). 798 Seiten.
ISBN 978-3-7705-5492-8. € 128,00 (D).
Rezensent: Dr. Wulf Dietrich Wagner, Berlin.

C. Zur Besprechung in der Redaktion eingegangen (Seiten B 217 – B 219)

- 01)** Ziko van Dijk: Wikis und die Wikipedia verstehen. Eine Einführung. (13 Abb., 18 Tab.). (Bielefeld) [transcript] (2021). 338 Seiten.
ISBN 978-3-8376-5645-9. € 35,00.
E-Book (EPUB) Open Access PDF-ISBN 978-3-8394-5694-3. € 38,99?
- 02)** Herma Kennel: Als die Comics laufen lernten. Der Trickfilmpionier Wolfgang Kaskeline zwischen Werbekunst und Propaganda. (zahlreich SW-Abb. im Text, 10 Farbfotos auf 8 Farbtafeln im Anhang) (Berlin) be:bra Verlag (2020). 240 Seiten. ISBN 978-3-89809-176-2. Euro 24,00.
- 03)** Steffen Reiche: Tief träumen und hellwach sein. Politiker und Pfarrer mit Leidenschaft. Ein autobiografischer Essay. (22 SW-Fotos im Text). (Bonn) Dietz (2020). 261 Seiten. ISBN 978-3-8012-0461-7. € 24,00.
- 04)** Handbuch qualitative und visuelle Methoden der Raumforschung. (zahlreiche Abbildungen, Tabellen).
Hg. von Anna Juliane Heinrich, Séverine Marguin, Angela Million, Jörg Stollmann.
Bielefeld: Transcript Verlag (2021). 464 Seiten. = utb. Band 5582.
Print-ISBN 978-3-8252-5582-4. € 29,90.
PDF-ISBN 978-3-8385-5582-9.
- 05)** Judith Heß: Europäisierung des Gedenkens? Der Erste Weltkrieg in Deutschen und britischen Ausstellungen. (15 SW-Abbildungen). (Bielefeld) transcript (2021). 356 Seiten.
Print-ISBN 978-3-8376-5619-0. € 60,00.
PDF-ISBN 978-3-8394-5619-4. € 59,99.
- 06)** Nicht nur Bauhaus. Netzwerke der Moderne in Mitteleuropa / Not just Bauhaus. Networks of Modernity in Central Europe. Herausgegeben von Beate Störtekuhl und Rafał Makąła. (mit zahlreichen schwarz-Weißen und mehrfarbigen Abb.). (Berlin / Boston) de Gruyter/Oldenbourg (2020). 400 Seiten.
= Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa. Band 77. ISBN 978-3-11-065876-7. € 59, 59.
- 07)** Bernhard Jähniq: Zum Innenleben des Deutschen Ordens in Preußen. Ergänzte Beiträge zum 80. Geburtstag in Auswahl (mit 28 Abb., Karten und Tafeln).
Münster/Westf.: Nicolaus-Copernicus-Verlag 2021. – XX, 412 Seiten.
= Quellen und Darstellungen zur Geschichte Westpreußens. Nr. 45.
ISBN 978-3-924238-60-5.- € 18,00 (+ Versandkosten über Wolbeck).

- 08)** Wolfram Euler und Konrad Badenheuer:
Sprache und Herkunft der Germanen. Rekonstruktion des Frühgermanischen vor der Ersten Lautverschiebung
(1 mehrfarbige Karte). 2., überarbeitete Auflage.
Berlin / London: Verlag Inspiration UN Limited 2021. 271 Seiten.
ISBN 978-3-945127-278. € 89,00.
- 09)** Wolfram Euler: Das Westgermanische. Seine Rekonstruktion von der Herausbildung im 3. bis zur Aufgliederung im 7. Jahrhundert.
(vier Abbildungen). [Zweite Auflage].
London / Berlin: Verlag Inspiration Un Limited 2022. 267 Seiten.
ISBN 978-3-945127-414. € 49,00.
- 10)** Gabriel Berger: Der Kutscher und der Gestapo-Mann. Berichte jüdischer Augenzeugen der NS-Herrschaft im besetzten Polen in der Region Tarnów (mit zahlreichen SW-Abbildungen). (Berlin) Lichtig Verlag (2018). 171 Seiten. ISBN 978-3-929905-39-7. € 14,90.
- 11)** Astrid Bartel: Des Lebens ungeteilte Freude. Erzählungen.
(Norderstedt: BoD Book on Demand 2022). 396 Seiten.
ISBN 978-3-7557-1708-9. € 14,90.
- 12)** Historisch Ostdeutsche Gedenktage 2019. Persönlichkeiten und Historische Ereignisse. (zahlreiche SW-Abbildungen). (Bonn) Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (2021). 248 Seiten.
ISBN 978-3-88557-247-3. € 9,80.
Historisch Ostdeutsche Gedenktage 2020. Persönlichkeiten und Die Historische Ereignisse. (zahlreiche SW-Abbildungen). (Bonn) Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (2021). 240 Seiten.
ISBN 978-3-88557-248-0. € 9,80.
Historisch Ostdeutsche Gedenktage 2021. Persönlichkeiten und Historische Ereignisse. (zahlreiche SW-Abbildungen). (Bonn) Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (2021). 256 Seiten.
ISBN 978-3-88557-250-3. € 9,80.
- 13a)** Złotów 1370 – 2020. 650-lecie miasta. Opracował [Bearbeiter] Joachim Zdrenka. (zahlreiche SW-Abbildungen im Text, mehrfarbiger Stadtplan von 1805 im Anhang). (Toruń) adam marszałek (2020). 573 Seiten.
ISBN 978-83-8180-376-2; ISBN 978-83-950240-5-4. Złoty 100,00.
- 13b)** Złotów / Flatow 1370-2020. 650 Jahre der Stadt. Übersetzte und ergänzte Auflage bearbeitet von Joachim Zdrenka. ((zahlreiche SW-Abbildungen im Text, mehrfarbiger Stadtplan von 1805 im Anhang). (Toruń) adam marszałek (2022). 617 Seiten.
ISBN 978-83-8180-376-2; ISBN 978-83-8180-659-6. Złoty 144,90.

- 14)** Preußen und sein Osten in der Weimarer Republik. Herausgegeben von Manfred Kittel, Gabriele Schneider, Thomas Simon. (mit Abb. und Tab.). Berlin: Duncker & Humblot (2022). 383 Seiten.
= Forschungen zur brandenburgischen und preußischen Geschichte. Neue Folge, Beiheft 17.
ISBN 978-3-428-18526-9 (Print). € 119,90.
- 15)** Gisela Borchers, Arbeitsgemeinschaft Vertriebene der Oldenburgischen Landschaft: Bund der Vertriebenen (BdV). Seine Geschichte in der Stadt Oldenburg. (zahlreiche SW- und mehrfarbige Abb. auf 7 Seiten Anhang, 1 mehrfarbiger Stadtplan von Oldenburg auf der hinteren Umschlaginnenseite).
Oldenburg: Isensee-Verlag (2022). 79 Seite + 7 Seiten Anhang mit Abb. Herausgegeben von der Oldenburgischen Landschaft.
ISBN 978-3-7308-1963-0. € 15,00.
- 16)** 52. Heimatjahrbuch der Kreisgemeinschaft Allenstein e.V. Weihnachten 2021. Herausgegeben von der Kreisgemeinschaft Allenstein e. V., Kreisvertreter Andreas Galinski. (zahlreiche SW- und mehrfarbige Abb., mehrfarbige Bildkarte auf Umschlag-Rückseite).
(Velbert 2021). 280 Seiten. € ?
- 17)** Angerburger Heimatbrief. Heft Nr. 170, Dezember 2022. Herausgeber: Kreisgemeinschaft Angerburg e.V. (Mitglied in der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.). (Rotenburg / Wümme 2022). 171 Seiten. € ?
- 18)** Gilbert H. Gornig: Deutsch-polnische Begegnung zu Wissenschaft und Kultur im zusammenwachsenden Europa / Niemiecko-polskie spotkania nauki i kultury w jednoczącej się Europie (zahlreiche SW- und mehrfarbige Abb.). Marburg (an der Lahn): Danziger Naturforschende Gesellschaft (Klages-Verlag August W. Klages Nachf. Markus Szczeponek e. K. (2022).
= Schriftenreihe der Danziger Naturforschenden Gesellschaft. Band 14.
ISBN 978-3-7831-9022-5. € 5,00.
- 19)** Monarchie und Diplomatie. Handlungsoptionen und Netzwerke am Hof Sigismunds III. Wasa. (Hg.) Kolja Lichy, Oliver Hegedüs. (Paderborn) Brill / Schöningh (2023). XLI, 333 Seiten.
= Fokus. Neue Studien zur Geschichte Polens und Osteuropas. Band 13.
ISSN 2698-5020. ISBN 978-3-506-70588-4 (hardback); ISBN 978-3-657-70588-7 (e-book). € 99,00.

Letzte Termin-Gesamtschau, siehe AWR-Nr. 830 vom 15.12.2022

01) Informations-Rundbrief No. 152 der Arbeitsgemeinschaft für pommersche Kirchengeschichte vom 16.01.2024



Vorsitzender
Pfr. Dr. Irmfried Garbe
Dorfstr.1
17111 Hohenbollentin
Tel.: 039996-79135
irmfried.garbe@posteo.de

Geschäftsstelle der AGpomKG • Karl-Marx-Platz 15 • 17489 Greifswald • Email: m.bartels@predigerseminar-rz.de

**Informations-Rundbrief No. 152 der Arbeitsgemeinschaft für
pommersche Kirchengeschichte vom 16.01.2024**

Liebe Mitglieder und Freunde der Arbeitsgemeinschaft für pommersche Kirchengeschichte!

Ein herzlicher Gruß zum neuen Jahr 2024 voraus! Mein Wunsch für Sie alle: Bleiben Sie zuversichtlich! In diesem Jahr werden mehrere Jubiläen begangen, die unsere kirchenhistorischen Aktivitäten mitprägen werden: vor 900 Jahren startete Bischof Otto von Bamberg seine erste Missionsreise nach Pommern (Frühjahr 1124 bis März 1125); vor 250 Jahren wurde Caspar David Friedrich am 5.9.1774 in Greifswald geboren; vor 150 Jahren verstarb Fritz Reuter an seinem Alterssitz in Eisenach am 12.7.1874 – für sein Grabdenkmal formulierte Reuter: *Der Anfang, das Ende, o Herr, sie sind Dein. Die Spanne dazwischen, das Leben war mein. Und irrte ich im Dunkeln und fand mich nicht aus, bei dir, Herr, ist Klarheit, und Licht ist Dein Haus.*

Wir haben uns wieder eine Folge von Veranstaltungen, Vorträgen und Begegnungen vorgenommen, zu denen wir Sie sehr herzlich einladen.

1.) **VORTRAG:** Unser Mitglied Oberbürgermeister **Dr. Stephan Fassbinder** eröffnet in Greifswald die Erinnerungen an Otto von Bamberg mit seinem Vortrag im **Greifswalder Rathaus** am **23. Januar 2024** um **18 Uhr:**

„Vor 900 Jahren: Ein Bischof mit Mission – Otto von Bamberg in Pommern“

Den Flyer dieser Veranstaltung finden Sie im Anhang. Mit dieser Veranstaltung beginnt ein längeres Veranstaltungsgeschehen, das sich um das Jubiläum der systematischen Christianisierung Pommerns vor 900 Jahren ranken wird. Für die Koordination der unterschiedlichen Beiträge trifft sich seit Ende 2022 auf Initiative des Pommerschen Landesmuseum ein Arbeitskreis „Otto 900“, an dem auch unsere AG beteiligt ist.

2.) Die **AG für Mecklenburgische Kirchengeschichte** lädt am **24. Januar** um 17 Uhr herzlich zur **Buchvorstellung** **„Einblick in kirchliche Situation Mecklenburgs zum Kriegsende 1945“** in das Rostocker Slüterhaus (Dierkower Höhe 43) ein. **Margrit Käthow** und **Johann Peter Wurm** stellen ihr Buch "Das Kriegsende 1945 in der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs, Lageberichte aus den Kirchengemeinden Teil 2" vor. Die Verfasser haben dafür die Lageberichte aus den Kirchengemeinden der damaligen Kirchenkreise Rostock-Stadt, Rostock-Land, Güstrow und Parchim ausgewertet.

3.) Unser Mitglied Prof. Dr. Haik Porada referiert im Neuen Dorfgemeinschaftshaus **Kasnevit** auf Rügen am **26.1.2024** um **18.30 Uhr** über das kartographiegeschichtliche Thema: **Landmesser in schwedischen Diensten in Kasnevit und auf Rügen – über zivile und militärische Karten in der Schwedenzeit Rügens (1692 bis 1709)**

Dabei handelt es sich um den Start der diesjährigen Reihe der „Kasnevitze Heimatabende“. Der Abend wird von Reinhard Piechocki moderiert. Das sehenswerte Kasnevitze Dorfgemeinschaftshaus sei ganz generell Ihrem Besuch empfohlen!

Seite B 2 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

4.) Die Ernst-Moritz-Arndt-Gesellschaft veranstaltet am **27. Januar in Groß Schoritz um 16 Uhr** einen Themennachmittag zum „Erlebnis Rügen – Als der Overtourismus noch ein Fremdwort war“. Es referieren Stadtarchivar Dr. Frank Biederstaedt über **Fontanes Rügenbild** und Staatssekretär Heiko Miraß über die **Rügen-Erkundungen von Johann Jacob Grümbke**.

5.) Die Pommersche Stiftung für historische Bildung veranstaltet am **30. Januar den Zweiten Historischen Bildungstag MV** unter dem Titel „Zurück zu den Quellen“. Diese hochkarätig besetzte, ganztägige Veranstaltung in den Räumen von **St. Spiritus in Greifswald zwischen 9 und 17 Uhr** richtet sich an alle Multiplikatoren historischer Bildung wie Geschichts- und Sozialkundeführer, Jugendleiter, Hortner und andere, die mit Heranwachsenden Kontakt haben. Das vielseitige Programm dieser Veranstaltung finden Sie auf dem beiliegenden Flyer. Für die Anmeldung läuft die Anmeldefrist am 22. Januar aus. Reagieren Sie bitte schnell!

6.) Am **14. Februar** hält der Kunsthistoriker Detlef Witt um 19 Uhr in der Seitenkapelle der St. Petri-Kirche in Wolgast einen **Vortrag** zum Thema „**Die Figuren des Mönchower Altars und die mittelalterliche Holzskulptur auf Usedom**“. Die Holzskulpturen des Mönchower Retabels aus der Zeit um 1510 befinden sich seit 1958 in der St. Petri-Kirche. Es ist beabsichtigt, die 1958 grob überstrichenen Fragmente der wertvollen mittelalterlichen Bemalung der Figuren freizulegen.

7.) Unsere Arbeitsgemeinschaft ist Mitveranstalter des **Otto-von-Bamberg-Seminarwochenendes** im Haus der Stille, das vom **1. bis 3. März in Weitenhagen** stattfinden wird. Es wird gestaltet von Dr. **Irmfried Garbe** und dem Kunsthistoriker **Detlef Witt**. Ausgehend von seinen Missionsreisen rücken Ottos Leben, seine Bedeutung für die Kirchengeschichte (nicht nur Pommerns), seine memoriale und bildliche Präsenz sowie Otto-Erinnerungsorte in den Fokus. Die Anmeldung zu diesem Seminar, das am Freitagabend beginnt und am Sonntagmittag endet erfolgt über die Internetseite des „Hauses der Stille“ bzw. die über Email: anmeldung-hds@weitenhagen.de. Die Platzzahl ist durch die Hauskapazität begrenzt. Entscheiden Sie sich rechtzeitig! Auch zu dieser Veranstaltung liegt der Flyer bei.

8.) Das Pilgerbüro der Erzdiözese Bamberg bietet mit Begleitung des emeritierten Erzbischofs und Otto-von-Bamberg-Kundigen Dr. Ludwig Schick, der uns auf der letztjährigen Bamberg-Exkursion in bester Erinnerung ist, vom **20. bis 25. Mai** eine ökumenisch geöffnete **Diözesanwallfahrt auf den Spuren des hl. Otto in Pommern** an. Sie wird über mehrere Stationen Vorpommerns schließlich nach Szczecin führen. Den Werbeflyer für diese Veranstaltung finden Sie seit Dezember auch auf unserer Homepage: <https://www.kirche-mv.de/fileadmin/Pommern/AG-PKG/2024-Dioezesanwallfahrt.pdf> Ob aktuell noch Anmeldungen möglich sind, sollten Interessenten zeitnah mit Bamberger Pilgerbüro telefonisch klären.

9.) **Neuerscheinung:** im Verlag Gunter Oettel erschien der Band „**VERKÜNDIGUNG - die reformatorischen Bildwerke Brandenburgs und deren druckgrafische Vorlagen**“ von **Rudolf Bönisch**. Rudolf Bönisch aus Lübbenau forscht seit Jahren zu den druckgrafischen Vorlagen barocker Bildwerke.

AUSBLICK auf weitere AG-Veranstaltungen im Jahr 2024:

10.) **Dr. Norbert Buske-GEDENKSTUDIEN TAG:** In Erinnerung an unseren langjährigen Vorsitzenden Dr. Norbert Buske (1936-2023) wollen wir am Mittwoch, den 15. Mai 2024, einen Gedenkstudientag veranstalten, der um 16.30 Uhr starten und gegen 19.30 enden wird. Der genaue Ort und das Programm werden noch bekannt gegeben. Nehmen Sie sich diesen Termin schon jetzt in den Kalender!

11.) In bereits bewährter Verbindung mit dem Konvent der evangelischen Pommern (Pommernkonvent e.V.) werden wir vom **12. bis 15. September** eine mehrtägige **Exkursion auf den Spuren Otto von Bambergs im Stettin-Kammer Raum** organisieren. Die genauen Konditionen dieser Erkundungsreise, die u.a. die Otto-Ausstellung in Szczecin und den Dom zu Kammin einbezieht, werden im

Seite B 3 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

nächsten Rundbrief detailliert bekannt gegeben. Anmeldungen können Sie aber schon jetzt tätigen an:

12.) GEDENKEN: Zuletzt weisen wir auf einen verstorbenen Freund unserer AG hin. Wir gedenken seiner in Dankbarkeit:

Dr. Theodor Wengler (10.04.1933 Stettin – 31.12.2023 Bad Honnef)

„Wir müssen bereit werden, uns von Gott unterbrechen zu lassen.“ (Dietrich Bonhoeffer)

Sollten Sie Informationen über Veranstaltungen, Neuerscheinungen, Ausstellungen und ähnliches haben, die unsere Mitglieder und Freunde interessieren sollte, melden Sie diese bitte unseren Kurator für Öffentlichkeitsarbeit:

witt.detlef@bauforscher.de

Mit herzlichen Grüßen und guten Wünschen

Ihr

Irmfried Garbe & Detlef Witt

Informationsbrief der Arbeitsgemeinschaft für pommersche Kirchengeschichte e.V.
Internet www.pommersche-kirchengeschichte-ag.de

Diese E-Post erhalten Sie im Auftrag des Vorstands der Arbeitsgemeinschaft für pommersche Kirchengeschichte e.V. Sollten Sie keine weitere Benachrichtigung von uns über Veranstaltungen und Neuerscheinungen auf dem Gebiet der pommerschen Kirchen- und Landesgeschichte wünschen, bitten wir um eine kurze Nachricht, damit wir Ihre Adresse aus unserem E-Post-Verteiler löschen können.

02) un.sichtbar. Blicke auf das Fotoalbum einer jüdischen Familie 1904-1969

Veranstalter Public History Master FU/ZZF; Jüdisches Museum Berlin; Museum Charlottenburg-Wilmersdorf, Villa Oppenheim
Veranstaltungsort Museum Charlottenburg-Wilmersdorf, Villa Oppenheim, Schloßstr. 55
14059 Berlin

Findet statt in Präsenz

Vom - Bis

15.02.2024 - 15.02.2024

<https://visual-history.de/2024/01/23/un-sichtbar/>

Von

Christine Bartlitz, Abteilung III »Zeitgeschichte der Medien- und Informationsgesellschaft«, Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam

Im Zentrum der Veranstaltung steht ein Fotoalbum. Studierende des Masters Public History (FU/ZZF) stellen ihr Projekt und Ergebnisse vor. In einem Podiumsgespräch geht es um die Bedeutung von privaten Fotografien für die Geschichtswissenschaft.

un.sichtbar. Blicke auf das Fotoalbum einer jüdischen Familie 1904-1969

Projektvorstellung und Podiumsgespräch von und mit Studierenden des Masters Public History (FU Berlin/ZZF)

Mitwirkende: Theresia Ziehe (Jüdisches Museum Berlin), Robert Mueller-Stahl (ZZF Potsdam), Michael Lindenberger (Stifter des Albums)

Im Zentrum der Veranstaltung steht ein Fotoalbum der Familie Lindenberger. Es zeigt die Mitglieder der Familie, ihre Feste und Ausflüge, die Urlaubsreisen in die Berge und ans Meer: Einblicke in ein bürgerliches Leben in Deutschland – das Leben einer jüdischen Familie. Das Album dokumentiert das Leben im Kaiserreich, in der Weimarer Zeit, unter NS-Herrschaft und den Aufbau einer neuen Existenz in Palästina.

Was ist sichtbar? Was bleibt unsichtbar? Ein Fotoalbum erzählt von der privaten Familiengeschichte ebenso wie von der Zeit, in der es entstanden ist. Studierende des Masterstudiengangs Public History der Freien Universität Berlin haben das Fotoalbum der Familie Lindenberger als zeitgeschichtliche Quelle im Sinne einer Visual History untersucht und sich dabei auf das Spannungsverhältnis von Sichtbarem und Unsichtbarem konzentriert.

Die Studierenden geben Einblick in das Fotoalbum, stellen ihr Projekt und Ergebnisse vor. In einem Podiumsgespräch geht es um die Bedeutung von privaten Fotografien für die Geschichtswissenschaft und was sie über jüdisches Leben in Deutschland erzählen können. Nach der Veranstaltung gibt es die Möglichkeit, sich bei einem Getränk weiter auszutauschen.

Eintritt frei

Anmeldung unter museum@charlottenburg-wilmersdorf.de oder Tel. 030-902924106

Programm

19.00 Begrüßung: Heike Hartmann (Museum Charlottenburg-Wilmersdorf), Christine Bartlitz (ZZF Potsdam), Theresia Ziehe (Jüdisches Museum Berlin)

19.15 Gespräch mit Michael Lindenberger (Stifter des Fotoalbums)

19.30 Projektvorstellung der Studierenden (Public History)

20.00 Podiumsdiskussion mit Theresia Ziehe (Jüdisches Museum Berlin) und Robert Mueller-Stahl (ZZF Potsdam), Moderation: Christine Bartlitz (ZZF Potsdam)

20.30 Come together

Kontakt

Christine Bartlitz
Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam
Am Neuen Markt 1, 14467 Potsdam
bartlitz@zzf-potsdam.de

<https://visual-history.de/2024/01/23/un-sichtbar/>

Zitation

un.sichtbar. Blicke auf das Fotoalbum einer jüdischen Familie 1904-1969., In: H-Soz-Kult, 09.02.2024, www.hsozkult.de/event/id/event-142004.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

03) Popular Culture, Social Media and Populist Politics. Perspectives from Eastern Europe

Veranstalter Leibniz-Zentrum für Literatur- und Kulturforschung / Universität Potsdam
Veranstaltungsort Leibniz-Zentrum für Literatur- und Kulturforschung, Ilse-Zimmermann-Saal, Pariser Str. 1
Gefördert durch Leibniz-Kooperative Exzellenz
10719 Berlin

Findet statt in Präsenz

Vom - Bis

15.02.2024 - 16.02.2024

<https://www.zfl-berlin.org/veranstaltungen-detail/items/popular-culture-social-media-and-populist-politics-perspectives-from-eastern-europe.html>

Von

Georgia Lummert, Leibniz-Zentrum für Literatur- und Kulturforschung

Workshop des Verbundprojekts "Adjustment and Radicalisation. Dynamics in Popular Culture(s) in Pre-War Eastern Europe"

Popular Culture, Social Media and Populist Politics. Perspectives from Eastern Europe

Given the huge success of populist movements (as in Poland or Hungary) and the establishment of authoritarian forms of rule (as in Belarus and Russia), the role of popular culture within society has also changed. Popular culture faces greater political instrumentalization and, in part, repression, but also functions to compensate and resist as it transforms social unrest into entertaining formats. Social media in particular have opened up new possibilities and techniques to exaggerate political antagonisms, undermine ideological discourses, or create alternative symbols and narratives. At the workshop, we will compare a series of case studies from Poland, Russia, Hungary, and Ukraine to analyze different formats of popular culture from Eastern Europe, observing how their forms and functions have changed in recent years.

Programm

Thursday, 15 Feb 2024

2.30 pm

- Welcome & Introduction of Participants and Projects
- Aleksandra Szczepan (University of Potsdam): Sentimental Auschwitz and Righteous Gentiles: Holocaust Kitsch as a Political Tool in East-Central Europe
- Alina Mozolevska (Petro Mohyla Black Sea National University, Mykolaiv/Centre for East European and International Studies, ZOIS): Meme Wars: Weaponization of Popular Culture in the Russo – Ukrainian War

5 pm

- Marina Scharlaj (Dresden University of Technology): Pop Music, Politics and the Construction of War (Before and After Russia's invasion of Ukraine)
- Indira Anna Hajnács (Leibniz Institute for the History and Culture of Eastern Europe): Folk Music as a Projection Vehicle. Music and Populism in Hungary

Friday, 16 Feb 2024

10.15 am

- Konrad Sierzputowski (Jagiellonian University, Kraków/ZfL): Populism, Popular Culture, and Communities of Laughter in Poland (2015–2023)
- Joanna Staśkiewicz (University of Potsdam): Burlesque as Queer Heterotopia. Queering Gender Constructions, Myths and Biography in Burlesque using Examples from Berlin, New Orleans, and Warsaw

12.15 pm

- Daria Ganzenko (Leibniz Centre for Contemporary History, Potsdam): Comedy of Resentment and Pride: 'Russian People' in Mikhail Zadornov's Satiric Monologues (1989–2000s)

2.30 pm

- Final Discussion

Kontakt

dynamics@zfl-berlin.org

<https://www.zfl-berlin.org/veranstaltungen-detail/items/popular-culture-social-media-and-populist-politics-perspectives-from-eastern-europe.html>

Zitation

Popular Culture, Social Media and Populist Politics. Perspectives from Eastern Europe.,
In: H-Soz-Kult, 09.02.2024, www.hsozkult.de/event/id/event-141889.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de

04) Europäische Geschichte(n) der Ukraine. Vom Wert und den Werten einer europäischen Vergangenheit

Leibniz-Institut für Europäische Geschichte (IEG) Mainz

Ausrichter

Leibniz-Institut für Europäische Geschichte (IEG) Mainz

Veranstaltungsort

Leibniz-Institut für Europäische Geschichte (IEG) Mainz

Gefördert durch Leibniz-Forschungsverbund Wert der Vergangenheit

55116 Mainz

Findet statt in Präsenz

Vom - Bis

15.02.2024 - 16.02.2024

<https://www.ieg-mainz.de>

Von

Stefanie Mainz, Leibniz-Institut für Europäische Geschichte (IEG) Mainz

Workshop im Leibniz-Forschungsverbund Wert der Vergangenheit, Lab 2.1 Dynamische Räume.

Organisation: Gregor Feindt (IEG Mainz), Joachim Berger (IEG Mainz), Marcus Otto (GEI Braunschweig), Steffen Sammler (GEI Braunschweig)

Europäische Geschichte(n) der Ukraine. Vom Wert und den Werten einer europäischen Vergangenheit

Wie wurde die Ukraine – argumentativ – ein Teil Europas, vor und nach dem 24. Februar 2022? Der Workshop »Europäische Geschichte(n) der Ukraine« fragt danach, welcher Stellenwert einer europäischen Vergangenheit der Ukraine inner- und außerhalb des Landes zugeschrieben wird und mit welchen spezifischen Werten Akteure aus Politik, Zivilgesellschaft und Wissenschaft eine solche europäische Vergangenheit des Landes verbinden. Dabei wollen die Vorträge besonders die unterschiedlichen raum-zeitlichen Ordnungsmuster und Konstellationen in den Blick nehmen, die für eine solche europäische Geschichte in verschiedenen gesellschaftlichen und medialen Kontexten aktiviert wurden. Welche Epochen und Zeitlichkeitszuschreibungen wurden besonders mit Wert und Werten

Seite B 8 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

aufgeladen? Wie greifen zum Beispiel populäre Deutungen die raumzeitlichen Metanarrative von Fortschritt und Rückständigkeit auf? Und schließlich: Wie wirkt sich die Europäisierung der Ukraine über historische Argumente auf das Selbstverständnis und die Geschichtskultur des übrigen Europas aus?

Programm

Donnerstag, 15. Februar 2024

13:30 Uhr

Begrüßung und Einleitung

14:00 Uhr

Tetiana PORTNOVA (Potsdam)

Finding Its Place in European History: Ukrainian Historians' Discussions, 19th–21st Centuries

14:45 Uhr Pause

15:00 Uhr

Steffen SAMMLER / Marcus OTTO (Braunschweig)

Europa als Argument, Wert und Versprechen? Westeuropäische Perspektiven auf die Geschichte der Ukraine in Schulbüchern

15:45 Uhr

Mariia KOVALCHUK (München)

Die Darstellung Europas in den ukrainischen Schulbüchern: Zwischen Teleologie und Partnerschaft

16:30 Uhr Pause

17:00 Uhr

Jurij SHAPOVAL / Yulia OSTROPALCHENKO (Braunschweig)

Russische Geschichtslehrbücher 2023: Stereotypen und neue Ansätze

17:45 Uhr

Diskussionsrunde: Geschichte im Krieg – Bildungsmedien und der Wert der Vergangenheit in umkämpften Zeiten

Freitag, 16. Februar 2024

9:15 Uhr

Gregor FEINDT (Mainz)

Terra incognita? Wie deutsche, polnische und britische Zeitungen nach dem 24. Februar 2022 die Ukraine und ihre Geschichte in Europa positionierten

10:15 Uhr

Stefan ALBRECHT (Mainz)

Die antike und mittelalterliche Ukraine in Ausstellungen der letzten 30 Jahre – eine Tour d'horizon. Inszenierte In-Wert-Setzung der Vergangenheit

Seite B 9 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

11:00 Uhr Pause

11:30 Uhr

Joachim BERGER (Mainz)

Die Ukraine – ein blinder Fleck der westeuropäischen Europa-Historiographie seit 1991?

12:15 Uhr

Abschlussdiskussion:

Welchen Wert hat eine europäische Vergangenheit?

Mittagsimbiss und Abreise (ca. 13:00 Uhr)

Eine digitale Teilnahme ist grundsätzlich möglich. Anmeldung bitte bis zum 14. Februar an info@ieg-mainz.de

Kontakt

info@ieg-mainz.de

<https://www.ieg-mainz.de>

Zitation

Europäische Geschichte(n) der Ukraine. Vom Wert und den Werten einer europäischen Vergangenheit., In: H-Soz-Kult, 08.02.2024, www.hsozkult.de/event/id/event-141966.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de

05) Silenced Church. The Ukrainian Greek Catholic Church Between the Soviet Authorities and the Vatican (1944–1978)

Veranstalter Deutsches Historisches Institut Warschau

Veranstaltungsort Niemiecki Instytut Historyczny w Warszawie

00-540 Warschau

Findet statt Hybrid

Vom - Bis

15.02.2024 - 16.02.2024

<https://www.dhi.waw.pl/veranstaltungen/tagungen/detail/silenced-church-the-ukrainian-greek-catholic-church-between-the-soviet-authorities-and-the-vatican-1944-1978/>

Von

Dorota Zielinska, Pałac Karnickich, Niemiecki Instytut Historyczny w Warszawie (DHI Warschau)

International Conference

15th – 16th February 2024

German Historical Institute Warsaw

Seite B 10 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

The conference will be translated simultaneously from English to Polish and from Polish to English.

Silenced Church. The Ukrainian Greek Catholic Church Between the Soviet Authorities and the Vatican (1944–1978)

After the Second World War, the Ukrainian Greek Catholic Church found itself in a situation where its leadership had to deal with the Soviet authorities on its own. After the liquidation “councils”, starting with the L’viv Council in 1946 and ending with the Council of Prešov in 1950, the Ukrainian Greek Catholic Church strived to survive in underground. At the same time, it became a hostage to attempts of establishing a political dialogue between Moscow and the Vatican, as well as to the search for ecumenical dialogue between the Catholic and the Russian Orthodox Church.

During this conference, we would like to discuss, how all those projects affected the situation in western Ukraine on the ground. How did the Vatican policies develop and how did those developments influence the Ukrainian Greek Catholic Church?

In addition to the triangle (Ukrainian Greek Catholic Church, the Soviet authorities, the Vatican), our conference aims to reveal and analyse the influence of such actors as the Russian Orthodox Church, the Ukrainian nationalist underground, the Roman Catholic bishops, primarily of those countries where Greek Catholics lived, the Ukrainian diaspora, etc. While the main focus will be on Ukraine, emphasis will be put on transregional perspectives, as well.

Programm

Thursday, 15th February

9.00-09.15 Welcome Speech and Opening by Miloš Řezník and Oleh Turij

9.15-09.30 Introduction to the Conference by Viktoriia Serhiienko

9.30-10.00 Keynote Lecture by Gerhard Simon (online)

University of Cologne

The Temporary Liquidation of the Ukrainian Greek Catholic Church in Soviet Galicia

10.00-10.20 Viktoriia Serhiienko

GHI Warsaw

Declassified Vatican Archive for Pius XII’s Pontificate and the Ukrainian Greek Catholic Church: Research Challenges and Prospects

10.20-10.40 Discussion

Moderated by Natalia Shlikhta

10.40-11.10 Coffee Break

Panel I. Post-war liquidations of Greek-Catholic church structures

11.10-11.30 Roman Skakun (online)

Ukrainian Catholic University (Lviv)

The “Lviv Council” of 1946 as a Soviet Secret Police Operation: A Case of Building and Employing an Agent Network within a Religious Denomination

Seite B 11 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

11.30-11.50 Natalia Shlikhta

National University of Kyiv-Mohyla Academy (Kyiv)

A Separate Model of "Reunification"? On the Liquidation of the Greek Catholic Church in Transcarpathia (1940s-1960s)

11.50-12.10 Jan Pisuliński

University of Rzeszow

Przesiedlenie ludności ukraińskiej a Kościół greckokatolicki w Polsce podczas ta po II wojnie światowej

12.10-12.30 Yavhen Usoshyn (online)

Independent researcher

Stan Kościoła białoruskiego grecko-katolickiego w końcu i po Drugiej wojnie Światowej

12.30-12.50 Discussion

Moderated by Oleh Turij

12.50-14.00 Lunch Break

Panel II. Ad fontes. Studies on the Ukrainian Greek Catholic Church in Historical Sources

14.00-14.20 Nadezhda Beliakova

University of Bielefeld

From the 'Underground' to the State Archives: Unraveling the Specifics of Soviet State Documents on the Ukrainian Greek Catholic Church's Experience in the 1970s

14.20-14.40 Władysław Bułhak

Institute of National Remembrance (Warsaw)

Tajne aspekty polityki wschodniej Watykanu w czasie zimnej wojny: Wątek ukraiński

14.40-15.00 Katrin Boeckh (online)

Leibniz Institute for East and Southeast European Studies (Regensburg)

The Greek Catholic Church in the Diplomacy between the Holy See and the Kremlin

15.00-15.20 Kerstin Jobst

University of Vienna

A Ukrainian-Catholic Saint on the Run. The 'Rescue' of the Relics of St Jozafat from Occupied Vienna

15.20-15.50 Discussion

Moderated by Franziska Schedewie

15.50-16.20 Coffee Break

16.20-17.30 Round Table Discussion "Giving the word to Silenced Church: New Sources and Approaches to the Study of the Ukrainian Greek Catholic Church"

Andrzej Grajewski, Rafał Łatka, Natalia Shlikhta, Jaroslav Skira, Oleh Turij

Moderated by Viktoriia Serhienko

Friday, 16th February

Panel III. Between Resistance and Cooperation: Greek Catholics in Soviet Ukraine and Eastern Block

9.00-9.20 Anna Bisikalo

Harvard University (Cambridge)

Adaptations of the Ukrainian Greek Catholic Church under Different Legal Regimes in Soviet Ukraine and Communist Poland, 1957-1968

9.20-09.40 Igor Hałagida

University of Gdansk

Kościół greckokatolicki w Polsce w okresie „małej stabilizacji”

09.40-10.00 Anca Sincan (online)

Research Centre for Humanities (Budapest)

Nihil de nobis sine nobis! The Underground Romanian Greek Catholic Church in the 1970s

10.00-10.20 Zsofia Kiss-Kökenyessy (online)

Eötvös Loránd University (Budapest)

“Prohibited, Tolerated, Supported”. The Situation of the Hungarian Greek Catholic Church in Hungary between 1950-1990

10.20-10.40 Peter Šturák (online)

University of Presov

Persecution of the Greek Catholic Church in Slovakia by the Totalitarian Regime in 1945-1968

10.40-11.10 Discussion

Moderated by Kerstin Jobst

11.10-11.40 Coffee Break

Panel IV. Ukrainian Greek Catholic Believers and Hierarchs: Between Soviet Propaganda and Real Stories of Survival

11.40-12.00 Svitlana Hurkina

Ukrainian Catholic University (Lviv)

The Soviet ‘War against the Vatican’ and the Ukrainian Greek Catholics in the Post-World War II Era

12.00-12.20 Anatolii Babynskyi (online)

Ukrainian Catholic University (Lviv)

Exiled Shepherds: Ukrainian Greek Catholic Bishops and the Persecuted Church in Soviet Ukraine, 1958-1978

12.20-12.40 Taras Bublyk (online)

Ukrainian Catholic University (Lviv)

The Case of Aesculapius: the Problem of Episcopal Succession in the Lviv Archdiocese in the 1950s-1970s

Seite B 13 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

12.40-13.00 Liliana Hentosh
Ukrainian Catholic University (Lviv)
Soviet Propaganda and Metropolitan Sheptytskyi's Image in Ukrainian Public
Consciousness

13.00-13.30 Discussion
Moderated by Roman Wysocki

13.30-14.40 Lunch Break

Panel V. Dialog between Ukrainian Greek Catholics, Roman Catholics, and Christian Atheists

14.40-15.00 Jaroslav Skira
University of Toronto
Incarceration in the Gulag to Exile in Rome: Josyf Cardinal Slipyj's Memoirs, his Presence
at the Second Vatican Council and Their Relevance for Today

15.00-15.20 Iryna Hnidyk
Lviv Polytechnic National University
A Voice from the Silence: Representation of the Ukrainian Greek Catholic Church at the
Second Vatican Council

15.20-15.40 Kateryna Budz
University of Edinburgh
'A Different Rite, but the Same Faith': The Relations between the Greek Catholics and the
Roman Catholics in the Soviet Union

15.40-16.00 Nelia Martsinkiv (online)
Duquesne University (Pittsburgh)
The Role of Religiosity and Local Traditions in the Ukrainian Dissident Movement

16.00-16.30 Discussion
Moderated by Semion Lyandres

16.30-17.00 Book Presentation

17.00-18.00 Final Discussion

18.00-19.30 Dinner

The full conference program can be downloaded here:

https://www.dhi.waw.pl/fileadmin/benutzerdaten/dhi-waw-pl/Silenced-Church_ulotka.pdf

Kontakt

dhi@dhi.waw.pl

<https://www.dhi.waw.pl/veranstaltungen/tagungen/detail/silenced-church-the-ukrainian-greek-catholic-church-between-the-soviet-authorities-and-the-vatican-1944-1978/>

Zitation

Silenced Church. The Ukrainian Greek Catholic Church Between the Soviet Authorities and the Vatican (1944–1978)., In: H-Soz-Kult, 09.02.2024, www.hsozkult.de/event/id/event-141858.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

06) Demokracja & Demokratie. Wandel der Politikformen in Polen und Deutschland

Veranstalter Pilecki-Institut Berlin
10117 Berlin

Findet statt in Präsenz
Vom - Bis
22.02.2024

<https://berlin.institutpileckiego.pl/de/events/politikwandel>

Von
Patrik Szostak, Pilecki-Institut Berlin, Forschungseinrichtung

Wie unterscheiden sich Vorstellungen der politischen Gemeinschaft in Polen und Deutschland? Die polnische Transformation nach 1989 wurde häufig mit einem Kopiergerät verglichen: unter dem Motto „Rückkehr nach Europa“ galt es, im Westen ausgereifte liberal-demokratische Institutionen per „Copy and Paste“ nachzuahmen.

Demokracja & Demokratie. Wandel der Politikformen in Polen und Deutschland

Ein Pariser Platz Seminar mit Dr. Jacek Sokołowski, Dr. Jens Bisky und Mateusz Fałkowski (Moderator).

22.02, 18.00 / Pariser Platz 4A, 10117 Berlin / Anmeldung:
<https://forms.gle/SoCLAHHiTHsfRU948>

Wie unterscheiden sich Vorstellungen der politischen Gemeinschaft in Polen und Deutschland? Die polnische Transformation nach 1989 wurde häufig mit einem Kopiergerät verglichen: unter dem Motto „Rückkehr nach Europa“ galt es, im Westen ausgereifte liberal-demokratische Institutionen per „Copy and Paste“ nachzuahmen.

Heute wird die Transformation im Großen und Ganzen als erfolgreich angesehen, die Metapher eines Kopiergeräts wird hingegen, wenn überhaupt, nur noch in polemischer Absicht bemüht. Dies entspringt der mittlerweile weit verbreiteten Erkenntnis, dass politische Systeme, nationale Identitäten und sozio-politische Cleavages immer im Zusammenspiel mit lokalen Eigendynamiken Gestalt annehmen – so geschehen in Polen nach 1989 und auch in Deutschland nach 1945 und 1990.

Seite B 15 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Jacek Sokołowski (Jagiellonen-Universität in Krakau) hat vor Kurzem das höchst lesenswerte Buch „Transnarod. Polacy w poszukiwaniu politycznej formy“ veröffentlicht, in welchem er die Spezifik dieser Dynamiken in Polen herausarbeitet. Mit Sokołowski und Jens Bisky (Hamburger Institut für Sozialforschung) werfen wir einen Blick auf die letzten Jahrzehnte in Polen und Deutschland. Wir sprechen über deutsche und polnische Vorstellungen von Staat, Nation und politischer Gemeinschaft sowie über die öffentlichen Diskurse und Konfliktlinien, die in beiden Ländern vorherrschen. Sowohl in Polen als auch in Deutschland unterliefen diese Sphären des Politischen einem tiefgehenden Wandel.

Jacek Sokołowski, geboren 1975, schloss 2000 sein Studium der Rechtswissenschaften an der Jagiellonen-Universität ab; er promovierte 2005 an der Universität Heidelberg und verbindet seither juristische Praxis mit wissenschaftlicher Arbeit. Interessen: Ökonomische Analyse des Rechts im Zusammenhang mit kollektiven Entscheidungen im privaten und öffentlichen Recht, empirische Rechtsetzung, Verhalten von politischen Fraktionen, Justiz als Teil des politischen Systems.

Jens Bisky, geboren 1966 in Leipzig, studierte Kulturwissenschaften und Germanistik in Berlin. Er ist geschäftsführender Redakteur der Zeitschrift Mittelweg 36 sowie des Portals Soziopolis am Hamburger Institut für Sozialforschung. Er war lange Jahre Feuilletonredakteur der «Süddeutschen Zeitung». Er ist Autor mehrerer viel beachteter Bücher, darunter «Geboren am 13. August» (2004), «Unser König. Friedrich der Große und seine Zeit» (2011) und «Berlin. Biographie einer großen Stadt» (2019)

<https://berlin.institutpileckiego.pl/de/events/politikwandel>

Zitation

Demokracja & Demokracie. Wandel der Politikformen in Polen und Deutschland.., In: H-Soz-Kult, 16.02.2024, www.hsozkult.de/event/id/event-142115.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

07) NS-Überlebende in der Ukraine

Veranstalter
KONTAKTE-KOHTAKTbl e.V.
10827 Berlin

Findet statt in Präsenz
Vom - Bis
23.02.2024

<https://kontakte-kontakty.de/ns-ueberlebende-in-der-ukraine-leerstellen-in-der-erinnerungskultur-und-die-gegenwart-des-russischen-angriffskrieges-jour-fixe-am-23-02-um-19-uhr/>

Von
Janna Petersen, Hilfsnetzwerk für Überlebende der NS-Verfolgung in der Ukraine

Wir sprechen über Formen der NS-Verfolgung in der Ukraine unter deutscher Besatzung, ihre geringe Vergegenwärtigung in Deutschland, über die Situation der NS-Überlebenden zwei Jahre nach dem russischen Angriff auf die gesamte Ukraine und über den Bedarf der gegenwärtigen Unterstützung.

NS-Überlebende in der Ukraine: Leerstellen in der Erinnerungskultur und die Gegenwart des russischen Angriffskrieges

Einladung zum Jour fixe am Freitag, den 23. Februar um 19 Uhr bei KONTAKTE-KOHTAKTbl e.V., Feurigstr. 68 in Berlin-Schöneberg.

Bis heute haben die NS-Verbrechen in der Ukraine keinen festen Platz in der deutschen Erinnerungskultur. Im öffentlichen Bewusstsein sind so auch die Opfer der NS-Gewalt in Osteuropa nur wenig präsent. Geschätzt 40.000 NS-Überlebende leben noch in der Ukraine und sind heute erneut mit einem Krieg und einige von ihnen mit einem Leben unter Besatzung konfrontiert.

Mit den Podiumsgästen sprechen wir über Formen der NS-Verfolgung in der Ukraine unter deutscher Besatzung, ihre geringe Vergegenwärtigung in Deutschland, über die Situation der NS-Überlebenden zwei Jahre nach dem russischen Angriff auf die gesamte Ukraine und über den Bedarf der gegenwärtigen Unterstützung.

Anzhela Beliak (Partnerin des Hilfsnetzwerks für Überlebende der NS-Verfolgung in der Ukraine, online aus Kyiv), Dr. Johannes Spohr (Historiker), Ragna Vogel (KONTAKTE-KOHTAKTbl e.V.)

Das Gespräch wird moderiert von Eike Stegen (Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz)

Wir bitten um Anmeldung per E-Mail: info@kontakte-kontakty.de oder Telefon: +49 30 78 70 52 88

Im Anschluss laden wir Sie traditionell zu Gespräch und Austausch untereinander und mit unseren Gästen bei einem Getränk und etwas zu Essen ein. Eintritt frei.

Seite B 17 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Mehr unter: <https://www.facebook.com/kontaktekontakty>

Das „Hilfsnetzwerk für Überlebende der NS-Verfolgung in der Ukraine“ wurde am 9. März 2022 auf Initiative von KONTAKTE-KOHTAKTbl e.V. gegründet und besteht mittlerweile aus 51 Gedenkstätten, Erinnerungsinitiativen, Stiftungen und Vereinen. Die Koordination des Netzwerkes wird von der Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft (EVZ) gefördert.

Kontakt

info@kontakte-kontakty.de

<https://kontakte-kontakty.de/ns-ueberlebende-in-der-ukraine-leerstellen-in-der-erinnerungskultur-und-die-gegenwart-des-russischen-angriffskrieges-jour-fixe-am-23-02-um-19-uhr/>

Zitation

NS-Überlebende in der Ukraine., In: H-Soz-Kult, 16.02.2024, www.hsozkult.de/event/id/event-142179.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

08) Nur die Hinterländer der Weltmeere? Kontinentaleuropäischer Handel im 17. und 18. Jahrhundert

Veranstalter Institut für Österreichische Geschichtsforschung
Veranstaltungsort Universität Wien, Alte Kapelle am Campus und Sky Lounge
1090 Wien

Findet statt in Präsenz

Vom - Bis

29.02.2024 - 02.03.2024

<https://geschichtsforschung.univie.ac.at/news-detailansicht/news/veranstaltungseinladung-jahrestagung-2024-des-ioeg-nur-die-hinterlaender-der-weltmeere-kontinentale/>

Von

Peter Rauscher, Institut für Österreichische Geschichtsforschung, Universität Wien

Das Institut für Österreichische Geschichtsforschung der Universität Wien begeht von 29. Februar bis 2. März seine Jahrestagung. Der heurige Themenschwerpunkt liegt auf der frühneuzeitlichen Handels- und Transportgeschichte. 21 Vorträge beleuchten Verkehrsinfrastruktur und Wirtschaftspolitik, Handel und Kaufleute, Häfen und Binnenländer in einem Raum, der von Frankreich und der Schweiz im Westen bis Polen und Siebenbürgen im Osten reicht.

Nur die Hinterländer der Weltmeere? Kontinentaleuropäischer Handel im 17. und 18. Jahrhundert

Als wesentliche Phänomene der Frühen Neuzeit gelten die Ausweitung des Seehandels und die zunehmende globale Verflechtung der Wirtschaft. In Europa gewann der atlantische Küstensaum eine herausragende Bedeutung für den Fernhandel. Da sich der europäische Welthandel in relativ wenigen Hafenstädten bündelte, ist er – unter der Voraussetzung einer günstigen Quellenüberlieferung – für die historische Forschung gut zu rekonstruieren. In den zentraleuropäischen Hinterländern der Küsten stellt sich die Situation anders dar: Hier trafen die Güter aus dem transkontinentalen Handel auf die Importe aus dem Mittelmeerraum und dem Orient, auf die Erzeugnisse zahlreicher Gewerberegionen – etwa in der Textil- oder Metallverarbeitung – sowie auf die aus Ostmittel- und Osteuropa bezogenen Grundstoffe. Umgeschlagen wurden diese Güter auf den großen Jahrmärkten oder zunehmend über direkte Geschäftsbeziehungen zwischen Kaufleuten. Eine wichtige Rolle im binneneuropäischen Handelsverkehr spielten Kaufmannsdiasporen bzw. ethnisch-religiöse Minderheiten.

Die Existenz alternativer Verkehrsverbindungen über Land oder auf Flüssen erschwert die Rekonstruktion frühneuzeitlicher Güterströme erheblich, so dass bis heute die Wege des binneneuropäischen Handels und die an ihm beteiligten Personen nicht systematisch erforscht sind.

Ziel der Tagung ist die Präsentation aktueller Forschungen zum Gütergroßhandel in Kontinentaleuropa und die Diskussion zukünftiger Forschungsstrategien. Im Mittelpunkt steht ein Raum, der sich von den Westalpen (Ostfrankreich, Schweiz) bis ins Karpatenbecken erstreckt und die zentraleuropäischen Mittelgebirge sowie das nördlich daran angrenzende Tiefland einschließt. Der zeitliche Fokus liegt auf den eineinhalb Jahrhunderten zwischen dem Ende des Dreißigjährigen Kriegs und der Epoche der Koalitionskriege (ca. 1650–1800).

Programm

Donnerstag, 29. Februar

Alte Kapelle am Campus (Altes AKH, 1090 Wien)

9:00–9:10 Begrüßung durch den Direktor des IÖG CHRISTIAN LACKNER und durch PETER RAUSCHER im Namen der Organisatoren

9:10–9:30 MARK HÄBERLEIN (Bamberg), Einführung in das Tagungsthema

Sektion 1: Handel und Zoll

9:30–10:20 ANDREA SERLES (Wien), Die Obere Donau und ihre Nebenflüsse als Transportnetzwerk – Eine quantitative Analyse der Aschacher Mautprotokolle

10:20–11:10 WERNER SCHELTJENS (Bamberg), Die Zollregister der Schenkenschanz (1630–1810) als Quelle für die Messung von Güterströmen auf dem Rhein

11:10–11:30 Kaffeepause

Seite B 19 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

11:30–12:20 ADAM PERŁAKOWSKI (Krakau), Die Rolle der Zollkammern in der Handelsstruktur der polnisch-litauischen Adelsrepublik im 18. Jahrhundert. Einführung in die Quellenanalyse

12:20–13:10 MÁRIA PAKUCS (Bukarest), The Transylvanian Route of Ottoman Goods into Central Europe: The Evidence of the Sibiu Customs Accounts (1672–1692)

13:10–15:00 Mittagspause

Sektion 2: Güter und Händler

15:00–15:50 ANKA STEFFEN (Leipzig), Zwischen Adria und Atlantik: Das schlesische Leinwandgewerbezentrum im frühen 18. Jahrhundert

15:50–16:40 MAYA ZELLWEGER (Winterthur), Aus dem Hinterland Appenzell Ausserrhoden nach Europa. Entstehung, Entwicklung und Umfang des Handelsnetzes der Kaufleute in Leinwand, Baumwolle und Baumwollware Zellweger von Trogen (1670 bis 1820)

16:40–17:00 Kaffeepause

17:00–17:50 MICHAELA SCHMÖLZ-HÄBERLEIN (Bamberg), Juden und Juwelenhandel in Mitteleuropa (17. und 18. Jahrhundert)

17:50–18:40 MARTIN KRENN (Wien), Die Freistadt Rust als überregionaler Weinexporteur (im 17. und 18. Jahrhundert)

Freitag, 1. März

Sky Lounge (Oskar-Morgenstern-Platz 1, 12. Stock, 1090 Wien)

Sektion 3: Zwischen Häfen und Hinterländern

9:00–09:50 KLEMENS KAPS (Linz), Ein neues Vermittlungszentrum zwischen zentraleuropäischen Gewerberegionen und maritimen Märkten: Netzwerke und Geografie des Triester Handels (1750–1820)

9:50–10:40 CHRISTINE FERTIG (Münster), Transatlantischer Handel und kaufmännische Wissensproduktion – außereuropäische Heilmittel in Mitteleuropa (1670–1840). Ergebnisse und (vorläufige) Grenzen eines Digital History Projekts

10:40–11:00 Kaffeepause

11:00–11:50 MIROSLAV LACKO (Jena), Globaler Handel und Mitteleuropa: Habsburgische Kupferausfuhr und englische Subsidien in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts

11:50–12:40 MAGNUS RESSEL (Bremen), Transkontinentale Handelserleichterung als Resultat von disloziertem Hafenbesitz. Der Konvergenzeffekt der drei Habsburger Besitzungen Ostende, Livorno und Triest

12:40–14:30 Mittagspause

Sektion 4: Infrastruktur und Marktintegration

14:30–15:20 MARGARETH LANZINGER (Wien), Akteure und Infrastrukturen des transalpinen Handels im 18. Jahrhundert

15:20–16:10 GABRIELA WÜTHRICH / DANIEL STETTLER (Zürich), Vom Saumpfad zur Postkutsche. Handel und Verkehr in Graubünden 1750–1850

16:10–16:30 Kaffeepause

16:30–17:20 JULIEN VILLAIN (Paris), Fairs, Economic Areas and the Temporality of Trade: The Frankfurt Fairs and the Integration of Lorraine into the Economic Spaces of the Rhineland (1680s–1790s)

17:20–18:10 JULIETTA SCHULZE (Tübingen), Am Ende der Lieferkette. Handelsnetzwerke städtischer Einzelhändler im württembergischen Raum des 18. Jahrhunderts

Samstag, 2. März

Sky Lounge (Oskar-Morgenstern-Platz 1, 12. Stock, 1090 Wien)

Sektion 5: Kaufleute und Handelshäuser

9:00–9:50 ISTVÁN KENYERES (Budapest), Die Tätigkeit einer Pester Handelsunternehmung aus dem späten 18. Jahrhundert. Die Geschäftsbücher der Firma Natorp-Macher

09:50–10:40 REINHOLD REITH / ELIAS KNAPP (Salzburg), Verlassenschaftsinventare als Quellen der Handels- und Konsumgeschichte am Beispiel der Spezereiwarenhandlungen Azwanger und Hagenauer in Salzburg im 18. und frühen 19. Jahrhundert

10:40–11:00 Kaffeepause

11:00–11:50 PETER RAUSCHER (Wien), Importeure und Fabrikanten. Die Wiener Kaufmannschaft im Donauhandel in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts

11:50–12:40 MARKUS DENZEL (Leipzig), Nur die Hinterländer der Weltmeere? Kontinentaleuropäischer Handel im 17. und 18. Jahrhundert. Resümierende Gedanken

12:40–13:00 Verabschiedung

Kontakt

peter.rauscher@univie.ac.at

<https://geschichtsforschung.univie.ac.at/news-detailansicht/news/veranstaltungseinladung-jahrestagung-2024-des-ioeg-nur-die-hinterlaender-der-weltmeere-kontinentale/>

Zitation

Nur die Hinterländer der Weltmeere? Kontinentaleuropäischer Handel im 17. und 18. Jahrhundert., In: H-Soz-Kult, 09.02.2024, www.hsozkult.de/event/id/event-141952.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

09) Lieder, die Geschichte schreiben

Veranstalter

Musikwissenschaftliches Institut, Philipps-Universität Marburg
35037 Marburg

Findet statt in Präsenz

Vom - Bis

07.03.2024 - 09.03.2024

<https://www.uni-marburg.de/de/fb09/musikwissenschaft/aktuelles/termine/tagung-lieder-die-geschichte-schreiben>

Von

Maria Behrendt, Philipps-Universität Marburg

Am Musikwissenschaftlichen Institut der Phillips-Universität Marburg findet vom 7.-9.3.2024 die interdisziplinäre Tagung "Lieder, die Geschichte schreiben", statt, organisiert von Dr. Maria Behrendt und Prof. Dr. Anne Holzmüller. Liedforscher aus Musik-, Literatur- und Geschichtswissenschaft entwerfen unterschiedliche Perspektiven auf ein historisch wie sozial denkbar breit gespanntes Spektrum vom Kriegslied zum Protestsong, von der Geschichtsballade zur gegenwärtigen Rockmusik.

Lieder, die Geschichte schreiben

Lieder erzählen nicht nur Geschichten, sondern auch Geschichte. Sie dokumentieren und reflektieren historische Ereignisse, sie erzählen uns ihre Versionen der Vergangenheit – und nicht zuletzt können Lieder wie kaum ein anderes Medium Menschen mobilisieren und tragen so zur aktiven Veränderung von Geschichte bei.

Diese vielfältigen Potenziale, Geschichte mitzugestalten, stehen im Zentrum der interdisziplinären Tagung „Lieder, die Geschichte schreiben“, die vom 7.-9.3. an der Philipps-Universität Marburg stattfindet. Im Rahmen der Tagung werden Liedforscher aus Musik-, Literatur- und Geschichtswissenschaft unterschiedliche Perspektiven entwerfen auf ein historisch wie sozial denkbar breit gespanntes Spektrum vom Kriegslied zum Protestsong, von der Geschichtsballade zur gegenwärtigen Rockmusik. Flankiert wird die Tagung von einem Liederabend, für den Franz Vitzthum (Altus) und Julian Behr (Laute) Werke von u.A. John Dowland, César Franck und Enya spielen werden.

Organisation: Dr. Maria Behrendt & Prof. Dr. Anne Holzmüller

Programm

Donnerstag, 7.3.24

Kunstgebäude, Biegenstr. 11, Hörsaal 00013 (Erdgeschoss)

Theoretische Reflektionen

Moderation: Anne Holzmüller

15.30: Anna Langenbruch (Oldenburg): Lieder, die Geschichte schreiben – eine Herausforderung für die Geschichtstheorie?

Frühe Neuzeit

Moderation: Maria Behrendt

16.10: Andreas Domann (Gießen): Lieder des Schreckens und der Gewalt. Die Zerstörung Magdeburgs 1631 im Spiegel zeitgenössischer Musikdrucke

16.50: Jörg Holzmann (Bern/Salzburg): „Marlbrough s'en va-t-en guerre“. Ein Soldatenlied im Bedeutungswandel

Apéro

19.00: Liederabend im Kunstverein, Gerhard-Jahn-Platz 5, 35037 Marburg mit Franz Vitzthum (Altus) und Julian Behr (Laute): Werke von Dowland, Frank, Enya und Anderen

Freitag, 8.3.24

Centrum für Nah- und Mittelost-Studien, Deutschhausstraße 12, 35037 Marburg, Hörsaal 00A26

Politisches Lied in Deutschland zwischen zwei Weltkriegen

Moderation: Jakob Uhlig

9.00: Katharina Hottmann (Essen): „Der Eisenbeißer kenn' ich mehr“. Landsknechtslieder in nationalsozialistischen Jugendmedien

9.40: Florian Krüpe (Marburg): „Knallt ab den Walter Rathenau!“ Wenn Gewalt in Liedern Realität wird

10.20: Stefan Drees (Berlin): „Wir, zu Gottes Gnaden ...“: Das „Lied der Deutschen“ als parodistische Intervention in Kriegs- und Krisenzeiten zwischen 1914 und 1945

Kaffeepause

Politisches Lied in der deutschen Nachkriegszeit

Moderation: Andrea Horz

11.20: Annika Hildebrandt (Bonn): Bauernrevolution
Zu einer invention of tradition im politischen Lied des 20. Jahrhunderts

12.00: Michael Custodis (Münster): Mit dem Gesicht zum Volke – Gerhard Schöne und das Ende der DDR

Seite B 23 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Mittagspause

Geschichtsballade des 19. Jahrhunderts und später / Historische Heroen

Moderation: Maria Behrendt

14.30: Christian Kämpf (Dresden): Europäische Integrationsfigur und rechtsnationale Projektionsfläche: Prinz Eugen in der Musik des 20. und 21. Jahrhunderts

15:10: Simon Kannenberg (Siegen): Joachim Raffs Liederzyklus Maria Stuart op. 172 als Geschichtsreflexion zwischen Historismus und Nationbuilding

15:50: Maren Bagge (Hannover): „Women’s War Songs“. Alicia Adelaide Needhams Suffrage Songs

Kaffeepause

Great American Songbook

Moderation: Anne Holzmüller

17.00: Nils Grosch (Salzburg): Populäre Musik als Bühne inszenierter Vergangenheiten

17.40: Anna Lea (Wien): „Chong, He Come from Hong Kong“. Othering und China-Orientalismus in Tin-Pan-Alley-Songs zwischen 1893–1920

Samstag, 9.3.24

Centrum für Nah- und Mittelost-Studien, Deutschhausstraße 12, 35037 Marburg, Hörsaal 00A26

Postcolonialism/Politik und Race

Moderation: Annika Hildebrandt

9.30: Hans-Christian Riechers (Basel): „Wie deucht mir alles so bekannt“: Kolumbus im Kinderlied

10.10: Raoul Manuel Palm (Bielefeld): Eine Hymne für die citoyens de couleurs. Parodieliel, Französische Revolution und die Abschaffung der Sklaverei

10.50: Christina Richter-Ibañez (Frankfurt): Die 1001 Leben von Violeta Parras „Gracias a la vida“

Kaffeepause

Historiographische Potenziale von Rock und Pop

Moderation: Michael Custodis

12.00: Christofer Jost (Freiburg): Urstoff der Popmusik? Zur Narrativisierung und (Ent-)Historisierung des Rock’n’Roll in Popsongs

12.40: Michael Fischer (Freiburg): Reproduktion, Dekonstruktion, Transformation: Nationalmythen in Rammsteins „Deutschland“ (2019)

13.20: Monika Schoop (Lüneburg): Back to the New 70s? „Dekada 70“ and the Memory of the Marcos Dictatorship

Schlussbemerkungen und Abschied

Kontakt

anne.holzmueller@uni-marburg.de

<https://www.uni-marburg.de/de/fb09/musikwissenschaft/aktuelles/termine/tagung-lieder-die-geschichte-schreiben>

Zitation

Lieder, die Geschichte schreiben., In: H-Soz-Kult, 20.02.2024,
<www.hsozkult.de/event/id/event-142153>.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de

10) Die Entstehung von deutschsprachigen Fachzeitschriften im 18. Jahrhundert

Veranstalter Niedersächsische Akademie der Wissenschaften zu Göttingen,
Universitätsbibliothek Leipzig
Veranstaltungsort Universitätsbibliothek Leipzig, Beethovenstr. 6
04107 Leipzig

Findet statt in Präsenz

Vom - Bis

18.03.2024 - 19.03.2024

<https://adw-goe.de/gjz18>

Von

Katrin Löffler, Projekt Gelehrte Journale, Niedersächsische Akademie der Wissenschaften zu Göttingen

Nach 1750 wurden im deutschen Sprachraum verstärkt Zeitschriften gegründet, die sich auf wenige oder einzelne Wissen(schaft)sgebiete konzentrierten.

Die Entstehung von deutschsprachigen Fachzeitschriften im 18. Jahrhundert

Nach 1750 wurden im deutschen Sprachraum verstärkt Zeitschriften gegründet, die sich auf wenige oder einzelne Wissen(schaft)sgebiete konzentrierten. Solche Fachjournale als periodisch erscheinende Publikationen waren besonders dazu geeignet, den sich beschleunigenden Wissenszuwachs der fachspezifisch interessierten bzw. qualifizierten Öffentlichkeit schnell verfügbar zu machen. Ihre Herausbildung und Etablierung in einem unübersichtlichen Feld ist nach wie vor wenig erforscht und steht im Mittelpunkt der Tagung.

Programm

Montag, 18. März

13.30 Uhr

Anne Lipp (Leipzig): Begrüßung

13.45–15.30 Uhr

Katrin Löffler (Leipzig): Was ist eine Fachzeitschrift? Eine kurze Einführung

Wiebke Hemmerling (Göttingen): Zur Frühgeschichte der Fachzeitschriften

Holger Böning (Bremen): Die ersten kameralwissenschaftlichen Zeitschriften 1729–1750

16.00–17.45 Uhr

Maximilian Görmar (Wolfenbüttel): Philologische Fachzeitschriften

Frank Grunert (Halle): Juristische Fachzeitschriften

Katarzyna Chlewicka (Toruń): Die Danziger Beyträge zur neuern Staats- und Krieges-Geschichte (1756–1764) im Kontext des Siebenjährigen Krieges

Dienstag, 19. März

9.15–11.00 Uhr

Lisa Kolb (Augsburg): Von Stallhaltung bis Mineralogie. Zeitschriften der Oekonomischen Gesellschaft Bern zwischen Agronomie, Ökonomie und Naturgeschichte

Ciprian Glavan (Temeswar): Banater Zeitschrift für Landwirtschaft, Handel, Künste und Gewerbe

Tanita Schmidt (Kassel): Das Archiv der Insectengeschichte als Wissensprojekt der Aufklärung

11.30–12.30 Uhr

Helmut Hiltz (München): Technisches Wissen in den Periodika des 18. Jahrhunderts

Caroline Köhler (Leipzig): Fachzeitschriften für den Gartenbau

13.30–15.00 Uhr

Claire Gantet (Fribourg): Wissenschaftspolitik und Fachzeitschriften: Frankreich und Deutschland im Vergleich

Arne Klawitter (Tokio): Vom Rezensenten zum Zeitschriftengründer. Die

Verselbständigung von Rezensenten der Auserlesenen Bibliothek der neuesten deutschen Litteratur

Kai Torsten Kanz (Göttingen): Internationaler Wissenstransfer durch Periodika.

Deutschsprachige Zeitschriften zur Verbreitung ausländischer Medizin und

Naturwissenschaften (ca. 1750–1800) als Fallbeispiel

Kontakt

Dr. Katrin Löffler

E-Mail: katrin.loeffler@adwgoe.de

<https://adw-goe.de/gjz18>

Zitation

Die Entstehung von deutschsprachigen Fachzeitschriften im 18. Jahrhundert., In: H-Soz-Kult, 11.02.2024, www.hsozkult.de/event/id/event-141995.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

11) New Approaches to Heritage Development in Eastern Europe

Veranstalter

Karlsruhe Institute of Technology, RWTH Aachen University, and GWZO Leipzig (RWTH Aachen University)

Ausrichter RWTH Aachen University

Veranstaltungsort Templergraben 57

BMBF - Bundesministerium für Bildung und Forschung
52062 Aachen

Findet statt in Präsenz

Vom - Bis

21.03.2024 - 22.03.2024

<https://cities-building-culture.com/index.php/news/104-cbc-final-event>

Von

Liliana Iuga

The conference is conceived as an interactive exchange debating the current challenges of residential heritage in Eastern Europe from a comparative and interdisciplinary perspective.

REGISTER HERE: <https://www.staedtebau.rwth-aachen.de/.../Anmeldung/lidx/1/...>

New Approaches to Heritage Development in Eastern Europe

The topic of “residential heritage” in the post-Soviet context is at the core of the CBC project. The research has attempted at developing new approaches to the sustainable management of everyday built heritage, exploring the ways in which this legacy has been valorized, transformed, managed, and appropriated in the post-socialist period. The conference reflects on the findings and conclusions, while also looking for ways to develop further perspectives for analysis and action. It is conceived as an interactive exchange debating the current challenges of residential heritage in Eastern Europe from a comparative and interdisciplinary perspective, against the background of the multiple crises currently affecting the region, among which the war in Ukraine, migration, and scarcity of resources figure prominently. While urban regeneration, adaptive reuse of buildings, and participatory planning are some of the key terms and strategies proposed in this regard, the implications of these concepts for ordinary neighborhoods in Eastern Europe and their heritage is still to be discussed.

Programm

Thursday, 21.03.2024

12:00 - 12:30, Fakultät für Architektur, Foyer Reiff Museum
Registration

Seite B 27 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

12:30 - 13:00, Fakultät für Architektur, Foyer Reiff Museum
Welcome & Introduction
Ursula Bach, DLR Projektträger
Barbara Engel, Karlsruhe Institute of Technology
Christa Reicher, RWTH Aachen University

13:00 - 15:00, Fakultät für Architektur, Foyer Reiff Museum
Results of the Subprojects 1 & 2
Prof. Christa Reicher, RWTH Aachen University
Carola Neugebauer, BBSR Cottbus

Subproject 1: Values of Built Heritage

Mikhail Ilchenko & Polina Gundarina
Commentators:
Daria Klevniuk, University of Amsterdam
David Leupold, ZMO Berlin

Subproject 2: Institutional Practices

Elena Batunova & Albina Davletshina
Commentators:
Zachary Jones, Politecnico di Milano
Jennie Sjöholm, University of Gothenburg

15:00 - 15:30, Fakultät für Architektur, Foyer Reiff Museum
Coffee Break

15:30 - 17:30, Fakultät für Architektur, Foyer Reiff Museum
Results of the Subprojects 3 & 4
Christa Reicher, RWTH Aachen University
Carola Neugebauer, BBSR Cottbus

Subproject 3: Civic Practices

Luba Krutenko
Commentators:
Elena Stein, CISR Berlin
Oksana Zaporozhets, Humboldt University Berlin

Subproject 4: Spatial Transformations

Anastasia Malko, Ekaterina Gladkova & Marina Sapunova
Commentators:
Maria Melnikova, Kompetenzzentrum Großsiedlungen
Uwe Altrock, University of Kassel

17:30 - 18:00, Fakultät für Architektur, Foyer Reiff Museum
Coffee Break

18:00 - 19:00, Super C, Generali Saal (6. OG)
Mass Housing in Uzbekistan, Ukraine, and Beyond. Identifying Architectural Values in the
Most Common Building Typology
Phillip Meuser

Seite B 28 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Friday, 22.03.2024

9:00 - 9:15, Super C, Generali Saal (6. OG)

Welcome

Arnold Bartetzky, GWZO Leipzig

9:15 - 10:00, Super C, Generali Saal (6. OG)

Socialist Modernism in Architecture and Urban Planning 1955-1990. Some Aspects from a Pan-European Perspective.

Thomas Flierl

10:00 - 12:00, Fakultät für Architektur, Foyer Reiff Museum

Market Place Discussions

Visual Methodologies for the Trans-disciplinary Study of Residential Heritage

Sara Nikolić, Institute for Philosophy and Social Theory, Belgrade

Lidwine Spoormans, TU Delft

Monica Tuşinean, Karlsruhe Institute of Technology

Looking at Soviet Architectural Heritage Today: Activists, Researchers, Journalists

Alexey Izosimov, University of Cambridge

Alexandra Kolesnik and Alexander Rusanov, Bielefeld University

Redefining Heritage Boundaries: East-West Dialogues on Preservation and Innovation

Ivan Nevzgodin, TU Delft

Guido Sechi, University of Latvia

Hanna Szemző, Metropolitan Research Institute, Budapest

Transformations of Open Spaces in Mass Housing Estates

Bernd Hunger, Kompetenzzentrum Großsiedlungen e.v., Berlin

Jitka Molnarova, Czech Technical University, Prague

Kirill Repin, European University Viadrina, Frankfurt (Oder)

12:00 - 13:00, Fakultät für Architektur, Foyer Reiff Museum

Lunch Break

13:00 - 15:00, Super C, Generali Saal (6. OG)

Round-Table Discussion: The Future of Large Housing Estates.

Requirements. Opportunities. Perspectives.

Barbara Engel, Karlsruhe Institute of Technology

Maren Harnack, Frankfurt UAS

Christiane Kornhaß, Stadt Leipzig

Haris Piplas, Drees & Sommer; ETH Zürich

Semen Shyrochyn

Moderation: Florian Urban, Glasgow School of Art

15:00 - 16:00, Super C, Generali Saal (6. OG)

Conclusion

Arnold Bartetzky, GWZO Leipzig

Barbara Engel, Karlsruhe Institute of Technology

Carola Neugebauer, BBSR Cottbus

Christa Reicher, RWTH Aachen University

Kontakt

iuga@staedtebau.rwth-aachen.de

<https://cities-building-culture.com/index.php/news/104-cbc-final-event>

Zitation

New Approaches to Heritage Development in Eastern Europe., In: H-Soz-Kult, 28.02.2024, www.hsozkult.de/event/id/event-142341.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

12) Imperiale Herrschaft und koloniale Erfahrung im östlichen Europa

Veranstalter

Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde in Kooperation mit dem Imre Kertész Kolleg

Veranstaltungsort

Friedrich-Schiller-Universität Jena Ernst-Abbe-Campus, Hörsaal 5

07743 Jena

Findet statt in Präsenz

Vom - Bis

21.03.2024 - 22.03.2024

<https://dgo-online.org/kalender/berlin/2024/imperiale-herrschaft-und-koloniale-erfahrung-im-oestlichen-europa/>

Von

Sebastian Lambertz, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, DGO

Imperiale Herrschaft und koloniale Erfahrung im östlichen Europa

Die Jahrestagung stellt zur Diskussion, inwiefern postkoloniale Ansätze gegenüber der Imperiumsforschung neue Erkenntnisse zur Erklärung von Politik und Gesellschaft im Osten Europas liefern.

Imperiale Herrschaft und koloniale Erfahrung im östlichen Europa

Es geht um das Verhältnis von Imperium und Gewalt, Integration und Desintegration sowie um Wohlstandsversprechen und Identität. Zum Auftakt sprechen der ukrainische Schriftsteller Juri Andruchowytsh und die Historikerin Botakoz Kassymbekova über biographische und historische Dimensionen von imperialer Herrschaft und kolonialer Erfahrung.

Seite B 30 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Programm

Donnerstag, 21. März 2024

17:30 Uhr: Eröffnung

Begrüßung

Joachim von Puttkamer, Imre Kertész Kolleg Jena
Ruprecht Polenz, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Preisverleihungen

Klaus Mehnert Preis
Karin Wolff Preis

Imperiale Herrschaft und koloniale Erfahrung
Vortrag
Juri Andruchowytsh, Autor, Ivano-Frankivsk

Gespräch

Juri Andruchowytsh, Ivano-Frankivsk
Botakoz Kassymbekova, Universität Basel
Moderation: Manfred Sapper, DGO / Osteuropa

20:00 Uhr: Empfang

Freitag, 22. März 2024

09:00 Uhr: Imperiale Herrschaft und koloniale Erfahrung: das östliche Europa im globalen Kontext
Vortrag
Maria Todorova, University of Illinois

09:30 Uhr: Podiumsdiskussion
Maria Todorova, University of Illinois
Manuela Boatca, Universität Freiburg
Moderation: Joachim von Puttkamer, Imre Kertész Kolleg Jena

11:00 Uhr: Kaffeepause

11:30 Uhr: Aspekte imperialer Herrschaft und kolonialer Erfahrung
Parallele Panels

Versprechen

Ulrike von Hirschhausen, Universität Rostock
Robert Kindler, Freie Universität Berlin
Immo Rebitschek, Friedrich Schiller-Universität / Imre Kertész Kolleg Jena
Moderation: Gabriele Freitag, DGO; Berlin

Seite B 31 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Identität

Zaal Andronikashvili, Leibniz-Institut für Literatur- und Kulturforschung, Berlin
Tsypylma Darieva, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, Berlin
Galina Babak, Humboldt Universität zu Berlin / Czech Academy of Sciences, Prag
Moderation: Susanne Frank, Humboldt-Universität zu Berlin

Gewalt

Jörn Happel, Helmut Schmidt Universität Hamburg
Andreas Heinemann-Grüder, Bonn International Center for Conflict Studie
N.N.
Moderation: Volker Weichsel, DGO / Osteuropa, Berlin

13:00 Uhr: Mittagspause

14:45 Uhr: Wenn die Vergangenheit nicht enden will
Videoinstallation und Diskussion

Aliaxey Talstou, Künstler und Autor, Hamburg
Alexey Markin, Künstler und Aktivist, Hamburg

15:30 Uhr: Imperiale Kontinuitäten und Dekolonisierung: ein politischer Diskurs
Podiumsdiskussion

Dan Diner, Historiker und Publizist, Berlin
Anna-Veronika Wendland, Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung,
Marburg
Martin Schulze Wessel, Ludwig Maximilians-Universität München
Moderation: Gwendolyn Sasse, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, Berlin

17:00 Uhr: Ende der Konferenz

Kontakt

Sebastian Lambertz
presse@dgo-online.org

<https://dgo-online.org/kalender/berlin/2024/imperiale-herrschaft-und-koloniale-erfahrung-im-oestlichen-europa/>

Zitation

Imperiale Herrschaft und koloniale Erfahrung im östlichen Europa., In: H-Soz-Kult, 21.02.2024, www.hsozkult.de/event/id/event-142273.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

[Nach oben ↑](#)

13) Gefallene Helden – Demokratische Wortgefechte am Kriegerdenkmal

Veranstalter
Zitadelle Spandau
13599 Berlin

Findet statt in Präsenz
Vom - Bis
04.04.2024 - 17.10.2024

https://www.zitadelle-berlin.de/wp-content/uploads/2024/02/Flyer-Militaer_Denkmaeler_240206.pdf

Von
Johanna Riedel

In dieser Gesprächsreihe bieten wir die Gelegenheit, mehr über Berliner Denkmäler zu erfahren, die von 1822 bis 1989 Generälen und Soldaten gewidmet wurden und die vieles über die spezifisch deutsche Entwicklung der öffentlichen Verehrung militärischer Persönlichkeiten erzählen. Wir besuchen die originalen Objekte im Museum, im neuen Schaudapot auf der Zitadelle und im öffentlichen Raum. Nach einem kurzen Impulsvortrag laden wir zur gemeinsamen Diskussion ein.

Gefallene Helden – Demokratische Wortgefechte am Kriegerdenkmal

„Deutschland bekommt einen Veteranentag“ hieß es im November 2023 in den Medien. Es folgte eine gesamtgesellschaftliche Diskussion über Sinn und Unsinn eines als „Heldenverehrung“ verstandenen Gedenkens.

Wenn es um Erinnerungskultur geht, ist die Zitadelle Spandau natürlich dabei: Schließlich wird sie durch die Ausstellung „Enthüllt. Berlin und seine Denkmäler“ mittlerweile als Zentrum für die Auseinandersetzung mit umstrittenen Monumenten wahrgenommen. Wir geben gerne Raum für eine interessante Kontroverse – immer auf Grundlage wissenschaftlicher Informationen, mit aktuellen Bezügen und in zugewandter Atmosphäre. In dieser Gesprächsreihe bieten wir die Gelegenheit, mehr über Berliner Denkmäler zu erfahren, die von 1822 bis 1989 Generälen und Soldaten gewidmet wurden und die vieles über die spezifisch deutsche Entwicklung der öffentlichen Verehrung militärischer Persönlichkeiten erzählen. Wir besuchen die originalen Objekte im Museum, im neuen Schaudapot auf der Zitadelle und im öffentlichen Raum. Nach einem kurzen Impulsvortrag laden wir zur gemeinsamen Diskussion ein, moderiert von Museumsleiterin Dr. Urte Evert.

Programm

**Generäle von Scharnhorst und Bülow von Dennewitz
Christian Daniel Rauch, 1822**

Donnerstag, 4. April 2024, 18:30 Uhr

Objekt: Generäle von Scharnhorst und Bülow von Dennewitz, Christian Daniel Rauch, 1822, Ursprünglicher Standort: Unter den Linden, Berlin-Mitte
Treffpunkt: Zitadelle, Museum „Enthüllt. Berlin und seine Denkmäler“

Seite B 33 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Wer: Prof. Dr. Gabriele Dolff-Bonekämper (Kunsthistorikerin, Denkmalpflegerin und Hochschullehrerin in Berlin), Prof. Dr. Martin Sabrow (Historiker, Leibniz-Zentrum für zeithistorische Forschung in Potsdam)

Kontroverse Fragen: Die Marmorstatuen sind zwar im Jahr 2020 aus restauratorischen Gründen abgebaut worden – aber sie haben eine bewegte politische Geschichte hinter sich, in die Walther Ulbricht, Helmut Kohl und die Erben von Käthe Kollwitz involviert waren. Und sie sind Teil einer Kontroverse zwischen Rekonstruktion (wie beim Berliner Schloss) und dem Wunsch nach neuen Perspektiven im öffentlichen Raum. Ist es für den Berliner Stadtraum besser, die Erinnerung an die napoleonischen Kriege zu rekonstruieren oder sie (im Museum) verschwinden zu lassen?

Denkmal für die Gefallenen der Siemenswerke

Hans Hertlein, 1934

Donnerstag, 30. Mai 2024, 18:30 Uhr

Objekt: Denkmal für Gefallenen der Siemenswerke, Hans Hertlein, 1934, Standort: Nonnendammallee, Berlin-Spandau

Treffpunkt:

Nonnendammallee 101-123, Ecke U-Bahnhof Rohrdamm

Wer: Prof. Dr. Manfred Hettling (Historiker, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg), Olaf Löschke (Vorsitzender des Historikerlabor e.V. in Berlin)

Kontroverse Frage: Das riesige Siemens-Denkmal mit martialischem Adler steht auf dem Privatgrundstück des Unternehmens, prägt jedoch weithin sichtbar den öffentlichen Raum an Straßen, Bürgersteigen und U-Bahn-Höfen. Bisher konnte sich Siemens gegen die aktuelle Kontextualisierung dieses Kriegerehrenmals aus der Nazi-Zeit wehren. Sind also „privater Besitz, privates Grundstück“ sakrosankt, gleichgültig, wie sehr sie in eine eigentlich gesamtgesellschaftlich gedachte Erinnerungskultur eingreifen? Wann könnte sich die Anwohnerschaft einschalten? Denn an dieser Stelle, an der sowohl im Ersten als auch im Zweiten Weltkrieg Zwangsarbeiter ausgebeutet wurden, wird immer wieder nach anderen Gedenkformen verlangt.

Denkmal für die Gefallenen des 5. Garde-Regiments zu Fuß

Christian Behrens, 1923 (1905)

Donnerstag, 11. Juli 2024, 18:30 Uhr

Objekt: Fragment des Adlers vom Denkmal für die Gefallenen des 5. Garde-Regiments zu Fuß, Christian Behrens, 1923 (1905), Ursprünglicher Standort: Askaniering, Berlin-Spandau

Treffpunkt: Zitadelle, Schaudepot Bastion Königin

Wer: Prof. Dr. Christian Saehrendt (Kunsthistoriker und Publizist in Basel), Prof. Dr. Oliver Janz (Historiker, Friedrich-Meinecke-Institut Freie Universität Berlin)

Kontroverse Fragen:

Schon die Objektgeschichte ist kurios: Erst wird das Denkmal für die getöteten Soldaten aus alten und neuen Einzelteilen zusammengesetzt, bereits zur Zeit seiner Aufstellung als politische heikel eingeordnet, dann im Stadtraum wie ein unbeliebtes, aber unvermeidliches Hinweisschild hin und her geschoben und 1991 nach einer zerstörerischen Anti-Golf-Kriegs-Aktion halb stehen gelassen, halb im Depot entsorgt. Aber weshalb wurde ein

Seite B 34 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

unscheinbares Kriegerdenkmal des Ersten Weltkriegs zum Stein des Anstoßes? War es der Adler – und was würde das über das deutsche Verhältnis zu diesem Vogel aussagen?

Generalfeldmarschall Leonhard von Blumenthal

Adolf Brütt, 1903

Donnerstag, 5. September 2024, 18:30 Uhr

Objekt: Büste Generalfeldmarschall Leonhard von Blumenthal, Adolf Brütt. 1903,
Ursprünglicher Standort: Nebenfigur zur Marmorgruppe um Kaiser Friedrich III vor dem
Brandenburger Tor an der Charlottenburger Chaussee (heute: Straße des 17. Juni),
Berlin-Mitte.

Treffpunkt: Zitadelle, Schaudepot Bastion Königin

Wer: Prof. Dr. Susanne Kähler (Kunsthistorikerin, Hochschule für Technik und Wirtschaft
in Berlin), Felix Jaeger (Potsdam Museum – Forum für Kunst und Geschichte)

Kontroverse Fragen: Die Ehrung des „Helden der Einigungskriege“ (Die Gartenlaube
1897) erfolgte durch die Erweiterung der Siegesallee vor dem Brandenburger Tor. Der
Künstler Adolf Brütt hatte bereits zwei Gruppen im Auftrag Wilhelms II gestaltet. Dieser
stand merkwürdigerweise im Spannungsverhältnis zwischen der wilhelminischen
Retrokunst und Bauhaus in Weimar. Doch weshalb steht nun diese Büste nicht mit den
anderen Werken im Museum „Enthüllt“, sondern im Schaudepot der Bastion Königin? Und
wieso erinnert sich heute kaum jemand an den „berühmten Strategen“?

Grenzposten

Hans Eickworth, 1968

Donnerstag, 17. Oktober 2024, 18:30 Uhr

Objekt: Grenzposten, Hans Eickworth, 1968, Ursprünglicher Standort: geplant
Jerusalemmer Straße, Berlin-Mitte, ab 1971 Ho-Chi-Minh-Kaserne, Berlin-Wilhelmshagen
Treffpunkt: Zitadelle, Museum „Enthüllt. Berlin Und seine Denkmäler“

Wer: Prof. Dr. Axel Klausmeier (Architekturhistoriker, Stiftung Berliner Mauer), Dr. Doris
Müller-Toovey (Historikerin, Militärgeschichtliches Museum Flugplatz Berlin-Gatow)

Kontroverse Fragen: Von 1961 bis 1964 kamen 54 Menschen an der Berliner Mauer ums
Leben. Sechs von ihnen waren Soldaten der DDR-Grenztruppen, denn seit 1962
bewaffneten sich auch Flüchtlinge und Fluchthelfer*innen. Da hatte Hans Eickworth, der
„erste Berufskünstler aus den Reihen der NVA“ (Berliner Zeitung 1961), genug: Er nutzte
seine kreative Energie, um seinen Kameraden ein Denkmal zu setzen, die im Kampf gegen
die eigene Bevölkerung gefallen waren. Doch der Wunsch der DDR-Führung und der
Geschmack des Künstlers gingen weit auseinander. Wie wird heute das Gedenken an diese
speziellen Mauertoten wahrgenommen? Welche Formen gelten heute als angemessen für
das Gedenken an deutsche Soldaten und mittlerweile auch Soldatinnen, die in Ausübung
ihres Berufes getötet werden?

Kontakt

info@zitadelle-berlin.de

<https://www.zitadelle-berlin.de/wp-content/uploads/2024/02/Flyer-Militaer-Denkmaeler-240206.pdf>

Zitation

Gefallene Helden – Demokratische Wortgefechte am Kriegerdenkmal., In: H-Soz-Kult, 23.02.2024, www.hsozkult.de/event/id/event-142154.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

14) Übersehen, vergessen, stillgestellt? Zur Latenz kulturellen Erbes

Veranstalter

PD Dr. Stefanie Samida (Historisches Seminar, Universität Heidelberg); Dr. Achim Saupe (ZZF Potsdam); Dr. Sabine Stach (GWZO Leipzig);

Veranstaltungsort

Leibniz-Institut für Geschichte und Kultur des östlichen Europa (GWZO)

Gefördert durch

Research Lab »Inwertsetzung und Kommodifizierung« des Leibniz-Forschungsverbunds »Wert der Vergangenheit«

04109 Leipzig

Findet statt in Präsenz

Vom - Bis

09.04.2024 - 10.04.2024

Frist

05.04.2024

Von

Sabine Stach, Abteilung "Kultur und Imagination", Leibniz-Institut für Geschichte und Kultur des östlichen Europa (GWZO)

Die Tagung möchte sowohl ‚stilles‘, verborgenes und übersehenes Erbe exemplarisch ans Tageslicht holen, als auch auf einer (meta-)theoretischen Ebene über dessen paradoxalen Status zwischen An- und Abwesenheit, Nähe und Ferne, Sichtbarkeit und Unsichtbarkeit reflektieren.

Übersehen, vergessen, stillgestellt? Zur Latenz kulturellen Erbes

Kulturelles Erbe ist mehr als etwas Überliefertes, Bewahrenswertes, Identitätsstiftendes. In einem praxeologisch-konstruktivistischen Verständnis meint Kulturerbe bzw. Heritage eine soziale Praxis. Anders als die lange vorherrschenden essentialistischen Vorstellungen, wonach die Vergangenheit ‚nur‘ wiederentdeckt werden müsste, um sie zu bewahren, nimmt der praxeologische Zugriff die komplexen und vielfältigen Verflechtungen verschiedener Entitäten in den Blick. Wenn wir von Kulturerbe/Heritage (oder synonym auch nur von Erbe) sprechen, dann ist damit nicht ein materielles Objekt oder ein bestimmter Traditionsbestand gemeint, vielmehr steht die Praxis der Aneignung von Vergangenheit im Vordergrund. In der Kulturerbeforschung ist wiederholt hervorgehoben worden, wie zentral dabei Prozesse der Autorisierung und der Auszeichnung sind. Unbestimmter ist jedoch, wann diese Prozesse der heritagization beginnen und enden. Was hemmt die ‚Erbewerdung‘, wann kommt sie sozusagen zum ‚falschen Zeitpunkt‘, wann kann sie als gescheitert angesehen werden?

Seite B 36 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Und mehr noch: Gibt es Relikte, Praktiken und Traditionen, die sich einer Aneignung langfristig oder sogar grundsätzlich verweigern oder gar (dauerhaft) in einem Zwischenfeld changieren?

Die Tagung widmet sich diesem Davor, Dazwischen oder Danach unter dem Begriff der „Latenz“. Dem latenten Erbe-Status, über den wir gemeinsam diskutieren möchten, wurde bisher nur selten die nötige Aufmerksamkeit geschenkt. Hier scheint das zu gelten, was der Ethnologe Hans Peter Hahn mit Blick auf die materielle Kultur vor einigen Jahren angemahnt hat: Der Fokus werde allzu oft auf die „hoch bewerteten, alle Aufmerksamkeit auf sich ziehenden Objekte“ gelegt; dabei sei es gerade interessant, sich den „inerten“, stillgestellten, wenig beachteten Objekten“ zu widmen, die zu „anderen Momenten eine außerordentliche Bedeutung gehabt haben“ oder zukünftig möglicherweise noch eine besondere Bedeutung haben werden. Übertragen auf Kulturerbe heißt dies, die Rückseiten des ‚Sehenswürdigen‘ in den Blick zu nehmen.

Die Tagung möchte nicht nur ‚stilles‘, verborgenes und übersehenes Erbe exemplarisch ans Tageslicht holen, sondern zugleich auf einer (meta-)theoretischen Ebene über dessen paradoxalen Status zwischen An- und Abwesenheit, Nähe und Ferne, Sichtbarkeit und Unsichtbarkeit reflektieren. Es geht mithin um Werte-Fragen, um Aspekte der Absenz, Präsenz und Latenz, aber auch um Formen der (Nicht-) Aneignung: Unter welchen Bedingungen bleibt Überliefertes ‚unter dem Radar‘? Durch was oder wen vermag sich dieser Status zu wandeln? In welchen Kontext kommt dem Latenten ein Eigenwert zu? Nicht zuletzt werden damit übergeordnete, gesellschaftsrelevante Fragen adressiert: Wo verläuft die Grenze zwischen Übersehen, Vergessen und Verdrängen? Wie wirkt dieses ‚stille‘ Erbe – unbewusst und im wahrsten Sinne des Wortes ‚verborgen‘ – in die Gesellschaft bzw. in den Alltag hinein?

Um Anmeldung bis zum 5. April 2024 an sabine.stach@leibniz-gwzo.de wird gebeten.

Programm

DIENSTAG, 9. APRIL

13:30 Uhr Begrüßung & Einführung

Achim Saupe (Potsdam), Leibniz-Forschungsverbund "Wert der Vergangenheit"
Corinne Geering (Leipzig)/Torsten Meyer (Bochum), Research Lab "Inwertsetzung und Kommodifizierung"
Stefanie Samida (Heidelberg)/Achim Saupe (Potsdam)/Sabine Stach (Leipzig)

14:00-16:15 Uhr Latenz des Verwahrten I

Andreas Ludwig (Berlin): Latenz und Gewissheit. Sedimentierte Wertzuschreibung in musealen Sammlungen
Antonia Reck (Wolfenbüttel): Latentes Kulturerbe im Kontext von NS-verfolgungsbedingt entzogenem Kulturgut und dessen Restitution
Frank Zöllner (Leipzig): Die Latenz der Verheißung: Politische „Gipsschnitte“ in Leipzig

Kaffeepause

16:45-18:15 Uhr Latenz des Verwahrten II

Anna-Magdalena Heide (Bochum): Reaktivierung kulturellen Erbes durch Kontextualisierung am Beispiel von Kindermalereien
Juana Awad (Berlin): Case Study Werkstatt der Kulturen in Berlin: Kuratorische Praktiken auf dem Weg zum postmigrantischen Gedächtnis

Seite B 37 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

18:30 Uhr Keynote

Hans Peter Hahn (Frankfurt/M.): Dinge in der Schwebelage halten

anschließend: Abendessen

MITTWOCH, 10. APRIL

9.00-10.30 Uhr Latente Orte I

Magdalena Abraham-Diefenbach (Frankfurt/O.): Kulturerbe der deutschen Juden in den ehemals deutschen Gebieten Polens nach 1945. Latenz der Überlappung?

Michal Korhel (Warschau): Wiederbelebung deutscher Geister in Handlová? Der Umgang mit dem Erbe der Karpatendeutschen in der Slowakei

Kaffeepause

11.00–12:30 Uhr Latente Orte II

Helmut Groschwitz (München)/Kerstin Kammerer (Berlin): Liminale Räume – Zu Latenz, Akteuren und Praktiken von und in „Lost Places“

Simon Graf (Zürich): Die Panzersperre als Relikt – Kulturelles Erbe aneignen, Vergangenheit aufheben

Mittagspause

13.30–14.15 Uhr Latentes immaterielles Erbe

Sabine Eggmann (Zürich): Das stille Erbe schweizerischer Folklore. Ein Versuch zum medialen Blickregime des Fernsehens

Christina May (Halle a.d.S.) /Ortrun Vödisch (Halle a.d.S.): Vergessen, verwalten, verändern – Über das Wiederfinden von immateriellem Kulturerbe in Sachsen-Anhalt

anschließend Abschlussdiskussion

ab 15.30 Uhr Abreise

Kontakt

Dr. Sabine Stach (sabine.stach@leibniz-gwzo.de)

Zitation

Übersehen, vergessen, stillgestellt? Zur Latenz kulturellen Erbes., In: H-Soz-Kult, 05.03.2024, www.hsozkult.de/event/id/event-142519.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

15) Gedenkstätten an ehemaligen Haftorten als Projektionsflächen

Veranstalter

Lernort Keibelstraße, Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam

Veranstaltungsort

Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Kronenstraße 5,

Gefördert durch

Berliner Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie und Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

10117 Berlin

Findet statt in Präsenz

Vom - Bis

15.04.2024 - 15.04.2024

Frist

12.04.2024

http://veranstaltungen.keibelstrasse.de/gedenkstaetten_projektionsflaechen/

Von

Birgit Marzinka, Lernort Keibelstraße, Agentur für Bildung, Geschichte und Politik e.V.

Der Workshop möchte Wissenschaftlern und Gedenkstättenpädagogen zusammenbringen und gemeinsam über historisches Lernen und Forschungsergebnisse diskutieren.

Gedenkstätten an ehemaligen Haftorten als Projektionsflächen. Besuchererwartungen als Herausforderung für Bildung, Vermittlung und Forschung

Gedenkstätten an ehemaligen Haftorten können sowohl faszinieren als auch überwältigen. Jedenfalls wirken sie oftmals emotionalisierend auf Besucherinnen und Besucher, für die sie als Projektionsflächen dienen, die häufig mit sehr individuellen (nicht unbedingt den historischen Tatsachen entsprechenden) Vorstellungen verbunden sind. Denn die Besucherinnen und Besucher kommen mit Vorannahmen; sie haben gefestigte Bilder im Kopf und bringen eine spezifische und individuelle Erwartungshaltung mit. Diese wird beeinflusst durch ihr allgemeines Vorwissen, Medien und manchmal auch familiären Erzählungen (z.B. von Hafterfahrungen). Der historische Ort wird in diesem Fall als authentischer Ort der ehemaligen Haftanstalt interpretiert, ohne die Veränderungen und die Nachnutzung zu berücksichtigen. Das wirft die Frage auf: Wie kann es trotz der starken Wirkung des Ortes und der individuellen Vorannahmen der Besucherinnen und Besucher gelingen, ein differenziertes Bild über die DDR zu vermitteln?

Die Mitarbeiter von Gedenkstätten stehen vor der Herausforderung, einerseits die Geschichte des jeweiligen Haftortes zu präsentieren und in den historischen Kontext einzubetten. Andererseits bleibt ihnen für ein vertieftes Eintauchen in die komplexen Themen des jeweiligen Ortes kaum ausreichend Zeit. Der Fokus des Angebots liegt häufig auf Kurzzeitformaten, wie zum Beispiel klassischen Führungen.

Doch wie können Führungen es leisten, dass sich die die Besucherinnen und Besucher, sich einen Überblick verschaffen, ein eigenes Bild über die Geschichte entwickeln und eigene Urteile bilden können? Wie viel didaktische Reduktion ist erlaubt? Inwieweit ist es

Seite B 39 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

möglich, in der pädagogischen Arbeit ein differenziertes Bild zu vermitteln? Wie fließen die Erwartungen der Besucherinnen und Besucher in die Bildungs- und Vermittlungsarbeit mit ein? Wie kann das Thema „Emotionen“ von der Bildungsarbeit aufgenommen werden? Welche Instrumente sind wichtig, um „Emotionen“ und professionelle Distanz auszubalancieren, damit den Besucherinnen und Besuchern Raum für historisches Lernen bleibt? Wie kann vor diesem Hintergrund ein multiperspektivisches Angebot entstehen, das auf aktuellen Forschungsergebnissen beruht und zugleich ansprechend ist? Wie können Wissenschaft und Pädagogik gewinnbringend zusammenarbeiten bzw. wie kann der Austausch gestaltet werden?

Der Workshop möchte Wissenschaftlerinnen bzw. Wissenschaftler und Gedenkstättenpädagoginnen und -pädagogen zusammenbringen und mit ihnen über die skizzierten Fragen, über Kriterien für historisches Lernen am außerschulischen Lernort sowie über aktuelle Forschungsschwerpunkte diskutieren.

Anmeldung über das Online-Formular:

http://veranstaltungen.keibelstrasse.de/gedenkstaetten_projektionsflaechen/

Programm

10:00 Uhr Begrüßung
Amélie zu Eulenburg und Birgit Marzinka

Impulsvorträge
(Moderation Katharina Hochmuth)

10:30 Uhr Vortrag
Christiane Birkert (Jüdisches Museum Berlin)
Besucher im Museum – Erwartungen und Wünsche. Methoden und Erkenntnisse der Besucherforschung

11:00 Uhr Vortrag
Kathrin Klausmeier (Universität Leipzig)
Besucher im Fokus. Was heißt Besucherorientierung an Gedenkstätten?

11:30 Uhr Vortrag
Christian Halbrock
Eine Forschungsperspektive auf die Haftorte. Authentischer Ort, Erwartungen, Fakten.

12:00 – 13:00 Uhr: Diskussion (Moderation Irmgard Zündorf)

13:00 – 14:00 Uhr: Mittagspause

14:00 – 15:30 Uhr: Fishbowl: Wie weiter in der Vermittlungsarbeit? (Moderation Birgit Marzinka)

Elke Stadelmann-Wenz (Gedenkstätte Hohenschönhausen)
Susanne Schäffner-Krohn (Gedenkstätte Brandenburg-Görden)
Axel Janowitz (Stasi-Unterlagen-Archiv)
Ulrike Seeck (Dathe-Gymnasium)
Jens Gieseke (Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung)

Kontakt

Lernort Keibelstraße
Birgit Marzinka
Tel.: 030-28098012
Mail: marzinka@agentur-bildung.de

http://veranstaltungen.keibelstrasse.de/gedenkstaetten_projektionsflaechen/

Zitation

Gedenkstätten an ehemaligen Haftorten als Projektionsflächen., In: H-Soz-Kult, 26.02.2024, www.hsozkult.de/event/id/event-142359.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

16) Grenzen und Kulturlandschaft. ARKUM – Fachdisziplinen im Gespräch!

Veranstalter

ARKUM (organisiert durch: David Fuchs (Geograph), Gerrit Himmelsbach (Archäologe/Historiker), Robert Lämmchen (Geograph) und Lina Schröder (Historikerin))
97072 Würzburg

Findet statt Digital

Vom - Bis

15.04.2024 - 08.07.2024

Frist

31.03.2024

Von

Lina Schröder, Lehrstuhl Fränkische Landesgeschichte, Universität Würzburg/Europäische Regionalgeschichte, Universität Salzburg

Der ‚Arbeitskreis für historische Kulturlandschaftsforschung in Mitteleuropa e.V.‘ (ARKUM) lädt Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler verschiedener Disziplinen und Qualifizierungsstufen zum digitalen Kolloquium zum Thema ‚Grenzen und Kulturlandschaft‘ ein. Das Ziel dieses Formats fokussiert einen regelmäßigen digitalen Austausch, der verschiedene fachliche Perspektiven auf das Thema ‚Grenzen und Kulturlandschaft‘ beleuchtet und diskutiert.

Grenzen und Kulturlandschaft. ARKUM – Fachdisziplinen im Gespräch!

montags, 17:15-18:45 Uhr an den folgenden Terminen: 15.04., 29.04., 13.05., 27.05., 10.06., 24.06., 08.07.

Im Sommersemester 2024 lädt der ‚Arbeitskreis für historische Kulturlandschaftsforschung in Mitteleuropa e.V.‘ (ARKUM) Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler verschiedener Disziplinen und Qualifizierungsstufen zum digitalen Kolloquium zum Thema ‚Grenzen und

Kulturlandschaft' ein. Das Kolloquium hat im vergangenen Semester zum ersten Mal stattgefunden und sich intensiv mit dem Thema ‚Raum und Kultur-Landschaft‘ beschäftigt. Das Ziel dieses Formats fokussiert einen regelmäßigen digitalen Austausch, der verschiedene fachliche Perspektiven auf das jeweilige Thema beleuchtet und zur kritischen Diskussion einlädt. Dabei stehen gezielt solche Themen im Vordergrund, die aktuell eine fachübergreifende Erforschung erfahren – so auch das Thema ‚Grenze‘.

Grenzen wurden in den vergangenen Dekaden von unterschiedlichen Fachrichtungen untersucht und mit verschiedenen Ansätzen definiert und interpretiert. Dabei wurden sie in den zurückliegenden Jahren in den politischen Leitlinien von ‚Trennungslinien‘ hin zu ‚Kontaktzonen‘ bzw. ‚Grenzräumen‘ umdefiniert, in denen es neue kulturelle und soziale Phänomene zu entdecken gibt. Das Wort ‚Grenze‘ stammt vom altslawischen Wort ‚granica‘ (polnisch, bulgarisch, bosnisch) bzw. ‚graniza‘ (russisch, bulgarisch) ab und bezeichnet (Beginn und) Ende eines Raumes (Schmieder 2021, 30; Tohidipur 2021, 299). Aus anthropologischer Sicht ist laut Isensee (2018) der Mensch „seiner Wesensverfassung nach auf Grenzen angewiesen. Mit dem gleichen Recht, mit dem er als politisches Wesen definiert wird, könnte man ihn auch als grenzbedürftiges Wesen kennzeichnen.“ Grenzen sind für den Menschen nach Isensee damit lebensnotwendig, sich im Feld der Möglichkeiten zu orientieren, „um überhaupt etwas von dem zu verwirklichen, was er an sich leisten könnte und leisten möchte“ (Isensee 2018, 20; vgl. hierzu auch Rau 2020, 309). Denn Grenzen erzeugen Differenz und erzwingen damit implizit eine Beobachtung des Unterschiedenen (Schwell 2021, 268; Pötsch 2021, 283).

Gerst und Krämer (2019) machen zudem auf die „wirkmächtige Arbeitsteilung“ mittels der Disziplinen ‚Border(land) Studies‘ und ‚Studies of Boundaries‘ aufmerksam: Grenzen im Sinn der ‚Border(land) Studies‘ bedeuten so vor allem politisch-territoriale Demarkationen oder andere räumliche Grenzkonstellationen. Aus der Warte der ‚Studies of Boundaries‘ lassen sich jedoch ebenso sozio-symbolische sowie kulturelle Grenzen untersuchen (Gerst/Krämer 2019, 50 f.; Rau 2020, 309, 313). Innerhalb der Grenzforschung, vor allem in den angloamerikanischen Debatten, herrscht dabei über die Gleichsetzung bzw. die unterschiedliche Verwendung der Begriffe ‚border‘, ‚boundary‘ und ‚frontier‘ Uneinigkeit: Während der äquivalente Gebrauch immer üblicher wird, bezeichnet in der eher traditionellen ‚Politischen Geographie‘ ‚border‘ den die Grenzlinie (= ‚boundary‘) beiderseitig umschließenden Grenzraum und ‚frontier‘ den Grenzbereich auf einer Seite, der durch die Orientierung über die Grenze hinaus variabel ist (Schetter 2021, 240–53).

Verschiedene Grenzperspektiven ergeben sich auch in Bezug auf ‚natürliche‘ Grenzziehungen. Knoll (2019) hebt beispielsweise die Bedeutung der Ambivalenz eines Flusses bezüglich der Grenzthematik hervor, wenn er über diesen schreibt: „Er ist in seiner Längsrichtung ein verbindendes Element, insbesondere war er das in jenen Zeiten, die auf den Wasserweg angewiesen waren. Gleichzeitig ist ein Fluss [je nach Größe!] ein Verkehrshindernis in seiner Querrichtung – übrigens auch dann, wenn er keine politische Grenze bildet“ (Knoll 2019, 82; vgl. ferner Hardt 2005/19). Gerade der vormoderne Fluss als topographische Demarkation (Geofaktor) stellt also eine besondere Art der Grenze dar, wenngleich er ein schönes Beispiel für eine „Grenze auf Zeit“ (Schindler 2021, 335) ist. Ursprünge ‚natürlicher‘ Grenzen finden sich also auch in den Geofaktoren, z.B. im Klima und damit auch in der Flora und Fauna. Mit zu berücksichtigen sind ebenso durch diese (mit)verursachte Grenzveränderungen (z.B. Kleine Eiszeit, Hochwasser, Erdbeben, neue Tier- oder Pflanzenarten durch sich veränderndes Klima etc.). Zu Grenzen werden von der Natur vorgegebene Elemente allerdings, wie das Beispiel Fluss zeigt, erst durch konkret erfahrbare Einschränkungen und/oder durch eine Interpretation der Menschen, die z.B. einen Fluss bewusst zu einer territorialen Grenze deklariert.

Seite B 42 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Zu den im Zweiwochenrhythmus stattfindenden 90-minütigen, digitalen Treffen (ZOOM) sind alle diejenigen regelmäßig eingeladen, die ein Thema im Rahmen des oben beschriebenen Forschungsrahmens bearbeiten und dieses gerne in einem interdisziplinären Kontext vorstellen und diskutieren möchten. Die Präsentationen sollen sich in einem zeitlichen Rahmen von maximal 35 Minuten bewegen und dazu dienen, besonders ‚knifflige‘ Fragen oder Aspekte, den möglichen Umgang mit Einzelbefunden, die methodische Herangehensweise (u.a. in Forschungsprojekten, Studien) etc. vorzustellen und zu diskutieren. In jeder Sitzung ist auch stets Zeit vorgesehen, nach Bedarf aktuelle Herausforderungen in der eigenen Forschung anzusprechen. Der Austausch soll also dazu dienen,

- durch die regelmäßigen Diskussionen zu verstehen, wie die Fachkolleg:innen bestimmte Begriffe/Konzepte – hier den Grenzbegriff – denken, welche Rolle diese in ihrem Fach spielen
- durch die anderen fachlichen Perspektiven eine Erweiterung des eigenen Horizontes zu erfahren
- einen generellen Einblick in die jeweiligen Fachdiskussionen (z.B. auch über eventuelle Kontroversen) zu erhalten

- zu verstehen, wie die anderen Disziplinen zu ihren Ergebnissen gelangen (Methodik, Quellen) und Mittel und Wege zu finden, diese Ergebnisse sinnvoll in die eigene Forschung zu integrieren

Der CfP richtet sich dabei an Wissenschaftler aus Archäologie, Geschichtswissenschaft und Geographie, sowie andere Fachdisziplinen (z.B. die Soziologie), die sich mit Fragen rund um Grenzen und Kulturlandschaft beschäftigen. Eingeladen sind auch alle diejenigen, die einfach nur Interesse am Thema und an den regelmäßigen Diskussionen haben, aber selbst nicht vorstellen möchten. Bewerbungen für einen Vortrag in Form eines Abstracts (max. 2.000 Z.) und einer Kurzvorstellung bzw. eine Interessensbekundung für eine einfache Teilnahme richten Sie bitte bis zum 31.03.2024 an Dr. Lina Schröder, lina.schroeder@uni-wuerzburg.de.

Literatur (Auswahl)

- GERST, Dominik/KRÄMER, Hannes: Die methodologische Fundierung kulturwissenschaftlicher Grenzforschung. In: KLEINMANN, Sarah (u.a. Hgg.): Kontaktzonen und Grenzregionen. Kulturwissenschaftliche Perspektiven (Kleine Schriften zur sächsischen Geschichte und Volkskunde/38), Leipzig 2019, S. 47–70.
- HARDT, Matthias: Sichtbar gemacht – Elbe und Saale als Grenze des Kaiserreiches Karls des Großen. In: LUDOWICI, Babette (Hg.): Saxones. Eine neue Geschichte der alten Sachsen. Darmstadt 2019, S. 284–286.
- HARDT, Matthias: Zur Konzeption der Elbe als Reichsgrenze im frühen und hohen Mittelalter. In: CARNAP-BORNHEIM, Claus von/FRIESINGER, Herwig: Wasserwege: Lebensadern – Trennungslinien (Schriften des archäologischen Landesmuseums, Ergänzungsreihe/3), Neumünster 2005, S. 193–209.
- ISENSEE, Josef: Grenzen: zur Territorialität des Staates. Berlin 2018.
- KNOLL, Martin: ‚Natürliche‘ Grenzen? Zur Erfahrung von Region und Territorium in der Frühen Neuzeit, in: KUHN, Barbara/WINTER, Ursula (Hg.): Grenzen, Annäherungen an einen transdisziplinären Gegenstand, Würzburg 2019, S. 81–99.
- PÖTZSCH, Holger: Grenzen und Technologie. In: GERST, Dominik (u.a. Hgg.): Grenzforschung. Handbuch für Wissenschaft und Studium (Border Studies. Cultures, Spaces, Orders/3), Baden-Baden 2021, S. 283–296.

Seite B 43 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

- RAU, Susanne: Grenzen und Grenzräume in der deutschsprachigen Geschichtswissenschaft. In: Francia/47 (2020), S. 307–321.
- SCHETTER, Conrad/MÜLLER-KONÉ, Marie: Frontier – ein Gegenbegriff zur Grenze? In: GERST, Dominik (u.a. Hgg.): Grenzforschung. Handbuch für Wissenschaft und Studium (Border Studies. Cultures, Spaces, Orders/3), Baden-Baden 2021, S. 240–253.
- SCHINDLER, Larissa: Grenze und Mobilität – ein vielfältiges Forschungsgebiet. In: GERST, Dominik/KLESSMANN, Maria/KRÄMER, Hannes (Hg.): Grenzforschung. Handbuch für Wissenschaft und Studium (Border Studies. Cultures, Spaces, Orders/3), Baden-Baden 2021, S. 331–344.
- SCHMIEDER, Falko: Entwicklungslinien einer interdisziplinären Begriffsgeschichte von Grenze. In: GERST, Dominik/KLESSMANN, Maria/KRÄMER, Hannes (Hg.): Grenzforschung. Handbuch für Wissenschaft und Studium (Border Studies. Cultures, Spaces, Orders/3), Baden-Baden 2021, S. 29–49.
- SCHWELL, Alexandra: (Un-)Sicherheit und Grenzen. In: GERST, Dominik (u.a. Hgg.): Grenzforschung. Handbuch für Wissenschaft und Studium (Border Studies. Cultures, Spaces, Orders/3), Baden-Baden 2021, S. 267–282.
- TOHIDIPUR, Timo: Grenzen im Spiegel des Rechts. In: GERST, Dominik (u.a. Hgg.): Grenzforschung. Handbuch für Wissenschaft und Studium (Border Studies. Cultures, Spaces, Orders/3), Baden-Baden 2021, S. 297–315.

Kontakt

lina.schroeder@uni-wuerzburg.de

Zitation

Grenzen und Kulturlandschaft. ARKUM – Fachdisziplinen im Gespräch!., In: H-Soz-Kult, 25.02.2024, <www.hsozkult.de/event/id/event-142304>.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

17) 30. Jahrestagung der Wartburg-Gesellschaft zur Erforschung von Burgen und Schlössern e.V.

Veranstalter

Wartburg-Gesellschaft zur Erforschung von Burgen und Schlössern e.V.

Veranstaltungsort

Veranstaltungskapelle der Nikolaikirche (Eingang nördlich neben der Kirche)

Gefördert durch Freistaat Thüringen

99817 Eisenach

Findet statt in Präsenz

Vom - Bis

18.04.2024 - 21.04.2024

<https://wartburggesellschaft.de/tagungen/>

Von

Guido v. Büren, Museum Zitadelle Jülich

Seite B 44 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Die 30. Jahrestagung der Wartburg-Gesellschaft zur Erforschung von Burgen und Schlössern e.V. kehrt an den Gründungsort der Gesellschaft zurück, nach Eisenach in Thüringen und zur Wartburg. Die Tagung behandelt den Burgenbau in Thüringen als eines von zwei Schwerpunktthemen. Daneben gibt es eine Sektion zu Bodo Ehardt. Wie üblich, werden in einer dritten Sektion aktuelle Forschungen zu Burgen und Schlössern in Europa präsentiert.

30. Jahrestagung der Wartburg-Gesellschaft zur Erforschung von Burgen und Schlössern e.V.

Die 30. Jahrestagung der Wartburg-Gesellschaft zur Erforschung von Burgen und Schlössern e.V. (WBG) kehrt an den Gründungsort der Gesellschaft zurück, nach Eisenach in Thüringen und zur Wartburg. Die ursprünglich für 2023 (30 Jahre nach der ersten Tagung, 31 Jahre nach der Gründung) vorgesehene Tagung wird nunmehr 2024 stattfinden, und zwar vom 18. bis 21. April 2024. Die Tagung soll den Burgenbau in Thüringen als eines von zwei Schwerpunktthemen behandeln. Daneben ist eine Sektion zu Bodo Ehardt geplant. Schließlich werden in einer dritten Sektion aktuelle Forschungen zu Burgen und Schlössern in Europa präsentiert werden.

Burgen in Thüringen

25 Tagungen nach der Eisenacher Tagung „Burgen und frühe Schlösser in Thüringen und seinen Nachbarländern“ (1997, veröffentlicht im Jahre 2000) – dank Corona sind es 27 Jahre – widmet sich die Wartburg-Gesellschaft erneut dem Burgenbau in Thüringen. Das Jahr 2024 wurde von der Thüringer Landesregierung zum „Jahr der Burgen“ ausgerufen, unsere Tagung will zeigen, ob und inwieweit Thüringen tatsächlich ein „Burgenland Thüringen“ ist.

Bodo Ehardt

1925 veröffentlichte Otto Doering das Buch „Bodo Ehardt – ein deutscher Baumeister“ zum Ruhme Ehardts in einer für ihn eher schwierigen Phase. Das Ende der Monarchie hatte auch die Zahl potenzieller Auftraggeber deutlich dezimiert, Bauaufträge beschränkten sich auf wenige Burgenerneuerungen. Der verglichen mit der Vorkriegszeit geringere Erfolg beflügelte nicht gerade Ehardts Engagement für die neuen republikanischen Verhältnisse.

Die Tagung möchte aber nicht hauptsächlich den Weg Ehardts von der Kaisertreue zum Versuch der Anbiederung an die NS-Machthaber nachzeichnen, sondern ein Schlaglicht auf alle Schaffensperioden und insbesondere Ehardts Leistungen werfen. Dazu gehören Bauprojekte wie die Hohkönigsburg oder das Wartburg-Hotel und der Ausbau der Vogtei innerhalb der Wartburg ebenso wie Publikationsprojekte, etwa zu den Burgen Italiens.

Aktuelle Forschungen

Die europäische Dimension und Vernetzung der Erforschung von Burgen und Schlössern war der Wartburg-Gesellschaft von Anfang an ein Anliegen. Durch den Fall des Eisernen Vorhangs ergaben sich nach der Gründung 1992 grundlegend neue Zugänge zum mittel- und osteuropäischen Raum. Im Fokus standen aber auch immer wieder der Benelux- und der Alpen-Raum. Die abschließende dritte Sektion präsentiert aktuelle Forschungen aus ganz Europa.

Die Tagung findet in Zusammenarbeit mit der Historischen Kommission für Thüringen statt und wird vom Freistaat Thüringen unterstützt.

Seite B 45 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Programm

Donnerstag, 18. April 2024

9.00 Öffnung des Tagungsbüros

10.00 Begrüßung durch den Vorstand

Grußwort des Thüringer Ministers für Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei, Prof. Dr. Benjamin-Immanuel Hoff

10.45 Christine Müller, G. Ulrich Großmann: Einführung zur Tagung

Sektion Burgen in Thüringen

11.15 Thomas Bienert (Erfurt): Aufkommen, Verbreitung und Niedergang kleiner Herrensitze in Thüringen

11.45 Udo Hopf (Weimar): Katalog der befestigten Kirchtürme und Kirchhöfe in Thüringen

12.15 Tanja Kilzer (Siegen): Von der Residenz zur Ruine – Die Geschichte und Baugeschichte des Schloss Gehren bei Ilmenau

12.45 Mittagspause

14.00 Heiko Pludra: Burg Ranis – vom wettinischen Schlossbau im 15. Jahrhundert bis zum Wiederaufbau der Brandruine nach 1646

14.30 Benjamin Rudolph (Weimar): Mildenfurth. Die Transformation einer romanischen Prämonstratenser-Stiftskirche in einen Schlossbau der Renaissance

15.00 Andreas Priesters (Aachen): Die Burg weiterbauen – Um- und Ausbau thüringischer Burgen in der frühen Neuzeit.

15.30 Kaffeepause

16.00 Wilfried Keil (Heldburg): Die Bauskulptur des Palas der Burg Weißensee / Runneburg

16.30 Pia Heberer (Rohrbach): Schloss Weimar (Arbeitstitel)

17.00 Marco Philipp Krüger: Niederadliges Wohnen auf dem Lande im 17. Jahrhundert – die Würmer auf Großfurra

18.00 Mitgliederversammlung Wartburg-Gesellschaft

Freitag, 19. April 2024

Sektion Bodo Ehardt

9.00 Einführung in die 2. Tagungssektion

9.15 Thomas Biller (Freiburg): Von den „Deutschen Burgen“ zum „Wehrbau Europas...“.
Zu den wissenschaftlichen Publikationen Bodo Ehardts

9.45 Jens Friedhoff (Hachenburg): „... dauernde Übermittlung aller in das Gebiet der
Burgenkunde schlagenden Nachrichten“. Bodo Ehardt (1865–1945) und die Vereinigung
zur Erhaltung deutscher Burgen in Wilhelminischer Zeit 1899–1918

10.15 Ulrich Klein (Marburg): Die Umbauten von Torhaus, Ritterhaus und Vogtei auf der
Wartburg durch Bodo Ehardt

10.45 Kaffeepause

11.15 G. Ulrich Großmann (Fürth): Bodo Ehardt und die Veste Coburg

11.45 Cornelia Thielmann (Oberhaid): Vergleich zwischen Bodo Ehardt und Rudolf
Esterer (Arbeitstitel)

12.15 Anne-Katherine Sikora: Zu Schloss Burg an der Wupper

13.00 Mittagspause

14.30 Nachtrag Sektion Thüringen

14.30 Thomas Steinmetz (Berlin): Markward von Grumbach, seine Mutter Friderun und
beider Vorfahren in Thüringen sowie deren Herrnsitze in Thüringen

15.00 Kaffeepause

Gang / Fahrt zur Wartburg

16.00 Rundgänge auf der Wartburg (u.a. Bergfried)

Festvortrag auf der Wartburg

18.00 Öffentlicher Abendvortrag

18.00 Begrüßung Burghauptmann Franziska Nentwig

18.15 Festvortrag Harald Wolter-von dem Knesebeck (Bonn): Bilder auf der Wartburg und
Bilder von der Wartburg im Laufe der Jahrhunderte

(19.15 Rückkehr in die Stadt)

Samstag, 20. April 2024

9.00 Bus-Exkursion zu den Burgen Treffurt (Burg Normannstein), Creuzburg und Burg Brandenburg bei Lauchröden. 18.00 Rückkehr

Sonntag, 21. April 2024

9.00 Einführung zur Tagungssektion

Sektion Neue Forschungen

9.15 Timm Radt (Stuttgart): Schloss Wässerndorf – Zu Wiederentdeckung einer bedeutenden frühgotischen Burg

9.45 Kurt Andermann (Freiburg): Neipperg – neue Forschungen zu einer alten Burg

10.30 Kaffeepause

11.00 Christopher Herrmann (Gemünden/W.): Neue Überlegungen zum Bau der Deutschordensburg in Riga (1496–1515)

11.30 Katrin Wenzel-Schöning: (NN)

12.00 Schlussdiskussion

13.00 Ende der Tagung

Kontakt

Wartburg-Gesellschaft
zur Erforschung von Burgen und Schlössern e.V.
c/o Andreas Volkert
Auf der Wartburg
99817 Eisenach
volkert@wartburg.de

<https://wartburggesellschaft.de/tagungen/>

Zitation

30. Jahrestagung der Wartburg-Gesellschaft zur Erforschung von Burgen und Schlössern e.V., In: H-Soz-Kult, 05.02.2024, www.hsozkult.de/event/id/event-141753.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

18) 5. Begegnungstagung „Kultureinrichtungen im Dialog“.

Landmannschaften und Kultureinrichtungen der Vertriebenen im Dialog mit Bund, Ländern und Wissenschaft, Stuttgart 26. bis 28. April 2024



Kulturstiftung
der deutschen Vertriebenen



Foto: Vertriebenen-Denkmal im Kurpark Bad Cannstatt, an den Biedersteinen ist der Teufel der Cherna angebracht
Quelle: Andreas Frankhöfe - Eigenes Werk

Aktuelle Änderungen im Programm entnehmen Sie bitte unseren Internetseiten: www.kulturstiftung.org

Weitere Auskünfte:

Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen
Godesberger Allee 72-74, 53175 Bonn
Brunnenstraße 191, 10119 Berlin
Telefon Bonn: 0228 / 249 65040
Telefon Berlin: 030 / 863 355 10
E-Mail: kontakt@kulturstiftung.org

gefördert durch:



Die Beauftragte der Bundesregierung
für Kultur und Medien

Foto Vertriebenen: Alex Schäfers und Fruchtkasten am Schillerplatz
Quelle: Landesmuseum Württemberg

HINWEISE FÜR TAGUNGSTEILNEHMER

1. Tagungsstätte

Hotel Royal
Sophienstrasse 35
70178 Stuttgart

2. Wegweiser

Die Tagungsstätte befindet sich im Stadtzentrum und ist fußläufig vom Hauptbahnhof zu erreichen.

3. Anmeldung

Um verbindliche schriftliche Anmeldung per Post oder E-Mail (veranstaltungen@kulturstiftung.org) wird bis spätestens **15. April 2024** gebeten.

4. Verpflegung und Unterkunft

Bei den Mahlzeiten sind Sie Gast der Kulturstiftung. Für die Unterkunft der Tagungsteilnehmer werden Ihnen von uns Zimmer zur Verfügung gestellt. Über die Reservierung und die Teilnahme an der Veranstaltung erhalten Sie eine Bestätigung. Bei Nichtnutzung der bestellten und zugesagten Unterkunft müssen die der Kulturstiftung in Rechnung gestellten Kosten vom Besteller erstattet werden. Parkgebühren können nicht erstattet werden.

5. Fahrtkosten

Diese können für die **angemeldeten** Teilnehmer bei Benutzung der Deutschen Bahn AG in der niedrigsten Wagenklasse übernommen werden. Hierfür ist die Vorlage der Fahrkarte notwendig. Bei Benutzung des Pkw ist die Wegstrecken-Entscheidung für Hin- und Rückfahrt auf einen Betrag von € 0,20 pro Kilometer (max. 130 €) begrenzt. Für Personen- und Sachschäden bei der An- und Abreise sowie am Tagungsort kann keine Haftung übernommen werden. Taxikosten können nicht erstattet werden.

Sollte Ihnen eine persönliche Teilnahme aus terminlichen Gründen nicht möglich sein, so können Sie gerne eine Vertreterin bzw. einen anderen Vertreter Ihrer Institution/Einrichtung entsenden.



**5. Begegnungstagung
„Kultureinrichtungen im Dialog“**



**Landmannschaften und
Kultureinrichtungen der
Vertriebenen im Dialog mit Bund,
Ländern und Wissenschaft**

EINLADUNG

26. bis 28. April 2024

Stuttgart

Zum Tagungsthema

Vom 26. bis 28. April 2024 findet die 5. Jubiläumstagung „Kultureinrichtungen im Dialog“ statt. Das von der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen initiierte Format hat sich in den vergangenen Jahren zu einer festen Plattform des Austausches zwischen Einrichtungen der eigenständigen Kulturarbeit der Heimatvertriebenen untereinander und mit fachlichen und wissenschaftlichen Einrichtungen des §96 BVFG-Förderbereichs entwickelt.

Da die Kulturstiftung 1974 in Stuttgart gegründet wurde, wollen wir in diesem Jahr bei unserer Tagung bei einer öffentlichen Veranstaltung auch auf die Rolle der Heimatvertriebenen und Spätaussiedler für die Stadt Stuttgart und den Beitrag von diesen für die Stadt Stuttgart eingehen.

Erneut gilt es Impulse für die künftige gemeinsame Arbeit zu setzen. Gleichzeitig wollen wir zukunftsweisend bedeutende Themenfelder der Kulturarbeit nach § 96 BVFG erörtern und im Dialog die Weichen für eine stärkere Zusammenarbeit und Vernetzung setzen.

Gemeinsam gilt es, auf Bewährtem aufzubauen, mit verstärkter Kraft auch Neues in Angriff zu nehmen und Zukunft neu zu gestalten. Das beinhaltet auch, über Organisations- und andere Grenzen hinweg zusammen zu arbeiten, Hilfe zu leisten und Kräfte zu bündeln.

Programm

Freitag, 26. April 2024

14.00 Uhr
Reinfried Vogler,
Ehrenvorsitzender der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen, Bonn
Grußwort

14.15 Uhr
Thomas Konhäuser, Projektleiter, Berlin
Begrüßung und Impuls

14.30 Uhr
Themenblock 1:
Stand und Perspektiven der Kulturarbeit gemäß §96 BVFG

17.00 Uhr
Öffentliche Veranstaltung zur Rolle der Heimatvertriebenen für die Region Stuttgart und der Beitrag der Stadt Stuttgart für die Heimatvertriebenen

Samstag, 27. April 2024

10.00 Uhr
Themenblock 2:
Vernetzung der Medien und Publikationsorgane

Projektvorstellung:
Die MedienArbeitsGemeinschaft (MAG) der Kulturstiftung in Zusammenarbeit mit der AGDM

11.30 Uhr
Themenblock 3:
Bedeutung der Vernetzung von nach §96 tätigen Einrichtungen mit musealen Einrichtungen und der Wissenschaft

13.00 Uhr
Mittagessen

14.30 Uhr
Themenblock 4:
Stärkung der Nachwuchsförderung: Jugend, Bildung und Kultur

16.00 Uhr
Themenblock 5:
Stärkung der Heimatsammlungen

18.00 Uhr
Abendessen

Sonntag, 28. April 2024

10.30 Uhr
Zusammenfassung der Tagungsergebnisse und Abschlussdiskussion

12.00 Uhr
Mittagessen

Im Anschluss
Kranzniederlegung am Vertriebenenedenkmal

Optional: Besuch des Heimatmuseums der Besserabideutschen

19) Erziehung nach Auschwitz und das “Scapa Flow” der Nazi-Intelligentsia

Veranstalter

Leonore Bazinek (Laboratoire ERIAC, Université e Rouen)

Ausrichter

Laboratoire ERIAC, Université e Rouen

76130 Mont Saint Aignan

Land France

Findet statt in Präsenz

Vom - Bis

23.05.2024

Frist

30.03.2024

<http://eriac.univ-rouen.fr/appel-a-communications-education-apres-auschwitz-et-le-scapa-flow-de-lintelligentsia-nazie-erziehung-nach-auschwitz-und-das-scapa-flow-der-nazi-intelli/>

Von

Leonore Bazinek, UFR DES LETTRES ET SCIENCES HUMAINES, Équipe de Recherche Interdisciplinaire sur les Aires Culturelles, Universität zu Rouen

Erziehung nach Auschwitz und das “Scapa Flow” der Nazi-Intelligentsia

Eine Auseinandersetzung mit dem Werdegang der stark in den Hitlerismus verwickelten Intellektuellen sowie des scheinbaren Versandens der ersten Analysen.

Erziehung nach Auschwitz und das “Scapa Flow” der Nazi-Intelligentsia

Scapa Flow ist eine Bucht zwischen schottischen Inseln. In dieser Bucht versenkte sich am 21. Juni 1919 auf den kodierten Befehl „Paragraph Elf. Bestätigen“ des Admirals Ludwig von Reuter die Flotte der deutschen Marine knapp vor der Unterzeichnung des Friedensvertrags von Versailles. Vor dem Auslaufen aus Deutschland hatte man noch alle wertvollen Bestandteile aus den Schiffen ausgebaut. Reuter hatte während des langen Herumirrens der Flotte alle Besatzungsmitglieder zurückgeschickt, auf die er sich nicht 100% verlassen konnte. Nur von Getreuen umgeben, wollte er die Ehre Deutschlands retten.

Die auf dem Meeresgrund und über den Strand verstreuten Wrackteile, ihre langsame Auflösung unter Freisetzung verschiedener Stoffe, aber auch die teilweise Bergung und schließlich die Transformation in ein Museum kann als Metapher für die Schwierigkeiten dienen, denen die Bemühungen einer Erziehung nach Auschwitz ausgesetzt sind.

Heute spricht man immer noch von Rechtsruck, großer Verunsicherung, Protestwahl, obwohl sich Frankreich seit Jahrzehnten vor allem mit dem problème Le Pen herumschlägt und obwohl Herkunft und Ziel seiner Partei nie ein Geheimnis waren. Und in Deutschland ist man mit vielfältig erscheinenden Gruppierungen konfrontiert, von denen insbesondere eine seit 2013 ebenfalls als Partei auftritt. Obwohl der Verfassungsschutz sich zu ihr unmissverständlich äußert, lässt man es auch hier zu, dass diese „Partei“ sich aktiv am politischen Geschehen beteiligt.

Seite B 51 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Dieses Paradox bildet den Hintergrund unserer Überlegungen. Woher jene Verwirrung, woher die praktische und theoretische Schwäche sowohl der Politiker als auch der Wissenschaftler?

Man kann feststellen, dass die begonnene Analyse der von den Nationalsozialisten nie verheimlichten Bedeutung ihrer Weltanschauung nach 1950 mehr und mehr vernachlässigt wurde. Ein weiteres Moment ist sicherlich in der Vernachlässigung des reeducation-Projektes für Deutschland zu sehen, das von den Alliierten um 1945 geplant war. Beides fiel weitgehend einem sogenannten „Kalten Krieg“ zum Opfer, dessen Institution und Durchführung zumindest teilweise unter dem Einfluss von Nazi-Intellektuellen geschah. Einige, in deren Identität man sich – wissentlich oder unwissentlich – irrte, waren auch tatsächlich wie verstreutes Strandgut „eingesammelt“ worden, um sofort in den Wiederaufbau Deutschlands eingebunden werden zu können; Andere tauchten zwar unter, aber, verstärkt ab 1950, wieder auf. Sie übten ihren Einfluss durch Unternehmensgründungen usw., aber auch im Fortführen und Wiederaufgreifen ihrer akademischen Tätigkeiten, aus und legten vor allem die Grundlagen zweifelhafter geschichtlicher Paradigmen, die nun drohen, historische Forschung weitgehend durch Erinnerungskultur zu ersetzen.

Um diese Prozesse genauer erfassen zu können, werden wir uns mit aufmerksamen Zeitzeugen befassen, insbesondere mit Edmond Vermeil (1887-1964), Armand Cuvillier (1887-1963), Theodor W. Adorno (1903-1969) und Heinz-Joachim Heydorn (1916-1974). Der Versuch, die aktuelle gesellschaftliche Wirklichkeit mit diesen theoretischen Ressourcen in Beziehung zu setzen, wird zeigen, dass die wissenschaftliche Forschung sich von intellektueller Gewalt nicht beeindrucken lassen muss, sondern den kurzfristig sehr wirksamen Kampflogiken ihre langfristig wirkenden Betrachtungen entgegensetzen kann; dass also ein auf Freiheit zielendes Denken sich in den Weltanschauungskampf begeben kann, ohne dessen Methoden und Zielsetzungen zu teilen. Vernünftiger Mut erweist sich als eine der maßgeblichen Bedingungen genuin menschlicher Freiheit.

Wir erwarten ebenso Fallstudien wie grundsätzliche, metatheoretische Beiträge.

Kontakt

leonore.bazinek1@univ-rouen.fr

<http://eriac.univ-rouen.fr/appel-a-communications-education-apres-auschwitz-et-le-scapa-flow-de-lintelligentsia-nazie-erziehung-nach-auschwitz-und-das-scapa-flow-der-nazi-intelli/>

Zitation

Erziehung nach Auschwitz und das "Scapa Flow" der Nazi-Intelligentsia., In: H-Soz-Kult, 16.02.2024, www.hsozkult.de/event/id/event-142067.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

20) 300 Jahre Kant - Austausch in Olsztyn und Berlin zum ewigen Frieden

Veranstalter Freunde Kants e.V.
Gefördert durch Auswärtiges Amt
10719 Berlin

Findet statt in Präsenz
Vom - Bis
04.06.2024 - 06.10.2024
Frist
15.03.2024

<https://www.freunde-kants.com/>

Von
Hilmar Girnus, Freunde Kants und Königsbergs e.V.

Immanuel Kants Schriften werden auch 300 Jahre nach seiner Geburt auf der ganzen Welt gelesen.

Zusammen mit jungen Kant-Interessierten aus Polen, Russland (im Exil), Litauen und Deutschland wollen wir uns auf die Spuren des großen Philosophen begeben, zuerst im polnischen Teil des ehemaligen Ostpreußens, wo Kant von etwa 1750 bis 1754 lebte, und vier Monate später in Hamburg, Lüneburg und in Berlin. Vorkenntnisse sind nicht erforderlich.

Kant-Zukunftswerkstatt 2024

Immanuel Kants Schriften werden auch 300 Jahre nach seiner Geburt auf der ganzen Welt gelesen. Sein 1795 in Königsberg erschienener philosophischer Entwurf „Zum ewigen Frieden“, in dem Kant die Idee einer Weltfriedensordnung entwickelte, war visionär und ist heute, angesichts der Kriege in der Ukraine, im Nahen Osten und in anderen Teilen der Welt von besonderer Aktualität.

Zusammen mit jungen Kant-Interessierten wollen wir uns auf die Spuren des großen Philosophen begeben, zuerst im polnischen Teil des ehemaligen Ostpreußens, wo Kant von etwa 1750 bis 1754 lebte, und vier Monate später in Hamburg, Lüneburg und in Berlin. Vorkenntnisse sind nicht erforderlich. Wir werden uns mit Leben und Werk Immanuel Kants und mit Kants Wirkung auf die Region befassen, deren Aushängeschild er heute ist und deren Geschichte sehr wechselhaft und konfliktbeladen ist. Daher wollen wir uns – gerade in Anbetracht des russischen Überfalls auf die Ukraine – auch mit Kants Schrift „Zum ewigen Frieden“ beschäftigen.

Das gesamte Programm, das vom Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland gefördert wird, findet auf Deutsch statt, daher sind gute Deutschkenntnisse (mind. B2) erforderlich. Wir freuen uns über Bewerbungen von interessierten Studierenden, Auszubildenden und jungen Berufstätigen, die entweder ihren aktuellen Lebensmittelpunkt in Polen, Litauen, Deutschland oder den Ländern der Östlichen Partnerschaft haben oder die Staatsbürgerschaft eines dieser Länder oder Russlands besitzen. Rückfragen können gerne an info@freunde-kants.com gerichtet werden.

Seite B 53 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Besonderer Hinweis für Interessenten mit russischer Staatsbürgerschaft: Wir hoffen insbesondere auf Bewerbungen von Studierenden und jungen Berufstätigen, die sich derzeit in der EU aufhalten.

Die Kosten für das Programm werden komplett übernommen. Voraussetzung ist die Teilnahme und Mitarbeit an allen Programmpunkten. Interessierte schicken bitte bis zum 15.03.2024 ein einseitiges Motivationsschreiben sowie einen kurzen tabellarischen Lebenslauf auf Deutsch an info@freunde-kants.com.

Wir freuen uns auf eure Bewerbung!

Link zum Bewerbungsaufruf: https://www.freunde-kants.com/files/ugd/e49178_e9a38ef8d8104441b42cbab00885cc48.pdf

Programm

Das 1. Modul der KANT-ZUKUNFTSWERKSTATT 2024 wird am 04.06.2024 (Anreise) in Gdańsk/Danzig beginnen. Nach einem Stadtrundgang am 05.06. fahren wir nachmittags weiter nach Olsztyn/Allenstein. In der Hauptstadt der polnischen Woiwodschaft Ermland-Masuren werden wir bis zum 09.06. (Abreise) bleiben. Dort erwartet uns ein abwechslungsreiches Programm, wobei neben der Befassung mit Leben und Werk Immanuel Kants der gemeinsame Spaß und Austausch in der Gruppe nicht zu kurz kommen werden. Zum Abschluss besuchen wir Jarnołtowo (ehemals Groß Arnisdorf), wo eine Gedenkstätte an Kants Aufenthalt dort erinnert.

Das 2. Modul unserer diesjährigen Kant-Zukunftswerkstatt soll am 01.10.2024 in Hamburg beginnen. Im nahegelegenen Lüneburg besuchen wir das Ostpreußische Landesmuseum mit seiner Kant-Ausstellung und werden vom 02. – 06.10.2024 (Abreise) in Berlin sein.

Kontakt

Hilmar Girnus - hilmar.girnus@freunde-kants.com

<https://www.freunde-kants.com/>

Zitation

300 Jahre Kant - Austausch in Olsztyn und Berlin zum ewigen Frieden., In: H-Soz-Kult, 27.02.2024, www.hsozkult.de/event/id/event-142393.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

21) Der Krieg im Osten 1944/45

Veranstalter

Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr
14471 Potsdam

Findet statt in Präsenz

Vom - Bis

19.06.2024 - 20.06.2024

Frist

31.03.2024

Von

Chris Helmecke, Abteilung Forschung - Militärgeschichte bis 1945, Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr

Das Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr führt am 19./20. Juni 2024 in Potsdam einen Workshop zum Krieg im Osten 1944/45 durch.

Aus zwei Blickwinkeln – der räumlichen sowie der zeitlichen Kontextualisierung – soll der Stellenwert des Krieges im Osten 1944/45 innerhalb des Zweiten Weltkrieges sowie insbesondere in der Bedeutung für dessen Ende untersucht werden.

Der Krieg im Osten 1944/45

Was führte zum Ende des Zweiten Weltkrieges in Europa? Die regelmäßigen Großveranstaltungen in Erinnerung an den sogenannten D-Day vom 6. Juni 1944 sollen verdeutlichen: Es war die Landung der Westalliierten in der Normandie, welche den Sieg über NS-Deutschland einleitete. Die (post)sowjetische Geschichtsschreibung hebt hingegen die erfolgreichen Großoffensiven der Roten Armee seit dem Sommer 1944 als entscheidend hervor. Auch westliche Historiker schlossen sich dieser Bewertung zwischenzeitlich an. Andrew Roberts beispielsweise behauptet in seinem Buch „Feuersturm“: „Der Krieg gegen Deutschland wurde an der Ostfront gewonnen“, und wendet sich damit gegen das westliche Narrativ.

Der Workshop befasst sich deshalb erstens in einer Gesamtperspektive mit der Bedeutung des Krieges im Osten 1944/45 für den weiteren Verlauf des Zweiten Weltkrieges – gerade auch im Bezug zur alliierten Landung in der Normandie. Abseits einer Entweder-oder-Diskussion sollen dabei auch die Wechselwirkungen zwischen beiden Kriegsschauplätzen in den Blick genommen werden. Der Krieg im Osten steht aber nicht nur in Verbindung wie auch im Kontrast zu den Kämpfen im Westen. Er hat selbst seit seinem Beginn 1941 einen Wandel vollzogen. Dies zeigt sich etwa in einer veränderten Kriegführung, in gewandelten Zuständen der Streitkräfte oder auch in deren Einsatzverfahren. Deshalb sollen zweitens in einer Binnenperspektive die Unterschiede und Besonderheiten des Krieges im Osten 1944/45 im Vergleich zu 1941 bis 1943 betrachtet werden.

Ein Vorschlag für einen Workshopbeitrag sollte eine der folgenden Fragen behandeln:

Kriegführung und Operationen:

Was waren die bedeutenden Operationen 1944/45 im Osten? Wie wirkte sich die Rüstungswirtschaft in der Kriegsendphase auf die Operationsführung aus? Wie änderten sich die Kriegführung, die Art des Kämpfens sowie Einsatzverfahren und welche Bedeutung hatte das? Welchen Einfluss hatte der Partisanenkrieg auf die Kriegführung? Wie wirkte sich die Trennung der Kriegsschauplätze in der Führungsstruktur der Wehrmacht aus? Welche Ressourcenkonflikte entwickelten sich in Planung und Umsetzung der Operationen zwischen Ost- und Westheer? Welche Transfers ergaben sich durch wechselnde Einsatzgebiete zwischen West- und Ostfront von Großverbänden aber auch von kleineren Einheiten und einzelnen Soldaten?

Verbrechen:

Wie wirkten sich die militärischen Ereignisse in Ost und West auf den Charakter des verbrecherischen Vernichtungskrieges aus, den das Deutsche Reich seit 1941 gegen die Sowjetunion führte? Zu welchen Verbrechensdimensionen führten Einsatzverfahren wie etwa das Prinzip der „Verbrannten Erde“? Was bedeuteten schnelle Rückzüge und die damit verbundene Aufgabe von (Vernichtungs-)Lagern und Ghettos für die Insassen? Welche Formen von Gewalt traten zutage, als Herrschafts- und Besatzungsverhältnisse wechselten?

Streitkräfte, Personal und Material:

In welchem Zustand befanden sich Wehrmacht und Rote Armee und welche relevanten Entwicklungen sind in der Organisation, Zusammensetzung, Ausbildung, Ausrüstung, soldatischen Leitbildern etc. seit 1941 erkennbar? Welchen Einfluss auf die Kriegführung nahmen die hohen personellen und materiellen Verluste gerade im letzten Kriegsjahr? Zeigten sich unterschiedliche militärkulturelle Aspekte an den verschiedenen Fronten?

Politik und Verbündete:

Welche Bedeutung muss dem zunehmenden Abfall der deutschen Verbündeten im letzten Kriegsjahr beigemessen werden? Wie wirkten sich außenpolitische Ereignisse auf die militärische Kriegführung und umgekehrt aus? Was bedeutete der Verlust von kriegswichtigen Rohstoffgebieten für das Deutsche Reich? Welche Rolle spielten Kollaboration, „Volksaufstände“ und Selbstbefreiungsversuche in den Gebieten, die sich noch unter deutscher Herrschaft befanden?

Nachkrieg:

Welchen Stellenwert nimmt das letzte Kriegsjahr im Osten in der Erinnerungskultur sowie in der Geschichtspolitik der am Krieg beteiligt bzw. von diesem betroffen gewesenen Länder ein? Wie entwickelte sich jener während des „Kalten Krieges“? Wie danach?

Bitte richten Sie Ihren Vorschlag für einen Vortrag von max. 20 Min. Dauer bis zum 31. März 2024 an die unten genannte Kontaktadresse. Der Vorschlag sollte ein 1–2-seitiges Abstract sowie bio-bibliografische Informationen enthalten.

Der Workshop findet am 19./20. Juni 2024 in Potsdam am Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr statt. Konferenzsprachen sind Deutsch und Englisch. Eine Simultanübersetzung findet nicht statt. Der Veranstalter übernimmt die Kosten für Fahrt und Unterkunft in Anlehnung an das Bundesreisekostengesetz.

Kontakt

chrishelmecke@bundeswehr.org

Zitation

Der Krieg im Osten 1944/45., In: H-Soz-Kult, 04.03.2024,
<www.hsozkult.de/event/id/event-142520>.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

22) Ideas of Europe and Images of Russia: From the Eighteenth Century to the Present

Veranstalter

Matthew D'Auria (University of East Anglia)

Ausrichter

University of East Anglia

Veranstaltungsort

Research Park, Norwich

Gefördert durch

UEA; BASEES; The Historical Association

NR4 7TJ

Norwich

Land

United Kingdom

Findet statt in Präsenz

Vom - Bis

19.06.2024 - 21.06.2024

Frist

25.03.2024

Von

Matthew D'Auria

European perceptions of and discourses about Russia tell us much more about Europe's self-perceptions (and delusions) than about Russia itself. And the same holds true for Russian views about Europe. Underlying such a complex identity-formation processes is an often troublesome intellectual dialogue between Europe and Russia, between two closely entwined entities. One of the purposes of this international conference, is to shed light on such a dialogue, discern its main elements, and its untold

Ideas of Europe and Images of Russia: From the Eighteenth Century to the Present

Call for Papers

Seite B 57 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Ideas of Europe and Images of Russia:
From the Eighteenth Century to the Present

XV Annual Conference of the Research Network on the History of Idea of Europe

University of East Anglia, School of History – Norwich

19 - 21 June 2024

The geo-cultural relationship between Europe and Russia has been a source of intrigue for scholars, historians, philosophers, novelists, and politicians since at least the late seventeenth century. Catherine the Great envisioned Russia as a blend of 'European sophistication' and 'Slavonic values', while Fyodor Dostoevsky saw the Russian soul as a 'complex mosaic, woven with threads of European rationality and Asian mysticism'. The debate on Russia's belonging to Europe persisted among Russian elites, with European observers often viewing Russia as a periphery to civilise or as 'the Other'. In the nineteenth century, views varied; some, like Elisée Reclus, considered the Russian Empire a place of despotism, contrasting it with civilised Europe. Friedrich Nietzsche, on the other hand, believed that Russia could regenerate a decadent Europe. The First World War and the events of 1917 led some to argue Russia had returned to 'Asiatic' barbarism, ideas that kept influencing Cold War projects of European unification. The fall of the Berlin Wall paved the path to a novel phase in the political and intellectual relationship between Europe and the Soviet Union/Russia, when key political leaders such as François Mitterrand and Mikhail Gorbachev could speak of a 'common European house' – a conception that appears to have been totally shattered under the Putin regime with its full-scale invasion of Ukraine in February 2022.

Clearly, (Western) European perceptions of and discourses about Russia tell us much more about Europe's self-perceptions (and delusions) than about Russia itself. And the same holds true for Russian views about Europe. Underlying such a complex identity-formation processes is an often troublesome intellectual dialogue between Europe and Russia, between two closely entwined entities. One of the purposes of this international conference, organised by the East Centre and the Institute for the Study of Ideas of Europe at the University of East Anglia in cooperation with the Research Network on the History of the Idea of Europe, is to shed light on such a dialogue, discern its main elements, and its untold assumptions and underlying prejudices. The overall aim is to examine how images of Europe and discussions about Russian identity have interacted and influenced each other. Embracing a multidisciplinary and interdisciplinary approach, the conference aims to engage intellectual, cultural, social, and art historians as well as literary scholars and political theorists.

Topics of discussion may include, but are not limited to:

- The history of Europeanization efforts in the Russian Empire and the Soviet Union
- Religion, the arts, and images of Europe and Russia
- The cultural and intellectual history of geopolitics and alliance-making in relation to Russia and Europe
- Europeanism and Pan-Slavism
- The Soviet Union and projects of European unification
- Eurasianism and the European Far Right
- The Western labour movement, the USSR, and Europe

Seite B 58 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

- Peace movements, the USSR, and alternative projects of European unification
- Perceptions of Europe and Europeanness among minority groups and nationalities (Georgians, Ukrainians, Jews, etc...) of the Russian Empire/USSR
- Russian political emigration and notions of Europe
- The impact of the Russo-Ukrainian War on conceptions of Europe

We invite scholars to explore the evolving relationship between European and Russian identities. If you would like to present a paper (c. 15 minutes), please send an abstract (max. 300 words and in English) with a title and a short biography by 25 March 2024 to Dr Matthew D'Auria (m.dauria@uea.ac.uk) or to Dr Jan Vermeiren (j.vermeiren@uea.ac.uk) or to Professor Matthias Neumann (m.neumann@uea.ac.uk). Please note that the working language will be English.

There will be no fees for participating. Limited funding is available, although preference will be given to non-tenured scholars.

It is expected that a selection of the papers, duly revised and lengthened, will be published as a special issue of *History: The Journal of the Historical Association*.

Kontakt

Dr Matthew D'Auria,
Associate Professor in Modern European History
School of History, University of East Anglia
Norwich, NR47TJ - United Kingdom

Zitation

Ideas of Europe and Images of Russia: From the Eighteenth Century to the Present., In: H-Soz-Kult, 21.02.2024, <www.hsozkult.de/event/id/event-142261>.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

23) East and Central European Cultures in Exile. Archiving, Collecting, and Publishing in the Twentieth and Twenty-First Centuries

Veranstalter

Dr. Tatsiana Astrouskaya (Herder-Institut for Historical Research on East Central Europe),
Dr. Denisa Nešřáková (Herder-Institut for Historical Research on East Central Europe)

Veranstaltungsort

Herder-Institut for Historical Research on East Central Europe
35037 Marburg

Findet statt in Präsenz

Vom - Bis

28.08.2024 - 30.08.2024

Frist

30.04.2024

<https://www.herder-institut.de/event/call-for-papers-east-and-central-european-cultures-in-exile/>

Von

Heidi Hein-Kircher, Wissenschaftsforum, Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung - Institut der Leibniz-Gemeinschaft

The Herder Institute Summer Academy invites Early Career Researchers, including Advanced Master Students, Ph.D. Students, and Early Postdocs, to participate in a workshop dealing with the East and Central European diaspora's experiences of collecting, archiving, and publishing in exile.

East and Central European Cultures in Exile. Archiving, Collecting, and Publishing in the Twentieth and Twenty-First Centuries

The Herder Institute Summer Academy invites Early Career Researchers, including Advanced Master Students, Ph.D. Students, and Early Postdocs, to participate in a workshop dealing with the East and Central European diaspora's experiences of collecting, archiving, and publishing in exile. Eastern Europe can be characterized by constant flux, with peoples, objects, and institutions undergoing continuous movement. From the late nineteenth century through periods of wars, revolutions, and the Cold War, various social, ethnic, religious, and political groups were compelled to migrate and exile due to poverty, catastrophes of the twentieth century, aspirations for better lives, and sometimes escaping prosecution for both trumped-up accusation and actual WWII crimes. Mass migration entails the establishment of cultural institutions in new environments, including archives, libraries, and publishing houses, which serve as mediators between cultures and their bearers, both within and outside their respective countries.

Suppressed under socialism, East European cultures sought avenues to the „free world,“ yet they were influenced by the ideological confrontation between East and West. Along with opposing the unfreedoms of Socialism in their native countries and on the global scale, publishing activities in the diaspora could include the dissemination of far-right and radical nationalist ideas. Furthermore, conflicts, recriminations, suspicions, and financial quarrels were not rare and they occupied a visible place in émigré publications. How can we critically engage with this heritage while paying attention to its diversity and historical significance?

The Summer Academy will delve into the publishing and collecting initiatives that emerged across Europe and the world following World War II, continuing into the late 1980s.

Equally crucial is the issue of preservation and accessibility, which can be facilitated through digitization. However, the challenge lies in how to approach and digitally connect the scattered multicultural and multilingual collections.

Against the backdrop of Russia's ongoing aggressive war in Ukraine and mounting repressions in Belarus and Russia, East European cultures find themselves once again facing exile and emigration, while the Cold War experience of émigré activities at archiving, collecting, and publishing regain its relevance.

With its extensive archival materials, including the unique Urbańczyk collection of the Polish underground press from the era of Solidarność, the newspaper clippings archive from the

Seite B 60 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Cold War period, and the comprehensive periodicals archive covering Eastern and Central Europe, the Herder Institute provides an exceptional foundation for this thematic focus, which will be explored through various theoretical and practical thematic units.

We invite submissions for 10-15 Minutes Paper presentations on the topics, including, but not limited to:

- Publishing Houses in exile: national and transnational perspectives
- The variety of émigré and publishing and collecting activities and how they affect the production of knowledge on Eastern Europe during the Cold War and after
- (Re)creation of national cultures in exile Intercultural connections and collections in the diasporas
- New and old diasporas' approaches to publishing and collecting: continuity or rupture?
- The role of digital publishing and archiving techniques for enhancing access to émigré collections and archives

Send your exposé (approx. 300 words) and a short CV to forum@herder-institut.de until April 30, 2024.

Accommodation for selected participants will be provided and travel costs up to 250 Euro (EU), 500 Euro (Non-EU), 800 Euro (overseas travels) can be covered upon request.

Kontakt

Dr. Tatsiana Astrouskaya (tatsiana.astrouskaya@herder-institut.de), Dr. Denisa Nešťáková (denisa.nestakova@herder-institut.de)

<https://www.herder-institut.de/event/call-for-papers-east-and-central-european-cultures-in-exile/>

Zitation

East and Central European Cultures in Exile. Archiving, Collecting, and Publishing in the Twentieth and Twenty-First Centuries., In: H-Soz-Kult, 16.02.2024, [<www.hsozkult.de/event/id/event-142177>](https://www.hsozkult.de/event/id/event-142177).

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

24) Life and works of Immanuel Löw

Veranstalter

Szeged Jewish Community, Jewish Theological Seminary - University of Jewish Studies, Budapest; Szeged University
Gefördert durch ÖKF, WUJS, MAZSIHISZ
6722 Szeged
Land Hungary

Findet statt in Präsenz

Vom – Bis

04.09.2024 – 07.09.2024

Frist

01.03.2024

Seite B 61 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Von
Dóra Pataricza, Jüdische Gemeinde von Szeged

The Jewish Community of Szeged, the Jewish Theological Seminary – University of Jewish Studies, and the University of Szeged are jointly hosting an international conference on "Life and works of Immánuel Löw" in Szeged from September 4th to 6th, 2024. Scholars, researchers, and experts worldwide are invited to discuss the renowned Chief Rabbi of Szeged, Immánuel Löw. Abstracts for presentations should be sent to immanuellowconference@gmail.com by March 1, 2024, for peer review.

Das Leben und Werk von Löw Immánuel

Die Jüdische Gemeinde Szeged, die Rabbinerseminar - Jüdische Universität, Budapest und die Universität Szeged organisieren eine internationale, wissenschaftliche Konferenz mit dem Titel "Das Leben und Werk von Löw Immánuel" in ungarischer, deutscher und englischer Sprache in Szeged.

Das Ziel der internationalen Konferenz über das Leben und die Werke von Immánuel Löw, der Rabbiner von Szeged, besteht darin, Wissenschaftler, Forscher und Experten aus verschiedenen Ländern und Regionen der Welt zusammenzubringen, um die Zusammenarbeit und die Entwicklung neuer Perspektiven zu fördern. Die renommierten Fachvorträge in Plenarsitzungen und Sektionen bieten den Forschern die Möglichkeit, ihre Forschungsbereiche vorzustellen. Darüber hinaus sind auch die Löw-Gedenkwanderung und die offizielle Einweihung der nach Löw Lipo und Löw Immánuel benannten Räume Teil des Programms.

Die Konferenz findet vom 4. bis 6. September 2024 statt, der Veranstaltungsort wird von der Universität Szeged bereitgestellt. Der Sabbatgottesdienst in der von Baumhorn Lipót und Löw Immánuel entworfenen Synagoge, der in der örtlichen Gemeinschaft stattfindet, ist ebenfalls Teil des Programms.

Wir bitten Sie, den Titel Ihres geplanten Vortrags und eine kurze, 200-Wörter umfassende Zusammenfassung bis zum 29. Februar 2024 an die E-Mail-Adresse immanuellowconference@gmail.com zu senden. Die Einreichung von Abstracts wird einem Begutachtungsprozess unterzogen, um das hohe wissenschaftliche Niveau der Konferenz zu gewährleisten. Die Bewerber werden bis zum 11. März über die Aufnahme in die Sektion informiert.

Ein Teil der auf der Konferenz präsentierten Studien soll in englischer Sprache bei einem renommierten internationalen Verlag veröffentlicht werden. Wenn der Autor seine Forschung im Konferenzband veröffentlichen möchte, muss er bis spätestens 31. Dezember 2024 einen wissenschaftlichen Artikel entsprechend den formalen Anforderungen an die E-Mail-Adresse immanuellowconference@gmail.com senden. Die angenommenen und begutachteten Studien werden in gedruckter Form veröffentlicht. Die formalen Anforderungen an die Studie werden zu einem späteren Zeitpunkt bekannt gegeben. Die Reise- und Unterbringungskosten für Referenten aus Österreich werden vom Österreichischen Kulturforum in Budapest übernommen.

Programm

Tag 1: 4. September

09:30 Uhr - 10:00 Uhr: Anmeldung und Begrüßungskaffee
10:00 Uhr - 10:30 Uhr: Eröffnungszeremonie
10:30 Uhr - 12:00 Uhr: Vormittagssitzung
12:00 Uhr - 13:00 Uhr: Mittagspause
13:00 Uhr - 14:30 Uhr: Nachmittagssitzung
15:00 Uhr - 17:30 Uhr: Geführte Tour
17:30 Uhr - 19:00 Uhr: Freizeit
19:00 Uhr - 21:00 Uhr: Konferenzdinner

Tag 2: 5. September

09:30 Uhr - 12:00 Uhr: Vormittagssitzung (Englisch)
12:00 Uhr - 13:00 Uhr: Mittagspause
13:00 Uhr - 14:30 Uhr: Nachmittagssitzung (Englisch)
14:30 Uhr - 15:00 Uhr: Kaffeepause
15:00 Uhr - 17:30 Uhr: Einweihung des Immanuel-Löw-Platzes und des Lipót-Löw-Platzes
17:30 Uhr - 19:00 Uhr: Freizeit/Networking
19:00 Uhr - 21:00 Uhr: Konferenzdinner

Tag 3: 6. September

09:00 Uhr - 09:30 Uhr: Anmeldung und Begrüßungskaffee
09:30 Uhr - 11:00 Uhr: Vormittagssitzung
11:00 Uhr - 11:30 Uhr: Kaffeepause
11:30 Uhr - 13:00 Uhr: Mittagssitzung
13:00 Uhr - 14:00 Uhr: Mittagspause
14:00 Uhr - 15:30 Uhr: Nachmittagssitzung
15:30 Uhr - 16:00 Uhr: Schlusswort und Abschied
19:00 Uhr: Kabbalat-Schabbat-Gottesdienst (optional)

Tag 4: 7. September 2024

10:00 Uhr – 13:00 Uhr: Schabbat-Gottesdienst (optional)

Kontakt

immanuellowconference@gmail.com

Zitation

Life and works of Immanuel Löw., In: H-Soz-Kult, 13.02.2024,
<www.hsozkult.de/event/id/event-142022>.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

25) Streitkräfte zwischen den Weltkriegen. Erfahrungen und Erwartungen in der nationalen und transnationalen Diskussion

Veranstalter

Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr
14471 Potsdam

Findet statt in Präsenz

Vom - Bis

11.09.2024 - 13.09.2024

Frist

31.03.2024

<https://zms.bundeswehr.de/de>

Von

Markus Pöhlmann, Militärgeschichte bis 1945, Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr

Streitkräfte zwischen den Weltkriegen. Erfahrungen und Erwartungen in der nationalen und transnationalen Diskussion

Die Tagung untersucht den Wandel des Militärs zwischen den beiden Weltkriegen weltweit und mit besonderem Fokus auf Prozesse der gegenseitigen Wahrnehmung sowie auf die Bedeutung der Prognose.

Streitkräfte zwischen den Weltkriegen. Erfahrungen und Erwartungen in der nationalen und transnationalen Diskussion

Thema

Das Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw) verfolgt seit 2020 ein Forschungsprojekt mit dem Titel „Reichswehr. Die Republik und ihre Streitkräfte, 1919-1935“. Die Diskussionen und ersten Forschungsergebnisse haben dabei rasch die unzureichende Einbettung der bisherigen historischen Forschungen in den inter- und transnationalen Rahmen aufgezeigt. Seit ihren Anfängen war die (west- und ost-) deutsche Forschung in der Regel national ausgerichtet. Verstärkt durch die besondere Ausgangslage des Versailler Vertrages konnte so die Vorstellung eines militärischen Sonderwegs Raum greifen. Auch wenn die spezifische Situation der Reichswehr anzuerkennen ist, sind für die Epoche von 1919 bis 1939 auch eine Reihe universaler Herausforderungen für Streitkräfte weltweit zu identifizieren. Dazu zählen die Erfahrung von Demobilisierung, Unwägbarkeiten in der Entwicklung des Militärwesens, die Renaissance der Berufsarmee, die Bedeutung von Allianzen und die Aussicht auf den zunehmend ideologisch gerahmten, gesamtgesellschaftlichen Charakter eines zukünftigen Krieges. Die Tagung untersucht den Wandel des Militärs zwischen den beiden Weltkriegen weltweit und mit besonderem Fokus auf Prozesse der gegenseitigen Wahrnehmung sowie auf die Bedeutung der Prognose. Ausgangspunkt aller Überlegungen sind dabei die Streitkräfte selbst.

Seite B 64 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Mit besonderem Interesse erwarten die Veranstalter auch Diskussionsbeiträge aus Disziplinen, die der Geschichtswissenschaft benachbart sind. Vorschläge, die den Blick auf das militärgeschichtliche Vergleichen oder auf Transfers haben, sind dabei von besonderem Interesse.

Mögliche Fragen

Ein Vorschlag für einen Konferenzbeitrag sollte eine der folgenden Fragen behandeln:

- Streitkräfte und ihr Staat: Wie gingen Streitkräfte mit der Herausforderung einer Demobilisierung und dem folgenden Wiederaufbau von Kräften und Strukturen im Rahmen der Landes- und Bündnisverteidigung um? Welche Rolle spielte Paramilitär als militärisches Instrument und als Herausforderung für das staatliche Gewaltmonopol?
- Transnationale Ordnungen von Sicherheit: Wie unterschieden sich ab 1919 die Sicherheitsbedürfnisse von Imperien und Nationalstaaten? Welche Bedeutung hatten militärische Kooperationen und Bündnisse für das Militär?
- Militärisches Lernen: Wie organisierten Streitkräfte das Lernen aus dem Weltkrieg? Lässt sich für die Epoche die Ausbildung von transnationalen Expertenkulturen (epistemic communities) beobachten?
- Militärische Prognostik: Wie organisierten Streitkräfte den Ausblick in mögliche militärische Zukünfte? Wer entwarf Zukunftskriegsszenarien und was war dabei die Agenda?
- Die Streitkräfte und ihre Geschlechter: Welche Bemühungen der Neudefinition von Vorstellungen von (soldatischer) Männlichkeit lassen sich zwischen 1919 und 1939 beobachten? Welche Erwartungen formulierten die Streitkräfte und andere gesellschaftliche Gruppen an die Rolle von Frauen in einem zukünftigen Krieg?
- Die Signaturen einer ambivalenten Moderne: Motorisierung, Mechanisierung, Zeit und Tempo, Sachlichkeit, Rationalisierung und Totalitarismus – wo griff das Militär gesamtgesellschaftliche Strömungen auf und wo brachte es solche in die eigene Gesellschaft ein?
- Legitimation und Delegitimation des Krieges: Auf welche Weise wurde Krieg als Mittel der Politik zwischen 1919 und 1939 in der politischen Kommunikation, in Kunst und Kultur und in den Wissenschaften bestätigt, in Frage gestellt oder neu definiert? Inwiefern wurden pazifistische Überzeugungen handlungsrelevant bzw. politisch mehrheitsfähig oder auch gerade nicht?

Organisatorische Fragen

Bitte richten Sie Ihren Vorschlag für einen Vortrag bzw. ein Panel bis 31. März 2024 an die unten genannte Kontaktadresse. Der Vorschlag sollte ein 1-2-seitiges Abstract und bibliografische Informationen enthalten.

Die Tagung findet vom 11. bis 13. September 2024 in Potsdam statt.

Konferenzsprachen sind Deutsch und Englisch. Eine Simultanübersetzung steht nicht zur Verfügung.

Seite B 65 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Die Veranstalter übernehmen die Kosten für Fahrt und Unterkunft in Anlehnung an das Bundesreisekostengesetz.

Als Ergebnis der Tagung ist eine international sichtbare, englischsprachige Veröffentlichung geplant.

Veranstalter für das ZMSBw: Dr. habil. Markus Pöhlmann und PD Dr. John Zimmermann

Kontakt

ZMSBwITMG@bundeswehr.org

<https://zms.bundeswehr.de/de>

Zitation

Streitkräfte zwischen den Weltkriegen. Erfahrungen und Erwartungen in der nationalen und transnationalen Diskussion., In: H-Soz-Kult, 05.02.2024, www.hsozkult.de/event/id/event-141774.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

26) Projektpräsentationen und Diskussionsforen auf dem 44. Rechtshistorikertag

Veranstalter

MPI für Rechtsgeschichte und Rechtstheorie / Institut für Rechtsgeschichte der Goethe-Universität Frankfurt
60323 Frankfurt

Findet statt in Präsenz

Vom - Bis

16.09.2024 - 20.09.2024

Frist

31.03.2024

<https://rechtshistorikertag2024.de/>

Von

Stefanie Rüter, Forschungscoordination und Kommunikation, Max-Planck-Institut für Rechtsgeschichte und Rechtstheorie

Der 44. Rechtshistorikertag wird vom 16. bis 20. September in Frankfurt am Main stattfinden.

Projektpräsentationen und Diskussionsforen auf dem 44. Rechtshistorikertag

Zusätzlich zu den Hauptvorträgen und Sektionen ist am Mittwoch, 18. September 2023, ein Programmpunkt ausschließlich für die Präsentationen von Forschungsprojekten sowie die Ausrichtung von kleinen Diskussionsforen reserviert. Diese werden im Max-Planck-Institut

Seite B 66 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

für Rechtsgeschichte und Rechtstheorie auf dem Campus Westend stattfinden. Wir laden alle Interessierten ein, Vorschläge zu drei möglichen Formaten einzureichen:

- (1) Posterpräsentation des eigenen Promotionsvorhabens oder Forschungsprojekts
- (2) Projektpräsentation im Rahmen eines 10-minütigen Vortrags mit anschließender Diskussionsmöglichkeit (5 Minuten)
- (3) Diskussionsforum zu Problemen und Formen rechtshistorischer Forschung mit einem 10-minütigen Vortrag und anschließender Diskussionsmöglichkeit (20 Minuten)

Auf der Grundlage der Vorschläge wird ein Programm zusammengestellt, sodass alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Rechtshistorikertages an den Präsentationen oder den Diskussionsforen teilnehmen können. Die Auswahl der Vorschläge erfolgt durch die Ausrichter des Rechtshistorikertages. Im Fall von Vorschlägen durch Doktorandinnen und Doktoranden erfolgt die Auswahl in Zusammenarbeit mit Vertretern und Vertreterinnen des „Junges Netzwerks Rechtsgeschichte“.

Die drei besten Präsentationen von Doktorandinnen und Doktoranden erhalten einen vom Verein der Freunde des Max-Planck-Instituts gestifteten Preis. Die Jury besteht aus einem Vertreter der Organisatoren sowie zwei Vertretern des Netzwerks junge Rechtsgeschichte.

Vorschläge für die Präsentation von Forschungen, bei denen die Erschließung, Aufbereitung oder Analyse von Quellen mit Mitteln der Digitalen Humanwissenschaften erfolgen, werden bevorzugt ausgewählt.

Wir bitten um Einreichung Ihrer Vorschläge bis zum 31. März 2024 über <https://events.gwdg.de/e/rht2024>

<https://rechtshistorikertag2024.de/>

Zitation

Projektpräsentationen und Diskussionsforen auf dem 44. Rechtshistorikertag., In: H-Soz-Kult, 26.02.2024, www.hsozkult.de/event/id/event-142223.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

27) From Soviet to Independent Ukraine: A Time of Radical Change

Veranstalter German-Ukrainian Historical Commission (DUHK/YHIK)

Veranstaltungsort Internationales Wissenschaftsforum Heidelberg, Hauptstraße 242

Gefördert durch The German Academic Exchange Service (DAAD) with funds from the Foreign Office of the Federal Republic of Germany.

69117 Heidelberg

Findet statt Hybrid

Vom - Bis

23.09.2024 - 24.09.2024

Frist 15.04.2024

<https://www.duhk.org/veranstaltungen/jahreskonferenzen/from-soviet-to-independent-ukraine>

Von

Georgiy Konovaltsev, Historisches Seminar, Abt. Geschichte Ost- und Südosteuropas, Ludwig-Maximilians-Universität München

The ninth annual conference of the German-Ukrainian Historical Commission will take place 23-24 September in Heidelberg. The submission deadline for proposals is 15 April 2023.

From Soviet to Independent Ukraine: A Time of Radical Change

The organizational committee of the conference includes Prof. Dr. Tanja Penter (Heidelberg University), Prof. Dr. Guido Hausmann (University of Regensburg), Prof. Dr. Gelinada Grinchenko (University of Wuppertal/Kharkiv University) and PD Dr. Franziska Schedewie (Heidelberg University).

Conference venue: Internationales Wissenschaftsforum Heidelberg, Hauptstraße 242, 69117 Heidelberg

Format: hybrid (online and offline participation possible)

Languages: English

The German-Ukrainian Historical Commission is supported by the German Academic Exchange Service (DAAD) with funds from the Foreign Office of the Federal Republic of Germany.

For organizational questions please contact:

duhk@lrz.uni-muenchen.de / +49 89 2180-3056 / www.duhk.org

The current situation, above all Ukraine facing Russia's full-scale invasion, encourages historians to explore anew the time of the breakup of the Soviet Union and of Soviet Ukraine, the international and national contexts of the birth of the Ukrainian state in 1991 and the deep and long-lasting transformation of Ukrainian society in the late 1980s and 1990s. The German-Ukrainian Historical Commission devotes in 2024 its annual conference to this era by discussing its key features and long-lasting effects. A space of experiences and expectations opened up during this time which deserves a more detailed investigation in order to assess its overall significance for Ukraine today.

The conference organizers invite applicants to present their research on new trends in the field of grassroots activism in Ukraine ('perestroika from below'), transregional cultural, social and political entanglements, critical geopolitics or ruptures and continuities in historical narratives, memories and scholarship.

Areas of interest include the following themes:

- Testing the limits of the Soviet system: peculiarities of civic activism between new expectations for the future and the constraints of the Soviet system
- Being Soviet - being Ukrainian under perestroika: Marking and shaping identity and belonging: religion, nationality, region
- Experiences of change in ego-documents
- Institution building: state building as a grassroots process
- Transformation of Soviet historiography and memory culture;

Seite B 68 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

- The rise of a new Ukrainian memory culture
- Engaging from the outside: the impact of the Ukrainian diaspora

While we mainly aim to initiate German-Ukrainian dialogue about these issues, contributions from other countries are very welcome as well. Accommodation will be provided and travel expenses refunded for conference speakers.

We would like to thank the International Academic Forum Heidelberg for the use of its premises.

Please submit your proposals (500-800 words) and a short CV (one page maximum) in one PDF-file to Georgiy Konovaltsev (duhk@lrz.uni-muenchen.de) by April 15, 2024. Please state whether you are interested in participating in person in Heidelberg or online.

Kontakt

Georgiy Konovaltsev
Tel.: +49 89 2180-3056
E-Mail: duhk@lrz.uni-muenchen.de

<https://www.duhk.org/veranstaltungen/jahreskonferenzen/from-soviet-to-independent-ukraine>

Zitation

From Soviet to Independent Ukraine: A Time of Radical Change., In: H-Soz-Kult, 15.02.2024, <www.hsozkult.de/event/id/event-142117>.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

28) Räume und Zeiten: Offene und Geschlossene Gesellschaften im Wandel

Veranstalter
Akademie für geographische Regionalforschung e.V.
Veranstaltungsort
Universität Bamberg
96047 Bamberg

Findet statt in Präsenz
Vom - Bis
30.09.2024 - 01.10.2024
Frist
31.05.2024

<https://www.geographische-regionalforschung.de/jahrestagung/>

Von

Patrick Reitingner, Theorie, Methodik und Geschichte der Geographie, Leibniz-Institut für Länderkunde (IfL), Leipzig

Seite B 69 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Am 30. September und 01. Oktober 2024 findet die Jahrestagung der Akademie für geographische Regionalforschung (vormals Deutsche Akademie für Landeskunde) an der Universität Bamberg statt.

Räume und Zeiten: Offene und Geschlossene Gesellschaften im Wandel

Das Werk „Die offene Gesellschaft und ihre Feinde“ verfasste Karl R. Popper in Neuseeland während des Zweiten Weltkriegs als Plädoyer für eine Offene Gesellschaft, die er durch vielfältige Formen des Totalitarismus bedroht sah. Er verteidigt hier die zukunfts offene Entwicklung von Gesellschaften (und der Wissenschaft) gemäß dem Prinzip von Versuch und Irrtum im Gegensatz zur Vorstellung eines teleologischen Historizismus, der voraussetzt, dass sich Geschichte nach universalen Gesetzmäßigkeiten in nur eine „richtige“ Richtung entwickeln könne. Diese verantwortungsethische Position, welche die Freiheit des Einzelnen stets an seine Verantwortung gegenüber anderen rückbindet, ist sowohl in der Vergangenheit als auch in der Gegenwart immer wieder durch vermeintlich neue und dezidiert als Alternativen bezeichnete gesellschaftspolitische, organisatorische und technische Entwicklungen herausgefordert.

Die Tagung „Räume und Zeiten: Offene und Geschlossene Gesellschaften im Wandel“ setzt sich mit der zentralen Frage auseinander, wie Gesellschaften mit Mechanismen der Öffnung und Schließung im geographischen Sinne umgehen. Dabei sollen Themen angesprochen werden, die sowohl aktuelle Herausforderungen als auch historische Entwicklungspfade globaler, regionaler und lokaler Prozesse in Offenen und Geschlossenen Gesellschaften untersuchen. Der Blick auf die historisch-geographischen Zusammenhänge ermöglicht eine Kontextualisierung gegenwärtiger Phänomene, indem danach gefragt wird, unter welchen räumlichen Bedingungen nach Offenheit strebende Gesellschaften entstanden sind, wie sie sich gegen autoritäre und totalitäre Gesellschaftsentwürfe behaupten konnten und welche Herausforderungen sie bestehen mussten. Diskutiert werden nicht nur die räumlichen Implikationen und Organisationsformen Offener Gesellschaften, sondern auch die geschlossenen Formen von Gesellschaft. Dies ermöglicht eine konzeptionelle Verbindung von Perspektiven der Regionalen Geographie mit Geographien lokaler und globaler Verflechtungen und damit interdisziplinäre Anknüpfungen sowohl an aktuelle Debatten der Landes- und Regionalgeschichte als auch der Globalgeschichte, die alle das Verhältnis von Regionalität und Globalität in spezifischen historischen und geographischen Kontexten zu greifen versuchen. Hierbei ist zu fragen, inwieweit die Individualität von Räumen einen genuinen Erkenntnisgewinn versprechen. Konzepte von Globalität, Regionalität und Lokalität eröffnen damit Wege zu einem neuen Verständnis für die Bedingungsmöglichkeiten von Offenen und Geschlossenen Gesellschaften. Dabei verstehen wir „offen-geschlossen“ eher in ihren hybridisierten Ausprägungen denn als dichotom geschiedene Pole.

Die Jahrestagung der Akademie für Geographische Regionalforschung (vormals Deutsche Akademie für Landeskunde) findet in Zusammenarbeit mit der Abteilung Theorie, Methodik und Geschichte der Geographie des Leibniz-Instituts für Länderkunde (IfL) in Leipzig und der Professur für Historische Geographie der Otto-Friedrich-Universität Bamberg am 30. September und 01. Oktober 2024 in Bamberg statt. Als Keynote Speaker der Tagung haben Ute Wardenga und Ulrike Jureit zugesagt.

Abstract mit einem Umfang bis zu 2.000 Zeichen senden Sie bitte bis zum 31. Mai 2024 an diana.strauss@geowiss.uni-tuebingen.de.

<https://www.geographische-regionalforschung.de/jahrestagung/>

Zitation

Räume und Zeiten: Offene und Geschlossene Gesellschaften im Wandel., In: H-Soz-Kult, 26.02.2024, www.hsozkult.de/event/id/event-142330.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

29) „Heimatpraktiken“ und „Heimatgefühle“ aus historischer Perspektive

Veranstalter

Prof. Dr. Juliane Brauer, Sebastian Braun M.A.

Ausrichter Prof. Dr. Juliane Brauer, Sebastian Braun M.A.

Veranstaltungsort Bergische Universität Wuppertal

42119 Wuppertal

Findet statt in Präsenz

Vom - Bis

10.10.2024 - 11.10.2024

Frist

20.03.2024

<http://www.geschichte.uni-wuppertal.de/de/lehrgebiete/geschichte-und-ihre-didaktik/>

Von

Sebastian Braun, Fachgruppe Geschichte, Bergische Universität Wuppertal

„Heimat“ hat Konjunktur - und das nicht nur in aktuellen gesellschaftspolitischen Debatten, sondern zunehmend auch in geisteswissenschaftlichen Disziplinen. Aus diesem Grund lädt der Arbeitsbereich Geschichte und ihre Didaktik der Bergischen Universität Wuppertal (Prof. Dr. Juliane Brauer, Sebastian Braun M.A.) zu einem interdisziplinär angelegten Workshop, um sich dem Gegenstand aus historischer Perspektive zu nähern.

„Heimatpraktiken“ und „Heimatgefühle“ aus historischer Perspektive

Spätestens seit Beginn der 1980er Jahre konnte durch Hermann Bausingers Studien ein Paradigmenwechsel eingeleitet werden, der sich darin begründete, dass ein weitverbreitetes, monolithisches Verständnis des Begriffes aufgelöst werden und Heimat als etwas verstanden werden konnte, das Menschen aktiv gestalten. Anknüpfend an Bausingers Forschungen, gelang es Beate Mitzscherlich und Beate Binder in den 1990er und 2000er Jahren mit der Erforschung von „Beheimatung“ Bausingers grundlegendes Konzept weiterzuentwickeln. Seither rückt die Erforschung des Gegenstandes und seines „Konstruktcharakters“ zunehmend auch in den Blick der Geisteswissenschaften.

Im Rahmen des DFG-Projektes „Heimat global“ unter Leitung von Jens Jäger an der Universität zu Köln, wurde erstmals unter historischer Perspektive versucht, Heimat als Konzept für den deutschsprachigen Raum analytisch zu rahmen und nationale, regionale sowie lokale Erscheinungsformen zu untersuchen.

Seite B 71 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Umso erforderlicher ist es, einen Schritt weiter zu gehen und „Heimatpraktiken“ auf der Basis aktueller, forschungsprogrammatischer Ansätze in den Fokus zu rücken, um sich „Heimat“ historisch anzunähern. Dabei stellt insbesondere die Erforschung von „Heimatgefühlen“ („Heimweh“, „Fernweh“, „Heimatliebe“, Nostalgie u. a.) – trotz erster Ansätze – weitgehend noch eine „terra incognita“ dar.

Deshalb lädt der Arbeitsbereich Geschichte und ihre Didaktik der Bergischen Universität Wuppertal (Prof. Dr. Juliane Brauer, Sebastian Braun M.A.) zu einem Workshop, der die Möglichkeit bieten soll auf theoretischer, empirischer und praktischer Ebene „Heimatpraktiken“, respektive Prozesse von „Beheimatung“ unter historischer Perspektive auszuloten.

Ziel soll es sein, aktuelle Forschungsansätze zum Gegenstand in den Blick zu nehmen und der Frage nachzugehen, welche Rolle im Kontext der Auseinandersetzung mit „Beheimatung“ auch „Heimatgefühle“ (u.a. „Heimweh“, „Fernweh“, „Heimatliebe“, Patriotismus, Zugehörigkeits- und Abwehrgedühle) hatten. Dazu gehört auch die Frage, wer, wann das Recht auf welche Heimat bekommt oder wem es verweigert wird und wie die Praktiken von „Beheimatung“ bzw. Verweigerung dieser gesellschaftspolitische Wirkmächtigkeit bekamen. Willkommen sind besonders laufende Projekte mit historischen Zugängen zur Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts sowie mit regionalgeschichtlichem Schwerpunkt.

Dabei bietet sich ein breites Spektrum möglicher Themen an: „Beheimatung“ im Kontext von Flucht und Vertreibung, vor dem Hintergrund transnationaler Prozesse wie (Arbeits-) Migration, im Rahmen gesellschaftlicher Transformationsphasen (Nachkriegszeit/ vor und nach 1989) oder unter der Perspektive von „Heimatverlust“ im Kontext von Klimaschutz und Energieversorgung (z. B. durch Braunkohletagebau). Weitere Ansätze können Projekte eröffnen, die „Beheimatung“ innerhalb spezifischer religiöser und kultureller Gemeinschaften in den Blick nehmen oder den Gegenstand als geschichtskulturelles Feld behandeln in Museen und Ausstellungen.

Der Workshop richtet sich insbesondere an den akademischen Nachwuchs der Geisteswissenschaften und aus dem Feld der Public History. Neben geschichtswissenschaftlichen Projekten sind darüber hinaus Bewerbungen aus den benachbarten Disziplinen wie der Germanistik/ Literaturwissenschaft, Kulturwissenschaft oder Religionswissenschaft willkommen, die einen historischen Zugang wählen

Wir begrüßen konkrete Qualifikations- und Forschungsprojekte, die sich historisch und/ oder regionalgebunden mit „Heimat“, „Beheimatung“ und/ oder „Heimatgefühlen“ befassen. Übersenden Sie ihren Abstract (max. 1.500 Zeichen) mit kurzen biographischen Informationen bis zum 20. März 2024 an Sebastian Braun M.A.: sbraun@uni-wuppertal.de Eine Rückmeldung ist bis Mai 2024 geplant. Reisekosten können zum Teil übernommen werden.

Kontakt

Sebastian Braun M.A.
wissenschaftlicher Mitarbeiter
Geschichte und ihre Didaktik
Fachgruppe Geschichte
Bergische Universität Wuppertal
Gaußstraße 20
42119 Wuppertal
sbraun@uni-wuppertal.de

<http://www.geschichte.uni-wuppertal.de/de/lehrgebiete/geschichte-und-ihre-didaktik/>

Zitation

„Heimatpraktiken“ und „Heimatgefühle“ aus historischer Perspektive., In: H-Soz-Kult, 19.02.2024, www.hsozkult.de/event/id/event-142206.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

30) II. Liechtensteinischer Historikerinnen- und Historikertag

Veranstalter Fachbereich Geschichte, Liechtenstein-Institut
9487 Gamprin-Bendern
Land Liechtenstein

Findet statt in Präsenz

Vom - Bis

18.10.2024

Frist

25.02.2024

Von

Stephan Scheuzger, Abteilung Geschichte, Liechtenstein-Institut

Am 18. Oktober 2024 findet zum zweiten Mal der Liechtensteinische Historikerinnen- und Historikertag statt. Ziel ist es, Personen, die sich im In- und Ausland mit der Geschichte Liechtensteins befassen, wie auch Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner, die zu historischen Themen jenseits des liechtensteinischen Rahmens forschen, miteinander in Austausch zu bringen. Das diesjährige Tagungsthema ist "Familie".

II. Liechtensteinischer Historikerinnen- und Historikertag

Der Anlass richtet sich ebenso an professionelle Historikerinnen und Historiker wie an jüngere Forschende und Studierende, privat in der historischen Forschung Engagierte und Geschichtsinteressierte, Archivarinnen und Archivare.

Thematisch stellt der Anlass in diesem Jahr die Familie in den Mittelpunkt. Die historische Familienforschung verfügt über eine lange Tradition und hat sich in den letzten Jahrzehnten dynamisch entwickelt – unter dem Eindruck neuer geschichtswissenschaftlicher Ansätze ebenso wie angesichts eines als beschleunigt wahrgenommenen Wandels in der Sphäre des familialen Lebens. Nach wie vor hat sich die historische Beschäftigung mit der Familie aber in einer hohen Masse mit Idealvorstellungen, Dogmen, Missverständnissen und Mythen auseinanderzusetzen. Auf jeden Fall bietet die Geschichte der Familie ein prädestiniertes Feld für den Dialog zwischen der Geschichtswissenschaft und der nicht professionell betriebenen historischen Forschung. Sie bildet einen der historischen Themenbereiche, in denen die geschichtswissenschaftliche Forschung unmittelbar ersichtlich über kein Erkenntnis- und Deutungsmonopol verfügt (R.–U. Kunze). Jede und jeder hat eine Familiengeschichte und etwas dazu sagen. Und die Geschichtswissenschaft ist insbesondere im Bereich der Zeitgeschichte auf Quellen angewiesen, die von privater Seite zugänglich gemacht werden.

Seite B 73 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Tagungsbeiträge sind zur ganzen Breite des Spektrums thematischer Aspekte, analytischer Ansätze, methodologischer Fragen und forschungspraktischer Erfahrungen willkommen. Mögliche Themen sind unter anderem der Wandel des Familienbegriffs – was wurde über die Zeit hinweg unter «Familie» verstanden? –; die den verschiedenen Familienmitgliedern historisch zugeschriebenen Rollen; die normativen Voraussetzungen der Familie und die Praxis des Familienlebens sowie deren Wechselwirkungen; die wirtschaftlichen und politischen Bedeutungen von Familie und Verwandtschaft wie auch weitere Funktionen und Dysfunktionen. Wie sich Familie im Kontext gesellschaftlicher Entwicklungen veränderte, bildet ebenso einen möglichen Diskussionsgegenstand wie die Art und Weise, wie Familie gegen gesellschaftlichen Wandel in Stellung gebracht wurde. Thematisiert werden können auch die Erfahrungen mit bestimmten Herangehensweisen an die Geschichte von Familien und mit verschiedenen Quellenarten (etwa auch ikonographischen Quellen oder Quellen der oral history) oder die Beiträge der wissenschaftlichen Forschung zu bestimmten Familienbildern.

Neben den Präsentationen zum Tagungsthema ist auch eine Sektion vorgesehen, in der laufende oder vor kurzem abgeschlossene Forschungen oder Qualifikationsarbeiten zu anderen liechtensteinischen Themen oder von Historikerinnen und Historikern in und aus Liechtenstein zu weiteren Gegenständen vorgestellt werden können.

Ein keynote speech von Prof. Dr. Simone Derix (Friedrich-Alexander Universität Erlangen-Nürnberg) wird das Programm einleiten.

Vorschläge für Beiträge sind mit einem Arbeitstitel, einem knappen Abstract (von maximal 1000 Zeichen) und kurzen Angaben zum CV (nicht mehr als 1 Seite) in einem pdf-Dokument unter dem Betreff „Historikerinnen- und Historikertag“ bis zum 25. Februar 2024 erbeten an: info@liechtenstein-institut.li.

Auf der Grundlage der eingegangenen Vorschläge wird bis Anfang März ein Tagungsprogramm erstellt. Die Möglichkeit einer Publikation der Tagungsbeiträge wird am Ende der Tagung diskutiert.

Zitation

II. Liechtensteinischer Historikerinnen- und Historikertag., In: H-Soz-Kult, 11.02.2024, www.hsozkult.de/event/id/event-141993.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

31) 2. Internationale und interdisziplinäre Nachwuchstagung zur (Kultur-) Geschichte der Bukowina

Veranstalter

Bukowina-Institut an der Universität Augsburg / Professur für Verflechtungsgeschichte Deutschlands mit dem östlichen Europa (Universität Augsburg)

Bukowina-Institut

86152 Augsburg

Findet statt in Präsenz

Vom - Bis

20.11.2024 - 22.11.2024

Frist

03.05.2024

Website

<https://www.bukowina-institut.de>

Von

Christina Eiden, Bukowina-Institut an der Universität Augsburg

2. Internationale und interdisziplinäre Nachwuchstagung zur (Kultur-) Geschichte der Bukowina

Das Bukowina-Institut an der Universität Augsburg lädt Nachwuchswissenschaftler disziplinübergreifend zu einem regen geistigen Austausch über die Facetten der Bukowina, insbesondere in Hinblick auf Geschichte und Kultur, ein. Die Tagung zielt darauf ab, Nachwuchsforscher (BA, MA, PhD, Post-Doc) eine Plattform zu bieten, um eigene wissenschaftlichen Forschungen zu präsentieren und sowohl mit Kolleg:innen als auch etablierten Wissenschaftler:innen in Austausch zu treten.

2. Internationale und interdisziplinäre Nachwuchstagung zur (Kultur-) Geschichte der Bukowina

Das Bukowina-Institut an der Universität Augsburg lädt Nachwuchswissenschaftler disziplinübergreifend zu einem regen geistigen Austausch über die Facetten der Bukowina, insbesondere in Hinblick auf Geschichte und Kultur, ein. Willkommen sind Vertreter:innen aus der Anthropologie, Digital Humanities, Ethnologie, Geographie, Geschichte, Judaistik, Kunstgeschichte, Kulturwissenschaften, Literaturwissenschaft, Rechtswissenschaften, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Soziologie, Translationswissenschaft, Umweltgeschichte und verwandten Disziplinen.

Die Tagung zielt darauf ab, Nachwuchsforscher (BA, MA, PhD, Post-Doc) eine Plattform zu bieten, um eigene wissenschaftlichen Forschungen zu präsentieren und sowohl mit Kolleg:innen als auch etablierten Wissenschaftler in Austausch zu treten. Dies ermöglicht sowohl multiperspektivische als auch multidisziplinäre Blickwinkel auf die historische Region der Bukowina.

Den Eröffnungsvortrag wird der ausgewiesene Bukowina-Experte Prof. Kurt Scharr (Universität Innsbruck, Institut für Geschichtswissenschaften und Europäische Ethnologie) halten. Zudem werden „Senior Experts“ zu den jeweiligen Themenbereichen eingeladen.

Seite B 75 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Wir freuen uns auf zahlreiche Beiträge, insbesondere laden wir zu folgenden Themen ein:

- jüdische Perspektiven sowie weitere Erinnerungskulturen und Minderheiten
- Umweltgeschichte, Mental Mapping und Räume
- Mobilität, Multiethnizität sowie familiäre Lebenswelten
- literarische und künstlerische Perspektiven
- Medizingeschichte, insbesondere Psychiatriegeschichte
- Staatlichkeit und Alltag in den urbanen Zentren in Theorie und Praxis
- Experimentelle Forschungsansätze (z.B. Gamification, Storytelling, Oral-History, digitale Archive etc.)

Auch andere Beiträge sind selbstverständlich willkommen!

Bewerbung:

Nachwuchswissenschaftler mit Interesse können sich mit einem Abstract von maximal 500 Wörtern in deutscher oder englischer Sprache und einem kurzen Lebenslauf bewerben. Bitte senden Sie Ihr Abstract bis zum 3. Mai 2024 an Frau Christina Eiden (eiden[at]bukowina-institut.de).

Die Konferenz findet in deutscher und englischer Sprache im Bukowina-Institut an der Universität Augsburg statt.

In Ausnahmefällen ist eine Online-Teilnahme möglich.

Teilnehmer ohne institutionelle Förderung können eine (Teil)Erstattung der Reise- und Aufenthaltskosten beantragen. Bei Fragen wenden Sie sich bitte an Frau Christina Eiden: eiden[at]bukowina-institut.de.

Kontakt

Christina Eiden: eiden[at]bukowina-institut.de

<https://www.bukowina-institut.de>

Zitation

2. *Internationale und interdisziplinäre Nachwuchstagung zur (Kultur-)Geschichte der Bukowina.*, In: H-Soz-Kult, 05.03.2024, www.hsozkult.de/event/id/event-142542.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

01) Neurechte Literatur und Literaturpolitik

Organisatoren

Torsten Hoffmann, Universität Stuttgart; Nicolai Busch, Universität Mannheim; Kevin Kempke, Universität Stuttgart

Stuttgart

Fand statt in Präsenz

Vom - Bis

25.01.2024 - 27.01.2024

Von

Johannes von Moltke, German Studies / Film, Television and Media, University of Michigan

„Wir müssen lesen“ verkündete Götz Kubitschek, Vordenker der Neuen Rechten aus Schnellroda, jüngst bei einer Veranstaltung vor der Universität Wien. Genauer: „wir müssen einen Roman nach dem anderen, ein zentrales Werk nach dem anderen für uns vereinnahmen, aus rechter Sicht lesen und daraus das machen, was man eine Rückeroberung oder Reconquista an der Universität nennen sollte.“¹ Literatur und Lesen, so Kubitscheks Botschaft an die kleine Gruppe, die trotz Protest zur angekündigten Veranstaltung zu Ray Bradburys Roman „Fahrenheit 451“ gekommen war, gehören wesentlich zum Instrumentarium neurechter „Metapolitik.“

Angesichts der strategischen Selbstinszenierung der Neuen Rechten als „Lesebewegung“² ist es nur konsequent, dass die Universität reagiert und neurechte Vorstöße auf dem Gebiet von Literatur und Literaturpolitik wissenschaftlich untersucht. Getragen von der Erkenntnis, dass es in diesen Dingen „für eine optimistische Ignoranz leider zu spät ist“³, widmet sich diesem Vorhaben derzeit ein von der DFG gefördertes Forschungsprojekt „Neurechte Literaturpolitik“ an der Universität Stuttgart.⁴ Dessen Beteiligte veranstalteten nun vor Ort eine wichtige Tagung zum Thema. Verantwortet von Torsten Hoffmann (Stuttgart), Kevin Kempke (Stuttgart) und Nicolai Busch (Mannheim) unter Mitarbeit von Alexander Fischer (Stuttgart), versammelte die dreitägige Konferenz ein gutes Dutzend intergenerationeller Literaturwissenschaftler:innen, die sich entsprechend dem Tagungsauftrag den „kulturpolitischen, literaturbetrieblichen und philologischen Implikationen“ literaturbezogener Aktivitäten der Neuen Rechten zuwandten. Unter expliziter Zugrundelegung eines breiten Politikbegriffs verhandelte die Tagung in erster Linie nicht etwa Eingriffe politischer Institutionen in den Literaturbetrieb (also etwa: Förderung, Zensur, Steuerung) sondern vielmehr „gesellschaftliche Streitprozesse, im Zuge derer verhandelt wird, was, gute, ‘schlechte‘ oder eben auch ‚neurechte‘ Literatur ist, wer sie schreibt, wie sie zu lesen ist und wie sie wirkt“.⁵

Eine Reihe von Vorträgen war einzelnen Autoren gewidmet, wobei sich zu den „üblichen Verdächtigen“ wie Ernst Jünger oder Gottfried Benn auch obskurre, aber in der rechten Szene nicht weniger gefeierte Namen wie Rolf Schilling oder Gerd Gaiser gesellten. Hinzu kam die Auseinandersetzung mit „Midcult“ Autoren wie Juli Zeh oder Michel Houellebecq, denen LEA LIESE (Basel) in ihrem Vortrag nachging, sowie mit Uwe Tellkamp, einer zentralen Figur, die ANJA THIELE (Jena) als „Haus- und Hofautor der Neuen Rechten“ historisierend vor dem Hintergrund ostdeutscher Identitätspolitik einordnete. Neben den literarischen galt das Augenmerk nicht zuletzt auch (pseudo-)wissenschaftlichen und publizistischen Autor:innen: vom oft zitierten Armin Mohler und dem Ehepaar Götz Kubitschek / Ellen Kositzka bis zum Germanisten Günter Scholdt, der ebenfalls im Kreis der Neuen Rechten um Schnellroda aktiv ist (überhaupt fällt auf, dass Absolventen der Germanistik dort überrepräsentiert sind).

Seite B 77 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Ein von Julia Encke (Berlin) engagiert moderiertes Gespräch mit MARCEL LEPPER (Bern) und VOLKER WEIß (Hamburg) zog zusätzlich die Bilanz aus dem medialen Umgang mit neurechter „Metapolitik“, wobei insbesondere Weiß als langjähriger Beobachter und ausgewiesener Historiker der Szene die Wichtigkeit eines differenzierten, professionellen, begrifflich und historisch sattelfesten Journalismus unterstrich. Beispielhaft wurde hier die jüngste Correctiv-Recherche zum „Geheimplan gegen Deutschland“ diskutiert.[6](#)

Zur vereinnahmenden Lektüre Jüngers trug ALEXANDER BRAUNEGG (New York) vor. Anhand von erhaltenen Dokumenten aus dem Deutschen Literaturarchiv in Marbach konnte er nachweisen, wie Jünger in einem bei Antaios erschienen Briefwechsel mit seinem einstweiligen Privatsekretär Armin Mohler entstellend paraphrasiert wird. Gleichzeitig lässt sich dem Band ein gewisses philologisches Interesse nicht absprechen, wenn etwa Mohler seinen „lieben Chef“ dazu anhält, faschistische Tendenzen aus Werken der Zwischenkriegszeit nicht für bundesrepublikanische Ausgaben nachträglich zu glätten, zu verharmlosen, und damit für die Demokratie unschädlich zu machen. Insgesamt reklamiert die Neue Rechte Jünger als „Waldgänger“ – als Ausnahmeperson und starkes Individuum, das jenseits gesellschaftlicher Zwänge die Kapazität zum Widerstand entwickelt.

Im Grunde ähnlich verfährt die neurechte Benn-Rezeption, der SAMUEL MÜLLER (Würzburg) nachwies, dass sie den Autor und seine Textproduktion permanent soldatisiert, intellektualisiert und elitarisiert. Obwohl solche Lektüren immer wieder die Kraft der Sprache, die Autonomie des Textes, und die lebensverändernde Macht des Lektüreerlebnisses beschwören, wurde in vielen Vorträgen deutlich, dass die vorgebliche Autonomie der Literatur in der Regel letztendlich hinter deren Instrumentalisierung zurücktritt. So zeigten JENS KRUMEICH und SANDRA SCHELL (Heidelberg) am Beispiel von Gerd Gaiser, wie dieser schon in den 50er-Jahren von rechts gegen die als „Literatur aus der Schuldkolonie“ verunglimpften Texte eines Günter Grass, Wolfgang Koeppen oder Heinrich Böll in Stellung gebracht wurde. In unüberhörbar antisemitischen Verkehrungen ins Gegenteil[7](#) wird ausgerechnet Marcel Reich-Ranicki von rechts angelastet, er habe den Nazilyriker und NSDAP-Parteigänger Gaiser schon früh „vernichtet“, „hingerichtet“, „ausgelöscht“. Im Gegenzug reklamieren Vordenker wie Kubitschek oder Scholdt Gaiser heute für einen Gegenkanon von rechts. Folgerichtig sprachen die Vortragenden von einer gleichzeitig radikal-aktualisierenden und geschichtsrevisionistischen Funktionalisierung von Literatur.

Etwas anders liegen die Dinge bei noch lebenden Autoren wie Rolf Schilling, einem raunenden Dichter, der in der Nachfolge Theodor Däublers oder Stefan Georges antritt, dem „geheimen Deutschland“ als „holdem Reich“ seine Stimme zu verleihen. JONAS MEURER (Bamberg), der schon zuvor in einem umsichtigen Beitrag die Methoden- und Begriffsreflexion im Umgang mit der Neuen Rechten angemahnt hatte[8](#), betrieb in seinem Vortrag zu Schilling akribische Netzwerkrekonstruktion und wies damit nach, dass es der Literaturwissenschaft nicht nur um die hermeneutische Auseinandersetzung mit mehr oder weniger schlechter Dichtung gehen kann. Vielmehr bedarf es auch eines praxeologischen Ansatzes, der Texte in ihre Entstehungs- und Verwendungszusammenhänge einordnet, ihre Zirkulation in literarischen und politischen Gruppen nachzeichnet oder sich den Institutionen der Literaturvermittlung von rechts zuwendet, wie etwa dem Antaios-Verlag in Schnellroda oder der Berliner Bibliothek des Konservatismus. Zu letzterer lieferte MATTHIAS BERING (Jena) eine wertvolle Skizze mit Schwerpunkt auf den literarischen Aktivitäten dieser Berliner Institution, die unter dem Deckmantel eines bürgerlichen Konservatismus neurechte Literaturpolitik betreibt. Dazu gehört bei der Bibliothek des Konservatismus ebenso wie anderswo eine strategisch eingesetzte Medienpolitik, die Lesen und Literatur nicht nur über Bücher und Zeitschriften, Vorlesen und Vorträge, sondern auch gezielt über eine kaum noch zu überschauende Anzahl an Blogs, Podcasts und YouTube-Videos vermittelt.

Eine ganz andere Form literaturbezogener Praxis stand im Mittelpunkt des Vortrags von NICOLA GESS (Basel), die sich der Erziehung zum (rechten) Lesen zuwandte. Signifikanter-, wenn auch wenig überraschenderweise standen bei dieser Untersuchung zwei Frauen im Mittelpunkt. Orientierung bietet die Publizistin und Renegatin Caroline Sommerfeld, deren Fibel „Wir erziehen“ (2019) an Deutlichkeit nichts zu wünschen übriglässt: Als Invektive gegen „linke Freiheits- und Gleichheitsvorstellungen“ leitet dieses Handorakel zur Rückbesinnung auf Tradition, Führung und Gefolge an. Wie Gess deutlich machte, will Sommerfeld dazu die Reformpädagogik für die Neue Rechte gewinnen, doch schien in mancher Hinsicht eine andere Referenz naheliegender: Wenig fehlt, und man hätte den Eindruck, Sommerfeld wolle die Studien zum Autoritären Charakter von hinten aufziehen, indem sie empfiehlt, Kinder zu diesem zu erziehen. Dass dabei die Heranführung an Lektüre zentral ist, wird an einem Buch wie „Vorlesen“ deutlich, ebenfalls 2019 bei Antaios erschienen und verfasst von Sommerfeld und Ellen Kositzka, der zweiten Hauptfigur in Gess' Vortrag. Zwar greift das Buch eine allseits beliebte und praktizierte Kulturtechnik auf, und die Herausgeberinnen schlagen eine Auswahl an vorzulesenden Texten vor, die zunächst wenig anstößig ist. Doch gab Gess' Zusammenschau dieses vordergründig harmlosen Unterfangens mit den klar artikulierten pädagogischen Vorstellungen im Schnellrodakreis den Blick frei auf die Abgründigkeit des (Vor-)Lesens von und für rechts. Dessen Rolle in der Erziehung zum „Mitmachen“, in der frühen Verankerung emphatischer Begriffe von Volk, Nation, Heldengeschichte und Verantwortung durch anleitende, wenn auch noch so kuschelige Lektüre wird nochmals durch die zugrundeliegenden Prinzipien der Exklusion unterstrichen, auf die Gess in ihrem Vortrag hinwies.

Dabei ist unklar, welche Rolle inhaltliche Kriterien bei der Unterscheidung zwischen guter/vorlesenswerter und „zersetzender“ Literatur spielen. Immer wieder drängte im Lauf der Tagung der Verdacht sich auf, dass an den Werken, die die Rechte für ihre „Reconquista“ heranzieht, weniger Form und Inhalt noch auch der völkische Klang (beispielsweise in den Naturgedichten Schillings) ausschlaggebend sind, sondern vielmehr deren Zirkulation und ihre phatische Funktion: Als Formen der Kommunikation dienen sie in den entsprechenden Netzwerken in erster Linie zur Herstellung und Pflege von Gemeinschaft. In diese Richtung argumentierte zumindest implizit auch ein Trio von Wissenschaftlerinnen aus der Heidelberger Germanistik. ANDREA ALBRECHT, KRISTINA MATEESCU und LOUISA SEMMLER (Heidelberg) schlugen im Anschluss an Leo Strauss vor, neurechte Literatur als „esoterische Kommunikation“ aufzufassen. Damit beschreiben sie Formen der Textproduktion und -lektüre, welche die politrhetorische Strategie des *dogwhistle* ins Literarische übertragen: Botschaften werden für „Wahrnehmungseliten“ so enkodiert, dass vor allem diese sie dechiffrieren und sich als Teil einer eingeschworenen Gemeinschaft wahrnehmen können. Dass selbst neurechte Kommentatoren in dieser Hinsicht gerne von „tiefem“ Lesen sprechen, deutet allerdings wiederum auf eine Nähe zu hermeneutischen Verfahren hin, wie sie eine kritische Literaturwissenschaft historisch entwickelt und praktiziert hat (auch wenn dort heute unter „postkritischen“ Vorzeichen Verfahren wie *surface reading* reklamiert werden). Wie die universitäre Germanistik mit dieser mimetischen Aneignung durch rechte Leser:innen umzugehen hat, war eine der wiederkehrenden Fragen, auf welche die Tagung zunächst mit einer Bestandsaufnahme antwortete. Eine einlässliche Auseinandersetzung mit Fragen von Kritik und Postkritik und deren Inanspruchnahme durch Verschwörungstheoretiker und Querdenker:innen – auch und gerade für neurechte Lektürestrategien – musste im Laufe der kurzen Tagung ausbleiben.

Obwohl sich die Tagung insgesamt stark auf den deutschsprachigen Raum konzentrierte, gingen zwei Vorträge auch dem von Meurer⁹ formulierten Desiderat nach, transnationale Netzwerke mit ins Auge zu fassen. Blicke über den Rhein und über den Atlantik zeigten sowohl grenzüberschreitende Beziehungen und wiederkehrende Muster als auch nationale

Seite B 79 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Eigenheiten auf. So konnten THOMAS WORTMANN (Mannheim), CORNELIA RUHE (Mannheim) und NICOLAI BUSCH (Mannheim) am Beispiel persönlicher Kontakte zwischen neurechten Gründungsfiguren wie Armin Mohler und Alain de Benoist, aber auch an der Entwicklung neurechter Zeitschriften nach 1968 einerseits starke Annäherungen zwischen der französischen *nouvelle droite* und deutschen Neuen Rechten nachweisen. Andererseits zeugen literaturhistorische Kompendien, Bibliotheken und Leselisten von den nationalen Spezifika der Kanonbildung und in der Erziehung zum Lesen.

Ein entsprechender Befund ergibt sich auch aus dem deutsch-amerikanischen Vergleich, den SUSANNE KOMFORT-HEIN (Frankfurt am Main) und JOHANNES VON MOLTKE (Ann Arbor) unternahmen. So setzen zum Beispiel Neue Rechte auf beiden Seiten des Atlantiks bei anhaltender antiakademischer Kritik stets auch auf akademische Distinktion, wenn etwa in Schnellroda halbjährliche „Akademien“ ausgerichtet werden (darunter auch eine zum Thema Lesen) oder wenn sich die amerikanische Internetplattform „PragerU“ mit einem „U“ für „Universität“ schmückt, ohne auch nur im Entferntesten eine zu sein. Andererseits unterscheiden sich auch hier der Lektürekanon des „geheimen Deutschland“ mit Rückbezug auf den „Geist von Weimar“ und die Betonung elitär völkischer Traditionslinien im literarischen Erbe von Jünger bis Schilling von den Titeln, die sich etwa auf der „America First Reading List“ der US-amerikanischen Neuen Rechten finden. Unter den dort aufgelisteten Leseempfehlungen und Autoren – einzige Autorin: Ayn Rand – überwiegt der humanistische Kanon, wie er in wertekonservativen „western civ“-Curricula an amerikanischen Universitäten unterrichtet wird – auch wenn sich zu Homer, Ovid und Dante, Shakespeare und Melville auch einige rechtsextreme Schriftsteller wie Mike Ma und Jean Raspail gesellen.

Wie erwähnt, darf die breit gefächerte Bestandsaufnahme, welche die Tagung auf eindringliche und weiterführende Weise ermöglichte, als wesentliches Ergebnis der Beiträge in ihrer Summe gelten. Daneben zogen sich – nicht zuletzt im Anschluss an die zitierten Vorarbeiten der Organisatoren – einige wiederkehrende Dichotomien durch die Vorträge und Diskussionen. Vor allem stand wiederholt die Frage im Raum, ob rechte Literaturpolitik und Lektürestrategien sich an offenen oder geschlossenen Textbegriffen orientieren, ob sie sich also stark machen für das Aushalten von Widersprüchen, die Toleranz von Ambiguität, oder ob sie eher zur Vereindeutigung neigen, zur dogmatischen Auslegung und Vereinnahmung „eines zentralen Werkes nach dem anderen“ (Kubitschek) von rechts. Was gilt den Rechten mithin die Autonomie von Literatur, oder verschreiben sie sich ganz deren heteronomer Ein- und Unterordnung unter rechte, „metapolitische“ Zielsetzungen? Diese Dichotomien, so ein weiteres Fazit dieser wichtigen und höchst anregenden Tagung, sind letztlich nicht aufzulösen. Vielmehr sind sie gerade in ihrer Widersprüchlichkeit charakteristisch für die Irritationen, die neurechte Literaturpolitik zu generieren im Stande ist.

Eine weitere Dichotomie allerdings, die bei jeder Beschäftigung mit der Neuen Rechten unweigerlich auf den Plan tritt, wurde in Stuttgart klar aufgelöst: Die Frage, ob die Auseinandersetzung mit neurechten Literaturpolitiken diesen neuen Sauerstoff zuführt oder aber aufklärendes Licht ins Dunkel „metapolitischer“ Machenschaften bringen kann, wurde eindeutig zugunsten der kritischen – und das heißt: gut recherchierten, wissenschaftlich anschlussfähigen und umsichtig argumentierenden – Auseinandersetzung beantwortet.

Konferenzübersicht:

Nicolai Busch (Mannheim) / Torsten Hoffmann (Stuttgart) / Kevin Kempke (Stuttgart):
Begrüßung und Einführung

Marie Müller-Zetzsche / Yves Müller (Potsdam): Jugendtopos und Traditionslinien extrem
rechter Literaturpolitik nach 1945 am Beispiel von „Klüter Blättern“ und „Nation Europa“

Alexander Braunegg (New York): „Lieber Chef ...“. Neurechte Tradierungspraktiken im
Briefwechsel zwischen Armin Mohler und Ernst Jünger

Samuel Müller (Würzburg): Kontinuitäten (neu)rechter Gottfried Benn-Lektüren

Anja Thiele (Jena): Im Osten erwacht die Geschichte? Die DDR, 1989/1990 und
geschichtsphilosophische Dimensionen neurechter Literaturpolitik

Matthias Berning (Aachen): Die Literaturpolitik der „Bibliothek des Konservatismus“

Nicola Gess (Basel): Rechts erziehen. Neurechte Literaturpädagogik bei Kositzka und
Sommerfeld

Jens Krumeich / Sandra Schell (Heidelberg): Strategische (Re-)Lektüren der
Nachkriegsliteratur

Cornelia Ruhe / Thomas Wortmann / Nicolai Busch (Mannheim): Literaturpolitik und
publizistische Netzwerke der deutsch-französischen Neuen Rechten.

Susanne Komfort-Hein (Frankfurt am Main) / Johannes von Moltke (Ann Arbor): “Where
Woke Goes To Die”: Transnationale Literaturpolitiken der Neuen Rechten

Lea Liese (Basel): Zwischen Elitismus und Populismus. Die Neue Rechte und der neue
Midcult

Podiumsdiskussion

(Wie) Stellung beziehen? Zum wissenschaftlichen und journalistischen Umgang mit der
Neuen Rechten

Marcel Lepper (München) und Volker Weiß (Hamburg)

Moderation: Julia Encke (Berlin)

Jonas Meurer (Bamberg): Holdes Reich. Der Lyriker Rolf Schilling, seine neurechten
Apologeten und die „Rückseite“ der Kunstautonomie

Andrea Albrecht / Kristina Mateescu / Louisa Semmler (Heidelberg): Tiefe Lektüren.
Esoterische Kommunikationspraktiken der „Neuen Rechten“

Anmerkungen:

1 Vgl. Milena Wurmstädt, Deutscher Rechtsextremist Kubitschek trat unter Protest vor Uni Wien auf, in: Der Standard, 17.11.2023,

<https://www.derstandard.de/story/3000000195725/deutscher-rechtsextremist-kubitschek-trat-unter-protest-vor-uni-wien-auf>.

2 Jonas Meurer, Lob der Lektüre. Die Neue Rechte als Lesebewegung, in: Steffen Pappert / Corinna Schlicht / Melani Schröter / Stefan Hermes (Hrsg.), Skandalisieren, stereotypisieren, normalisieren. Diskurspraktiken der Neuen Rechten aus sprach- und literaturwissenschaftlicher Perspektive, Hamburg 2021, S. 195–215.

3 So die Organisatoren der Tagung in ihrem Einführungsvortrag.

4 Als Vorarbeiten aus dem Projekt liegen u.a. schon vor: Torsten Hoffmann, Ästhetischer Dünger. Strategien neurechter Literaturpolitik, in: Deutsche Vierteljahresschrift für Literaturwissenschaft und Geistesgeschichte 95 (2021), S. 219–254; Kevin Kempke / Torsten Hoffmann, Ernstfall und Schwächeanfall. Zu den Ambivalenzen neurechter Literaturpolitik und ihrer Rezeption, in: Pop-Zeitschrift.de, 8.3.2022, <https://pop-zeitschrift.de/2022/03/08/ernstfallundschwaechefall/> (31.1.2024); Nicolai Busch, Neurechte Pop-Lektüren. Eine Replik, in: Pop-Zeitschrift.de, 29.11.2021, <https://pop-zeitschrift.de/2021/11/29/neurechte-pop-lektueren-eine-replikautorvon-nicolai-busch-autordatum29-11-2021/> (31.1.2024).

5 Einführungsvortrag von Torsten Hoffmann, Kevin Kempke, Nicolai Busch.

6 Siehe „Geheimplan gegen Deutschland“, 10.1.2024, <https://correctiv.org/aktuelles/neurechte/2024/01/10/geheimplan-remigration-vertreibung-afd-rechtsextreme-november-treffen/> (1.2.2024)

7 Sylvia Sasse, Verkehrungen ins Gegenteil. Über Subversion als Machttechnik, Berlin 2023.

8 Jonas Meurer, ‚Neurechte Literaturpolitik‘ erforschen, in: Pop-Zeitschrift.de 16.5.2023, <https://pop-zeitschrift.de/2023/05/16/neurechte-literaturpolitik-erforschenautorvon-jonas-meurer-autordatum16-5-2023/> (31.1.2024)

9 Ibid.

Zitation

Johannes von Moltke, Tagungsbericht: *Neurechte Literatur und Literaturpolitik*, In: H-Soz-Kult, 28.02.2024, www.hsozkult.de/conferencereport/id/fdkn-142309.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

02) Die fließenden Grenzen des Kolonialismus

Organisatoren

Institut für Kultur und Geschichte der Deutschen in Nordosteuropa e.V. (Nordost-Institut),
Universität Hamburg; Herder-Institut für Ostmitteleuropaforschung – Institut der Leibniz-
Gemeinschaft; Museum Lüneburg; Universitätsgesellschaft Lüneburg e.V.

Veranstaltungsort Nordost-Institut
21335 Lüneburg

Fand statt in Präsenz

Vom - Bis

21.11.2023 - 24.11.2023

Von

Melina Hubel, Alfried Krupp Wissenschaftskolleg Greifswald/Universität Greifswald

Am 21. November 2023 begann der zur Tagung „Die fließenden Grenzen des Kolonialismus“ gehörende Nachwuchsworkshop am Nordost-Institut Lüneburg mit einer Begrüßung der Veranstalter und der international angereisten Teilnehmenden. Diese bestanden größtenteils aus Doktoranden, die später auch an der Tagung teilnehmen würden.

Zur Einstimmung bearbeiteten die Teilnehmenden in Kleingruppen verschiedene Aufgaben, hauptsächlich zur Definition und Abgrenzung häufig fälschlich synonym verwendeter Begriffe *Colonialism* und *Imperialism* sowie *decolonial* und *postcolonial* sowie deren konkrete Bedeutungen für die geschichtswissenschaftliche Forschung.

Den theoretischen Diskurs für die eigene Forschung nutzbar zu machen, war eine der Ziele der Veranstaltung. So hatten die Teilnehmenden bereits im Rahmen des Workshops und vor der Tagung die Gelegenheit, ihre Projekte zu diskutieren.

BERENIKA ZELLER (Bern) und MICHÈLE HÄFLIGER (Bern) stellten ihre Forschungen zur Karpantoukraine beziehungsweise der Podkarpatská Rus vor, und demonstrierten hierbei Zugangsmöglichkeiten sowohl durch die Eigen- und Fremdkonstruktion eines Gebietes als auch durch eine akteurszentrierte Perspektive. Insbesondere die Verwendung der Begrifflichkeit „Ruthenen“ wurde problematisiert. Außerdem machte die vorherige Diskussion besonders deutlich, dass ein postkolonialer Forschungsansatz auch bei vermeintlich ähnlichen Themen sehr unterschiedlich aussehen kann – dies stellten die Referentinnen klar dar.

Trotz des Ausfalls von Franziska Davies fand die für den Abend geplante Roundtable Discussion mit MARTIN RHODE (Halle/Saale) und MONIKA RÜTHERS (Hamburg) statt. Unter dem Eindruck des Krieges in der Ukraine diskutierte das Podium tradierte Forschungsrichtungen in der bisherigen Empireforschung, Hindernisse in Forschung und Studium durch den Wegfall russischer Quellen und von Reismöglichkeiten nach Russland, Chancen durch die Digitalisierung und Erschließung von Quellen aus Minderheitenkontexten sowie das Potenzial einer Osteuropäischen Geschichte als selbstkritisches Fach, dass sich bewusst gegen die Reproduktion von Feind- und Rückständigkeitsstereotypen verwehren muss. Insbesondere die Peripheriestudien tun sich als vielsprechendes Forschungsfeld auf, was nicht zuletzt die hohe Dichte diesbezüglicher Vorträge im Workshop und der folgenden Tagung sogleich beweisen sollte.

Dass bisher weniger beachtete Themen und geografische Peripherien in postkolonialer Perspektive vielversprechende Forschungsmöglichkeiten bieten, bewies KACPER DZIEKAN (Poznań), der deutschbaltische Spuren in Alaska verfolgte. Er stellte die personellen Kontinuitäten der Präsenz der Deutschbalten in der russischen Marine und in den russischen Handelskompanien im frühen 19. Jahrhundert dar, belegte ihre Anwesenheit in leitenden Positionen in der Kolonie und verfolgte ihre Spuren – neben den erwartbaren geografischen Benennungen – auch in die Stadt Sitka (das frühere Nowo-Archangelsk), wo es bis heute beispielsweise eine evangelisch-lutherische Kirche samt Gemeinde als koloniales Erbe gibt.

Kolonisierung ist kontextabhängig, dies zeigte DOMINIKA ZYŚK (Poznań) in ihrem Beitrag zu der insbesondere seit dem Beginn des offenen Krieges in der Ukraine politisch zugespitzten Sprachenpolitik in Estland. Der Schwerpunkt der Betrachtung liegt auf der geplanten Schulreform, mit der estnischsprachige und russischsprachige Kinder gemeinsam unterrichtet werden sollen. Neben allgemeinem Mangel an Lehrkräften ist die Reform auch dadurch motiviert, das Auseinanderdriften der Bevölkerungsgruppen mit unterschiedlichen Haussprachen zu mindern; dies wird jedoch von beiden Gruppen oft mit Argwohn (begründet in Othering-Prozessen und der Sorge um Identitätsverlust) begegnet, fortschrittstheoretisches Vokabular wird im Diskurs von verschiedenen Akteuren verwendet. Zyśk betonte die Notwendigkeit der Implementierung von dekolonisierter Sprache in diesem Kontext, gerade in Anbetracht der politisch angespannten Situation.

Nach einer erfrischenden Stadtführung durch Lüneburg, die sowohl für die Gruppe des Workshops als auch für die Tagungsteilnehmenden offenstand, begann die Tagung mit einer Begrüßung durch Joachim Tauber (Lüneburg) und Heidi Hein-Kircher (Marburg).

Mit einführenden Überlegungen eröffnete AGNIESZKA PUFELSKA (Lüneburg) die Reihe der inhaltlichen Beiträge. Hierbei griff sie jene Themen und Problemkomplexe auf, die sich durch die kommenden Tage ziehen sollten: Die Konfrontation der geschichtsbewussten Öffentlichkeit mit dem akademischen Diskurs, das Bewusstsein um die Entstehung von Heterogenität und multiethnischen Identitäten aus kolonialen Kontexten, die Vielfalt der postkolonialen Forschungsansätze und nicht zuletzt die Erkenntnis darum, dass Kolonialismus keine Teleologie darstellt und uneingeschränkt binäre Deutungsmuster nicht haltbar sind.

MARKUS NESSELRODT (Frankfurt/Oder) wies zunächst darauf hin, dass die Interpretation und Benennung der preußischen Herrschaft in Warschau als „kolonial“ nicht zeitgenössisch waren, sondern erst später erfolgte. Dies bedeute jedoch nicht, dass der Kontext nicht kolonial geprägt sein konnte. In Anlehnung an Jürgen Osterhammels Kolonialismusdefinition zeigte er die performative, im Stadtbild sichtbare Herrschaftsausübung sowie die diskursive Konstruktion einer Andersartigkeit geprägt vom Stereotyp der Rückständigkeit der polnischsprachigen Bevölkerung und des Selbstverständnisses als vermeintliche deutsche „Kulturbringer“.

Der nächste, interessiert rezipierte Beitrag stammte von FELIX MATHEIS (Hamburg) – ein Ausschnitt aus seiner Dissertationsschrift [1](#) vorstellte. Hier zeigte er auf, wie hansestädtische Kaufleute, vornehmlich aus Hamburg, Bremen und Danzig, ihre Netzwerke als Profiteure der nationalsozialistischen Diktatur in das sogenannte Generalgouvernement expandierten und dabei von der Enteignung jüdischer Kaufleute unmittelbar profitierten, da sie diese in den Lieferketten nahtlos ersetzen konnten. Dabei prägte der rassistisch-koloniale Blick auf die lokale Bevölkerung die Sicht auf das neue Arbeitsfeld: Stereotypen

Seite B 84 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

der vermeintlich chaotischen „polnischen Wirtschaft“ in den übernommenen Kaufhäusern sowie der „verjudeten Spekulationswirtschaft“ wurde das Selbstbild des ordentlichen, seriösen deutschen Kaufmanns gegenübergestellt.

Die zum Panel gehörende Diskussion im Plenum beschäftigte sich insbesondere mit dem Verhältnis von Kolonialismus und Rassismus, sowie den Ausprägungen von Motiven und Reaktionen bei herrschenden und beherrschenden Akteuren.

Entgegen der ursprünglichen Pläne fand aufgrund des Ausfalls von Franziska Davies in den Räumlichkeiten des Museums Lüneburg eine Podiumsdiskussion statt, die gut besucht war. Als Diskutanten fungierten JOACHIM TAUBER (Lüneburg), HANS-CHRISTIAN PETERSEN (Oldenburg) und DMYTRO MYESHKOV (Lüneburg). Unter Beteiligung des städtischen wie akademischen Publikums wurde über die Kommunikation der Academia mit der Öffentlichkeit, die Forschung in der Ukraine sowie die Integration ukrainischer Wissenschaftler und der ukrainischen Wissenschaftsdiskurse in die westeuropäische Forschungslandschaft diskutiert. Auch die politische Situation in den baltischen Staaten im Angesicht des russischen Angriffskrieges sowie die ambivalenten Diskurse innerhalb von Minderheiten wie den Russlanddeutschen und den in der Ukraine lebenden deutschsprachigen Minderheiten in Bezug auf Kolonialismusfragen kamen zur Sprache.

Am Donnerstag begann das ambitionierte Tagesprogramm, bei dem DANIEL STIENEN (München) in seinem Vortrag die grundlegenden Punkte der Tagung adressierte: Wie – und unter welchen Bedingungen – kann ein (post-)kolonialer Forschungsansatz erfolgsversprechend sein? Am Beispiel Preußens zeigte er die Relevanz des Forschungsdesigns auf und verwies auf den akteurszentrierten Bias vieler Untersuchungen. Dabei plädierte er für mehr Sensibilität für Perspektivität sowie die scharfe Definition der verwendeten Termini, wobei letztere nicht zur Schmälerung der (post-)kolonialen Theorien führen solle – in der Vielfalt liege das intellektuelle Potenzial der Forschungsrichtung mitbegründet.

OLEKSANDRA KRUSHYNSKA (Wien) betrachtete die komplexen Beziehungen der Szlachta im sogenannten Königreich Galizien und Lodomerien mit der Zentralregierung des Habsburgerreiches, insbesondere das kolonial gefärbte Otherring der Szlachta als historisch privilegierte politische Akteure mit fraglicher Loyalität, deren Eigenidentifikation als politische Modernisierer in der Region im harten Kontrast zu den sozioökonomischen Integrationsbestrebungen Wiens stand.

Die anschließende Diskussion griff insbesondere den Topos der Definitionsproblematik auf und ergänzte die Vorträge um weitere Beispiele und Impulse.

Der vermeintliche Kontrast zwischen wissenschaftlichem Selbstverständnis und kolonialer Praktiken durch in anderen Kontexten Kolonisierte im nächsten Vortrag lenkte das Augenmerk noch einmal auf die essenzielle Selbstreflexion heutiger Forschender. MARIA RHODE (Göttingen) zeichnete die Netzwerke polnischer Anthropologen im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert nach, welche mithilfe persönlicher Kontakte menschliche Schädel insbesondere aus der sibirischen Region bezogen. Jene waren oft nachweisbar unrechtmäßig in den Besitz der Forschenden gelangt; moralische Vorbehalte gegenüber den ökonomisch schwächeren, nichtchristlichen Ethnien waren zugunsten der Anerkennung der westeuropäischen Forschungsgemeinschaft fallengelassen worden. In diesem Kontext war europäische Wissenschaft kolonial.

Seite B 85 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

JERZY GORZELIK (Katowice) und WIKTORIA TOMBARKIEWICZ (Kraków) diskutierten koloniale Vereinnahmungen Schlesiens in vermeintlich dekolonialer Motivation.

In der Diskussion zu diesem Panel zeigten sich erneut die komplexen Verschränkungen des Themas. Was kolonial und was postkolonial ist, ist stets kontext- und akteursabhängig zu betrachten.

BENEDIKT STIMMER (Wien) beurteilte Anhand von Reisetagebüchern und anderer zeitgenössischer Berichte den Blick deutschsprachiger Autoren als quasi-kolonialen Blick, bemühten sie doch zeitgenössische Analogien kolonialer Inbesitznahme der ehemals polnisch-litauischen Gebiete, insbesondere die Abwertung des Gebrauchs der polnischen Sprache bei gleichzeitiger Aufwertung der deutschen Sprache als Indiz für einen „höheren Kulturzustand“. Die postkoloniale Perspektive erwies sich hier (wenn auch nicht uneingeschränkt) als erkenntnisbringend.

Ein vielbeachteter Beitrag von OLEKSANDRA TEREPTYEVA (Innsbruck) folgte darauf. Sie arbeitet an einer noch in einer frühen Phase befindliche Untersuchung zu aktuellen (auch nichtstaatlichen) Akteuren und Strukturen der Politics of Memory in der Ukraine, insbesondere hinsichtlich des Topos der Dekolonisierung, welcher in der Regel Derussifizierung meint. Untersucht werden sollen neben den Akteuren auch die Art und Zielgruppe der Diskurse.

Aufgrund der aktuellen Natur der Untersuchung fand insbesondere der Beitrag von Oleksandra Terentyeva trotz des frühen Bearbeitungsstandes viel Eingang in die Diskussion. Bei Abschluss der Arbeit werden sich vielfältige Anschlussdiskurse ergeben, die auch für die sub- oder nichtakademische Öffentlichkeit von Interesse sein könnten.

MARINA GERBER (Hamburg) beschäftigte sich in ihrem Vortrag mit den subakademischen Diskursen, die von den beteiligten Akteuren als „decolonial“ bezeichnet wird und deren Ziel die Produktion eines decolonial knowledge außerhalb akademischer Standards ist. Neben der Nutzung von Hegels Texten in diesen Diskursen stellte Marina Gerber auch mögliche Beweggründe für das Führen ebensolcher dar.

ANTON LIAVITSKI (München) und JANNICK PISKORSKI (Hamburg) beschäftigten sich auf sehr unterschiedliche, wenn auch anschaulich aufzeigende Weise mit konstruierten Zentrum-Peripherie-Dichotomien und den eigenen, postkolonialen Logiken der Akteure beider Seiten.

In der anschließenden Diskussion zu den Beiträgen wurde deutlich, dass die Kommunikation zwischen Akteuren der (de-/post-)kolonialen Diskurse, sei es akademisch oder subakademisch, vom Plenum als nicht hinreichend für produktive Ergebnisse befunden wurde. Abwehrreaktionen wie *Westplaining* oder politische Instrumentalisierung existierender Stereotypen sind Herausforderungen, die die Academia anders fordern als der interne Diskurs im Fach.

MORITZ FLORIN (Erlangen-Nürnberg) präsentierte zunächst seinen quantitativen Forschungsansatz zur zeitlichen Nutzung bestimmter Begriffe aus dem kolonialen Kontext in Google Ngram Viewer, sofern dazu online Quellen zur Verfügung stehen. Weiterhin führte er an Beispielen aus, welche Hindernisse in der Kommunikation, unterschiedlicher Wahrnehmung sowie Definitionsunterschiede im (de-)kolonialen Kontext bei internationaler Forschung entstehen können; etwa das Narrativ der Sowjetunion (respektive das heutige Russland) als tradierte antikoloniale Macht, verschränkt mit der Idee, Europäer könnten grundsätzlich nicht kolonisiert worden sein.

Seite B 86 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Der letzte Beitrag der Konferenz wurde von ROSARIO NAPOLITANO (Riga) beigesteuert, der sich mit der Verbreitung, Produktion und dem Inhalt der Filme beschäftigte. Sowohl die Deportation lettischer Filmproduzierender wie auch die Bereitstellung in Russland produzierter Filme mit lettischen Schauspielern aber ohne Bezug zum lettischen Alltag wurden thematisiert, insbesondere legte er jedoch auch ein Augenmerk auf die Nutzung der Filme als „Mass-Education-Tool“ mit regulierten Eintrittspreisen und Vorführungen mit mobilen Projektoren in ländlichen Regionen.

Auch in der folgenden Diskussion mit dem Plenum wurden neben anderen jene Fragen, die bereits die gesamte Konferenz über aufkamen, erneut aufgegriffen: Wie können wir die Kooperation im Fach stärken und den Diskurs inklusiver gestalten? Moritz Florin weist weiterhin auf die Bedeutung des Bewusstseins eines Bias bei allen beteiligten Akteuren und Quellen hin und betont auch die Notwendigkeit von Sprachkenntnissen. Forschende aller beteiligten Länger sollten auf dieselben Konferenzen geholt und Arbeitsgruppen internationalisiert werden.

Sicher kann eine einzige Konferenz nicht die letzte Antwort auf Definitions- oder Richtungsfragen der *(post-)colonial studies* liefern. Jedoch bot diese insbesondere denjenigen, die als Nachwuchswissenschaftler:innen eingeladen waren, einen wertvollen Impuls bezüglich der Pluralität der möglichen Forschungsdesigns und schärfte das Bewusstsein aller Teilnehmenden für die unbedingte Notwendigkeit der Präzision hinsichtlich der Kontextsensitivität und der Genauigkeit im sprachlichen Ausdruck ihrer Arbeiten. An notwendigen Anschlussdiskursen wird es der Geschichtswissenschaft – gerade in Anbetracht Osteuropas, in Zukunft nicht mangeln.

Konferenzübersicht:

Colonialisms or the Many Forms of Colonialism – Clarification of Terms / Kolonialismen oder die vielen Formen des Kolonialismus – zur Begriffsklärung

Work in small groups / Arbeit in Kleingruppen

Panel I: Colonial Spatial Orders / Koloniale Raumordnungen

Berenika Zeller (Bern): Leben mit der Modernisierungs- und Zivilisierungsmission der Tschechoslowakei, 1920–1939

Michèle Häfliger (Bern): Ruthenische Mehrheit in Minderheitsposition zwischen konkurrierenden (trans-)nationalen Identitätsentwürfen

Larisa Kangaspuro (Helsinki): Ukrainian Prisons in the Penal System of the Russian Metropolis

Roundtable

Franziska Davies (München) / Martin Rhode (Halle/Saale) / Monika Rütters (Hamburg): Decolonizing or De-Centering? New Approaches and Their Impact on Studies on Eastern Europe

Panel II: Colonial Legacy / Koloniales Vermächtnis

Kacper Dziekan (Poznań): The Legacy of Baltic Germans in Russian America. Past and Present

Dominika Zyśk (Poznań): Estonian Language Politics and Upcoming School Reform

Volha Davydzik (Lüneburg): Pessimism and Optimism of the Future: The Future of the World(s) in the Strategies of Feminism and Digital Technologies.

Final discussion: A Changed View on Colonialism? / Abschlussdiskussion: Ein veränderter Blick auf Kolonialismus?

City Tour / Stadtrundgang

Agnieszka Pufelska (Lüneburg): Einführende Überlegungen

Panel Akteure

Markus Nesselrodt (Frankfurt/Oder): Das preußische Warschau (1796–1806). Ein koloniales Projekt?

Felix Matheis (Hamburg): „Die Kolonien liegen im Osten“. Kolonialistische (Selbst-)Deutungen hansestädtischer Kaufleute im besetzten Polen 1939 bis 1945

Cosmin Minea (Brno): A New-Found-Land and Its Westernization. Architects in Late 19th Century Romania

Franziska Davies (München): Von Kolonialismus und Arroganz: Deutschlands Blick auf Ostmitteleuropa

Panel Modernisierung

Francesco Constantini (Kraków): The Reception of Modernity in Poland: A Postcolonial Analysis at the Turn of the Centuries

David Stienen (München): „Decolonize Prussia“? Kritische Reflexionen

Oleksandra Krushynska (Wien): Becoming Austrian? The Problem of Socio-Political Transformations in Galicia. During First Decades of Habsburg Rule (1772–1815)

Panel Epistemologische Gewalt

Maria Rhode (Göttingen): Die (physische) Anthropologie in Polen: Eine nicht-koloniale Wissenschaft?

Jerzy Gorzelik (Katowice): Die Synthese der Kunstgeschichte einer umstrittenen Region als Praxis der Kolonisierung und Dekolonisierung. Der Fall Oberschlesiens

Wiktorija Tombarkiewicz (Kraków): The Functionality of the Postcolonial Approach in the Research on Upper Silesia's Imaginary Incorporation. A Study of the Region's Historical Syntheses Related to the Polish Millennium

Panel Vermittlung

Benedikt Stimmer (Wien): Diglossie als „koloniales“ Machtverhältnis? Sprachenfrage und „aufgeklärte“ Herrschaft in den habsburgischen und den preußischen Teilungsgebieten Polen-Litauens um 1800

Katheryna Budz (Edinburgh): Forced Orthodoxization as a Colonial Practice. A Case of the Post-War Eastern Galicia

Oleksandra Terentyeva (Innsbruck): Mnemonical and Decolonizing Landscape of Ukrainian Political and Semi-Political Public Discourse

Panel Adaptionen

Marina Gerber (Hamburg): Decolonial Knowledge'. Myth and Motifs in the East Central European Decolonial Discourse

Jannick Piskorski (Hamburg): Polen A und B in der postkolonialen Theorie und in der Popkultur

Anton Liavitski (München): Zentrum und Peripherie. Stadt-Dorf-Gefälle im politischen Diskurs Weißrusslands (1990–1995)

Panel Sowjetisierung

Moritz Florin (Erlangen-Nürnberg): What We Talk About When We Talk About Decolonization. A Study in the Historical Semantics of Decoloniality in the Soviet Union and Russian

Violetta Korsakova (Kraków): Self-Sovietization, Mimicry and Endurance. Polish Art History in the Years 1945–1955

Rosario Napolitano (Riga): The Process of Cinefication in Soviet Latvia during the Stalin Era (1940-1941, 1944-1953)

Anmerkungen:

1 Felix Matheis, Hanseaten im „Osteinsatz“ Hamburger und Bremer Handelsfirmen im Generalgouvernement 1939–1945, Göttingen 2024.

Zitation

Melina Hubel, Tagungsbericht: *Die fließenden Grenzen des Kolonialismus*, In: H-Soz-Kult, 21.02.2024, <www.hsozkult.de/conferencereport/id/fdkn-142113>.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

03) Orte der Demokratiegeschichte. Arenen der Erinnerung zwischen performativer, medialer und räumlicher Aneignung

Organisatoren Henning Türk, Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam; Oliver Sukrow, Technische Universität Darmstadt; Kristian Buchna, Stiftung Hambacher Schloss

Veranstaltungsort Hambacher Schloss / Siebenpfeiffersaal
67434 Neustadt an der Weinstraße

Fand statt in Präsenz

Vom - Bis

09.11.2023 - 10.11.2023

Von

Alessandro Leto, Archiv und Parlamentsdokumentation, Landtag Rheinland-Pfalz, Mainz

In den Weimarer Verfassungsverhandlungen wurde die Farbfolge Schwarz-Rot-Gold unter Rückbindung an die Revolution von 1848 und Betonung des großdeutschen Gedankens reaktiviert. Die Trikolore sollte den Bruch mit der konstitutionellen Monarchie des Kaiserreichs symbolisieren und war zugleich Signum des kompromisshaften Ausgleichs der Weimarer Koalitionäre. Dabei avancierte Schwarz-Rot-Gold im Zuge der staatsymbolischen Konflikte zum „Zeichen der Republik“. Während in Weimar Schwarz-Rot-Gold und Schwarz-Weiß-Rot als Bekenntnis für bzw. gegen die Republik gegeneinander in Stellung gebracht wurden, können systemoppositionelle Aneignungsversuche heute auch in schwarz-rot-goldenem Gewand erfolgen und mit schwarz-weiß-roten Erscheinungen flankiert werden. So beschrieb Kristian Buchna von der Stiftung Hambacher Schloss am Ende seines Vortrags, wie Verschwörungstheoretiker und Esoteriker neben Rechtspopulisten und Reichsbürgern seit dem Mai 2022 anhaltend Märsche hinauf zum Hambacher Schloss unternehmen. Diese „Systemopposition im Namen der Demokratie gegen die Demokratie“ bedürfe politischer und gesellschaftlicher Interventionen.

Unter diesem Eindruck stand dann auch die Tagung im Hambacher Schloss zu Orten der Demokratiegeschichte, die Henning Türk in seiner Einleitung im Spannungsfeld aus Geschichtspolitik, Geschichtswissenschaft und History-Marketing verortete. In den damit verbundenen unterschiedlichen Handlungsrollen fanden sich einige der Tagungsteilnehmer wieder, was auch dem derzeit florierenden geschichtspolitischen Interesse an der Demokratiegeschichte zuzuschreiben ist. Das Konzept der Tagung wollte die Zeitschichten der Erinnerungsorte, die als Arenen begriffen wurden, offenlegen und die analytische Tragfähigkeit des Begriffs der Aneignung als „kreativen Prozess“ erproben. So sollten Deutungskämpfe und die damit verbundenen Brüche, Konflikte und (Neu-)Aneignungen an den konkreten Orten sichtbar werden. Dabei wurden die Vorträge chronologisch und räumlich in Sektionen zusammengefasst.

Am Beispiel des Bauernkriegs von 1524/25 wollte MARCO VERONESI (Stuttgart) eine in der Fläche verwurzelte Bewegung mit „protodemokratischen“ Organisationsstrukturen erkennen. Dabei machte er in der Gegenwartspolitik die Beobachtung, dass nicht umkämpft sei, wer aneignet, sondern wo erinnert wird. Demzufolge zeige sich, dass im erinnerungspolitischen Gedenken an den Bauernkrieg und das Aufbegehren gegen die Zentralgewalt die Zuspitzung auf *einen* Gedenkort der Dezentralität dieser breit verwurzelten Bewegung entgegenliefe. Den Ansatz eines dezentralen Gedenkens verteidigte Veronesi gegen Einwände bloß wirtschaftlich-touristischer Motive.

Seite B 90 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Die touristische Aneignung des Hambacher Schlosses im 19. Jahrhundert untersuchte OLIVER SUKROW (Darmstadt) anhand von Reiseberichten und Entwürfen von Architekten, die die damalige Maxburg als „Hybrid von Geschichts- und Kulturtourismus“ erscheinen lassen. Dabei war die zeitgenössische Perspektive weniger auf die Vergangenheitserinnerung als vielmehr auf die Zukunft gerichtet. KRISTIAN BUCHNA (Neustadt) deutete das Hambacher Schloss als einen umkämpften Ort „oppositionellen Aufbegehrens“. Dabei unterschied er Motive „oppositioneller Aneignung“, die er unter Ausprägungen systemimmanenter Opposition sowie Systemopposition bündelte. Die geschichtspolitischen Deutungskonflikte nach 1945 zeichneten sich durch Kämpfe um eine historisch begründete Identität und kulturelle Hegemonie aus, in denen sich Hambach als zentraler Schauplatz auftat. Mit dem erstmaligen Auftritt der AfD im Jahr 2016 erkennt der Referent fortan eine neuartige „systematische“ Aneignung von Personen, Orten, Ereignissen und Symbolen der deutschen Demokratiegeschichte durch die Vertreter eines Milieus, die sich als einzig legitime Erben des Hambacher Festes stilisieren, indem sie sich zu Opfern einer gegenwärtigen „Diktatur“ erklären.

RÜDIGER HACHTMANN (Berlin) und OLIVER GAIDA (Berlin) legten die Zeitschichten des Friedhofs der Märzgefallenen offen. Zunächst den Gefallenen der Revolution von 1848 zugeordnet, konnten ab 1920 auch diejenigen gemeint werden, die sich dem Kapp-Lüttwitz-Putsch entgegengestellt hatten. Zudem trat mit dem Friedhof der Sozialisten 1919 in der lokalen Erinnerung Berlins ein erinnerungspolitischer Konkurrenzort hinzu. Nach 1933 konnte der Besuch des Friedhofs der Märzgefallenen ein Zeichen inneren Widerstands sein. Wie Geschichte *gemacht* wird, konnte Gaida anhand des staatspolitischen Umgangs nach 1945 zeigen. Der erinnerungspolitische Abstieg dieses Gedenkortes, der im Nationalsozialismus erzwungen und in der DDR nicht umgekehrt worden war, erfuhr erst mit der nach 1998 einsetzenden Revitalisierung eine Kehrtwende. Hachtmann bekräftigte, dass der Ort zu einem Symbol des Widerstands geworden sei, der heute durch erinnerungskulturelle Vereinnahmung von oben unter Rekurs auf 1848 europapolitisch aktiviert werde. Ein Desiderat deutete sich dahingehend an, inwieweit auch religiöse bzw. christliche Praktiken diesen Gedenkort geprägt haben können.

Mit Blick auf die Erinnerungspolitik in der Weimarer Republik kam HENNING TÜRK (Potsdam) zum Ergebnis, dass das Hambacher Schloss hier erstmals gezielt als Ort der Demokratiegeschichte angeeignet worden sei. Die Wurzel scheine im geschichtspolitischen Konzept zu liegen, wonach sich die Linksliberalen als Erben der Ideen von 1832 sahen und historische Legitimität für die Republik zu konstruieren suchten. Zudem ließ der historische Wandel aufhorchen. Während vor 1918/19 unter Projektion auf Hambach das zu Erringende herausgestellt wurde, wurde nun das bereits Errungene hervorgehoben. Diese Beobachtung deckt sich mit Sukrows Feststellung für das 19. Jahrhundert. Wie das Geburtshaus Matthias Erzbergers zu einem Ort der Demokratiegeschichte wurde, zeichnete CHRISTOPHER DOWE (Stuttgart) nach, der zugleich Kurator der Erzberger-Erinnerungsstätte ist. Umgehend nach der Ermordung im Jahr 1921 setzte an Sterbestelle und Friedhof das Gedenken ein. In Weimar traten dabei Sterbestelle und Geburtshaus in Konkurrenz zueinander. Zwar war am 50. Todestag eine Gedenktafel am Geburtshaus angebracht worden, eine Zäsur im Erzberger-Erinnern sei aber erst im 21. Jahrhundert eingetreten. Von da an sei das Geburtshaus Erzbergers zum „Kristallisationspunkt“ der Erinnerung geworden.

Anhand des Baus des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) stellten die Referentinnen ANA LENA WERNER (Berlin/Bremen) und AMELIE OCHS (Berlin/Bremen) eine Aneignung der architektonischen Moderne für die bundesdeutsche Demokratiegeschichte fest, die einem doppelten Abgrenzungsbedürfnis zum Nationalsozialismus und zur DDR entsprungen sei. Sie forderten die nachdrückliche „Entheroisierung“ des Baus des BVerfG, der weiterhin einer

westdeutschen „Erfolgsgeschichte“ verhaftet bleibe. MAREN WIENIGK (Berlin) widmete sich der gut und heterogen dokumentierten Baugeschichte des Reichstags, der ein fragiler und experimenteller Ort der parlamentarischen Demokratiegeschichte sei. Der Reichstag selbst und die Kunst im und am Bau seien geprägt von „Über- und Ablagerungen“, die „enormen Transformationen“ unterlegen sind und so zur Flexibilisierung des Ortes beigetragen haben. TOBIAS KAISER (Berlin) untersuchte das Parlamentsgebäude als touristisches Ziel und beleuchtete Professionalisierungsprozesse des Besucherdienstes. Dabei plädierte er für die Nutzbarmachung des Konzepts des „heiligen Ortes“¹, indem er auf Parallelen in der Topografie und den Praktiken von Parlaments- und Sakralbauten verwies. Anhand der Baugeschichte der Mainzer Akademie der Wissenschaften und der Literatur beleuchtete ANTOINE BEAUDOIN (Cottbus-Senftenberg) exemplarisch die demokratiestiftenden Wiederaufbauprojekte der Alliierten. Er stellte fest, dass Gebäude der Besatzungszeit in Westdeutschland in Vergessenheit geraten seien, die zunächst als Gebäude der Demokratie erkannt werden müssten.

Den Auftakt in der Sektion zur Paulskirche machte KERSTIN WOLFF (Kassel), die die zielgerichtete „Indienstnahme“ dieses Ortes durch die Frauenbewegung herausstellte. Der Interzonale Frauenkongress von 1948 war die Reaktion auf das eine Woche zuvor gefeierte hundertjährige Jubiläum in der Paulskirche, das weitgehend ohne Frauen auskam. Dort seien Wege demokratischer Traditionslinien beschworen und mit der Frauenbewegung im 19. Jahrhundert verknüpft worden. Dies habe dem Ziel gegolten, die Frauen in die Demokratiegeschichte einzuschreiben. CHRISTOPH CORNELIßEN (Frankfurt) näherte sich diesem „enttäuschenden“ und „ungemütlichen“ Ort der Demokratie als Ort öffentlicher Debatten, der weniger durch seine Architektur als vielmehr über seine „Magie des gesprochenen Wortes“ wirke. Die Paulskirche habe seit 1948 dabei drei Phasen durchschritten. Während zu Beginn Auszeichnungen und Preisverleihungen mit diesem Ort verbunden waren, trat in einer zweiten Phase eine Kontroversität hinzu, die sich zunächst außerhalb der Paulskirche abspielte. Innerhalb des Gebäudes blieb er ein „geweihter Ort“. In der dritten Phase habe die Kontroverse dann auch Einzug in die Paulskirche gehalten. Seit ihrer Neueröffnung 1948 war die Paulskirche zu einem Ort der „politischen Selbstverortung der westdeutschen Demokratie“ geworden, der von Mehrdeutigkeit geprägt sei und dabei keine klare Demokratiebotschaft vermittele. Was wer in der Paulskirche wie erinnert, sah DOMINIK GEPPERT (Potsdam) ² in den Fluchtpunkten der deutschen Geschichte begründet. Diese junge Debatte der letzten Jahre habe einerseits einen Konsens über 1848 als „europäischste aller Revolutionen“³ hergestellt, andererseits eine strittige und in Diskussion befindliche Frage zutage treten lassen, die Geppert pointiert auf den Punkt brachte: „wie viel deutsche Geschichte für ein migrantisches Publikum?“ Welche Demokratiegeschichte folglich mit der Paulskirche erinnert werden soll, könne mit dem Standort 2023 nicht mehr durch die Ideen und Vorstellungen von 1948 beantwortet werden. Zugleich liefe eine Restaurierung von 1848 fehl. Erklärungsbedürftig bleibe die Symbolsprache, die ein „Gefühl der Unterwältigung“ befördere. Der „Enttäuschungsmetaphorik“ der Referenten – so bemerkte es Andreas Schulz – stellte Arnold Bartetzky die mit dem Wiederaufbau der Paulskirche verbundene Idee der „Sühne“ entgegen. Zudem plädierte er mit Verve für den Erhalt der Paulskirche in der Gestalt von 1948. Denn aus Sicht der Denkmalpflege ginge bei der geschichtspolitischen Gestaltung des Demokratieortes diese Zeitschicht verloren. Dowe versetzte sich gedanklich in die Rolle des Kurators. Wenn er eine Ausstellung konzipieren würde, wäre sie eine zum Erinnern nach 1948. Die Ereignisse um 1848/49 würden dabei deutlich in den Hintergrund rücken.

Unter dem Gesichtspunkt des Werdens neuer Erinnerungsorte referierte WERNER SUPPANZ (Graz) zum Heldenplatz in Wien als „contested space“. Er fragte danach, ob gerade die „Vielfachcodierbarkeit“ dieses Ortes zum Kampf bzw. zur Aneignung einlade. So deutete Suppanz das erstmals 2013 veranstaltete „Fest der Freude“ auf dem Heldenplatz

als ein Element im Deutungskampf republikanisch-demokratischer Aneignung – einer „invention of democratic tradition“. Wie ein unscheinbarer deutsch-französischer Grenzort zum Demokratieort *gemacht* wurde, rekonstruierte PIA NORDBLOM (Mainz). Am 6. August 1950 kamen deutsche und französische Studenten in St. Germanshof zusammen, um in einer medial professionell flankierten Aktion Schlagbaum und Grenzzaun als überkommene Grenzbefestigungen zu beseitigen. Das fast 60 Jahre später dort errichtete Europa-Denkmal sage – so Nordblom – dabei mehr über die Zeit der Errichtung als das eigentliche Ereignis aus. Der Ort des Konflikts sei vom Protest- zum Begegnungsort umfunktioniert und das Denkmal auf neutralem Gebiet als „diskursives Neutrum“ errichtet worden. Sie plädierte dafür, die Orte der Demokratiegeschichte über die nationale Dimension hinaus zu denken.

Die Abschlussdiskussion hat mit aller Deutlichkeit zutage treten lassen, dass historisches Denken zu keiner Zeit der Reflexion und Prüfung von Begriffen entbehren darf. Bereits in der ersten Sektion meldete MARTIN SABROW (Berlin/Potsdam) Kritik an der unzureichenden Differenzierungsschärfe des Aneignungsbegriffs an. Die Veranstalter schlossen hieran an und verwiesen auf das weitläufige Begriffsfeld und die Varianz im Sprachgebrauch der Teilnehmer. Während Türk zudem den Zusammenhang von Identitätsbildungsprozessen und dem Konzept der Orte der Demokratiegeschichte herausstellte, stärkte Sukrow den interdisziplinären Zugang. Die Demokratieorte als „Kommunikationsräume“ zu begreifen – so Buchna –, lässt sich mit dem Hinweis von Ochs auf kunstgeschichtliche Diskurse verbinden, wo jüngst der Begriff des „Kontaktraums“ verstärkt diskutiert würde. Die während der Vorträge spärliche Reflexion des Konzepts der Orte der Demokratiegeschichte fand nun Eingang in die Abschlussdiskussion. So fragte THORSTEN HOLZHAUSER (Stuttgart) kritisch, welche Rolle die Historiker in dem von Türk beschriebenen Spannungsfeld einnehmen: „Vereinnahmen wir als Historiker den Demokratiebegriff?“ Hachtmann lehnte außerdem die Formulierung „Geburtsorte der Demokratiegeschichte“ ab, weil sie teleologischem Denken und einer unterstellten Abgeschlossenheit demokratischer Prozesse Vorschub leiste. Veronesi ergänzte, dass Orte nach der jeweiligen strukturellen Verfasstheit unterschieden werden müssten, wenn sie etwa Orte direkter, repräsentativer oder prototypischer Demokratie seien. Dowe knüpfte abschließend an den Zugang Cornelißens an, der die Paulskirche in ihren dynamischen Konkurrenzsituationen betrachtete. Demnach müssten die Orte „gegeneinander“ gedacht werden. Denn innerhalb eines pluralistischen Gesellschaftsbildes sei nicht nur die Konkurrenz der Orte sichtbar zu machen, sondern auch die Konkurrenz der Inhalte.

Die treffende Verortung der Demokratiegeschichte in dem von Türk beschriebenen Spannungsfeld hat einige über die Tagung hinausweisende Probleme und Fragen aufzeigen können. Die Prüfung der eigenen Annahmen und gebührende Begriffssensibilität bedürfen der steten intra- wie intersubjektiven Aushandlung. Denn was die Teilnehmer selbst unter „Demokratie“ verstehen, welches Gesellschaftsbild sie bei gegenwartsbezogenen Aussagen zugrunde gelegt haben, das wurde nur bedingt ersichtlich. Eine Arbeitsdefinition hätte hier Klarheit schaffen und Missverständnissen vorbeugen können. Dass Demokratie- und Diktaturgeschichte stets zusammen gedacht und erzählt werden müssten, trat konsensual aus der Tagung hervor. Die wohl bedeutendste Frage trug Geppert in die Tagung hinein. Denn wie die deutsche Geschichte für ein zunehmend migrantisches Publikum aufzubereiten und zu vermitteln ist, bedarf der nachdrücklichen und eingehenden Beantwortung, die weit über die Fachgrenzen hinausreicht.

Seite B 93 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Konferenzübersicht:

Frühdemokratisches Aufbegehren: Konfliktive mediale und räumliche Aneignungen

Moderation: Arnold Bartetzky (Leipzig)

Marco Veronesi (Stuttgart): 500 Jahre Bauernkrieg: Dezentrales Gedenken, spontane Aneignung

Oliver Sukrow (Darmstadt): Das Hambacher Schloss als touristischer Erinnerungsort im 19. Jahrhundert

Kristian Buchna (Neustadt): Zwischen Regierungs- und Systemkritik. Das Hambacher Schloss als oppositioneller Erinnerungsort der Demokratie

Die Revolution von 1848/49: 175 Jahre umkämpftes Erinnern

Moderation: Elisabeth Thalsofer (Rastatt)

Rüdiger Hachtmann (Berlin): Volkstümliches und proletarisch-sozialistisches Gedenken gegen die Obrigkeit. Der Friedhof der Märzgefallenen 1848 bis 1945

Oliver Gaida (Berlin): Zwischen demokratischem Aufbruch und staatlich-heroisierendem Gedenken. Der Friedhof der Märzgefallenen nach 1945

Erinnern für die Republik. Demokratieorte in der/für die Weimarer Republik

Moderation: Oliver Sukrow (Darmstadt)

Henning Türk (Potsdam): Das Hambacher Schloss – eine „Freiheitsburg“ in der Weimarer Republik?

Christopher Dowe (Stuttgart): Verschlungene Pfade oder wie aus dem Geburtshaus Matthias Erzbergers ein Ort der Demokratieggeschichte wurde

„Gegenbauten“ und veränderte Erinnerungstopografien – Orte und Räume der Demokratie nach Zeiten der Diktatur(en)

Moderation: Johanna Blokker (Cottbus-Senftenberg)

Ana Lena Werner (Berlin/Bremen) / Amelie Ochs (Berlin/Bremen): Zur Verortung des Bundesverfassungsgerichts in der (west-)deutschen Erinnerungspolitik

Maren Wienigk (Berlin): Kunst im Reichstag der Nachkriegszeit

Antoine Beaudoin (Cottbus-Senftenberg): Orte der Demokratieggeschichte und das Erbe der Besatzungszeit in Westdeutschland

Tobias Kaiser (Berlin): Parlamente als „heilige Orte der repräsentativen Demokratie“ und ihre (Un-) Sichtbarkeit in Konzeptionen zur deutschen Demokratieggeschichte

Öffentlicher Abendvortrag

Seite B 94 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Simone Schneider (Neustadt/Mainz): Begrüßung

Martin Sabrow (Berlin/Potsdam): Deutsche Erinnerungskultur zwischen hellem und dunklem Gedächtnis. Überlegungen zu einem schwierigen Verhältnis

„Glanzlos, geschichtslos, ohne Magie“? Die Frankfurter Paulskirche und das Ringen um eine angemessene Demokratieerinnerung nach 1945

Moderation: Benedikt Wintgens (Berlin)

Kerstin Wolff (Kassel): Der Interzonale Frauenkongress 1948 in der Paulskirche. Die Inszenierung einer Rückbesinnung

Christoph Cornelißen (Frankfurt): Die Paulskirche seit 1948 – ein Ort öffentlicher Debatten und gesellschaftlicher Konflikte

Dominik Geppert (Potsdam): 1848 – 1949 – 2023: Was erinnern wir eigentlich in der Frankfurter Paulskirche?

Neue Erinnerungsorte? Erweiterte Themenfelder in der Demokratieggeschichte

Moderation: Thorsten Holzhauser (Stuttgart)

Werner Suppanz (Graz): Das „Fest der Freude“ am 8. Mai am Wiener Heldenplatz: Ein alter/neuer Ort der Demokratieggeschichte in Österreich

Pia Nordblom (Mainz): „Europäisches Feuer“. Bobenthal-St. Germanshof – demokratieggeschichtliches Erinnern an der (deutsch-französischen) Grenze

Anmerkungen:

1 Kaiser verwies hier auf Thomas Mergel, *Parlamentarische Kultur in der Weimarer Republik. Politische Kommunikation, symbolische Politik und Öffentlichkeit im Reichstag* (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 135), Düsseldorf 2002, S. 149–152.

2 Dominik Geppert war Mitglied der „Expert:innenkommission Paulskirche“, worauf er in seinem Vortrag Bezug nahm.

3 Geppert verwies hier auf Christopher Clark, *Frühling der Revolution. Europa 1848/49 und der Kampf für eine neue Welt*, München 2023.

Zitation

Alessandro Leto, Tagungsbericht: *Orte der Demokratieggeschichte. Arenen der Erinnerung zwischen performativer, medialer und räumlicher Aneignung*, In: H-Soz-Kult, 19.02.2024, www.hsozkult.de/conferencereport/id/fdkn-141976.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

04) Fotografierter Sozialismus. Zur visuellen Aneignung gesellschaftlicher Wirklichkeiten in der DDR und im östlichen Europa

Organisatoren Stiftung Ettersberg; Landeszentrale für politische Bildung Thüringen
99423 Weimar

Fand statt in Präsenz

Vom - Bis

03.11.2023 - 04.11.2023

Von

Annekathrin Müller, Leipzig

Im Zentrum des 21. Internationalen Symposiums der Stiftung Ettersberg standen die Beziehungen zwischen Fotografie und Sozialismus. Fotografische Praxis wurde hier, dem Untertitel der Tagung folgend, als „visuelle Aneignung gesellschaftlicher Wirklichkeiten“ verstanden. Unter diesem Gesichtspunkt diskutierten die Teilnehmenden vielfältiges Material aus dem Spätsozialismus ab den späten 1960er-Jahren. Eingeladen waren internationale Referenten aus den Geschichts- und Kulturwissenschaften sowie aus der Kunstgeschichte. Sie stellten Fallbeispiele aus der DDR, Polen, der Tschechoslowakei und der Sowjetunion vor. Hervorgegangen aus dem Teilprojekt „Sozialismus im Bild“ des Forschungsverbunds „Diktaturerfahrung und Transformation“ zielte das Tagungskonzept auf einen interdisziplinären Austausch im Sinne der Visual History ab. Zugleich weitete man den Blick über die DDR-Forschung hinaus auf andere Länder des östlichen Europas. AXEL DOßMANN (Jena), der die inhaltliche Ausrichtung verantwortete, vertrat das Anliegen, bei der historisch-politischen Auseinandersetzung mit Fotografien gezielt auf deren Eigendynamik einzugehen. Dazu zählte die Verständigung über die Rückwirkung von Bildern auf das heutige Geschichtsbewusstsein. Ein besonderes Augenmerk sollte auf bestimmten Bildformeln und vor allem auf den pluralen Deutungsangeboten der Fotos liegen, betonte Doßmann in seinem Einführungsvortrag: Worauf versuchen die Akteure der fotografischen Praxen jeweils Antworten zu geben – einst und heute? Dass die Bilder tatsächlich den Ankerpunkt der Veranstaltung im Reithaus Weimar bildeten, wurde durch einen „Foto-Tisch“ zusätzlich unterstrichen. Eine Auswahl aus den Präsentationen der Referenten bot dem Publikum die Möglichkeit, sich noch einmal einen individuellen Überblick über die Vielfalt des Bildmaterials zu verschaffen.

Das Symposium, das von der Stiftung Ettersberg sowie der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen gemeinsam organisiert wurde, gliederte sich in vier Sektionen. Im Folgenden werden ausgewählte thematische Schwerpunkte, Methoden und fortwirkende Diskussionspotenziale skizziert. Die tatsächliche Reihenfolge der Beiträge ist der Übersicht am Ende dieses Berichts zu entnehmen. Ein Tagungsband der Stiftung Ettersberg erscheint in der Reihe „Europäische Diktaturen und ihre Überwindung“.

Zu problematisieren sei die selektive Wahrnehmung von Fotografie, die unter sozialistischen Vorzeichen entstanden ist. So lautete ein zentraler Diskussionspunkt der Veranstaltung. Zwischen den beiden Enden einer geläufigen Dichotomie aus affirmativen oder dissidentischen fotografischen Bildproduktionen hätten in den sogenannten sozialistischen Bruderländern durchaus weitere Spielarten existiert. Gerade solche Strategien verdienen erhöhte Aufmerksamkeit, beeinflussen sie doch unsere Geschichtsbilder und können Narrative ins Wanken bringen. Zukünftige Studien, so wurde festgehalten, sollten daher zu einer Enttypisierung beitragen. In diesem Zuge sei gleichfalls

kritisch zu hinterfragen, welche „Schablonen“ – so der vielfach genutzte Ausdruck – beim Blick von außen auf den Sozialismus bedient wurden. Beispiele hierfür sind unter anderem in westdeutschen Zeitschriften zu finden, auf die Axel Doßmann zu Beginn der Tagung Bezug nahm.

Das in Weimar präsentierte Bildmaterial vermittelte ein weitläufiges Panorama der Entstehungs- wie auch der Rezeptionszusammenhänge. Schon die Reichweite der thematisierten Aufnahmen variierte stark: so gehörten einige Bilder zu den bereits während des Staatssozialismus‘ massenhaft verbreiteten, andere sind bis heute unveröffentlicht geblieben. Hinzu kam, dass sowohl künstlerische als auch bildjournalistische, private und öffentliche sowie explizit propagandistische Gebrauchsformen der Fotografie untersucht wurden. Der aktuelle Forschungsstand zum „fotografierten Sozialismus“, so der Konsens unter den Referenten, werde jedoch einigen Bildwelten noch nicht gerecht – und dies nicht nur auf Grund der Materiallage. An verschiedenen Stellen griff man deshalb die Frage nach den Ökonomien der Aufmerksamkeit auf. Es wurde reflektiert, in welchen Kontexten und mit welchen Absichten Bilder aus dem Sozialismus bereits publiziert und in der gegenwärtigen öffentlichen Wahrnehmung angekommen sind, während es andere noch zu entdecken gilt. Zudem wurde mehrfach angemerkt, dass die Sichtbarkeit bestimmter Fotografien nicht zuletzt in den eigenen Reihen der Wissenschaft durch so pragmatische Faktoren wie der Zugänglichkeit in Archiven und Bilddatenbanken sowie auch durch Bildrechte-Fragen mitbedingt wird.

Eines dieser Ungleichgewichte besteht ANNETTE VOWINCKEL (Potsdam) zufolge in der „Überrepräsentation“ der von ihr unter diesem Schlagwort geführten „Ostkreuz-Fotografie“. Sie meinte damit eine besonders erfolgreiche Sparte der sogenannten Autorenfotografie, die die Kanonbildung zum Thema Fotografie und Ostdeutschland bzw. DDR entscheidend geprägt habe. Vowinckels aktuelles Forschungsvorhaben, das sie in Auszügen vorstellte, widmet sich daher einem bislang unterforschten Gebiet der offiziellen Bildwelten: der staatlichen Bildagentur der DDR, *ADN Zentralbild*. Am konkreten Beispiel der *photo international*, einer internationalen Abteilung innerhalb der *ADN Zentralbild*, wies die Historikerin nach, dass allein in dieser Organisationseinheit weit verzweigte politische und wirtschaftliche Netzwerkstrukturen existierten, die bis ins westliche Ausland zu internationalen Presseagenturen reichten. Ihr Plädoyer, nicht allein Bildästhetiken, sondern gleichfalls die offiziellen Distributionswege und kommerziellen Interessen der DDR zu untersuchen und hierfür weiteres Material zu erschließen, bildet einen relevanten Anstoß für die zukünftige Forschung.

Mit der Zirkulation von Aufnahmen setzte sich auch der Historiker STEFAN GUTH (Heidelberg) auseinander. Sein Thema war die Atomstadt Ševčenko, die in der Wüste Kasachstans in der Sowjetunion ab Ende der 1950er-Jahre erbaut wurde. Bei der Analyse von zwei unterschiedlichen Präsentationen aus den 1980er-Jahren, die sich Ševčenko widmeten, kam Guth zu dem Ergebnis, dass beide vermittelt über den „Stil“ der Amateurfotografie den „Jargon der Authentizität“ nutzten. Zugleich hätten sie jedoch äußerst gegensätzliche Aussagen transportiert: Einerseits bezog sich Guth dabei auf ein Firmenalbum, das anlässlich des 30-jährigen Jubiläums der Stadt entstand und propagandistischer nicht hätte gestaltet sein können. Im anderen Fall untersuchte er betont unbeholfen wirkende Ansichten von Ševčenko in dissidentischen Diafilmen. Letztere wurden als eine Form des Partisanenkinos in der Moskauer Wohnung von Viktor Sokirko und Lidija Tkačenko gezeigt.

Der polnische Historiker KRZYSZTOF RUCHNIEWICZ (Wrocław) erläuterte, wie sich ein Netzwerk aus jungen Fotografen in Wrocław aus dem Widerstand gegen das kommunistische System in Polen formierte, um in großem Maßstab anti-staatliche Aktivitäten fotografisch zu dokumentieren und jenseits der offiziellen Bildsteuerung zu verbreiten. Er beschrieb damit Entstehung und Ziele der Gruppe *Dementi*, die in Polen Anfang der 1980er-Jahre während des von der Regierung verhängten Kriegszustands aktiv war. Dass es lohnt, gleichfalls die transnationalen Netzwerke zu rekonstruieren, die in künstlerischen Kreisen zwischen sozialistischen Ländern und dem Rest der Welt gepflegt wurden, bestätigte der Vortrag von EVA PLUHAŘOVÁ-GRIGIENĚ (Flensburg). Im Anschluss an ihre Präsentation ausgesuchter Serien von vier tschechischen Fotografen, die sich humoristischer Strategien bedienten, gab die Kunsthistorikerin einen schlaglichtartigen Einblick in die internationalen Beziehungen der tschechischen Fotoszene. Über die sogenannte Humanistische Fotografie aus Frankreich sei man in der Tschechoslowakei gut informiert gewesen und hätte eigene Resonanzräume und fotografische Traditionen jenseits der herrschenden Ideologie etabliert. Als Beispiel nannte sie unter anderem Vladimír Birgus, der 1978 den Aufsatz „Der unentschiedene Augenblick“ in der Zeitschrift für tschechoslowakische Fotografie veröffentlichte. RENATA MAKARSKA (Mainz) kam mit ihrem Beitrag auf den internationalen Referenzrahmen der sozialdokumentarischen Fotografie sowie auf die Grenzen des damals Möglichen zurück, als sie die retrospektiv angelegte Ausstellung zur „soziologischen Fotografie“ in Polen, *I Ogólnopolski Przegląd Fotografii Socjologicznej*, zum Ausgangspunkt ihrer Betrachtungen erklärte. Diese sollte im November 1980 in der polnischen Kleinstadt Bielsko-Biała einen Überblick über das dokumentarfotografische Schaffen des 20. Jahrhunderts geben, musste jedoch nach nur fünf Tagen schließen. Der an dieser Ausstellung beteiligten Fotografin Zofia Rydet, deren Reportagen Makarska neben denen von Anna Musiałówna näher beleuchtete, gelang zudem eine Vernetzung ins westliche Ausland, wo sie ab 1988 ausstellen konnte.

Die interdisziplinäre Ausrichtung unter der Referenten äußerte sich auch in der methodischen Bandbreite: So wurde in den Präsentationen neben dem institutionengeschichtlichen Blickwinkel auch entlang künstlerischer Werke argumentiert. MARTINA BALEVA (Innsbruck) ging dezidiert fototheoretisch vor und konzentrierte sich auf eine einzelne Urlaubsfotografie. Dabei kombinierte sie die Bildanalyse nach dem Schema von Roland Barthes mit Informationen, die sie Akten der Staatssicherheit entnommen hatte. Die von ihr besprochene Aufnahme vom Strand in Nessebar, Bulgarien, 1983, wirkte zunächst wie die meisten Familienfotos harmlos und zeugte von nostalgischen persönlichen Erinnerungen. Zugleich bot sie aber Anlass, auf die an der bulgarischen Riviera zahlreich vertretenen Agenten der Geheimdienste hinzuweisen, unter denen sich auch in dieser Mission tätige „Strandfotografen“ befunden hätten. Baleva führte aus, wie sich mit dem Wissen um den politischen Hintergrund der Blick auf ein einzelnes Foto stark verändern kann.

Der Kunsthistoriker BERTRAM KASCHEK (Stuttgart) referierte über Aufnahmen, die Christian Borchert als Fotograf aus der DDR auf zwei Rumänienreisen Ende der 1970er-Jahre gemacht hatte. Kaschek stellte diese Bilder in ihrem werkimmanenten Zusammenhang vor und sah sie neben weiteren Osteuropa-Reisen als Katalysatoren für eine sich wandelnde Bild- und Porträtauffassung bei Borchert. Das sozialistische Rumänien im Sinne einer Fortschrittserzählung sei darauf nicht zu finden.

WALTER SPERLING (Moskau) bezog in seine Analyse visueller Zeugnisse aus der multiethnisch geprägten Stadt Grosny ebenfalls ikonografische Vergleiche ein, verknüpfte diese jedoch mit einem ethnografischen Zugang. Ihm war daran gelegen, die „Integration“ des Kopftuches als eines Symbols muslimischer Traditionen innerhalb der sowjetischen Gesellschaft aufzuzeigen und daraus Aussagen über kulturelle Hybridität abzuleiten.

SANDRA STARKE (Potsdam), die Kinderfotos in privaten Fotoalben aus der DDR untersuchte, ging ebenfalls stark von der Bildebene aus. Sie gliederte die dargebotenen Motive der ihr vorliegenden Alben in vier schwerpunktmäßig vertretene Themengruppen und zog anhand des Abgebildeten Rückschlüsse auf die staatliche Einflussnahme, die bis hinein in das Private der Familie gereicht habe. Darüber hinaus erläuterte sie, dass sich die amateurhaften Inszenierungen mitunter als kleine „Freiräume“ verstehen lassen, da man sich hiermit von den Erwartungen an eine streng durchorganisierte Kindheit und Jugend abgrenzte. Auch ISABEL ENZENBACH (Berlin) untersuchte Fotoalben im Hinblick auf ihre Repräsentation des Alltagslebens. Sie widmete sich in ihrem Vortrag vor allem den Porträts und Selbstporträts des mosambikanischen Vertragsarbeiters Geraldo Paunde, die dieser als Erinnerung an sein Leben in der Lausitz und in Hoyerswerda Mitte der 1980er-Jahre in Fotoalben zusammentrug. Heute sind diese neben weiteren im Online-Archiv *De-Zentralbild* zum visuellen Gedächtnis von Migranten in der DDR einzusehen. Enzenbach interpretierte stark anhand von vestimentären Elementen, Posen sowie den Alltagswelten, die ins Bild fanden. Das führte sie zu dem Fazit, es handele sich um eine Form der „paradoxen Aneignung“ des Sozialismus‘ in der DDR, denn Paunde habe sich in diesen Alben als assimiliert dargestellt.

Weniger auf die Ästhetik der Fotografien, umso mehr jedoch auf die enthaltenen Auskünfte über Generations- und Geschlechterverhältnisse in der DDR zielten die Studien von ANNIKA NEUBERT (Jena) und BENJAMIN GLÖCKLER (Freiburg) ab. Beide hatten unabhängig voneinander die auflagenstarke Zeitschrift „Für Dich“ ausgewertet, die sich explizit an berufstätige Frauen wandte. Neubert zeigte Beispiele von Reportagen, die die Mithilfe der Väter in Haushalt und Kindererziehung hervorheben sollten. Nur in solchen Fällen sei das Thema Haushalt überhaupt bildwürdig gewesen. Doch obgleich die Zeitschriftenredaktion hier den Blick auf die väterlichen Leistungen lenken wollte, zeichneten sich bei näherer Betrachtung Widersprüche innerhalb der Bildstrecken ab, die die tatsächliche Dreifachbelastung für Frauen letztlich bestätigten, schlussfolgerte die Historikerin.

Glöckler unterzog die „Für Dich“ zusammen mit einer weiteren Zeitschrift, dem „Volkshelfer“, einer Durchsicht hinsichtlich des vermittelten Bildes zum Thema Altern in der DDR. Um 1970 wurden neue Konzepte für die Altenbetreuung ausgelobt, die sich in diesen Zeitschriften spiegelten. So sei propagiert worden, dass ältere und alte Menschen aktiv, verantwortungsbewusst und engagiert für die Gesellschaft bleiben sollten. Hierzu zählte auch eine unengeltliche Fürsorgetätigkeit für die Enkel. Im Gegenzug sollten Jüngere älteren Menschen im Alltag helfen.

Sowohl der Vortrag von Neubert als auch der von Glöckler verdeutlichten noch einmal, dass die Aussagen der Bildstrecken – wie hier, um die vermeintlichen Erfolge sozialpolitischer Maßnahmen zu versinnbildlichen – in den Publikationen des thematisierten Zeitrahmens hochgradig durch textuelle Elemente mitbestimmt wurden. Es ist auch davon auszugehen, dass die Ideologie sich die spezifische Wirkung und Verbreitung des Mediums Fotografie vielleicht noch mehr zu eigen machte, als es bislang herausgearbeitet wurde, gab THOMAS LINDENBERGER (Dresden) in seinem abschließenden Statement zu bedenken. Eines ist bereits klar geworden: Der jeweilige Referenzrahmen entscheidet über die ankommende Botschaft – ob es der heutige ist, der wie im Fall der Vorträge mit einer wissenschaftlichen Fragestellung verbunden und von den Erwartungshaltungen gegenwärtig geführter Diskurse gekennzeichnet ist, oder jener des Entstehungszeitraums und -kontexts. Gerade mit Blick auf eine gelenkte Öffentlichkeit wie die des Staatssozialismus‘ bietet die Kommunikationsfunktion, die fotografische Bilder erfüll(t)en, ausreichend Anlass, weiter differenziert betrachtet zu werden.

Seite B 99 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Konferenzübersicht:

Jörg Ganzenmüller (Weimar/Jena): Begrüßung

Eröffnungsvortrag

Axel Doßmann (Jena): Spätsozialismus im fotografischen Bild: Herausforderungen und Perspektiven

Sektion 1: Zustimmung und Dissidenz: Zu den Grenzen staatssozialistischer Bildsteuerung

Annette Vowinckel (Potsdam): »Photo International«: Aufstieg und Fall eines sozialistischen Netzwerks für Nachrichtenbilder

Krzysztof Ruchniewicz (Wrocław): »Nicht wir haben die Agentur aufgelöst, sondern die Geschichte hat die Agentur aufgelöst«: Die unabhängige Breslauer Fotoagentur »Dementi« in den Jahren 1982–1991

Stefan Guth (Heidelberg): Atommacht im Fokus. Affirmative und dissidentische Fotografie in der sowjetischen Nuklearstadt Ševčenko in den 1980er Jahren

Diskussionsrunde moderiert von Anke John (Jena)

Sektion 2: Nähe, Distanz, Blicke: Haltungen sichtbar machen

Eva Pluhařová-Grigienė (Flensburg): Humor in der tschechoslowakischen Dokumentarfotografie. Sozialistisch, humanistisch, universell?

Bertram Kaschek (Stuttgart): Auf der Suche nach Form und Stil: Christian Borcherts Fotografien aus Rumänien (1977/1979)

Martina Baleva (Innsbruck): Mit Barthes am Strand. Fotografische Operationen an der Roten Riviera

Diskussionsrunde moderiert von Christiane Kuller (Erfurt)

Sektion 3: Das Eigene und das Fremde im Fokus

Sandra Starke (Potsdam): Vom Glück der Kinder. Rollenbilder und Deutungsmuster in privaten Fotoalben der DDR

Isabel Enzenbach (Berlin): Paradoxe Aneignungen. Private Fotos mosambikanischer Migranten in der DDR

Walter Sperling (Warschau/Moskau): Sowjetbürgerin mit Kopftuch. Zur visuellen Geschichte von Hegemonie und Hybridität im Kaukasus

Diskussionsrunde moderiert von Axel Doßmann (Jena)

Sektion 4: Generations- und Geschlechterbeziehungen in Fotoreportagen

Annika Neubert (Jena): Wenn Papa von der Arbeit kommt. Fotografierte Haus- und Sorge-Arbeit in der DDR-Frauenzeitschrift »Für Dich« 1970–1990

Benjamin Glöckler (Freiburg): Erzieherische Bildkommunikation. Fotografiertes Alltagsleben von Älteren und Alten in DDR-Zeitschriften um 1970

Renata Makarska (Mainz/Germersheim): »Soziologische Fotografie« in Polen der 1970er Jahre und die studentische Zeitschrift »itd«

Diskussionsrunde moderiert von Annett Jahn (Jena)

Abschlussdiskussion: Sozialismus als Bild: Zur Zukunft der Visual History der DDR und des östlichen Europas

Impulse von Annett Gröschner (Berlin) und Thomas Lindenberger (Dresden), moderiert von Jörg Ganzenmüller (Weimar /Jena)

Zitation

Annekathrin Müller, Tagungsbericht: *Fotografiertes Sozialismus. Zur visuellen Aneignung gesellschaftlicher Wirklichkeiten in der DDR und im östlichen Europa*, In: H-Soz-Kult, 14.02.2024, www.hsozkult.de/conferencereport/id/fdkn-141878.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

05) Vertreibung und Erinnerung. Forschungsstand und Geschichtspolitik im östlichen Europa

Organisatoren

Katrin Boeckh, Forschungsstelle Kultur und Erinnerung. Heimatvertriebene und Aussiedler in Bayern, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Regensburg (Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung)

Ausrichter Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
93047 Regensburg

Fand statt in Präsenz

Vom - Bis

06.10.2023 - 07.10.2023

Von

Maximilian Sommer, Forschungsstelle Kultur und Erinnerung. Heimatvertriebene und Aussiedler in Bayern, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Regensburg

Die 2022 von der bayerischen Landesregierung ins Leben gerufene Forschungsstelle „Kultur und Erinnerung. Heimatvertriebene und Aussiedler in Bayern“ hat eine internationale

Konferenz zum Thema „Vertreibung und Erinnerung. Forschungsstand und Geschichtspolitik im östlichen Europa“ organisiert, zu der viele Vortragende, vor allem aus dem östlichen Europa nach Regensburg kamen. Die Tagung hatte zum Ziel, die historische Forschung über dieses Thema in der Öffentlichkeit präsent zu machen und wissenschaftliches Arbeiten durch Vernetzung und Austausch zu fördern. Im Vordergrund stand der Forschungsstand in den jeweiligen Ländern. Hierbei war vor allem durch den internationalen und interdisziplinären Vergleich ein Mehrwert zu erwarten, bei dem nicht nur die materiellen Güter, welche die Vertriebenen mitgebracht haben, im Fokus stehen sollten, sondern auch kulturelle Errungenschaften, welche bis heute unser Leben prägen, berücksichtigt werden. Dafür wurden auch Perspektiven aus Museen, Archiven und Ausstellungen einbezogen. Aufgeteilt in Panels mit zwei bis drei Vortragenden wurden thematische Schwerpunkte gelegt.

MATHIAS BEER (Tübingen) dekonstruierte in seinem Vortrag die Chiffre „Flucht und Vertreibung“, machte auf die Dimensionen dieses Themas aufmerksam und offenbarte sein sehr tiefgreifendes Wissen in diesem Feld. Indem er jedoch die Zeit der Vertreibungen der Deutschen nach dem zweiten Weltkrieg als eine der „blutigsten des Krieges“ titulierte schoss er über das Ziel hinaus die Vernachlässigung dieses historischen Ereignisses zu revidieren. Er läuft damit eher Gefahr die Verbrechen der Deutschen im Rahmen des Krieges zu relativieren. Nichtsdestotrotz schaffte es Beer über einen historischen Tatsachenbericht hinwegzukommen und interpretierte die Sachlage gekonnt.

Folgend auf einen Input zu den unterschiedlichen Wegen zwischen DDR und dem Bundesrepublikanischen Deutschland durch MATTHIAS STICKLER (Würzburg) zum Umgang mit Heimatvertriebenen entfaltete sich eine sehr interessante Diskussion mit dem Publikum über die Möglichkeiten aber auch Schwierigkeiten von Integration in eine zerrüttete Gesellschaft. Weiter inwiefern überhaupt von „Integration“ in einer deutschen Nachkriegsgesellschaft die Rede sein könne, da die schiere Anzahl an Flüchtlingen sehr groß, die Gesellschaft nach Krieg und nationalsozialistischer Herrschaft nachhaltig geschädigt und das Land wirtschaftlich und mental verwüstet war, sowohl in der BRD als auch im sozialistischen Nachbarland.

PETR KOURA (Aussig), der die Dauerausstellung „Unsere Deutschen“ in Aussig vorstellte, schilderte, wie die Geschichte der Deutschen als Teil der eigenen Geschichte Tschechiens wahrgenommen werde, und führte die Anwesenden virtuell durch die Ausstellung. Die Deutschen treten in der Ausstellung nicht als fremde in der tschechischen Nation auf, sondern ihre Leistung und Anteilhabe an der Landesgeschichte wird erinnert. Hierbei wird ein möglichst objektiver Blick gewahrt, weder wird verschwiegen, was die Deutschen durchgemacht haben, noch wird aber auch beschönigt was die Deutschen während des Krieges getan haben. Kurz und knapp also, die Deutschen treten nicht als Minderheit der tschechischen Geschichte auf, sondern als Akteure der Böhmisches Kultur und Politik. Auch verwies Koura auf die Kontroversen und Diskussionen um die Ausstellung und ermöglichte dadurch einen multiperspektivischen Blick.

Während die Ausstellung in Aussig eine tschechische Perspektive einnimmt, wie im Namen „unsere Deutschen“ erkennbar, kann das auch erst seit 2020 eröffnete Sudetendeutsche Museum in München als dessen deutsches Äquivalent gelten. Dieses wurde durch RAIMNUD PALECZEK (München) im Rahmen des Runden Tisches vorgestellt. Er verwies auf die Möglichkeit durch Ausstellungen auch ein jüngeres Publikum zu erreichen, besonders erfolgreich war dies mit der Ausstellung zu Otfried Preußler. Hierbei bedankte sich Paleczek für die gute Zusammenarbeit mit Mitreferentin Ingrid Sauer als Vertreterin des Sudetendeutschen Archivs im Bayerischen Hauptstaatsarchiv.

Seite B 102 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

THERESA STANGL (Regensburg) zeigte die Möglichkeiten und Chancen der interdisziplinären Zusammenarbeit durch eine sprachwissenschaftliche Herangehensweise auf. In ihrer Dissertation möchte Sie anhand von Sprachinterviews erforschen, wie sich im Zuge der Vertreibung aus dem Gebiet der heutigen Slowakei die individuelle Mehrsprachigkeit und das Verhältnis von Sprache und Identität entwickelt hat.

Die verheerende Rolle der Deutschen während des Krieges in Jugoslawien wurde durch ALEKSANDAR JAKIR (Split) sehr differenziert thematisiert. Er erörterte die Schwierigkeiten in der Erinnerungspolitik, woraufhin er in einem Exkurs auf die Probleme bei der Erinnerung in Bezug auf den einerseits als heroisch wahrgenommenen Antifaschisten und andererseits autoritär regierenden Staatspräsidenten Tito einging und die Schwierigkeit von einseitiger Geschichtserzählung und Erinnerung verdeutlichte.

Das Abschlusspanel gestalteten KATRIN BOEKH (Regensburg) und DANIELA NERI-ULTSCH (Regensburg) als Vertreterinnen der Forschungsstelle Kultur und Erinnerung. Heimatvertriebene und Aussiedler in Bayern. Ihre Themen behandelten eine bayerische Perspektive mit außenpolitischen Bezügen. Neri-Ultsch blickte in die jüngste Vergangenheit und betrachtete die Versöhnungspolitik Bayerns nach 1989 am Beispiel der Eichendorff-Begegnungs- und Gedenkstätte in Lubowitz. Zum Abschluss erfrischte dieser Blick auf Versöhnung und Verständigung und lockerte die Stimmung nach knapp zwei Tagen der Diskussion über Vertreibung und Konflikt. Boeckh griff in ihrer Forschung auf die neu geöffneten Archivalien des Vatikans zum Pontifikat von Pius XII, der als päpstlicher Nuntius für einige Jahre in München lebte und so eine besondere Bindung zu Deutschland und vor allem Bayern hatte, zurück. Das Besondere der Quellen, so Boeckh, sei die Mischung aus Briefen von Priestern und Gläubigen an den Heiligen Stuhl über die verschiedensten Themen welche Menschen aller sozialen Klassen beschäftigten. Dies erlaubt einen differenzierten Blick auf die Vertreibung der Deutschen, auf die Haltung von Pius XII. und eine emotionsgeschichtliche Betrachtungsweise.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die internationale Repräsentanz der Konferenz ein bereicherndes Umfeld förderte, das konstruktive kulturübergreifende Dialoge ermöglichte. Es ist jedoch zwingend erforderlich, die Unterrepräsentation von Frauen in der Gruppe der Vortragenden festzuhalten, was die Notwendigkeit einer größeren Vielfalt bei zukünftigen wissenschaftlichen Zusammenkünften unterstreicht, um die Forschung diverser gestalten zu können. Jedoch war bereits jetzt eine außerordentlich hohe Multiperspektivität gegeben, was dieses Forschungsfeld interessant und bereit für kommende Aufgaben macht. Eine dieser kommenden Aufgaben sollte, so Carl Bethke, der stärkere Einbezug des Rückkehrwunsches der Heimatvertriebenen nach 1945 sein.

Konferenzübersicht:

Begrüßung und Eröffnung: Ulf Brunnbauer (Regensburg) / Sylvia Stierstorfer (München) / Gertrud Maltz-Schwarzfischer (Regensburg) / Katrin Boeckh (Regensburg/München)

Panel 1: „Aufarbeitung und Vertreibung in Deutschland:

Moderation: Katrin Boeckh (Regensburg/München)

Mathias Beer (Tübingen): Flucht und Vertreibung der Deutschen. Geschichte und Erinnerung

Seite B 103 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Matthias Stickler (Würzburg): Eingliederung, Repression, Assimilation – Unterschiedliche Wege der Integration der Heimatvertriebenen in der Bundesrepublik Deutschland, der DDR und in Österreich nach 1945

Panel 2: Aufarbeitung der Vertreibung in Tschechien

Moderation: Matthias Stickler (Würzburg)

Miroslav Kunštát (Prag): Zur tschechischen Historiographie der Vertreibung und der Zeit danach. Konjunkturen und Zäsuren

Petr Koura (Aussig): Die Dauerausstellung „Unsere Deutschen“ in Aussig: Das Ringen um das Erinnern

Panel 3: Aufarbeitung der Vertreibung in der Slowakei

Moderation 1: Carl Bethke (Leipzig)

Ondrej Pöss (Bratislava): Die Karpatendeutschen in der Slowakei. Historiographie, Forschungsstand und Erinnerungskultur

Theresa Stangl (Regensburg): Sprache, Kultur, Erinnerung. Individuelle Mehrsprachigkeit als Identitätsstifter der deutschen Minderheit aus der Slowakei: Fokus Bayern.

Panel 4: Aufarbeitung der Vertreibung in Ungarn

Agnés Tóth (Budapest): Verschleppung und Vertreibung der Ungarndeutschen in der ungarischen Geschichtsschreibung

Panel 5: Aufarbeitung der Vertreibung in Polen

Moderation: Thomas Wunsch

Ryszard Kaczmarek (Kattowice): Vertreibung und Aussiedlung der Deutschen aus Polen in den Jahren 1945-1989. Ein Überblick über die polnische Geschichtsschreibung

Roman Smorlorz: Die synchrone Erforschung der Aussiedlung in wissenschaftlichen Institutionen in Polen und Deutschland.

Abendveranstaltung: Runder Tisch

Vertreibungen: Erinnerungspolitik, Wissenschaftliche Aufarbeitung und Vermittlung. Vom zweiten Weltkrieg bis heute

Moderation: Katrin Boeckh (Regensburg)

Peter Becher (Regensburg)

Raimund Paleczek (Regensburg)

Ingrid Sauer (München)

Martin Zückert (München)

Panel 6: Aufarbeitung und Vertreibung in Rumänien

Moderation: Matthias Beer (Tübingen)

Corneliu Pintilescu (Sibiu): Narratives of Victimhood: Memory and Historiography on Romanian Germans from Deportation to the Soviet Union to Mass Migration (1945–1989), via Zoom

Aleksandar Jakir (Split): Die Donauschwaben in Historiographie und Erinnerungspolitik in Kroatien und Serbien

Panel 7: Deportation und Auswanderung: Russland

Alfred Eisfeld (Göttingen): Deportationen der deutschen Bevölkerung nach Sibirien und Kasachstan: Gründe, Verlauf, Ergebnisse und Forschungsstand

Viktor Krieger (Nürnberg): Die Ausreisebewegung nach Deutschland im Spiegel der sowjetischen und postsowjetischen Historiographie

Olev Liivik (Tallinn): The forced migrations of the Baltic Germans. Estonia as a case study

Panel 8: Trans Bavariam

Moderation: Ulf Brunnbauer (Regensburg)

Daniela Neri-Ultsch (Regensburg): Bayerische Versöhnungspolitik nach 1989 am Beispiel der Eichendorff-Begegnungs- und Gedenkstätte in Lubowitz

Katrin Boeckh (Regensburg/München): Der Heilige Stuhl und die Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg. Bayern im Blick

Zitation

Maximilian Sommer, Tagungsbericht: *Vertreibung und Erinnerung. Forschungsstand und Geschichtspolitik im östlichen Europa*, In: H-Soz-Kult, 14.02.2024, www.hsozkult.de/conferencereport/id/fdkn-141837.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

06) Freiheit und Unfreiheit in Mitteleuropa (vom Frühmittelalter bis 1989)

Organisatoren

Polnische Historische Mission, Julius-Maximilians-Universität Würzburg; Nikolaus-Kopernikus-Universität Toruń; Renata Skowrońska, Polnische Historische Mission, Julius-Maximilians-Universität Würzburg / Nikolaus-Kopernikus-Universität Toruń; Helmut Flachenecker / Lina Schröder, Julius-Maximilians-Universität Würzburg; Andrzej Radzimiński, Nikolaus-Kopernikus-Universität Toruń; Caspar Ehlers, Max-Planck-Institut für Rechtsgeschichte und Rechtstheorie; Lisa Haberkern, Stiftung Kulturwerk Schlesien; Archiv und Bibliothek des Bistums Würzburg; Kolleg „Mittelalter und Frühe Neuzeit“ (Archiv und Bibliothek des Bistums Würzburg)

Ausrichter

Archiv und Bibliothek des Bistums Würzburg
Veranstaltungsort Domerschulstraße 17

Förderer

Bayerisches Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales; Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit
97074 Würzburg

Fand statt in Präsenz

Vom - Bis

28.09.2023 - 29.09.2023

Von

Eva Strecker, Julius-Maximilians-Universität Würzburg

In der epochen- und fachübergreifenden Tagung wurden sowohl das Konzept wie auch der Begriff der Sklaverei und deren verschiedene Ausprägungen im europäischen Raum – begonnen mit einem zusammenfassenden Blick der Alten Geschichte bis zum Ende des 20. Jahrhunderts – thematisiert. Das absichtlich vage formulierte Thema wurde von Vertretern verschiedener Disziplinen und Spezialisten verschiedener Epochen aus mehreren Ländern rezipiert, so dass zum Ende der Tagung ein breites und buntes Netz aus Vorträgen für eine finale Diskussion der gefundenen Unterschiede und Gemeinsamkeiten an Arten der Unfreiheit entstanden war.

SZYMON OLSZANIEC (Toruń) begann mit dem spätrömischen Reich, das mittlerweile keine Expansionskriege mehr führte und auch schon in geraumer Zeit keinen militärischen Erfolg zu verzeichnen hatte. Somit war deren Hauptquelle an Sklaven nicht mehr zugänglich; stattdessen wandten sie sich verschärft dem Sklavenhandel zu, insbesondere die Gothen waren Hauptopfer dessen. Auch römische Einwohner wurden versklavt, entweder als juristische Strafe oder beispielsweise durch Verkauf durch die eigenen Eltern. Eine Konstante in dem römischen Umgang mit Sklaven war deren Stand als Besitzgegenstand des Herren: Erst ein Gesetz aus dem Jahr 319 n. Chr. verbot Mord oder schwere körperliche Verletzung des Sklaven als Bestrafung.

Mittelalterliche Arten der Unfreiheit wurden besonders im Hinblick auf die Rolle der Kirche untersucht. So stellte THOMAS WETZSTEIN (Eichstätt-Ingolstadt) die Verbindung zwischen Rechtslehre und Sklaverei her, da beide sich schon während römischer Zeit parallel zueinander entwickelten. Kirchenrecht formulierte Freiheit zwar als Geschenk Gottes, die Sklaverei wurde aber als durch die Erbsünde bedingten Naturzustand der

Menschen angesehen. Die Kirche war der Sklaverei also nicht abgeneigt, wusste sie den Nutzen von Sklaven doch perfekt einzusetzen. Vielmehr formulierten sie die Gleichheit aller Menschen als Auftrag für die Zukunft. Der Vortrag durch EDUARD VISINTINI (Mainz) bestätigte diese Beteiligung sowie Weiterführung römischer Sklaverei im Mittelalter durch die Kirche und führte weiter aus, dass Sklaven in klarem Kontrast zu Gefangenen gesehen werden müssen und hier ein Unterschied zwischen gerechter und ungerechter Unfreiheit formuliert wurde. Das Mittelalter führte die Unfreiheit der Römer also weiter und rechtfertigte sie nun biblisch. Hier stieß die Tagung auch zuerst auf die Problematik des Begriffes: die *ancillae* im Kontrast zu Sklaven, *slaves*, *serfs*, Leibeigenen, dem lateinischen *servus* – die Quellensprache des Mittelalters macht eine exakte Begrifflichkeit ebenso schwierig wie die Antike.

Mit dem Vortrag durch JACEK BOJARSKI (Toruń) und MAŁGORZATA DERECKA (Olsztyn) wurde eine archäologische Sichtweise auf den (Un-)Freiheitsbegriff geworfen: In den von ihnen untersuchten Grabstätten ging es um die gesellschaftlichen Zwänge von insbesondere Frauen – und wie diese auch über den Tod hinaus bestanden, bedingt durch ihre Pose im Grab und Status als Grabbeigabe für Männer. Dieser von dem viel diskutierten Sklavereibegriff klar unterschiedenen Druck, dem Mann in den Tod zu folgen, und die Romantisierung dessen als eine Art der Unfreiheit warf erstmals die Frage des Bewusstseins auf – inwieweit ist es von Relevanz für die Forschung, ob die Zeitgenossen den beschriebenen Zustand ebenfalls als Unfreiheit kategorisieren würden?

Die Vorträge mit einem epochalen Schwerpunkt in der Frühen Neuzeit gingen insbesondere auf die Religionsfreiheit als verwehrt Gut und die Kriegsgefangenschaft als eine zeitlich begrenzte Unfreiheit ein. WOLFGANG WÜST (Erlangen-Nürnberg) stellte die Kopplung von gesetzlicher Unfreiheit und gesellschaftlichem-sozialen Zwang am Beispiel des Kirchenzwangs im Anschluss des Augsburger Religionsfrieden 1555 dar. Wo „Policeyordnungen“ nicht galten – wie in Reichsstädten – oder wo es trotz des an den Landesherren gebundenen Religionszwangs beispielsweise ökumenische Beziehungen gab, griff oft persönlicher Ausschluss aus der Familie und damit verbundene Enterbung als soziale Einschränkung.

Sowohl MICHAŁ KURAN (Łódź) wie auch JAKUB SYTNIIEWSKI (Opole) boten beide eine Perspektive auf eine polnische Geschichte der Freiheit. Kuran ging hier auf die „Beschreibung des sarmatischen Europas“ ein, in welcher der Autor Alexander Guagnini die Sklaverei als Antonym zu Freiheit sieht und somit einem freien Polen im Weg steht: „die Freiheit [öffne] die Tür zur Unabhängigkeit“. Sytniewski ging auf die Angriffe der Tataren und die folgenden Verschleppungen ein. Die hier Gefangenen wurden zeitgenössisch nicht für ihre unfreiwillige Unfreiheit verurteilt und hatten verschiedene Optionen, um ihre Freiheit wieder zu erlangen: Lösegeldzahlungen, Freilassungen, Flucht, Befreiungsmision (Rettung), die Konversion zum Islam oder in seltenen Fällen auch „Pobratymstwo“ (= Blutsbrüderschaft). Die Art und Weise, wie Gefangene behandelt wurden und welche Optionen ihnen damit offen waren, hing von ihrem Stand ab.

Mit dem 19. Jahrhundert liefen manche Formen der Unfreiheit langsam aus. ANDRZEJ MICHALCZYK (Bochum) und JAN OCKER (Kiel) gingen beide auf das umstrittene Konzept der Leibeigenschaft ein, insbesondere deren Auslaufen im 19. Jahrhundert: Mit dem wachsenden Industrie- und Dienstleistungssektor wurden die klassischen Formen der Leibeigenschaft für Feldarbeit immer obsoleter, diese endeten auch in deutschsprachigen Gebieten um diese Zeit. Doch Freiheit war damit nicht gegeben, weder Zug- noch Berufsfreiheit waren überall vorhanden. Auch KAVEH YAZDANI (Connecticut) sprach über den Wandel zur Lohnarbeit, dieser bedeutete jedoch keineswegs freiere Arbeitsmöglichkeiten. Vielmehr unterstrich Yazdani, wie fest Sklaverei und Unterdrückung

Seite B 107 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

durch Lohnarbeit Teil des nun entstandenen Kapitalismus waren. Die europäischen Kolonien waren nur durch Sklaverei profitabel zu halten und lediglich mit den Kolonien funktionierte der Motor der modernen Industrie. Die Unfreiheit nahm somit mehr zu als tatsächlich ab. Lohnkürzungen erwiesen sich als effizienter in Europa als Sklaverei und wurden so Teil der Wirtschaft.

VOLODYMYR ABASCHNIK (Charkiw) stellte mit seiner Diskussion zur Geschichte der Universität Charkiw den Gedankenaustausch deutscher und polnischer Gelehrter sowie den Einfluss vor, den dieser auf Diskussionen zu Freiheit von Lehre und Wissenschaft hatte, insbesondere deren Unterdrückung durch das zarische Russland.

Die Vorträge mit Schwerpunkt im 20. Jahrhundert konzentrierten sich insbesondere auf den politischen und gezielten Einsatz von Freiheitsentzug unter anderem in Form von Unterdrückung der Pressefreiheit und Gefängnissen.

ALEXANDRA PULVERMACHER (Klagenfurt) gab mit einem Fallbeispiel aus dem besetzten Polen und der dort eingeführten Schutzhaft die bis dato genaueste Angabe an, wie der Freiheitsentzug exakt verlief, von fadenscheinigen Gründen für Verhaftungen, die dann zu einer "Schutzhaft" in KZs führte, oft mit massiven Sterberaten. Die brutale Vorgehensweise führte zu einem massiven Zulauf für den polnischen Widerstand. Die hier gezielt eingesetzte Unfreiheit war willkürlich und grausam.

Ein letztes Beispiel an Unfreiheit kam von BARTOSZ KALISKI (Warschau), der an dem Beispiel des tschechischen Journalisten Jiří Lederer (1922–1983) die Möglichkeiten und Folgen einer zensurierten und politisierten Presse ausmachte – eine Art der Unfreiheit, die sowohl den Journalisten sehr persönlich, aber auch dessen potenzielle Leser im Hinblick auf die Informationen, die ihnen frei zugänglich sind, einschränkt.

Durch die offene Themenstellung war es jedem Referenten möglich, seine persönliche Interpretation des Freiheits- und Unfreiheitsbegriffes in Bezug zum jeweiligen Feld zu geben. Auch deshalb waren die Themen so bunt und machten eine schlüssige und zusammenfassende Schlussfolgerung schwierig. Der abschließende Austausch war bestimmt durch Diskussion über die Semantik des Sklavereibegriffes, wobei der allgemeine Schluss war, dass bei Bezug auf Quellen immer das in der Quelle verwendete Wort in Originalsprache anzumerken sei und gerade das englische *slave* durch die amerikanischen Baumwollplantagen vorbelastet ist und ein Diskurs, der natürlich immer nötig bleibt, mit Nuance in dieser Hinsicht erfolgen muss.

Die Zeit der Tagung erlaubte nur einen kleinen Einblick in ein riesiges Feld der Freiheits- und Unfreiheitsforschung. Gerade der interdisziplinäre und epochenübergreifende Ansatz machte hier den Eindruck, dass kaum die Oberfläche des Themas angekratzt werden konnte. Man kann hier bestimmt noch mehr Forschung und Diskussion erwarten.

Konferenzübersicht:

Szymon Olszaniec (Toruń): Slavery in the late Roman Empire – An overview

Thomas Wetzstein (Eichstätt-Ingolstadt): Freiheit und Unfreiheit im mittelalterlichen Kirchenrecht

Seite B 108 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Kaveh Yazdani (Connecticut): Political economy, capitalism and discourses on free and unfree labor, ca. 17th to 19th centuries

Volodymyr Abaschnik (Charkiw): Beitrag polnischer und deutscher Gelehrter zu Freiheitsdiskussionen an der Universität Charkiw in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts

Wojciech Mrozowicz (Breslau): Freiheit als Wert in der schlesischen Historiografie und Hagiografie des Mittelalters

Michał Kuran (Łódź): Freedom and enslavement of nations and individuals in the European Sarmatian Chronicle (1611) by Alexander Gwagnin

Krzysztof Kwiatkowski (Toruń): Unfreie im spätmittelalterlichen Preußen. Zwischen Krieg und Besiedlung

Jakub Sytniewski (Opole): About mutual experience of captivity. The situation of prisoners of war from the Polish-Lithuanian state in the Crimea and Tatars captives in Polish-Lithuanian Commonwealth in 17th century

Alexandra Pulvermacher (Klagenfurt): Die Anwendung der „Schutzhaft“ im besetzten Polen am Beispiel der „Intelligenzaktion Zichenau“

Jacek Bojarski (Toruń) und Małgorzata Derecka (Olsztyn): Auch nach dem Tod zusammen. Freier Wille oder Religions- und Gesellschaftsdiktat?

Eduard Visintini (Mainz): Rightful and Unrightful Unfreedom in the Early Middle Ages: The Case of Merovingian Church

Sebastian Kalla (Freiburg): Die ancillae im Hochmittelalter. Ein Fortbestehen der Sklaverei?

Wolfgang Wüst (Erlangen-Nürnberg): Konfessionszwang und Kirchenzucht nach dem Religionsfrieden von 1555. Religiöse Unfreiheit im Heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation im Spiegel von Kirchen-, Policey- und Strafordnungen

Jan Ocker (Kiel): „das unsere undersaten [...] unsere liebeigen seindt“. Gedanken zur Geschichte, Struktur und Wahrnehmung der Gutswirtschaft in Holstein, Mecklenburg und Pommern (16. bis 19. Jahrhundert)

Andrzej Michalczyk (Bochum): Der Wandel soziokultureller Haltungen und Erwartungen in einer Post-Leibeigenschaft-Gesellschaft. Oberschlesien im langen 19. Jahrhundert

Marta Baranowska (Toruń) und Paweł Fiktus (Breslau): Analysis and criticism of the Slavery Convention of September 25, 1926 in Polish political and legal thought of the interwar period

Bartosz Kaliski (Warschau): Das tschechische Schicksal? Journalist Jiří Lederer (1922–1983) – Opfer zweier totalitären Systeme

Zitation

Eva Strecker, Tagungsbericht: *Freiheit und Unfreiheit in Mitteleuropa (vom Frühmittelalter bis 1989)*, In: H-Soz-Kult, 23.02.2024, www.hsozkult.de/conferencereport/id/fdkn-142091.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

07) HT 2023: Fragile Fakten verfügbar machen:

Die „Wismut“ – multidisziplinäre Forschung über den Uranbergbau und dessen Folgen (1947–2020)

Organisatoren Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands (VHD); Verband der Geschichtslehrer Deutschlands (VGD) (Universität Leipzig)

Ausrichter Universität Leipzig

04107 Leipzig

Fand statt in Präsenz

Vom - Bis

19.09.2023 - 22.09.2023

Von

Silvio Dittrich, Sächsische Akademie der Wissenschaften zu Leipzig; Franziska Naether, Sächsische Akademie der Wissenschaften zu Leipzig / Universität Leipzig

Der Uranerzbergbau in der SBZ/DDR (1947–1990) und die anschließende Sanierung der Hinterlassenschaften (ab 1991) sind eng mit dem Unternehmen „Wismut“ verknüpft. Dieser hatte erheblichen Einfluss auf die Industrie, Lebenswelten und Landschaften der Region. Die Auswirkungen in Form von veränderten Landschaften, gesundheitlichen Beschwerden, Umweltschäden und sozialen Konflikten sind bis heute spürbar. Es stellt sich die Frage, wie dieses komplexe gesellschaftliche Phänomen angemessen erforscht und der Öffentlichkeit vermittelt werden kann.

Das Unternehmen „Wismut“ war weitgehend abgeschottet, und es gab wenig Wissen darüber. Es hatte eigene politische, kulturelle und kommerzielle Strukturen, und die Mitarbeiter genossen in der DDR privilegierte Lebensstandards und hohe Löhne. Einige erlangten einen respektablen Wohlstand – oft für den Preis schwerer Erkrankungen. Die Anzahl der Zeitzeugen nimmt daher stetig ab, und historische Materialien, darunter Gewebeprobe, persönliche Nachlässe, aber auch künstlerische Erzeugnisse, sind gefährdet.

Die Sächsische Akademie der Wissenschaften zu Leipzig (SAW) arbeitet in Kooperation mit Forschungs- und Gedächtniseinrichtungen an der Dokumentation und Präsentation der Hinterlassenschaften auf dem Weg zu einem veritablen „Wismut-Erbe“ in einer digitalen Forschungsumgebung. Dies fördert interdisziplinäre Forschungen und verwendet Methoden der Digital Humanities. In ihrer Sektionseinführung wies FRANZISKA NAETHER (Leipzig) auf bestehende Vorhaben hin wie das Wismut-Erbe-Projekt¹, dessen Forschungsumgebung für das Projekt „Landschaft als KulturErbe“ im Verbundprojekt „DIKUSA“ weiter genutzt wird.

Eine Quintessenz der Beschäftigung mit dem Thema ist, dass es sich bei der „Wismut“ nicht nur um ein „lokales“ Phänomen handelt, sondern Teil größerer Trends, historischer Implikationen und zukünftiger Entwicklungen war und ist. Die sozialistische Ära war eine Zeit der Hochindustrialisierung (und Militarisierung) sowie Motor mehrerer Entwicklungen. Gerade in den Regionen des Uranbergbaus verfügen Unternehmen wie die „Wismut“ über ein hohes Maß an Identifikation in der Bevölkerung. Zudem lässt sich ein wachsendes Interesse in Wissenschaft und Politik an der Analyse von Industriekultur im Zusammenhang mit Wirtschaft, Medizin, Geografie, Politik etc. konstatieren – also in einer multidisziplinären Auseinandersetzung mit solch komplexen Themen, wie es auch die Sektion versucht hat.

Zum Auftakt des Panels ordnete RAINER KARLSCH (München) überblicksartig wesentliche Punkte der ereignisreichen 45-jährigen Geschichte der „Wismut“ in der DDR ein und bettete diese in einen internationalen Vergleich. Der erste Nuklearwaffeneinsatz kurz vor dem Ende des Zweiten Weltkriegs änderte die geostrategische Lage im Kräfteverhältnis der Supermächte USA und UdSSR. In der Folge setzte die UdSSR erhebliche Ressourcen ein, um ein eigenes Atomprogramm aufzubauen und im Rüstungswettlauf mit den USA nicht ins Hintertreffen zu gelangen.

Ein beispielloser Auf- und Ausbau der Uranindustrie begann mit dem Erzgebirge als dessen Zentrum. Die „Wismut“ wurde innerhalb kürzester Zeit der größte Uranbergbaubetrieb der Welt mit mehr als 200.000 Beschäftigten. Ein Gulag, schränkte Karlsch ein, sei aus der „Wismut“ aber nie geworden, anders als etwa in Bulgarien oder der CSR, wo Strafgefangene im Uranbergbau eingesetzt wurden. In den 1950er-Jahren blieben die UdSSR und die USA abhängig von Uranimporten, da eigene Vorkommen noch nicht ausreichend erschlossen waren. Die USA importierten Uran aus Belgisch-Kongo und Südafrika und unterstützten so Kolonialismus und Apartheid. Die Sowjetunion bezog einen Großteil des Urans aus der DDR und der CSR und festigten dadurch die sozialistischen Regime.

Ökologische, ökonomische und soziale Belastungen wurden sowohl in Ost als auch in West toleriert, beispielsweise ein fahrlässiger Umgang mit Abraum und Schlamm, schlechte Arbeitsbedingungen – in den Uranminen von Colorado war die Strahlenbelastung extrem hoch – und verursachte gewaltige volkswirtschaftliche Folgekosten. Anders als aber in den USA war die Besonderheit im Erzgebirge, dass der Uranbergbau in einem dichtbesiedelten Gebiet stattfand.

Eine dieser Konsequenzen war die hohe gesundheitliche Belastung der Arbeiter. Viele Bergleute sind an den Folgen von Krebs oder Silikose gestorben. ANDREAS HOCHHAUS (Jena) fasste die medizinische Forschung zu Strahlenkrankheiten zusammen und skizzierte die Möglichkeit mit Hilfe der vielen vorhandenen Gewebeprobe, die sich zurzeit im „Gesundheitsdatenarchiv Wismut“ befinden und moderner molekulargenetischer Methoden neue Erkenntnisse zu generieren. Bisherige Daten weisen auf genetische Aberrationen auf chromosomalem Niveau hin; diese Befunde können durch Mutationsanalyse relevanter Gene ergänzt werden und die Kenntnisse über die Biologie der strahleninduzierten Lungentumoren komplettieren.

Der Uranerzbergbau der „Wismut“ brachte komplexe Umweltprobleme mit sich, die je nach Standort sehr heterogen ausfielen. Wie die „Wismut“ mit diesen Problemen umging, war die Kernfrage von SABINE LOEWE-HANNATZSCH (Freiberg) in ihrem Vortrag. Dabei waren für Loewe-Hannatzsch vor allem die Wahrnehmung der durch den Bergbau verursachten Umweltprobleme, die Maßnahmen, die von der „Wismut“ ergriffen wurden und der Verantwortung diese Maßnahmen umzusetzen von zentraler Bedeutung. Seit dem Beginn der 1950er-Jahre wurden die Umweltprobleme auf allen Handlungsebenen wahrgenommen. Jedoch mussten die positiven Ansätze, die es in der DDR-Umweltpolitik

gab, immer wieder hinter den ökonomischen Zielen zurückstehen. Die Sanierung der Halden fand deshalb unter rein ökonomischen Gesichtspunkten statt und nicht im Sinne einer bestmöglichen Renaturierung. Eingegriffen wurde meistens nur, wenn ökologische Folgen, wie Sickerwässer, Staub- und Winderosion, Brände und natürliche Laugung den ökonomischen Nutzen behinderten oder die Anlagen bereits stillgelegt waren.

Als eines der größten Umweltprobleme benannte Loewe-Hannatzsch die Ressource Wasser. Dieses wurde im Uranbergbau beispielsweise zur Kühlung der Bohrlöcher, zur Staubbekämpfung usw. benötigt. Am Ende des Prozesses folgte die Ableitung der teilweise hochbelasteten Grubenwässer in Bäche und Flüsse. Auch heute müssen die Grubenwässer noch aufwendig gereinigt werden, bevor diese wieder in den Wasserkreislauf abgegeben werden können. Die „Wismut“ hatte verschiedene Maßnahmen ergriffen, um die Umweltauswirkungen des Uranerzbergbaus zu minimieren, leider unter der Prämisse: wenig Kosten und minimaler Aufwand. Die DDR schaffte es nicht, einheitliche und verbindliche rechtliche Rahmenbedingungen zur hinreichenden Sanierung der „Wismut“ zu etablieren, weil der politische Wille fehlte, finanzielle, personelle und materielle Möglichkeiten zu schaffen.

Wie man die verschiedenen Forschungszweige zum „Wismut-Erbe“ methodisch verbinden kann, zeigte SILVIO DITTRICH (Leipzig) in seinem Werksattbericht. Um das „Wismut-Erbe“ zu recherchieren, zu ordnen und wissenschaftlich nutzbar zu machen, wurde an der SAW ein virtuelles Forschungsportal³ entwickelt. Es soll Wissenschaftlern und einer breiten Öffentlichkeit gleichermaßen Zugang zur Forschung am Gegenstand Wismut ermöglichen und dient der Darstellung und Recherchierbarkeit der im Projekt erhobenen Datensätze zu Archivbeständen, verknüpften Personen-, Orts- und Ereignisdaten sowie des Stands der Forschung zum „Wismut-Erbe“.

Dittrich präsentierte anschaulich, wie man verschiedene zeitweilige Perspektiven auf eine Bergbaulandschaft mittels einer interaktiven Karte darstellen kann und diese intermedial mithilfe von Dokumenten und audiovisuellen Quellen kontextualisiert werden. Der digitale und interdisziplinäre Ansatz soll es ermöglichen, die punktuelle oder flächenhafte Umgestaltung der Landschaft einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Die unterschiedlichen Darstellungen von Arbeiterwohnsiedlungen, alten Infrastrukturstandorten, Lagerstätten, Aufbereitungsbetrieben, Objekten, Schächten, Halden, medizinischen und kulturellen Einrichtungen vermitteln dem Nutzer eine anschauliche Vorstellung von den vielfältigen geografischen, historischen und wirtschaftlichen Werten dieser Landschaft.

Der zweite, kürzere Teil der Sektion befasste sich mit der Kunstproduktion der „Wismut“. Mitarbeiter aller Bereiche der „Wismut“ wurden angehalten, künstlerisch tätig zu werden – freilich im Sinne des Staates. Daneben stellen sich einzelne Künstler, hauptsächlich Schüler von Bernhard Heisig und Wolfgang Mattheuer aus dem Umfeld der Hochschule für Grafik und Buchkunst (HGB) Leipzig, in den Dienst der „Wismut“. Der wohl bekannteste Vertreter, der am 23.08.2023 verstorbene Maler Werner Petzold, war daher mehrfach Thema des Podiumsgesprächs zur Frage: Wie können uns die Werke der Wismut-Kunstproduktion als Quellen dienen?

Mathias Lindner, einer der besten Kenner der DDR-Kunst, moderierte die Runde. Es diskutierten die Kunsthistorikerin ANNETTE MÜLLER-SPREITZ, die durch ihre frühere Tätigkeit für die Wismut-Stiftung eine Expertin für die Wismut-Kunstproduktion ist, mit MARCUS A. HURTTIG der Kurator des Museums der Bildenden Künste Leipzig mit Schwerpunkt DDR-Kunst und die Künstlerin ANIJA SEEDLER. Sie ist zugleich Zeitzeugin, da ihr Vater in leitender Position bei der „Wismut“ in Cainsdorf nahe Zwickau arbeitete und

sie im Umfeld der Uranproduktion aufwuchs. Ihre ambivalenten Erinnerungen – einerseits eine verklärte Kindheit, andererseits die Gefahren der Nuklearenergie und Zerstörungen der Landschaft – haben ihre Sicht- und Arbeitsweise als Künstlerin geprägt.

Bereits ab 1956 begann die „Wismut“, Kunstwerke zu erwerben und in Auftrag zu geben. Dies wurde koordiniert durch eine eigene Kulturabteilung, wie Müller-Spreitz zu berichten wusste. Ein herausragendes Beispiel ist das Triptychon „Die friedliche Nutzung der Atomenergie“ von Werner Petzold. Dieser suchte das Abenteuer, lebte mit den Kumpeln, und initiierte Laienkunstzirkel sowie Plein Airs.

Ein weiterer Schwerpunkt beleuchtete die künstlerischen Medien, Stile und Ausdrucksformen, die in der Wismut-Kunstsammlung vertreten sind. Diese Sammlung spiegelt die Geschichte des weltgrößten Uranbetriebs wider und ermöglicht Einblicke in die kulturpolitischen Leitbilder dieser Ära. In Bezug auf das Leipziger Museum der Bildenden Künste (MdbK) zeigt sich nach Recherchen von Hürttig, dass die Wismut-Kunst nicht aktiv angekauft wurde, sondern durch Schenkungen und Kontexte wie Bezirksausstellungen oder die Verbindung zur HGB in die Sammlung gelangte.

Anija Seedler brachte als Zeitzeugin eine persönliche Perspektive in die Betrachtung ein, was ihre Bindung zur Wismut-Kunstsammlung besonders interessant macht. Diese besteht zum Beispiel aus Kindheitserinnerungen an die Haldenlandschaft in Schlema oder Eindrücken vom ersten Aufeinandertreffen mit Kommilitonen aus den alten Bundesländern und deren Wahrnehmungen von Landschaften und künstlerischen Kreisen.

Einen kontroversen Aspekt betrifft die Debatte um „Auftragskunst“, „DDR-Kunst“ oder „Staatskunst“. Die Frage, wie Kunst im Auftrag der „Wismut“ entstand und wie sie sich von anderen Kunstwerken der DDR unterscheidet, ist von großer Bedeutung. Während einige die Wismut-Kunst heute mit einem abwertenden Blick betrachten, zeigt sich ein wachsendes Interesse, diese Werke in den historischen Kontext zu stellen und differenzierter zu bewerten. Fakt ist: Die Bezüge sind eher regional als national zu sehen, denn die Künstler stammen vor allem aus Leipzig und anderen Orten wie Gera.

Schließlich stellt sich die Frage, welche Forschungsmöglichkeiten die neue Wismut-Stiftung bieten könnte. Obwohl sie erst in den Anfängen steht, gibt es bereits Projekte in Zusammenarbeit mit Studierenden der Hochschule Lüneburg und dem Schacht Aue-Bad Schlema. Was zurzeit noch fehlt, ist ein Online-Katalog oder ein offener Zugang zu den Kunstwerken, was für die Forschung von großer Bedeutung wäre. Hier könnte die Stiftung von den Erfahrungen der Sächsischen Akademie der Wissenschaften und ihrer frei zugänglichen Wismut-Erbe-Plattform profitieren.

Dieser Teil der Sektion hat gezeigt: Die Quellen sind vielfältig, und es gibt neben dem der Forschung auch ein großes öffentliches Interesse – durch direkt beteiligte Zeitzeugen, aber auch durch nach 1991 Geborene. Sie sind ein wichtiges Element der Gedächtnisgeschichte – auch im Andenken an die, die sehr früh an den Folgen ihrer Arbeit bei der „Wismut“ verstorben sind. Neben dem Wunsch nach weiterer Forschung wurde auch geäußert, dass die Kunstwerke (rund 4500 Objekte befinden sich bei der Wismut-Stiftung) mehr gezeigt werden sollten. Zumindest mutmaßte Hürttig eine hohe Resonanz bei diesem Themen, gerade bei jüngeren Museumsbesuchern, wie bereits frühere Schauen zu Industriekultur und Arbeiterportraits bewiesen haben. Allerdings ist gerade im Fall der „Wismut“ eine saubere historische Kontextualisierung unabdingbar.

Wie die überaus lebhaft diskutierte und Resonanz auf die Sektion zeigt, hat das Thema einen Nerv getroffen. Der Sektionsleitung war daran gelegen, über das Thema zu informieren und potenzielle Forschungsk Kooperationen auszuloten. Beispiele für weitergehende Forschungsthemen liegen in der Geografie (Transformation/Verwüstung von Landschaften, funktionale Verknüpfung von (Erinnerungs-)Orten, räumlich-kartographischer Zugang zur Erschließung des Wismut-Erbes), Chemie/Physik (Uran/Nuklearenergie), den Geschichtswissenschaften (industrielle Entwicklungen, Kalter Krieg), Sozialwissenschaften (politische Aspekte, Interviews – auf Makro- und Mikroebene, privilegierte Arbeiter, Widerstand), Medizin (öffentliche Gesundheit), Kunstgeschichte (Kunstproduktion) etc. Das Potential für interdisziplinäre Studien ist groß; Synergien mit der Wirtschaft, Archiven, Institutionen des öffentlichen Gesundheitswesens, Politik und anderen Akteur:innen sind anzustreben.

Im Nachgang der Sektion ergaben sich bereits erste Projektanträge im Bereich Medizin und Geschichtswissenschaft sowie eine engere Zusammenarbeit mit der Wismut-Stiftung. Weitere an dem Thema Interessierte sind herzlich eingeladen, in Kontakt zu treten.

Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Sebastian Lentz (Leipzig) / Silvio Dittrich (Leipzig) / Franziska Naether (Leipzig)

Teil 1: Panel-Vorträge

Franziska Naether (Leipzig): Einführung

Moderation: Sandra Dahlke (Moskau)

Rainer Karlsch (Berlin/ München): Die Wismut im internationalen Vergleich

Andreas Hochhaus (Jena): Medizinische Aspekte des Wismut-Erbes

Sabine Loewe-Hannatzsch (Freiberg): Umweltpolitik, Umweltprobleme und Sanierung im Uranerzbergbau der SAG/SDAG Wismut 1946–1949 – Ergebnisse, Fragen und Ausblick

Silvio Dittrich (Leipzig): Forschen, Bewahren & Vermitteln – das Wismut-Erbe als (Denk-)Anstoß multidisziplinärer Forschung: Ein Werkstattbericht

Teil 2: Podiumsgespräch

Kunstproduktion der Wismut als Quelle für die Geschichtswissenschaft

Anija Seedler (Leipzig)

Annette Müller-Spreitz (Leipzig)

Marcus Andrew Hurrig (Leipzig)

Moderation: Mathias Lindner (Chemnitz)

Anmerkungen:

1<https://www.saw-leipzig.de/de/projekte/wismut-erbe-forschung> (29.01.2024).

2<https://www.saw-leipzig.de/de/projekte/landschaft-als-kulturerbe> (29.01.2024).

3<https://wismut.saw-leipzig.de/home> (29.01.2024).

Zitation

Franziska Naether / Silvio Dittrich, Tagungsbericht: *HT 2023: Fragile Fakten verfügbar machen: Die „Wismut“ – multidisziplinäre Forschung über den Uranbergbau und dessen Folgen (1947–2020)*, In: H-Soz-Kult, 10.02.2024,

www.hsozkult.de/conferencereport/id/fdkn-141668.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

08) HT 2023: Russlands Krieg gegen die Ukraine. Von der Stabilität zurück zur Fluidität der Staatsgrenzen – europäische Geschichte als Scherbenhaufen

Organisatoren Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands (VHD); Verband der Geschichtslehrer Deutschlands (VGD) (Universität Leipzig)

Ausrichter Universität Leipzig

04107 Leipzig

Fand statt in Präsenz

Vom - Bis

19.09.2023 - 22.09.2023

Url der Konferenzwebsite

<https://www.historikertag.de/Leipzig2023/>

Von

Heidi Hein-Kircher, Wissenschaftsforum, Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung - Institut der Leibniz-Gemeinschaft, Marburg

Der Beginn des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine am 24. Februar 2022 markierte eine über den postsowjetischen Raum hinausgehende Zäsur. Bis dahin gab es trotz der russischen Annexion der Krim und des von Russland geführten Kriegs in der Ostukraine seit 2014 immer noch Hoffnungen, auf eine Eingrenzung oder ein Abklingen des territorialen und militärischen Konflikts zwischen dem größten und dem zweitgrößten Staaten Europas. Verstöße gegen die von der Sowjetunion mitinitiierten und von Russland weiterhin formal getragenen Grundsatzdokumente der Vereinten Nationen (UNO) und Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) sind trotz eskalierender Gewalt erfolgt. Diese Regelbrüche werden gleichzeitig sowohl mit neo-imperialen Geschichtsbildern legitimiert als auch paradoxerweise mit dekolonialen Versatzstücken des Konzepts einer multipolaren Welt getarnt und die international vereinbarte Unveränderlichkeit von Staatsgrenzen mit geradezu beliebig konstruierten Szenarien vermeintlich außer Kraft gesetzt. Daher führte der Beginn des Angriffskrieges letztlich auch zur Wirkungslosigkeit der regelgeleiteten Prinzipien von Koexistenz der Blöcke seit 1945 und vor allem das grundlegende Prinzip der territorialen Integrität der europäischen Staaten in der europäischen Nachkriegsordnung. Die von Bundeskanzler Scholz im Februar 2022 postulierte „Zeitenwende“ bezog sich auf einen Scherbenhaufen europäischer (und deutscher) Außenpolitik.

Ausgehend von diesem aktuellen Hintergrund diskutierten die teilnehmenden Panelist:innen die Historizität des – so die Ausgangsthese – relativ jungen Konzepts fester und unveränderlicher Staatsgrenzen im (trans-)regionalen und europäischen Kontext aus verschiedenen disziplinären und regionalen Perspektiven.

STEFAN ROHDEWALD (Leipzig) griff in seinem Eingangsstatement die Frage auf, inwiefern sich das Konzept internationaler Grenzen in Auflösung befände. Hierbei nutzte er den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine als Ausgangspunkt, diskutierte aber die Frage an Hand der Bildung Transnistriens (Eigenbezeichnung: Pridnestrowische Moldauische Republik) 1990. Dieses wurde von Russland gestützt aus Moldawien herausgebrochen, ist de facto von diesem unabhängig, wird aber bis heute international nicht anerkannt. Rohdewald sah in der Bildung Transnistriens den Anfang der Infragestellung von Grenzen in Europa, insbesondere im postsowjetischen Raum. Der Georgienkrieg 2008 und schließlich die Annexion der Krim und der Angriff Russlands auf die Ostukraine seien daher weitere Eskalationsstufen. Er verglich sie mit den Pufferzonen, wie sie in der Frühneuzeit vor der Einrichtung linearer Grenzen auch in diesen Gebieten üblich waren. Sie seien aber, wie der Angriff insgesamt, mit dem gegenwärtigen Regelwerk von OSZE und UNO grundsätzlich aber unvereinbar.

GUIDO HAUSMANN (Regensburg) Statement über die Geographie und Grenzen der Ukraine betonte die Bedeutung des Ersten Weltkriegs und des anschließenden Staatsgründungsprojekts für das gegenwärtige ukrainische historische Bewusstsein. An der Konzeption eines ukrainischen Territoriums und dessen Legitimierung hätten ukrainische Geografen wie Stepan Rudnickyi einen wichtigen Anteil, weil hierdurch erstmals eine ukrainische Territorialität und politische Grenzen wissenschaftlich legitimiert worden seien. Hausmann betonte, dass die Ideenwelt dieser Geografen stark durch regionalen (ukrainisch-polnischen) und größeren europäischen (Österreich, Deutschland) Austausch, aber auch durch Abgrenzungen (gegenüber Polen und Russland), geprägt worden sei. Im Gegensatz zu diesen auf „natürlichen“ oder ethnischen Grenzen aufbauenden Konzepten sei am Ende des Ersten Weltkrieges der politische Kontext (vor allem der Friede von Brest Litowsk) ausschlaggebend gewesen. In den 1990er Jahren seien deren Werke wiederaufgelegt worden und hätten Vorstellungen von einer ‚großen‘ Ukraine, die über die Grenzen von 1991 hinausgingen, genährt. Um eine Essentialisierung von Räumen, wie sie etwa in den frühen 1920 Jahren geschehen sei, durch die Historisierung und Kontextualisierung dieses wissenschaftlichen Erbes, so Hausmanns Fazit, für die Ukraine wie für das ganze östliche Europa bis heute eine wichtige Aufgabe.

Dagegen erinnerte CORINNE GEERING (Leipzig) an die Bedeutung der sowjetischen Vergangenheit, insbesondere mit Blick auf den Kalten Krieg und den „neuen“ Ost-West-Konflikt. Geering wies darauf hin, dass sich die Sowjetunion in internationalen Organisationen im Zuge der Dekolonisierung der 1950er- und 1960er-Jahre als Befürworterin staatlicher Souveränität sah. Diese hätte das entsprechende völkerrechtliche Regelwerk mitgetragen, obwohl dies etwa im Widerspruch zu dem militärischen Einschreiten in die Angelegenheiten der Staaten des Warschauer Pakts stand. Zugleich hätten auch zur Hochzeit des Kalten Krieges die Vertreter der Sowjetrepubliken dem Westen wiederholt das Aufrechterhalten imperialistischer Politik vorgeworfen. Sehr ähnliche Argumente würden heute erneut von staatlichen Vertretern Russlands geäußert. Insgesamt hätten sich aber die Debatten zu staatlicher Souveränität gewandelt und die koloniale Politik Russlands sei in den Vordergrund getreten. Geering beantwortete die Frage, welche Rolle die sowjetische Vergangenheit heute spielte, wenn von einem „neuen“ oder „zweiten“ Kalten

Krieg gesprochen wird, aus zwei ambivalenten Perspektiven: Die sowjetische Vergangenheit spiele einerseits gegenwärtig eine sehr große Rolle, da Russland als Rechtsnachfolger der Sowjetunion eben auch eine Atommacht sei. Sie habe aber andererseits letztlich keine Bedeutung, da die heutige Situation sich drastisch von derjenigen des Kalten Krieges, insbesondere von den späteren Jahrzehnten der Entspannungspolitik seit den 1970er-Jahren, unterscheide. Hierbei verwies sie auf die internationalen Abkommen im Bereich der Sicherheits-, Wirtschafts- und Handelspolitik, wodurch die Prinzipien der „staatlichen Souveränität“ und „territorialer Integrität“ an Bedeutung gewonnen hätten. In deren Folge sei 1994 das Budapester Memorandum verfasst worden, wodurch die Rückführung von Atomwaffen aus der Ukraine nach Russland erfolgt sei. Somit verdeutlichte Geering, dass die völkerrechtliche Situation klarer sei als in anderen Dekolonisierungsprozessen. Jedoch lägen in der fehlenden Durchsetzungsfähigkeit des gesamteuropäischen Regelwerks und der Selbstverpflichtung der Staaten grundsätzliche Probleme, sodass sich in den Debatten über die multipolare Weltordnung eine imperiale bzw. koloniale Perspektive zeige.

NATALIIA SINKEVYCH (München) fokussierte in ihrem Redebeitrag die Rolle der Kirchen für die Definition von politischen Grenzen im östlichen Europa. Hierbei ging sie auf die Politisierung der Religion, den Klerikalismus und die ständige Suche der Kirche nach Protektion durch den Staat und von Spitzenpolitikern ein. Dies habe auch für die gegenwärtige Lage in der Ukraine eine besondere Bedeutung, da auf ihrem Territorium mehrere christliche Konfessionen (vor allem griechisch-katholisch, ukrainisch und russisch-orthodox, armenisch) sowie weitere Religionen koexistierten. Sinkevych verdeutlichte, dass die interkonfessionellen Debatten schon längst die Grenzen der kanonischen Fragen überschritten hätten, dass aber Religion und Kirche wichtige Faktoren für das ukrainische Nationalbewusstsein darstellen würden. Sie würden erheblichen Einfluss auf die Erinnerungskultur und die staatliche Gedächtnispolitik nehmen, sodass die Kirchen- und Religionsgeschichte in der gegenwärtigen ukrainischen Gesellschaft bedeutende Themen sei, um sich über Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der Ukraine und der ukrainischen Gesellschaft zu verständigen. Gerade Sinkevychs Beitrag verdeutlichte, dass in den gegenwärtigen Debatten über Konzepte von Fluidität und Stabilität von Grenzen auch kulturelle und konfessionelle Aspekte eine bedeutende Rolle spielen, da sich diese häufig erheblich von den staatlich-territorialen unterscheiden.

In der anschließenden Diskussion, die teilweise über die Fragestellung der Sektion auf Grund des großen Interesses des anwesenden Publikums hinausging, verdeutlichten die Panelist:innen, dass eine transepocheale Perspektive wichtige Einblicke in die jeweiligen Argumentationsstrukturen und Geschichtsbewusstsein gäbe. Für die völkerrechtliche Legitimation sei jedoch der Blick in die jüngste Vergangenheit ausreichend. Diese träte ein, sobald ein Staat anerkannt sei und, wie etwa im Falle des ukrainischen Grenzvertrags mit Russland aus dem Jahr 2003, Grenzen bestätigt worden seien. Letztlich hätten alle Staaten ihre jeweilige Geschichte, die Verweise auf frühere Staatlichkeiten seien durch eine historisch fundierte Analyse leicht zu dekonstruieren. Es handele sich angesichts des russischen Nationalismus und seiner messianistischen Haltung um einen Versuch, Dekolonialisierung rückgängig zu machen. Hierbei verdeutlichte Geering, dass es zwei historische Perspektiven auf die Legitimierung der Grenzen gäbe: der Fokus durch Mythenbildung auf Geschichte als Legitimationsgrundlage und derjenige auf die 1990er-Jahre, in denen durch internationale Abkommen die bipolare Ost-West-Trennung nach dem Zerfall der Sowjetunion neu geordnet worden sei.

Seite B 117 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Hinsichtlich des Verständnisses der ukrainischen Staatlichkeit wurde betont, dass der historische Ukrainebegriff anders als der moderne verstanden würde und es nicht zielführend sei, wenn er nur auf die Orthodoxie reduziert würde. Die sowjetische Grenzziehung insgesamt habe ähnlich wie in Kolonialimperien traditionelle Grenzen infrage gestellt, woraus sich im postsowjetischen Raum Grenzkonflikte ergeben hätten. Insgesamt verdeutlichten die Rede- und umfangreichen und lebhaften Diskussionsbeiträge, wie drängend die Frage nach Veränderlichkeit von (europäischen) Grenzen in der Gegenwart ist. Das Infragestellen von Grenzen, also letztlich deren Fragilisierung, so das abschließende Fazit der Diskussion schaffe Präzedenzen, die über das östliche Europa hinausgingen.

Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Liliya Berezhnaya (Münster) / Anke Hilbrenner (Düsseldorf) / Stefan Rohdewald (Leipzig)

Stefan Rohdewald (Leipzig): Über die Auflösung des Konzeptes internationaler Grenzen

Guido Hausmann (Regensburg): Die Geographie und Grenzen der Ukraine

Corinne Geering (Leipzig): Welche Rolle spielt die sowjetische Vergangenheit heute?

Nataliia Sinkevych (München): Kirche und die Bestimmung der politischen Grenzen im Osteuropa

<https://www.historikertag.de/Leipzig2023/>

Zitation

Heidi Hein-Kircher, Tagungsbericht: *HT 2023: Russlands Krieg gegen die Ukraine. Von der Stabilität zurück zur Fluidität der Staatsgrenzen – europäische Geschichte als Scherbenhaufen*, In: H-Soz-Kult, 10.02.2024, www.hsozkult.de/conferencereport/id/fdkn-141634.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

09) Die extreme Rechte in Deutschland und Österreich und ihr Verhältnis zu Europa, den USA und zur Sowjetunion/Russland (1945 bis heute)

Organisatoren

Fachbereich Geschichte, Paris-Lodron-Universität Salzburg; Forschungsgruppe „Die radikale Rechte in Deutschland, 1945–2000“, Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam / Moses Mendelssohn Zentrum Potsdam; Zeithistorischer Arbeitskreis Extreme Rechte (ZAER) Salzburg

Fand statt in Präsenz

Vom - Bis

16.06.2023 - 17.06.2023

Von

Johannes Dafinger, Fachbereich Geschichte, Paris-Lodron-Universität Salzburg; Maximilian Kreter, Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e.V. an der TU Dresden

Die Jahrestagung 2023 des Zeithistorischen Arbeitskreises Extreme Rechte (ZAER) beschäftigte sich in Salzburg mit einem denkbar aktuellen Thema, denn sie widmete sich dem Verhältnis der extremen Rechten zu Europa sowie zu den USA und zur Sowjetunion/zur Russland in historischer Perspektive. Diese drei Regionen und Chiffren waren als positive wie auch negative Bezugspunkte der extremen Rechten eng miteinander verbunden. So entwarfen viele der rechtsextremen Europakonzepte nach 1945 – die teils an nationalsozialistische Europakonzepte anknüpften – ein Bild von Europa, das seine Schärfe in Abgrenzung einerseits zur kommunistischen Welt, andererseits zu den Vereinigten Staaten von Amerika erhielt. Wie JOHANNES DAFINGER (Salzburg) in seiner Einführung darlegte, wurde in Diskursen insbesondere der Neuen Rechten (Nouvelle Droite) eine Stärkung des europäischen Zusammenhalts gegen vermeintliche Bedrohungen von außen sowie zur Aufrechterhaltung einer rassistisch-kulturalistisch bestimmten angeblichen Eigenart Europas befürwortet. Man hoffte, Europa zur dritten, eigenständigen Macht zwischen den beiden Supermächten USA und Sowjetunion entwickeln und damit aus deren Einflusssphären lösen zu können. Damit einher ging die Ablehnung weltweiter Vernetzung und der Globalisierung internationaler politischer, wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und kultureller Beziehungen, insbesondere eine migrationsfeindliche Haltung sowie eine negative Einstellung gegenüber globalen politischen Strukturen, allen voran den Vereinten Nationen. Auch nach dem Ende des Kalten Krieges pflegte die extreme Rechte eine Bollwerksrhetorik und betrachtete Europa als schützenswerte Festung. Dafinger argumentierte, dass die extreme Rechte Europäisierung stets nur im Modus einer „protektionistischen Europäisierung“ gutgeheißen habe. Mit dem Begriff „protektionistische Europäisierung“ ließen sich Europäisierungsprozesse fassen, die darauf ausgerichtet seien, Europa von breiteren multilateralen und potentiell globalen Verbindungen abzuschneiden.

Die USA und die Sowjetunion/Russland waren freilich nicht immer nur negative Bezugspunkte für alle Teile der extremen Rechten. So konnte „Antiamerikanismus“ im Sinne einer kritischen Haltung gegenüber dem liberalen, demokratischen „Westen“ Hand in Hand gehen mit der Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit Gleichgesinnten jenseits des Atlantiks, die den Liberalismus und die Demokratie ebenfalls bekämpften. Und in den Antikommunismus der extremen Rechten mischte sich mitunter Russlandbegeisterung, die sich nach dem Zerfall der Sowjetunion verstärkte.

MARGIT REITER (Salzburg) eröffnete das erste Panel zu Europadiskursen der außerparlamentarischen extremen Rechten in Österreich mit einem Vortrag über den Nationalsozialisten Theodor Soucek, der sich – begnadigt nach einer Verurteilung wegen der Planung eines politischen Mordes – ab Mitte der 1950er-Jahre wieder politisch engagierte. Soucek schrieb nun das Buch „Wir rufen Europa. Vereinigung des Abendlandes auf sozialorganischer Grundlage“, gab die Zeitschrift „Europaruf“ heraus und gründete die Partei „Sozialorganische Bewegung Europas“ (SORBE). 1957 organisierte er in Salzburg zudem einen großen Europa-Kongress, der der transnationalen Vernetzung der extremen Rechten diene. Soucek verfocht das Ziel eines starken Europas im Sinne einer „europäischen Völkergemeinschaft auf der Basis bedingungsloser Gleichberechtigung“ der Nationen mit einer gemeinsamen Europaregierung. Nur ein solches Europa könne sich zwischen Ost und West behaupten. Wie Reiter zeigte, scheiterten Souceks Annäherungsversuche an die 1955/56 gegründete FPÖ. Nach der Auflösung der SORBE setzte er sich nach Spanien ab.

JUDITH GÖTZ (Innsbruck) widmete sich in ihrem Vortrag der jüngsten Zeitgeschichte und analysierte rechtsextreme „Europakonstruktionen“ am Beispiel der 2012 entstandenen Identitären Bewegung in Österreich. Sie unterstrich, dass die „Europäische Union“ ein Feindbild der Identitären sei, ein anders verstandenes „Europa“ aber Identifikationsangebote für die extreme Rechte bereithalte. Götz verwies insbesondere auf das Konzept eines „Europas der Völker“ bzw. „der Vaterländer“, das auf der völkischen Idee aufbaue. Die Identitäre Bewegung habe sich insbesondere die „Erhaltung“ der „ethnokulturellen Identität“ auf die Fahnen geschrieben. Neben einer regionalen und einer nationalen Identität existiere für die Identitäre Bewegung auch eine europäische Identität, die allerdings durch „Islamisierung“ und Zuwanderung, die zur Ersetzung der „autochtonen“ Bevölkerung führen werde, bedroht sei. Das von der Identitären Bewegung erstrebte Europa sei – in den Worten der Akteure selbst – „kein multikulturelles Einheitsgebilde“; stattdessen solle es in Europa „echte Vielfalt“ geben, womit vermeintlich althergebrachte Eigenheiten der „Volkstümer“ Europas gemeint seien. Dieses Programm habe die Identitäre Bewegung durch Aktionen in- und außerhalb Österreichs bekannt zu machen versucht.

In der anschließenden Diskussion wurde unter anderem die Frage aufgeworfen, inwieweit die Europakonzepte der extremen Rechten nach 1945 an faschistische und nationalsozialistische Europakonzepte anknüpften. Derartige gedanklich-ideologische Kontinuitäten über die Zäsur 1945 hinaus betonte DOMINIK RIGOLL (Potsdam) in seinem Vortrag im zweiten Panel. Er präsentierte darin den rechtsextremen Anwalt und Publizisten Friedrich Grimm als Vorläufer der heutigen extremen Rechten und wies insbesondere auf Verbindungen zwischen der Leugnung deutscher Kriegsverbrechen im Ersten Weltkrieg in den 1920er-Jahren und der Leugnung des Holocausts nach 1945 hin. Das also schon in den 1920er-Jahren entstandene Negationisten-Netzwerk sei bald nach 1945 Teil einer rechten Internationale gewesen.

In der unmittelbaren Nachkriegszeit, genauer gesagt in den Jahren 1947 bis 1950, verfasste Bernhard Gericke die Kampfschrift „Die Europäische Revolution“, die MAIK ULLMANN (Braunschweig) in seinem Vortrag analysierte. Gericke sah das Kriegsende nicht als tiefe Zäsur, sondern lediglich als den Zeitpunkt, der die erste und die zweite Phase „einer großen europäischen Revolution“ voneinander abgrenze. Der Nationalsozialismus „und die ihm verwandten Bewegungen in anderen europäischen Ländern“ seien Ausdruck dieser Revolution, deren Bedeutung und Wirkung genauso hoch einzuschätzen sei wie die der „anderen großen Revolutionen der Neuzeit, der englischen, der französischen und der russischen Revolution“. In der noch bevorstehenden zweiten Phase dieser Revolution müsse sich ausgehend von Deutschland eine „revolutionäre Kampfgemeinschaft auf europäischer Ebene“ herausbilden, um den Umsturz in Europa zu vollenden. Gericke gehörte 1949/50 dem Parteivorstand der rechtsextremen Sozialistischen Reichspartei an und gründete anschließend die Nationale Arbeiter-Partei, die in der zweiten Hälfte der 1950er-Jahre in der FDP aufging.

ALEXANDER HOBE (Hamburg) plädierte in seinem Vortrag dafür, den Rechtsextremismusbegriff stärker zu historisieren. In den frühen 1950er-Jahren in der Debatte über die Schaffung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft von Verbänden ehemaliger Wehrmachtssoldaten vertretene Positionen würden heute möglicherweise als „rechtsextrem“ beschrieben werden, seien aber in der zeitgenössischen Debatte keineswegs „extrem“ gewesen. Hobe illustrierte dies am Beispiel von Äußerungen von Akteuren im Umfeld des Verbandes Deutscher Soldaten. Sowohl „Europa“ (in seiner uns geläufigen Bedeutung) als auch „Extremismus“ seien als Konzepte das Ergebnis einer Suchbewegung und erst im Diskurs der 1950er-Jahre allmählich „entstanden“.

Das dritte Panel widmete sich dem rechtsextremen Konzept einer „Nation Europa“, dessen „Erfindung“ die extreme Rechte dem britischen Faschisten Oswald Mosley zuschreibt. MARIE MÜLLER-ZETZSCHE (Potsdam) analysierte dazu zwei Zeitschriftenprojekte der extremen Rechten, die beide in engem Zusammenhang mit der Europäischen Sozialen Bewegung standen, einem 1951 gegründeten rechtsextremen Netzwerk: die in Coburg herausgegebene Monatszeitschrift „Nation Europa“ und die Pariser „Défense de l'Occident“. Müller-Zetzsche verortete das dahinterstehende publizistische Netzwerk im Dreieck Europa-USA-Sowjetunion, indem sie den Antikommunismus als Element hervorhob, das die Akteure zusammengebunden habe. Die USA seien von Teilen des Netzwerks als Schutzmacht akzeptiert worden, grundsätzlich habe Europa als Nation aber unabhängig von jedem Einfluss der Großmächte bleiben und als Dritte Kraft aufgebaut werden sollen. Dazu sollte eine europäisch geführte Armee gehören sowie eine gesamteuropäische Sozialpolitik, für die es aber kein gemeinsames Konzept gab. Strittiger noch war das Verhältnis der „Nation Europa“ zu den (ehemaligen) Kolonien und zur Dekolonisierung. An dieser Frage spaltete sich die Europäische Soziale Bewegung.

Henning Eichberg knüpfte an derartige Europakonzepte in den 1970er-Jahren an. Im Zentrum der Schriften Eichbergs stand, wie LINN SOFIE BØRRESEN (Berlin) herausarbeitete, die fixe Idee von der Verschiedenheit der Kulturen. Eichberg glaubte, dass das von ihm postulierte „Recht auf Verschiedenheit“ und kulturelle Unterschiede von verschiedener Seite angegriffen wurde: Auf der einen Seite habe die Sowjetunion „Völkersäuberung“ betrieben, auf der anderen Seite die Orientierung am „american way of life“ in Europa zum Verlust nationaler Identität geführt. Auch multinationale Konzerne und die von ihm so bezeichnete „One World-Ideologie“ sah Eichberg als Gefahren für diese Identität an. Er proklamierte daher ebenfalls einen „europäischen Nationalismus“ und das Konzept einer „Nation Europa“, das er als „revolutionär“ und „antiimperialistisch“ ansah. Eichberg griff damit bewusst Elemente linker Globalisierungs-, Imperialismus- und Kapitalismuskritik auf.

In seiner Keynote am Ende des ersten Konferenztages skizzierte ANTON SHEKHOVTSOV (Wien) die ideologischen und personellen Verbindungen der westeuropäischen extremen Rechten zur Sowjetunion vor beziehungsweise zu Russland nach 1990/91. In den 1960er-Jahren entwickelte Jean-François Thiriart – wie die im vorangegangenen Panel in den Blick genommenen Akteure – Ideen eines europäischen Nationalismus (und sah Afrika als „natürliche Erweiterung Europas“). Russland sprach er in seiner Konzeption eines europäischen Imperiums die Rolle eines Bollwerks gegen „die asiatische Flut“ zu. Dazu müsse Sibirien von „Weißen“ aus dem europäischen Teil Russlands besiedelt werden. Bevor dies geschehen könne, müsse die Sowjetunion aber mithilfe Chinas geschwächt werden. Diese Überlegungen wandelte Thiriart in den 1980er-Jahren ab zum Konzept eines „euro-sowjetischen Imperiums“, in dem er der Sowjetunion nun eine deutlich wichtigere Rolle zuschrieb. Europa könne von Moskau aus vereinigt werden; die Voraussetzung sei allerdings, dass Moskau Europa „europäisch“ machen wolle und nicht „russisch“. Beziehungen zwischen der westeuropäischen extremen Rechten und der Sowjetunion ließen sich für die Zeit vor 1990/91 nicht belegen. Ganz anders sehe es jedoch für die Zeit nach dem Zerfall der Sowjetunion aus. Alexander Dugin und Wladimir Schirinowski seien etwa im Austausch mit Rechtsextremen in diversen europäischen Ländern gestanden. Besonders enge Beziehungen nach Russland habe die FPÖ aufgebaut.

Im vierten Panel, mit dem der zweite Konferenztag eröffnet wurde, weitete sich die Perspektive erneut. MARIUS HUBER (Berlin) zeigte am Beispiel des deutschen Befreiungsnationalismus in den 1980er-Jahren auf, dass der Blick von rechten Akteur:innen nicht nur im Rahmen von Europakonzeptionen über die Grenzen des eigenen Nationalstaates hinausging, sondern auch über die Grenzen des europäischen Kontinents

reichte. Dabei fokussierte Huber auf zwei Personen, die maßgeblich für die Übernahme des Begriffs „Antimperialismus“ zur Selbstbezeichnung des eigenen politischen Lagers von der Neuen Linken in die Neue Rechte verantwortlich waren: Wolfgang Strauß und Siegfried Bublies. Anhand von Veröffentlichungen in der von Bublies herausgegebenen Zeitschrift „Wir selbst“ zeichnete Huber die Debatten der Anhänger der entstehenden Nationalrevolutionären Bewegung nach, die sich als Europäerinnen und Europäer von den USA und der Sowjetunion gleichermaßen kolonisiert sahen. So wähnte sich laut Huber die Nationalrevolutionäre Bewegung auf der Seite der Nationalbewegungen in der „Dritten Welt“ und der sezessionistischen Bewegungen in Europa im Kampf gegen „imperialistische Supermächte“, die sowohl in Gestalt von Vielvölkerstaaten als auch als Kolonialherren auftraten. Huber betonte, dass ein dezidiert rechter Befreiungsnationalismus – anders als der Antimperialismus der Neuen Linken – sich an vermeintlichen ethnischen und nationalen Zugehörigkeiten orientiert habe und er damit auf die „Allgegenwärtigkeit des Ethnopluralismus“ in der extremen Rechten verweise.

Auch MARTIN DEUERLEIN (Tübingen) wies auf Basis von Beiträgen in der Zeitschrift „Wir selbst“ darauf hin, dass Rechtsextreme die angebliche „Kolonisierung“ Europas durch die beiden Supermächte des Kalten Krieges mit historischen Formen des Kolonialismus verglichen – hier mit der Unterdrückung von Nordamerikas Indigenen durch europäische Kolonisatoren. Deuerlein zeichnete die verschiedenen Perspektiven der extremen Rechten auf die „Indianer“ von den 1970er-Jahren bis in die 1990er-Jahre nach. Gleichzeitig erläuterte er, dass rechtsextreme Akteure postulierten, der „westliche Imperialismus“ habe schon durch die Römer seine Wirkung gegen die Germanen entfaltet und sich konsequent durch die deutsche Geschichte gezogen. Der bereits erwähnte Henning Eichberg packte diese fixen Ideen in die griffige Formulierung, die Deutschen seien die „Indianer Europas“. Gegen dieses Schicksal helfe nur eine Rückbesinnung auf Mythen und Traditionen. Diese Perspektive sei, so Deuerlein, auch einhergegangen mit einer intensiven Kritik an der Rationalität und an „westlicher“ Wissenschaft. Das Erkennen der eigenen Subjektivität habe die extreme Rechte als Rückbesinnung auf das Eigene und Ursprüngliche begriffen. Hier zeige sich bei Eichberg der Übergang vom Ethnozentrismus zum Ethnopluralismus, der bis heute prägend für die extreme Rechte sei. Vereinzelt Beispiele dieser Kolonisierungsvergleiche fänden sich heute noch bei der AfD sowie bei der extremen Rechten in Großbritannien.

Im Mittelpunkt von STEFAN RINDLISBACHERs (Wien) Vortrag standen das „Collegium Humanum“ (CH) und der „Weltbund zum Schutze des Lebens“ (WSL) sowie deren Hauptakteure Günther Schwab, Werner Haverbeck und Ursula Haverbeck-Wetzel. Rindlisbacher arbeitete heraus, wie stark die Akteure von ihren Lebensverläufen in der Zeit des Nationalsozialismus und von ihren Funktionen in nationalsozialistischen Organisationen geprägt waren. So hätten der WSL und das CH zahlreichen im Nationalsozialismus tätigen Wissenschaftler und Ärzte die Möglichkeit geboten, sich nach 1945 wieder zu vernetzen. Unter dem Vorsitz von Werner Haverbeck wurden der WSL und das CH eine Anlaufstelle für Personen, die sich der Esoterik, Naturheilkunde, Astrologie sowie biodynamischen Landwirtschaft und Impfkritik zuwandten und zumindest eine gewisse Offenheit für (extrem) rechte Positionen zeigten. Diese Positionen finden sich laut Rindlisbacher konzentriert in Schwabs Manifest „Der Tanz mit dem Teufel“ von 1958 wieder. In dieser und anderen Publikationen zeige sich ein kulturkritisches, extrem konservatives, teilweise auch rechtsextremes beziehungsweise völkisches Weltbild, das sich – in Frontstellung zu dem verbreiteten starken Antikommunismus nicht nur in der extremen Rechten – mit einer großen Russlandbegeisterung gemischt habe. Auch hier würden Gemeinsamkeiten der extremen Rechten mit der Neuen Linken offenbar, die sich auf gemeinsame Feindbilder und -konstruktionen wie das kapitalistische, rechtsstaatlich-liberale System der USA hätten

„einigen“ können, aber bei den dazugehörigen Gegenentwürfen sehr weit auseinandergelegen hätten. Abschließend erläuterte Rindlisbacher, dass die Lebensschutzbewegung als Bindeglied zwischen alter Naturschutz- und Lebensreformbewegung und neuen Umweltschutzbewegungen den Weg für die Querdenken-Bewegung vorgezeichnet habe.

Das fünfte Panel widmete sich der extremen Rechten und Europa nach 1989. ANN-KATHRIN MOGGE (Kassel) blickte in ihrem Vortrag zunächst auf Wegmarken der Entwicklungen nach 1989/90, infolge derer beispielsweise Francis Fukuyama eine Verstärkung der westlich geprägten Nachkriegsordnung prognostizierte. Im Gegensatz dazu, so Mogge, sahen deutsche Rechtsintellektuelle die Rolle Deutschlands als Nation in Europa als neu gestaltbar an. Sie hofften auf ein neues Europa – ein Europa, das ihren Vorstellungen entspreche, insbesondere ein „Europa der Vaterländer“ oder ein „Europa der Regionen“. Damit sei auch die Hoffnung auf neue Allianzen und die Auflösung der Westbindung verbunden gewesen. Mogge stellte Ergebnisse ihrer Untersuchung der Zeitschrift „Criticón“ vor, deren Beiträge sie hinsichtlich der Haltung der Autoren zur zukünftigen Rolle Deutschlands in Europa analysierte. So arbeitete sie heraus, welche Positionen hinsichtlich der Frage der EU-Mitgliedschaft Deutschlands in der Zeitschrift vertreten wurden. Ein einheitliches „Maastricht-Europa“, das mit Auflösung der Nationalstaatlichkeit, Umverteilung deutscher Gelder und der Festschreibung der Westbindung assoziiert wurde, wurde von den deutschen „Rechtsintellektuellen“ abgelehnt, da es ihren eigenen Vorstellungen von Europa widersprach. Im Zentrum der Kritik habe der angeblich fehlende demokratische *demos* gestanden, so Mogge. Als Argument für die Dysfunktionalität einer Suprastruktur wie der EU wurde der Zerfall der Sowjetunion als Vielvölkerstaat angeführt, der ein nach ethnischen und nationalen Gesichtspunkten konstruiertes „Europa der Vaterländer“ als vermeintlich tragfähiger Entwurf entgegengesetzt wurde. Im Zentrum sollte ein starkes Deutschland stehen. Der österreichische FPÖ-Parteiideologe Andreas Mölzer machte sich dabei dafür stark, die „Achse Berlin – Wien“ wiederzubeleben, um eine mitteleuropäische Föderation unter deutscher Führung als Gegenprojekt zu einer französisch-britischen Vorherrschaft in Europa zu etablieren.

Darauf ging CONSTANZE JEITLER (Tübingen) in ihrem Vortrag zu Europa-Konzeptionen der FPÖ ebenfalls ein. Sie strich zunächst heraus, dass sich die Positionen der FPÖ immer wieder gewandelt hätten. Dabei unterschied Jeitler verschiedene Phasen. Die Frühphase bis Mitte der 1960er-Jahre sei von Revisionismus, Antikommunismus, Antislawismus sowie der Vertretung der Interessen der Vertriebenen geprägt gewesen. Die mittlere Phase ab Ende der 1970er Jahre sei eine „liberale“ Phase gewesen. Mitte der 1990er-Jahre, kurz vor dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Gemeinschaft (EG), habe sich die Partei für den Beitritt zur EG und NATO starkgemacht. Ende der 1990er-Jahre habe die bis heute andauernde dritte Phase eingesetzt, die von Euroskeptizismus sowie den Konzepten eines „Mitteleuropa“ und eines „christlichen Abendlandes“ in verschiedenen Ausprägungen gekennzeichnet (gewesen) sei. Die beiden letztgenannten Konzepte seien insbesondere von Andreas Mölzer über die von ihm gegründeten Zeitungen wie den österreichischen Ableger der „Jungen Freiheit“ sowie die Zeitung „Zur Zeit“ in die Debatte eingebracht worden. Mölzer zog 2004 nach einem Vorzugsstimmwahlkampf gegen den Willen der FPÖ-Führung in das Europaparlament ein.

Die Konferenz brachte die Teilnehmer in ausgesprochen produktiver Atmosphäre miteinander ins Gespräch. Der Zeithistorische Arbeitskreis Extreme Rechte ist als Plattform für die Zusammenarbeit im Bereich der deutschsprachigen historischen Rechtsextremismusforschung inzwischen kaum mehr wegzudenken. Die nächste Jahrestagung des ZAER findet am 27. und 28. Juni 2024 zum Thema „Lebenswelten der radikalen Rechten“ in Potsdam statt.

Konferenzübersicht:

Begrüßung und Einführung

Margit Reiter (Salzburg) / Johannes Dafinger (Salzburg)

Panel 1: Europadiskurse der außerparlamentarischen extremen Rechten in Österreich

Moderation: Robert Obermair (Salzburg)

Margit Reiter (Salzburg): „Wir rufen Europa“. Rechtsextreme Europaideen und transnationale Vernetzung am Beispiel von Theodor Soucek

Judith Götz (Innsbruck): „Verteidiger*innen Europas“? Rechtsextreme Europakonstruktionen am Beispiel der Identitären

Panel 2: Die extreme Rechte und Europa im ersten Nachkriegsjahrzehnt

Moderation: Grazia Prontera (Salzburg)

Maik Ullmann (Braunschweig): Die europäische Nachkriegsordnung im rechtsextremen Milieu der Bundesrepublik: Bernhard Gerickes Europäische Revolution

Alexander Hobe (Hamburg): Rechtsextrem? Wehrmachtsveteranen, die europäische Integration und die Kriegsverbrecherfrage

Dominik Rigoll (Potsdam): Die Internationale der Nationalisten und die Geburt des Negationismus

Panel 3: Rechtsextreme Konzepte einer „Nation Europa“ zwischen West und Ost, 1950er bis 1980er Jahre

Moderation: Johannes Dafinger (Salzburg)

Marie Müller-Zetzsche (Potsdam): Europakonzeptionen einer „faschistischen Internationale“ in den 1950er Jahren

Linn Sofie Børresen (Berlin): Henning Eichberg und seine Idee der „nationalen, europäischen Kulturrevolution“ – ein Bollwerk gegen den „Spätkapitalismus“ und den „Apparatekommunismus“

Keynote

Moderation: Johannes Dafinger (Salzburg)

Anton Shekhovtsov (Wien): Relations between the German/Austrian Far Right and the Soviet Union/Russia

Panel 4: Antiamerikanismus, antiimperialistische Rhetorik und Russlandbegeisterung in der extremen Rechten

Moderation: Margit Reiter (Salzburg)

Marius Huber (Berlin): Rechter „Antiimperialismus“. Deutscher Befreiungsnationalismus in den 1980er Jahren

Seite B 124 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Martin Deuerlein (Tübingen): „Indianische Ratschläge zur Entkolonisierung“ – Die „neue Rechte“ und Nordamerikas Indigene

Stefan Rindlisbacher (Wien): „Rußland ist ganz anders!“: Die Lebensschutzbewegung zwischen Umweltschutz, Antiamerikanismus und Russlandbegeisterung

Panel 5: Die extreme Rechte und Europa nach 1989

Moderation: Maximilian Kreter (Dresden)

Ann-Kathrin Mogge (Kassel): „[E]ine Wiederkehr der Rechten auf die politische Bühne“: Deutsche Rechtsintellektuelle zur Rolle Deutschlands in Europa nach 1989/90

Constanze Jeitler (Tübingen): Europapolitik der FPÖ nach 1989. Zwischen Euroskeptizismus, Mitteleuropa und Abendland

Anmerkung:

¹ Siehe den Call for Papers: Lebenswelten der radikalen Rechten, in: H-Soz-Kult, 3.12.2023, <https://www.hsozkult.de/event/id/event-140461> (23.1.2024).

Zitation

Maximilian Kreter, Tagungsbericht: *Die extreme Rechte in Deutschland und Österreich und ihr Verhältnis zu Europa, den USA und zur Sowjetunion/Russland (1945 bis heute)*, In: H-Soz-Kult, 02.03.2024, <www.hsozkult.de/conferencereport/id/fdkn-142409>.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

01) Historische Zeitschrift 318 (2024), 1

Berlin/Boston 2024: [De Gruyter Oldenbourg](https://www.degruyter.com/journal/key/hzhz/318/1/html)

<https://www.degruyter.com/journal/key/hzhz/318/1/html>

ISSN [0018-2613](https://www.issn.org/issn/0018-2613)

Kontakt

Andreas Fahrmeir
Historisches Seminar der Johann Wolfgang Goethe-Universität
Redaktion Historische Zeitschrift (HZ)
60323 Frankfurt am Main
Norbert-Wollheim-Platz 1

Von

Florian Hoppe, Geisteswissenschaften, De Gruyter Oldenbourg

Das neue Heft der Historischen Zeitschrift ist erschienen; wir wünschen anregende Lektüre!

Inhaltsverzeichnis

Aufsätze

Winfried Schmitz, Verschuldete Bauern, Pächter oder Erntearbeiter? Noch einmal zur Frage: Wer waren die „hektémoroi“? [S. 1]

In vorsolonischer Zeit war nach Angaben Plutarchs und der aristotelischen „Athenaion politeia“ ein großer Teil der Bevölkerung Attikas von reichen Landbesitzern abhängig. Darlehensgeber konnten Schuldner, die ihre Schulden nicht zurückzahlen konnten, ergreifen und mit sich führen. Sie ließen sie auf ihren Feldern arbeiten oder verkauften sie in die Sklaverei. Solon selbst beklagte in seinen Elegien diese Konsequenzen, die rechtens waren, da sie dem archaischen Schuldrecht entsprachen. Der Vergleich mit der römischen Noxalhaftung zeigt, dass so wie in Rom auch im archaischen Athen eine Person, die einen Vertrag gebrochen oder eine Schädigung verursacht hatte, dem Geschädigten zu übergeben war. Durch den Vergleich mit der römischen Noxalhaftung lässt sich die Form der Schuldknechtschaft und der Schuldsklaverei im frühen Athen besser verstehen. Von diesen Personen zu unterscheiden sind aber die hektémoroi, die frei blieben; als Angehörige der unterbäuerlichen Schicht waren sie auf einen Zuverdienst angewiesen. Für Erntearbeiten erhielten sie ein Sechstel der geernteten Produkte, einen hekteús pro geerntetem médimnos. Da sie lediglich „Erntepächter“ waren, auf dem Feld also nicht das ganze Jahr über wirtschafteten, war ein Sechstel angemessen und reichte, um die eigenen Erträge so weit zu steigern, dass sie sich und ihre Familien ernähren konnten. Die Annahme, Solon habe ein Exportverbot aller landwirtschaftlichen Produkte gesetzlich festgeschrieben, beruht wahrscheinlich auf einem falschen Textverständnis; tatsächlich bezog sich das Gesetz auf Kontrakte über Erntearbeiten auf heiligem Land und kann als Beleg dafür gewertet werden, dass solche Ernteverträge in archaischer Zeit verbreitet waren.

Winfried Schmitz, Indebted Peasants, Tenants or Harvesters? Once again to the Question: Who Were the hektémoroi?

In pre-Solonian times, according to Plutarch and the Aristotelian „Athenaion politeia“, a large part of the population of Attica was dependent on rich landowners. Lenders could seize debtors who could not repay their debts and lead them away. They made them work in their fields or sold them into slavery. Even Solon himself lamented these consequences in his Elegies, which were justified because they corresponded to the archaic law of debt. The comparison with Roman noxal liability shows that, just as in Rome, in archaic Athens a person who had broken a contract or caused injury was to be handed over to the injured party. By comparing Greek law of debt with Roman noxal liability, the form of debt bondage and debt slavery in early Athens can be grasped more precisely. However, the hektémoroi, who remained free, are to be distinguished from these people; as members of the lower peasant class, they were dependent on additional income. For harvest work, they received one-sixth of the harvest. Since they were merely “tenants in harvest time”, i. e. they did not farm the field all year round, one sixth was appropriate and sufficient to increase their own yields to the point where they could feed themselves and their families. The assumption that Solon legislated a ban on the export of all agricultural products is probably based on a misunderstanding of the text; in fact, the law referred to contracts for harvesting work on sacred land and can be taken as evidence that such harvesting contracts were common in archaic times.

Maria Weber, Zwischen organisierter Wachsamkeit und Chaos. Massenveranstaltungen, ephemere Räume und Herstellung von Sicherheit im 18. Jahrhundert [S. 35]

Frühneuzeitliche Massenveranstaltungen wie Herrschereinzüge, Geburtstage und Hochzeiten wurden gezielt als Herrschaftsinstrument eingesetzt, um Status und Prestige, Vormachtstellung und Macht demonstrieren zu können. Während diese Aspekte bereits vielfach Gegenstand der historischen Forschung waren, zielt der vorliegende Beitrag darauf ab, Organisationsstrukturen hinter diesen Spektakeln herauszuarbeiten und konkret danach zu fragen, wie bei diesen spezifischen Ereignissen, bei denen der existierende Raum angeeignet und umgestaltet wurde, Sicherheit hergestellt werden konnte. Anhand der Analyse von Ordnungen und Zeitungsberichten aus dem 18. Jahrhundert (England, Frankreich) wird dabei zweierlei deutlich: Feierlichkeiten wurden erstens als Gefahren- und Bedrohungspotenziale für den urbanen Raum, Mensch und Eigentum wahrgenommen und charakterisiert. Zweitens zeigt der Beitrag, welche Maßnahmen und Mechanismen entwickelt wurden, um die latent vorhandenen Gefahren diskursiv zu antizipieren und praktisch verhindern oder abmildern zu können. Letztlich legt der Beitrag einen Vorschlag vor, Settings- und Konstellationsanalysen als epistemologische Prinzipien neu zu denken.

Maria Weber, Organized Vigilance. Mass Events, Ephemeral Spaces, and Securitization in the 18th Century

Early Modern mass events that attracted large numbers of spectators, such as royal entries, the kings' and queens' birthdays, weddings, or funerals, were used as specific means of power in order to demonstrate status and prestige, supremacy and power, and were therefore carefully staged. Courtly spectacles and mass events have already been investigated in detail in this regard. The present article, however, aims to shift perspective: by focusing on processes of organization and planning mass events, it seeks to precisely elucidate how urban spatial structures were adopted, and, in particular, reshaped to ensure security. Based on a dense analysis of 18th century orders and newspaper reports (England, France), the article points out that spectacles and mass events – notwithstanding their representational function – were perceived as threatening and dangerous events for urban

space as well as for people and property. Taking this in account, the paper focuses especially on the measures and mechanisms that have been developed to either anticipate or to prevent perceived dangers and shows that ensuring security was an enormous challenge and intertwined space, institutions, actors, and environment.

Mona Rudolph, „Diamonds are a girl’s best friend?“. Diamanten, DeBeers und die Vermarktung von Brillantschmuck in den USA, 1939–1960 [S. 64]

Heutzutage stellen Diamanten ein äußerst gefragtes Gut dar, allerdings entwickelten sich die Edelsteine erst im Laufe der Zeit zu dieser absatzstarken Ware. Von den 1890er Jahren bis zum Zweiten Weltkrieg unterlag die Nachfrage nach den Steinen in den USA als weltweit größter Absatzmarkt erheblichen Schwankungen. Um die schwache US-amerikanische Nachfrage anzukurbeln, lancierte der Diamantenproduzent DeBeers zusammen mit der Werbefirma N. W. Ayer ab 1938 großangelegte und aufwändig gestaltete Werbekampagnen. Am Beispiel dieser Werbeanzeigen untersucht und rekonstruiert der Aufsatz die Vermarktung von Brillanten in den USA vom Zweiten Weltkrieg bis in die 1960er Jahre. An den Schnittstellen von Wirtschafts- und Kulturgeschichte angesiedelt, spürt die Untersuchung unter Berücksichtigung geschlechtergeschichtlicher Perspektivierungen den ökonomischen Interessen des DeBeers-Konzerns nach und fragt dabei immer wieder, wie sich die Wahrnehmung von Brillantschmuck im Laufe der Zeit wandelte. In den Werbeanzeigen richtete sich DeBeers zunächst vorrangig an unverheiratete Paare als Konsumenten, berücksichtigte bis in die 1960er Jahre jedoch eine zunehmend größer werdende Klientel. Dennoch achtete das Unternehmen sorgsam darauf, die Illusion des als rar und elitär geltenden Luxusguts zu bewahren und den Markt weiterhin zu regulieren. Letzteres fiel dem Konzern mit der Zeit immer schwerer, da permanent neue Produzenten auf den europäischen Diamantenmarkt drängten. Unter Zuhilfenahme wirtschaftswissenschaftlicher Theoreme rückt der Aufsatz in diesem Zusammenhang auch in den Blick, wie Diamanten allmählich zu einem Massenprodukt wurden, ohne als solches wahrgenommen zu werden.

Mona Rudolph, „Diamonds are a Girl’s Best Friend?“ Diamonds, DeBeers and the Marketing of Brilliant Jewellery in the USA, 1939–1960

Diamonds are nowadays an extremely sought-after commodity, but the gemstones developed into this high-selling product only over the course of time. From the 1890s until the Second World War, the demand for the stones fluctuated considerably on the world’s largest market, the USA. In order to boost the weak US demand, the diamond producer DeBeers, together with the advertising firm N. W. Ayer, launched large-scale and elaborately designed advertising campaigns from 1938 onwards. Using the example of these advertisements, the essay examines and reconstructs the marketing of diamonds in the USA from World War II to the 1960s. Situated at the intersection of economic and cultural history as well as taking gender-historical perspectives into account, the study traces the economic interests of the DeBeers corporation, and asks how the perception of brilliant jewellery changed over time. DeBeers initially addressed unmarried couples as consumers in its advertisements, but by the 1960s also took an increasingly larger clientele into account. Nevertheless, the company was careful to preserve the illusion of diamonds as a rare and elite luxury commodity, and to continue to regulate the market. The latter became increasingly difficult for the company as new producers entered the European diamond market. With the help of economic theorems, the essay also focuses on how diamonds gradually became a mass product without being perceived as such.

Nekrolog

Ulrich Pfister, Richard Tilly (1932–2023) [S. 99]

Neue historische Literatur

Schwerpunkt Kontinuität und Diskontinuität 1: Deutschland und seine Globalgeschichte
Andreas W. Daum, Deutschland in der Welt – die Welt in Deutschland. David Blackbourns
brillante Globalgeschichte [S. 105]
David Blackbourn, Germany in the World. A Global History, 1500–2000 (A. W. Daum) [S.
105]

Schwerpunkt Kontinuität und Diskontinuität II: Das Mittelalter als Epochenbegriff
Frank Rexroth, Abschied vom Epochendenken? Mittelalterbilder in Zeiten der
Entkategorisierung [S. 115]
Bernhard Jussen, Das Geschenk des Orest. Eine Geschichte des nachrömischen Europa
526–1535 (F. Rexroth) [S. 115]

Allgemeines

Jens Elberfeld/Kristoffer Klammer/Sandra Maß u. a. (Hrsg.), Erträumte Geschichte(n). Zur
Historizität von Träumen, Visionen und Utopien (D. van Laak) [S. 141]

Christoph Mauntel/Klaus Oschema (Eds.), Order into Action. How Large-Scale Concepts
of World-Order Determine Practices in the Premodern World (K. Skottki) [S. 142]

Altertum

Jack L. Davis, A Greek State in Formation. The Origins of Civilization in Mycenaean Pylos.
With Contributions by Sharon R. Stocker (J. Fischer) [S. 145]

Winfried Schmitz, Leges Draconis et Solonis (LegDrSol). Eine neue Edition der Gesetze
Drakons und Solons mit Übersetzung und historischer Einordnung. Unter Mitarbeit von
Anja Dorn und Tino Shahin (U. Walter) [S. 147]

Patrick Sängler/Sandra Scheuble-Reiter (Hrsg.), Söldner und Berufssoldaten in der
griechischen Welt. Soziale und politische Gestaltungsräume (W. Will) [S. 149]

Joanna Kenty, Cicero's Political Personae (A. Thurn) [S. 152]

Jens Fischer, Folia ventis turbata. Sibyllinische Orakel und der Gott Apollon zwischen
später Republik und augusteischem Principat (J. L. Lightfoot) [S. 153]

Krešimir Vuković, Wolves of Rome. The Lupercalia from Roman and Comparative
Perspectives (C. Ulf) [S. 156]

Arabelle Cortese/Giulia Fioratto (Eds.), Urban Space between the Roman Age and Late
Antiquity. Continuity, Discontinuity and Changes. Acts of the International Workshop,
University of Regensburg, 13–14 February 2020 (M. Fafinski) [S. 158]

Myles Lavan/Clifford Ando (Eds.), Roman and Local Citizenship in the Long Second
Century CE (E. Meyer-Zwiffelhofer) [S. 160]

Seite B 129 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Seraina Ruprecht, *Unter Freunden. Nähe und Distanz in sozialen Netzwerken der Spätantike* (E. Köstner) [S. 164]

Kate Cooper/Jamie Wood (Eds.), *Social Control in Late Antiquity. The Violence of Small Worlds* (M. Hahn) [S. 166]

Kyrill von Alexandrien, *Gegen Julian*. Bd. 1: *Widmungsschreiben an Theodosios und Buch I–V*, übersetzt und kommentiert von Gerlinde Huber-Rebenich, Stefan Rebenich und Michael Schramm (R. Brendel) [S. 168]

Kyrill von Alexandrien, *Gegen Julian*. Bd. 2: *Buch VI–X. Die griechischen Fragmente*, übersetzt und kommentiert von Adolf Martin Ritter und Michael Schramm sowie Thomas Brüggemann (Fragmente) (R. Brendel) [S. 168]

Mittelalter

Dan Jones, *Mächte und Throne. Eine neue Geschichte des Mittelalters* (M. Borgolte) [S. 172]

Philipp A. Sutner (Hrsg.), *Landhandelsrouten. Adern des Waren- und Ideenaustauschs 500 v.–1500 n. Chr.* (M. Jäcker) [S. 173]

Jonathan R. Lyon, *Corruption, Protection and Justice in Medieval Europe. A Thousand-Year History* (K. Ubl) [S. 176]

Manfred Luchterhandt/Hedwig Röckelein (Hrsg.), *Palatium Sacrum – Sakralität am Hof des Mittelalters. Orte, Dinge, Rituale* (M. Weber) [S. 178]

Thomas Groll/Brigitte Haas-Gebhard/Christof Paulus (Hrsg.), *Der Grabfund von Wittislingen und die östliche Alemannia im frühen Mittelalter* (F. Quaas) [S. 180]

Konrad Schellbach, *Erdbeben in der Geschichtsschreibung des Früh- und Hochmittelalters. Ursprung, Verständnis und Anwendung einer spezifisch mittelalterlichen Traditionsbildung* (H.-W. Goetz) [S. 181]

Andreas Bihrer/Hedwig Röckelein (Hrsg.), *Die „Episkopalisierung der Kirche“ im europäischen Vergleich / The „Episcopalization of the Church“ in European Comparison* (M. Eber) [S. 183]

Emily Joan Ward, *Royal Childhood and Child Kingship. Boy Kings in England, Scotland, France and Germany, c. 1050–1262* (G. Lubich) [S. 185]

Lukas G. Grzybowski, *The Christianization of Scandinavia in the Viking Era. Religious Change in Adam of Bremen's Historical Work* (B. Gübele) [S. 187]

Die sogenannten St. Galler Annalen. Eine anonyme Fortsetzung der Chronik Hermanns des Lahmen (1054–1102). Nach Vorarbeiten von Alois Schütz († 2017), hrsg. und übersetzt von Benedikt Marxreiter (G. Lubich) [S. 189]

Georg Strack, *Solo sermone. Überlieferung und Deutung politischer Ansprachen der Päpste im Mittelalter* (M. Thumser) [S. 192]

Seite B 130 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Anne Südbeck, Hildesheims weltliche Eliten im Hochmittelalter (S. Krieb) [S. 194]

Peter Coss, The Foundations of Gentry Life. The Multons of Frampton and Their World 1270–1370 (S. Krieb) [S. 195]

Ingrid Baumgärtner, Mapping Narrations – Narrating Maps. Concepts of the World in the Middle Ages and the Early Modern Period. Edited by Daniel Gneckow, Anna Hollenbach und Phillip Landgrebe (C. Mauntel) [S. 197]

Frühe Neuzeit

Tobias Schenk, Actum et iudicium als analytisches Problem der Justizforschung. Interdisziplinäre Perspektiven auf kollegiale Entscheidungskulturen am Beispiel des kaiserlichen Reichshofrats (T. Duve) [S. 199]

Jose Cáceres Mardones, Bestialische Praktiken. Tiere, Sexualität und Justiz im frühneuzeitlichen Zürich (W. Burgdorf) [S. 200]

Zürcher Liedflugschriften. Katalog der bis 1650 erschienenen Drucke in der Zentralbibliothek Zürich. Bearbeitet von Eberhard Nehlsen. Redaktion: Christian Scheidegger (H.-J. Künast) [S. 202]

Michael Kwass, The Consumer Revolution, 1650–1800 (M. Schmölz-Häberlein) [S. 204]

19.–21. Jahrhundert

Christine Hatzky/Barbara Potthast, Lateinamerika 1800–1930 (S. Rinke) [S. 207]

Lynn Miller/Therese Dolan, Salut! France Meets Philadelphia (A. Fahrmeir) [S. 208]

David Silkenat, Scars on the Land. An Environmental History of Slavery in the American South (S. Lentz) [S. 209]

Jens Mastnak (Hrsg.), In der King's German Legion. Die Briefe der Brüder Carl, Ernst, Friedrich und Ivan von Hodenberg (1803–1815) (J. Heinzen) [S. 211]

Katharina Thielen, Politische Partizipation in der preußischen Rheinprovinz 1815–1845. Eine Verflechtungsgeschichte (A. Fahrmeir) [S. 213]

Rouven Pons, Erzherzog Stephan (1817–1867). Biografie eines Habsburgers im entstehenden Medienzeitalter (A. Bittner) [S. 215]

Manfred Beine/Marion Kant/Ralf Othengrafen (Hrsg.), Ein westfälischer Jude in der preußischen Armee. Isaac Löwenstein aus Rietberg-Neuenkirchen und sein Tagebuch 1821–1823 (A. Fahrmeir) [S. 217]

Paul W. Werth, 1837. Russia's Quiet Revolution (M. Schulze Wessel) [S. 219]

Patricia Strach/Kathleen A. Sullivan, The Politics of Trash. How Governments Used Corruption to Clean Cities, 1890–1929 (R. Köster) [S. 221]

Doris Kaufmann, Ornamentwelten. Ethnologische Expeditionen und die Kunst der „Anderen“ (1890–1930) (F. Odenwald) [S. 223]

Seite B 131 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Ben Lewis, Oswald Spengler and the Politics of Decline (R. Krug) [S. 224]

Pnina Lahav, The Only Woman in the Room. Golda Meir and Her Path to Power (J. Hestermann) [S. 226]

Jeffrey Veidlinger, Mitten im zivilisierten Europa. Die Pogrome von 1918 bis 1921 und die Vorgeschichte des Holocaust (U. Jureit) [S. 228]

Daniel Tödt, The Lumumba Generation. African Bourgeoisie and Colonial Distinction in the Belgian Congo (D. M. Natermann) [S. 230]

Frank Grelka/Stephan Rindlisbacher (Eds.), „Our Work with the Masses Is Not Worth a Kopeck...“. A Document Collection on German and Polish Rural Soviets in Ukraine during the NEP, 1923–1929 (G. Hausmann) [S. 232]

Jürgen Luh, Der Kronprinz und das Dritte Reich. Wilhelm von Preußen und der Aufstieg des Nationalsozialismus (J. Pekelder) [S. 233]

Gregor Hofmann, Mitspieler der „Volksgemeinschaft“. Der FC Bayern und der Nationalsozialismus (R. Schäfer) [S. 235]

Johannes Hürter/Thomas Raithel/Reiner Oelwein (Hrsg.), „Im Übrigen hat die Vorsehung das letzte Wort ...“. Tagebücher und Briefe von Marta und Egon Oelwein 1938–1945 (E. Raim) [S. 237]

Gisela Boeck/Florian Detjens/Hans-Uwe Lammel et al., Karriereentwürfe in der Zerreißprobe – Beispiele aus der Universität Rostock im Nationalsozialismus (M. Grüttner) [S. 239]

Ramona Bräu, Die Plünderung Polens. Die Reichsfinanzverwaltung in den Jahren der Besatzung (1939–1945) (K.-P. Friedrich) [S. 240]

Bob Moore, Prisoners of War. Europe 1939–1956 (S. Neitzel) [S. 242]

Philipp Neumann-Thein/Daniel Schuch/Markus Wegewitz (Hrsg.), Organisiertes Gedächtnis. Kollektive Aktivitäten von Überlebenden der nationalsozialistischen Verbrechen (Y. Müller) [S. 244]

Paul Betts, Ruin und Erneuerung. Die Wiedergeburt der europäischen Zivilisation 1945 (T. Holzhauser) [S. 246]

Martin Belz, Pfarreien im Wandel. Pastoralkonzepte, Laienpartizipation und Liturgiereform in Frankfurt am Main 1945–1971 (B. Wieland) [S. 248]

Ralf Ahrens, Strukturpolitik und Subventionen. Debatten und industriepolitische Entscheidungen in der Bonner Republik (C. Kopper) [S. 250]

Martin Schmitt, Die Digitalisierung der Kreditwirtschaft. Computereinsatz in den Sparkassen der Bundesrepublik und der DDR 1957–1991 (R. Köster) [S. 252]

Peter-Paul Bänziger/Michael Herzig/Christian Koller u. a., Die Schweiz auf Drogen. Szenen, Politik und Suchthilfe, 1965–2022 (T. Bonengel) [S. 254]

Eingegangene Bücher [S. 256]

Zitation

Historische Zeitschrift 318 (2024), 1. , In: *H-Soz-Kult*, 11.02.2024,
<www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-141830>.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

02) Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 72 (2024), 2

Berlin 2024: [Metropol Verlag](#)

Erscheint monatlich

<https://metropol-verlag.de/produkt/zeitschrift-fuer-geschichtswissenschaft-72-jg-heft-2-2024/>

96 Seiten.

Preis Jahresabonnement (Inland): € 136,00; Einzelheft: € 14,00

ISSN [0044-2828](#)

Redaktion

Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG)
Berlin

c/o

Technische Universität Berlin Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin Redaktion Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG) Kaiserin-Augusta-Allee 104-106 10553 Berlin Mitglieder: Friedrich Veitl (verantwortl. Redakteur), veitl@metropol-verlag.de Redaktion: Friedrich Veitl (verantwortlich), Frédéric Bonnesoeur, Kolja Buchmeier, Lara Raabe, Detlev Kraack, Swen Steinberg, zfg@metropol-verlag.de Verlagsadresse: Metropol Verlag, Ansbacher Str. 70, 10777 Berlin

Von

Friedrich Veitl

Zeitschrift für Geschichtswissenschaft
72. Jahrgang 2024, Heft 2

Inhaltsverzeichnis

ARTIKEL

Jörn Happel: Wo liegt Britsch-Mulla? Über sowjetische Lebenswelten und die Grammatik eines Ortes S. 103–119

Seite B 133 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Tobias Haberkorn: Clara Zetkin, Russland und die deutsche Sozialdemokratie 1880 bis 1900 S. 120–138

Maria Neumann: In zweifelhafter Gesellschaft? Adolf Arndt und August-Martin Euler – Zwei vergangenheitspolitische Akteure der ersten documenta 1955 S. 139–160

REZENSIONEN

Allgemeines

Martin Schulze Wessel: Der Fluch des Imperiums. Die Ukraine, Polen und der Irrweg in der russischen Geschichte. München 2023 (Martin Aust) S. 161

Dietrich von Engelhardt: Medizin in Romantik und Idealismus. Gesundheit und Krankheit in Leib und Seele, Natur und Kultur. 4 Bde. Stuttgart-Bad Cannstatt 2023 (Florian G. Mildenerberger) S. 163

Altertum - Mittelalter

Richard Talbert/Lindsay Holman/Benet Salway (Hrsg.): Atlas of Classical History. Revised Edition. London 2023 (Hendrik Müller) S. 165

Stephan Pongratz: Gottes Werk und Bosos Beitrag. Die Bewältigung des Alexandrinischen Schismas (1159–1177) in den Papstvitien des Kardinal Bosos. Wien/Köln 2023 (Roman Tischer) S. 166

Hans-Werner Goetz (Hrsg.): Kontroversen in der Jüngerer Mediävistik. Wien/Köln 2023 (Bea Lundt) S. 168

Neuzeit - Neueste Zeit

Andrea Kirchner (Hrsg.): Von Konstantinopel nach Genf. Quellen zum Wirken Richard Lichtheims. Göttingen 2022

Andrea Kirchner: Emissär der jüdischen Sache. Eine politische Biografie Richard Lichtheims. Göttingen 2023 (Max Bloch) S. 170

Thilo Schulz: Alfred Rothstein (1892–1960). Armut, Ausgrenzung, Überleben. Eine jüdische Biografie. Göttingen 2023 (Horst Thum) S. 172

Jasmin Welte: Helmut Berve und die Alte Geschichte. Eine deutsche Biographie Basel 2023 (Matthias Willing) S. 174

Dennis Werberg: Der Stahlhelm – Bund der Frontsoldaten. Eine Veteranenorganisation und ihr Verhältnis zum Nationalsozialismus. Berlin 2023 (Klaus-Peter Friedrich) S. 176

Dorothy Thompson: „Ich traf Hitler!“ Der Reportage-Essay von 1932. Hrsg. von Oliver Lubrich. Wien 2023 (Kai Sammet) S. 178

Lion Feuchtwanger: Bin ich deutscher oder jüdischer Schriftsteller? Betrachtungen eines Kosmopoliten. Mit bislang unveröffentlichten Texten. Hrsg. von Nele Holdack, Marje Schuetze-Coburn und Michaela Ullmann. Berlin 2023 (Wolfgang Benz) S. 180

Seite B 134 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Thomas Großbölting: Alfred Müller-Armack. Die politische Biografie eines Ökonomen. Münster 2023 (Holger Czitrich-Stahl) S. 182

Carola Sachse: Wissenschaft und Diplomatie. Die Max-Planck-Gesellschaft im Feld der internationalen Politik (1945–2000). Göttingen 2023 (Reinhard Mehring) S. 184

Alexander Kraus/Christoph Lorke (Hrsg.): Zeitgenössische Kunst fördern und vermitteln. Neugründungen von Kunstvereinen in der Bundesrepublik nach 1945/49. Hannover 2022 (Theresa Angenlahr) S. 186

Carl Schmitt – Dietrich Braun: Erst Leviathan ist der Ausdruck vollendeter Reformation. Briefwechsel 1963–1966. Hrsg. v. Martin Braun, Matthias Eichhorn und Reinhard Mehring. Berlin 2022 (Peter Steinbach) S. 188

Nikita Vasil'evič Petrov: Vremja Andropova. Moskau 2023 (Wladislaw Hedeler) S. 190

Judith M. Hughes: The Perversion of Holocaust Memory. Writing and Rewriting the Past after 1989. London u. a. 2022 (Irina Rebrova) S. 192

Zitation

Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 72 (2024), 2. , In: *H-Soz-Kult*, 19.02.2024, www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-142122.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

03) Zeitschrift für Weltgeschichte 23 (2024), 2

Zeitschriftentitel

[Zeitschrift für Weltgeschichte](#)

Weiterer Titel

Die ungleiche Entwicklung der Regionen im vormodernen Ostmitteleuropa und Westasien

München 2024: [Martin Meidenbauer](#)

Erscheint halbjährlich

<https://www.ingentaconnect.com/content/plg/zfw/2022/00000023/0000002>

Preis Jahrespreis € 49,90 ; Einzelpreis € 29,90

ISSN [1615-2581](#)

Kontakt

Institution

Zeitschrift für Weltgeschichte

c/o

Prof. Dr. Hans-Heinrich Nolte Bullerbachstr. 12 D-30890 Barsinghausen Tel +49 5105 64 332

Von

Michael Bertram, Redaktion Zeitschrift für Weltgeschichte (ZWG)

Die ungleiche Entwicklung von Regionen stellt schon lange ein wesentliches Thema weltgeschichtlicher Forschung dar. Häufig wird sie jedoch nur verspäteter oder nachholender Entwicklung in Bezug auf Industrialisierung und Modernisierung diskutiert, wodurch ein eindeutiger Zusammenhang postuliert wird, der vor allem auf einer Engführung beruht. Die jüngere Forschung hat inzwischen deutlich machen können, dass die Ungleichheit zwischen Regionen tiefergehende, strukturelle Ursachen hat, die bereits in der Vormoderne zu beobachten sind und sehr langfristige Auswirkungen hervorbringen können. In diese Forschungsdebatte reiht sich die Tagung „Die ungleiche Entwicklung der Regionen in der Vormoderne. Das `jüngere Europa` im trans- und interkontinentalen Netzwerk“ ein, die Dariusz Adamczyk und Zdeněk Nebřenský am 4. und 5. November 2021 in Prag veranstaltet haben. Einen wesentlichen Teil der Tagungsbeiträge kann die Zeitschrift für Weltgeschichte nun in dieser Ausgabe präsentieren. Am Beispiel des „jüngeren Europas“, das im Wesentlichen Südostmitteleuropa umfasst, aber immer wieder auch darüber hinausgriff, beleuchten sieben Beiträge sowohl die Verflechtungen dieses Raums in Mittelalter und früher Neuzeit als auch die Diskrepanzen zwischen seinen Zentren und (inneren) Peripherien. Damit liefert der aktuelle Themenschwerpunkt einen facettenreichen Beitrag zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte eines Raums, der viel über jahrhundertlange ungleiche Entwicklungen zu erzählen vermag.

Der russische Angriffskrieg in der Ukraine und seine Vorgeschichte beschäftigen in jüngster Zeit Historiker intensiv, gleichzeitig nehmen seine Protagonisten immer wieder Bezug auf die Historie und nutzen sie für Erklärungsmuster und ideologische Legitimierungen — nicht selten auf höchst fragwürdige Art und Weise. Zu den Ereignissen, die in diesem Zusammenhang diskutiert werden und denen in der politischen Arena öffentlichkeitswirksam gedacht wird, gehört das Massaker von Babij Jar, dem im Jahr 1941 über 33.000 jüdische Männer, Frauen und Kinder zum Opfer gefallen waren. Ein besonders heikler Punkt in der Debatte ist die umstrittene Rolle rechts-nationalistischer ukrainischer Kräfte unter Stepan Bandera. In seinem Beitrag vertritt der Historiker, Geograph und Literat Pavel Polian eine andere, weil selten vertretene und dezidiert jüdische Sicht auf den Umgang mit Babij Jar und Bandera. Das mag nicht ganz ohne Polemik gehen, doch hilft vielleicht gerade diese, das Bild entgegen jüngerer Tendenzen der Heldenverehrung wieder auszudifferenzieren. Dazu soll auch der flankierende Aufsatz von Jens Binner beitragen, der die „westliche“ Forschungssicht auf die Problematik vorstellt und die Beschäftigung mit der Thematik auf eine noch breitere Grundlage stellt.

Die große Weltgeschichte findet nicht selten ihren Niederschlag auch in kleinen Fundsachen. Einer solchen widmet sich der Turkologe und Historiker Sebastian Cwiklinski in einer Miscelle, die den Blick abermals von Europa aus weit in den Osten lenkt. Am Beispiel des Turkvolks der Baschkiren macht er deutlich, wie in der Frühen Neuzeit das zumeist nur rudimentäre Wissen über außereuropäische Völker zusammengetragen und aufbereitet wurde, um schließlich seinen Weg in ein so epochales Werk wie das Lexikon von Johann Heinrich Zedler zu finden. Auch wenn dort nur ganze sieben Zeilen über die Baschkiren zu finden sind, erlaubt die Nachverfolgung der zugrundeliegenden Quellen lohnende Einblicke in die wissenshistorischen Zusammenhänge einer frühen Globalisierung.

Schließlich runden dieses Mal wieder einige Rezensionen von Publikationen, die für den Themenbereich der ZWG von einigem Interesse sein dürften, die vorliegende Ausgabe ab. Wie immer wünsche ich allseits eine interessante und anregende Lektüre.

Jürgen G. Nagel

Inhaltsverzeichnis

Jürgen G. Nagel:
Editorial

Thema: Die ungleiche Entwicklung der Regionen im vormodernen Ostmitteleuropa und Westasien

Dariusz Adamczyk/Zdeněk Nebřenský:
Die ungleiche Entwicklung der Regionen im vormodernen Ost(mittel)europa.
Forschungsperspektiven, Indikatoren, Kontexte

Thomas Wunsch:
Das „Jüngere Europa: Wo ist es, und wenn ja, wie lange?

Monika Saczyńska-Vercamer:
Das „jüngere Europa“ und der Papst — universelles Recht und Region. Das Beispiel der Supp-likan an die Apostolische Pönitentiare aus der Kirchenprovinz Gnesen im 15. Jahrhundert

Vytautas Volungevičius:
Die Landgemeinde im östlichen Ostseeraum des 13.-15. Jahrhunderts zwischen inneren und äußeren Spannungen

Andreas Rüter:
Maßstab und Vergleich. Preußen in den Aufzeichnungen des Danziger Kaufmannssohns Martin Gruneweg OP (1562-1615)

Shahin Mustafayev:
Der Steuersatz des städtischen Zentrums und der umliegenden ländlichen Peripherie: Der Be-zirk Täbris nach dem osmanischen Steuerregister von 1728

Hans-Heinrich Nolte:
Ungleiche Entwicklungen. Innere Peripherien und Welthandelsweg: Das russische Pomore 16. zum 18. Jahrhundert

Beiträge

Pavel Polian:
Babij Jar und Bandera

Jens Binner:
Die Ukraine und Stepan Bandera

Miszelle

Sebastian Cwiklinski:
„gewisse Völker in der großen Tartaray“: Baschkiren in der ersten großen deutschsprachigen Enzyklopädie (erste Hälfte des 18. Jahrhunderts)

Laudatio zur Verleihung des Preises der Zeitschrift für Weltgeschichte 2022

Rezensionen

Autorinnen und Autoren

Zitation

Zeitschrift für Weltgeschichte 23 (2024), 2. , In: *H-Soz-Kult*, 29.02.2024,
<www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-142351>.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

04) BIOS. Zeitschrift für Biographieforschung, Oral History und Lebensverlaufsanalysen 35 (2022), 1

Zeitschriftentitel

[BIOS. Zeitschrift für Biographieforschung, Oral History und Lebensverlaufsanalysen](#)

Weiterer Titel

Neue Wege in der Biographieforschung. Über die Potenziale kollektivbiographischer Ansätze für die Erforschung von Großreichen im 19. Jahrhundert, Hg. v. Benedikt Tondera

Hagen 2024: [Barbara Budrich Verlag](#)

ISSN [0933-5315](#)

Kontakt

Almut Leh

FernUniversität in Hagen, Institut für Geschichte und Biographie

Redaktion BIOS. Zeitschrift für Biographieforschung, Oral History und Lebensverlaufsanalysen

58097 Hagen, Universitätsstr. 47

Von

Almut Leh, Institut für Geschichte und Biographie, Fernuniversität Hagen

Die Beiträge dieses Themenheftes beruhen auf dem Workshop Vielvölkerreiche als Erfahrungswelten. Imperiale Biografien im langen 19. Jahrhundert, der im September 2021 an der Universität Oldenburg stattfand. Im Zentrum des Workshops stand die Auseinandersetzung mit der Frage, welche besonderen Rahmenbedingungen Großreiche für die Entfaltung historischer Biographien boten. Reflektiert werden sollten hierbei insbesondere die zahlreichen theoretischen Neuerungen in der Erforschung der imperialen Geschichte in den vergangenen beiden Jahrzehnten, die gelegentlich unter den Schlagworten imperial turn (David-Fox et al. 2006) bzw. new imperial history (Hirschhausen 2015) verhandelt werden. In diesen Begriffen werden eine Reihe von innovativen Forschungstendenzen gebündelt, darunter die Abkehr von einer dichotomischen Zentrum-Peripherie-Logik, der Einbezug der Perspektive ethnischer Minderheiten sowie ein stärkerer Fokus auf die Bedeutung „mentaler Landkarten“. Insbesondere wird der imperiale Raum hier nicht als vormoderne, defizitäre Vorstufe des Nationalstaats gedacht, sondern als politisches, kulturelles und administratives Gebilde sui generis. In diesem Verständnis brachte das Großreich eigene Ordnungsvorstellungen in Bezug auf die Gesellschaft, den Staat und dessen Territorium hervor.

Letzteres bedeutet, gewendet auf die autobiographische Erfahrung jener, die in den Imperien des 19. Jahrhunderts lebten, dass diese sich fundamental von nationalstaatlich geprägten Lebensbeschreibungen unterschieden. Genau dies reflektiert das von Malte Rolf und Tim Buchen entwickelte Konzept der imperialen Biografien (Buchen/Rolf 2014, 2015), das ausschließlich die Eliten der Großreiche in den Blick nimmt. Die grundlegende These lautet hier, dass es die Personen (meistens Männer) an der Spitze von Verwaltung, Militär, Wirtschaft und Wissenschaft waren, die die Großreiche im Inneren zusammenhielten. Sie entwickelten mentale Konzepte vom imperialen Raum als zusammenhängendes Ganzes und tauschten sich in öffentlichen Foren darüber aus, repräsentierten gegenüber der Bevölkerung staatliche Autorität, waren kontinuierlich beruflich wie privat über weite Distanzen mobil und verbanden auf diese Weise die verschiedenen Reichsteile miteinander.

Der Oldenburger Workshop nahm diese Prämissen der imperialen Biografien kritisch unter die Lupe: Inwiefern eignet sich der biographische Ansatz dafür, eine Art von imperialer Kollektividentität nachzuzeichnen? Reproduziert die Engführung auf „große weiße Männer“ nicht eine problematische und verzerrte zeitgenössische Perspektive, die Minderheiten, Frauen und sozial minderprivilegierte Gruppen ausschließt? Wie tragfähig ist die Unterscheidung von „nationaler“ und „imperialer“ Biographie gerade auch mit Blick auf das späte 19. Jahrhundert, in dem ein in vielen Teilregionen aufblühender separatistischer Nationalismus einerseits und ein zentralistisch gesteuerter imperialer Nationalismus andererseits die entsprechenden Kategorien vermischte? Schließlich: Lässt sich die theoretische Komplexität von historisch-biographischer Forschung mit einer ansprechenden sprachlichen Darstellung vereinbaren? Die in diesem Themenheft versammelten Beiträge sind ein Resultat dieses Diskussionsprozesses und entwickeln das Konzept der imperialen Biografien in neue Richtungen weiter

Inhaltsverzeichnis

Benedikt Tondera

Einleitung

Alexa von Winning

Schnittstellen: Familien, Biographien und Empires

Abdulhamit Kırmızı

Identitäten quantifizieren. Nichtmuslime in der spätosmanischen Beamtenschaft

Tamara Scheer

Tornisterkinder. Österreichische Identität im Wandel von der Monarchie zur Republik

Barbara Henning

Ein Urgroßvater aus Zentralasien für eine Tochter der Republik. Kollektivbiographische Perspektiven auf die Nachkommen des Propheten am Beispiel der Memoiren von Saffet Tanman (1912-2012)

Philipp Schedl

„Wahrhaft russische Menschen“ und „Verteidiger der russischen Sache“. Konstruktionen kollektiver Identität bei russischen Grenzlandnationalisten im späten Zarenreich

Benedikt Tondera

Erkenntnisse aus der digitalen Auswertung der „Listen ziviler Dienstränge“ aus dem späten Zarenreich

Weitere Hefte ↓

- [BIOS. Zeitschrift für Biographieforschung, Oral History und Lebensverlaufsanalysen 35 \(2022\), 1: Neue Wege in der Biographieforschung. Über die Potenziale kollektivbiographischer Ansätze für die Erforschung von Großreichen im 19. Jahrhundert, Hg. v. Benedikt Tondera](#)
- [BIOS. Zeitschrift für Biographieforschung, Oral History und Lebensverlaufsanalysen, 33 \(2020\), 2](#)
- [BIOS. Zeitschrift für Biographieforschung, Oral History und Lebensverlaufsanalysen, 33 \(2020\), 1](#)
- [BIOS. Zeitschrift für Biographieforschung, Oral History und Lebensverlaufsanalysen 32 \(2019\), 1–2: 30 Jahre BIOS. Ein Reader mit Beiträgen zum Wiederlesen](#)
- [BIOS. Zeitschrift für Biographieforschung, Oral History und Lebensverlaufsanalysen 31 \(2018\), 2: \(Post-\)Industrial Memories. Oral History and Structural Change](#)
- [BIOS. Zeitschrift für Biographieforschung, Oral History und Lebensverlaufsanalysen 31 \(2018\), 1\): Oral History in der akademischen Lehre \(Schwerpunkt hrsg. von Linde Apel und Karin Orth\)](#)
- [BIOS. Zeitschrift für Biographieforschung, Oral History und Lebensverlaufsanalysen 30 \(2017\), 1-2: Digital Humanities und biographische Forschung. Positionsbestimmungen und Analysen \(Schwerpunkt\)](#)
- [BIOS. Zeitschrift für Biographieforschung, Oral History und Lebensverlaufsanalysen 29 \(2016\), 2: Biographie und Geschichte in der Bildungsforschung](#)
- [BIOS. Zeitschrift für Biographieforschung, Oral History und Lebensverlaufsanalysen 29 \(2016\), 1: Verwaltete Biographien](#)

>>>> ...

Zitation

BIOS. Zeitschrift für Biographieforschung, Oral History und Lebensverlaufsanalysen 35 (2022), 1. , In: H-Soz-Kult, 04.03.2024, <www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-142416>. Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

05) Religion und Gesellschaft in Ost und West 52 (2024), 2

Zeitschriftentitel

[Religion und Gesellschaft in Ost und West \(RGOW\)](#)

Weiterer Titel

Unter dem Radar. Belarus nach den Protesten

Zürich 2024: [Selbstverlag](#)

<https://rgow.eu/zeitschrift/2024/2>

Preis Jahresabonnement (print&digital) CHF 110,00; Abo für Studierende CHF 65,00;
Einzelheft CHF 15,00

ISSN [2253-2465](#)

Kontakt

*Religion und Gesellschaft in Ost und West (RGOW)
Institut G2W*

8002 Zürich, Bederstr. 76

Von

Regula Zwahlen, Forum RGOW, Religion & Gesellschaft in Ost und West (RGOW)

Belarus ist weitgehend aus der Aufmerksamkeit der internationalen Öffentlichkeit verschwunden. Unter dem Radar versucht Alexander Lukaschenka sein diktatorisches Regime immer fester zu verankern. Tausende Bürgerinnen und Bürger, die 2020 gegen die gefälschten Präsidentschaftswahlen protestiert hatten, haben inzwischen das Land verlassen, Menschenrechtsorganisationen sprechen von ca. 1500 politischen Gefangenen.

Höchste Zeit, einen genaueren Blick auf Belarus zu werfen: Vom Zustand des Regimes über neue und alte Formen des Widerstands, die belarusische Literaturszene im Ausland, wo die Bücher von "extremistischen" Autoren noch publiziert, verkauft und gelesen werden können, bis zur religiösen Sphäre des Landes, die ebenfalls immer stärker kontrolliert wird.

Inhaltsverzeichnis

Ingo Petz: Der Geist der Zukunft. Belarus in den Blick nehmen

Belarus erhält im Westen nur sporadisch Aufmerksamkeit, obwohl die Diktatur an der Grenze zur EU mit engen Verbindungen zu Russland Europa wesentlich mehr beschäftigen sollte. Die eindrücklichen Massenproteste 2020 brachten das Land zwar kurz ins Scheinwerferlicht, seither ist es aber wieder in Vergessenheit geraten und die Situation im Land hat sich deutlich verschlechtert. Die unerschütterlichen Aktivitäten der belarusischen Opposition im Exil geben dennoch Hoffnung auf eine demokratische Zukunft.

Aliaksei Bratachkin: Der Schein einer „Normalisierung“. Belarus nach den Protesten von 2020

Auf die Proteste gegen die gefälschten Präsidentschaftswahlen 2020 hat das belarusische Regime mit verstärkten Repressionen reagiert. Die Überwachung der Gesellschaft und Verfolgung von Regimegegnern hat enorme Ausmaße angenommen und zu einer Massenemigration geführt. Außenpolitisch ist Belarus noch näher an Russland gerückt und riskiert, seine Unabhängigkeit zu verlieren. Die Entwicklungen sprechen für eine andauernde Krise des autoritären Systems, dessen Anpassungsfähigkeit an Grenzen stößt.

Tatsiana Astrouskaya: Alte und neue Taktiken des (digitalen) Widerstands gegen Krieg und Autoritarismus

Nach der Revolution von 2020 hat sich der Widerstand in Belarus in den digitalen Raum verlagert. Damit ist er grenzüberschreitend geworden und hat eine größere Reichweite gewonnen, zudem bleiben die zahlreichen emigrierten Oppositionellen involviert. Gleichzeitig bleiben traditionelle Menschenrechtsaktivitäten wie die Dokumentation von politisch motivierten Gerichtsfällen oder das aus der Sowjetunion bekannte Schreiben von Briefen an politische Gefangene relevant. Mit dem Samisdat hat sogar eine analoge Praxis aus der Sowjetzeit ein Revival erlebt.

Seite B 141 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Alhierd Bacharevič: Wie ich Extremist wurde. Verbotene Literatur in Belarus

Seit der Niederschlagung der Proteste gegen die gefälschten Präsidentschaftswahlen 2020 in Belarus ist der Extremismus-Begriff enorm ausgeweitet worden. Alle möglichen Publikationen, aber auch Personen und Gruppen werden als extremistisch eingestuft, wenn sie sich gegen die staatliche Politik positionieren. Extremistische Bücher werden verboten und zerstört, ihre Autoren von ihrem Publikum abgeschnitten. Zugleich verweist die Entwicklung auf einen neuen, gestiegenen Stellenwert der Literatur in der belarusischen Gesellschaft.

Nina Weller: Belarusische Literatur trotz(t) Verboten, Repressionen und Vertreibung

Seit der Niederschlagung der Proteste gegen das autoritäre Regime läuft in Belarus die Repressionsmaschinerie auf Hochtouren. Bücher werden verboten, Verlage zwangsliquidiert. Zahlreiche Akteure der unabhängigen Kultur- und Literaturszene haben das Land verlassen. Der belarusische Staat setzt alles dran, um auch das freie Wort der belarusischen Literatur zum Schweigen zu bringen. Doch hat er nicht mit der Durchhaltekraft und dem Einfallsreichtum der unabhängigen Literaturszene gerechnet, die in Schattenzonen oder im Ausland neue, zwar steinige, aber bescheiden-wirkungsvolle Wege findet, belarusische Literatur zu schreiben, zu verlegen und zu vernetzen.

Nina Weller im Gespräch mit Iryna Herasimovich und Sylvia Sasse: 33 Bücher für ein anderes Belarus

Die Aktion 33 Bücher für ein anderes Belarus setzt auf neue Publikationswege für belarusische Literatur, indem sie belarusische Bücher in unterschiedlichen europäischen Verlagen erscheinen lässt. Die Idee knüpft an die Tradition des Tamizdat zur Zeit des Kalten Kriegs an und schreibt sie kreativ fort. Nina Weller hat mit den beiden Initiatorinnen Iryna Herasimovich und Sylvia Sasse über das Projekt gesprochen.

Alexander Shramko: Repressionswalze und Hoffnungsschimmer: Die orthodoxe Kirche in Belarus:

Nach der Protestwelle von 2020 säubert das belarusische Regime auch das religiöse Feld. Seit dem Angriff Russlands auf die Ukraine nehmen die Repressionen noch zu. Während regimetreue Geistliche gefördert werden, werden illoyale Geistliche abgesetzt, strafrechtlich verfolgt oder sie emigrieren. Einige Priester im Exil haben im litauischen Exarchat des Ökumenischen Patriarchats eine neue geistliche Heimat gefunden.

Sergei Yushkevich: Die Umweltstrategie der Belarusischen Orthodoxen Kirche

Mit ihren Umweltaktivitäten nehmen zwei Eparchien der Belarusischen Orthodoxen Kirche unter den Religionsgemeinschaften in Belarus eine Pionierrolle ein. Umweltinitiativen existieren auf allen kirchlichen Ebenen. Allerdings gibt es auch einige schwierige Fragen zum ökologischen Verhalten der Kirche, und nur wenige Kirchgemeinden beteiligen sich an Umweltaktivitäten.

Aliaksei Lastouski: Durchhalten in der Finsternis: Die katholische Kirche in Belarus

Auch gegenüber der katholischen Kirche in Belarus haben seit den Protesten von 2020 die Repressionen zugenommen. Die katholischen Bischöfe unterstützen die angegriffene Ukraine zwar eher vorsichtig und haben eine eindeutige Verurteilung Russlands als Aggressor vermieden, doch auch dies wertet das Regime bereits als illoyales Verhalten.

Seite B 142 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Umgekehrt kritisieren Gläubige und Priester die Bischöfe für ihre zögerliche Unterstützung der Ukraine.

Buchbesprechungen

Elena Korosteleva, Irina Petrova, Anastasiia Kudlenko (eds.): Belarus in the Twenty-First Century. New York 2023

Lizaveta Kasmach: Belarusian Nation-Building in Times of War and Revolution. Budapest 2023

Zitation

Religion und Gesellschaft in Ost und West 52 (2024), 2. , In: *H-Soz-Kult*, 29.02.2024, www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-142410.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

06) Religion und Gesellschaft in Ost und West 52 (2024), 1

Zeitschriftentitel

[Religion und Gesellschaft in Ost und West \(RGOW\)](http://www.rgow.eu)

Weiterer Titel

Richtungswahl. Polen, Ungarn, Armenien

Zürich 2024: [Selbstverlag](http://www.selbstverlag.ch)

<https://rgow.eu/zeitschrift/2024/1>

Preis Jahresabonnement (print&digital) CHF 110,00; Abo für Studierende CHF 65,00; Einzelheft CHF 15,00

ISSN [2253-2465](http://www.issn.org)

Kontakt

Religion und Gesellschaft in Ost und West (RGOW)

Institut G2W

8002 Zürich, Bederstr. 76

Von

Regula Zwahlen, RGOW, Religion & Gesellschaft in Ost und West (RGOW)

Bei der richtungsweisenden Parlamentswahl in Polen im Oktober 2023 ist die bisherige Regierungspartei abgewählt worden. Die neue Regierung steht vor beträchtlichen Herausforderungen, dennoch besteht Hoffnung auf eine Wiederherstellung des Rechtsstaats. Anders sieht die Situation in Ungarn aus, wo ein umstrittenes "Souveränitätsgesetz" verabschiedet wurde; unklar ist auch die Zukunft der armenischen Flüchtlinge aus Berg-Karabach. Ausserdem nehmen wir verschiedene Auswirkungen von Russlands Krieg gegen die Ukraine in den Blick.

Inhaltsverzeichnis

Reinhold Vetter: Aufbruchstimmung. Polens Rechte verliert die Macht

Die Parlamentswahl vom 15. Oktober 2023 hat der langjährigen Regierungszeit der nationalkonservativen Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) in Polen ein Ende gesetzt. Der Regierungswechsel verdankt sich einer rekordhohen Wahlbeteiligung, allerdings bleibt die PiS die stärkste Partei. Die neue Regierungskoalition steht vor enormen Aufgaben, wenn sie die von ihren Vorgängern ausgehöhlte Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit wiederherstellen will. Der PiS-nahe Staatspräsident versucht die Arbeit der neuen Regierung zu obstruieren.

Péter Techet: Orbáns Souveränität: Recht als politisches Mittel

In Ungarn hat die Regierung im Dezember 2023 ein sog. Souveränitätsgesetz verabschiedet, das ausländische Einflussnahme verhindern soll. Das neue Gesetz ist ein politisches Mittel der Regierung, um Oppositionelle sowie regierungskritische Medien und NGOs öffentlich zu diskreditieren und noch stärker zu marginalisieren, als sie es sowieso schon sind.

Harutyun G. Harutyunyan: Flucht ins Ungewisse: Der erzwungene Exodus der Armenier aus Berg-Karabach

Nach dem erneuten aserbaidischen Angriff auf Berg-Karabach und der Kapitulation der de facto autonomen Republik ist die armenische Bevölkerung fast vollständig nach Armenien geflohen. Das Land war auf die Ankunft von 120 000 Flüchtlingen kaum vorbereitet und steht weiterhin vor der Herausforderung, die Geflüchteten zu integrieren. Lokale Initiativen, unter anderem von der Armenischen Apostolischen Kirche, helfen dabei.

Ruslan Suleymanov: Ambivalentes Bild. Reaktionen der muslimischen Welt auf den Ukraine-Krieg

Die Vielfalt der muslimischen Staaten spiegelt sich auch in ihren Reaktionen auf Russlands Krieg gegen die Ukraine wider. Für viele arabische Länder sind vor allem die Auswirkungen des Kriegs auf den globalen Getreidehandel zentral. Die Türkei versucht sich als Vermittler zwischen Moskau und dem Westen zu positionieren. Dagegen hat der Iran seine wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland, vor allem im militärisch-industriellen Komplex, deutlich vertieft.

Ksenia Luchenko: Umstrittene Mission: Afrikanisches Exarchat der Russischen Orthodoxen Kirche

In den letzten Jahren hat das Moskauer Patriarchat in Afrika einen aggressiven Expansionskurs verfolgt, der in der Weltorthodoxie auf verbreitete Ablehnung stößt. In Form eines eigenen Exarchats wirbt es dem Patriarchat von Alexandria Geistliche und Gläubige ab, was mithilfe von Finanzmitteln russischer Unternehmen gelingt. Die Anwesenheit der Russischen Orthodoxen Kirche in Afrika dient dem russischen Staat vor allem als Propagandamittel und Soft Power.

Regula Zwahlen: Des Patriarchen orthodoxe Patrioten: 25. Weltkonzil des Russischen Volks

Der russische Patriarch steht nicht nur der Russischen Orthodoxen Kirche vor, sondern auch dem „Weltkonzil des Russischen Volks“, das patriotische Kräfte zur geistlichen und kulturellen Wiedergeburt Russlands versammelt. Das Weltkonzil ist tonangebend bei der Entwicklung nationalpatriotischen und revanchistischen Gedankenguts. Seit 2014 steht der Krieg gegen die Ukraine im Zentrum, deren Hinwendung zum „satanischen Westen“ mit allen Mitteln bekämpft werden müsse.

Buchbesprechungen

Reinhold Vetter: Polen im 21. Jahrhundert, Baden-Baden 2023

Rainer Bendel, Robert Pech (Hg.): Christen und totalitäre Herrschaft in den Ländern Ostmittel- und Südosteuropas von 1945 bis in die 1960er Jahre, Wien 2023

Marco Besl, Simone Oelke (Hg.): Politische Macht und orthodoxer Glaube. Beziehungen zwischen Politik und Religion in Osteuropa. Regensburg 2023

Klementyna Suchanow: Das ist Krieg. Die geheimen Strategien radikaler Fundamentalisten zur weltweiten Abschaffung der Menschenrechte. München 2023

Weitere Hefte ↓

- <<<<<<< HEAD
- [Religion und Gesellschaft in Ost und West 52 \(2024\), 2: Unter dem Radar. Belarus nach den Protesten](#)
=====
- [Religion und Gesellschaft in Ost und West 52 \(2024\), 2: Unter dem Radar. Belarus nach den Protesten](#)
>>>>>>> 78bd62693442c74ee4226e991cc4f1cab60ba582 <<<<<<< HEAD
- [Religion und Gesellschaft in Ost und West 52 \(2024\), 1: Richtungswahl. Polen, Ungarn, Armenien](#)
=====
- [Religion und Gesellschaft in Ost und West 52 \(2024\), 1: Richtungswahl. Polen, Ungarn, Armenien](#)
>>>>>>> 78bd62693442c74ee4226e991cc4f1cab60ba582 <<<<<<< HEAD
- [Religion und Gesellschaft in Ost und West \(RGOW\) 51 \(2023\), 9: Schlaglichter. Ukraine in Geschichte und Gegenwart](#)
=====
- [Religion und Gesellschaft in Ost und West \(RGOW\) 51 \(2023\), 9: Schlaglichter. Ukraine in Geschichte und Gegenwart](#)
>>>>>>> 78bd62693442c74ee4226e991cc4f1cab60ba582 <<<<<<< HEAD
- [Religion und Gesellschaft in Ost und West \(RGOW\) 51 \(2023\), 7-8: Im Fluss. Flusslandschaften im östlichen Europa](#)
=====
- [Religion und Gesellschaft in Ost und West \(RGOW\) 51 \(2023\), 7-8: Im Fluss. Flusslandschaften im östlichen Europa](#)
>>>>>>> 78bd62693442c74ee4226e991cc4f1cab60ba582 <<<<<<< HEAD
- [Religion und Gesellschaft in Ost und West \(RGOW\) 51 \(2023\), 6: Stürmische Zeiten. Ökumene - Baltikum](#)
=====

- [Religion und Gesellschaft in Ost und West \(RGOW\) 51 \(2023\), 6: Stürmische Zeiten. Ökumene - Baltikum](#)
>>>>>> 78bd62693442c74ee4226e991cc4f1cab60ba582 <<<<<<< HEAD
- [Religion und Gesellschaft in Ost und West \(RGOW\) 51 \(2023\), 5: Schwierige Nachbarschaften. Russland, Südkaukasus und Zentralasien](#)
=====
- [Religion und Gesellschaft in Ost und West \(RGOW\) 51 \(2023\), 5: Schwierige Nachbarschaften. Russland, Südkaukasus und Zentralasien](#)
>>>>>> 78bd62693442c74ee4226e991cc4f1cab60ba582 <<<<<<< HEAD
- [Religion und Gesellschaft in Ost und West \(RGOW\) 51 \(2023\), 4: Spurensuche. Zeitschrift für Geschichte der Erwachsenenbildung und Wissenschaftspopularisierung 51 \(2023\), 4](#)
=====
- [Religion und Gesellschaft in Ost und West \(RGOW\) 51 \(2023\), 4: Spurensuche. Zeitschrift für Geschichte der Erwachsenenbildung und Wissenschaftspopularisierung 51 \(2023\), 4](#)
>>>>>> 78bd62693442c74ee4226e991cc4f1cab60ba582 <<<<<<< HEAD
- [Religion und Gesellschaft in Ost und West \(RGOW\) 51 \(2023\), 3: Erschüttert. Kirchliche Friedensethik und Ökumene](#)
=====
- [Religion und Gesellschaft in Ost und West \(RGOW\) 51 \(2023\), 3: Erschüttert. Kirchliche Friedensethik und Ökumene](#)
>>>>>> 78bd62693442c74ee4226e991cc4f1cab60ba582 <<<<<<< HEAD
- [Religion und Gesellschaft in Ost und West 51 \(2023\) 11-12: Risiken und Nebenwirkungen. Toxische Landschaften und Gesundheitsbedrohungen](#)
=====
- [Religion und Gesellschaft in Ost und West 51 \(2023\) 11-12: Risiken und Nebenwirkungen. Toxische Landschaften und Gesundheitsbedrohungen](#)
>>>>>> 78bd62693442c74ee4226e991cc4f1cab60ba582 >>>>> ...

Zitation

Religion und Gesellschaft in Ost und West 52 (2024), 1. , In: *H-Soz-Kult*, 16.02.2024, www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-141912.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

07) Zeitschrift für Neuere Rechtsgeschichte 45 (2023), 3–4

Wien 2023: [MANZsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung](#)

<https://doi.org/10.5771/0250-6459-2023-3-4>

ISSN [0250-6459](#)

Kontakt

Zeitschrift für Neuere Rechtsgeschichte (ZNR)
Wien

https://www.univie.ac.at/znr/?page_id=17

Von

Josef Pauser, Institut für Rechts- und Verfassungsgeschichte, Universität Wien

Zeitschrift für Neuere Rechtsgeschichte 45 (2023), 3–4

Inhaltsverzeichnis

Nachruf

Dietmar Willoweit (1936–2023), in: ZNR 45 (2023), S. 173

Beiträge

MARTIN LÖHNIG, Regensburg

„Ein Beamtenstand in der Justiz, welcher in keinem anderen deutschen Lande übertroffen wäre“ – Die Erstbesetzung des Appellationsgerichts Colmar 1871, in: ZNR 45 (2023), S. 174–211

The German Reichsanzeiger of 13 September 1871 names nineteen men who would take up their duties on 1 October 1871 at the Colmar Court of Appeal, the highest court located in the new “Reichsland Alsace-Lorraine”. Until then, they had been in the service of the French, Prussian, Bavarian, or Baden states. Now they were to form the core of a new elite. What kind of court were these men to belong to? What powers did it have? What can be learned about the origins and lives of the members of this first line-up of the Colmar Court of Appeal? What were the career paths of these men? How was it possible to design a judicial elite on the drawing board that was not surpassed by any other German country (Bismarck)?

PETER COLLIN, Frankfurt/Main

Ambivalenzen des Schiedsgerichtsverständnisses im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert – Das Beispiel der Schiedsgerichte der Sozialversicherung, in: ZNR 45 (2023), S. 212–233

The text starts from the observation that the concept of arbitration played an important role not only in the development of private conflict resolution, but also in the handling of sociopolitical conflict settings in which the state was involved. For such conflicts, public arbitration courts were created since the second half of the 19th century – as an alternative

to both ordinary jurisdiction and administrative institutions of conflict resolution. In this article, the focus is on the arbitration courts of the social security system. The paper asks what role these arbitration courts played as forums of participation, it problematizes the independence of the arbitration courts, and it shows what procedural and material normative rationalities these arbitration courts followed. The article will show that the introduction of these arbitration courts contributed significantly to making the new social security system a success story. The simple and inexpensive procedure, the principle of official investigation and equal representation were decisive for the acceptance of the new jurisdiction. On the other hand, the arbitration courts did not function as popular instances of worker-friendly equity jurisprudence. Rather, they became transmission belts of a social policy defined and controlled largely autonomously by the Reich Insurance Office.

AHMET ARSLAN, Göttingen

Ernst Eduard Hirschs und Eugen Ehrlichs Konzepte des „lebenden Rechts“ im Lichte der Rezeption westeuropäischen Rechts in der Türkei, in: ZNR 45 (2023), S. 234–258

In a historically unprecedented move, the Republic of Türkiye adopted a large number of codes from Western Europe beginning in 1926. The most important code adopted was the Swiss Civil Code. This global reception was part of the modernisation and secularisation of Türkiye. One of the protagonists who played a major role in this legal modernisation was the German professor Ernst Eduard Hirsch, who witnessed the legal development in Türkiye top down, where he had sought exile from the National Socialists. On the other hand, Eugen Ehrlich, with his concept of living law, argues that the legal development can primarily take place bottom-up. The aim of this article is to examine whether or not this top-down legal development has been successful in Türkiye from the perspective of the centenary, to show the motives of the Turkish legislator, the role of Hirsch in this reception, and to evaluate the views of Ehrlich and Hirsch about legal development through the Turkish reception. The successful top-down legal modernisation during the hundred years of the Republic of Türkiye confirms Hirsch's views on legal development on the one hand, and falsifies Ehrlich's on the other. However, the structure of the Swiss Civil Code is also conducive to the bottom-up legal development in Türkiye.

ANDRÉ LEPEJ, Heidelberg

„[E]ine der komplexesten Erscheinungen der modernen Zeitgeschichte“ – Eduard Wahl als Gutachter im Nürnberger I.G. Farben-Prozess (1947/1948), in: ZNR 45 (2023), S. 259–279

As a special counsel for all defendants, the Heidelberg law professor Eduard Wahl (1903–1985) provided several expert opinions on the fundamental legal issues of the Nuremberg I.G. Farben-Trial 1947/1948 and commented on various occasions about the legal and social problems of the court case. Wahl, who commented on both the formal and the substantive legal issues, emerged as a sharp critic of the legal bases and procedural maxims of the Nuremberg courts. In addition to the objection to the prohibition of retroactive penal laws (*ex post facto* laws) and the *tu quoque*-objection, which demanded impunity with regard to the offenses also committed by the Allies and now punishable, Wahl defended the nullity of the Kontrollratsgesetz No. 10 on the basis of the *iudex inhabilis*-objection insofar as it punished the German war of aggression against Poland. On the occasion of Eduard Wahl's 120th birthday, his expert opinions and other journalistic statements are to be evaluated in this treatise from a systematizing point of view and integrated into the contemporary discussion.

Diskussion

MATHIAS REIMANN, Ann Arbor

Master Narratives und „Fragmentierung“ in der amerikanischen

Rechtsgeschichtsschreibung. Ein Bericht aus der Neuen Welt, in: ZNR 45 (2023), S. 280–297

The article discusses both „master narratives“ and „fragmentation“ in US-American legal historiography; while it connects these two aspects to one another, it refrains from making broad claims about their causal relationship. „Master narratives“ can be understood in two ways. It can mean comprehensive works in the sense of treatises covering a large area of legal history; in the United States, such works are few and far between, they do not occupy a prominent place, and they do not provide the discipline with significant coherence. „Master narratives“ can also mean essential explanations or interpretations of legal history; there is no lack of such „narratives“, but their variety is so broad that they do not proffer much overall guidance for the discipline either. In recent decades, American legal historiography has been increasingly „fragmented“. Today, it consists overwhelmingly of individual („micro“) studies. These studies are often of high quality but they are rarely being connected to overarching themes and thus produce little synergy. This situation is not primarily due to increasing specialization but rather to a pervasive, quasi-postmodern, doubt regarding the validity (or at least, utility) of general theories or explanations. As a result, current scholarship produces many interesting bits and pieces but very little insight into an understanding of the course and nature of American legal history writ large.

Literatur

Metin Batkin, Die Rezeption „westlicher“ Verfassungsrechte in der Türkei. Die türkische Verfassung von 1961 (= Schriften zur Rechtsgeschichte 199). Duncker & Humblot, Berlin 2021 (Christian Rumpf), in: ZNR 45 (2023), S. 298–301

Joachim Brüser, Reichsständische Libertät zwischen kaiserlichem Machtstreben und französischer Hegemonie. Der Rheinbund von 1658. Aschendorff Verlag, Münster 2020 (Gabriele Haug-Moritz), in: ZNR 45 (2023), S. 302–304

Marc Buggeln, Das Versprechen der Gleichheit. Steuern und soziale Ungleichheit in Deutschland von 1871 bis heute. Suhrkamp, Berlin 2022 (Franz Hederer), in: ZNR 45 (2023), S. 304–306

Katharina Flechsig, Von Causenflickern und Rittern der Rechte. Juristenkritik und Juristenideal in der Frühen Neuzeit. Universitätsverlag, Göttingen 2021 (Andreas Deutsch), in: ZNR 45 (2023), S. 306–308

Xunxiang Wu, Volkmar Vorarbeiten zum Allgemeinen Preußischen Landrecht von 1794 (= Schriften zur Preußischen Rechtsgeschichte 7), Peter Lang, Berlin etc 2022 (Bernd Mertens), in: ZNR 45 (2023), S. 308–310

Zeitschriftenschau, in ZNR 45 (2023), S. 311–352

Zitation

Zeitschrift für Neuere Rechtsgeschichte 45 (2023), 3–4. , In: *H-Soz-Kult*, 06.02.2024, www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-141805.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de

08) Blätter für deutsche und internationale Politik 69 (2024) 2

Berlin 2024: [Blätter Verlag](#)
Erscheint monatlich

<https://www.blaetter.de/ausgabe/2024/februar>

128 Seiten.

Preis Jahresabo € 93,60; ermäßigt € 74,40; Auslandszuschläge auf Anfrage; Einzelheft € 11,00 (zzgl. Versand)

ISSN [0006-4416](#)

Kontakt

*Blätter für deutsche und internationale Politik
Berlin*

c/o

*Blätter-Redaktion Berlin: Anne Britt Arps, Albrecht von Lucke, Annett Mängel, Steffen Vogel
Online-Redaktion: Tessa Penzel
Torstraße 178 10115 Berlin Tel. 030/3088 3640
Fax 030/3088 3645*

Von

Anne Britt Arps

Liebe Leserinnen und Leser,

In der Februar-Ausgabe der „Blätter für deutsche und internationale Politik“ analysiert Michael Tomasky, was die US-Demokraten der faschistischen Bedrohung durch Donald Trump noch entgegensetzen können. Zwei Jahre nach Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine unterstreicht Steffen Vogel die Notwendigkeit glaubhafter Abschreckung gegen den Kreml. Ahmed Fouad Alkhatib hegt Hoffnungen auf einen Frieden zwischen Israelis und Palästinensern, trotz der Verheerungen in Gaza und des Leids auf beiden Seiten. Meron Mendel plädiert in der Debatte um Kunstfreiheit und Antisemitismus für eine Kultur der Kritik, nicht des Verbots. Und Simone Schlindwein zeigt auf, wie afrikanische Staaten die Vermüllung des Planeten mit Plastik eindämmen wollen.

Weitere Themen im Februar: Gegen Ampel und AfD: Die mobilisierte Republik, Social Media: Die digitale Dominanz der AfD brechen!, Die aufgestaute Wut: Landwirte in der Zerreißprobe, Klimaschutz und fossile Geschäfte: Der janusköpfige Westen, Der postmoderne Konservatismus, Sozialer Wohnungsbau: Reform oder Bedeutungslosigkeit, Polen: Illiberal gegen den Illiberalismus?, Russlands Weg zur Kriegsgesellschaft, Myanmar: Militärdiktatur vor dem Sturz? u.v.m.

Mit herzlichen Grüßen

Ihre „Blätter“-Redaktion

<https://www.blaetter.de/ausgabe/2024/februar>

Inhaltsverzeichnis

KURZGEFASST

Michael Tomasky: Amerika vor der letzten Wahl? Die faschistische Bedrohung und die Aufgabe der US-Demokraten. S. 57-66

Vieles deutet auf einen Sieg Donald Trumps bei der US-Präsidentenwahl im November hin. Was aber können die Demokraten tun, um diese gefährliche Entwicklung noch zu stoppen? Der US-amerikanische Politikwissenschaftler und leitende Redakteur der „The New Republic“, Michael Tomasky, sieht für die Partei nur eine Chance: Will sie Trump besiegen, muss sie deutlich offensiver und selbstbewusster auftreten. Denn bei der Wahl gehe es um nichts Geringeres als den Kampf gegen den Faschismus.

Steffen Vogel: Den großen Krieg verhindern. Der ukrainische Überlebenskampf und die Verantwortung Europas, S. 67-74

Zwei Jahre nach dem gescheiterten Überfall russischer Truppen auf Kiew scheint der Frontverlauf zwischen Russland und der Ukraine festgefahren. Während sich der Kreml auf einen langen Krieg einstellt, macht sich in vielen westlichen Staaten Kriegsmüdigkeit breit. „Blätter“-Redakteur Steffen Vogel warnt: Wenn sich die EU nicht der bitteren Notwendigkeit einer glaubhaften Abschreckung stellt, droht der Ukraine eine Niederlage – mit fatalen Folgen für die europäische Sicherheitsordnung.

Sebastian Hoppe: Personenkult und Regression: Russlands Umbau zur Kriegsgesellschaft, S. 75-82

Seit dem Beginn der russischen Invasion in die Ukraine vor zwei Jahren sind eine ganze Reihe Bücher zu den Ursachen des Angriffskriegs erschienen. Der Politikwissenschaftler Sebastian Hoppe hat sie gelesen und hebt vor allem zwei prägende Merkmale Russlands hervor: Personalisierung und gesellschaftliche Regression. Das aber sei die gleiche brandgefährliche Mischung, die auch in Ländern wie der Türkei oder China am Werk ist.

Ahmed Fouad Alkhatib: Israel hat meine Familie getötet, aber nicht meine Hoffnung, S. 83-88

Seit dem grausamen Überfall der Hamas vom 7. Oktober führt Israel einen erbarmungslosen Militäreinsatz in Gaza. Der US-amerikanische Autor und Aktivist Ahmed Fouad Alkhatib – selbst in Gaza aufgewachsen – beschreibt, wie die Hamas zuvor mit Unterstützung des israelischen Premierministers Benjamin Netanjahu jede Friedenslösung torpediert hat, und plädiert für die gegenseitige Anerkennung der jeweiligen Traumata.

Meron Mendel: Kunstfreiheit und Antisemitismus. Für eine Kultur der Kritik, nicht des Verbots, S. 89-96

Die Kunst- und Kulturwelt ist bezüglich Israel zutiefst gespalten. Der Historiker Meron Mendel zeichnet nach, wie sich dieser Konflikt von der „Mbembe-Debatte 2020“ über die Documenta Fifteen bis heute fortentwickelt hat. Im Spannungsfeld von Kunstfreiheit und dem Schutz von Minderheiten plädiert er für eine Kultur der Kritik statt für staatliche Eingriffe.

Seite B 151 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Reinhard Olschanski: Das Ende der grünen Hegemonie? Warum die Konservativen heute postmodern sind, S. 97-106.

In einem Essay verkündete der Rechtskonservative Andreas Rödder kürzlich das Ende der Hegemonie grüner, postmoderner Positionen. Der Philosoph Reinhard Olschanski widerspricht und sieht den „postmodernen“ Abschied von der Realität eher bei den Rechtskonservativen, während sich Klimaschutz an der harten physikalischen Wirklichkeit orientiere.

Susanne Götze: Klimaschutz und fossile Geschäfte: Der janusköpfige Westen, S. 107-112

Das 1,5-Grad-Ziel ist kaum noch einzuhalten und dennoch verhalten sich westliche Staaten widersprüchlich, so die Publizistin Susanne Götze: Während sie bei der Klimakonferenz zu Recht auf einen Ausstieg aus fossilen Energieträgern drängen, investieren sie gleichzeitig in dieselben.

Simone Schlindwein: Plastik als globale Gefahr. Warum afrikanische Staaten für ein internationales Abkommen kämpfen, S. 113-118

Große Mengen an Plastik schädigen weltweit, besonders aber im Globalen Süden, Ökosysteme und Menschen. Die Afrika-Korrespondentin Simone Schlindwein legt dar, warum gerade viele Länder Ostafrikas auf ein global bindendes Abkommen zur Reduzierung von Plastikmüll hinarbeiten.

Dieter Rink und Björn Egner: Sozialer Wohnungsbau: Reform oder Bedeutungslosigkeit, S. 119-124

Für immer mehr Großstädter hierzulande werden die Mieten zur finanziellen Herausforderung. Doch die Pläne der Ampel, jährlich 100 000 neue Sozialwohnungen zu bauen, können die Not nicht entschärfen, so der Stadtsoziologe Dieter Rink und der Politikwissenschaftler Björn Egner. Wird der soziale Wohnungsbau nicht reformiert, droht ihm die Bedeutungslosigkeit.

Inhaltsverzeichnis

KOMMENTARE

Gegen Ampel und AfD: Die mobilisierte Republik von Albrecht von Lucke, S. 5

Erheben wir Einspruch – gegen den Rechtsruck! Von Claus Leggewie, S. 9

Social Media: Die digitale Dominanz der AfD brechen! Von Johannes Hillje, S. 13

Die aufgestaute Wut: Landwirte in der Zerreißprobe von Tanja Busse, Christiane Grefe, S. 17

EU-Lieferkettengesetz: Und wieder sabotiert die FDP von Armin Paasch, S. 21

Green New Deal: Gegen das soziale Vakuum der EU von Regina Viotto, S. 25

Polen: Illiberal gegen den Illiberalismus? Von Jan Opielka, S. 29

Serbien: Aufbegehren gegen die Autokratie von Vedran Džihic, S. 33

Pakistan vor der Wahl: Die gesteuerte Demokratie von N. Hegewisch, H. Khan, S. 37

Myanmar: Militärdiktatur vor dem Sturz? Von Robin Eberhardt, S. 41

ANALYSEN UND ALTERNATIVEN

Amerika vor der letzten Wahl? Die faschistische Bedrohung und die Aufgabe der US-Demokraten von Michael Tomasky, S. 57

Den großen Krieg verhindern. Russlands Aggression, Europas Verantwortung von Steffen Vogel, S. 67

Personenkult und Regression: Russlands Umbau zur Kriegsgesellschaft von Sebastian Hoppe, S. 75

Israel hat meine Familie getötet, aber nicht meine Hoffnung von Ahmed Fouad Alkhatib, S. 83

Kunsthfreiheit und Antisemitismus. Für eine Kultur der Kritik, nicht des Verbots von Meron Mendel, S. 89

Das Ende der grünen Hegemonie? Warum die Konservativen heute postmodern sind von Reinhard Olschanski, S. 97

Klimaschutz und fossile Geschäfte: Der janusköpfige Westen von Susanne Götze, S. 107

Plastik als globale Gefahr. Warum afrikanische Staaten für ein internationales Abkommen kämpfen von Simone Schlindwein, S. 113

Sozialer Wohnungsbau: Reform oder Bedeutungslosigkeit von Dieter Rink und Björn Egner, S. 119

DEBATTE

UNO: Nachhaltig bedeutungslos von Albert Denk, S. 45

KOLUMNE

Für ein grünes Wachstumsnarrativ von Mariana Mazzucato, S. 49

NACHRUF

Detlef Henschel 1938 – 2023 von Hans-Jürgen Urban, S. 53

BUCH DES MONATS

Der Judenhass. Eine Geschichte ohne Ende? Von Sebastian Voigt, S. 125

EXTRAS

Dokumente, S. 52

Kurzgefasst, S. 55

Zurückgeblättert, Impressum, Autoren und Autorinnen, S. 128

Zitation

Blätter für deutsche und internationale Politik 69 (2024) 2. , In: *H-Soz-Kult*, 11.02.2024, www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-141923.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

09) Cold War History 24 (2024) 1

London 2024: [Routledge](https://www.routledge.com)

<https://www.tandfonline.com/toc/fcwh20/24/1>

Preis Institutions: Print & Online €702,00; Online €614,00; Personal: Print €132,00

ISSN [1468-2745 \(Print\)](#), [1743-7962 \(Online\)](#)

Kontakt

Cold War History
United Kingdom

Von

Sophie-Margarete Schuster, Geschichtswissenschaften, Kulturwissenschaft, Humboldt-Universität zu Berlin

Inhaltsverzeichnis

Research Article

Refugee transport and the Cold War: the Intergovernmental Committee for European Migration (ICEM) and the Hungarian refugees of 1956

Gusztáv Kecskés

Pages: 1-22

DOI: 10.1080/14682745.2023.2217761

Seite B 154 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Early Cold War intelligence paper mills: the case of the Association of Hungarian Veterans
Katalin Kádár Lynn & Mark Stout
Pages: 23-44
DOI: 10.1080/14682745.2023.2191948

Rostislav Ulianovskii, the Tudeh Party of Iran and Soviet attempts to set Iran on a non-capitalist path of development (1979–83) | Open Access
Dmitry Asinovskiy
Pages: 45-65
DOI: 10.1080/14682745.2023.2217753

Beyond the Arc of Crisis: Jimmy Carter and the Arab 'Radicals,' 1978–79
Benjamin V Allison
Pages: 67-86
DOI: 10.1080/14682745.2023.2253737

Professors and Students in the Cultural Cold War: The Case of Ethiopia*
Natalia Tsvetkova
Pages: 87-107
DOI: 10.1080/14682745.2023.2231871

The African Student Movement in the Soviet Union during the 1960s: Pan-Africanism and Communism in the Shadow of Nation-States
Constantin Katsakioris
Pages: 109-129
DOI: 10.1080/14682745.2023.2295358

Research Note

What it takes to recognise a new government? India's diplomatic recognition and understanding of Castro's Cuba
Binay Prasad
Pages: 131-152
DOI: 10.1080/14682745.2023.2240155

Book Review

A través del Telón de Acero: Historia de las relaciones políticas entre España y la RDA (1973–1990)
Xavier María Ramos Diez-Astrain, (Madrid: Centro de Estudios Políticos y Constitucionales, M° de la Presidencia, 2021), 331 pp.
Marina Pérez de Arcos
Pages: 153-154
DOI: 10.1080/14682745.2022.2121359

Diasporic Cold Warriors: Nationalist China, Anticommunism, and the Philippine Chinese, 1930s–1970s
Kung, Chien-Wen, (Ithaca, NY: Cornell University Press, 2022), xxii + 292 pp.
Brandon Kirk Williams
Pages: 155-157
DOI: 10.1080/14682745.2022.2121360

Seite B 155 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Afghan Crucible: the Soviet invasion and the making of modern Afghanistan
Elizabeth Leake, (Oxford: Oxford University Press, 2022), xxiii + 343 pp.
Liliane Stadler
Pages: 157-160
DOI: 10.1080/14682745.2022.2158711

Zitation

Cold War History 24 (2024) 1. , In: *H-Soz-Kult*, 13.02.2024,
<www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-141431>.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

10) Journal of Austrian Studies 56 (2023), 4

Journal of Austrian Studies 56 (2023), 4

Zeitschriftentitel

[Journal of Austrian Studies](#)

Weiterer Titel

Interdisciplinarity and Diversity in Austrian Studies

Lincoln, NE 2023: [University of Nebraska Press](#)

<https://muse.jhu.edu/issue/51598>

ISSN [2327-1809](#); [2165-669X](#)

Kontakt allgemein

Lincoln, NE

Von

Tim Corbett

This special volume of the *Journal of Austrian Studies* — the second of two volumes originally conceived to showcase “New Directions in Austrian Studies” — is dedicated to two complex issues, namely sociological diversity and its investigation in interdisciplinary scholarship. The authors who participated in this volume locate themselves in a variety of fields, including history, musicology, literature studies, cultural studies, anthropology, and sociology. Their articles cover topics as varied as dis/ability, fascism, film music, travel literature, environmental history, gender, war, kinship, and racism, which are explored through manifold theoretical lenses and methodological approaches including discourse analysis, the history of emotions, gender theory, (post-)migration, and oral history. In short, these articles showcase the profound diversity that has shaped modern Austria — and the equally profound diversity that has become so characteristic of the field of Austrian studies.

Inhaltsverzeichnis

Tim Corbett

“Introduction: Interdisciplinarity and Diversity in Austrian Studies”

Seite B 156 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Julia Heinemann

“Historicizing Invalids in the Early Modern Habsburg Monarchy: A Dis/ability History Approach”

Britta McEwen

“Feeling(s) Caught Between the Austrian First Republic and Fascism”

Ingeborg Zechner

“Springing from the Land of Music: Hollywood’s Film Music Between ‘Austrian’ Entertainment and ‘German’ Arts”

Antonia Villinger

“Literatur und Energie in Joseph Roths Der Rauch verbindet Städte (1926)”

Nicole Haring, Roberta Maierhofer, and Barbara Zach

“Social and Cultural Narratives of Aging Masculinities in Austria”

Julia Anna Tyll-Schranz

“Yugoslavia Does Not Exist Anymore, But Yugoslavia’s Capital Does, and It Is Called Vienna’: Revisiting Vienna through the Lens of (Post-)Yugoslav Migration Practices”

Darko Leitner-Stojanov and Robert Pichler

“On the Dynamics of Kinship in Migration Processes: Some Perspectives from Historical-Anthropological Studies on North Macedonian Migrants in Austria”

Philipp Rohrbach

“Life Stories of Children of Black US Occupation Soldiers and Austrian Women”

Sabrina Steindl-Kopf and Sanda Üllen

“Romani Activism and Postmigration Experiences in Contemporary Austria”

Weitere Hefte ↓

- [Journal of Austrian Studies 56 \(2023\), 4: Interdisciplinarity and Diversity in Austrian Studies](#)
- [Journal of Austrian Studies 56 \(2023\), 2: Empire and \(Post-\) Colonialism in Austrian Studies](#)

Zitation

Journal of Austrian Studies 56 (2023), 4. , In: *H-Soz-Kult*, 18.02.2024, www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-141917.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de

11) Journal of Austrian Studies 56 (2023), 2

Journal of Austrian Studies 56 (2023), 2

Zeitschriftentitel

[Journal of Austrian Studies](#)

Weiterer Titel

Empire and (Post-) Colonialism in Austrian Studies

Lincoln, NE 2023: [University of Nebraska Press](#)

<https://muse.jhu.edu/issue/50465>

ISSN [2327-1809](#); [2165-669X](#)

Kontakt allgemein

Land

United States

Lincoln, NE

Von

Tim Corbett

Globalisation, migration, transnationalism, empire/imperialism, (post-) colonialism/decolonisation, heterogeneity, diversity, interculturality, cosmopolitanism: These are some of the most influential concepts that have shaped not only academic research but also public and political discourses across the globe in recent years. The field of Austrian studies has already been engaging innovatively and productively with these issues for quite some time now. This special issue of the Journal of Austrian Studies, the first of two volumes broadly dedicated to “New Directions in Austrian Studies”, showcases numerous disciplinary and methodological approaches to the issue of empire and (post-)colonialism in Austrian Studies.

Inhaltsverzeichnis

Tim Corbett

“Introduction: Empire and (Post-) Colonialism in Austrian Studies”

Dirk Rupnow and Jonathan Singerton

“Habsburg Colonial Redux: Reconsidering Colonialism and Postcolonialism in Habsburg/Austrian History”

Orel Beilinson

“What is Austro-Hungarian History to the Eurasianist?”

Mathieu Gotteland

“Austro-Hungarian Informal Imperialism in China, 1869-1917”

Amy Millet

“Global Connections and Culinary Conceptions of Cultural Identity in Nineteenth-Century Austrian Food Literature”

Lida Maria Dodou

“Emigration to the Habsburg Empire: The Case of Salonica Jews, 1867-1918”

Seite B 158 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Salvatore Pappalardo and Saskia Elizabeth Ziolkowski
"The Emergence of Austro-Italian Literary Studies"

Christian S. Davis
"Hugo Bettauer, Feminism, and the Non-White World in Interwar Vienna"

Dylan Price
"In the Presence of 'Gypsiness': Dvořák, Ecocriticism, Stimmung"

Christian Hütterer
"From Idealistic Legacy to Pragmatic Cooperation? Central Europe, the European Union and Austrian Foreign Policy"

Zitation

Journal of Austrian Studies 56 (2023), 2. , In: *H-Soz-Kult*, 08.02.2024,
www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-141916.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

12) H-und-G.info. (2023) /3

Zeitschriftentitel

[H-und-G.info. Aufarbeitungsforum Heute und Gestern](http://www.h-und-g.info)

Weiterer Titel

Früher Umwelt-Katastrophengebiet, heute Erholungsparadies? Schwerpunkt zum Thema Umwelt und Umweltbewegung in der DDR und Ostdeutschland

Berlin 2023: [Selbstverlag](http://www.selbstverlag.de)

Erscheint online

<http://h-und-g.info>

Preis kostenfrei

Kontakt

Institution

H-und-G.info. Aufarbeitungsforum Heute und Gestern

Land

Deutschland

c/o

Bürgerkomitee 15. Januar e.V. Haus 1 Ruschestr. 103 10365 Berlin

bueko_1501_berlin@web.de

Von
Christian Booß

Der Grad der Umweltverschmutzung in der DDR war ein Treibmittel der friedlichen Revolution. Während sich in den 1970er eher noch traditionelle Naturschützer und grüne „Exoten“ für die Verschmutzung von Luft, Wasser und den Flächenverbrauch der Braunkohle interessierten, wuchs die Umweltbelastung mit den wirtschaftlichen Problemen der DDR Wetterlagen Smogalarm verkündet. Umweltgruppen und -bibliotheken gehörten waren im Netzwerk, was den Umbruch 1989 vorbereitete und ermöglichte, besonders zahlreich. Das Ende der DDR, Globalisierung und Klimakrise haben die Umweltbilanz in Ostdeutschland deutlich verbessert. An manchen schmutzigen Braunkohlelöchern entstehen Idyllen. Aber es gibt auch wohlstandsbedingt neue Probleme. Die Transformation hält an. Die Energiewende trifft auch und gerade Ostdeutschland. Doch die Umweltfragen, die die Ostdeutschen 1989 einten, droht die Gesellschaft heute zu spalten. Radikale Klimaschützer treffen auf Klimaleugner.

Inhaltsverzeichnis

Michael Succow, Corlo Jordan, Martin Stief, Christian Halbrock, Peter Wensierski, Helmut Müller-Enbergs, Rainer Hällfritzsch, Margit Miosga, Ulrich Neumann, Dieter Rink, Astrid Mignon Kirchhof, Sophie Lange, Martin Baumert, Sebastian Stude, Jochen Bona, Heidi Bohley, Uwe Bastian, Joachim de Haas, Marlies Oettel, Henry Schramm, Edith Penk, Julia E. Ault, Tobias Huff, Rainer Doelchow, Walter christian Steinbach, Uwe –Ralph Beck , Tim Eisenlohr, Peter Neumann, Edmund Käbisch, Saskia Hünecke, Hartwig Berger, Nele Techen, Christian Hennicke, u.a.

Zitation

H-und-G.info. (2023)/3. , In: *H-Soz-Kult*, 27.02.2024, www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-129072.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

13) H-und-G.info. Aufarbeitungsforum Heute und Gestern 4 (2023), 4

Zeitschriftentitel

[H-und-G.info. Aufarbeitungsforum Heute und Gestern](http://www.h-und-g.info)

Weiterer Titel

Früher Umwelt-Katastrophengebiet, heute Erholungsparadies? Schwerpunkt zum Thema Umwelt und Umweltbewegung in der DDR und Ostdeutschland

Berlin 2023: [Selbstverlag](#)

<http://h-und-g.info/>

Preis kostenfrei

Kontakt

Institution

H-und-G.info. Aufarbeitungsforum Heute und Gestern

c/o

Bürgerkomitee 15. Januar e.V. Haus 1 Ruschestr. 103 10365 Berlin

bueko_1501_berlin@web.de

Von

Christian Booß

Schwerpunkt zum Thema Umwelt und Umweltbewegung in der DDR und Ostdeutschland. Der Grad der Umweltverschmutzung in der DDR war ein Treibmittel der friedlichen Revolution. Während sich in den 1970er eher noch traditionelle Naturschützer und grüne „Exoten“ für die Verschmutzung von Luft, Wasser und den Flächenverbrauch der Braunkohle interessierten, wuchs die Umweltbelastung mit den wirtschaftlichen Problemen der DDR Wetterlagen Smogalarm verkündet. Umweltgruppen und -bibliotheken gehörten waren im Netzwerk, was den Umbruch 1989 vorbereitete und ermöglichte, besonders zahlreich. Das Ende der DDR, Globalisierung und Klimakrise haben die Umweltbilanz in Ostdeutschland deutlich verbessert. An manchen schmutzigen Braunkohlelöchern entstehen Idyllen. Aber es gibt auch wohlstandsbedingt neue Probleme. Die Transformation hält an. Die Energiewende trifft auch und gerade Ostdeutschland. Doch die Umweltfragen, die die Ostdeutschen 1989 einten, droht die Gesellschaft heute zu spalten. Radikale Klimaschützer treffen auf Klimaleugner.

Inhaltsverzeichnis

Schwerpunkt 3/2023

Früher Umwelt-Katastrophengebiet, heute Erholungsparadies?

Umwelt und Umweltbewegung in der DDR und Ostdeutschland damals und heute.

Carlo Jordans letzter Beitrag

Wie wir die Grünen in der DDR gründeten

Dezember 2003, hier

Umweltschäden in der späten DDR

Prof. Dieter Rink Umweltsituation und staatliche Umweltpolitik

Dr. Tobias Huff Luftverschmutzung und Umweltpolitik in der DDR

Martin Stief „Ein Volk kann man betrügen – die Natur nicht“ – Bevölkerungsreaktionen auf Umweltprobleme im Chemierevier der DDR

Bitteres aus Bitterfeld – Eine Bestandsaufnahme. Ein Film der DDR-Umweltbewegung

Arche

Sebastian Stude Sauberer Strom? Das Kernkraftwerk Rheinsberg

► mehr Bilder

Gegenwehr. Die Umweltgruppen

Christian Halbrock Vom Gehversuch zur Selbstermächtigung oppositionellen Handelns:

Die unabhängige Umweltbewegung der 1980er Jahre in der DDR

Tim Eisenlohr Eine Erfahrung die mich bis heute trägt. Als Jugendlicher in der

Umweltbibliothek

Seite B 161 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Brigitte und Walter Christian Steinbach Unsere Zukunft hat schon begonnen. Espenhain
Edith Penk Interview mit Edith Penk, 85, der ältesten Umweltaktivistin aus Schleife-Rohne
Edmund Käbisch Einsatz für die Umwelt unter dem Dach der Kirche
Joachim de-Haas Die Umweltgruppe Perleberg 1987-1990
Marlies Öttel Umwelt- und Umweltbewegung an einer Westmülldeponie in der DDR
Peter Neumann Bewährung in der sozialistischen Produktion
Reinhard Dalchow Die kirchliche Umweltgruppe Menz – und das Kernkraftwerk
Rheinsberg
Rainer Hällfritsch, Margit Miosga, Ulrich Neumann Bitteres aus Bitterfeld. –Zur
Entstehung des Filmes
Bitteres aus Bitterfeld. –Film der DDR-Umweltbewegung Arche. Videoausschnitt

► mehr Bilder

Leben ohne Abriss und Ruinen. Die Stadtökologiegruppen
Matthias Sengewald Stadtökologie - eine Bewegung zwischen Denkmalpflege,
Alternativen zur Verkehrsplanung, sauberer Luft und Stadtbegrünung
Christian Booß Der Kiezfürst. Stadterneuerung mit und gegen den Staat am Prenzlauer
Berg
Matthias Sengewald Bürgerinitiative Altstadtentwicklung Erfurt
Saskia Hünecke Mit ARGUS-Augen auf Potsdam blicken!
Das Forschungsprojekt "Stadtwende"

Einflüsse von Stasi und Partei

Heidi Bohley „Ich habe vieles verdrängt“ Stasi-IM in der Umweltbewegung von Halle
Henry Schramm In eigener Sache: zu meiner IM-Verpflichtung
Heike Amos Die Staatssicherheit und die Grünen. Rezensionsszitat.
Helmut Müller-Enbergs Die entwickelte sozialistische Landschaft Schöneiches
Ministerium für Staassicherheit der DDR MfS-Dienstanweisung Nr. 2/85 zur vorbeugenden
Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung politischer Untergrundtätigkeit

Grenzüberschreitungen Richtung Osteuropa und dem Westen

Hartwig Berger Smog kennt keine Grenzen - Gemeinsame Umweltaktivitäten im Vorfeld
der Wende
Julia E. Ault Grenzübergreifende Umweltprobleme in der DDR, Protest und politische
Versuche
Sophie Lange „Grüne Ritzen“ in der DDR
Uwe Bastian Greenpeace und die Umweltbewegung in der DDR

Von der Vernetzung zur Parteibildung - Die grüne Bewegung

Carlo Jordan/Jochen Bona: Die Gründung von Bündnis90/Die Grünen vor über 30 Jahren

► mehr Bilder

Das grüne Erbe der DDR?
Astrid M. Kirchhoff Die Hinterlassenschaften des DDR - Natur- und Umweltschutzes im
wiedervereinten Deutschland
Peter Wensierski. Grenzenlose Umweltverschmutzung- 30 Jahre danach
Dirk Messner Das Umweltbundesamt (UBA) zieht 30 Jahre nach der Deutschen Einheit
eine positive Umweltbilanz
Martin Baumert Braunkohlenindustrie und Umwelt in Ostdeutschland seit 1945
Ralph-Uwe Beck Die 90er Jahre und die Umweltbewegung im Osten Ein kritischer
Kommentar zum Erreichten

Seite B 162 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Christian Henricke Bitterfeld heute. Ein Interview
Prof. Michael Succow im Interview zu seinen Groß-Naturschutzgebieten und heutigen Umweltproblemen

Auswahlbibliographie
Auswahl von Veröffentlichungen zum Thema

Auch in dieser Ausgabe 3/23:

Diverses:

Christian Booß: Erste gesamtdeutsche Repräsentativumfrage zur Opferentschädigung - Studie der Europauniversität Viadrina 2023

Joachim Goertz: Freiheitsk(r)ampf in Deutschland 2023 - Rezension zu Thomas A. Seidel, Sebastian Kleinschmidt (Hrsg.): Angst, Politik, Zivilcourage. Rückschau auf die Corona-Krise, EVA Leipzig 2023 (Georgiana Bd.8)

Aktuelle Kontroverse:

Kontroverse XII: Nützt die Aufarbeitung der Demokratie? im Aufbau: Martina Weyrauch, Anna Kaminsky, u.a.

Kontroverse X: Wie war die DDR und was ist Ostidentität

Kontroverse XI: KGB-Opfergedenken in Potsdam

Autoren: Michael Succow, Corlo Jordan, Martin Stief, Christian Halbrock, Peter Wensierski, Helmut Müller-Enbergs, Rainer Hällfritzsch, Margit Miosga, Ulrich Neumann, Dieter Rink, Astrid Mignon Kirchhof, Sophie Lange, Martin Baumert, Sebastian Stude, Jochen Bona, Heidi Bohley, Uwe Bastian, Joachim de Haas, Marlies Oettel, Henry Schramm, Edith Penk, Julia E. Ault, Tobias Huff, Rainer Doelchow, Walter christian Steinbach, Uwe –Ralph Beck , Tim Eisenlohr, Peter Neumann, Edmund Käbisch, Saskia Hünecke, Hartwig Berger, Nele Techen, Christian Henricke, u.a. .

Zitation

H-und-G.info. Aufarbeitungsforum Heute und Gestern 4 (2023), 4. , In: H-Soz-Kult, 27.02.2024, <www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-139599>.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

14) H-und-G.info. Aufarbeitungsforum Heute und Gestern 4 (2024) 1

Zeitschriftentitel

[H-und-G.info. Aufarbeitungsforum Heute und Gestern](http://www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-139599)

Weiterer Titel

Verdun 2.0. Der Ukraine-Krieg geht ins Dritte Jahr und die Welt gerät in Unordnung

Berlin 2024: [Selbstverlag](http://www.selbstverlag.de)

<http://h-und-g.info/ukraine-krieg/ukraine-krieg-schwerpunkt-4/23>

Preis kostenfrei

Kontakt

H-und-G.info. Aufarbeitungsforum Heute und Gestern

c/o

Bürgerkomitee 15. Januar e.V. Haus 1 Ruschestr. 103 10365 Berlin

bueko_1501_berlin@web.de

Von

Christian Booß

Die Sache zieht sich. Militärische Fortschritte sind schwer erkenn- und einschätzbar. Auch wirtschaftlich scheint sich Putin „besser“ zu halten, als viele vorhersagten. Droht eine Eiszeit wie im Kalten Krieg? Doch weitere internationale Konflikte, wer auch immer sie anstacheln mag, machen die Lage komplizierter, nicht nur der neue (Beinahe-) Nahostkrieg. Manche Staaten versuchen zwischen den Fronten Nutzen zu ziehen, andere drohen zerrieben zu werden. Verschieben sich international die Gewichte? Wer soll die Folgekosten bezahlen? Hält „der Westen“ das durch? Gibt es Zerreißproben in der EU, in Deutschland? Die Zahl und Verweildauer der Ukrainischen Flüchtlinge in Deutschland wird absehbar hoch bleiben. Politische Debatten malen ihre Lage oft schwarz-weiß, ihre Lage ist differenzierter. Die Lage in Nähe der ukrainischen Front und in besetzten Gebieten ist bedrückend. Die Informationsgewinnung oft schwierig. Manche Nachrichten aus dem Inneren der Ukraine, Spannungen beim politisch-militärischen Personal, Korruption, militärische Defizite beunruhigen.

Inhaltsverzeichnis

Hermann Wentker. Droht ein kalter Krieg

Klaus Wittmann. Hilfe mit gezogener Handbremse

Sviatlana Tsikhanouskaya. Die Stimmung in Belarus und die Opposition

Alda Vanaga, Botschafterin der Republik Lettland. Die Ukraine unterstützen

Karl Schlögel. Rückkehr aus der Ukraine

Andreas Umland. Putin hat unsere Weltsicherheitsordnung schon zerrissen

Carlo Masala. Militärische Lage

Martin Böttger. Kommentar

Kateryna Andrus. Die Frontstadt Nikopol unter Beschuss

Jörg Drescher. Was braucht die Ukraine am Dringendsten

Oksana Mikheieva. Legitimation der Besatzung durch Manipulation

Vera Ammer. Lage von Gefangenen

Christian Booß. Droht wieder ein Energiekrieg

Olga Konsevych. Journalisten im Kriegschaos

Markus Welsch. Ein Plädoyer für OSINT

Daria Stanchuk/ Vitsche; Uta Gerlant; Norman Heydenreich; Khrystyna X. Zur Lage der Ukrainer/innen in Deutschland. Deutschland als Ausrichter der nächsten Geberkonferenz

IHK-Chemnitz. Hilfe und Arbeit für Geflüchtete

Jakob Wöllenstein. Belarus

Fausta Šimaitytė. Unser Krieg

Wanda Jazarbek. Polen nach der Wahl

Philipp Ammon. Armenien

Frank Nordhausen. Erdoğan's Spiel zwischen den Kriegen

Andrei Suslov. Zur Lage Russlands und der russischen Opposition

Andreas Umland. Putinismus nach Putin

Sebastian Rimestadt. Spielt Religion noch eine Rolle
Belinda Cooper. Menschenrechtsfragen

Zur Kontroverse, ob die Aufarbeitung angesichts des Rechtspopulismus geschlafen hat:
Anna Kaminsky u.a.

Zur Kontroverse um die Ostidentität: Richard Schröder u.a.+ Rezensionen
<http://h-und-g.info/ukraine-krieg/ukraine-krieg-schwerpunkt-4/23>

Weitere Hefte ↓

<<<<<<< HEAD

- [H-und-G.info. Aufarbeitungsforum Heute und Gestern 4 \(2024\) 1: Verdun 2.0. Der Ukraine-Krieg geht ins Dritte Jahr und die Welt gerät in Unordnung](#)
=====
- [H-und-G.info. Aufarbeitungsforum Heute und Gestern 4 \(2024\) 1: Verdun 2.0. Der Ukraine-Krieg geht ins Dritte Jahr und die Welt gerät in Unordnung](#)
>>>>>>> 78bd62693442c74ee4226e991cc4f1cab60ba582 <<<<<<< HEAD
- [H-und-G.info. Aufarbeitungsforum Heute und Gestern 4 \(2023\), 4: Früher Umwelt-Katastrophengebiet, heute Erholungsparadies? Schwerpunkt zum Thema Umwelt und Umweltbewegung in der DDR und Ostdeutschland](#)
=====
- [H-und-G.info. Aufarbeitungsforum Heute und Gestern 4 \(2023\), 4: Früher Umwelt-Katastrophengebiet, heute Erholungsparadies? Schwerpunkt zum Thema Umwelt und Umweltbewegung in der DDR und Ostdeutschland](#)
>>>>>>> 78bd62693442c74ee4226e991cc4f1cab60ba582 <<<<<<< HEAD
- [H-und-G.info. \(2023\)/3: Früher Umwelt-Katastrophengebiet, heute Erholungsparadies? Schwerpunkt zum Thema Umwelt und Umweltbewegung in der DDR und Ostdeutschland](#)
=====
- [H-und-G.info. \(2023\)/3: Früher Umwelt-Katastrophengebiet, heute Erholungsparadies? Schwerpunkt zum Thema Umwelt und Umweltbewegung in der DDR und Ostdeutschland](#)
>>>>>>> 78bd62693442c74ee4226e991cc4f1cab60ba582 <<<<<<< HEAD
- [H-und-G.info Aufarbeitungsforum Heute und Gestern 4 \(2023\), 1: Vor der Mauer. Das alte Westberlin](#)
=====
- [H-und-G.info Aufarbeitungsforum Heute und Gestern 4 \(2023\), 1: Vor der Mauer. Das alte Westberlin](#)
>>>>>>> 78bd62693442c74ee4226e991cc4f1cab60ba582 <<<<<<< HEAD
- [H-und-G.info. Aufarbeitungsforum Heute und Gestern 3 \(2022\), 4: Putins Spiel mit der Welt](#)
=====
- [H-und-G.info. Aufarbeitungsforum Heute und Gestern 3 \(2022\), 4: Putins Spiel mit der Welt](#)
>>>>>>> 78bd62693442c74ee4226e991cc4f1cab60ba582 <<<<<<< HEAD
- [H-und-G.info. Aufarbeitungsforum Heute und Gestern 3 \(2022\), 1: Gibt es Heimatgefühle gegenüber der früheren DDR](#)
=====
- [H-und-G.info. Aufarbeitungsforum Heute und Gestern 3 \(2022\), 1: Gibt es Heimatgefühle gegenüber der früheren DDR](#)
>>>>>>> 78bd62693442c74ee4226e991cc4f1cab60ba582 <<<<<<< HEAD
- [H-und-G.info Aufarbeitungsforum Heute und Gestern 4 \(2022\): Gedenkstätten und andere Orte zur Erinnerung an die DDR-Repressionsgeschichte](#)
=====

- [H-und-G.info Aufarbeitungsforum Heute und Gestern 4 \(2022\): Gedenkstätten und andere Orte zur Erinnerung an die DDR-Repressionsgeschichte](#)
>>>>>> 78bd62693442c74ee4226e991cc4f1cab60ba582 <<<<<<< HEAD
- [H-und-G.info. Aufarbeitungsforum Heute und Gestern 2 \(2021\), 3: Rechtspopulismus und Aufarbeitung](#)
=====
- [H-und-G.info. Aufarbeitungsforum Heute und Gestern 2 \(2021\), 3: Rechtspopulismus und Aufarbeitung](#)
>>>>>> 78bd62693442c74ee4226e991cc4f1cab60ba582 <<<<<<< HEAD
- [H-und-G.info. Aufarbeitungsforum Heute und Gestern 2 \(2021\), 2: Russland und seine ehemaligen Satelliten](#)
=====
- [H-und-G.info. Aufarbeitungsforum Heute und Gestern 2 \(2021\), 2: Russland und seine ehemaligen Satelliten](#)
>>>>>> 78bd62693442c74ee4226e991cc4f1cab60ba582

Zitation

H-und-G.info. Aufarbeitungsforum Heute und Gestern 4 (2024) 1. , In: H-Soz-Kult, 27.02.2024, <www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-141987>.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

15) Polin. Studies in Polish Jewry 36 (2024)

Zeitschriftentitel

[Polin. Studies in Polish Jewry](#)

Weiterer Titel

Jewish Childhood in Eastern Europe

Liverpool 2024: [Liverpool University Press](#)

Erscheint jährlich

ISBN 978–1–802070–34–7

470 Seiten.

Preis hardback £ 55.00 (\$ 82.50); paperback £ 24.95 (\$ 37.50)

ISSN [0268-1056](#)

Kontakt

Polin. Studies in Polish Jewry

c/o

Verlags- und Vertriebskontakt: e.burridge@liverpool.ac.uk

Von

Francois Guesnet, Department of Hebrew and Jewish Studies, UCL, University College London

'Jewish Childhood in Eastern Europe' is an examination of the history of children, childhood, and child-rearing in Jewish Eastern Europe. The contributors, drawn from Israel, Poland, western Europe, and North America, have endeavoured throughout to let children and teenagers speak for themselves and, while aware of the limits of their freedom of action, to assess their degree of agency. At the same time, close attention has been paid to ideas and ideals about Jewish children and Jewish childhood expressed by those with a degree of power over these children's lives: not only their parents, but religious and communal leaders, educators and political activists invested in mobilizing the youth. Edited by Natalia Aleksion, Harry Rich Professor of Holocaust Studies at the University of Florida, François Guesnet, Professor in Modern Jewish History in the Department of Hebrew and Jewish Studies at University College London, and Antony Polonsky, Chief Historian of the Global Educational Outreach Program at the Polin Museum.

Among the topics we have investigated are conceptions of childhood and family in Jewish Eastern Europe, changes in the medical treatment of children, the educational experience of Jewish children and children and trauma from 1914 to 1947. Gershon Hundert has argued that studying the experience of children and the attitudes towards coming of age offers an important corrective to the way we think of the Jewish past. This volume proves the potential of this lens for such topics as local history, the history of education, and charitable institutions, the history of medicine, emotions, gender history and Polish-Jewish relations to name just a few.

Inhaltsverzeichnis

Natalia Aleksion, François Guesnet, Antony Polonsky: Introduction 1

Gadi Sagiv: Children and Childhood in Hasidic Courts before 1939 17

Rotem Preger-Wagner: Representations of Boyhood in Nineteenth-Century Hebrew Literature 40

Yehoshua Ecker: The Beautiful Manor House: Glimpses of Jewish Childhood in the Galician Countryside 63

Sean Martin: Advocacy and Practice in CENTOS Journals 87

The Medical Treatment of Children

Marek Tuszewicki: The Child in Traditional Jewish Medicine around 1900 102

Zvi Eckstein, Anat Vaturi: Newborn Care and Survival among Jews in Early Modern Poland 120

Ekaterina Oleshkevich: Who Nursed the Jewish Babies? Wet-Nursing among Jews in the Late Russian Empire 138

Rakefet Zalashik: TOZ Summer Camps: Modern Welfare for Weak and Exhausted Jewish Children in Poland 161

The Educational Experience

David Assaf, Yael Darr: What Kind of Self Can a Pupil's Letter Reveal? The Tarbut School in Nowy Dwór, 1934–1935 181

Seite B 167 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Agnieszka Wiercholska: State Schools as Polish–Jewish Contact Zones: The Case of Tarnów 200

Anna Landau-Czajka: Working Children and young People as Seen by Contributors to Mały Przegląd 221

Ula Madej-Krupitski: Through Their Own Eyes: Jewish youngsters Describe Their Holidays in Interwar Poland 243

Natalia Aleksion: Autograph Books of Polish Jewish Schoolgirls as Historical Documents 269

Sarah Ellen Zarrow: From Relief to Emancipation: Cecylia Kłaftenowa's vision for Jewish Girls in Interwar Lwów 293

Children and Trauma, 1914-1947

Jan Rybak: Zionist Care and Education for Galician Refugee Children in Austria during the First World War 311

Joanna Śliwa: Jewish Children Seeking Help from Catholic Institutions in Krak.w during the Holocaust 329

Sarah A. Cramsey: 'It was easier with a child than without': Creating and Caring for Polish Jewish Families in the Wartime Soviet Union, 1939–1946 344

Anna Shternshis: Voices of Soviet Jewish Children Documenting the Second World War 367

Joanna Michlic: Jewish Child Survivors in the Aftermath of the Holocaust 392

Boaz Cohen: The Rehabilitation of Jewish Child Holocaust Survivors, Poland, 1944–1947 401

Childhood in Post-1945 Poland

Kamil Kijek: Beyond Post-Holocaust Trauma: Polish Jewish Childhood in Dzierżoni.w, Lower Silesia, 1945–1950 420

Łukasz Bertram: Blurred Spots of Revolution: Polish Communists of Jewish Origin and Their Early Political Socialization 450

Weitere Hefte ↓

- [Polin. Studies in Polish Jewry 36 \(2024\): Jewish Childhood in Eastern Europe](#)
- [Polin. Studies in Polish Jewry 35 \(2023\): Promised Lands: Jews, Poland, and the Land of Israel](#)
- [Polin. Studies in Polish Jewry 34 \(2022\): Jewish Self-Government in Eastern Europe](#)
- [Polin. Studies in Polish Jewry 33 \(2021\): Jewish Religious Life in Poland since 1750](#)
- [Polin. Studies in Polish Jewry 32 \(2020\): Jews and Music-making in the Polish Lands](#)
-

Zitation

Polin. Studies in Polish Jewry 36 (2024). , In: *H-Soz-Kult*, 18.02.2024,
<www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-141851>.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

16) Pražský sborník historický 50 (2022)

Titel der Ausgabe

Pražský sborník historický 50 (2022)

Zeitschriftentitel

[Pražský sborník historický \(The Prague Historical Review\)](#)

Praha (Prag) 2022:

Erscheint jährlich

<http://www.ahmp.cz/eng/index.html?mid=28>

ISBN 978-80-88629-00-9

488 + VI Seiten.

Preis 259 CZK

ISSN [0555-0238](#)

Kontakt

Pražský sborník historický (The Prague Historical Review)

c/o

Red. *Pražský sborník historický / The Prague Historical Review* Prague City Archives
Archivní 6 CZ-149 00 Praha 4

Von

Marketa Ruckova

For more information, see: <http://www.ahmp.cz/psh-eng>

Content and summaries: http://www.ahmp.cz/page/docs/PSH50_obsah_resume.pdf

Reviews: http://www.ahmp.cz/page/docs/PSH50_recenze.pdf

Bibliography 2000–2022: http://www.ahmp.cz/page/docs/PSH50_bibliografie.pdf

Inhaltsverzeichnis

STUDIA ET COMMENTATIONES

MAREK BRČÁK, *Pražské kapucínské řeholní komunity a jejich vnější působení (1599–1795)* [Prague Capuchin Monastic Communities and Their Public Activities (1599–1795)]

Abstract: Two Capuchin monasteries operated in Prague in the Early Modern period: the one in Hradčany was founded soon after the Order's arrival in the city (1599), while the

beginnings of the other monastery in the New Town date to the 1630s (the monastery was closed in 1795). The study address issues concerning the mechanisms used by the Capuchin monks in forming and strengthening social contacts in the Czech metropolis, without which the local Capuchin communities could not have survived. The functioning of this social network is related to the formation and care of the Order's positive image, which the Capuchins created primarily through their visibility in the context of collecting alms on a daily basis and their pastoral activities.

Keywords: Capuchin monks – Prague-Hradčany – Prague – New Town – selfpromotion – monasteriology – Early Modern period – Baroque religiosity
13–55

DANA MAREŠOVÁ, „Vdova národa“ Anna Klicperová (1814–1900) [Anna Klicperová, the “Nation's Widow” (1814–1900)]

Abstract: Although the term “nation's widow” has not yet appeared in the professional literature, the phrase “nation's daughter”, linked with Zdeňka Havlíčková, does in fact exist. The fate of this orphaned child was literally in the hands of the nation, which influenced Zdenka's entire life. Similar to the “nation's daughter”, society at the time was also interested in several widowed women, who can therefore be labelled as “widows of the nation”. One of these was Anna Klicperová, the wife of playwright, writer and middle school professor Václav Kliment Klicpera, and her life is the subject of this article. Based on her example, the presented text attempts to answer why she actually became the “nation's widow”, what her position was after the death of her husband, what she had to deal with in her life (constant representation, loss of her own identity, lack of finances, providing for her family, concern for her children). Finally, this study touches on the events (public collections, unveiling memorials and other ceremonial activities) that shaped this woman and made her the “nation's widow”.

Keywords: burgher women – widows of the nation – to be widowed – second half of the 19th century – Prague – Anna Klicperová
57–79

MAGDALÉNA ŠUSTOVÁ, Pražská vychovatelna v Libeň ve světle výročních, administračních a statistických zpráv [The Prague Asylum for Troubled Youth in Libeň in Light of Annual, Administrative and Statistical Reports]

Abstract: Established with city funds, the Prague Asylum for Troubled Youth in Libeň was the first institution for boys with educational problems in the Czech lands. In the years 1883–1948, the asylum operated in Libeň Château, in the “Vychovatelna” building in Libeň, later in the Na Korábě School and at the Psychiatric Hospital in Bohnice. The elementary school and continuing vocational school at the asylum educated the wards and prepared them for life outside the asylum. According to incomplete statistics, institutional education showed a significant success rate (70–80%), and many wards-maintained contact with the institution long after going out into the world on their own.

Keywords: Prague Asylum for Troubled Youth in Libeň – Libeň – education – correctional pedagogy – social pathology – educational institutions
81–123

MATERIALIA

JIŘÍ SMRŽ, Osobnosti malostranské správy a samosprávy v sedmdesátých letech 16. století [Prominent Individuals in Prague-Lesser Quarter Administration and Self-Government in the 1570s]

Abstract: The article is the first part of the planned publication of a unique source preserved from the Prague agglomeration in the Early Modern period – extended memorial records of the renewal of city councils containing the names of representatives of the city administration and self-government from the period when councillors were confirmed for the upcoming term in office. The nine entries published in this first part of the work come from Prague's Lesser Quarter from the years 1572–1580. The entries are published in the form of summary tables by individual bodies of city administration and self-government. The index of names that is included with the tables makes it possible to search for individual burghers. The summary tables are preceded by a short introductory study providing a closer look at the Lesser Quarter in the studied period, both the urban area of the city and the source base for the study of its population. Based on existing literature, an effort was also made to summarise some social phenomena typical for the period preceding the official resettlement of the imperial court of Rudolf II to Prague in 1583. Keywords: Lesser Quarter – 16th century – city administration – self-government – prosopography
127–223

JAN RYBA, Zákon o právním postavení snoubenek a nemanželských dětí, pozůstalých po účastnících národního boje za osvobození (č. 21/1948 Sb.) ve spisech pražských soudů [Act on the Legal Status of Fiancées and Illegitimate Children, Survivors of Participants in the National Struggle for Liberation (No. 21/1948 Coll.) in the Files of the Prague Courts]

Abstract: The study addresses the implementation of Act No. 21/1948 Coll. on the legal standing of the fiancées of victims of Nazi persecution and their children in the agenda of Prague district courts at the time. A total of 46 preserved files are analysed. The introduction provides a brief description of the act and specific cases are then used to demonstrate the implementation of the law's individual sections (e.g. inheritance compensation, pensions, illegitimate children and their legal status). The next part of the paper categorises cases based on the race of the fiancée, with the dominant group being represented by couples composed of a Jewish fiancée and a non-Jewish fiancée. In the conclusion of the study, the duration of the relationship of the engaged couple, the age of the applicants and their participation in the probate proceedings of their partner's assets are analysed. Keywords: fiancées – mixed marriage – Holocaust
225–249

RECENSIONES LIBRORUM

Pragensia

Jarmila Čiháková – Martin Müller, Malostranská rotunda svatého Václava v Praze [St. Wenceslas Rotunda in Prague-Lesser Quarter] (Klára Fleková)
253

Ivana Lorencová – Tomáš Štanzel, Jan (Johann) Böhm. Chemik(er) & Fotograf [Jan (Johann) Böhm. Chemist & Photographer] (Jiří Pešek)
258

Hana Kábová – Ivana Koucká et al., Josef Dobiáš (1888–1972). Život a dílo [Josef Dobiáš (1888–1972). Life and Work] (Jan Boukal)
266

Seite B 171 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Milan Hlavačka – Miloš Hořejš et al., Fenomén Ringhoffer. Rodina, podnikání, politika [Phenomenon Ringhoffers. Family, Business, Politics]; Milan Hlavačka – Pavel Bek, Ringhofferové. Rodina a podnikání [The Ringhoffers. Family and Business] (Šárka Janotová)
269

Jiří Smrž, Podíl cechmistrů na správě pražských měst v raném novověku [The Contribution of Guild Masters to the Administration of Prague Towns in the Early Modern Period] (Karin Pátrová)
278

Tomáš Sekyrka, Aby živnosti své k užitku tím lépe hleděti mohli. Společenské postavení a majetkové poměry pražských malířů v epoše baroka [Improving the Prospects of Artisans. Social Standing and Well-Being of Prague Painters in the Baroque Era] (Radka Heisslerová)
282

Mlada Holá – Martin Holý et al., Profesori pražské utrakvistické univerzity v pozdním středověku a raném novověku (1457/1458–1622) [Professors at the Utraquist University in Prague in the Late Middle Ages and Early Modern Period (1457/1458–1622)] (Jan Boukal)
287

Urbana

Entscheidungsfindung in spätmittelalterlichen Gemeinschaften, (Hrsg.) Wolfgang Eric Wagner (Jiří Smrž)
291

Jana Čermáková et al., Katalog pečetí Archivu města Brna [Catalogue of Seals of the Brno City Archives] 1/1 1208–1348; 1/2 1350–1410 (Jiří Smrž)
296

Städtisch, urban, kommunal. Perspektiven auf die städtische Geschichtsschreibung des Mittelalters und der Frühen Neuzeit, (Hrsg.) Pia Eckhard – Marco Tomaszewski (Martin Nodl)
302

Kurt Weissen, Marktstrategien der Kurierbanken. Die Geschäfte der Alberti, Medici und Spinelli in Deutschland (1400–1475) (Martin Nodl)
304

Kieler Urkundenbuch 1242–1600, Band 1: 1242–1472, Band 2: 1473–1600, (Hrsg.) Henning Unverhau – Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte (Ivana Ebelová)
307

Richard Papáč, Maleficz. Ako sa súdilo a trestalo v Košiciach v 16. storočí [Maleficent. Judgement and Punishment in 16th-Century Košice] (Petr Kreuz)
310

Orden und Stadt, Orden und ihre Wohltäter, (Hrsg.) Jiří M. Havlík – Jarmila Hlaváčková – Karl Kollermann; Ivana Čornejová – Jiří M. Havlík – Josef Hrdlička et al., Telč a jezuité. Řád a jeho mecenáši [Telč and the Jesuits. The Order and Its Patrons] (Markéta Krejčová)
316

Seite B 172 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Christian Katschmanowski, Die Stadt als Raum des Fürsten? Zur Baupolitik der Mainzer Kurfürsten in ihrer Residenzstadt ab der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts (Lucie Rychnová)
321

Jan Lhoták, Město Sušice a jeho poddaní. K úloze a významu vrchnostenského hospodaření královských měst v raném novověku [The Town of Sušice and Its Subjects. On the Role and Importance of the Noble Economic Management of Royal Towns in the Early Modern Age] (Marek Ďurčanský)
324

Marie Pultarová, V našem poníženém způsobu. Kati, rasi a biřici v raně novověkých městech východních Čech [In Our Humiliating Style. Executioners, Brutes and Myrmidons in the Early Modern Towns of East Bohemia] (Petr Kreuz)
328

Stephan Steiner, „Das Reich Gottes hier in Wien“. Evangelisches Leben in der Reichshauptstadt während der Regierungsjahre Kaiser Karls VI. (Zdeněk R. Nešpor)
335

Sozialgeschichte Wiens 1740–2020. Transformationen des Raums, Inklusion und Exklusion, Außensichten und Mobilität, (Hrsg.) Andreas Weigl – Peter Eigner (Olga Fejtová)
338

Michael Stolleis, „Recht erzählen“. Regionale Studien 1650–1850 (Petr Kreuz)
343

Matthew Bach, Combating London's Criminal Class. A State Divided, 1869–95 (Petr Kreuz)
348

Karel Řeháček, Plzeňská radnice mezi válkami. Kdo byl kdo ve vedení města v letech 1918–1939 [Plzeň City Hall Between the Wars. A Who's Who in City Administration 1918–1939] (Hana Svatošová)
353

Praha v obnoveném státě. Zemská metropole hlavním městem nové republiky [Prague in the "Restored" Czechoslovak State. National Metropolis as the Capital of the New Republic], (edd.) Olga Fejtová – Martina Maříková – Jiří Pešek (Erika Szívós)
356

Miloš Matěj, Průmyslové dědictví města Ostravy [The Industrial Heritage of Ostrava] (Jan Červinka)
365

Christiane Reinecke, Die Ungleichheit der Städte. Urbane Problemzonen im postkolonialen Frankreich und der Bundesrepublik (Lucie Filipová)
369

Varia historica

Malcolm Gaskill, The Ruin of all the Witches. Life and Death in the New World (Petr Kreuz)
375

Obrazy zášti. Vizuální projevy antijudaismu a antisemitismu v českých zemích [Images of Hatred. Visual Expressions of Anti-Judaism and Anti-Semitism in the Czech Lands], (ed.)
Eva Janáčková (Ivana Ebelová)
381

BIBLIOGRAFIE

Josef Paták – Markéta Růčková, Přehled obsahu Pražského sborníku historického XXXI–L
(2000–2022) [Overview of the Contents of the Prague Historical Review XXXI–L (2000–
2022)]
391–466

List of illustrations

467

List of authors

469

Zitation

Pražský sborník historický 50 (2022). , In: *H-Soz-Kult*, 08.02.2024,
<www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-141925>.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

17) Istorija 20. veka 42 (2024) 1

Zeitschriftentitel

[Istorija 20. veka / History of the 20th Century](#)

Belgrad 2024: [Institute for Contemporary History / Institut za savremenu istoriju](#)

Erscheint twice a year

280 Seiten

Preis € 5,00 (Print)

ISSN [E-ISSN: 2560-3647](#); [Print ISSN: 0352-3160](#)

Kontakt

Institution

Istorija 20. veka / History of the 20th Century

Land Serbia

c/o

Nebojsa Stambolija, casopis@isi.co.rs

Von

Nebojša Stambolija, Institut za savremenu istoriju

Istorija 20. veka (History of the 20th Century) considers previously unpublished manuscripts of articles and scholarly contributions whose object is contemporary history of Serbia, former Yugoslavia and the Balkans in European and global context. Articles are expected to be interdisciplinary and based on original archival research. The journal publishes articles that critically investigate social, cultural, economic and intellectual developments of the 20th century. All received manuscripts are subject to a double-blind external peer review process. To be accepted the manuscripts need to be deemed publishable by the editorial board and two anonymous reviewers. Articles are published in Serbian and English, and in other languages should the need arise.

Inhaltsverzeichnis

SADRŽAJ / CONTENTS

Ledia Dushku

FROM OTTOMANS TO ALBANIANS: THE FIRST BALKAN WAR AND THE PROCLAMATION OF THE ALBANIAN INDEPENDENCE (OCTOBER–NOVEMBER 1912)

<https://doi.org/10.29362/ist20veka.2024.1.dus.1-18>

Danilo Šarenac

THE SERBIAN ARMY AND ITS STRUGGLE WITH THE AMMUNITION CRISIS OF 1914

<https://doi.org/10.29362/ist20veka.2024.1.sar.19-44>

Vladimir Krivošejev

EPIDEMIJE TOKOM PRVOG SVETSKOG RATA U RURALNIM OBLASTIMA UŽIČKOG I VALJEVSKOG OKRUGA: PRILOG KVANTIFIKACIJI RATNIH ŽRTAVA

EPIDEMICS DURING WORLD WAR I IN THE RURAL AREA OF VALJEVO AND UŽICE REGIONS: CONTRIBUTION TO QUANTIFICATION OF WAR VICTIMS

<https://doi.org/10.29362/ist20veka.2024.1.kri.45-64>

Sonja Jerković, Saša Ilić

ESTABLISHMENT OF THE FINANCIAL SYSTEM IN THE KINGDOM OF SERBS, CROATS, AND SLOVENES AFTER THE FIRST WORLD WAR

<https://doi.org/10.29362/ist20veka.2024.1.jer.65-86>

Miloš Žikić

JUGOSLOVENSKI PLAN ZA UPAD U JUGOZAPADNU BUGARSKU I LIKVIDIRANJE VMRO (1930–1939)

YUGOSLAV PLAN FOR INCURSION INTO SOUTHWEST BULGARIA AND LIQUIDATION OF IMRO (1930–1939)

<https://doi.org/10.29362/ist20veka.2024.1.zik.87-104>

Nebojša Stambolija

KOSTA PEĆANAS'S CHETNIKS IN OCCUPIED SERBIA 1941–1942

<https://doi.org/10.29362/ist20veka.2024.1.sta.105-122>

Tamás Kovács

POLICE OFFICERS AT A CROSSROADS: LIFE-STORIES OF HUNGARIAN POLICE OFFICERS AFTER THE GERMAN OCCUPATION OF HUNGARY

<https://doi.org/10.29362/ist20veka.2024.1.tam.123-142>

Nemanja Dević

SRETEN ŽUJOVIĆ (1899–1976): BIOGRAFIJA JEDNOG SRPSKOG REVOLUCIONARA
SRETEN ŽUJOVIĆ (1899–1976): BIOGRAPHY OF A SERBIAN REVOLUTIONARY

<https://doi.org/10.29362/ist20veka.2024.1.dev.143-166>

Aleksandar V. Miletić

BALANCING TRUST: YUGOSLAV COMMUNISTS AND GERMAN SOCIAL DEMOCRATS (SPD) 1950–1953

<https://doi.org/10.29362/ist20veka.2024.1.mil.167-182>

Sanja Lukić

SLIKA JUGOSLOVENSKEG DRUŠTVA U ČASOPISIMA LIFE I TIME 1945–1980

THE IMAGE OF YUGOSLAV SOCIETY IN THE MAGAZINES LIFE AND TIME 1945–1980

<https://doi.org/10.29362/ist20veka.2024.1.luk.183-198>

Miomir Gatalović

PRILOZI ZA PROUČAVANJE ISELJAVANJA SRBA I CRNOGORACA SA KOSOVA I
METOHIJE POD VLAŠĆU JOSIPA BROZA TITA

CONTRIBUTION TO THE STUDY OF EMIGRATIONS OF SERBS AND

MONTENEGRINES FROM KOSOVO AND METOHIJA UNDER THE RULE OF JOSIP
BROZ TITO

<https://doi.org/10.29362/ist20veka.2024.1.gat.199-220>

Petar Dragišić

ZAPADNONEMAČKI MEDIJI O UBISTVU STJEPANA ĐUREKOVIĆA 1983. GODINE

WEST GERMAN MEDIA ON THE ASSASSINATION OF STJEPAN ĐUREKOVIĆ IN 1983

<https://doi.org/10.29362/ist20veka.2024.1.dra.221-232>

Jovan Čavoški

I POSLE TITA... NIKO. JUGOSLAVIJA I KRIZA POKRETA NESVRSTANIH POČETKOM
OSAMDESETIH GODINA 20. VEKA

AND AFTER TITO... NO ONE. YUGOSLAVIA AND THE CRISIS OF THE NON-ALIGNED
MOVEMENT DURING THE EARLY 1980s

<https://doi.org/10.29362/ist20veka.2024.1.cav.233-256>

Zitation

Istorija 20. veka 42 (2024) 1. , In: H-Soz-Kult, 28.02.2024,

www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-141937.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

18) Südost-Forschungen 81 (2022)

Titel der Ausgabe

Südost-Forschungen 81 (2022)

Zeitschriftentitel

[Südost-Forschungen. Internationale Zeitschrift für Geschichte, Kultur und Landeskunde Südosteuropas](#)

München 2022: [De Gruyter Oldenbourg](#)

Preis Einzelband: € 126,00

ISSN [0081-9077](#)

Kontakt

Südost-Forschungen. Internationale Zeitschrift für Geschichte, Kultur und Landeskunde Südosteuropas

c/o

Dr. Peter Mario Kreuter Südost-Institut Landshuter Straße 4 93047 Regensburg

Von

Peter Mario Kreuter, Redaktion "Südost-Forschungen", Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung

Die seit 1936 als Jahrbuch erscheinende Zeitschrift Südost-Forschungen ist das Publikationsorgan des Leibniz-Instituts für Ost- und Südosteuropaforschung für historische Forschungen zu Südosteuropa. Die Zeitschrift ist interdisziplinär angelegt und offen für Beiträge über die Epochen von Byzanz bis hin zur Zeitgeschichte. In ihrem sehr umfangreichen Rezensionsteil bieten die Südost-Forschungen einen breiten Überblick über die aktuelle Fachliteratur in allen relevanten Sprachen. Hervorzuheben ist die Internationalität der Autor:innen, zumal der große Anteil an Mitarbeiter:innen aus Südosteuropa.

Der Schwerpunkt der Zeitschrift liegt auf Abhandlungen zur Geschichte der Kulturen Südosteuropas. Darüber hinaus werden Beiträge zur Geographie, Kunst, Literatur, Religionswissenschaft, Wirtschaft, Sprachwissenschaft und Volkskunde berücksichtigt, soweit sie in direktem Zusammenhang mit der Geschichte Südosteuropas stehen. Unterteilt ist die Zeitschrift in einen Aufsatzteil und einen umfangreichen Rezensionsteil. Publikationssprachen sind Deutsch, Englisch oder Französisch.

Inhaltsverzeichnis

INHALT

Themenschwerpunkt "Südosteuropa ist tot, lang lebe der Balkan!"

Nießer, Jacqueline / Satjukow, Elisa / Weber, Claudia: Südosteuropa ist tot, lang lebe der Balkan! Einleitende Bemerkungen über Positionierungen in einem interdisziplinären Forschungsfeld .

Höpken, Wolfgang: Southeast European Studies Yesterday and Today. Instrumentalisation and Scientification – Theories and Paradigms

Seite B 177 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Satjukow, Elisa / Nießer, Jacqueline: Reflections on Positionality in German Southeast European Studies

Bădescu, Gruia: "Even Romanians Come Research Us Now". On Positionality in Southeast European Studies, between *ti si naș* and Nested Orientalisms

Kersten-Pejanić, Roswitha: Nicht dramatisieren, nicht bagatellisieren – sondern aufzeigen. Reflexionen zur Positionierung in der südosteuropäischen Konfliktforschung

Horvat, Lea / Ranković, Aleksandar: Galeb i golub. Heritage Scholars, Power and Knowledge Production in (Post-)Yugoslav Studies

Meyer, Rosa Karolin: Puzzling the Pieces – Working on a Playground Ethnography on the Salafi Scene in Bosnia and Herzegovina

Hepp, Bianca: Dreck und Pferdekutschen. Überlegungen zur reflektierten Wissensproduktion der deutschsprachigen Südosteuropastudien

Stöxen, Jana: Begegnungen mit Südosteuropa. Regionalwissenschaften am Balkan-Grill

Beiträge

Pfützner, Andreas: Zwischen Kapitulationen und staatsrechtlichem Niemandsland. Ein Beitrag zur Staatsangehörigkeitsfrage von Juden in den Donaufürstentümern vor 1866.

Jakir, Aleksandar: "Everybody wants Yugoslavism, there is no difference!" The Sokol Movement as a Promotor of Yugoslav Nationalism During the Interwar Years in Dalmatia

Vojtěchovský, Ondřej: Smugglers, Fraudsters, Black Marketeers. Yugoslavs as Actors in the Illegal Cross-Border Trade in Czechoslovakia in the Period of State Socialism.

Aus der Südosteuropaforschung

Katsiardi-Hering, Olga: 200 Jahre nach der Griechischen Revolution. Eine Darstellung der historiographischen Jubiläumsproduktion.

Držaić, Karlo: Anti-Semitism in Croatia in the early 1990s

Jusufi, Lumnije: Sprachhistorische und soziolinguistische Studien zur albanischen Sprache von Rexhep Ismajli

Nachrufe

Irène Beldiceanu-Steinherr (1928 – 2022) (Oliver Jens Schmitt)

Marco Dogo (1946–2021) (Bojan Mitrović / Stefano Petrunaro)

Rezensionsteil

Zitation

Südost-Forschungen 81 (2022). , In: H-Soz-Kult, 06.02.2024,
<www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-141782>.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

19) Südost-Forschungen 80 (2021)

Titel der Ausgabe

Südost-Forschungen 80 (2021)

Zeitschriftentitel

[Südost-Forschungen. Internationale Zeitschrift für Geschichte, Kultur und Landeskunde Südosteuropas](#)

München 2021: [De Gruyter Oldenbourg](#)

Preis Einzelband: € 126,00

ISSN [0081-9077](#)

Kontakt

Südost-Forschungen. Internationale Zeitschrift für Geschichte, Kultur und Landeskunde Südosteuropas

c/o

Dr. Peter Mario Kreuter Südost-Institut Landshuter Straße 4 93047 Regensburg

Von

Peter Mario Kreuter, Redaktion "Südost-Forschungen", Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung

Die seit 1936 als Jahrbuch erscheinende Zeitschrift Südost-Forschungen ist das Publikationsorgan des Leibniz-Instituts für Ost- und Südosteuropaforschung für historische Forschungen zu Südosteuropa. Die Zeitschrift ist interdisziplinär angelegt und offen für Beiträge über die Epochen von Byzanz bis hin zur Zeitgeschichte. In ihrem sehr umfangreichen Rezensionsteil bieten die Südost-Forschungen einen breiten Überblick über die aktuelle Fachliteratur in allen relevanten Sprachen. Hervorzuheben ist die Internationalität der Autor:innen, zumal der große Anteil an Mitarbeiter:innen aus Südosteuropa.

Der Schwerpunkt der Zeitschrift liegt auf Abhandlungen zur Geschichte der Kulturen Südosteuropas. Darüber hinaus werden Beiträge zur Geographie, Kunst, Literatur, Religionswissenschaft, Wirtschaft, Sprachwissenschaft und Volkskunde berücksichtigt, soweit sie in direktem Zusammenhang mit der Geschichte Südosteuropas stehen. Unterteilt ist die Zeitschrift in einen Aufsatzteil und einen umfangreichen Rezensionsteil. Publikationssprachen sind Deutsch, Englisch oder Französisch.

Inhaltsverzeichnis

Beiträge

Gheorghe, Adrian: Mental Frames and Textual Strategies in Mid-14th Century Byzantine-Turkish Sources on the Beginnings of the Anatolian Turks in Europe

Rödel, Volker: Wilhelm „von Koppenbach“, Bischof von Fünfkirchen. Seine Identität und seine Ungarn zugewandte oberrheinische Herkunftslandschaft

Sadovski-Kornprobst, Lena: Zur Richterwahl in Omiš (Almissa) 1490–1492 und dem Einfluss Venedigs auf die gesellschaftlichen Strukturen einer dalmatinischen Kleinstadt im 15. Jahrhundert

Kotzageorgis, Phokion: Greek Rebellions and Ottoman Sources on the Battle of Lepanto

Zelepos, Ioannis: Religiöse Vielfalt im venezianisch-osmanischen Kontaktraum. Zur konfessionellen Interaktion zwischen orthodoxen Christen und Juden im frühneuzeitlichen Südosteuropa

Berecz, Ágoston: Hungarian, Romanian and German in the Counties of Dualist Hungary

Lange, Frederik: Zwischen Binnenfluss und ‚Zivilisationsgrenze‘: Der Deutungskampf um die Drina im Zwischenkriegsjugoslawien, 1918–1941

Fonzi, Paolo: Hellenes, Slavs or Levantines? Italian and German Perceptions of Greece during the Second World War

Becker-Naydenov, Patrick: „Westliche Horizonte?“ Zur musikpublizistischen Rezeption des Warschauer Herbstes in Bulgarien 1956–1971

Idrizi, Idris: Stalinistische Machtspiele unter albanischen Kommunisten. Enver Hoxha und die Demontage Kadri Hazbius

Hoxha, Artan R.: A Swamp, a Forbidden Grove and a Ruined Factory in a Corner of South-eastern Albania . From the Heterotopia of First Modernity to Dead Zones of Second Modernity

Aus der Südosteuropa-Forschung

Stanciu-Păscărița, Daniela: Das Kaffeehaus in Hermannstadt. Unterhaltung und Geselligkeit am Anfang des 20. Jahrhunderts

Steindorff, Ludwig: Handbuch zur Geschichte Südosteuropas. Ein erster fachlicher Überblick

Nachrufe

János M. Bak (1929–2020). Von Gábor Klaniczay

Peter Bartl (1938–2022). Von Oliver Jens Schmitt

Andreas Kiesewetter (1962–2021). Von Serena Morelli

Ljubinka Trgovčević-Mitrović (1948–2022). Von Dubravka Stojanović

Rezensionsteil

Zitation

Südost-Forschungen 80 (2021). , In: *H-Soz-Kult*, 06.02.2024,
<www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-141783>.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

20) SPIEGELUNGEN 18 (72), 2.23

SPIEGELUNGEN 18 (72), 2.23

Zeitschriftentitel [Spiegelungen. Zeitschrift für deutsche Kultur und Geschichte Südosteuropas](#)

Weiterer Titel Kind und Gesellschaft (II)

Regensburg 2023: [Verlag Friedrich Pustet](#)

zweimal jährlich

ISBN 9783791734163

271 Seiten.

Preis Einzelheft: € 17,00 zzgl. Porto- und Versandkosten; Jahresbezug: € 28,00 zzgl. Porto- und Versandkosten

ISSN [1862-4995](#)

Kontakt

Spiegelungen. Zeitschrift für deutsche Kultur und Geschichte Südosteuropas

c/o

*IKGS, Spiegelungen, Halskestraße 15, 81379 München, E-Mail: redaktion@ikgs.de,
Telefon: 089 - 78 06 09 0*

Von

Laura Schmid, Institut für deutsche Kultur und Geschichte Südosteuropas

Mit Ausgabe 2.23 setzen die „Spiegelungen“ den Themenschwerpunkt „Kind und Gesellschaft“ mit weiteren Fallstudien fort, die zeitlich vom ausgehenden 19. bis ins 21. Jahrhundert reichen. Das Bemühen um Kinderspielplätze in Kaschau/Košice, die „Militarisierung der Kindheit“ in Kinderzeitschriften der sowjetischen Ukraine der Zwischenkriegszeit, Erinnerungen an die „Kindertransporte“ jüdischer Kinder 1938/39 sowie außerschulische Sozialisationsmöglichkeiten von ungarndeutschen Kindern heute decken ein breites thematisches und regionales Spektrum ab.

Inhaltsverzeichnis

Editorial

WISSENSCHAFT

Kind und Gesellschaft II

Tobias Weger: Kein Platz für Kaschauer Kinder? Debatten um Spielplätze in der Lokalpresse vor dem Ersten Weltkrieg

Nani Hohokhiia: The militarisation of childhood in the children's press and illustrated publications in the Soviet Ukraine, 1929-1941

Monika Tempian: The Culture of Memory in a Kindertransport Child

Szimonetta Waldhauser, Viktória Nagy: Außerschulische Möglichkeiten der Sozialisation für ungarndeutsche Kinder und Jugendliche. Die Ergebnisse zweier Meinungsumfragen

Archive

Jasmina Đonlagić Smailbegović: Quellen zur österreichisch-ungarischen Herrschaft im Archiv von Bosnien und Herzegowina

Quelle

Angela Ilić: Bilddokumentation zum Südostdeutschen Wandervogel im IKGS-Fotoarchiv. Eine Auswahl

Corneliu Pintilescu: „Alltagsleben und interethnisches Zusammenleben im Banat im 20. Jahrhundert“. Erfahrungen der Feldforschungsarbeit und Schlussfolgerungen eines Forschungsprojekts

Aufsätze

Mária Rózsa: Die Brandkatastrophe des Deutschen Theaters zu Pest am 2. Februar 1847 als Medienereignis

Edit Király: Kunst des Vermittelns: Brückenwächter in Štúrovo/Párkány

Rezensionen

Attila Bombitz, Christoph Leitgeb, Lukas Marcel Vosicky (Hgg.): Frachtbriefe. Zur Rezeption österreichischer Gegenwartsliteratur in Mitteleuropa (Cristina Spinei) / Marion Acker: Schreiben im Widerspruch. Nicht-/Zugehörigkeit bei Herta Müller und Ilma Rakusa (Georg Aesch) / Helmut Braun: »Du hast mit deinen Sternen nicht gespart.« Rose Ausländer und Paul Celan (Martin Hainz) / Josip Kosor: Moj Prijatelj Stefan Zweig. Nepoznata pisma Josipa Kosora Stefanu Zweigu (Marijana Eršić) / George Guțu: Celaniana – Band 1 und 2 (Raluca A. Rădulescu) / Ioana Maria Cusin, Ioana Maria Fierbințeanu, Ileana Maria Ratcu (Hgg.): Rumäniendeutsch, Identität(en) und Lebensbilder. Siebenbürgen und Altreich (Mihai Crudu) / Mariana Hausleitner: Selbstbehauptung gegen staatliche Zwangsmaßnahmen. Juden und Deutsche in Rumänien seit 1830 (James Koranyi) / Tünde Katona: Von Lebenden und Toten. Medien der Gedächtnisbewahrung in der Frühen Neuzeit in Ungarn (Klára Berzeviczy) / Fabian Kümmeler: Korčula. Ländliche Lebenswelten und Gemeinschaften im venezianischen Dalmatien (1420–1499) (Maja Haraminčić Cebalo) / Die Protokolle des Landeskonsistoriums der Evangelischen Landeskirche in Rumänien 1919–1933 (András Bándi) / Helmut Moll (Hg.): Zeugen für Christus. Das deutsche Martyrologium des 20. Jahrhunderts (Gergely Csukás) / Andreea Odoviciuc: Gegeneinander, Nebeneinander, Miteinander. Deutsch und Rumänisch als Rechts- und Verwaltungssprachen im habsburgischen Kronland Bukowina (1848–1918) (Kurt Scharr) / Serhii Plokhly: Die Frontlinie. Warum die Ukraine zum Schauplatz eines neuen Ost-West-Konflikts wurde (Dmytro Myeshkov)

LITERATUR

Marjana Gaponenko: Kinder

Robert Balogh: »Nie hatten wir so einen schönen Hahn!«

Alta Vášová: In den Gärten

Orsolya Péntek: 6. März 1953

Frieder Schuller: Transilvanian Brunch

Pierre Pachet: Friedhof

Ilse Hehn: Bleistiftskizzen

Ilma Rakusa: Herbstfäden

Kristiane Kondrat: Gedichte

Sigrid Katharina Eismann: Gedichte

Stafette: Gedichte

FEUILLETON

Interview

Hellmut Seiler: Abstraktion und Sinnlichkeit. Ein Interview mit Peter Jacobi

Europäische Kulturhauptstädte

Eszter Stricker: Temeswars Geschichte auf 1.000 Fotos erzählt

Eszter János: Die Temesvarer Zeitung im Dienst der Kulturvermittlung

Angela Ilić: Emília Kánya – ein außergewöhnliches Leben mit Stationen in Temeswar und Rijeka

Anikó Szilágyi-Kósa: Deutsche in und um Wesprim. Europäische Kulturhauptstadt 2023

Südosteuropäische Spuren in Bayern

Tobias Weger: Schlachtengetümmel auf einem Deckenfresko

Personalia

Raluca Rădulescu: Nachruf auf George Guțu

Frieder Schuller: Der Wanderer zu Hause. Kurze Sätze für ein langes Leben. Eginald Schlattner zum 90. Geburtstag

Eva Filip: »Jetzt erst recht!«. Zum 80. Geburtstag der Schriftstellerin, bildenden Künstlerin und Kunstdozentin Ilse Hehn

Andrei Corbea-Hoișie: Zum 80. Geburtstag von Hans-Jürgen Schrader

Horst Samson: Literatur im Blitzgewitter. Das Alter ist ein kugelförmiges Gespinst. Der Schriftsteller Gerhard Ortinau ist 70

Besprechungen

Ivo Andrić: Das Fräulein. Roman (Ingeborg Szöllösi) / Mircea Cărtărescu: Melancolia. Erzählungen (Ingrid Baltag) / Kristiane Kondrat: Wer tanzt im Niemandsland (Klaus Hübner) / István Örkény: Rebellion in der Nussschale. Ein Lesebuch (Wolfgang Schlott) / Tomáš Šalamun: Steine aus dem Himmel. Gedichte (Jonis Hartmann) / Oleg Serebrian: Tango in Czernowitz. Roman (Giulia Fanetti) / Norman Manea: Der Schatten im Exil (Eva Filip)

FORUM

Aus dem IKGS

Zitation

SPIEGELUNGEN 18 (72), 2.23. , In: *H-Soz-Kult*, 05.02.2024, www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-141629.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

21) Comparative Southeast European Studies 71 (2023) 4

Zeitschriftentitel

[Comparative Southeast European Studies](#)

Weiterer Titel

Everyday Ethnicity and Popular Responses to Nation-Building Projects in Moldova after 1989

Berlin 2024: [De Gruyter Oldenbourg](#)

Erscheint vierteljährlich

<https://www.degruyter.com/journal/key/soeu/71/4/html>

Preis Open Access

ISSN [E-ISSN: 2701-8202](#); [Print-ISSN: 2701-8199](#)

Kontakt

Comparative Southeast European Studies

Regensburg

c/o

Sabine Rutar, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Landshuter Straße 4, 93047 Regensburg, E-Mail: rutar@ios-regensburg.de

Von

Sabine Rutar, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Regensburg

In *Comparative Southeast European Studies* 71, no. 4, 2023, Svetlana Suveica and Petru Negură have compiled a thematic section on "Everyday Ethnicity and Popular Responses to Nation-Building Projects in Moldova after 1989".

The thematic section features contributions by Vladimir Solonari, Keith Harrington, Jennifer Cash, Elena-Ana Daniela and Ion Marandici.

It is among the first compilations to focus on recent nation-building processes in Moldova and is recommended to your attention.

In the open section, Christophe Solioz contributes a compelling essay that pays tribute to one of the great contemporary Slovenian literary figures, the late Boris Pahor (1913-1922).

In addition, the issue contains four book reviews.

Inhaltsverzeichnis

Content

Everyday Ethnicity and Popular Responses to Nation-Building Projects in Moldova after 1989

Guest Editors: Petru Negură and Svetlana Suveica

Seite B 185 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Petru Negură and Svetlana Suveica
Everyday Ethnicity and Popular Responses to Nation-Building Projects in Moldova After 1989 465

Vladimir Solonari
Popular Sentiments and Political Failures: Understanding the Disintegration of the Republic of Moldova, 1989–1990 488

Keith Harrington
Mobilising the Masses: Explaining the Rapid Rise of Worker Activism in Transnistria in the Late 1980s 517

Jennifer Cash
Widening “Ground-Up” Nationalism: Some Reflections on Religion and Gender in the Republic of Moldova 546

Elena-Daniela Ana
Wine as a “Cultural Product”? Ethnographic Notes on Work and Nationhood in the Republic of Moldova 565

Ion Marandici
Z-Propaganda and Semiotic Resistance: Contesting Russia’s War Symbols in Moldova and Beyond 585

Essay

Christophe Solioz
Boris Pahor’s Urban Miniature: Conducting the City as an Open-Ended Score 617

Book Reviews

Vladan Vukliš
Dora Komnenović. Reading between the Lines: Reflections on Discarded Books and Sociopolitical Transformations in (Post-)Yugoslavia 631

Armend Bekaj
Arben Hajrullahu and Anton Vukpalaj. eds. Forging Kosovo: Between Dependence, Independence, and Interdependence 634

Benjamin Nurkić
Muamer Džananović, Jasmin Medić and Hikmet Karčić. Nastanak Republike Srpske: od regionalizacije do strateških ciljeva (1991–1992) 637

Dušan Spasojević
Dimitri A. Stavropoulos. The Irregular Pendulum of Democracy: Populism, Clientelism and Corruption in Post-Yugoslav Successor States 640

Zitation

Comparative Southeast European Studies 71 (2023) 4. , In: *H-Soz-Kult*, 16.02.2024, www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-141938.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

22) Osteuropa 73 (2024), 12

Weiterer Titel
Geschichte und Gegenwart der Ukraine

Berlin 2024: [BWV Berliner Wissenschafts-Verlag](#)

<https://zeitschrift-osteuropa.de/hefte/2023/12/>

ISBN 978-3-8305-5597-1

208 Seiten

Preis Jahresabo 84 €, Einzelheft 10,00 €, Themenheft je nach Umfang 15,00 € oder 18,00 €, Doppelheft 22,00 € oder 28,00 € zzgl. Porto

ISSN [0030-6428](#)

Kontakt

Osteuropa

c/o

Redaktion „Osteuropa“ Dr. Manfred Sapper, Dr. Volker Weichsel, Dr. Andrea Huterer, Olga Radetzkaja, Margrit Breuer, Schaperstraße 30 10719 Berlin Tel. 030/30 10 45 - 81 / 82 Fax 030/21 47 84 14 E-mail: osteuropa@dgo-online.org

Von

Volker Weichsel, Redaktion, Redaktion OSTEUROPA

Seit zehn Jahren führt Russland Krieg gegen die Ukraine. Zur Verteidigung ihrer Souveränität erhält sie breite Unterstützung aus dem Westen. Ob diese ausreicht, um den Aggressor zurückzuschlagen, ist offen. Einen Nebeneffekt hat der ukrainische Freiheitskampf: Das Interesse am Land ist explodiert. Und die Ukrainestudien gewinnen an Profil und Substanz. Das zeigen die 14 Beiträge in Osteuropa 12/2023 „Geometrie der Nation. Geschichte und Gegenwart der Ukraine“. Sie schlagen den Bogen vom Kriegsgeschehen über eine Analyse des ukrainischen Sonderwegs nach Westen, den ukrainischen Futurismus, eine Lokalstudie über das jüdische Berdyčiv bis zur Debatte über Postkolonialismus und die Ukraine. Das Heft hat 208 Seiten, 4 Farbkarten und kostet 24,00 €.

Inhaltsverzeichnis

Editorial

Ukraineexpertise

Die Mühen der Ebene 3

Emil Souleimanov

Unerwartete Allianzen

Karabach, Gaza und die Folgen 7

Nikolay Mitrokhin

Der Krieg in der Ukraine 2023

Bilanz eines schrecklichen Jahres 17

Seite B 187 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Christine Engel
Stimmungsbarometer Witz
Putin, der Krieg und die Lage in Russland 35

Nikolay Mitrokhin
Russlands Krieg gegen die Ukraine
Wochenberichte aus dem Winter 2023/2024 57

Gerhard Simon
Go West!
Etappen des Sonderwegs der Ukraine 79

Ulrich Schmid
Postkolonialismus und kein Ende?
Die Ukraine als Testfall für theoretische Alternativen 97

Stephan Rindlisbacher
Das sowjetische Erbe
Grenz- und Territorialkonflikte in der Ukraine, im Südkaukasus und in Zentralasien 113

Bozhena Kozakevych
Modernisierung und Sowjetisierung
Die Sowjetmacht und die Juden in Berdyčiv 127

Claudia Dathe
Der ukrainische Futurismus
Aufbruch, Umbruch, Abbruch 149

Andrii Portnov
Ukrainestudien an der Viadrina
Möglichkeiten und Herausforderungen 163

Christian Thomas
Weinen und Widerstand
Taras Ševčenko und die Ukraine 169

Dokumentation
Iosif Brodskij: Auf die Unabhängigkeit der Ukraine (1991) 185

Michail Ryklin
Genie und Narr
Iosif Brodskijs Gedicht „Auf die Unabhängigkeit der Ukraine“ 189

Evgenij Brejdo
Kein Schmähdgedicht
Iosif Brodskijs „Auf die Unabhängigkeit der Ukraine“ 195

Zitation

Osteuropa 73 (2024), 12., In: *H-Soz-Kult*, 27.02.2024, www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-142328.
Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

23) Hémecht. Revue d'Histoire luxembourgeoise 75 (2024) 4

Titel der Ausgabe

Hémecht. Revue d'Histoire luxembourgeoise 75 (2024) 4

Zeitschriftentitel

[Hémecht. Revue d'Histoire luxembourgeoise – transnationale, locale, interdisciplinaire /
Zeitschrift für Luxemburger Geschichte – transnational, lokal, interdisziplinär](#)

Niederanven 2024: [Office Services SA \(Ossa\)](#)

Erscheint 4 mal im Jahr

<http://www.hemecht.lu>

128 Seiten

Preis Jahresabonnement: 55€; Abonnement für Studierende: 30€; Einzelpreis: 25€ +
Porto

ISSN [0018-0270](#)

Redaktion Hémecht

Institution

*Hémecht. Revue d'Histoire luxembourgeoise – transnationale, locale, interdisciplinaire /
Zeitschrift für Luxemburger Geschichte – transnational, lokal, interdisziplinär*

Land Luxembourg

L- 4366 Esch/Belval

Maison des Sciences Humaines, 11, Porte des Sciences

Von

Sonja Kmec, Geschichtsabteilung, Universität Luxembourg

Im Dezember 2023 erschien das Heft 75/4 der "Hémecht. Zeitschrift für Luxemburger Geschichte. Transnational, lokal, interdisziplinär". Dass alte Luxemburger Bräuche am Verschwinden sind, kann eine Studie über das "Burgbrennen" am ersten Fastenwochenende, vorgelegt von Sonja Kmec, Catherine Lorent und Jean Reitz, nicht bestätigt. 2020 wurden in 260 Orten sog. Burgen abgebrannt. Doch Änderungen in der Praxis sind seit den 1970er Jahren sehr wohl zu beobachten. Im aufgezwungenen Wehrdienst patriotische Lieder oder auch deutsche Schlager singen: darauf verweisen Briefe von Luxemburger (Zwangs)rekruten, die Susanne Schmolze in ihrem Beitrag systematisch untersucht. Sie kann zeigen, dass Singen Kameradschaft untermauerte, aber auch ironisch ausgelegt werden konnte oder Protest signalisierte. Im dritten Aufsatz des Heftes beschäftigt sich Daniela Lieb mit dem Unabhängigkeitsdenkmal in Mersch, das während des Zweiten Weltkriegs vom NS-Besitzer abgerissen worden war. Indem sie literatur- und religionswissenschaftliche Analysekatoren bemüht, zeigt sie, wie das Monument nach dem Krieg in den lokalen, den nationalen, den resistenzhistorischen und den europäischen Integrationsdiskurs eingebettet wurde.

In der Rubrik Geschichtsvereine stellen die Petinger Geschichtsfreunde sich vor. Anschließend teilen fünf Historiker:innen die Resultate ihre Abschlussarbeiten mit: Esther Beeckaert hat in ihrer Genter Dissertation über den Wandel der Ardenner Landschaft im 18. Jahrhundert geforscht, Thomas Lutgen in seiner Aachener Dissertation über den ersten Luxemburger Staatsarchitekten Karl Arendt (1825-1910) und Marlene Duhr an der Uni

Luxemburg über editorische Probleme populärer Musik anhand der Werke für Blasorchester von Laurent Menager. Die Masterarbeit von Sophie David da Costa untersucht die Luxemburger Presseberichte über das deutsche Kolonialreich, während jene von Mady Stehres-Delvaux sich mit der Rolle der organisierten Luxemburger Bauernschaft bei der Gründung der UEBL beschäftigt.

Den multidisziplinären Zugang der Zeitschrift bestätigen die neun besprochenen Bücher. Sie reichen vom Denkmalschutz über den Tausch in ländlichen Gesellschaften, die 1848er Revolution in Luxemburg, die Düdeler Schmelz und die unterschiedlichen Erfolge rechter Parteien in Benelux bis zu den Kabarett-Texten von Mars Klein und den Dankesreden von 30 Servais-Preisträgern. Das Heft schließt mit dem Jahresinhaltsverzeichnis.

Inhaltsverzeichnis

Sonja KMEC / Catherine LORENT / Jean REITZ, Den Winter verjagen: Das Burgbrennen in Luxemburg und seine Entwicklung seit den 1970er Jahren [Burning Winter: A study of the custom of „Burgbrennen“ in Luxembourg and its evolution since the 1970s] S. 389-418 Drawing on digitized newspaper archives and an enquiry conducted in 2020/21, this article examines changes in the ritualization of “Burgbrennen” – a communal event centered around the lightening of a seasonal fire on the first Saturday or Sunday of Lent in Luxembourg. A first finding is that the number of such bonfires has increased since the early 1970s from about 100 localities to 260 recorded instances in 2020. While most stacks continue to be cross-shaped, a form recorded since the early 19th century, the (erroneous) etymology of “Burg” (castle) also inspires some castle-shaped constructions. The type of combustible material that is used has changed, notably due to safety regulations and anti-pollution acts. A series of maps show distinctive regional characteristics in terms of organizers, which appear linked to older village-based traditions in the rural North and East, while the feast was generally introduced in the South and Center by associations and clubs. A certain eventisation (combining the bonfire with other attractions) is evident in urban settings and in the context of the Esch2022, European Capital of Culture, but even without any side-effects the sensory spectacle and sociability of a bonfire enjoys (renewed) popularity in the 21st century.

Susanne SCHMOLZE, Du weißt ja das schöne Lied. Musik in Briefen und Aufzeichnungen luxemburgischer Rekruten während des Zweiten Weltkriegs [You know the beautiful song. Music in letters and reports of recruits from Luxembourg during World War II] S. 419-434 This article studies the role music had for Luxembourgish men who served in the German Reichsarbeitsdienst (RAD) and Wehrmacht during the Nazi occupation of Luxembourg. It analyses references to three types of songs in war letters, diaries and memoirs: The Luxembourgish national songs *Ons Heemecht* (today's national anthem) and *De Feierwon*, popular contemporary German ‘Schlager’ and songs about military life. Previous research on war letters, the political impact of music in general and its use in Nazi propaganda in particular allow identifying the crucial purposes of music listening and singing practices. National songs served to articulate a Luxembourgish identity as well as express protest against occupation and military service. Parodies could also serve as a form of protest. ‘Schlager’ formed an integral part of radio programmes, they were intended to boost morale and the emotional connection between recruits and their families at home; they also allowed to articulate hope for the future.

LOKALE GESCHICHTE

Daniela LIEB, Axis mundi. Das Merscher Monument national de l'indépendance in interdisziplinärer Perspektive (1939/1959) [Axis mundi. The Mersch Monument national de l'indépendance in an interdisciplinary perspective (1939/1959)], S. 435-461
In the context of the centenary celebrations in 1939, monuments large and small dedicated to national independence were established on many sites throughout Luxembourg. Among them, the Monument national de l'indépendance erected in Mersch occupies a special place due to its exceptional location outside the capital, its imposing dimensions and its eventful history. Its close interconnection over decades with current politically and ideologically relevant discourses and developments is similarly remarkable. The article examines some facets of this process: the idea of Mersch as the country's geographical centre and its special relationship with the transcendent; the monument's symbolic appropriation by circles of the Luxembourg resistance movements during World War Two: and finally, its integration into the discursive web encompassing European unification.

GESCHICHTSVEREINE

Guy Kummer, Die Geschichtsfreunde aus der Gemeinde Petingen, S. 462-463

FORSCHUNGSBERICHTE

Esther Beeckaert, Rural Transformation in the Ardennes. The Commons as Landscapes of Change, 1750–1800, PhD thesis, Universiteit Gent and Vrije Universiteit Brussel 2022; supervisors: Prof. Dr. Eric Vanhaute (UGent) and Prof. Dr. Wouter Ryckbosch (VUB), S. 464-468

Thomas Lutgen, Charles Arendt (1825-1910). Leben und Werk des ersten Luxemburger Staatsarchitekten; Dissertation an der Fakultät für Architektur der RWTH Aachen, 2023; Betreuer: Prof. Dr.-Ing. Christian Raabe, S. 468-470

Sophie David Da Costa, Die Berichterstattung über das deutsche Kolonialreich in ausgewählten luxemburgischen Zeitungen. Masterarbeit in Geschichte, Fachrichtung Internationale Geschichte der Neuzeit, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, 2023. Betreuer: Prof. Dr. Friedrich Kießling, S. 471-474

Marlène Duhr, Populäre Musik edieren. Editorische Probleme dargestellt an den Werken für oder mit Blasorchester von Laurent Menager (1835-1902), PhD, Université du Luxembourg, 2022. Betreuer: Prof. Dr. Damien Sagrillo, S. 474-477

Mady Stehres-Delvaux, L'agriculture luxembourgeoise à l'époque de l'Union économique belge-luxembourgeoise ; mémoire de master en histoire, ULB, 2023, sous la direction du professeur Serge Jaumain. S. 477-480

REZENSIONEN (S. 481-502; integral online veröffentlicht auf rezensio.net)

Michel Summer, Rezension zu:

Daniel Ludwig, Die Bedeutung von Tausch in ländlichen Gesellschaften des fränkischen Frühmittelalters. Vergleichende Untersuchungen der Regionen Baiern, Alemannien und Lotharingen (Besitz und Beziehungen. Studien zur Verfassungsgeschichte des Mittelalters, Bd. 2), Ostfildern: Jan Thorbecke Verlag, 2020; 404 S.; ISBN 978-3-7995-9401-1; 49 €.

Michel Pauly, Rezension zu:

Robert Wagner, Fort Lambert, Luxembourg: Frënn vun der Festungsgeschicht a.s.b.l., 2023; 107 S.; ISBN 978-2-919896-02-8; 20 €.

Seite B 191 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Thomas Kolnberger, Rezension zu:

Claude Frieseisen / Marie-Paule Jungblut / Josée Kirps / Philippe Nilles / Benoît Reiter und Sanja Simic, 1848 – Revolutioun zu Lëtzebuerg. Luxembourg: Chambre des Députés / Archives nationales de Luxembourg, 2023, 303 S.; ISBN 978-2-929773-32-9; 40 €.
« 1848 – Revolutioun zu Lëtzebuerg », Ausstellung vom 10.7. bis zum 2.12.2023, Archives nationales de Luxembourg, Luxembourg.

Michelle Stoffel, Rezension zu:

Renée Wagener, Emanzipation und Antisemitismus. Die jüdische Minderheit in Luxemburg vom 19. bis zum 21. Jahrhundert (Studien zum Antisemitismus in Europa, 16), Berlin: Metropol Verlag, 2022, 725 S., ISBN 978-3-86331-655-6; 36 €.

Fabian Trinkaus, Rezension zu:

Stëmme vun der Schmelz, Dudelage: Centre national de l'audiovisuel, 2023, 250 S.; ISBN 978-99959-809-3-1; 35 €.

Markus Linden, Rezension zu:

Léonie De Jonge, The Success and Failure of Right-Wing Populist Parties in the Benelux Countries (Routledge Studies in Extremism and Democracy), Abingdon und New York: Routledge, 2021, 210 S.; ISBN 9780367502515; 130 £ (fester Einband) / ISBN 9780367502522; 36,99 £ (Taschenbuch) / ISBN 9781003049258; 26,99 £ (eBook).

Alex Langini, Rezension zu:

Inventar der Baukultur im Großherzogtum Luxemburg, Kanton Mersch/ Gemeinde Mersch. Luxembourg, hg. v. Institut national du patrimoine architectural, Luxembourg 2022, 2 Bände, 1069 Seiten; ISBN 978-2-919883- 51-6 (nicht im Handel)

Koku G. Nonoa, Rezension zu:

Pascal Seil (Hg.), Mars Klein, Samthandschuh war nicht. Die Kabarett-Texte 1978-2020. Mersch: Centre national de Littérature, 2021; 274 S.; ISBN 9782919903948, 25 €.

Anne-Marie Millim, Rezension zu:

Germaine Goetzinger und Nathalie Jacoby (Hg.), Drësseg Rieden: 30 Joer Prix Servais, Luxemburg: Imprimerie Centrale, 2022, 287 S.; ISBN 978-2- 919798-06-3, 30 €.

Zitation

Hémecht. Revue d'Histoire luxembourgeoise 75 (2024) 4. , In: *H-Soz-Kult*, 05.02.2024, www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-141386.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

A. Besprechungen (Seiten B 192 – B 202)



- 01)** Karolina Kuszyk: In den Häusern der Anderen. Spuren deutscher Vergangenheit in Westpolen. Aus dem Polnischen von Bernhart Hartmann. 6. Auflage. (7 SW-Abb.). (Berlin) Ch. Links Verlag (2023). 395 Seiten. ISBN 978-3-96289-146-6. Euro 25,00.

Die polnische Autorin versucht aufzuzeigen, wie die aus dem Osten Polens ausgewiesenen Menschen nach dem Zweiten Weltkrieg die von Deutschen verlassenen Städte und Wohnungen im neuen Westen Polens vorfanden und wie sie mit dem Vorgefundenem umgingen und zurechtkamen. Nachdem bereits zahlreiche Literatur zum Umgang mit den Städten, Dörfern und Landschaften („das nach außen hin Sichtbare“, S. 19) vorhanden sei, wage sie sich an den Umgang mit dem „Innenleben“, wie die Autorin betont. „Die alltägliche Materialität“ komme bei den Wissenschaftlern nicht vor (S. 19). Leider hält sie sich nicht stringent an dieses Konzept. Im Anhang findet sich eine polnisch-deutsche Konkordanz der Ortsnamen (leider nicht vollständig) und eine Auflistung der Beschlüsse, Dekrete und Verordnungen des polnischen Staates diesen Themenbereich betreffend und eine umfangreiche Liste deutscher und polnischer Literatur zum Thema. Das Buch ist unterteilt in sieben Sachgebiete wie Häuser, Möbel oder Schätze und Geheimnisse. Die Kapitel beginnen stets mit Zitaten aus Erinnerungstexten. In der vorliegenden Übersetzung sind die polnischen Ortsnamen bei der ersten Erwähnung zusätzlich in Klammern mit dem ehemaligen deutschen Namen genannt. Es zählt aber zu einem verbreiteten Phänomen der deutschen Literatur, bekannte

deutsche Städtenamen wie Danzig, Stettin oder Breslau mit den polnischen Namen anzuführen, aber Warschau oder Krakau in deutscher Nomenklatur zu belassen. Warum wurde das polnische *Rynek* (Marktplatz) nicht übersetzt?

Häuserfassaden wurden von den Polen übermalt oder neu verputzt, Straßen und Plätze umbenannt, aber in den Wohnungen blieben viele Relikte erhalten, wie Möbel, Bilder oder Haushaltsgeräte. Die Autorin, Jahrgang 1977, suchte in ihrer eigenen Familie, in Archiven nach Erlebnisberichten und Erinnerungstexten, befragte Mitbürger, Historiker und Zeitgenossen, die Relikte aus der deutschen Zeit suchen und sammeln. Sie fragte nach dem Umgang mit den Materialien deutscher Provenienz und deren Adaption, um damit eine kulturhistorische Lücke zu schließen. Während viele Wohnungen und Anwesen geplündert und verwüstet wurden – vor allem in gemischt polnisch-deutschen Wohngebieten, nutzen viele Neuankömmlinge das vorhandene Mobiliar, weil sie selber ohne viel Gepäck angekommen waren. Erst die zweite Generation ging daran, Neues anzuschaffen. Noch in vielen Haushalten fanden und finden sich noch heute deutsch beschriftete Gebrauchsgegenstände – Fleischwolf Alexanderwerk, Weck-Einmachgläser oder Zucker-Vorratsdosen, sei es aus Bequemlichkeit oder aus Mangel an Alternativen. Auch viele Kunstgegenstände, wie deutsche Bilder oder religiöse Devotionalien zierten noch bis in die 1990er Jahre viele Haushalte. Die ersten Entrümpelungen begannen in den 1960er Jahren. Anhand vieler Lebensläufe versucht die Autorin verschiedene Aspekte der Beziehung polnischer Bewohner zu ihrer Deutsch geprägter Einrichtung zu beschreiben. Das führt aber sehr oft vom Thema weg hin zu reinen Lebensbeschreibungen. Daneben schildert sie die Geschichte einiger typisch deutscher Einrichtungsgegenstände wie Schutzengelbildern, Wohnzimmergemälden oder Weckgläsern. Überhaupt ergeht sich die Autorin oft in ausschweifenden Abhandlungen, die wenig mit der Thematik des Buches zu tun haben. So, wie die deutschen Vertriebenen mit ihrer Situation umgehen (S. 157f), polnische Zwangsarbeiter in Deutschland im Zweiten Weltkrieg (S. 183f) oder die Postkartensucht der Deutschen (S. 218). Sie versteigt sich gar zu der Formulierung *Quintessenz des Preußentums* für eine Riemenpeitsche, die sie als Disziplinierungsinstrument für unartige Kinder interpretiert (S. 197).

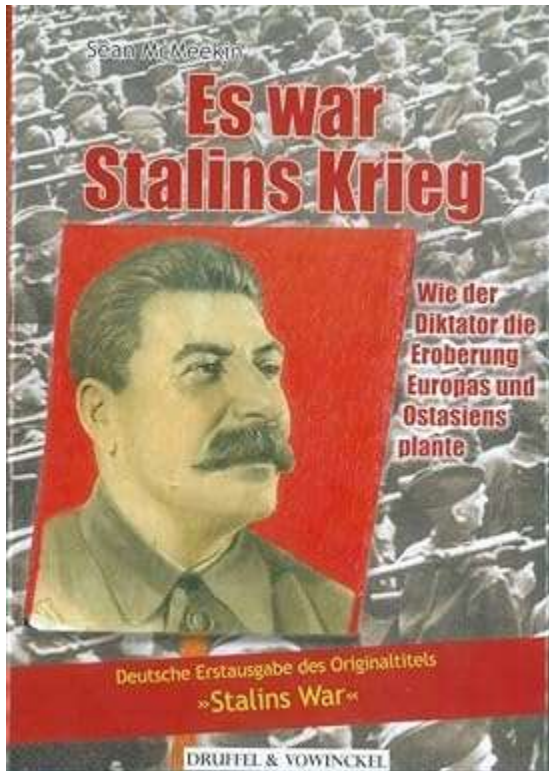
Überhaupt ist die eigentliche Themenstellung zu knapp für eine Abhandlung dieser Größenordnung. Eigentlich könnte diese Problematik stichhaltig und überzeugend in einem guten Aufsatz abgehandelt werden. Durch die abschweifende Schilderung verschiedener Lebensläufe und Fluchtgeschichten, Abhandlungen zur Kunstgeschichte deutscher Kulturgüter und über den Umgang Polens mit dem gewonnenen Land füllt sie die gut 350 Seiten. Obgleich sie von Schicksalen aus allen „wiedergewonnenen Gebieten“

berichtet, liegt ihr Fokus eindeutig auf Schlesien und stark auf Breslau, auch wenn sie ihrer Heimatstadt Liegnitz ein ganzes Kapitel widmet. Desgleichen fällt das Kapitel über die deutschen Friedhöfe, so interessant das Thema sein mag und obwohl es schon häufig behandelt wurde, aus dem anfangs gesetzten Rahmen über das Innenleben der früheren deutschen Häuser.

Unter den Beschlüssen und Verordnungen vermisst der Leser diejenigen des Potsdamer Protokolls, auf denen die Vertreibung der verbliebenen Deutschen beschlossen wurde, von den folgenden Abkommen zwischen Engländern und Polen ganz zu schweigen. Dennoch findet die Potsdamer Konferenz mehrfach Erwähnung, wenn auch mehrmals in falscher historischer Zuordnung (u. a. S. 31: *Anfang Juli 1945, unmittelbar nach der Potsdamer Konferenz*).

Man erfährt nicht viel über die Profession der Autorin, „sie arbeitet als Autorin und Lehrbeauftragte“ (Klappentext), aber nicht in welchem Fach. Sie ist geboren in Liegnitz, Polen, mit einem Deutschen aus Ostberlin verheiratet und lebt in beiden Städten. Das Ansinnen der Autorin, über dieses Thema zu berichten, ist begrüßenswert, wenngleich ihr Zugang wenig strukturiert und fachlich unübersichtlich erscheint. Auch zeitlich springt sie über die fast 75 Jahre ihrer Erzählspanne hin und her und erschwert dem Leser die zeitliche Einordnung. Ihr Erzählstil ist gut lesbar, zeitweise ironisch, rührselig (z. B. in der Schilderung von Zufallsfunden im Garten, S. 140) und mitfühlend. Natürlich kann ich hier nur die deutsche Übersetzung beurteilen. Alles in allem ist der Autorin der *Sonderpreis des Kulturpreises Schlesien des Landes Niedersachsen 2023*, verliehen am 7. Oktober in Breslau, zuzubilligen.

Gisela Borchers, Oldenburg



- 01)** Sean McMeekin: Es war Stalins Krieg. Wie der Diktator die Eroberung Europas und Ostasiens plante. (zahlreiche Karten und Fotos in SW). Gilching: Druffel & Vowinckel (2023). XII, 728 Seiten. ISBN 978-3-8061-1286-3. € 49,80.

Abenteurer abbrach¹ und Finnland seine Selbständigkeit beließ, weil er nur so
Sean McMeekin: *Es war Stalins Krieg. Wie der Diktator die Eroberung Europas und Ostasiens plante.* Druffel & Vowinckel Verlag Gilching 2023 728 Seiten mit vielen Karten und Abb. 49,80 €

Der US-Historiker Dr. Sean McMeekin (*1974) lehrt aktuell russische und osteuropäische Geschichte am Bard-College in New York. Sein Forschungsschwerpunkt ist die jüngere russische und deutsche Geschichte vom Ersten Weltkrieg bis zum „Kalten Krieg“. 2021 veröffentlichte er in den USA ein monumentales Werk mit dem Titel „Stalins War“, welches der als rechtsextrem geltende Druffel & Vowinckel Verlag in Gilching in einer 728-Seiten-Ausgabe unter dem Titel „Es war Stalins Krieg. Wie der Diktator die Eroberung Europas und Ostasiens plante“ auf Deutsch herausgab. In dem Buch steht ungemein vieles, was historisch

³Siehe dazu auch den Aufsatz von Helmut Roewer: „Der Abbruch des sowjetischen Winterkriegs durch Stalin – Ein Versuch dieses Rätsels zu erklären“ in meinem Sammelband „Spionage, Doppelagenten und Islamistische Bedrohung“ Ludwigsfelde 2017 S.160-171, wobei Helmut Roewer zu ähnlichen Bewertungen wie McMeekin kommt.

keineswegs falsch ist², wie etwa dass Stalin in den 30-iger Jahren beständig befürchtete, die imperialistischen Großmächte könnten vereint über die Sowjetunion herfallen, weshalb er binnen weniger Jahre die Sowjetunion zum Land mit dem zahlenmäßig stärksten Landheer, den meisten Panzern und Kampfflugzeugen hochrüstete. Dasselbe strebte er, mit weitaus geringerem Erfolg, auch bei der Kriegsflotte an. Stalins Politik in den 30-igern beinhaltete, die Widersprüche zwischen den imperialistischen Mächten (z.B. zwischen Deutschland einerseits und England/Frankreich andererseits) im Interesse der Sowjetunion möglichst noch zuzuspitzen und die Mächte förmlich zu einem Krieg gegeneinander zu drängen, in welchen sich die Sowjetunion erst nach grundlegender Schwächung beider kämpfender Seiten einzumischen beabsichtigte. Stalin hatte also einen großen Anteil am Ausbruch des Zweiten Weltkriegs. Zu seinem Pech entwickelten sich die historischen Ereignisse anders als geplant; Stalin, welcher sich eigentlich aus dem bewaffneten Kampf der kapitalistischen Großmächte heraushalten wollte, hatte von 1941 bis zur anglo-amerikanischen Invasion 1944 die Hauptlast des Titanenkampfes gegen Deutschland zu tragen und obwohl die Sowjetunion eine gewaltige, auch flächenmäßige Kriegsbeute einheimste, ging sie 1945 ziemlich geschwächt aus dem 2. Weltkrieg hervor. Zu Recht kritisiert McMeekin die zeitgenössische Geschichtsschreibung, die bei der öffentlichen Aufdeckung der jeweiligen Verbrechen Hitlers und Stalins zweierlei Maß anlegt. Auch bringt McMeekin in seinem Buch interessante Informationen über die Vorgeschichte des Hitler-Stalin-Paktes, demgemäß dieser in einem gemeinsamen Abendessen am 26. Juli 1939 in Berlin des deutschen Diplomaten Karl Schnurre mit dem sowjetischen Geschäftsträger Astachow seinen Anfang nahm, wobei die Initiative zu einer deutsch-russischen „Annäherung“ an diesem Abend von Astachow ausging, der hier gewiss nicht auf eigene Faust handelte. Ebenso spannend liest sich der Abschnitt, welcher beschreibt wie Stalin in höchster Gefahr Anfang 1940 blitzschnell und gekonnt sein finnisches Winterkriegs-Abenteuer abbrach³ und Finnland seine Selbständigkeit beließ, weil er nur so den bereits anlaufenden anglo-französischen Planungen zwecks Bombardierung der Erdölfelder von Baku entrinnen konnte, was die Sowjetunion unweigerlich als militärischen Bündnispartner in die Arme Hitlers gedrängt und der Weltgeschichte womöglich einen anderen Verlauf gegeben hätte. Denn dann wären Nationalsozialismus und Kommunismus 1945 zugleich zusammengebrochen. Leider

² McMeekin macht z. B. darauf aufmerksam, dass der britische Premier Chamberlain heute noch wegen seiner Appeasementpolitik gegenüber Hitler allgemein von den Historikern geschmäht wird. Dass sein Nachfolger Churchill genau dieselbe Beschwichtigungspolitik, nur 1940-1945 gegenüber Stalin betrieb, gerät dabei völlig aus dem Fokus der Historiker..

³ Siehe dazu auch den Aufsatz von Helmut Roewer: „Der Abbruch des sowjetischen Winterkriegs durch Stalin – Ein Versuch dieses Rätsels zu erklären“ in meinem Sammelband „Spionage, Doppelagenten und Islamistische Bedrohung“ Ludwigsfelde 2017 S.160-171, wobei Helmut Roewer zu ähnlichen Bewertungen wie McMeekin kommt.

Seite B 197 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

ist das Buch von einem gewissen Gert Rautenberg grottenschlecht übersetzt. Es finden sich dort beinahe auf jeder Seite Nonsenssätze a la „Am 25. Mai rief Molotow den litauischen Botschafter an und behauptete, dass die Rote Armee in Litauen entführt worden sei.“⁴ Zudem waren gemäß dem Buch die finnischen Soldaten im Winterkrieg nur mit „Holzgewehren aus dem 19. Jahrhundert“ bewaffnet, mit welchen sie die „sowjetischen Gewehrdivisionen“ bekämpften und ähnliche Albernheiten aus schlechter Übersetzung herrührend mehr. Besonders skurril ist, wobei ich diese Textstellen allein den mangelhaften Englischkenntnissen des Übersetzers zuschreibe, dass die beiden militärischen Unterhändler Admiral Drax und General Doumenec im August 1939 angeblich mit dem Luftschiff (!) „City of Exeter“ nach Moskau reisten oder das der Roosevelt'sche Sondergesandte auf den Balkan 1940 und spätere OSS-Chef Colonel „Wild Bill“ Donovan ein Farbiger gewesen sein soll. Sehr spannend lesen sich gleichfalls die Kapitel über die amerikanische Lend-Lease-Politik gegenüber Russland, gemäß welcher Waffen, Munition, sonstiges Kriegsgerät sowie massenhaft Lebensmittel und Bekleidung (darunter nicht wenig Frauenkleider !) für die nach heutigen Begriffen unvorstellbar hohe Summe von einer Billion Dollar seitens der USA auf Kredit an die Sowjetunion geliefert wurden und einen gravierenden Anteil am Durchhalten Stalins gegenüber der Wehrmacht besaß. Die amerikanischen Butterlieferungen waren dabei so hoch, dass in der amerikanischen Bevölkerung ärgerliche Mißstimmung aufkam, weil es kaum noch Butter zu kaufen gab. Anstatt jedoch höflich Danke für diese kostenlose Hilfe zu sagen, beklagte sich Stalin und Molotow beständig über die mangelhafte Qualität und Quantität des Gelieferten, verlangten allerdings bis zum letzten Kriegstag beständig mehr davon und bezahlten letztlich nie ihre Kriegsschulden bei den USA. Die Amerikaner mussten die Kredite deshalb 1952 abschreiben, während Großbritannien 2006 seine letzten Raten an den Lend-Lease-Schulden beglich. In seinem Buch erwähnt McMeekin zudem ausführlich die angebliche sowjetische geheimdienstliche „Operation Schnee“ (russ. „operacija sneg“), durch welche das kaiserliche Japan mittels einiger sowjetischer Einflussagenten in der amerikanischen Regierung 1941 zum Angriff auf die USA anstatt auf die Sowjetunion umorientiert werden sollte und

⁴ Nachdem Stalin nach dem Hitler-Stalin-Pakt ein größeres sowjetisches Truppenkontingent in Litauen einmarschieren ließ, ging in den Folgetagen ein Rotarmist verloren. Vermutlich war er den Verlockungen des Westens erlegen und schlichtweg desertiert. Außenminister Molotow hingegen behauptete, den betreffenden Rotarmisten hätten böswertigerweise sowjetfeindliche Kräfte in Litauen entführt und man nutzte sowjetischerseits den niemals aufgeklärten Fall dazu, an Litauen weitere erpresserische Forderungen zu stellen. Wie man einen so absurden Satz über die Entführung der Roten Armee in Litauen überhaupt niederschreiben kann, ist mir unerklärlich und ähnliche Sätze finden sich im Buch vielfach, die sehr wahrscheinlich auf einen das Englische nur mangelhaft beherrschenden und zugleich von Geschichte keinerlei Ahnung habenden Übersetzer zurückgehen. Aber vielleicht wurde hier auch nur eine auf KI beruhende Übersetzungssoftware eingesetzt ?

Seite B 198 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

er hält diese Geheimdienstoperation gleich anderen westlichen Historikern für völlig real und für tatsächlich stattgefunden.⁵

Hierzu eine Erläuterung von mir: Die ganze Trubel um die angebliche Operation „Schnee“ entstand im Kopf des seinerzeit als jungen Diplomaten in den USA tätigen NKWD-Auslandaufklärungsoffiziers und späteren KGB-Generalleutnants Vitalij Pavlov (1914-2005), welcher auf die Spionage in den USA und England spezialisiert war. Dieser gab 1996 in Moskau in Form von persönlichen Erinnerungen an seine Geheimdienstzeit das Buch „Operacija sneg“ heraus. Weil ich mich als damals noch junger Historiker gerade mit Richard Sorge und dem Fernen Osten befasste, las ich es aufmerksam und mir kamen zahllose Zweifel bezüglich der Glaubwürdigkeit des dort Behaupteten. Der Zufall wollte es dann, dass 2003 in der Europäischen Akademie Otzenhausen eine historische Tagung zu Richard Sorge stattfand.⁶ Ich hatte dabei Gelegenheit zu einem längeren, auf Russisch geführtem Gespräch mit dem sowjetischen Diplomaten a. D. und ex-KGB-Generalleutnant Sergej A. Kondraschow (1923-2007). In diesem Gespräch kamen wir auch auf das Buch von Pavlov über die „Operation Schnee“ zu sprechen und ich äußerte höflich meine Zweifel, ob denn das alles richtig sein könne, was Pavlov hier niederschrieb. Da sagte Kondraschow, der gemäß seinen Worten ein guter Freund von Pavlov war und in Moskau nicht weit entfernt von ihm wohnte, mir lachend, das ganze Buch wäre doch „čepucha“ (russ. „Unfug“) und dies habe er auch seinem Freund Pavlov gesagt. Der habe ihm daraufhin listig lächelnd geantwortet: „Das mag sein, aber lass sie sich doch im Westen etwas darüber den Kopf zerbrechen“. Das Ganze war also nur eine geheimdienstliche Legende, die der selige Pavlov zu seinem Vergnügen unters Volk brachte und es hätte ihn sicher sehr entzückt zu sehen, wie ernst seine phantasievoll erdachte Story noch heutzutage seitens einiger Historiker genommen wird.

McMeekins Buch ist in seinem sachlichen historischen Gehalt durch lesens- und überdenkenswert. Leider fällt die Lektüre auf Grund der erwähnten schlechten Übersetzung aus dem Englischen ziemlich schwer.

Jürgen W. Schmidt, Berlin

⁵ Siehe das Kapitel 15 „Operation Schnee“ – Stalin sichert seine Ostflanke auf den Seiten 229-241 sowie als Beispiel für einen die ganze Angelegenheit völlig bierernst nehmenden US-Historiker das Buch von John Koster: „Operation Snow: How a Soviet Mole in FDR’s White House triggered Pearl Harbor“ Washington, DC: Regnery 2012.

⁶ Siehe den Tagungsband von Heiner Timmermann, Sergej A. Kondraschow und Hisaya Shirai (Hg): „Spionage, Ideologie, Mythos – Der Fall Richard Sorge“ Münster 2005 (Dokumente und Schriften der Europäischen Akademie Otzenhausen Bd. 113) und darin auf den Seiten 88-104 meinen Aufsatz „Eugen Ott – Freund und Quelle von Richard Sorge“.



02) Kerstin von Lingen, Peter Pirker (Hg.): Deserteure in der Waffen-SS. Entziehungsformen, Solidarität, Verfolgung. (mit zahlreichen Abb. und Tab.).

(Paderborn) Brill Schöningh (2023). XXXIV, 347 Seiten.

= Krieg in der Geschichte. Band 122.

ISSN 2629-7418.

ISBN 978-3-506-79135-1 (hardback); ISBN 978-3-657-79135-4 (e-book).

Euro 49,90.

Ungefähr ab Anfang der 90-iger Jahre häuften sich in Deutschland und Österreich von einer kleinen, aber sehr laut- und medienstarken Minderheit vorgetragene Forderungen nach Rehabilitation aller Wehrmachtsdeserteure. Der Bundestag griff schnell die im Rahmen der sogenannten „Deserteursdebatte“ vorgetragenen Forderungen auf und beschloss 2002 die bisherige Einzelfallprüfung bei Urteilen gegenüber Deserteuren, wie sie im 1998 angenommenen „Rehabilitationsgesetz“ noch vorgesehen war, aufzuheben und man rehabilitierte nun im Block alle von der Wehrmachtsjustiz einstmals Verurteilten wegen „Desertion“, „Feigheit“ und „unerlaubter Entfernung“. Im Jahr 2009 kamen zu diesem Personenkreis noch alle wegen „Kriegsverrat“ Verurteilten hinzu. In Österreich nahm der österreichische Nationalrat 2005 ein „Anerkennungsgesetz“ an, in welchem alle Verurteilung der Militärjustiz als „typisch nationalsozialistisches Unrecht“ gleichfalls im Block aufgehoben wurden. Im Jahr 2009 folgte dem in Österreich ein „Aufhebungs- und Rehabilitationsgesetz“, in welchem festgehalten war, dass alle Deserteure durch „bewusste Nichtteilnahme am Krieg“ das nationalsozialistische

Unrechtsregime geschwächt und damit zur Beendigung des Krieges und zur „Befreiung Österreichs“ beigetragen haben. Wie der im vorliegenden Sammelband mit einem speziellen diesbezüglichen Beitrag enthaltene Historiker Dr. Marco Dräger feststellt, gibt es aktuell in Deutschland mehr als 50 Deserteursdenkmale.¹ Da erstaunt dann doch, wenn Dräger anschließend davor warnt „Deserteure“ pauschal als „Friedenstauben“ zu verherrlichen bzw. sie wie etwa einst das „Bonner Friedensplenum“ pauschal als „lebensbejahende, vernünftige und eigenverantwortliche Menschen“ zu definieren, die durch ihre Desertion den „Abscheu vor blindem Gehorsam, militärischem Drill und Uniformität ausdrücken wollten“. (S.330/331) Die neuere Motivationsforschung hat gemäß Dräger gerade bei Deserteuren hier viel Wasser in den friedensbewegt-pazifistischen Wein der Deserteuraktivisten gegossen, welche die Wehrmachtsdeserteure allesamt zu Pazifisten und Widerstandskämpfern stempeln wollten. Eine Desertion aus politischen oder aber aus religiösen Gründen lag gemäß Dräger allerhöchstens in 20-25 % der Fälle vor. (S.332)

Der vorliegende Sammelband beruht auf den Referaten der vom 16. – 18. September 2021 an der Universität Innsbruck abgehaltenen wissenschaftlichen Tagung zum Thema „Wehrmachtsdeserteure. Neue Forschungen zu Entziehungsformen, Solidarität, Verfolgung und (digitaler) Gedächtnisbildung“. Bundesdeutsche Historiker bilden unter den Beiträgern des Sammelbandes die Minderzahl und die absolute Mehrzahl der publizierten Beiträge befasst sich mit Desertion in der „Ostmark“ (also Österreich), auf dem Nordbalkan und in Jugoslawien bzw. in Norwegen, in Italien und in Südtirol. Auch befasst sich eigentlich nur ein einziger Beitrag im Buch explizit mit der im Buchtitel ebenso explizit angesprochenen Waffen-SS. Jener Beitrag des Dresdener Doktoranden Christoph Theel erscheint mir sehr quellenfundiert und wohl gelungen. Theel arbeitet nicht unerwartet heraus, dass in den von einer sehr wirkungsstarken Ideologie durchdrungenen Waffen-SS-Verbänden Desertionen keineswegs häufig waren, allerdings in den ethnisch geprägten Waffen-SS-Divisionen von Balkan (z. B. Division „Handschar“ und Division „Skanderberg“) mit ihrem Personalbestand aus Bosniern und Kosovoalbanern durchaus auch Massencharakter annehmen konnten. Hier wäre zu ergänzen, dass schon der norwegische Historiker Sigurd Sørliie in seinem Werk „Sonnenrad und Hakenkreuz“ – Norweger in der Waffen-SS 1941-1945“ (Paderborn 2019) bezüglich der Ethnien in der Waffen-SS feststellte, dass Norweger durchaus häufiger zu desertieren pflegten, als etwa die Dänen in der Waffen-SS. Sørliie vermutete damals, dass dies auf der durchaus unterschiedlichen sozialen Herkunft der jeweiligen norwegischen und dänischen Waffen-SS-Soldaten beruhte. Ansonsten scheuen sich die Historiker in ihren einzelnen Beiträgen nicht historische Kritik zu üben und

¹ Dem Rezensenten, welcher 15 Jahre in NVA und Bundeswehr diente, kam beim Lesen dieser Zahl der Gedanke ob zwischen der zunehmenden offiziösen Ehrung und Bewunderung aller Deserteure in Deutschland nebst der Zunahme der Zahl der deutschen Deserteursdenkmale und der sich immer mühseliger und mühseliger aus Freiwilligen ergänzenden, personell seit vielen Jahren chronisch unteretzten Bundeswehr womöglich eine direkte Korrelation besteht?

Tatsachen vom Kopf auf die Füße zu stellen. Der namhafte österreichische Historiker Peter Pirker korrigiert die sich hartnäckig in die einschlägige Geschichtsschreibung eingenistet habende Zahl von 450 Deserteurshinrichtungen am Paschberg auf ca. 15 Hinrichtungen und weist auch auf die seltsame Rolle des österreichischen Antifaschisten und sich im Zweiten Weltkrieg als Agenten amerikanischer Geheimdienste betätigenden, späteren Verleger Fritz Molden hin, Molden behauptete etwa wahrheitswidrig gegenüber den Amerikanern, dass sich Österreich zehntausende Soldaten der Wehrmacht durch Desertion entzogen hätten, sich in österreichischen Gebirgsgegenden in einigen tausende von Kämpfern zählenden Partisaneneinheiten sammelten und der Wehrmacht und SS heftige Kämpfe lieferten. Der italienische Historiker Francesco Cotniani bekräftigt in seinem analytischen Aufsatz über die Wehrmachtsdeserteure in Italien 1943-1945, dass die wenigsten Deserteure aus politischen Gründen aus der Wehrmacht wegliefen und dass die Gründe zur Desertion sehr vielgestaltig sein konnten. (S.88)

Bei manchen Aufsätzen wundert man sich, wie sie allein schon aus thematischen Gründen in vorliegenden Sammelband gelangen konnten, was besonders auf den Beitrag der beiden Historiker Thomas Geldmacher und Magnus Koch über die aus Österreich stammenden Wehrmachtrichter im Zweiten Weltkrieg zutrifft. Beide Historiker begehen zudem den Lapsus, das Zwischenlager des Bundesarchivs in „Berlin-Dahlem“ an statt in „Dahlewitz-Hoppegarten“ zu lokalisieren (S.197). Dieser Aufsatz weist wirklich nur wenige Bezugspunkte zum Deserteurthema auf. Manchmal liefern Aufsätze in ihrem Beiwerk recht erstaunliche Erkenntnisse. Der Historiker Robert Parzer befasst sich mit dem Wehrmachtsdeserteur Fritz Schmenkel, welche aus der Wehrmacht zu sowjetischen Partisanen überlief, dort als Partisan kämpfte, später wieder in die Hände der Wehrmacht geriet und gehängt wurde. Über Fritz Schmenkel ist nur wenig Biographisches bekannt, doch seitdem er in der Sowjetunion im selben Jahr 1964 wie Richard Sorge, wohl aus volkspädagogischen Motiven, zum „Held der Sowjetunion“ ernannt und somit „heilig“ gesprochen wurde, nahm man Schmenkel in der DDR folgsam in die Reihe der deutschen antifaschistischen Helden auf. Da erstaunt es schon, wenn Parzer ein SS-Verhörprotokoll eines gefangenen sowjetischen Partisanenoffiziers aus dem Umfeld von Fritz Schmenkel zitiert, in welchem sich sogar die SS-Leute (!) wundern, welcher großer Hass bei den Partisanen gegen Juden herrschte, die alle erschossen werden. (S.312) Ein sehr lesenswerter Aufsatz ist der des österreichischen Historikers Dr. Richard Germann, welcher die kriegsgerichtliche Praxis in der Deserteursaburteilung in zwei Divisionen mit ostmärkischem Personal gegenüber einer „reichdeutschen Division“ vergleicht. Zwar ist die Deserteurszahl in den ostmärkischen Divisionen nicht markant höher, wie häufig in Österreich angenommen, doch kann deutlich erkennen, dass in mancher Division in sachlich ähnlich gelagerten Fällen „härter“ und in mancher Division prinzipiell etwas „weicher“ geurteilt wurde. Das hing oft vom konkreten „Betriebsklima“ in den einzelnen Divisionen und auch stark von der Person des betreffenden Militärrichters der

Seite B 202 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Division ab. Das Todesurteil für Deserteure war keinesfalls zwingend, sondern hing von einer Gesamteinschätzung der Person des zu Verurteilenden ab. Insgesamt gesehen ein Sammelband, der mit einigen landläufigen Vorteilen bezüglich der Deserteure der Wehrmacht aufräumt, wenngleich der sehr vielversprechende Buchtitel nicht dem ganz konkreten Umfang und Gehalt der einzelnen Buchaufsätze entspricht.

Jürgen W. Schmidt, Berlin

B. Besprechungen in Arbeit (Seite B 203)

01) Christofer Herrmann / Kazimierz Pospieszny / Ernst Gierlich (Hrsg.): Spiegel der Fürstenmacht. Residenzbauten in Ostmitteleuropa im Spätmittelalter – Typen, Strukturen, Ausschmückung. (zahlreiche Farbfotos, zahlreiche mehrfarbige und einfarbige Abb.). (Bonn) Kulturstiftung der Vertriebenen (1921). 289 Seiten. ISBN 978-3-88557-243.5. € 24,90.
Rezensent: Reinhard M. W. Hanke, Berlin

02) Peter Bahl: Belastung und Bereicherung. Vertriebenenintegration in Brandenburg ab 1945. (Berlin) Berliner Wissenschaftsverlag (2020). XVII, 1.718 Seiten. = Bibliothek der brandenburgischen und preußischen Geschichte. Im Auftrag des Brandenburgischen Hauptarchivs und der Historischen Kommission zu Berlin herausgegeben von Mario Glauert und Michael Wildt. Band 17. ISBN Print 978-3-8305-5016-7. € 125,00. ISBN E-Book 978-3-8305-4186-8. Freier Zugang. € 125,00.
Rezensent: Reinhard M. W. Hanke, Berlin

03) Ute Engel: Stil und Nation. Barockforschung und deutsche Kulturgeschichte, ca. 1830-1933. (129 +2 Abb.). (Paderborn) Wilhelm Fink (2018). 798 Seiten. ISBN 978-3-7705-5492-8. € 128,00 (D).
Rezensent: Dr. Wulf Dietrich Wagner, Berlin.

C. Zur Besprechung in der Redaktion eingegangen (Seiten B 203 – B 206)

01) Ziko van Dijk: Wikis und die Wikipedia verstehen. Eine Einführung. (13 Abb., 18 Tab.). (Bielefeld) [transcript] (2021). 338 Seiten. ISBN 978-3-8376-5645-9. € 35,00. E-Book (EPUB) Open Access PDF-ISBN 978-3-8394-5694-3. € 38,99?

02) Herma Kennel: Als die Comics laufen lernten. Der Trickfilmpionier Wolfgang Kaskeline zwischen Werbekunst und Propaganda. (zahlreich SW-Abb. im Text, 10 Farbfotos auf 8 Farbtafeln im Anhang) (Berlin) be:bra Verlag (2020). 240 Seiten. ISBN 978-3-89809-176-2. Euro 24,00.

03) Steffen Reiche: Tief träumen und hellwach sein. Politiker und Pfarrer mit Leidenschaft. Ein autobiografischer Essay. (22 SW-Fotos im Text). (Bonn) Dietz (2020). 261 Seiten. ISBN 978-3-8012-0461-7. € 24,00.

- 04)** Handbuch qualitative und visuelle Methoden der Raumforschung.
(zahlreiche Abbildungen, Tabellen).
Hg. von Anna Juliane Heinrich, Séverine Marguin, Angela Million, Jörg Stollmann.
Bielefeld: Transcript Verlag (2021). 464 Seiten. = utb. Band 5582.
Print-ISBN 978-3-8252-5582-4. € 29,90.
PDF-ISBN 978-3-8385-5582-9.
- 05)** Judith Heß: Europäisierung des Gedenkens? Der Erste Weltkrieg in Deutschen und britischen Ausstellungen. (15 SW-Abbildungen).
(Bielefeld) transcript (2021). 356 Seiten.
Print-ISBN 978-3-8376-5619-0. € 60,00.
PDF-ISBN 978-3-8394-5619-4. € 59,99.
- 06)** Nicht nur Bauhaus. Netzwerke der Moderne in Mitteleuropa / Not just Bauhaus. Networks of Modernity in Central Europe. Herausgegeben von Beate Störtekuhl und Rafał Makąła. (mit zahlreichen schwarz-Weißen und mehrfarbigen Abb.). (Berlin / Boston) de Gruyter/Oldenbourg (2020). 400 Seiten.
= Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa. Band 77. ISBN 978-3-11-065876-7. € 59, 59.
- 07)** Wolfram Euler und Konrad Badenheuer:
Sprache und Herkunft der Germanen. Rekonstruktion des Frühgermanischen vor der Ersten Lautverschiebung
(1 mehrfarbige Karte). 2., überarbeitete Auflage.
Berlin / London: Verlag Inspiration UN Limited 2021. 271 Seiten.
ISBN 978-3-945127-278. € 89,00.
- 08)** Wolfram Euler: Das Westgermanische. Seine Rekonstruktion von der Herausbildung im 3. bis zur Aufgliederung im 7. Jahrhundert.
(vier Abbildungen). [Zweite Auflage].
London / Berlin: Verlag Inspiration Un Limited 2022. 267 Seiten.
ISBN 978-3-945127-414. € 49,00.
- 09)** Gabriel Berger: Der Kutscher und der Gestapo-Mann. Berichte jüdischer Augenzeugen der NS-Herrschaft im besetzten Polen in der Region Tarnów (mit zahlreichen SW-Abbildungen). (Berlin) Lichtig Verlag (2018). 171 Seiten. ISBN 978-3-929905-39-7. € 14,90.
- 10)** Astrid Bartel: Des Lebens ungeteilte Freude. Erzählungen.
(Norderstedt: BoD Book on Demand 2022). 396 Seiten.
ISBN 978-3-7557-1708-9. € 14,90.

- 11)** Historisch Ostdeutsche Gedenktage 2019. Persönlichkeiten und Historische Ereignisse. (zahlreiche SW-Abbildungen). (Bonn) Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (2021). 248 Seiten. ISBN 978-3-88557-247-3. € 9.80.
Historisch Ostdeutsche Gedenktage 2020. Persönlichkeiten und Die Historische Ereignisse. (zahlreiche SW-Abbildungen). (Bonn) Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (2021). 240 Seiten. ISBN 978-3-88557-248-0. € 9.80.
Historisch Ostdeutsche Gedenktage 2021. Persönlichkeiten und Historische Ereignisse. (zahlreiche SW-Abbildungen). (Bonn) Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (2021). 256 Seiten. ISBN 978-3-88557-250-3. € 9.80.
- 12a)** Złotów 1370 – 2020. 650-lecie miasta. Opracował [Bearbeiter] Joachim Zdrenka. (zahlreiche SW-Abbildungen im Text, mehrfarbiger Stadtplan von 1805 im Anhang). (Toruń) adam marszałek (2020). 573 Seiten. ISBN 978-83-8180-376-2; ISBN 978-83-950240-5-4. Złoty 100.00.
- 12b)** Złotów / Flatow 1370-2020. 650 Jahre der Stadt. Übersetzte und ergänzte Auflage bearbeitet von Joachim Zdrenka. ((zahlreiche SW-Abbildungen im Text, mehrfarbiger Stadtplan von 1805 im Anhang). (Toruń) adam marszałek (2022). 617 Seiten. ISBN 978-83-8180-376-2; ISBN 978-83-8180-659-6. Złoty 144.90.
- 13)** Preußen und sein Osten in der Weimarer Republik. Herausgegeben von Manfred Kittel, Gabriele Schneider, Thomas Simon. (mit Abb. und Tab.). Berlin: Duncker & Humblot (2022). 383 Seiten.
= Forschungen zur brandenburgischen und preußischen Geschichte. Neue Folge, Beiheft 17.
ISBN 978-3-428-18526-9 (Print). € 119,90.
- 14)** Gisela Borchers, Arbeitsgemeinschaft Vertriebene der Oldenburgischen Landschaft: Bund der Vertriebenen (BdV). Seine Geschichte in der Stadt Oldenburg. (zahlreiche SW- und mehrfarbige Abb. auf 7 Seiten Anhang, 1 mehrfarbiger Stadtplan von Oldenburg auf der hinteren Umschlaginnenseite). Oldenburg: Isensee-Verlag (2022). 79 Seite + 7 Seiten Anhang mit Abb. Herausgegeben von der Oldenburgischen Landschaft. ISBN 978-3-7308-1963-0. € 15,00.
- 15)** 52. Heimatjahrbuch der Kreisgemeinschaft Allenstein e.V. Weihnachten 2021. Herausgegeben von der Kreisgemeinschaft Allenstein e. V., Kreisvertreter Andreas Galinski. (zahlreiche SW- und mehrfarbige Abb., mehrfarbige Bildkarte auf Umschlag-Rückseite). (Velbert 2021). 280 Seiten. € ?

- 16) Angerburger Heimatbrief. Heft Nr. 170, Dezember 2022. Herausgeber: Kreisgemeinschaft Angerburg e.V. (Mitglied in der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.). (Rotenburg / Wümme 2022). 171 Seiten. € ?
- 17) Gilbert H. Gornig: Deutsch-polnische Begegnung zu Wissenschaft und Kultur im zusammenwachsenden Europa / Niemiecko-polskie spotkania nauki i kultury w jednoczącej się Europie (zahlreiche SW- und mehrfarbige Abb.). Marburg (an der Lahn): Danziger Naturforschende Gesellschaft (Klages-Verlag August W. Klages Nachf. Markus Szczeponiek e. K. (2022).
= Schriftenreihe der Danziger Naturforschenden Gesellschaft. Band 14. ISBN 978-3-7831-9022-5. € 5,00.
- 18) Monarchie und Diplomatie. Handlungsoptionen und Netzwerke am Hof Sigismunds III. Wasa. (Hg.) Kolja Lichy, Oliver Hegedüs. (Paderborn) Brill / Schönigh (2023). XLI, 333 Seiten.
= Fokus. Neue Studien zur Geschichte Polens und Osteuropas. Band 13. ISSN 2698-5020. ISBN 978-3-506-70588-4 (hardback); ISBN 978-3-657-70588-7 (e-book). € 99,00.

Teil C
Inhaltsverzeichnis (Seiten C I – C II)

C. a) Mitteilungen	Seiten C 1 - C 15
---------------------------	--------------------------

- 01) Primas: Grundsatzprogramm-Entwurf ist klares Bekenntnis. CDU will verlässlicher Partner der Vertriebenen, Spätaussiedler und Minderheiten bleiben
- 02) Härtefallfonds der Bundesregierung verfehlt sein Ziel. Korrekturen im Fremdenrentenrecht bleiben dringend notwendig
- 03) „STILLgeschwiegen! Die Vertriebenen in SBZ und DDR“. Sechste Ausstellung des ZENTRUMS GEGEN VERTREIBUNGEN
- 04) Wanderausstellung zu Vertriebenen in der DDR, 05.03.2024 - 20.04.2024
- 05) Karin-Biermann-Preis für Schlesienforschung
- 06) 79. Jahrestag der Tragödien der Passagierschiffe „Wilhelm Gustloff“, „Steuben“ und „Goya“. Einladung zum Ökumenischen Gottesdienst am 13. April 2024 in der Marienkirche und des Heiligen Petrus (Seemannskirche) in Gdingen
- 07) Jubiläumsreise: 70 Jahre LVHS - Agrarpolitische Studienwoche
- 08) Einladung zum Pfingsttreffen in Krzyżowa/Kreisau
- 09) Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen gründet MedienArbeitsGemeinschaft in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Minderheiten (AGDM) in der FUEN
- 10) WertebundPreußen: Bernd Greiner stellt seine Kissinger-Biographie am 28. März 2024 vor

C. b) Mitteilungen und Berichte aus ausgewählten Berliner Bezirken mit ostdeutschen Patenschaften	Seiten C 16– C 49
--	--------------------------

Charlottenburg - Wilmersdorf (Seiten C 16 – C 24)

- 01) Aktionswochen gegen Rassismus starten, 11. – 24. März 2024
- 02) 253. Kiezspaziergang: Frauen in der City West, 09. März 2024
- 03) Nach Brandstiftung: Neue Bücherbox am Gleis 17 wird eingeweiht
- 04) Neue Leitlinien für den Breitscheidplatz beschlossen
- 05) Jetzt anmelden: „Osterferien ohne Kofferpacken“
- 06) Kommunale Galerie zeigt „Die gemalte Stadt - Fassadenbilder von Gert Neuhaus
- 07) Für mehr Menschlichkeit: Integrationsbeauftragte beziehen Stellung zur aktuellen Migrationsdebatte
- 08) Gesucht: Kandidatinnen und Kandidaten für den 24. Ehrenamtspreis

Steglitz – Zehlendorf (Seiten C 25 - C 46)

- 01)** Eine Ernährungswende kommt nicht ohne Kosten! - Experten diskutieren die Vorteile und Herausforderungen einer nachhaltigen Ernährung beim 20. RegioTALK des Regionalinkubators Berlin Südwest
- 02)** Die Reise ist das Ziel: Zukunft der Busreisen im Fokus beim 19. RegioTALK des Regionalinkubators Südwest
- 03)** Feierliche Benennung des Estrongo-Nachama-Platzes
- 04)** Veröffentlichung der Sozialstudie zur Lebenssituation älterer Menschen im Bezirk Steglitz-Zehlendorf
- 05)** Einladung zu den nächsten Kiezkonferenzen - Februar und März 2024
- 06)** Drei Milieuschutzgebiete in Steglitz-Zehlendorf treten in Kraft
- 07)** Ausstellung: „Picasso – Werke aus der Sammlung Klewan“ zwischen März und September im Gutshaus Steglitz
- 08)** Schüler-Haushalt 2024: Diese 11 Schulen setzen sich in Steglitz-Zehlendorf für mehr Demokratie ein!
- 09)** Verlängerung der Sonderausstellung im Heimatmuseum Zehlendorf

Tempelhof - Schöneberg (Seiten C 47 – C 49)

- 01)** 150 Jahre Friedenau
- 02)** Projektideen für die Nachbarschaft gesucht

C. c) Berichte

Seiten C 50 – C 69

- 01)** Landesbeauftragte bleiben wichtige Eckpfeiler der Arbeit. Margarete Ziegler-Raschdorf aus dem Amt der Landesbeauftragten ausgeschieden
- 02)** Deutsche Minderheiten als Brücken der Völkerverständigung. Interessante Podiumsdiskussion in der Hessischen Landesvertretung in Berlin
- 03)** Gedenktag für die vertriebenen Ungarndeutschen. Veranstaltung in München mit Parlamentsvizepräsidenten Dr. Csaba Hende. Von Markus Patzke
- 04)** Gespräch zwischen Minister Strobl und Vertretern des BdV Baden-Württemberg. Gute Zusammenarbeit zwischen Innenministerium und BdV
- 05)** Den Schatz heben – der Dramaturgie-Workshop der Kulturstiftung der Vertriebenen auf einem Streifzug durch Geschichte, Gegenwart und alle Siedlungsgebiete
- 06)** Kulturstiftung gründet MedienArbeitsGemeinschaft. Enge Zusammenarbeit mit der AGDM beabsichtigt
- 07)** Jubiläum: Die 200. Schlesischen Begegnungen in Königswinter. Maßgeschneiderte Programme zur Verständigung. Von Dieter Göllner

- 08)** Was ist uns die europäische Gemeinschaft wert?
Gemeinsame Jahrestagung evangelischer und katholischer Schlesier.
Von Stefan Teppert
- 09)** Bildarchiv gegen das Vergessen. Westpreußisches Landesmuseum zeigt
Postkarten aus der Vergangenheit Danzigs. Von Dieter Göllner
- 10)** Das Kant-Jubiläum wirft seine Schatten voraus.
Neues aus dem Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg.
Von Dieter Göllner
- 11)** Deutsch-polnisch-ungarischer Jugendaustausch „Skills for future“,
12.-16.2.2024
- 12)** Winterabenteuer in Kreisau 2024
- 13)** Zu Gast im Kulturzug: Kreisau/Krzyżowa

C. d) Dokumentationen, Projekte, Diskussionen

Seite C 70

keine Berichte

**C. e) Dokumentationen, Projekte, Diskussionen: Veränderung der
Geschichtslandschaft durch Umbenennung von Straßen**

Seiten C 71 - C 77

- 01)** Nettelbeck nicht zeitgemäß? Und so ganz nebenbei wird mit der
Verfälschung deutscher Geschichte die ostdeutsch-pommersche
Geschichte entsorgt
- 02)** „Otfried-Preußler-Gymnasium“ in Pullach bei München soll umbenannt
werden
- 03)** Umbenennung Otfried-Preußler-Gymnasium in Pullach. _Leserbrief

C. f) Ehrungen, Gedenken, Nachrufe

Seiten C 78 – C 79

- 01)** Zum Tag des Selbstbestimmungsrechts 2024

Teil C

C. a) Mitteilungen

Seiten C 1 – C 15

01) Primas: Grundsatzprogramm-Entwurf ist klares Bekenntnis. CDU will verlässlicher Partner der Vertriebenen, Spätaussiedler und Minderheiten bleiben

Primas: Grundsatzprogramm-Entwurf ist klares Bekenntnis

CDU will verlässlicher Partner der Vertriebenen, Spätaussiedler und Minderheiten bleiben

Zum Entwurf des neuen CDU-Grundsatzprogrammes hat der Bundesvorsitzende der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU (OMV) – Union der Vertriebenen und Flüchtlinge und BdV-Vizepräsident, Egon Primas, die folgende Erklärung abgegeben:

Auf seiner Klausurtagung am 12./13. Januar in Heidelberg hat der Bundesvorstand der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU) den Entwurf für das vierte Grundsatzprogramm unserer Partei „In Freiheit leben – Deutschland sicher in die Zukunft führen“ einstimmig beschlossen.



In stetem Dialog mit Mitgliedern der Programm- und Grundsatzkommission hat die OMV erneut inhaltlich wesentliche und zukunftsweisende Aussagen zu den Anliegen der deutschen Heimatvertriebenen und Flüchtlinge, Aussiedler und Spätaussiedler sowie der deutschen Minderheiten in ihren Heimatgebieten anregen und einbringen können. Besonders dankbar sind wir unserem Schatzmeister, Philipp Amthor MdB, der auf der OMV-Bundesdelegiertentagung im November nochmals zugesagt hatte, sich als einer der Verantwortungsträger in der Kommission für unsere Inhalte einzusetzen.

Die zahlreichen aufgenommenen Passagen lesen sich als erneutes und sehr klares Bekenntnis der CDU zu den innerparteilich insbesondere durch die OMV vertretenen Anliegen. Mit diesem Entwurf zeigt die Partei, dass sie ein verlässlicher Partner an der Seite der Vertriebenen, Spätaussiedler und der deutschen Minderheiten ist. Es gilt nun, sich dafür einzusetzen, dass der CDU-Parteitag am 6. bis 8. Mai 2024 in Berlin diese Inhalte wie vorliegend beschließt.

Historisch und programmatisch passend, sind unsere Inhalte in die Unterkapitel „Heimat verbindet“ und „Gesellschaft braucht Ankerpunkte“ gestellt worden. Zum einen geht es hier um die Bedeutung von Heimat, die eben auch aus der prägenden Schicksalserfahrung der Vertreibung entsteht.

Das Recht auf die Heimat gilt fort

Hier heißt es: „Das Recht auf die Heimat gilt fort. Wir treten in unserer historischen Verantwortung für ein internationales und europäisches Volksgruppen- und Minderheitenrecht und für das fortwährende Recht auf die Heimat, eigene Sprache

und Kultur ein. Auch in einem vereinten Europa mit zunehmend offenen Grenzen erfüllen Heimatvertriebene und Volksgruppen eine wichtige Brückenfunktion zwischen den Nationen. Auch die Deutschen, die in ihrer Heimat außerhalb der Bundesrepublik Deutschland geblieben sind, können diese wichtige Funktion zwischen Deutschland und seinen Nachbarn beim weiteren Zusammenwachsen Europas wahrnehmen. Vertreibungen jeder Art müssen international geächtet und verletzte Rechte anerkannt werden. An unserer Politik der Aufnahme deutscher Spätaussiedler bei gleichzeitiger Verbesserung der Lebensgrundlagen in den Herkunftsgebieten halten wir fest.“

Zum anderen geht es um den Erhalt einer lebendigen Erinnerungskultur, in dem das Gedenken auch an die von der OMV vertretenen Menschen und Zielgruppen und deren Schicksal seinen selbstverständlichen Platz hat.

Lebendige Erinnerungskultur

Hier heißt es: „Wir wollen eine lebendige Erinnerungskultur. Wir wollen der eigenen Geschichte nicht ausweichen, sondern sie gibt uns Orientierung und Verantwortung. Ein angemessenes würdiges Gedenken an die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und der Shoah, des SED-Unrechtsstaates, die Freiheits- und Widerstandsbewegungen, die Friedens- und Versöhnungsbeiträge und die wirtschaftlichen und politischen Aufbauleistungen, die in unserem Land erbracht worden sind, ist nicht nur für den ehrlichen Umgang mit der eigenen Geschichte unverzichtbar. Es ist auch konstitutiv für das Selbstverständnis unserer Nation und ihre demokratische Traditionsbildung. Das umfasst auch das Gedenken an die Opfer der Vertreibung, an das besondere Kriegsfolgenschicksal der Aussiedler und Spätaussiedler und die Bewahrung ihres kulturellen Erbes. Das Gedenken an die Opfer der Vertreibung und ihr kulturelles Erbe gehören in den Erinnerungsbogen des ganzen Volkes. Ebenso wenig werden wir die großartige Aufbauleistung und die Integration der Vertriebenen und Flüchtlinge nach dem Zweiten Weltkrieg vergessen. Wir wollen eine offene, lebendige, dezentrale Gedenkkultur, die frei von weltanschaulicher Vereinnahmung jeder Art ist.“

Nach wie vor sucht man in den Grundsatzprogrammen anderer Parteien nach solchen deutlichen Aussagen oder überhaupt nach einer Einbeziehung der Anliegen der deutschen Heimatvertriebenen und Flüchtlinge, Aussiedler und Spätaussiedler oder der deutschen Minderheiten vergeblich.“ (PM)

02) Härtefallfonds der Bundesregierung verfehlt sein Ziel.
Korrekturen im Fremdenrentenrecht bleiben dringend notwendig

Härtefallfonds der Bundesregierung verfehlt sein Ziel

Korrekturen im Fremdrentenrecht bleiben dringend notwendig

Mit dem 31. Januar lief die Frist aus, Zahlungen aus dem Härtefallfonds für Spätaussiedler, jüdische Kontingentflüchtlinge und Härtefälle aus der Ost-West-Rentenüberleitung zu beantragen. Von bisher 48.543 fertig bearbeiteten Anträgen wurden laut Mitteilung der Bundesregierung lediglich 13.483 genehmigt (Stand 26. Januar 2024). Gestellte Anträge aus dem Personenkreis der Spätaussiedler werden überproportional häufig abgelehnt. Hierzu erklärte BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius:

Aussiedler und Spätaussiedler, die von Altersarmut betroffen oder akut davon bedroht sind, brauchen dringend eine Anpassung der Fremdrentengesetzgebung, wie sie der BdV seit vielen Jahren immer wieder fordert. Dies zeigt sich auch in den Zwischenergebnissen des „Fonds zur Abmilderung von Härtefällen im Bereich der Spätaussiedler, der jüdischen Kontingentflüchtlinge und in der Ost-West-Rentenüberleitung“, für den die Möglichkeit zur Antragstellung heute ausläuft. Eine halbe Milliarde Euro hat die Bundesregierung ohne die Beteiligung einzelner Bundesländer in der Umsetzung eines Koalitionsbeschlusses zur Verfügung gestellt. Beim aktuellen Stand von ca. 165.000 Anträgen ist schon jetzt klar, dass diese Mittel nicht ausgeschöpft werden können. Noch klarer wird dies, wenn man sich die Zahlen des zuständigen Bundesministeriums für Arbeit und Soziales vor Augen führt, wonach bislang nur knapp jeder dritte Antrag positiv beschieden wurde.

Mehr als die Hälfte der eingegangenen Anträge kommen aus dem Personenkreis der Spätaussiedler. Zum Stichtag heute ist die Quote der ablehnenden Bescheide im Verhältnis zu den zwei anderen Antragstellergruppen überproportional hoch. Es ist zu befürchten, dass dieser Trend sich fortsetzt und verstetigt. Grund dafür sind die politisch willkürlich gesetzten Stichtagsregelungen, die der BdV von Anfang an kritisiert hat. Mit der Begrenzung, dass nur Spätaussiedler antragsberechtigt sind, die zudem vor dem 1. April 2012 nach Deutschland gekommen und zu dem Zeitpunkt mindestens 50 Jahre alt gewesen sein müssen, werden mehrere Zehntausende von sozialer Not betroffene Menschen ausgeschlossen. Das ist angesichts der jetzt bekannt gewordenen Antragszahlen und Bescheidquoten sowie angesichts der Not unverantwortlich. Damit verfehlt der Härtefallfonds sein Ziel.

Wünschenswert wäre es, nochmals neu über die willkürlichen



BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius erläutert Pressevertretern die Position des Verbandes.

© Bdv Archiv

und in den Gruppen unterschiedlichen Stichtage zu verhandeln, um sicherzustellen, dass diese soziale Geste der Einmalzahlung so viele Notleidende wie möglich erreicht. Es ist befremdlich, dass die „übrigbleibenden“ Mittel nach Plänen der Bundesregierung „an die Staatskasse zurückgehen“ sollen, statt an Betroffene ausgezahlt zu werden.

Klar ist auch, dass die Altersarmut in den betroffenen Personenkreisen nicht mit einer geringen Einmalzahlung im Rahmen eines Härtefallfonds gelindert werden kann. Im Fall der Aussiedler und Spätaussiedler kann dies nur durch lange überfällige Anpassungen im Fremdrentenrecht gelingen. Der BdV hat hierzu bereits mehrfach fachlich begründete Vorschläge gemacht, die den Haushalt kaum belasten würden und gleichzeitig ein Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit und zum sozialen Frieden wären.

So gilt es etwa, die Anzahl der anrechenbaren Entgeltpunkte endlich zu erhöhen oder die pauschale 40%ige Kürzung der Entgeltpunkte für im Ausland geleistete Kindererziehungszeiten abzuschaffen.

Aussiedler und Spätaussiedler mit ihrer Leistungsbereitschaft und ihren Familienstrukturen waren, sind und bleiben ein Gewinn für unser Land. Sie tragen maßgeblich zur Stabilisierung unserer Sozialsysteme bei, wirken dem Fachkräftemangel unmittelbar entgegen und stärken dadurch die Wirtschaftskraft Deutschlands. Sie sind in die Heimat ihrer Vorfahren zurückgekehrt, weil Deutschland ihr Kriegsfolgeschicksal bis heute anerkennt. Es wird Zeit, dass auch die daraus folgenden sozialen und gesellschaftlichen Verpflichtungen vollumfänglich wahrgenommen werden.

Wir werden unsere Forderungen weiterhin mit Nachdruck gegenüber den Verantwortungsträgern in Regierung und Parlamenten vertreten. (PM)

03) „STILLgeschwiegen! Die Vertriebenen in SBZ und DDR“.
Sechste Ausstellung des ZENTRUMS GEGEN VERTREIBUNGEN

„STILLgeschwiegen! Die Vertriebenen in SBZ und DDR“

Sechste Ausstellung des ZENTRUMS GEGEN VERTREIBUNGEN

Die sechste Ausstellung der Stiftung **ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN** befindet sich auf der Zielgeraden. Zentrales Thema der Schau, die unter dem Titel „STILLgeschwiegen! Die Vertriebenen in SBZ und DDR“ am 5. März der Öffentlichkeit vorgestellt wird, ist das Schicksal der Vertriebenen und Flüchtlinge, die nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst in der SBZ gelandet und dann in die DDR hineingewachsen sind. Damit wird 35 Jahre nach dem Fall der Mauer eine Lücke in der Aufarbeitung und öffentlichen Wahrnehmung des Themas und der betroffenen Menschen geschlossen.

Die Stiftung ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN erfüllt ihren Stiftungsauftrag u.a. durch die Dokumentation und Präsentation des Schicksals der Heimatvertriebenen zum Ende des Zweiten Weltkrieges und der Integration in Deutschland durch die Ausstellungen. Diese thematisieren das Schicksal der Deutschen in Mittel- und Südosteuropa vom Mittelalter bis in die Gegenwart. Sie beleuchten Kontexte und Teile des großen Vertreibungsgeschehens im Europa des gesamten 20. Jahrhunderts und seiner Folgen bis in die heutige Zeit.



Das Schicksal der Vertriebenen und Flüchtlinge, die nach dem Zweiten Weltkrieg in der SBZ/ehemaligen DDR „gestrandet“ sind, ist in den bisherigen Ausstellungen partiell angesprochen, aber nicht mit einem besonderen Fokus beleuchtet worden. Mit dieser neuen Ausstellung wird eine Lücke in der Aufarbeitung und öffentlichen Wahrnehmung des Themas und der betroffenen Menschen geschlossen werden.

Ihr Schicksal verlief anders als das der Vertriebenen in Westdeutschland. In der SBZ/DDR gehörte dieses Schicksal politisch zu jenen Bereichen, die bis zur Vereinigung 1990 über Jahrzehnte tabuisiert wurden. Die zwischen 1945 und 1990 aufgrund der geografischen Lage in der sowjetischen Besatzungszone angekommenen und sesshaft gewordenen Heimatvertriebenen, durften sich weder in Selbstorganisationen vereinigen noch zum eigenen oder kollektiven Schicksal und seinen politisch-historischen Ursachen und Folgen artikulieren. Ihr Schicksal blieb Privatsache, obwohl sie mit rund 5 Millionen Betroffenen einen großen Teil der Bevölkerung darstellten. Die Tabuisierung war Teil des politischen Systems in der SBZ/DDR. Görlitzer Vertrag, gesellschaftlicher Anpassungs-



STILLgeschwiegen ist die sechste Ausstellung der Stiftung ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN.

sungsdruck, „verordneter Heimatverzicht“ und eine auf Assimilation gerichtete Aufnahmestrategie gab den Betroffenen keinen Raum für eine öffentliche Auseinandersetzung mit ihrem Schicksal. Das Sprechen über und das damit verbundene Verarbeiten von traumatischen Fluchterfahrungen, Verlust der Heimat, Sehnsucht, gar Rückkehrgedanken waren den „Umsiedlern“ nur innerhalb der eigenen Familie vorbehalten. Die Tabuisierung wirkt bis heute nach.

Die Ausstellung dient der Information, der Erinnerung an das Schicksal, sie soll aufklären, aufarbeiten und das Thema als Teil der gesamtdeutschen Geschichte und Nachkriegsgeschichte verstehen und verankern. Das den Betroffenen durch Tabuisierung und Verbote abgesprochene Recht auf eine offene individuelle und kollektive Erinnerung soll, bevor die wenigen noch lebenden Zeitzeugen nicht mehr berichten können, dazu führen, dass das Wissen um das Unrecht der Vertreibungen, aber auch die unterschiedlich verlaufene Integration in die Aufnahmegesellschaft nicht vergessen wird und Teil der dokumentierten deutschen Geschichte bleibt.

Die Eröffnungsveranstaltung findet am 5. März 2024, 18.30 Uhr in Berlin, in den Konferenzraum des DDR-Museums, St. Wolfgang-Straße 2-4, statt. Im Anschluss an die Veranstaltung wird eine öffentliche Kuratorenführung angeboten.

(PM)

04) Wanderausstellung zu Vertriebenen in der DDR

05.03.2024 - 20.04.2024

Berlin/Neue Bundesländer

Zentrales Thema der sechsten Wanderausstellung der Stiftung ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN, die unter dem Titel „STILLgeschwiegen – Die Vertriebenen in der SBZ und DDR“ am **5. März** in Berlin eröffnet wird, ist das Schicksal der deutschen Vertriebenen und Flüchtlinge, die nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) gelandet sind und dann in der DDR ihr Leben verbracht haben. Damit wird 35 Jahre nach dem Fall der Mauer eine Lücke in der Aufarbeitung und öffentlichen Wahrnehmung des Themas und der betroffenen Menschen geschlossen. Das Schicksal der Vertriebenen in der SBZ und späteren DDR verlief anders als jenes der Vertriebenen in Westdeutschland. Die in der SBZ angekommenen Vertriebenen durften sich weder in Selbstorganisationen zusammenschließen noch zum eigenen oder kollektiven Schicksal bekennen. Die Tabuisierung war total, ihr Schicksal blieb Privatsache, obwohl sie mit rund 4,3 Millionen knapp 25 % der Gesamtbevölkerung darstellten. Eine emotionale und historische Aufarbeitung, die das subjektive Empfinden über die offizielle Negierung des traumatischen Leids berücksichtigt, fand auch nach 1990 nur unzureichend statt. Die Eröffnungsveranstaltung findet statt am 5. März in Berlin, im Konferenzraum des DDR-Museums, St. Wolfgang-Straße 2-4, 10178 Berlin-Mitte. Die Ausstellung ist vom **6. März bis zum 20. April** täglich von 9.00 bis 19.30 Uhr geöffnet. Die Stiftung ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN erfüllt ihren Stiftungsauftrag u.a. durch die Dokumentation und Präsentation des Schicksals der Heimatvertriebenen zum Ende des Zweiten Weltkrieges und der Integration in Deutschland, vor allem auch durch Ausstellungen über das Schicksal der Deutschen in Ost-, Mittel- und Südosteuropa vom Mittelalter bis in die Gegenwart.

Ort: DDR-Museum, St. Wolfgang-Straße 2-4, Berlin

Veranstalter: Stiftung ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN

<https://www.siebenbuerger.de/zeitung/termine/22908-wanderausstellung-zu-vertriebenen-in.html>

Nachtrag:

05) Karin-Biermann-Preis für Schlesienforschung

Stiftung Kulturwerk Schlesien

Gefördert durch Bayerisches Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales
97070 Würzburg

Vom - Bis

15.12.2023 - 15.02.2024

Bewerbungsschluss

15.02.2024

<https://www.kulturwerk-schlesien.de/>

Von

Lisa Haberkern, Geschäftsleitung, Stiftung Kulturwerk Schlesien

2024 vergibt die Stiftung Kulturwerk Schlesien (SKWS) erneut den Karin-Biermann-Preis für Schlesienforschung. Der Preis wird gewährt als Auszeichnung akademischer Qualifikationsarbeiten, in denen ein schlesisches Thema oder ein Schlesien explizit mitbehandelndes Thema bearbeitet wird.

Karin-Biermann-Preis für Schlesienforschung der Stiftung Kulturwerk Schlesien 2024

Dank einer großzügigen Zustiftung von Frau Karin Biermann kann die Stiftung Kulturwerk Schlesien den „Karin Biermann-Preis für Schlesienforschung der Stiftung Kulturwerk Schlesien“ vergeben.

Welche Voraussetzungen gelten hierfür?

- Bei dem „Karin-Biermann-Preis für Schlesienforschung der Stiftung Kulturwerk Schlesien“ handelt es sich um einen öffentlich ausgeschriebenen Preis.
- Der Preis wird gewährt als Auszeichnung akademischer Qualifikationsarbeiten, in denen ein schlesisches Thema oder ein Schlesien explizit mitbehandelndes Thema bearbeitet wird.
- Mit dem Preis ausgezeichnet werden in ihrer Gesamtleistung überdurchschnittliche Abschlussarbeiten.
- Über die Vergabe des Preises entscheidet eine vom Stiftungsvorstand berufene und aus drei ausgewiesenen Wissenschaftlern bestehende Jury.
- Der Preis soll möglichst jährlich vergeben werden. Gegebenenfalls können mehrere Preise gleichzeitig vergeben werden.
- Der Preis ist mit 1.000 Euro dotiert.
- Mit der Zuerkennung des Preises verpflichtet sich der Preisträger, auf die Förderung durch den „Karin-Biermann-Preis für Schlesienforschung der Stiftung Kulturwerk Schlesien“ in der Veröffentlichung an geeigneter Stelle (Titelblattrückseite, Einführung o.ä.) hinzuweisen. Die Stiftung Kulturwerk Schlesien kann auf Ihren medialen Plattformen und gegenüber Dritten mit der Förderung der Publikation für sich werben.

Seite C 6 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

- Der Preis wird in einem feierlichen Rahmen verliehen, in deren Verlauf der Preisträger seine Arbeit vorstellt.

Bewerbungen, gern auch von den Autoren selbst, oder Hinweise auf abgeschlossene, aber noch nicht gedruckte Arbeiten werden erbeten an die unter info@kulturwerk-schlesien.de.

Kontakt

info@kulturwerk-schlesien.de

<https://www.kulturwerk-schlesien.de/>

Zitation

Karin-Biermann-Preis für Schlesienforschung., In: H-Soz-Kult, 06.02.2024,
<www.hsozkult.de/grant/id/stip-140564>.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

06) 79. Jahrestag der Tragödien der Passagierschiffe „Wilhelm Gustloff“, „Steuben“ und „Goya“

Einladung zum Ökumenischen Gottesdienst am 13. April 2024 in der Marienkirche und des Heiligen Petrus (Seemannskirche) in Gdingen

Bund der Deutschen Bevölkerung in Gdingen
Związek Ludności Niemieckiej w Gdyni



Wejherowo - Reda - Rumia - Sopot - Gdynia



Einladung

Anlässlich des 79. Jahrestag der Tragödien der Passagierschiffe „**Wilhelm Gustloff**“, „**Steuben**“ und „**Goya**“ findet ein Ökumenischer Gottesdienst statt. Wir treffen uns am 13 April (Samstag) 2024 um 15,30 Uhr in der Marienkirche und des Heiligen Petrus (Seemanns-Kirche) in Gdingen, Portowa Str. 2.

Viertelstunde vor her singt der "Gdingener Kammerchor"

Wir widmen diese Gedenkfeier allen Opfern des II Weltkrieges. Anschließend werden Blumensträuße und Lichter vor der Gedenktafel in der Kirche und am Ufer (Skwer Kościuszki) niedergelegt.

An der Festlichkeit u.a. nehmen teil:

Der Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland und der Ukraine, Regierungsvertreter, die Mitglieder der deutschen Minderheiten, Gesellschaften aus Gdingen und Danzig, sowie anderen Organisationen aus Polen, Deutschland und Ukraine.

Die Bewohner unserer Region sind herzlich willkommen.

Wir verbleiben in der Hoffnung, dass Sie an dieser Gedächtnisfeier teilnehmen werden.

Mit freundlichen Grüßen

Benedykt Reszka
Vorsitzende
Benedykt Reszka

Vorstand

Gdingen, den 15.02.2024

Wir bitten um eine verbindliche Zusage.

Seite C 8 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

07) Jubiläumsreise: 70 Jahre LVHS - Agrarpolitische Studienwoche

70 Jahre LVHS - 40 Jahre LVHS Ehemaligengemeinschaft - 20 Jahre EU-Osterweiterung

Informationen

Termin: Do., 13.06.2024, 08.00 Uhr - Do., 20.06.2024, 22.00 Uhr

Seminarnummer 24-016Z50

Anmeldeschluss 27.03.2024

Einzelzimmer

1379 EUR (incl. Busreise, Hotelübernachtungen, Programm und Halbpension)

Doppelzimmer (p.P.)

1249 EUR (incl. Busreise, Hotelübernachtungen, Programm und Halbpension)

Teilnehmeranzahl mindestens 25

Ansprechpartner Karin Ziaja

Sekretariat

Stefanie Althaus

02581 9458-237

althaus@bistum-muenster.de

Sonstiger Hinweis

Referenten Anne König MdB, Landwirt Martin Ziaja, Dominik Kretschmann, Journalisten und andere

Anmeldefrist: 27. März 2024

Die Teilnahmegebühr wird vor der Reise abgebucht (jeweils 50 % zum 20. April 2024 und zum 20. Mai 2024)

Vorbereitungsabend: 27. Mai 2024, 19 Uhr in der LVHS

Beim Vorbereitungsabend führt der Historiker Florian Paprotny in die Geschichte Schlesiens ein und wirft Schlaglichter auf die aktuellen Entwicklungen in der Landwirtschaft und Landespolitik Polens, insbesondere nach den letzten Wahlen.

„Die europäische Region Schlesien – Land, Leute und landwirtschaftlicher Strukturwandel“

Montag 27. Mai 2024, 19 Uhr, LVHS Freckenhorst

Florian Paprotny, Historiker, Haus Schlesien (Königswinter)

Auch die Reiseroute und alle reisepraktischen Details werden an diesem Vorbereitungsabend vorgestellt.

Wir empfehlen den Abschluss einer eigenen Reiserücktrittsversicherung.

[Jetzt anmelden](#)

[Einladung Schlesienreise Ausschreibung Reise PDF](#)

Agrarpolitische Studienwoche in Berlin, Kreisau, Rosenberg in Schlesien und Görlitz:

Wie entwickelt sich der ländliche Raum in Europa derzeit weiter?

Anlässlich gleich mehrerer Jubiläen (70 Jahre Landvolkshochschule, 40 Jahre Ehemaligengemeinschaft der Landvolkshochschule und 20 Jahre EU-Beitritt Polens) lädt die Landvolkshochschule Freckenhorst Mitte Juni 2024 alle Interessierten zu einer Reise nach Berlin, Polen (in die Regionen Nieder- u. Oberschlesien) und Görlitz ein!

Polen ist die am stärksten wachsende Volkswirtschaft in Europa. Noch 8% der Bevölkerung arbeiten in der Landwirtschaft. Die polnische Landwirtschaft hat stark vom EU-Beitritt profitiert und viele Lebensbereiche erleben eine rasend schnelle Modernisierung. Aber wohin entwickelt sich der ländliche Raum? Und wie entwickelt sich Polen politisch – auch vor dem Hintergrund des Ukraine-Krieges? Welche Rolle spielt die deutsche Minderheit?

Auf dieser agrarpolitischen Studienwoche erleben Sie die facettenreiche Landschaft Schlesiens. Begeben Sie sich auf die Spuren der Geschichte, sprechen Sie mit deutschsprachigen Politikerinnen und Politikern, Unternehmerinnen und Unternehmen und Landwirtinnen und Landwirten. Besichtigen Sie Traditionsbetriebe, Zukunftsorte und historische Altstädte. Unter fachkundiger zweisprachiger Leitung erleben Sie bei dieser Studienwoche die Agrarwirtschaft und Geschichte Schlesiens und Polens aus erster Hand. Herzlich willkommen!

<https://www.krzyzowa.pl/de/dzialalnosc-2/miejsce-pamieci-2/aktualnosc-2/4587-eine-agrarpolitische-studienwoche-nach-berlin-und-schlesien-fuehrt-auch-nach-kreisau>

08) Einladung zum Pfingsttreffen in Krzyżowa/Kreisau



Das alljährliche Pfingsttreffen in Kreisau/Krzyżowa ist ein offenes Treffen für Menschen, die sich Kreisau durch Begegnungen, Projekte oder seine Geschichte(n) verbunden fühlen, aber auch für alle, die den Ort neu kennenlernen möchten.

Kreisau/Krzyżowa ist ein wunderschöner Ort, um ein paar entspannte Tage zu verbringen: Man kann auf der Wiese spielen, spazieren gehen, nach Świdnica/Schweidnitz mit dem Fahrrad fahren, abends am Lagerfeuer sitzen und polnische Spezialitäten essen, die Geschichte des Ortes entdecken und über die Arbeit im Neuen Kreisau ins Gespräch kommen.

Es gibt ein Programm mit Führungs-, Ausflugs- und Gesprächsangeboten. Man kann sich allerdings jederzeit zurückziehen und später wieder dazu kommen. Die diesjährige Besonderheit: Wir werden unser 10-Jahre-Jubiläum am Samstagabend gemeinsam feiern!

Auch für die Kleinen wird es an einem Nachmittag ein Angebot geben.

Programm:

Freitag, den 17.5.2024:

18:30-19:30 Uhr Abendessen

20:00 Uhr Kennenlernen und Wiedersehen

Sonnabend, 18.5.2024:

8:00-9:00 Uhr Frühstück

10:00 Uhr Herzlich Willkommen

10:45 Uhr Kreisauer Geschichte(n) – Führungen:

Seite C 11 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

- Kreisau für Anfänger
- Kreisau für Fortgeschrittene
- Kreisau für Kinde und Jugendliche

12:30-13:30 Uhr Mittagessen

13:00-18:00 Uhr Kinderprogramm

14:00 Uhr Kaffee und Kuchen

16.30 Uhr Thematisches Gespräch

18:25 Uhr Gruppenfoto

18:30 Uhr Wir feiern. 10 Jahre Pfingsttreffen

Sonntag, den 19.5.2024:

8.00-9:00 Uhr Frühstück

10:00 Uhr Gottesdienst

12:00-13:00 Uhr Mittagessen

nachmittags Ausflug und/oder Wanderung (per Rad, Auto und zu Fuß)

18:30-19:30 Uhr Abendessen, Grillen und Lagerfeuer

Montag, den 20.5.2024:

8:00-9:00 Uhr Frühstück

anschließend Abschied und Abreise

Sprache

Es ist ein offenes Treffen, jede*r ist willkommen. Sprachlich werden wir wieder eine Mischung aus Deutsch, Englisch und Polnisch versuchen – und freuen uns, wenn das Treffen jedes Jahr ein bisschen internationaler wird!

Kosten

Übernachtung: Es stehen Zimmer mit höherem und niedrigerem Standard und Bettenzahl im Pferdestall, Kuhstall und Gärtnerhaus zur Verfügung. Für Kinder bis 4 Jahre fallen keine Übernachtungskosten, sofern sie in einem Bett mit ihren Eltern schlafen. Die Preise betragen pro Nacht inkl. Frühstück:

- 160-190 zł für ein Einzelzimmer,
- 230-260 zł (für ein Doppelzimmer,
- 300-330 zł für ein Dreibettzimmer,
- 360-400 zł für ein Vierbettzimmer

<https://www.krzyzowa.pl/de/o-fundacji-2/aktuelles/4615-goscinnie-w-pociagu-do-kultury-kreisau-krzyzowa-2>

Seite C 12 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Hinzu kommen Kosten für die Verpflegung und das Programm in Höhe von insgesamt ca. 270 zł pro Person für einen Aufenthalt von Freitagabend bis Montagmorgen. Für Kinder bis 4 Jahre fallen keine Verpflegungskosten an, für Kinder zwischen 4 und 10 Jahren 150 zł. Bei kürzerem Aufenthalt reduziert sich der Beitrag entsprechend.

Mögliche weitere Kosten – wie zum Beispiel für die Ausleihe von Fahrrädern (50 zł pro Fahrrad und Tag) – werden vor Ort berechnet.

Der aktuelle Kurs Euro-Złoty beträgt 1 € : 4,36 zł.

Anreise

Kreisau (ca. 70 km von Breslau/Wrocław entfernt) ist mit dem Auto ca. 3,5 Stunden von Berlin und knapp 2 Stunden von Görlitz entfernt. Es gibt einige Eurocity-Verbindungen zwischen Berlin und Legnica bzw. Wrocław. Bislang ist noch offen, ob der Kulturlzug dann wieder die Strecke Berlin – Wrocław bedienen wird.

Bitte beachtet, dass die Bahnstation in Kreisau jetzt eine Wunschhaltestelle ist. Man muss mindestens eine Station vor Kreisau dem*der Zugbegleiter*in Bescheid sagen, dass man dort aussteigen möchte.

Es gibt natürlich auch von vielen Orten Flüge, Zug- und Busverbindungen nach Wrocław. Zum Transfer von dort nach Kreisau geben wir euch gern Tipps.

Adresse:

Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung / Fundacja „Krzyżowa“ dla Porozumienia Europejskiego

Krzyżowa 7

58-112 Grodziszczce

Polen

Anmeldung

Melden Sie sich über das Anmeldeformular bis zum 21. April 2024 an:

<https://modelicc.wufoo.com/forms/m1gafmue011kema/>

Bei Fragen zu Übernachtung und Verpflegung melden Sie sich bei Dominik Całka (dominik.calka@krzyzowa.pl).

Wir freuen uns auf wunderbare Pfingsttage in Kreisau 2024!

Das Pfingsttreffen ist eine gemeinsame Veranstaltung der Kreisau-Initiative und der Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung. Es gelten Datenschutzbestimmungen der beiden Organisationen

09) Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen gründet MedienArbeitsGemeinschaft in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Minderheiten (AGDM) in der FUEN



Pressemitteilung

Berlin, 07.02.2024

Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen gründet MedienArbeitsGemeinschaft in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Minderheiten (AGDM) in der FUEN

Kulturstiftung
der deutschen Vertriebenen

Bonner Geschäftsstelle
Godesberger Allee 72-74
53175 Bonn
Telefon: +49 /228/ 24965040

Nr. 1/2023

Arbeitsgemeinschaft deutscher
Minderheiten (AGDM)

Bundesministerium des Innern
und für Heimat/AGDM
Alt-Moabit 140
10557 Berlin

Die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen hat in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Minderheiten (AGDM) in der FUEN eine **MedienArbeitsGemeinschaft** (MAG) gegründet.

www.kulturstiftung.org

www.agdm.fuen.org

Die **MedienArbeitsGemeinschaft** bietet eine gemeinsame Plattform für Medienschaffende der Publikationsorgane und der neuen Medien der Vertriebenenorganisationen in Deutschland, der deutschen Minderheiten vorrangig im östlichen Europa und den Nachfolgestaaten der Sowjetunion, von Journalisten, Filmemachern und Theaterschaffenden sowie weiteren interessierten Personen und Institutionen aus dem In- und Ausland zur Entwicklung eigenständiger Medienformate und Kampagnen.

Die Institutionen und Organisationen der deutschen Heimatvertriebenen und der deutschen Minderheiten bewahren eine unermesslich große Vielfalt an relevanten Themen, die darauf warten, gemeinsam multimedial erschlossen zu werden. In diesem Bewusstsein hat die **MedienArbeitsGemeinschaft** das Ziel, Synergien mit Autoren, Journalisten, Heimatmedienvertretern und Vertretern der Verbände zu schaffen.

Das Netzwerk **MedienArbeitsGemeinschaft** hat die Funktion eines Brückenbauers und wirkt als Träger des europäischen Gedankens und der damit verbundenen demokratischen Werte. Die Arbeit der Medienschaffenden hat das Ziel, aktuelle und relevante Inhalte, aus der Lebenswirklichkeit von Minderheiten in Ost- und Westeuropa, im Geiste der Völkerverständigung sowie des europäischen Integrationsgedankens und das deutsche kulturelle Erbe als Teil der europäischen Kultur und ihrer Geschichte in die öffentliche Wahrnehmung zu rücken.

Workshops, Seminare und gemeinsame Projekte der **MedienArbeitsGemeinschaft** sollen die ständige Professionalisierung in allen medialen Bereichen (Drehbuch, Recherche, Konzeption, Texten, Kamera, Ton, Schnitt, Social Media usw.) fördern.



agdm.fuen.org

Arbeitsgemeinschaft
Deutscher Minderheiten
in der FUEN



Die Mitglieder der **MedienArbeitsGemeinschaft** schaffen Synergien und entwickeln gemeinsame Projekte und Formate, um sie u.a. marktfähig bei TV-Stationen und anderen Massenmedien anzubieten. Zudem können aus der **MedienArbeitsGemeinschaft** Präsentationsplattformen und mittel- bis langfristig Produktionsfirmen herauswachsen.

Eine vernetzte Berichterstattung und gemeinsame Themenkampagnen werden den Nachweis erbringen, dass die Medien der deutschen Minderheiten im östlichen Europa und den Nachfolgestaaten der Sowjetunion mit den Medien der deutschen Vertriebenen in Deutschland und dem deutschsprachigen Raum gemeinsam ein journalistisches Schwergewicht bilden können, wenn diese sich in der **MedienArbeitsGemeinschaft** vernetzen.

Kontakt zur MedienArbeitsGemeinschaft:

medienarbeitsgemeinschaft@kulturstiftung.org

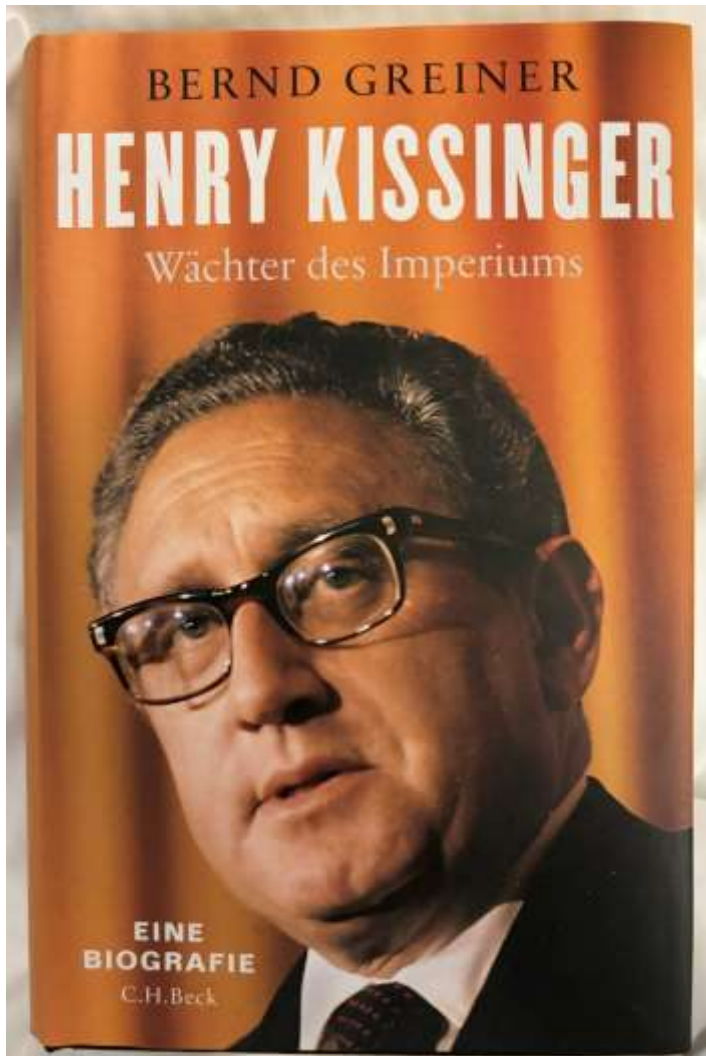


10) WertebundPreußen: Bernd Greiner stellt seine Kissinger-Biographie vor

Donnerstag, 28. März 2024, 19:00 Uhr

Capital Club Berlin, Am Gendarmenmarkt, Mohrenstraße 30, 10117 Berlin

Eintritt: 20 €



C. b) Mitteilungen und Berichte aus ausgewählten Berliner Bezirken mit ostdeutschen Patenschaften **Seiten C 16 – C 29**

Charlottenburg - Wilmersdorf (Seiten C 16 – C 24)

Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

[Otto-Suhr-Allee 100](#)
[10585 Berlin](#)

presse@charlottenburg-wilmersdorf.de

01) Aktionswochen gegen Rassismus starten, 11. – 24. März 2024



Bild: BACW

Pressemitteilung vom 05.03.2024

Die internationalen Aktionswochen gegen Rassismus finden in diesem Jahr von **Montag, 11. März 2024, bis Sonntag, 24. März 2024**, wieder statt.

Der Auftakt findet am Montag, 11. März 2024, um 13 Uhr am Pangea Haus (Trautenaustraße 5) mit einem Bühnenprogramm aus Musik, Mitmachaktionen und Infoständen statt. Die Aktionswochen gegen Rassismus haben Tradition und angesichts unübersehbarer Angriffe von Rechts zunehmende Bedeutung für den Bezirk.

Das gesamte Programm ist hier www.cwgegenrassismus.de abrufbar.

Dieses Jahr finden im Rahmen der Aktionswochen gegen Rassismus über 40 Veranstaltungen und Aktionen, organisiert von über 30 Organisationen, statt. Die vielfältige Bandbreite reicht von Kunstprojekten und Workshops über Aktionstage bis hin zu Stadtrundgängen und Podiumsdiskussionen. Eine Vielzahl von Themen wie die Gegenwart von antimuslimischem Rassismus, die Frage nach Schwierigkeiten der Seenotrettung im Mittelmeer oder die Feier des kurdischen Neujahrsfests werden in den Fokus gerückt.

Seite C 17 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Zum vierten Mal setzen die Aktionswochen gegen Rassismus Charlottenburg-Wilmersdorf damit bezirkswweit ein Zeichen gegen Diskriminierung und für ein respektvolles, diverses Miteinander in den Kiezen.

Der Internationale Tag gegen Rassismus der Vereinten Nationen wird jedes Jahr am 21. März begangen und geht auf Proteste gegen die Apartheid in Südafrika zurück. Seit den 1980er Jahren finden um diesen Tag bundesweit Veranstaltungen statt.

Kontakt

Demokratiebüro Charlottenburg-Wilmersdorf

Elisabeth Peters und Johannes Westphal

E-Mail: demokratie-cw@stiftung-spi.de

Telefon: (030) 9029-12516/-14783

Internet: www.demokratie.charlottenburg-wilmersdorf.de

Im Auftrag

Kaczmarek

02) 253. Kiezspaziergang: Frauen in der City West, 09. März 2024



Lotte-Lenya-Bogen.- *Bild: Bezirksamt*

Pressemitteilung vom 29.02.2024

Beim 253. Kiezspaziergang stellt Kulturstadträtin Heike Schmitt-Schmelz am **Samstag, 9. März 2024**, Frauen vor, die den Bezirk geprägt haben und Frauen, die sich auch aktuell für die Belange von Frauen einsetzen. Start dieses Spaziergangs ist um **14 Uhr** am Lotto-Lenya-Bogen (gegenüber dem Theater des Westens, nahe Bahnhof Zoo). Endpunkt ist die Galerie der GEDOK Berlin, die sich für die Anerkennung und Förderung von Künstlerinnen einsetzt, an der Suarezstraße 57. Die Teilnahme ist wie immer kostenfrei. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich. Informationen über die bisherigen Kiezspaziergänge finden Sie unter www.kiezspaziergaenge.de.

Im Auftrag

Brühl

03) Nach Brandstiftung: Neue Bücherbox am Gleis 17 wird eingeweiht



Der Vorgänger: Die Bücherbox wurde bei einem Brandanschlag zerstört. Jetzt wird die neue Bücherbox eingeweiht.- *Bild: BA-CW, Kilic*

Pressemitteilung vom 20.02.2024

Die neue Bücherbox nahe dem Holocaust-Mahnmal „Gleis 17“ wird am **Freitag, 23. Februar 2024, um 12 Uhr** am Bahnhof Grunewald eingeweiht. Die Zeremonie der Anlieferung und Aufstellung findet bereits ab 11.30 Uhr statt. Bezirksbürgermeisterin Kirstin Bauch wird an der Eröffnung teilnehmen.

Eine Brandstiftung, die als „schweres antisemitisches Attentat“ gewertet wird, zerstörte die Bücherbox im Sommer 2023. Der Staatsschutz des Landeskriminalamts Berlin ermittelte einen Tatverdächtigen. Bei den verbrannten Büchern handelt es sich größtenteils um Literatur über die Verfolgung, Deportation und Ermordung vieler Berliner Juden in der Nazizeit. Die Besonderheit am Standort der Bücherbox ist die Nähe zum Mahnmal „Gleis 17“. Es erinnert an den Ort, wo viele tausend Berliner Juden in Konzentrations- und Vernichtungslager deportiert wurden.

Im Auftrag
Jüch

04) Neue Leitlinien für den Breitscheidplatz beschlossen



Weihnachtsmarkt am Breitscheidplatz.- Bild: BACW

Pressemitteilung vom 19.02.2024

Das Bezirksamt hat in seiner letzten Sitzung neue Leitlinien für den Breitscheidplatz als Grundlage für die Bereitstellung des Platzes für Veranstaltungen aller Art beschlossen. Auf Basis dieser neuen Leitlinien wird nun eine Interessenbekundung für den Weihnachtsmarkt und länger andauernde Veranstaltungen im Sommer durchgeführt.

Damit wird eine rechtssichere Basis für die Veranstaltungsgenehmigung geschaffen, die sich an inhaltlichen Kriterien und Vorgaben ausrichtet und nicht wie bisher dem Prinzip „wer zuerst kommt, mahlt zuerst“ folgt. Das Bezirksamt bekommt damit endlich auch inhaltlichen Einfluss auf die am Breitscheidplatz stattfindenden Veranstaltungen. So wurden Vorgaben zum Anteil gastronomischer Stände an den Gesamtständen gemacht. Außerdem wurden Auflagen zu Lebensmitteln aus biologischem oder regionalem Anbau, sowie zu fair-trade Produkten gemacht und gestalterische Fragen geklärt. Der Breitscheidplatz soll sich damit zu einem hochklassigen zukunftssträchtigen Veranstaltungsstandort entwickeln, der auch die Nachhaltigkeitsziele des Bezirks berücksichtigt.

Das neue Statut ist [hier](#) zu finden:

<file:///D:/Downloads/vzb-139-anlage-statut-breitscheidplatz-2024-geaef-ba-beschluss.pdf>

Bezirksstadtrat Oliver Schruoffeneger:

„Mit dem neuen Statut haben wir einen großen Schritt getan, um die City-West als Standort spannender und hochwertiger Veranstaltungen zu profilieren und zu verhindern, dass hier ein austauschbarer Event- und Rummelort entsteht. Das wird dem Image der City-West guttun und auch die örtliche Gewerbestruktur stärken.“

Im Auftrag
Jüch

05) Jetzt anmelden: „Osterferien ohne Kofferpacken“



Bild: Haus der Jugend Charlottenburg

Pressemitteilung vom 12.02.2024

Für die alljährliche Ferienaktion „Ferien ohne Kofferpacken“ in den Osterferien 2024 sind die Anmeldungen wieder möglich. Der erste Durchgang, den das Jugendamt Charlottenburg-Wilmersdorf gemeinsam mit dem Jugendclubring organisiert, findet von **Montag, 23. März bis Donnerstag, 28. März 2024**, und der zweite Durchgang vom **Dienstag, 02. April bis Freitag, 05. April 2024**, statt. Es wird ein abwechslungsreiches Ferienprogramm mit erlebnisreichen Aktionen und Ausflügen angeboten.

Die Kinder zwischen sechs und 14 Jahren aus dem Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf treffen sich von Montag bis Freitag in der Zeit von 9 bis 16.30 Uhr im Haus der Jugend Charlottenburg in der Zillestraße 54.

Der Teilnehmerbeitrag beträgt 50 Euro für eine Ferienwoche. Im Teilnehmerbeitrag sind die Betreuung, Eintrittspreise, mögliche Fahrkosten, Frühstück, Mittagessen und Getränke enthalten. Familien mit Transferleistungen können mit einer finanziellen Förderung rechnen (Mindestbeitrag 20 Euro).

Informationen und Anmeldebogen gibt es unter www.zille54.de oder bei Frau Weichert, Telefon: (030) 9029-12775, ab 15 Uhr.

Jugendstadtrat Detlef Wagner:

„Tolle und wichtige Nachrichten für Familien. „Ferien ohne Kofferpacken“ wird auch in diesem Jahr in den Osterferien an den Start gehen. Familien sind besonders in wirtschaftlich schwierigen Zeiten darauf angewiesen, politische Unterstützung zu erfahren. Der Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf wird sein soziales familienfreundliches Engagement fortsetzen und hat die Finanzierung der beliebten Ferienaktion in den Osterferien 2024 sichergestellt. Ich werde die Familien in unserem Bezirk nicht aus dem Blick verlieren und möchte sie dabei unterstützen, besser durch die aktuell ökonomisch schwierige Zeit zu kommen. Dabei ist es ist mir auch ein großes Anliegen, Kindern aus Familien mit geringen Einkommen die Teilnahme an der beliebten Ferienaktion zu ermöglichen. Ein Dankeschön an unseren langjährigen Partner, dem Jugendclubring Berlin e.V., für seine attraktive Kinder- und Jugendarbeit in unserem Bezirk. Die vielseitigen sportlichen und kreativen Angebote in den Ferien werden den Kindern viel Spaß und Freude bereiten. Ich wünsche allen Kindern abwechslungsvolle und erlebnisreiche Ferien.“

Im Auftrag
Jüch

06) Kommunale Galerie zeigt „Die gemalte Stadt - Fassadenbilder von Gert Neuhaus“



Bild: Gerd Neuhaus.- Foto: *Norbert Martins*

Pressemitteilung vom 12.02.2024

Die Kommunale Galerie zeigt „Die gemalten Stadt – Fassadenbilder von Gert Neuhaus“ und eröffnet am **Dienstag, 20. Februar 2024, um 18 Uhr** die Ausstellung. Die Begrüßung erfolgt durch Claudia Blomberg, Leiterin des Amts für Weiterbildung und Kultur, und Elke von der Lieth, Leiterin der Kommunale Galerie Berlin.

1976 beginnt Gert Neuhaus mit dem Entwurf und der Ausführung von haushohen Wandbildern an Hausfassaden im Berliner Stadtraum. Die zahlreichen noch vorhandenen Brandwände in der Stadt bilden die Grundfläche für seine illusionistische Malerei, die mittels perspektivischer Darstellung Dreidimensionalität vortäuscht. Herausragend sind seine konstruierten Gründerzeitfassaden, die er auf freistehende Hauswände malt, und so die fehlenden Architekturkörper von Seitenflügel oder Gartenhaus mit Portalen, Fenstern, Balkonen, Gesimsen und Stuckelementen neu aufbaute. Alles nur eine optische Täuschung.

Gert Neuhaus, geboren 1939 in Berlin, studierte von 1956 bis 1962 Gebrauchsgrafik und Ausstellungsdesign an der Hochschule der Künste Berlin. Von 1982 bis 1987 an der Technischen Universität Berlin und von 1986 bis 2004 bei der Stiftung Lette-Verein als künstlerisch-wissenschaftlicher Mitarbeiter; seit 1976 als selbstständiger Gestalter tätig.

Rahmenprogramm

Das Künstlergespräch findet am Mittwoch, 20. März 2024, um 18 Uhr statt, die Finissage der Ausstellung am Sonntag, 21. April 2024, von 15 bis 17 Uhr.

Ausstellungsdauer: 21. Februar bis 21. April 2024

Ort:

Kommunale Galerie Berlin, Hohenzollerndamm 176, 10713 Berlin

Öffnungszeiten:

Dienstag bis Freitag 10 bis 17 Uhr

Mittwoch 10 bis 19 Uhr

Samstag, Sonntag und Feiertage 11 bis 17 Uhr

Eintritt frei.

Weitere Informationen: www.kommunalegalerie-berlin.de

Im Auftrag
Jüch

07) Für mehr Menschlichkeit: Integrationsbeauftragte beziehen Stellung zur aktuellen Migrationsdebatte

Pressemitteilung vom 01.02.2024

Die Landesarbeitsgemeinschaft der bezirklichen Beauftragten für Partizipation und Integration bezieht Stellung zur aktuellen Migrationsdebatte und fordert mehr Menschlichkeit und Sachlichkeit.

Cem Gömüsay (Charlottenburg-Wilmersdorf), Sprecher der Landesarbeitsgemeinschaft der Integrations- und Partizipationsbeauftragten:

“In der jetzigen Debatte rund um das Thema Migration hat der Populismus die Oberhand. Es werden Menschen gegeneinander ausgespielt und Ressentiments geschürt, mit der Folge, dass die Gräben in unserer Gesellschaft immer tiefer werden. Was wir brauchen ist ein klares Bekenntnis zur deutschen Einwanderungsgesellschaft und eine Rückkehr zu mehr Menschlichkeit und Sachlichkeit in der Debatte.”

Fabian Nehring (Lichtenberg), Sprecher der Landesarbeitsgemeinschaft der Integrations- und Partizipationsbeauftragten:

“Den Menschen, die auf der Suche nach Schutz und einem menschenwürdigen Leben nach Deutschland kommen, die Schuld für die derzeitigen Missstände im Bereich der öffentlichen Daseinsfürsorge zu geben, ist nicht nur sachlich falsch, sondern Ablenken von den Entscheidungen von Verantwortlichen Politikern und Politikerinnen, die zu der strukturellen Unterfinanzierung geführt haben.“

Hier die Stellungnahme in vollem Wortlaut:

Für mehr Menschlichkeit und Sachlichkeit in der Migrationsdebatte

Seit der Veröffentlichung des Recherchekollektivs “Correctiv” zu Deportationsplänen von Menschen mit Migrationsgeschichte aus Deutschland kommt es – endlich – bundesweit zu Demonstrationen und klaren Stellungnahmen gegen Rechtsextremismus, gegen Rechtspopulismus und gegen ihre parteipolitischen Vertretungen. Als Berliner Landesarbeitsgemeinschaft der bezirklichen Beauftragten für Partizipation und Integration beobachten wir schon seit Langem eine verschärfte gesellschaftliche Debatte um das Grundrecht auf Asyl, über Migration und das Einwanderungsland Deutschland. Bis weit in die sogenannte Mitte der Gesellschaft werden Ängste vor und Ressentiments gegen Migranten und Deutsche mit Migrationsgeschichte geschürt. Berlin ist hierbei meist Projektionsfläche für all diejenigen, die Beweise suchen für das vermeintliche Scheitern eines Einwanderungslandes und sich gegen eine moderne und offene Migrationsgesellschaft stellen. Um dem Rechtspopulismus in Deutschland etwas entgegenzusetzen, fordern wir die Rückkehr zu mehr Menschlichkeit und Sachlichkeit in der Debatte und ein klares Bekenntnis zur Migrationsgesellschaft, die wir längst sind und die Deutschland in seiner Vielfalt ausmacht. Die Aufnahme von Menschen, die in Deutschland Schutz suchen, sowie eine gelingende Teilhabe, unabhängig der Beweggründe für Migration und Flucht hierher, kostet Zeit und Geld. Wir stellen uns aber vehement gegen jeden Populismus, der behauptet, die strukturellen Probleme vieler Kommunen, die fehlenden Schulplätze, die langen Bearbeitungszeiten der Behörden, hätten ihre Ursache in der Zuwanderung. Wir benötigen einen gesellschaftlichen Konsens für eine ausreichend ausgestattete und ausfinanzierte öffentliche, soziale Infrastruktur, von der alle Menschen in Deutschland profitieren. Wir brauchen für die Migrationsgesellschaft ein breites und klares

Seite C 23 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

gesellschaftliches Bekenntnis zur Unteilbarkeit unserer Grund- und Menschenrechte. Sie müssen ausnahmslos für alle Menschen in Deutschland gelten. Ausgehend von einem solchen Konsens, verurteilen wir in aller Deutlichkeit den Anstieg antisemitischer Straftaten aus allen Teilen der Gesellschaft, insbesondere seit dem 07. Oktober 2023. Wir verurteilen auch jede Befürwortung oder Verharmlosung des Hamas-Terrors. In einer offenen Migrationsgesellschaft müssen Antisemitismus, Rassismus, aktuell insbesondere auch gegenüber muslimisch gelesenen Menschen, und Diskriminierung immer klar benannt und bekämpft werden. Meinungsfreiheit und Debatten sind wichtig und bringen uns als Gesellschaft voran, aber auf Grundlage unserer Verfassung und der unantastbaren Würde aller Menschen. Wenn wir die Debatte über Migration und das Einwanderungsland Deutschland mit mehr Menschlichkeit führen würden, wäre es auch möglich, gleichzeitig den unfassbaren Schmerz und die (re)Traumatisierung von Jüdinnen und Juden und Israelis UND den Schmerz und die Trauer um die vielen Verletzten und Toten in Palästina zu sehen, anzuerkennen und Raum zu geben. Das derzeitige Klima in Deutschland, der Rechtsruck, die politischen und medialen Debatten und die bekanntgewordenen „Deportationspläne“ führen dazu, dass sich Menschen mit Migrationsgeschichte in Deutschland nicht mehr sicher fühlen, ja sogar Angst haben. Die Diskriminierungen und der Alltagsrassismus nehmen deutlich zu. Von Bürgern, von Mitarbeitern in sozialen Projekten und selbst von Kollegen aus den Verwaltungen werden wir angesprochen, die sich angesichts des migrationsfeindlichen und rassistischen Diskurses irritiert und verängstigt zeigen. Das Miteinander in der Migrationsgesellschaft droht auf unabsehbare Zeit Schaden zu nehmen, und das möchten wir nicht zulassen. Deshalb unterstützen wir den Aufruf des Bündnisses #HandInHand: **gemeinsam gegen Rechts!** Wir alle sind Teil der Brandmauer. Lasst uns einen langen Atem haben und dieses Mauerwerk überall stabil und in Vielfalt errichten.

Die Landesarbeitsgemeinschaft der bezirklichen Beauftragten für Partizipation und Integration Fabian Nehring und Cem Gömüsay (Sprecher der Arbeitsgemeinschaft)

Im Auftrag
Brühl

Anmerkung der Redaktion: „gegen Recht“, d.h. gegen Vielfalt in der demokratischen Auseinandersetzung, welch eine Verarmung der politischen Landschaft, wenn alle nur „Links“ sein sollten! Und: was ist überhaupt „rechts“ ...

08) Gesucht: Kandidatinnen und Kandidaten für den 24. Ehrenamtspreis



Bild: BACW

Pressemitteilung vom 01.02.2024

Zum 24. Mal verleiht das Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf in diesem Jahr den Ehrenamtspreis. Ausgezeichnet werden sollen Bürgerinnen und Bürger, die zur Stärkung und Vernetzung nachbarschaftlicher Beziehungen beitragen, im Umweltschutz arbeiten, einen generationsübergreifenden Ansatz verfolgen oder sich für Menschen mit Behinderungen engagieren. Ausgenommen sind Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Sozialkommissionen und Sondersozialkommissionen des Bezirksamtes Charlottenburg-Wilmersdorf. Vorschlagsberechtigt sind in Charlottenburg-Wilmersdorf ansässige Personen, Gruppen oder Organisationen.

Vorschläge (mit Anschrift und Telefonnummer) können bis **Donnerstag, 28. März 2024**, an folgende Adressen geschickt werden:

Per Post:
Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf
Abteilung Bürgerdienste und Soziales
Soz430
Otto-Suhr-Allee 100
10585 Berlin

Per E-Mail:
freiwilligenagentur@charlottenburg-wilmersdorf.de

Im Auftrag
Kaczmarek

Steglitz-Zehlendorf (Seiten C 25 – C 46)

Presse-, Öffentlichkeitsarbeit & Digitale Kommunikation

Postanschrift:

Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf
Presse-, Öffentlichkeitsarbeit & Digitale Kommunikation
14160 Berlin

presse@ba-sz.berlin.de

01) Eine Ernährungswende kommt nicht ohne Kosten! - Experten diskutieren die Vorteile und Herausforderungen einer nachhaltigen Ernährung beim 20. RegioTALK des Regionalinkubators Berlin Südwest

Pressemitteilung vom 27.02.2024



v.l.n.r.: Steffen Otte (Domäne Dahlem), Prof. Dr. Sascha Rohn (TU Berlin), Prof. Dr. Dr. Martina Schäfer (TU Berlin), Prof. Dr. med. Andreas Michalsen (Charité Berlin), Prof. Dr. Frank Schaal (BVCD).- *Bild: Bernd Elmenthaler / RIK Berlin Südwest*

Seite C 26 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Am vergangenen Donnerstag, 22.02.2024, fand der 20. RegioTALK des Regionalinkubators Berlin Südwest (RIK) im inspirierenden Ambiente des Culinariums der Domäne Dahlem statt. Das Thema des Abends lautete passend zur Location: **“Ernährungswende: Warum wir unseren Lebensmittelkonsum verändern müssen”**.

Die Diskussionen drehten sich um die dringende Notwendigkeit einer nachhaltigen und gesünderen Ernährungsweise angesichts der fortschreitenden Umweltzerstörung und der gesundheitlichen Folgen einer nicht ausgewogenen Ernährung.

Steffen Otte, Geschäftsführer der Domäne Dahlem, betonte die Bedeutung einer Ernährungswende angesichts der massiven Ausbeutung natürlicher Ressourcen und der zunehmenden gesundheitlichen Probleme durch Fehlernährung.

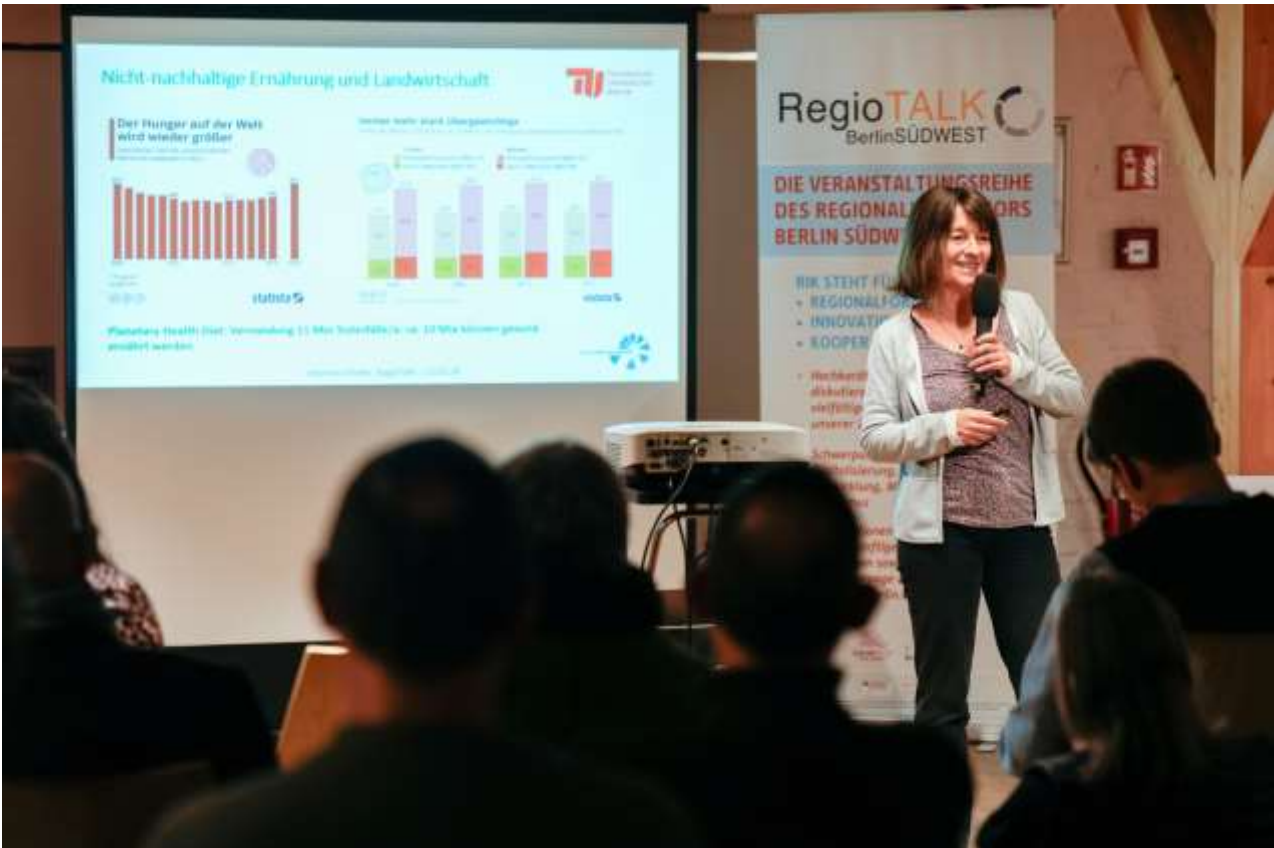
Prof. Dr. Dr. Martina Schäfer vom Zentrum Technik und Gesellschaft der Technischen Universität Berlin wies auf die Folgen einer nicht nachhaltigen Landwirtschaft hin und präsentierte die Planetary Health Diet als möglichen Lösungsweg für eine gesündere und nachhaltigere Ernährung.

Prof. Dr. Sascha Rohn vom Institut für Lebensmitteltechnologie und Lebensmittelchemie der Technischen Universität Berlin unterstrich die Widersprüche und Herausforderungen in der Lebensmittelproduktion und plädierte für eine differenziertere Betrachtung von Lebensmitteln und deren Inhaltsstoffen.

Prof. Dr. med. Andreas Michalsen des Instituts für Sozialmedizin, Epidemiologie und Gesundheitsökonomie der Charité Berlin sprach sich ebenfalls für die Planetary Health Diet aus und betonte deren Potenzial, sowohl die Gesundheit des Menschen als auch die Umwelt nachhaltig zu schützen: **„Auf diese Weise kann man 10 Milliarden Menschen ernähren, den Planeten retten und uns alle gesünder machen.“**

Die Diskussionen machten deutlich, dass eine **Ernährungswende** zwar mit Kosten verbunden ist, aber die langfristigen Vorteile für die Gesundheit und die Umwelt die Investitionen rechtfertigen.

Eindrücke der Veranstaltung



Prof. Dr. Dr. Martina Schäfer spricht beim 20. RegioTALK.- Bild: Bernd Elmenthaler / RIK Berlin Südwest



Prof. Dr. Sascha Rohn beim Halten seines Vortrags im Rahmen des RegioTALK.- Bild: Bernd Elmenthaler / RIK Berlin Südwest



Steffen Otte präsentiert beim RegioTALK in der Domäne Dahlem.- Bild: Bernd Elmenthaler / RIK Berlin Südwest



Prof. Dr. med. Andreas Michalsen während seines Vortrags beim 20. RegioTALK des Regionalinkubators Berlin Südwest.- Bild: Bernd Elmenthaler / RIK Berlin Südwest

02) Die Reise ist das Ziel: Zukunft der Busreisen im Fokus beim 19. RegioTALK des Regionalinkubators Südwest

Pressemitteilung vom 26.02.2024



v.l.n.r.: Daniel Packenius (Flixbus, DACH-Region), Ulrich Basteck (Wörlitz Tourist), Wolfram Goslich (busconcept), Christiane Leonard (Bundesverband Deutscher Omnibusunternehmer), Michael Donth (Mitglied des Bundestages, Ausschüsse: Verkehr, Tourismus), Dr. Dirk Ansorge (MAN Truck & Bus SE).- *Bild: ESDES.Pictures/RIK*

Beim 19. RegioTALK des Regionalinkubators Südwest standen am 20.02.2024 im Culinarium der Domäne Dahlem die Zukunft der Busreisen und deren Herausforderungen im Mittelpunkt einer lebhaften Diskussion.

Christiane Leonard, Hauptgeschäftsführerin des Bundesverbandes Deutscher Omnibusunternehmer, eröffnete den Abend mit einem Zitat, das den Kern der Diskussion einfiel: "Die Reise ist das Ziel." Diese Worte, leicht abgewandelt aus dem Kontext von Konfuzius, spiegeln die Bedeutung der Busreisen für die Gesellschaft wider.

Die Debatte, moderiert von **Wolfram Goslich**, drehte sich um die steigende Nachfrage nach Busreisen in Deutschland, insbesondere in Berlin, wo Busreisen ein wichtiger Bestandteil des touristischen Portfolios sind. Flixbus, der weltweit führende Anbieter von Busreisen, verzeichnete allein im Jahr 2023 mehr als 2 Millionen Fahrgäste nach Berlin.

Ulrich Basteck, Geschäftsführender Gesellschafter von Wörlitz Tourist, hob die Herausforderungen hervor, denen sich die Branche gegenüber sieht. Neben der Bewältigung der Auswirkungen der Corona-Pandemie kämpfen Unternehmen mit einem Mangel an Fahrern, Reiseleitern und der Akzeptanz von Gruppenreisen durch Hotels und Gaststätten.



Michael Donth (Mitglied des Bundestages) und Dr. Dirk Ansorge (MAN Truck & Bus SE) beim 19. RegioTALK am 20.02.2024.- Bild: ESDES.Pictures/RIK

Politische Entscheidungsträger wie **Michael Donth**, Mitglied des Deutschen Bundestags, signalisierten die Bereitschaft, über veraltete Standards im Busreisesektor nachzudenken, um die Branche zu unterstützen.

Trotz der Herausforderungen registriert Flixbus einen steigenden Trend zu Busreisen, sowohl im Freizeit- als auch im Geschäftsreisesektor. **Daniel Packerinius**, Geschäftsführer der Flixbus-Tochtergesellschaft für Deutschland, Österreich und die Schweiz, betonte die Bedeutung des Umweltaspekts von Busreisen, der vom Umweltbundesamt als umweltfreundlichstes Verkehrsmittel eingestuft wird.

Die Diskussion umfasste auch technologische Innovationen wie die Umstellung auf Elektromotoren. Während derzeit Dieselbusse die Norm sind, wird in Zukunft eine Umstellung auf umweltfreundlichere Antriebe angestrebt.

03) Feierliche Benennung des Estrongo-Nachama-Platzes

Pressemitteilung vom 20.02.2024



v.l.n.r.: René Rögner-Francke (BVV-Vorsteher), Dr. Sabine Lehmann-Brauns (BVV-Verordnete und Initiatorin), Alexander Nachama (Enkel von Estrongo Nachama), Prof. Andreas Nachama (Sohn von Estrongo Nachama), Dr. Gideon Joffe (Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde zu Berlin), Urban Aykal (Bezirksstadtrat), Katharina Concu (Vorsitzende des BVV-Ausschusses für Bildung und Kultur), Ruppert Stüwe (Mitglied des Bundestages).- Bild: Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf

Am Freitag, dem 16. Februar 2024, erhielt der bisher namenlose Platz zwischen den Straßenführungen Im Gehege vor der Gail-S.-Halvorsen-Schule in Dahlem den Namen des langjährigen Oberkantors der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Estrongo Nachama. Die feierliche Einweihung geht auf einen Beschluss der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) von 2021 zurück.

In seinem Grußwort betont Urban Aykal, Bezirksstadtrat für Ordnung, Umwelt- und Naturschutz, Straßen und Grünflächen:

„Es ist demokratischer Konsens in Steglitz-Zehlendorf, die Erinnerungskultur überall im Bezirk sichtbar zu machen. Daher freut es mich, dass wir innerhalb eines Jahres gleich drei wichtige Zeichen in diesem Sinne gesetzt haben.“

Seite C 32 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Im Februar 2023 war der Maerckerweg in Maria-Rimkus-Weg umbenannt worden, einer „Gerechten unter den Völkern“. Im Dezember 2023 folgte die Aufstellung einer regionalhistorischen Informationsstelle zu Ehren des Filmpioniers Karl Wolfssohn.

Cerstin Richter-Kotowski, Bezirksstadträtin für Bildung, Kultur und Sport, ergänzt:
„Ich begrüße es sehr, dass wir durch die Platzbenennung einen Mann ehren, der sich durch sein jahrzehntelanges Engagement unschätzbare Verdienste im interreligiösen Dialog, vor allem zwischen dem Judentum und Christentum, erworben hat. Er hat sich weit über die Grenzen Berlins hinaus einen Namen gemacht.“

Vor rund 200 Menschen hob Prof. Andreas Nachama, Sohn von Estrongo Nachama, die unermüdliche Einsatzbereitschaft seines Vaters für Versöhnung hervor. Dr. Gideon Joffe, Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, stellte heraus, dass die Platzbenennung gerade zum jetzigen Zeitpunkt ein wichtiges Symbol der Solidarität mit der jüdischen Gemeinschaft sei.

Zum Abschluss der Veranstaltung sprach der Enkel von Estrongo Nachama, Alexander Nachama, ein berührendes Gebet. Neben der Familie Nachama und Dr. Joffe nahmen an der feierlichen Enthüllung des Platzschildes Bezirksbürgermeisterin Maren Schellenberg, BVV-Vorsteher René Rögner-Francke, der Bundestagsabgeordnete Ruppert Stüwe, die Initiatorin und Bezirksverordnete Dr. Sabine Lehmann-Brauns, sowie zahlreiche Bezirksverordnete aus verschiedenen Fraktionen teil.

Ein besonderer Dank des Bezirksamts gilt der anliegenden Gail-S.-Halvorsen-Schule. Sie stellte die benötigte Technik für die Veranstaltung bereit und war mit zahlreichen Schülerinnen und Schülern präsent. Außerdem dankt das Bezirksamt selbstverständlich seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die wie immer in solchen Fällen eine tolle Arbeit geleistet und für einen reibungslosen Ablauf gesorgt haben.



Das enthüllte Schild des Estrongo-Nachama-Platzes.-
Bild: Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf

Zur Person Estrongo Nachama:

Durch die wöchentlich im Hörfunksender RIAS übertragene Sabbatfeier und die jüdischen Gottesdienste für die amerikanischen Streitkräfte im Chaplain-Center am Hüttenweg war Estrongo Nachama vielen Berlinerinnen und Berlinern in Ost und West ein Begriff. Von 1947 bis 2000 wirkte er als Kantor, später als Oberkantor der Jüdischen Gemeinde zu Berlin.

Dank seiner außergewöhnlichen Baritonstimme überlebte er Auschwitz und setzte sich nach der Befreiung 1945 in West- und Ostberlin für den interreligiösen Dialog und die Zusammenarbeit von Juden und Christen ein. 1999 wurde ihm der Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland verliehen.

Seit 2013 hält die Berliner Stiftung Meridian mit dem "Estrongo-Nachama-Preis für Toleranz und Zivilcourage" die Erinnerung an den Kantor lebendig.

Eindrücke der Benennung



Shalom-Chor Berlin bei der Benennung des Estrongo-Nachama-Platzes.-

Bild: Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf



Enthüllung des Schildes, v.l.n.r.: R. Rögner-Francke (BVV-Vorsteher), Dr. S. Lehmann-Brauns (BVV-Verordnete und Initiatorin; vorne), C. Richter-Kotowski (Bezirksstadträtin; hinten), A. Nachama (Enkel von Estrongo Nachama) & Prof. A. Nachama (Sohn von Estrongo Nachama).- Bild: Bezirksamt



Bezirksstadtrat Urban Aykal bei seiner Rede zur Benennung des Estrongo-Nachama-Platzes.- Bild: Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf



Rede von Prof. Andreas Nachama, Sohn von Estrongo Nachama
Bild: Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf



Alexander Nachama bei seiner Ansprache zur Benennung des Estrongo-Nachama-Platzes.-
Bild: Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf

04) Veröffentlichung der Sozialstudie zur Lebenssituation älterer Menschen im Bezirk Steglitz-Zehlendorf

Pressemitteilung vom 19.02.2024



v.l.n.r.: Prof. Dr. Nils Lahmann, Prof. Dr. Horst Skarabis, Tim Richter und Nina Scholz.
Bild: Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf

Bezirksstadtrat Richter: „Was lange währt, wird endlich gut“: Altenhilfeplanung im Bezirk schreitet voran

„Viel zu lange hat es seit 2019 gebraucht, doch nun liegt die **große Sozialstudie zur Lebenssituation älterer Menschen in Steglitz-Zehlendorf** endlich vor“, freut sich **Bezirksstadtrat Tim Richter** bei der Entgegennahme des fast 200-seitigen Werks. **Er nahm die Studie von den beiden maßgeblichen Autoren, Prof. Dr. Nils Lahmann, Epidemiologe und Pflegewissenschaftler und Prof. Dr. Horst Skarabis, emeritierter Lehrstuhlinhaber für Statistik, entgegen.**

Diese Studie, die auf einen BVV-Beschluss aus dem Jahr 2019 sowie einer umfangreichen Befragung von über 5.000 Senioren und Seniorinnen zurückgeht, dient als **Grundlage für die Konzeption eines Altenplanes sowie Entwicklung seniorenpolitischer Leitlinien für den Bezirk Steglitz-Zehlendorf.**

Nach offizieller Übergabe der Studie, stellten Tim Richter, Nils Lahmann sowie Horst Skarabis einige der Erkenntnisse aus dieser Studie vor. Befragungsthemen wie Einkommens- und Wohnverhältnisse, Teilhabe und Engagement, Gesundheitsverhalten, Mobilität und Digitalisierung sowie Einsamkeit und Zukunftserwartungen konnten so einen ersten allgemeinen Eindruck zur Lebenssituation älterer Menschen unseres Bezirkes verschaffen.

Seite C 37 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Mit Stand vom 30. Juni 2023 lebten in Steglitz-Zehlendorf insgesamt 310.515 Personen, von denen 79.013 über 65 Jahre alt waren. Berücksichtigt man unter dem Aspekt der Altenhilfeplanung, dass diese bereits alle Personen ab 60 Jahren mit einbezieht, liegt der Anteil der Seniorinnen und Senioren bei insgesamt 100.413. Dies entspricht einem prozentualen Anteil von 32,3 %, also rund einem Drittel der Steglitz-Zehlendorfer Bevölkerung.

Die Befragung richtete sich jedoch an die Personengruppe ab 65 Jahren, von denen über das Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten per Zufallsgenerator 20.000 Personen, also rund ein Viertel der Bevölkerungsgruppe ausgewählt wurden. Mit einer Rücklaufquote von 25,3 % konnten 5.056 Fragebögen in die Analyse einbezogen werden. Allerdings ist der Anteil Befragter mit Migrationshintergrund mit nur 4,9 % Rücklaufquote unterrepräsentiert.



Vorstellung der Sozialstudie zum Altenplan 2023 in Steglitz-Zehlendorf.- *Bild: Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf*

Einige Ergebnisse:

- Im Zehlendorfer Bereich verfügen rund 2/3 der Befragten über Wohneigentum, im Steglitzer Bereich hingegen wohnen hingegen mehr als 2/3 der Befragten in Mietwohnungen. Vielfach werden große Wohnungen bewohnt, obwohl die Haushaltsgröße bei nur 1 – 2 Personen liegt. Der Anteil der Wohnkosten am Nettoeinkommen lag bei Wohneigentum zwischen 20 % und 29 %, bei Mietwohnungen zwischen 37 % und 48 %. Bezogen auf die soziale Ungleichheit bedeutet das, dass Personen, die in Mietwohnungen wohnen, finanziell erheblich schlechter gestellt sind, da ein höherer Anteil ihres verfügbaren Nettoeinkommens für die Wohnkosten ausgegeben werden muss.

- Der Anteil barrierearmer bzw. -freier Wohnungen ist lt. Umfrage gering; sofern barrierereduzierte Wohnungsausstattungen vorhanden sind, sind die Wohnungen in vielen Fällen dennoch nicht ohne Erschwernisse zu erreichen (fehlender Aufzug, keine Ebenerdigkeit).
- Einen konkreten Umzugswunsch äußerten nur die wenigsten der befragten Personen. Etwa 85 % der Senioren wohnen mindestens 20 Jahre im Bezirk, die durchschnittliche Wohndauer aller Befragten liegt sogar bei etwa 40 Jahren. Zudem fühlen diese sich sehr sicher im Bezirk, was sich auch in der Berliner Kriminalitätsstatistik spiegelt, die Steglitz-Zehlendorf als den sichersten Berliner Bezirk ausweist.
- Teilhabe setzt vor allem das Wissen solcher Möglichkeiten voraus. Klassische Informationsquellen sind das Radio/Fernsehen sowie Zeitungen (über 60 %). Informationen aus dem Internet nahmen bereits den 3. Platz im Ranking ein, Programmhefte als Informationsquelle liegen jedoch mit nur 23 % weit abgeschlagen auf dem letzten Platz. Die jüngste Altersgruppe (65 – 74 Jahre) ist jedoch die Gruppe, die die Internetnutzung mit etwas über 60 % am häufigsten benannt hat und dabei Sogar Radio/Fernsehen und Zeitungen hinter sich lässt.
- Rund 22 % der Befragten gaben an, sich ehrenamtlich zu betätigen, darüber hinaus könnten sich weitere 10 % eine ehrenamtliche Tätigkeit vorstellen. Die, die sich ehrenamtlich engagieren, üben im Mittel 1,52 "Ehrenämter" aus. Die Art der Engagements ist jedoch sehr vielfältig und mitunter sehr unterschiedlich. Am häufigsten wird das kirchliche Engagement benannt, gefolgt von ehrenamtlichen Tätigkeiten für und mit Kindern und Jugendlichen. Engagements in den sogenannten Blaulichtorganisationen (z.B. Sanitätsdienste) liegen mit rund 1 % weit abgeschlagen am unteren Ende der Skala. Dies dürfte auf das Alter der Befragten zurück zu führen sein. Auffällig ist jedoch, dass im Umkehrschluss rund 68 % der Befragten sich nicht ehrenamtlich engagieren oder zumindest Interesse hieran zeigen.
- Das Thema „Mobilität“ wurde zum einem unter dem Aspekt des gesundheitlichen Zusammenhanges von der Organisationseinheit für Qualitätsentwicklung, Planung und Koordination im öffentlichen Gesundheitsdienst (QPK) ausgewertet wurde. Darüber hinaus wollten wir wissen, wie Mobilität das Alltagsverhalten verändert und welche Auswirkungen eingeschränkte Mobilität auf das Freizeitverhalten der Befragten haben kann. Weit über 80 % der Befragten halten PKW mit alternativen Antrieben für wichtig und sind auf individuelle Verkehrsmittel wie PKW angewiesen und auch der Ansicht, dass sie durch den ÖPNV ausreichend versorgt sind. Erwartungsgemäß steigt mit zunehmendem Alter die Immobilität, die sich darin zeigt, dass die Befragten weniger unterwegs sind und auch ihr Bewegungsradius kleiner geworden ist. Die jüngeren Älteren zeigen sich da mobiler und geben häufiger zu Fuß unterwegs zu sein.
- Einsamkeit – gerade nach der Coronapandemie – ist inzwischen zu einem breiten Thema der Gesellschaft geworden. Eine aktuelle YouGov-Umfrage, die im Auftrag der Malteser durchgeführt wurde zeigt, dass sich jeder Dritte einsam fühlt. Nur 10 % der Befragten gaben an, sich weniger einsam zu fühlen als vor der Corona-Pandemie (Quelle TS-Newsletter Ehrenamt v. 7.2.24) – für ältere Menschen kann dies jedoch erhebliche gesundheitliche Probleme zur Folge haben, die möglicherweise schneller zur Pflegebedürftigkeit führen. Hier scheint unser Bezirk recht gut aufgestellt zu sein, denn knapp 60 % der Befragten gaben an, sich nie

Seite C 39 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

einsam zu fühlen. Nur ein verschwindend geringer Teil, 5 % der Befragten, gaben an, sich meistens oder fast immer einsam zu fühlen. Hierbei muss jedoch bedacht werden, dass die Umfrage nach dem ersten (und vor dem zweiten) Lockdown erfolgte und möglicherweise der überwiegende Teil der Befragten zu diesem Zeitpunkt auch wieder mehr Kontaktmöglichkeiten nutzte

- Hinsichtlich der eigenen Vorsorge haben rund 70 % der Befragten entsprechende Vorkehrungen durch Vorsorgevollmachten bzw. Patientenverfügungen getroffen.

„Mit Handlungsempfehlungen zum Abschluss der Studie steht dem Bezirk nun ein Werkzeug zur Verfügung, mit dem sich entsprechende seniorenpolitische Ziele zukünftig entwickeln lassen können“, fasst **Tim Richter** zusammen.

Die Studie steht zunächst hier als [PDF-Datei](#) zum Download zur Verfügung:

file:///D:/Downloads/sozialstudie_zum_altenplan_2023_stand_20240205.pdf

Rückfragen sind telefonisch unter [030 90299 5943](tel:030_90299_5943) oder per E-Mail unter altenhilfe@ba-sz.berlin.de möglich.

05) Einladung zu den nächsten Kiezkonferenzen - Februar und März 2024

Pressemitteilung vom 16.02.2024

Die Sozialraumorientierte Planungskoordination (SPK) lädt auch in diesem Jahr mit Unterstützung der [Runden Tische](#) zu Kiezkonferenzen in Steglitz-Zehlendorf ein. Diese dienen dem Austausch und als Treffpunkt zwischen Bürgern, lokalen Akteuren und Verwaltung. Neben gegenseitigem Kennenlernen stehen Informationen zu neuen Planungsvorhaben und Neuigkeiten aus dem Kiez im Vordergrund. **Wir wollen Einrichtungen, Vereine, Initiativen und Bürgern miteinander ins Gespräch bringen und in regelmäßigen Abständen in den acht Bezirksregionen des Bezirks Steglitz-Zehlendorf zusammen kommen.**

Eine **Übersicht aller Termine 2024** finden Sie auf der [Webseite der SPK](#).

<https://www.berlin.de/ba-steglitz-zehlendorf/politik-und-verwaltung/service-und-organisationseinheiten/sozialraumorientierte-planungskoordination/kiezkonferenzen-1353265.php>

Wann und wo finden Kiezkonferenzen statt?

Pro [Bezirksregion](#) finden zwei Kiezkonferenzen im Jahr 2024 statt. Sie finden in der Regel donnerstags zwischen 18:00 Uhr und 20:00 Uhr statt.

- [Bezirksregion Schloßstraße](#)
 - 01.02.2024 – Ingeborg-Drewitz-Bibliothek
 - **FEIN-Antragsfrist:** 18.01.2024
 - **Thema:** Hitzeschutz
 - 05.09.2024 – Ingeborg-Drewitz-Bibliothek

- **Bezirksregion Albrechtstraße**
 - 15.02.2024 – Stadtteilzentrum Albrechtstraße
 - **FEIN-Antragsfrist:** 01.02.2024
 - **Thema:** Natur-/Umweltschutz im Ehrenamt
 - 12.09.2024 – Jever9
- **Bezirksregion Lankwitz**
 - 20.03.2024 – Maria-Rimkus-Haus
 - **FEIN-Antragsfrist:** 06.03.2024
 - **Thema:** Hitzeschutz
 - 19.09.2024 – N.N
- **Bezirksregion Drakestraße**
 - 28.02.2024 – Gutshaus Lichterfelde
 - **FEIN-Antragsfrist:** 14.02.2024
 - **Thema:** Baustelle Hindenburgdamm
 - 17.10.2024 – BENN Hindenburgdamm
- **Bezirksregion Teltower Damm**
 - 06.03.2024 – Raum für Beteiligung
 - **FEIN-Antragsfrist:** 21.02.2024
 - **Thema:** Gesund älter werden
 - 10.10.2024 – Mehrgenerationenhaus Phoenix
- **Bezirksregion Zehlendorf Südwest**
 - 14.03.2024 – Jugendfreizeiteinrichtung Wannsee
 - **FEIN-Antragsfrist:** 29.02.2024
 - 14.11.2024 – N.N.
- **Bezirksregion Zehlendorf Nord**
 - 19.03.2024 – Haus der Jugend
 - **FEIN-Antragsfrist:** 05.03.2024
 - **Thema:** Fledermausschutz: Wie kann der Bunker der Jugendfreizeiteinrichtung (JFE) zu einem neuen Zuhause für Fledermäuse werden?
 - 07.11.2024 – Jugendfreizeiteinrichtung G. Marshall “M-Street”
- **Bezirksregion Ostpreußendamm**
 - 21.03.2024 – KiJuNa
 - **FEIN-Antragsfrist:** 07.03.2024
 - 26.09.2024 – Jugendfreizeiteinrichtung Folke Bernadotte

Auf der Kiezkonferenz wird zum einen über ein festgelegtes Thema informiert. Passend zum Thema werden Referenten oder Mitarbeitende aus der Verwaltung eingeladen. Über das Beteiligungsmodul von [MeinBerlin.de](https://www.meinberlin.de) können vorab Ideen und Gedanken eingebracht werden. Zum anderen werden Mittel aus dem Fördertopf [FEIN-Einzelmaßnahmen](#) vergeben. Für die Verwirklichung kleiner ehrenamtlicher Projekte stehen pro Antrag höchstens 2.000 € Sachmittel zur Verfügung. Möchten Sie einen FEIN-Antrag für eine Einzelmaßnahme stellen, dann können Sie dies bis zwei Wochen vor der jeweiligen Kiezkonferenz mit diesem [Antrag](#) tun.

Die SPK lädt alle Bürger herzlich ein und freut sich auf spannende Gespräche und den Austausch!

Sollten Sie Rückfragen haben, können Sie sich gerne an die Sozialraumorientierte Planungskoordination im Bezirk Steglitz-Zehlendorf wenden.

Kontakt:

SPK@ba-sz.berlin.de

Lauenburger Straße 81
12169 Berlin

06) Drei Milieuschutzgebiete in Steglitz-Zehlendorf treten in Kraft

Pressemitteilung vom 15.02.2024

Das Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf ist den letzten Schritt zum Erlass von drei sozialen Erhaltungsverordnungen im Bezirk gegangen.

Mit der Veröffentlichung der Verordnungen zur Erhaltung der Zusammensetzung der Wohnbevölkerung gemäß § 172 Abs. 1 Nr. 2 BauGB im Gesetz- und Verordnungsblatt von Berlin (GVBl., 80. Jahrgang, Nr.3, S.14-19) haben die sozialen Erhaltungsgebiete „**Feuerbachstraße**“, „**Gritznerstraße Nord**“ und „**Mittelstraße**“ am 10. Februar 2024 ihre Rechtsverbindlichkeit erlangt.

In diesen Gebieten müssen bauliche Maßnahmen oder eigentumsrechtliche Umwandlungsvorhaben durch das Stadtentwicklungsamt genehmigt werden. Grundsätzlich sollen Baumaßnahmen, die den zeitgemäßen Standard einer Wohnung übersteigen und damit zu vermeidbaren Mieterhöhungen führen würden, untersagt werden. Die Genehmigungskriterien veröffentlicht im Amtsblatt von Berlin am 09. Februar 2024 (ABl. Nr. 6 / 9. Februar 2024, S.330) bilden die Grundlage für die Beurteilung von Maßnahmen im Genehmigungsverfahren. So sind beispielsweise Zweitbäder, Zweitbalkone, Wohnungszusammenlegungen, hochwertige Wohnungsausstattungen, wie zum Beispiel Fußbodenheizungen, Videosprechanlagen, der Einbau von Kaminen, bodentiefe Fenster oder repräsentative Treppenhäuser untersagt.

Hintergrund ist, Mietsteigerungen zu verhindern oder zu begrenzen, um preiswerten Wohnraum zu erhalten, denn die bauliche Aufwertung dieser Gebiete würde zu einem erhöhten Verdrängungsdruck der bestehenden Mieter*innen führen. Auch **Bezirksstadtrat Steinhoff** betont die Wichtigkeit der Auseinandersetzung mit der aktuellen Mietsituation in Steglitz-Zehlendorf: „**Es muss für alle Bürgerinnen und Bürger bezahlbares Wohnen sichergestellt sein. Durch den Erlass der drei Erhaltungsverordnungen kommen wir dem Ziel der Schaffung und Erhaltung von finanziell tragbaren Wohnräumen schon einen Schritt näher.**“ Der Milieuschutz soll langfristig eine geordnete städtebauliche Entwicklung sichern.

Für Eigentümer und Bauherren, deren Grundstücke in einem der Milieuschutzgebiete liegen, bietet das Bezirksamt Beratungsangebote an. Bei der Planung baulicher Vorhaben wird die vorherige Beratung dringend empfohlen.

Auf dieser Webseite finden Sie weitere Informationen zum bezirklichen Milieuschutz: <https://www.berlin.de/ba-steglitz-zehlendorf/politik-und-verwaltung/aemter/stadtentwicklungsamt/stadtplanung-und-denkmalschutz/stadtplanung/staedtebauliche-planung/konzepte/artikel.1411915.php>

07) Ausstellung: „Picasso – Werke aus der Sammlung Klewan“ zwischen März und September im Gutshaus Steglitz

Pressemitteilung vom 15.02.2024



Pablo Picasso - Homme et femme nus debout, 1969.- Bild: © Succession Picasso / VG Bild-Kunst, Bonn 2024

Gutshaus Steglitz

„Picasso – Werke aus der Sammlung Klewan“

Kuratiert von Brigitte Hausmann

07. März – 29. September 2024

Eröffnung am Mittwoch, 06. März, 19 Uhr

Begrüßung

- Oliver Friederici, Staatssekretär für Gesellschaftlichen Zusammenhalt
- Patrick Steinhoff, Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung
- Dr. Brigitte Hausmann, Leitung Fachbereich Kultur Steglitz-Zehlendorf

Helmut Klewan und Ivo Wessel im Gespräch

Anschließend liest Helmut Klewan aus seinen autobiografischen Aufzeichnungen.

Ausstellungsort:

Gutshaus Steglitz

Schlossstr. 48, 12165 Berlin

Öffnungszeiten: Mo–So von 10 bis 18 Uhr, Eintritt frei

Schließtage: Jeder 1. Dienstag im Monat sowie Mittwoch, 03.04.2024



Picasso: Minotaure aveugle guidé par une fillette dans une nuit étoilée, 1934.-
Bild: © Succession Picasso / VG Bild-Kunst, Bonn 2024

Pablo Picasso (1881-1973) gilt als einer der bedeutendsten Künstler des 20. Jahrhunderts und er ist einer der populärsten Vertreter der klassischen Moderne. Die Ausstellung „Picasso – Werke aus der Sammlung Klewan“ ist von März bis September 2024 im Gutshaus Steglitz zu sehen.

Picassos überbordendes Werk in seinem Facettenreichtum wird als paradigmatisch für künstlerische Freiheit angesehen und fasziniert unverändert durch eine Kreativität, die sich immer wieder neu erfindet. Die stilistische Vielfalt und kreative Entwicklung Picassos, die oft sprunghaft anmutet und gleichwohl konsequent ist, spiegeln die ca. 60 Papierarbeiten in der Ausstellung im Gutshaus Steglitz. Sie stammen aus der Sammlung Klewan (München – Wien). Ihre Entstehungszeit reicht von den 1910er bis in die 1970er Jahre und so veranschaulichen sie Picassos lebenslanges Experimentieren. Im Gutshaus Steglitz haben die Besucher*innen der Ausstellung die Gelegenheit, Picassos Werke in der intimen Umgebung eines frühklassizistischen Herrenhauses zu erleben.

Markante Motivgruppen innerhalb der Ausstellung bilden Blätter zu den Themenkreisen „Künstler und Modell“, „Porträts“ sowie „Mythologisches“. Atelierszenen mit Künstler und Modell sind ein Schlüsselmotiv in Picassos Oeuvre. Die Bedeutungsebenen sind vielschichtig und abhängig von den jeweiligen biografischen Umständen, verbindend ist die Reflexion der Rolle des Künstlers und seiner Beziehung zum Modell. Picasso schuf zahlreiche Porträts, wobei diese mehrheitlich seiner Imagination und weniger Modellsitzungen entstammten. Besonders häufig porträtierte er seine Lebensgefährtinnen. In der Sammlung Klewan befinden sich Porträts von Marie-Thérèse Walter, Dora Maar, Françoise Gilot und Jacqueline Roque. Ferner sind in der Sammlung u.a. Bildnisse von dem Kunsthändler und Verleger Ambroise Vollard oder dem Dichter Arthur Rimbaud.

Seite C 44 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Auch der Stiermensch Minotaurus ist ein Sujet in der Ausstellung. Er rückte in den 1930er Jahren in das Zentrum von Picassos Privatmythologie, was durch zahlreiche Zeichnungen, Grafiken und Malereien bis in die 1950er-Jahre eindrücklich demonstriert wird. In dieser mythologischen Gestalt mit seiner Kraft und animalischen Sinnlichkeit erkannte der Künstler ein Alter Ego. Sein Einsatz ermöglichte Picasso, tiefgreifende psychologische und emotionale Aspekte seiner eigenen Persönlichkeit auszudrücken.

Helmut Klewan (Jg. 1943) war von 1970 bis 1999 Galerist in seiner Heimatstadt Wien und später in München und trat für heute in die Kunstgeschichte eingegangene zeitgenössische Positionen vom Wiener Aktionismus bis Cy Twombly ein. Seither ist er Sammler. Die Sammlung Klewan umfasst umfangreiche Werkgruppen von Picasso, Giacometti, Dubuffet, Maria Lassnig und von Surrealisten.

Zur Ausstellung erscheint im Wienand Verlag ein Katalog (112 S., zahlreiche Abbildungen).

Gefördert aus dem Bezirkskulturfonds und dem Fonds für die Kommunalen Galerien.

Gutshaus Steglitz

Schlossstr. 48, 12165 Berlin

Öffnungszeiten: Mo–So von 10 bis 18 Uhr, Eintritt frei

Schließtage: Jeder 1. Dienstag im Monat sowie Mittwoch, 03.04.2024

Ausgewählte Pressebilder finden Sie unter folgendem Link. Der Downloadbereich ist passwortgeschützt. Das Passwort erhalten Sie auf Anfrage an: kultur@ba-sz.berlin.de

Link: <https://www.berlin.de/ba-steglitz-zehlendorf/auf-einen-blick/kultur/service/presse/pressebilder/pressematerial-pablo-picasso-1413803.php>

Pressekontakt:

Christine Nippe, christine.nippe@ba-sz-berlin.de, Tel.: [030 90299-2212](tel:030902992212)

Brigitte Hausmann, brigitte.hausmann@ba-sz.berlin.de, Tel.: [030 90299-2381](tel:030902992381)

Veranstalter: Fachbereich Kultur Steglitz-Zehlendorf

Infos: [030 90 299-2302](tel:030902992302), www.berlin.de/kultur-steglitz-zehlendorf

08) Schüler-Haushalt 2024: Diese 11 Schulen setzen sich in Steglitz-Zehlendorf für mehr Demokratie ein!

Pressemitteilung vom 14.02.2024

Der Schüler-Haushalt ist ein Projekt, das ganz praktisch an Mitbestimmung und Demokratie heranführt. Den Schüler*innen der teilnehmenden Schulen steht ein festes Budget zur Verfügung, über dessen Verwendung sie in einem selbstorganisierten, demokratischen Prozess entscheiden können. **Das Projekt bietet den Kindern und Jugendlichen einen Lern- und Erfahrungsraum, den sie selbstbestimmt gestalten und in dem sie aus positiven Erfahrungen genauso wie aus Fehlern lernen können.**

In diesem Jahr erhalten **11 Schulen aus Steglitz-Zehlendorf** die Möglichkeit, Ideen in der Schulgemeinschaft zu sammeln, eine Wahl zu organisieren und über 1.500 € abzustimmen. Mit dabei sind:

- **Alt-Lankwitzer-Grundschule**
- **Arndt-Gymnasium Dahlem**
- **Athene-Grundschule**
- **Biesalski-Schule**
- **Brøndby-Oberschule**
- **Clemens-Brentano-Grundschule**
- **Conrad-Schule**
- **Fichtenberg-Oberschule**
- **Grundschule am Insulaner**
- **Grundschule an der Bäke**
- **Ludwig-Bechstein-Grundschule**

Aus neun Bewerbungen hat die Servicestelle **Jugendbeteiligung e.V.** in einer gemeinsamen Sitzung mit Vertreterinnen des Bezirks diejenigen 3 Schulen ausgewählt, die mit ihrer Bewerbung am glaubhaftesten im Sinne des Projektkonzeptes die Förderung demokratischer Prinzipien in den Mittelpunkt stellten. Dem Auswahlgremium fiel die Entscheidung dabei nicht leicht. Schulen, die in diesem Jahr nicht berücksichtigt werden konnten, werden ermutigt, sich im nächsten Jahr erneut zu bewerben.

Acht der teilnehmenden Schulen haben im letzten Jahr bereits einen **Schüler-Haushalt** durchgeführt und konnten sich als Bestandsschulen für eine erneute Teilnahme anmelden. Diese und auch die neuen Schulen möchten **Demokratieförderung** langfristig an ihrer Schule etablieren und nutzen dafür den Schüler-Haushalt als ein impulsgebendes Projekt.

Begleitet werden sie bei diesem Vorhaben durch die Servicestelle Jugendbeteiligung e.V., die die Schulen über das ganze Jahr durch Workshops, Materialien und individuelle Beratung in der Projektumsetzung unterstützt. So werden praktisches Erleben und theoretisches Verstehen miteinander verbunden.

Eingeläutet wird der Start des Projekts mit digitalen Auftaktveranstaltungen gemeinsam mit allen Schulen. Die Servicestelle Jugendbeteiligung freut sich alle bekannten Schulen wiederzusehen und die neuen Schulen kennenzulernen und begrüßen zu dürfen! Und das vor allem dann auch im direkten Austausch bei Auftakt- und Qualifizierungsworkshops, Start- und Abschlussgesprächen mit Schulbesuchen, Phasencafés, Verstetigungstreffen und Abschlussveranstaltungen!

Für das **nächste Jahr** können voraussichtlich wieder **acht Projektplätze** von neuen Schulen besetzt werden. Die offizielle Ausschreibung wird voraussichtlich im Oktober beginnen.

Kontakt:

Projektleitung
Victoria Mrowetz & Mareike Schmidt

E-Mail: berlin@schuelerinnen-haushalt.de
Tel.: [030 3087845 20](tel:030308784520)

09) Verlängerung der Sonderausstellung im Heimatmuseum Zehlendorf

Pressemitteilung vom 08.02.2024

Wegen des großen Interesses wird die derzeitige **Sonderausstellung „Zehlendorf à la carte – Landkarten und Luftbilder unter der Lupe“ im Heimatmuseum Zehlendorf bis Sonntag, 24. März 2024, verlängert.** Die Sonderausstellung zeigt eine Vielzahl an historischen Landkarten aus dem Depot des Heimatvereins Zehlendorf. Die Besucherinnen und Besucher können mithilfe einer Lupe die Details der Karten studieren.

Das Zehlendorfer Heimatmuseum befindet sich in der Clayallee 355, 14169 Berlin, im Historischen Winkel. Weitere Informationen zu Museum und Heimatverein erhalten Sie auf der Homepage www.heimatmuseum-zehlendorf.de

Für zusätzliche Fragen steht Ihnen die E-Mail-Adresse print@heimatmuseum-zehlendorf.de zur Verfügung.

Ruf: 030-802 24 41

Öffnungszeiten:

So und Mi: 11 – 15 Uhr

Do: 15 – 18 Uhr

Der Eintritt ist frei!

Tempelhof - Schöneberg (Seiten C 47 - C 49)

Pressestelle

[John-F.-Kennedy-Platz](#)
[10825 Berlin](#)

Telefon: (030) 90277-6281

pressestelle@ba-ts.berlin.de

01) 150 Jahre Friedenau



Pressemitteilung Nr. 046 vom 23.02.2024

Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann lädt alle Bürger zum Jubiläumsjahr ein

Der einzigartige Kiez Friedenau im Bezirk Tempelhof-Schöneberg feiert sein 150-jähriges Jubiläum. Es begann mit der Idee des am 9. Juli 1871 gegründeten Landerwerb- und Bauvereins auf Aktien, Friedenau als Siedlung für Beamte, Pensionäre, Autoren Künstler zu etablieren. Am 9. November 1874 wurde die Landgemeinde durch Kaiser Wilhelm I. offiziell begründet und die faszinierende Geschichte Friedenaus begann. Anlässlich dieses bedeutsamen Ereignisses rückt das Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg die Wurzeln und zukünftigen Entwicklungen der Gemeinde in den Fokus.

Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann:

„Wir wollen gemeinsam Friedenaus Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft feiern. Heute, 150 Jahre später, freue ich mich, wenn das bedeutende Jubiläumsjahr gefeiert wird und wir gemeinsam die vielen Facetten von Friedenau entdecken.“

Höhepunkte des Jahres ist das **Jubiläumfest am Sonntag, dem 7. Juli 2024** auf dem Breslauer Platz. Das Kiezfest bietet die einzigartige Gelegenheit das Erbe und die

Seite C 48 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Lebendigkeit dieses besonderen Stadtteils zu feiern. Das Bezirksamt freut sich auf viele Friedenauer Organisationen und ein vielfältiges Bühnenprogramm mit Musik und Diskussionen.

Im Laufe des Jahres werden außerdem verschiedene **Lesungen und Spaziergänge in Kooperation mit der Nicolaischen Buchhandlung und dem Museum Schöneberg** angeboten, um in die einzigartige Identität und Vielfalt von Friedenau einzutauchen.

Bereits jetzt lädt das Bezirksamt in Kooperation mit der Nicolaischen Buchhandlung und der PSD Bank herzlich zur Buchvorstellung und Gespräch mit Verlegerin Evelyn Weissberg am 5. März 2024, 19 Uhr in der Handjerystraße 33-36, 12159 Berlin ein. Anmeldung über die [Internetseite der PSD Bank](https://www.psd-berlin-brandenburg.de/Startseite.html).

<https://www.psd-berlin-brandenburg.de/Startseite.html>

Zu weiteren Terminen der Jubiläumsveranstaltungen können Sie sich auf der offiziellen Website zum Jubiläum [150 Jahre Friedenau](https://www.berlin.de/ba-tempelhof-schoeneberg/ueber-den-bezirk/veranstaltungen/150-jahre-friedenau/) auf dem Laufenden halten.

< <https://www.berlin.de/ba-tempelhof-schoeneberg/ueber-den-bezirk/veranstaltungen/150-jahre-friedenau/> >

02) Projektideen für die Nachbarschaft gesucht



Pressemitteilung Nr. 022 vom 30.01.2024

Regionalkasse Tempelhof-Schöneberg

In diesem Jahr stellt der Bezirk 72.000 Euro für Projekte zur Verfügung, die die Nachbarschaft beleben, verschönern und zusammenbringen.

Im vergangenen Jahr wurden 31 Projekte von engagierten Privatpersonen, Vereinen und Trägern realisiert: von der insektenfreundlichen Gestaltung des öffentlichen Raums über kulturelle Veranstaltungen, Kiezfeste, der Erstellung von Informationsmaterial für die Nachbarschaft bis zu Floh- und Tauschmärkten reichte die Palette der geförderten Projekte.

Seit Jahresbeginn rufen die Regionalkoordinatoren der Stelle für Koordination und Beteiligung alle Menschen, die sich in Tempelhof-Schöneberg für die Nachbarschaft engagieren wollen, erneut auf, Projektideen bis zu einer Maximalsumme von 3.000 Euro einzureichen.

Seite C 49 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Projektideen können ab sofort bis zum 15.02.2024 auf meinberlin.de und [per E-Mail](mailto:sozialraumorientierung@ba-ts.berlin.de) vorgeschlagen werden!

sozialraumorientierung@ba-ts.berlin.de

Bezirksbürgermeister, Jörn Oltmann:

„Es ist immer wieder wunderbar zu sehen, mit welcher Kreativität und Engagement die Zivilgesellschaft in Tempelhof-Schöneberg sich für ihre Nachbarschaft einsetzt. Ich freue mich auch in 2024 auf Ihre Projektideen!“

Gemäß dem Motto „Zusammen mit dem Kiez!“ werden auf der Beteiligungsplattform meinberlin.de alle Ideen veröffentlicht, bewertet und kommentiert. Die Projektideen werden aber auch im persönlichen Austausch mit engagierten Menschen in den Regionen entwickelt und diskutiert. In den verschiedenen Ortsteilen haben sich je nach Bedarf und Voraussetzung unterschiedliche Möglichkeiten der Teilhabe entwickelt.

Die Regionalkoordinatoren stehen allen Interessierten gerne für Auskünfte zur Verfügung.

01) Landesbeauftragte bleiben wichtige Eckpfeiler der Arbeit. Margarete Ziegler-Raschdorf aus dem Amt der Landesbeauftragten ausgeschieden

Landesbeauftragte bleiben wichtige Eckpfeiler der Arbeit

Margarete Ziegler-Raschdorf aus dem Amt der Landesbeauftragten ausgeschieden

Durch die Landtagswahlen in Hessen, Bayern und Berlin Ende des vergangenen Jahres haben sich auch Veränderungen bei den für die Vertriebenen und Aussiedler zuständigen Landesregierungen und in Bayern auch bei den Landtagsfraktionen ergeben. In Berlin gibt es erstmals einen Ansprechpartner des Senats für Deutsche aus Russland, Spätaussiedler und Vertriebene. Walter Gauks, der diese Position seit wenigen Tagen innehat, soll als Koordinator und Vermittler die politischen, sozialen und kulturellen Belange und Interessen dieser Gruppen stärker ins Blickfeld rücken. Eine Aufgabe, die Margarete Ziegler-Raschdorf in Hessen nach 15 Jahren nun abgegeben hat. Groß ist die Einigkeit darüber, dass die Aufgaben, die die Landesbeauftragten wahrnehmen, immer noch wichtig und sinnvoll sind. Sie sind als direkte Ansprechpartner wichtige Eckpfeiler der Arbeit für Vertriebene und Spätaussiedler.

Mit dem Ende der 20. Legislaturperiode des Hessischen Landtages endete vor wenige Wochen auch die Amtszeit der Beauftragten der Hessischen Landesregierung für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Margarete Ziegler-Raschdorf. In einer Feierstunde im Ministerium des Innern und für Sport verabschiedete Innenminister Peter Beuth, dessen Ressort die Landesbeauftragte mit ihrer Stabsstelle seit 2019 zugehörig ist, Margarete Ziegler-Raschdorf nach fünfzehn Jahren ihrer Tätigkeit in den Ruhestand.

Margarete Ziegler-Raschdorf war eine starke Stimme

„Die Gedenk- und Kulturarbeit zur Erinnerung an die Vertriebungsgebiete sowie das Geschehen von Flucht und Vertreibung war für die Landesregierung ein zentrales Anliegen. Brauchtum, Kultur und die Biografien der Betroffenen von Flucht und Vertreibung sollen nicht in Vergessenheit geraten. Margarete Ziegler-Raschdorf war über viele Jahre eine kompetente und zentrale Ansprechpartnerin und eine starke Stimme gegen das Vergessen. Ich danke ihr für ihren wichtigen Einsatz und ihren wertvollen Beitrag, die Erinnerung an die mit der Vertreibung in Verbindung stehenden Ereignisse in Hessen zu erhalten“, so Innenminister Peter Beuth.

Margarete Ziegler-Raschdorf wurde am 6. August 1951 in Fulda geboren, ihre Eltern waren Heimatvertriebene aus Schlesien. Somit war der Bezug zum Themengebiet der Heimatvertriebenen und Spätaussiedler für die Landesbeauftragte von Anfang an gelegt. Nach einem Jurastudium war Ziegler-Raschdorf als Rechtsanwältin tätig, bevor sie von 2004

bis 2008 Abgeordnete im Hessischen Landtag war. Am 1. April 2009 wurde sie dann vom damaligen Ministerpräsidenten Roland Koch auf Grundlage eines Kabinettsbeschlusses zur Hessischen Landesbeauftragten für Heimatvertriebene und Spätaussiedler ernannt. In dieser Funktion folgte Margarete Ziegler-Raschdorf auf Rudolf Friedrich, der das Amt von 1999 bis 2009 innehatte.



15 Jahre lang war Margarete Ziegler-Raschdorf die Beauftragte der Hessischen Landesregierung für Vertriebene und Spätaussiedler.

Der Themenbereich „Heimatvertriebene und Spätaussiedler“ gehörte bis zum Ende der 19. Legislaturperiode zum Hessischen Sozialministerium und wurde im Jahr 2019 dem Innenministerium zugeordnet. Margarete Ziegler-Raschdorf nahm die Aufgaben der Landesbeauftragten bis zum Oktober 2020 im Ehrenamt wahr, am 5. Oktober 2020 wurde sie zur hauptamtlichen Beauftragten der Hessischen Landesregierung für Heimatvertriebene und Spätaussiedler benannt. Verbunden mit der Hauptamtlichkeit war neben ihrer Mittlerfunktion zwischen Landesregierung und den Vertriebenen- und Spätaussiedlerverbänden damit auch die Übernahme von Personal- und Budgetverantwortung.

„Die Aufgaben als Landesbeauftragte für Heimatvertriebene und Spätaussiedler sind sehr vielschichtig und reichen von der Mitgliedschaft in verschiedenen Gremien auf Landes- und Bundesebene, über die Prüfung von Förderanträgen und Verwendungsnachweisen bis zur Teilnahme in Vertretung der Hessischen Landesregierung an Gedenktagen, Landeskulturtagen sowie Treffen der Landsmannschaften und Verbände auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene. ... Es war mir eine Ehre und Freude, das großartige Amt der Landesbeauftragten ausüben zu dürfen“, erklärte Margarete Ziegler-Raschdorf. Abschließend betonte sie: „Mein Dank gilt unserem Ministerpräsidenten Boris Rhein und seinen Amtsvorgängern Volker Bouffier und Roland Koch, Innenminister Peter Beuth, Staatssekretär Stefan Sauer sowie der gesamten Hessischen Landesregierung für die enorme Unterstützung meiner Arbeit.“

Nicht vergessen möchte ich, meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Stabsstelle, die mir immer zur Seite standen, zu danken.“

BdV freut sich auf die Zusammenarbeit mit Walter Gauks

Das Land Berlin hat erstmalig einen eigenen Ansprechpartner des Senats für Deutsche aus Russland, Vertriebene und Spätaussiedler berufen. Für den Bund der Vertriebenen hat BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius das ausdrücklich begrüßt, zumal damit das deutliche Signal an die Zielgruppen ausgesandt wird, dass ihre Anliegen bei der Landesregierung zukünftig noch stärker Gehör finden werden. In diesem Zusammenhang erscheine es nur als konsequent, dass die neue Funktion einem Vertreter aus dem Personenkreis der Spätaussiedler übertragen wurde: Walter Gauks sei selbst Russlanddeutscher und im Ehrenamt u.a. stellvertretender Bundesvorsitzender der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland.

Er sei der Landesregierung dankbar dafür, dass sie damit ein auch vom BdV unterstütztes Koalitionsvorhaben umsetze, so Fabritius. Es bleibe zu wünschen, dass dieses wichtige neue Amt sich alsbald so etabliere und mit politischem Rückhalt derart ausgestaltet werde, dass Berlin etwa den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Nordrhein-Westfalen oder Sachsen und ihren jeweiligen Landesbeauftragten auf Augenhöhe begegnen könne. Neben der Bearbeitung sozialer Anliegen werde es wichtig sein, auch verständigungs-, erinnerungs- und kulturpolitische Akzente zu setzen.



Walter Gauks ist die neue „Ansprechperson für Deutsche aus Russland, Spätaussiedler und Vertriebene“ in Berlin.

Enge Zusammenarbeit in Bayern

Die Landtagswahlen in Bayern brachten auch im Freistaat personelle Veränderungen mit sich. Dazu gehört, dass in der Nachfolge von Sylvia Stierstorfer, die nicht mehr zur Wahl antrat, die wiedergewählte Abgeordnete aus Dingolfing, Dr. Petra Loibl (CSU), bereits am 8. November 2023 zur neuen Beauftragten der Bayerischen Staatsregierung für Aussiedler und Vertriebene berufen wurde. Loibl, 1965 im Landkreis Deggendorf geboren, ist eine Vertreterin der Bekenntnisgeneration, die sich ohne eigenen Vertriebenenhintergrund bereits seit vielen Jahren innerhalb der Arbeitsgruppe Vertriebene, Aussiedler und Partnerschaftsbeziehungen der CSU-Landtagsfraktion für die Personenkreise und deren Anliegen einsetzt. „Ich empfinde mein neues Amt als Beauftragte als eine großartige Aufgabe, die ich mit viel Begeisterung und Herzblut angehen werde. Schließlich stammt jeder Vierte in Bayern aus einer Familie

von Vertriebenen und Aussiedler. Ohne sie und ihren Beitrag für Bayern wäre unser Land nicht das, was es heute ist“, betonte Loibl zu ihrem Amtsantritt.



Dr. Petra Loibl ist bereits seit dem 8. November Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung für Aussiedler und Vertriebene.

In ihre Aufgabe startete die neue Beauftragte mit einer Reihe von Gesprächsterminen mit den wichtigsten „bayerischen Köpfen“ in ihrem neuen Aufgabenbereich. So traf sie sich am 7. Dezember 2023 auch mit dem Präsidenten

des Bundes der Vertriebenen, Dr. Bernd Fabritius, zu einem gleichermaßen konstruktiven wie vertrauensvollen Meinungsaustausch. Dabei kamen alle aktuellen Anliegen auf den Tisch, von der Kulturförderung nach § 96 des Bundesvertriebenengesetzes über die Aussiedleraufnahme bis hin zum Härtefallfonds, an dem auch von Altersarmut betroffene Spätaussiedler partizipieren. Fabritius lobte die bisherige Zusammenarbeit mit der Runde der Landesbeauftragten, aus der sich immer wieder gute Initiativen entwickelt hätten. (Der DOD berichtete in seiner letzten Ausgabe.) Loibl wiederum stellte eine weiterhin enge Zusammenarbeit, auch mit dem BdV, in Aussicht. Besonders beeindruckt zeigte sie sich von der vielfältigen Kultur der unterschiedlichen Vertriebenen- und Aussiedlerverbände sowie von dem Einsatz für den Erhalt des Brauchtums und die beeindruckende Aufbauleistung trotz des schweren Schicksals.

Vertriebenenpolitische Sprecher der Fraktionen in Bayern

Freude hat beim Landesverband der Vertriebenen in Bayern die Tatsache ausgelöst, dass alle Landtagsfraktionen wieder „Vertriebenenpolitische Sprecherinnen und Sprecher“ benannt haben. Dies sei in der Bundesrepublik einmalig und zeige die besondere Wertschätzung, die den Heimatvertriebenen und Aussiedlern entgegengebracht werde, heißt es in einer Pressemitteilung des Landesverbandes. Für die CSU werde weiterhin Haushaltsvorsitzender Josef Zellmeier, für die Freien Wähler Bernhard Pohl und für die SPD Volkmar Halbleib die Sprecherfunktion ausüben. Die Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen habe hierfür die Würzburger Abgeordnete Kerstin Celina als Nachfolgerin von Gülseren Demirel aus München benannt.

Für Entrüstung hat dagegen die Benennung des AfD-Landtagsabgeordneten Daniel Halemba als Vertriebenenpolitischer Sprecher seiner Fraktion beim BdV Bayern ausgelöst. Nachdem sich sowohl der AfD-Bundesvorstand wie die Delegierten des jüngsten AfD-Landesparteitages von Halemba distanziert hätten, sei die Berufung weder akzeptabel noch nachzuvollziehen. MP

© ZGV

© UMI Deutsche aus Russland

02) Deutsche Minderheiten als Brücken der Völkerverständigung. Interessante Podiumsdiskussion in der Hessischen Landesvertretung in Berlin

Deutsche Minderheiten als Brücken der Völkerverständigung

Interessante Podiumsdiskussion in der Hessischen Landesvertretung in Berlin

Die deutschen Minderheiten sind Brücken der Völkerverständigung. Das betonte die damalige Staatsministerin Lucia Puttrich, die die Bedeutung deutscher Minderheiten in Osteuropa im Zuge der Völkerverständigung und der europäischen Integration unterstrich.

Im Anschluss stellte Siegbert Ortmann, Landesvorsitzender Hessen des BdV, in einem Grußwort die Arbeit des Deutsch-Europäischen Bildungswerks in Hessen (DEBWH) vor, dessen Vorsitzender er ist. Das DEBWH versteht sich als Brückenbauer zwischen Deutschland und seinen mittel- und osteuropäischen Nachbarn und organisiert regelmäßig verständigungspolitische Seminarreisen in Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa.

Das anschließende Podiumsgespräch bildete ein breites Spektrum unterschiedlicher Perspektiven auf den Gegenstand deutscher Minderheiten in Osteuropa ab. Teilnehmer waren der tschechische Historiker Dr. Petr Koura, Direktor des Collegium Bohemicum und Kurator der der Dauerausstellung „Unsere Deutschen“ in Ústí nad Labem, Renata Trischler, Koordinatorin der Arbeitsgemeinschaft deutscher Minderheiten (AGDM) und Angehörige der deutschen Minderheit in Kroatien, Weronika Koston, Vorsitzende des Vorstandes des BJDM in Polen, und der aus Siebenbürgen stammende Dr. Bernd Fabritius, Präsident des BdV.

Moderator Dr. Christian Neef gelang es, mit den Podiumsteilnehmern über ihre individuellen Perspektiven, ihre persönlichen



Siegbert Ortmann, Landesvorsitzender des BdV in Hessen stellte in einem Grußwort die Arbeit des Deutsch-Europäischen Bildungswerks (DEBWH) vor, dessen Vorsitzender er ist.



Lucia Puttrich, damals noch Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Bevollmächtigte des Landes Hessen beim Bund, unterstrich die Bedeutung der deutschen Minderheiten.

Zugänge und Schicksale sowie in allgemein fachlicher Perspektive über die gegenwärtige Situation deutscher Minderheiten in unterschiedlichen Staaten Osteuropas ins Gespräch zu kommen. Die etwa 100 Gäste der Veranstaltung, darunter auch die Botschafterin Rumäniens, Adriana-Loreta Stănescu, und der Botschafter Ungarns, Péter Györköcs, bekamen auf diese Weise ein breites, fachlich fundiertes und durch persönliche Erfahrungen angereichertes Bild der Situation deutscher Minderheiten in Osteuropa.

Diskutiert wurden Fragen der individuellen und kollektiven Identitätsbildung im Kontext der Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit. Wie und wann merkt man beispielsweise, Teil einer nationalen Minderheit zu sein und wie wirkt sich das auf den eigenen Lebensweg aus? Diskutiert wurde zudem der (politische und gesellschaftliche) Umgang mit deutschen Minderheiten in verschiedenen Staaten Osteuropas. Dabei spielte auch die Frage nach der Selbstorganisation und der politischen Vertretungen deutscher Minderheiten eine wichtige Rolle. Im Laufe des Gespräches wurde immer wieder deutlich, welchen großen Beitrag die jeweiligen deutschen Minderheiten im kulturellen Austausch mit den jeweiligen Mehrheitsgesellschaften spielen. In der Tat sind deutsche Minderheiten eine Brücke der Völkerverständigung. Die Podiumsteilnehmer waren sich daher in ihrem Wunsch einig, dass dieser herausragende Beitrag deutscher Minderheiten zur Völkerverständigung im geeinten Europa – und darüber hinaus – auch in Zukunft politische Förderung erfährt.

(PM)

03) Gedenktag für die vertriebenen Ungarndeutschen. Veranstaltung in München mit Parlamentsvizepräsidenten Dr. Csaba Hende.

Von Markus Patzke

Gedenktag für die vertriebenen Ungarndeutschen

Veranstaltung in München mit Parlamentsvizepräsident Dr. Csaba Hende

Mittlerweile hat es Tradition, dass das Ungarische Generalkonsulat und das Haus des Deutschen Ostens in München gemeinsam zur Gedenkveranstaltung anlässlich des ungarischen Gedenktages für die vertriebenen Ungarndeutschen einladen. 2012 hatte das ungarische Parlament den 19. Januar zum offiziellen Gedenktag an die Verschleppung und Vertreibung der Ungarndeutschen ausgerufen. Damit hatte Ungarn als erster und bisher als einziger Staat in Europa das Unrecht der Vertreibung der deutschen Minderheit 1944/1945 offiziell anerkannt und sich zu seiner Verantwortung bekannt.

In München hatten der ungarische Generalkonsul, Gábor Tordai-Lejkó, Doyen des Konsularischen Korps in Bayern, und der Direktor des Hauses des Deutschen Ostens, Prof. Dr. Andreas Otto Weber, für den 8. Februar 2024 zur Veranstaltung in das Sudetendeutsche Haus in München eingeladen. Neben den Vertretern der Landsmannschaft der Ungarndeutschen, der Beauftragten der Bayerischen Staatsregierung für Aussiedler und Vertriebene, Dr. Petra Loibl MdL, den Vertretern des Bundes der Vertriebenen, Präsident Dr. Bernd Fabritius, Vizepräsident Steffen Hörbler und dem bayerischen Landesvorsitzenden Christian Knauer war der aus Budapest angereiste Vizepräsident des ungarischen Parlaments, Dr. Csaba Hende, wichtigster Ehrengast, der in einer bemerkenswerten Festrede auf das besondere Schicksal der Ungarndeutschen einging.

Zunächst ging er auf die Bedeutung des Gedenktages und auf das gewählte Datum ein: „Unser Parlament hat deshalb gerade den 19. Januar zum Gedenktag erhoben, weil im Jahr 1946 genau an diesem Tag der erste aus Viehwaggons bestehende Zug vom Bahnhof in Budaörs – zu deutsch Wudersch – voller in die Mittellosigkeit gezwungener Menschen und Familien in Richtung Deutschland rollte, deren einzige gemeinsame ‚Sünde‘ darin bestand, dass ihre Mütter in deutscher Sprache über ihren Wiegen sangen.“ Die Vertriebenen, so der Abgeordnete, hätten in ungarischer Sprache: „Isten veled, édes Hazám!“ oder auf deutsch: „Gott mit Dir, meine liebe Heimat!“ auf die Waggons des ersten Zuges geschrieben. Dr. Csaba Hende gedachte der aus den deutschsprachigen Siedlungen deportierten Menschen, die bis 1947 auf 200.000 Personen angestiegen war, von denen etwa 150.000 in den westlichen und 50.000 in den östlichen Besatzungszonen landeten. Besonders anrührend berichtete er



BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius (l.) mit dem Vizepräsidenten des ungarischen Parlaments, Dr. Csaba Hende (M.), und dem ungarischen Generalkonsul, Gábor Tordai-Lejkó (r.).

über die Geschichte der etwa 15.000 Rückkehrer in die Heimat, die größte Gefahren auf sich genommen hätten, weil sie nicht auf ihre Identität, auf die Heimat, auf ihr Heimatland verzichten wollten. „Einer von ihnen sagte: ‚Ich wollte nur ein Stück Brot essen, aber das wollte ich zu Hause tun!‘“

Scham über das Vertreibungsgeschehen

Der Vizepräsident des ungarischen Parlaments erklärte seine Scham über die ungarischen politischen Kräfte, die die Vertreibung der Deutschen aus Ungarn unterstützt haben, er wolle sie nicht von ihrer Verantwortung freistellen und er wolle auch diejenigen Behörden nicht entlasten, deren Angehörige an dieser Unmenschlichkeit mitgewirkt haben. Er schäme sich ihrer ebenso, wie derjenigen Vertreter ungarischer Behörden, die an der Verschleppung von Juden in die Vernichtungslager beteiligt waren. Allerdings habe es auch Menschen gegeben, die ihre Stimme für die Ungarndeutschen erhoben hätten wie der damalige Außenminister János Gyöngyösi, den er mit den Worten zitierte: „Die Regierung des demokratischen Ungarns erklärt, dass eine auf rein ethnischen Gründen der Herkunft erfolgende Aussiedlung ungarischer Staatsangehöriger ihrer Überzeugung zuwider wäre. Dies wird, wie jede Art der kollektiven Bestrafung, missbilligt.“ Aber auch

Vertreter der Kirchen hätten sich für die Ungarndeutschen eingesetzt. An der Spitze der katholischen Bischofskonferenz stand damals Erzbischof Josef Mindszenty, der sowohl in den Gefängnissen der Gestapo als auch der kommunistischen Diktatur etliche Jahre verbracht habe. Der evangelische Bischof Lajos Ordass – später ebenfalls eingekerkert – habe die Zwangsaussiedlung der Deutschen gar als einen „Bevölkerungsaustausch, der an die faschistischen Methoden erinnert“ bezeichnet und ihn einen selbstmörderischen Schritt des ungarischen Volkes genannt.

Auch die in der Heimat verbliebenen Ungarndeutschen vergaß Hende nicht zu erwähnen: „Diejenige Hälfte der Ungarndeutschen, die der Vertreibung entgangen ist, lebte jahrzehntelang in tiefster Furcht und verleugnete sogar die deutsche Herkunft, um Repressalien zu entgehen. Mit dem demokratischen Umbruch in 1989 – zu deren politischen Aktivisten ab dem Herbst 1988 ich selbst gehörte – brach die Zeit an, die Zuge-

hörigkeit zur eigenen Nationalität frei erleben zu können.“

Der Parlamentarier schloss damit, die gemeinsamen Aufgaben zu benennen: „Den Sünden der Vergangenheit ins Auge zu sehen, die Verantwortung unserer Vorfahren wahrnehmen und die europäische Zukunft gemeinsam aufzubauen.“

In seinem anschließenden Vortrag „Deutschsprachige Siedler und der Weinbau im Königreich Ungarn vom Mittelalter zur Neuzeit“ zeigte der Direktor des Hauses des deutschen Ostens, Professor Dr. Andreas Otto Weber, an Beispielen der Gemeinde Pusztavám und des südungarischen Weinortes Villány, welche Rolle der Weinbau in der Siedlungsgeschichte der Donauschwaben spielte, und welchen Einfluss sie auf die ungarische Weinbaugeschichte hatten. Anschließend wurde zur Weinprobe mit ungarndeutschen Weinen geladen. Hochkarätig und beeindruckend musikalisch begleitet wurde die Veranstaltung von der Konzertpianistin Andrea Várnagy.

Markus Patzke

Aus: DOD 1/2024, Seiten 11-12

04) Gespräch zwischen Minister Strobl und Vertretern des BdV Baden-Württemberg. Gute Zusammenarbeit zwischen Innenministerium und BdV

Gespräch zwischen Minister Strobl und Vertretern des BdV Baden-Württemberg

Gute Zusammenarbeit zwischen Innenministerium und BdV

Stuttgart. (dod) Am 5. Februar 2024 fand im Innenministerium Stuttgart ein Treffen statt, bei dem der baden-württembergische Innenminister und Landesbeauftragte für Vertriebene und Spätaussiedler, Thomas Strobl, gemeinsam mit

Vertretern des BdV-Landesverbandes und den einzelnen Landsmannschaften zusammenkam. Ebenfalls anwesend waren der BdV-Landesvorsitzende, Hartmut Liebscher, der Vizepräsident des BdV-Bundesverbandes, Raimund Haser MdL und der BdV-Landesgeschäftsführer, Richard Jäger.



Zu Beginn des Jahres nahm der Präsident des Bundes der Vertriebenen, Dr. Bernd Fabritius, am Neujahrsempfang des Bundespräsidenten im Schloss Bellevue in Berlin teil. Er dankte Dr. Frank-Walter Steinmeier herzlich für die Einladung und erklärte: „Es ist mir eine besondere Ehre, die deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler und ihre Verbände hier zu vertreten und damit auch unsere Anliegen noch sichtbarer zu machen und im Gespräch zu halten.“ Auf unserem Foto Bundespräsident Dr. Frank-Walter Steinmeier (r.) und Elke Büdenbender (l.) empfingen BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius (M.)

Das Treffen begann mit einer herzlichen Begrüßung durch Minister Strobl, gefolgt von einem Austausch über die aktuellen und heimatpolitischen Themen des Vertriebenenverbandes. Ein zentrales Diskussionsthema war die Auswirkungen der bundesweiten Kürzung von Fördermitteln gemäß § 96 BVFG. Darüber hinaus wurde die Planung und Umsetzung von Kulturprojekten des BdV-Landesverbandes unter verstärkter Nutzung digitaler Netzwerke eingehend erörtert, insbesondere die Digitalisierung von Berichten lebender Zeitzeugen. Die Vertreter und Vertreterinnen baten um eine fortgesetzte Unterstützung für die kommenden Jahre, während auch die Verwaltungsvorschrift § 96 BVFG der Kulturmaßnahmen intensiv diskutiert wurde. In diesem Zusammenhang sicherte Thomas Strobl zu, dass ein neuer Entwurf für die Verwaltungsvorschrift in den nächsten Monaten erarbeitet und dem BdV vorgelegt wird.

Das Treffen zeigte deutlich das Engagement und die Zusammenarbeit zwischen dem Innenministerium und dem BdV und den Landsmannschaften, um wichtige Anliegen im Bereich der Heimatpolitik zu adressieren, die Bedürfnisse der Vertriebenen zu unterstützen und das kulturelle Erbe weiterzugeben. (IK)

05) Den Schatz heben – der Dramaturgie-Workshop der Kulturstiftung der Vertriebenen auf einem Streifzug durch Geschichte, Gegenwart und alle Siedlungsgebiete



Pressemitteilung

Den Schatz heben – der Dramaturgie-Workshop der Kulturstiftung der Vertriebenen auf einem Streifzug durch Geschichte, Gegenwart und alle Siedlungsgebiete

Nr. 2/2024

Der Workshop Dramaturgie in Film, Theater und Dokumentationen der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen diskutierte mehr als die verschiedenen Genres des Films und des Theaters, sondern wagte sich in unterschiedliche Bereiche der Vertriebenen-Historie vor.

Die Geschichte der historischen deutschen Ostansiedlung soll anhand einer mystischen Mittelalterserie von einem beim Workshop gebildeten Autorenteam marktgerecht entwickelt werden und u.a. ein Dokumentarfilm sich dem Kulturparagrafen 96 des Bundesvertriebenengesetzes widmen.

Das von der Kulturstiftung initiierte Theaterprojekt von Katharina Martin-Virolainen „Heimatvertriebene und Heimatverbliebene – zwei Seiten der gleichen Medaille“, das am 11. Juni 2024 in Berlin uraufgeführt wird, behandelt die Anfänge der deutschen Siedlungsgebiete im östlichen Europa, Flucht, Vertreibung und Deportation, die Integration der Heimatvertriebenen im Nachkriegsdeutschland und das Schicksal der verbliebenen deutschen Minderheiten sowie die heutige Brückenbauerfunktion von „Heimatvertriebenen“ und „Heimatverbliebenen“ in einem gemeinsamen Europa.

Die Schriftstellerin und Kulturschaffende Martin-Virolainen, die bereits zahlreiche Theaterstücke verfasste, stellte dem Workshop ihre konzeptionellen Überlegungen zur Realisierung des Theaterstücks vor. So stellen etwa gemeinsame Symbole Verbindungen einiger deutscher Minderheiten her. Etwa im Bild der „schwarzen Maria“ können sich im Südosten Europas verschiedene Gruppen wiederfinden. An der Diskussion zu den Inhalten des Theaterstücks beteiligte sich auch Bernard Gaida, Sprecher der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Minderheiten (AGDM) in der FUEN.

Bonn, 22.02.2024

Kulturstiftung
der deutschen Vertriebenen

Bonner Geschäftsstelle
Godesberger Allee 72-74
53175 Bonn
Telefon: +49 /228/ 24965040

www.kulturstiftung.org



Den Workshop begann Damian Gorczany inhaltlich mit seinem Vortrag über dokumentarische Erzählformen. Der Filmemacher und Kameramann fasste damit ein dreimonatiges Seminar, das er an der Ruhruniversität Bochum hielt, zusammen und vermittelte den Workshopteilnehmern das Handwerkszeug für die Erstellung eigener dokumentarischer Beiträge.

Der Filmemacher Klaus Didio stellte erste Überlegungen eines Dokumentarfilmprojektes über den Kulturparagrafen 96 des Bundesvertriebenengesetzes vor und berichtete von ersten Recherchegesprächen sowie der großen Bereitschaft einer Reihe von Einrichtungen, die im Zusammenhang mit dem §96 BVFG gefördert werden, sich an seinem Dokumentarfilm zu beteiligen. Gemeinsam eruierte man mögliche Interviewpartner und erarbeitete zentrale inhaltliche Schwerpunkte des Dokumentarfilmprojektes, der die andauernde Relevanz des §96 BVFG auch in der heutigen Zeit aufzeigen soll.

Thomas Dapper, Autor, Filmemacher und Referent für Öffentlichkeitsarbeit bei der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen stellte das Spielfilmprojekt „Rudolfsgnad“ zur Diskussion. Das Vernichtungslager Rudolfsgnad galt dem Künstler Robert Hammerstiel in dessen autobiographischen Roman „Von Ikonen und Ratten“ als das härteste und grausamste im Banat.

Der Workshop schloss mit der „Grundsteinlegung“ für eine Fernsehserie. Diese wird die historische deutsche Ostansiedlung im 12. Jahrhundert thematisch behandeln, dies aber als moderne Mystery-Serie. Hierzu wurde von den Teilnehmern des Workshops eine Autorengemeinschaft gegründet, mit dem Ziel, ein grundlegendes Konzept zeitnah zu erstellen, um dieses einer Filmproduktionsfirma anzubieten.

So wird von den Teilnehmern des Workshops auch künftig viel zu hören und noch mehr zu lesen sein. Die Themenvielfalt aus dem kulturellen Erbe der Deutschen im östlichen Europa konnte nur an der äußersten Schicht der Oberfläche berührt werden. Dennoch wurde deutlich, dass für „unsere Themen“ im Öffentlich-Rechtlichen Fernsehen mehr Sendeplätze in allen Genres zur Verfügung stehen sollten.

Kontakt:

Thomas Dapper

Tel.: 0228-24965 040

Email: presse@kulturstiftung.org; thomas.dapper@kulturstiftung.org

06) Kulturstiftung gründet MedienArbeitsGemeinschaft. Enge Zusammenarbeit mit der AGDM beabsichtigt



Kulturstiftung gründet MedienArbeitsGemeinschaft

Enge Zusammenarbeit mit der AGDM beabsichtigt

Die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen hat in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Minderheiten (AGDM) in der FUEN eine MedienArbeitsGemeinschaft (MAG) gegründet.

Die MedienArbeitsGemeinschaft bietet eine gemeinsame Plattform für Medienschaffende der Publikationsorgane und der neuen Medien der Vertriebenenorganisationen in Deutschland, der deutschen Minderheiten vorrangig im östlichen Europa und den Nachfolgestaaten der Sowjetunion, von Journalisten, Filmemachern und Theaterschaffenden sowie weiteren interessierten Personen und Institutionen aus dem In- und Ausland zur Entwicklung eigenständiger Medienformate und Kampagnen.

Die Institutionen und Organisationen der deutschen Heimatvertriebenen und der deutschen Minderheiten bewahren eine unermesslich große Vielfalt an relevanten Themen, die darauf warten, gemeinsam multimedial erschlossen zu werden. In diesem Bewusstsein hat die MedienArbeitsGemeinschaft das Ziel, Synergien mit Autoren, Journalisten, Heimatmedienvertretern und Vertretern der Verbände zu schaffen.

Das Netzwerk MedienArbeitsGemeinschaft hat die Funktion eines Brückenbauers und wirkt als Träger des europäischen Gedankens und der damit verbundenen demokratischen Werte. Die Arbeit der Medienschaffenden hat das Ziel, aktuelle und relevante Inhalte, aus der Lebenswirklichkeit von Minderheiten in Ost- und Westeuropa, im Geiste der Völkerverständigung sowie des europäischen Integrationsgedankens und das deutsche kulturelle Erbe als Teil der europäischen Kultur und ihrer Geschichte in die öffentliche Wahrnehmung

zu rücken. Workshops, Seminare und gemeinsame Projekte der MedienArbeitsGemeinschaft sollen die ständige Professionalisierung in allen medialen Bereichen (Drehbuch, Recherche, Konzeption, Texten, Kamera, Ton, Schnitt, Social Media usw.) fördern.

Die Mitglieder der MedienArbeitsGemeinschaft schaffen Synergien und entwickeln gemeinsame Projekte und Formate, um sie u.a. marktfähig bei TV-Stationen und anderen Massenmedien anzubieten. Zudem können aus der MedienArbeitsGemeinschaft Präsentationsplattformen und mittel- bis langfristig Produktionsfirmen herauswachsen.

Eine vernetzte Berichterstattung und gemeinsame Themenkampagnen werden den Nachweis erbringen, dass die Medien der deutschen Minderheiten im östlichen Europa und den Nachfolgestaaten der Sowjetunion mit den Medien der deutschen Vertriebenen in Deutschland und dem deutschsprachigen Raum gemeinsam ein journalistisches Schwergewicht bilden können, wenn diese sich in der MedienArbeitsGemeinschaft vernetzen. Kontakt zur MedienArbeitsGemeinschaft: medienarbeitsgemeinschaft@kulturstiftung.org

AGDM

Auf Initiative des damaligen Bundesministeriums des Innern (BMI) wurde 1991 in Budapest eine Arbeitsgemeinschaft gegründet, die alle Organisationen vereint, die in der FUEN, dem Dachverband der autochthonen Minderheiten in Europa, zusammengeschlossen sind und sich als Verbände deutscher Minderheiten betrachten.

Die Arbeitsgemeinschaft ist ein informelles Gremium, welches den Austausch und die Zusammenarbeit der Verbände ermöglicht.

07) Jubiläum: Die 200. Schlesischen Begegnungen in Königswinter. Maßgeschneiderte Programme zur Verständigung.

Von Dieter Göllner

Jubiläum: Die 200. Schlesischen Begegnungen in Königswinter

Maßgeschneiderte Programme zur Verständigung

Im Haus Schlesien in Königswinter-Heisterbacherrot hat die 200. Studiengruppe ihr einwöchiges Seminar absolviert. Neben polnischen und tschechischen Studentinnen und Studenten waren diesmal auch ukrainische Vertreterinnen aus Lemberg dabei.

Den Auftakt der diesjährigen Seminarreihe „Schlesische Begegnungen“ machte im Januar eine Studentengruppe aus Grünberg. Im Februar hatte Nicola Remig, die Leiterin des Dokumentations- und Informationszentrums (DIZ), die Gelegenheit, die nunmehr 200. Studiengruppe zu begrüßen, zu der Vertreterinnen und Vertreter von der Akademie der Angewandten Wissenschaften in Neisse sowie von den Universitäten in Troppau und Lemberg gehörten. Geplant ist, dass im Frühjahr 2024 noch Studentengruppen aus Ost- und Opatowitz zu Gast sein werden, im Herbst wiederum sollen voraussichtlich Germanisten und Historiker aus Breslau, Kattowitz und Tschenstochau anreisen.

Etablierte Seminarreihe

Im Haus Schlesien nehmen regelmäßig binationale und – wie im jüngsten Fall durch die ukrainischen Studierenden in Polen – auch trinationale Gruppen an den Seminaren teil, womit ein wichtiger Beitrag zum Wissenstransfer, aber auch zur Völkerverständigung geleistet wird.

Anlässlich der 200. Studiengruppe luden Nicola Remig und ihr Team zu einem Pressegespräch ein, in dem es um Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der inzwischen grenz-



Pressetermin mit der Jubiläumsgruppe in Haus Schlesien.



Konzentrierte Arbeit gemeinsam mit den ukrainischen Studenten.

überschreitend anerkannten Veranstaltungsreihe ging. Es ist bereits seit 1996 Tradition im Haus Schlesien, dass im Frühjahr und im Herbst eines jeden Jahres Studentengruppen aus Polen und Tschechien eine intensive Seminar-Woche im Rheinland verbringen.

Germanisten, Historiker und Soziologen

Es handelt sich größtenteils um Teilnehmer aus Germanistischen Instituten, aber auch Historiker und Soziologen, Lehrer und Kommunalpolitiker sowie Vertreter der deutschen Minderheit aus den Wojewodschaften Opatowitz und Oberschlesien waren schon dabei. Viele der ehemaligen Teilnehmenden wurden nach dem Studium selbst Dozenten und kamen später erneut ins Haus Schlesien als Betreuer der nächsten Generationen und wirken weiterhin als Multiplikatoren.

Die Veranstaltungsreihe hat sich mittlerweile im Germanistik-Studium vieler schlesischer Hochschulen etabliert und nimmt vielerorts einen festen Platz in den Studienplänen der Nachbarländer ein. Wie Nicola Remig verriet, werden die Programme der Seminare zur Völkerverständigung je nach den Interessen-Schwerpunkten der jeweiligen Gruppe „maßgeschneidert“. Das Ziel ist, dass die Teilnehmer über die deutsch-polnischen Beziehungen in gesellschaftspolitischer und historischer Hinsicht reflektieren können.

Den Abschluss der Seminare bildet eine umfassende Präsentation, die während der Woche in Kleingruppen erarbeitet und in deutscher Sprache vorgestellt wird. Dafür gibt es an den Hochschulen studienrelevante ECTS-Punkte, was tatsächlich ein weiterer Ansporn für die Teilnehmer ist, an den „Schlesischen Begegnungen“ mitzuwirken.



Studenten im Dialog: auf dem linken Bild Jarenja Reha (l.) aus Lemberg und Kinga Paluch (r.) aus Breslau. Auf dem rechten Bild Seminarteilnehmer an einer interaktiven Station der Ausstellung.

200. Jubiläums-Gruppe

Die 200. Studentengruppe erlebte unter der Leitung von Paulina Remer – Dozentin an der Akademie Neisse, die übrigens auch an Schlesischen Universität Troppau studiert hatte – und Jana Nalepova – Dozentin an der Uni Troppau – ein umfangreiches Programm mit Exkursionen und Vorträgen. Unter den 21 Seminarteilnehmern der Jubiläums-Gruppe waren auch ukrainische Studentinnen aus Lemberg dabei. Unter der Begleitung von Jarenja Reha – Hochschullehrerin an der Fakultät für Internationale Beziehungen – nutzten sie die Gelegenheit, ihre Deutsch-Kenntnisse im Dialog mit den Seminarteilnehmern und Veranstaltern zu verbessern sowie Aspekte der Geschichte aus einem anderen Blickwinkel zu betrachten.

Zu den begeisterten Teilnehmern gehörten u.a. der junge Lehrer Jakub Hajek, Absolvent der Schlesischen Uni, die Germanistik-Studentin Kinga Paluch aus Breslau und Vanda Svobodova, die derzeit in Troppau studiert und gleichzeitig als Bibliothekarin im Staatsarchiv tätig ist.

Exkursionen im Fokus

Auf der Agenda der 200. Gruppe standen neben der Erkundung von Haus Schlesien im Rahmen einer digitalen Rallye u.a. auch Exkursionen wie die Besichtigung des Kölner Doms, ein Besuch bei der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, Führungen durch die Studios der Deutschen Welle in Bonn und im Haus der Geschichte. Der Besuch der Gedenkstätte „SS-Sonderlager KZ-Hinzert“ bei Trier und der Vortrag: „Das Hultschiner Ländchen – ein soziokulturelles Laboratorium“ rundeten das von Adam Wojtala und Herbert Cremer betreute Programm ab.

Das Seminar „Schlesische Begegnungen“ wird vom Bundesministerium des Innern und für Heimat gefördert. Wie Haus Schlesien-Mitarbeiter Adam Wojtala betont, hofft man, dass die Bundesregierung auch in der Zukunft die verständigungspolitische Arbeit finanziell unterstützen wird, so dass Jugendliche aus Mitteleuropa weiterhin die Möglichkeit bekommen, Haus Schlesien und das Rheinland kennenzulernen.

Dieter Göllner



Stolz präsentierte sich die 200. Jubiläumsgruppe im Haus Schlesien (rechtes Bild), die angehenden Historiker von der Universität Breslau sind vom Bücherschatz der Bibliothek im Haus Schlesien beeindruckt.

08) Was ist uns die europäische Gemeinschaft wert? Gemeinsame Jahrestagung evangelischer und katholischer Schlesier.

Von Stefan Teppert

Was ist uns die europäische Gemeinschaft wert?

Gemeinsame Jahrestagung evangelischer und katholischer Schlesier

Zu ihrer zweiten gemeinsamen Jahrestagung hatten die „Gemeinschaft evangelischer Schlesier“ und das „Heimatwerk Schlesischer Katholiken“ am 17./18. Februar 2024 in den Erbacher Hof in Mainz geladen, um „Schlesische Perspektiven auf Europa“ zu erkunden und sich daran knüpfenden Erfahrungen, Hoffnungen und Befürchtungen in Deutschland und Polen vor der Europawahl Ausdruck zu verleihen.

Generalsuperintendent i. R. Martin Herche aus Görlitz, Vorsitzender der Gemeinschaft evangelischer Schlesier, sowie Dr. Bernhard Jungnitz aus Holzwickede, Vorsitzender des Heimatwerks Schlesischer Katholiken, begrüßten die Teilnehmer und freuten sich über einen gut gefüllten Saal. Sie zeigten sich zufrieden über ihre Allianz und optimistisch, das Miteinander auch künftig pflegen zu können. Prof. Dr. Rainer Bendel, Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft katholischer Vertriebenenorganisationen (AKVO) in Stuttgart, hatte die Tagung zusammen mit den Veranstaltern organisiert und erläuterte die Motive der diesjährigen Themenwahl. Die Vertriebenen stünden allein schon durch ihre Geschichte für die Verbindung der beiden Lungenflügel Europas – des Westens und des Ostens. Bei ihnen sei Europa seit den 40er Jahren des letzten Jahrhunderts ein zentrales, immer wieder diskutiertes Thema gewesen, vor allem auf dem Hintergrund der Frage nach Verständigung und Versöhnung. Im christlichen Kontext – also sowohl auf katholischer wie evangelischer Seite – spielten die Themen Schuld und Schuldbewältigung eine lange und intensive Rolle. Ein zweites Movens, so Bendel, war die christliche Soziallehre. Sie soll die wirtschaftlich fundierte Union durch Solidarität und Subsidiarität ergänzen.

Richard Coudenhove-Kalergi als Vater Europas

Nicht mit fertigen Antworten, sondern mit Fragen ans Publikum sollte die Tagung beginnen. Wann ist mir Europa zum ersten Mal begegnet? Was bewegt mich oder was ist mir ein Anliegen hinsichtlich Europas? Pfarrer Dr. Matthias Paul aus Görlitz erzählte als Impuls von seiner ersten Begegnung mit Europa in Form der Essays und Reden des polnischen Schriftstellers Andrzej Szczypiorski (* 1928, † 2000) in seinem Buch „Europa ist unterwegs“ (Zürich 1996).

Prof. Dr. Anita Ziegerhofer ist am Institut für Rechtswissenschaftliche Grundlagen der Universität Graz Leiterin des



Generalsuperintendent i. R. Martin Herche, Prof. Dr. Rainer Bendel, Regionalbischöfin Theresa Rinecker, Pfarrer Dr. Matthias Paul, Dr. habil. Robert Zurek, Dr. Bernhard Jungnitz (v.l.n.r. vor der Fahne des alten Erzbistums Breslau und heute des Heimatwerks Schlesischer Katholiken).

Fachbereichs Rechtsgeschichte und Europäische Rechtswissenschaft und stellte per Video ihre Präsentation der Persönlichkeit und des Lebenswerks von Richard Coudenhove-Kalergi vor. Er hatte die Idee einer Vereinigung der Völker Europas und war der Erste, der versucht hat, sie mittels Paneuropa-Bewegung und Paneuropa-Union organisatorisch, programmatisch und politisch umzusetzen. Coudenhove wurde 1894 in Tokio geboren und war der Sohn eines österreichisch-ungarischen Diplomaten und einer japanischen Mutter. 1896 kam er mit seiner Familie nach Europa und wuchs auf Schloss Ronsperg in Böhmen auf. 1923 erschien sein visionäres Buch „Pan-Europa“, das sich gut verkaufte und in viele Sprachen übersetzt wurde. Um intereuropäische Kriege zu verhindern, den West-Ost-Konflikt zu überwinden, konkurrenzfähig zu werden gegenüber der amerikanischen und britischen, zukünftig auch der ostasiatischen und russischen Industrie sowie zum Schutz vor einer Invasion durch die Sowjetunion, strebte er durch die Schaffung eines Europäischen Staatenbundes u. a. einen autarken europäischen Wirtschaftsraum an, eine Währungsunion mit Zentralbank, die Harmonisierung des Rechts, eine gemeinsame Verfassung und ein europäisches Heer. Wichtig waren ihm – ganz in europäischer Tradition – Aufklärung, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte. Ihm schwebte der Schutz nationaler und religiöser Minderheiten sowie Sprachen ebenso vor wie die Gründung einer europäischen Bundeshauptstadt. Bei der Verwirklichung seiner Pläne halfen ihm seine Beziehungen zu wichtigen Politikern, Spitzenbeamten, Wirtschaftsführern und Künstlern in ganz Europa. Als einflussreicher Lobbyist und Netzwerker versuchte er, seine weitsichtigen, geostrategisch motivierten Ziele zu befördern. Er war der Herold, Agitator und Propagandist der Idee einer Vereinigung Europas, einer einigen, freien und starken paneuropäischen Föderation, die kulturell viel-

fältig bleibt, aber weltpolitisch mit einer Stimme spricht. Als Gegner des Nationalsozialismus musste Coudenhove in die Schweiz und nach Amerika flüchten. Er brachte nach dem Krieg Adenauer und de Gaulle zusammen und war wohl der Vater des Eintritts Großbritanniens in die EWG 1972. In weiten Teilen ist Coudenhoves seherisches Vermächtnis aktueller denn je, abgesehen freilich von seinem historisch nachvollziehbaren, heute aber obsoleten Neokolonialismus.

„Stiftung Kreisau für europäische Verständigung“

Dr. habil. Robert Żurek machte die Teilnehmer mit seiner Präsentation über die Begegnungsstätte in Kreisau bekannt, ein Ort in Niederschlesien, wo sich während der Zeit des Nationalsozialismus eine zivile Widerstandsgruppe (der „Kreisauer Kreis“) um Helmuth James Graf von Moltke und Peter Graf Yorck von Wartenburg mit Plänen zur politisch-gesellschaftlichen Neuordnung nach dem erwartbaren Zusammenbruch der Hitler-Diktatur befasste. An dieser symbolträchtigen Stätte fand am 12. November 1989 eine Versöhnungsmesse statt, bei der die damaligen Regierungschefs Deutschlands und Polens, Helmut Kohl und Tadeusz Mazowiecki, ein Friedenszeichen austauschten. Diese Messe sei auch die Geburtsstunde der deutschen Minderheit in Schlesien nach dem Zweiten Weltkrieg gewesen, so Żurek. Im Rahmen einer zivilgesellschaftlichen Initiative wurde 1989 auch die „Stiftung Kreisau für europäische Verständigung“ gegründet. Sie möchte satzungsgemäß Aktivitäten initiieren und fördern, die auf ein friedliches und von gegenseitiger Toleranz geprägtes Zusammenleben der Völker, Gesellschaftsgruppen und einzelnen Menschen zielen. Dadurch soll das Gedankengut des Kreisauer Kreises und der Versöhnungsmesse tradiert und das Zusammenwachsen Europas befördert werden. Żurek wies als Geschäftsführender Vorstand der Stiftung auf die Werte hin, von denen man sich in Kreisau leiten lässt. Damit Verständigung möglich wird, müsse es zuerst gegenseitigen Respekt und Dialogfähigkeit geben. Die dazu nötigen Rahmenbedingungen versuche man in der wohl größten internationalen Begegnungsstätte Europas den Besuchern bereitzustellen. Mit Willkommenskultur gebe man ihnen das Gefühl, sich wie zu Hause fühlen zu können, um so ein günstiges Klima für schwierige Gespräche und für eine Annäherung zu bieten. Zielgruppen seien vor allem Jugendliche sowie Lehr- und Bildungskräfte aus ganz Europa, die durch gemeinsame Aktivitäten und Aufgaben mehr erfahren sollen vor allem über Geschichte und Kultur, Demokratie und Zivilgesellschaft, nachhaltige Entwicklung und Ökologie. Auch die Bevölkerung aus der Umgebung und private Gruppen werden eingeladen.

Der Görlitzer Sprengel der Generalsuperintendentin oder Regionalbischöfin Theresa Rinecker umfasst das Gebiet der schlesischen Kirche im heutigen Sachsen und Brandenburg, sie ist also in einem großen Gebiet mit 150.000 Christen unterwegs und sitzt auch in der Kirchenleitung von Berlin-Brandenburg und der Schlesischen Oberlausitz. Die Bischöfin begann ihren Vortrag mit dem Hinweis, dass es seit 2019 ein

regelmäßiges ökumenisches Treffen der Bischöfe an Oder und Neiße gibt, das einen wertvollen Austausch und Lernprozess in Gang gesetzt habe und in diesem Jahr zum dritten Mal in Breslau stattfinden solle. Man pflege ein intensives Verhältnis auch zur Evangelischen Kirche (Augsburgischen Bekenntnisses) in Polen, die sich mit nur 30.000 Mitgliedern in einer extremen Diasporasituation befindet. In enger ökumenischer Zusammenarbeit werden auch die Christlichen Begegnungstage 2024 in Frankfurt (Oder) auf den Weg gebracht. Erstes Projekt war ein Imagefilm als Appetizer, den es in sechs Sprachen mit Videobeiträgen aus allen sieben beteiligten Ländern (Deutschland, Österreich, Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Ukraine) gibt. Der vormals schlesischen Kirche sei es ein Herzensanliegen, spürbar zu machen, was in dieser Herzregion Europas, wo sich die Zukunft des Kontinents entscheiden werde, täglich geschieht. Die Begegnungstage, die es seit 1991 gibt und die bisher in Prag, Bratislava, Dresden, Breslau und Budapest stattgefunden haben, werden immer größer.

Ein existenzielles Thema

Bei der anschließenden Podiumsdiskussion befragte Pfarrer Dr. Matthias Paul die drei Mitwirkenden nach ihren Erfahrungen, Hoffnungen und Befürchtungen im Hinblick auf Europa: Prof. Dr. Rainer Bendel erwähnte seine Eindrücke aus Schweden und Coimbra, seine Erinnerungen an 1989, als die Grenzkontrollen zur DDR weggefallen waren, und an seine Arbeit mit Jugendlichen aus Osteuropa, die sich für die europäische Freizügigkeit begeistern lassen. Man müsse in die Humanressourcen investieren und eine europäische Öffentlichkeit schaffen. Um die christlichen Werte, die sich aus vielfältigen Quellen und Traditionen speisen, zu bewahren, müsse man sie im Diskurs halten. Die Subjektivität des einzelnen Christenmenschen brauche Unterstützung, Subsidiarität und Herausforderung. Europa werde nicht ohne Solidarität auskommen. Daraus seien Handlungsoptionen zu entwickeln. Dr. Robert Żurek bekundete seine emotionale Reaktion auf die Neueröffnung der Altstadtbrücke in Görlitz, erwähnte ein für ihn eindrückliches Projekt mit Jugendlichen vom Balkan sowie die Geschichte der deutsch-polnischen Versöhnung. Es sei keine Selbstverständlichkeit, in Europa leben zu können. Weil viele Menschen heute mit Kirche nicht mehr viel anfangen können, müsse man neue Zugänge und eine neue Sprache für das dennoch vorhandene religiöse Bedürfnis finden. Bischöfin Theresa Rinecker bekannte sich zu ihrer frankophilen Einstellung. Europa sei ein existenzielles Thema, es gebe dazu keine gute Alternative.

In der von Generalsuperintendent Herche moderierten Schlussrunde ging es um Eindrücke der Teilnehmer zum Tagungsverlauf, Evaluierungen, technische Unzulänglichkeiten, vermisste Aspekte. Im Wesentlichen zeigte sich das Auditorium zufrieden mit den anregenden, nachdenklich stimmenden Vorträgen, Diskussionen und Gesprächen. Für die nächste Tagung wurde das Thema „80 Jahre nach Kriegsende“ vorgeschlagen. *Stefan Teppert*

09) Bildarchiv gegen das Vergessen. Westpreußisches Landesmuseum zeigt Postkarten aus der Vergangenheit Danzigs.

Von Dieter Göllner

Bildarchiv gegen das Vergessen

Westpreußisches Landesmuseum zeigt Postkarten aus der Vergangenheit Danzigs

Im Kreuzgang des ehemaligen Franziskanerklosters zeigt das Westpreußische Landesmuseum in Warendorf die Kabinettausstellung „Heimatgefühle. Danzig im Postkartenmotiv“. Es handelt sich dabei um Exponate aus einer Sammlung historischer Ansichten, die über Jahrzehnte von einer privaten Sammlerin zusammengetragen und die im Jahre 2021 dem Westpreußischen Landesmuseum als Stiftung übergeben wurde.

Die daraus entstandene Ausstellung beleuchtet das Phänomen des Sammelns von Ansichtskarten seit ihrer Einführung bis zu der Entstehung sogenannter Heimatsammlungen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf historischen Ansichtskarten, die als Erinnerung an eine in Folge von Flucht und Vertreibung nach dem Zweiten Weltkrieg verlorene Heimat aufbewahrt wurden. In diesem Kontext übernehmen die privat angelegten Kollektionen eine wichtige Rolle: Sie geben der Erinnerung und dem Gedenken Gestalt und Struktur. Dabei werden die Karten als historische Bilddokumente gesammelt und erfüllen somit für die Vertriebenen vielfach die Funktion eines Bildarchivs gegen das Vergessen. Gleichzeitig öffnet sich vor dem Hintergrund der Stadtgeschichte ein komplexes Bild der alten Hansestadt Danzig bis zu ihrer Zerstörung 1945. Bei der hier vorgestellten Sammlung geht es um die umfassendste Zusammenstellung historischer Ansichtskarten aus Westpreußen, die den Museums-Mitarbeitern bislang übergeben worden ist.

In der Ausstellung ist eine Auswahl der etwa 450 Karten zu sehen, die in verschiedene Kapitel unterteilt ist. Neben den bekannten Wahrzeichen der Stadt wie dem Krantor und der Marienkirche, Ansichten der Mottlau und der Speicherinsel dokumentieren die Bildmotive unter anderem auch politische Ereignisse wie den Besuch Wilhelms II. im Jahr 1903 oder Kundgebungen gegen die drohende Abtretung Danzigs vom Deutschen Reich an Polen durch den Versailler Vertrag. Erwähnung finden auch Aspekte des geschäftigen Alltagslebens, wie es besonders zu Marktzeiten erlebbar war, und nicht zuletzt Katastrophen wie etwa Hauseinstürze oder Brände.

Der Großteil der Aufnahmen zeigt das Bild der Hansestadt um 1900 – zu Beginn noch mit Pferdewagen und Kutschen, später dann mit elektrischen Straßenbahnen und den ersten



Postkarte aus Danzig, geschrieben am 22. September 1889.

Automobilen. Somit vermittelt die Ausstellung dem Betrachter auch einen Eindruck von dem technischen Fortschritt, der sich in dem Ausbau der großen Werftanlagen an der Weichsel widerspiegelt.

Gelungene Finissage

Die Sonderausstellung unter dem Motto „Augen-Blicke – Aus-Blicke – Westpreußen entlang der Weichsel“ wurde in Warendorf mit dem Programm „Kunst & Kuchen“ abgeschlossen. Anlässlich der Finissage gab es für die teilnehmenden Besucher einen geführten Rundgang durch die Ausstellung sowie eine Gesprächsrunde zum Thema „Uferlandschaften“. Im Mittelpunkt der Sonderschau stehen 50 Landschaftsgemälde aus der hauseigenen Sammlung. Es sind Arbeiten von rund 30 Künstlerinnen und Künstlern, die entlang der Weichsel ihre Motive gefunden und diese in Farbe wie Öl-, Tempera- oder Aquarellmalerei festgehalten haben. Die Arbeiten entstanden von Mitte der 1860er Jahre bis in die 1990er Jahre und spannen einen Bogen durch die moderne Zeit mit ihren vielfältigen Ausdrucksmöglichkeiten vom realistisch-naturalistischen Stil bis hin zum fast Abstrakten. Die weite Natur, die Steilufer mit den Städten, die Dörfer oder der Fluss selbst waren Motive, die Künstler seit vielen Generationen inspirierten, zum Verweilen und Malen einluden.

Das Besondere an dieser Ausstellung ist die Reihenfolge, in der die Arbeiten gezeigt werden. Die Hängung ist nämlich dem Verlauf der Weichsel nachempfunden. Der Strom – der die Landschaft bestimmt und die an ihm gelegenen Städte – bildet ein Band, an dem sich die Werke wie Perlen an einer Schnur reihen. In den Gemälden wurden Augen-Blicke festgehalten, wobei manche Motive auch Aus-Blicke in die Weite der Landschaft bieten.

D.G.

10) Das Kant-Jubiläum wirft seine Schatten voraus. Neues aus dem Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg.

Von Dieter Göllner

Das Kant-Jubiläum wirft seine Schatten voraus

Neues aus dem Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg

Das Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg informiert über die 700 Jahre lang deutsch geprägte Region im Osten Mitteleuropas. Mit Spannung wird die Eröffnung der Kant-Ausstellung im April erwartet. Bis dahin lädt ein abwechslungsreiches Veranstaltungsprogramm ein.

Neben wechselnden Sonderausstellungen bietet das Ostpreußische Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung in Lüneburg seinen Besuchern seit kurzem eine neugestaltete Dauerausstellung zu der 700 Jahre lang deutsch geprägte Region im Osten Mitteleuropas an. Bei einem Rundgang können die Interessenten z.B. Bernstein im haus-eigenen Labor erforschen oder in die weiten Wälder des ehemaligen Ostpreußens spähen. Anhand von Exponaten wird über die Entwicklung vom Aufstieg Preußens bis zur Reichsgründung sowie über das Schicksal der Vertriebenen nach dem Zweiten Weltkrieg informiert. Als ein Höhepunkt gilt die Deutschbaltische Abteilung, die erstmals die Geschichte der Deutschbalten museal aufbereitet.

Kabinett- und Sonderausstellungen

Bis Ende Februar 2024 hatten die Besucher des Ostpreußischen Landesmuseums Gelegenheit, neben der spannenden Dauerpräsentation auch eine Kabinett- und eine Sonderausstellung zu sehen. Bei der Besichtigung der Kabinettschau „Stinthenge, Krähenbeißer, Lange Wurst und Co.“ konnten „Ostpreußische Bräuche im Wandel“ kennengelernt werden.

Besonders guter Besucherresonanz erfreute sich auch die Sonderausstellung „Die Königsberger Kunstakademie (1845-1945). Künstler aus zwei Jahrhunderten“, zu der es auch ein umfangreiches Begleitprogramm gab. Die 1845 gegründete Königsberger Kunstakademie bildete 100 Jahre lang zahlreiche Maler, Bildhauer und Grafiker aus. Bekannte Künstler wie Lovis Corinth, Carl Steffek, Ludwig Dettmann, Arthur Degner und Ernst Mollenhauer lassen sich mit dieser Hochschule verbinden. Die Sonderausstellung stellte Direktoren und Lehrer dieser nach dem zweiten Weltkrieg untergegangenen Institution anhand beeindruckender Bildwerke vor.

Fokussierung auf Kant

Ab März finden im Ostpreußischen Landesmuseum keine neuen Wechselausstellungen statt. Der Sonder- und Kabinett-ausstellungsbereich steht für die Jubiläums-Schau zu Immanuel Kant (1724-1804) zur Verfügung. Der große Königsberger



Das Gemälde von Gottlieb Doebler aus dem Jahr 1872 zeigt Immanuel Kant als Gelehrten.

Philosoph wird ab 18. April mit der Sonderausstellung „Kant 300. Ein Leben in Königsberg“ gewürdigt.

Das Mitarbeiterteam des Ostpreußischen Landesmuseums widmet sich bereits seit geraumer Zeit den Vorbereitungen für die Jubiläums-Ausstellung. Am 22. April 2024 wäre Immanuel Kant 300 Jahre alt geworden – das Ereignis wird weltweit gefeiert.

Der wichtigste Denker der Moderne gibt mit seinen Überlegungen auch heute noch hilfreiche Antworten auf viele Herausforderungen unserer Zeit. Das Ostpreußische Landesmuseum erhält in einem derzeit entstehenden Neubau eine eigene Abteilung zu Immanuel Kant und wird ab 2025 die erste und einzige Dauerausstellung über den Königsberger Philosophen präsentieren. Aber schon ab April 2024 werden hier – in der zukünftigen „Kant-Stadt Lüneburg“ – zahlreiche Museums-Angebote realisiert.



© Ostpreußisches Landesmuseum (L), Sonya Winterberg (r)

Die Festveranstaltung mit Arno Surminski, linkes Bild, zu seinem 90. Geburtstag ist ein weiterer Programm-Höhepunkt, der am 20. März unter dem Titel „Für Versöhnung, gegen das Vergessen“ stattfindet. Am 13. März stehen Film und Gespräch zur „Spurensuche im Memelland – Sonya Winterberg und ihre Zeit als Stadtschreiberin in Memel/Klaipėda 2022“, rechtes Bild, im Mittelpunkt.

Am 17. April wird im Lüneburger Rathaus ein Festakt zum Jubiläum des „Weltendenkers“ und „Alleszermalmers“ ausgerichtet und die Sonderausstellung „Kant300. Ein Leben in Königsberg“ eröffnet. Es werden einzigartige und noch nie gezeigte originale Exponate aus Kants Leben zu sehen sein. In einem der weltweit größten Virtual-Reality-Projekte kann hautnah Kants Heimatstadt Königsberg im 18. Jahrhundert – hochaufgelöst und in 3D – erlebt werden. Die Ausstellung wird von einem reichen Begleitprogramm über das ganze Jahr hinweg ergänzt.

Aus dem Veranstaltungsprogramm

Wenn auch im März keine neuen Sonderschauen zu besichtigen sind, lädt das Ostpreußische Landesmuseum dennoch zu einem interessanten Programm mit Führungen, Vorträgen und Workshops ein. So etwa führte Anfang März die Kunsthistorikerin Dr. Gisela Aye unter dem Titel „Wandel der Stile – Wandel der Themen“ auf den Spuren verschiedener Kunststile durch die Dauerausstellung.

In der Reihe „Museum Erleben“ hielt Jan Rüttinger einen Vortrag über den „Künstlertreff in Klein-Kuren“, ein malerisch an der samländischen Küste unterhalb des Wachbudensbergs gelegener Ort.

Im Rahmen einer interaktiven Museumsführung für Menschen mit und ohne Demenz stellten am 6. März Dr. Eike Eckert und Silke Straatman die wechselvolle Geschichte der Deutschbalten im Baltikum unter dem Motto „Nur Adelskultur und Herrenhäuser?“ vor.

Einen spannenden Familiennachmittag verspricht der „Filzworkshop für Anfänger und Fortgeschrittene“ vom 10. März. Am 13. März ist das Programm „Spurensuche im Memelland – Sonya Winterberg und ihre Zeit als Stadtschreiberin in Memel/Klaipėda 2022“ anberaumt. Neben der Filmvorführung gibt es auch ein von Dr. Klaus Harer vom Deutschen Kulturforum östliches Europa moderiertes Gespräch mit der Autorin und Journalistin Sonya Winterberg und dem Botschafter a.D. der Republik Litauen, Matthias Sonn.

Jeden zweiten und vierten Donnerstag im Monat findet der kostenlose Museums-Kinderclub für Schüler von 6 bis 12 Jahren statt. Am 14. März geht es um Antworten rund die Frage „Wer war Königin Luise?“ Am 28. März 2024 bietet der Kinderclub mit Oskar Freitag Wissenswertes zur Frage „Was ist denn ein Ritterorden?“

Am 19. März lädt der Museumsdirektor Dr. Joachim Mähnert zu einer Führung mit dem Titel „Reform und Restauration in Ostpreußen“ ein. Es geht dabei vorrangig um die ambivalente Entwicklung Ostpreußens im 19. Jahrhundert. Vom 19. bis zum 22. März ist der Osterferien-Workshop „Comic oder Graphic Novel?“ mit Uwe de Witt geplant. Die Festveranstaltung mit Arno Surminski zu seinem 90. Geburtstag ist ein weiterer Programm-Höhepunkt, der am 20. März unter dem Titel „Für Versöhnung, gegen das Vergessen“ stattfindet. Die Autorin Ulla Lachauer spricht mit dem „Ostpreußen-Chronisten“ Surminski über sein Leben und Schaffen. Ein Schauspieler vom Lüneburger Stadttheater liest aus dem Buch „Als die Stadt brannte“.

Am 16. April wird im Programmokino Scala in Kooperation mit Arte das neue Biopic „Kant. Das Experiment der Freiheit“ zu sehen sein. Der Regisseur und Produzent Dr. Wilfried Hauke wird den Film vorstellen.

Dieter Göllner

Anlässlich des 300. Geburtstages des großen Königsberger Philosophen Immanuel Kant veranstaltet der BdV-Landesverband Hessen in Kooperation mit der Deutsch-Baltischen Gesellschaft (DBGes) am 23. und 24. April 2024 eine zweitägige Exkursion nach Lüneburg ins Ostpreußische Landesmuseum. Die An- und Abreise erfolgt mit der Deutschen Bahn, Frankfurt-Lüneburg-Frankfurt, die Kosten liegen bei 115 Euro pro Person. Nähere Informationen unter dem QR-Code, Anmeldung bis 2. April 2024 an kulturreferat@bdv-hessen.de.



**11) Deutsch-polnisch-ungarischer Jugendaustausch „Skills for future“,
12.-16.2.2024**



Bei dem Jugendaustausch vom 12. bis zum 16. Februar 2024 haben die Jugendlichen aus Deutschland, Polen und Ungarn ihre Fähigkeiten in den Bereichen Akrobatik, Skulptur und Kochen weiterentwickelt. Die Teilnehmenden aus dem Młodzieżowy Ośrodek Socjoterapii nr 2 in Wrocław, dem IB Mitte in Ebersbach und der Organisation NENESZ in Pecel haben sich begegnet, um in einer besonderen Umgebung ihre Gleichaltrigen aus den anderen Ländern kennenzulernen, ihre Kultur zu zeigen und gemeinsam ihren Interessen nachzugehen.

Neben der Teilnahme an den Workshops ist die Gruppe nach Świdnica gefahren, wo sie die Friedenskirche (UNESCO-Weltkulturerbe) und eine Eisbahn besucht hat. Am letzten Programmtag gab es einen Besuch in dem Młodzieżowy Ośrodek Socjoterapii nr 2 in Wrocław, wo die Projektergebnisse gezeigt wurden. Außerdem hat die Gruppe die Stadtmitte von Wrocław besichtigt.

Das Projekt wurde durch das Programm Erasmus+ der Europäischen Union und das Deutsch-Polnische Jugendwerk gefördert und in Zusammenarbeit mit der Kreisau-Initiative durchgeführt.





12) Winterabenteuer in Kreisau 2024



Vom 5. bis zum 10. Februar 2024 haben 39 junge Menschen und ein vierzehnköpfiges Team (Lehrer, Trainerinnen, Dolmetscher und Betreuerinnen) am „Winterabenteuer“ in Kreisau teilgenommen.

Im Mittelpunkt vom „Winterabenteuer“ stand künstlerischer Ausdruck in verschiedenen Formen. Es gab 18 Stunden von Workshops, unter anderem zu den Themen Akrobatik, Geologie, Skulptur und Kochen. Darüber hinaus gab es jeden Tag Integrationsspiele und Abendreflexionsrunden. Die Teilnehmenden haben auch von der Geschichte Kreisaus erfahren und die benachbarten Städte besucht. In Wałbrzych konnten sie sich in einer Trampolinhalle beim Springen abereagieren, bevor sie dann in Świdnica – der zweiten Stadt in Niederschlesien (nach Wrocław), in der die meisten historischen Gebäude stehen – spazieren gegangen sind.

All die Eindrücke, die die Kinder und Jugendlichen in Kreisau gesammelt haben, wurden in einer Abschlussveranstaltung dargestellt. Neben den Akrobatikfiguren mit Schärpen, der Pantomime über die Skulptur- und Geologieworkshops und der Ausstellung von Handarbeiten gab es eine Verkostung von Kleinigkeiten zum Essen, die durch die kleinsten Teilnehmenden zubereitet wurden. Die gemeinsame Woche in Kreisau gab den jungen Menschen die Gelegenheit, ihr Selbstwirksamkeitsgefühl zu stärken, ihre Teamfähigkeiten zu entwickeln sowie für die getroffenen Entscheidungen die Verantwortung zu übernehmen. Mit dem Projekt wurden darüber hinaus die folgenden Ziele verfolgt: Stereotypen und Vorurteilen vorbeugen, einen gemeinsamen Lernraum schaffen, gesellschaftliche und sprachliche Barrieren überwinden, die Vielfalt der Identitäten in Europa erfahren.



PrevNext 1234567

Das Austauschprojekt wurde von der Europäischen Union und dem Deutsch-Polnisches Jugendwerk kofinanziert und in der Zusammenarbeit mit der Kreisau-Initiative durchgeführt. Weitere Projektbeteiligte sind:

Ośrodek Interwencyjno-Socjalizacyjny w Bełchatowie (PL), Dom Dziecka w Bełchatowie (PL), Autorska Szkoła Podstawowa Jaskółka we Wrocławiu (PL), Salus gGmbH

Betreibergesellschaft für sozialorientierte Einrichtungen des Landes Sachsen-Anhalt (DE), EJF gemeinnützige AG, Kinder- und Jugendhilfeverbund Wartenburg (DE)

Projektkoordination und -leitung:

Adelajda Lebioda, Joanna Chorąży, Karolina Osiecka

<https://www.krzyzowa.pl/de/dzialalnosc-2/mdsm-2/aktualnosci-2/4610-przygoda-zimowa-w-krzyzowej-2025>

13) Zu Gast im Kulturzug: Kreisau/Krzyżowa



Am vergangenen Freitag, dem 24.11.2023, verwandelte sich der Kulturzug von Berlin nach Wrocław in eine bewegte Bühne für Kreisau/Krzyżowa.

Die Fahrt hat den Titel „Breslauer Nachbarn – Sasiadzi Wrocławia: Zu Gast im Kulturzug: Kreisau-Krzyżowa gościem Pociągu do Kultury“ getragen.

Mit an Bord war das Team des Kreisauer Netzwerks vertreten durch den Gedenkstätteleiter Dominik Kretschmann, den Freiwilligen Nikolai Wittschorek und das ehrenamtliche Gremienmitglied Annemarie Franke von der Stiftung Kreisau für die Europäische Verständigung, die Geschäftsführerin Anna Quirin von der Freya von Moltke-Stiftung für das Neue Kreisau, Deputy General Manager and Representativ Paulina Schgmid von dem Kammermusikfestival Krzyżowa-Music und die stellvertretende Geschäftsführerin Elżbieta Kosek von der Kreisau-Initiative e. V.

Das Smooth Acoustic Duo sorgte für die ideale musikalische Untermalung des Programms. Dank des spannenden Quiz, der interaktiven Sprachanimationen, lebhaften Geschichten und anschaulichen Bildern konnten die Fahrgäste des Kulturzugs sowohl das historische Kreisau entdecken als auch ein Gefühl für die aktuelle Jugendarbeit und Bildungsprojekte bekommen. Somit konnten sie die unterschiedlichen Facetten von Krzyżowa/Kreisau kennenlernen.

Ein herzlicher Dank geht an Johanna und Jonas vom Kulturzugteam für die schöne Zeit und ihre großartige Unterstützung.

Es war uns ein Vergnügen und eine große Freude, mit Kreisau/Krzyżowa im Kulturzug zu Gast zu sein!

24 listopada 2023, Pociąg do kultury na trasie Berlin – Wrocław przemienił się w ruchomą scenę, na której wystąpiła w roli głównej Krzyżowa.

<https://www.krzyzowa.pl/de/o-fundacji-2/aktuelles/4615-goscinnie-w-pociagu-do-kultury-kreisau-krzyzowa-2>

keine Berichte

C. e) Dokumentationen, Projekte, Diskussionen: Veränderung der Geschichtslandschaft durch Umbenennung von Straßen usw. Seiten C 71 - C 77

01) Nettelbeck nicht zeitgemäß? Und so ganz nebenbei wird mit der Verfälschung deutscher Geschichte die ostdeutsch-pommersche Geschichte entsorgt

B.Z. • 16. FEBRUAR 2024 BERLIN 9

Heißt der Nettelbeckplatz bald Fischstäbchenplatz?

Berliner dürfen über den künftigen Namen mitentscheiden – und haben echt skurrile Ideen

Von PAUL FRIEDRICH

Mitte - Die Berliner dürfen mitentscheiden, wie der Nettelbeckplatz in Wedding künftig heißen soll. Jetzt hat der Bezirk die ersten Vorschläge veröffentlicht. Mit dabei: Conchita-Wurst-Platz, Fischstäbchenplatz, Hund-Wau-Wau-Platz. B.Z. präsentiert die skurrilsten Vorschläge.

Schon im Frühjahr letzten Jahres wurden die Berliner aufgefordert, Namensideen für den Nettelbeckplatz einzureichen. Insgesamt 532 Nennvorschläge sind abgegeben worden.

Darunter finden sich an Prominenten angelehnte Namen wie Pietro-Lombardi-Platz, David-Hasselhoff-Platz, Nickelback-Platz, Conchita-Wurst-Platz, Dwayne-Johnson-Platz, Markus-Söder-Stroek-Platz. Aber auch

mahnende wie Platz der Steuergeldverschwendung und absurde wie Platz der erhabenen Weltromfrösche.

Weitere Vorschläge lauten: Ich-werfe-meinen-Müll-irgendwohin-Platz, Wer-das-Haustier-dummschlägt-Platz, Fischstäbchenplatz, Platz der bösen Gänse, Hund-Wau-Wau-Platz und Knallfroschplatz.

Beschlossen wurde die Umbenennung, weil der Namensgeber des Platzes - Joachim Nettelbeck (1758-1824) - auch eine problematische Geschichte hat.

Nettelbeck war, so heißt es auf dem Bürgerbeteiligungsportal mein.berlin.de, „aktiv im Versklavungshandel tätig“ und „betrieb Koloniallobbyismus“ (siehe Kosten).

Die Vorschläge werden nun von einem Beratungsgremium diskutiert

und die drei besten der Bezirksverordnetenversammlung Mitte vorgestellt. Die Bekanntgabe des neuen Namens soll voraussichtlich im Frühjahr 2025 erfolgen.

Romy Leibner (39), Fröhrentner aus Hohenschönhausen: „Wenn Menschen unter Nettelbeck gelitten haben und er ein Sklavenhändler war, ist die Umbenennung längst überfällig.“

PHOTO: UFFKULICHT, PICTURE ALLIANCE

Wer war Joachim NETTELBECK?

Der in Kolberg geborene Joachim Nettelbeck (1758-1824) startete mit elf Jahren in Amsterdam eine Seefahrerkarriere auf einem niederländischen Schiff, das sich als Sklavenschiff herausstellte.

Später organisierte er den Handel mit versklavten Menschen in Afrika und versuchte, profitorientierte Wägen zum Kolonialerwerb zu bewegen. 1807 wurde er zum Helden des entstehenden deutschen Nationalismus, als er seine Heimatstadt Kolberg gegen die französische Belagerung unter Napoleon verteidigte. Ohne die treibende Kraft Nettelbecks wäre die Abwehr der Belagerer nicht erfolgreich gewesen.

Kritiker warfen Nettelbeck Sklavenhandel, Kolonialismus und Nationalismus vor.



Aus B.Z Berlin vom 16.02.2024, Seite 9

02) „Otfried Preußler-Gymnasium“ in Pullach bei München soll umbenannt werden

Kinderbuchautor **Otfried Preußler** (†89) – im Vorjahr feierten wir zu seinem **100. Geburtstag** mit der [Sonderausstellung „Ein bißchen Magier bin ich schon“](#) im **Sudetendeutschen Museum** - hat Millionen Kinderherzen verzaubert mit Geschichten wie „Räuber Hotzenplotz“, „Das kleine Gespenst“, „Die kleine Hexe“ und „Krabat“ (Gesamtauflage 55 Millionen Exemplare, Übersetzung in mehr als zwanzig Sprachen).

https://www.sudetendeutsches-museum.de/wp-content/uploads/Pressemitteilung_Sudetendeutsches-Museum_Otfried-Preusslers-Erzaehlwelten.pdf

Doch jetzt gibt es Streit um seine Person (die sich nicht mehr wehren kann!): Das „Otfried-Preußler-Gymnasium“ in Pullach bei München soll in **„Staatliches Gymnasium Pullach“** umbenannt werden. Das habe eine Arbeitsgruppe von Schülern und Lehrern entschieden, bestätigt Schulleiter Benno Fischbach. Und auch Pullachs Bürgermeisterin Susanna Tausendfreund (60, Die Grünen) ist für die Namensänderung.

[Hier geht es zum ganzen „Bild“-Artikel.](#)

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 13, 2024

Wien, am 12. Februar 2024

https://www.bild.de/regional/muenchen/muenchen-aktuell/raeuber-hotzenplotz-schule-will-nicht-mehr-nach-erfinder-benannt-sein-87042952.bild.html?t_ref=https%3A%2F%2Fm.bild.de%2Fregional%2Fmuenchen%2Fmuenchen-aktuell%2Fraeuber-hotzenplotz-schule-will-nicht-mehr-nach-erfinder-benannt-sein-87042952.bildMobile.html%3Ft_ref%3Dhttps%253A%252F%252Fwww.google.com%252F

1. Räuber Hotzenplotz: Schule will nicht mehr nach Erfinder benannt sein

Schule will nicht mehr nach ihm benannt sein Namensstreit um Erfinder von Räuber Hotzenplotz

Otfried Preußler mit seinem Geschöpf, dem R



Räuber Hotzenplotz.- Foto: TEUTO

Von: GEORG GOMOLKA
06.02.2024 - 09:03 Uhr

München – **Kinderbuchautor Otfried Preußler (†89) hat Millionen Kinderherzen verzaubert mit Geschichten von „Räuber Hotzenplotz“, „Das kleine Gespenst“, „Die kleine Hexe“ und „Krabat“ (Gesamtauflage 55 Millionen Exemplare). Doch jetzt gibt es Streit um ihn.**

Das „Otfried-Preußler-Gymnasium“ in Pullach bei

[München](#) soll in „Staatliches Gymnasium Pullach“ umbenannt werden. Das habe eine Arbeitsgruppe von Schülern und Lehrern entschieden, bestätigt Schulleiter Benno Fischbach gegenüber BILD.

Und auch Pullachs Bürgermeisterin Susanna Tausendfreund (60, Die Grünen) ist für die Namensänderung. Zuerst hatte die „Süddeutsche Zeitung“ über den Fall berichtet.

Der Grund für die Entscheidung ist Preußlers Nazi-Vergangenheit. [Preußler](#) war in der Hitlerjugend (HJ) und trat kurz vor seinem 18. Geburtstag in die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) ein. Doch es ging auch um ein Jugendwerk des Autors.



Die Schule wurde 2013 in Otfried-Preußler-Gymnasium umbenannt, das soll jetzt wieder rückgängig gemacht werden.- Foto: picture-alliance / Sueddeutsche Zeitung Photo

Bürgermeisterin: „Er hat keine Vorbildfunktion“

Es gehe vor allem um Preußlers lange nicht bekannten Roman „Erntelager Geyer“, den er mit 17 oder 18 Jahren im 3. Reich geschrieben habe und in dem der Erntehelfer-Einsatz einer HJ-Einheit auf dem Lande idealisiert beschrieben und Nazi-Gedankengut verherrlicht werde, so Fischbach.

Anm.: erst letzte Woche war unser berühmter Landsmann Thema des Seminars [„Neue Perspektiven auf einen Erfolgsautor“](#) an der **Goethe-Universität** in Frankfurt/Main

<https://aktuelles.uni-frankfurt.de/event/otfried-preussler-neue-perspektiven-auf-einen-erfolgsautor/2024-02-07/>

- Diese Veranstaltung hat bereits stattgefunden.

Veranstaltungsserie: [Otfried Preussler – Neue Perspektiven auf einen Erfolgsautor](#)

Otfried Preußler – Neue Perspektiven auf einen Erfolgsautor

7. Februar 2024, 18:15 bis 20:15

Seite C 75 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Wer kennt sie nicht – die kleine Hexe, den Räuber Hotzenplotz oder den Zauberlehrling Krabat? Und wer kennt ihn nicht – den Figurenschöpfer und Geschichtenerzähler Otfried Preußler, der am 20. Oktober 1923 in Reichenberg/Liberec geboren wurde? Seit bald 80 Jahren erreichen seine Geschichten Leser*innen in aller Welt. Aber wer weiß heute etwas über ihre Rezeption in der DDR? Wer kennt seine frühen Arbeiten für den Hörfunk oder seinen Versuch, als Geschichtenerzähler das Fernsehen zu erobern? Welche Spuren haben der ‚kleine Junge aus Reichenberg in Böhmen‘ und der Dienst in der Hitler-Jugend in seinen Werken hinterlassen? Welche Geschichten des Erfolgsautors gilt es neu zu entdecken? Und wie wurden und werden seine Kinder- und Jugendbücher vermarktet? Aus Anlass seines 100. Geburtstags vermitteln Preußler-Forscher*innen ihre neuen Perspektiven auf den Erfolgsautor.

1. November

Dr. Andrea Weinmann (Frankfurt a. M.)

Otfried Preußler, der ‚kleine Junge aus Reichenberg in Böhmen‘. Eine literarische Spurensuche

22. November

Prof. Dr. Petra Josting (Bielefeld)

„Dienst“ in der Hitler-Jugend am Beispiel von Otfried Preußlers erstem Jugendbuch „Erntelager Geyer“ (1944)

6. Dezember

Dr. Wiebke Helm (Leipzig)

Otfried Preußler – ein (Un)Bekannter? Zur Rezeption des Schriftstellers in der DDR

13. Dezember

Dr. Tilman Spreckelsen (Frankfurt a.M.)

„Thomas Vogelschreck“ und das Höhlengleichnis. Weltliterarische Spuren im Werk Otfried Preußlers

10. Januar 2024

Dr. Anke Vogel (Mainz)

Von der Verlagsreklame zu Social Media. Marketing für Otfried Preußler und sein Werk im Thienemann Verlag, Stuttgart

24. Januar

Prof. Dr. Julia Benner (Berlin)

Krippentiere & Kettenraucher. Weihnachtsfiguren im Hörfunkwerk Otfried Preußlers

7. Februar

Prof. Dr. Thomas Boyken (Oldenburg)

„Wir werden eine Geschichte miteinander erzählen, die es noch nicht gibt und die keiner kennt. Praktiken der Autorschaft im Vollzug in „Otfried Preußler lädt ein.“ (1970)

Jeweils ab **18 Uhr c.t.**

Campus Westend, Hörsaalzentrum, HZ 13,
Theodor-W.-Adorno-Platz 5

Kontakt: weinmann@em.uni-frankfurt.de

Die Vorlesungsreihe wird gefördert durch die Waldemar-Bonsels-Stiftung und den Freundeskreis des Instituts für Jugendbuchforschung e.V.

Veranstalter

Institut für Jugendbuchforschung

In der Tageszeitung DIE WELT vom 26.02.2024, Seite 16, schreibt Marc Reichwein unter der Überschrift „Zu guter Letzt. Preußler in Pullach gecancelt:

„Pullach bei München möchte keine Schule mehr, die nach dem Kinderbuchautor Otfried Preußler (1923 bis 2013) heißt... Das Kuriose: Das dortige Staatliche Gymnasium hatte sich erst 2013 in Otfried-Preußler-Gymnasium (OPG) umbenannt... Hätte man noch zwei Jahre länger gewartet, hätte man wissen können, was jetzt stört: die Tatsache nämlich, dass Preußler als Hitlerjunge engagiert war, ein nationalsozialistisches Jugendwerk geschrieben und später verschwiegen hat: „Erntelager Geyer“, erschienen 1943, ist seit 2015 bekannt. Thema auch in den diesbezüglich eher milden Preußler-Biografien von Carsten Gansel („Kind einer schwierigen Zeit“) und Tilman Spreckelsen („Otfried Preußler. Ein Leben in Geschichten“). Dass Preußler als Teenager ein Nationalsozialist war, hat ganz wesentlich mit seiner sudetendeutschen Sozialisation im tschechischen Reichenberg (heute Liberec) zu tun. Laut ‚Bild München‘ kritisiert der Pullacher Schulleiter, dass Preußler sich von seiner nationalsozialistischen Jugend nie distanzierte. Dass der Schriftsteller in einer Zeit lebte, die noch keine Social-Media-Logik der ständigen Statements kannte, dass er Angehöriger einer Generation war, deren Scham durch ‚kommunikatives Beschweige‘ Geschichte geschrieben hat, dass sein Meisterwerk ‚Krabat‘, an dem er gesundheitlich fast zerbrochen wäre, Ausdruck einer literarischen Auseinandersetzung mit der Verführbarkeit der (eigenen) Jugend ist – all das könnte lehrreich am Namenspatron einer Bildungsstätte sein. Angeblich 22 Schulen in Deutschland heißen laut Wikipedia nach Otfried Preußler. Man kann nur hoffen, dass das plumpe Pullach nicht Schule macht.“

03) Umbenennung Otfried-Preußler-Gymnasium in Pullach

Leserbrief

Mit Erstaunen lese ich in SdP 13, 2024 v. 12.02.2024: „Otfried Preußler-Gymnasium“ in Pullach bei München soll umbenannt werden. Dankenswerter Weise erklärt ein Hinweis am Schluß der Meldung, daß die Grünen (Bürgermeisterin und Lehrer-Mehrheit in Pullach) die treibenden Kräfte sind, was nicht mehr erstaunlich, vielmehr logisch ist.

Erst beim weiteren Recherchieren erschließt sich aber, daß eine Umbenennung der Zustimmung des Bayerischen Kultusministeriums bedürfte, demnach vom Bayerischen Ministerpräsidenten mitgetragen werden müßte.

Das aber ist in Anbetracht der politischen Kräfteverhältnisse im Freistaat bis auf Weiteres wohl auszuschließen und könnte den SdP-Lesern ergänzend mitgeteilt werden, womit zugleich unnötige Beunruhigung vermieden würde.

Otfried Preußler wird demnach auch aus Pullach nicht vertrieben werden können – und das ist gut so! - Besser noch ist, daß die Goethe-Universität zu Frankfurt am Main unverdrossen ihre Preußler-Forschung weiterführt.

Univ.-Prof. Dr. Horst Rudolf Übelacker, Linz

[Bitte sehen Sie dazu auch hier den Beitrag „Fairneß für Otfried Preußler“](#) von **Dr. h.c. Bernd Posselt**, Sprecher der sudetendeutschen Volksgruppe

https://docs.google.com/document/d/14cdLPxDcgVPSA_roOo2LPzrplyCm8bjs/edit?pli=1

Bernd Posselt, Sprecher der Sudetendeutschen Volksgruppe hat in der Ausgabe der Sudetendeutschen Zeitung v. 16.2. Fairneß für Otfried Preußler eingemahnt:

Hexenjagd gegen den Vater der „Kleinen Hexe“

Einen „differenzierten und qualifizierten Umgang“ mit dem herausragenden literarischen und pädagogischen Erbe des 1923 im nordböhmischem Reichenberg geborenen und 2013 in Prien am Chiemsee verstorbenen, weltberühmten Schriftstellers **Otfried Preußler** hat der Sprecher der Sudetendeutschen Volksgruppe, Bernd Posselt, eingemahnt. Derzeit finde, ausgehend von einigen Lehrern, die das Pullacher Gymnasium, das nach Preußler heißt, umbenennen wollen, eine „richtiggehende Hexenjagd gegen den Vater der ‚Kleinen Hexe‘ und zahlreicher anderer Kinderbücher mit einer internationalen Millionenaufgabe statt.“ Preußler habe niemals geleugnet, als Teenager 1940 den Roman „Erntelager Geyer“ verfasst zu haben, der seine Erlebnisse mit dem so genannten „Jungvolk“ entsprechend dem nationalsozialistischen Zeitgeist wiedergibt: „An diesem Erstling Preußlers gibt es nichts zu beschönigen. Man darf aber nicht vergessen, dass der Autor nach **drei Jahren Ostfront**, fünf Jahren in **sowjetischen Kriegsgefangenenlagern** und der **Vertreibung aus der Heimat** mit dem braunen Gedankengut restlos gebrochen und ein auf Toleranz und Völkerverständigung hinorientiertes Lebenswerk aufgebaut hat.“ Insbesondere das an eine **sorbische Legende** anknüpfende Meisterwerk „Krabat“ sei eine warnende Auseinandersetzung mit dem Missbrauch junger Menschen durch dunkle Mächte. Von Preußler lasse sich lernen, wie verheerend der Nationalismus und die nationalsozialistische Ideologie waren, denen er in den dreißiger Jahren selbst erlag.

Mit Blick auf die Gefahr, dass derartiges Gedankengut in unserer Zeit wiederkehrt, ist das **literarische Erbe** Preußlers umso **bedeutsamer**. Die „Flucht nach Ägypten, königlich böhmischer Teil“ sei ein Roman für Erwachsene und als solcher das eindrucksvollste literarische Denkmal der Welt der Sudetendeutschen und der Tschechen vor der Vertreibung. Der Sprecher der Sudetendeutschen Volksgruppe zeigte sich in diesem Zusammenhang erfreut über die **hohe Anerkennung**, die Preußler in der Tschechischen Republik genießt.

In den 54 Jahren seit der Entlassung aus sowjetischer Gefangenschaft habe der Schriftsteller nicht nur auf eindrucksvolle Weise sowohl als Lehrer als auch als Familienvater sein Schicksal gemeistert, sondern vielen **Generationen von Jugendlichen**, von China über Afrika bis Südamerika, eine Weltsicht vermittelt, die in ihrer friedentiftenden Weise heute nötiger ist denn je. Mit Umbenennungen von Einrichtungen, die Preußlers Namen tragen, werde **pädagogisch das Gegenteil** von dem **erreicht**, was man vorgebe zu wollen: „Lieber sollte man diesen großen Erzähler für das würdigen, was er künftigen Generationen zu bieten hat - was niemanden daran hindern soll, sich auch kritisch mit seiner Lebensgeschichte auseinanderzusetzen.“

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 15, 2024

Wien, am 22. Februar 2024

<https://web.de/magazine/wissen/geschichte/otfried-preussler-gymnasium-namen-aendern-loest-hitze-debatte-39372264>

01) Zum Tag des Selbstbestimmungsrechts 2024

Grüß Gott, liebe Sudetendeutsche Rechts- und Heimatfreunde,

sie sind selten geworden, die Gedenken an den 4. März 1919, an dem unserer Volksgruppe die vom US-Präsident Woodrow *Wilson* zugesicherte Selbstbestimmung verweigert wurde. Dafür verloren im Kugelhagel Tschechischer Miliz, friedlich demonstrierende Landsleute ihr Leben oder wurden verletzt. Daran jährlich zu erinnern und damit auch an die damit verbundene „Entgermanisierung“ der unsere Volksgruppe zum Opfer fiel, war Pflicht jeder Kreisgruppe.

Das, das nur noch selten der Fall ist, liegt nicht nur an der Überalterung unserer Volksgruppe, sondern vor allem daran, wie sie selbst, bzw. die Landsmannschaft, mit dem Selbstbestimmungsrecht ihrer Mitglieder umgeht. Auf die, die Selbstbestimmung einfordern, wird zwar nicht mehr mit Kugeln geschossen, dafür mit Paragraphen. So wurde aus einer zustimmungspflichtigen Zweckänderung in der Satzung eine einfache Satzungsänderung, die nicht mehr der Zustimmung aller Mitglieder bedurfte.

Den damals noch zahlreichen Mitgliedern wurde so die Selbstbestimmung durch die eigene Landsmannschaft verweigert. Sie wurden entmündigt.

Das OLG-München schloss sich dieser, unter Mitwirkung des RAW und CSU-Staatsministers Dr. Florian Herrmann, ins Spiel gebrachten Definition an. So wurde aus der Zweckänderung eine Satzungsänderung, die „dem Lauf der Zeit geschuldet“, geändert werden konnte.

Diese Taktik hat Prof. Dr. Blumenwitz in Bezug auf die Bundesregierung, bereits 2001 beschrieben. (Pdf-Datei) So mussten 2023 nur die Namen ausgewechselt werden.

Diese Streichung des §3, beinhaltet nicht nur den Verzicht auf Heimat und geraubten Eigentum, sondern sie ist ein Verzicht auf die unverhandelbaren Menschenrechte und die Fortsetzung der Diskriminierung der Opfer durch CZ-Gesetze und Dekrete.

Posselt sprach 2002 zu recht von einem Computervirus der bei Aufnahme der CZ in die EU eingeschleust werde.

Die CZ wurde aufgenommen und der Virus ist eingeschleust. Er hat nun auch Posselt, anders wie von ihm erwartet, erfasst. Der musste es hinnehmen, trotz

seiner fortlaufenden Entschuldigungen für Verbrechen die Sudetendeutsche an Tschechen verübt hätten !?!? und des hohen Lobes von Ministerpräsident Söder am ST. 2023, auf den hoffnungslosen Platz 10 der CSU Europaliste abgestuft zu werden. Da half auch das Motto des ST 2024,

„Sudetendeutsche und Tschechen miteinander für Europa“, nichts mehr.

Das veranlasste Posselt großzügig seine Kandidatur für das EU-Parlament zurückzuziehen. Ihn bleibt jetzt nur noch die Hoffnung Senator in der Tschechischen Republik zu werden, wie er es einst verkündet hatte.

Uns stellt sich angesichts der Europawahlen die Frage; für welches Europa setzen sich Sudetendeutsche und Tschechen miteinander ein? Für das, der immer noch geltenden Vertreibungsdekrete, die 2005, für Dr. Markus Söder und die CSU, **eine Schande für den Nachbarn** waren oder das eines ungesühnten Völkermords???

„Vertreibung ist Völkermord – dem Recht auf Heimat gehört die Zukunft“. (Posselt 2006)

Das alles ist 2024 noch nicht geregelt. **Aber nichts ist auf Dauet geregelt-was nicht gerecht geregelt ist.** A. Lincoln

Dieses Vakuum könnte für Putin eine Aufforderung sein, an den Ukrainern genau so zu handeln, wie es die Tschechen an ihren Deutschen Landsleuten taten, sie zu vertreiben und sich so ethnisch zu säubern und dafür auch noch mit Milliardenbeträgen, die auch Steuergelder von den Opfern sind, belohnt zu werden.

In heimatlicher Verbundenheit

PS.: **Posselt 2002 Interviewe im Deutschlandfunk:** Die EU ist eine Rechtsgemeinschaft und wer Unrechtsdekrete in eine Rechtsgemeinschaft einschleppen will, der handelt wie jemand, der Computerviren in ein funktionierendes Datenverarbeitungssystem einschleppt. Er gefährdet das ganze Datenverarbeitungssystem, und die Rechtsgemeinschaft. Die EU muss um ihrer selbst willen darauf bestehen, dass solche Unrechtsdekrete vor einem EU-Beitritt eines Kandidatenlandes beseitigt werden. Zu diesem Zweck wurden 1993 die Kopenhagener Kriterien entwickelt, an deren Spitze Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Menschen- und Minderheitenrechte stehen.

Johann Slezak
Aubing-Ost-Straße 88
81245 München
johann.slezak@sudeten-bayern.de
Tel. +49 172 8193826

Teil D
Inhaltsverzeichnis (Seite D I)

D. Beiträge zur geschichtlichen und geographischen Landeskunde
Seiten D 1 – D 25

Allgemeines (Seite D 1 – D 2)

01) fibre Verlag: Angebot Remissionsexemplare

Baltikum (Seiten D 3 - D 7)

Estland (Seiten D 3 - D 4)

01) Katrin Groth wird Stadtschreiberin in Dorpat/Tartu, der Kulturhauptstadt Europas 2024. Im Sommer 2024 wird sie aus der Universitätsstadt berichten

Litauen (Seiten D 5 - D 7)

02) Biking Across History: Rethinking Memelland and German-Lithuanian Cultural Connections.
Educational bike tour along the Nemunas/Memel River 2024
Studienreise, 11 - 18 August 2024

Ost- und Westpreußen (Seite D 8)

Keine Beiträge!

Schlesien (Seiten D 9 – D 11)

01) Mein Kommentar dazu: Die geplante Verfilmung des Buches "Soll und Haben" wurde vom Zentralrat der Juden verboten!

Böhmen und Mähren (Seiten D 12 – D 13)

01) KARL-HEINZ MELZER: Geschichten vom Erzgebirgskamm – wenn Grenzsteine erzählen könnten

Südtirol (Seiten D 14 - D 21)

01) Verzicht auf freudige Gedenkfeier

02) WERNER NEUBAUER: 600 Jahre Grieser Wehrhaftigkeit als Teil der Tiroler Landesverteidigung

Galizien (Seiten D 22 – D 23)

- 01)** Literarischer Reiseführer Galizien. Unterwegs in Polen und der Ukraine. Buchpräsentation und Gespräch mit dem Autor Marcin Wiatr, Petro Kendzor, Alla Paslawska und Jurko Prochasko

Rumänien (Seiten D 24 – D 25)

- 01)** Einblick ins »Nichts«: Petre Solomon: Paul Celan – Die rumänische Dimension. Erinnerungen – Einflüsse – Prägungen

Georgien (Seiten D 26 – D 29)

- 01)** Zu Besuch bei den letzten Schwäbinnen Georgiens. Russlanddeutsche gibt es auch im Südkaukasus. Von Ira Peter

Allgemeines (Seite D 1 – D 2)

01) fibre Verlag: Angebot Remissionsexemplare

Angebot Remissionsexemplare (Februar 2024)

Folgende Bände aus unserem Verlagsprogramm bieten wir als Remissionsexemplare (Exemplare mit leichten Beschädigungen, Lagerspuren oder Verschmutzungen) an (AGB für dieses Angebot s. unten):

Aus der Reihe "Einzelveröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts Warschau":

Bände 3, 4, 7, 8, 11, 13, 16, 17, 19, 20, 23-25, 27-34, 37, 39

Weitere Informationen und Inhaltsverzeichnisse:

<https://www.fibre-verlag.de/verlagskatalog/reihen/dhi.html>

Preis pro Band: EUR 8,00 inkl. MwSt zuzügl. Versandkostenpauschale (s.u.)

Jahrbuch "Preußenland":

Bände 1-6, 9, 10.

Weitere Informationen und Inhaltsverzeichnisse:

<https://www.fibre-verlag.de/verlagskatalog/reihen/preussenland.html>

Preis pro Band: EUR 8,00 inkl. MwSt. zuzügl. Versandkostenpauschale (s.u.)

Restexemplare Einzeltitel (nicht über den fibre-Webshop bestellbar, nur noch wenige Exemplare aus Vertriebskooperationen verfügbar):

1. Rafał Żytyniec: Zwischen Verlust und Wiedergewinn.

Ostpreußen als Erinnerungslandschaft der deutschen und polnischen Literatur nach 1945

Olsztyn 2007

Preis: EUR 8,00 inkl. MwSt. zuzügl. Versandkostenpauschale (s.u.).

2. Atlantis des Nordens / Atlantyda Północy.

Das ehemalige Ostpreußen in der Fotografie.

Autoren: Kazimierz Brakoniecki und Konrad Nawrocki

Olsztyn 1993. Zweisprachiger Ausstellungskatalog, 129 z.T. großformatige Schwarzweißfotos

Preis: EUR 20,00 inkl. MwSt. zuzügl. EUR 5,00 Versandkosten.

AGB für dieses Angebot:

Bearbeitung in der Reihenfolge des Bestell-Eingangs, solange der Vorrat reicht; Bestellungen bitte nur per E-Mail.

Bitte unten Rechnungs-/Lieferanschrift eintragen und mit "Antworten" zurücksenden; PDF-Vorkasserechnung, Auslieferung nach Zahlungseingang per Post (Büchersendung/Päckchen/Paket).

Versandkostenpauschale Inland: 1 Expl. EUR 3,50, ab 2 Expl. EUR 6,00.

Auslandsversandkosten auf Anfrage.

Rechnungs-/Lieferanschrift (bitte hier eintragen):

Bitte beachten Sie auch unser ständiges Angebot von Restexemplaren:

<https://www.fibre-verlag.de/katalog/modernes-antiquariat.html>

fibre Verlag | Inh. Dr. Peter Fischer

Wildpfad 9 | D-49082 Osnabrück

Telefon +49 (0)541 33545312

<https://www.fibre-verlag.de>

info@fibre-verlag.de

Baltikum (Seiten D 3 - D 7)

Estland (Seiten D 3 - D 4)

01) Katrin Groth wird Stadtschreiberin in Dorpat/Tartu, der Kulturhauptstadt Europas 2024. Im Sommer 2024 wird sie aus der Universitätsstadt berichten



Das Hauptgebäude der Universität ist eines der Wahrzeichen Dorpats/Tartus.
Fotos: Porträt Katrin Groth: © Kim Lucia Ruoff / Bild der Universität und Collage:
© DKF 08. Februar 2024

Eine vom Deutschen Kulturforum östliches Europa berufene Jury, der auch eine Vertreterin der Botschaft Estlands in Berlin und eine Vertreterin der Universität Dorpat/Tartu angehörten, hat die in Berlin lebende freie Journalistin Katrin Groth zur diesjährigen Stadtschreiberin in Dorpat auserkoren.

Die gebürtige Berlinerin **Katrin Groth** studierte Stadtplanung und Historische Urbanistik in Berlin und Hamburg. Ersten Praktika im In- und Ausland folgten ein journalistisches Volontariat beim Berliner Kurier und die Ausbildung an der Reportageschule zu Erzähljournalismus in Text, Foto und Podcast. Seit 2016 ist sie als freie Journalistin tätig und schreibt unter anderem für DIE ZEIT, brand eins, Stern, GEO und den Tagesspiegel. Ab Frühsommer 2024 wird sie vier Monate in Dorpat verbringen und sich ausgehend von ihrem Interesse an Stadtgeschichte und Stadtentwicklung auf die Suche machen. Nach den Spuren des deutschen Kulturerbes vor Ort. Danach, wie diese heute bewahrt, vermittelt und auch in der zeitgenössischen Kunst reflektiert werden. Sie will »mehr erzählen als das, was schon bekannt ist« und scheut dabei nicht vor den »sperrigen Themen«, wie der Bedeutung der aktuellen außenpolitischen Lage und des Klimawandels für die Menschen in Südostestland zurück. Da ihre Lieblingsformate die Reportage und das Porträt sind, dürfen wir gespannt sein, welche Menschen und welche Perspektiven und Geschichten Katrin Groth uns im Laufe des Sommers vorstellen wird.

Seite D 4 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Hier finden Sie ihr Profil auf  www.freischreiber.de.

Das Stadtschreiber-Stipendium des Deutschen Kulturforums östliches Europa, das von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) dotiert wird, dient dazu, das gemeinsame kulturelle Erbe der Deutschen und ihrer Nachbarn in jenen Regionen Mittel- und Osteuropas, in denen auch Deutsche gelebt haben oder heute noch leben, in der breiten Öffentlichkeit bekannt zu machen. Es soll darüber hinaus das gegenseitige Verständnis und den interkulturellen Dialog fördern. Als Wanderstipendium konzipiert, war es bisher in Danzig/Gdańsk (2009), Fünfkirchen/Pécs (2010), Reval/Tallinn (2011), Marburg an der Drau/Maribor (2012), Kaschau/Košice (2013), Riga/Rīga (2014), Pilsen/Plzeň (2015), Breslau/Wrocław (2016), Kronstadt/Braşov (2017), Lemberg/Lwiw (2018), Allenstein/Olsztyn (2019), Rijeka/Fiume (2020), Odessa/Odesa (2021), Memel/Klaipėda (2022) und Temeswar/Timişoara (2023) angesiedelt.

Träger des Stipendiums:



Deutsches Kulturforum östliches Europa

Kooperationspartner:



[Deutsches Kulturinstitut Dorpat/Tartu Saksa Kultuuri Instituut](http://www.kulturforum.info/de/preise-stipendien/stadtschreiber-stipendium/8999-katrin-groth-wird-stadtschreiberin-in-dorpat-tartu-der-kulturhauptstadt-europas-2024)

<https://www.kulturforum.info/de/preise-stipendien/stadtschreiber-stipendium/8999-katrin-groth-wird-stadtschreiberin-in-dorpat-tartu-der-kulturhauptstadt-europas-2024>

Pressekontakt

Dr. Martin Pabst
Arbeitsbereich Baltische Länder
T: +49 (0)331 20098-14
pabst@kulturforum.info

L i t a u e n (Seiten D 5 - D 7)

02) Biking Across History: Rethinking Memelland and German-Lithuanian Cultural Connections.

Educational bike tour along the Nemunas/Memel River 2024

Studienreise, 11 - 18 August 2024



We invite young people to experience the history and culture of the Nemunas/Memel region together by bike from 11 to 18 August 2024.

Who we are looking for:

We are looking for young people who are enthusiastic about the culture and history of the Nemunas/Memel region and would like to discover it together by bike.

What do we offer?

- From Kaunas to Klaipėda by bike in 7 days. Max. 85 km per day: 11–18 August 2024.
- Extensive cultural programme and a search for traces of the history of the Nemunas/Memel region.
- The participants give small presentations.
- The working language of the trip is English.
- A transport cart for the luggage and breakdowns.
- Participation fees: 125 euros for students; 195 euros for civic education multipliers. (for Lithuanian students: 105 euro)
- The participation fees include accommodation, full board, bike rental and entrance fees.
- Arrival to Kaunas and departure from Klaipėda is on your own.
- Age: 18-45 (young people between 18 and 35 as well as multipliers from the field of educational work up to the age of 45 years)
- Registration deadline is 04 April 2024. You will receive an answer within one week.

How to apply?

The deadline for applications is **04 April 2024**. Please apply via our [GoogleForms](#) (contact details, biographical information, short letter of motivation, own presentation idea etc.). You will receive an answer within one week.

By applying, you agree to the [conditions of participation](#).

If you have any questions, please do not hesitate to [contact us](#)!

You will receive notification about your application by **12 April 2024**.

Project Idea



Photo: Ruth Leiserowitz: Memel und Rambynas 1998 (CC-BY-SA-4.0)

The Nemunas/Memel is a European river in many respects, the regions to the west and east of it as well as the historical Memelland form a "microcosm of Europe" (Andreas Kossert). Its history and present are therefore particularly suitable for the negotiation of our common as well as the dividing history(s).

The Nemunas/Memel River, which has its source in Belarus, runs through Lithuania and on the last stretch of its course forms the European external border to the Russian Federation and its oblast Kaliningrad. The eastern bank of this last stretch, up to the town of Memel/Klaipėda, historically formed the north-eastern territory of East Prussia and, after the First World War, the Memelland. Historically, the Nemunas/Memel River formed the border between the Teutonic Order (later Prussia) and (Polish) Lithuania (later Tsarist Russia) for centuries. In reality, this historically uniquely stable border was very permeable for people and their cultural and economic exchange. It represents a unique contact space between German, Baltic and Slavic language areas, between different Protestant religious communities, Catholics and Jews.

The First World War destabilised the region, the Second World War destroyed its demographic and historical structure. The Jews of the region were largely deported and murdered by Nazi Germany, and the Baltic and Slavic inhabitants became second- or third-class citizens during German rule in World War II. At the end of the Second World War, large parts of the German population fled, those who remained were often mistreated and later expelled. Many Lithuanians resisted the forcible integration of Lithuania into the Soviet Union.

The end of Soviet rule after 1991 made possible a new, open and cross-border confrontation with history both in Lithuania, which is free again. Today, Lithuania cultivates the multi-ethnic

Seite D 7 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

and multi-religious heritage of its regions and many young people dedicate themselves to these stories in the form of scientific research, contemporary witness projects or cultural work.

The educational cycling tour serves to explore these history(s) and the present of the Nemunas/Memel region. An integral part of the project is the search for traces of Jewish and German cultural heritage in the region. The current situation on the border between the European Union and Russia will also be a topic. For this purpose, various (historical) places, cultural institutions and landscapes will be visited.

A central element of the educational trip is also the exchange with the local population and the holding of eyewitness talks. In addition to lectures by experts, the participants are invited to develop short impulse presentations on various stations and topics of the trip.

Contact person:

Dr. Vincent Regente
Head of Department EU & Europe
Tel.: +49 30 88412 288

Educational leave / Bildungsurlaub / Bildungszeit

Please let us know if you need to apply for educational leave/education time for the project in your federal state.

Funding and Partners:

The Federal Ministry of the Interior and Home Affairs (Bundesministerium des Innern und für Heimat) has indicated that it will provide funding.

The [Stadtgemeinschaft Tilsit e. V.](#) supports the project in terms of content and funding.

Further support is requested from the [Cultural Department for East Prussia and the Baltic States](#) (Kulturreferat für Ostpreußen und das Baltikum).

Project co-operations with the [German Cultural Forum for Eastern Europe](#) (Deutsches Kulturforum Östliches Europa) and the [International Students of History Association](#) are being considered.

Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

<https://www.deutsche-gesellschaft-ev.de/veranstaltungen/studienreisen/1826-memel-2024.html>

Seite D 8 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Ost- und Westpreußen (Seite D 8)

Keine Beiträge!

S c h l e s i e n (Seiten D 9 – D 11)

01) Mein Kommentar dazu: Die geplante Verfilmung des Buches "Soll und Haben" wurde vom Zentralrat der Juden verboten!

Posteingang

Gerald Franz 12.02.2024

an Ingrid.Rimland-Zuendel

Mein Kommentar dazu: Die geplante Verfilmung des Buches "Soll und Haben" wurde vom Zentralrat der Juden verboten!

Nachfolgende Quelle wurde inzwischen politisch korrekt entsorgt

Quelle: <http://www.preussische-allgemeine.de/nachrichten/artikel/fast-ausradiertes-autor.html>

Fast ausradiertes Autor

Zum 200. Geburtstag des Schlesiens Gustav Freytag – Sein Roman »Soll und Haben« reizt viele Gemüter

05.07.16

Nationalliberaler Autor und Kritiker Bismarcks: Gustav Freytag Bild: Archiv

Der schlesische Autor Gustav Freytag ist seit 1945 von der Literaturwissenschaft regelrecht geächtet. Dem Schöpfer des Romans „Soll und Haben“ wird postum Antisemitismus vorgeworfen – eine Anklage, mit der er zu Lebzeiten nie konfrontiert wurde.

1855 erschien im Leipziger Verlag Salomon Hirzel der Bildungsroman „Soll und Haben“, der seinen Autor Gustav Freytag auf Anhieb zu einem der bekanntesten deutschen Autoren machte. Das Buch über einen rechtschaffenden Breslauer Kaufmanns-Lehrling wurde ein über die Jahrzehnte millionenfach verkaufter Bestseller, zumal dieser Lobgesang auf das Bürgertum die Leser mit Intrigen, Kriegsfehden und Liebesszenen bestens unterhält.

Wäre da bloß nicht ein Jude namens Veitel Itzig, der in Breslau als Gegenspieler des Lehrlings

– Achtung, Nomen est omen! – Anton Wohlfahrt alle Klischees in sich vereinigt, die man mit einem Juden früher verbunden hat: unehrlich, geldgierig, fies. Übertroffen wird diese Karikatur des Bösen nur von Fagin, dem jüdischen Hehler aus Charles Dickens Roman „Oliver Twist“. Während aber Dickens weltweit als Klassiker gefeiert und gelesen wird, liegen die Dinge bei Freytag anders. Der Schatten der NS-Zeit liegt auf dem Autor, hatte man damals doch „Soll und Haben“ in den Dienst der Rassenideologie gestellt. Seitdem liegt die braune Farbe so dick auf dem Werk, dass in den 1970er Jahren selbst der Regisseur Rainer Werner Fassbinder mit einer Verfilmung daran scheiterte. Sein Filmprojekt wurde vom WDR gestoppt. Vom viel anstößigeren „Oliver Twist“ hingegen gab es seitdem ein gutes Dutzend Verfilmungen. Freytag hätte nur mit dem Kopf geschüttelt angesichts dieser zeitgeistigen Verzagtheit. Der am

13. Juli 1816 im schlesischen Kreuzberg geborene Autor, dessen Vater Arzt und Bürgermeister des Ortes war, ist nie Antisemit gewesen. Im Gegenteil: Er schrieb mit einem Aufsatz gegen Wagners Pamphlet „Über das Judentum in der Musik“ an, engagierte sich im „Verein zur Abwehr des Antisemitismus“ und heiratete mit 75 Jahren in dritter Ehe die Wiener Jüdin Anna Strakosch. Dass seine Zeitgenossen sich nicht an den Klischees in „Soll und Haben“ stießen, verdeutlicht das Lob der jüdischen Autorin Fanny Lewald, die das Buch als „den ersten Roman, dessen Lektüre mir durchweg Vergnügen bereitere“ pries. In der Literatur des 19. Jahrhunderts war es durchaus nicht unüblich, dass man Stereotypen als Kontrastmittel einsetzte, ohne damit Vorurteile schüren zu wollen. Ähnlich verfuhr auch Wilhelm Raabe in seinem Roman „Der Hungerpastor“, wo wie bei Freytag ein Judensohn den negativen Gegenpol zum aufstrebenden Helden bildet. Anders als Freytag wird Raabe heute noch vielfach gelesen, da er später Abstand von seinem frühen Roman nahm und in späteren Erzählungen auch „gute“ Juden in den Mittelpunkt stellte.

Das tat Freytag schon in „Soll und Haben“. Denn dort freundet sich Lehrling Wohlfahrt mit dem Sohn eines Juden an. Doch beim Antisemitismusverdikt, der über dem Werk liegt, wird die differenzierte Darstellung geflissentlich übersehen. Und sie überdeckt zwei viel gravierender wiegende sozialkritische Ansätze: So stellt Freytag in der Person des bankrotten Barons von Rothsattel eine Adelswelt vor, die ohne Hilfe des Bürgertums nicht mehr überlebensfähig ist. Und mit seiner Schilderung deutscher Kolonisten auf polnischem Gebiet, die sich gegen Aufständische wehren, baut er auf gängige Vorurteile gegenüber der „Polenwirtschaft“, welche der deutschen unterlegen sei.

Hier kommt im ersten Fall seine liberale und zum zweiten auch seine nationale Anschauung zum Tragen. Nachdem Freytag keine Anstellung als Professor der Philologie an der Universität von Breslau fand, wurde er Mit-

Herausgeber der bürgerlich-liberalen Zeitung „Der Grenzbote“, die nach dem Revolutionsjahr 1848 zum Sprachrohr der liberalen Bewegung wurde.

Freytag selbst setzte sich als Mitglied des Deutschen Nationalvereins für die Bildung eines kleindeutschen Staates unter preußischer Führung ein und vertrat dieses auch kurze Zeit als Abgeordneter der Liberalen im Norddeutschen Reichstag. In Gegnerschaft zu Bismarcks konservativer Linie zog sich Freytag enttäuscht aus der Politik zurück und widmete sich wieder der Literatur. So entstand ab 1870 sein monumentaler Romanzyklus „Die Ahnen“, in dem er in sechs Bänden die Geschichte einer Familie vom frühen Mittelalter bis ins Jahr 1848 nachzeichnet.

Über diesen Bänden liegt heute der Staub der Vergangenheit. Es liegt auch daran, dass sich Freytag als Romanautor seiner eigenen Dramentheorie verpflichtet fühlte und seinen in ein starres Handlungskorsett geschnürten Helden keinen Raum zur individuellen Entwicklung gab. Freytag schrieb 1863 mit „Die Technik des Dramas“ ein damals viel rezipiertes Lehrbuch des Theaters, mit dem er ein Fazit seiner schriftstellerischen Anfänge als Dramatiker zog. Sein bekanntestes Drama „Die Journalisten“ wurde sogar noch im Jahr 1961 verfilmt.

Auch „Soll und Haben“ leidet an einem schematischen Dramen-Aufbau sowie Schwarz-Weiß-Kontrasten. Trotzdem sollte keiner einen Bogen um dieses Werk machen, geschweige denn es totsichweigen oder in den Giftschrank stellen. Auch wenn Freytag als Autor aus dem Fundus damals gängiger Ressentiments schöpfte, die den Weg zum Nationalsozialismus ebneten, so war der am

30. April 1895 in Wiesbaden gestorbene und in seinem Wohnort Siebleben bei Gotha bestattete Autor weder Vorläufer noch Vordenker ebenjener Bewegung.

Mit seinem Werk steht Freytag trotz allem auf einer Stufe mit den großen Erzählern des Realismus wie Theodor Storm, Gottfried Keller, Theodor Fontane, C. F. Meyer oder Wilhelm Raabe. Es wäre falsch, wollte man versuchen, den Schlesier nachträglich aus der deutschen Literaturgeschichte auszuradieren. Harald Tews

B ö h m e n u n d M ä h r e n (Seiten D 12 – D 13)

01) KARL-HEINZ MELZER: Geschichten vom Erzgebirgskamm – wenn Grenzsteine erzählen könnten

Das abgelegene Kammgebiet des **Erzgebirges** hat eine erstaunlich bewegte Geschichte. Urbar gemacht und dicht besiedelt nach Entdeckung des Erzreichtums, mussten nach dem Niedergang des Bergbaus **neue Gewerbe** gefunden werden wie das **Leitermachen**, das **Nagelschmieden**, das **Klöppeln**, das **Laborantenwesen** und vor allem **Waldarbeiten**. Es war die Zeit, da noch die Meiler brannten. Die Armut führte aber auch zum Paschen, zu Raub und Wildern, was auf das Grausamste bestraft wurde. In Kriegszeiten hatte diese Region den Durchmarsch von plündernden Truppen zu erdulden. Die Vertreibung protestantischer Böhmen über die Grenze und Jahrhunderte später der Sudetendeutschen machten das Kammgebiet zu einer Region des Schreckens. Dieses Buch berichtet von den gegensätzlichen Tatsachen und Ereignissen, welche über Jahrhunderte die Geschichte des Erzgebirgskamms auf böhmischer und wie auf sächsischer Seite bestimmt haben. Die Grenzsteine hätten viel zu erzählen von diesseits und jenseits der Grenze, von hüten wie von drüben. [Hier geht es zum Buch des Regionalhistorikers und Mundartautors Melzer.](https://www.tschirner-kosova.de/produkte/geschichten-vom-erzgebirgskamm-wenn-grenzsteine-erzaehlen-koennten)

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 12, 2024

Wien, am 08. Februar 2024

<https://www.tschirner-kosova.de/produkte/geschichten-vom-erzgebirgskamm-wenn-grenzsteine-erzaehlen-koennten>

TSCHIRNER & KOSOVÁ

Geschichten vom Erzgebirgskamm – wenn Grenzsteine erzählen könnten (ET 4.11.2023)



Geschichten vom Erzgebirgskamm – wenn Grenzsteine erzählen könnten

Karl-Heinz Melzer
156 Seiten
978-3-910195-75-2

2. Auflage erscheint am 4. November 2023

29,80 € zzgl. Versandkosten

Das abgelegene Kammgebiet des Erzgebirges hat eine erstaunlich bewegte Geschichte. Urbar gemacht und dicht besiedelt nach Entdeckung des Erzreichtums, mussten nach dem Niedergang des Bergbaus neue Gewerbe gefunden werden wie das Leitemachen, das Nagelschmieden, das Klöppeln, das Laborantenwesen und vor allem Waldarbeiten. Es war die Zeit, da noch die Meiler brannten. Die Armut führte aber auch zum Paschen, zu Raub und Wildern, was auf das Grausamste bestraft wurde. In Kriegszeiten hatte diese Region den Durchmarsch plündernden Truppen zu erdulden. Die Vertreibung protestantischer Böhmen über die Grenze und Jahrhunderte später der Sudetendeutschen machten das Kammgebiet zu einer Region des Schreckens. Dieses Buch berichtet von den gegensätzlichen Tatsachen und Ereignissen, welche über Jahrhunderte die Geschichte des Erzgebirgskamms auf böhmischer und wie auf sächsischer Seite bestimmt haben. Die Grenzsteine hätten viel zu erzählen von diesseits und jenseits der Grenze, von hüben wie von drüben.

Erscheint am 4. November 2023

Südtirol (Seiten D 14 - D 21)

01) Verzicht auf freudige Gedenkfeier

Der „Südtiroler Heimatbund“ (SHB) gedachte seiner Gründung vor nunmehr 50 Jahren mit einer Presseaus-sendung. [Nachstehend sehen Sie diese](#), zusammen mit Bildern aus der Geschichte des Heimatbundes.

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 11, 2024

Wien, am 06. Februar 2024

<https://suedtirol-info.at/verzicht-auf-freudige-gedenkfeier/>



[Südtirol Informations-Dienst](#)

Verzicht auf freudige Gedenkfeier



Der „Südtiroler Heimatbund“ (SHB) gedachte seiner Gründung vor 50 Jahren mit einer Presseaus-sendung. Nachstehend bringen wir diese zusammen mit Bildern aus der Geschichte des Heimatbundes.



Seite D 15 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Der „Südtiroler Heimatbund“ (SHB) wurde am 9. Februar 1974 in St. Pauls/Eppan als Vereinigung der Südtiroler politischen Häftlinge gegründet. Maßgeblich dazu beigetragen hat dazu der ehemalige SVP-Landesrat Sepp Mayr, dem wir auch heute noch dafür großen Dank schulden. Unter den wachsamen Augen von Carabinieri, DIGOS und Staatsanwaltschaft begann der SHB seinen Einsatz für die Heimat.

Die Satzungen erklärten zum Ziel **„die Durchsetzung des seit 1919 verwehrt Selbstbestimmungsrechtes, das die Entscheidung über die Wiedervereinigung des geteilten Tirol zum Gegenstand hat. Die angestrebte Wiedervereinigung soll entweder durch einen einzigen Volksentscheid oder durch schrittweisen Vollzug verwirklicht werden.“**

In der Satzung heißt es weiter: **„Der Südtiroler Heimatbund gründet seine Ideale auf die freiheitlichen Grundsätze des alten Tirol, auf die Opfer und Leiden der Tiroler bis in die jüngste Zeit und auf den unerschütterlichen Glauben an die unveräußerlichen Rechte unserer Heimat Tirol.“**

Der erste Obmann war von 1974 bis 1990 **Hans Stieler** aus Bozen-Gries, ein Freiheitskämpfer, der bereits 1957 verhaftet und von den Carabinieri schwer gefoltert worden war.



Bereits 1956 hatten Hans Stieler und seine Freunde aus Protest gegen die Unterdrückung und Italianisierung Südtirols Masten gesprengt.

Dann übernahm der ebenfalls schwergefolterte **Freiheitskämpfer Sepp Mitterhofer** aus Meran-Obermais die Obmannschaft.



Sepp Mitterhofer in Haft und als Vortragender im „Südtiroler Heimatbund“ in späteren Jahren.

Er leitete den Heimatbund 21 Jahre lang, bis er im Mai 2011 die Obmannschaft an seinen langjährigen Mitarbeiter **Roland Lang**, Obstbauer in Siebeneich bei Terlan, übergab.



Roland Lang (links) übernahm die Obmannschaft im SHB von Sepp Mitterhofer (rechts)

In all diesen Jahren betreute der SHB die Familien ehemaliger Freiheitskämpfer, organisierte zahlreiche Veranstaltungen zur Stärkung des Tirol-Bewusstseins, gestaltete gemeinsam mit dem Südtiroler Schützenbund die alljährlichen Kerschbaumer-Gedenkfeiern in St. Pauls, hielt Kontakt zu führenden Politikern auf beiden Seiten des Brenners und nahm an Fernsehdiskussionen teil. Das Recht auf Selbstbestimmung war immer der Leitgedanke der Vereinigung.



Gedenkfeier zu Ehren der verstorbenen Freiheitskämpfer auf dem Friedhof in St. Pauls



Gedenkmesse für die verstorbenen Freiheitskämpfer in St. Pauls

Seite D 18 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Der SHB gab zahlreiche Pressedienste und Publikationen heraus und war an der Gründung und Gestaltung der ständigen Ausstellung „BAS – Opfer für die Freiheit“ in Bozen federführend beteiligt. Sehr viel werden auch die Nachrufe für verstorbene Freiheitskämpfer gelesen.



Publikationen des SHB

26. Oktober 1956 - 26. Oktober 2007, Staatsfeiertag

ÖSTERREICH IST FREI!

Die letzten Besatzungssoldaten der vier Siegermächte haben Österreich 1956 verlassen. Wann zieht sich endlich auch die italienische Staatsgewalt – welche unser Land 1919 nicht befreit sondern besetzt hat – aus Südtirol zurück?



LANDESEINHEIT - JETZT!

Auftraggeber: Südtiroler Heimatbund, Roland Lang, Triester, Roland Lang/Heimatbund.com
Südtiroler Heimatbund, Flatscherstraße 12, 39012 Merano



Seite D 19 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

SHB-Anzeige in der Tageszeitung „Dolomiten“ SHB-Postkarte zum Gedenken an den von einem italienischen Auftragsmörder im Schlaf erschossenen Freiheitskämpfer Luis Amplatz aus Bozen-Gries.

Es hätte sich angeboten, im Februar 2024 das 50jährige Jubiläum der Gründung feierlich zu begehen. Dort wollten wir uns bei vielen Landsleuten und zahlreichen Organisationen wie dem Schützenbund und dem Andreas Hofer Bund für die Unterstützung und der guten Zusammenarbeit bedanken. Das möchte der SHB an dieser Stelle tun.

100 Jahre nach den Vernichtungsmaßnahmen des Faschismus gegen die deutsche und ladinische Kultur des Landes sehen wir uns jedoch damit konfrontiert, dass ein Südtiroler Landeshauptmann mit der neofaschistischen Partei „Fratelli d’Italia“ eine Koalition eingeht und diesem verderblichen Bündnis die bisherigen autonomiepolitischen Zielsetzungen opfert.

Angesichts dieser traurigen Lage wird der SHB auf jegliche Freudenfeier verzichten, gelobt jedoch, mit allen Kräften weiterhin für die volkstumpolitischen Belange der Heimat einzutreten.

Durchgeführt wurde nur die vorgesehene Ehrung der Freiheitskämpfer durch die drei Obmänner. Roland Lang und die beiden Stellvertreter Meinrad Berger und Luis Pixner legten an der Ehrentafel für Kerschbaumer und seine Mitstreiter im Friedhof von St. Pauls ein Blumengesteck nieder. Ob der Einsatz dieser Männer und Frauen für ein freies Tirol umsonst war? „Nie wieder Faschismus“ steht auf der Schleife.



Kranzniederlegung in St. Pauls. Von links nach rechts: Meinrad Berger, Luis Pixner und SHB-Obmann Roland Lang

Seite D 20 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Es werden wieder bessere Tage kommen, dann können wir wieder feiern, so Obmann Roland Lang und die beiden Obmann-Stellvertreter Luis Pixner und Meinrad Berger.

Roland Lang
Obmann des Südtiroler Heimatbundes (SHB)

02) WERNER NEUBAUER: 600 Jahre Grieser Wehrhaftigkeit als Teil der Tiroler Landesverteidigung

[In diesem prächtigen Werk](#) wird erstmals die Geschichte der traditionsreichen **Schützenkompanie Gries** beleuchtet. Eingebettet in die Gesamt-Tiroler Geschichte existieren historische Hinweise auf den Ursprung der Grieser Schützen, die bis an den Beginn des 15. Jahrhunderts zurück reichen. Der Kunsthistoriker, NR-Abg. a.D. **Werner Neubauer** hat für diese Arbeit in den Archiven in Wien, Innsbruck und Bozen recherchiert und zum Teil unbekannte bzw. sensationelle Unterlagen entdeckt. Besonders zur Person des Tiroler Freiheitskämpfers **Josef Eisenstecken** waren das Staats- und Kriegsarchiv in Wien eine wahre Fundgrube. Neben den Ausrückungen der Grieser über die letzten vier Jahrhunderte schildert der Autor auch interne Familiengeschichten und verknüpft diese geschickt mit der Historie der Schützen. Entlang der Jahrhunderte werden historische Ereignisse mit Beteiligung der Schützenkompanie aufgezeigt und die Geschehnisse entlang der Wiedergründung im Jahr 1959 bis in die heutige Zeit anhand des vereinseigenen Archivs dargelegt

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 12, 2024

Wien, am 08. Februar 2024

<https://www.oeffekt.it/produkt/600-jahre-grieser-wehrhaftigkeit-als-teil-der-tiroler-landesverteidigung/>



600 Jahre Grieser Wehrhaftigkeit als Teil der Tiroler Landesverteidigung

In diesem Werk wird erstmals die Geschichte der traditionsreichen Schützenkompanie Gries beleuchtet. Eingebettet in die Gesamt-Tiroler Geschichte existieren historische Hinweise auf den Ursprung der Grieser Schützen, die bis an den Beginn des 15. Jahrhunderts zurück reichen. Der Kunsthistoriker Werner Neubauer hat für diese Arbeit in den Archiven in Wien, Innsbruck und Bozen recherchiert und zum Teil unbekanntes bzw. sensationelle Unterlagen entdeckt. Besonders zur Person des Tiroler Freiheitskämpfers Josef Eisenstecken waren das Staats- und Kriegsarchiv in Wien eine wahre Fundgrube. Neben den Ausrückungen der Grieser über die letzten vier Jahrhunderte schildert der Autor auch interne Familiengeschichten und verknüpft diese Geschichte mit der Historie der Schützen. Entlang der Jahrhunderte werden historische Ereignisse mit Beteiligung der Schützenkompanie aufgezeigt und die Geschehnisse entlang der Wiedergründung im Jahr 1959 bis in die heutige Zeit anhand des vereinseigenen Archivs dargelegt.

Autor: Werner Neubauer

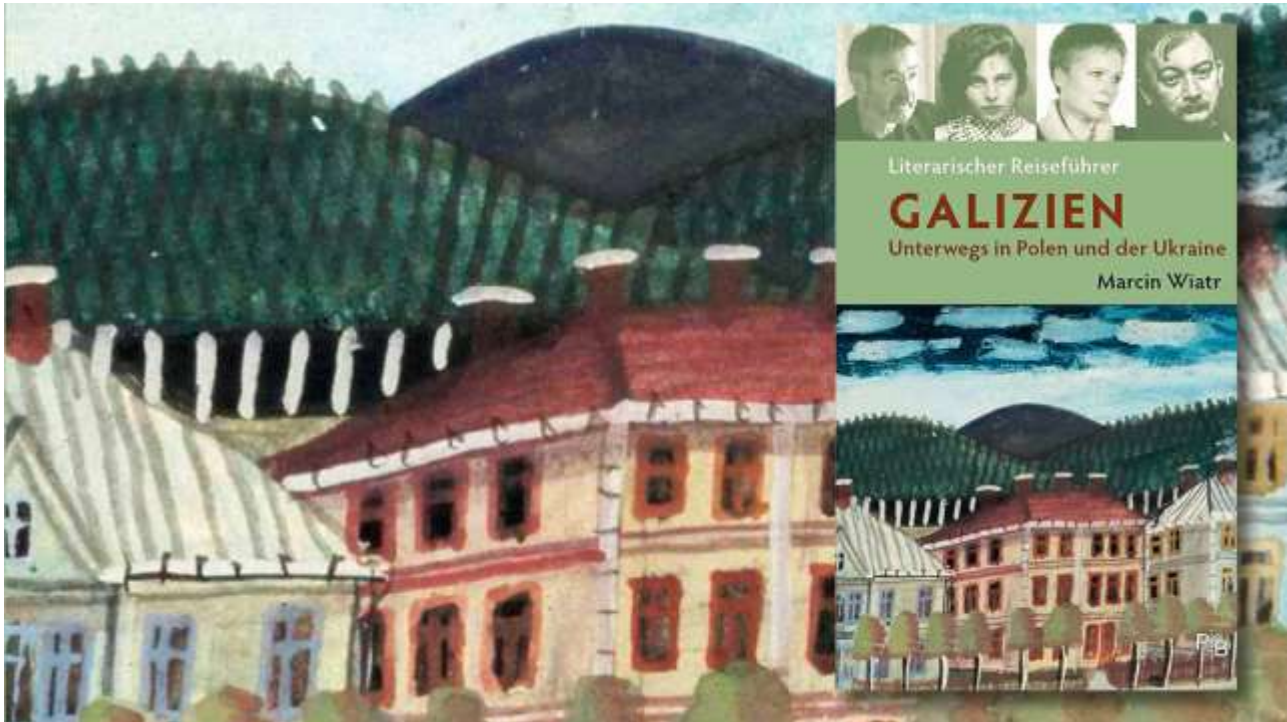
Format: 26 x 23,5 cm

Seiten: 530

30.00 €

Galizien (Seiten D 22 – D 23)

- 01) Literarischer Reiseführer Galizien. Unterwegs in Polen und der Ukraine.
Buchpräsentation und Gespräch mit dem Autor Marcin Wiatr, Petro
Kendzor, Alla Paslawska und Jurko Prochasko



Cover und Ausschnitt im Hintergrund: *Landschaft bei Krynica*, Gemälde von Nikifor (1895–1968). Öl, Aquarell, Gauche auf Karton, Ausschnitt.

© akg-images/Mondadori Portfolio/2004/MondadoriPortfolio

Galizien ist fester Bestandteil des Habsburgermythos und Inbegriff weltverlorener Abgeschiedenheit, ostjüdischer Kulturtraditionen, kakanischer Lebensart und unbeschreiblicher Armut. Auch wenn es das supranationale Gebilde namens Habsburgermonarchie, zu dem Galizien zwischen 1772 und 1918 gehörte, nicht mehr gibt, lebt Galizien in der Literatur fort.

Neben Leopold von Sacher-Masoch, Iwan Franko und Karl Emil Franzos befassten sich Joseph Roth, Bruno Schulz, Mascha Kaléko, Stanisław Vincenz, Józef Wittlin, Hnat Chotkewytsch, Zygmunt Haupt, Stanisław Lem und Isaak Babel mit galizischen Themen. Heute tun dies unter anderen Sophia und Juri Andruchowytsch, Andrzej Stasiuk, Olga Tokarczuk, Martin Pollack, Tanja Maljartschuk, Taras und Jurko Prochasko, Ziemowit Szczerek, Natalka Sniadanko, Maxim Biller.

Das Buch [Literarischer Reiseführer Galizien. Unterwegs in Polen und der Ukraine](#) führt an Orte europäischer Geschichte im Südosten Polens und im Westen der Ukraine. Die Streifzüge durch die naturräumliche, künstlerische und literarische Landschaft Galiziens von Krakau über Tarnow bis nach Brody sowie von Lemberg über Drohobytsch, Stanislau/Iwano-Frankiwnsk und Boryslau bis nach Zakopane sind mit Karten und Bildern versehen.

Der Historiker und Germanist **Marcin Wiatr** ruft der Leserschaft ins Bewusstsein, dass Galizien historische Lektionen bereithält, die uns alle in Europa angehen.

Seite D 23 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

»Der Historiker Marcin Wiatr leitet den Leser durch diese Landschaft, die zu etwa gleichen Teilen zu Polen und der Ukraine gehört – durch die Berge, durch das jüdische Galizien, in Städte wie Krakau und Lemberg und in das Gebiet der einstigen Erdölförderung. Dabei breitet er einen bunten Teppich aus literarischen und historischen Zeugnissen aus. Namen leuchten auf, von Alfred Döblin und Mascha Kaleko in den Zwanzigerjahren bis zu Jurij Andruchowytch, der nach 1989 den »Karpatenkarneval« begründete, ein Dichterfest. Praktische Hinweise sind knappgehalten. Dafür wird der Genius Loci so wirksam herbeigezaubert, dass man Mühe hat, die Lektüre zu unterbrechen. Selbst Gorbatschow und Selenskyj tauchen auf. »Literarischer Reiseführer« ist für diesen Führer wahrlich ein Understatement.«




Gerhard Gnauck, F.A.Z.



Marcin Wiatr 2022. Foto: privat

Marcin Wiatr, geboren 1975 in Gleiwitz/Gliwice, studierte Germanistik, deutsche Geschichte, Erziehungs- und Übersetzungswissenschaften an den Universitäten Oppeln/Opole, Kiel und Krakau. Er wurde mit einer Arbeit über den Politiker Wojciech Korfanty promoviert. 2016 erschien im Verlag des Deutschen Kulturforums sein [Literarischer Reiseführer Oberschlesien](#), 2018 folgte ein Sammelband »Phantomsschmerz oder Cholonek und andere« mit seinen Essays zu Oberschlesiens Geschichte und Gegenwart. Daneben publizierte und übersetzte er zahlreiche Beiträge und Publikationen zu deutsch-polnischen Beziehungen in Literatur und Sportgeschichte.

Wiatr ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Leibniz-Instituts für Bildungsmedien | Georg-Eckert-Institut in Braunschweig, wo er auf deutscher Seite die Gemeinsame Deutsch-Polnische Schulbuchkommission und das erste deutsch-polnische Schulbuch für Geschichte [Europa – Unsere Geschichte](#) betreut sowie die Gemeinsame Deutsch-Tschechische Schulbuchkommission koordiniert. Er forscht zu bildungspolitischen Prozessen und Minderheitenfragen in historischen Grenzregionen des östlichen Europa, internationaler Schulbucharbeit und transnationaler Didaktik.

Eine Veranstaltung des  Deutschen Kulturforums östliches Europa in Kooperation mit der  [Nationalen Iwan-Franko-Universität Lemberg/Lwiw](#) und mit Unterstützung des  [Vereins Berliner Unterwelten e. V.](#)

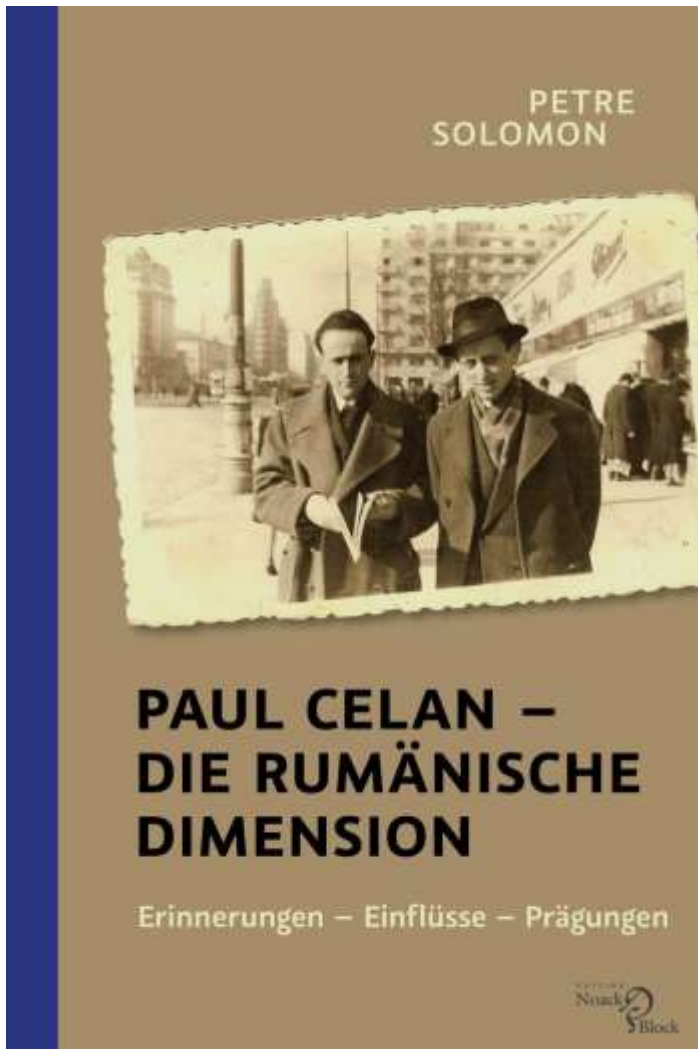
Das Kulturforum wird gefördert von der  [Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien](#).

<https://www.kulturforum.info/de/termine/veranstaltungen/1024320-literarischer-reisefuehrer-galizien-unterwegs-in-polen-und-der-ukraine>

Rumänien (Seiten D 24 – D 25)

01) Einblick ins »Nichts«: Petre Solomon: Paul Celan – Die rumänische Dimension. Erinnerungen – Einflüsse – Prägungen

Petre Solomon: Paul Celan – Die rumänische Dimension. Erinnerungen – Einflüsse – Prägungen. Eine Rezension von Ingeborg Szöllösi
28. Februar 2024



»1947 tauchte in Wien ein junger Mann auf, der sich Paul Celan nannte. Er kam buchstäblich aus dem Nichts«, schreibt der Schriftsteller Milo Dor in seinem Nachruf auf Paul Celan. Wie es um dieses »Nichts« bestellt war, macht ein Brief des Dichters aus dem Jahr 1962 an Petre Solomon deutlich: »Ich habe eine Reihe großer französischer Dichter kennengelernt – und auch übersetzt (wie ich auch die Blüte der deutschen Dichtung kennengelernt habe). Manche von ihnen haben mir durch Zueignung und Widmung ihre Freundschaft kundgetan, von der ich nur Folgendes sagen kann: Sie erwies sich ausschließlich als literarisch. Aber ich hatte, es ist lange her, Dichterfreunde – das war zwischen 1945 und 1947 in Bukarest. Ich werde sie nie vergessen.«

Die »Dichterfreunde« hatten bereits Mitte der 1940er Jahre Celans »poetisches Genie« erkannt, allen voran der rumänische Publizist Petre Solomon, der in seinem 1987 in Bukarest und jüngst auf Deutsch erschienenen Erinnerungsbuch jenem angeblichen »Nichts« nachgeht und es buchstäblich in sein Gegenteil verkehrt: in eine Oase der Fülle.

Seite D 25 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Der junge Mann, der sich im Winter 1947 aus Bukarest nach Wien aufmachte, trug ein Konvolut eigener Gedichte bei sich. Er hatte Werke aus dem Russischen wie Rumänischen übersetzt und die rumänischen Surrealisten kennengelernt. Einige seiner Gedichte waren bereits in Bukarester Literaturzeitschriften erschienen. Der Literaturpapst jener Zeit, Alfred Margul-Sperber, betrachtete sein Werk als das »einzige, lyrische‘ Pendant des Kafka'schen Werkes«. Über die Herkunftsgegend des jungen Mannes wissen wir, dass in ihr »Menschen und Bücher lebten«. In Bukarest, seinem Zufluchtsort nach dem Zweiten Weltkrieg, war es sein »konstantes Vergnügen«, »in eine Buchhandlung oder in ein Antiquariat einzukehren, um seltene Bücher aufzustöbern«. Dieser junge Mann war ein Dichter, der in Wien, der »Metropole der deutschen Literatur, von der er seit langem geträumt hatte«, nicht heimisch wurde. »Schade um uns, Petrică. Schade auch um die viel zu kurze Jahreszeit, die uns gegeben war, diese schöne Wortspiel-Jahreszeit«, schrieb er aus Wien, das er nach einem sechsmonatigen Aufenthalt im Juli 1948 in Richtung Paris verließ.

»Celans rumänische Texte schlugen ein wie ein Meteorit in die Landschaft unserer Lyrik«, schrieb Petre Solomon, der 1946 im Verlag Cartea Rusă (Das russische Buch) Kollege des Czernowitzers Celan war; dessen Gedicht Todesfuge, das in einer frühen Fassung Todestango hieß, übersetzte Petrică (Diminutiv von Petre) ins Rumänische und setzte sich dafür ein, dass es unter dem Titel Tangoul morții erstmals 1947 in der Bukarester Literaturzeitschrift Contemporanul (Der Zeitgenosse) erscheinen konnte.

Was Solomons Buch so wertvoll macht, ist, dass sich hier ein Freund und literarischer Weggefährte zu Wort meldet – ein Mensch, der Celan bis zu dessen tragischem Tod im Jahr 1970 emotional nahestand. Die Intimität macht aus diesem Buch ein für die Forschung unverzichtbares Dokument, das den beschwingten Anfang einer Freundschaft und einer poetischen Laufbahn beleuchtet.

Petre Solomon: Paul Celan – Die rumänische Dimension. Erinnerungen – Einflüsse – Prägungen.

Edition Noack & Block, Berlin 2023, 314 S., ISBN: 978-3-86813-155-0

<https://www.kulturforum.info/de/kk-magazin/kk-rezensionen/9007-einblick-ins-nichts>

Georgien (Seiten D 26 – D 29)

01) Zu Besuch bei den letzten Schwäbinnen Georgiens. Russlanddeutsche gibt es auch im Südkaukasus

Von Ira Peter

Zu Besuch bei den letzten Schwäbinnen Georgiens

Russlanddeutsche gibt es auch im Südkaukasus

„Russlanddeutsche“ – die gibt es auch in Georgien. Tausende Württemberger wanderten vor rund 200 Jahren ins russische Zarenreich aus. Einige von ihnen gründeten erfolgreich Kolonien im heutigen Georgien, brachten sie zu wirtschaftlicher und kultureller Blüte. Die Deportationen unter Stalin bedeuteten eine jähe Zäsur. Julia Fehring und Tamara Tumajewa gehören heute zu den letzten Nachfahren, die noch in Georgien leben. Die Autorin Ira Peter und Fotograf Arthur Bauer haben sie besucht.

Tamara strahlt, als sie die Haustür öffnet. Sofort huscht die kleine, schmale Frau mit schütterten kastanienbraunen Haaren in die Küche. Es riecht nach gebratenem Fleisch und Gemüsesuppe. In ihren braunen Hauspanzertöpfeln tänzelt sie nun zwischen den vollen Töpfen auf dem Gasherd und dem kleinen Esstisch. Füllt immer wieder unsere Teller, erst mit Borscht, dann mit Fleisch und Krautsalat. „Kömmt, ich gebe euch noch mehr Suppe“, sagt sie auf Russisch und ergänzt auf Schwäbisch: „A bissle.“ Dazu reicht sie Brot: „Tunke, tunke, tu es. Des Brot do neitunke.“ Tamara Tumajewa ist 84 Jahre alt und eine der letzten drei Schwäbinnen von Bolnissi, einer Kleinstadt 60 Kilometer südlich von Georgiens Hauptstadt Tbilissi.

Die Siedler aus Württemberg hatten wenig zu verlieren
„Bis 1941 lebten noch 6.500 Deutsche hier“, erzählt Oliver Reisner, Professor für Europa- und Kaukasienstudien an der Staatlichen Ilia Universität in Tbilissi. Die meisten waren Nachkommen von Württembergern, die Anfang des 19. Jahrhunderts den Lockungen des russischen Zaren Alexander I. gefolgt waren: Er wollte seine neu eroberten Gebiete im Südkaukasus besiedeln, bot neben kostenfreiem Land auch Glaubens- und Steuerfreiheit. Die von Hungersnöten, Kirchenstreitigkeiten und einem despotischen König gebeutelten Süddeutschen hatten wenig zu verlieren. 5.000 setzten sich 1816 in die „Ulmer Schachteln“, einfache Boote, die sie stromabwärts bis nach Wien brachten. Mit größeren Schiffen ging es dann entlang der Donau weiter bis zum Schwarzen Meer. Ein Teil der protestantischen Auswanderer blieb im heute ukrainischen Bessarabien und den deutschen Kolonien rund um Odessa. 500 Familien kamen ein Jahr später in Tiflis, georgisch Tbilissi, an und gründeten in der Nähe erste Siedlungen. Sie bekamen deutsche Namen, wie etwa Katharinenfeld, das spätere Bolnissi. Anfangs machten die ungewohnt heißen Sommer den Schwaben zu schaffen. Im Winter wie-



Katharinenfeld heißt heute Bolnissi. Siedler aus Württemberg haben den Ort Anfang des 19. Jahrhunderts gegründet. Heute leben nur wenige ihrer Nachfahren im Ort, das deutsche Erbe wird aber zunehmend wiederentdeckt.

derum schützten die einfachen Erd- oder Lehmhütten sie kaum vor Wind und Schnee. Es fehlte an Trinkwasser. Säuglinge starben an Blutdurchfall, Erwachsene an Malaria und Typhus. Doch die bei den georgischen Nachbarn schnell als fleißig geltenden Protestanten ließen sich nicht entmutigen. Auch nicht von Überfällen durch Nachbarvölker wie Tataren und Persern, die die deutsche Kolonien plünderten, einen Teil der Kolonisten ermordeten oder in die Sklaverei verschleppten.

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts genossen sie endlich die Früchte ihrer Arbeit: Die Kolonien blühten dank ausgeklügelten Bewässerungssystemen, dank des erfolgreichen Getreide-, Gemüse- und Obsthandels, der effizienten Milch- und Geflügelwirtschaft sowie der Imkerei. „Katharinenfeld wurde die größte und wirtschaftlich erfolgreichste Siedlung der Kaukasiendeutschen“, erzählt Oliver Reisner. Der Historiker lebt seit 29 Jahren in Tbilissi, hat 2015 einen Verein zur Bewahrung des deutschen Kulturguts im Südkaukasus gegründet und kennt die Geschichte der Siedler im Detail. Besonders in der Weinproduktion erarbeiteten sich die Kaukasiendeutschen eine wichtige Marktposition und machten neun Prozent des Weinhandels im Zarenreich aus, so Reisner: „Sie brachten ihr ganzes Knowhow vom Weinanbau aus Schwaben mit und haben das im Südkaukasus benutzt.“

Katharinenfeld wird erst zu Luxemburg, dann zu Bolnissi
Auch die Familie von Tamara betrieb Weinanbau, bis die Rote Armee Georgien 1921 besetzte und die darauffolgende Zwangskollektivierung die Familienbetriebe auflöste. Alle deutschen Kolonien verloren in der neu gegründeten Sowjet-



© Arthur Buet

Steinernes deutsches Erbe – und Wirtschaftsfaktor in Bolnissi heute: Die deutsche Mühle im linken Bild war nach der Enteignung und Deportation verfallen, ein Geschäftsmann aus Deutschland, der mit einer Georgierin aus Bolnissi verheiratet ist, setzte sie wieder instand und baute sie zu Hotel und Restaurant aus. Tamara Tumajewa (rechtes Bild) ist 84 Jahre alt und eine der letzten drei Schwäbinnen von Bolnissi.

union ihre wirtschaftliche, religiöse und kulturelle Eigenständigkeit. Und auch ihre deutschen Namen: Katharinenfeld, in Anlehnung an die württembergische Königin Katharina, der Schwester von Zar Alexander I., wurde nach der Sozialistin Rosa Luxemburg in Luxemburg umbenannt, 1946 dann in Bolnissi. So heißt die älteste Kirche Georgiens, die zehn Kilometer von Katharinenfeld entfernt liegt.

„Schaffe, immer schaffe.“

Die Folgen der Enteignung und Verfolgung führten Anfang der 1930er Jahre zu einer schweren Hungersnot in allen Sowjetrepubliken. Zu diesem Zeitpunkt ist Tamaras Mutter Henrietta Ketschik bereits mit Tamaras armenischem Vater verheiratet. Er war 1915 vor dem Genozid an seinem Volk durch die Osmanen nach Georgien geflüchtet. „Weißt du, wie sie sich kennengelernt haben?“ Tamara stellt duftenden Kaffee auf den Tisch, setzt sich kurz hin und springt wieder auf, um Süßigkeiten zu holen. Sie könne nie stillsitzen, entschuldigt sie sich: „Schaffe, immer schaffe.“ Das musste sie schon als Kind. Jeden Samstag schrubbte sie mit ihrer älteren Schwester im Hof die Pfannen und Töpfe so lange mit Holzasche, bis sie glänzten. Sauberkeit war Pflicht, und Ordnung etwas, wovon ihre schwäbische Mutter nahezu besessen war. Alles musste seinen Platz haben. Ihre Mutter sagte stets: „Wenn ein Mensch morgens aufwacht, hat er neue Dinge zu tun. Das heißt, es ist notwendig, abends alles in Ordnung zu bringen.“

Aber sie wollte ja erzählen, wie sich die Eltern kennengelernt haben, erinnert sich Tamara: Als diese jung waren, fanden an den Wochenenden auf der Wiese neben der evangelischen Kirche in Katharinenfeld „Prasdniki“, Feiern, statt. Nicht nur Deutsche, auch Armenier und Aserbaidschaner nahmen teil. So hatten sich ihre Eltern 1916 kennengelernt, noch vor der Oktoberrevolution, als Georgien noch Teil des Russischen Zarenreichs war: „Damals kamen alle gut miteinander aus“, meint Tamara.

Mit Deutschlands Überfall auf die Sowjetunion 1941 änderte sich das radikal: Die fast eine Million Deutschen in der Sowjetunion galten nun als potentielle Kollaborateure des Naziregimes. Ein Erlass des Obersten Sowjet sah „Tausende und aber Tausende [sic] Diversanten und Spione“ unter den Deutschen: Ab August werden alle Deutschen westlich des Urals, ob von der Wolga oder aus der Südukraine, ostwärts nach Sibirien und Nordkasachstan, per Erlass deportiert. Im Oktober trifft die Enteignung und Zwangsumsiedlung auch die Kaukasiendeutschen.

Tamaras Vater, der bei der Stadtverwaltung arbeitete, erfuhr einige Tage vorher von der Deportation. „Er sagte es meiner Mutter, sie weinte. Sie durfte es aber niemandem sagen, nicht einmal ihren Eltern“, sagt Tamara. Weil ihre Mutter durch die Heirat keinen deutschen Nachnamen mehr trug, konnte sie bleiben. Nur Frauen wie sie entgingen der Deportation.

Stigmatisierung der verbliebenen Deutschen

„Natürlich waren die gebliebenen Deutschen stigmatisiert. Viele verbargen daraufhin ihre Identität, manche sogar bis zum Zusammenbruch der Sowjetunion“, erklärt Historiker Reisner. Ein Verwandter ändert auf die Schnelle seinen Nachnamen Ketschik zu Ketschojan, was armenisch klingt. Er bleibt. Alle anderen deutschen Verwandten von Tamara werden deportiert: „Ich war drei, aber ich erinnere mich, dass sie schrien, und ich fragte mich, warum“, sagt sie in einer Mischung aus Schwäbisch und Russisch.

Rund ein Drittel aller 700.000 Russlanddeutschen, die 1941 deportiert wurden, kamen bereits auf dem Weg Richtung Nordosten oder kurz nach der Internierung in den Sonder-siedlungen ums Leben. Auch Tamaras Großmutter starb bereits auf dem Weg nach Kasachstan, bei der Überquerung des Kaspischen Meeres. „Die Leichen wurden direkt ins Wasser geworfen. Das hat Mama immer wieder erzählt.“ Als die Deutschen innerhalb weniger Tage aus Katharinenfeld ver-



© Arthur Bliet

Volleyballtraining, wo einst die Deutschen beteten im linken Bild: Die evangelische Kirche von Bolnissi wird heute von einer Sportschule genutzt und soll bald zum Kulturzentrum umgebaut werden. Die deutschen Häuser in Bolnissi sind sofort am typischen Baustil mit den überhängenden Holzbalkonen und Giebeldächern zu erkennen (rechtes Bild).

schwunden waren, kamen nachts Autos in die kleine Stadt. „Aus den Häusern wurde alles geklaut, was man transportieren konnte“, so Tamara. Daraufhin zogen andere Menschen in ihre Häuser. Historiker Reisner erklärt: „Diese deutschen Siedlungen waren fast ausschließlich von Deutschen bewohnt. Die leeren Orte wurden dann mit Leuten aus Bergregionen Georgiens neubesiedelt.“

„Mei Mama, mei Schwesta, mer schwätzet olle Schwäbisch“

Plötzlich hörte man kein Deutsch mehr auf den Straßen in Katharinenfeld. Tamaras Vater wollte, dass die Kinder nun gut Russisch lernen. Das sei nützlicher als seine Muttersprache Armenisch oder das Deutsch seiner Frau. Zudem seien Deutsche in der Sowjetunion nun vielfach als „Faschisten“ stigmatisiert, die Sprache war mit einem Tabu belegt. Tamara vermied es fortan, in der Öffentlichkeit Schwäbisch zu sprechen und schämte sich jedes Mal, wenn eine Cousine im Schulbus nach ihr schreit: „Tamara, bisch du do?“ Zu Hause wurde aber weiterhin Schwäbisch gesprochen: „Mei Mama, mei Schwesta, mer schwätzet olle Schwäbisch. Kei onnere Sproch weisse mer net.“ Immer wenn sie von „Mama“ spricht, umspielt ein Lächeln ihre Lippen und verwandelt sie für Sekunden in ein glückliches Mädchen. Tamara heiratete einen Armenier. Mit den beiden Kindern sprachen sie später Armenisch, Georgisch und Russisch, selten Schwäbisch. Die deutschen Wurzeln galten noch bis zur Perestroika als Stigma.

Heute ist ihre 92-jährige Schwester Sofia die letzte, mit der Tamara ihre Muttersprache sprechen kann. Sie wohnt einige Häuser weiter. Und es gibt noch die 85-jährige Julia. Deren Mutter Emma war 1941 Witwe und hatte den deutschen Nachnamen ihres Mannes in einen georgischen ändern lassen. Julia heißt heute jedoch wieder Fehringer. Vor zwanzig Jahren wollte sie nach Deutschland auswandern. Aber ihre Mutter wollte nicht mit: „Sie sagte: Ich wurde hier geboren, ich werde hier sterben“, sagt Julia. Sie blieb. Heute vermisst sie die Zeiten, als sie noch mit Nachbarn Deutsch sprechen konnte:

„Mer hent alles vergesse. Mit wem schwätze? Net mol oi Familie is von de Deutsche.“ Heute sind es vor allem die Häuser, die an die deutsche Geschichte von Bolnissi erinnern: „Die Besonderheit ist, dass Katharinenfeld und auch die meisten der 23 anderen noch existierenden deutschen Dörfer in ihrer Struktur zu einem Großteil erhalten sind“, sagt Oliver Reisner vom Kulturverein. Das liege auch daran, dass die Beziehungen zwischen Georgiern und den heimischen Deutschen weniger belastet gewesen seien als in Russland oder der Ukraine, wo Wehrmachtssoldaten eine Spur der Verwüstung hinterlassen hatten.

Noch 400 der typischen deutschen Fachwerkhäuser

Gebäude und ganze Straßenzüge blieben lange unverändert. In Katharinenfeld selbst befinden sich noch 400 der typischen deutschen Fachwerkhäuser mit überhängenden Holzbalkonen und Giebeldächern. Zur 200-Jahrfeier der Kaukasiendeutschen 2017 konnte der Verein an einigen Häusern Erklärtafeln auf Georgisch und Deutsch anbringen, das Vorhaben wurde mit staatlichen Geldern aus Georgien und Deutschland finanziert. Ein Teil der Gebäude ist jedoch im Verfall oder so stark umgebaut, dass nur Kenner um die Fachwerkfassaden hinter dem Beton wissen. „Die heutigen Bewohner haben nicht die Mittel und auch nicht das Wissen, um sie zu erhalten. Und da versuchen wir als Verein Hilfestellung zu geben“, so der Historiker. Vielen sei beispielsweise nicht klar, dass das deutsche Erbe als Anziehungspunkt für Touristen zur Verbesserung der eigenen Lebenssituation beitragen könnte, meint Reisner. In einem kürzlich abgeschlossenen Pilotprojekt haben er und seine Vereinskollegen versucht, die Menschen in Bolnissi dafür zu sensibilisieren. So wurde das ehemalige Dorfschulzenamt hinter der evangelischen Kirche renoviert. Das zweistöckige Gebäude aus den 1850er Jahren wird heute für kulturelle Veranstaltungen genutzt, für Gottesdienste und als Treffpunkt für Senioren und Kinder, die dort Deutsch lernen.

Etwa 2.000 Deutschstämmige leben heute noch in Georgien.

Einen Anspruch auf Rückerstattung der Gebäude der Familien, die während der Sowjetdiktatur enteignet wurden, haben weder sie noch die Deportierten oder deren Nachkommen, die heute beispielsweise in Deutschland leben. Einige versuchen es immer wieder, den Familienbesitz zurückzubekommen. In den Archiven sind Grundbucheinträge oft erhalten und die Besitzverhältnisse leicht nachzuvollziehen. Doch zu einer Entschädigung und Rückgabe kommt es nicht. Laut „Soviet Past Research Laboratory“ (SovLab), einer NGO, die sich in Georgien um die Dokumentation und Aufklärung der

Mehr Informationen über die Geschichte der Kaukasiendeutschen finden sich in dieser Folge des Aussiedler-Podcasts „Steppenkinder“, den unsere Autorin Ira Peter gemeinsam mit Edwin Warkentin moderiert. Weil beide wie ein Großteil der (Spät-) Aussiedler aus der kasachischen Steppe stammen, nennen sie ihren Podcast „Steppenkinder“. Alle zwei Wochen gibt es eine neue Folge. Der Podcast ist hier sowie über gängige Anbieter wie Spotify und iTunes kostenfrei verfügbar.



Verbrechen unter der Sowjetdiktatur einsetzt, lehnt die Regierung Georgiens es generell ab, sich mit diesem Thema zu befassen. Sie befürchte, damit eine Büchse der Pandora zu öffnen, sagt SovLab-Vorstandsvorsitzender Irakli Khvadagiani – egal, um welche repressierte Ethnie es sich handle. Beispielsweise bemühen sich auch Mescheten um eine Entschädigung. Die turksprachige, muslimische Volksgruppe hatte im Süden Georgiens gelebt. Rund 100.000 von ihnen wurden 1944 aus ihren Dörfern nach Kasachstan, Usbekistan und Kirgistan deportiert. Heute leben nur noch rund 1.000 Mescheten in Georgien.

Auf der anderen Seite herrschten „teilweise irrealen Vorstellungen“, dass Nachkommen der Kaukasiendeutschen ihre alten Gebäude zu exorbitanten Preisen zurückkaufen“, so Reisner. Es sei schade, dass sie als Verein mit den Eigentümern oft zu keinem Ergebnis kämen, um Gebäude zu erhalten: „Wir haben es hier mit einem Kulturerbe zu tun, um das sich niemand mehr richtig kümmern kann.“ Gleichzeitig fördert Georgiens Regierung den Erhalt des deutschen Kulturguts weiterhin – auch, um ein Zeichen in Richtung EU zu setzen, meint Reisner. Das südkaukasische Land bemüht sich seit Jahren um einen EU-Beitritt. So soll dank georgischer Förderprogramme auch die evangelische Kirche in Bolnissi in ein Kulturzentrum umgebaut werden. Nach dem Zweiten Weltkrieg diente sie erst als Kino und dann als Sportschule.

Neben der kulturellen Bedeutung erkenne Bolnissis Stadtverwaltung zunehmend auch den ökonomischen Wert des deutschen Erbes, meint Reisner. Die Nachfahren der georgischen Schwaben kommen oftmals aus Deutschland zu Besuch. So ist im ortsansässigen Nationalmuseum, das auch Tagestouristen aus Tbilissi anzieht, ist ein großer Raum allein

der deutschen Geschichte gewidmet. Straßenschilder auf Georgisch und Deutsch weisen Touristen den Weg durch das „Altdeutsche Viertel“ mit beispielsweise der ehemaligen Mülhgraben-Gasse oder Ziegelstraße.

Es gibt Führungen zur deutschen Geschichte und seit 2013 ein Hotel mit Restaurant, das sich auf Nachfahren der Kaukasiendeutschen eingestellt hat. Ein Geschäftsmann aus Deutschland, der mit einer Georgierin aus Bolnissi verheiratet ist, hat die einstige Mühle der Familie Kötzle gekauft und umgebaut. „Es kommen sehr viele Kinder und Enkel der Deportierten zu uns. Und die erzählen mir so viele Geschichten. Irgendwann werde ich sie in meinen Memoiren aufschreiben“, sagt David Mtschedlidze, Manager der „Deutschen Mühle“.

Tamara, eine der letzten Schwäbinnen von Georgien

Ehe wir wieder fahren, möchte Tamara uns noch ihren Gewölbekeller zeigen. Die meisten Gewölbekeller in den deutschen Häusern verfügen über ein spezielles Belüftungssystem, das im Sommer und im Winter konstant für 14 Grad sorgt. „Das ist alles deutsche Bauweise. Die haben arg gut gschafft. Gut gschafft und gut gegesse und gut huleit“, sagt sie und lacht. „Huleit“ für „feiern“ von russisch „guljat“. Wieder huscht uns Tamara in ihrem leuchtend blauen Hauskleid voraus, über eine Tür in der Küche raus aus dem Haus zu einer Treppe. Auf halber Höhe befindet sich das Bad. Im Winter sei das „arg“, immer raus gehen zu müssen. Deshalb werde Tamara bald zu ihrer Tochter nach Wladikawkas in Russland ziehen, dort seien die Lebensbedingungen besser.

Im Keller stapeln sich leere Plastikboxen. Ein dunkler Holzschrank mit Schnitzereien und Spiegeln steht an einer Wand. Aus einer dunklen Ecke holt die 84-Jährige eine große Plastikflasche mit Wein. Die Familie besitze einen „Wingert“. Ihr Sohn bearbeite ihn: „Der schaut auf de Mama sei Traub“, wieder dieses lausbubenartige Lächeln. „Ganz gwiss: De Wingert werd er niemals verkofe.“ Den Wein gibt sie uns mit, er sei gesund, „wie Medizin“. Wir sollen bald wieder kommen und dann auch bei ihr übernachten: „I han noch viel Platz.“ Lange winkt sie uns hinterher, in ihrer Haustür stehend – Tamara, eine der letzten Schwäbinnen von Georgien. *Ira Peter*

Ira Peter

Ira Peter wurde 1983 in Kasachstan geboren und ist Cohost des Aussiedler-Podcasts „Steppenkinder“. Als freie Journalistin arbeitet sie u. a. für ZEIT online, FAZ und den SWR. Für ihr Internetaufgebot als Stadtschreiberin von Odessa wurde sie 2022 mit dem Goldenen Blogger Award ausgezeichnet.



Teil E

Vorbemerkung der Redaktion des AWR zur Berichterstattung der Zeitschrift „Unser Mitteleuropa“:

Weder „Fakten-Darstellung“ noch Sprache von Putin (über die Regierung der Ukraine: „Drogenbande“, „Nazis“) und von Lawrow gefallen uns in der Zeitschrift „Unser Mitteleuropa“. Der Angriffskrieg gegen die Ukraine ist darüber hinaus durch nichts zu rechtfertigen.

Dieser Überfall ist ein Verbrechen!!!

Überdies ist die Berichterstattung von „Unser Mitteleuropa“ zu diesem Komplex in seiner Putin-Hörigkeit sehr zu bedauern! Auch in der Tonart der Sprache und in der Wortwahl hat sich die Zeitschrift leider anstecken lassen! Einfach widerlich!!!

Und ist der Versuch der Politik Putins schon vergessen, Europa durch „Flüchtlingsströme“ über Weißrussland zu destabilisieren? Der polnischen Regierung sei dankgesagt, dass sie die Grenzen zu Weißrussland geschlossen hat!

Wer kann uns etwas über die Zusammensetzung der Redaktion von „Unser Mitteleuropa“ sagen (Putinisten in Krakau?), wer lüftet uns das Geheimnis zum Eigentümer, für den lediglich ein Postfach in London genannt wird.

Redaktion in Krakau? Wer soll das glauben, dass „Putinisten“ in Polen arbeiten und diese Thesen vertreten?

Schade! Schade! „Unser Mitteleuropa“ vertut Chancen, eine kritische, auch selbstkritische Publikation zu sein.

Wir sehen eine Gratwanderung zwischen „historischem Dokument“ und „Propaganda“ – letztere ist zuweilen auch ein „historisches Dokument“.

Unsere Meinung ist klar, möge der Leser für sich entscheiden und viele unterschiedliche Quellen benutzen!

Wir übernehmen immer weniger Beiträge aus „Unser Mitteleuropa“, für Putin-Propaganda sind wir uns zu schade!

Die Redaktion

P.S.: Hinweis: Wir erhielten Zusendungen von „Unser Mitteleuropa“ bis 25.02.2024, die wir berücksichtigen konnten!

Teil E
Inhaltsverzeichnis (Seiten E I – E VIII)

Vorbemerkung der Redaktion des AWR zur Berichterstattung der Zeitschrift „Unser Mitteleuropa“:

Großgliederung Europas

Seite E 0

E. a) Pfarrer Steffen Reiche, Kirchengemeinde Berlin-Nikolassee
Seiten E 1 - 49

Steffen Reiche

Lesen Sie selbst!

E. b) Themen global, die uns auch bewegen **Seiten E 32– E 53**

- 01)** Die 8. Semriacher Gespräche standen im Zeichen der Zeitenwende und Globalpolitik. Von Redaktion
- 02)** Oh Mann. Männer wählen öfter rechts als Frauen. Ein großer Teil von ihnen fühlt sich abgehängt – und viele sind es tatsächlich auch. Rechtsextreme nutzen dies. Von Rachel Kleinfeld
- 03)** Drittel der Bewohner Alaskas wollen „Unabhängigkeit“ von USA. Von ELA
- 04)** Norbert van Handel: Frieden jetzt! Von Redaktion
- 05)** EU gebärt neue Sanktionspläne – diesmal gegen China und Indien. Von ELA
- 06)** „Sanktions-Spaß“ vorbei, wenn es um russische Diamanten geht. Von ELA

Seite E VIII zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

E. c) Wanderungen und Einwanderungen **Seiten E 54 – E 59**

- 01)** Humanitäre Ordnungshüterin. Von Sebastian Hartmann
- 02)** Jeder dritte Afrikaner will nach Europa! Senegals Präsident beklagt Massenauswanderung. Von Redaktion

E. d) Länder weltweit – im Überblick **Seite E 60**

Keine Berichte

E. e) Verteidigungsbündnisse: NATO u.a.

Seiten E 61 – E 73

- 01)** Nukleare Gefahr. Angesichts einer erhöhten Bedrohungslage muss Europa seine Verteidigungspolitik neu ausrichten. Eine europäische Atombombe ist jedoch ein Irrweg. Von Ralf Stegner
- 02)** NukleJA. Während die Bedrohung durch Putins Russland wächst, will Trump Europa im Stich lassen. Die EU braucht ihre eigene nukleare Abschreckung. Von Philippe Legrain
- 03)** Trump hin, NATO her. Europa muss sich aus der geostrategischen Abhängigkeit der USA befreien. Wer schlussendlich im Weißen Haus sitzt, ist dafür irrelevant. Von Thomas Fazi
- 04)** Trumps NATO-Versprechen. Der Ex-Präsident kritisiert das Atlantikbündnis und preist Putin. Seine Verehrung für ausländische Tyrannen folgt einem langen Trend der US-Rechten. Von Jacob Heilbrunn

E. f) Europa, Europa und die Welt

Seite E 74 / EU Seiten E 75 – E 77

Keine Berichte

Europäische Union (EU) (Seiten E 85 - E 77)

- 01)** Ukrainische Waffenproduktion muss laut von der Leyen mit russischem Vermögen finanziert werden. Von ELA
- 02)** Kein Ende der Sanktionen – Frontalangriff auf russische Diplomaten Geplant. Von ELA

E. g) Mitteleuropa

Seite E 91

Keine Berichte

E. h) BR Deutschland und nahe Staaten

Seiten E 79 – E 164

B R D e u t s c h l a n d (ohne Berlin und Land Brandenburg)

(Seiten E 79 – E 142)

- 01)** KW 9 (26.02. bis 03.03.2024) – taz zahl ich. Von Ed Koch
- 02)** Aufgewacht. Von Ed Koch
- 03)** Waffen in Antifa-„Tour-Bus“ sichergestellt – Grüne toben. Von ELA
- 04)** Wuppertal: Verschwiegene Herkunft des Messerstechers auf Schüler keine Überraschung. Von Redaktion
- 05)** Abstieg Deutschlands nicht mehr zu bremsen – Wut der Bürger wächst. Von Redaktion
- 06)** Sogar Heilpraktiker sind nun Antisemiten. Von ELA
- 07)** Die Scheinheiligen: Deutsche Bischöfe hetzen gegen AfD. Von Redaktion

- 08) Nun auch Audi – Produktionsabwanderung nach China und Mexiko.
Von ELA
- 09) Köln: 216 Mio. Euro für Securitys in Asylunterkünften. Von Redaktion
- 10) Ein schwieriges Thema. Von Ed Koch
- 11) Die „Dresden Lüge“ – mehr als 200.000 Tote des Bomben-Terrors klagen an. Von PETER HAISENKO
- 12) ACHTUNG REICHELT! Sie wollen keine Opposition mehr. Von Redaktion
- 13) „Nazis keulen“: Böhmermann ruft zur Tötung von FPÖ- und AfD-Politikern auf. Von Redaktion
- 14) ACHTUNG REICHELT! Die Regierung erklärt der Meinungsfreiheit den Krieg. Von Redaktion
- 15) Sparkasse droht Kunden bei privaten Spenden an die AfD. Von ELA
- 16) Verantwortung tragen. Von Ed Koch
- 17) SOS-Demokratie – Grüne wollen Polizeistaat installieren. Von Redaktion
- 18) Professor von Max-Plank-Gesellschaft wegen „Israel-Kritik“ gekündigt.
Von ELA
- 19) Wirklich peinlich – Teil 1 und Teil 2. Von Ed Koch
- 20) KW 6 (5. - 10.02.2024) – 1. Teil: Närrische Zeit. Von Ed Koch
- 21) Fake News von Links: Agitation von CORRECTIV stoppen! Von Redaktion
- 22) Irre: Staatschutz ermittelte wegen „Nazi-Schneemann“ vor AfD-Büro.
Von Redaktion
- 23) Bezahlkarte: So kommt man als Asylbewerber doch an Bargeld.
Von DAVID BERGER
- 24) Maaßen durch Verfassungsschutz ausspioniert: „Missbrauch des BfV zur Bekämpfung des politischen Gegners“. Von Redaktion
- 25) Es war vorhersehbar. Von Ed Koch
- 26) Brisant: „Wahlkreis-Prognose“ ergibt bundesweit CDU-AfD-Mehrheit.
Von Redaktion Ungarn
- 27) Über die vielsagenden Vernetzungen von Correctiv-Mitarbeitern.
Von Redaktion
- 28) Linksfaschistischer Antifa-Angriff auf „Collegium Hungaricum“ in Berlin
Von Redaktion Ungarn
- 29) Niedergang des einstigen Wirtschaftswunders BRD während Schweiz Anbindung zur EU sucht. Von ULRICH SCHLÜER

Berlin und Land Brandenburg (Seiten E 174 – E 202)

- 01) Aderlass. Von Ed Koch
- 02) Netzwerker. Von Ed Koch
- 03) 40 Jahre ROCKTREFF
- 04) Neues vom gelben Solarboot. Gemeinsam auf dem Weg zur klimaneutralen Zustellung
- 05) Selbstfindungs-Partei Deutschlands. Von Ed Koch
- 06) Moin 2.0. Von Ed Koch
- 07) Moin. Von Ed Koch

Seite E V zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

- 08)** KW 8 (19. – 26.02.2024) – Overbeck. Von Ed Koch
- 09)** Abwärme aus Rechenzentrum nutzbar machen. Von Ed Koch
- 10)** Vor 40 Jahren. Von Ed Koch
- 11)** KW 7 (12. – 18.02.2024) - Uns geht's zu gut. Von Ed Koch
- 12)** Fred Baumgart - Der Hoffotograf ist tot. Von Ed Koch und der paperpress-Crew
- 13)** Konkurrenz belebt das Geschäft. Von Ed Koch
- 14)** KW 6 (5. – 10.02.2024) – 2. Teil: Erbsen zählen. Von Ed Koch

Österreich (Seiten E 162 – E 163)

- 01)** Österreich: Die Asylkrise geht weiter – Jungmännerhorden weiter im Anmarsch. Von Redaktion
- 02)** Österreich: Jörg Haider Gedenkstätte am Unfallort bei Klagenfurt verwüstet

Südtirol (Seite E 164)

- 01)** Südtirol: Eine Auszeichnung für den Ex-Bürgermeister von Bozen, der nie deutsch gesprochen hat

E. i) Ostmitteleuropa

Seiten E 165 – E 221

Polen (Seiten E 165 - E 168)

- 01)** Illiberales Nachbeben. Nach acht Jahren an der Macht endete im Herbst die Herrschaft der PiS in Polen. Doch die Demokratie im Land ist damit noch lange nicht gerettet. Von Jan Zielonka

Tschechien (Seiten E 169 – E 172)

- 01)** Tschechischer Ex-Präsident Milos Zeman: „Anerkennung des Kosovo war eine Schande“. Von Redaktion
- 02)** EU: 702 Mio. Euro für Tschechien aus Nothilfefonds
- 03)** „Lage, Lage, Lage“: Prag mit Umland viertreichste Region in der EU

Ungarn (Seiten E 173 – E 174)

- 01)** Ungarn: Deutscher Linksextremist zu drei Jahren Haft verurteilt. Von Redaktion

Albanien (Seiten E 175 – E 176)

- 01)** Eskalation im Kosovo – Neuer europäischer Brandherd in Planung? Von ELA

E. j) Osteuropa

Seiten E 222 – E 227

Ukraine (Seiten E 177 – E 191)

- 01) Kiew: Russisches Kriegsschiff bei Drohnenattacke versenkt
- 02) Russische Armee weiter auf dem Vormarsch - Die Lage im Überblick
- 03) Riskantes Lotteriespiel. Drei Schlüsselfaktoren führten zum Einmarsch Russlands in die Ukraine. Hätte der Krieg verhindert werden können?
Von Nickolay Kapitonenko
- 04) Berlin träumt schon wieder vom „Endsieg“! Von Redaktion
- 05) Norwegischer Geheimdienst-Bericht enthüllt Russland hat in der Ukraine klar die Oberhand. Von ELA
- 06) Die Führungsebene der ukrainischen Armee ist praktisch am Ende.
Von EDWARD LARSON

Russland (Seite E 192 – E 202)

- 01) Rolle rückwärts. Sowjet-Kult und „russische Werte“: Der Kreml sucht die ideologische Abgrenzung vom Westen. Dieser bleibt aber dennoch Fixpunkt. Von Daria Boll-Palievskaya
- 02) Onkel Putins Geschichtsstunde. Die absurden Ausschweifungen im Interview mit Tucker Carlson sind ein PR-Desaster für den Mann im Kreml – die Selbstinszenierung bröckelt. Von Jakob Berding
- 03) Alexei Navalny im Gefängnis plötzlich verstorben. Von ELA
- 04) Koordinierung zwischen Moskaus und Peking schreitet voran, bis auf einzelne Rückschläge. Von Redaktion

E. k) Kaukasusgebiet / Türkei

Seiten E 203 - E 205

- 01) „Aserbaidshan begibt sich auf einen abschüssigen Pfad“. Wiederwahl von Präsident Alijew: Bahruz Samadov aus Baku über Repressionen gegen die Opposition, die Abwendung vom Westen und die neue Nähe zu Moskau.

E. l) Südosteuropa

Seiten E 206 - E 214

Moldau (Seiten E 206 – E 214)

- 01) Lage in der Republik Moldau: Kommt hier Putins nächster Krieg?
Eine Analyse von Marie Illner
- 02) Russischer Brückenkopf. Zwischen Anschluss an Russland und Annäherung an die Republik Moldau: Wie groß ist Putins Einfluss in Transnistrien? Von Vladimir Soloviev

Keine Berichte

Schweden (Seiten E 216 – E 219)

- 01)** Lektion für Elon. Zum ersten Mal weltweit wird Tesla bestreikt. Der Arbeitskampf für einen Tarifvertrag in Schweden sendet auch ein Signal nach Deutschland. Von German Bender



P. Jordan: „Großgliederung Europas nach kulturräumlichen Kriterien“, Europa Regional 13 (2005), Heft 4, Leibniz-Institut für Länderkunde, Leipzig. Karte Europa Grünes Band.png

https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Grossgliederung_Europas.png

Eine eindeutige Definition der geografischen Regionen West- und Ostmitteleuropa ist kaum sinnvoll, weil die historische Entwicklung und der Entwicklungsstand[1] der dort liegenden Staaten zu berücksichtigen wäre.

Im Sprachgebrauch West- und Mitteleuropas spiegelt sich annähernd folgende Zuordnung der Staaten wider:

- Westmitteleuropa: Deutschland, Österreich, die Schweiz und Liechtenstein
- Ostmitteleuropa: zumindest Polen, Tschechien, die Slowakei und Ungarn. Manchmal werden auch Rumänien, Slowenien und Kroatien dazugezählt.

Landschaftlich gehört Ostösterreich zu Ostmitteleuropa, die Zuordnung Österreichs zu Westmitteleuropa wurzelt politisch-geographisch in der Zeit des mittleren zwanzigsten Jahrhunderts. Physisch ist hier die Grenze im Raum zwischen Alpen und Böhmischer Masse zu sehen. Diese Grenze entspricht etwa den klimatischen Grenzen des atlantischen Einflussbereichs zum Pannonischen Klima.

West- und Ostmitteleuropa in diesem weiteren Sinne zusammen entsprechen etwa auch dem Begriff Mitteleuropa oder Zentraleuropa, englisch Central Europe (CE). Abzugrenzen ist diese kulturgeographische Region vom wirtschaftspolitischen Begriff MOEL Mittel- und osteuropäische Länder / CEE Central and Eastern Europe, einem Konzept, das etwas umfassender dem hier erwähnten Ostmitteleuropa entspricht oder umfassend östlicher zu sehen ist.

Quelle: WIKIPEDIA „Ostmitteleuropa“, aufgerufen am 28.11.19, 12:50 Uhr:

<https://de.wikipedia.org/wiki/Ostmitteleuropa>

s.a. Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg: Begr. „Ostmitteleuropa“ im

Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa

<https://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/begriffe/ostmitteleuropa>

Teil E

E. a) Pfarrer Steffen Reiche u.a., Kirchengemeinde Berlin-Nikolassee

Seiten E 1 - 49

Steffen Reiche <steffen-reiche@gmx.de

Lesen Sie selbst!

Predigtkreis & Rede von Julia Nawalnaja & Am 24. Februar 2022 begann dann der 2. Teil des Krieges gegen die Ukraine & "Zu viele meist muslimische Einwandererkinder wachsen mit den Geboten der Unfreiheit auf"

Liebe Predigtkreisgemeinde,
mit herzlichen Grüßen in gefährlichen Zeiten, wo die Russen in Spanien Ihre Feinde morden, wo Rechte überall nicht nur zündeln, sondern Häuser Ihrer Gegner in Brand setzen
die Predigt vom vergangenen Sonntag auch als Audio-Datei und die Liturgie
Ihr Steffen Reiche

Gnade sei mit Euch und Frieden von dem der da war, der da ist und da sein wird.

Liebe Schwestern und Brüder!

Am Anfang der Passionszeit steht als Predigttext und als Evangelium was am Anfang des öffentlichen Wirkens Jesu steht: die Versuchung.

Jesus wird als Erwachsener getauft und gleich danach, so erzählen es die Evangelien, geht Jesus in die Wüste und wird dort durch den Teufel in Versuchung geführt.

Das ist eine ernsthafte Versuchung, in der es um alles geht. Um's Ganze. Um die Wirksamkeit Gottes, um die Wirksamkeit Jesu in der Welt.

Nicht eine so banale wie bei Milka – die zarteste Versuchung, seit es Schokolade gibt.

40 Tage lang ist nun die Fastenzeit vom Aschermittwoch bis Ostern. Die Sonntage werden dabei nicht mitgerechnet.

40 Tage lang war die Sintflut, 40 Tage lang ist die Fastenzeit.

Das Volk Israel war 40 Jahre in der Wüste. Mose war beim Auszug aus Ägypten 2 x 40 Jahre und bei seinem Tod 3 x 40 Jahre. Und Jesus war 40 Tage in der Wüste.

Die Reinigungszeit der Frau, nachdem sie ein Kind geboren hat, ist 40 Tage und auch die Quarantäne sind 40 Tage. Eine Reerdigung dauert 40 Tage.

Ali Baba hatte 40 Räuber. 40 ist also für die Bibel, ist für das Morgenland, den Orient, bis zu uns heute eine wichtige Zahl.

Der Versucher ist der Teufel.

Seite E 2 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Wenn man Worte versteht, sie nicht nur einfach kennt, dann öffnen sie einem Welten, dann eröffnen sie Zugänge. „Sprichst Du nur das Zauberwort.“ – Man muss die Worte kennen und verstehen und deuten können. Wir haben im Biblischen Gesprächskreis am Mittwoch mal die verschiedenen Worte für Teufel uns erklärt. Diabolos, das griechische Wort heißt soviel wie Verleumder, Zerstörer, Widersacher. Und Teufel kommt vom althochdeutschen Tiufal – was Diabolos im Althochdeutschen nachspricht.

Diabolos – Tiufal – Teufel.

Der Satan ist für das Alte Testament der Ankläger. Im Buch Hiob wird Satan, Scheitan als Staatsanwalt, als Hauptankläger des Menschen vor Gott genannt. Und unser Nationalepos „Faust“ nimmt diese Situation dann im 19. Jahrhundert, 1808 erstmals erschienen, wieder in einer modernen Form auf. Und auch das gigantische Doppelgestirn am russischen Literaturhimmel, Tolstoi und Dostojewski, stellen sich dem Thema.

Tolstoi schreibt eine Erzählung „Der Teufel“ und Dostojewski schreibt „Die Dämonen“.

Aber der Höhepunkt aller Literatur für mich sind die „Brüder Karamassow“.

Und in diesem Hochgebirge der Literatur gibt es den Mount Everest, das Gespräch von dem mittleren der 3 Karamassow – Brüder, von Iwan, dem Atheisten, mit dem Jüngsten, dem Klosterschüler Aljoscha. Iwan erzählt seinem Bruder diese Geschichte, die wir heute gehört haben noch einmal ganz neu.

Jesus kommt noch einmal in die Welt im 16. Jahrhundert. Und es ist gerade eine große Ketzerverbrennung in Sevilla. Und der Kardinal Großinquisitor, der Chefankläger der Katholischen Kirche erkennt Jesus und er lässt ihn gefangen nehmen. Aber nachts vor der Hinrichtung auf dem Scheiterhaufen besucht er Jesus in seiner Zelle. Und er erklärt ihm, warum er ihn gefangen nehmen ließ und vernichten wird. Weil Jesus den Menschen die Freiheit gebracht hat, die sie doch im Grunde nicht ertragen können. Weil Jesus damals die Fragen des Versuchers, des Teufels, falsch beantwortet hat und es heute genauso wieder tun würde.

Der Mensch ist, so erklärt es der Kardinal Großinquisitor, ist für die Freiheit nicht gemacht, nicht gedacht. Und deshalb hat die Kirche seiner Zeit dem Menschen die Freiheit genommen. Und er bekommt sie in der Karnevalszeit mal für ein paar Wochen geschenkt und kann dann die Sau rauslassen, dann sind alle Hierarchien, wie zum Spaß, für ein paar Tage außer Kraft, der König ist dem Bauern gleich.

Aber am Aschermittwoch ist alles vorbei.

Dagegen hat dann einer der wichtigsten Mönche der Weltgeschichte, einer der wichtigsten Katholiken aller Zeiten, eben Martin Luther, heute vor genau 478 Jahren gestorben, 1520 seine wohl wichtigste Schrift geschrieben: „Von der Freiheit eines Christenmenschen“.

Bei Johannes 18 lesen wir: *Pilatus, der damalige Chefankläger Roms in Galiläa und in Jerusalem sagte: Dein Volk und die Hohenpriester haben dich mir überantwortet. Was hast du getan? Jesus antwortete: „Mein Reich ist nicht von dieser Welt. Wäre mein Reich von dieser Welt, meine Diener würden kämpfen, dass ich den Juden nicht überantwortet würde; aber nun ist mein Reich nicht von dieser Welt.“*

Seite E 3 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Da sprach Pilatus zu ihm: So bist du dennoch ein König? Jesus antwortete: Du sagst es, ich bin ein König. Ich bin dazu geboren und in die Welt gekommen, dass ich für die Wahrheit zeugen soll. Wer aus der Wahrheit ist, der höret meine Stimme. ...

Jesu Reich ist nicht von dieser Welt! Warum nicht?

Weil Gott unsere Welt geschaffen hat! Und diese Welt ist so groß und großartig, dass wir uns mit weit über 8 Milliarden Menschen täglich bemühen, sie besser zu verstehen.

Diese Welt, die sich seit 13,6 Milliarden Jahren entwickelt und entfaltet. Oder vielleicht doch länger – denn die durch das James-Webb-Teleskop gewonnenen neuen Erkenntnisse legen nahe, dass es vielleicht doch doppelt so viele Milliarden Jahre gewesen sind

Seit dem Urknall, in dem in einer inflationären Geschwindigkeit aus Nichts alles das entfaltetete, was heute ist. Unser Weltall dehnt sich mit immer noch großer Geschwindigkeit aus. Ja mehr noch, es dehnt sich immer schneller aus. In unbekannte Weiten von Nichts. Denn dort, wo unser Weltall, die von Gott im Urknall begonnene Schöpfung sich noch nicht hin ausgebreitet hat, ist doch nun wirklich Nichts.

Nach allem zumindest was wir uns denken können.

Und dieses Nichts ist nun wirklich als endlos zu denken, ohne jedes denkbare Ende. Denn was sollte dieses Nichts begrenzen und was sollte dann dort kommen? Was sollte denn dort sein.

Mich hat diese Frage von Kindheit an atemlos gemacht! Es hat mir buchstäblich den Atem genommen, mich taumeln lassen vor Verwunderung, von Sorge, Furcht, ja Angst.

Ich erzähle Euch das alles in dieser Predigt, weil ich Euch bitte, mit mir zu verstehen, dass das alles Gottes Schöpfung ist, von der Gott eben selber nicht Teil ist. Denn das ist doch der Kern unseres Glaubensbekenntnisses, dass Gott **alles was ist**, aus dem Nichts geschaffen hat. Und ihm deshalb gegenüber steht, aber nicht Teil seiner Schöpfung ist.

Und wenn wir atemlos mit dem Psalm 8 bekennen, dass Gott uns wenig niedriger gemacht hat als er selber, Gott, ist, dann heißt das, das wir diese Schöpfung erkennen dürfen und deshalb auch erkennen können und daher auch erkennen sollen.

Aber die Grenze unserer Erkenntnis ist eben mit unseren Sinnen gegeben: Wir können nur sehen, was sich in Länge, Breite, Höhe und Zeit ausdehnt. Wir können nur hören, was sich mit Schallwellen im Raum, also Länge, Breite, Höhe und der Zeit ausdehnt.

Auch riechen können wir nur, was einen Geruch emittiert, der sich in Länge, Breite, Höhe und Zeit ausdehnt. Unser Denken kann wunderbar und wundervoll viel.

Aber eines kann es eben leider nicht. Sich im Denken über diese uns geschenkten Dimensionen von Länge, Breite, Höhe und der Zeit hinaus erheben.

Unser Gehirn, die Festplatte unseres Denkens, bindet uns an diese 4 Dimensionen. Und Gott ist nicht nur darüber hinaus. Denn sonst müsste er ja wenigstens anteilig Teil davon sein. Sondern Gott ist überhaupt und ganz und gar nicht Teil dieser 4 Dimensionen von Raum und Zeit, also Länge, Breite, Höhe und Zeit.

Seite E 4 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Gott ist jenseits dieser 4 Dimensionen! Und deshalb kann Gott von uns nicht erkannt werden, weil wir nur das erkennen können, was Gott geschaffen hat!

Aber eben nicht den, der das erschaffen hat, was wir sehen, hören, riechen usw.

Und unser Glauben ist nun eine Erkenntnisform, die sich nun gerade darüber hinausbewegt. Aber immer dann, wenn sie das von sich aus tut, kann sie eben nur irren.

Denn dann verlängert sie ja gerade eben nur unser Denken in unzulässiger Weise über das hinaus, was wir denken können. Echter, wirklicher Glaube reagiert also nur auf Etwas, was uns aus dem Jenseits unseres Denkens, unseres Erkennen-Könnens heraus **trifft**, betrifft, antrifft.

Also wir erkennen im Glauben etwas, ohne jedoch in irgendeiner Weise und nicht einmal im Entferntesten den Grund dessen zu erkennen, was uns der Glaube erkennen lässt.

Deshalb wird ja auch jeder in seiner Weise getroffen und wir könnten niemals sagen: Siehe hier und siehe da. Sondern wer empfänglich ist, wer von Gott aufgeschlossen wird, etwas zu erkennen, was Gott ausgesandt hat in unsere menschlichen Dimensionen, damit wir ihm glauben und vertrauen können, der sieht und glaubt etwas.

Etwas, was jemand Anderes eben ganz anders sehen kann und wohl auch muss, wenn er ja eben nicht den jenseitigen Absender und Verursacher von dem glaubt, was er sieht.

Gott ist eben totaliter aliter. Total anders.

Nicht nur überwiegend oder vor allem. Sondern ganz und gar.

Die Erde bewegt sich gemessen, also in Relation zum Licht relativ langsam. Aber vor dem Hintergrund der kosmischen Strahlung schießen wir durch den Raum. Wir können das nur deshalb nicht spüren, weil wir seit unserer Geburt nie etwas anderes erlebt haben und weil sich unsere eigene Geschwindigkeit zeitlebens nie geändert hat, sondern immer total konstant ist. Wir spüren nicht, dass wir mit zwei Millionen Kilometern pro Stunde durch den Weltraum gleiten.

Unsere Sprache ist reich an grammatikalischen Möglichkeiten, reicher als die englische. Aber das Englische hat drei oder gar vierfach mehr Wörter. Es ist viel wortreicher.

Und an einer Stelle ist das für mich besonders spürbar.

Es gibt den Sky, den Himmel den wir sehen, in dem unsere Flugzeuge fliegen oder in den Raketen bis zum Mars fliegen oder weiter, auf never come back und zu uns zurück Signale senden, solange sie noch die Kraft dazu haben.

Aber das alles ist eben immer nur der sky der Schöpfung.

Und darüber hinaus gibt es eben einen Himmel, einen heaven, sagt das Englische und betet auch so im Vaterunser: Our father in heaven...

Und diesen Heaven können wir nicht denken! Können wir nicht sehen, nicht spüren!

Seite E 5 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Im Grunde nicht einmal ahnen! Denn dann verlängern wir nur den sky, den wir sehen, in uns Undenkbares hinaus. Wir können heaven nur glauben. Und gerade weil wir sterblich sind, gerade weil ich sterblich bin, will ich, um nicht in meiner zeitlichen Begrenztheit verrückt zu werden, darüber hinaus denken können. Aber kann es nicht.

Aber ich will glauben dürfen, dass da etwas ist.

Es ist wie mit den beiden Mönchen. Lasst mich für uns, die wir an Gräbern schon gestanden haben und noch stehen werden und eines Tages selber dort hinein gelegt werden, eine kleine Geschichte zum Trost erzählen:

Zwei alte Mönche in einem Kloster, die gut befreundet sind, verabreden sich und sagen: „*Wenn einer von uns beiden stirbt, dann soll er dem anderen erscheinen und erzählen, wie es dort im Jenseits ist.*“ Und bald darauf stirbt auch der eine von den beiden und erscheint dem Anderen dann im Traum: Und sagt mit leuchtenden Augen: „*Totaliter aliter! Total anders!*“ Und schon ist er wieder weg.

Oder ein anderer Blick, in einer anderen Geschichte:

Ein Christ und ein Atheist streiten darüber, ob es ein Leben nach dem Tode gibt.

Der Christ erzählt von seinem Glauben an Gottes neuen Himmel und seine neue Erde. Erzählt von Jesajas Prophezeiungen und den Geschichten Jesu. Der Atheist sagt, warum er das alles wegen der neuen Forschungen der Wissenschaftler für Kokoloris hält.

Dann sagt der Christ versöhnlich: *Ich glaube es zumindest. Wissen kann man es nicht. Aber es kann sein oder eben nicht.*

Und der Atheist sagt: *Wir werden ja sehen.*

Ich wünsche uns, dass wir glauben können, was für uns vorgesehen ist.

Und ich wünsche uns, dass wir schauen, was wir geglaubt haben.

Gott will uns doch zu Weihnachten, zu Ostern und zu Pfingsten nicht überwältigen, nicht vergewohltätigen, sondern er setzt uns als seine Partner in Freiheit: Wir können Gottes Kommen in die Welt glauben! Wir müssen und können es aber nicht wissen.

Unsere deutsche Sprache ist da leider nicht genau genug: für den Himmel haben wir wie eben gezeigt, nur ein Wort und nicht wie die Briten zwei: Sky und haeven. So aber heißt der Himmel, in dem unser Wetter wird und in dem wir fliegen genauso wie der Himmel, in dem Gott für uns da ist.

Und so ist es auch mit dem Wort Glauben: Ich glaube, dass morgen gutes Wetter wird.

Glauben redet von Unsicherheit. Dabei ist der Glauben, zu dem Gott uns befähigen will, eine ganz andere Form der Erkenntnis.

Wissen können wir nur Dinge, die auf die Dimensionen begrenzt, beschränkt sind, die unser Gehirn denken, abbilden kann – in den Dimensionen von Raum und Zeit, von Länge Breite, Höhe und Zeit. Aber Gott ist eben im Jenseits von Raum und Zeit!

Er ist darüber hinaus! Gott ist totaliter aliter! Eben ganz anders.

Seite E 6 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Und Glauben ist die Erkenntnisform, in der wir das staunend, ahnend schon erfassen können. Wir können keine Versuchsanordnung herstellen, in der wir Gott wie bei einem Experiment, das Ganze so oft machen lassen, bis es als bewiesen gelten kann. Im 19. Jahrhundert haben sich mehrere der größten Schriftsteller gefragt, wie Jesus wäre, wenn er in eben jener Zeit in die Welt gekommen wäre. Wie er angenommen worden wäre.

Fjodr Michailowitsch Dostojewski gibt in seinem grandiosen Roman „Der Idiot“ seine Antwort. Fürst Myschkin, ein Jesus redivivus, wird von allen, weil er so anders ist, als alle anderen, aber doch genauso lebt wie Jesus der Christus in der Mitte der Zeit, nur als Idiot angesehen. Ein freches Urteil? Überlegen Euch, ob wir Dostojewski dafür verurteilen wollen, dass er uns so den Spiegel vorhält und ob wir nicht besser mehr über uns entsetzt sein sollten als über Dostojewski?

Ich zumindest bin es, weil ja auch der große deutsche Dichter Gerhart Hauptmann in seinem großartigen Roman „Der Narr in Christo Emmanuel Quint“ in anderen Worten, mit anderen Vorstellungen, aber doch zum selben Ergebnis kommt wie Dostojewski. Jesus heute erscheint uns als Idiot, als Narr.

Am 18. März 2024, also heute genau in einem Monat, jährt sich der Ausbruch des Krieges von Russland gegen die Ukraine zum 10. Mal. Denn da hat der mit Abstand größte Staat der Erde, der Ukraine die Krim und Teile des Donezk okkupiert. Das war ein nach dem Potsdamer Abkommen von 1945 undenkbarer Zivilisationsbruch. Der Westen hat protestiert, aber ansonsten weggeschaut. Denn wie sollten wir auch eingreifen gegen eine Atommacht? Bis 1994 war die Ukraine die drittgrößte Atommacht der Welt. Hinter Russland und den USA. 1994 hatte sich Russland die in der Ukraine installierten sowjetischen Atomwaffen übergeben lassen. Und hat der Ukraine dafür gemeinsam mit den USA im Budapester Memorandum ewige Schutzgarantien vertraglich zugesichert.

Am 24. Februar 2022, am kommenden Sonnabend vor 2 Jahren, begann dann der 2. Teil dieses Krieges, in dem es nun ums Ganze ging. Russland wollte sich nun die ganze Ukraine einverleiben. Und stieß gleich bis Kiew vor. Und eine deutsche Verteidigungsministerin machte den geschmacklosen Vorschlag, 5000 Helme zu liefern. Das größte Land der Welt, was allein rund 8 % der Landfläche der Erde besitzt und 11 Zeitzonen umfasst, wollte das 2. größte europäische Land, die Ukraine, zu einer russischen Provinz machen. Russland führte also den über rund ein halbes Jahrtausend alten Krieg zwischen Polen und Russland um die Ukraine fort. Russland hat sich sein gigantisches Gebiet von all seinen Nachbarn erobert.

In Sowjetzeiten gab es wenigstens ein Politbüro. Der sowjetische Staat hielt sich einen Geheimdienst. Den KGB. Heute hält sich ein Geheimdienst(mann) einen Staat. Und schaltet mit ihm weltweit wie er will. 90 % aller Staaten weltweit sind autoritär. Und Putin fördert das. Denn nur in einem autoritären Umfeld kann er so weitermachen wie bisher. Der „Fehler“ der Ukrainer war, dass sie sich seit der Orangen Revolution auf einen demokratischen Weg gemacht haben. Mit allen Fehlern, die man am Anfang dabei macht. Sie haben sich auf den Weg Richtung Westen gemacht. Und Putler fürchtet zu Recht, dass das Schule machen könnte. Auch in seinem Land.

Der UN-Generalsekretär Antonio Guterres hat gerade vorgestern auf der Münchner Sicherkonferenz völlig zu Recht festgestellt: „Die Weltordnung funktioniert nicht mehr. Selbst der kalte Krieg war nicht so gefährlich wie unsere Zeit.“ Der vom Internationalen Strafgerichtshof gesuchte Putin und Xi Jinping, der sich China unterworfen hat, und der vor mehreren Gerichten der USA angeklagte Trump sind sich völlig einig: Wir teilen uns die Welt neu auf und reden uns dann nicht mehr rein: Ganz Amerika den USA, Asien für China und Europa den Russen.

Seite E 7 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Worüber könnte die Ukraine mit Russland verhandeln? Nur über ihre Rechte als russische Provinz. In Putins Weltbild gibt es keine eigenständige Ukraine. Sein Geschichts-verständnis hat er gerade bei Tucker Carlson entwaffnend offen und einfältig in einem langen und falschen Vortrag dargelegt. Wie kann man von den Ukrainern fordern, mit einem zu verhandeln, der das nach eigener Aussage gar nicht will? Und der, wenn er es wollte, nur zu Konditionen verhandeln würde, die für jeden Ukrainer inakzeptabel sind! Denn gegen das, was Putin zugestehen würde, wären die Rechte der Ukrainischen Sowjetrepublik noch komfortabel gewesen. Ich finde diese Forderung heute an die Ukraine zu richten naiv und bigott.

Nach Dutzenden, die aus Fenstern fielen oder erschossen wurden wie Boris Nemzow oder dem opponierenden Prigoschin (Putins Koch), der mit seinem ganzen Flugzeug abgestürzt wurde, ist nun Alexej Nawalny vor den „Wahlen“ am 13. März in sibirischer Lagerhaft gestorben worden.

Alle eigenständigen Kandidaten wurden zuvor von der „Wahl“ ausgeschlossen. Es gibt also am 18. März in Russland nichts zu wählen. Man kann nur zustimmen.

Alexej Nawalny, der in sein Land zurückgekehrt ist, nachdem ihn der dortige Machthaber mit Nowitschok vergiftet hatte und er in der Berliner Charite' geheilt worden ist, war tiefgläubiger Christ. In dem Prozess vor dem Bezirksgericht in Babuschkino zitierte er nicht nur aus der Bergpredigt, sondern bekannte sich zu seinem christlichen Glauben. In seinen in Buchform erschienen Reden vor Gericht wird das sehr eindrücklich deutlich. Sein Glauben an Jesus Christus hat seinen Charakter geprägt. Befragt, wer der größte Politiker in der Weltgeschichte sei, sagte Nawalny: *„Jesus Christus. Es ist schwer ihn einen Politiker zu nennen, aber er hat alles um sich herum verändert. Er schuf ein neues Paradigma für die Entwicklung der Gesellschaft. Er hat neue Regeln aufgestellt, für die Menschen bereit sind zu sterben und die sie befolgen. Er hat alles verändert.“*

Nawalny hat Putin in der Nachfolge Jesu widerstanden, hat ihm um der Menschen in Russland und der Welt wegen, widersprochen. Und ist daher zum Opfer geworden. Hat sein Leben geopfert in der Nachfolge Jesu, um die Würde der Russen vor Putin und vor aller Welt zu bewahren und die, auch für sie gültigen Menschenrechte, zurück zu erkämpfen. Er ist so zum Märtyrer geworden in der Nachfolge Jesu. Rolf Hochhuth hat recht: „Selbstverständlich darf man einem Prinzip ein Leben opfern – aber nur das eigene.“

Und noch eine Begriffsklärung: Heute werden Mörder manchmal als Märtyrer bezeichnet.

Die Assasin, wie die vom 11. September oder andere Muslime, die für Ihren Glauben andere, Ungläubige meinen töten zu dürfen, sind eben keine Märtyrer, sondern Mörder. Märtyrer sind nur und ausschließlich die, die wie die ersten Christen oder eben jetzt Alexej Nawalny sagen und leben: Lieber sterbe ich, als dass ich meinen Glauben, meine Haltung verleumde. Die aber nicht andere in ihren Tod mit hinein reißen, sondern allein mit ihrem Leben ihre Haltung, ihren Glauben bezeugen.

Putin opfert seinem Prinzip einer autoritären Alleinherrschaft Hunderttausende von Leben. In einem Kriegsgerichtsprozeß in Russland oder in Den Haag wird er dafür eines Tages verurteilt werden. Wenn der Frieden erkämpft worden ist und Russland und die Ukraine frei sein werden! Nawalny gehört zu den Besten, die Russland je hatte. Er ist als Christ dem Herrn Jesus Christus wirklich bis in den Tod nachgefolgt. Putin hingegen steht in der Reihe von Iwan dem Schrecklichen und Stalin (40 Millionen Tote), Mao Tsetung (76 Millionen Tote) und Hitler (60 Millionen Tote).

Jesus sagt: *„Mein Reich ist nicht von dieser Welt“*. Nach den Gesetzen dieser Welt dürfte man heutzutage einen Menschen wie Jesus nicht frei herumlaufen lassen. Das ist heute nicht anders

Seite E 8 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

als damals. In dieser Welt zählen andere Dinge: wer es - auf welche Weise auch immer - geschafft hat, einige Millionen auf seinem Konto zu haben, gilt als Leistungsträger. Wer sich aber um seine kranke Mutter kümmert, wer viele Kinder aufzieht und deshalb auf vieles verzichtet, gilt vielen als Depp.

Echte Christen müssen so wohl eigentlich die Deppen der Nation sein...

Die Botschaft Jesu ist eben nicht kompatibel mit den Gesetzen von Angebot und Nachfrage und nicht mit den Gesetzen der Finanzmärkte. Dies mag manchen hoffnungslos altmodisch erscheinen. Doch sein Reich ist nicht von dieser Welt, d.h. seine Botschaft von Gerechtigkeit und Liebe erscheint nach den Gesetzen dieser Welt als völlig absurd.

Und doch ist sie noch immer die Hoffnung für Millionen von Menschen und ich persönlich glaube, dass es die einzige Hoffnung ist. Amen.

Und der Friede Christi, der höher ist als alle unsere Vernunft, bewahre unsere Herzen und Sinne in dem Christus Jesus.

Rede von Julia Nawalnaja <https://www.youtube.com/watch?v=vyoyFWQZ7rk>

Artikel für Idea

Am 18. März 2024 jährt sich der Ausbruch des Krieges von Russland gegen die Ukraine zum 10. Mal. Denn da hat der mit Abstand größte Staat der Erde, der Ukraine die Krim und Teile des Donezk okkupiert. Das war ein nach dem Potsdamer Abkommen von 1945 undenkbarer Zivilisationsbruch. Der Westen hat protestiert, aber ansonsten weggeschaut. Denn wie sollten wir auch eingreifen gegen eine Atommacht? Bis 1994 war die Ukraine die drittgrößte Atommacht der Welt. Hinter Russland und den USA. 1994 hatte sich Russland die in der Ukraine installierten sowjetischen Atomwaffen übergeben lassen. Und hat der Ukraine dafür gemeinsam mit den USA im Budapester Memorandum ewige Schutzgarantien vertraglich zugesichert.

Am 24. Februar 2022 begann dann der 2. Teil dieses Krieges, in dem es nun ums Ganze ging. Russland wollte sich nun die ganze Ukraine einverleiben. Und stieß gleich bis Kiew vor. Und eine deutsche Verteidigungsministerin machte den geschmacklosen Vorschlag, 5000 Helme zu liefern. Das größte Land der Welt, was allein rund 8 % der Landfläche der Erde besitzt und 11 Zeitzonen umfasst, wollte das 2. größte europäische Land, die Ukraine, zu einer russischen Provinz machen. Russland führte also den über rund ein halbes Jahrtausend alten Krieg zwischen Polen und Russland um die Ukraine fort. Russland hat sich sein gigantisches Gebiet von all seinen Nachbarn erobert. Petersburg, Russlands Tor zur Ostsee, hatte Peter der Große vor rund 300 Jahren den Schweden weggenommen. Millionen Quadratkilometer hatte es China genommen. Ein selbstmörderischer Krieg, wie man 15 Jahre später sah. Und nur 10 Jahre nach der Implosion der Sowjetunion und der Aufgabe der Vasallenstaaten des Ostblocks holte sich Putin ab dem 1.1.2000 in 2 extrem brutalen Kriegen Tschetschenien zurück. Und überfiel dann 2008 Georgien. Okkupierte 2 Gebiete. Und hatte nun neben den anderen eingefrorenen Konflikten (wie z.B. in Transnistrien) zwei weitere, die man bei Bedarf wie Schieberegler bedienen kann, um Konflikte hochzufahren. Dann griff Russland in Syrien ein und mit der Wagner-Gruppe in vielen afrikanischen Staaten. Schickte seine Trolle in das nicht von ihnen erfundene Internet und machte durch deren Arbeit den Brexit möglich. Mordete seine Feinde im eigenen Land oder in Berlin und versuchte es in London, auch mit Nowitschok. Oder drängte sie in den Suizid oder zu überraschenden Sprüngen aus dem Fenster.

Seite E 9 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

In Sowjetzeiten gab es wenigstens ein Politbüro. Der sowjetische Staat hielt sich einen Geheimdienst. Den KGB. Heute hält sich ein Geheimdienst(mann) einen Staat. Und schaltet mit ihm weltweit wie er will. 90 % aller Staaten weltweit sind autoritär. Und Putin fördert das. Denn nur in einem autoritären Umfeld kann er so weitermachen wie bisher. Der „Fehler“ der Ukrainer war, dass sie sich seit der Orangen Revolution auf einen demokratischen Weg gemacht haben. Mit allen Fehlern, die man am Anfang dabei macht. Sie haben sich auf den Weg Richtung Westen gemacht. Und Putler fürchtet zu Recht, dass das Schule machen könnte. Auch in seinem Land.

Der UN-Generalsekretär Antonio Guterres hat gerade auf der Münchner Sicherkonferenz völlig zu Recht festgestellt: „Die Weltordnung funktioniert nicht mehr. Selbst der kalte Krieg war nicht so gefährlich wie unsere Zeit.“ Der vom Internationalen Strafgerichtshof gesuchte Putin und Xi Jinping, der sich China unterworfen hat, und der vor mehreren Gerichten der USA angeklagte Trump sind sich völlig einig: Wir teilen uns die Welt neu auf und reden uns dann nicht mehr rein: Ganz Amerika den USA, Asien für China und Europa den Russen.

Worüber könnte die Ukraine mit Russland verhandeln? Nur über ihre Rechte als russische Provinz. In Putins Weltbild gibt es keine eigenständige Ukraine. Sein Geschichts-verständnis hat er gerade bei Tucker Carlson entwaffnend offen und einfältig in einem langen und falschen Vortrag dargelegt. Wie kann man von den Ukrainern fordern, mit einem zu verhandeln, der das nach eigener Aussage gar nicht will? Und der, wenn er es wollte, nur zu Konditionen verhandeln würde, die für jeden Ukrainer inakzeptabel sind! Denn gegen das, was Putin zugestehen würde, wären die Rechte der Ukrainischen Sowjetrepublik noch komfortabel gewesen. Ich finde diese Forderung heute an die Ukraine zu richten naiv und bigott.

Nach Dutzenden, die aus Fenstern fielen oder erschossen wurden wie Boris Nemzow oder dem opponierenden Prigoschin (Putins Koch), der mit seinem ganzen Flugzeug abgestürzt wurde, ist nun Alexej Nawalny vor den „Wahlen“ am 13. März in sibirischer Lagerhaft gestorben worden. Alle eigenständigen Kandidaten wurden zuvor von der „Wahl“ ausgeschlossen. Es gibt also nichts zu wählen. Man kann nur zustimmen. Alexej Nawalny, der in sein Land zurückgekehrt ist, nachdem ihn der dortige Machthaber mit Nowitschok vergiftet hatte und er in der Berliner Charite‘ geheilt worden ist, war tiefgläubiger Christ. In dem Prozess vor dem Bezirksgericht in Babuschkino zitierte er nicht nur aus der Bergpredigt, sondern bekannte sich zu seinem christlichen Glauben. In seinen in Buchform erschienen Reden vor Gericht wird das sehr eindrücklich deutlich. Sein Glauben an Jesus Christus hat seinen Charakter geprägt. Befragt, wer der größte Politiker in der Weltgeschichte sei, sagte Nawalny: *„Jesus Christus. Es ist schwer ihn einen Politiker zu nennen, aber er hat alles um sich herum verändert. Er schuf ein neues Paradigma für die Entwicklung der Gesellschaft. Er hat neue Regeln aufgestellt, für die Menschen bereit sind zu sterben und die sie befolgen. Er hat alles verändert.“*

Jesus Christus hat, wie der Nachfolger seines Jüngers Petrus in Rom noch heute Jahr für Jahr sagt, urbs et orbis, die Stadt und den Erdkreis verändert. Deshalb erkennen wir ja auch die Geburt Jesu als die alles überdauernde Zeitenwende an und rechnen unsere Zeit von ihm. Was Putin gemacht hat ist eben gerade keine Zeitenwende, wie der Atheist Scholz in Unkenntnis der Sachlage meint, sondern das genaue Gegenteil: Ein Zivilisationsbruch. Nawalny hat Putin in der Nachfolge Jesu widerstanden, hat ihm um der Menschen in Russland und der Welt wegen, widersprochen. Und ist daher zum Opfer geworden. Hat sein Leben geopfert in der Nachfolge Jesu, um die Würde der Russen vor Putin und vor aller Welt zu bewahren und die, auch für sie gültigen Menschenrechte, zurück zu erkämpfen. Er ist so zum Märtyrer geworden in der Nachfolge Jesu. Friedensbeauftragte sollten wissen, dass Frieden nicht die Abwesenheit von Krieg ist. Rolf Hochhuth hat recht: „Selbstverständlich darf man einem Prinzip ein Leben opfern – aber nur das eigene.“ Putin opfert seinem Prinzip einer autoritären Alleinherrschaft Hunderttausende von Leben. In einem Kriegsgerichtsprozeß in Russland oder in Den Haag wird er dafür eines Tages verurteilt werden. Wenn der Frieden erkämpft worden ist und

Seite E 10 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Russland und die Ukraine frei sein werden! Nawalny gehört zu den Besten, die Russland je hatte. Er ist als Christ dem Herrn Jesus Christus wirklich bis in den Tod nachgefolgt. Putin hingegen steht in der Reihe von Iwan dem Schrecklichen und Stalin (40 Millionen Tote), Mao Tsetung (76 Millionen Tote) und Hitler (60 Millionen Tote).

"Zu viele meist muslimische Einwandererkinder wachsen mit den Geboten der Unfreiheit auf"

Die Integrationsbeauftragte Güner Yasemin Balci über den Antisemitismus in Berlin-Neukölln

Ich rate jüdischen Freunden, Neukölln zu meiden? Das sollte nicht mein Job sein als Beauftragte für Integration. *Ein Appell von Güner Yasemin Balci*

Die Feindseligkeit gegenüber Juden gehört für mich zum Alltag, seit ich ein Kind in Berlin war. Und Antisemitismus ist in meinem Alltag heute - als Integrationsbeauftragte vom Bezirk Neukölln seit vier Jahren - stets präsent. Er war es vor dem 7. Oktober, und er ist es natürlich jetzt in diesen Tagen.

Ich wurde als Kind türkischer Einwanderer in den 70er-Jahren in Neukölln geboren, ich wuchs dort auf, ich war viel unterwegs und bin dann immer hiergeblieben. Als Kind und Jugendliche in einem Stadtteil, der geprägt ist von Einwanderung aus arabischsprachigen Ländern, begegnete man hier Feindseligkeit gegenüber Juden auf der Straße, in der Schule, in Vereinen und Organisationen, in Moscheen, im Alltag mit Freundinnen und Freunden. Kinder und Jugendliche, die in Milieus wie ich aufwachsen, stehen fast immer vor zwei Bekenntniszwängen: Bist du Muslim? Und: Bist du für Palästina? Für uns Mädchen kam (und kommt) ein dritter dazu. Es ist die Frage nach der Jungfräulichkeit. Mädchen wachsen mit dem Bewusstsein auf, dass sich ihr Wert als Mensch daran bemisst, wie "rein" sie sind. Ja, mein Kampf als Frau war auch ein Kampf mit Fäusten

Die Antworten entscheiden darüber, ob man dazugehört oder nicht, ob man Freund ist oder Feind. Dem etwas entgegenzusetzen, ist nicht leicht, vor allem nicht, wenn es in der eigenen Lebenswelt kaum noch andere Meinungen dazu gibt und die eigene Subkultur zur einzigen Möglichkeit der Identitätsfindung für Kinder wird. Ich habe mich als Jugendliche diesem Diktat hier in Neukölln nie gebeugt, und ich kann sagen: Es war ein Kampf, den ich unter anderem auch mit Fäusten austrug.

Während Politiker fast aller Parteien nun seit dem 7. Oktober das Mantra des "Antisemitismus hat keinen Platz in Deutschland!" beschwören, ist keinesfalls für alle, aber für viele Einwanderer, besonders für Muslime, ein eingefleischter Antisemitismus ein nahezu selbstverständlicher Teil ihrer kulturellen Identität. Wer das nicht erkennen will, wird nie etwas verändern.

Gegen Juden zu hetzen, sie zu verhöhnen, ihnen zu drohen, in Einzelfällen auch physisch gewalttätig gegen sie zu werden, sind Markenzeichen dieser Identität. Schon in meiner Jugend wurde mir das bewusst, manchmal reichte allein der Vorname David, um im Viertel als "Jude" beschimpft zu werden. Dennoch wurde Neukölln in den letzten Jahren zu einem Bezirk, der auch viele junge jüdische und israelische Menschen anzog. Trotz der steigenden antisemitischen Straftaten fanden viele ihre Nische, die berühmte Kunst- und Partyszene hier stiftete viel Sinn und Frieden.

Seite E 11 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Mit dem 7. Oktober aber sind wir alle wie in einer anderen Realität aufgewacht. Abgeschlachtete Zivilisten, die Vergewaltigungen, das Bespucken von halb nackten Frauen mit verdrehten Körpern, die verstümmelten jüdischen Kinder vor laufenden Kameras führten auf der Sonnenallee nicht nur zu spontanen Ansammlungen von Menschen, die all dies als legitim ansahen: sondern die all dies sogar feierten. Seit es sie gibt, will die Terrororganisation Hamas den jüdischen Staat, will sie die Juden vernichten. Viele Muslime - weltweit wie hier in Neukölln - sind entsetzt über diesen Hass auf Juden.

Dass die Hamas aber exakt wegen ihres Vernichtungswillens gegenüber den Juden alltäglichen Zuspruch bei vielen anderen muslimischen Migranten erfährt: Das ist die Realität hier, und das ist ein Menetekel - zuerst für die Juden, dann für Deutschland.

Jüdische Freunde von mir ziehen es immer häufiger vor, solch feindselige Milieus als No-go-Area zu meiden, keine sichtbaren Kennzeichen ihrer religiösen Überzeugung zu zeigen, sich unsichtbar zu machen. Ihre Kinder schicken sie selbstverständlich nicht auf staatliche Schulen mit hohem Migrantenanteil. Diese Juden bleiben heute wieder viel unter sich. Teilhabe an unserer Gesellschaft? Um das klar zu sagen: Ich empfehle jüdischen und israelischen Besuchern in Berlin heute, besonders wachsam zu sein, bestimmte Orte und Menschenansammlungen in meiner Stadt zu meiden.

Und ebenso klar: Nein, das sollte nicht die Kernaufgabe einer Integrationsbeauftragten sein. Der migrantische Juden Hass konnte in Deutschland jahrelang ungehindert wachsen - er existiert vollkommen selbstverständlich neben dem Hass auf Juden unter den hiesigen Rechtsradikalen, Kleinbürgern und innerhalb der linken Akademikermilieus. Wir Deutsche "gedenken" der schuldbeladenen Vergangenheit, wir pflegen unsere Erinnerungskultur, aber **suchen wir wirklich und aufrecht die Auseinandersetzung, die verbale Konfrontation mit all jenen, die in der Hamas keine Terror-, sondern eine Freiheitsbewegung sehen?**

Falsche Rücksichtnahme ist fatal, auch für viele liberale Muslime

Israelhasser, BDS-Sympathisanten und islamistische Akteure werden stattdessen bis heute aus staatlichen Töpfen gefördert. Etliche Migrationsexperten tragen dazu bei, dass jede Kritik an der antisemitischen und demokratiefeindlichen Weltanschauung unter vielen Einwanderern als "Rassismus" und "islamophob" geächtet wird. Nur so konnte der Begriff des "antimuslimischen Rassismus" fest im Integrationsdiskurs verankert und die Muslime zu den "neuen Juden" erklärt werden.

Die international anerkannte und von der Bundesregierung empfohlene Definition für Antisemitismus der IHRA (International Holocaust Remembrance Alliance) wird von diesen "Experten" und ihren Unterstützern für unzumutbar gehalten. Die Bundesregierung schweigt nicht immer, aber oft, wer möchte sich schon von den vielen Deutschen mit Migrationshintergrund als Rassist beschimpfen lassen. Dabei ist diese Entwicklung nicht nur ein Brandbeschleuniger für Juden Hass, sie ist auch und vor allem eine Bedrohung für die vielen säkularen Migranten, die liberalen Muslime, und: für unsere individuellen und universellen Rechte als Frauen!

Ausgelöst wurde dieses Totalversagen übrigens einst durch eine besondere Spielart des Rassismus: Es gibt, so erscheint es mir, eine spezifisch deutsche Überheblichkeit, die es in den 60er-Jahren (als auch meine Eltern nach Deutschland einwanderten) unmöglich machte, diese Einwanderer als ebenbürtige Bürger zu sehen, mit allen damit verbundenen Rechten und Pflichten. Sie waren "Gastarbeiter", die hier arbeiten, Geld verdienen und schließlich wieder gehen würden –

Seite E 12 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

warum sich mit ihnen befassen? Als man begriff, dass wir gekommen waren, um zu bleiben (wie etwa auch deutsche Einwanderer nach Amerika gekommen waren, um zu bleiben), wurde uns ein exotischer Sonderstatus eingeräumt. Wir wurden unter Naturschutz gestellt, wir waren wieder keine gleichberechtigten Bürger. Kritik und Diskurs auf Augenhöhe? Nicht möglich.

Zu dieser Wahrheit gehört dann auch: Selbst die hoch idealistischen Verteidiger einer aktiven Migrationspolitik wollen sehr oft nicht wahrhaben, dass Migranten nicht immer per se gut und wichtig sind, sondern dass sie ein Land auch vor Herausforderungen stellen. Dieser Mangel an Aufrichtigkeit erzeugt bei vielen aus unseren Milieus einmal mehr das Gefühl, nicht wirklich ernst genommen zu werden. Eine Einwanderungsgesellschaft muss ständig dazulernen, kontinuierlich an Institutionen und Instrumenten der Integration arbeiten, sie muss Überzeugungsarbeit leisten. Sonst erzeugt Einwanderung nur Angst, gar Wut.

Wissenswertes erfuhr ich im feministischen Frauenbuchladen. Es werden noch mehr Menschen zu uns kommen, so oder so. Wieso befähigen wir uns nicht genau jetzt, Einwanderung zu managen? Erst dann können wir von einer Integration sprechen, die nicht nur Anpassung ist.

Das wirklich Gute: Es gibt vieles, was uns alle verbindet - vielleicht weil wir alle mal Migranten waren, mag das auch so lange her sein, dass wir es vergessen haben. Die Einheimischen und die Eingewanderten, die neuen und die alten Migranten, egal aus welcher Kultur, werden nur miteinander, nicht gegeneinander, eine Zukunft haben. Als ich in der sechsten Klasse war, entdeckte ich die marokkanische Soziologin Fatima Mernissi und ihr Buch "Geschlecht, Ideologie, Islam" (1987). "Es entbehrt nicht der Ironie", schrieb sie, "dass die islamische und die europäische Theorie zu derselben Schlussfolgerung kommen: Die Frau ist eine destruktive, die Gesellschaftsordnung bedrohende Kraft ..." Das Buch stand im Regal eines feministischen Frauenprojekts hier in Neukölln, und es war für viele Menschen in und aus muslimischen Ländern in den 1980er-Jahren ein Weckruf.

Fatima Mernissi und die ägyptische Ärztin, Menschenrechtsaktivistin und Schriftstellerin Nawal El Saadawi legten bei mir damals den Grundstein feministischer Aufklärung. Ich verstand nun besser, warum die arabische Mädchengruppe im Neuköllner Rollbergkiez immer unter Ausschluss von Jungen stattfand, während wir weniger konservativ erzogenen Teenager-Mädchen keine Gelegenheit ausließen, mit den Jungs aus dem Viertel abzuhängen.

Die Lektüre brachte mir bei, die Muster des Diktats einer religiös und kulturell streng vorgeschriebenen Geschlechtertrennung in vielen Alltagssituationen zu erkennen: unbeaufsichtigte Kinobesuche? Für Mädchen tabu. Tanzveranstaltungen? Für Mädchen verboten. Fahrradfahren? Verboten. Der Erhalt der Jungfräulichkeit war in diesen Kreisen oberstes Gebot für Töchter aus muslimischen Familien, es war zur alles bestimmenden Regel pervertiert. Mitten in Neukölln erschloss sich mir durch die Lektüre arabischsprachiger Vordenkerinnen ein Universum an Aufklärung. Diese Kritik an der Aufklärungsfeindlichkeit in der Lebenswelt so vieler Einwanderer kam nicht aus der deutschen Politik, denn, siehe oben, wer will schon Rassist sein? Sie lag auf einem Tisch in einer feministischen Kiez-Buchhandlung.

Während wir uns nun in der Schule durch Goethes "Leiden des jungen W." quälten, spielten sich, vom deutschen Bildungsbürgertum dezent ignoriert, täglich die Leiden all der armen Alis und Hasans ab, die daheim darauf getrimmt wurden, Stammhalter eines patriarchalischen Systems zu werden.

Nur so konnte der Kulturverrat in der Fremde verhindert, nur so konnten die Werte der "Heimat" bewahrt werden. Wer entwurzelt ist, hat es nicht leicht ...

Seite E 13 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Wir müssen aufklären! Wir müssen in die Schulen! Noch einmal: Es gab immer und gibt bis heute viele moderne, aufgeklärte Einwandererfamilien. Aber viel zu viele meist muslimische Einwandererkinder wachsen mit den Geboten der Unfreiheit auf. Von uns - den Andersdenkenden aus ihrer eigenen Kultur - erfahren sie nichts. Niemand drückt ihnen die Bücher des algerischen Schriftstellers Kamel Daoud in die Hand, niemand erzählt ihnen von Yaşar Kemal, einem der wichtigsten literarischen Stimmen der Türkei, oder von dem feministischen kurdischen Theaterautor Mehmet Sait Alpaslan, der gegen Ehrenmorde kämpft. Weder in ihren Elternhäusern und schon gar nicht in der deutschen Schule kennt man diese Namen. Vielleicht hätten wir mit Hilfe dieser Stimmen früher erkannt, dass es für junge Männer aus patriarchalisch geprägten Familien kaum einen anderen Ausweg gibt, als ihre Versagensängste hinter einem zur Schau gestellten Erwählt-Sein zu verbergen, das in religiösem Fanatismus zur Hochform aufläuft. Vielleicht hätten wir auch schneller erkannt, dass nationalistische und extrem rechte Einstellungen auch innerhalb migrantischer Gruppen unsere Freiheit bedrohen.

Es sind vor allem die klugen Köpfe aus muslimischen Ländern, die schon viel länger, viel mutiger gegen Antisemitismus, gegen Frauenhass und Hetze gegen Homosexuelle gekämpft haben. Manche von ihnen leben in ihrer Heimat in täglicher Todesangst, andere sind längst ins Exil gegangen und auch zu uns gekommen. Die Artikel des türkischen Journalisten Can Dündar über den wachsenden Einfluss religiöser Extremisten, die Texte und Vorträge des ägyptisch-amerikanischen Intellektuellen Hussein Aboubakr Mansour über den Judenhass in der arabischen Welt, die Analysen zum Zusammenhang zwischen Terror und "legalistischem" Islam der muslimischen Schriftstellerin und Menschenrechtsaktivistin Dalia Ziada - sie könnten uns helfen, all dies gerade besser zu verstehen, Antworten zu finden.

Der 7. Oktober hat gezeigt, wer Freund und wer Feind ist. Nicht nur den Juden. Uns allen. Wenn wir es ernst meinen, dass Antisemitismus keinen Platz in Deutschland hat, müssen wir viel verändern. Wir müssen aufhören, uns bei jedem Argument gegenseitig Herablassendes zu unterstellen, wir müssen argumentieren, wir müssen Realitäten anerkennen, schwarze, weiße und graue. Wir müssen sehr, sehr viel Geld ausgeben - wir müssen aufklären: Wir müssen in die Schulen! Es ist ein Ziel nicht für Sprinter, es ist ein Ziel für Marathonläufer.

Güner Yasemin Balci, geboren 1975 in Berlin-Neukölln, ist seit 2020 die Integrationsbeauftragte des Bezirks. Sie arbeitete früh in einem Modellprojekt zur Gewaltprävention im Rollbergviertel und in einem Mädchentreff für Jugendliche aus türkischen und arabischen Familien. Sie ist seit vielen Jahren Autorin und Dokumentarfilmerin.

Predigtkreisverteiler & Kurze Geschichte Israels & Lied für die Geiseln & Die Diktaturen aller Welt schließen sich zusammen, um die regelbasierte globale Ordnung zu zertrümmern & Korrektiv-Theatertext

Steffen Reiche <steffen-reiche@gmx.de>
Antwort an: steffen-reiche@gmx.de

14. Februar 2024 um 17:04

Steffen Reiche

Predigtkreis & UN-Zukunftsgipfel: Die richtige Idee zum falschen Zeitpunkt? & «Wenn Sie jetzt unter 30 sind, wissen Sie, dass Sie Schreckliches erleben werden» & Der Kampf ohne Augenmaß gegen Trump + AfD führt zum geistigen Bürgerkrieg

Posteingang

Steffen Reiche 04.02.2024, 22:49

an

Liebe Predigtkreisgemeinde,

herzliche Grüße aus Makaronesien, den Inseln der Glückseligen, wie sie schon von Plinius genannt wurden. Heute war das Wort Gottes das Thema des Sonntags bei dem wieder wundervoll gut besuchten Gottesdienst in der vollen Kirche in Teneriffa-Süd, in San Eugenio in der Nähe von Los Christianos.

Ich habe Ihnen die Predigt, die Audio-Datei der Predigt, die Liturgie des Gottesdienstes und einige wichtige Texte der letzten Tage angefügt.

Herzlich grüßt Sie bzw. Dich

Steffen Reiche

Predigt von Pfarrer Steffen Reiche

Gnade sei mit Euch und Frieden von dem der da war, der da ist und da sein wird.

Liebe Schwestern und Brüder,

heute am Sonntag in dem das Wort Gottes im Mittelpunkt von unserem Hören und Beten und Reden stehen soll, steht nun also das Wichtigste überhaupt im Mittelpunkt.

Seite E 15 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Denn ohne das Wort Gottes würden wir ja gar nichts von Ostern, Pfingsten und Weihnachten wissen, würden wir es nicht feiern können. Ohne Gottes Wort bleiben wir ganz bei uns selbst, Hören wir nur in uns oder in die Schöpfung. Mit Gottes Wort trifft uns nun aber etwas, was für uns gar nicht und in keiner Weise verfügbar ist, was uns wirklich aus heiterem Himmel trifft und anspricht.

Nach einer Studie, die vor kurzem veröffentlicht worden ist, spricht ein Mensch im Leben rund 500 Millionen Worte. Durchschnittlich. Und da überrascht dann doch gleich als Erstes, das von Gottes Wort im Singular geredet wird.

Für uns ist die Bibel das Wort Gottes. Und die Bibel hat rund 1300 Seiten oder wenn die Apokryphen dabei sind, noch einmal knapp 200 Seiten mehr. Die Bibel besteht aus 66 Büchern mit 1 189 Kapiteln, 31 171 Versen und 738 765 Wörtern und diese wiederum aus 4 410 1333 Buchstaben. Zumindest im Deutschen.

Und dennoch reden wir von Gottes Wort. Im Singular. Dem einen Wort Gottes.

Ich könnte nun darauf verweisen und mit dem Johannes-Evangelium sagen:

Im Anfang war das Wort, und das Wort war bei Gott, und Gott war das Wort. Dasselbe war im Anfang bei Gott. Alle Dinge sind durch dasselbe gemacht, und ohne dasselbe ist nichts gemacht, was gemacht ist.... Und das Wort ward Fleisch und wohnte unter uns.

Aber auch der Psalm 119 redet nur von dem einen Wort Gottes und die Bibel, das Alte und das Neue Testament, wissen ja beide: wir haben Gottes Wort nur im Menschenwort.

Gottes Wort trifft zwar einen Menschen, spricht ihn an und dieser Mensch spürt dann, ahnt und glaubt in wundervollem Gehorsam, dass Gott mit ihm geredet hat, aber wenn er es dann wiederholt oder darauf antwortet, dann haben wir „nur“ noch Gottes Wort in den Worten eines Menschen.

Mir ist bei den vielen Sprachen, die Menschen sprechen und in die sie Gottes Wort übersetzt, übertragen haben, vor Augen, dass die heute wirkmächtigste Sprache, die Sprache der Computer, unserer Handys, die Sprache der Chips immer 0 und 1 ist. An und aus. Und Gottes Sprache ist nun noch grundlegender, noch klarer, noch universaler, alle Menschen betreffend. Es ist Gottes Wort an sein Geschöpf, an mich, einen Menschen.

Die Bibel staunt gleich am Anfang, in der Schöpfungsgeschichte der Priester am Tempel in Jerusalem: Die mit den 7 Tagen, die unserer Woche zugrundeliegen, und sagt: Gott sprach und es wurde. 11 Mal wird das da in diesem Schöpfungsbericht gesagt: Gott sprich und etwas wird. Und das ist ja auch die Erfahrung von Menschen, die von Gottes Wort getroffen werden, das dieses Wort schafft, was es will.

Seite E 16 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Ja, auch davon erzählt die Bibel, dass man sich Gottes Wort entziehen kann, wie Jona, der Prophet das getan hat, aber dennoch hat Gottes Wort durch Jona gewirkt, bis hin zur Bekehrung von Ninive und bis dann auch noch der Rizinus, unter dem der beleidigte Jona Zuflucht vor Gottes Wort nahm, wieder eingeht, weil ihn der Wurm gestochen hat.

Gottes Wort sucht uns heim. Gottes Wort ist wie eine Heimsuchung. Es trifft uns in unserem Innersten, da wo ich selber lieber nicht hingucke oder von dem ich noch nichts weiß, bis mich dort genau Gottes Wort heimsucht, bis mich dort Gottes Wort trifft.

In diesem Jahr haben wir ein 80jähriges Jubiläum. Die Theologische Erklärung von Barmen wird 80 Jahre alt. Im Mai 1934 traf sich die Bekennende Kirche, also die, die gegen die Deutschen Christen und ihre Irrlehren klar und deutlich bekennen wollte, und verabschiedete diese Theologische Erklärung von Barmen. Und sie sagen und schreiben gemeinsam im Hören auf Gottes Wort:

I. Jesus Christus spricht: Ich bin der Weg und die Wahrheit und das Leben; niemand kommt zum Vater denn durch mich. (Joh. 14, 6)

II. Wahrlich, wahrlich, ich sage euch: Wer nicht zur Tür hineingeht in den Schafstall, sondern steigt anderswo hinein, der ist ein Dieb und Räuber. Ich bin die Tür; wenn jemand durch mich hineingeht, wird er selig werden. (Joh 10,1.9)

Jesus Christus, wie er uns in der Heiligen Schrift bezeugt wird, **ist das eine Wort Gottes**, das wir zu hören, dem wir im Leben und im Sterben zu vertrauen und zu gehorchen haben.

Wir verwerfen die falsche Lehre, als könne und müsse die Kirche als Quelle ihrer Verkündigung außer und neben diesem einen Worte Gottes auch noch andere Ereignisse und Mächte, Gestalten und Wahrheiten als Gottes Offenbarung anerkennen.

Und Karl Barth, der für viele, wie auch mich, wichtigste Theologe des 20. Jahrhunderts neben Dietrich Bonhoeffer, schreibt dann sein Leben lang eine Dogmatik für die Kirche, seine Kirchliche Dogmatik als Theologie vom Wort Gottes. Er legt dieses Wort in unsere Zeit hinein aus, erklärt uns in seinen menschlichen Worten, was Gottes Wort für uns heute bedeutet.

Und so ist auch jede Predigt der immer neue Versuch Gottes Wort in unser Leben hinein auszulegen, dass es wirkt.

So wie es Jesaja in dem heutigen wunderschönen, poetischen und mich zutiefst ergreifenden Text sagt: *Denn meine Gedanken sind nicht eure Gedanken, und eure Wege sind nicht meine Wege, spricht der HERR, sondern so viel der Himmel höher ist als die Erde, so sind auch meine Wege höher als eure Wege und meine Gedanken als eure Gedanken.*

Seite E 17 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Denn gleichwie der Regen und Schnee vom Himmel fällt und nicht wieder dahin zurückkehrt, sondern feuchtet die Erde und macht sie fruchtbar und lässt wachsen, dass sie gibt Samen zu säen und Brot zu essen, so soll das Wort, das aus meinem Munde geht, auch sein: Es wird nicht wieder leer zu mir zurückkommen, sondern wird tun, was mir gefällt, und ihm wird gelingen, wozu ich es sende.

Und Jesus erklärt uns mit seinem Gleichnis vom Samen, wie das Wort Gottes in unserem Leben, in unserer Kirche, in unserer Welt wirkt. Und ruft uns dann zu: *Wer Ohren hat zu hören, der höre!*

Ja, Gottes Wort ist lebenswichtig, es ist wunder-voll, es stiftet neues Leben und macht Leben neu, ganz neu. Und das Leben stiftende am Wort Gottes ist, das Gott mit uns auf Augenhöhe redet. Gott unterwirft uns mit seinem Wort nicht, Gott überfordert uns nicht mit seinem Wort, sondern redet uns an als seinen Partner.

Und in einem meiner Lieblingspsalmen, dem Psalm 8, fragt sich David vor Gott ganz verwundert: Was ist der Mensch, dass Du seiner gedenkst. Du hast den Menschen wenig niedriger gemacht als Gott....

Mit seinem Wort sagt uns Gott: Du bist gut, wie Du bist, wie ich Dich gemacht habe. Aber Du kannst mehr sein, als Du denkst. Du musst nicht sein, was Du willst, sondern darfst, sollst sein, wozu ich Dich gemacht habe. Wozu ich Dich mit Deinem Leben brauche.

Denn es ist doch so, wie der Heilige Franziskus in seinem Gebet sagt:

Herr, mach mich zu einem Werkzeug deines Friedens, dass ich liebe, wo man hasst;

dass ich verzeihe, wo man beleidigt; dass ich verbinde, wo Streit ist;

dass ich die Wahrheit sage, wo Irrtum ist; dass ich Glauben bringe, wo Zweifel droht;

dass ich Hoffnung wecke, wo Verzweiflung quält;

dass ich Licht entzünde, wo Finsternis regiert;

dass ich Freude bringe, wo der Kummer wohnt.

Herr, lass mich trachten, nicht, dass ich getröstet werde, sondern dass ich tröste;

nicht, dass ich verstanden werde, sondern dass ich verstehe;

nicht, dass ich geliebt werde, sondern dass ich liebe.

Seite E 18 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Denn wer sich hingibt, der empfängt; wer sich selbst vergisst, der findet;
wer verzeiht, dem wird verziehen; und wer stirbt, der erwacht zum ewigen Leben.

Wir haben in unserer weltweiten Gesellschaft von über 8 Milliarden Menschen Verschiedenes, was als Wort Gottes gehört wird. Wir haben die Juden, die nur die Thora und Ihre Schriften als Wort Gottes verstehen, wir haben die Muslime, die vor allem den Koran im Arabischen, das Mohammed gesprochen hat, als Wort Gottes lesen. Wir haben die Veden und Upanischaden der Inder. Wir haben das Taoteking des Laotse in China. Wir haben andere Traditionen in Japan oder bei Urvölkern, die denen als heilig, als von Gott offenbart gelten. Und wir haben hier bei uns im Westen nach Auseinandersetzungen wie dem 30-jährigen Krieg im 17. Jahrhundert gelernt, dass dieser Streit nicht von Gott gewollt ist. Christen haben gegen Staaten und Kirchen begriffen, dass das Angebot Gottes in Jesus allen Menschen gilt, aber niemand um Gottes Willen, eben wegen Gottes klarem Willen, gezwungen werden darf, dieses Angebot anzunehmen. Und daraus ist dann gegen Staat und Kirchen, aber von Christen, die Aufklärung geworden. Und dann, nach dem von uns Deutschen im 20. Jahrhundert zweimal losgetretenen Weltkrieges, einem Weltflächen-brand mit der Shoa, ist es dem Westen endlich gelungen, auf der Augenhöhe zu anderen, die wir bei Gott gelernt haben, die Vereinten Nationen mit ihnen gemeinsam zu gründen. Die Menschenrechte für alle zu dekretieren und damit auch das Recht, dass nicht nur jeder nach seiner Fassung selig werden kann, sondern auch als Wort Gottes hören darf, was ihm in seiner Tradition begegnet ist.

Denn diese Religionen, die viel älter sind als unsere Kulturen, haben diese Kulturen begründet und wachsen und werden lassen. Das heißt die Art, wie Völker Gott gehört haben, hat immer auch ihre Art zu leben geprägt, ihre Kultur und dann natürlich auch, wie sie anderen Völkern, wie sie der Welt begegnen. Gott ist allen Zeiten unmittelbar. Oder, wie es der große Historiker Leopold von Ranke gesagt hat: „Jede Epoche ist unmittelbar zu Gott, und ihr Wert beruht gar nicht auf dem, was aus ihr hervorgeht, sondern in ihrer Existenz selbst, in ihrem Eigenen selbst“

Gott gibt uns Zeit, ja. Aber er fordert uns auch. Er gibt uns um seiner Geschöpfe wegen, um seiner Schöpfung wegen nicht unbegrenzt Zeit. Denn das Schreien der Kreatur wird von Gott gehört. Auch wenn wir es überhören wollen, um für uns selbst mehr zu haben, um von anderen ungestört zu leben. Gott stellt uns in Verantwortung. Wie den Adam, den Menschen im Paradies, fragt uns Gott, wenn wir uns vor ihm verbergen wollen: Wo bist Du Adam, wo bist Du Mensch. Und wo ist Eva, die Lebendige, Deine Nächste, Dein Nächster?

Gott gibt uns Zeit, aber nicht ewig. Ja, Gott gab uns Zeit, von Eile hat er nichts gesagt, wie es ein wundervoller bayrischer Wirtshausspruch sagt. Aber unendlich ist unsere Zeit nicht. Unendlich ist Gottes Geduld nicht. Gott will Antwort. Gott will mit seinem Wort, dass wir auch etwas wollen und das wir unser Wollen an seinem Wollen ausrichten. Denn Gottes wollen, entspricht unser Sollen.

Seite E 19 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Oder wie es die 2. Barmer These sagt: Durch Gott seid ihr in Christus Jesus, der uns von Gott gemacht ist zur Weisheit und zur Gerechtigkeit und zur Heiligung und zur Erlösung. (1. Kor 1,30)

Wie Jesus Christus Gottes Zuspruch der Vergebung aller unserer Sünden ist, so und mit gleichem Ernst ist er auch Gottes kräftiger Anspruch auf unser ganzes Leben; durch ihn widerfährt uns frohe Befreiung aus den gottlosen Bindungen dieser Welt zu freiem, dankbarem Dienst an seinen Geschöpfen.

Wir verwerfen die falsche Lehre, als gebe es Bereiche unseres Lebens, in denen wir nicht Jesus Christus, sondern anderen Herren zu eigen wären, Bereiche, in denen wir nicht der Rechtfertigung und Heiligung durch ihn bedürften.

Wir können Gott unterschiedlich nennen in unseren menschlichen Sprachen. Aber wollen tut Gott das Gleiche von uns. Von uns über 8 Milliarden Menschen, die wir alle, in jeder Sekunde unseres Seins mit 100 000 km/h gemeinsam auf unserer Bahn um die Sonne unterwegs sind – in einem unendlichen Weltall, dass wir mit den Bildern vom James-Webb-Teleskop besser sehen und erkennen als je zuvor.

Natürlich ist jede Form von Parteipolitik strengstens verboten in der Kirche. Denn dafür gibt es ja, Gott sei Dank, die Parteien. Aber eine Predigt, die uns nur für eine Stunde das herze Jesuskind auf den Schoß setzt, dass wir es im Gottesdienst eine Stunde lang auf unserem Schoß schaukeln und es dann am Ausgang wieder abgeben und Gott einen guten Mann oder einen Guten sein lassen, die ist Irrlehre. Gott stellt uns in Verantwortung. Gott sieht uns in Verantwortung für die Stadt und den Erdkreis, für urbs und orbis, wie es der Papst Jahr für Jahr sagt. Auf dem Kreuz Jesu stand: INRI – er ist von Juden und Römern als religiöser und politischer Schwerverbrecher gekreuzigt worden. Und wer Christ ist, wer in der Nachfolge steht, kann also gar nicht anders, als seinen von Gott gewollten Beitrag zu leisten, zur Königsherrschaft Jesu Christi. Jesus Christus herrscht als König, singen wir und meinen damit nicht, dass wir andere unterwerfen sollen, sondern dass wir anderen zu ihrem Recht verhelfen sollen. „Das Recht fließe wie Wasser, die Gerechtigkeit wie ein nie versiegender Bach.“ Ist Gottes Wort von Amos und es gilt noch heute.

Und deshalb lasst uns jede, jeder an seiner Stelle, für der Stadt Bestes eintreten. Nicht politisieren, das ist den Politikern überlassen, das ist deren Aufgabe. Aber für das Beste der Polis eintreten und täglich beten: Vater unser im Himmel, Dein Reich komme, Dein Wille geschehe, so wie im Himmel, so auch auf Erden.

Nicht mein täglich Brot gib mir heute, sondern unser täglich Brot gibt uns heute, also Brot für die Welt in Verantwortung von Diakonie am Nächsten und der Caritas, der Gnadenliebe zum Nächsten. Und vergib uns unsere Schuld, damit wir gleich heute neu damit beginnen können. Wie auch unsere Nächsten, unsere Schuldiger doch genauso wie wir darauf

angewiesen sind. Und führe uns nicht in Versuchung, sondern führe uns durch die Versuchung, die uns allenthalben begegnet. Denn Dein ist das Reich, das künftige, das Kommende, die Königsherrschaft Jesu Christi, die wir nicht selbst aufrichten können, an der wir uns aber ausrichten sollen. Amen.

UN-Zukunftsgipfel: Die richtige Idee zum falschen Zeitpunkt?

Zeitenwende. Frieden. Sicherheit. *Analyse* Richard Gowan, UN-Direktor, International Crisis Group.

Anhaltende Krisen erschüttern den Multilateralismus, gleichzeitig stehen ehrgeizige Reformen an. Was ist vom UN-Zukunftsgipfel 2024 zu erwarten?

Deutschland steht vor der schwierigen Aufgabe, die Mitglieder der Vereinten Nationen im kommenden Jahr zu einem Konsens über die Stärkung des Multilateralismus zu bewegen. Die deutsche Vertretung in New York leitet derzeit gemeinsam mit Namibia die Vorbereitungen für den [UN-Zukunftsgipfel](#), der während der jährlichen hochrangigen Sitzungswoche der Vereinten Nationen im September 2024 stattfinden soll. Erstmals angeregt hatte UN-Generalsekretär António Guterres den Gipfel 2021 als eine Gelegenheit für Staats- und Regierungschefs, sich über mögliche Verbesserungen der globalen Ordnung nach der Corona-Pandemie auszutauschen. Doch angesichts der schwelenden Konflikte in der UNO über die Ukraine und Gaza befürchten Diplomaten_innen, dass es in diesem Jahr schwierig werden könnte, neue Vereinbarungen über die internationale Zusammenarbeit zu erzielen.

Kein guter Zeitpunkt für große Themen? Guterres und seine Berater_innen halten es aus drei Gründen für geboten, den Multilateralismus auf den Prüfstand zu stellen. Erstens ist offensichtlich, dass die bestehenden internationalen Institutionen nicht über die notwendigen Instrumentarien und Befugnisse verfügen, um Herausforderungen wie Pandemien und Klimawandel wirksam zu begegnen. Zweitens gebe es noch kein tragfähiges globales Regelwerk zur Regulierung neuer Technologien wie der Künstlichen Intelligenz (KI), die nach den Prognosen des Generalsekretärs Gesellschaften, Volkswirtschaften und internationale Beziehungen tiefgreifend verändern werden. Drittens empfinden viele nicht-westliche Länder ihren Einfluss in den Vereinten Nationen und anderen internationalen Organisationen als zu gering, da die USA und europäische Länder die Entscheidungsprozesse noch immer dominieren.

Im besten Fall wäre der Zukunftsgipfel eine Gelegenheit für die UN-Mitglieder, diese Herausforderungen alle gleichzeitig anzugehen, indem sie bestehende Institutionen reformieren, damit sie integrativer und effektiver werden, und neue Gremien schaffen, um die Lücken im System zu schließen. Guterres brachte zum Beispiel die Idee ins Spiel, eine neue internationale Agentur zu gründen, die die Nutzung der KI in ähnlicher Weise regulieren soll wie die Internationale Atomenergiebehörde (IAEO) die Nutzung der Kernenergie.

In diplomatischen Kreisen wird die Weitsicht des Generalsekretärs gewürdigt, aber viele fragen sich, ob dies der richtige Zeitpunkt ist, um solche großen Themen anzupacken. In der UNO ist die Stimmung derzeit [sehr angespannt](#). Immer schärfer kritisieren Entwicklungsländer, dass die reicheren Staaten ihre Versprechen nicht einlösen, mehr in Entwicklungszusammenarbeit und Klimaanpassung zu investieren. Der Krieg zwischen der Hamas und Israel reißt in der UN-Generalversammlung alte Wunden auf. Die meisten Staaten des sogenannten „Globalen Südens“ verurteilen die USA und viele europäische Länder für deren mangelnde Solidarität mit den Palästinensern. Arabische Diplomaten werfen die Frage auf, wie die UN überhaupt über „die Zukunft“ diskutieren könne vor dem Hintergrund, dass es für die Jugend in Gaza gar keine Zukunft gebe.

Seite E 21 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Ein ‚Zukunftspakt‘: Deutschland und Namibia übernehmen die Federführung. In dieser düsteren Gesamtsituation haben Deutschland und Namibia sich bereit erklärt, die Vorbereitungen für den Zukunftsgipfel zu leiten – eine wenig beneidenswerte Aufgabe. Derzeit arbeitet das Länderduo am ersten Entwurf für einen Zukunftspakt, den die Staats- und Regierungschefs im September verabschieden sollen. Sobald sie den Text – der bis Ende Januar fertig sein soll – in Umlauf gebracht haben, werden konkrete Verhandlungen aufgenommen. Dies dürfte ein mühsamer und langwieriger Prozess werden. Denn die Generalversammlung hat beschlossen, dass für den endgültigen Pakt ein Konsensbeschluss der UN-Mitglieder erforderlich ist.

Für die Diplomaten_innen in New York sind das keine sonderlich erfreulichen Aussichten. Viele sehen den Gipfel eher als Problem an, das gelöst werden muss, und nicht als Chance, die es zu nutzen gilt. Das könnte jedoch ein Irrtum sein. Solange die Kämpfe in Gaza andauern, wird es schwierig sein, sich konzentriert auf den Zukunftspakt zu besinnen. Sobald aber der Krieg abebbt, könnte die Diskussion über mögliche Verbesserungen der internationalen Ordnung – auch wenn es sich um eher technische Verbesserungen handelt – eine Möglichkeit eröffnen, wieder ein gewisses Gemeinschaftsgefühl unter den UN-Mitgliedern herzustellen, wobei es unwahrscheinlich ist, dass dies die Erinnerungen an die Konflikte der jüngsten Zeit vergessen macht. Zudem ist der Gipfel für zivilgesellschaftliche Gruppen, die sich für eine stärkere multilaterale Ordnung einsetzen, eine Gelegenheit, die Aufmerksamkeit auf globale Fragen zu lenken, auch wenn sie keine großen weitreichenden Reformen durchsetzen können.

Mind the Gaps: Klimawandel und Menschenrechte kommen nicht vor. Während Deutschland und Namibia im vergangenen Jahr die Vorbereitungsgespräche über den Inhalt des Paktes leiteten, konnten die UN-Mitglieder sich nur auf ein Grundgerüst einigen. Demnach wird der Pakt Kapitel zu folgenden Themen beinhalten: Frieden und Sicherheit, Entwicklung, Wissenschaft und Technologie, zukünftige Generationen und Global Governance. UN-Beamte und Diplomaten_innen gehen davon aus, dass das Positionspapier nicht länger als 20 bis 30 Seiten sein wird und auf strategischer Ebene ansetzt. Selbst wenn sich die Unterhändler also grundsätzlich auf einige große Reformen einigen, wird der Zukunftspakt nicht allzu sehr ins Detail gehen.

Einige Beobachter haben auf zwei Leerstellen in diesem Entwurf hingewiesen, die für Beunruhigung sorgen könnten. Eine davon ist der Klimawandel, der für die Vereinten Nationen nach Guterres' Vorstellungen ein Querschnittsthema sein sollte. UN-Beamte äußerten die Hoffnung, der Pakt werde sich zu bestehenden Abkommen und Prozessen zur Bewältigung der globalen Erwärmung bekennen, auch wenn er keine neuen Vereinbarungen vorsieht. Die zweite auffällige Leerstelle sind die Menschenrechte. Viele westliche Diplomaten_innen äußern die Sorge, das UN-System insgesamt schenke Menschenrechtsfragen weniger Beachtung als in der ersten Zeit nach dem Kalten Krieg, und werden wahrscheinlich darauf pochen, dass in dem Zukunftspakt gemeinsame Werte und Freiheiten verankert werden.

Über den genauen Inhalt des Paktes wird noch diskutiert werden müssen. An Material mangelt es den Unterhändlern nicht: Um die Verhandlungen voranzubringen, hat Guterres im Laufe des Jahres 2023 elf [Grundsatzpapiere](#) zu Themen veröffentlicht, die von Bildung bis zur Regulierung des Weltraums reichen. Außerdem berief er einen [hochrangigen Beirat für effektiven Multilateralismus](#) ein, der im vergangenen Sommer einen Bericht vorlegte über mögliche Reformen der internationalen Institutionen. Alle Beteiligten sind sich jedoch darüber im Klaren, dass die UN-Mitglieder die Themen selbst bestimmen werden.

Reform der internationalen Finanzarchitektur. Die Entwicklungsländer werden bei den bevorstehenden Diskussionen über den Pakt sicher die Aufsichtsfunktion und die Aktivitäten internationaler Finanzinstitutionen wie der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds (IWF) in den Fokus rücken wollen. Viele Vertreter nicht-westlicher Regierungen fordern mehr Entscheidungsbefugnisse in diesen Institutionen, die bislang von den USA, der EU und anderen

großen westlichen Staaten dominiert werden. Sie würden es auch begrüßen, wenn diese globalen Kreditgeber armen Ländern den Zugang zu Finanzmitteln erleichtern würden. Während die Biden-Administration und europäische Regierungen sich einig sind, dass gefährdete Länder finanziell unterstützt werden müssen, dürfte die Verständigung auf Governance-Reformen ein schwierigeres Unterfangen sein.

Reform des UN-Sicherheitsrates. Ein weiteres heikles Thema im Zusammenhang mit der Global Governance ist die noch immer ausstehende Reform des UN-Sicherheitsrats. Seitdem Russland sein Veto eingelegt hat, um Kritik an seinem Großangriff gegen die Ukraine im Jahr 2022 zu verhindern, halten viele UN-Mitglieder die Zeit für gekommen, die Mitgliederzusammensetzung und die Regeln des Sicherheitsrats zu überarbeiten. Die Biden-Administration hat zwar ebenfalls ihr Vetorecht genutzt, um dafür zu sorgen, dass Israel nicht wegen seines Gaza-Feldzugs unter Druck gesetzt wird, aber die USA beteuern, dass sie nach wie vor Reformen wollen. Auch Deutschland, das seit langem einen ständigen Sitz im Rat anstrebt, würde gerne Fortschritte sehen. Dass die UN-Mitglieder sich in den nächsten neun Monaten auf ein weitgehend akzeptables Reformkonzept einigen werden, ist allerdings definitiv nicht zu erwarten. Das bestmögliche Ergebnis wäre, dass die Mitgliedstaaten sich darauf verständigen, 2025 im Rahmen des 80. Jahrestages der Charta der Vereinten Nationen zu diesem Thema eine Reihe von hochrangigen Gesprächen zu führen.

Regulierung der KI und anderer neuer Technologien. Während die Reform des Sicherheitsrats zu den altbekannten Themen der UN-Diplomatie zählt, könnte das im Rahmen des Paktes geplante Kapitel über „Wissenschaft und Technologie“ neue Diskussionsfelder eröffnen. Ergänzend zu seinem Vorschlag, als Aufsichtsgremium für die künstliche Intelligenz ein mit der IAEO vergleichbares Gremium zu gründen, hat Guterres [angeregt](#), dass die UN-Mitglieder bis 2026 einen Vertrag über das Verbot tödlicher autonomer Waffensysteme (LAWS) unterzeichnen und neue Mechanismen für den Umgang mit Biotechnologie schaffen. Einige einflussreiche UN-Akteure sind sich einig, dass es an der Zeit ist, in diesem Bereich mehr internationale Regelungen zu entwickeln. Die USA haben eine nicht bindende Resolution der UN-Generalversammlung zur Nutzung von KI für eine nachhaltige Entwicklung eingebracht. Parallel zum eigentlichen Verhandlungsprozess für den Zukunftspakt führen Schweden und Sambia Gespräche über einen [Global Digital Compact](#), der ebenfalls im September verabschiedet werden könnte; dieses Abkommen soll Leitprinzipien für die Regulierung von Internet, künstlicher Intelligenz und Daten festlegen.

Dies mag ein guter Zeitpunkt für Debatten über neue Technologien sein, aber weniger überzeugt sind Diplomaten_innen und Wissenschaftler_innen offenbar, dass dieser Zeitpunkt günstig ist, um neue Institutionen und verbindliche Vereinbarungen über die Regelung neuer Technologien zu schließen. Marietje Schaake, die früher dem Europäischen Parlament und im vergangenen Jahr einem Gremium angehörte, das Guterres in KI-Fragen beriet, [erklärte kürzlich](#), es sei verfrüht, neue Agenturen zu konzipieren, die diesen sich entwickelnden Bereich regulieren sollen. Sie plädierte dafür, dass Regierungen und KI-Entwickler zuerst die künstliche Intelligenz regelnde Grundprinzipien und Gesetze ausarbeiten sollten, bevor ein internationaler Rahmen für deren Kontrolle geschaffen wird. Der Zukunftsgipfel könne solche Sondierungsgespräche anstoßen, aber die Debatten in den Vereinten Nationen über die Regulierung dieser neuen Technologien werden noch lange andauern.

In Anbetracht der vielen Hindernisse, die einer Einigung auf weitreichende Reformen im Rahmen des Zukunftspakts im Wege stehen, prognostizieren einige UN-Mitglieder schon jetzt, das Dokument werde sich als wenig substanziell erweisen. Das heißt aber nicht, dass der Zukunftsgipfel zwangsläufig ein Misserfolg wird. Wie ich [an anderer Stelle ausgeführt habe](#), könnten Koalitionen von Mitgliedstaaten ambitioniertere Nebenabkommen vorlegen, denen nicht alle UN-Mitglieder zustimmen müssten und die dazu dienen, prioritäre Ziele wie Frauenrechte zu verfolgen. Diese könnten dann im September ratifiziert werden. Deutschland zum Beispiel gehört zu den

Seite E 23 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

maßgeblichen Stimmen, die sich dafür aussprechen, das Augenmerk gezielt auf die sicherheitspolitischen Auswirkungen des Klimawandels zu richten, und könnte durchaus Teil einer Koalition sein, die auf ein stärkeres Engagement der UN für Klima und Frieden drängt, auch wenn Russland – das 2021 im Sicherheitsrat ein Veto gegen eine entsprechende Resolution eingelegt hat – dafür sorgen wollen, dass dieser Aspekt nicht in den Pakt aufgenommen wird.

Die Rolle der Zivilgesellschaft. Die UN-Mitgliedsstaaten werden bei solchen Initiativen zwar formell die Federführung übernehmen, aber auch zivilgesellschaftliche Organisationen können dem Gipfel im Vorfeld mehr Schwung verleihen. Viele Diplomaten gerade aus kleineren Vertretungen in New York geben zu, dass sie wenig Zeit hatten, sich eingehend Gedanken über mögliche Ergebnisse des Gipfels zu machen. Der Generalsekretär hat eine Vielzahl komplexer Themen zur Diskussion gestellt, doch viel Zeit wurde auf andere dringende Fragen wie den Krieg im Nahen Osten verwendet. In den kommenden Monaten können nichtstaatliche Akteure den UN-Mitgliedern beratend zur Seite stehen, wenn es um die Frage geht, was der Gipfel bei Themen wie den neuen Technologien erreichen kann.

Die Akteure der Zivilgesellschaft könnten auch ihre globalen Netzwerke nutzen, um den Zukunftsgipfel stärker in den Blickpunkt der Weltöffentlichkeit zu rücken. UN-Beamte räumen ein, dass sie angesichts der vielen schlechten Nachrichten, die in letzter Zeit aus der UNO kamen, Mühe hatten, die internationalen Medien für den Gipfel zu interessieren. Guterres möchte zwar die politischen Entscheidungsträger in die Diskussion über globale Fragen einbinden und übergab zu diesem Zweck den Staats- und Regierungschefs bei der UN-Generalversammlung im September vergangenen Jahres Stapel von Positionspapieren, aber nur wenige Hauptstädte räumen der UN-Reform Priorität ein. Es wäre zu begrüßen, wenn die internationalen Netzwerke der Zivilgesellschaft in den kommenden Monaten verstärkt auf den Gipfel aufmerksam machen könnten.

Weitere Schritte. Trotz alledem müssen Deutschland und Namibia ihre Rolle als Vorbereiter des Zukunftspaktes optimal ausüben. Mit Sicherheit wird es in diesem Prozess zu Auseinandersetzungen zwischen den Mitgliedsstaaten kommen. Aber das Duo der Paktvorbereiter könnte sich zumindest als Ziel vornehmen, diesen Prozess als eine Gelegenheit zu präsentieren, um nach einer Zeit der vermehrten Spaltung den diplomatischen Dialog zwischen den UN-Mitgliedern über die Zukunft des Multilateralismus wieder anzustoßen. Man könnte sich auf gemeinsame Ausgangsprinzipien einigen und einen dauerhaften Dialog über Themen wie neue Technologien und internationale Finanzierung einleiten, der den Weg für künftige substanziellere Abkommen ebnen könnte, auch wenn dieser Dialog 2024 nicht zu aufsehenerregenden Resultaten führen sollte.

Die im Artikel zum Ausdruck gebrachten Meinungen und Äußerungen des Gastautoren spiegelt nicht die Haltung der Friedrich-Ebert-Stiftung wider.

Richard Gowan ist UN-Direktor der International Crisis Group (ICG) und leitet die Advocacy-Arbeit der Organisation bei den Vereinten Nationen in New York. Zuvor war er 2016 und 2017 als Consulting Analyst bei ICG tätig. Er ist für das European Council on Foreign Relations, das New York University Center on International Cooperation und das Foreign Policy Centre (London) tätig und lehrt an der School of International and Public Affairs der Columbia University und der Stanford University in New York. Gowan berät Organisationen wie die UN-Abteilung für politische Angelegenheiten, das UN-Büro des Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für internationale Migration, das United States Holocaust Memorial Museum, Rasmussen Global, das britische und das finnische Außenministerium und Global Affairs Canada. Von 2013 bis 2019 schrieb er eine wöchentliche Kolumne („Diplomatic Fallout“) für den World Politics Review.

«Wenn Sie jetzt unter 30 sind, wissen Sie, dass Sie Schreckliches erleben werden»

Würden wir überhaupt merken, wenn wir mitten im Weltuntergang stünden? Ein Gespräch mit der britischen Sci-Fi-Autorin Naomi Alderman, die gerade ein Buch über die Apokalypse geschrieben hat.

Katharina Bracher, Michael Schilliger (Text) 13.01.2024

In Naomi Aldermans Büchern geht immer eine Welt unter: die Welt des orthodoxen Judentums, das Patriarchat oder gleich die ganze Erde. Das ist nicht einfach ein effekthascherischer Trick, sondern eine bewusste Anmassung: Alderman sucht Antworten auf die grossen Fragen unserer Zeit, und bei diesen steht nun einmal immer fast alles auf dem Spiel.

Schon ihr erster Roman [«Disobedience»](#) (2006) ist ein Akt der Weltzerstörung. Da verlässt eine Frau ihre orthodox-jüdische Gemeinde, um einer lesbischen Liebe zu folgen. Alderman katapultiert sich damit selbst aus der Gemeinschaft, in der sie in den 1970er und 1980er Jahren in London aufgewachsen war. Das Buch wurde ein Bestseller, wurde mit zahlreichen Preisen ausgezeichnet und schliesslich verfilmt. Alderman wurde berühmt.

Auch ihre zwei folgenden Bücher verstörten die jüdische Gemeinschaft. Ausgerechnet eine Frau erdreistete sich, die biblischen Geschichten umzudeuten. Jesus ist in Aldermans Geschichte zum Beispiel plötzlich ein Prophet, der es mit seinen eigenen Lehren nicht immer so genau nimmt.

Alderman schreibt Varianten unserer Welt. Verfremdet, aber nur so sehr, dass wir noch erkennen, dass alles auch anders sein könnte. Ihre Geschichten faszinieren auch deshalb, weil man ihnen die intensive Auseinandersetzung mit Geschichte und Philosophie sowie Aldermans langjährige Berufserfahrung in der Tech-Branche anmerkt. Die 49-Jährige wohnt mit ihrem Partner, einem Piloten und Softwareingenieur, in Nordlondon.

Nebenbei arbeitet Alderman auch als Spieleentwicklerin, hat [Zombie-Run](#) mitbegründet, eine Fitness-App, bei der man vor Zombies davonjoggen muss. Die App wurde 10 Millionen Mal heruntergeladen.

Weltweit bekannt wurde sie mit ihrem vierten Werk [«The Power»](#). Frauen werden darin, dank einer Mutation im Körper, das stärkere Geschlecht. Wäre die Welt dann besser oder ähnlich gewaltvoll? Alderman gewann den Women's Prize for Fiction, die «New York Times» nannte «The Power» eines der zehn besten Bücher des Jahres. Und Barack Obama outete sich als Fan.

Seit «The Power» gilt Alderman als Sci-Fi-Autorin. Als Science-Fiction wird auch ihr neuester Roman eingeordnet. In «The Future» geht die Welt am Klimawandel zugrunde. Ein paar Tech-Milliardäre, die die Welt mit ihren Konzernen praktisch beherrschen, erkennen dies, haben sich Bunker gebaut und verfügen dank einer künstlichen Intelligenz über ein Frühwarnsystem. Das liest sich wie eine Dystopie, aber wie viel ist daran überhaupt erfunden?

Die Geschichten werden in einem Affenzahn erzählt, wie Spielfiguren in einem Videogame rennen ihre Protagonisten durch einen Wald voller unerwarteter Begegnungen und Zufälle, stets begleitet von Aldermans tiefschwarzem Humor.

Alderman zu lesen, macht Spaß. Aber zuweilen bereitet es Schmerzen. Ihre Bücher sind voller Wut.

Ich mag Wut.

Warum? Es gibt ja eine Art von Wut, die erlaubt, die eigene Angst zu verbergen. Angst kann sich in Wut verwandeln. Trauer kann in Wut umschlagen. Aber dann gibt es die Wut, die sich daraus speist, dass man die Welt anschaut und sieht, wie unglaublich ungerecht sie ist. Das finde ich ein

Seite E 25 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

wunderbares Gefühl. Weil es produktiv ist. Im Grunde haben alle meine Bücher mit etwas begonnen, worüber ich wirklich wütend war. Mein erster Roman «Disobedience» entstand, weil ich mich darüber aufregte, wie die orthodox-jüdische Gemeinschaft Frauen und Homosexuelle behandelte.

War das die erste grosse Wut in Ihrem Leben? Nein. Das war mit 17 oder 18 Jahren.

Was war geschehen? Wir hatten eine Reihe von Familienkatastrophen. Der Bruder meines Vaters hatte sich auf sehr traurige Weise das Leben genommen. Als ich ein Kind war, wurde ich von einem Pädophilen missbraucht. Und dann bin ich auf die Universität gegangen, und es hat sich alles einfach irgendwie in mir aufgestaut. Ich war voller unkontrollierter Wut. Ich war ein Schreihals. Ich war jemand, der seine Beherrschung gegenüber seinen Freunden verlor. Es ist erstaunlich, wenn ich jetzt darüber nachdenke, dass ich überhaupt Freunde hatte.

Wie hat die Erfahrung des sexuellen Missbrauchs Ihr Leben geprägt? Sehr stark, der Schmerz war aber nicht immer gleich. Ich glaube, die Erfahrungen, die man vor langer Zeit gemacht hat, überleben, wenn man sie nicht verarbeitet. Und zwar in Form von Scham. Und das muss man ansprechen, sonst bringt einen die Scham um.

Haben Sie den Täter jemals konfrontiert mit seinen Taten? O Gott, nein. Er wurde 1991 verhaftet und verurteilt. Also nicht für den Missbrauch an mir, sondern weil er drei Knaben missbraucht hatte. Was ich erlebt habe, war sicherlich nicht so schlimm wie das, was sie erlebt haben. Er starb dann 1994, als ich 20 war. Er hiess Sidney Greenbaum. Er war Professor und eine Koryphäe der englischen Sprachwissenschaften. Ausserdem ein Freund meines Vaters und prominentes Mitglied der jüdischen Gemeinde. Der Missbraucher gibt dem Kind in der Regel das Gefühl, dass es sich schämen müsse und darum nicht darüber sprechen könne. Es ist nicht meine Aufgabe, sein Geheimnis zu bewahren.

Sie haben dann trotzdem darüber gesprochen. Genau. Und das war mein Sieg. Allerdings war das Beste, was er je für mich getan hat, zu sterben. Ein paar Jahre lang habe ich in der Angst gelebt, dass ich ihm zufällig auf der Strasse begegne. Und als er dann gestorben war, Gott, das war grossartig. Es bereitet mir grosse Freude, dass er tot ist. Jetzt bin ich viel freier als vorher. Seit ich öffentlich darüber gesprochen habe, hat die «United Synagogue», die das Judentum in Grossbritannien vertritt, seinen Namen aus den Gebetsbüchern entfernt.

Sie haben sich ja später selbst aus dieser Gemeinschaft entfernt, indem Sie ein skandalträchtiges Buch über eine junge Frau schrieben, die aus dem orthodoxen Judentum in eine lesbische Liebesbeziehung flüchtete. Ihr Erstling «Disobedience» wurde später verfilmt. Wie wurde das in der jüdischen Gemeinde aufgenommen? Die Zeitung «Jewish Chronicle» schrieb eine wirklich schreckliche Kritik. Wobei sie später auch alle anderen meiner Bücher schlecht fand. Davon abgesehen habe ich nach dem Erscheinen von «Disobedience» viele Freunde verloren, aber auch neue hinzugewonnen. Zum Glück waren meine Eltern sehr unterstützend.

Ihr Vater ist ein bekannter Historiker und selbst ein kontroverser Autor. Er hat einst ein Buch veröffentlicht über die Geschichte der Juden in Großbritannien. Darin beschreibt er, wie bestimmte Gruppen von wohlhabenden, aristokratischen jüdischen Menschen in diesem Land versuchten, im Zweiten Weltkrieg die Regierung dazu zu überreden, keine jüdischen Flüchtlinge in Grossbritannien aufzunehmen. So, well, das ist leider wahr, aber . . .

. . . er hat sich damit unbeliebt gemacht.

Er sagt immer: «Alles, was ich geschrieben habe, ist wahr. Aber die Leute wollen es trotzdem nicht hören.» Wissen Sie, was ich lustig finde?

Seite E 26 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Nein. Mein Vater verteidigte sich, indem er sagte: Alles, was er geschrieben habe, sei wahr. Bei mir ist es andersherum. Ich sage zu meiner Verteidigung: Aber ich habe das doch erfunden! Und auf dem Umschlag steht ja «Roman».

Sie beschrieben einst, dass Sie im Stil der 1950er Jahre erzogen worden seien, gerade hinsichtlich der Geschlechterrollen. Inwiefern wurden Sie davon geprägt? Es gibt viele Dinge, die man an der orthodoxen jüdischen Kultur bewundern kann. Aber ich lebte ein Leben, das ich nicht wollte. Es hat lange gedauert, bis ich das überwunden hatte und sagen konnte: Ich gehe jetzt und lebe so, wie ich leben will. Heute glaube ich, dass meine jüdische Identität mich in einen interessanten Winkel gegenüber dem Rest der Welt stellt. Für einen Künstler ist es unglaublich nützlich, nicht konform zu sein.

Ausgerechnet das orthodoxe Judentum hat Sie nonkonform gemacht? Was ich am Judentum wirklich sehr schön finde, ist, dass es ein Versuch ist, mit zwei zu Schalen geformten Händen ein bisschen Wasser aus der Bronzezeit in die Gegenwart zu transportieren. In der Bronzezeit hatten die Menschen gerade erst begonnen, Milch von Tieren zu trinken. Und nun fragten sie sich: Was bedeutet es, wenn man tierische Milch trinkt, aber auch Milch von der Mutter? Es bedeutet eigentlich, dass das Tier zu deiner Mutter geworden ist. Und so sagt die Thora an drei verschiedenen Stellen: Kocht das Zicklein nicht in der Milch seiner Mutter. Das Verbot drückt das Gefühl der Menschen darüber aus, dass sie begonnen hatten, etwas sehr Seltsames zu tun. Etwas, das sehr anders ist, als – wie zuvor – das Fleisch eines bei der Jagd erlegten Tieres zu essen. Im orthodoxen Judentum isst man daher bis heute Milch und Fleisch nicht zusammen. Ich bin in einem gewissen Sinn in den 1950er Jahren aufgewachsen, aber in einer winzigen Ecke meines Gehirns wurde ich auch darin unterrichtet, wie man in der Bronzezeit aufwuchs.

Wie meinen Sie das? Ich glaube, weil ich als orthodoxe Jüdin aufgewachsen bin und dann in Technologie-Startups gearbeitet habe, lebe ich womöglich mental in einer breiteren Zeitspanne als die meisten Menschen. Ich schaue auf die Welt und fühle mich ähnlich wie jemand aus den 1950er Jahren, der nur stille Plätze kennt und sich über unsere Gegenwart wundert: Warum wird überall die ganze Zeit Musik abgespielt?

Sie wundern sich über die Gegenwart. Kommen Sie so auf Ihre dystopischen Geschichten? Für mich ist es psychologisch belebend, ja geradezu lebensnotwendig, die Welt zu verfremden. Das in meinen Büchern zu tun, macht mich glücklicher als fast alles andere. Ich entdecke in der Art, wie wir leben, seltsame Dinge und halte in meinen Erzählungen fest: Seht her, das ist nicht die einzige Art, wie wir leben können. Und vielleicht können wir diese Fremdartigkeit, die ich in meinen Büchern konstruiere, für ein paar Augenblicke bewohnen.

Im neuesten Roman, «The Future», gelingt Ihnen diese Verfremdung aber nicht so richtig. Sie beschreiben eine Art Zukunft, in der Tech-Milliardäre mithilfe einer selbstentwickelten künstlichen Intelligenz in der Lage sind, die Apokalypse vorherzusehen und sich als Gruppe von Eingeweihten in einen Bunker zu flüchten. Das klingt doch sehr vertraut, als ob die Zukunft laufend von der Realität eingeholt würde. Ursprünglich begann «The Future» mit fünfzig Seiten, auf denen ich eine Pandemie beschrieb. Kurz darauf trat tatsächlich eine Pandemie ein. Also begann ich wieder von vorne, weil die Dystopie gerade von der Realität eingeholt worden war. Ich denke oft darüber nach, dass der einzige Unterschied zwischen unserer Welt und einer Science-Fiction-Dystopie darin besteht, dass wir uns Bezeichnungen einfallen lassen für Dinge, die bereits existieren. Denken Sie an Reality-Shows wie «Big Brother». Da lassen sich Leute, die ihren Job nicht mögen oder die kein Geld haben, mit anderen in einem Haus einschliessen. Der Rest von uns schaut ihnen dann im Fernsehen zu, wie sie miteinander konkurrieren. Ein uneingeweihter Zuschauer, der zufällig in das Programm zappt und mit dem Konzept nicht vertraut ist, würde denken, es handle sich um eine Sci-Fi-Dystopie.

Das Fernsehen nimmt also unsere Realität und macht daraus Dystopien.

Seite E 27 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Der Kommunikationswissenschaftler Neil Postman schrieb in den 1980er Jahren darüber, wie das Fernsehen das Verhältnis der Menschen zu Informationen, zu Nachrichten, zu Fakten veränderte. Wenn Sie zum Beispiel über Terrorismus etwas erfahren, dann brauchen Sie wahrscheinlich ein paar Minuten, um das zu verarbeiten. Zeitungen, Bücher gaben Ihnen diesen Moment. Postman sah nun das Fernsehen und sagte, es lasse uns keine Zeit für diese Momente des Nachdenkens. Wenn man in den 1980er Jahren die Fernsehnachrichten sah, sagte man: «Okay, hier sind ein paar schreckliche Dinge, die in Kambodscha passieren, hier sind ein paar schreckliche Dinge an einem anderen Ort und jetzt ein Hund, der das Alphabet singen kann.» Im Grunde ist also der Inhalt der Geschichten egal, denn es geht mehr um den Akt, wie sie zusammengefügt wurden. Und dieser lässt alles trivial erscheinen. Man glaubt nicht mehr daran, dass man die Welt beeinflussen kann. Es gleitet alles irgendwie an einem vorbei. Wir konsumieren einfach die Welt.

Wo ist der Raum, in dem ich überhaupt mit dem Leiden aus einer dieser schrecklichen Nachrichten ein paar Momente allein sein kann?

Postman hat die heutige Entwicklung mit Social Media vorweggenommen. Ja, das stimmt. Wir leben jetzt in dieser Zukunft, die kulturpessimistische Denker wie Postman vor vierzig Jahren voraussagten – und niemand scheint davon beunruhigt zu sein. Wir vergessen sogar, dass es früher anders war. Und kommen gar nicht auf die Idee, zu fragen, was wir brauchen würden, um diese Denkpause wieder zurückzugewinnen.

Würden wir es überhaupt merken, wenn wir uns mitten in einer Apokalypse befänden? Für manche Leute befinden wir uns gerade in einer Apokalypse. Klar, wir sind hier in Europa, es ist unwahrscheinlich, dass diese Region die Hauptlast der kommenden Klimaapokalypse tragen wird. Wenn Sie jetzt unter 30 sind, wissen Sie, dass Sie Schreckliches erleben werden: Es ist klar, dass sich das Klima ändern wird, dass es an manchen Orten unerträglich heiss werden wird, dass diese Orte unbewohnbar oder sehr schwierig bewohnbar werden, dass Ernten ausfallen. Wir wissen auch, dass noch viel mehr Menschen zu Tode kommen werden – aber eben meistens nicht in Europa, Nordamerika.

Sie beschreiben in «The Future» ein Szenario aus der Perspektive der Tech-Milliardäre, die sich vor dem Weltuntergang in ihre Bunker zu flüchten versuchen. Ich glaube, mir ist das in den letzten zwei Wochen, seit ich in Interviews über mein Buch spreche, sehr klargeworden: Diese Milliardäre, über die ich in «The Future» schreibe, die dank ihrem Reichtum in Bunkern den Weltuntergang überleben werden – das werden wir, die Europäer, die Nordamerikaner sein.

Diese Erkenntnis, dass Sie zwar über Tech-Milliardäre geschrieben haben, aber dass diese eigentlich für uns alle stehen, die kam Ihnen erst jetzt? Wenn man ein Buch schreibt und die Leute dann immer wieder Fragen dazu stellen, dieser Prozess ist sehr interessant. Meistens finde ich so heraus, warum ich das Buch geschrieben habe. Das meinte ich auch mit produktiver Wut.

Vielleicht liefern Leute wie Jeff Bezos oder Elon Musk uns dereinst die Technologien, um die Klimakatastrophe aufzuhalten. Es könnte sein, dass wir ihnen bald dankbar sein müssen. Woher kommt Ihre Wut auf sie? Weil mir klarwurde, dass sie uns alle bestohlen haben. Sie haben sich an unseren Daten und unseren Persönlichkeitsrechten bedient. Alle von uns, die jemals etwas ins Internet gestellt haben, wurden von diesen Leuten bestohlen, die damit sehr reich wurden und jetzt so tun, als gehöre ihnen das alles. Diese Wut ist ein Treibstoff für Veränderungen.

Sie glauben, dass Ihre Wut, in Literatur verpackt, Menschen verändern kann. Die Literatur hat jedenfalls *mein* Leben verändert. Ich glaube, auf individueller Ebene kann sie einiges bewirken. Die amerikanische Schriftstellerin Margaret Atwood hat mit «The Handmaid's Tale» eine Dystopie geschrieben über ein von Männern regiertes Land, die über die Fruchtbarkeit der Frauen verfügen und sie vergewaltigen, um Nachwuchs zu bekommen.

Seite E 28 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Das hat die neue Anti-Abtreibungs-Welle in den USA jedoch nicht aufgehalten. Nein, aber auf einer individuellen Ebene hat es den Menschen vielleicht geholfen, zu verstehen, was mit ihnen geschieht. Das finde ich hilfreich. Ich meine, ich war eine orthodoxe Jüdin, als ich das Buch las. Und ich habe es in meinem Kopf mit der Religion meiner Familie verknüpft. Und dann gab es eine kleine Explosion in meinem Kopf.

Welches Buch hat Ihnen geholfen, Ihre Wut zu überwinden? Was mir geholfen hat, über die Wut hinwegzukommen, war Psychotherapie. Aber das, was mir das Gefühl gab, weniger allein zu sein, war vielleicht «Per Anhalter durch die Galaxis» von Douglas Adams. Das Buch war witzig. Aber es war auch unglaublich zynisch, was die Welt angeht. Es beginnt ja damit, dass die Welt zerstört wird. Douglas Adams ist irgendwo in meinem Unterbewusstsein die ganze Zeit. Er ist mit 49 Jahren gestorben. Ich bin jetzt 49 . . . Ich habe einen Termin mit meinem Arzt vereinbart, nur um alles überprüfen zu lassen.

Wann haben Sie zum ersten Mal über die Apokalypse nachgedacht? Wer nach der Erfindung der Atombombe aufgewachsen ist, denkt immer ein bisschen über den Weltuntergang nach. Und ich bin Jüdin. Ich wurde über den Holocaust aufgeklärt und dachte: Ach, das ist eine Apokalypse. Dieses Jahr habe ich zum ersten Mal das Feld in Lettland besucht, wo die Familie meines Vaters 1941 in eine Grube geschossen wurde. Wenn man weiss, dass das eine reale Möglichkeit ist . . .

Wann haben Sie das erste Mal vom Holocaust erfahren? Mein Vater zeigte mir ein Buch mit Fotos aus dem Ghetto in Riga, aus der Zeit vor dem Holocaust. Und er erklärte mir, dass meine Vorfahren so gelebt hätten und dass das jetzt alles zerstört sei. Aber vor der Zerstörung sah das Ghetto nicht wie ein Ort des Grauens aus. Der Holocaust war für mich als Kind auf den Fotos nicht zu erkennen.

Wie alt waren Sie da? Das weiß ich nicht mehr. Aber ich erinnere mich an ein Gespräch zwischen meinen Eltern, ich muss ziemlich jung gewesen sein, vielleicht sieben. Mein Vater hat beiläufig etwas vom Holocaust erwähnt, und ich fragte: Was ist das? Und meine Eltern sahen sich zögernd an, als ob sie überlegen würden, ob man mir das zumuten kann. Und meine Mutter sagte dann zu meinem Vater: «Na ja, es kamen Kinder ums Leben, die jünger waren, als sie jetzt ist.»

Die Welt geht in «The Future» unter und auch schon in Ihrem vorherigen Buch, «The Power».

Apokalypsen passieren die ganze Zeit. Wir können uns an keine erinnern. Weil wir unsere Zivilisation mögen, glauben wir, dass unsere Welt unmöglich untergehen könne. Aber die Geschichte zeigt ja, dass es allen Zivilisationen zuvor passiert ist. Die Römer, das antike Griechenland, sie alle dachten, sie würden für immer bestehen. Und jetzt haben wir von ihnen nur noch Ruinen und Texte. Und versuchen sie zu rekonstruieren.

Viele Leute sagen, der jetzige Moment – Krieg in der Ukraine, nun der Krieg im Nahen Osten – fühle sich an, als ob es noch nie so schlimm gewesen sei. Teilen Sie dieses Gefühl eines bevorstehenden Kollapses? Es gab schon viel, viel schlimmere Kriege als diese. Und haben wir gerade die schlimmste Pandemie aller Zeiten erlebt? Nein. Aber wir erleben einen noch nie da gewesenen, von Menschen verursachten Klimawandel.

Sie klingen nicht sehr hoffnungsvoll, was die menschliche Spezies betrifft. Ich glaube, wir haben bei der Pandemie gerade etwas getan, was es in der Geschichte des Planeten noch nie gegeben hat. Mir ist kein anderes Ereignis bekannt, bei dem eine Spezies, eine ganze Spezies in einer konzertierten, globalen Weise gehandelt hat, um eine existenzielle Bedrohung abzuwenden. Bei früheren Pandemien hatten wir gar nicht die Kommunikationsmittel, um als Spezies zu agieren. Und natürlich haben einige Leute nicht daran geglaubt, und viele sind gestorben, aber es hätte viel schlimmer sein können, als es war.

Seite E 29 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Bei der Bekämpfung des Klimawandels fehlen diese konzertierten Maßnahmen. Vielleicht, weil wir ziemlich kurzfristig denken oder die Angst vor einer Krankheit besser verstehen als die Angst vor einer seltsamen Klimaveränderung. Vielleicht auch, weil die wohlhabendsten Länder der Welt durch einen glücklichen Zufall zu den am wenigsten betroffenen gehören werden. Ich denke, es ist es wert, darauf hinzuweisen, dass wir etwas tun könnten.

Es gibt in «The Future» eine Passage, in der Sie eigentlich beschreiben, wie die Klimakatastrophe abgewendet werden könnte. Nach «The Power» haben sich Leser beklagt, dass ich gar nie erklären würde, was wir denn tun könnten. Ich fand: So kompliziert wäre es nicht, diese Informationen herauszufinden. Also schrieb ich das auf.

Um das Ende nicht zu verraten, beschreiben wir das jetzt nicht. Aber die Stelle macht beim Lesen irgendwie traurig. Ich habe auch noch eine andere Version des Buches geschrieben, ein anderes Ende. Ich könnte Ihnen das schicken. Wobei: Das wäre komisch.

Allerdings. Aber für mich ist es eigentlich offen, wie das Ende von «The Future» zu lesen ist. Margaret Atwood hat einmal gesagt, eines der Vergnügen beim Lesen einer Dystopie sei, dass man in unsere Welt zurückkehren könne, nachdem man das Buch beendet habe, und sagen könne: «Oh, puh, nur Fiktion.» Mich interessiert auch das Gegenteil. Ein Buch, bei dem man am Ende der Lektüre in unsere Welt zurückkehrt und sagt: «Oh, das ist enttäuschend.»

Das war es, was wir mit «Traurigkeit» meinten.

Während der Lektüre ist man ständig in der realen Welt und kann abgleichen: Ja, das ist in der Realität schlimmer, das wird auch nicht gelöst, da geht die Welt auch vor die Hunde. In gewisser Weise ist es also konservativ, eine Dystopie zu schreiben, weil sie einen dazu ermutigt, sich mit der Welt, in der man lebt, zufriedenzugeben. Und etwas Utopisches zu schreiben, ist radikal, weil es uns dazu ermutigt, unzufrieden zu sein.

Wollen Sie, dass wir Leser wütend werden? Auf die Welt, nicht auf mich.

Auf wen konkret sollen wir wütend sein? Ich möchte, dass Sie meine Wut spüren, aber ich möchte auch, dass Sie Ihre eigene Wut spüren. Wenn Sie lesen, was alles gut sein könnte auf der Welt, und sich sagen: Ja, ich will, dass das passiert, dass diese Dinge geschehen – an wen denken Sie dann? Wer soll das umsetzen? Vielleicht denken Sie an die Regierung. Vielleicht an die Leute, denen die größten Unternehmen der Welt gehören, an die reichsten Leute der Welt.

Und das verleitet die Menschen dann zum Handeln? Ich drehe die Welt in meinen Büchern sozusagen um, betrachte sie und frage: Könnte sie besser sein? Bei «The Power» fragte ich, wenn Frauen das stärkere Geschlecht würden, würde es dann besser?

Die meisten Frauen handeln im Buch ebenso gewalttätig und diktatorisch wie die Männer.

Meine Antwort war nicht unbedingt Ja.

Das ist eine ziemlich pessimistische Sicht auf die Menschen. Ich würde nicht behaupten, dass ich eine radikale politische Denkerin bin. Für mich persönlich fand ich es jedenfalls sehr wichtig, zu verstehen, dass Technologieunternehmen uns das Image verkaufen, dass wir einflussreich seien, und uns zugleich aber davon ablenken, tatsächlich etwas zu tun, was die Welt verändert. Und ich finde es wichtig, dass ich mich nicht einfach in den sozialen Netzwerken über andere Leute aufrege, sondern das tue, was meine Eltern und Grosseltern auch schon getan haben: meinem Abgeordneten schreiben, dass er dies oder jenes tun solle.

Seite E 30 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Oder Sie schreiben ein Buch als Therapie. Ich fühle mich einfach besser, wenn ich schreibe. *Ich* bin besser, wenn ich schreibe. So scheine ich das Leben zu verdauen. Meine Mutter ist im vergangenen März gestorben. Und ich arbeite gerade an etwas, das von Trauer und Verlust handelt und in gewisser Weise von meiner Mutter.

Vermissen Sie Ihre Mutter sehr? Ja. Sie war drei Jahre lang sehr krank gewesen. Sie hatte eine Reihe von Schlaganfällen erlitten. In gewisser Weise vermisste ich sie also schon, bevor sie weg war.

Hatte sie grossen Einfluss auf Ihr Leben?

Wenn man eine Mutter hat, die sehr viel liest, kann man mit ihr reden, indem man Bücher schreibt.

«Wenn es dich nicht selbst erregt, hast du es nicht richtig gemacht»: Naomi Alderman über das Schreiben von Sexszenen.

Was wollten Sie Ihrer Mutter in Ihren Büchern sagen? Um ehrlich zu sein, weiß ich das noch nicht. Jeder, der jemanden Nahestehendes verloren hat, wird diese Erfahrung gemacht haben: Man erfährt immer noch etwas über die Person und über die Beziehung zu ihr, nachdem sie gestorben ist. Das war für mich sehr überraschend. Kennen Sie das: Sie haben ein Geräusch, das schon sehr, sehr lange in Ihrem Haus zu hören ist? Eine Maschine läuft draussen, und sie läuft und läuft . . . Und dann geht sie plötzlich aus, und Sie sagen: «Gott, ich habe gar nicht bemerkt, dass dieses Geräusch da war.» Ich glaube, so ist es, wenn deine Mutter stirbt.

Reden Sie mit ihr im Kopf, so wie eine der Hauptfiguren in «The Future» mit ihrem verstorbenen Ehemann redet? Ich träume von ihr. Ich frage sie oft: «Wo hast du das hingetan?» Und sie sagt es mir im Traum, und dann wache ich auf und merke, das war nicht real. Ich glaube, ich sehe sie mindestens jede dritte Nacht.

Sie haben einmal erzählt, Sie könnten Ihre Gefühle ausschalten. Wie haben Sie das gelernt? Durch das Kindheitstrauma des Missbrauchs. Ich habe früh gelernt: Was auch immer du durchmachst, konzentriere dich auf deine Schulnoten, arbeite für eine Zukunft, in der du selbst über dein Leben bestimmst. Wenn ich am stärksten verzweifelt bin, werde ich am intellektuellsten. Ich sage mir einfach: Okay, ich abstrahiere von dieser Sache, ich denke über andere Dinge nach, das ist eine Überlebensstrategie.

Die Figuren in «The Future» haben diese Fähigkeit auch. Sie nennen es eine «Superkraft». Wann haben Sie zum ersten Mal realisiert, dass Sie diese Gabe haben? Vermutlich in der Psychotherapie. Die Therapeutin fragte: «Wie fühlen Sie sich?» Und ich, mit 27 Jahren, habe geantwortet: «Äh, ich weiss nicht. Was meinen Sie mit Gefühlen?» Von dort war es ein langer Weg, wieder etwas zu empfinden und meine Gefühle auszudrücken.

Wann haben Sie Ihre Superkraft das letzte Mal angewendet? Am Abend der Premiere der Serie «The Power» brach meine Mutter mit einem Schlaganfall zusammen. Ich ging ins Krankenhaus. Ich war dort von 1 Uhr bis 3 Uhr morgens. Der Arzt sagte: «Wissen Sie, wahrscheinlich wird sie noch mindestens ein paar Wochen in diesem Zustand sein.» Meine Mutter und ich hatten früher schon über solche Situationen gesprochen. Sie wusste, dass sie krank war und dass sie nicht mehr lange zu leben hatte. Und sie hatte mir gesagt: «Egal, was mit mir ist, du hast so hart gearbeitet, tu, was du tun musst.» Also bin ich am Tag nach der Premiere ins Flugzeug gestiegen und nach New York geflogen. Dort habe ich zwei Tage lang Interviews gegeben. Ich hatte immer im Hinterkopf, dass sie jederzeit sterben könnte. Ich glaube, es ist eine Superkraft, das zu können. Auf dem Rückflug erhielt ich von meinem Vater die Nachricht, dass sie sich definitiv nicht von ihrem Schlaganfall erholen wird.

Seite E 31 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Sie haben auf Ihrer Website eine Art Interview mit fiktiven Leserfragen, und eine der Leserfragen lautet: «Das ist ein ziemlich miserables Buch, nicht wahr?» Ihre Antwort lautet: «Ja, Mama, das ist es.»

Sie hat jedes einzelne meiner Bücher gelesen. Dann hat sie mir oft hinterher gesagt: «Da war zu viel Sex drin.» Und ich sagte: «Da ist nur eine Zeile.»

Was sicher nicht stimmt. Denn es gibt sehr viel Sex in Ihren Büchern. Finden Sie?

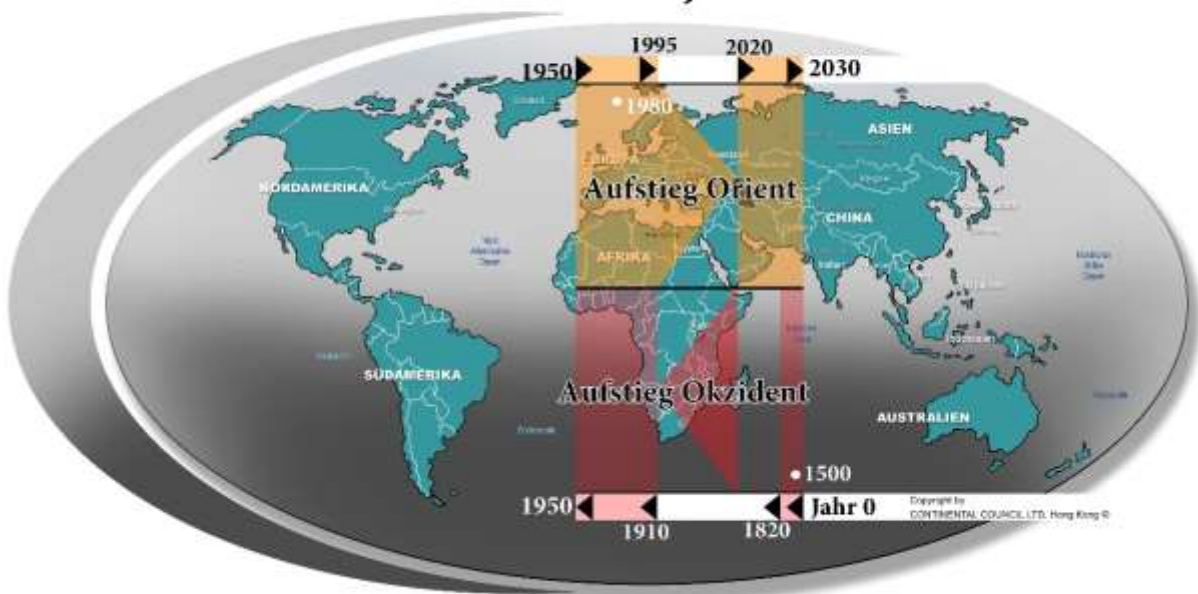
Ja. Sex ist sehr präsent in Ihren Erzählungen. Und Liebe. Aber es fällt uns schwer, zu sagen, ob es wirklich Liebe ist. Kürzlich habe ich zu Freunden gesagt, dass ein Interview mit einer Zeitung wie eine Therapie sei. Welche seltsamen Dinge werden sie mich fragen? Und was werden sie danach damit machen?

01) Die 8. Semriacher Gespräche standen im Zeichen der Zeitenwende und Globalpolitik

Von Redaktion

Feb 24, 2024

**Schwerpunktverlagerung
der Weltwirtschaft
vom Jahr 0 bis 2030 AD**



Schwerpunktverlagerung des Weltbruttosozialprodukts vom Jahr 0 und 1500 bis 2030

Quo vadis Europa?

VON REDAKTION | Die 8. Semriacher Gespräche am 17.2.024 standen im Zeichen der sich immer deutlicher abzeichnenden Zeitenwende. Der Vortrag hatte zum Ziel die Situation nicht nur, wie üblich partiell darzustellen, doch umfassender aufzuarbeiten, um Zuhörern einen Gesamtüberblick zu verschaffen und in die Lage zu versetzen, sich und ihre Familien in Zukunft besser zu schützen.

Aufgrund der großen aktuellen Bedeutung des Themas bringt UNSER-MITTELEUROPA nachstehend eine ausführliche Zusammenfassung des in Semriach gehaltenen Vortrages in drei Teilen:

Teil 1: Was bedeutet «Globalpolitik»?



Grafik: Das westliche Eine-Welt-Modell und seine enthaupteten Demokratien

Das atlantische Medienkartell lässt seine Berichterstattung zum globalen Geschehen vorzugsweise nur auf die Bereiche staatlicher "Innen- & Außenpolitik" beschränken. Der Begriff "Globalpolitik" kommt dagegen kaum vor oder wird im besten Fall mit der sogenannten "Geopolitik", zugeschnitten auf die Briten in den Jahrhunderten ihrer Stellung als See- & Kolonialmacht, verwechselt: "Globalpolitik" dagegen bestimmt das Politikfeld, welches politische Konzeptionen in Bezug auf die gesamte Menschheit entwirft und realisiert.

Die Protagonisten der Globalpolitik verfolgen Konzepte, die meist sehr langfristig – wie z.B. auf 50 oder 100 Jahre und darüber hinaus – angelegt sind und damit weit über den Bereich der Innen- & Außenpolitik von Nationalstaaten hinausgehen.

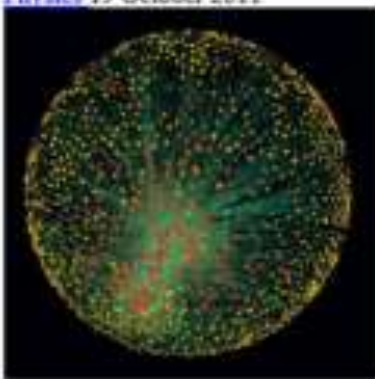
Lassen sich “Globalisten-Netzwerke” wissenschaftlich nachweisen?

Eine Studie der ETH Zürich hat im Jahr 2009 den Nachweis erbracht, dass im Gegensatz zur landläufigen Meinung, Globalisten-Netzwerke wissenschaftlich nachweisbar sind. Zugleich musste man eingestehen, dass Globalpolitik im Verhältnis zur Gesamtweltbevölkerung von nur einer verschwindend kleinen Zahl von Menschen – aus nur einigen wenigen hundert Familien-Klans bestehend – weltweit gesteuert und betrieben wird.

Revealed – the capitalist network that runs the world

Physics 19 October 2011

By [Debora Mackenzie](#) and [Andy Coghlan](#)



NewScientist

Physics Health More » Shop Courses

The 1318 transnational corporations that form the core of the economy. Superconnected companies are red, very connected companies are yellow. The size of the dot represents revenue

Die Forscher der ETH Zürich fassten ihr Ergebnis, wie folgt prägnant zusammen:



Unsere wichtigste Erkenntnis ist, dass einer lokalen Streuung von Kontrolle eine globale Konzentration von Kontrolle und Wert gegenübersteht. Dies bedeutet, dass nur eine kleine Elite von Aktionären einen großen Teil des Aktienmarktes kontrolliert, ohne dass jemals zuvor systematisch darüber berichtet wurde.



«Backbone of complex networks of corporations»
ETH Zürich 2009 von J. Glattfelder & S. Battiston

Die Wissenschaftler der ETH untersuchten 37 Millionen Unternehmen aus denen sie 43.060 transnationale Konzerne (TCNs) herausfilterten. Ein Kern von 1.318 Unternehmen beherrscht 20% aller Umsätze, doch kontrolliert durch Beteiligungen noch einmal 60% aller weltweiten Erträge: Weniger als 2% aller transnationalen Unternehmen kontrollieren 80% der Umsätze.



Schlagzeile der Schweizer Zeitung „Der Sonntag“ vom 23. Oktober 2011

Dazu kommen Kollusionen einiger Dutzend Finanzkonzerne im Stil einer geschlossenen Gesellschaft oder defacto Finanzplutokratie. Aus dem Report der ETH geht hervor, dass im Gegensatz zu besagter Unternehmens-Kollusion auf globaler Ebene, für lokale Unternehmen auf der europäischen Ebene nur das genaue Gegenteil zutrifft.

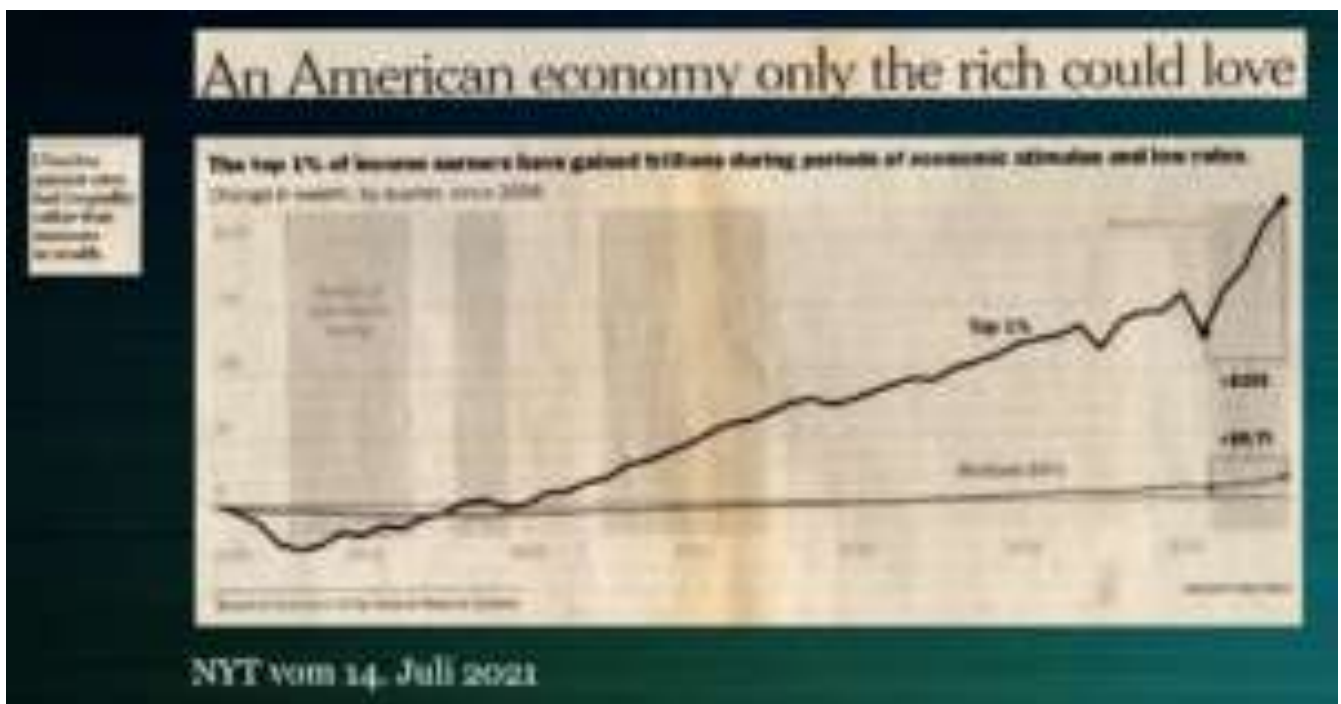
Diese Entwicklung stellt nicht nur den wirtschaftlichen Wettbewerb in Frage, sondern erodiert auch die Souveränität von Nationalstaaten. Anders als Unternehmen des Mittelstandes, welche darauf konditioniert wurden, sich vom politischen Geschehen möglichst fernzuhalten, sehen Globalisten, neben der Kontrolle ihrer Finanz- & Wirtschaftsmonopole, kein Problem, sich darüber hinaus in die politischen Verhältnisse der Nationalstaaten von oben her selbstbewusst und immer frecher einzumischen: Dazu zählt auch ihr Brauch den Amtsträgern staatlicher Behörden ihre transnationalen Konzepte vorzugeben und falls nötig, mit besonderen Mitteln zu erzwingen.

Im Zuge solcher Prozesse werden von transnationalen Zirkeln als Briefträger und zur besten Täuschung häufig sogenannte "Experten & Expertinnen" [vermeintlich unabhängiger "Wissenschaft"] eingesetzt, die man insbesondere während der sogenannten CoV-Pandemie besonders deutlich bewundern durfte.

Die Ziele der Globalisten

Das Ziel der Globalisten ist es die "Eine-Welt-Ordnung" zu verfolgen und ihre damit verbundenen Monopolsysteme gegen etwaige nationale Widerstände mit allen Mitteln durchzusetzen:

-
- Ein global angelegtes Monopol- & Kartellsystem transnationaler Konzerne, die in Bezug auf ihre ultimativen Nutznießer nach innen intransparent verschachtelt sind, soll die Prozesse zur Monopolisierung unumkehrbar machen. Darüber verstecken sich die Eigentümer und Kontrolleure des zentralisierten Finanzkapitals in Stiftungen und bleiben auf diese Weise nach außen hin weitgehend "unsichtbar".
- Die fortschreitende Entmachtung der Nationalstaaten wird kontinuierlich weiterverfolgt und extern entwickelte Konzepte auf die Opferbevölkerungen angesetzt. Das richtet sich in meist allen der Fälle gegen die Interessen der Mehrheit der Staatsbürger. Als Beispiele derartiger Exzesse können die gesamten Falschmaßnahmen rund um CoV herangezogen werden, die es jedoch transkontinentalen Plutokraten und ihren Handlangern erst ermöglichten sich ihre Taschen mit Volksvermögen im großen Stil vollzustopfen.



- Vormalig stolze und souveräne Republiken werden politisch immer weiter ausgehöhlt, extern übernommen, in handlungsunfähige Protektorate verwandelt und unter transnationale Dienstherrn gestellt.

Was sagt der 26. US-Präsident dazu?

Theodore Roosevelt (1858-1919, 26. Präsident der USA), schrieb in seinem Buch: „Aus meinem Leben“ (S. 487, Leipzig 1914):

„Hinter der sichtbaren Regierung sitzt auf dem Thron eine unsichtbare Regierung, die dem Volk keine Treue schuldet und keine Verantwortlichkeit anerkennt.“

„Diese unsichtbare Regierung zu vernichten, den gottlosen Bund zwischen korruptem Geschäft und korrupter Politik zu lösen, ist heute erste Aufgabe des Staatsmannes.“

Die Prioritäten der Steuerung

Souveräner Staat

Gesellschaft realisiert selbst die vollständige Staatsausführung im Sinne ihrer aktuellen Interessen.



Das Diagramm zeigt eine Pyramide, die in vier vertikale Spalten unterteilt ist. Von links nach rechts sind die Spalten beschriftet mit: 'Finanz', 'Wirtschaft', 'Justizsystem' und 'Militär'. Die Spitze der Pyramide ist als 'Rat' beschriftet, und die Basis als 'Politik'.

Ausgangspunkt von zentraler Steuerung

Kunst- & Souvenirstaaten

Diese Mangel-Gesellschaft liefert Souvenirmehrheiten

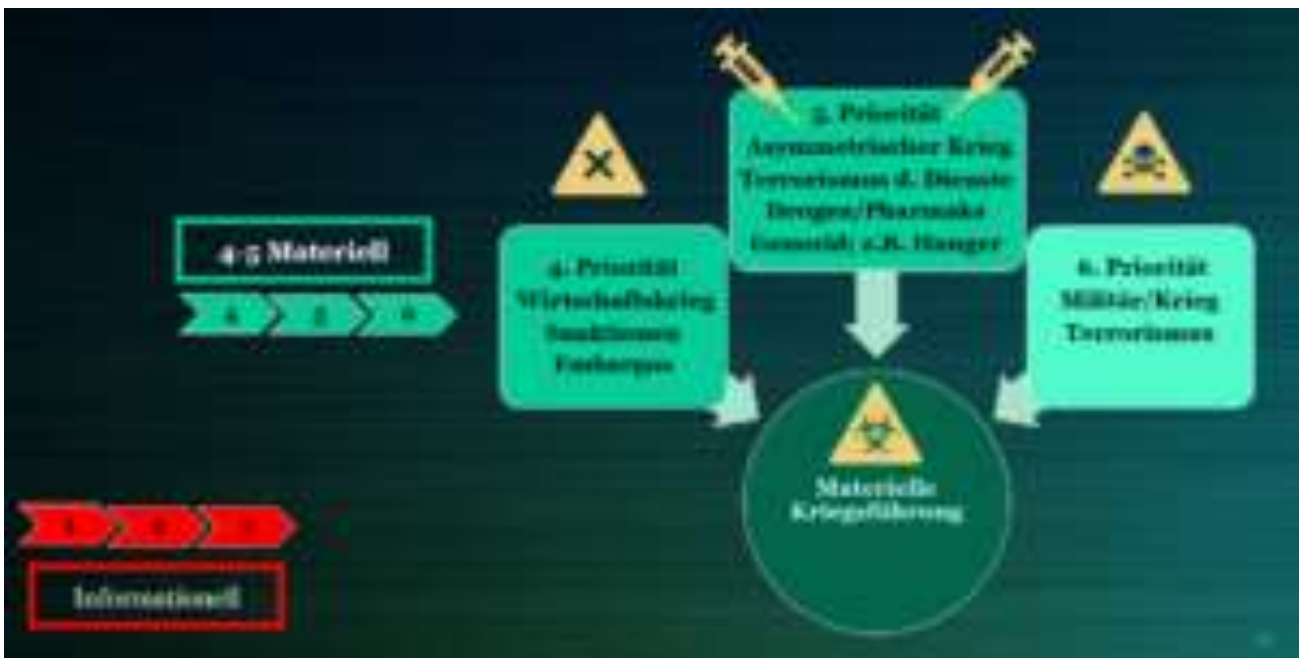


Das Diagramm zeigt ein komplexes, symmetrisches Netzwerk von Knoten und Linien, das über einer Kugel (Globe) positioniert ist. Die Knoten sind mit verschiedenen Begriffen beschriftet, die in einer hierarchischen oder funktionalen Anordnung angeordnet sind. Die Kugel selbst ist mit einem Weltkarten-ähnlichen Muster bedeckt.

Globalisten-Klans bedienen sich sowohl strukturierter wie auch strukturloser Steuerungstechniken, die im besten Effekt mit dem Einsatz unterschiedlicher Prioritäten hybrider Kriegsführung kombiniert werden:



Die informationellen Prioritäten werden zur Steigerung des Effekts je nach Bedarf mit den drei Methoden der "Faschismus-Keule", "Antisemitismus-Keule" bzw. "Demokratie-Keule" gebündelt.



Die materiellen Prioritäten werden zur effektiveren Durchsetzung gegenüber der Öffentlichkeit gerne mit krypto-religiösen Dogmen und/oder "Werte-Heilslehren" flankiert.

Hybride Kriegsführung verfügt so über je drei informationelle – & materielle Schienen:

1. Beeinflussung der Weltanschauung gelingt nur langfristig, doch hat stärksten Effekt.
2. Beeinflussung des Geschichtsbildes durch Überschreiben der Geschichte.
3. Beeinflussung über Doktrinen sowie Massenmedien, die in Kartellen organisiert sind.
4. Formen des Wirtschaftskrieges zur Durchsetzung von spezifischen Klan-Interessen.
5. Anwendung von Waffen des Genozids auch mit Giften, die das Erbgut verändern.
6. Der heiße Krieg mit militärischen Waffen als schwächste der sechs Prioritäten.

Teil 2: 25.02.2024:

Masse-Elite Gesellschaften als Spielball transnationaler Kräfte

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

[Siehe dort!](#)

02) Oh Mann. Männer wählen öfter rechts als Frauen. Ein großer Teil von ihnen fühlt sich abgehängt – und viele sind es tatsächlich auch. Rechtsextreme nutzen dies. Von Rachel Kleinfeld



Rachel Kleinfeld
Washington

Rachel Kleinfeld ist leitende Wissenschaftlerin des *Democracy, Conflict, and Governance Program* des *Carnegie Endowment for International Peace*. Sie beschäftigt sich mit Fragen der Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit und Regierungsführung in Demokratien.

Demokratie und Gesellschaft 22.02.2024 | [Rachel Kleinfeld](#)



picture alliance / Reuters | Jim Urquhart

Kürzlich veröffentlichte die *Financial Times* einen [vielbeachteten Artikel](#), der bestätigte, was viele Fachleute bereits seit Längerem vermuten: Es gibt eine „ideologisch-politische Kluft“ zwischen Männern und Frauen – und diese wird immer größer.

In den vergangenen 15 Jahren haben Männer auf der ganzen Welt [deutlich öfter](#) rechte Parteien gewählt als Frauen. So konnte die rechtsradikale, populistische und Verschwörungserzählungen offen gegenüberstehende Vox-Partei von spanischen Männern [etwa doppelt so viele Stimmen erwarten](#) wie von Frauen. Bei der polnischen Parlamentswahl im vergangenen Herbst stimmten Männer und Frauen zwar in etwa gleich stark für die Ex-Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (PiS), doch die noch weiter rechts stehende *Konfederacja* wurde [fast dreimal so häufig](#) von Männern als von Frauen gewählt. Daten aus einer 2009 durchgeführten Studie über europäische Parteien mit autoritären oder populistischen Tendenzen [ergaben](#), dass Männer in der Regel etwa doppelt so häufig für derartige Parteien stimmten als Frauen. Im Falle der nationalistischen Schwedendemokraten war dies sogar bis zu fünfmal wahrscheinlicher.

Seite E 41 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Es ist jedoch kein rein europäisches Phänomen: Der brasilianische Ex-Präsident Jair Bolsonaro schnitt bei der Wahl 2018 bei den Brasilianern [zehn Prozentpunkte besser](#) ab als bei den Brasilianerinnen. Ein ähnlicher *Gender Gap* brachte Argentinien seinem populistisch-libertärem Führer [Javier Milei](#) im vergangenen November den Sieg.

In einigen Ländern scheint das Geschlecht bei Wahlentscheidungen in engem Zusammenhang mit anderen sozialen oder demografischen Variablen wie Klasse, Bildung und Beschäftigung zu stehen. Dennoch macht in vielen Staaten die Variable „männlich“ offenbar einen großen Unterschied – unabhängig von anderen Faktoren.

Das zeigt sich auch in den USA, wo die weibliche Wahlentscheidung eher nach links tendiert, während die Männer nach rechts rutschen. So entsteht ein *Gender Gap*: Die Unterschiede im Wahlverhalten zwischen den Geschlechtern waren bei der [Wahl von Donald Trump](#) im Jahr 2016 deutlicher zu beobachten als im vergangenen [halben Jahrhundert davor](#). Über die Rolle der Ethnie für die Wahlentscheidung in den USA ist bereits viel gesagt und geschrieben worden, aber es scheint, dass das Geschlecht eine ähnlich entscheidende, wenn auch etwas andere Rolle spielt. So bilden weiße Männer seit 2016 verlässlich den „harten Kern“ der Trump-Unterstützer. Bei den Wahlen 2020 schnitt er aber auch bei den afroamerikanischen Männern [zwölf Punkte besser ab](#) als bei den afroamerikanischen Frauen. Er konnte (für einen Republikaner beachtliche) 18 Prozent bei den männlichen Schwarzen für sich verbuchen.

Dabei entsteht für diese jungen Männer auch der Eindruck, ein Großteil der Linken habe für sie nichts anzubieten.

Wer sich um die Demokratie sorgt, könnte angesichts dieser Zahlen zu dem Schluss kommen, man müsse sich eben besonders auf die Belange von Frauen konzentrieren und diese zur Wahl bewegen. Rund die Hälfte der wahlberechtigten Bevölkerung aufzugeben oder zu ignorieren, wäre aber weder mit Blick auf den gesamten Staat und seine Gesellschaft noch mit Blick auf die eigenen Wahlaussichten sinnvoll.

Das Problem ist nicht, dass Männer quasi „von Natur aus“ empfänglich und besonders unterstützend für autoritäre Populisten wären. Tatsächlich sind amerikanische Männer viel eher politisch passiv. Die meisten jungen Männer könnten eher als verunsichert und orientierungslos bezeichnet werden. Anti-demokratische und gewalttätige Kräfte versuchen, aus dieser Ziellosigkeit Kapital zu schlagen. So dringt die Politik auf subtile Weise in das Leben vieler Männer ein: Letztere suchen nach Zugehörigkeit, Sinn und Rat, und finden eine Mischung aus Schwindlern, politischen Scharlatanen und gewalttätigen Extremisten, die versuchen, sie zu rekrutieren und auf einen überaus hässlichen Kurs zu führen. Nur wenige Menschen wehren sich aktiv dagegen.

Ihre Popkultur fokussiert sich auf Personen wie Elon Musk, CEOs und Geschäftsmänner in Davos, kurzum: erfolgreiche Männer, die an der Spitze der Gesellschaft zu stehen scheinen. Freilich entspricht der Lifestyle dieser Männer in keiner Weise dem der großen Mehrheit. Das zeigen schon die wirtschaftlichen Daten: Amerikanische Männer, die lediglich einen High-School-Abschluss haben, verdienten 1979 inflationsbereinigt 1 017 Dollar pro Monat; [heute sind es 881](#). Mehr als zehn Prozent der Männer im arbeitsfähigen Alter sind [überhaupt nicht erwerbstätig](#).

Doch es geht nicht nur um Geld, sondern auch um gesellschaftlichen Status sowie um Zufriedenheit mit dem eigenen Leben. Frauen schließen [häufiger die High School ab](#) als

Männer und zeigen auch in den weiterführenden Colleges bessere Leistungen. Augenscheinlich sind diese Frauen [nicht so sehr](#) an Männern interessiert, die weniger gebildet sind und schlechter verdienen als sie; Männer ohne College-Abschluss heiraten seltener. Und: [Mehr als 1,5 Millionen Männer](#) im Alter von 20 bis 24 Jahren sind weder in der Schule noch in der Ausbildung noch im Beruf. Gleichzeitig haben genau diese Männer [deutlich weniger Sex](#) als frühere Generationen oder ihre berufstätigen Altersgenossen.

Es überrascht nicht, dass laut einer [Umfrage von Equimundo](#) junge Männer ohne College-Abschluss von allen befragten Gruppen am wenigsten Optimismus und Sinn im Leben verspüren. Viele haben keine verlässliche Möglichkeit mehr, ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Sie geben auch an, am wenigsten soziale Unterstützung zu haben und sind unsicher, wie sie Beziehungen führen sollen – mit Freunden, vor allem aber auch *Liebesbeziehungen*. Sie spüren ihren niedrigen gesellschaftlichen Status sehr deutlich. Gleichzeitig wird die Gruppe „junger Mann“ in der Populärkultur häufig mit den besagten Männern an der Spitze der Gesellschaft gleichgesetzt. Dabei entsteht für diese jungen Männer auch der Eindruck, ein Großteil der Linken habe für sie nichts anzubieten, da sie trotz allem privilegiert seien und sich „erst einmal hinten anstellen“ müssten.

Weißer Rassisten rekrutieren [schon seit Jahren](#) junge Männer auf Gaming-Plattformen.

Viele dieser Männer wenden ihre Empfindungen nach innen, mit dem Ergebnis, dass [fast drei Viertel](#) der Opfer sogenannter „Verzweiflungstode“ – hauptsächlich durch Drogen oder Selbstmord – Männer sind. Diese Todesfälle sind in den USA inzwischen so üblich, dass sie schon vor der Corona-Pandemie zu einem Rückgang der Lebenserwartung unter amerikanischen Männern geführt haben. Es ist eine Tragödie für diese Menschen, für ihre Familien, für ihre direkte Umgebung und für ihre lokalen Gemeinschaften.

Einige Männer suchen die Schuld derweil bei „den anderen“. Das ist für unsere Demokratie tragisch. Für die [zwei Drittel](#) der jungen Männer, die gegenüber Forschenden aussagten „Niemand kennt mich wirklich gut“, wäre ein Gemeinschafts- und Zugehörigkeitsgefühl sehr wichtig. Noch wichtiger wäre es wohl für Männer, die angeben, keinerlei sozialen Aktivitäten nachzugehen. Das erklärte immerhin jeder sechste Amerikaner mit High-School-Ausbildung oder keinem Abschluss. Wenn es keine sozialen „Verpflichtungen“ und Tätigkeiten gibt, bleibt viel Zeit für das [Surfen im Netz und zum Zocken](#).

Genau dort setzte Steve Bannon an. Der Ex-Chefideologe von Donald Trump [erzählte](#) dem Journalisten Joshua Green über eine Entdeckung, die er nach dem Kauf einer Gaming-Firma machte – lange bevor er politisch aktiv wurde. Er habe eine „unglaubliche Power bei diesen entwurzelten, heimatlosen weißen Männern“ beobachtet. 2012, nach seiner Übernahme von *Breitbart*, habe er deswegen den rechtsextremen Influencer Milo Yiannopoulos engagiert, „um diese Armee wachzurütteln“. Yiannopoulos behauptete, „feministische Tyrannen“ würden die Videospiegelindustrie zerstören, und heizte damit die Gamergate-Kontroverse an – eine [Hetzkampagne](#) gegen weibliche Spieleentwicklerinnen. Wie Bannon [erklärte](#): Diese Leute „steigen durch Gamergate oder sowas ein, und werden dann auf die Politik und auf Trump aufmerksam“.

Bannon war nicht der Einzige, dem dieses bisher unerschlossene Reservoir an möglichen Rekruten auffiel. Gavin McInnes, der Gründer der chauvinistischen, gewaltbereiten [Proud-Boys-Bewegung](#), konzentrierte sich in mehr als der Hälfte der Videos, mit denen er seine Bewegung ins Leben rief, auf die männliche Opferrolle. So ließ er [seine Anhängerschaft wissen](#): „Beim Feminismus geht es nicht mehr um Gleichberechtigung. Es geht darum, den Männern ihre Männlichkeit zu nehmen.“ Für ebenjene Männer, die sich in ihrer Männlichkeit bedroht fühlten, bot er als „Gegenmittel“ Gewalt an, mit der sie ihre Stärke und Männlichkeit

demonstrieren könnten. Wie gewisse Kampfsportler durchlaufen Männer [vier Stufen in der Hierarchie der Proud Boys](#) – zunächst, indem sie sich der Gewalt anderer Gruppenmitglieder unterwerfen (so werden sie beispielsweise so lange in den Magen geschlagen, bis sie fünf Frühstücksmüslis aufzählen können, angeblich um „Adrenalin-Kontrolle“ zu demonstrieren), und im letzten Schritt, indem sie politisch motivierte Gewalt gegen andere in der amerikanischen Gesellschaft ausüben.

McInnes steht mit seiner Strategie in einer langen Tradition. Weltweit versuchen Extremisten immer wieder, Männern, die sich in anderen Bereichen ihres Lebens benachteiligt oder „entmannt“ fühlen, ein neues Machtgefühl zu vermitteln. Weiße Rassisten rekrutieren [schon seit Jahren](#) junge Männer auf Gaming-Plattformen. Das Phänomen nimmt offenbar weiter zu. Seit 2021 haben sich die Versuche [mehr als verdoppelt](#): Fast jeder Fünfte, der Gaming-Plattformen nutzt, [gab an](#), dass er im Jahr 2022 rassistische Inhalte und Werbung gesehen habe.

Viele Männer in unserer Gesellschaft fühlen sich allein gelassen, hoffnungs- und hilflos, weil sie ihre Probleme nicht angemessen artikulieren können.

Allerdings werden Männer immer häufiger nicht durch explizit rechtsextreme Ideologie oder Rassismus rekrutiert, sondern einfach dadurch, dass sie versuchen herauszufinden, „wie man ein Mann ist“ – gerade in einer Welt, in der sich die Geschlechterrollen rasant verändert haben. Gehen Sie einfach einmal online und suchen Sie nach typischen Fragen, die ein Mann in Ermangelung von Freunden oder Vorbildern eintippen könnte, beispielsweise wie man ein Date zustande bekommt oder wie man Muskeln aufbaut. Es dauert nicht lange, bis die Algorithmen diese ahnungs- und vermutlich arglos Suchenden in die „[Manosphere](#)“ ziehen – eine Welt voller Online-Selbsthilfegruppen für Männer, die mit vielen ansprechenden Anlaufstellen für Personen beginnt, die herausfinden wollen, wie sie leben „sollen“. Am Ende steht ein Sumpf voller Frauenfeindlichkeit, Hass und Gewalt.

In der [Equimundo-Umfrage](#) sagte fast die Hälfte der jungen Männer zwischen 18 und 25 Jahren, sie würden einem oder mehreren der Männerrechtler, Anti-Feministen oder Gewaltbefürworter in der Manosphere vertrauen. Einer dieser Influencer ist beispielsweise Andrew Tate, ein selbsternannter Frauenfeind und eingefleischter Trump-Fan. Die Manosphere nutzt die sehr realen Probleme, mit denen Männer konfrontiert sind, und schiebt die Schuld dafür auf Frauen. So wird ein vermeintliches Nullsummenspiel propagiert: Wenn Frauen in irgendeiner Weise „gewinnen“ oder Rechte erkämpfen, verlieren die Männer.

In den USA wurden Jahrzehnte damit verbracht, einen Pfad für selbstbestimmte Frauen und Mädchen zu schaffen – ohne begleitende Bemühungen, ein breiteres und stabileres Verständnis von Männlichkeit für die Männer zu entwickeln, die den Frauen zur Seite stehen sollten. Jetzt ernten wir die Gegenreaktion. Ein Teil der möglichen Lösungen liegt zweifellos in konkreten politischen Maßnahmen, die Männern dabei helfen, sich sicherer zu fühlen – wie höhere Löhne für traditionell „männliche“ Arbeiterjobs. Darüber hinaus sollten Wege zum (gesellschaftlichen und wirtschaftlichen) Erfolg ermöglicht werden, die eher auf handwerklicher Arbeit als auf Hochschulabschlüssen beruhen.

Um politische Wut und Aktionsbereitschaft zu entfachen, braucht es aber auch die entsprechende politische Erzählung. Man sollte nicht nur die materiell-wirtschaftliche Situation der Männer verbessern, sondern auch darüber nachdenken, wie Männer an der Seite von gestärkten Frauen selbst ein Gefühl von Sinn, Identität und Status entwickeln können. Jahrelange Kulturmuster haben zum Bild starker, kompetenter Frauen einerseits und geradezu stümperhafter Männer, die „den Hintern nicht hochbekommen“, andererseits

Seite E 44 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

geführt. Wir müssen sowohl Männer als auch Frauen als kompetente Erwachsene verstehen und abbilden. Frauen lernen seit Jahrzehnten, als Mentorinnen für junge Frauen aufzutreten. Jetzt müssen Männer dasselbe tun. Sie müssen echte Beziehungen aufbauen, die den Manosphere-Influencern entgegenwirken, die ihrerseits die Rolle von Vätern und großen Brüdern übernommen haben.

Autoritäre Kräfte haben schon immer patriarchalische Geschlechterrollen befürwortet und gefördert. Wer sich für Demokratie einsetzen und Männer unterstützen will, muss die Wirkung dieses Sirenenengesangs erkennen und ernst nehmen. Unter US-Psychologen gibt es den Spruch: *Hurt people hurt people*. (Im Deutschen etwa: „Verletzte Menschen verletzen (andere) Menschen.“) Viele Männer in unserer Gesellschaft fühlen sich allein gelassen, hoffnungs- und hilflos, weil sie ihre Probleme nicht angemessen artikulieren können angesichts einer Gesellschaft, die sich offenbar auf andere Dinge konzentriert. Das schadet diesen Männern, es schadet den Frauen, und es schadet auch unserer Demokratie. Dieses Problem müssen wir angehen. Gemeinsam.

Aus dem Amerikanischen von Tim Steins.

Dieser Artikel erschien im Online-Magazin [Persuasion](#), basierend auf einer Fassung, die beim [American Institute for Boys and Men](#) veröffentlicht wurde.

<https://www.ipg-journal.de/rubriken/demokratie-und-gesellschaft/artikel/oh-mann-7302/?utm_campaign=de_40_20240223&utm_medium=email&utm_source=newsletter>

03) Drittel der Bewohner Alaskas wollen „Unabhängigkeit“ von USA

Von ELA

Feb 21, 2024



Bild: Wikipedia

Alaska als ehemalige russischer Vorposten in der neuen Welt gehörte länger als ein Jahrhundert zum Zarenreich.

Es wurde im 17. Jahrhundert durch Seefahrer im Auftrag Russlands entdeckt und es waren schließlich auch die Russen, die Alaska ab 1745 bewohnten und als Kolonie für den Pelzhandel benutzten.

Vor nunmehr 157 Jahren, am 30. März 1867, verkaufte Russland diese „Bodenschatzkammer“ und Kolonie auf dem amerikanischen Kontinent dann für „lächerliche“ 2,7 Mio. Dollar (heute ca. 140 Mio. Dollar) an die USA. Das Zarenreich war auf Grund des Krimkrieges in Geldnöte geraten.

US-Goldrausch machte den Kauf zu Gewinn

Geplagt von der damaligen US-Wirtschaftskrise gegen Ende des 19. Jahrhunderts, zogen während des Klondike-Goldrausches ab 1896 zahlreiche Amerikaner in Richtung Norden, um in Alaska und Kanada nach Gold zu suchen. Somit hatten die USA 30 Jahre nach dem Kauf von Alaska den Kaufpreis mehr als nur wieder eingespielt.

Seite E 46 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Nunmehr scheint es so, als würden sich 36 Prozent der dortigen Bevölkerung auf „ihre Wurzeln“ besinnen. Sie befürworten die Unabhängigkeit ihres Landes. Bereits seit 1984 wirbt die „Alaskan Independence Party“ (AIP) in ihrem Wahlprogramm für ein Referendum über die Abspaltung von den Vereinigten Staaten.

Nach einer aktuellen Umfrage befürworten also rund 36 Prozent der Einwohner Alaskas die Abspaltung ihres Bundesstaates von den Vereinigten Staaten. Damit liegt ihr Unabhängigkeitswunsch weit über dem nationalen US-Durchschnitt von 23 Prozent der Bevölkerung. Die jüngste Befragung wurde von der Organisation YouGov zwischen dem 2. und 5. Februar 2024 unter 35.307 erwachsenen US-Bürgern durchgeführt. Dabei wurden die Teilnehmer befragt, ob sie „die Abspaltung Ihres Staates von den USA unterstützen würden“.

Integrität der USA steht zur Debatte

[Newsweek berichtete](#) dazu am 16. Februar, dass die Integrität der USA seit der Präsidentschaftswahl im Jahr 2020 intensiv debattiert werde. Vor einem Jahr, im Februar 2023 habe die republikanische Abgeordnete im Repräsentantenhaus, Marjorie Taylor Greene, sogar eine „nationale Scheidung“ zwischen republikanischen und demokratischen Staaten vorgeschlagen. Gemäß ihrem Vorschlag würden der US-Bundesregierung fast alle Befugnisse entzogen und auf die Ebene der Bundesstaaten übertragen werden.

Wie die jüngste Erhebung ergab, würden in den USA durchschnittlich 23 Prozent der erwachsenen Amerikaner einen Austritt ihres Bundesstaates aus der Union befürworten, 51 Prozent wären dagegen, und 27 Prozent wären dabei unentschlossen. Von den Wählern der Republikaner bevorzugten 29 Prozent der Teilnehmer eine Unabhängigkeit ihres Bundesstaates und 46 Prozent wären dagegen. Bei den Demokraten sprächen sich nur 21 Prozent für die Sezession ihres Staates aus, und 51 Prozent würden dies ablehnen.

Seit 1984 existiert die „Alaskan Independence“ Party (AIP), die in ihrem Wahlprogramm für ein Referendum über die Abspaltung des Bundesstaates wirbt. Mit 13 Prozent der Wählerstimmen hatte die Partei bei den Gouverneurswahlen im Jahr 1994 ihr stärkstes Wahlergebnis erreichen können. Neben diesem Referendum befürwortet die Partei auch die Abschaffung aller Vermögens- und Einkommensteuern, unterstützt überdies „alle Bemühungen zur Einschränkung oder Abschaffung von Abtreibung, Euthanasie und Kindermord“ und lehnt „die Aufnahme von Krediten durch die Regierung für andere Zwecke als für Kapitalverbesserungen“ strikt ab.

Weitere Bundesstaaten mit „Abspaltungstendenzen“

Auch in anderen Bundesstaaten seien Sezessionsbefürworter klar zu erkennen, so *Newsweek*. Nach Alaska mit 36 Prozent Abspaltungsbefürwortern folgten Texas mit 31 Prozent, Kalifornien mit 29 Prozent und New York und Oklahoma mit jeweils 28 Prozent. In New Hampshire habe ein republikanischer Abgeordneter einen Gesetzentwurf eingebracht, wonach der Bundesstaat unabhängig werden solle, sobald die US-Schulden 40 Billionen Dollar erreichen würden.

Der aktuelle Schuldenstand der USA beläuft sich auf „sagenhafte“ 34 Billionen Dollar, das ist eine schier unglaubliche Zahl mit „sage und schreibe“ 12 Nullen!

Seite E 47 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

In einem Gespräch mit *Newsweek* bezeichnete die amtierende Präsidentin der Stiftung für die Unabhängigkeit von New Hampshire, Carla Gericke, die Abspaltung von den Vereinigten Staaten als „eine Idee, deren Zeit gekommen ist und die die Frustration widerspiegelt, die jeder im politischen Spektrum empfindet“.

So wie es derzeit vor allem auch im Bundesstaat Texas „brodeln“ darf man auf etwaige Entwicklungen jenseits des Atlantiks durchaus gespannt sein. Die Zeichen stehen offenbar zusehends auf Sturm.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Norbert van Handel: Frieden jetzt!

Von Redaktion

Feb 20, 2024



Wenn jemand meinte, dass nach dem Kalten Krieg die Welt besser und friedlicher werden würde, so hat er sich kräftig getäuscht. Es war alles in allem noch nie so arg wie heute:

1. Unter Verweis auf die so genannte *Münchner Sicherheitskonferenz* titelt die OÖ-Nachrichten, eine der wenigen soliden Zeitungen: „*Wie soll der Westen weiter mit Putin, Trump und Netanjahu umgehen?*“ und folgert: „*Die Münchner Sicherheitskonferenz hinterlässt viele Fragen aber wenige Antworten.*“

Seite E 48 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Das Geschehen um Alexei Nawalny hat große Betroffenheit ausgelöst. Erstaunlicherweise stellte niemand die Frage, wieso Putin gerade jetzt den Tod Nawalyns hätte herbeiführen sollen? Nawalny war ihm nicht gefährlich und hätte Putin bei den Wahlen weder genützt noch geschadet. Außerdem sendete der russische Präsident kürzlich ein positives Signal an Präsident Biden. Ein Motiv Putins Nawalny umzubringen können wir nicht entdecken.

Wichtig ist jedoch, dass genau jetzt EU, NATO und einzelne Länder alles tun sollten, um Frieden in der Ukraine zu machen. Waffenlieferungen und Rüstungsanstrengungen sind definitiv nicht der richtige Weg. Es wäre die Zeit der neutralen Staaten, wenn nicht beispielsweise in Österreich ausgerechnet der Bundespräsident eines neutralen Landes sich peinlichst über Russland geäußert hätte. Gerade er ist weiß Gott alt genug, um zu wissen, dass Österreich den Staatsvertrag – einen der wesentlichsten Säulen des Landes nach dem zweiten Weltkrieg – vor allem den Russen zu verdanken hat. Jenen Russen, die weder zu Zeiten der Sowjetunion noch später jemals Verträge mit Österreich gebrochen haben.

Wie unter anderem auch der oberösterreichische FPÖ-Vizelandeshauptmann Manfred Haimbuchner treffend ausgeführt hat: Die Sanktionen gegen Russland seien strategie- und wirkungslos. *„Das heißt nicht, dass wir auf der Seite der Russen stehen. Aber dass wir auch in Zeiten des Krieges ein Mindestmaß an staatspolitischer Korrektheit nicht verlassen wollen.“* Also: „Frieden jetzt“ und keine Spielereien mit Atombomben in Europa und anderen kriegsfördernden Maßnahmen.

2. Der Ukraine Krieg schließlich, der bereits beim vom Westen implizierten Maidan Aufstand entriert wurde, war das, was für Europa am problematischsten wurde. Putin wurde mit dem Minsker Abkommen getäuscht und marschierte schließlich in die Ukraine. Wie sehr wir diesen Krieg bedauern, betonten wir schon des Öfteren.

Statt nun aber alles zu tun, um den Krieg zu beenden, schloss sich die EU, als wäre sie ein Teil der Ukraine, deren militärischen Bemühungen an. Mit dem Geld ihrer Mitgliedsländer, deren Bevölkerungen nie danach gefragt wurden und vor allem mit wesentlichen Mitteln der USA wurde und wird immer noch die Ukraine aufgerüstet. Statt alles für den Frieden zu tun, überlegt Deutschland sogar ein Werk für Panzer in der Ukraine zu finanzieren und aufzubauen.

Der ganze Westen heult Beifall ohne nachzudenken: die Ukraine wird nie stärker als Russland sein und wie lange – tatsächlich bis zum letzten ukrainischen Soldaten, oder? – soll dieser Krieg noch dauern? Es gibt nur ganz wenige objektive Journalisten, die aus Kiew berichten, die aber sagen, dass der Unmut der Bevölkerung über den Krieg steigt, dass Selenskyj keineswegs mehr alles in der Hand habe und dass die ständige Korruption, vor allem auch bei Militärgütern, immer stärker wird.

Und die EU will die Ukraine als neues Mitglied? Ist das nicht mehr als verrückt?

3. Im Rahmen der so genannten Aschermittwoch Veranstaltung hat der österreichische Bundeskanzler fast mit Rührung gemeint, die EU sei ein grandioses Friedensprojekt. Wie naiv – denn was hat diese Institution je für den Frieden getan? Aber auch wirtschaftlich wäre eine dringende Totalreform Brüssels notwendig. So ist etwa das neue Lieferkettengesetz für die Unternehmen ein Wahnsinn. Will man ein Gesetz zu Lasten Dritter (nämlich der europäischen

Seite E 49 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Unternehmen) machen? Will man die Wirtschaft mit noch mehr Bürokratie ersticken?

4. Nein, diese EU ist nicht unsere. Wir sollten Viktor Orban zuhören, wenn er die Direktwahl des Europaparlaments abschaffen will.

„Wir sollten erwägen zum früheren System zurückzukehren, bei dem die nationalen Parlamente ihre Vertreter in das Europäische Parlament entsenden, anstatt Direktwahlen durchzuführen.“, meinte der ungarische Ministerpräsident. Wie wir glauben zurecht.

5. Die EU strebt immer mehr den Zentralstaat an, den die einzelnen nationalen Länder nicht wollen.

Dies übrigens umso mehr, wenn laufend neue Mitglieder aufgenommen werden sollen, was wir aus europäischen Gründen zwar begrüßen, was aber gleichzeitig die EU zwingen wird nicht mehr direkt in die nationale Gesetzgebung einzugreifen, sondern eher Richtlinien zu verfassen, die einzelne Länder übernehmen können oder auch nicht. Dies wird nicht überall, aber viel mehr als jetzt notwendig sein.

Die Hoffnung auf eine totale Reform wird dann stärker, wenn möglichst mehr nationalkonservative Parteien im Europäischen Parlament das Sagen haben. Was Österreich betrifft, hat der Bundeparteiobmann der FPÖ sehr zurecht darauf hingewiesen, dass nur eine absolute Loyalität gegenüber der Parteiführung einen wirklichen Erfolg bei der nächsten Nationalratswahl bringen wird.

Dem ist nichts hinzuzufügen.

Dr. Norbert van Handel 20.02.2024, Steinerkirchen a.d. Traun

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) EU gebärt neue Sanktionspläne – diesmal gegen China und Indien

Von ELA

Feb 17, 2024



Bild: LinkedIn

Offenbar ist die EU nun schon in Übung, was Sanktionen betrifft, oder aber man hat an diesem „neuen Brüsseler Hobby“ einfach Gefallen gefunden.

Plant man ebendort nun auch tatsächlich Sanktionen gegen China und Indien, wie auch *RT* berichtete.

„Russland-Zulieferer“ im Fokus

Die EU plant nunmehr erstmals Sanktionen gegen Firmen in Ländern wie China und Indien. Diese sollen nämlich Russland kriegswichtige Güter verschafft haben. Sanktionen gegen ein indisches Unternehmen wären hierbei besonders heikel, da das Land ein Verbündeter der USA ist und überdies derzeit über ein Handelsabkommen mit der EU verhandelt.

Die EU plant also „allen Ernstes“ auch erstmals Sanktionen gegen Firmen aus China und Indien, zwei der wichtigsten EU-Handelspartner, zu verhängen. In einem Entwurf des „sage und schreibe“ 13. Sanktionspakets sind drei chinesische Firmen sowie ein indisches Unternehmen aufgeführt, die angeblich am Handel kriegswichtiger Güter mit Russland beteiligt gewesen sein sollen.

Insgesamt sollen 21 Firmen zusätzlich mit Sanktionen belegt werden, darunter auch welche aus Serbien, der Türkei und Kasachstan. Besagter Entwurf liegt der *Süddeutschen Zeitung* vor. Sollten die Mitgliedstaaten dem Plan zustimmen, wäre es EU-Firmen künftig untersagt, mit den gelisteten Unternehmen Geschäfte zu machen.

Auf Biegen und Brechen zum Schaden Europas?

Der Entwurf zeigt, wie die Kommission anstatt neuer Sanktionen nunmehr vorrangig die Umgehung bestehender Handelsverbote in den Fokus zu nehmen gewillt ist. Laut Darstellung von Westmedien stehe längst der Verdacht im Raum, dass sich Russland über Drittstaaten Bauteile verschaffe, die nicht mehr direkt aus der EU eingeführt werden dürfen. Von Sanktionen gegen Unternehmen in diesen Staaten hatte die EU bislang abgesehen und weitgehend auf einen diplomatischen Dialog gesetzt.

Im vergangenen Jahr hatte die Behörde bereits chinesische Firmen listen wollen und damit China und einige Mitgliedstaaten gegen sich aufgebracht, weil das nach Angaben von Brüsseler Diplomaten ohne Absprache geschehen war.

Diesmal sei es anders, erklärte dazu ein Regierungsvertreter. Sanktionen gegen ein indisches Unternehmen wären besonders heikel, da das Land ein Verbündeter der USA ist und ein Handelsabkommen mit der EU verhandelt.

Trotz der umfangreichen westlichen Sanktionen gegen Russland gelingt es dem Land, wenig erstaunlich immer noch, Drohnen, Raketen, Panzer und andere Waffen zu produzieren. Während der US-Kongress wegen eines Pakets militärischer Unterstützung für die Ukraine ins Stocken gerät, haben Beamte freilich vor einer „Lücke im Versorgungsschlauch“ für Kiew gewarnt, die Russland weitere militärische Gewinne ermöglichen könnte.

Am 14. Februar sollten die EU-Botschafter über die Liste im 13. Sanktionspaket abstimmen. Nach Angaben mehrerer EU-Regierungsvertreter steht einer schnellen Verabschiedung des Pakets noch vor dem zweiten Jahrestag des Ukraine-Krieges einstweilen, wie auch zu erwarten ist, nichts im Wege.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

06) „Sanktions-Spaß“ vorbei, wenn es um russische Diamanten geht.

Von ELA

Feb 15, 2024



Bild: Basil Belov

Die weltweit führenden Diamantenförderer drängen nun die G-7-Staaten, die unerwünschten Folgen der restriktiven Maßnahmen gegen russische Diamanten zu prüfen. Sie warnen, dass solche lediglich zu einem starken Preisanstieg und zu einer Krise führen könnten, wie auch *TASS* berichtete.

Wollen Eliten nicht auf „blaue Schönheiten“ verzichten?

Wie die Nachrichtenagentur *TASS* unter Berufung auf die südafrikanische Zeitung *City Press* berichtete, hatten sich De Beers International Corporation wie auch die ODC aus Botswana gegen die Entscheidung der G7-Staaten ausgesprochen, den Handel mit russischen Diamanten zu verbieten. Laut *City Press* sind die Unternehmen besorgt, dass diese Maßnahme zu einer enormen Überteuerung ähnlicher afrikanischer Rohstoffe führen würde.

Dazu schreibt die *TASS*, „das führende Diamantenunternehmen De Beers, das zur Anglo American Corporation gehört, und die Okavango Diamond Company (ODC) aus Botswana haben die G7 aufgefordert, die unerwünschten Folgen der Einführung der zweiten Runde von restriktiven Maßnahmen gegen russische Diamanten zu bewerten, heißt es in dem Bericht. Man befürchte, dass diese Maßnahme zu einer unglaublichen Überteuerung ähnlicher afrikanischer Waren führen könnte, heißt es in dem Artikel. Man erinnert daran, dass die G7-Länder im Dezember ein Verbot des Handels mit russischen Diamanten ab dem 1. Januar angekündigt hatten, während ab dem 1. März

Seite E 53 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Beschränkungen für die Einfuhr von Rohdiamanten über Drittländer geplant seien. Das neue System zur Rückverfolgung der Herkunft von Diamanten soll im September eingeführt werden. Es ist jedoch noch unklar, wie und wo die Herkunft der Diamanten überprüft werden soll.“

Russische Diamanten, vor allem aus Sibirien sind, auf Grund ihrer leicht bläulichen Färbung auf dem Markt wie auch bei gut betuchten Kunden, hoch geschätzt.

Verbot würde Kettenreaktion von Krisen verursachen

Belgien unterstützt die Kandidatur Antwerpens als Zertifizierungs-Standort für Diamanten, sodass alle in der Welt geförderten Diamanten zwingend an diesem einen Ort geprüft und zertifiziert werden müssten.

„Das wird unweigerlich zu einem starken Anstieg der Diamantenpreise führen, betonen die großen Unternehmen der Branche. Eine solche Entscheidung sei nicht nur ein logistisches Desaster, sondern setze auch eine Kette von Krisen in Gang, die zu einer gewaltigen Krise auf dem Diamantenmarkt führen könnten. Laut dem Portal *African Stream* lehnt der botswanische Minister für Bodenschätze, grüne Technologie und Energiesicherheit, Lefoko Moagi, die Idee, afrikanische Diamanten zur Zertifizierung nach Belgien zu schicken, entschieden ab.

„Ein solcher Schritt wäre ein logistischer Albtraum und würde die Preise für afrikanische Diamanten in die Höhe treiben“, so der Minister. Zudem sieht man in Botswana in einer solchen Entscheidung der G7 eine Bedrohung der nationalen Souveränität und Sicherheit, da der Großteil des nationalen Einkommens von der Produktion und Vermarktung von Diamanten abhängt.

Der weltgrößte Diamantenproduzent De Beers forderte seinerseits die G7 auf, Gespräche mit den Beteiligten wie Angola, Botswana, Indien, Namibia und Südafrika, zu diesem Thema aufzunehmen.

Für Russland wäre es wohl nur ein weiterer sanktionsbedingter „Glücksfall“, zumal der Pressesprecher Präsident Putins, Dimitri Peskow bereits erklärt hatte, für Russland wäre es ein Leichtes auch diese Sanktionen (gewinnbringend) zu umgehen.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

01) Humanitäre Ordnungshüterin. Von Sebastian Hartmann

Die EU-Asylreform ermöglicht Migrationssteuerung, ohne die Rechte Geflüchteter zu beschneiden. Gefragt ist die Solidarität der Mitgliedstaaten



Sebastian Hartmann
Rhein-Sieg-Kreis

Sebastian Hartmann ist seit 2013 Abgeordneter der SPD im Deutschen Bundestag. Er ist innenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Obmann im Ausschuss für Inneres und Heimat und Mitglied im Parlamentarisches Kontrollgremium.

Europa 22.02.2024 | [Sebastian Hartmann](#)



picture alliance / Reuters | Marko Djurica

Die Europäische Union ist im Inneren wie im Äußeren gefordert. Insbesondere durch den brutalen russischen Angriffskrieg ist das Migrationsgeschehen wieder stärker auf die politische Agenda und auch in das öffentliche Bewusstsein gerückt. Doch die EU zeigt Handlungsfähigkeit – unabhängig vom heraufziehenden Europawahlkampf – oder im positiven Sinne: Genau deswegen. Denn es ist gelungen, tragfähige Lösungen zu entwerfen und die Schwebelage des vergangenen Jahrzehnts zu überwinden, ohne dabei vor rechten Strömungen zu kapitulieren oder gar Extremisten das Zepter zu übergeben.

Im Vergleich zur Regierungsphase Angela Merkels hat sich das politische Umfeld in Europa massiv verändert. Mehr populistische und konservative bis nationale Regierungen führen

heute europäische Mitgliedstaaten. Und trotzdem lag die Gesetzgebung beim Gemeinsamen Europäischen Asylpaket (GEAS) lange Jahre brach. Die Chance hätte viel früher genutzt und das GEAS reformiert werden müssen. Die Rolle Deutschlands und das Agieren der Regierung Merkel verdienen in dieser Hinsicht eine genauere Betrachtung. Denn als EU-Staat mit einer Vielzahl von Binnengrenzen zu anderen Mitgliedstaaten wurde sich viel zu lange bequem zurückgelehnt und EU-Außengrenzstaaten die Verantwortung überlassen. Denn solange die Zahlen der Asylsuchenden mit dem Zielstaat Deutschland im Rahmen blieben, wurden beide Augen zugedrückt. So wurden die betroffenen Länder wie Griechenland oder Italien sehr lange Zeit mit den Ankommenden und den sich daraus ergebenden Problemen alleine gelassen.

Spätestens nach den Jahren 2015/2016 stand erkennbar fest, dass die bisherigen Regelungen und insbesondere die der Dublin-III-Verordnung, welche das Zuständigkeitsregime und unter anderem die Zuständigkeit des Ersteinreiselandes in der EU festschreibt, gescheitert waren. Ein gemeinsames (!) europäisches Asylsystem, das die Verantwortung schutzberechtigten Menschen gegenüber auf nur wenige EU Staaten verteilt, kann nicht funktionieren. Doch erst als die Fluchtmigration auch Staaten wie Deutschland und Frankreich in großem Umfang betraf, wurde plötzlich auch ein allgemeiner Handlungsbedarf erkannt. Dennoch versandeten die Reformbemühungen in der letzten EU-Wahlperiode trotz jahrelanger Verhandlungen aufgrund politischer Blockaden und scheiterten letztlich. Diese Kritik gilt auch in Richtung der EU-Kommission unter Leitung von Ursula von der Leyen, denn auch hier ging viel Zeit ins Land und bis zuletzt war nicht absehbar, ob eine Einigung zustande kommen würde.

Ein Rückschritt in Nationalismus und einzelstaatliche Lösungen erscheinen einerseits angesichts des Voranschreitens der europäischen Einigung sowie unbestreitbarer Vorteile von offenen Binnengrenzen und des Binnenmarkts wenig attraktiv. Zum anderen belegen Ankunftsahlen in Großbritannien und die Verhärtung der dortigen innenpolitischen Debatten die Nachteile des EU-Austritts deutlich. Denn Migration findet statt und ist historisch betrachtet ein Regelfall. Konkret Fach- und Arbeitskräftemigration ist in weiten Teilen gewollt und notwendig. Es kommen jedoch auch immer mehr Menschen auf der Suche nach Schutz oder einem besseren Leben in der EU und in der Konsequenz auch in Deutschland an. Wir brauchen auf kurzfristige Problemstellungen langfristige Strategien, denn internationale Krisen – gerade über die europäischen Grenzen hinaus – sind nur bedingt steuerbar und selten vermeidbar. Wir sind mit einer Lage konfrontiert, in der wir nicht kurzfristig Abhilfe schaffen können. Insbesondere Fluchtursachenbekämpfung, die für die Sozialdemokratie ein wichtiger Baustein im Umgang mit Fluchtmigration ist, gelingt nur auf lange Sicht.

Ziel ist die Durchsetzung von Steuerung und Ordnung – ohne dass die Rechte Geflüchteter auf ein faires Asylverfahren darunter leiden.

Um die aktuellen Herausforderungen zu meistern, brauchen wir ein Zusammenspiel verschiedener Maßnahmen auf unterschiedlichen Ebenen und vor allen Dingen: Eine geschlossene Politik der Humanität und Ordnung in der EU. Ausgehend vom Leitgedanken, dass kein Nationalstaat die aktuellen Probleme alleine lösen kann, gilt: Eine belastbare und tragfähige Lösung gibt es nur gemeinsam mit allen Partnern in der EU. Auch die deutsche Bundesregierung und allen voran Bundesinnenministerin Nancy Faeser haben einen großen Anteil daran, dass wir auf europäischer Ebene im Dezember 2023 eine historische politische Einigung des Rats der Europäischen Union und des Europäischen Parlaments erreicht haben mit einem Neustart beim Umgang mit Geflüchteten.

Merkmal jedes politischen Handelns ist der Kompromiss. Zu viele unterschiedliche Interessen prallen aufeinander, insbesondere von Mitgliedstaaten, die Außengrenzen haben und zurecht entlastet werden wollen, und von EU-Staaten ohne Außengrenzen, von denen wiederum mittlerweile die wenigsten ein Interesse daran haben, Geflüchtete aufzunehmen. Doch die Lösung kann kein „weiter so“ sein, kein „entweder oder“ zwischen dem Sperren des Zugangs zum Asyl und der unregistrierten Weiterleitung der Ankommenden quer durch Europa. Ob Geflüchtete ein faires Asylverfahren bekommen, darf nicht davon abhängen, wo sie in der EU ankommen. Natürlich gibt es jetzt bereits EU-weite Mindeststandards für die Durchführung der Asylverfahren, die Zuständigkeit, die Unterbringung und die Versorgung Schutzsuchender. Sie werden bisher jedoch von wenigen Mitgliedstaaten angewendet. Ziel ist die Durchsetzung von Steuerung und Ordnung – ohne dass die Rechte Geflüchteter auf ein faires Asylverfahren darunter leiden. Zugleich sind Zuzugszahlen durch die klare Trennung zwischen Schutz- und Nichtschutzberechtigten zu reduzieren und andere Migrationsmotive auf geordnete Verfahren der Arbeitskräftemigration entlang von Bedarf und Kapazität zu verweisen.

Deutschlands Ziel der Begrenzung der irregulären Migration bedeutet nicht im Umkehrschluss, dass weniger Menschen in die EU kommen dürfen, um hier Schutz zu suchen. Sie müssen nur besser auf die Mitgliedstaaten verteilt werden – geordnet, strukturiert, bewältigbar. Im Ergebnis überfordert es niemanden in der EU mit ihren insgesamt etwa 450 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern, eine Million Menschen pro Jahr aufzunehmen und menschenwürdig unterzubringen. Es müssen nur alle mitmachen und sich an der Aufnahme Geflüchteter beteiligen. Im Umgang mit der Ukraine ist es Europa gelungen, Einigkeit und Zusammenhalt zu demonstrieren. Mit dem Beschluss der Richtlinie über den vorübergehenden Schutz 2022 haben die EU-Mitgliedstaaten unter Beweis gestellt, dass es auch anders geht – wenn nur der Wille da ist.

Die GEAS-Reform beinhaltet verschiedene Bausteine, um weiterhin der humanitären Verantwortung gegenüber Schutzsuchenden gerecht zu werden und gleichzeitig irreguläre (Sekundär-)Migration zu begrenzen. Besonders die sich aus der Screening-Verordnung ergebende Verpflichtung, wonach die Identität der Personen, aber auch etwaige Gesundheits- und Sicherheitsrisiken festgestellt und alle Drittstaatsangehörigen rasch dem anzuwendenden Folgeverfahren zugeführt werden müssen sowie der Ausbau von EURODAC zu einer echten Migrationsdatenbank, die verpflichtende Prüfung von Anträgen auf internationalen Schutz in bestimmten Fällen bereits an den europäischen Außengrenzen – insbesondere bei geringer Aussicht auf Erfolg – und die Vereinbarung eines dauerhaften, verbindlichen und auf einem fairen Schlüssel beruhenden Solidaritätsmechanismus sind Instrumente, die auch auf Dauer wieder Recht und Ordnung in die EU-Migrationspolitik bringen können. EU-Mitgliedstaaten, die unter besonderem Migrationsdruck stehen, werden von anderen EU-Mitgliedstaaten entlastet – im Gegenzug wird die irreguläre Weiterwanderung von Menschen durch Asylverfahren bereits an den Außengrenzen eingedämmt.

Mitgliedstaaten, die unter Migrationsdruck stehen, können sich auf die Solidarität der anderen Mitgliedstaaten verlassen.

Die Kommission beobachtet stetig die Lage und legt für jedes Jahr einen Bericht vor, der die erwarteten Migrationsbewegungen und den sich daraus ergebenden Migrationsdruck für die Mitgliedstaaten erfasst. Mitgliedstaaten, die unter Migrationsdruck stehen, können sich auf die Solidarität der anderen Mitgliedstaaten verlassen. Dafür wird ein sogenannter Solidaritätspool eingerichtet, aus dem dann Entlastungsmaßnahmen an die begünstigten

Mitgliedstaaten erfolgen. Wichtig ist, dass alle Mitgliedstaaten sich hieran beteiligen müssen und zwar anhand eines auf der Bevölkerungsgröße und dem Bruttoinlandsprodukt der Mitgliedstaaten basierenden Referenzschlüssels. Auch wenn dabei die Aufnahme von Geflüchteten nicht verpflichtend ist, sondern der Beitrag zum Beispiel auch finanzieller Art sein kann, ist das ein großer Fortschritt zum Status quo. Nicht nur in Deutschland, sondern überall in der EU gibt es Kommunen, die gerne Geflüchtete aufnehmen würden. Eine geeignete Maßnahme zu ihrer Unterstützung wäre der finanzielle Ausgleich der Kosten aus dem EU-Haushalt oder auch die Berücksichtigung der geleisteten Aufwendungen bei der Berechnung der an den EU-Haushalt zu zahlenden Mittel der betreffenden Mitgliedstaaten.

Klare Regeln und rechtsstaatliche Standards gelten überall in der EU – ebenso wie die gemeinsamen Mindeststandards für die Aufnahme, Unterbringung und Versorgung von Schutzsuchenden. Dies ist auch ein wichtiger Zwischenschritt zur Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit überall in der EU. Den unhaltbaren Zuständen an den europäischen Außengrenzen und in einigen Mitgliedstaaten ist eine klare Absage erteilt worden. Ein Monitoring soll sicherstellen, dass sich die Mitgliedstaaten unter anderem bei den Verfahren an den Außengrenzen an die geltenden Regeln halten. Dazu richtet jeder Mitgliedstaat einen unabhängigen Mechanismus ein, der die Einhaltung des EU-Rechts und des Völkerrechts, insbesondere im Hinblick auf den Zugang zum Asylverfahren und den Grundsatz der Nichtzurückweisung überwacht und sicherstellt, dass Verstöße untersucht und geahndet werden.

Hier gibt es allerdings auch eine klare Erwartungshaltung an die Europäische Kommission im Umgang mit Staaten wie Ungarn und anderen, und der Frage, wer welche Rechtsakte wie befolgt. In Zeiten, in denen Staaten wie Russland und Belarus die Instrumentalisierung Geflüchteter als Teil der Kriegsführung benutzen, bekommt die Frage, ob die EU ein Rechtsraum ist, in dem wir Menschenrechte verteidigen, eine neue Bedeutung. Die EU-Kommission wird zukünftig gefordert sein, die Einhaltung des GEAS noch stärker zu prüfen und Verstöße zu sanktionieren.

Mit der vorliegenden Verständigung auf die GEAS-Reform kommen wir einen entscheidenden Schritt weiter. Anstelle eines ineffizienten bis dysfunktionalen Systems, nationaler Abschottung und insbesondere an Teilen der EU-Außengrenzen weiterhin unregelmäßigen Verhältnissen bringen wir ein neues und gerechteres System an den Start als Grundlage einer neuen, solidarischen Migrationspolitik in der EU. Migration kann gesteuert und geordnet werden und humanitäre Standards für Geflüchtete werden so geschützt.

Der Erfolg der Vereinbarungen hat direkte Rückwirkungen auf die Konzeption Europas als Raum der „offenen (Binnen-)grenzen“. Die verstärkte Ankündigung und Durchführung von Binnengrenzkontrollen muss daher wieder zum absoluten wie zeitweiligen Ausnahmefall werden. Denn selbst Deutschland griff zu diesem drastischen Mittel mit Blick auf Polen, Tschechien oder Österreich. Hierzu müssen die neuen Regelungen nun schnell umgesetzt werden. Die Anwendung europäischen Rechts fußt auf der zentralen Überzeugung, diese Rechtssetzung als „eigenes“ Recht zu begreifen. Damit hängt der Erfolg zwingend von der Disziplin und Solidarität jedes EU-Mitgliedstaats ab. Deutschland wird eine Vorbildfunktion einnehmen müssen und zugleich sehr stark davon profitieren.

https://www.ipg-journal.de/regionen/europa/artikel/humanitaere-ordnungshueterin-7333/?utm_campaign=de_40_20240223&utm_medium=email&utm_source=newsletter

02) Jeder dritte Afrikaner will nach Europa! Senegals Präsident beklagt Massenauswanderung.

Von Redaktion

Feb 21, 2024



Senegals Präsident Macky Sall strebt an, [die Abwanderung zu stoppen](#). Der Präsident hat entschlossene Maßnahmen zur Eindämmung des zunehmenden Migrationsstroms angekündigt. Er forderte die Regierung auf, umgehend sicherheitspolitische, wirtschaftliche, finanzielle und soziale Maßnahmen zu ergreifen, um die Abwanderung vom nationalen Territorium zu stoppen.

Massiver Abwanderungsstrom Richtung Kanaren

Der Senegal, den Präsident Sall auf den Pfad der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung führen möchte, steht vor der Herausforderung, einen massiven Abwanderungsstrom über das Meer in Richtung der Kanarischen Inseln zu bewältigen. Laut der europäischen Grenzschutzagentur Frontex sind Senegalesen zusammen mit Marokkanern unter den häufigsten Ankömmlingen.

Die gefährlichen Überfahrten haben wiederholt zu tragischen Vorfällen geführt. Erst kürzlich berichteten senegalesische Medien über das Verschwinden zahlreicher Migranten, die von Bargny, einem Küstenort östlich von Dakar, in See gestochen waren.

Nur Beschwichtigung europäischer Geldgeber?

Die Ankündigung von Präsident Sall wirft Fragen auf: Ist das Ziel, die Migration tatsächlich zu stoppen, oder dient die Initiative lediglich dazu, europäische Finanzhilfen zu sichern? Kritiker weisen darauf hin, dass derartige Maßnahmen oft mehr auf die Beschwichtigung europäischer Partner abzielen als auf eine nachhaltige Lösung der Migrationsursachen. Zudem bleibt die Wirksamkeit solcher Strategien in der Praxis fraglich, insbesondere angesichts der Tatsache, dass 93 % aller Asylantragsteller in Europa kein Asyl erhalten, da keine politische Verfolgung vorliegt.

Verringerung der Migration?

Doch bis diese Entwicklung greift, bleibt die Frage, wie effektiv kurzfristige Maßnahmen zur Reduzierung der Abwanderung sein können und inwiefern sie lediglich als politisches Manöver dienen, um finanzielle Unterstützung zu sichern, ohne die tiefgreifenden Ursachen der Migration wirklich anzugehen.

Laut Afrobarometer-Umfrage (www.afrobarometer.org) wollen 27 Prozent der Afrikaner, die einen Wegzug in Erwägung ziehen, nach Europa. 27 Prozent von 1,4 Milliarden Afrikanern wären demnach 378 Millionen.

Dieser Gastbeitrag von Meinrad Müller erschien zuerst auf [PHILOSOPHIA PERENNIS](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER



Telldenkmal mit Bronzestatue von Richard Kissling und Hintergrundbild von Hans Sandreuter in Altdorf (Kanton Uri, Schweiz) - Foto: Xproua / Wikimedia CC 3.0

Im Internet mitgehört und mitgeschrieben von Wilhelm Tell

Keine Berichte

01) Nukleare Gefahr. Angesichts einer erhöhten Bedrohungslage muss Europa seine Verteidigungspolitik neu ausrichten. Eine europäische Atombombe ist jedoch ein Irrweg. Von Ralf Stegner



Ralf Stegner
Bordesholm

Ralf Stegner ist Bundestagsabgeordneter und Mitglied des Auswärtigen Ausschusses, des Parlamentarischen Kontrollgremiums und Abrüstungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion. Er ist zudem Vorsitzender des Afghanistan-Untersuchungsausschusses. Stegner war stellvertretender Vorsitzender der SPD, Vorsitzender der SPD Schleswig-Holstein und Fraktionsvorsitzender der Landtagsfraktion sowie Finanz- und Innenminister von Schleswig-Holstein.

Außen- und Sicherheitspolitik 20.02.2024



dpaEinen Beitrag zur europäischen Sicherheit können Atomwaffen sicherlich nicht leisten.

Einigkeit herrscht bei der Feststellung, dass wir heute einer anderen sicherheitspolitischen Bedrohungslage gegenüberstehen als dies Anfang der 2000er Jahre absehbar war. Russland unter dem Putin-Regime – nicht jedoch die russische Bevölkerung – ist momentan die größte Bedrohung für Frieden und Wohlstand in Europa und die regelbasierte internationale Ordnung. Dieser Herausforderung müssen wir begegnen und angesichts des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine seit 2022 ist es richtig, dass wir heute auch grundsätzliche Fragen der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik und damit auch der militärischen Ausrüstung der Bundeswehr innerhalb einer europäischen Sicherheitsarchitektur und eingebettet in das transatlantische Bündnis neu stellen, überdenken und teilweise anders beantworten als dies noch vor drei Jahren der Fall gewesen wäre.

Einige erwecken dabei aber den Eindruck, als ob die Doktrinen des Kalten Krieges – garniert mit etwas Cyber-Fähigkeiten und Drohnen – plötzlich wieder aktuell seien und bringen sogar eine mögliche deutsche Atombombe oder, etwas vorsichtiger formuliert, die nukleare Bewaffnung Europas ins Spiel. Aber die Welt ist heute eine ganz andere und ein erneutes atomares Wettrüsten ist das Gegenteil von dem, was wir für eine friedlichere Welt brauchen. Die historischen, ethischen und völkerrechtlichen Gründe, warum Deutschland keine Atommacht ist, gelten weiterhin. Eine Aufrüstungsdebatte im Stile von Franz-Josef Strauß der 50er-Jahre nützt nur der Rüstungsindustrie und ihren konservativen Verbündeten, die endlich ohne historischen Ballast und am regulären Haushalt vorbei die Auftragsbücher von Rheinmetall und Co. füllen möchten.

Anlass der neuerlichen Debatte war eine Äußerung des verurteilten Finanzbetrügers und ehemaligen US-Präsidenten Donald Trump, der in seiner typischen Unart die Bündnistreue einer US-Regierung unter seiner Führung erneut in Frage stellte. Aber jetzt von atomarer Aufrüstung in Europa zu sprechen, bevor Trump überhaupt offizieller Präsidentschaftskandidat ist und noch keine einzige Stimme abgegeben wurde, ist grob fahrlässig, missachtet die Resilienz der amerikanischen Demokratie und wird der Ernsthaftigkeit des Themas der sogenannten nuklearen Abschreckung und dem absoluten Zerstörungspotential von Atomwaffen nicht gerecht. Es ist passend, dass zuletzt die Filmbiografie von J. Robert Oppenheimer das moralische Dilemma dieser schrecklichen Waffen einem so großen Publikum nahebrachte. Eindrücklich bleibt das hinduistische Zitat, an das Oppenheimer nach der Entwicklung dieser Waffe denken muss: „Jetzt bin ich der Tod geworden, der Zerstörer der Welten“.

Einige erwecken den Eindruck, als ob die Doktrinen des Kalten Krieges plötzlich wieder aktuell seien.

Auch wenn der bisher einzige Kriegseinsatz von Atomwaffen in Hiroshima und Nagasaki fast 80 Jahre zurückliegt, muss die globale Dimension des nuklearen Zerstörungspotentials bei jedem Debattenbeitrag mitgedacht werden. Trotz der Reduzierung des nuklearen Arsenalts seit den Hochzeiten des Kalten Krieges reichen die vorhandenen Atomsprenghköpfe immer noch aus, um die Menschheit gleich mehrfach auszulöschen. Allein das zeigt, dass ein paar europäische Atomwaffen mehr, die manche so leichtsinnig fordern, viele noch völlig unabsehbare Konsequenzen haben würden. Ein Beitrag zur europäischen Sicherheit wären sie sicherlich nicht.

Die aktuelle außen- und sicherheitspolitische Debatte, die viele zu einer Aufrüstungsdebatte machen wollen, zeigt leider, dass eine realistische und wertebasierte Position, die gute Ausrüstung unserer Parlamentsarmee und die starke Unterstützung unserer Verbündeten in der Ukraine mit einem Fokus auf diplomatische Initiativen für einen baldigen Frieden in Europa verbinden möchte, regelmäßig lächerlich gemacht und als realitätsfern bis „putinophil“ diffamiert wird. Vor allem konservative und manche vermeintlich liberalen Kräfte wollen die polarisierende außenpolitische Debatte nutzen, um endlich den neoliberalen Traum einer gleichzeitigen Kürzung von Sozialleistungen („die schwarze Null“), Steuersenkungen für Besserverdienende („Wettbewerbsfähigkeit“) und einer massiven Erhöhung des Wehretats („Kriegstauglichkeit“) außerhalb des regulären Haushaltes wahr werden zu lassen.

Dabei ist es richtig, dass wir im transatlantischen Bündnis, als Teil der europäischen Sicherheitsarchitektur und gegenüber den Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr, eine Verantwortung dafür tragen, eigenständiger für unsere Sicherheit zu sorgen und die Bundeswehr angemessen für ihre Aufgaben gut und umfassend auszurüsten. Das erste Sondervermögen war angesichts der dramatischen Lage in der Ukraine und dem akuten

Handlungsbedarf in der Bundeswehr richtig. Jeder weitere Euro für den Verteidigungsetat muss aber im regulären Haushaltsverfahren vom Haushaltsgesetzgeber, dem Deutschen Bundestag, beschlossen werden. Es ist den Bürgerinnen und Bürgern nicht vermittelbar und langfristig demokratiegefährdend, wenn für Marschflugkörper, Beratungsverträge zur Digitalisierung der Streitkräfte oder auch die „europäische Bombe“ plötzlich jegliche Haushaltsdisziplin vergessen werden soll, während Bahnstrecken und Schulen verfallen, auch das letzte Schwimmbad in der Stadt schließen muss und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aufgrund der „schwierigen wirtschaftlichen Lage“ zur Zurückhaltung bei den Tarifverhandlungen gedrängt werden. Ganz zu schweigen von den gewaltigen Anstrengungen vor denen wir aufgrund des Klimawandels stehen. Das zeigt deutlich, was am Anfang jeder ernsthaften Debatte über die zukünftige Verteidigungsfähigkeit Deutschlands in einer revitalisierten europäischen Sicherheitsarchitektur stehen muss: Das Ende der deutschen Schuldenbremse – dieses finanzpolitischen Irrsinns und in Fachkreisen zurecht verrufenen deutschen Sonderweges.

Während die USA hunderte Milliarden für eine Modernisierung ihrer Infrastruktur ausgeben, verliert sich die deutsche Politik im parteipolitischen Klein-Klein und klammert sich an gescheiterten finanzpolitischen Instrumenten fest, die nicht nur notwendige Investitionen in unsere Zukunft verhindern, sondern eben auch eine angemessene Finanzierung der deutschen und europäischen Sicherheit. Die von zu vielen forcierte Mischung aus noch stärkerer Aufrüstung, Sozialkürzungen und Steuergeschenken für Reiche und Großkonzerne bei gleichzeitiger orthodoxer Auslegung der deutschen Schuldenbremse wäre ein Giftcocktail für die demokratischen Parteien und ein Energydrink für die Rechtsradikalen. Wenn wir die Akzeptanz für die Fähigkeit zur Landes- und Bündnisverteidigung gewährleisten wollen, dürfen wir in unserer Demokratie niemals innere und äußere Sicherheit gegen soziale Sicherheit ausspielen.

Lesen Sie zu diesem Thema auch die gegenseitige Position („[NukleJA](#)“) von Philippe Legrain.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/nukleare-gefahr-7335/?utm_campaign=de_40_20240220&utm_medium=email&utm_source=newsletter

02) NukleJA. Während die Bedrohung durch Putins Russland wächst, will Trump Europa im Stich lassen. Die EU braucht ihre eigene nukleare Abschreckung. Von Philippe Legrain



Philippe Legrain

Philippe Legrain ist ehemaliger Wirtschaftsberater des Präsidenten der Europäischen Kommission, Gaststipendiat am Europäischen Institut der London School of Economics und Gründer des Open Political Economy Network (OPEN), eines internationalen Think-Tanks.

Außen- und Sicherheitspolitik 20.02.2024 | [Philippe Legrain](#)



Emmanuel Macron bei der Einweihung des Atom-U-Bootes Suffren 2019: Hängt die Verteidigung Europas bald an ihm? picture alliance/dpa/Maxppp | Thomas Brégardis

Donald Trumps mögliche Rückkehr ins Weiße Haus im Jahr 2025 stellt eine ernste Bedrohung für die Sicherheit Europas dar. Angesichts des immer noch wütenden Krieges in der Ukraine müssen die europäischen Länder ihre Verteidigung gegen die revanchistischen Aggressionen des russischen Präsidenten Wladimir Putin verstärken, bevor es zu spät ist. Die Aussicht, dass ein unbeherrschter und unberechenbarer Trump seine Drohungen wahr macht und das historische Engagement der USA für die europäische Verteidigung aufgibt, ist für die meisten europäischen Staats- und Regierungschefs so beunruhigend, dass sie es anscheinend nicht wahrhaben wollen. Doch nach seinen [entscheidenden](#) Siegen bei den Vorwahlen in Iowa und New Hampshire ist Trump nun so gut wie sicher, dass er bei den Präsidentschaftswahlen im November als Kandidat der Republikanischen Partei antreten wird. Da er in den [nationalen Umfragen](#) und auch in vielen umkämpften Bundesstaaten vor Präsident Joe Biden liegt, ist seine Rückkehr an die Macht eine reale und gegenwärtige Gefahr.

Während seiner ersten Amtszeit drohte Trump wiederholt mit dem Austritt der USA aus der NATO, dem Militärbündnis, das den nuklearen Schutzschild der USA über Europa ausdehnt. Seine hochrangigen außenpolitischen Berater, allen voran der ehemalige Nationale Sicherheitsberater John Bolton, rieten ihm davon ab. Trumps zunehmend isolationistische Rhetorik lässt jedoch vermuten, dass er sich im Falle einer Wiederwahl eher mit Ja-Sagern als mit erfahrenen Persönlichkeiten aus dem Establishment umgeben wird. Obwohl Trump für einen Austritt aus der NATO die Zustimmung des Kongresses bräuchte, könnte er die amerikanischen Sicherheitsgarantien aushöhlen, ohne formell aus dem Bündnis auszutreten. Er müsste lediglich erklären, dass sich die USA im Falle eines Angriffs nicht an der Verteidigung europäischer Staaten beteiligen würden. Und [genau das hat er jetzt gesagt](#): Er würde kein NATO-Land verteidigen, das von Russland angegriffen wird, wenn er der Meinung ist, dass der betreffende NATO-Verbündete nicht genug für seine Verteidigung ausgibt. Stattdessen würde er Russland „ermutigen, zu tun, was immer es will.“

Europa muss sich auf das Schlimmste vorbereiten.

Statt auf den besten Fall zu hoffen, dass Biden wiedergewählt wird, die Ukraine weiterhin unterstützt und die Vereinigten Staaten ihre Verteidigungsverpflichtungen gegenüber den NATO-Verbündeten aufrechterhalten, muss sich Europa auf das Schlimmste vorbereiten. Idealerweise hätten diese Vorbereitungen viel früher beginnen sollen, entweder nach Putins Annexion der Krim 2014 oder nach Trumps Wahl 2016. Wäre der Grundstein für eine europäische Verteidigungsunion innerhalb der NATO bereits vor zehn Jahren gelegt worden, könnte die Europäische Union heute von den Vorteilen einer verstärkten gemeinsamen Verteidigungsforschung und einer effizienteren militärischen Beschaffungsstrategie profitieren. Zumindest hätten mehr europäische Regierungen dem Beispiel Polens und Estlands folgen und ihre Verteidigungsbudgets in den zwei Jahren seit der russischen Invasion in der Ukraine deutlich aufstocken sollen.

Es ist zwar unmöglich, die Uhr zurückzudrehen, aber jetzt nicht zu handeln, wäre der Gipfel der Verantwortungslosigkeit. Zunächst einmal muss Europa seine Unterstützung für die ukrainischen Kriegsanstrengungen verstärken. Nachdem die republikanische Mehrheit im US-Repräsentantenhaus Bidens Antrag auf zusätzliche 60 Milliarden US-Dollar Militärhilfe für die Ukraine [abgelehnt](#) hat, gehen dem umkämpften Land die [Waffen und die Munition](#) aus. Glücklicherweise hat die EU endlich ein vierjähriges Hilfspaket in Höhe von 50 Milliarden Euro für die Ukraine gebilligt, das Ungarns putinfreundlicher Ministerpräsident Viktor Orbán im Dezember noch [blockiert](#) hatte. Europa sollte sich überdies zu einer langfristigen Unterstützung der Ukraine bekennen, auch wenn die USA dies nicht mehr tun. [Wenn Orbán sich weigert](#), müssen die anderen 26 Mitgliedstaaten ihn umgehen und der Ukraine die notwendigen Mittel zur Verfügung stellen.

Wenn Russland in der Ukraine nicht besiegt wird, wird Putin andere europäische Länder angreifen.

Inzwischen ist völlig klar: Wenn Russland in der Ukraine nicht besiegt wird, wird Putin andere europäische Länder angreifen. Schon jetzt arbeitet der Kreml daran, die europäischen Demokratien zu destabilisieren, indem er rechts- und linksextreme Anti-EU-Parteien finanziert und eine Legion von Bots einsetzt, die in den sozialen Medien Desinformationen über die Wahlen verbreiten. Unterdessen greifen von Putin unterstützte Hacker [kritische Infrastrukturen](#) wie Stromnetze und Regierungsdatenbanken an, und russische Kampfflugzeuge [verletzen](#) den schwedischen und estnischen Luftraum.

Europa muss daher auch seine Verteidigungsausgaben erhöhen. Zumindest müssen die europäischen Länder das NATO-Ziel von zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts erreichen. Im Februar 2022 verkündete der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz eine Zeitenwende in der deutschen Außenpolitik und signalisierte damit ein neues Engagement für die Aufrüstung. Doch fast zwei Jahre später hat er sein Versprechen, 100 Milliarden Euro in die Modernisierung der Bundeswehr zu investieren, [noch nicht eingelöst](#). Schätzungen aus dem Jahr 2022 hatten für das Jahr 2023 prognostiziert, dass die deutschen Verteidigungsausgaben [nur bei 1,2 Prozent](#) des BIP liegen würden.

Es werden auch mehr EU-Mittel benötigt. Thierry Breton, der EU-Binnenmarktkommissar, hat [kürzlich vorgeschlagen](#), einen EU-Verteidigungsfonds in Höhe von 100 Milliarden Euro einzurichten, um die gemeinsame Beschaffung von Verteidigungsgütern zu finanzieren und die Produktion von Waffen und Munition anzukurbeln. Bretons Vorschlag, der wahrscheinlich von seinem engen Verbündeten unterstützt wird, dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron, ist ein vielversprechender erster Schritt. Da die europäische Wirtschaft die russische in den Schatten stellt, könnten die EU-Länder leicht genug Waffen produzieren, um sowohl den Verteidigungsbedarf der Ukraine als auch ihren eigenen zu decken. Da solche Investitionen jedoch Zeit brauchen und ein nachhaltiges Engagement der nationalen Regierungen erfordern, ist keine Zeit zu verlieren.

Europa muss eine eigene Strategie der nuklearen Abschreckung entwickeln.

Fest steht, dass Russland über ein riesiges Atomwaffenarsenal verfügt. Im Gegensatz dazu verfügen nur zwei europäische Länder über Atomwaffen: Frankreich und das Vereinigte Königreich, das nicht mehr zur EU gehört und stark von amerikanischer Technologie abhängig ist. Angesichts der Tatsache, dass Putin bereits mit dem Einsatz taktischer Atomwaffen in der Ukraine gedroht hat, muss Europa eine eigene Strategie der nuklearen Abschreckung entwickeln. Dies würde jedoch eine glaubwürdige Verpflichtung sowohl Frankreichs als auch des Vereinigten Königreichs voraussetzen, ihre nuklearen Fähigkeiten zur Verteidigung von Ländern wie Estland und Polen einzusetzen.

Noch umstrittener ist, dass Länder, die nicht über den Schutz des amerikanischen Nuklearschirms verfügen, sich möglicherweise gezwungen sehen, ein eigenes Nukleararsenal zuzulegen. Die Ukraine, die nach der Auflösung der Sowjetunion die auf ihrem Territorium verbliebenen Atomwaffen abgegeben hat, musste am eigenen Leib erfahren, dass Sicherheitsgarantien nicht ausreichen, um potenzielle russische Angriffe abzuwehren. Jedes Land, das über Kernkraftwerke und das nötige wissenschaftliche Know-how verfügt, ist in der Lage, relativ schnell eigene Waffen zu entwickeln. Frankreich könnte darüber hinaus anbieten, sein technologisches Know-how mit anderen europäischen Ländern zu teilen.

Die Frage der europäischen Aufrüstung mag zwar drastisch erscheinen, ist jedoch von existenzieller Bedeutung. Angesichts der bevorstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni sollte das Thema Verteidigung ganz oben auf der Agenda der Wähler stehen.

© Project Syndicate

Aus dem Englischen von Andreas Hubig

Lesen Sie zu diesem Thema auch die gegenseitige Position („[Nukleare Gefahr](#)“) von Ralf Stegner.

03) Trump hin, NATO her. Europa muss sich aus der geostrategischen Abhängigkeit der USA befreien. Wer schlussendlich im Weißen Haus sitzt, ist dafür irrelevant. Von Thomas Fazi



Thomas Fazi Rom

Thomas Fazi ist Kolumnist beim Onlinemagazin *UnHerd*. Fazi schreibt zudem regelmäßig Artikel für Online- und Print-Magazine wie Social Europe Journal, openDemocracy und il manifesto. Seine jüngste Publikation ist „The Covid Consensus“

Außen- und Sicherheitspolitik 19.02.2024



picture alliance / Reuters | Cheney OrrFür Europa wäre ein Amerika unter Trumps Führung eine Chance, strategisch endlich auf eigene Beine zu kommen.

Donald Trump, so hören wir, sei „dumm“, „beschämend,“ und „unamerikanisch“ – [meint zumindest Präsident Biden](#). Er sei ein Kriegstreiber und schon fast ein Kriegsverbrecher, eine weltweite Bedrohung, und wolle „Putin grünes Licht für noch mehr Krieg und Gewalt“ in Europa geben. Doch was, wenn Trump Europa in Wahrheit einen Gefallen tut? Als Trump kürzlich tönte, er würde Russland zum Angriff auf jedes NATO-Mitglied „ermuntern“, das seinen Anteil an den Verteidigungsausgaben schuldig bleibe, zogen viele den (ziemlich überzogenen) Schluss, die USA würden die NATO verlassen, wenn Trump im November die Wahl gewinnt – und die Rote Armee werde sich in Marsch setzen und quer durch Europa ziehen, während Amerika wegschaut. Mit einem Schlag wäre das Zeitalter der USA als Weltpolizei vorbei. Dass die Wellen der Trump-Hysterie daraufhin hochschwappten, versteht sich von selbst.

Zur allgemeinen Überraschung wurde kürzlich bekannt, dass die meisten NATO-Mitgliedstaaten – 18 von 32 – das Ausgabenziel von zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für Verteidigung in diesem Jahr erreichen. Das wiegt zwar sicherlich nicht die 80 000

Seite E 68 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

in Europa stationierten US-Soldaten auf, aber auf jeden Fall zeigt es, dass Europa mit Erfolg dabei ist, seine Verteidigungsfähigkeit zu stärken und sich für den Fall zu rüsten, dass die Amerikaner sich aus Europa oder gar aus der NATO zurückziehen sollten. Das nimmt Trumps hetzerischen Aussagen sogleich etwas von ihrer Schärfe. Manche werteten dessen Äußerungen sogar als dringend gebotenen „[Weckruf](#)“ für Europa. Könnte es demnach sein, dass eine erneute Trump-Präsidentschaft für Europa eher eine Chance als eine Bedrohung wäre?

Vermutlich wäre sie weder das eine noch das andere. Selbst wenn man die zweifelhafte Prämisse gelten lässt, ein Rückzug der USA aus der NATO wäre für Europa ein Problem, deutet nichts darauf hin, dass Trump im Falle seiner Wiederwahl das Bündnis tatsächlich verlassen würde. Als er Präsident war, bezeichnete Trump die NATO als „obsolet“ und [drohte](#) viele Male mit dem Rückzug der USA aus dem Bündnis – ließ aber nie Taten folgen. 2018 las er bei einem NATO-Gipfel den europäischen Staats- und Regierungschefs die Leviten, weil sie hinter dem Ausgabenziel zurückblieben, und drohte damit, die USA würden „ihre eigenen Wege gehen“, wenn die Europäer nicht mehr für das Militär ausgeben. Doch nichts dergleichen geschah, und Trump machte auch keine ernsthaften Anstalten in diese Richtung.

Die NATO ist alles andere als eine Allianz gleichberechtigter Partner.

Ebenso unbegründet ist die Behauptung, Trump habe sich während seiner Zeit im Weißen Haus „mit Russlands Präsident Wladimir Putin verbündet“ und seine Wiederwahl wäre deshalb „[ein Geschenk für Putin](#)“. Entgegen der Fiktion von der „[Bromance](#)“ zwischen Trump und Putin stockte Trump die amerikanischen Militärhilfen für die Ukraine in Wahrheit massiv auf und war der erste US-Präsident überhaupt, der Waffen an die Ukraine verkaufte. Damit wollte er, wie das [United States Naval Institute dargelegt hat](#), die ukrainische Armee nicht nur bewaffnen, sondern auch deren „Interoperabilität mit der NATO“ verbessern, und sandte das Signal aus, dass Washington die Ukraine unabhängig von ihrem formalen Status mehr und mehr als De-facto-Mitglied der NATO behandeln werde. Und gegen Bidens neulich geäußerte Vermutung, Putin würde einen Wahlsieg Donald Trumps als „grünes Licht“ für weitere Invasionen auffassen, spricht die offenkundige Tatsache, dass Russland während Bidens Präsidentschaft in die Ukraine einmarschierte und nicht in der Zeit, als Trump im Weißen Haus saß. Alles in allem drängt sich das Fazit auf, dass das von Trumps Kritikern beschworene Endzeitszenario vom „Tod der NATO“ weitestgehend ein Fantasiegebilde ist.

Nehmen wir trotzdem für einen Moment an, Trumps Kritiker hätten Recht und er würde im Falle seiner Wiederwahl die USA aus der NATO führen und das transatlantische Militärbündnis zerstören. Wäre das für den Kontinent wirklich die von den führenden Politikern Europas behauptete Tragödie? Dies wäre nur dann der Fall, wenn man die Mär von der NATO als einem reinen „Verteidigungsbündnis“ glaubt, das auf Frieden und Sicherheit in Europa hinarbeite.

Die Realität sieht leider ganz anders aus. Die NATO ist alles andere als eine Allianz gleichberechtigter Partner. Sie ist eine der wichtigsten Institutionen, mit denen die USA ihre Kontrolle über das Westeuropa der Nachkriegszeit ausüben. Die Wissenschaftler Rajan Menon und William Ruger [schrieben](#) vor Kurzem: „Der Fortbestand der NATO sorgt dafür, dass Europa strategisch ein Untergebener der USA bleibt. Das erklärt auch, warum die USA

sich zwar oft über die ungleiche Lastenverteilung beschwerten, aber nie fordern, dass Europa seine militärische Macht drastisch ausbauen, geschweige denn verteidigungspolitisch auf eigenen Füßen stehen soll.“ Passend dazu formulierte ausgerechnet der erste NATO-Generalsekretär Lord Ismay das Ziel der Allianz wie folgt: „Die Russen fernhalten, die Amerikaner im Spiel halten und die Deutschen kleinhalten“.

Vielleicht sollten wir uns vor diesem Hintergrund nicht wundern, dass die USA genau dieses Ziel erreicht haben, indem sie ganz Europa vermittels der NATO in einen Stellvertreterkrieg mit Russland in der Ukraine hineingezogen haben. Dadurch konnten die USA ihre schwindende Hegemonie über Europa wieder festigen, denn dieser Krieg treibt einen tiefen Keil zwischen Europa und Russland und [verurteilt Deutschland zur Deindustrialisierung](#).

Dadurch konnten die USA ihre schwindende Hegemonie über Europa wieder festigen.

Dem ließe sich natürlich entgegenhalten, die europäischen Staats- und Regierungschefs hätten sich dies alles weitgehend selbst eingebrockt. Auf der anderen Seite ist das die natürliche Konsequenz einer „Allianz“, in der die europäischen Nationen stets als Untergebene behandelt werden. Das Resultat ist, wie sich jetzt zeigt, eine infantalisierte politische Klasse, die Angst hat, der transatlantische Lehnsherr könnte ihr abhandenkommen. Und damit sind wir bei einer möglichen alternativen Sicht der Dinge: Dass nämlich ein Amerika unter Trumps Führung, das stärker auf Isolationismus setzt, für Europa eine Chance wäre, strategisch endlich auf eigene Beine zu kommen.

Unter normalen Rahmenbedingungen könnte diese alternative Sicht der Dinge zutreffen. Ich vertrete seit Langem den Standpunkt, dass Europa sich aus der geostrategischen Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten befreien muss. Dafür bräuchte Europa allerdings eine wirklich eigenständige Vision, wie es als Kontinent in einer multipolaren Welt seine Sicherheit und den eigenen Wohlstand sichern könnte – und es müsste sich von der „New Cold War“-Einstellung lossagen, mit der Amerika nicht-westlichen Mächten gegenübertritt sowie seine Beziehung zum Nachbarn Russland wieder normalisieren.

Leider sind alternative Sichtweisen wie diese selten zu hören. Mit wenigen Ausnahmen haben Europas politische Eliten Amerikas geopolitische Strategie dermaßen verinnerlicht, dass sie inzwischen noch russlandfeindlicher sind als ihre amerikanischen Partner – nicht nur in den osteuropäischen und baltischen Staaten, die aus naheliegenden historischen Gründen von Russland schon lange bedient sind, sondern auch in Westeuropa. Aus diesem Grund wäre eine „europäische NATO“ wohl noch mehr auf ein konfrontatives Verhältnis gegenüber Russland erpicht als das jetzige, von den USA angeführte, Bündnis.

Was als epochaler Konflikt zwischen der transatlantischen Nachkriegsordnung und Amerikas sich anbahnendem Isolationismus dargestellt wird, ist also in Wirklichkeit kaum mehr als eine kleine Meinungsverschiedenheit in der Frage, womit Europa bei der Vorbereitung auf einen beinahe für unausweichlich gehaltenen Krieg mit Russland besser fährt: Wenn es unter dem Schutzschirm der USA bleibt oder wenn es seine eigenen Wege geht. Biden und dem Establishment der Demokratischen Partei wäre Ersteres lieber; Trumps Präferenz wäre Letzteres. In beiden Szenarien hätte Europa sich aber dem zu fügen, was die USA zufällig als Interessen des „kollektiven Westens“ definieren – und es müsste sich einer Zukunft fügen, die im Zeichen eines neuen, dauerhaft militarisierten Eisernen Vorhangs und der permanenten Gefahr eines Atomkriegs stünde.

Trump wünscht sich ein militärisch, aber nicht geopolitisch eigenständiges Europa.

Seite E 70 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Trump wünscht sich ein militärisch, aber nicht geopolitisch eigenständiges Europa. Man denke nur daran, wie eifrig seine Administration bemüht war, den Bau der Nordstream-Pipeline zu stoppen. In diesem Zusammenhang ist die Empfehlung, die EU solle ihr eigenes Nukleararsenal aufbauen – und Deutschland dabei als [Amerikas Statthalter](#) in Europa fungieren –, alles andere als beruhigend.

Das heißt nicht, dass ganz Europa diese Realität bereitwillig akzeptiert. Insbesondere Ungarns Premierminister Viktor Orbán opponiert gegen die Haltung der EU im Russland-Ukraine-Konflikt, die auf einen militärischen Sieg um jeden Preis setzt. Stattdessen drängt er auf eine diplomatische Lösung und pflegt weiterhin freundschaftliche Beziehungen zum Kreml. In Deutschland hat Saha Wagenknecht eine neue linke Partei gegründet, die sich eine radikal andere geostrategische Vision für Deutschland und ganz Europa auf die Fahnen schreibt. Sie fordert ein Ende der Waffenlieferungen an die Ukraine und des Öl- und Gasembargos gegen Russland (das die Hauptursache für den Kollaps der deutschen Wirtschaft ist) sowie die Wiederaufnahme langfristig angelegter Wirtschaftsbeziehungen mit Russland. Wolfgang Streeck [sieht darin](#) einen möglichen Grundstein für eine neue eurasische Sicherheitsarchitektur, die vielleicht „eine Alternative zur Schaffung einer den Kontinent trennenden Feindeslinie an Russland Westgrenze“ bieten würde.

Abseits der Hysterie angesichts einer möglichen zweiten Präsidentschaft Donald Trumps ist das die Diskussion, die wir in Europa führen sollten. Wir sind bereits in zwei NATO-Kriege – in der Ukraine und im Nahen Osten – involviert und zahlen dafür wirtschaftlich und politisch schon jetzt einen hohen Preis. Parallel verstärkt die NATO ihre Präsenz im indopazifischen Raum mit Blick auf einen Konflikt mit China, von dem angenommen wird, er sei ebenso unausweichlich wie ein Krieg mit Russland. Das ist keine „Großmachtpolitik“, sondern Irrsinn. Und ob Europa diesem Irrsinn erliegt, hängt vor allem von den Entscheidungen unserer eigenen Führung ab und weniger davon, wer am Ende im Weißen Haus sitzt.

Aus dem Englischen von Andreas Bredenfeld

Dieser Artikel erschien zuerst im Onlinemagazin [Unherd](#).

Lesen Sie zu diesem Thema auch den IPG-Beitrag [„Trumps NATO-Versprechen“](#) von Jacob Heilbrunn.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/trump-hin-nato-her-7331/?utm_campaign=de_40_20240220&utm_medium=email&utm_source=newsletter

04) Trumps NATO-Versprechen. Der Ex-Präsident kritisiert das Atlantikbündnis und preist Putin. Seine Verehrung für ausländische Tyrannen folgt einem langen Trend der US-Rechten. Von Jacob Heilbrunn

Außen- und Sicherheitspolitik 16.02.2024



Jacob Heilbrunn
Washington, D.C.

Jacob Heilbrunn ist *Senior Editor* des amerikanischen Magazins *The National Interest*. Er kommentiert regelmäßig u.a. für die *New York Times*, *The Wall Street Journal* und *The Atlantic Monthly*. Sein neues Buch „America Last: The Right's Century-Long Romance with Foreign Dictators“ erscheint Ende 2024.



picture alliance / AP | Evan Vucci

Donald Trumps Äußerung, er werde Russland ermutigen, mit der NATO zu machen, „was auch immer es wolle“, ist keine Drohung. Es ist ein Versprechen. In seiner Rede vom Mittwoch auf einer Wahlkampfveranstaltung in South Carolina rückte er nicht von seinen vorherigen Äußerungen ab, sondern wiederholte sie und verschärfte den Ton: Er werde die NATO-Länder nicht „beschützen“, wenn sie „die Rechnungen nicht bezahlen“.

Angesichts der Tatsache, dass Trump selbst nicht unbedingt dafür bekannt ist, seine eigenen Rechnungen zu bezahlen, darf man sich wohl zu Recht fragen, wie groß seine Entrüstung wirklich ist, dass einige NATO-Mitglieder nicht mehr Geld für ihre militärische Verteidigung ausgeben. In Wahrheit dient Trump die Frage der Militärausgaben wohl eher als ein willkommener Vorwand, den Boden für eine Aushöhlung der amerikanischen Sicherheitsgarantien für Europa zu bereiten. Im Dezember 2023 verabschiedete der US-

Seite E 72 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Kongress ein Gesetz, das den US-Präsidenten daran hindert, ohne die Zustimmung des Kongresses aus der NATO auszutreten. Allerdings unterminiert Trump die NATO jetzt schon. Als Präsident müsste er einen offiziellen Austritt gar nicht verkünden. Es reichte schon, wenn er erklären würde, dass Artikel 5 für ihn null und nichtig sei. Er beabsichtigt nicht, die Beziehungen zu Europa zu stärken und Putins Bestrebungen abzuwehren, sondern Europa „Auf Wiedersehen“ zu sagen – oder ist es „Do Svidanija“?

Dabei stünde er jedoch vor einigen Hürden. Der Putin zugeneigte Flügel der Republikaner hat noch nicht die Oberhand. Während sich Trump und sein Kumpel Tucker Carlson (der gerade erst von seiner Mission aus Moskau zurück ist) bei Putin einschmeicheln, bemühen sich kämpferische Republikaner, den *America First*-Flügel der Partei von hinten aufzurollen. Die Erklärung des Kongressabgeordneten Michael R. Turner, der Vorsitzender des Geheimdienstausschusses im Repräsentantenhaus ist, dass Russland Weltraumwaffentechnologie entwickle, die „eine ernsthafte Bedrohung für die nationale Sicherheit“ darstelle, hat Washington in Aufruhr versetzt.

Es ist zweifelhaft, ob die jüngsten Entwicklungen ausreichen, um die MAGA-Fraktion der Republikaner umzustimmen.

Derweil hat der Sprecher des Repräsentantenhauses, Mike Johnson, der sich verzweifelt darum bemüht, eine Abstimmung über die Ukraine-Hilfe zu vermeiden, dem Repräsentantenhaus eine Pause bis zum 28. Februar verordnet. Seine Hoffnung ist, dass die Besorgnis über das russische Vorhaben, Atomwaffen im Weltraum zu stationieren, um amerikanische Satelliten-Systeme zu zerstören, bis dahin abgeklungen ist – und damit auch jeglicher Reiz, die Ukraine in ihrem Kampf gegen Putins mörderische Invasion zu unterstützen. Dazu [schreibt David Ignatius in der Washington Post](#): „Ironischerweise ist gerade der Ukraine-Konflikt – und die Rolle, die Weltraumsysteme dabei spielten, dass Kiew 2022 den ersten russischen Angriff überlebte – Auslöser dafür, die Entwicklung der neuen russischen Weltraumstrategien voranzutreiben.“

Es ist zweifelhaft, ob die jüngsten Entwicklungen ausreichen, um die *Make America Great Again*-Fraktion der Republikaner umzustimmen. Senator Lindsey Graham, ein ehemaliger Hardliner, weigert sich gerade, an der Münchner Sicherheitskonferenz teilzunehmen. Andere Senatoren wie beispielsweise J. D. Vance, der bei einem Sieg Trumps bei den Präsidentschaftswahlen von 2024 möglicherweise Vizepräsident werden könnte, haben nichts als Hohn und Spott für die Ukraine übrig. Als eine Minderheit der republikanischen Senatoren für die Ukraine-Hilfe stimmen wollte, warnte Vance [in der Zeitschrift The American Conservative](#) vor „dem republikanischen Komplott gegen Donald Trump“ – als käme die bloße Zustimmung zur Ukraine-Hilfe einer Verschwörung gleich.

Die wahren Verschwörer sind natürlich Trump und seine Günstlinge. Es ist Trump, der den Republikanern im Repräsentantenhaus droht, sollten sie für die Ukraine-Hilfe stimmen. Und es ist Trump, der sich nicht nur aus der NATO, sondern auch aus den Bündnissen mit asiatischen Staaten zurückziehen will. Er will Russland und China die Kontrolle über ihre eigenen Interessensphären überlassen, solange er sich auf Mittel- und Südamerika konzentrieren kann, um die Einwanderung von dort in die USA zu stoppen. Eine Festung Amerika. In Trumps Vorstellung sind es autoritäre Machthaber, die die Ordnung aufrechterhalten – einer davon ist er selbst.

Die wahren Verschwörer sind natürlich Trump und seine Günstlinge.

Auch wenn Trump mit seinen Äußerungen sowohl im Ausland als auch im eigenen Land für Angst und Schrecken sorgt, ist nichts davon wirklich neu. Sein Credo ist ein altes: Nach dem

Ersten Weltkrieg setzte in den USA eine Welle des Revisionismus ein, in der Politiker, Intellektuelle und Journalisten aus dem politisch rechten Spektrum Kriege für die Demokratie verunglimpften und eine Rückkehr zum großartigen Isolationismus forderten. In den 1930er Jahren machte sich unter den Republikanern eine Sympathie für Hitler breit, weil er ein Feind des Kommunismus war, der in Mittel- und Osteuropa für Ordnung sorgen könnte. Zu diesen Sympathisanten gehörte auch der ehemalige Präsident Herbert Hoover, der sich 1938 am Vorabend des Anschlusses Österreichs mit Hitler traf und danach Präsident Franklin D. Roosevelt warnte, das Dritte Reich nicht länger zu verteufeln. Auf der *Republican National Convention*, dem Parteitag der Republikaner anlässlich der Nominierung ihres Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen von 1940, erklärte Hoover: „die provokativen Reden unserer politisch Verantwortlichen müssen aufhören“.

Andere, wie der Flugpionier und führende Politiker der [America First-Bewegung](#), Charles Lindbergh, kritisierten die militärische Hilfe für Großbritannien, weil dessen Lage aussichtslos sei – genau wie heute Tucker Carlson und andere behaupten, dass die Ukraine gegen Russland verlieren werde. Die *America First*-Fraktion von damals wollte gemeinsame Sache mit NS-Deutschland machen, das für sie ein Bollwerk gegen den Sowjetkommunismus darstellte. Die heutige Anhängerschaft des „*America First*-Gedankens“ verehrt nicht nur Putin, sondern auch Ungarns Ministerpräsident Victor Orbán als Beschützer traditioneller Familienwerte und Gegner der Einwanderung aus dem Nahen Osten und Afrika.

Diese Anhängerschaft ist zu politischen Pilgern geworden, die in ausländischen Gesellschaften Vorbilder für die eigene sehen. Kurz gesagt, sind sie die neuen Mitläufer der Autokratie. Es gibt wohl niemanden, der über Jahrzehnte hinweg so konsequent Demokratien beschimpft und Autokratien angepriesen hat, wie Trump. In einem Interview mit dem *Playboy* von 1990 umriss er beispielsweise seine Weltanschauung so: „Wir Amerikaner machen uns zum Gespött der ganzen Welt, weil wir Jahr für Jahr 150 Milliarden Dollar aus dem Fenster schmeißen, um reiche Länder zu beschützen – Länder, die ohne unseren Schutz innerhalb von 15 Minuten ausgelöscht wären. Unsere ‚Verbündeten‘ machen Milliarden damit, uns zu linken.“ Damit meinte er, damals wie heute, vor allem Deutschland und Japan – in seinen Augen räuberische Handelsnationen, die ein wehr- und argloses Amerika ausbeuten. Trump wusste es besser. Es war an der Zeit zurückzuschlagen.

Jahrzehnte später ist es ihm nun triumphierend gelungen, die Republikaner wieder zu ihren alten Traditionen des Nativismus und Isolationismus zurückzubringen. Niemand hat die von Trump ausgehende Bedrohung besser verstanden als Präsident Biden, der Trumps jüngste Äußerungen über die NATO zu Recht als „beschämend“ und „gefährlich“ bezeichnete. Gefahr erkannt, Gefahr gebannt? Trump steht für eine seit langem bestehende Sehnsucht nach Autoritarismus in den USA, die nur unterdrückt wurde, aber nicht verschwand. Sein greifbarer Drang, ein Autokrat zu werden, und seine Verehrung für ausländische Tyrannen stellen die amerikanischen Ideale, die amerikanische Unabhängigkeit und die Menschen in den USA an die letzte und nicht an die erste Stelle.

Aus dem Amerikanischen von Ina Goertz

https://www.ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/trumps-nato-versprechen-7324/?utm_campaign=de_40_20240216&utm_medium=email&utm_source=newsletter

Keine Berichte

Europäische Union (EU) (Seiten E 75 - E 77)

01) Ukrainische Waffenproduktion muss laut von der Leyen mit russischem Vermögen finanziert werden.

Von ELA

Feb 20, 2024



EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen schließt mittlerweile die Verwendung von Erlösen aus den eingefrorenen Vermögenswerten Russlands nicht mehr aus.

Damit, so erklärte sie, könne unter anderem die Produktion von Waffen für die Ukraine finanziert werden, wie auch *RT* zu berichten weiß.

„Mach die Gesetzgebung wie sie mir gefällt“?

Erlöse aus den eingefrorenen Vermögenswerten Russlands könnten also „auf Wunsch von der Leyens“ dazu verwendet werden, die Produktion von Waffen für die Ukraine zu finanzieren. Dies hatte die Präsidentin der EU-Kommission am 17. Februar, in ihrer Rede bei der Münchner Sicherheitskonferenz erklärt. Ihren Ausführungen zu Folge habe Brüssel klargestellt, dass Erlöse oder Zufallsgewinne von russischen Geldern kein Teil des eingefrorenen Vermögens seien. Daher sei die EU berechtigt, diese Finanzmittel einzusetzen, unter anderem, um Waffen für die Ukraine herzustellen.

Stoltenberg – NATO Waffenlager sind leer

Ebenfalls im Rahmen der Münchner Sicherheitskonferenz sprach auch NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg. Der Beamte räumte ein, dass die NATO die größte Militärmacht der Welt und damit auch stärker als die russische Armee sei. Trotzdem habe der Ukraine-Konflikt gezeigt, dass das Militärbündnis auf Probleme bei der Versorgung stoßen würde. Seit der Eskalation der Kampfhandlungen in der Ukraine habe die NATO ihre Bestände de facto erschöpft, sie seien derzeit sehr gering. Deshalb müsse das Bündnis nun dringend seine Waffenproduktion erhöhen.

Am 12. Februar hatte ja der EU-Rat beschlossen, dass alle Erlöse von russischen Vermögen in Europa gesondert erfasst und einbehalten werden müssten. Die Finanzinstitutionen dürften zudem nicht nach eigenem Ermessen über die Gelder verfügen. Diese Maßnahme wurde als erster Schritt zu einem potenziellen Beitrag zum EU-Haushalt der Nettogewinne aus den Vermögenswerten deklariert.

Die Clearinggesellschaft Euroclear, wo schätzungsweise etwa 191 Milliarden Euro des eingefrorenen Vermögens gelagert sind, verzeichnete im Jahr 2023 Einnahmen aus den russischen Geldern in Höhe von 4,4 Milliarden Euro. Der Gesamtwert aller eingefrorenen Gelder Moskaus bei westlichen Banken wurde auf rund 260 Milliarden Euro geschätzt.

Diese erneute „Pipi Langstrumpf-Methodik“ der EU-Gesetzgebung bzw. „Änderung“ könnte jedoch für ganz Europa schon in absehbarer Zeit zu einem fatalen Bumerang werden, spätestens nach einer bereits jetzt absehbaren Beendigung des Ukraine-Konfliktes, zu Gunsten Russlands.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Kein Ende der Sanktionen – Frontalangriff auf russische Diplomaten geplant

Von ELA

Feb 9, 2024



Die Europäische Union diskutiert nun im Rahmen eines neuerlichen Sanktionspaketes die Möglichkeit, die Bewegungsfreiheit russischer Diplomaten einzuschränken, wie auch *Politico* berichtet.

Ziel sei es, dass sich Diplomaten nur in dem Land aufhalten dürften, in dem sie arbeiten.

Tschechien federführend

Die Europäische Union will nun die Reisefreiheit russischer Diplomaten einschränken. Wie die Zeitung *Politico* berichtet, sollen sie sich nur noch in dem Land bewegen dürfen, in dem sie akkreditiert sind, und nicht mehr im gesamten Schengen-Raum.

Ein Gesprächspartner von *Politico* sprach dabei jedoch von Schwierigkeiten bei der Umsetzung, da es in der EU keine Grenzkontrollen zwischen den Mitgliedsstaaten gäbe. Das bedeutet, dass die meisten Reisen innerhalb des Schengen-Raums derzeit nicht kontrolliert werden könnten.

Die Maßnahmen wurden im Rahmen des 13. Sanktionspakets vorgeschlagen, das anlässlich des zweiten Jahrestages des Kriegsbeginns in der Ukraine vorbereitet werde. Einige Diplomaten dämpften jedoch die Erwartungen und erklärten, es handle sich größtenteils um ein „symbolisches“ Paket, wie *Politico* schreibt. Die gesetzte Frist sei zu kurz, um „wesentliche“ Maßnahmen auszuarbeiten. Allerdings könnte es auch darauf hindeuten, dass sich die EU-Granden, langsam aber sicher ihrer „Machtlosigkeit“ im Hinblick auf die „Fruchtlosigkeit“ der bisherigen Sanktionen, bewusst werden.

Auch weiter Sanktionen gegen Privatpersonen

Im November 2023 berichtete die *Financial Times*, dass in der EU mögliche Einschränkungen der Reisefreiheit diskutiert würden. Der Vorschlag wurde erstmals 2023 von der Tschechischen Republik eingebracht und hat seitdem an Bedeutung zugenommen. Die tschechischen Behörden begründeten die Maßnahme damit, dass „Agenten des GRU und anderer Dienste“ in dem EU-Land aktiv seien.

Darüber hinaus plant die EU, Sanktionen gegen weitere 200 russische Personen und Unternehmen zu verhängen, die zur militärischen und technologischen Stärkung Russlands oder zur Entwicklung seines Verteidigungs- und Sicherheitssektors beitragen. Auch die Enteignung bezüglich eingefrorener Vermögenswerte der Bank von Russland steht auf der Tagesordnung. Nach Informationen der *dpa* wurden die konkreten Vorschläge am letzten Wochenende vorgestellt.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Keine Berichte

B R D e u t s c h l a n d (ohne Berlin und Land Brandenburg)

(Seiten E 79 – E 142)

01) KW 9 (26.02. bis 03.03.2024) – taz zahl ich. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 623-03

3. März 2024

49. Jahrgang

KW 9 – taz zahl ich

Natürlich habe ich **taz-online** abonniert, schließlich müssen Medien mit kleiner Reichweite zusammenhalten. Entsprechende Abos habe ich freilich auch bei der **Berliner Morgenpost**, dem **Tagesspiegel** und der **Berliner Zeitung**. **ARD**, **rbb** und **ZDF** gibt's, oberflächlich betrachtet, gratis, dafür zahlt man ohnehin Gebühren.

Zwei Beiträge der **taz** aus der heute zu Ende gehenden Woche sind mir besonders aufgefallen. Der eine beschäftigte sich mit dem Thema der Woche, der Festnahme der „mutmaßlichen“ Terroristin **Daniela Klette**. **Jürgen Gottschlich**, als „Auslandskorrespondent Türkei“ bezeichnet, titelt seinen Kommentar: „Härte statt Vernunft“ und schreibt: „Der Staat tut so, als seien die drei ehemaligen RAFler heute noch die Staatsfeinde Nummer 1. Er hätte ihnen längst die Hand reichen können.“

Politiker und „Verfolgungsbehörden“ würden sich mit „Lob und Selbstbeweihräucherung für die Festnahme einer Frau im Rentenalter, die als unauffällige Mitbewohnerin eines Kreuzberges Hauses beschrieben wird,“ „überschlagen.“ „Eine alte Geschichte ...; die spätestens vor 25 Jahren zu Ende ging und politisch schon lange davor kaum noch eine Rolle spielte.“

„Hat Deutschland im Jahr 2024 eigentlich keine anderen Probleme, als RAF-RentnerInnen zu jagen, hat die Polizei mit rund 400 aktiven Neonazis, die sich derzeit einer Festnahme entziehen, eigentlich nicht genug zu tun?“, fragt der Korrespondent vom Bosphorus und erinnert daran, dass **Antje Vollmer** schon Mitte der 1980er Jahre, eine Diskussion darüber angestoßen hat, „unter die fatale RAF-Geschichte einen Schlussstrich zu ziehen und denjenigen RAF-Mitgliedern, die sich vom Terrorismus losgesagt hatten, eine Rückkehr in die Gesellschaft zu ermöglichen.“

Die Rückkehr in die Gesellschaft ist Frau Klette unter falschem Namen gelungen, sogar aktiv im Kiez, eine Nachbarin, die man gern beim Gassigehen trifft. Erlaubt sei doch aber bitte die Frage, warum diese freundliche Rentnerin in ihrer Wohnung eine Panzergranate und weitere Waffen aufbewahrte. Der Frau, der der Staat „längst die Hand“ hätte reichen sollen, wird konkret zur Last gelegt, „gemeinsam mit den noch gesuchten RAF-Terroristen **Ernst-Volker Staub** und **Burkhard Garweg** im März 1993 einen Sprengstoffanschlag auf die im Bau befindliche JVA Weiterstadt verübt zu haben. Durch die Explosion

war an dem Gebäude ein Schaden von rund 123 Millionen D-Mark entstanden. Klette soll darüber hinaus mit weiteren RAF-Mitgliedern versucht haben, im Februar 1990 einen Sprengstoffanschlag auf ein Gebäude der Deutschen Bank in Eschborn zu verüben. Außerdem hatte Klette, Erkenntnissen der Ermittler zufolge, im Februar 1991 mit RAF-Mitgliedern mindestens 250 Schüsse auf die US-Botschaft in Bad Godesberg abgegeben.“ Quelle: rbb24 Abendschau



screenshot rbb24 Abendschau

In Kreuzberg wünscht man Daniela viel Kraft und den beiden anderen flüchtigen (mutmaßlichen) Terroristen Burkhard & Volker viel Glück. Als Fläche für diese Botschaft dient eine abgestellte Matratze. Die Frage, in was für einer Stadt wir eigentlich leben, stellt sich nicht. Das wissen wir seit Jahrzehnten. Die klammerheimliche Freude nach der Ermordung jedes einzelnen Repräsentanten dieses verhassten Staates durch nicht wenige Mitbürgerinnen und Mitbürger ist mir noch in sehr unangenehmer Erinnerung. Auch in Hamburg haben Solidaritätsbekundungen stattgefunden. Wenn es in der „Roten Flora“ und in Kreuzberg normal ist, bis an die Zähne bewaffnete Rentner zu dulden, dann müssen das die Nachbarn wohl hinnehmen. Hoffentlich tut das die Polizei nicht.

Apropos Polizei. Wenn Journalisten durch den Einsatz modernster Technik schon vor einiger Zeit herausfinden konnten, in welchem Umfeld sich Frau Klette befindet, dann ist erneut die Frage nach der Ausstattung unserer Polizei zu stellen, die ich lieber Sicherheits-, als „Verfolgungs“behörde nennen möchte.

Nun, trotz des sehr verstörenden Kommentars aus der **taz**, zahl ich natürlich weiterhin meinen Beitrag, vor allem, um die vielen guten Artikel lesen zu können, wie zum Beispiel den von **Udo Knapp**, der auch in dieser Woche erschien. Titel: „**Die Mär von Neuwahlen**“. Knapp schreibt: „Speziell die Chefs der Unionsparteien tun so, als sei die Bundesregierung am Ende und beschwören vorgezogene Bundestags-



wahlen. Doch wie sollte das genau gehen – und wozu?“ Knapp erinnert ausführlich – schöne Einleitung – „wie Neuwahlen in einer laufenden Legislatur herbeigeführt werden könnten und wer daran welche politischen Interessen haben könnte.“ Und er erinnert daran, wie das in der Vergangenheit in unserem Land abgelaufen ist. Der Artikel ist äußerst lesenswert und dürfte frei zugänglich sein:

<https://taz.de/CDU/CSU-obsessiv/lvn5995170/>

Nur so viel noch an dieser Stelle. **Udo Knapp** schreibt: „Die seit zwei Jahren regierende Ampel hat, mit den Jahrhundertkrisen konfrontiert, viel erreicht. Sie hat strukturelle, nicht wieder auszureißende Pflöcke für die große ökologische und digitale Transformation eingeschlagen, die Abhängigkeit von fossilen russischen Energieträgern beendet, den Umstieg auf regenerative Energieversorgung mit festen Jahreszahlen auf den Weg gebracht. Die Bundesrepublik ist im Systemkrieg fest an der Seite der Demokratien angedockt. Sie arbeitet an der Wiederherstellung der Verteidigungsfähigkeit der Bundeswehr, steht fest an der Seite der Ukraine und Israels in deren Überlebenskampf gegen Russland und die terroristische Hamas.“

Das könnte man doch mal zur Kenntnis nehmen und nicht immer auf die Ampel-Parteien einschlagen. Von der Union hört man wenig über ihre Pläne für die Zeit nach der Koalition aus SPD, Grünen und FDP. Die CDU verliert sich in endlosen Diskussionen über ihre angebliche Leitkultur.

Beruhigend ist die Einschätzung von **Udo Knapp** zum Thema AfD und BSW: „Beide haben keine Chance, die Substanz der Demokratie in der Bundesrepublik ernsthaft zu gefährden. Die AfD wird weder im Bund mitregieren noch in den Ländern in Regierungen eintreten oder Ministerpräsidenten stellen. Die Vorstellung, Saha Wagenknecht könnte an der Seite eines SPD- oder CDU-Chefs den Umbau der Bundesrepublik zu einem Einwanderungsland aufhalten, bei Putin wieder Gas und Öl bestellen und auch noch die EU stützen, ist wenig weitsichtig. AfD und BSW haben an schnellen Neuwahlen ein Interesse, um ihr ideologisch begründetes Versprechen an die Wähler bringen zu können, dass mit Stimmen für sie jeder Aufbruch in die nachfossile und digitale Weltgesellschaft eingestellt und stattdessen die Zeit angehalten wird.“

Knapps Fazit: „Alles in allem ist das Gerede über Neuwahlen nicht mehr als ein gut gehender Medienhype.“

Die Grünen haben, das ist unbestritten, das Land verändert, in Fragen der Umwelt und des Klimas zum Guten. Die Alt-Parteien haben sich nicht intensiv genug darum gekümmert. Leider schossen und schießen die Grünen immer wieder übers Ziel hinaus. Dass dies nun dazu führt, sie zum Prügelknaben der Nation zu erklären und ihre Mandatsträger physisch zu bedrängen, ist ein absolutes NO-GO!

Jedem ernstem Thema kann man aber auch eine heitere Seite abgewinnen, wie **Christian Ehring** in **extra3** am letzten Donnerstag: „Wenn man will, dass die Grünen verschwinden, warum hindert man sie an der Abreise?“

Was noch?

Die SPD Brandenburg hat einen neuen Promi-Wahlkämpfer: **Kai Wegner** (CDU). Berlins Regierender erzählte am Mittwoch bei einer IHK-Veranstaltung von seiner ersten Begegnung mit Brandenburgs SPD-Ministerpräsident **Dietmar Woidke** nach Amtsantritt. „Kai, du bist der vierte Regierende Bürgermeister meiner Amtszeit“, habe Woidke zu Wegner gesagt. „Ich wünsche mir, dass du noch ganz lange Ministerpräsident bleibst, aber keinen neuen Regierenden mehr kennenlernen“, antwortete Wegner.“

Quelle: Tagesspiegel

Trump kommt davon

„Ende April wird darüber verhandelt, ob der Ex-Präsident Immunität genießt. Damit steht und fällt der wichtigste Strafprozess gegen ihn. Die Aussichten auf einen baldigen Strafprozess gegen Ex-Präsident **Donald Trump** wegen massiver Versuche, die Präsidentschaftswahl von 2020 nachträglich zu kippen, haben sich schlagartig verdüstert.“, schrieb die **Berliner Morgenpost** in dieser Woche.

Der Supreme Court beschäftigt sich nun mit der Frage, ob Trump für all die ihm vorgeworfenen Vergehen, für die andere schon längst im Gefängnis sitzen würden, Immunität genießen darf. Noch zu Amtszeiten hat Trump das oberste Gericht der USA mit seinen Leuten besetzt. „Wann der Supreme Court eine endgültige Entscheidung trifft, mit der sämtliche Strafprozesse gegen Trump stehen und fallen, ist ungewiss. Klar ist damit aber, dass der von Richterin **Tanya Chutkan** ursprünglich für Anfang März anvisierte Prozess in Washington nun endgültig für unbestimmte Zeit auf Eis gelegt ist.“ So funktioniert also die Gewaltenteilung in dem Land, das uns nach dem Zweiten Weltkrieg die Demokratie verordnet hat.



„Mehr als fraglich“ erscheint es, dass der Prozess rechtzeitig vor der Wahl am 5. November beginnen kann, denn „60 Tage vor der Wahl, so ist die übliche Praxis des Justizministeriums, werden gegen Präsidentschaftskandidaten keine juristischen Schritte mehr unternommen.“ Unglaublich. Ein Blankoscheck für jede Straftat. Trump hofft darauf, was gegenwärtig nicht schlecht aussieht, die Wahl zu gewinnen, was ihn „in den Stand versetzen würde, die Ermittlungen gegen sich auf Bundesebene vom neuen Justizminister einstellen zu lassen.“ Großartig.

Noch schlimmer als das ist folgende Meldung aus dem **Tagesspiegel**: „Fans von **Hertha BSC** werden in der kommenden Spielzeit im Olympiastadion ein anderes Bier im Stadion zu trinken bekommen. Nach sechs Jahren, davon die letzten drei als Exklusiv-Partner, werde die Zusammenarbeit mit der Berliner Kindl-Schultheiss-Brauerei im Sommer enden.“ Und jetzt, liebe Freunde des Gerstensaftes, heißt es sehr stark zu sein: „Neuer Bier-Partner der Berliner wird AB InBev Deutschland mit Hauptsitz in **Bremen**. Man habe eine Partnerschaft über fünf Jahre vereinbart, teilte Hertha mit. Im Olympiastadion werden künftig **Beck's Pils**, **Corona** und **Spaten Hell** ausgeschenkt.“ Das ist jetzt endgültig der Grund, sich keine Spiele mehr im Olympiastadion anzutun.

Was Sie sich ansehen müssen!

In dieser Woche lief im Bayerischen Fernsehen meine absolute Lieblingssendung, auf die ich mich ein ganzes Jahr lang freue.



Die Starkbierprobe auf dem Nockherberg, die aus drei Teilen besteht. Zuerst hält einer der scharfzüngigsten Kabarettisten dieses Landes, **Maxi Schafroth**, die Fastenrede. Es folgt ein Singspiel und zum Schluss, nur für die Zuschauer am Fernsehapparat, eine Diskussionsrunde mit der bayerischen Politprominenz und einem Gast nördlich des Weißwurstäquators. Letzteren Programmpunkt kann man weglassen, weil langweilig und unerheblich. Schafroths Rede hingegen ging in diesem Jahr wieder unter die Haut. Vor allem rechnete er mit **Markus Söder** und **Hubert Aiwanger** ab, die er als „Bierzelt-Rambos“ bezeichnete.

Beide saßen vor der Bühne und mussten ertragen, zu Recht beschimpft zu werden. Wenn man sich die Reden von Söder und Aiwanger am Aschermittwoch ins Gedächtnis ruft, fragt man sich ernsthaft, was Geistes Kind diese beiden Herren sind. Allen Ermahnungen zu trotz, sich verbal zurückzunehmen, werden die beiden Chef-Bayern weitermachen. Breitbeinig sitzt Söder in der ersten Reihe mit einem Gesichtsausdruck, der verrät, was er denkt. „Erzähl, was Du willst, Du kleiner Hofnarr, ich bin und bleibe der Größte.“

Erstmals dabei, SPD-Generalsekretär **Kevin Kühnert**, der ein Süppchen zu sich nahm, während die CSU-Grantler **Manfred Weber** (EVP-Fraktionsvorsitzender im EU-Parlament) und CSU-Gruppenchef im Bundestag **Alexander Dobrindt**, eher Deftiges verzehrten. Kühnert kam halbwegs gut in Schafroths Rede davon.



Das Singspiel trug den Titel „Alpträume“ und spielte in einem Horrorkrankenhaus. Und dort trafen sie sich nach der Fastnacht, noch in ihren Kostümen, die Politikdarsteller dieses Landes, von **Olaf Scholz** über **Robert Habeck** und **Christian Lindner**, bis zu **Markus Söder** und **Friedrich Merz**.

Verblüffend ist die Ähnlichkeit der Schauspieler mit den Originalen. Nicht nur äußerlich, sondern auch in ihren Gesten und ihrer Diktion. Als **Nikola Norgauer** als **Olaf Scholz** die Bühne betrat, konnte sich **Kevin**



3



Kühnert vor Lachen kaum halten. Als er anschließend gefragt wurde, verriet Kühnert, dass er Scholz noch am Morgen gesehen habe, „Ja, genau so ist er.“



Besonders gut getroffen war **Friedrich Merz**, dargestellt von **David Zimmerschied**. Merz versuchte, die Ampel zu zersägen. Die blutige Schürze verrät jedoch nicht das Scheitern des Versuchs.



Zum Verwechseln ähnlich, Münchens Oberbürgermeister **Dieter Reiter** (links) und sein Double **Gerhard Wittmann** beim Interview nach dem Singpiel.

Mir bleibt nicht mehr viel zu sagen als: Schauen Sie sich in der Mediathek die Fastenrede und das Singpiel an. Es lohnt sich. Beste Unterhaltung aus Bayern.

Ed Koch

Fotos: Screenshots Bayerisches Fernsehen

Auch in Berlin gibt es gutes Kabarett, zum Beispiel bei den **Stachelschweinen**. Heute findet die erste Vorpremiere des neuen Programms, „*Träumt weiter*“, von **Frank Lüdecke** statt., 18:00 Uhr, Europa-Center, es gibt noch wenige Restkarten. Eine weitere Vorpremiere findet am 29. März um 20:00 Uhr statt, bevor es dann im April richtig losgeht.



Alle anderen Programme, wie beispielsweise „*Steg-litz, wir haben ein Problem*“ mit **Franziska Giffey** in ihrer besten Rolle, sind weiterhin am Start. Infos und Tickets unter

<https://diestachelschweine.de/>

Der Ostermontag am 1. April ist diesmal blau. Arnulf Ratings 218. Blauer Montag beginnt im Theater der Wühlmäuse am Theodor-Heuss-Platz um 20:00 Uhr. Das ausführliche Programm finden Sie unter

<http://www.der-blaue-montag.de/>

Arnulf Rating hat uns zweimal 2 Freikarten für den Blauen Montag am 1. April zur Verfügung gestellt. E-Mail an paperpress@berlin.de und schon könnten Sie dabei sein. Wir treffen uns dort.

Auch das März-Programm der **ufaFabrik** bietet neben Musik, Comedy, Konzerten, Lesungen und Schauspiel auch Kabarett. So zum Beispiel **Maik Martschinkowsky** „*Das wird man ja wohl noch differenzieren dürfen!*“ im Wolfgang Neuss Salon, Samstag, 9. März 2024, 20:00 Uhr, oder „**Schwarze Grütze**“, das Musikkabarett mit dem Programm: „*Ganz dünnes Eis*“, im Varieté Salon am Freitag, dem 15. März 2024, um 20:00 Uhr.

Infos und Tickets: www.ufafabrik.de

Alle Angaben ohne Gewähr.

02) Aufgewacht. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 622-20

24. Februar 2024

49. Jahrgang

Aufgewacht!

Erich Kästner sagte: „Das Glück ist keine Dauerwurst, von der man täglich eine Scheibe herunter-schneiden kann.“ *Quelle: Springer Kalender 2024*

Mit Blick auf die nachfolgenden Generationen wird einem angst und bange. In welche Zeit wachsen sie hinein? Die guten Zeiten, in denen wir uns an den Frieden in Europa gewöhnt hatten, sind längst vorbei, nicht erst seit dem Beginn des Angriffskrieges auf die Ukraine durch den russischen Machthaber heute vor zwei Jahren. Zwischen dem Beginn des Ersten und Zweiten Weltkriegs lagen 25 Jahre. Wann endete die Nachkriegszeit und wann begann der Countdown zum nächsten Krieg?

Nach dem Zweiten Weltkrieg gab es für uns nur eine Richtung: Nach oben. Wann endete diese schöne friedliche Nachkriegszeit? 1999 mit der Machtübernahme Putins, oder erst 2014 mit der Annexion der Krim? Historiker werden es eines Tages herausfinden. Klar scheint zu sein, dass wir uns spätestens jetzt in einer Vorkriegsphase befinden.

Man kann **Marie-Agnes Strack-Zimmermann** als Lobbyistin der Rüstungsindustrie beschimpfen. Das Etikett Kriegstreiber darf sich in Europa aber nur einer ans Revers heften: **Wladimir Putin**, Enkel im Geiste von **Josef Stalin**. Es ist atemberaubend, wie er im Stile **Al Capones** alle Gegner liquidieren lässt, selbst wenn sie glaubten, in Spanien sicher zu sein oder einen Spaziergang durch den Tiergarten für ungefährlich hielten. **Alexei Nawalny** ist rechtzeitig vor der für Mitte März angesetzten Schein-Präsidentenwahl im Gefängnis verstorben. Putin pflügt alles weg, was ihm im Wege steht. Gegenwärtig ist er mit großem Abstand der brutalste Mafia-Boss Europas.

Ein mehr als müdes Lächeln entlockt es mir, wenn ich Leute sagen höre, man müsse mit Putin verhandeln. Die Diplomatie ist auf den Schlachtfeldern der Ukraine verschüttet worden. Es ist lächerlich zu sagen, die Ukraine müsse den Krieg gewinnen. Sie kann den Krieg nicht gewinnen, aber sie hätte die Möglichkeit, ihn nicht zu verlieren. Das klingt widersprüchlich, könnte aber funktionieren, wenn Putin eines Tages verkünden würde, sein Ziel erreicht und die Gebiete im Osten der Ukraine vom Faschismus befreit zu haben. Ob er sich längerfristig damit zufriedengäbe, steht auf einem anderen Blatt. Sicher ist aber, dass, wenn Putin gewinnt, also die Ukraine einnimmt und unterjocht, er weitermachen wird. Einen Stopp vor NATO-Staaten wird es nicht geben,

vor allem nicht, wenn diese menschengewordene Katastrophe von **Donald Trump** wieder Präsident der USA werden sollte. Man kann von Frau Strack-Zimmermann halten, was man will, einen Angriff auch auf Deutschland hält nicht nur sie für möglich.

Putin führt längst Krieg gegen uns. Die ständigen Attacken auf unsere Infrastruktur sind Beleg dafür. Wenn es ihm gelänge, unser Stromnetz abzuschalten, müsste er keine einzige Rakete auf uns abfeuern. Die so genannte „Hybride Kriegführung“, worunter man eine Kombination regulärer und irregulärer politischer, wirtschaftlicher, medialer, subversiver, geheimdienstlicher, cybertechnischer und militärischer Kampfformen versteht, ist in vollem Gange.

Wie das funktioniert, zeigt der Fall von **Hunter Biden**, dem Sohn des amtierenden US-Präsidenten. Er soll Bestechungsgelder von einem ukrainischen Gasunternehmen erhalten haben. Jetzt stellt sich heraus, dass ein von Russland gekaufter FBI-Mitarbeiter die Vorwürfe erfunden hat. Er gab zu, dass seine Behauptungen vom russischen Geheimdienst stammten. Wegen dieser Affäre wollten die Republikaner ein Amtsenthebungsverfahren gegen **Joe Biden** einleiten. So geht Kriegführung heute.

Laut **ZDF-Politbarometer** wachen immer mehr Menschen auf. 62 Prozent sprechen sich inzwischen für mehr Waffenlieferungen an die Ukraine aus. Interessant ist ein Blick auf die Parteien in dieser Frage: SPD 80%, Union 69%, Grüne 90%, FDP 84%, AfD 16%, Linke 52% und das BSW 40%. Was ist bloß aus der Friedenspartei **Die Grünen** geworden? Sie ist aufgewacht! Wo allerdings Putins Freunde sitzen, ist klar erkennbar, Faschisten unter sich. Knapp 50 Prozent der Befragten sind für die Lieferung des Marschflugkörpers **Taurus**.

Obwohl man es sich klammheimlich wünscht, dass auch mal ein paar Raketen in den Kreml einschlagen, teile ich nicht die Auffassung des CDU-Abgeordneten **Roderich Kiesewetter**, der sagt: „Der Krieg muss nach Russland getragen werden.“ Ein Angriff auf Russland, wobei ein Angriff auf die Krim kein Angriff auf Russland ist, würde zu verheerenden Reaktionen bis hin zum Einsatz von Atomwaffen führen. Kiesewetters Forderung ist unverantwortlich.

Ein Ende des Krieges ist nicht absehbar. Gedenken wir heute der vielen Opfer auf allen Seiten, die unschuldig in der Ukraine sterben mussten, allein weil ein Mann seinen Größenwahn befriedigen will. **Joe Biden** hat Recht, Putin ist ein Mistkerl.

Ed Koch

1

03) Waffen in Antifa-„Tour-Bus“ sichergestellt – Grüne toben.

Von ELA

Feb 24, 2024



Die Antifa hatte sich in „altbewährter Manier“ mit zwei Reisebussen auf eine Tour durch Mecklenburg-Vorpommern begeben.

Im Zuge zahlreicher illegal abgehaltener Veranstaltungen kam es zu einer Polizeikontrolle, wo man „überraschender Weise“ sowohl Waffen als auch Maskierungen in den Antifa-Fahrzeugen sichergestellt, wie auch die *Junge Freiheit* zu berichten wusste.

Grün-Abgeordnete sofort vor Ort

Im beschaulichen 500 Seelenörtchen Jesendorf im Osten des Landkreises Nordwestmecklenburg hatte die Polizei am 17. Februar Waffen und Maskierungen in zwei Reisebussen mit Insassen aus dem linksradikalen Antifa-Milieu sichergestellt.

[Angaben der Sicherheitskräfte](#) zu Folge wurden die rund 60 Personen „aufgrund mehrfacher Verstöße gegen das Versammlungsgesetz bei Satow, in Güstrow und Schwerin“ kontrolliert. Zu den dabei beschlagnahmten Gegenständen gehörten unter anderem Zahnschutz, Messer, Schlagstöcke, Schlaghandschuhe und Pfefferspray sowie „Vermummungsgegenstände“. Darunter können Sonnenbrillen, Schals, aber auch Sturmhauben fallen, nähere Angaben zu diesen Gegenständen machte die Behörde nicht.

Die Polizei ihrerseits war mit etwa 60 Beamten und einem Wasserwerfer vor Ort gewesen. Während die Durchsuchung vor Ort noch im Gange war, eilte die Anwältin der Linksextremisten heran. Gegenüber der *Ostsee-Zeitung* kritisierte sie, offenbar in „Argumentationsnot“ dann die Größenordnung des Polizei-Einsatzes.

Auch die Grünen-Landtagsabgeordnete Constanze Oehlich, die freilich von dem Einsatz durch die „Kontrollierten“ erfuhr, reiste eiligst zur Polizeikontrolle an. „Mittels üblicher, gut eintrainierter Linksrhetorik“ beanstandete sie den Vorfall als unverhältnismäßig. Sie kündigte daraufhin vollmundig an, diesen im Innenausschuss thematisieren zu wollen, berichtete dazu die *Ostsee-Zeitung*.

Ziel der Linksradikalen war angeblich eine angemeldete Demonstration in Rostock vom Bündnis „Bunt statt Braun“ unter dem Motto „Mehmet-Turgut-Weg jetzt!“ gewesen. Zuvor hatten die „Durchsuchten“ auch an einer Gedenktour für den vom „NSU“ ermordeten Mehmet Turgut teilgenommen.

Die „Innigkeit“ zwischen Grünen und Antifa

Der Fraktionsvorsitzende der AfD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, Nikolaus Kramer, kritisierte in diesem Zusammenhang erneut die Doppelstandards der Grünen-Abgeordneten. *„Es ist der Gipfel der Heuchelei, wenn Frau Oehlich sich im Landtag als Retterin der Demokratie aufspielt, sich aber selbst vor bewaffnete Linksextremisten stellt.“* Dafür müsse sie sich in der nächsten Sitzung des Innenausschusses verantworten. Sie habe bewiesen, dass *„der aktivistische Arm der linksextremistischen Szene übergangslos in die Parlamente reicht“*, so Kramer.

In der Zwischenzeit jedoch gehe man gegen Rechte deutlich härter vor. *„[AfD-Mitgliedern, die Jäger sind](#), werden allein aufgrund ihrer Mitgliedschaft die Waffen abgenommen“*, erläuterte Kramer. Dadurch gefährde man *„den gesellschaftlichen Zusammenhalt weit mehr, als es der herbeifabulierte Rechtsextremismus je könnte. Politische Gewalt jeglichen Couleurs ist abzulehnen, egal ob links, rechts oder auch religiös motiviert.“*

Dass hier der Verfassungsschutz wegsieht und derartige Elemente nicht „beobachtet“ passt irgendwie ins Sittenbild des aktuellen linksextremen Klimas im Land.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Wuppertal: Verschwiegene Herkunft des Messerstechers auf Schüler keine Überraschung

Von Redaktion

Feb 23, 2024

Beim Lesen sämtlicher Berichte zum Messer-„Jugendlichen“, der in einer Schule in Wuppertal mehrere Schüler teilweise schwer verletzte, wurde nichts über die Herkunft des Täters erwähnt.

Nachdem man gelernt hat, zwischen den Zeilen zu lesen, fiel folgendes auf:

- Bei einem deutschen Täter wäre dies sofort gleich mehrfach hinausposaunt worden.
- Im vorausseilenden Gehorsam wurden, bereits Milderungsgründe verbreitet, nämlich die übliche Masche mit den psychischen Problemen, gerade so, als ob Messerstecher in der Regel normal ticken würden, nur eben ein „Kranker“ nicht.
- Im Bericht der Tagesschau heißt es beispielsweise, dass SPD-Landtagsabgeordnete jetzt mehr Schulsozialarbeiter und Familienzentren für Schulen fordern, um solche Taten in Zukunft zu vermeiden. In Wuppertal gebe es zu wenig Personal und Raum für Sozialarbeit, heißt es in einer Mitteilung. Mit einem Wort: irgendwie ist das Umfeld mitschuldig.

Jetzt kommt natürlich heraus, dass der Täter ein Moslem mit Migrationshintergrund war. Welch großartige Überraschung.

Wäre der Täter ein Deutscher, der auf Migranten eingestochen hätte, würde man vermutlich statt nach mehr Psychologen nach mehr Geld für den „Kampf gegen Rechts“ rufen und statt ohne jeden Anhaltspunkt eine psychische Erkrankung zu diagnostizieren, das „rassistische und fremdenfeindliche Klima“ im Land für die Tat verantwortlich machen. Peinliche Schamorgien und linke Aufmärsche wären die Folge.

Zum Vergleich

Wenn ein wirklich und offensichtlich Geisteskranker wie der Mörder von Hanau, der erst neun Menschen, dann seine Mutter und sich selbst erschoss, auch heute noch (!), wie erst vor wenigen Tagen, Gedenkveranstaltungen mit Kranzniederlegungen und Massenaufmärschen organisiert.

Der Täter von Hanau stellte dreimal wahnhaftige Strafanzeigen. Im Januar 2002 zeigte er beim Polizeipräsidium Oberfranken eine „psychische Vergewaltigung“ an: Er werde „durch die Wand und durch die Steckdose abgehört, belauscht und gefilmt“. Ein Amtsarzt diagnostizierte eine Psychose mit paranoiden Inhalten und empfahl die sofortige Einweisung in eine Psychiatrie. R. leistete Widerstand, wurde in Handschellen ins Krankenhaus gebracht, aber am selben Abend mit dem Vermerk „ungeheilt“ entlassen. Sein Vater hatte einen Anwalt eingeschaltet. Ein Arzt notierte, der Vater glaube ebenfalls, sein Sohn werde überwacht; beide hätten eine gemeinsame psychische Störung, kann man auf [Wikipedia](#) lesen.

Wie man die Morde des offensichtlich Wahnsinnigen noch heute instrumentalisiert, um der AfD ans Zeug zu flicken, erfahren wir aus einem Tagesschaubericht vom 19.02.2024. Wir zitieren auszugsweise:



„Vor vier Jahren wurden in Hanau zehn Menschen ermordet. Beim heutigen Gedenken an die Opfer rief Innenministerin Faeser zum Kampf gegen Rechtsextremismus auf. Auch Kanzler Scholz und Justizminister Buschmann äußerten sich ähnlich.

Bundesinnenministerin Nancy Faeser hat am vierten Jahrestag des rassistischen Anschlags in Hanau zu einem entschlossenen Kampf gegen Rechtsextremismus aufgerufen. Da es wieder Fantasien von Rechtsextremisten gebe, Menschen allein wegen ihrer Herkunft aus Deutschland wegbringen zu wollen, sei es umso wichtiger, sich dem entgegenzusetzen, sagte Faeser. Stattdessen müsse man sich vor die Angehörigen der Opfer zu stellen und ihnen sagen: ‚Wir stehen an eurer Seite.‘“

Scholz und Buschmann warnen vor Rassismus

Auch Bundeskanzler Scholz erinnerte in einer Botschaft im Kurznachrichtendienst X an die Opfer. Zugleich warnte er vor einem erstarkenden Extremismus: ‚Rechtsextreme greifen unsere Demokratie an. Sie wollen Bürgerinnen und Bürger ausgrenzen, sogar vertreiben. Das werden wir nie zulassen!‘, schrieb Scholz weiter.

Justizminister Marco Buschmann schrieb ebenfalls bei X: ‚Rassismus ist ein Gift, das sich in unserer Gesellschaft niemals ausbreiten darf. Wir alle sind gefragt, uns Menschenfeindlichkeit entgegenzustellen.‘ Hessens Ministerpräsident Boris Rhein nannte den Anschlag ein ‚grausames Ereignis‘, das ‚nie in Vergessenheit geraten‘ werde – weder für die Angehörigen noch für uns als Gesellschaft‘.

Wenn Personen an Morde an Deutschen gedenken, marschiert sofort die staatlich gesponserte Antifa-Stiefeltruppe auf.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) Abstieg Deutschlands nicht mehr zu bremsen – Wut der Bürger wächst

Von Redaktion

Feb 23, 2024



Deutschland (bald) ganz unten.

Überall in den internationalen Medien herrscht in Bezug auf Deutschland tiefdunkle Schwarzmalerei. Die Ampelregierung wird harsch ins Gericht genommen. Von NIKI VOGT | Bloomberg sieht [„Deutschlands Tage als industrielle Supermacht gezählt“](#) und zeigt als Titelbild eine Industriebrache mit stillgelegten, verschneiten Eisenbahnschienen. Die [Financial Times sieht den Abstieg](#) der deutschen Wirtschaft als einen „Autounfall in Zeitlupe“ und im Wallstreet Journal ist Deutschland der „kranke Mann Europas“. **Die Welt sieht**

Deutschlands Abstieg mit Befremden. International ist von dem einst positiven Deutschlandbild nichts übriggeblieben. Die Ampelregierung hat das deutsche Renommée komplett ruiniert. Aber auch der beinharte Konkurrenzkampf mit unseren „Freunden“, wie den USA, bringt die deutsche Wirtschaft zu Fall.

Die Sprengung der Nordstream 2 Gaspipeline und die folgenden Preisexplosionen für Gas und andere, knapp gewordene Energieträger vertrieb die energiehungrigen Industrien – insbesondere auch die chemische Industrie – aus Deutschland, während die USA mit billiger Energie und milliardenschweren Investitionsprogrammen die Sahnestücke der deutschen Industrie in die USA lockte. Etwa 10 Prozent der Unternehmen der chemischen Industrie legte ihre Produktion still. Es ist gerade das Problem der Energieversorgung, das immer mehr Betriebe dazu treibt, ihre Kapazitäten ins Ausland zu verlagern: eine Entwicklung, die allein letztes Jahr mit einer geplanten oder schon vollzogenen [Abwanderungsrate von 31-Prozent](#) nur noch als dramatisch bezeichnet werden kann.

Die Deutschen Wirtschaftsnachrichten schreiben:

„Die USA sichern sich durch niedrigere Energiekosten einen Wettbewerbsvorteil, und Asien lockt mit fortschrittlichen Infrastrukturen, einem flexibleren Arbeitsmarkt sowie einem großen Angebot an Fachkräften. Deutschland steht diesen Entwicklungen mit hohen Energiepreisen, starren Arbeitsgesetzen und einem Mangel an Fachkräften gegenüber. Diese Maßnahmen anderer Länder, genauso wie niedrigere Steuern für Unternehmen oder bessere digitale und verkehrliche Infrastrukturen, schaffen ein Umfeld, das Unternehmen anzieht – ein Umfeld, das Deutschland derzeit so nicht bieten kann.“

Herr Wirtschaftsminister Habeck würde jetzt sagen, sie sind ja nicht insolvent, sie hören nur auf, hier zu arbeiten.

Die Infrastruktur Deutschlands vermodert auf allen Gebieten

Der Bloomberg-Artikel macht aber auch weitere Faktoren für den Untergang verantwortlich. Die Infrastruktur sei schon seit längerem vernachlässigt worden, sie wurde einfach kaputtgespart. Die Straßen seien verkommen, es werden teilweise nur noch die Löcher gestopft, Schienen werden stillgelegt, weil es zu viel Aufwand wäre, sie wieder in Ordnung zu bringen. Das Bildungssystem produziert keinen gut ausgebildeten Nachwuchs mehr, der das Land weiterbringt und die Alten ersetzt. Das Ergebnis ist eine überalterte Erwerbsbevölkerung. Dazukommt ein riesiger Wasserkopf an Bürokratie, die die letzten Lebenszeichen der kränkelnden Wirtschaft bald erstickt haben wird.

Die Financial Times schreibt:

At Davos last year, German Chancellor Olaf Scholz spoke of a “new German speed” that would set a benchmark for economic reform. A year on, Europe’s largest economy is starting to look more like a slow-moving car crash than an accelerating juggernaut. In 2023 it contracted by 0.3 per cent, making it the world’s worst-performing major economy.



Übersetzung:

„Bundeskanzler Olaf Scholz sprach letztes Jahr in Davos von einer „neuen deutschen Geschwindigkeit“, die einen Maßstab für Wirtschaftsreformen setzen würde. Ein Jahr später ähnelt Europas größte Volkswirtschaft eher einem langsamen Autounfall als einem sich beschleunigenden Fernlaster. Im Jahr 2023 schrumpfte sie um 0,3 Prozent und ist damit die leistungsschwächste große Volkswirtschaft der Welt.“

Der [neuesten Umfrage](#) der [Deutschen Industrie- und Handelskammer \(DIHK\)](#) zufolge schrillen die Alarmglocken: Die Attraktivität Deutschlands als Industriestandort hat ein Allzeittief erreicht. Die „Schulnote“ für den Standort Germany ist auf ein historisches Tief von 4,0 gesunken – noch so eben „ausreichend“. Das Vertrauen in die Effektivität der aktuellen, deutschen Wirtschaftspolitik der Ampel ist noch desaströser, die Bewertung von 4,8 ist das schlechteste Ergebnis seit Beginn der Erhebungen überhaupt.

Alles wird teurer, nichts funktioniert mehr – der Zorn der Bürger brodel

Gleichzeitig wird das Murren und der Druck in der Bevölkerung immer lauter. Nachdem das Verfassungsgericht Herrn Kanzler Scholz beim Griff nach 60 Milliarden Euro aus dem Fonds für den Klimawandel schmerzhaft auf die Finger geschlagen hat, rannte die Ampelregierung wie ein gackelnder Hühnerhaufen umher, in den der Fuchs gefahren ist. Mit Tricks und Finten versuchte man nun, doch noch an das Geld zu kommen, um die Haushaltslücke von 17 Milliarden zu stopfen – vergeblich. Daraufhin fing man in Berlin an, dem Bürger in die Taschen zu greifen. Aber auch da verbrennt sich die Regierung die Finger: Zuerst standen die Bauern auf, die Gastwirte und Logistik-Unternehmen schlossen sich an, die Bahnmitarbeiter und Lokführer streikten, was zusätzlich zu den Bauern-Traktorblockaden überall jeglichen Verkehr lahmlegte und damit das Herz der Wirtschaft fast zu schlagen aufhörte. Nun streikt auch noch das Bodenpersonal an den Flughäfen.

Doch nicht nur die Unternehmen leiden unter den Energiepreisen. Die Geschäftslage der Selbstständigen in Deutschland [hat ein neues Rekordminus erreicht](#). Dies zeigen die neuesten Zahlen des Jimdo-ifo-Geschäftsklimaindex. Aber auch die Bürger kommen an den Rand ihrer Leistungsfähigkeit. Sie können Heiz- und Stromkosten nicht mehr bezahlen, jede Tankfüllung reißt ein Loch in das Haushaltsgeld und nun sollen auch noch CO2-Steuern auf alles mögliche draufgeschlagen werden. Die Leute haben kein Geld mehr für Extra-Ausgaben, was insbesondere die kleinen Unternehmen und Selbständigen (wie Gastwirte, Kleinbetriebe und Einzelhändler) in arge Bedrängnis bringt.

Das neue Bürgergeld verführt viele dazu, den lieben Gott einen guten Mann sein zu lassen und maximal etwas nebenbei schwarz zu arbeiten. Der Fachkräftemangel ist längst ein Riesenproblem geworden und von den importierten Fachkräften ist nur selten etwas zu sehen.

Um die verzweifelten Bürger noch richtig in Rage zu bringen, werden teure, aber schlechte Umweltprojekte mit hohen Kosten gefördert: Windanlagen schießen in der Nähe von Wohnsiedlungen aus dem Boden oder werden in dafür kaputtgerodete Naturschutzgebiete einfach hineingeknallt. Klimakleber, die eigentlich den Baggern und Baumsägen den Weg versperren müssten, behindern auch noch den verbliebenen Berufstätigen den Weg zur Arbeit. Dafür werden sie aber in den Medien als Helden gefeiert: Sie schädigen das Gemeinwohl nach Leibeskräften – meist, ohne dass sie dafür zur Rechenschaft gezogen werden.

Hauseigentümer wurden genötigt, ihre bösen CO2-Heizungen [gegen teure Wärmepumpen](#) auszuwechseln, die bei den massiv steigenden Strompreisen unglaubliche Kosten verursachen. Überdies zeichnet sich ab, dass der Öko-

Flatterstrom gar nicht ausreicht, um diese Wärmepumpen zu versorgen. Denn gerade dann, wenn die Dinger heizen sollen, brauchen sie extrem viel Strom, um aus der kalten Außenluft durch Kompression noch ein Quäntchen Wärme herauszuquetschen.

Dazu kommen noch hohe Zinsen und eine Inflation, die den Wocheneinkauf zu einer Herausforderung machen. Das wiederum ruft die Gewerkschaften auf den Plan, die nun für alle möglichen Berufsgruppen einen Inflationsausgleich fordert. Was wiederum noch mehr Unternehmen aus dem Land treibt.

Das Fass ist kurz vor dem Überlaufen

Der gemeinsame Stimmenanteil der drei Parteien der „Ampel“: Sozialdemokraten (SPD), Grüne und Freie Demokraten (FDP) ist von über 50 Prozent Ende 2021 auf heute weniger als ein Drittel gesunken. Kein Wunder. Die Bürger laufen in Scharen zur Opposition – und die ist nunmal das linke und das rechte Lager. Der Deutsche neigt aber nicht so sehr nach links, da bleibt nur die AfD – und neuerdings die Werteunion. Es ist ein Trugschluss der etablierten Parteien zu glauben, sie bekämen das Problem durch Dämonisierung der AfD (und des Herrn Maaßen) in den Griff. Das Fass ist bereits kurz vor dem Überlaufen, bis 2025 wird es wahrscheinlich nicht mehr gutgehen.

https://www.youtube.com/watch?v=LeqYNxXoB_4

Dieser Beitrag erschien zuvor auf die unbestechlichen.com

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

06) Sogar Heilpraktiker sind nun Antisemiten

Von ELA

Feb 23, 2024



Heilpraktiker und Homöopathen sehen sich seit Jahren einer Kampagne der Anti-Komplementärmedizin-Lobby ausgesetzt, die beide Berufe verbieten lassen will. Nun aber sehen sie sich seitens der Regierung auch dem „vielstrapazierten“ Antisemitismus-Vorwurf ausgesetzt.

Nazi-Keule auch für Heilpraktiker

Die Methoden der „Schulmedizin-Lobby“ reichen dabei von der Studien-Verunglimpfung bis neuerdings hin zu Nazi-Vergleichen.

Diese jüngste „Schmutzkübel-Kampagne“ ist nun offenbar auch in der Politik angekommen. Die Bundesregierung will Heilpraktiker und Homöopathen nun stärker regulieren, wie die aktuelle [Kampagne des Gesundheitsministers gegen die Homöopathie](#) zeigt. Dagegen formiert sich allerdings Widerstand, wie etwa mit einer Petition beim Bundestag zur Rettung der Homöopathie. Die Ampel-Regierung übernimmt nicht nur die Ziele der Anti-Komplementärmedizin-Lobby, sondern inzwischen auch deren fragwürdige Methoden, wie nachstehendes Beispiel zeigt. Der Dachverband Deutscher Heilpraktiker-Verbände (DDH) lässt sich das nicht widerspruchslos gefallen und geht dagegen vor.

Anlässlich des Holocaust-Gedenktages im Januar führte eine Regionalzeitung ein Interview mit dem Beauftragten der Bundesregierung für Antisemitismus, Felix Klein. Das Interview enthält zahlreiche Passagen zum Thema Heilpraktiker und Homöopathie und erschien am 27.01.2024 im *Schwäbischen Tagblatt*. Der befragte Regierungsbeauftragte, der für Faesers“ Innenministerium“ tätig ist, hatte dabei das Thema Heilpraktiker und Homöopathie von sich aus angesprochen.

Zweifel an Schulmedizin ist antisemitisch

Er spannte also den Bogen vom Heilpraktiker-Gesetz über die Kritik an den Corona-Maßnahmen der Regierung bis hin zu Demonstrationen gegen die Regierung. Das Fazit des Regierungsbeauftragten lautete dann wie folgt. Er sehe eine „Anschlussfähigkeit von antisemitischen Narrativen“, wenn jemand an der Schulmedizin zweifelt und die Corona-Maßnahmen der Regierung kritisiere. Ausdrücklich nannte der Regierungsbeauftragte in diesem Zusammenhang Heilpraktiker und Homöopathie.

Seite E 94 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Er ging sogar noch einen Schritt weiter. Da das Heilpraktiker-Gesetz aus dem Jahr 1939 stamme, müssten die Heilpraktiker jedenfalls „ihre Vergangenheit kritisch reflektieren“.

Der Dachverband Deutscher Heilpraktiker-Verbände (DDH) protestierte daraufhin am 13.2.2024 mit einem offenen Brief an den Antisemitismusbeauftragten der Bundesregierung, Felix Klein. Die Sprecherin und Vizepräsidentin des Dachverbandes, die Heilpraktikerin Ursula Hilpert-Mühlig, zeigte sich in dem Schreiben „mehr als erschüttert“ über die Aussagen im Interview, insbesondere über die Einordnung des Berufsstandes in einen antisemitischen Kontext.

„Sie bedienen hier das manipulative Muster des Framings, indem Sie Ereignisse, Themen und Personengruppen in einem Deutungsrastrer zusammenfügen, obendrein gekoppelt mit wertenden Aussagen, und implizieren damit Verbindungen, die Sie mit nichts belegen, außer Ihren Behauptungen, das ist schon sehr dreist.“

Klein stigmatisiere also mit seinem Interview eine ganze Berufsgruppe und diskreditiere den Berufsstand der Heilpraktiker, so der DDH. „Heilpraktiker ist keine Gesinnung, sondern eine Berufsbezeichnung.“ Des Weiteren kritisierte der Brief auch die historisch falsche Darstellung der Entstehung und Intention des Heilpraktiker-Gesetzes durch den Antisemitismusbeauftragten. Der DDH hält „eine Klärung für dringend geboten, zumal das Diffamierungspotential“ der Äußerungen des Antisemitismusbeauftragten offensichtlich sei. Der Verband erwarte „Vorschläge für einen zeitnahen Austausch“ von Felix Klein.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

07) Die Scheinheiligen: Deutsche Bischöfe hetzen gegen AfD

Von Redaktion

Feb 22, 2024



Deutsche Bischöfe gegen einzige Partei, die für Frieden statt Kriegshetze ist |
Foto: wikipedia Bild: Wikipedia/CC BY-SA 4.0 DEED

Die Entscheidung der Deutschen Bischofskonferenz, AfD-Mitglieder von kirchlichen Ämtern auszuschließen, markiert einen besorgniserregenden Schritt weg von der politischen Neutralität der Kirche.

AUGSBURG | Georg Bätzing, Spitzenvertreter der Deutschen Bischofskonferenz, hat kürzlich eine Richtlinie verkündet, die AfD-Mitgliedern die Türen kirchlicher Ämter und Ehrenämter verschließt. Mit dem Verweis auf inkompatible Inhalte der Partei mit kirchlichen Werten setzt Bätzing ein klares Signal gegen die AfD. Diese Positionierung, hervorgehoben während der Augsburger Vollversammlung, wirft tiefe Schatten auf das Gebot der politischen Neutralität, welches die Kirche traditionell zu wahren sucht.

Die Kirche bewegt sich auf dünnem Eis. Indem sie Parteimitgliedschaften als Kriterium für die Übernahme kirchlicher Ämter heranzieht, riskiert sie zu einem politischen Akteur zu werden.

Eine solche Entwicklung ist nicht nur bedenklich, sondern zutiefst gefährlich. Es steht der Kirche nicht zu, politische Parteien nach Belieben zu sanktionieren oder zu unterstützen. Vielmehr sollte sie als Ort des Dialogs und der Versöhnung fungieren, der über politische Gräben hinwegreicht.

Die Entscheidung der Deutschen Bischofskonferenz zeugt von einer um sich greifenden Dummheit. Sie droht, die Kirche in politische Auseinandersetzungen hineinzuziehen und damit ihr Fundament – die spirituelle und moralische Führung unabhängig von politischen Strömungen – zu untergraben. Viele Austritte werden seitens der konservativen, christlichen AfD-Wählerschaft mit Sicherheit folgen. (A.R)

Dieser Artikel zuerst auf [ZURZEIT](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

08) Nun auch Audi – Produktionsabwanderung nach China und Mexiko

Von ELA

Feb 22, 2024



Audi Q8 e-tron bald aus Mexiko? Bild: Audi

Nun plant also auch Audi seine Produktionskapazitäten in Europa zu verringern. Die offizielle Bekanntgabe der Einzelheiten wird voraussichtlich im Frühjahr erfolgen, wie die [WirtschaftsWoche berichtet](#).

China und Mexiko im Visier

Der deutsche Automobilhersteller beabsichtigt also, das Modell Q8 e-tron in Mexiko und China herzustellen. Diese strategische Veränderung im globalen Produktionsnetzwerk steht offenbar in enger Zusammenarbeit mit dem Volkswagen-Konzern.

Diese Entscheidung wird vorerst das Werk in Brüssel stark beeinflussen. Dort wird der Q8 e-tron derzeit seitens des Konzerns exklusiv produziert. Informationen aus Unternehmerkreisen zu Folge plant der Konzern nun die Produktion eben dieses Modelles von Brüssel nach Mexiko und China zu verlagern.

Möglicher Weise könnte dabei auch die Überlegung eine Rolle spielen, dass Volkswagen das Modell dann in seinem Werk in Puebla (Mexiko) „vom Band laufen lassen könnte. Gleichzeitig würde auch das Werk in Changchun, als Produktionsstandort für China zur Verfügung stehen.

Wahrscheinliches Aus für Brüsseler Werk

Die Situation in Brüssel wird jedoch als besonders heikel gesehen, denn sollte kein alternatives Modell für die Werksbelegung in Brüssel gefunden werden, würde dies für das Werk ernsthafte Existenzprobleme nach sich ziehen. Derzeit gäbe es angeblich Diskussionen über eine mögliche Nachfolgeproduktion für Brüssel.

Audi betont, dass die Planung und Umsetzung dieser Änderungen in enger Zusammenarbeit mit dem Volkswagen-Konzern erfolgen würde. Derzeit ist der Standort Brüssel noch gut ausgelastet, da dort im Dezember 2022 die Produktion des Q8 e-tron und Q8 e-tron Sportback gestartet wurde. Zwar werden Gespräche über zukünftige Modelle und Produktionsstandorte geführt, um die Werksbelegung optimal zu gestalten, „e-Modelle“ werden es dann wohl keine werden, zumal der europaweite Absatz hier rapide sinkt.

Audi gibt hierzu auch an, dass es noch keine konkreten Informationen über das Modell für die Produktion in Mexiko gäbe.

Audi und der Volkswagen-Konzern stehen unter anderem auch vor Herausforderungen bei der Anpassung ihres Produktionsnetzwerks. Man müsse sich den veränderten Marktbedingungen und Anforderungen stellen, heißt es. Die finalen Pläne werden im Frühjahr erwartet und dürften die Zukunft der Produktionsstandorte und -kapazitäten von Audi in Europa jedenfalls maßgeblich beeinflussen.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

09) Köln: 216 Mio. Euro für Securitys in Asylunterkünften.

Von Redaktion

Feb 21, 2024



Bildmontage: Heimatkurier / Bilder: Midjourney

KÖLN – Die Stadt Köln will in den nächsten fünf Jahren 216 Millionen Euro in die Bewachung von Asylunterkünften investieren. Die davon profitierenden Sicherheitsunternehmen reiben sich bereits die Hände – dabei stellen sie selbst ein zunehmendes Sicherheitsrisiko dar. Bereits 2016 warnte der Chef der Polizeigewerkschaft vor der Unterwanderung durch kriminelle Migrantenc clans.

Dieses Jahr wird für Sicherheitsunternehmen in Deutschland wohl neue Umsatzrekorde bringen. Alleine die Stadt Köln will 216 Millionen Euro in die Bewachung von Asylquartieren investieren, wie [eine aktuelle Ausschreibung zeigt](#). Für die Dauer von fünf Jahren sollen ab Juli rund 160 Asylheime und ihre Anrainer geschützt werden. Pro Jahr sind dafür 43,32 Millionen Euro ausgeschrieben. Geld, das in Zeiten von Inflation, Teuerung und sich abzeichnender Wirtschaftskrise die deutsche Bevölkerung gut gebrauchen könnten.

Über 40 Millionen jährlich

Doch mit der Ersetzungsmigration holt man sich Sicherheitsprobleme ins Land, die man nun nicht mehr in den Griff bekommt. So heißt es in der Ausschreibung, dass „*die Aufrechterhaltung und Herstellung von Ordnung und Sicherheit in den Einrichtungen, das Erkennen und Abwenden von Gefahren und Schäden in und an Gebäuden und Gesamtanlagen sowie der Schutz von Leib, Leben, Gesundheit und Eigentum der Bewohnenden und des vor Ort eingesetzten Personals*“ die Hauptaufgaben des Sicherheitsdienstes seien. Weniger verklausuliert formuliert: Die Migranten zerlegen regelmäßig Unterkünfte, fechten ethnokulturelle Konflikte und attackieren das Personal.

Das Geschäft Bevölkerungsaustausch

Doch derartige Ausgaben in Millionenhöhe gibt es nicht nur in Köln. So wurden Ende letzten Jahres horrende Summen aus [Hessen](#), [Bayern und Sachsen-Anhalt](#) bekannt. Rechnet man die Kosten der Stadt Köln sowie Hessen, Bayern und Sachsen-Anhalt überschlagsartig auf ganz Deutschland hoch, endet man schnell bei Beträgen in Milliardenhöhe. Ein Geldregen, den es ohne die fortwährende Ersetzungsmigration schlicht nicht gäbe. Sicherheitsunternehmen sind damit ein fester Bestandteil der bundesrepublikanischen Migrationsindustrie.

Das Sicherheitsrisiko Sicherheitsdienst

Doch viele Sicherheitsunternehmen stellen mittlerweile selbst ein Sicherheitsrisiko dar, wie [umfassende Recherchen des Heimatkuriers](#) zeigen. Denn die Verbindungen oft migrantisch geführter Sicherheitsdienste reichen nicht selten in Clanstrukturen oder islamistische Netzwerke hinein. So wird der Dienst vor dem Asylheim nicht nur für Profit genutzt, sondern auch, um beispielsweise Asylanten für den eigenen Clan oder kriminelle Machenschaften zu rekrutieren. Schon 2016 [warnte](#) der Chef der Polizeigewerkschaft, Rainer Wendt: „*Sie waschen ihr Geld, indem sie es in Immobilien investieren, die sie dann in Flüchtlingsunterkünfte umwandeln. Und in diese Flüchtlingsunterkünften schleusen sie dann sogar noch Sicherheitsfirmen ein, die von ihnen gesteuert werden.*“ Bereits damals seien 300 Fälle bekannt gewesen, in denen Clans über Sicherheitsdienste Flüchtlinge direkt in Heimen angeworben hätten.

Dieser Beitrag erschien zuerst auf [heimatkurier.at](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

10) Ein schwieriges Thema. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 622-16

20. Februar 2024

49. Jahrgang

Ein schwieriges Thema

Es ist eine traurige Geschichte. Als Folge der Anschläge vom 11. September 2001 auf die USA, bei denen beide Türme des World Trade Centers in New York zerstört und das Pentagon in Washington, D.C. beschädigt wurde, marschierte die sich bis ins Mark getroffene freie Welt in Afghanistan ein. Ziel war es, nicht nur den Initiator der Anschläge, den Chef der Terrororganisation „al-Qaida“, **Osama bin Laden**, zu fassen, sondern auch gleich die Taliban aus dem Land zu vertreiben. Nun, bin Laden wurde im Mai 2011 in Pakistan aufgespürt und von US-Soldaten gleich vor Ort hingerichtet. Nicht erfolgreich war das zwanzigjährige Bemühen von 36 NATO-Mitgliedsstaaten und Partnerländern, die Taliban nachhaltig zu vertreiben.

Die USA lösten einen Tag nach den Anschlägen, am 12. September 2001 den so genannten Bündnisfall aus, unabhängig davon, ob sie ihr Zwei-Prozent-Ziel erreicht hatten. Alle folgten dem Ruf der USA nach Afghanistan. Heute weiß man nicht mehr genau, ob nur Rache genommen werden oder das Land und die Menschen von den Taliban befreit werden sollten. Zwanzig Jahre, mit vielen Hochs und Tiefs, konnten die Menschen Hoffnung auf ein Leben in einem demokratischen Staat hegen, was vor allem für die Frauen von großer Bedeutung war.

So wie die Sowjetunion nach zehn Jahren Krieg 1989 das Land ohne Sieg verlassen hatte, wiederholte sich die Geschichte 2021, als alle westlichen Truppen aus Afghanistan abmarschierten und die Bevölkerung sich selbst und wieder den Taliban überließen. Es war kein Abzug, es war eine chaotische Flucht, eine Schande für den Westen, der sich moralisch allen anderen Staaten überlegen fühlt. Auch für die Bundeswehr war der Einsatz am Hindukusch, wo laut Verteidigungsminister **Peter Struck** unsere Sicherheit verteidigt wurde, der verlustreichste und teuerste Einsatz in ihrer Geschichte. Ersparen wir uns einen Blick auf die Mengenlehre der immensen Kosten und auf die vielen Toten auf allen Seiten.

Nun könnte man ein Häkchen an dieses traurige Kapitel setzen. In einer Demokratie ist es aber angebracht, Vorgänge dieser Art aufzuarbeiten. Und so hat der Deutsche Bundestag im Juli 2022 einen Ausschuss eingesetzt, der sich mit „den Geschehnissen im Zusammenhang mit dem Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan und der Evakuierung des deutschen Personals, der Ortskräfte und anderer betroffener Personen“ befassen soll.

Am 22. Februar 2024 kommt der Ausschuss unter Leitung des SPD-Bundestagsabgeordneten **Ralf Stegner** zu einer weiteren öffentlichen Sitzung zusammen.

Neben dem Untersuchungsausschuss hat der Bundestag im Sommer 2022 auch eine Enquete-Kommission eingesetzt, „die Lehren aus dem deutschen Engagement in Afghanistan für die künftige Außen- und Sicherheitspolitik ziehen soll.“



Michael Müller (SPD), Bundestagspräsidentin Bärbel Bas und Peter Beyer (CDU/CSU) (v.l.n.r.). Foto: (DBT/Thomas Imo/photothek)

Die Enquete-Kommission leitet **Michael Müller**, der sich aus seiner Zeit als Regierender Bürgermeister von Berlin, bestens mit schwierigen Fällen auskennt. Bundestagspräsidentin **Bärbel Bas** hat heute Vormittag den Zwischenbericht der Enquete-Kommission „Lehren aus Afghanistan für das künftige vernetzte Engagement Deutschlands“ entgegengenommen.

„Man sei es allen Einsatzkräften schuldig, Schlüsse aus diesem fast zwanzigjährigen Engagement zu ziehen“, sagte die Präsidentin. „Wenn das Parlament Soldatinnen und Soldaten in einen Einsatz schickt, wollen sie stets wissen: Was ist die Zielrichtung, wie lautet der Auftrag, sind wir gut ausgestattet?“

Bas erhoffe sich „dazu Aussagen von dem Bericht, aber auch Erkenntnisse, die sich bereits jetzt für laufende und kommende Einsätze nutzen ließen.“, heißt es in einer Pressemitteilung des Bundestages. „Der jetzt vorgelegte Zwischenbericht enthalte gute Erkenntnisse und Grundlagen für den Abschlussbericht, blickte Müller auf die zweite Arbeitsphase des Gremiums voraus. Beyer erinnerte daran, dass der Bundestag damit zum ersten Mal ein außen- und sicherheitspolitisches Thema im Rahmen einer Enquete-Kommission behandelt.“

„Bas wünschte dem 338 Seiten starken Zwischenbericht viele Leserinnen und Leser, um bereits jetzt



Auslandseinsätze zu verbessern. Die Erfahrungen aus der Afghanistanmission zwischen 2001 und 2021, versehen mit Handlungsempfehlungen, für zukünftige Einsätze nutzbar zu machen, ist Arbeitsauftrag der Enquete-Kommission. Im Sommer 2022 wurde sie vom Bundestag auf Antrag der Fraktionen SPD, CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP eingesetzt.

Bis zum Ende der Wahlperiode will die Kommission in einer zweiten Phase konkrete Handlungsempfehlungen für das zukünftige Engagement Deutschlands in internationalen Krisenregionen erarbeiten und in einem Abschlussbericht vorlegen."

Um dem Wunsch der Bundestagspräsidentin nachzukommen, dass möglichst viele den Bericht lesen, hier der Link:

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/104/2010400.pdf>

Bleibt zu hoffen, dass sich die Bundesrepublik Deutschland, angesichts der immer mehr werdenden Krisen in der Welt, besonnen zu jedem künftigen Auslandseinsatz verhält.

Ed Koch

11) Die „Dresden Lüge“ – mehr als 200.000 Tote des Bomben-Terrors klagen an

Von PETER HAISENKO

Feb 20, 2024

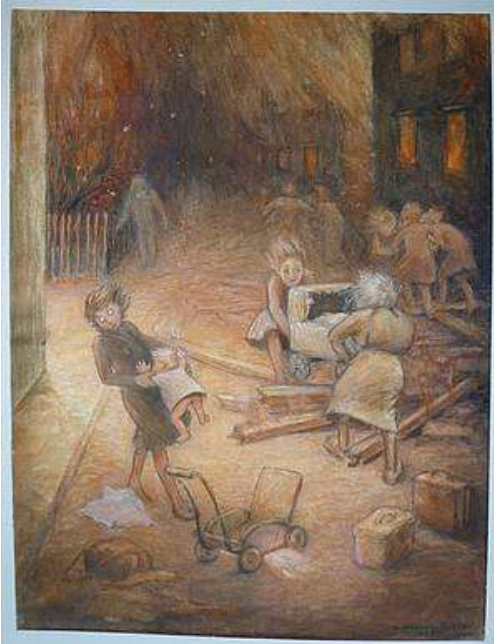


225.000 Tote der Bombennacht vom 13. Februar 1945 in Dresden sind von der offiziellen Geschichtsschreibung in Deutschland einfach annulliert worden, also ein zweites Mal getötet, was ihr Gedenken angeht. Bezüglich jüdischer Opfer wird gesagt, dass man die Opfer zweimal tötet, wenn man ihr Angedenken dem Vergessen überantwortet. Das gilt offensichtlich nicht für deutsche Opfer.

Von PETER HAISENKO | Es ekelt mich an, wenn so offensichtlich Geschichte gefälscht wird und das im Angesicht des Bundespräsidenten, der hier nicht einschreitet. Ja, er macht die Sache noch schlimmer, indem er den unschuldigen Opfern der Bombennacht vorwirft, dass sie selber die Schuld an ihrem Tod tragen. Die Fakten: Im Frühjahr 1945 hat das IKRK in Genf einen Bericht veröffentlicht in dem unzweifelhaft festgestellt wird, dass mindestens 250.000 Menschen diesem völkerrechtswidrigen Angriff der Alliierten zum Opfer gefallen sind. Der Bericht stellt weiterhin fest, dass die Opferzahl noch wesentlich höher gewesen sein könnte, weil sich in Dresden Hunderttausende Flüchtlinge aufgehalten haben, die nirgendwo registriert waren. Die offizielle

deutsche Geschichtsschreibung – und nur die – hat diese an sich unzweifelhafte Zahl seit einigen Jahren auf 25.000, also auf ein Zehntel herunter gefälscht. Der Obergeschichtsklitterer (und Transatlantiker) Guido Knopp hat sich hierbei unrühmlich hervorgetan.

Flugblätter und Phosphorbomben



Meine Mutter rettet meine Schwester aus dem brennenden Kinderwagen. Er hat sich vom brennenden Asphalt entzündet.



Der nackte Mann auf dem Rücken hatte keine Beine mehr, aber meine Mutter meinte, dass sie diesen Anblick dem Betrachter nicht zumuten wollte.



Die Pferde aus dem städtischen Gestüt.



Auf der Flucht am nächsten Morgen



Die Flüchtenden werden von britischen Tieffliegern angegriffen.

Dresden war Lazarettstadt. International als solche anerkannt. In unserer Geschichtsschreibung wird verheimlicht, dass die Engländer im Herbst 1944 Flugblätter über Dresden abgeworfen haben, auf denen schön gereimt zu lesen stand: "Wir werden Dresden schonen, denn wir werden dort wohnen." Dieser Beweis für die unglaubliche Perfidie der Briten ist natürlich im Feuersturm verbrannt, aber meine Mutter hat mir davon berichtet. Sie, die die Akademie verlassen musste, weil sie sich weigerte, der "Partei" beizutreten, konnte im Feuersturm der Nacht des 13. Februar nur ihr nacktes Leben und das meiner Schwester und Großmutter retten. Wie kann sich Herr Gauck erdreisten, meiner Mutter die Schuld daran zuzuweisen?

Meine Großmutter hat mir zu oft die grausamen Details geschildert, was Phosphorbomben den Menschen in Dresden angetan haben. Die offizielle deutsche (!) Geschichtsschreibung leugnet den Abwurf von Phosphorbomben durch die Alliierten, obwohl sogar am 13. Februar 2015 ein Opfer genau darüber in den Abendnachrichten der ARD berichtet hat. Wir wissen, dass schon 1945 der Abwurf von Phosphorbomben gegen die Zivilbevölkerung als Kriegsverbrechen geächtet war. Mit der Leugnung werden folglich alliierte Kriegsverbrecher nachträglich freigesprochen. Wieder mit dem Segen des Bundespräsidenten.

Wessen Geschäft betreibt der Bundespräsident?

Geleugnet wird auch, dass britische Kampfflugzeuge am nächsten Tag Jagd auf zivile Flüchtlinge gemacht haben, die dem Feuersturm entkommen konnten, oftmals kaum bekleidet in der Februarkälte. Wie tief muss ein Staatsoberhaupt gesunken sein, dass er Gräueltaten gegen die eigene Bevölkerung so frech verleugnet oder kleinredet? Wessen Geschäft betreibt er hier? Ist es dieselbe Linie, die die Kriegsverbrechen der USA im Nahen Osten und überall auf der Welt einfach ignoriert? Die seit Jahren nicht einmal lahme Proteste finden kann, wenn es um die weltweiten Drohnenmorde der USA geht?

Deutsche Verbrechen werden bis heute minutiös aufgearbeitet und 90-jährige vor Gericht gestellt. Das ist wohl richtig so. Aber es kann nicht richtig sein, die Verbrechen anderer Länder gleichzeitig aus der offiziellen Geschichtsschreibung zu löschen. Müsste hier nicht auch der Vorwurf der Volksverhetzung angewendet werden? Nach § 130? Volksverhetzung ist es offensichtlich nur dann, wenn die offiziell befohlene Zahl nicht-deutscher Opfer auch nur um ein einziges Opfer weniger infrage gestellt wird. Ja, man begibt sich schon in Gefahr, wenn man über diese Zahlen auch nur recherchieren will. Es ist ein quasi-religiöser Zustand, wenn es den Begriff des "Holocaustleugners" überhaupt gibt. Ich kenne nur einen verwandten Begriff: Gottesleugner.

Die Verbrechen auf allen Seiten benennen

Das Ende des Zweiten Weltkriegs ist jetzt 70 Jahre her. Keiner derjenigen, die damals an entscheidender Stelle für die Verbrechen verantwortlich waren, kann heute noch zur Verantwortung gezogen werden. Auf allen Seiten. Das ist gut so. Aber ist es dann noch notwendig oder gar zu verantworten, wenn die Verbrecher einer Seite posthum von Schuld reingewaschen werden? Die Folgen dieses Vorgehens sind fatal. Die größten Kriegsverbrecher der Nachkriegszeit, die USA, können so darauf vertrauen, dass ihre aktuellen Untaten bis heute genauso behandelt werden. Wie jeder Kriminalist weiß, wird ein Verbrecher, der nicht angeklagt oder verurteilt wird, immer skrupelloser vorgehen. Die Handlungsweise der USA belegt das in trauriger Weise.

Es geht mir keinesfalls darum, Verbrechen gegeneinander aufzurechnen. Das wäre ein Rückfall in Blutrache-Mentalität. Aber es ist dem Angedenken der Verwandten und Freunde nicht nur meiner Mutter geschuldet, zumindest zuzugeben, dass es sie gab. Dasselbe gilt für die mindestens 13 Millionen Deutsche, die vom 8. Mai 1945 bis 1949 unter Aufsicht und Oberhoheit der Alliierten ermordet worden sind. Über deren Tod während der Vertreibung und

in Lagern der US-Armee wird in deutschen Geschichtsbüchern beharrlich geschwiegen. Die Transatlantiker leisten hier ganze Arbeit. Die Folge ist, dass es immer wieder Politiker gibt, zum Beispiel in Polen, die Deutschland maßregeln wegen der deutschen Verbrechen aber mit keinem Wort erwähnen, dass nach 1945 einige Millionen Deutsche in ihrem Land ermordet worden sind. Das gilt für die Tschechoslowakei genauso wie für Polen und Jugoslawien. Wie kann so ein Europa entstehen, in dem sich alle auf Augenhöhe begegnen?

Geschichtsfälschung stärkt rechtsradikale Szene

Gerade im Fall Dresden nimmt die Geschichtsfälschung groteske Züge an. Wer auf der Wahrheit beharrt, nämlich dass mindestens 250.000 Menschen in der Bombennacht von Dresden umgekommen sind, der wird als Nazi abgestempelt. So wird verhindert, dass eine angemessene Diskussion über deutsche Geschichte überhaupt stattfinden kann. Wen wundert es dann noch, wenn eine rechtsradikale Szene entsteht, die sich gegen diese Geschichtsfälschung wehrt? Allerdings leider mit der völlig falschen Denk- und Handlungsweise. Diesen Sumpf wird man nicht austrocknen können, indem zum Beispiel die Dresden-Lüge immer frecher als Wahrheit dargestellt wird.

Joachim Gauck wollte der Präsident aller Deutschen sein. Mit seinen Reden des letzten Jahres hat er diesen Anspruch verwirkt. Mit seinem Auftritt anlässlich des "Gedenkens" der Opfer der Dresdener Bombennacht kann ich nur noch feststellen: Mein Präsident ist er nicht mehr. Sicher auch nicht der der 225.000 unterschlagenen Opfer der Dresdener Bombennacht und ihrer Verwandten.

Den Bilderzyklus rechts hat meine Mutter 1985, also 40 Jahre später geschaffen. Das Trauma dieser Nacht hat sie ihr Leben lang begleitet. Es gab kein "Kriseninterventionsteam". Die Überlebenden müssen bis heute selbst sehen, wie sie mit den Traumata fertig werden. Da ist es bestimmt nicht hilfreich, wenn ihnen heute von ihrem Präsidenten vorgeworfen wird, dass sie selbst Schuld haben. Die ersten drei Bilder zeigen die Flucht aus der Feuerhölle. Die letzten beiden die Flucht am nächsten Tag und den Beschuss durch Britische Tiefflieger. Die Bilder sind im Original 50 x 70 groß. Durch Anklicken können sie als PDF in guter Auflösung heruntergeladen werden.

Die Geschichtslüge ist widerlegt, dass über Deutschland keine Phosphorbomben abgeworfen wurden: [Geschichtslüge entlarvt: Britische Phosphorbomben bei Augsburg gefunden](#)

Der Bombenkrieg gegen Deutschland war von langer Hand geplant: [DER BOMBENTERROR GEGEN DAS DEUTSCHE VOLK – Ein jahrelang industriell und minutiös geplantes Verbrechen](#)



In meinem Buch [“England, die Deutschen, die Juden und das 20. Jahrhundert”](#) habe ich mich vor allem dem Thema gewidmet, der einseitigen Darstellung der Geschichtsschreibung in Deutschland eine unvoreingenommene Sicht gleichsam von außen gegenüber zu stellen. Mittlerweile haben mich eine Fülle von Rückmeldungen erreicht, die mir bestätigen, dass ich hiermit ein unterschwellig bewusstes Vakuum füllen kann. Beispielhaft sei die Mail eines Lesers angeführt. Herr Christian B. aus München schreibt:

Sehr geehrter Herr Haisenko,

ich habe gerade Ihr Buch “England, die Deutschen....” gelesen und bin sehr angetan davon. Sie haben Wertevorstellungen und eine Denkweise, die Welt zu analysieren, die der meinen sehr entspricht. Natürlich sind sie hier mit mehr Gaben als ich versehen. Jedenfalls haben Sie meinen Horizont über dieses Thema sehr erweitert und dafür bin ich Ihnen dankbar. Wenn mehr Menschen die Welt so sehen könnten, wäre sie wahrscheinlich besser, menschlicher. Aber das kann ja noch werden.

Ihnen alles Gute und herzliche Grüße

Christian B.

Noch ein Dokument aus dem Jahr 1992

als die Geschichtsfälschung noch nicht die Dresdener Verwaltung erreicht hatte:

LANDESHAUPTSTADT DRESDEN
STADTVERWALTUNG

Amt für Protokoll und
Auslandsbeziehungen



OC16/M!

31.7.1992

Sehr geehr

In den vergangenen Wochen und Monaten erreichte uns eine Flut von Briefen, in denen uns die Absender ihre Zustimmung zu unserem Protest gegen das Denkmal des Luftmarschalls A. T. Harris bekunden und gleichzeitig, wie auch Sie, die Frage nach der tatsächlichen Zahl der Opfer der Bombenangriffe auf Dresden am 13./14. Februar 1945 stellen.

Zweifelsohne ist eine Aufarbeitung der historischen Tatsachen und Hintergründe und damit eine offizielle Korrektur der in den vergangenen Jahrzehnten von der DDR veröffentlichten Angaben über die Opfer unerlässlich. Nun, da die Möglichkeiten dazu gegeben sind, ist es nahezu eine Verpflichtung, daß die Historiker dieses Thema unter anderen Aspekten erneut aufgreifen.

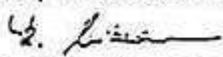
Um der geschichtlichen Wahrheit über das Ausmaß der Zerstörung und des Todes in Dresden gerade auch in Großbritannien Geltung zu verschaffen, bedarf es neben den Schätzungen vor allem der Beweisführung, und darin liegt heute die Schwierigkeit.

Gesicherten Angaben der Dresdner Ordnungspolizei zufolge wurden bis zum 20.3.1945 202.040 Tote, überwiegend Frauen und Kinder geborgen. Davon konnten nur etwa 30 % identifiziert werden. Einschließlich der Vermissten dürfte eine Zahl von 250.000 bis 300.000 Opfern realistisch sein. Entsprechende neue Forschungen sind noch nicht abgeschlossen.

Diese Informationen sind sicher nicht allumfassend; dennoch hoffen wir, Ihnen damit geholfen zu haben.

An dieser Stelle möchten wir Ihnen für Ihre Verbundenheit mit der Stadt Dresden danken, die in der Zukunft, und dessen sind wir gewiß, schöner denn je erblühen wird.

Mit freundlichen Grüßen


Karin Mitscherlich
Sachgebietsleiterin

Frau Karin Mitscherlich, Weideweg 10

01109 Dresden

TEL. 0351-4122369

12) ACHTUNG REICHELT! Sie wollen keine Opposition mehr.

Von Redaktion

Feb 20, 2024



JULIAN REICHELT | Die Regierung verabschiedet ein angebliches „Anti-Diskriminierungsgesetz“, während die Polizei Grün, die mutmaßliche Parteipolizei der Grünen, auf seinem Twitter Kanal „um Nius kümmern wir uns später“ postet. Gloria von Thurn und Taxis und Julian Reichelt stellen fest, wie „Alles was nicht links ist, (heute) undemokratisch ist“.

Sehen Sie in dieser Folge von „Achtung, Reichelt!“, warum die Ampel „keine Opposition mehr möchte!“

<https://www.youtube.com/watch?v=eZLTx6GYgKQ>

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

13) „Nazis keulen“: Böhmermann ruft zur Tötung von FPÖ- und AfD-Politikern auf

Von Redaktion

Feb 18, 2024



Jan Böhmermann hat am Freitagabend ganz offensichtlich zur Tötung von Politikern der FPÖ und AfD aufgerufen.

Die ganze Sendung war übersät mit Gleichsetzungen von NSDAP, FPÖ und AfD, auch ein Musikvideo gab es – und zwar mit dem Liedtext: „I schlog wen tot für Rot-Weiß-Rot – I bin a echter Patriot.“ Die Krönung gab es dann zum Abschluss – Böhmermann verabschiedet sich mit den Worten: „Nicht immer die Nazi-Keule rausholen, sondern vielleicht einfach mal ein paar Nazis keulen.“ Zur Info: Keulen ist ein Verb aus der Tiermedizin und wird vom Duden wie folgt definiert:

„Nutztiere töten, um Tierseuchen zu verhindern oder einzudämmen.“

Böhmermanns von den Gebührenzahlern finanziertes ZDF-Honorar liegt laut Welt am Sonntag bei 682.000 Euro im Jahr. Böhmermanns Auftritt ist der absolute Wahnsinn und hat mit Satire NICHTS zu tun. Wo bleibt der Aufschrei des Bundespräsidenten? Wo bleibt der Aufschrei aus den anderen Parteien, die der FPÖ immer Hass und Hetze unterstellen? Oder muss das geduldet werden, weil es von den vermeintlich „Guten“ kommt? Sind das die Vorzeige-Demokraten, die sich das System und die Eliten wünschen? Einfach widerlich, so
FPÖ-TV!

Sehen Sie hier im Video den Ausschnitt, wo diese widerliche Figur zur “Keulung” aufruft:

<https://www.youtube.com/watch?v=R1mRNy8O26s>

Im Zuge der Absonderung seines Sprechdurchfalles präsentierte der Hetzer noch Grimassen schneidend eine Österreich-Fahne. Die Österreicher werden als “die Trottel da unten” und “Nazis” beschimpft, weil die FPÖ in den Umfragen an erster Stelle liegt. Offensichtlich erblicken die “Trotteln” in der deutschen rot-grünen Ampel nicht ein Modell, das sich zur Nachahmung empfiehlt!



Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

14) ACHTUNG REICHELT! Die Regierung erklärt der Meinungsfreiheit den Krieg

Von Redaktion

Feb 16, 2024



JULIAN REICHELT | In dieser Woche erklärt die deutsche Regierung der Meinungsfreiheit den Krieg. Die Sätze, die wir von Innenministerin Nancy Faeser, von der grünen Familienministerin Lisa Paus und von Verfassungsschutz-Chef Thomas Haldenwang gehört haben, zeigen, dass der Staat bereit ist, das Grundgesetz, das uns Bürger vor dem Staat schützen soll, gegen uns zu wenden.

Im Namen der Demokratie will die Regierung jeglichen Widerspruch unterbinden, verfolgen und bestrafen, was unser heiligstes Recht ist. Die Bundesregierung will verbieten, was wir sagen wollen, der Geheimdienst will kontrollieren, was wir denken. Was in dieser Woche geschehen ist, ist historisch. Wir dokumentieren für Sie Satz für Satz, Wort für Wort, was hier gerade vor sich geht. Alle Hintergründe sehen Sie in dieser Folge von „Achtung, Reichelt!“

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

15) Sparkasse droht Kunden bei privaten Spenden an die AfD.

Von ELA

Feb 16, 2024



Bild: Sparkasse Mittelfranken-Süd

Gesetzt den Fall sie möchten als Kunde der Sparkasse ganz privat Geld an die AfD spenden, soweit so gut möchte man meinen.

Nicht so offenbar bei eben der Sparkasse, die hier im regierungsseitig heraufbeschworenen „Kampf gegen Rechts“, vor zu preschen scheint.

„Drohung“ – Zahlung im eigenen Interesse ein zu stellen

Das besagte Geldinstitut hatte offenbar etwas gegen den Zahlungsempfänger und warnte den Spender, also den Kunden solche Zahlungen „im eigenen Interesse“ einzustellen. Was im „schlimmsten Fall“ durchaus als unverhohlene Drohung gewertet werden könnte. Allerdings nicht so im „besten Deutschland“ aller Zeiten.

Später ruderte die Sparkasse jedoch „hektisch“ zurück und erklärte, das sei alles nur ein Missverständnis.

Seite E 115 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Die Sparkasse Mittelfranken-Süd hat einem Kunden schriftlich in Form eines Briefes gedroht, weil er eine Euro-Überweisung in dreistelliger Höhe von seinem Konto an die Bundesgeschäftsstelle der AfD in Auftrag gegeben hatte. Dies berichtete die *Junge Freiheit* (JF).

Der zu Folge hieß es in dem Schreiben, „der Zahlungsempfänger hat eine rechtsextremistische Ausrichtung. Die Sparkasse Mittelfranken-Süd akzeptiert solche Zahlungen nicht. [Stellen Sie bitte im eigenen Interesse solche Zahlungen ein.](#)“

Alles nur ein „Missverständnis“

Das Geldinstitut bestätigte gegenüber der JF sogar die Echtheit des Schreibens, erklärte aber „korrigierend“, dass es sich dabei lediglich um ein „Missverständnis“ handle. Ein Sprecher des Unternehmens teilte demnach mit, „tatsächlich handelt es sich hier um ein Versehen, der Kunde wird auch entsprechend informiert.“ Diverse Nachfragen zu diesem „Versehen“ wollte der Sprecher freilich nicht beantworten.

Die JF geht nun davon aus, dass die Nachricht auf einen externen Dienstleister zurückgehen könnte, der für die Sparkasse Finanzströme bezüglich möglicher Hinweise auf Geldwäschdelikte überprüft. Dies sei durchaus möglich, weil die AfD zuletzt mit Klagen gegen ihre Beobachtung gescheitert war und mehrere Landesverbände von den Verfassungsschutzbehörden als „gesichert rechtsextrem“ eingestuft worden waren.

Die Sparkasse habe natürlich weder bestätigen noch dementieren wollen, dass das „Versehen“ auf einen Dienstleister zurückgehe. Dieser selbst habe eine entsprechende Anfrage ebenfalls unbeantwortet gelassen, wie die JF schreibt.

Das Blatt verwies in diesem Zusammenhang auf die jüngsten Äußerungen der Bundesinnenministerin Nancy Faeser. Diese hatte erst vor wenigen Tagen angekündigt, die finanziellen Verbindungen „rechtsextremer Netzwerke“ aufdecken und dafür wieder einmal die entsprechenden rechtlichen Rahmenbedingungen schaffen zu wollen.

Faesers Variante des „populären“ debanking

Faeser erklärte dazu, „niemand, der an rechtsextreme Organisationen spendet, darf sich sicher sein, dass das unentdeckt bleibt. Wenn wir Anhaltspunkte dafür haben, dass mit solchen Geldern illegale Dinge finanziert werden oder Dinge finanziert werden, um die demokratische Grundordnung zu unterbinden, dann können wir auch Konten stilllegen.“

Faktisch würde ein derartiges Gesetz die Verfassungsschutzbehörden ermächtigen, die Finanztransaktionen jeder Organisation und womöglich jeder Person zu überwachen und zu unterbinden, die man dort gerade eben mal als „verfassungsfeindlich“ definiert.

Die *Junge Freiheit* schlussfolgert vor diesem Hintergrund am Ende des Artikels, dass die Sparkasse oder der externe Dienstleister allenfalls in vorauseilendem Gehorsam gehandelt hatten.

„Gut möglich also, dass Bürger, die an die AfD spenden, künftig öfter Post von ihrer Bank bekommen.“

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

16) Verantwortung tragen. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 622-13

15. Februar 2024

49. Jahrgang

Verantwortung tragen

Nichts wiegt schwerer als Verantwortung. Das Tragen von Verantwortung hat schon bei so mancher Schulter Schmerzen ausgelöst. Einem langjährigen Leser von **paperpress** beschäftigt die Frage: „Wenn Wählerinnen und Wähler demokratiefeindliche, rechtsextremistische Parteien wählen, welche Verantwortung tragen dann diese Menschen an den Folgen? Kann man sie überhaupt dafür zur Verantwortung ziehen?“

Juristisch gesehen sicherlich nicht. Wir haben einige Juristen unter unsern Lesern, was sagen die dazu? Moralische Verantwortung ist ein stumpfes Schwert.

Unser Leser hat es mal mit **ChatGPT** versucht. Sie wissen schon, das ist ein auto-generatives KI-Chatbot-System, also so genannte „Künstliche Intelligenz“.

Schauen wir mal, ob unsere natürlich Intelligenz mit der künstlichen kompatibel ist:

Die Verantwortung der Wähler für die Handlungen einer extremistischen Partei ist ein komplexes Thema und wird oft kontrovers diskutiert. Hier sind einige Überlegungen:

1. Individuelle Verantwortung:

Jeder Wähler trägt eine gewisse individuelle Verantwortung für seine oder ihre politischen Entscheidungen. Wähler sollten sich bewusst sein, für welche Ideen und Handlungen eine Partei steht, bevor sie ihre Stimme abgeben.

2. Unterstützung von Ideen und Ideologien:

Durch die Unterstützung einer extremistischen Partei durch ihre Stimme können Wähler indirekt die Ideen und Ideologien unterstützen, die von dieser Partei vertreten werden. Dies kann dazu beitragen, dass diese Ideen in der Gesellschaft an Einfluss gewinnen.

3. Mitverantwortung für Handlungen:

Wähler tragen auch eine gewisse Mitverantwortung für die Handlungen einer Partei, insbesondere wenn sie diese durch ihre Stimme legitimieren und unterstützen. Dies gilt insbesondere dann, wenn die Partei extremistische oder gewalttätige Handlungen begeht oder zur Spaltung der Gesellschaft beiträgt.

4. Kontext und Alternativen:

Es ist jedoch wichtig zu beachten, dass Wähler oft in komplexen politischen Umfeldern agieren und möglicherweise nur begrenzte Alternativen haben. In einigen Fällen könnten Wähler aus Frustration, Angst

oder anderen Gründen für extremistische Parteien stimmen, ohne die Konsequenzen ihrer Entscheidung vollständig zu verstehen.

Letztendlich ist die Frage der Verantwortung der Wähler für die Handlungen einer extremistischen Partei ein ethisches Dilemma, das nicht einfach zu beantworten ist. Es ist wichtig, dass Wähler sich bewusst darüber sind, welche Werte und Prinzipien sie unterstützen, und dass sie ihre politischen Entscheidungen sorgfältig abwägen.

Die Frage unseres Lesers ist also weder durch natürliche noch durch künstliche Intelligenz zu beantworten. Die Entscheidung der Wähler kann noch so dumm sein, das Strafgesetzbuch findet keine Anwendung. Wie will man auch einen möglichen Schaden ermesen oder beziffern? Wenn die Fantasien der verblendeten Clique aus der Potsdamer Villa jemals umgesetzt werden könnten, würde unser Land zusammenbrechen, weil ein großer Teil der arbeitenden Bevölkerung ausreisen müsste. Auf dem Bau liefe nichts mehr, die Produktion von Autos würde zum Erliegen kommen, Spargel und Erdbeeren würden ungeerntet im Boden verrotten, und der weitaus größte Teil der Gastronomie müsste schließen. Was bliebe dann noch übrig, *Gasthaus Höcke* mit Thüringer Bratwurst?

AfD-Politiker haben auf alles eine Antwort, schlicht und einfach. Wo sollen denn die Fachkräfte herkommen, wenn wir selbst nicht genügend haben? AfD-Chef **Tino Chrupalla** bot schon im ZDF-Sommerinterview 2023 die Lösung an: „Wir brauchen definitiv ein Umdenken in der Familienpolitik.“ Diese sei derzeit „desaströs“. „Wir haben eine de facto Ein-Kind-Politik.“ Da müsse man ansetzen, damit Deutschland „in 20, 30 Jahren“ aus eigener Kraft heraus „mit unserem Nachwuchs auch wieder die Fachkräfte generieren“ könne. In 20, 30 Jahren? Und bis dahin? Immerhin stimmen beim Führungspersonal der AfD die Forderungen mit den Tatsachen überein. **Tino Chrupalla** geht mit gutem Beispiel voran, er hat drei Kinder. Seine Co-Vorsitzende **Alice Weidel** zieht mit ihrer Frau zwei Söhne groß. Spitzenreiter ist der AfD-Europa-Kandidat **Maximilian Krah**, er hat acht Kinder von drei Frauen. **Björn Höcke** hat vier Kinder.

Und wenn das alles nicht ausreicht? Da kommen einem ungewollt die alten Nazi-Geschichten in den Sinn: 1935 gründeten die Nationalsozialisten den Verein ‚Lebensborn‘, damit arische Frauen in Lebensborn-Heimen ihre Kinder zur Welt bringen konnten. „Um die Lebensborn-Heime ranken sich immer noch wilde Gerüchte: Waren es Bordelle für potente SS-

1



Männer, die dort mit arischen blonden Frauen Sex haben sollten? Tatsächlich waren es rassistische Zuchtanstalten, aus denen eine neue ‚arische Elite‘ hervorgehen sollte.“ Quelle: MDR

Kein noch so abwegiger Gedankengang ist mehr ausgeschlossen. „Bei einem ‚Bürger-Stammtisch‘ des AfD-Ortsverbands Falkensee am 18. Januar in Potsdam habe der AfD-Landtagsabgeordnete **Lars Hünich** preisgegeben, was die Partei mit einer eventuellen Regierungsverantwortung anstrebe. Die Rede von Hünich wurde vom ZDF-Länderspiegel mitgefilmt und sorgt bundesweit für Empörung. „Wenn wir morgen in einer Regierungsverantwortung sind, dann müssen wir diesen Parteienstaat abschaffen“, sagte Hünich bei dem Treffen.“ Quelle: Frankfurter Rundschau

Die AfD gibt sich nicht einmal mehr die Mühe, ihre wahren Ziele nach der Machtergreifung zu verheimlichen. Das hat die NSDAP auch nicht getan, und trotzdem wurde diese Partei legal ins Parlament gewählt. Kann oder will niemand diese Zusammenhänge sehen? Und jeder weiß doch, wie die Geschichte endete. Das biodeutsche Superreich lag am Ende in Trümmern und **Magda Goebbels**, die Frau des Reichspropagandaministers, vergiftete ihre eigenen sechs kleinen blonden Kinder gnadenlos.

Wer hat eigentlich die Verantwortung für die Schäden übernommen, die in zwölf Jahren Nationalsozialismus angerichtet wurden? Die nachfolgenden Generationen, versteht sich.

Machen wir an dieser Stelle mal einen harten Schnitt und fragen uns, wer heute noch Verantwortung für sein Tun übernimmt. Nehmen wir nur das eklatanteste Beispiel, die Pkw-Maut. 243 Millionen Euro Schaden zu Lasten des Steuerzahlers. Gegen den Verantwortlichen, den ehemalige Verkehrsministers **Andreas Scheuer** (CSU) wird nicht einmal juristisch vorgegangen.

Nicht schon wieder Trump! Doch! Vor aller Welt hat er am 6. Januar 2021 seine Anhänger aufgerufen, zum Capitol zu ziehen, mit eindeutigen Absichten. Bis heute ist der Mann nicht verurteilt worden. Jetzt soll der Supreme Court, sozusagen das Bundesverfassungsgericht der USA, entscheiden, ob Trump überhaupt für Taten angeklagt werden kann, die er in seiner Amtszeit als Präsident verübte.

Sechs der neun Richter sind von republikanischen Präsidenten ernannt worden, allein drei von **Donald Trump**. Man kann sich ausrechnen, wie das Verfahren ausgeht.

Wenn wir schon bei Populisten sind, auch wenn es sich im Gegensatz zu Trump um ein Schmalspur-Exemplare handelt, darf **Markus Söder** nicht unerwähnt bleiben. Natürlich geht es bei den Aschermittwochsreden in den Bierzeiten deftig zu. Die Rede von Söder war weit entfernt von dem, was ein Kabarettist von sich geben würde, eine Mischung aus Größenwahn und Beleidigungsbrei.

Bayern zahlt alles. Bayern kann ohne Deutschland leben, Deutschland aber nicht ohne Bayern. Dort, wo die Grünen mitregieren, geht es bergab, und ein Abitur in Bremen hat höchsten den Standard einer bayrischen Baumschule, wogegen Söder nichts gegen die Baumschulen gesagt haben will. Bayern ist der Nabel der Welt. Die Ampel muss weg. Solange die Ampel regiert, wird die deutsche Wirtschaft ruiniert. Kein Schwarz-Grün, gestern nicht, heute nicht und morgen auch nicht. Bayern ist die ampel- und wokenessfreie Zone. Söders einziger vernünftiger Satz war, dass Höcke nach Moskau ausreisen solle.

Im baden-württembergischen Biberach mussten die Grünen ihre Veranstaltung absagen, weil die Stadthalle von aggressiven Bauern blockiert wurde. Wer die Grünen zur Naturkatastrophe erklärt, muss sich nicht wundern, wenn es zu solchen Ausschreitungen kommt. Wer in einer Demokratie einen Andersdenkenden am Reden hindert, steht auf der falschen Seite, denn Freiheit ist immer Freiheit der Andersdenkenden, hat uns **Rosa Luxemburg** gelehrt.

Diejenige, die offenbar glaubt, ihre **Nachfolgerin im Gelste** zu sein, **Sahra Wagenknecht**, konnte ihre Veranstaltung mit teilweise hasserfüllten Aussagen durchführen. Die Ampel-Koalition bezeichnete Wagenknecht „als dümmste und gefährlichste Regierung in Europa.“ Gegenüber der AfD zeigte sich Wagenknecht zurückhaltend, vermutlich weil man in Moskau denselben Freund hat.

Über die AfD-Veranstaltung schreibt die **taz**: „Saufen und pöbeln für Deutschland. Die AfD Bayern feierte am politischen Aschermittwoch einen rechtsextremen Überbietungswettbewerb. Es gab viel mitzuschreiben für den Verfassungsschutz.“

Die Veranstaltungen sind nicht für den politisch-bildenden Unterricht an Schulen geeignet. Für ein klares Bekenntnis zur Gemeinsamkeit der Demokraten, ist der Aschermittwoch leider nicht geeignet. Das ist alles ziemlich ekelhaft, aber immer noch besser, als wenn man sich früher zwangsweise Reden von **Erich Honecker** anhören musste.

Ed Koch

17) SOS-Demokratie – Grüne wollen Polizeistaat installieren.

Von Redaktion

Feb 13, 2024



Screenshot <https://www.polizei-gruen.de/>

Wir werden laufend Zeugen, wie die aktuell regierenden Linksfaschisten angesichts der drohenden Niederlagen bei Wahlen ihr Heil in Methoden suchen, die gewöhnlich nur in Diktaturen bestehen.

Wie jedes Regime in der Endphase wird man immer repressiver gegenüber Andersdenkenden, den Medien und den politischen Mitbewerbern. Man macht genau das, vor dem man pausenlos in verlogener Manier im „Kampf gegen rechts“ warnt: man demontiert Rechtsstaat und Demokratie und installiert ein polizeistaatliches Einschüchterungsregime. Gerade so, als ob die staatlich geförderte Schlägertruppe, die Antifa, nicht schon ausreichen würde. Was vor Jahren harmlos begann entwickelt sich jetzt zu einer politpolizeilichen Eingreiftruppe.

Sie glauben das nicht? Lassen Sie sich von Julian Reichelt informieren, um dessen online-Medium NIUS sich diese Form der Polizei der gewaltigen grünen Führerin Ricarda Lang, wortwörtlich „kümmern“ will.

<https://www.youtube.com/watch?v=2PMTyhZPF8g>

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

18) Professor von Max-Planck-Gesellschaft wegen „Israel-Kritik“ gekündigt.

Von ELA

Feb 12, 2024



Ghassan Hage Bild: eth.mpg.de - Max-Planck-Gesellschaft

Obwohl der international renommierte libanesisch-australische Wissenschaftler Ghassan Hage wiederholt betont hat, kein Antisemit zu sein, trennt sich die Max-Planck-Gesellschaft nun von ihm.

Dies hatte die Gesellschaft in einer diesbezüglichen Stellungnahme am 8. Februar erklärt, wie auch *RT* berichtete.

Grund dafür ist Israel-Kritik

Die Max-Planck-Gesellschaft gab also am 8. Februar [in einer Erklärung bekannt](#), dass der libanesisch-australische Wissenschaftler Ghassan Hage das Institut in Folge seiner pro-palästinensischen Äußerungen und seiner scharfen Kritik an Israel verlassen müsse.

Die Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften, kurz Max-Planck-Gesellschaft oder MPG, ist eine der führenden deutschen Institutionen auf dem Gebiet der Grundlagenforschung.

Zu ihrer Vorgehensweise schreibt die Gesellschaft in der Stellungnahme, „viele der von Ghassan Hage kürzlich über soziale Medien verbreiteten Ansichten sind mit den Grundwerten der Max-Planck-Gesellschaft unvereinbar. Die Max-Planck-Gesellschaft hat sich daher im Einvernehmen mit dem Institut von ihm getrennt“.

Der, in der Fachwelt bekannte und respektierte libanesisch-australische Wissenschaftler, war ein lautstarker Kritiker des israelischen Militärangriffs auf den Gazastreifen und der Vorgehensweise Israels gegenüber den Palästinensern.

Seite E 120 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Ghassan Hage hatte jedoch Antisemitismuskritik gegen ihn stets vehement zurückgewiesen.



Journalisten begehen Rufmord

Dazu schrieb Hage am 8. Februar in einer Erklärung auf X, *„einige haben mich gefragt, warum ich mich nicht mit den Journalisten auseinandersetze, die den Artikel über mich als Antisemiten geschrieben haben. Ich würde solchen Leuten niemals eine Antwort geben, sie sind keine Intellektuellen. Sie sind ideologische Mörder.“*

Er fügte noch hinzu, *„sie schreiben nicht, um die Wahrheit zu suchen. Sie schreiben, um Rufmord zu begehen.“*

Laut Hage hätte er mit der Formulierung der Unvereinbarkeit in der Erklärung des Instituts leben können. Aber die Stellungnahme der Max-Planck-Gesellschaft beschuldige ihn auch des Rassismus, was er nicht akzeptieren werde.

Der Wissenschaftler beendete darauf seine Stellungnahme mit folgender Erklärung:

„Rechte deutsche Journalisten haben Artikel veröffentlicht, in denen behauptet wird, ich würde von Max Planck aus Antisemitismus und Hass predigen. Zum Glück bin ich auf dem Weg nach Australien, um mein erstes Enkelkind zu treffen. Wie ein libanesisches Sprichwort sagt, selbst ein Furz ist mehr wert als tausend rechte Gossenjournalisten“.

Deutsche „Cancel-Kultur“ treibt Blüten

In Deutschland häufen sich in letzter Zeit vermehrt Beispiele für eine Cancel-Kultur im Zusammenhang mit Israel-Kritikern.

In Frankfurt etwa wollen drei Oberbürgermeister-Kandidaten den Auftritt von Pink-Floyd-Gründer Roger Waters in der Festhalle verhindern. Der 80-jährige Musiker ist ein Kritiker der israelischen Politik und unterstützt auch die BDS-Kampagne.

Seite E 121 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Und auch die deutsche Heinrich-Böll-Stiftung war im vergangenen Monat in die Kritik geraten, weil sie sich wegen der kritischen Äußerungen eines Preisträgers zu den israelischen Angriffen auf Gaza aus einer Preisverleihung zurückgezogen hatte.

Diese Entscheidung wurde getroffen, nachdem mehrere israelische Lobbygruppen die diesjährige Preisträgerin, die prominente Autorin Masha Gessen, für ihre Aussage kritisiert hatten, Gaza sei „wie ein jüdisches Ghetto in einem von Nazi-Deutschland besetzten osteuropäischen Land“ geworden.

Freilich es gibt auch Beispiele, bei denen Künstler von sich aus die Konsequenzen ziehen.

Die bosnische Schriftstellerin Lana Bastašić gab vor drei Wochen bekannt, dass sie ihren Vertrag mit dem S. Fischer Verlag aus Protest gegen dessen Schweigen zur humanitären Krise im Gazastreifen gekündigt habe.

Bastašić schrieb dazu auf Instagram:

„Ich empfinde es als meine moralische und ethische Pflicht, meinen Vertrag mit S. Fischer zu kündigen. Der Verlag hat es nicht nur versäumt, sich zum anhaltenden Völkermord im Gazastreifen zu äußern, sondern auch zur systematischen Zensur in Deutschland in den letzten zwei Monaten geschwiegen.“

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

19) Wirklich peinlich – Teil 1 und Teil 2. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 622-10

12. Februar 2024

49. Jahrgang

Wirklich peinlich – Teil 1

Wenn man aus dem Wahlergebnis von 2021, das in 455 Wahlbezirken für ungültig erklärt wurde, diese herausrechnet und das Ergebnis von gestern hinzufügt, kann die SPD immer noch behaupten, „stärkste Kraft“ zu sein, mit 22,2 Prozent vor den Grünen mit 22,0 und der CDU mit 17,2. Schönrechnen gehört zu den beliebtesten Disziplinen von Politikern.

Die Wahrheit allerdings sieht viel trauriger aus. **Wirklich peinlich ist die Wahlbeteiligung mit 51 Prozent!** 2021 waren es für ganz Berlin 75,4 Prozent. Da hilft es auch nichts, wenn man die zu Ende gegangenen Winterferien als Entschuldigung anführt. Schließlich gibt es die Möglichkeit der Briefwahl. Man muss nur wählen wollen, dann klappt das auch. Manchmal fragt man sich, ob die Menschen es überhaupt verdient haben, in einer Demokratie leben zu dürfen.

Schaut man sich nur das Ergebnis in den 455 Wahlbezirken an, dann sieht das mit der „stärksten Kraft“ schon ganz anders aus. Entgegen dem Bundestrend kommen die Grünen auf 27,7% +0,5 zu 2021 (Umfrage Bund 13%). CDU 20,6% +6,9 zu 2021 (Bund 30%). SPD 14,6% -7,8 zu 2021 (Bund 15%). AfD 12,6% +5,6 zu 2021 (Bund 20%). FDP 3,3% -5,8 zu 2021 (Bund 4%). Linke 12,6% +0,7 zu 2021 (Bund 3%). Hätte für ganz Berlin eine Wiederholungswahl stattgefunden, sähe die Sache für einige noch schlimmer aus.

Haben die Proteste gegen die AfD nichts genutzt? Nicht in Pankow. Aber, sagen kluge Kommentatoren, ohne diese Demonstrationen sähe es vielleicht noch schlimmer aus.

Die Stimme Berlins im Bundestag ist mit 29 Abgeordneten von 736 ohnehin nicht sehr bedeutend. Seit gestern sind es nur noch 25. Wegen der miesen Wahlbeteiligung müssen vier Abgeordnete einschließlich ihrer Mitarbeiter nach Hause gehen: **Pascal Meiser** (Linke), **Nina Stahr** (Grüne), **Ana-Maria Trăsnea** (SPD) und **Lars Lindemann** (FDP). Besonders tragisch, aber gut für den Steuerzahler, ist, dass das verlorene FDP-Mandat ersatzlos gestrichen wird, der Bundestag ab heute also „nur“ noch 735 Abgeordnete hat. Die in Berlin verlustig gegangenen Mandate gehen an Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen.

Alle zwölf 2021 direkt gewählten Berliner Bundestagsabgeordneten haben ihre Wahlkreise behaupten können. Für die SPD **Michael Müller** in Charlottenburg-Wilmersdorf, **Kevin Kühnert** in Tempelhof-

Schöneberg, **Hakan Demir** in Neukölln und **Helmut Kleebank** in Spandau. Für die Grünen **Hanna Steinmüller** in Mitte, **Canan Bayram** in Friedrichshain-Kreuzberg/Prenzlauer Berg Ost und **Stefan Gelbhaar** in Pankow. Für die CDU haben ihre Wahlkreise verteidigt: **Mario Czaja** in Marzahn-Hellersdorf, **Thomas Heilmann** in Steglitz-Zehlendorf und **Monika Grütters** in Reinickendorf. Und auch die beiden Linken bleiben dem Bundestag erhalten: **Gregor Gysi** in Treptow-Köpenick und **Gesine Löttsch** in Lichtenberg.

Wirklich peinlich – Teil 2

Wir müssen uns an dieser Stelle nicht über den Geisteszustand von **Donald Trump** unterhalten. Allein für die Äußerung, **Wladimir Putin** quasi einzuladen, europäische Staaten anzugreifen, die ihre zwei Prozent nicht in die NATO-Kasse einzahlen, gehört er in die Klapsmühle.

Dass Putin wie Trump notorische Lügner sind, muss auch nicht gesondert erwähnt werden. Putin ist alles zuzutrauen, das hat er immer wieder bewiesen. Es ist keine Kriegstreiberei zu fordern, dass Europa alles dafür tun muss, um sich gegebenenfalls selbst verteidigen zu können. Die Freiheit kostet viel Geld. Wer meint, mit Putin verhandeln zu können, glaubt auch an den Weihnachtsmann, oder an Frau Wagenknecht.

Wir sehen täglich die Bilder aus der Ukraine, während wir mit dem Bier in der einen und den Kartoffelchips in der anderen Hand fernsehen. Kann sich jemand auch nur annähernd vorstellen, wie es wäre, wenn eine Rakete in sein Wohnhaus einschlägt? Wenn Strom und Wasser nicht mehr zur Verfügung stehen? Wenn Familienmitglieder an die Front müssen? Ob es uns passt oder nicht, **Trump fordert zu recht von Deutschland und den anderen zahlungsunwilligen NATO-Staaten, mindestens das Zwei-Prozent-Ziel einzuhalten.**

Aktuell erreichen elf der 31 Nato-Staaten das Zwei-Prozent-Ziel oder geben sogar mehr als zwei Prozent ihres BIP für Verteidigung aus. Nach einer Nato-Statistik auf Platz eins liegt Polen (3,90) gefolgt von den USA (3,49), Griechenland (3,01), Estland (2,73), Litauen (2,54), Finnland (2,45), Rumänien (2,44), Ungarn (2,43), Lettland (2,27), Großbritannien (2,07) und der Slowakei (2,03). Deutschland liegt mit 1,57 Prozent nur auf Platz 21 dieses Nato-Rankings.

Quelle: Rheinische Post

Es wird Zeit für uns aufzuwachen!

Ed Koch

20) KW 6 (5. - 10.02.2024) – 1. Teil: Närrische Zeit. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 622-08

10. Februar 2024

49. Jahrgang

KW 6 – 1. Teil Närrische Zeit

Wie Sie wissen, liebe Leserinnen und Leser, neige ich dazu, mir Sendungen im Fernsehen anzutun, die das Erträgliche übersteigen, so zum Beispiel „TV total“, worüber ich am 8. Februar berichtet habe.

Gestern Abend lief das närrische Traditionsprogramm „Mainz bleibt Mainz, wie es singt und lacht“, live im ZDF ab 20:15 Uhr bis nach Mitternacht. Dieses Werk des Frohsinns habe ich mir bislang nicht zu Gemüte geführt, weil komisch verkleidete Menschen nicht meine Sache sind. Schon der Fasching in der Kita war mir zuwider. Da die „heute show“ und das „ZDF-Magazin Royale“ entfielen und ich den Donna Leon-Krimi von 2019 und „Mission Impossible“ aus dem Jahre 2011 schon kannte, und mir auf keinen Fall im rbb zum hundertsten Male die „schönsten Kultschlager der 80er Jahre“ reinziehen wollte, schaute ich mir das Treiben im Kurfürstlichen Schloss zu Mainz an, allerdings nur bis 22:00 Uhr, dann fielen die Augen zu.

Anerkennend muss ich sagen, dass mir die kabarettistischen Vorträge gut gefallen haben, wobei es sich mir nicht erschließt, warum sich die Leute dazu verkleiden müssen. Die Regierenden bekamen ihr Fett weg. Abgesehen von der rheinland-pfälzischen Lokal-Polit-Prominenz, hat das kein Bundespolitiker mitbekommen, sie blieben fern. „Zum ersten Mal seit 25 Jahren ist keiner aus der Bundesregierung dabei“, sagte Sitzungspräsident **Andreas Schmitt**, der von Jahr zu Jahr gewichtiger daherkommt. Nein, keine Witze über Dicke, schon gar nicht von einem Dicken. Zu diesem Thema ist die neueste Ausgabe von „Reschke Fernsehen“ zu empfehlen.

In diesen Tagen kommt man nicht an dem zentralen Thema Rechtsradikalismus und die Rolle der AfD vorbei. Klara Kante und deutliche Worte gab es dazu aus Mainz, nicht gesungen, nicht gelacht. Diese Botschaft sollte verstanden werden. Wenn es um die Verteidigung der Demokratie und ihrer Werte geht, verstehen die Narren keine Spaß. Achtung Klassiker: Und das ist auch gut so!

Höchst empfehlenswert, anzuschauen in der ARD-Mediathek: **extra 3** mit **Christian Ehring** vom 8. Februar 2024.

Unser Rechtsstaat ist uns lieb, vor allem aber sehr teuer. „1.268 Tage lief der Prozess in Berlin –

Bushido (45) gegen Arafat Abou-Chaker (47) und seine Brüder. Nun das Urteil! Der Clan-Boss kommt mit einer Geldstrafe davon. Mehr noch: Er bekommt eine Haftentschädigung! BILD hat nachgerechnet und kommt auf 2,4 Millionen Euro Gesamtkosten für den Prozess, davon allein 1,2 Millionen für Bushidos Personenschutz. Schön wäre es, so viel Geld zu haben, um jüdische Studenten vor gewaltbereiten und politisch verblendeten Kommilitonen zu schützen. Dass es ein Hochschulgesetz gibt, das lediglich ein befristetes Hausverbot, nicht aber den Rauswurf aus der Universität vorsieht, ist ein Skandal.

In einer Demokratie, in einem Rechtsstaat, zu leben, bedeutet auch, Unerträgliches hinnehmen zu müssen. Putins Krieg gegen die Ukraine findet nicht nur in diesem seit zwei Jahren unter Terrorangriffen leidenden Land, sondern vor allem auch in allen unseriösen Medien dieser Welt statt.

Höhepunkt in dieser Woche war das so genannte Interview, das der so genannte Journalist **Tucker Carlson** mit dem faschistischen russischen Staatschef **Wladimir Putin** führte, der in dieser Woche mal wieder einen möglichen Gegenkandidaten für die Präsidentschaftswahl, **Boris Nadeschdin**, aus dem Rennen werfen ließ. Dass rund 9.000 Unterstützerunterschriften fehlerhaft gewesen sein sollen, dürfte ein Vorwand sein. Die russische Justiz ist nicht unabhängig. In der Pseudodemokratie Russland sagt nur einer, wo es langgeht.

Interviews dieser Art nannte **Wolfgang Neuss** einmal „Laubsägeinterviews“, „Bitte sagen Sie mir, was ich Sie fragen soll, es fällt Ihnen leichter zu antworten.“ Der polnische Parlamentspräsident **Szymon Holownia** hat davor gewarnt, beschwichtigenden Äußerungen von Putin bezüglich der Möglichkeit, Polen oder die baltischen Republiken anzugreifen, Glauben zu schenken. Carlson, so Holownia, habe sich als „nützlicher Idiot für die russische Propaganda erwiesen.“

Schlimm ist, dass diese Propaganda bei den Mitgliedern und Unterstützern der zu einer Sekte verkommenen Republikanischen Partei, auf fruchtbaren Boden fällt. **Donald Trump** braucht eigentlich kein Amt, er bestimmt auch so, was in den USA zu geschehen hat. So verhindert er nach wie vor die Freigabe von dringend benötigten Mitteln für die Ukraine, immerhin 60 Milliarden Dollar. Ob der Besuch von **Olaf Scholz** in Washington, D.C., etwas bewirken kann, darf bezweifelt werden. Putin sagt ganz klar das, was auch Trump sagt, der Krieg könnte sofort beendet werden. Welchen Preis die Ukraine dafür



bezahlen müsste, ist klar: Die Aufgabe ihrer Souveränität, mindestens aber die Anerkennung des Verlustes der Gebiete, die sich bereits Putin unter den Nagel gerissen hat.

Kein Mensch weiß, wie dieses Drama ausgehen wird. Es gibt wenig Hoffnung auf ein gutes Ende. Schaut man in die USA, die zu einem guten Ausgang beitragen könnten, wird einem übel. Es war mutig vom Bundesstaat Colorado, Trump nicht zur Vorwahl antreten zu lassen. Der von Trump-Marionetten dominierte Supreme Court wird aber den Weg für ihn freimachen.

Gäbe es doch wenigstens einen Hoffnungsschimmer in Form einer Alternative. Einen jungen oder eine junge Kandidatin der Demokraten, eloquent, emphatisch, sympathisch. Die Demokraten haben doch bewiesen, dass sie das können, ob Kennedy, Carter, Clinton oder Obama. Alle hatten auch ihre Schwächen, aber sie waren Hoffnungsträger, was der amtierende Präsident nicht ist. Man mag schon gar nicht mehr hinschauen, wenn sich der alte Mann ans Mikrophon schleppt und eine Peinlichkeit nach der anderen produziert und fatal an unseren **Heinrich Lübke** erinnert. Jüngst bezeichnete Joe Biden den ägyptischen Präsidenten **Abdel Fattah al-Sisi** als „mexikanischen Präsidenten“. Davor verwechselte er schon **Helmut Kohl** mit **Angela Merkel** und **François Mitterrand** mit **Emmanuel Macron**. Wie hat Biden gestern Abend eigentlich **Olaf Scholz** begrüßt, mit „Herzliche willkommen Herr Merz“?

Was noch? Die FDP gibt jetzt den Orban in Brüssel. „Mit ihrem Nein zum EU-Lieferkettengesetz hat die FDP den EU-Rat gezwungen, die Abstimmung darüber kurzfristig zu verschieben. Das Gesetz sollte es ermöglichen, Unternehmen zur Rechenschaft zu ziehen, wenn sie im Ausland von Kinder- und Zwangsarbeit profitieren.“ MDR

Welt-Kommentator **Christoph Kapalschinski** pflichtet dem FDP-Boycott bei: „Die Lieferketten-Richtlinie der EU soll verhindern, dass Firmen an Kinderarbeit verdienen. Aber wer will das in China kontrollieren? Zum Glück konnte die FDP eine Verschiebung der Abstimmung in Brüssel erreichen. Die Richtlinie muss überarbeitet werden.“ Was ist das für eine bescheuerte Argumentation? Natürlich wird man nicht in jedem Einzelfall überprüfen können, ob die Firmen anständig arbeiten. Allerdings ein Gesetz zu haben, dass Kinderarbeit untersagt, ist doch mehr als nur ein Zeichen, das alle Beteiligten dazu zwingt, sich mit dem Thema zu beschäftigen. Die FDP hat Angst vor zu viel Bürokratie, sehr glaubhaft.

Wo bleibt das Positive?

Hier. „Das Bundesministerium für Bildung und Forschung und die Kultusministerkonferenz (KMK) haben sich nach langen Verhandlungen auf die Ausgestaltung des milliardenschweren Startchancen-Programms des Bundes geeinigt, mit dem gezielt Schulen mit einem hohen Anteil sozioökonomisch benachteiligter Schülerinnen und Schüler unterstützt werden sollen.“

„Das Startchancenprogramm ist ein Gewinn für das deutsche Bildungssystem und stellt einen bedeutenden Schritt hin zu mehr Bildungsgerechtigkeit gerade in einer Stadt wie Berlin dar. Das gemeinsame Ziel ist klar: Wir wollen den Bildungserfolg stärker von der sozialen Herkunft entkoppeln und mehr Chancengerechtigkeit in der schulischen Bildung ermöglichen“, sagte **Katharina Günther-Wünsch**, Senatorin für Bildung, Jugend und Familie anlässlich der Einigung zwischen Bund und Ländern.

„Das Startchancen-Programm soll zum Schuljahr 2024/25 mit einer Laufzeit von zehn Jahren starten. Das Bundesministerium will jährlich bis zu einer Milliarde Euro geben, die Länder sollen sich in gleicher Höhe beteiligen. Von dem Programm sollen circa 4.000 Schulen bundesweit profitieren.“

Das Programm ist in drei Säulen aufgeteilt. Mit Startchancen sollen ein Investitionsprogramm für eine zeitgemäße und förderliche Lernumgebung etabliert, ein Chancenbudget für bedarfsgerechte Lösungen zur Schul- und Unterrichtsentwicklung geschaffen und nicht zuletzt die multiprofessionellen Teams an den Schulen gestärkt werden.

Ein besonderer Fokus liegt auf der Stärkung der Basiskompetenzen wie Lesen, Schreiben und Rechnen in Grundschulen. So sollen neben weiterführenden und beruflichen Schulen 60 Prozent der Startchancen-Schulen Grundschulen sein. Gegenstand der Unterstützung ist außerdem die Persönlichkeitsentwicklung der Schülerinnen und Schüler.“

Das scheint mir der richtige Schritt in die richtige Richtung zu sein. Fachkräfteakquise beginnt in der Grundschule. Quelle: Senatsverwaltung für Bildung

Martin Hikel und **Nicola Böcker-Giannini** wollen **Raed Saleh** und **Franziska Giffey** als SPD-Vorsitzende ablösen. Endlich wird's mal wieder spannend in der Berliner SPD. Mit Hikel würde die Partei den größten Vorsitzenden aller Zeiten bekommen.

Ed Koch

21) Fake News von Links: Agitation von CORRECTIV stoppen!

Von Redaktion

Feb 10, 2024



Correctiv: Ziehen Sie Ihre Falschbehauptungen öffentlichkeitswirksam zurück und entschuldigen Sie sich bei den Politikern und Veranstaltungsteilnehmern, deren Würde und Ruf Sie in ehrverletzender Weise in den Schmutz gezogen haben.

Von DAVID BERGER | „Wannseekonferenz 2.0“, „Deportationsfantasien“, „Geheimplan gegen Deutschland“: Eine wie gleichgeschaltete Medienlandschaft ventiliert seit Beginn des Jahres diese und andere Begriffe mit dem Ziel, die größte und erfolgreichste Oppositionspartei und ihre Mitglieder zu diskreditieren und für eine breite Schicht eingeschüchterter Bürgern unwählbar zu machen.

Desinformationsplattform Correctiv

Die links-extreme Desinformationsplattform Correctiv hat mit einer fabrizierten Lügengeschichte über einen erfundenen „Geheimplan“ der AfD den Startschuss für die Mobilisierung der Linksfrente gegeben. Aufgestachelt von Schlüsselbegriffen und einer Geschichte, die das Wahngemälde eines zweiten Deutschland im Jahr 2024 kurz vor der Nazi-Machtergreifung errichtet, marschieren hunderttausende aufgehetzte Bürger durch die Innenstädte und fordern das Verbot der AfD.

Seite E 126 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Damit wurde eine ganz offensichtlich von langer Hand geplante und vorbereitete Diffamierungs- und Einschüchterungskampagne gestartet, um die Kritiker der links-grünen Ampel-Regierung mundtot zu machen und den Weg für ein Verbot der demokratischen Opposition zu ebneten.

Großangelegtes Ablenkungsmanöver

Nach dem Erstarren der AfD, den großen Mehrheiten der Bürger gegen die links-ideologische Politik bei Klima, Migration und Gender und den massiven Bauernprotesten, sah die Linke und ihre Hintermänner, Finanziere und Strippenzieher ihre Felle davon schwimmen.

Darum haben sie ein großangelegtes Ablenkungsmanöver gestartet, das letztendlich das Ziel hat jede demokratische Alternative zu ihrer Zerstörungspolitik unmöglich zu machen und den Weg in einen links-autoritären Staat wie die DDR frei zu machen.

Ich fordere Sie auf , ...

... Ihre ehrverletzenden, rufzerstörenden Behauptungen gegen die AfD und deren Parteimitglieder und Politiker öffentlich zu widerrufen.

In einem Bericht vom 10. Januar haben Sie eine private Vortragsveranstaltung von Politikern und Wirtschaftsvertretern als „geheimes Strategietreffen“ denunziert, auf dem angeblich ein Plan zur millionenfachen Vertreibung und sogar Deportation von Migranten aus Deutschland besprochen worden sein soll.

Diese verzerrende, auf Falschbehauptungen beruhende „Recherche“ Ihrer Organisation hat zu einer beispiellosen Hetz- und Diffamierungskampagne gegen die AfD geführt.

Ziehen Sie Ihre Falschbehauptungen öffentlichkeitswirksam zurück und entschuldigen Sie sich bei den Politikern und Veranstaltungsteilnehmern, deren Würde und Ruf Sie in ehrverletzender Weise in den Schmutz gezogen haben.

Dr. David Berger

[Hier](#) können Sie die Petition ebenfalls unterzeichnen!

Mit mehr als 100 Artikeln kritisiere David Berger die Arbeit von „Correctiv“ seit mehr als fünf Jahren. Hier finden Sie einen dieser Artikel: [Warum ich mit „Correctiv“ kein Interview führen werde.](#)

Dieser Aufruf erschien zuerst auf [PHILOSOPHIA PERENNIS](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

22) Irre: Staatschutz ermittelte wegen „Nazi-Schneemann“ vor AfD-Büro

Von Redaktion

Feb 10, 2024



Der Kampf gegen rechts, in Kombination mit der AfD, nimmt mittlerweile pathologische Züge an. Diesmal ist es ein Schneemann der die Staatschutz und Polizei amtshandeln und den Antifa-Pöbel durchdrehen ließ.

BERLIN – Bei der Polizei läuteten die Alarmglocken: Vor der Geschäftsstelle der AfD stand ein aufgeblasener Schneemann, lächelnd und mit erhobenem rechtem Arm. Ist er ein Reichsbürger, oder schlimmer noch, ein Nazi? Zeigte er etwa den Hitlergruß? Da war rasches Handeln angesagt, denn wo kommen wir hin, wenn schon hinter jedem Busch bei uns bereits ein Nazi lauert und jetzt sogar Schneemänner sich räächts betätigen?

Wie die Berliner Zeitung schreibt, wurde die Polizei von sich aus tätig und der Staatsschutz bat die AfD um Kontaktaufnahme:

„Aufgrund eines hier vorliegenden Tätigkeitsberichts zu einer aufblasbaren Schneemannfigur mit erhobenem rechtem Arm (sogen. Deutscher Gruß) bitte ich Sie dringend um Kontaktaufnahme. Vielen Dank und mit freundlichen Grüßen.“

Entwarnung und Beruhigung

Alle, insbesondere die Mitglieder der selbsternannten „demokratischen Parteien“ dürfen beruhigt sein, die innere Sicherheit der Republik ist durch den mehrere Meter hohen Kunststoff-Koloss nicht gefährdet. Die erhobene rechte Hand des Schneemannes darf für normale Menschen als Winken und nicht als „Hitler-Gruß“ wahrgenommen werden, obwohl

Geisteskranke das anders interpretieren. Die Staatsschützer kamen demnach schließlich zu dem Schluss, dass keine Anhaltspunkte für eine strafbare Handlung vorliegen. „Es handelte sich um einen frei verkäuflichen Schneemann“, sagt eine Polizeisprecherin laut Bericht. Den könne man für 279 Euro im Internet kaufen.

Demo-Pöbel tobt vor AfD-Geschäftsstelle

Während in der Geschäftsstelle 60 Menschen bei einer Wahlkampfveranstaltung saßen, demonstrierten draußen etwa 300 Superdemokraten gegen die AfD. Wie die genannte Zeitung weiter berichtet skandierte der Pöbel in Richtung Schneemann, der sie allerdings nicht hören kann, „Ganz Berlin hasst die AfD“ und „Es gibt kein Recht auf Nazipropaganda!“

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

23) Bezahlkarte: So kommt man als Asylbewerber doch an Bargeld

Von DAVID BERGER

Feb 8, 2024



Wie kommt man an Bargeld ran, wenn man nur Bezahlkarte oder Warengutscheine hat? Man kauft 200 Liter Wasser, kippt es weg und wirft die Flaschen in den Pfandflaschenrücknahme-Automat, um dann von der KassiererIn im Supermarkt Bares ausgezahlt zu bekommen.

Von DAVID BERGER | Kürzlich wurde zur Zufriedenheit vieler Menschen bekannt, dass in 14 von 16 Bundesländern ein Teil der staatlichen Leistungen für Asylbewerber als Guthaben auf einer Bezahlkarte bereitgestellt und nicht mehr als Bargeld ausgezahlt wird.

Aufladekarte statt Bargeld

In Thüringen wurde das Ganze bereits erprobt: „Asylbewerber und Geduldete, deren Asylantrag abgelehnt wurde, die aber nicht abgeschoben werden, erhalten in Deutschland bei Bedarf bestimmte Sozialleistungen, um ihren Lebensunterhalt zu sichern. Je nach Alter erhalten sie dabei ein „Taschengeld“ zwischen 100 und 180 Euro pro Monat. Normalerweise kommt dazu noch das Geld für Sachleistungen. Davon zahlen die Asylsuchenden etwa Lebensmittel, Kleidung, Fahrscheine, Drogerieprodukte und Handykosten. Gleichzeitig ist der Zugang für Geflüchtete zum Arbeitsmarkt in Deutschland vor allem in den ersten Monaten stark reglementiert.

Doch das Prozedere soll sich im Kreis Greiz ändern: Das Geld für diese Sachkosten wird künftig auf eine Bezahlkarte gebucht. Zum monatlichen Aufladen der Karte muss der Karteninhaber persönlich zum Landratsamt kommen. Sonst gibt es kein Geld. Unabhängig davon bezahlt der Landkreis jedoch weiterhin etwa die Unterkunftskosten für die Geflüchteten.“ ([Quelle](#)).

Ärger bei Asylbewerbern über Zahlkarte

Die Neuerung hat freilich bei den Asylbewerbern wenig Zustimmung gefunden, wie man in dem Landkreis gesehen hat, wo die Bezahlkarte eingeführt wurde und viele Asylbewerber bereits wieder innerhalb kürzester [Zeit abgereist sind](#). Andere wussten sich freilich schon 2018 auf andere Weise zu helfen. Das Video zeigt einen abgelehnten Asylbewerber, der nur Warengutscheine erhielt und wohl tatsächlich über das Flaschenpfand an Bargeld kommen wollte.

Dieser Beitrag erschien zuerst auf [PHILOSOPHIA PERENNIS](#) unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

24) Maaßen durch Verfassungsschutz ausspioniert: „Missbrauch des BfV zur Bekämpfung des politischen Gegners“

Von Redaktion

Feb 8, 2024



Hans-Georg Maaßen veröffentlichte persönlich und auf seiner eigenen Webseite ein Schreiben des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) an seinen Rechtsanwalt. Dieser hatte nämlich ein „Auskunftsersuchen“ nach § 15 (1) BverfSchG an den Verfassungsschutz gestellt. Es stellte sich heraus, dass das Amt unter der Leitung seines jetzigen Präsidenten Thomas Haldenwang (CDU) ein umfangreiches Dossier über seinen Amtsvorgänger Maaßen zusammengetragen hat. Darin wurde akribisch fast jeder Kontakt, jede Äußerung festgehalten.

Von NIKI VOGT | Hans Georg Maaßen stellt sich auf seiner Startseite vor als „Vorsitzender der WerteUnion e. V., Rechtsanwalt, Präsident des Bundesverfassungsschutzes a. D., Kämpfer für die freiheitlich demokratische Grundordnung, für Meinungsfreiheit, gegen Sozialismus und Faschismus egal in welcher Farbe.“

„Kontaktschuld, Behauptungen Mutmaßungen“ – der Verfassungsschutz als Diffamierungswerkzeug gegen politische Gegner – die Bürger sind unbeeindruckt

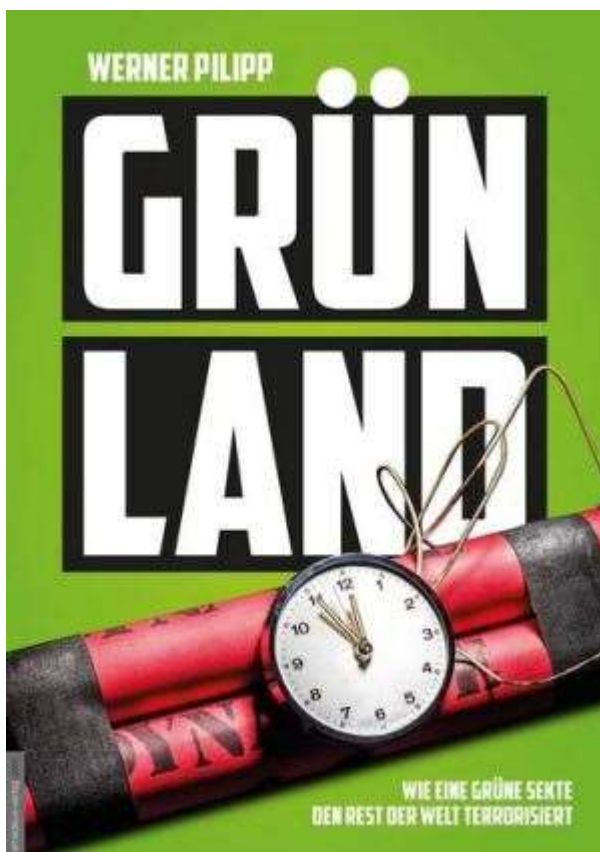
Zu dem [Dossier des Verfassungsschutzes](#) über ihn kommentierte Herr Maaßen auf „X“ (Twitter):

Seite E 131 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Der User Roman Lasota kommentiert darunter: „Ich lese nur Kontaktschuld, Behauptungen und Mutmaßungen. Unterstellungen von Denunzianten, unfassbar. Das liest sich, wie ein Auszug aus einer Stasi Akte von unliebsamen „Konterrevolutionären“.

Der bekannte Finanzwissenschaftler und Professor für öffentliche Finanzen, Prof. Dr. Stefan Homburg, findet fröhlich Trostorte für den Fassungslosen: „Keine Sorge, lieber Dr. Maaßen, ich bin schon lange im Club. Entweder unterwirft man sich Klimaschwindel und Genderwahn, oder man ist halt „rechtsextrem“. 😊“ (Worauf der Verfassungsschutz Niedersachsen sich gleich darunter pappt mit der Anmerkung: „Herr Homburg ist uns bekannt. Den Thread haben wir dem Fachbereich zur Kenntnis weitergeleitet.“ — Noch Fragen?)

NicoFvL: „Der Nachfolger des Verfassungsschutz-Präsidenten lässt seinen direkten Vorgänger überwachen, weil sich dieser regierungskritisch äußert und eine Oppositions-Partei gründet. Ist das noch 1933 oder schon 1984!?“



Jak: „Von 80 % der Wahlberechtigten würden 1/3 die Ampel wählen, das sind 1/4 aller Wahlberechtigten (20 % Nichtwähler). Diese Minderheit (Ampel) will Parteien verbieten, um „die Demokratie zu retten“. Alle Hemmungen sind gefallen.“

Wer die Kommentare unter dem Post von Hans Georg Maaßen liest, kann nur noch feststellen: Das System hat fertig. Der Bürger sieht ganz genau, was hier gespielt wird. Der billige Versuch, mit Dreck zu werfen wird von den Leuten auch genau so gesehen.

Der beste Beweis dafür ist das vom [Verfassungsschutz selbst erstellte Dossier](#). Nicht nur, dass es so aussieht, als sei hier nur einfach mal wahllos gesammelt worden, was irgendwie rufschädigend sein könnte ... nur so als Beispiel: Man legt Herrn Maaßen zur Last, dass „eine der Vereinigung um Heinrich XIII. Prinz Reuß zuzurechnende Person „Videos von Hans-Georg Maaßen“ auf seiner Facebookseite geteilt“ haben SOLL.

Lieber Leser, stellen Sie sich vor, jemand, mit dem Sie gar nichts zu tun haben, postet ein paar Videos von Ihnen auf seiner Facebookseite – ohne dass Sie das veranlasst oder gebilligt haben – und zack!, nur weil derjenige, den Sie nicht kennen, der aber jemanden kennt, der politisch anrühlich ist, stehen Sie im Verfassungsschutzbericht.

Auch Äußerungen des thüringischen AfD-Chefs Björn Höcke oder dem österreichischen IB-Aktivisten Martin Sellner, in denen Maaßens Name nur „erwähnt“ wurde, finden sich in der Sammlung des Verfassungsschutzes zu Herrn Maaßen. Es ist offenbar schon genug, wenn irgendein, in VS-Berichten als rechtsextrem Geführter, auch nur einen Namen positiv erwähnt – und schon ist der Erwähnte selber ein Rechtsextremer. Das ist offenbar infektiöser als Corona.

Dass Herr Maaßen das Dossier auf seiner Seite komplett veröffentlicht, ist ein Schlag gegen den Verfassungsschutz unter Herrn Haldenwang. Der Bürger bekommt hier im Original gezeigt, wie perfide der neue „Guck und Horch“ (Bezeichnung der Stasi in der DDR-Bevölkerung) jede Petitesse ausforscht und zu einem tendenziösen Diffamierungsbild zusammenschustert. Hier wird klar, mit welchen unlauteren Methoden der Verfassungsschutz arbeitet und parteiisch für die linksgrüne Ampelregierung politische Gegner desavouiert. Oder es zumindest versucht. Der Großteil der Leute findet so etwas überhaupt nicht gut. Und es macht ihnen Angst – was ja beabsichtigt ist.

Das politische Programm der „alten“ CDU/CSU aus der Vor-Merkel-Ära ist heute „rechtsextrem“

Die Medien ziehen mit, was zu erwarten war. Die „freie Presse“ ist längst zum Sprachrohr der Linken und Grünen geworden und Meinungsvielfalt hat sich zu einem schmalen Korridor verengt, durch den die Massen in die grünsozialistisch leuchtende Zukunft getrieben werden sollen. Die Wirtschaft geht schon in die Richtung und flieht aus dem sozialistischen Paradies.

Nun wird also Herr Maaßen systematisch in die rechtsextreme Ecke gedrängt.

Der Focus schreibt:
„Der Jurist Maaßen hatte das BfV von 2012 bis 2018 geleitet. Seit seiner Versetzung in den einstweiligen Ruhestand war der ehemalige Spitzenbeamte immer wieder mit verschwörungsideologischen und radikal rechten Äußerungen aufgefallen.“

Maaßen ist Vorsitzender des rechtskonservativen Vereins „Werteunion“. Die Mitglieder des Vereins hatten am 20. Januar für die Gründung einer Partei mit dem gleichen Namen gestimmt. Die neue Partei soll im Gegensatz zur CDU und anderen Parteien keine Partei mit einer „Brandmauer“ sein, teilte die „Werteunion“ mit.“

Natürlich fordert eine Linken-Politikerin, Martina Renner nun einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss, wie könnte es anders sein, denn schon in seinem aktiven Dienst als Präsident des Bundesverfassungsschutzes sei Maaßen „ein kühler Antidemokrat, der das Parlament verachtet und eine Gefahr für die Demokratie“ gewesen ... was damals aber irgendwie kein Thema zu sein schien. Aber frei nach dem genialen Spruch der Bauernproteste „Wird der Bauer unbequem, ist er plötzlich rechtsextrem“ wird auch hier gehandelt. Nur gut, dass die Linke nach den nächsten Wahlen wahrscheinlich nicht mehr im Parlament vertreten sein wird, weil die Bürger von ihnen die Nase voll haben.

Maaßens Fallstrick: Die „Hetzjagden“ auf Migranten von Chemnitz

Im August 2019 wurde der 24jährige Syrer Alaa S. zu neun Jahren und sechs Monaten Haft wegen Totschlags und gefährlicher Körperverletzung an dem 35jährigen Chemnitzer Deutsch-Kubaner Daniel H. verurteilt. Der Angeklagte sei „mit einem hohen Maß an Brutalität vorgegangen“ und das Opfer habe keinerlei Flucht- oder Abwehrchancen gehabt und sich nicht wehren können. Das führte zu einem Aufschrei in der Bevölkerung und zu wechselseitigen Konfrontationen zwischen Zuwanderern und den deutschen Chemnitzern.

Ein Video, auf dem so eine Rangelei aufgenommen worden war, wurde so beschnitten, dass man in der kurzen Sequenz nur sehen konnte, wie ein paar Deutsche hinter ein paar fliehenden Migranten her rannten. Eine Frau rief offensichtlich ihren Mann zurück mit „Hase! Lass das!“ und die Männer ließen von den davonlaufenden Migranten ab. Diese kurze, von der Antifa ins Netz gestellte Sequenz zeigte natürlich nicht die vorangegangenen Provokationen, sondern wurde so, ohne Kontext als rassistische Hetzjagd durch Neonazis von Chemnitz skandalisiert.

Bei genauer Betrachtung war das private Video nur eine Aufnahme von Handgreiflichkeiten zwischen Migranten und Chemnitzern. Wer da was angefangen hat, war nicht zu ermitteln und es dokumentierte auch keine systematischen „Hetzjagden“. Dieser Auffassung waren auch die Chemnitzer Polizeibehörde und der sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU).

<https://www.youtube.com/watch?v=tNOV0r6UN2g>

Diese Einstufung war aber nicht im Sinne des damaligen Bundeskanzlers Dr. Angela Merkel und sie ließ den damaligen Innenminister Horst Seehofer (CSU) Herrn Maaßen in den einstweiligen Ruhestand versetzen. Diese einstimmige Beurteilung der beschriebenen Videosequenz wird nun wieder aus der Mottenkiste geholt und gegen Herrn Maaßen instrumentalisiert, um ihn als „Kollaborateur“ der Chemnitzer Rechtsextremen zu „rahmen“ – wie man heute sagt.

Die Peitsche „rechtsextrem“ ist abgenutzt und ausgefranst

Nur zieht das heute nicht mehr wirklich. Auch der neueste Rechtsextremisten-Skandal zur AfD und dem angeblichen „Deportations-Geheimtreffen“ auf dem fünf CDU-Mitglieder und drei AfD-Mitglieder anwesend waren (dennoch wurde das Treffen nicht als CDU-Skandal gelabelt), schreckte zwar viele noch zurück, doch mittlerweile entpuppt sich das Ganze als [ein hinterhältiges Lügenkonstrukt](#), in das wieder einmal der Verfassungsschutz und Correctiv verstrickt ist – was aber nichtsdestotrotz sofort und unhinterfragt von allen etablierten Medien in einem Synchron-Aufschrei heraustrompetet wurde.

Correctiv entblödete sich nicht einmal, als der Schwindel aufflog, im Nachhinein die falschen, diffamierenden Passagen zu ändern und behauptete sogar frech im GEZ-Sender ARD, niemals die Begriffe „Deportation“ und „Wannseekonferenz“ benutzt zu haben. Correctiv hat schlicht gelogen, und nicht nur bei den im Nachhinein weg-korrigierten Skandalwörtern. Es wurde sogar bestritten, dass Correctiv Geld vom Staat bezieht. ([Hier der ganze Skandal](#)). Und? Berichtet DAS die Presse? Natürlich nicht. Man betätigt sich als Dreckschleuder und wenn es auffliegt, geht man schweigend darüber hinweg. Oder haben Sie, lieber Leser, irgendwo in den Mainstreammedien entsprechende Richtigstellungen oder gar Entschuldigungen gesehen?

Seite E 134 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Die „Bundeskasse“ ist nämlich als zweitgrößter Spender mit 431.059,85 € (vierhunderteinunddreißigtausend und neunundfünfzig Euro fünfundachtzig Cent) dabei und die „Landeshauptkasse NRW“ als viertgrößter Spender mit 145.338,00 € (Einhundertfünfundvierzig dreihundertachtunddreißig Euro). Das steht auf der Seite von Correctiv selbst.

Hans-Georg Maaßen versuchte monatelang, Friedrich Merz als Spitzenkandidat der CDU von einer politischen Kurskorrektur zu überzeugen: Die „ökosozialistischen“ Politik der Kanzlerin Angela Merkel (CDU) zu verlassen und für eine Hinwendung zurück zu den traditionellen Werten eines Helmut Kohl, Konrad Adenauer oder Ludwig Erhardt – vergeblich. Also entschied sich Maaßen dazu, aus der CDU auszutreten. Mit der neu gegründeten WerteUnion-Partei will er auf einen Regierungswechsel hinarbeiten, wie er selbst immer wieder erklärt hatte. Die Partei sei deshalb auch offen für ein Bündnis mit der AfD. Dass es heftigen Gegenwind geben würde, war ihm und seinen Mitstreitern von vorneherein klar.

Die Fraktionen der Einparteienregierung von ganz links über Grün, SPD, FDP und CDU kämpfen gegen den erstarkenden Willen des Souveräns, nämlich des Volkes, für einen Politikwechsel mit allen Mitteln an, wie man sieht. Die Causa Maaßen wird dem Gescholtenen eher Zustimmung und Ehre eintragen.

Dieser Beitrag erschien zuerst auf [dieunbestechlichen.com](https://www.dieunbestechlichen.com)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

25) Es war vorhersehbar. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 622-06

7. Februar 2024

49. Jahrgang

Es war vorhersehbar

Die Performance der Ampel ist ziemlich schlecht, was vor allem auch an dem immer wieder aufflammenden Streit in den eigenen Reihen liegt. Dieser macht sich vor allem an zwei Personen fest, den beiden Königskindern ihrer Parteien, die einfach nicht zusammenkommen können, nicht allein, weil das Wasser viel zu tief ist, sondern weil sie sich, entgegen im berühmten Volkslied, nicht lieben, nicht einmal mögen, vermutlich auch nicht besonders wertschätzen.

Werfen Sie einen Blick in den ARD-Talk vom 4. Februar 2024, **Caren Miosga**.

<https://www.tagesschau.de/multimedia/video/video-1302314.html> - Minute 13:39

Miosga zeigte einen Ausschnitt aus einer Anne-Will-Sendung vom 28. Oktober 2018. Was soll sich im Verhältnis zwischen **Robert Habeck** und **Christian Lindner** seitdem verbessert haben? Lindner bezeichnet die Grünen als „Klimanationalisten“, die Grünen die FDP als „Klimawandelleugner“. Habeck habe, so Lindner, eine „*interessengeleitete Erinnerung*“. Was würde eine Psychologin zu dieser Diagnose sagen? Das Verhältnis, so Habeck heute, zu Lindner sei „*stabil*“.

Dass **Christian Lindner** ein Optimist ist, unterstrich er im „*Bericht aus Berlin*“.

<https://www.ardmediathek.de/video/bericht-aus-berlin/bericht-aus-berlin-vom-4-februar-2024/daserste/Y3JpZDovL2Rhc2Vyc3RlLmRlL2Jlcmli-jahQgYXVzIGJlcmxpbj8yMDI0LTAYLTA0XzE4LTAwLlU1FWg> - Minute 18:23

Tina Hassel erwähnte, dass Lindner eine Garantie dafür abgegeben habe, dass ab 2028 die berühmten zwei Prozent unserer Wirtschaftsleistung für die Verteidigung ausgegeben werden und fügte hinzu, dass sie davon ausgehe, dass er dann wahrscheinlich nicht mehr Finanzminister sei. Lindner widersprach und fragte Hassel, wie sie denn darauf käme. Ist das noch Chuzpe oder schon Parallelwelt?

In allen aktuellen Umfragen liegt die FDP derzeit unter fünf Prozent. Deshalb beginnt schon jetzt **Friedrich Merz** Ausschau nach einem möglichen Koalitionspartner zu halten. Von der SPD will er nichts wissen, denn sein Verhältnis zu **Olaf Scholz** ist nochmal ein Zacken schärfer als das zwischen Habeck und Lindner. Für Merz ist Scholz ein „*Klempner*“, Scholz bezeichnet Merz als „*Mimose*.“ Das ist natürlich immer noch harmloser als in früheren Jahren, als **Willy**

Brandt für die Union ein Vaterlandsverräter war und 1970 SPD-Fraktionschef **Herbert Wehner** den CDU-Abgeordneten **Jürgen Wohlrabe** als „*Übelkrähe*“ beschimpfte und ihn vier Jahre später als „*Schwein*.“ Früher war einfach mehr Lametta.

So, nun schaut Merz also auf die Grünen, mit denen er, wenn am nächsten Sonntag Wahlen wären, eine knappe Mehrheit der Mandate erreichen könnte. Die Union besteht aber nicht allein aus der CDU. Eine Zusammenarbeit zwischen CSU und Grünen können sich vermutlich nur Leute vorstellen, die zum Frühstück einen Joint vernaschen.

Auch die Junge Union sieht die Avancen, die Merz den Grünen macht, skeptisch. „*18 Monate vor der nächsten regulären Bundestagswahl sei zwar nicht der Zeitpunkt für Koalitionsspekulationen*“, sagt **JU-Chef Johannes Winkel** ZDFheute. *Trotzdem: Was man aber jetzt schon sagen kann ist, dass Schwarz-Grün auf Bundesebene außerhalb der politischen Vorstellungskraft liegt.*“

„*Der ‚grüne Zeitgeist‘, so Winkel, den ‚leider auch die Union erfasst hatte‘, sei Ursache für grundsätzliche Probleme. ‚Daher muss das Signal ganz klar sein: Schwarz-Grün ist kein Zukunftsmodell‘, so Winkel.*“

Natürlich wird die Union nicht müde, jegliche Zusammenarbeit mit der AfD auszuschließen. Das ist gut und richtig und kann gar nicht oft genug wiederholt werden. Die „*FDP wäre Merz am liebsten. Mit ihr ließe sich eine bürgerliche Koalition am ehesten verwirklichen*“. Fraglich sei aber, „*ob sie als Partei überlebt*“. Selbst wenn die FDP „*überlebt*“, würde sie der Union nicht die fehlenden Mandate für eine Regierung liefern können.

Eine „*bürgerliche Koalition*“ hört sich gut an. Die älteren unter uns können sich noch an die Zeit erinnern, als CDU, CSU und FDP eine Koalition bildeten. „*Der Konflikt zwischen CSU und FDP wird immer schärfer: Der Streit um höhere Gesundheitsbeiträge hat einen Schlagabtausch ausgelöst. Man beschimpft sich wahlweise als ‚Gurkentruppe‘ oder ‚Wildsau‘ - und vergiftet damit das Klima in der Koalition.*“ Das Zitat entstammt dem **SPIEGEL** vom 7. Juni 2010.

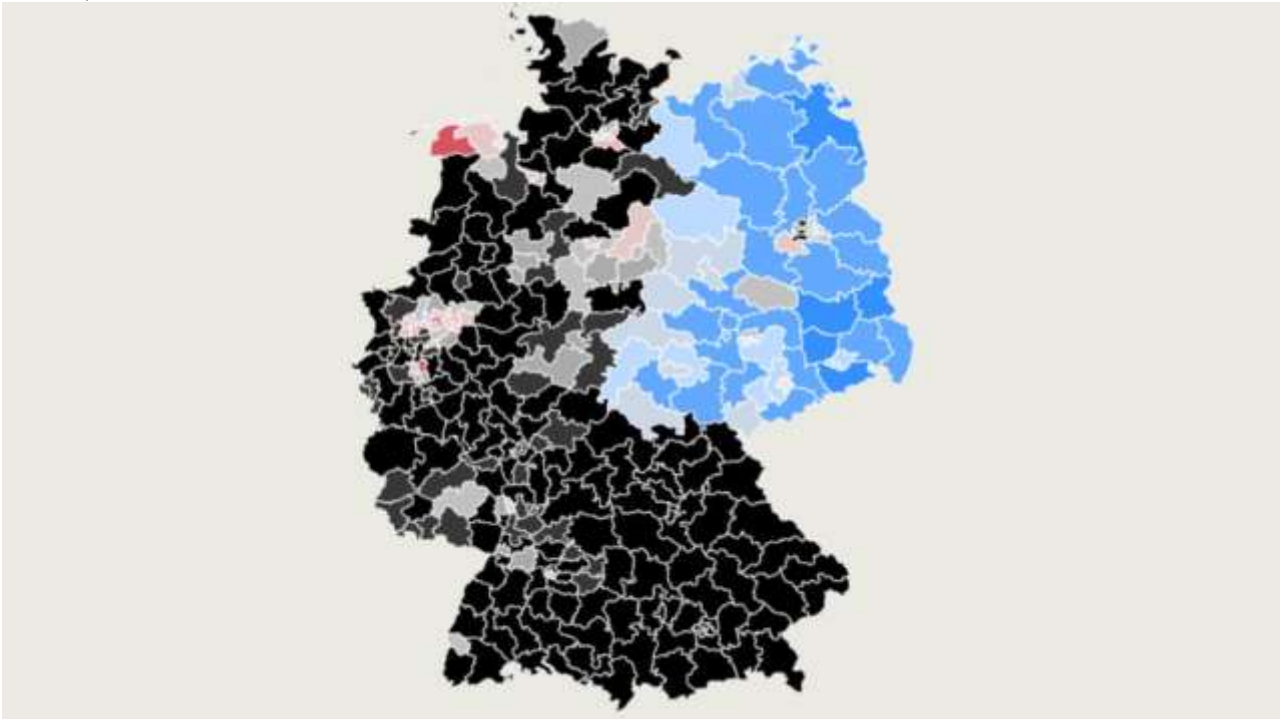
In Thüringen lehnt CDU-Chef **Mario Voigt** nach wie vor eine Zusammenarbeit mit der Linken nach der Wahl strikt ab. „*Wir machen keine Koalition mit der Linken, und auch keine mit der AfD*“, sagt er. *ZDF* Na, dann gutes Gelingen beim Bilden einer Regierung. SPD (6%) und Grüne (5%) werden nicht helfen können.

Ed Koch

26) Brisant: "Wahlkreis-Prognose" ergibt bundesweit CDU-AfD-Mehrheit.

Von Redaktion Ungarn

Feb 7, 2024



Das Forschungsinstitut „Wahlkreisprognose“ [präsentierte](#) eine wohl historische Landkarte. Auf dieser interaktiven Karte sind die deutschen Bundestagswahlkreise nach Parteien-Präferenz eingezeichnet: Schwarz für CDU, Blau für „Alternative für Deutschland“ (AfD), Rot für SPD und Grün für die Grünen. Je blasser die Farbe, desto geringer ist der Vorsprung einer bestimmten Partei in einem bestimmten Wahlkreis.

Somit also dominiert in ganz Westdeutschland (außerhalb der Großstädte) die CDU, in Ostdeutschland führt außerhalb Berlins die AfD. Auffallend aber auch: Die Ergebnisse korrelieren mit der ehemaligen Grenze zwischen Westdeutschland und der ehemaligen DDR.

Nur wenige Ausnahmen sind erwähnenswert: So etwa die CDU im Leipziger Norden und die neue Partei von Sahra Wagenknecht, die Sahra Wagenknecht Allianz (BSW), die sich von der Linkspartei abgespalten hat, hat in Süddeutschland einen knappen Vorsprung. Aber auch in Chemnitz (der ehemaligen Karl-Marx-Stadt) hat die BSW die Nase vorn.

Allein Berlin erweist sich – erwartungsgemäß – als kompliziertes Pflaster: In den Bezirken Steglitz-Zehlendorf, Reinickendorf, Spandau, Tempelhof-Schöneberg, Neukölln und Charlottenburg-Wilmersdorf dominiert die CDU, während Friedrichshain-Kreuzberg, die Innenstadt und Pankow den Grünen zufallen, in Treptow-Köpenick behauptet sich die Linkspartei, doch tendieren Lichtenberg und Marzahn-Hellersdorf zur AfD. Und nur mehr der Bezirk um Potsdam sympathisiert mit der regierenden SPD. Extrem beunruhigend für die etablierten deutschen Parteien: Ganz Ostdeutschland sympathisiert mit der AfD.

In Westdeutschland hingegen führt die AfD als Protestpartei nur in zwei Gebieten knapp, und das sind überraschend wohlhabende Stadtteile: Gelsenkirchen im Ruhrgebiet und Mannheim, die zweitgrößte Stadt Baden-Württembergs.



Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

27) Über die vielsagenden Vernetzungen von Correctiv-Mitarbeitern.

Von Redaktion

Feb 7, 2024



Correctiv sieht selbst sich als „unabhängiges“ Medienportal. Allerdings ist dessen Geschäftsführerin Jeannette Gusko zuvor für das Bildungsministerium tätig gewesen.

Ganz zufällig flossen aus eben jenem Ministerium Fördermittel in nicht unerheblicher Höhe an Correctiv, wie auch NIUS zu berichten weiß.

Auch Familienministerium hatte „gesponsert“

Des Weiteren erhielt die Correctiv-Geschäftsführerin auch Geld für einen Vortrag den sie gehalten hatte.

Zu Anfang letzter Woche wurde nun die stellvertretende Chefredakteurin von Correctiv, Anette Dowideit, gleich an mehreren Stellen der Lüge überführt. Unter anderem lautete ja eine ihrer Behauptungen, „Correctiv ist nicht von der Regierung bezahlt.“ Tatsächlich aber erhielt das Portal seit 2014 [über 2,5 Millionen Euro](#) an Steuergeldern.

Aus dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) etwa flossen in den Jahren 2022 und 2023 rund 266.000 Euro in ein Projekt zum Thema Desinformation an das angeblich „unabhängige“ Rechercheportal.

Eine personelle Besetzung der „aufdeckenden Faktenkorrigierer“ ist jedoch besonders „vielsagend“. Seit Anfang September 2022 nämlich arbeitet Jeannette Gusko als Geschäftsführerin bei Correctiv. Gusko selbst gibt dabei auf ihrem LinkedIn-Profil an, als Beraterin für das Bundesministerium für Bildung und Forschung tätig gewesen zu sein. Rein zufällig eben jenes Ministerium, das 266.000 Euro in den Jahren 2022 und 2023 an Correctiv überwiesen hatte.

Die selbsternannte „Verfechterin sozialer Gerechtigkeit“, „Anführerin für Systemveränderungen“ und „Feministin“ ist seit Jahren besonders eng mit der linken „Zivilgesellschaft“ verflochten, die sich bekanntlich in der Politik und an den Futtertrögen des Staates ausgebreitet hat.

Auch „feministische Außenpolitik“ mischt mit

Gusto ist beispielsweise auch gut bekannt mit Kristina Lunz, die das 2016 gegründete Center for Feminist Foreign Policy (CFFP) leitet und die „hilfreich“ an der feministischen Außenpolitik von Annalena Baerbock (Grüne) beteiligt ist. Korrektiv-Geschäftsführerin Gusto gibt an, ebenfalls für das CFFP als Fundraiserin, also Spendensammlerin, tätig gewesen zu sein. Dieses Zentrum erhielt seit 2021 mindestens 405.000 Euro eben mal aus dem Auswärtigen Amt. Auch Correctiv profitierte von Steuergeldern aus der Behörde von Annalena Baerbock. 2019 und 2020 flossen jeweils 44.000 Euro an das „Medienportal“.

Ebenso ist Gusko auch im Milieu der Kanzlerpartei SPD bestens vernetzt. Sie trat mehrmals bei Veranstaltungen der Friedrich-Ebert-Stiftung auf und hielt auf einem SPD-Parteitag eine Rede. Überdies ist sie mit der SPD-Influencerin Sawsan Chebli befreundet, wie Bilder gemeinsamer Auftritte zeigen.

Zusammen mit Chebli unterschrieb Gusko 2019 als eine von 20 Erstunterzeichnerinnen einen SPD-Appell zum internationalen Frauentag, der eine 50:50 Parität zwischen Männern und Frauen bei allen Wahlen forderte. Gusko ist übrigens auch nicht die einzige Correctiv-Mitarbeiterin mit guten Kontakten zur SPD.

Liste der „linken Verflechtungen“ nicht enden wollend

Für die Parteischule der Sozialdemokraten im Willy-Brandt-Haus hielt ihr jetziger Kollege Till Eckert 2020 ein Online-Seminar zum Thema „#KeinFilterFürRechts: die Hashtags, Emojis und Codes der rechten Szene auf Instagram“.

Schon 2015 war Jeannette Gusko einer Einladung ins Bundesfamilienministerium gefolgt, als die SPD-Frau Manuela Schwesig noch die Behörde leitete. Dort referierte sie vor Kommunalpolitikern zum Thema Social Media. Die 1984 in Berlin geborene Aktivistin erhielt dafür eine Aufwandsentschädigung von 200 Euro, wie das Bundesfamilienministerium gegenüber *NIUS* bestätigte.

Dies ist somit ein Blick hinter die Kulissen der selbst bescheinigten Unabhängigkeit von Correctiv

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

28) Linksfaschistischer Antifa-Angriff auf "Collegium Hungaricum" in Berlin

Von Redaktion Ungarn

Feb 6, 2024 [#Berlin](#), [#Collegium Hungaricum](#)



Antifa fassungslos

Der feige Anschlag der linksextremen Antifa steht in Zusammenhang mit den, vor einem Jahr in Budapest von einer internationalen Antifa-Schlägertruppe verübten, hinterhältigen und äußerst brutalen Attacken gegen völlig unbeteiligte Menschen. Außerdem verzeihen die, in Deutschland meist von der Justiz mit viel Nachsicht behandelten, linken Schläger Ungarn nicht, dass dort solche Verbrechen von der Justiz streng bestraft werden. Denn

Seite E 140 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

akkordierend zum Anschlag auf das Gebäude des ungarischen Kulturinstituts wurde von den internationalen Linken auch noch eine Verleumdungskampagne gegen Ungarn und dessen Haftbedingungen gestartet.

Bereits am Abend des 26. Januar wurde das Gebäude des Collegium Hungaricum in Berlin von der extremen Linken angegriffen: „#honourless“-Schilder wurden an die Wände der Institution gesprüht und mehrere Fenster eingeschlagen. ([mandiner](#))

Hass-Antifa-Bekenner-Schreiben

In der [Erklärung](#) wird der Angriff mit dem gerade in Ungarn abgehaltenen Strafgerichtsprozess gegen deutsche und italienische Antifa-Schläger erklärt:

*„Den im letzten Jahr ... verhafteten Antifaschist*innen gilt unsere Solidarität, die wir mit dem Angriff zum Ausdruck bringen. Im Falle der internationalen Hetzkampagnen, Einschüchterungen durch die Repressionsbehörden und vermutlich anstehenden Auslieferungen können wir nicht schweigend zuschauen, sondern müssen uns aktiv in das Geschehen einmischen. Es reicht nicht aus, nur die Nazis und ihre Strukturen anzugreifen, auch die rechten Think Tanks und medialen Akzeptanzbeschaffer der angeblich überlegenen europäischen Kultur sind legitime Ziele. Zeigen wir den Betroffenen, dass sie nicht alleine sind und zeigen wir der deutschen Justiz und dem ungarischen Staat, dass wir nicht tatenlos bleiben werden!..“*

Gegen ungarische Migrationspolitik

Zudem wurde aber auch im üblichen Antifa-Hass-Jargon gegen eine Diskussions-Veranstaltung zur ungarischen und deutschen Migrationspolitik gehetzt, welche im Deutsch-Ungarischen Freundschaftsverein, unter damaliger Beteiligung des ungarischen Kanzleramtsministers Gergely Gulyás, im Oktober 2023 im Collegium Hungaricum stattgefunden hat.

Interessant, weil entlarvend: die Orwellsche Wirklichkeitsverdrehung der Antifa-Faschisten und deren Angst vor den alternativen Medien inklusive:

Neben der Diskussion um eine härtere Gangart gegenüber reisenden Schutzsuchenden und der strikteren Abschottung Europas ging es um den auch hier stattfindenden, rassistischen Diskurs zu “importiertem Antisemitismus” und die angebliche Bedrohung durch Migration für Europa. Verwundern tut es nicht, dass die eingeladene Presse dazu die Junge Freiheit und Tichys Einblick waren...“

Offensichtlich greifen also die internationalen Antifa-Schlägertrupps ungarische Institutionen deshalb an, weil die ungarische Justiz solche menschenverachtenden Taten mit aller Härte des Gesetzes bestraft. Und nicht – wie etwa in Deutschland – toleriert.

“Angesichts internationaler Verleumdungskampagnen, Einschüchterungen der Behörden und möglicherweise drohender Auslieferungen können wir nicht tatenlos zusehen, sondern müssen aktiv eingreifen.

Es reicht nicht, nur die Nazis und ihre Strukturen anzugreifen, auch die Akzeptanz einer vermeintlich überlegenen europäischen Kultur durch rechte Denkfabriken und Medien ist legitimes Ziel.”

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

29) Niedergang des einstigen Wirtschaftswunders BRD während Schweiz
Anbindung zur EU sucht

Von ULRICH SCHLÜER

Feb 3, 2024



Deutschland laufen bisher Wachstum, Arbeitsplätze und Steuereinnahmen garantierende Betriebe davon. En masse! Denn Deutschland wird eine in Wahrheit nicht finanzierbare „Energiewende“ zugemutet, die Jahr für Jahr mehr als zweihundertfünfzig Milliarden Euro ertragslos verschlingt. Sie wurde dem Land von grünroten Ideologen und Theoretikern aufgezwungen, resistent gegenüber physikalischen Fakten, Ingenieurkompetenz lieber verunglimpfend als nutzend. Zusätzlich ist Deutschland Hauptopfer des Russland-Boykotts: Die Energiekosten vervielfachten sich!

Deutschland wird gleichzeitig die finanzielle Hauptlast in der EU zugemutet. Das wirtschaftliche Überleben der EU-„Partner“ im Süden musste Deutschland vorfinanzieren – angeblich mittels Darlehen. Deutschlands Guthaben bei diesen hochverschuldeten EU-Südländern belaufen sich heute auf eintausend Milliarden Euro – eine Billion! Sie ist uneinbringbar, müsste abgeschrieben werden – was Staatsbankrott auslösen würde.

Angesichts wachsender Proteste, angesichts millionenverschlingender Streiks versucht die Regierung dort, wo sich Widerstand am lautstärksten äußert, Löcher notdürftig mit Geld zu stopfen, das sie gar nicht hat. Zumal die Regierung vom höchsten Gericht Deutschlands verurteilt ist, sechzig Milliarden Euro, unrechtmäßig verteilt, dem Bundeshaushalt wieder zuzuführen. Finanziell, aber auch politisch bankrott – im Würgegriff von Milliardenversprechen an die Ukraine, angesichts des sich beschleunigenden Auszugs guter Steuerzahler ausblutend, in den längst unbezahlbaren Sozialverpflichtungen ertrinkend, auf einem nicht einbringbaren Billionenloch aus EU-Verpflichtungen ohnmächtig hockend – wird der Zahlmeister der EU, einst als Wirtschaftswunderland beneidet, zum handlungsunfähigen Opfer von Stürmen, die es aus allen Richtungen niederwehen.

Seite E 142 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Anschauungsunterricht für die Weltöffentlichkeit, wie ein einstiges Wirtschaftswunderland durch von links-grünen Ideologen und Funktionärsbürokraten ihm stur auferlegte Überregulierung einerseits, durch eine maßlos fordernde EU andererseits buchstäblich ins Elend getrieben wird.

Aber noch immer behaupten hierzulande [in der Schweiz] selbst Manager großer Konzerne, eine blühende Zukunft sei der Schweiz nur im Schosse der EU garantiert: Ob sie dem Irrenhaus entflohen sind?

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

01) Aderlass. Von Ed Koch



Aderlass

Es ist nicht gerade eine Fluchtbewegung, aber immer wieder ist zu hören, dass diese oder jener das Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg verlässt. Nicht, weil diese die Altersgrenze erreicht haben, sondern weil es einfach kaum eine Aufstiegsmöglichkeit, verbunden mit einer höheren Vergütung, gibt. Wir wissen nicht im Einzelnen, was die Beweggründe gleich dreier Beschäftigter in der bezirklichen Wirtschaftsförderung war, diese zu verlassen und woanders anzuheuern, aber, sie haben es getan.



Julian Beuchert, Stadtplaner, **Martina Marijnissen**, Leiterin der Wirtschaftsförderung, Bezirksbürgermeister **Jörn Oltmann** und **Torben Rutz**, Experte für Tourismus und Einzelhandel, v.l.n.r. Bürgermeister Oltmann, zu dessen Ressort die Wirtschaftsförderung gehört, muss nun ohne die drei auskommen.



Gabriele Isenberg-Holm, Geschäftsführerin der Unternehmensnetzwerke Motzener Straße und Südkreuz, **René Mühlroth**, Vorstand des UN Großbeerenstraße, **Norbert Wittke**, Vorstandsvorsitzender

des UN Südkreuz, **Hinrik Weber**, 1. Vorsitzender des UN Großbeerenstraße und **Ulrich Misgeld**, Vorstandsvorsitzender des UN Motzener Straße, v.l.n.r. verabschiedeten sich von **Martina Marijnissen** mit einer Torte im Rahmen einer kleinen Feier, die bereits im Januar stattfand.



Zur Verabschiedung kam auch ihr Vorgänger **Andreas Schwager**, der die Wirtschaftsförderung aufgebaut und ihr erster Leiter war. 18 Jahre lang war nach der Ära Schwager **Martina Marijnissen** die Ansprechpartnerin für alle Unternehmen im Bezirk. Davor leitete sie die Pressestelle des Bezirksamtes.



Mit einem Auftritt als Moderatorin beim Neujahrsempfang der drei bezirklichen Netzwerke am 29. Februar 2024 (wir berichteten gestern), endete ihre Tätigkeit nach insgesamt 30 Jahren beim Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg mit einem lachenden und einem weinenden Auge und einer Umarmung ihres bisherigen Chefs **Jörn Oltmann**.

„Das waren unglaublich spannende, aufregende und manchmal auch herausfordernde Jahre. Ich habe es miterlebt, wie die Bedeutung der bezirklichen Wirtschaftsförderungen im Laufe der Jahre (zurecht) immer stärker gewachsen ist und hoffe, dass sich dieser Trend auch weiter fortsetzt. Wir Wifös sind eine eingeschworene Gemeinschaft und ich bin mir sicher, dass das auch unser Erfolgsrezept für die kommenden Jahre sein wird.“, sagte sie.

Nicht verhehlen wollte sie, „dass es manchmal auch anstrengend und nicht immer konfliktfrei war, aber was soll ich sagen, genau das habe ich an meiner Arbeit geliebt und geschätzt. Auch künftig werde ich für die Wirtschaft unserer Stadt arbeiten, aber dann von der anderen Straßenseite aus. Ich bleibe also doch irgendwie dem Bezirk erhalten.“

Auf der anderen Straßenseite des Rathauses Schöneberg befindet sich die Senatsverwaltung für Wirtschaft, und genau dort hat sie am 1. März ihre neue Arbeit aufgenommen.



Zu ihren Lieblingsprojekten gehörte die jährliche Verleihung der Green Buddy Awards. Für die dreizehnte Verleihung in diesem Jahr ist sie nun nicht mehr zuständig, wohl aber war sie das für alle anderen davor.

Ausgezeichnet werden „junge Leute und Unternehmen, für die Umweltschutz und Nachhaltigkeit eine Herzenssache ist. Obwohl sich in den letzten zehn Jahren vieles zum Positiven verändert hat, sind wir noch weit von einer 'zero-waste' und CO₂-neutralen Gesellschaft entfernt. Deswegen möchte Bezirksbürgermeister **Jörn Oltmann** gemeinsam mit der Wirtschaftsförderung und ihren Kooperationspartnern das Engagement für die Umwelt auszeichnen. Seit 2011 hat die Jury unter 409 Bewerbungen an 53 Unternehmen bzw. Initiativen den Nachhaltigkeitspreis verliehen. Für den Green Buddy Award 2024 werden in sechs Kategorien außergewöhnliche Projekte und Ideen gesucht, und zwar Berlinweit für Einzelhandel, Abfallvermeidung/Reduce, Reuse und Recycle Smart Cities Lösungen und für den Bezirk Produktion, Dienstleistungen und Handwerk sowie für erneuerbare Energien den Young Green Buddy Award.“, heißt es in einer Mitteilung des Bezirksamtes.

Beim **Abschiedsempfang** im Januar war nicht nur erschreckend miterleben zu müssen, dass gleich drei Mitarbeitende die Wirtschaftsförderung verlassen, sondern auch noch weitere. So war am Rande zu erfahren, dass sich auch aus anderen Bereichen, zum Beispiel dem Bürgeramt, Kolleginnen und Kollegen aus dem Bezirk verabschieden. Auch in der Personalstelle des Bezirksamtes ist der Aderlass zu spüren. In einer E-Mail, die **paperpress** vorliegt, heißt es, dass „zwei Kolleginnen die Personalstelle im Sommer verlassen und drei Kolleginnen zum 31.12.23 gekündigt haben sowie zwei Kolleginnen nicht wie ursprünglich geplant zum Jahreswechsel aus dem Sonderurlaub zurückgekehrt sind.“ „Leider hat diese personelle Situation zur Folge, dass die Rückstände in

der Bearbeitung offener Vorgänge weiter ansteigen werden.“ Das wiederum bedeutet, dass beispielsweise auch Höhergruppierungen liegenbleiben. Was Höhergruppierungen betrifft, hat das Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg Berlinweit ohnehin einen schlechten Ruf.

Und so fällt bei vielen Beschäftigten zu Dienstbeginn zuerst der Blick auf die Stellenausschreibungen aus anderen Bezirken, und nicht nur das. Die Berliner Bezirke, die ohnehin am Ende der Nahrungskette des Öffentlichen Dienstes stehen, müssen sich gegen erhebliche Konkurrenz aus Land und Bund behaupten. In den Senatsverwaltungen und Bundesbehörden wird deutlich besser gezahlt als in den Bezirken. Uns sind mehrere Fälle bekannt, wo Beschäftigte für vergleichbare Tätigkeiten in einer Bundesbehörde wesentlich besser vergütet werden als im Bezirk.

Liegt es allein an diesem Konkurrenzdruck, dass sich so viele aus den Bezirken verabschieden? Hätte ein Bezirksamt wie das in Tempelhof-Schöneberg nicht selbst die Möglichkeit, seine Beschäftigten besser zu vergüten? Es geht nicht allein um mittlere und höhere Vergütungen, auch in den Lohngruppen ist eine bessere Bezahlung schwer durchzusetzen. Das ist aber eine andere Geschichte, die Geschichte der Platzwarte auf den kommunalen Sportplätzen des Bezirks Tempelhof-Schöneberg, die wir in einem weiteren Newsletter behandeln werden.

Ed Koch
(auch Fotos)

02) Netzwerker. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 623-01

1. März 2024

49. Jahrgang

Netzwerker



v.l.n.r. Ulrich Misgeld, Dr. Julia Neuhaus, Jörn Oltmann, Norbert Wittke, Franziska Giffey, Hinrik Weber
Fotos: Sven Darmer

Auf Initiative der Tempelhof-Schöneberger Unternehmensnetzwerke wurde erstmalig ein gemeinsamer Neujahrsempfang der drei Zusammenschlüsse Südkreuz e. V., Großbeerenstraße e. V. und Motzener Straße e. V. gemeinsam mit dem Bezirksamt veranstaltet.



Die Veranstaltung fand am 29. Februar 2024 bei **GE Power Conversion** statt und brachte rund 200 Akteure aus Wirtschaft, Politik und Bildung zusammen. „Der Neujahrsempfang war ein rundum gelungener Abend, der zum einen die Bedeutung der lokalen Wirtschaftsstandorte angesichts der weltpolitischen Lage und aktuellen Herausforderungen aufzeigt. Zum anderen aber auch das immense Potenzial verdeutlicht, das durch lokale Unternehmensnetzwerke und die Vernetzung lokaler Wirtschaftsakteure entsteht“, sagte Bezirksbürgermeister **Jörn Oltmann**.

Jörg Nuttelmann, Geschäftsführer von GE Vernova, eröffnete die Veranstaltung. Im Anschluss hielt die Senatorin für Wirtschaft, Energie und Betriebe, **Franziska Giffey**, eine beeindruckende Keynote-Rede. Sie sprach über Bedeutung Klein- und mittelständischer Unternehmen, die Potenziale lokaler

Unternehmensnetzwerke sowie aktuelle Projekte zur Stärkung regionaler Strukturen.

In einer Talkrunde diskutierten **Dr. Julia Neuhaus**, Präsidentin der Berliner Hochschule für Technik (BHT) und Bezirksbürgermeister **Jörn Oltmann** gemeinsam mit den Vorsitzenden der Netzwerke **Hinrik Weber**, **Norbert Wittke** und **Ulrich Misgeld** über zukunftsweisende Themen wie die Zusammenarbeit von KMUs und Hochschulen, Fachkräftemangel und Standortentwicklung. **Hinrik Weber**, Vorsitzender des Netzwerk Großbeerenstraße betonte: „Fachkräftesicherung ist eine der zentralen Herausforderungen für die Zukunft der Gewerbestandorte“ und zeigte auf, mit welchen Formaten auch 2024 Hilfestellung zur Aus- und Weiterbildung aus dem Netzwerk heraus entwickelt und angeboten werden können.

Bekräftigt wurde dies durch den Vorsitzenden des Netzwerk Südkreuz, **Norbert Wittke**: „Fachkräftesicherung sowie die nachhaltige Unternehmensentwicklung sind das Fundament des Wirtschaftswachstums. 2024 stehen diese Themen bei uns im Netzwerk an oberster Stelle.“

Für das Unternehmensnetzwerk Motzener Straße kündigte der Vorsitzende **Ulrich Misgeld** an: „2024 werden wir das Thema CO₂ freie Quartierslogistik mit unserem spannenden Projekt ‚Smarte Logistik in Marienfelde‘ vorantreiben und freuen uns auf viele eingesparte LKW-Fahrten!“

Die Präsidentin der BHT, **Dr. Julia Neuhaus**, ergänzte: „Die Verbindung von praxisnaher Lehre und anwendungsorientierter Forschung zeichnet uns aus. Durch die Ausbildung der nächsten Generation tragen wir zu den Lösungen unserer Zeit bei uns schaffen gleichzeitig eine Verbindung zwischen Wirtschaft und Wissenschaft.“

Die Veranstaltung bot darüber hinaus Gelegenheit für angeregte Gespräche zwischen Unternehmen, der Politik sowie von Bildungseinrichtungen aus Tempelhof-Schöneberg und neue Impulse für die lokale Wirtschaftsentwicklung. Das Bezirksamt war fast komplett vertreten, neben Bürgermeister **Jörn Oltmann** (Grüne) auch sein Vize **Matthias Steuckardt** und die Stadträte **Eva Majewski**, **Tobias Dollase** (alle CDU) und **Oliver Schworck** (SPD). Für die musikalische Begleitung sorgten die Musikerinnen und Musiker der Leo-Kestenbergschule.

Quelle: Netzwerke

03) 40 Jahre ROCKTREFF



paperpress

seit 1976



Nr. 622-26

29. Februar 2024

49. Jahrgang

40 Jahre ROCKTREFF

Tempelhof-Schönebergs Jugendamtsdirektor **Rainer Schwarz** und die Vorstandsmitglieder des Trägervereins **CPYE e.V.**, **Marco Herrmann** und **Louisa Richter**, haben Ende Februar bei Jugendstadtrat **Oliver Schworck** einen Leistungsvertrag über die Durchführung von ROCKTREFF und Spielfest für die Jahre 2024 und 2025 unterschrieben.



Die Vereinbarung regelt die Zuwendung des Bezirks an den Verein, der als Träger seit Anfang der 2000er Jahre mit rund 100 Ehrenamtlichen die größte Veranstaltung für Kinder, Jugendliche und Familien in Tempelhof-Schöneberg verlässlich organisiert.

Der ROCKTREFF findet vom 5. bis 7. Juli 2024, das Spielfest am 6. und 7. Juli 2024 – traditionell bei freiem Eintritt im Fußballstadion des Volksparks Mariendorf statt.

Der ROCKTREFF feiert in diesem Jahr sein 40stes Jubiläum und hat in seiner Geschichte mehr als 600 Nachwuchsbands eine professionelle Bühne vor einem großen Publikum geboten. Die ursprünglich eintägige Musikveranstaltung ohne nennenswerte technische Ausstattung hat sich zum größten nicht-kommerziellen Newcomer-Festival der Hauptstadt entwickelt, das tausende Besucher weit über Tempelhof-Schöneberg hinaus anzieht. Jedes Jahr gehen mehr als 200 Bewerbungen von jungen Musikerinnen und Musikern ein, die auf der großen Bühne auftreten wollen.

Der CPYE e.V. wählt momentan 16 Bands für den Jubiläums-ROCKTREFF aus. Parallel rekrutiert der Verein Freiwillige für die ehrenamtliche Crew, die bei den Vorbereitungen und während des Veranstaltungswochenendes die komplexen Abläufe begleitet, beispielsweise die Bühnen und Stände auf dem Gelände auf- und abbaut, Licht- und Tontechnik verkabelt oder im Backstage-Bereich bei der Verpflegung und Betreuung der Bands unterstützt.

Die Ehrenamtlichen des CPYE e.V. und zahlreiche kommunale und Kindereinrichtungen freier Träger verwandeln beim Spielfest die Rasenfläche im Stadion jedes Jahr in eine riesige Aktionsfläche, auf der die Kinder toben, rumalbern, springen, basteln, malen, raten und Sport treiben können. Eine Kletterwand, Riesenrutsche, Bungeehüpfen und Aquabälle ergänzen das Angebot.

Jugendstadtrat **Oliver Schworck**: „ROCKTREFF und Spielfest sind aus der Tradition dieses Bezirks nicht mehr wegzudenken. Sie zeigen eindrucksvoll, dass friedliche Großveranstaltungen mit vielfältigen Angeboten für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene gleichermaßen erfolgreich umsetzbar sind. Von diesem Wochenende profitieren alle Mitwirkenden: die Kinder, weil sie eine erlebnisreiche und unbekümmerte Zeit erleben können, die Familien, weil sie sich über die Angebotsvielfalt des Bezirks bei Sport, Musik- und Kultureinrichtungen informieren können und die jungen Bands, weil sie wertvolle Auftritts-Erfahrungen sammeln. All der Aufwand hat aber auch seinen Preis – gesucht und herzlich willkommen sind deshalb Sponsoren, die mit Sach- und Geldspenden dazu beitragen möchten, dass wir den Familien des Bezirks auch in diesem Jahr ein eindrucksvolles und gleichzeitig kostenfreies Programm bieten können.“



Gründeten 1984 den ROCKTREFF, **Michael Abou-Dakn** von der Rock-Ini der Ev. Jugend Tempelhof, heute Ärztlicher Direktor des St. Joseph-Krankenhauses, und Jugendstadtrat **Udo Keil**. Die Veranstaltungskoordination liegt auch in diesem Jahr in den bewährten Händen von **Tommi Müller**, der schon mit seiner Band 1984 beim ersten ROCKTREFF dabei war.

www.rocktreff.de

Quellen und Fotos: BA TS und paperpress Archiv

04) Neues vom gelben Solarboot. Gemeinsam auf dem Weg zur klimaneutralen Zustellung



paperpress

seit 1976



Nr. 622-25

28. Februar 2024

49. Jahrgang

Neues vom gelben Solarboot Gemeinsam auf dem Weg zur klimaneutralen Zustellung



Der Unternehmensbereich Post & Paket Deutschland der DHL Group und die Berliner Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt haben eine enge Kooperation besiegelt. So unterstützt das Land Berlin intensiv den Pakettransport auf dem Wasser in der Hauptstadt und verbessert damit die Rahmenbedingungen für das DHL-Pilotprojekt mit elektrisch angetriebenen Solarschiffen.



v.l.n.r.: **Sven Goerke**, Leiter der Niederlassung Berlin Paket, **Manja Schreiner**, Senatorin für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt, **Andreas Schwager**, Projektleiter nachhaltige Transport- und Zustelllösungen DHL.

Senatorin **Manja Schreiner** und **Sven Goerke**, unterzeichneten die Kooperationsvereinbarung an diesem Mittwoch. Diese sieht vor, dass solarbetriebene DHL-Packstationen an den Haltepunkten der Solarschiffe entlang der Wasserstraßen auf öffentlichem Raum aufgestellt werden dürfen. Dies geschieht in enger Abstimmung mit den zuständigen Bezirksämtern und der Senatsverwaltung.

Auf diese Weise wird die CO₂-neutrale Logistik im Pakettransport weiter vorangebracht. Im Zuge dieser Kooperation testen DHL und die Senatsverwaltung, wie mit der Entwicklung einer effizienten, stadtvträglichen Packstations-Infrastruktur eine stärkere Nutzung der Berliner Wasserstraßen für den kleinteiligen Wirtschaftsverkehr gelingen kann. Die Kooperation ist vorerst auf fünf Jahre bis Ende Februar 2029 angelegt.

Manja Schreiner: „Das DHL-Pilotprojekt zum Pakettransport per Solarschiff ist ein gutes Beispiel dafür, wie eine privatwirtschaftliche Initiative mit der Unterstützung der Verwaltung zu einem Erfolg für die Stadtgesellschaft wird. Genau so kommen wir auf dem Weg zur klimaneutralen Hauptstadt voran.“

„Wir freuen uns sehr, dass die Berliner Senatsverwaltung uns so stark bei diesem Solarschiff-Projekt unterstützt“, sagt **Sven Goerke**. „Wir sehen in der City-Logistik auf dem Wasser in Berlin noch großes Potenzial. Besonders die solarbetriebenen DHL-Packstationen am Wasser werden dieses tolle Projekt auf ein neues Niveau heben.“

Derzeit transportiert DHL mit dem elektrisch angetriebenen Solarschiff täglich bis zu 350 Sendungen auf der Spree und der Havel vom Südhafen Spandau bis zum Westhafen. Seit dem Projektstart im Oktober 2022 sind das rund 76.000 Sendungen. Bei dem deutschlandweit ersten Pilotprojekt dieser Art werden keine Emissionen verursacht, denn das Solarschiff fährt umweltschonend und geräuschlos. Vom Westhafen aus bringt DHL die Pakete dann weiter umweltfreundlich zu den Kunden – mit elektrischen Lastenrädern.

Im Sommer 2024 plant das Unternehmen zusammen mit den Projektpartnern Berliner Hafen- und Lagerhausgesellschaft BEHALA und der Reederei Solarwaterworld AG, die bisherige Route um zwei weitere Haltepunkte am Humboldthafen am Hauptbahnhof und am Wikingerufer zu erweitern. Außerdem wird eine zweite Route vom Anleger Altstadt Köpenick über Oberschöneweide, die Rummelsburger Bucht und die Halbinsel Stralau zum Osthafen nahe der Oberbaumbrücke mit einem zweiten Solarschiff eingerichtet.

Quelle: DHL / Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt. Fotos: DHL

05) Selbstfindungs-Partei Deutschlands. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 622-24

27. Februar 2024

49. Jahrgang

Selbstfindungs-Partei Deutschlands

Wenn die SPD etwas wirklich sehr gut kann, dann ist es die Beschäftigung mit sich selbst. Nennen Sie mal bitte, ohne lange nachzudenken, die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung oder die des Berliner Senats. **Olaf Scholz** lassen wir nicht gelten. In Berlin? **Iris Spranger** sorgt als Innensenatorin erkennbar für eine gewisse Sicherheit und nicht mehr so aufgeheizte 1.-Mai-Demos. Wie geht's der Wirtschaft mit **Franziska Giffey**? Und **Christian Gaebler** kann nicht mehr bauen, als es das durch den Bürokratiedschungel ausgebremsste Baugewerbe leisten kann. Die städtischen Wohnungsgesellschaften sanieren vornehmlich ihre Bestände, können aber auch nicht so viel bauen, wie es sein müsste.

In Berlin soll ein neuer Parteivorstand der SPD gewählt werden. Da demnächst nur noch ein Funktionär aus dem Abgeordnetenhaus beziehungsweise Senat Vorsitzender beziehungsweise Vorsitzende werden kann, hat **Franziska Giffey** schon mal verzichtet und **Raed Saleh** das Feld überlassen.

Mitgliederentscheide sind in der SPD nichts Neues. Während dieser, für Außenstehende langweiligen Verfahren, bleibt kaum Zeit sich mit richtiger Politik zu beschäftigen. Nun soll es mal wieder einen Entscheid geben. Es treten jeweils als Doppelspitze an:

Jana Bertels und **Kian Niroomand**
Nicola Böcker-Giannini und **Martin Hikel**
Luise Lehmann und **Raed Saleh**

Außerhalb der SPD-Mitgliedschaft sind lediglich die Namen **Martin Hikel**, Bürgermeister von Neukölln, und **Raed Saleh**, Fraktionsvorsitzender im Abgeordnetenhaus, bekannt. Auch wenn eine Mitgliederbefragung für die nächsten Wochen die Medien mehr beschäftigen wird, als die Realpolitik, so ist diese Art der Selbstfindung gut zu heißen, weil, höchst demokratisch.

30 Jahre lang aus Insidersicht und danach als naher Beobachter, habe ich erlebt, wie Vorstände in ihre Ämter kommen, wenn allein die Delegierten entscheiden dürfen. Jemand, der mal Vorsitzender werden wollte, hat tatsächlich alle Delegierten, teilweise spätabends angerufen, um sie von sich zu überzeugen. Woher hatte er die Telefonnummern? Er ist dann tatsächlich gewählt worden, um nach vier recht erfolglosen Jahren wieder von dem Vorsitzenden, gegen den er einst gewann, wieder nach Hause geschickt zu werden. So schön kann Parteipolitik sein. „An der Mitgliederbefragung teilnehmen dürfen alle SPD-Mitglieder, die zum Stichtag 23. Februar 2024

Mitglied der SPD Berlin sind.“ Schnell noch eintreten, lohnt also nicht.

„Die Mitgliederbefragung wird als Online-Abstimmung und als Briefwahl durchgeführt. Um online abstimmen zu können, müssen sich die Mitglieder bis zum 17. März 2024 dafür registrieren. Wer sich für die Online-Abstimmung nicht registriert, erhält die Abstimmungsunterlagen automatisch per Post zugestellt.“, heißt es in einer Pressemitteilung der SPD.

„Zur Vorstellung der Kandidatinnen und Kandidaten wird der Landesvorstand drei Mitgliederforen veranstalten: Am 12. März und am 11. April im Willy-Brandt-Haus und am 16.4. digital. Die SPD-Kreise können bis zu vier weitere regionale Mitgliederforen anbieten.“

„Die Befragung der Mitglieder findet vom 6. April bis 19. April 2024 statt; die Stimmen müssen spätestens bis zum 19. April 2024, 22.00 Uhr eingegangen sein. Die Mitgliederbefragung wird am 20. April 2024 im Kurt-Schumacher-Haus ausgezählt. Das Ergebnis wird unmittelbar nach der Auszählung bekanntgegeben. Bei der Mitgliederbefragung ist die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen erforderlich. Falls kein Kandidaten-Team die absolute Mehrheit erreicht, findet im Anschluss eine Stichwahl zwischen den beiden Bestplatzierten statt. Im zweiten Wahlgang ist die einfache Mehrheit ausreichend.“ Der Landesvorstand wird dann förmlich vom Landesparteitag am 25. Mai 2024 gewählt.

Das größte Risiko bei dieser Entscheidung geht **Raed Saleh** ein. Er ist seit 2011 Vorsitzender der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus und seit 2020 gemeinsam mit **Franziska Giffey** Landesvorsitzender der Partei. Ob er aus der Position des Landesvorsitzenden heraus punkten kann, wird sich zeigen. Sollte Saleh verlieren, dürfte sein Amt als Fraktionsvorsitzender wackeln.

Die Erfahrung, wie es ist, zu verlieren, hat Saleh vor knapp zehn Jahren gemacht, als er, **Jan Stöß** und **Michael Müller** Regierender Bürgermeister werden wollten. Müller gewann im ersten Wahlgang mit 59,11 Prozent, vor Stöß mit 20,8 und Saleh mit 18,6 Prozent. Müller hatte also knapp 20 Prozent mehr Stimmen als Stöß und Saleh zusammen. So richtig erholt hat sich Saleh von diesem Schmerz nie. Sein Ziel, eines Tages doch noch Regierender Bürgermeister zu werden, hat er nie aufgegeben. Im Mai könnte dieser Traum endgültig ausgeträumt sein, oder auch nicht...

Ed Koch

1

Impressum) paperpress - seit 1976 - paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.

paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin

Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch - Mathias Kraft - Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)

Postanschrift: Paper Press - Postfach 42 40 03 - 12082 Berlin - E-Mail: paperpress@berlin.de - Sponsor: PIEREG Druckcenter www.pierog.de

paperpress erscheint kostenlos - Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de - Textarchiv: www.paperpress.org

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form. Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

06) Moin 2.0. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 622-23

27. Februar 2024

49. Jahrgang

Moin 2.0



Foto: privat

Keine Angst, „Moin“ wird keine neue Serie. Nach unserem Morgengruß von gestern, sandte uns ein Leser aus Hamburg dieses Foto, das, wenn ich mich nicht irre, die Köhlbrandbrücke zeigt. Sehr schön. Danke.

Bis 1961 verbrachte ich meine Ferien bei meinen Großeltern in dem kleinen Dorf Grüna, zwischen Luckenwalde und Jüterbog gelegen. Nicht selten wurden wir nachts aus dem Schlaf gerissen, wenn Convoys russischer Militärfahrzeuge über die Hauptstraße donnerten. Auch tagsüber war die sowjetische Besatzungsmacht, also der sozialistische Bruderstaat, präsent. Wenn ich in der Umgebung des Dorfes spazieren ging und in der Ferne eine Fahrzeugkolonne entdeckte, versteckte ich mich so lange in den Kornfeldern, bis sie vorbeigefahren war. Das freundschaftliche Bild zur Sowjetunion, das das DDR-Fernsehen vermittelte, fand sich in Grüna nicht wieder. Hier hielt man Distanz.

Ganz anders in West-Berlin. Wohlbehütet im amerikanischen Sektor aufgewachsen, versteckte ich mich nicht vor alliierten Militärfahrzeugen. Ganz im Gegenteil; bei allen Paraden auf der Straße des 17. Juni war ich dabei, während die Panzer an mir vorbeiknatterten. Der Kontakt zu unseren amerikanischen Freunden war intensiv. Wenn der Stadtkommandant zum Sommerfest einlud, war ich natürlich dabei und fütterte mich am Buffet durch alle ungesunden amerikanischen Köstlichkeiten, mit bleibenden Schäden.

In den 1960er und 1970er Jahren „managte“ ich Amateurbands, die überall in der Stadt in Jugendzentren auftraten. Der Künstlerdienst des Arbeitsamtes vermittelte uns eines Tages an die amerikanischen Clubs in Berlin. Das war der Beginn einer langen Freundschaft. Vor allem ist mir der **Silver-**

Wings-Club am Flughafen Tempelhof in guter Erinnerung geblieben. Viele Male traten wir dort vor den amerikanischen Soldaten und ihren Familien auf, die nachsichtig unsere englischsprachigen Lieder ertrugen. Die Gage kam aus Frankfurt am Main, in Dollar. Je nachdem, wie der Kurs stand, war das ein gutes und manchmal weniger gutes Geschäft.

Das amerikanische Militär war allgegenwärtig, vor allem an den großen Freundschaftstagen auf dem Tempelhofer Feld. Die Luftbrücke, die uns vor dem Aushungern der Sowjetunion zwischen 1948 und 1949 beschützte, wurde und wird jedes Jahr ausgiebig gefeiert. Ja, West-Berlin hat den Amerikanern viel zu verdanken, nicht mehr und nicht weniger als die Freiheit in einer Demokratie. Alles, was wir zu Recht meinen, an den USA kritisieren zu müssen, steht auf einem anderen Blatt.

Obwohl von West-Berlin aus betrachtet jede andere Himmelsrichtung Osten war, haben wir uns sicher gefühlt. Der Russe stand jahrzehntelang vor der Tür, heute ist er 5.239,43 km Luftlinie von uns entfernt, die Bedrohung hingegen wird als viel größer empfunden.

Im letzten Jahr ist das NATO-Bündnis durch den Beitritt Finnlands um 338.472 km² gewachsen. Seit gestern kommen durch den Beitritt Schwedens noch einmal 447.435 km² hinzu. Wovon haben wir eigentlich Angst? Die Sorge, dass das Bündnis im Ernstfall nicht funktionieren könnte, ist größer als die davor, dass Russland ein NATO-Land angreifen könnte.

Jahrzehnte lang hat uns allein die Abschreckung beschützt. Denn, so durchgeknallt der neue russische Stalin auch sein mag, sich selbst würde er wohl nicht vernichten wollen. Europa ist durch den NATO-Beitritt der Finnen und Schweden meines Erachtens sicherer geworden. Nur, wenn der russischen Führung klar ist, dass sie nicht gegen uns gewinnen kann, wird sie nicht versuchen uns anzugreifen.

Existenziell ist das Verhalten der USA nach den Wahlen im November. Aber auch ein Präsident Trump 2.0 braucht Europa und wird es im Ernstfall nicht preisgeben.

Stark angewidert, das möchte ich noch erwähnen, bin ich vom Verhalten der Türkei und Ungarn bei den Beitrittsverhandlungen. Mit diesen beiden Schurkenregierungen wird es immer Probleme geben. Um die Sicherheit in Europa zu erhalten, zum Schluss noch diese Binsenweisheit: Die Ukraine muss den Krieg nicht gewinnen, sie darf ihn nur nicht verlieren.

Ed Koch

07) Moin. Von Ed Koch



Moin



Was für ein schöner Sonnenaufgang. Trotzdem fällt es mir schwer, „Guten Morgen“ zu sagen. Lassen wir es also bei der hanseatischen Kurzform „Moin“. Denn von „Gut“ kann keine Rede sein, jedenfalls nicht, wenn man den Tag mit dem Hören der Nachrichten beginnt.

Bei der BVG wird heute bis 14:00 Uhr ein bisschen gestreikt, Donnerstag und Freitag dann richtig, also, der ganz normale Wahnsinn. Von den Verhandlungen zwischen GDL und DB hört man im Augenblick gar nichts mehr und weiß nicht, ob das ein gutes oder schlechtes Zeichen ist.

Die Bauern sind dafür immer noch unterwegs und führen ihren Kampf fort. In Magdeburg haben sie am Wochenende eine Veranstaltung der Grünen gestört und **Ricarda Lang** bedrängt. Auf ihren Plakaten steht: „Wir haben die Schnauze voll!“ Ja, liebe Landwirte, so geht es mir auch, auch ich habe die „Schnauze voll“ von all jenen, die nur ihre eigenen Interessen im Blick haben, ohne auf andere und deren Bedürfnisse zu schauen, frei nach dem Motto: „Wenn jeder an sich selbst denkt, ist an alle gedacht!“ In Frankfurt/Oder an der deutsch-polnischen Grenze, läuft auch nichts mehr, weil die polnischen Bauern gegen die EU demonstrieren und sich über den Import von günstigeren Agrarprodukten aus der Ukraine aufregen. Wenn es ans Eingemachte geht, ist es vorbei mit der Solidarität. Die Politik ist nicht in der Lage, diese ganzen selbst geflochtenen Knoten wieder zu lösen. Wo soll das hinführen?

Apropos Ukraine. Nie wird mehr gelogen als im Krieg. Der ukrainische Präsident veröffentlichte jetzt erstmals Zahlen von getöteten Soldaten. Angeblich seien es 31.000. Zu getöteten Zivilisten gibt es keine Angaben. Die Zahl der getöteten oder verwundeten russischen Soldaten schwankt zwischen 75.000 und

315.000. Überprüfen lassen sich keine dieser Angaben. Klar ist, dass es für jedes Opfer dieses Krieges nur einen Schuldigen gibt, dessen Namen auszusprechen Übelkeit verursacht. Schon der altgriechische Geschichtsschreiber und Völkerkundler **Herodot von Halikarnass**, der rund 450 Jahre vor Beginn unserer Zeitrechnung lebte, wusste: „Niemand, der bei Verstand ist, zieht den Krieg dem Frieden vor; denn in diesem begraben die Söhne die Väter, im Ersteren die Väter die Söhne.“ Quelle: Springer Jahreskalender

Wenn die beiden **Festivalleiter der Berlinale** nicht ohnehin gehen würden, müssten sie nach der Abschlussgala am Samstag zurücktreten. So viel Antisemitismus auf einen Haufen sieht man selten. Da stehen irgendwelche Künstler in Palästinensertüchern auf der Bühne und sprechen von Völkermord, den Israel an den Palästinensern begeht, und Teile des Publikums applaudieren im Beisein des Regierenden Bürgermeisters frenetisch.

Völlig ausgeblendet wird, dass diejenigen, gegen die Israel Krieg führt, nicht weniger als die Vernichtung Israels anstreben. Es wird viel über die Wirkung des Krieges gesprochen, aber kaum über die Ursache. Natürlich kann man darüber geteilter Meinung sein, ob die Reaktion auf den Terrorangriff der Hamas am 7. Oktober 2023 angemessen oder überzogen ist, aber wohl kaum darüber, dass es das legitime Recht Israels ist, die Hamas ein für allemal auszuschalten.

Bevor die Filmschaffenden ihren Antisemitismus zur Schau stellten, wäre ein Blick in Wikipedia sinnvoll gewesen. Sie hätten folgendes erfahren: „Nach Raketenbeschuss von Zielen auf israelischem Staatsgebiet überwand Terroristen der Hamas und mit dieser verbündeter palästinensischer Milizen die Sperranlagen zwischen Gaza und Israel und drangen auf israelisches Staatsgebiet vor. Sie überwältigten zahlreiche grenznahe Militärposten und verübten in Siedlungen und Kleinstädten im Süden Israels Massaker an der Zivilbevölkerung.“

Zudem wurde massiv geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen verübt. *Israelischen Angaben zufolge wurden bei diesem Terrorangriff der Hamas auf israelischer Seite 1.139 Menschen ermordet oder im Kampf getötet – darunter 695 israelische Zivilisten, einschließlich 36 Minderjähriger, 373 Mitglieder der israelischen Sicherheitskräfte und 71 Ausländer.*

Darüber hinaus wurden mehr als 5.400 Menschen verletzt und bei den Geiselnahmen der Hamas während des Terrorangriffs 240 als Geiseln nach Gaza entführt. Mit Stand vom 2. Januar 2024 wurden lt.



Reuters von der Hamas etwa 110 Geiseln freigelassen, die meisten davon während des einwöchigen Waffenstillstands, der Ende November endete. Nach Angaben Israels befinden sich noch 129 in Gaza, 22 von ihnen gelten jedoch als tot. Bei den während des Terrorangriffs der Hamas 2023 begangenen Morden handelt sich um den größten Massenmord an Juden seit dem Holocaust."

Wie schön wäre es gewesen, wenn die Verantwortlichen der Berlinale an die israelischen Opfer gedacht hätten. Ein großes Geschrei wurde zu Beginn der Berlinale veranstaltet, als es darum ging, ob AfD Politiker eingeladen werden sollen. Man lud sie ein und wieder aus. Vielleicht sollten die Verantwortlichen, deren Festival mit Millionen Steuergeldern finanziert wird, einmal darüber nachdenken, ob ausgewiesene Antisemiten auf die Gästeliste gehören.

Viele Politiker kritisierten die Vorkommnisse, so auch der Regierende Bürgermeister und der Kultursenator. **Melanie Kühnemann-Grunow**, die medienpolitische Sprecherin der SPD, kritisierte die Vorkommnisse auf der Preisverleihung wie folgt. „Bei manchen Kulturschaffenden gibt es offenbar eine mangelnde Fähigkeit, zu differenzieren - und auch das Leid Israels zu sehen. Mir fehlte die kritische Sicht auf den 7. Oktober und die Anerkennung, dass dieser Tag für den israelischen Staat traumatisch war.“

Die SPD-Politikerin kritisierte, dass die Forderung nach einer Freilassung israelischer Geiseln nur in einem kurzen Redebeitrag der Festival-Leiterin **Mariette Rissenbeek** zu Beginn der Preisverleihung eine Rolle spielte. „Ich finde schon, dass ein Schaden für die Berlinale entstanden ist - ob man das heilen kann, wird sich zeigen“, sagte Kühnemann-Grunow. „Für uns ist auch entscheidend: Was hat Berlin von der Berlinale? Wenn da ein Schaden entsteht, müssen wir ja am Ende damit leben.“ Sie verwies darauf, dass das Filmfestival zwei Millionen Euro aus dem Berliner Landeshaushalt erhalte. (Mit rund zehn Millionen Euro beteiligt sich der Bund an der Berlinale).

Quelle: tagesschau

Nun liegt das Ergebnis der teilweisen **Wiederholungswahl** für den Bundestag vom 11. Februar 2024 vor. Damit ist, schreibt der **Tagesspiegel**, der Abschied von vier Berliner Abgeordneten besiegelt: **Ana-Maria Trasnea** (SPD), **Nina Stahr** (Grüne), **Lars Lindemann** (FDP) und **Pascal Meiser** (Linke). „Die Arbeitsverträge für deren Mitarbeiter enden laut Bundestagsverwaltung ‚drei Monate nach dem Zeitpunkt des Ausscheidens zum Monatsende‘, also Ende Juni. Die Rausgeflogenen selbst erhalten ihre Diäten

(10.592 Euro pro Monat) bis März und die Kostenpauschale (5052 Euro) bis April. Nach den Diäten gibt's ein ebenso hohes Übergangsgeld für einen Monat pro Mitgliedsjahr, also sechs Monate lang für Meiser und je zwei für Stahr und Lindemann. Trasnea, die erst im Mai 2023 für Sozialsenatorin **Cansel Kiziltepe** (SPD) nachgerückt war, erhält kein Übergangsgeld und auch keine Altersentschädigung, wenn sie 67 wird – sofern die Regelung bis zum dafür relevanten Jahr 2061 nicht noch geändert wird.“ „You never pay alone“, würde **Olaf Scholz** sagen.

Apropos Olaf Scholz. Der SPD-Fraktionsvorsitzende **Rolf Mützenich** hat gestern im „ARD-Bericht aus Berlin“ angekündigt, dass der Bundeskanzler „sehr bald, sehr gut erklären wird, was ihn bisher davon abgehalten hat und weiterhin abhalten wird, die geforderten Taurus-Marschflugkörper an die Ukraine zu liefern.“ Wann „sehr bald“ ist, hat Mützenich nicht verraten und was „sehr gut erklären“ bedeuten könnte, ahnen wir.

Bodo Ramelow musste gestern Abend bei **Caren Miosga** erklären, wie er trotz Legasthenie gut durchs Leben gekommen ist. Nachdem das geklärt war, wurde **Thomas de Maizière** mit an die Tisch geholt. Natürlich ging es um die Landtagswahl in Thüringen am 1. September. Die AfD liegt in den Umfragen mit 31 Prozent fast uneinholbar vorn, CDU 20, Linke 15, Wagenknecht 17 Prozent. Splittergruppen wie SPD (6%), Grüne (5%) und FDP (3%) spielen vielleicht keine Rolle.

Die spannende Frage wird sein, ob die CDU bereit ist, eine Koalition mit der Linken einzugehen, um die AfD zu verhindern. Würden SPD und Grüne helfen, käme man in dieser Super-Koalition auf 46 Prozent, was vielleicht bei den Mandaten reichen könnte. Zu einer konkreten Aussage bezüglich der Zusammenarbeit mit der Linken, ließ sich de Maizière nicht hinreißen, obwohl eine gewisse Form von Zusammenarbeit ja schon besteht. Ramelow steht einer Minderheitsregierung aus Linker, SPD und Grünen vor, die nur über 42 der 90 Mandate im Landtag verfügt. Die CDU sorgt regelmäßig dafür, dass der Haushalt verabschiedet werden kann.

De Maizière verteidigte den Abgrenzungsbeschluss seiner Partei in Richtung AfD und Linke. Man dürfe diesen keineswegs als Gleichsetzung missverstehen. „Wenn ich Eisbein nicht mag und Kohlroulade nicht mag, dann sind doch nicht Eisbein und Kohlroulade dasselbe.“ Mehr als nur einen Teil dieser Antwort hat die Zuschauer verunsichert.

Ed Koch



KW 8 – Overbeck



Beginnen wir mit dem Positiven, mit dem, was dem Autor in dieser Woche große Freude bereitet hat. So der Auftritt von **Roland Jankowsky**, bekannt vor allem aus der etwas anderen ZDF-Krimi-Serie **Wilsberg**. Es

geht um einen Buchhändler (**Leonard Lansink**) in Münster, der in seinem Antiquariat an die wenigen Kunden mehr verschenkt als von ihnen zu fordern, andererseits als Privatdetektiv sehr erfolgreich ist, wovon er auch nicht leben kann, seinen Freund Ekki (**Oliver Korittke**), ein Finanzbeamter, der oft seine Kompetenzen überschreitet, seine ebenfalls mit ihm befreundete Hauptkommissarin Anna (**Rita Rusek**), die an ihren Münsteraner Tatorten noch nie Hauptkommissar Frank Thiel (**Axel Prah**) oder dem Rechtsmediziner Prof. Dr. Karl-Friedrich Boerne (**Jan Josef Liefers**) begegnet ist, und last not least um Kriminaloberkommissar Overbeck. Das ist die personelle Mischung dieses äußerst unterhaltsamen Samstagabend-Krimis im ZDF, von dem gerade Folge Nr. 80 ausgestrahlt wurde. Die Episoden 81 bis 84 sind schon abgedreht, ab März werden weitere produziert.

Was macht Overbeck, der in der Serie ohne Vornamen auskommt, in seiner Freizeit? Sein Darsteller **Roland Jankowsky** veranstaltet Lesungen. Am 22. Februar war er mal wieder zu Gast in der **ufaFabrik** in Tempelhof. Der große Saal war bis auf den letzten Platz besetzt. Er präsentierte haarsträubende Kriminalfälle, in denen die Mitwirkenden auf unschöne Art zu Tode kommen. Jankowsky ist ein wunderbarer Vorleser, der in der Lage ist, den verschiedenen Charakteren eigene Stimmen zu geben. Der Abend am Teltowkanal mit dem 2018 als „coolsten TV-Kommissar Deutschlands“ ausgezeichneten Jankowsky-Overbeck war grandios.

Jankowsky hat noch eine andere Seite, die 1989 entdeckt wurde, nämlich sein Gesangstalent. Der Komponist **Tilman Reimers** vertonte für ihn Texte von **François Villon**, aus denen ein Solo-Programm entstand. Foto: Ed Koch

Apropos Gesang. So wie man Wilsberg mögen kann oder eben auch nicht, verhält es sich mit **Roland Kaiser**. Es gibt Menschen, die seine Lieder furchtbar finden, aber auch viele Millionen, die ihm seit 50 Jahren die Treue halten und nicht nur Konzertsäle, sondern einmal im Jahr für mehrere Tage das Elbufer in Dresden füllen.



Gestern Abend durfte **Giovanni Zarrella** das Kaiser-Jubiläum in einer über drei Stunden dauernden Show präsentieren und den einen oder anderen Hit des Kaisers mitsingen, auch auf Italienisch. Kolleginnen und Kollegen, vor allem Freunde

und Wegbegleiter wie **Beatrice Egli**, **Kerstin Ott**, **Maite Kelly**, **Semino Rossi** und **Nino de Angelo**, sangen gemeinsam mit ihm seine unverwechselbaren, oft so schön schlüpfrigen Texte. Foto: Screenshot ZDF

Das war ein entspannter Fernsehabend, und man tat gut daran, um 23:30 Uhr abzuschalten, bevor einen das „heute-journal“ auf den bösen Boden der Tatsachen am zweiten Jahrestag des Beginns des russischen Überfalls auf die Ukraine zurückholte.

Roland Kaiser ist einer der ganz großen deutschen Liedermacher und Sänger, von der gleichen Bedeutung, wenn auch musikalisch sehr unterschiedlich, wie **Herbert Grönemeyer** oder **Marius Müller-Westernhagen**. Was die drei auszeichnet und verbindet, ist ihr soziales und politisches Engagement. Sie schweigen nicht, wenn es schwierig wird in der Welt, was gegenwärtig ein Dauerzustand ist.

Der Weddingener Junge **Roland Kaiser** lebt seit Ende der 1990er Jahre in Münster, was für eine schöne Gemeinsamkeit zu Wilsberg. Aus seiner politischen Orientierung hat er nie einen Hehl gemacht, seit 2002 ist er Mitglied der SPD und vermutlich, wenn man dies abfragen würde, der beliebteste Sozialdemokrat des Landes. 2017 und 2022 durfte er an der Bundesversammlung teilnehmen. Beide Male wurde **Frank-Walter Steinmeier** zum Bundespräsidenten gewählt, vermutlich auch mit der Stimme von **Roland Kaiser**. Gefeierte wurden gestern Abend aber seine Lieder. Im Finalmedley erklang „Schachmatt“, was sicherlich nicht seiner Partei gewidmet war. Das hätte ihm Bundestagspräsidentin **Bärbel Bas**, mit der es einen kleinen Talk gab, wohl übelgenommen.



Auf der Beliebtheitsskala des ZDF-Politbarometers liegt seit Wochen Verteidigungsminister **Boris Pistorius** auf Platz Eins. Bundeskanzler **Olaf Scholz** belegt Platz Acht, hinter **Sarah Wagenknecht** und vor **Christian Lindner** und **Alice Weidel**. Das ist demütigend. **Hendrik Wüst** robbt sich an die Spitze, vielleicht auch an die der Unions-Kanzlerliste, was wesentlich erfreulicher wäre, als wenn **Friedrich Merz** (Platz Fünf) dieses Amt eines Tages übernehme. Aber auch **Markus Söder** (Platz Drei) ist noch im Rennen. Apropos Söder:

Am Mittwoch, dem 28. Februar 2024, überträgt ab 19:00 Uhr das Bayerische Fernsehen wieder den Starkbieranstich auf dem Nockherberg, mit der Fastenrede von **Maximilian Schafroth** und dem beliebten Singspiel mit dem verheißungsvollen Titel „Jeder ist des anderen Albtraum“, eine Parodie aus der Dystopie. „Eine Dystopie ist eine meist in der Zukunft spielende Erzählung, in der eine erschreckende oder nicht wünschenswerte Gesellschaftsordnung dargestellt wird.“ Das wird bestimmt heiter. Wikipedia



Nicht mehr heiter ist das, was gegenwärtig mit **Robert Habeck** geschieht. Haben wir wirklich das ganze Elend der Wirtschaftskrise allein ihm zu verdanken? **Gabor Steingart** (*The Pioneer, 100% werbefreier Journalismus direkt aus Berlin*) nannte Habeck in dieser Woche bei **Sandra Maischberger** den „Melker mit den kalten Händen.“ Habeck befände sich als Wirtschaftsminister im „falschen Körper“. Mehr Verachtung geht kaum. Foto: Ed Koch

Auch im Bundestag fiel in dieser Woche die Union über ihn her, als treibe er Deutschland in den Abgrund. Was mich, ehrlich gesagt, schon ein bisschen angewidert hat, ist, dass ausgerechnet die Versager früherer Bundesregierungen auf ihn einschlugen. Allen voran einer der bedeutendsten Verkehrsminister aller Zeiten, **Alexander Dobrindt** (CSU), gefolgt von der ebenso erfolgreichen Landwirtschaftsministerin **Julia Klöckner** (CDU) und dem noch erfolgreicherer Gesundheitsminister **Jens Spahn** (CDU). Die haben es nötig, sich über andere zu erheben.

Wenn es nicht gut läuft, und es läuft für die Ampel nicht gut (SPD 15%, Grüne 14%, FDP 4% = 33%, ZDF-Politbarometer) dann muss man andere Wege finden, um sich glücklich zu machen. Die Cannabis-Freigabe ab dem 1. April, was kein Scherz ist, hilft in so einer Situation natürlich weiter. Nur betäubt kann man das

alles nur noch ertragen, sowohl die Ampel als auch die oppositionelle Union. Sollte diese im Herbst nächsten Jahres die Regierung übernehmen, will sie alles rückgängig machen, das Bürgergeld und die Cannabis-Freigabe. Die Ampel soll also rückabgewickelt werden. Mit welchem Teil der Ampel die Union das hinkriegen will, wird noch nicht verraten.

Der Altmeister der Tagesspiegel-Kommentare, **Werner van Bebber**, meint: „Im Kiffer-Mekka Berlin werden sie sich wundern: Die von der Bundesregierung gewünschte Legalisierung von Cannabis wird den öffentlichen Dope-Konsum deutlich komplizieren. Das liegt an den Abstandsgeboten zu Schulen, Kindergärten und anderen Einrichtungen. Weite Teile der Innenstadt bleiben für passionierte Draußen-Kiffer tabu, weil sich an jeder zweiten Straße eine Schule oder ein Kinderladen befindet.“

Was noch?

Das Erschleichen von Sozialleistungen wird immer wieder, vor allem von Rechtsaußenparteien, angesprochen. Zur Kenntnis nehmen muss man aber, dass dieses Problem existiert. „Jonathan A. posiert mit einem Luxusfuhrpark aus deutschen Autos in Nigeria und wirft mit Geldscheinen um sich. Den Behörden in Dortmund, wo er gemeldet ist, gilt er hingegen als mittellos. Für die 24 Kinder verschiedenster Frauen, vor allem aus afrikanischen Ländern, die er anerkannt hat, kommt nach Informationen von ARD-Kontraste und rbb24-Recherche der deutsche Staat auf. Weil er Deutscher ist, haben die anerkannten Kinder, deren Mütter und weitere Angehörige über den Familiennachzug automatisch ein Bleiberecht in Deutschland. Bislang sind es 94 Personen.“ Quelle: tagesschau

Diesem Treiben ist offenbar nicht beizukommen, warum eigentlich nicht? Viel größer war die Aufregung in dieser Woche in Berlin wegen der Einsetzung eines Beauftragten für Russland-Deutsche mit vielerlei Verbindungen zur CDU. Warum diese Bevölkerungsgruppe einen eigenen Beauftragten braucht, wurde nicht ganz klar, schließlich gibt es keine Beauftragten für Türken und Polen, die in Berlin leben.

Beim Ball des VBKI zeigte sich Berlins berühmtestes Liebespaar, **Kai Wegner** und **Katharina Günther-Wünsch**, gestern Abend erstmals gemeinsam. „Im Laufe der Nacht halten die beiden dann zwar immer wieder Händchen und tanzen locker miteinander, aber demonstrative Küsse oder inniger Körperkontakt bleiben aus.“, hat die Morgenpost beobachtet. Dann ist ja alles in Ordnung.

Ed Koch

09) Abwärme aus Rechenzentrum nutzbar machen. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 622-18

22. Februar 2024

49. Jahrgang

Abwärme aus Rechenzentren nutzbar machen

Die Digitalisierung umgibt uns jeden Tag. Jedes Mal, wenn wir Nachrichten auf dem Handy checken, den Wetterbericht abrufen, oder Online-Banking nutzen, wird im Hintergrund ein Rechenzentrum aktiv. Von uns unbemerkt sind Rechenzentren mittlerweile das Fundament unseres täglichen Lebens, da praktisch kein Service ohne digitale Unterstützung mehr denkbar ist. Und was jeder von uns vom Laptop oder Handy kennt gilt auch für die Server in diesen Rechenzentren: Sie werden warm, wirklich sehr warm. Um die Technik bei günstiger Betriebstemperatur zu halten, setzen die Betreiber von Rechenzentren aufwendige Kühltechnologien ein. Das Ergebnis: warme Luft wird ungenutzt in die Umwelt abgeführt.

„Das können wir besser“, haben die Leute von **DATA2HEAT** gesagt und setzen genau an dieser Stelle an. Das auf dem EUREF-Campus ansässige Unternehmen, ist ein Joint Venture zwischen der **GASAG Solution Plus GmbH** und der **Investa Real Estate**.

Das Ziel von DATA2HEAT ist es, diese unvermeidbare Abwärme zur Beheizung von Wohn- oder Gewerbegebäuden zu nutzen.



Foto: Ed Koch

Wie das funktioniert, erklärt im Gespräch mit **paperpress** **Murat Kretschmer**, Senior Marketing Manager B2B von DATA2HEAT. „Die Temperatur der Server-Abwärme beträgt in etwa 30 Grad, das reicht nicht, um Heizungsanlagen zu betreiben. Die Lösung: Wir nehmen die Wärme ab, erhöhen die Temperatur über Wärmepumpen auf das benötigte

Niveau, und speisen sie in ein Wärmenetz ein. Das Ergebnis: eine fossilfreie und zukunftssichere Wärmeversorgung für unsere Kunden, die bereits heute die gesetzlichen Vorgaben zum Einsatz erneuerbarer Energien erfüllt.“ Kretschmer ist davon überzeugt, „dass diese Lösung ein wichtiger Baustein für die Wärmewende in unserem Land sein kann.“

Den Beweis tritt das Unternehmen gerade in Mariendorf an. Auf dem Gelände des **Mariensparks** entsteht in den nächsten Jahren ein Wärmenetz, das sich aus dem Rechenzentrum des DATA2HEAT-Partners **NTT** speist. „In einem ersten Schritt wird damit das Innovationsquartier Marienspark versorgt. Doch wir planen bereits weiter und haben das Ziel, in direkter Nachbarschaft über 4.000 Wohnungen und weitere Gewerbeflächen mit unserer Lösung zu versorgen.“, sagt **Murat Kretschmer**. Sein Unternehmen bietet für alle Fragestellungen Ende-zu-Ende-Lösungen an. „Wir übernehmen den gesamten Planungs- und Realisierungsprozess. Von der ersten Idee über die technische Ausgestaltung, die Genehmigung, das Fördermittelmanagement, bis hin zur Vertragsgestaltung. Darüber hinaus steuern wir den gesamten Bau der Energieinfrastruktur. Von der Erschließung der Wärmequelle im Rechenzentrum, bis zur Lieferung der Wärme an den Verbrauchsort der Kunden.“

„Mit dem Ausbau der Digitalisierung sehen wir deutschlandweit ein enormes Potential in der Abwärmennutzung aus Rechenzentren. Dabei gewinnen alle Beteiligten. Wir schaffen eine klimagerechtere Wärmeversorgung und unterstützen damit die Wärmewende. Wir bieten unseren Wärmekunden eine zukunftssichere und gesetzeskonforme Wärmelösung, bei der sie in keine eigene Heizungsanlage investieren müssen (Wärmenetzanschluss) und gleichzeitig unterstützen wir auch noch die Datacenter-Branche. Auch sie muss immer strengere Effizienz-Vorgaben erfüllen, was durch die Einsparung von Energie für die Kühlung gelingt. Am Ende verwandeln wir die warme Luft der Rechenzentren in wohlige Wärme bei Ihnen im Büro oder zu Hause.“

DATA2HEAT hat seinen Sitz im GASAG-Gebäude auf dem EUREF-Campus 23-24.

weitere Informationen unter:

<https://data2heat.de/de/>

Mit Murat Kretschmer sprach Ed Koch

10) Vor 40 Jahren. Von Ed Koch



185. AUSGABE

PAPER PRESS

12. MARZ 1984

SEITE 9

KLAUS WOWEREIT BEI PAPER PRESS

Eine Möglichkeit, etwas über die Vorstellungen und die Tätigkeit des neuen Tempelhofer Volksbildungsstadtrates Klaus Wowereit (SPD) zu erfahren, bot sich Interessierten am 21. Februar 1984 beim PAPER-PRESS-Pressegespräch in den Räumen des Jugendfreizeitheims Mariendorf.

Zu Beginn der Veranstaltung im überfüllten Saal des Jugendzentrums erklärte Klaus Wowereit, der sich zu diesem Zeitpunkt erst drei Wochen im Amt befand, nach eigenen Angaben aber schon den ersten Einstieg gefunden hatte, Umfang und Inhalte der Abteilung Volksbildung. Hierbei wurde von ihm besonders die Arbeit der Bücherleihen und der Musikschule hervorgehoben, zwei Bereiche, die schon immer im Schatten des Kunstamtes standen, die aber durch ihre Arbeit und ihr Engagement besondere Anerkennung verdienen.

GESAMTSCHULFRAGE BLEIBT AKTUELL

Einen Schwerpunkt seiner Arbeit sieht Wowereit in der Gesamtschulfrage, auf die, und dies nicht erst als Stadtrat, noch keine für ihn befriedigende Antwort gefunden wurde. Die Schwierigkeiten der Gesamtschule gäbe es nicht erst seit Frau Dr. Laurien Schulsenatorin wurde, die zwar keine Gesamtschulen schließt, sie aber auch nicht fördert, wodurch inhaltliche Veränderungen auf die lange Bank geschoben würden.

"Die Gesamtschulen bedürfen grundlegender Veränderungen wie z.B. Frequenzveränderungen, mehr Förderunterricht und bessere Fortbildung für Lehrer."

Maßnahmen also, die übergreifen und keine Einzelmaßnahmen der Laurien-Linie, die er als "Bruchstückarbeit" bezeichnet.

BEDEUTUNG DER FRIEDENSERZIEHUNG

Das leidige Kapitel der Vorfälle vom 20. Oktober 1983, in deren Zusammenhang es erneut zu Auseinandersetzungen im Tempelhofer BVV-Saal kam, die er als "Bevels für das Demokratieverständnis der Union" bezeichnete, (wir berichteten in der 184. Ausgabe darüber) glaubt Wowereit bald zu den Akten legen zu können. In Tempelhof sind 107 Lehrkräfte von Senatsmaßnahmen wegen Beteiligung an der UNO-Friedenswoche betroffen.

"Friedenserziehung", so der SPD-Politiker, "gibt es aber nicht erst seit dem 20. Oktober". Er sieht die didaktische Form allerdings als



PAPER-PRESS-FOTO: Udo Weinert

Frage der Lehrkräfte und beurteilt Ausstellungen und Arbeitsgemeinschaften an Schulen als eine "wichtige Sache, die es im Zeitalter des Atomwetterüstens zu fördern gilt!"

Zu fördern seien seiner Meinung nach auch Referate und Vorträge von Zeugen aus der Zeit des Nationalsozialismus an den Schulen, wobei es für ihn keine Rolle spielt, ob derjenige Kommunist war oder heute ist. Schließlich sollen sie "ja nicht das Parteiprogramm der KPD erklären, sondern die menschlichen Zusammenhänge darstellen." In einem unstrittenen Thema also eine klare Aussage des neuen Volksbildungsstadtrats: der sich auch dafür engagieren will, daß Zeitzeugen weiterhin antifaschistische Stadtrundfahrten durchführen bzw. begleiten.

Foto: Im Gespräch mit dem neuen Tempelhofer Volksbildungsstadtrat Klaus Wowereit (Foto rechts) PAPER PRESS Verleger Wolfgang Koch.

VIDEOFILM

Die PAPER-PRESS-Videofilmedaktion hat das Gespräch mit Klaus Wowereit aufgezeichnet. (VHS, 90 Minuten, Farbe).

Der Film kann kostenlos ausgeliehen werden, wovon schon etliche Tempelhofer Schulgruppen Gebrauch gemacht haben.

Bitte Termin vereinbaren unter 705 40 14 tgl. 14.30 bis 19.00 Uhr oder PAPER PRESS Redaktion Kommunalpolitik, Postfach 420 464, 1000 Berlin 42. Zum Selbstkostenpreis kann eine Filmkopie auch erstanden werden.

Vor 40 Jahren

Heute, auf den Tag genau vor 40 Jahren, war **Klaus Wowereit** zu Gast im Jugendfreizeitheim Mariendorf beim PAPER-PRESS-Pressegespräch.

Der spätere Regierende Bürgermeister war gerade zum Volksbildungsstadtrat von der Bezirksverordnetenversammlung Tempelhof gewählt worden.

Den erwähnten Videofilm gibt es leider nicht mehr.

Den Weg von **Klaus Wowereit** begleiteten wir schon seit 1979, als er Bezirksverordneter in Tempelhof wurde, bis zum Finale seiner politischen Tätigkeit im Amte des Regierenden Bürgermeisters Ende Dezember 2014, was inzwischen auch schon wieder fast zehn Jahre her ist.

Klaus Wowereit war einer der weltweit bekanntesten Bürgermeister unserer Stadt. Und auch noch heute wird er überall erkannt und freundlich angesprochen, wenn man ihn auf Veranstaltungen trifft.

Das Foto von dem Gespräch stammt von unserem Redakteur **Udo Weinert**, der am 17. Januar mit nur 58 Jahren verstorben ist. So lebt unser Freund in seinen Fotos für uns weiter.

Ed Koch



KW 7 – Uns geht's zu gut

Es ist zwar schon die 8. KW, aber am Wochenende konzentrierten sich alle **paperpress**-Kräfte auf die Traditionsveranstaltung **Grünkohlessen**, das zum 40sten Male stattfand. Da war keine Zeit für einen Wochenrückblick.



Foto: Phrenetica

Die Grünkohltrede 2024 hielt erstmals einer der profiliertesten Berliner Kabarettisten, **Frank Lüdecke**, der Künstlerische Leiter des Kabarett-Theaters „**Die Stachelschweine**“. Bei der Tombola verlost er zwei Tickets für sein neues Programm „**Träumt weiter**“, das am 27. April 2024 im Schlossparktheater zu erleben sein wird.



v.l.n.r.: Paper Press-Vorstand Mathias Kraft, Andreas Schwager, Klaus Hoffmann und Oliver Schworck. Foto: Andie Kraft

Klaus Hoffmann sang zwar nicht beim Grünkohlessen, verlost aber auch zwei Tickets für sein Programm „**Flügel**“, das er zwischen dem 20. und 24. März mit **Hawo Bleich** aufführt.

Während es bei unserem Grünkohlessen, obwohl es auch alkoholische Getränke gab, sehr gesittet zu-

ging, schlugen die Berliner Senatskoalitionäre offenbar am Freitag über die Strenge. So jedenfalls haben wir es heute früh in **Lorenz Maroldts** Tagesspiegel Newsletter Checkpoint gelesen:

„Bei der Wiederholungswahl zum Abgeordnetenhaus kamen CDU und SPD zwar zusammen nur auf 46,8 %, die gemeinsam Fraktionsvorstandsklausur verlief dagegen am Freitagabend hochprozentig: Nach übereinstimmenden Angaben wurde ‚ordentlich geöffnet‘, und zwar bis tief in die Nacht. Das Ergebnis: Die Sozialdemokraten hatten offenbar den größeren Kater – als die CDU-Leute am nächsten Morgen um 9 Uhr wie verabredet an den Tischen saßen, war von ihren SPD-Kollegen nichts zu sehen. Getrunken wurde übrigens in der ‚Wunderbar‘ – ein passender Ort für eine Koalition, die nicht weniger will als ‚das Beste für Berlin‘.“

Ausgerechnet die **Grünen** nahmen, offenbar ungeprüft, den Tagesspiegel-Beitrag zum Anlass, um über die Koalition herzufallen. Fraktionschef **Werner Graf** äußerte sich wie folgt: „Ich bin völlig ratlos und verzweifelt, dass in dieser Zeit Schwarz-Rot auf eine Arbeitsklausur fährt, die sich am Ende nur als teure Sauftour entpuppt. Würde diese Regierung mal ins Arbeiten kommen, wäre ihnen auch das Feierabendbier gegönnt. So kann es aber nicht weitergehen.“

Die **BZ** schreibt: „**Cannabis-Fan Graf** legt noch einen drauf: ‚Es ist höchste Zeit, dass sich CDU und SPD mit den Herausforderungen dieser Stadt beschäftigen, statt sich gegenseitig unter den Tisch zu saufen.‘“

„**Torsten Schneider**, Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion, bestätigt den geselligen Ausklang des ersten Sitzungstages: ‚Im Anschluss an ein gemeinsames Abendessen trafen sich beide Vorstände auf Selbstzahler-Basis fast vollzählig in einem Barbereich der Anlage.‘ Die letzten Teilnehmer hätten die Bar gegen 1.30 Uhr verlassen, so Schneider.

Am Tag darauf seien die ersten Teilnehmer der SPD bereits um 8.45 Uhr im Tagungsraum gewesen, darunter Fraktionsvorsitzende **Raed Saleh**. CDU-Fraktionschef **Dirk Stettner** zur **B.Z.**: ‚Grüne propagieren Fake News. Wir stellen richtig: Die Arbeitsklausur war durchgängig konstruktiv und von einer freundschaftlichen Atmosphäre getragen. Selbstverständlich sind CDU und SPD in der Lage, nach getaner Arbeit freundschaftlich und gesellig zusammensitzen und am nächsten Morgen weiter zu tagen.‘ Stettner betont: „Alle, die dabei waren, wissen ganz genau, dass dabei alle Getränke selbst bezahlt wurden.“



Offenbar ist den Grünen sowohl das Freundschaftliche als auch das Konstruktive leider fremd. Die Grünen liefern damit einen weiteren Grund, warum niemand mit ihnen koalieren kann.“

Interessant ist der zeitliche Ablauf der Geschichte. **05:59 Uhr:** Der Tagesspiegel Newsletter berichtet über das angebliche Saufgelage. **10:58 Uhr:** Die Grünen empören sich. **12:57 Uhr:** Die B.Z. berichtet auch, lässt aber Teilnehmende zur Wort kommen. **16:48 Uhr:** Update bei Tagesspiegel online, jetzt mit Zitaten des CDU-Fraktionschefs und des SPD-Fraktionsgeschäftsführers. So läuft das Geschäft.

Ich weiß nicht, wie viele betrunkene Politiker ich in den letzten 50 Jahren erlebt habe, darunter Mitglieder aller Parteien. Auch Öko-Wein macht betrunken. Ein besonderer Vorfall ereignete sich im Nachgang zum Hoffest des Regierenden Bürgermeisters am 28. Juni 2011. Der Wahlkampfmanager und Landesgeschäftsführer der Grünen hatte wohl zu viel getrunken. Er soll sich gleich mehrerer Delikte auf dem Nachhauseweg schuldig gemacht haben: Alkohol am Steuer, Körperverletzung, Beleidigung und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte. Der Mann ist seiner Ämter enthoben worden.

Uns geht's wirklich zu gut, wenn wir uns mit derartigen Problemen beschäftigen können.



Foto: Ed Koch

Wie schlecht es unserem Land tatsächlich geht, war am letzten Donnerstag bei einer Buchlesung zu erfahren. **Henryk M. Broder**, Journalist und früher u.a. Autor bei den „St. Pauli Nachrichten“, gilt als der scharfzüngigste Kommentator des Landes. Mit dem Journalisten **Reinhard Mohr** (*taz*, *FAZ*, *Spiegel*, *stern*, aktuell für die *Welt am Sonntag* und die *NZZ* tätig) hat Broder das Buch „Durchs irre Germanistan“

geschrieben. Sie ahnen es, damit ist Ampel-Deutschland gemeint. Das Buch ist bereits in der vierten Auflage erschienen und erfreut sich größter Beliebtheit, weil inzwischen die meisten Menschen die Koalition aus SPD, Grünen und FDP genauso abscheulich finden wie Broder und Mohr.

Die Veranstaltung wurde von der **PSD-Bank Berlin-Brandenburg** und der **Nicolaischen Buchhandlung** organisiert und fand in den Räumen der Bank in Friedenau statt.

Das Buch ist durchaus lesenswert, beschreibt es doch im Wesentlichen den Ist-Zustand. Am Ende ist man aber fassungslos, in was für einem fürchterlichen Land man leben muss. Für meinen Teil animieren mich derartige Veröffentlichungen immer dazu, Vergleiche zu anderen Ländern anzustellen. Ergebnis: Ich möchte ich keinem anderen Land der Welt leben, auch nicht bei den Finnen, dem „glücklichsten Volk der Welt“, weil es mir dort einfach zu kalt und zu lange dunkel ist.

Nach einer aktuellen Umfrage sprechen sich rund 58 Prozent für Neuwahlen aus. Längst zersetzt sich die Koalition von innen. Der FDP-Generalsekretär **Bijan Djir-Sarai** ist „davon überzeugt, dass eine bürgerliche Koalition aus CDU, CSU und FDP in der Lage wäre, die Probleme des Landes gemeinsam richtig zu analysieren und auch gemeinsam Lösungen zu finden.“ *Quelle: tagesschau.de*

Als **Olaf Scholz** unlängst sagte, dass er davon ausgehe, die Wahl 2025 zu gewinnen, hielten ihn die Medien angesichts der Umfragewerte von 14 Prozent für verrückt. Woraus speist sich aber der Gedanke von **Bijan Djir-Sarai**, mit der Union irgendwelche Probleme lösen zu können? Hätten gestern Bundestagswahlen stattgefunden, stünde heute der Möbelwagen vor den FDP-Büros im Bundestag. Und selbst wenn es die FDP über die fünf Prozent schaffen sollte, würde es nicht reichen, beide kämen bestenfalls auf 35 Prozent. Und auch rechenschwache Menschen erkennen sofort, dass 35 nicht annähernd die Hälfte von 100 ist.

Auf alle anderen Katastrophen, die uns in der letzten Woche widerfahren, will ich gar nicht eingehen, weil es zu unerträglich ist. Die faschistische russische Staatsführung hat es tatsächlich geschafft, das **Alexei Nawalny** ganz von allein gestorben ist. Während Putin leider zu Recht vom Endsieg in der Ukraine träumen kann, lässt die „freie Westen“, allen voran die USA, das Land mehr und mehr im Stich. Auch die 7. KW war keine gute. **Ed Koch**

12) Fred Baumgart - Der Hoffotograf ist tot.

Von Ed Koch und der paperpress-Crew



paperpress

seit 1976



Nr. 622-14

15. Februar 2024

49. Jahrgang

Der Hoffotograf ist tot



Foto: privat

Mit großer Trauer und Bestürzung haben wir heute erfahren, dass unser guter Freund und Wegbegleiter **Fred Baumgart** im Alter von 81 Jahren verstorben ist. Zu seinem 80sten Geburtstag am 17. März 2022 veröffentlichten wir eine Würdigung, die wir an dieser Stelle, leicht angepasst, wiederholen möchten.

Seit 1968 war **Fred Baumgart** Fotograf. Sein Haupterwerb lag in der Gesellschaftsfotografie, also Hochzeiten, Jubiläen und Geburtstage. Bekannt wurde er aber durch Fotos von Künstlern, Sportlern und Politikern. Von ihm stammen auch Plattencover. Von 1975 bis 2000 war er als freier Fotograf für die Pressestelle des Bezirksamtes Tempelhof tätig, viele Jahre auch gemeinsam mit seiner im Dezember 2020 verstorbenen Frau **Bärbel**. Das brachte ihm den Spitznamen „Hoffotograf“ ein. In dieser Zeit und noch lange danach verdankt auch **paperpress** den Baumgarts viele fantastische Fotos.

Eigentlich hatte sich **Fred Baumgart** zur Ruhe gesetzt, sein Studio in der Kreuzberger Forsterstraße aber nie aufgeben. Zu seinem Geburtstag hatte er sich eine neue hochwertige Kamera gekauft. Von der Leidenschaft des Fotografierens kam er nie los.

Seine Portraitfotos sind von hervorragender Qualität, da kann man alles vergessen, was man von der eigenen Digitalkamera herunterladen und ausdrucken kann. Baumgart verfügte über einen exzellenten Drucker, der für eine reale Farbwiedergabe sorgte.

Wer Fotos bei ihm machen ließ, durchlief drei Stufen. Zuerst betritt man den Vorraum des Studios. Die Wände sind vollgehängt mit seinen Fotos. Das Auge des männlichen Betrachters schwenkt sofort nach rechts, wo sich Fotos von Damen befinden, die sich weitestgehend ihrer Kleidung entledigt haben. Aktfotografie ist immer eine besondere Herausforderung. **Bärbel Baumgart** wachte bei den Foto-

shootings immer darüber, dass es nur ums Fotografieren ging. Für die Damen gibt es nur ein kleines ungerahmtes Bild, auf dem man zwei gut gebaute Herren sieht, die ihre Unterwäsche präsentieren. Und wenn sich junge Paare für Hochzeitsfotos einfanden, konnten sie gleich betrachten, wie süß Babys posieren können. Man musste immer viel Zeit mitbringen.

Zweitens: Das Fotoshooting. Da musste man Geduld haben, denn **Fred Baumgart** ging es nicht darum, einfach auf den Auslöser zu drücken, sondern Fotos zu machen, die Bestand haben. Man musste sich mit eigenen Ideen, wie man gern posieren möchte, zurückhalten. Der Meister sagte, wie sich Frau/Mann am besten in Szene setzen können. Er hat auch schon Kunden weggeschickt, die beispielsweise ein Komplettfoto von sich haben wollten, vom Kopf bis zu den Schuhen. So etwas macht man bei Hochzeitsfotos, da müssen auch die Schuhe zu sehen sein, aber nicht bei anderen Fotos, wo es um den oberen Teil des Menschen gehen soll. Was nach seiner Meinung nicht gut aussieht, fotografierte er nicht. Denn später ist der Kunde mit dem Foto, das er unbedingt haben wollte, unzufrieden, und dann hat immer der Fotograf Schuld, nicht der Kunde.

Die dritte und letzte Stufe wurde nach dem Shooting gezündet, wenn die fertigen Fotos in Empfang genommen werden konnten. Besondere Hingucker waren die A3-Formate, die er auf Pappe zog und mit einem edlen Bilderrahmen versah, ohne Glas, das würde nur die Farben verfälschen.

Fred Baumgart fotografierte Motive aller Art. Sein besonderes Augenmerk lag jedoch immer auf der Hochzeitsfotografie. „*Sie macht immer wieder den besonderen Reiz aus.*“, sagte er. „*Mit dem persönlichen und individuellen Vorabgespräch bei uns im Studio beginnt die aufregende Reise in den Hafen der Ehe.*“



Foto: **Fred und Bärbel Baumgart** im Januar 2015 bei einer Ausstellungseröffnung mit ihren Fotos im Kreuzberger Kiez-Plattenladen „Heisse Scheiben“.

Unser Mitgefühl gilt seinem Sohn **Thomas** und der Familie. **paperpress** hat **Fred Baumgart** viel zu verdanken. Wir verlieren

einen lieben Freund, den wir immer in guter Erinnerung behalten werden. In seinen Fotos lebt er weiter und ist für uns unsterblich.

**In tiefer Trauer,
Ed Koch und die paperpress-Crew.**

13) Konkurrenz belebt das Geschäft. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 622-11

13. Februar 2024

49. Jahrgang

Konkurrenz belebt das Geschäft

Es ist gut, dass sich inzwischen drei Genossen und drei Genossinnen um den Berliner SPD-Vorsitz bewerben, wobei Amtsinhaber **Raed Saleh** seine Kandidatur noch nicht offiziell erklärt hat. Saleh ist seit 2011 Fraktionsvorsitzender und seit 2020, gemeinsam mit **Franziska Giffey**, Landesvorsitzender der SPD. Giffey hat inzwischen erklärt, nicht wieder zu kandidieren. Einer von beiden hätte so und so verzichten müssen, weil zwei Funktionsträger aus Senat und Abgeordnetenhaus künftig nicht mehr gemeinsam an der Spitze der Partei stehen dürfen.

Von **Luise Lehmann**, die als Ko-Vorsitzende von Saleh „gehandelt“ wird, habe ich noch nie etwas gehört, was nichts heißen will. Auch sagen mir die Namen **Kian Niroomand** und **Jana Bertels**, auch wenn sie wichtige Funktionen in der SPD innehaben, nichts. Ex-Staatssekretärin **Nicola Böcker-Giannini** und Neuköllns Bezirksbürgermeister **Martin Hikel** kenne ich natürlich, was aber auch nichts heißen will.

Im Mai wird ein neuer Landesvorstand gewählt. Die Frage ist, von wem. Es würde der SPD gut zu Gesicht stehen, ihren Mitgliedern die Entscheidung zu überlassen, so wie es 2014 bei **Michael Müller** geschah, als die SPD einen neuen Regierenden Bürgermeister als Nachfolger von **Klaus Wowereit** suchte.

Angesichts der dramatischen Situation, in der sich die SPD, auch in Berlin, derzeit in Umfragen befindet, wäre ein Neuanfang mit neuen Gesichtern sinnvoll. Von 2011, 28,3%, über 2016, 21,6% bis 2021, 21,4%, ging es für die Berliner SPD immer abwärts. Dafür die Schuld allein **Klaus Wowereit**, **Michael Müller** und **Franziska Giffey** zuzuschreiben, würde zu kurz greifen. **Raed Saleh** war ganz vorn seit 2011 dabei und trägt zumindest eine Mitschuld. In der aktuellen INSA-Umfrage vom 31.01.2024 liegt die SPD bei 16 Prozent, einen Punkt hinter den Grünen und weit entfernt von der CDU mit 29 Prozent. Die jetzige Koalition käme auf 45 Prozent, eine Neuaufgabe von R2G auf 43 Prozent.

Blicken wir also mal wieder in den nächsten Wochen und Monaten auf die Personalpolitik der Berliner SPD.

Ed Koch

1

14) KW 6 (5. – 10.02.2024) – 2. Teil: Erbsen zählen. Von Ed Koch



KW 6 – 2. Teil Erbsen zählen

In 455 Wahlbezirken muss heute die Bundestagswahl von 2021 wiederholt werden. In Pankow, Charlottenburg-Wilmersdorf und Reinickendorf befinden sich die größten Gebiete, in denen die Bürgerinnen und Bürger noch einmal ihr Kreuz machen dürfen. Auch wenn es eine Wiederholungswahl ist, muss man sein Kreuz nicht an dieselbe Stelle setzen wie 2021. So gesehen ist es keine Wiederholung, sondern doch eher eine Neuwahl.

Völlig unspektakulär verlief der Wahlkampf. Die Berichterstattung hielt sich in Grenzen, keine Fernsehdiskussionen und nur wenige Veranstaltungen. In Tempelhof-Schöneberg hatte man den Eindruck, dass nur der CDU Kandidat **Dr. Jan-Marco Luczak** antritt. Seine Plakate dominierten das Straßenbild. Nur wenige kleinere Plakate anderer Parteien hingen an den Laternen. In der Abendschau haben wir gestern gesehen, dass Wahlkreisgewinner **Kevin Kühnert** in den betreffenden Wahlbezirken von Tempelhof-Schöneberg in den Häusern von Tür zu Tür ging.

Was soll man also über so ein Ereignis berichten? Da macht es sich doch gut, dass einem findigen BILD-Reporter aufgefallen ist, dass auf den Wahlzetteln von Charlottenburg-Wilmersdorf als Beruf von **Michael Müller**, Regierender Bürgermeister steht, obwohl er doch jetzt Mitglied des Bundestages ist. Erklärungen des Landeswahlamtes, dass bei einer Wiederholungswahl die Stimmzettel so aussehen wie bei der Hauptwahl, nützte wenig. Die Presse stürzte sich auf dieses Thema, als müsse die Wahl erneut wiederholt werden.

Nicht erwähnt wurde, dass auch bei **Lisa Paus**, die auf demselben Wahlschein wie Müller steht, die Berufsangabe zum Teil überholt ist, denn Paus ist inzwischen nicht allein Mitglied des Bundestages, sondern Bundesministerin. „Arbeits- und Sozialsenatorin **Cansel Kiziltepe** steht als Bundestagsabgeordnete auf dem Stimmzettel für Friedrichshain-Kreuzberg, hat aber ihr Mandat niedergelegt, als sie 2023 Senatorin in Berlin wurde. **Joe Chialo** steht als Musikmanager auf dem Stimmzettel für Spandau, ist aber inzwischen Kultursenator.“, listet die **Morgenpost** weitere unvermeidliche Ungenauigkeiten auf.

Die Diskussion ist völlig überflüssig und ändert an der Zusammensetzung des Bundestages wenig.

Müller hatte den Wahlkreis mit 27,9 Prozent vor Paus mit 24,4 Prozent gewonnen. Egal, wer von beiden jetzt vorn liegt, beide sind über die Landeslisten ihrer Parteien abgesichert und behalten das Mandat. Da fällt einem natürlich wieder der berühmte Satz von **Kurt Tucholsky** ein, „Wenn Wahlen etwas ändern würden, wären sie längst verboten.“

Der hier erwähnte Vorgang war längst vergessen, da legte **Tagesspiegel** Chefredakteur **Lorenz Maroldt** in seinem Checkpoint-Newsletter nach und fiel zurück in die alten Zeiten, in denen er genüsslich den Regierenden Bürgermeister **Michael Müller** anzählte, wo es nur ging.

In dieser Woche pflegte Maroldt seine antrainierte Abneigung gegen Müller mit einer grandiosen Entdeckung. So schrieb Maroldt: „Prominentester Kandidat ist **Michael Müller** (wie bitte? Was ist mit Lisa Paus, Monika Grütters oder Kevin Kühnert?), der zur Wiederholungswahl auf den Stimmzetteln nicht nur unter seinem Funktionstitel von 2021 antritt („Regierender Bürgermeister“, Sie erinnern sich?), sondern im „Bezirksjournal“ ausweislich des Impressums jetzt auch als „Chefredakteur“ für Furore sorgt.“ Furore? Wo, bei wem? Außerhalb von Maroldts Büro am Askanischen Platz, hat von dieser Furore niemand etwas mitbekommen.

Bezirksjournal



Das „Bezirksjournal“ ist eine von der SPD Charlottenburg-Wilmersdorf herausgegebene Zeitung, für die **Michael Müller** presserechtlich verantwortlich ist, so wie **Lorenz Maroldt** für den Tagesspiegel. Das Thema war für den Checkpoint so interessant, dass **Naomi Fearn**, die den Newsletter täglich mit einer Karikatur bereichert, auch darauf einging. Wenn man keine anderen Themen hat...

Damit aber nicht genug. Maroldt legte noch einen drauf. „Auf den lediglich 8 Seiten des Blättchens hat **Müller** ... **sensationelle 14-mal** sein eigenes Gesicht platziert. Dagegen sieht selbst sein Nachfolger als Regiermeister und bisherige Rekordhalter **Kai Weg-**



ner *blass aus (11 Fotos auf 16 Seiten in der aktuellen Ausgabe der CDU-Postille „Berliner Rundschau“).* Wenn wir schon Erbsen zählen, dann bitte richtig. Wir haben mehrfach nachgezählt und auch bei **Michael Müller** nachgefragt, ob sich irgendwo in den Zeilen noch ein Bilderrätsel befindet. Ergebnis: Es gibt zehn Fotos von Müller in der Zeitung, also eins weniger als bei **Kai Wegner**.

Das „Bezirksjournal“ ist eine professionell gemachte Zeitung der **Times Media GmbH**, herausgegeben anlässlich der Wiederholungswahl. In der Zeitung listet Müller das auf, was wir von jedem Politiker erwarten, nämlich uns darüber zu berichten, was er als Abgeordneter gemacht hat. Maroldt hat für die von Müller aufgelisteten Projekte nur Hohn und Spott übrig: „Chefredakteur Müller hat laut ‚Bezirksjournal‘ während der vergangenen Monate dank seiner Besonnenheit nicht nur diplomatisch die Welt gerettet, sondern vom Auswärtigen Ausschuss aus quasi im Alleingang 16,9 Millionen Euro für vier Projekte in seiner politischen Heimat Charlottenburg-Wilmersdorf losgeeeist. ... Tja, so einen wünschte man sich doch als Bürgermeister!“

Schade, dass dem Chefredakteur der in der Selbstwahrnehmung als „Leitmedium“ für Berlin bezeichneten Zeitung nichts anderes als Mobbing einfällt. „Der Tagesspiegel wurde 1945 als erste freie Zeitung in Berlin gegründet und gilt als Qualitätszeitung der Hauptstadt. ‚Rerum cognoscere causas‘ (Den Dingen auf den Grund gehen) ist Leitsatz und Programm der täglich erscheinenden Zeitung. Er steht auch für die liberale Grundhaltung des Blattes.“, so die Eigenwerbung des Tagesspiegels. Tja.



Schauen wir uns doch mal die anderen Kandidierenden an. **Monika Grütters**, die in Reinickendorf antritt und den Wahlkreis mit 27,9 Prozent knapp vor **Torsten Einstmann** mit 25,8 Prozent gewonnen hat, ist auf ihrer Internetseite auf 16 Fotos zu sehen. Was ist dagegen zu sagen?



Dr. Jan-Marco Luczak lächelt mit und ohne Hund über 30-mal auf seiner Seite.



Lisa Paus präsentiert auf über 30 Fotos ihre abwechslungsreiche, modische und farbenfrohe Kleidersammlung.



Bei **Renate Künast** habe ich bei 27 aufgehört zu zählen. Wer sich für Politikerinnen und Politiker interessiert und mehr auf deren Internetseiten über sie erfahren will, möchte auch sehen, mit wem sich die Damen und Herren treffen. Niemand regt sich darüber auf, es sei denn er heißt Marold und es geht gegen **Michael Müller**. *Fotos: Internetseiten der Politiker/Innen*

Österreich (Seiten E 162 – E 163)

01) Österreich: Die Asylkrise geht weiter – Jungmännerhorden weiter im Anmarsch

Von Redaktion

Feb 14, 2024 [#Asylkrise](#), [#Migrantenflut](#), [#Österreich](#)



Österreich stellt einen besonders attraktiven Magneten für Migranten aus aller Herren Länder dar. Der Grund: Dort kann man relaxed „Schutz suchen“ ohne arbeiten zu müssen. Das Resultat: Das verhältnismäßig kleine Land wird von Jungmännerhorden förmlich geflutet.

Die Alpenrepublik ist zwar von sicheren Drittstaaten umgeben, trotzdem werden Asylansuchen freudig angenommen – die Agenda Umvolkung geht da vor – auf EU-Bestimmungen wie Dublin oder Schengen wird gepfiffen. Abgeschoben wird kaum, außer man ist gut integriert und in einem Arbeitsverhältnis. Selbst Kinder, die im Land aufwachsen und gute Schüler sind, werden mitunter des Landes verwiesen. Als Messerstecher oder als intergrationsresistentes Kopftuchweib hat man in dieser Hinsicht wesentlich bessere Karten.

Politiker, denen diese Zustände nicht passen – man denkt da an die FPÖ – werden von Linken oder den Mainstreammedien als “Ausländerfeinde”, “Rassisten” oder gleich als “Nazis” beschimpft.

Im folgenden Podcast zeigt Andreas Mölzer auf, welche fatalen Folgen diese Entwicklung für Land und Leute hat:

https://www.youtube.com/watch?v=_9VeoxSLhhE

Seite E 163 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Dieser Podcast erschien zuerst auf [ZURZEIT](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Österreich: Jörg Haider Gedenkstätte am Unfallort bei Klagenfurt verwüstet

Feb 12, 2024



KLAGENFURT – Die Schändung der Gedenkstätte für Jörg Haider an der Unfallstelle bei Klagenfurt zeigt uns einmal mehr, wie das politische Klima zunehmend von jenen Kräften vergiftet wird, die ihren Weg, politisch in eine linksfaschistische Gesinnungsdiktatur und wirtschaftlich in den Turbokapitalismus, von Demokraten und anständigen Bürgern bedroht sehen.

Sehen Sie eine Stellungnahme von Gereald Grosz dazu:

<https://www.youtube.com/watch?v=-elfiti-YxQ>

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

S ü d t i r o l (Seite E 164)

01) Südtirol: Eine Auszeichnung für den Ex-Bürgermeister von Bozen, der nie deutsch gesprochen hat

Giovanni Salghetti Drioli (*11.11.1941 Rom) war beruflich als Anwalt, Leiter des Südtiroler Landesamtes für **Rechtsberatung und stellvertretender Generaldirektor der Südtiroler Landesverwaltung tätig.**

Nachdem der italienische Staatsrat die Annullierung der 1985 stattgefundenen Gemeinderatswahlen in Bozen verkündet hatte, verwaltete er vom 7. September 1988 bis zum 4. August 1989 als außerordentlicher Kommissar die Stadt.

Bei den Kommunalwahlen 1995 wurde Salghetti Drioli, der auf der Liste *Primavera a Bolzano* antrat, zum Bürgermeister von Bozen gewählt.

Fünf Jahre später gelang ihm an der Spitze von Noi per l'Alto Adige die Wiederwahl.

Im Mai 2005 unterlag er als Spitzenkandidat der Margeritha, der in der Stichwahl von einem breiten Bündnis von Zentrums- und Linksparteien sowie der Südtiroler Volkspartei unterstützt wurde, um 7 Stimmen dem Mitte-rechts-Kandidaten Giovanni Benussi, der anschließend allerdings im Gemeinderat keine Mehrheit finden konnte und in einer wiederholten Bürgermeisterwahl im November desselben Jahres durch den Mitte-Links-Kandidaten Luigi Spagniolli ersetzt wurde.

In der Folge zog sich Salghetti Drioli aus der Politik zurück.

Für kurze Zeit kehrte Salghetti Drioli in den Landesdienst zurück, 2007 ging er in den Ruhestand

Ich erinnere mich gut an die Zeit mit Bürgermeister Salghetti, **er hat sich immer geweigert deutsch zu sprechen.**

Seine Antwort auf **die Bitte** einen Satz auf deutsch zu sagen, war: *parlo la mia lingua e basta.*

Ich arbeitete damals beim ORF.

Das einzige Mal wo er deutsch sprach, war beim Zweierwettkampf um den Bürgermeister Sessel mit Benussi und da war Frage und Antwort auf einem Zettel vorgeschrieben und **er hat das heruntergelesen.**

Das Nichtkönnen der deutschen Sprache hinderte ihn nicht, die **Zweisprachigkeits Zulage von 80 Prozent zu kassieren.**

Damals genügte es, sich einmal im Jahr zum Kurs der Zweisprachigkeit anzumelden.

Er war ja im Land Chef der Rechtsabteilung.

Die Prüfung zur Zweisprachigkeit hat er nie abgelegt, er erhält eine Auszeichnung.

So sieht die Realität der „gelebten Autonomie Südtirols“ aus!

Tiroler Grüße
B. M.

P o l e n (Seiten E 165 - E 168)

01) Illiberales Nachbeben. Nach acht Jahren an der Macht endete im Herbst die Herrschaft der PiS in Polen. Doch die Demokratie im Land ist damit noch lange nicht gerettet. Von Jan Zielonka



Jan Zielonka
Venedig

Jan Zielonka ist Professor für Politik und Internationale Beziehungen an der Universität Venedig sowie am *St. Antony's College* der Universität Oxford. Er ist der Autor von *Konterrevolution. Der Rückzug des Liberalen Europas* (2019)

Europa 04.03.2024 | [Jan Zielonka](#)



picture alliance / Anadolu | Omar Marques Die seit Oktober amtierende Koalitionsregierung unter Donald Tusk hat bisher vor allem die Machtbasis der liberalen Parteikader wiederhergestellt.

Bei den [Parlamentswahlen](#) in Polen im vergangenen Oktober haben sich die Demokraten gegenüber den Populisten [durchgesetzt](#). Doch nach fünf Monaten juristischer und politischer Turbulenzen ist es um die Demokratie im Land immer noch schlecht bestellt. Die Ursachen für diese Misere haben jedoch nicht unbedingt etwas mit Kirchturmdenken zu tun. Die Polen mögen zwar in dem Ruf stehen, introvertiert, anarchisch und wenig kompromissbereit zu sein (um es [in Anlehnung](#) an Jean-Jacques Rousseau zu sagen: Die polnische Freiheitsliebe geht nicht mit der Tugend der Staatsbürgerlichkeit einher). Doch

der derzeitige Stillstand ist vielmehr das Resultat einer achtjährigen populistischen Herrschaft, von der sich jetzt herausstellt, wie schwer sie rückgängig zu machen ist. Offenbar gilt noch immer das alte kommunistische Sprichwort: Aus dem Inhalt eines (demokratischen) Aquariums kann man eine Fischsuppe kochen, aber nicht andersherum.

Dabei [haben die Polinnen und Polen \(historisch betrachtet\) reichlich Erfahrung damit](#), auf den Trümmern einer autoritären Herrschaft ein demokratisches System aufzubauen. Wer, wenn nicht sie, könnte also ein populistisches Erbe überwinden? Doch das ist einfacher gesagt als getan, denn rückblickend scheint es eher so, als sei die Abkehr vom Kommunismus die leichtere Aufgabe gewesen. 1989 verfolgten die Konfliktparteien in Polen – die regierende „Vereinigte Arbeiterpartei“ und die Gewerkschaft *Solidarność*, die die Opposition anführte – immerhin ein gemeinsames Ziel: Sie suchten Anschluss an den wohlhabenden, friedliebenden und demokratischen Teil Europas. Die Sowjetunion war unter Michail Gorbatschow weder [willens](#) noch in der Lage, dies zu verhindern, und so gelang es den beiden konkurrierenden Seiten, sich an einen „[Runden Tisch](#)“ zu setzen und sich auf eine Machtteilung zu verständigen.

Heute ist an eine solche Übereinkunft hingegen nicht zu denken: Das liberale und das illiberale politische Lager sind hoffnungslos entzweit und haben keinen Grundkonsens zu Kapitalismus, Demokratie und europäischer Integration. Außerdem kann es bei der Einigung auf eine Machtteilung mittlerweile nicht mehr nur darum gehen, die lukrativen Posten unter sich aufzuteilen, sondern vielmehr darum, die Anliegen der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger abzubilden. Doch hierfür fehlt eine gemeinsame Zukunftsvision. Während die Politikerinnen und Politiker also weiterhin versuchen, der jeweils gegnerischen Partei den Todesstoß zu versetzen, denkt die polnische Bevölkerung darüber nach, was dieser Machtkampf für sie bedeutet. Wird die Zukunft besser sein als die Gegenwart? Daran gibt es berechtigte Zweifel: Denn derzeit geht es politisch drunter und drüber im Land, sodass es für die Regierung schwer ist, soziale Belange voranzubringen.

Mit rein rechtlichen Mitteln lässt sich das populistische Erbe nicht so einfach rückgängig machen.

Beginnen wir mit dem rechtlichen Dilemma. Die illiberale Partei, die in Polen in den letzten acht Jahren an der Macht war, nennt sich zwar „Recht und Gerechtigkeit“ (das polnische Akronym lautet „PiS“), doch entgegen dieser Maxime zielten die von ihr verabschiedeten Gesetze in erster Linie darauf ab, der Regierungspartei und den von ihr nominierten Personen in den verschiedenen staatlichen Gremien gerecht zu werden. Heute sind sogar die Gerichte mit Richtern besetzt, die nach parteipolitischen Kriterien und in vielen Fällen widerrechtlich ausgewählt wurden. Selbst der Präsident, der mit seinem Veto neue Gesetze blockieren kann, wurde so von der PiS nominiert.

Mit rein rechtlichen Mitteln lässt sich das populistische Erbe also nicht so einfach rückgängig machen. Das wirft wiederum eine [heikle Frage](#) auf: Kann Rechtsstaatlichkeit im Umkehrschluss mit illegalen Mitteln wiederhergestellt werden? Bisher behilft sich die neue Regierung mit parlamentarischen Erklärungen, gegen die der Präsident kein Veto einlegen kann. Formal stellen sie allerdings keine Rechtsquelle dar. Man mag also zwar mit Maximilien Robespierre darin übereinstimmen, dass Revolutionen nicht mit einem Strafgesetzbuch in der Hand gelingen, doch gleichzeitig ist Robespierre kein liberaler Held, und niemand in Polen wünscht sich Guillotinen.

Dies wirft ein weiteres altbekanntes Problem auf: Wie kann man eine illiberale Wählerschaft davon überzeugen, ein liberales Projekt zu unterstützen? Die PiS war zwar nach den letzten Wahlen nicht in der Lage, eine Regierung zu bilden, blieb aber dennoch die Partei mit dem

Seite E 167 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

größten Rückhalt in der Bevölkerung. In Polen liegen, ebenso wie in anderen Teilen Europas, die Liberalen und die [Populisten](#) jedoch nicht auf einer Wellenlänge. Sie vertreten unterschiedliche Werte, kommen aus unterschiedlichen sozialen Milieus und beschuldigen sich gegenseitig, die Demokratie und in einigen Fällen auch individuelle Karrieren zu zerstören.

Im polnischen Wahlkampf wurde von den Liberalen folglich versprochen, das illiberale „Übel“ zu beseitigen. Deshalb [wächst nun der Druck](#), von der PiS berufene Personen nicht nur aus Ministerien und Gerichten, sondern auch aus öffentlichen Unternehmen, Museen, Schulen, Krankenhäusern und sogar aus Theatern zu entfernen. Dies hat jedoch verheerende Folgen: Denn Demokratie kann nur funktionieren, wenn die Verlierer die Wahlniederlage akzeptieren. Es ist jedoch unwahrscheinlich, dass die unterlegene Seite kooperiert, wenn sie von den Siegern in die Enge getrieben wird. Wenn sie infolgedessen zudem, so wie in Polen, Widerstand leistet oder rebelliert, dann bricht Chaos aus.

Die Parteien haben sich von jeder gesellschaftlichen Basis abgekoppelt und sind stattdessen ignorant, arrogant und eigennützig geworden.

In einer hieraus entstehenden Atmosphäre des Bürgerkriegs floriert der Populismus. Für die Demokratie ist das fatal. Autokratischen Politikern einen Rückzugsort zu gewähren und sie wieder Tritt fassen zu lassen, ist der Demokratie jedoch ebenfalls nicht zuträglich. Sollen die Gesetzesbrecher aus den Reihen des früheren Regimes also [ungestraft davonkommen](#)?

Ralf Dahrendorf hat einmal [grimmig behauptet](#), die Demokratie sei eine Regierungsform und kein Dampfbad des Volksempfindens. Das Problem ist allerdings, dass der Staat von politischen Parteien betrieben wird, in welche die polnische Allgemeinheit immer weniger hineinwirkt. Sie sind zu „Kader“- und „Kartell“-Parteien mit wenigen Mitgliedern und Stammwählern [geworden](#), behandeln die Bürgerinnen und Bürger nur noch wie Konsumenten und unterwerfen sich dem ausgefeilten Instrumentarium der Meinungsforschung. Die Parteien haben sich somit von jeder gesellschaftlichen Basis abgekoppelt und sind stattdessen ignorant, arrogant und eigennützig geworden. Das gilt zwar leider für ganz Europa, ist in Polen jedoch als ganz besonders problematisch.

Die seit Oktober amtierende Koalitionsregierung hat zwar den Anspruch, die Demokratie wiederherzustellen, bislang hat sie jedoch vor allem die Machtbasis der liberalen Parteikader wiederhergestellt. Wichtige und weniger wichtige Ministerposten werden mit Parteifunktionären anstelle von echten Fachleuten [besetzt](#), während die Chefs der öffentlich-rechtlichen Medien und Staatsunternehmen unter Ausschluss der Öffentlichkeit und ohne Ausschreibung von den Parteien [ernannt](#) werden.

Die Regierung behauptet zwar, dies sei nur die erste Phase eines langen demokratischen Übergangs, es stellt sich jedoch zu Recht die Frage, ob es der Allgemeinheit überhaupt jemals ermöglicht werden soll, sich sinnvoll in die Regierungsangelegenheiten einzubringen. Sollte sich keine Änderung abzeichnen, werden wir künftig eine neue Machtelite haben, ohne dass die Bürgerinnen und Bürger ihre Wählerstimme in Mitsprache überführen können. Das wird wiederum dazu führen, dass die Menschen mit der Zeit nicht nur von der Parteilite, sondern von der Demokratie schlechthin frustriert sind.

Polen ist Amerikas wichtigster Verbündeter bei den Bemühungen, die russische Invasion in der Ukraine aufzuhalten.

Globaler betrachtet stellt sich daher die Frage, ob Europa oder gar die Vereinigten Staaten Polens Rückkehr auf den Pfad der Demokratie befördern könnten. Die Antwort der europäischen Nachbarn fällt jedoch eher enttäuschend aus: Die französische und die deutsche Regierung sind zwar erfreut, dass sie den ehemaligen EU-Ratspräsidenten Donald Tusk als Polens Premierminister wiedersehen, gleichzeitig haben sie in erster Linie mit ihren eigenen populistischen Bedrohungen zu kämpfen.

In Hauptstädten wie Rom, Bratislava oder Budapest wird der Niedergang des Populismus in Polen hingegen mit Sorge betrachtet. Die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen entstammt zwar der gleichen Mitte-rechts-Fraktion wie Tusk, aber einige ihrer EU-Kommissare sind, gelinde gesagt, [weniger liberal](#). Zudem wird die Präsenz von Populisten im Europäischen Parlament nach den bevorstehenden Wahlen [wahrscheinlich noch zunehmen](#). Der Europäische Gerichtshof stärkt den liberalen polnischen Richtern bislang zwar den Rücken, doch seine Macht wird zunehmend in Frage gestellt – und das nicht nur in Polen.

Die US-Regierung unter Joe Biden hat sich außerdem aus strategischen Gründen mit der PiS-Regierung gut gestellt. Polen ist Amerikas [wichtigster Verbündeter](#) bei den Bemühungen, [die russische Invasion in der Ukraine](#) aufzuhalten, unabhängig davon, wer an der Spitze der Regierung steht. Sollte Donald Trump ins Weiße Haus zurückkehren, würde dies natürlich dem Populismus in Polen und anderswo Auftrieb geben.

Demokratie kann sich nicht allein mit Hilfe von guten Absichten entfalten.

Polen befindet sich vor diesem Hintergrund zwar in einer besseren Lage als noch vor fünf Monaten, doch die Rückkehr der Liberalen an die Macht ist nicht automatisch mit einem Ende der illiberalen Politik gleichzusetzen. Die PiS könnte zwar in den kommenden Monaten auseinanderbrechen, doch damit ist die Bedrohung nicht verschwunden. Stattdessen werden immer neue und aggressive Führungskräfte auftauchen, die den frustrierten Teil der Wählerschaft vertreten.

Demokratie kann sich daher nicht allein mit Hilfe von guten Absichten entfalten: Sie muss in der Lage sein, die Probleme der Bürgerinnen und Bürger zu lösen und konkrete [Formen der Beteiligung](#) an politischen Prozessen anzubieten. Die politischen Parteien sollten so erstens auf zivilgesellschaftliche Organisationen und Fachleute hören. Letztere vermitteln Informationen und Wissen; Erstere bringen Erfahrungen aus dem realen Leben ein. Die Staaten sollten zweitens eng mit lokalen, kommunalen und transnationalen Einrichtungen zusammenarbeiten. Transnationale Institutionen haben mehr Gewicht, während lokale Organisationen [eine Brücke](#) zwischen den Eliten und den Bürgerinnen und Bürgern schlagen.

Mit anderen Worten: Die Demokratie muss neu erfunden werden, denn ihre Fehlentwicklung hat in den vergangenen Jahren Populisten an die Macht gebracht, die behaupten, sie würden den „kleinen Mann“ gegenüber der abgehobenen „Elite“ vertreten. Die Demokratie neu zu erfinden, ist jedoch zweifellos eine große Aufgabe – nicht nur für Polen, sondern für den gesamten europäischen Kontinent. Wenn aus der populistischen Fischsuppe jedoch nun einmal kein klassisch demokratisches Aquarium werden kann, sollten wir etwas Neues ausprobieren – und den Mut zum Experiment entwickeln.

*Dieser Artikel ist eine gemeinsame Publikation von Social Europe und dem IPG-Journal.
Aus dem Englischen von Christine Hardung*

https://www.ipg-journal.de/regionen/europa/artikel/illiberales-nachbeben-7366/?utm_campaign=de_40_20240304&utm_medium=email&utm_source=newsletter

Tschechien (Seiten E 169 – E 172)

01) Tschechischer Ex-Präsident Milos Zeman: „Anerkennung des Kosovo war eine Schande“

Von Redaktion

Feb 18, 2024



Der ehemalige Präsident der Tschechischen Republik Milos Zeman hat bei einer internationalen Konferenz zum 25sten Jahrestag des Kosovo-Krieges die Politik dazu aufgefordert, die „schändliche Anerkennung eines Staates zu beenden, der für seine mafiösen Strukturen und grobe Unterdrückung der serbischen Minderheit bekannt ist“.

Zeman hob in seinem Grußwort hervor, dass „Kosovo einen gefährlichen Präzedenzfall“ darstellt, wie „Großmächte ihren Willen kleineren Staaten aufzwingen und rücksichtslos bestehende Grenzverläufe ändern.“ Der Präsident wies darauf hin, dass es keine Doppelstandards geben kann. Was im Fall des Überfalls Russlands auf die Ukraine gelten soll, müsse auch für den Überfall der NATO auf Jugoslawien gelten.

Der Bundestagsabgeordneter Petr Bystron unterstrich in seinem Beitrag, dass die Bombardierung Jugoslawiens mit der gewaltsamen Abtrennung des Kosovos gleich aus mehreren Gründen einen Paradigmenwechsel der Nachkriegspolitik bedeutete. Durch den Krieg gegen Jugoslawien wandelte sich die NATO von einem Verteidigungsbündnis zu einer „Vehikel zur Durchsetzung der geopolitischen Ziele der USA“, so der Außenpolitiker. Der Krieg war auch ein Sündenfall der deutschen Außenpolitik der Nachkriegszeit, da es sich um die erste Beteiligung Deutschlands an einem Angriffskrieg seit 1945 handelte.

Bystron führte aus, dass die Unterstützung dieses Angriffskrieges durch Fake News und Lügen erschlichen wurde. Als Beispiel führte er die Falschbehauptung des damaligen deutschen Verteidigungsministers Rudolf Scharping, die Serben hätten mit dem sog. „Hufeisen-Plan“ die Vertreibung von Kosovo-Albanern geplant.

In gleiche Kerbe schlug auch Dr. Ivan David ein, der während des Kosovo-Krieges als Gesundheitsminister in der Tschechischen Regierung diente. Er erinnerte daran, dass die Zustimmung der tschechischen Regierung zu den NATO-Einsätzen wegen der zahlreichen Proteste der Bevölkerung in einer geheimen Sitzung der Regierung erzwungen wurde. Die Transatlantiker in der Regierung hätten lautstark Druck ausgeübt, man müsse als kleines Land folgen, wenn man von den USA „gebeten“ werde. Tschechien wurde nur wenige Monate vor dem Ausbruch des Kosovo-Krieges überraschend in die NATO aufgenommen, obwohl es noch nicht alle formalen Kriterien erfüllte. Trotzdem hätten sich zwei Minister enthalten und drei dagegen gestimmt, so Dr. David.

Neben diesen hochrangigen Politikern referierten auch Fachleute zu dem Thema. Der italienische Medienwissenschaftler Prof. Giuseppe Maielo, PhD, beleuchtete kritisch die Rolle der Medien bei der Verbreitung von Fake News und gezielter Desinformation. Die ukrainische Rechtsanwältin Olena Maksynenko stellte die rechtlichen Aspekte aus Sicht der Ukraine auf die Abtrennung von abtrünnigen Provinzen dar. Und der serbische Rechtswissenschaftler und ehemaliger Verteidiger von Präsident Milosevic vor dem internationalen Tribunal in den Haag, Dr. Goran Petronijevic gewährte interessante Einblicke in das internationale Recht. Der Organisator der Konferenz, der Politikwissenschaftler Iljic Milutin, bezeichnete den Kosovo-Krieg als die „Büchse der Pandora“ und zählte die darauffolgenden Angriffskriege der USA von Irak über Libyen bis Afghanistan auf.

Die Konferenz wurde vom Institut for Geostrategical Studies Geopolitikon organisiert. Die nächste Veranstaltung ist bereits an diesem Montag. Auch hier ist das Thema spannend: „Ist die EU-Erweiterung um die Länder des Westbalkans und die Ukraine sinnvoll?“ Als Redner sind Abgeordnete aus Tschechien, Deutschland, Polen, Ungarn und der Slowakei angekündigt. In Prag bleibt es also spannend.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) EU: 702 Mio. Euro für Tschechien aus Nothilfefonds

Die EU hat Subventionen in Höhe von **702 Millionen Euro** (17,8 Milliarden Kronen) für die Tschechische Republik im Rahmen eines Nothilfefonds, der die Auswirkungen der Wirtschaftskrise mildern soll. Nach Ansicht der Kommission hat Tschechien die Bedingungen erfüllt, um weitere Mittel aus dem nationalen Konjunkturprogramm zu erhalten. Dies gab die Europäische Kommission in einer Pressemitteilung bekannt. [Hier geht es zum ganzen „Powidl“-Beitrag.](#)

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 15, 2024

Wien, am 22. Februar 2024

<https://www.powidl.info/wirtschaft/eu-genehmigt-tschechien-702-mio-euro-aus-dem-nothilfefond>

EU genehmigt Tschechien 702 Mio. Euro aus dem Nothilfefonds

20 Feb

Die EU hat Subventionen in Höhe von 702 Millionen Euro (17,9 Milliarden Kronen) für die Tschechische Republik im Rahmen eines Nothilfefonds, der die Auswirkungen der Wirtschaftskrise mildern soll, genehmigt. Nach Ansicht der Kommission hat die Tschechische Republik die Bedingungen erfüllt, um weitere Mittel aus dem nationalen Konjunkturprogramm zu erhalten. Dies gab die Europäische Kommission in einer Pressemitteilung bekannt.



Bild: Markus Spiske/Unsplash

"Nach der Prüfung des am 6. Dezember 2023 eingereichten Antrags ist die Kommission vorläufig zu dem Schluss gekommen, dass die Tschechische Republik die 28 Meilensteine und Ziele, die im Durchführungsbeschluss des Rates für die Auszahlung der zweiten und dritten Tranche gefordert werden, erfüllt hat", so die Europäische Kommission in einer Erklärung.

"Im Rahmen des Nationalen Konjunkturprogramms haben wir eine Reihe von Programmen zur Förderung von Energieeinsparungen, der Nutzung erneuerbarer Energiequellen sowie der Digitalisierung oder von Reformen im Wohnungs- und Bildungssektor vorbereitet. Ich freue mich daher, dass es nun möglich ist, die gesteckten Meilensteine und Ziele zu erreichen und wir wichtige Projekte umsetzen können, die dazu beitragen werden, eine bessere Zukunft für die Tschechische Republik zu sichern", sagte Industrie- und Handelsminister Jozef Síkela.

Antrag muss noch geprüft werden

Der Antrag muss noch von drei beratenden Ausschüssen der Europäischen Kommission geprüft werden, bevor es zur Auszahlung kommt. Nach Angaben des Industrieministeriums ist damit Anfang April zu rechnen. Das Geld soll in den Ausbau des Eisenbahnnetzes, in die Digitalisierung und in die Onkologie fließen", erklärte EU-Wertekommissarin Věra Jourová (ANO) im sozialen Netzwerk X.

Internetanbindung soll auf neuesten Stand gebracht werden

Diese Investition wird der Tschechischen Republik laut EU helfen, ihre Probleme mit der Internetanbindung zu lösen. Nach einem aktuellen Bericht verfügen nur 53 Prozent der tschechischen Haushalte über Festnetze mit sehr hoher Kapazität, einschließlich Glasfasernetzen. Der EU-weite Durchschnitt beträgt 73 Prozent.

Geld soll auch in die Wiederherstellung der Wälder fließen. "Die Tschechische Republik wurde in den letzten Jahren von Umweltkatastrophen heimgesucht. Die Borkenkäfer killten im Jahr 2020 mehr Bäume als in den Jahren 1990 bis 2016 zusammen, dazu kam noch eine weit verbreitete Dürre und ein verheerender Waldbrand im Nationalpark Böhmisches Schweiß im Jahr 2022.

Das Nationale Konjunkturprogramm wurde von der EU ins Leben gerufen, um die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie abzumildern und die Wirtschaft mit Hilfe von EU-Geldern wieder anzukurbeln. Das Hauptziel des tschechischen Konjunkturprogramms ist die Steigerung des wirtschaftlichen Wohlstands und die Verbesserung der Lebensqualität.

03) „Lage, Lage, Lage“: Prag mit Umland viertreichste Region in der EU

Auf Novinky.cz ([hier die tschechische Version](#)) erschien ein interessanter Beitrag darüber,

https://www.novinky.cz/clanek/ekonomika-praha-je-ctvrtym-nejbohatsim-regionem-eu-40461424#dop_ab_variant=0&dop_source_zone_name=novinky.sznhp.box&source=hp&seq_no=8&utm_campaign=abtest242_shorts_varD&utm_medium=z-boxiku&utm_source=www.seznam.cz

daß sich **Prag** samt Umland zur viertreichsten Region in der Europäischen Union (EU) gemausert hat, die Prager sind „doppelt so reich“ (oder halb so arm?) wie die restliche Bevölkerung Tschechiens. In Prag befinden sich aufgrund der günstigen, zentralen Lage die Sitze vieler großer Konzerne, der Verbauungsgrad des Umlandes ist enorm. **Preßburg** / Bratislava hingegen, das 2013 noch vor Prag lag, ist im Vergleichs-Zeitraum „nur“ um 2% gewachsen, Prag hingegen um 48%!

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 15, 2024

Wien, am 22. Februar 2024

Ungarn (Seiten E 173 – E xx)

01) Ungarn: Deutscher Linksextremist zu drei Jahren Haft verurteilt.

Von Redaktion

Feb 4, 2024



Antifas, bewaffnet mit Schlagstöcken

„Hammer-Bande“: Ungarn hat kein Verständnis für Antifa-Terror

Anders als die Bundesrepublik Deutschland und Österreich geht Ungarn konsequent gegen linksextreme Gewalttäter vor. Ein Gericht in Budapest verurteilte einen 29-jährigen deutschen Staatsbürger zu einer Freiheitsstrafe von drei Jahren. Der Mann, mutmaßlich Mitglied der berüchtigten „Hammer-Bande“, hatte im Vorjahr als Mitglied eines Antifa-Schlägertrupps teilgenommen, als in der ungarischen Hauptstadt aus dem Ausland stammende Linksextremisten brutale Prügelattacken auf Menschen verübten, die sie für „Rechtsextremisten“ hielten.

Wie die „Budapester Zeitung“ berichtet, kam das Gericht zu der Auffassung, dass die Angreifer...

... „die erklärte Absicht hatten, ihren Opfern schwere, lebensgefährliche Verletzungen zuzufügen, um damit abschreckende Beispiele für die rechte Szene zu statuieren. Die Bandenmitglieder bereiteten sich mit speziellen Trainings auf ihre Angriffe vor“.

Mit drei Jahren Haft kam der Antifant noch vergleichsweise glimpflich davon. Zugute kam ihm sein Geständnis, das er gleich am ersten Verhandlungstag ablegte, sowie sein leeres Vorstrafenregister. In dem Strafprozess gegen den linksextremen Schlägertrupp sind noch zwei weitere Personen angeklagt, eine Deutsche und eine Italienerin. Im Mai soll die Beweisaufnahme gegen die beiden Frauen fortgesetzt werden.

Seite E 174 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Übrigens: Während die Justiz in Deutschland und Österreich, vor allem, wenn sie aus dem linksextremen Spektrum stammen, mit Samthandschuhen anfasst, geht Ungarn mit der Härte des Gesetzes vor. Dort droht Schwerverbrechen ein Strafmaß von fünf bis zu 24 Jahren Haft.

Dieser Beitrag erschien zuerst auf [ZUZEIT](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Albanien (Seiten E 175 – E 176)

01) Eskalation im Kosovo – Neuer europäischer Brandherd in Planung?

Von ELA

Feb 4, 2024



Bild: screenshot Pressenza - IPA

Im Norden der, von Serbien abtrünnigen Republik Kosovo, der Im mehrheitlich von Serben bewohnten wird, ist es am 2. Februar erneut zu Übergriffen kosovarisch-albanischer Behörden und bewaffneter Kräfte auf serbische Einrichtungen und Institutionen gekommen, wie auch *RT* zu berichten weiß.

Serbien fordert Sondersitzung des UN-Sicherheitsrates

Der serbische Präsident Aleksandar Vučić erklärte am 2. Februar, er habe die Staats- und Regierungschefs der EU und der Mitgliedstaaten des UN-Sicherheitsrats, einschließlich Russlands und Chinas, schriftlich über die provokativen Schritte Pristinas informiert und daher eine Dringlichkeitssitzung des Sicherheitsrats zu Kosovo beantragt.

„Die Republik Serbien beantragt eine Sondersitzung des UN-Sicherheitsrates, weil wir wissen, dass dies nicht das Ende ist“, erklärte Vucic. Der serbische Sondergesandte bei den Vereinten Nationen werde zudem am 5. Februar, auch förmlich eine Dringlichkeitssitzung beantragen.

Kräfte der selbsternannten Republik Kosovo waren am 2. Februar in die Selbstverwaltungsorgane und -institutionen der Kosovo-Serben in der Gemeinde Peć im Dorf Gorazhdevac, in der Gemeinde Istok im Dorf Osojane und in der Gemeinde Klina im Dorf Vidane im Südwesten der Provinz eingedrungen und hatten diese geschlossen.

Dies teilte das Büro der serbischen Regierung für den Kosovo und Metohija (KiM) mit. Die Kosovo-Albaner führten im Zuge der Operation Durchsuchungen durch, luden die Leiter der serbischen Gemeindebehörden in diesen Gebieten zu einem „Informationsgespräch“ vor und schlossen serbische Polikliniken und Apotheken.

Ethnische Säuberungen im Gange

Der serbische Präsident wies darauf hin, dass es sich hierbei um eine, von den Behörden in Pristina bewusst durchgeführte ethnische Säuberung und die Schaffung von unmöglichen Bedingungen für das Leben der Serben in dieser Provinz handle, wie im Zusammenhang mit der Aufgabe des serbischen Dinars im Kosovo und Metohija (KiM).

Die neue Runde der Konfrontation im mehrheitlich serbischen Norden des Kosovo hängt mit einer Forderung der EU, im gesamten Kosovo nur noch den Euro als Währung zuzulassen, zusammen. Kosovo-albanische Behörden haben daraufhin beschlossen, ab dem 1. Februar für lokale serbische Organisationen und Bürger eine Übergangsfrist für die Umstellung vom Dinar auf den Euro einzuführen.

Anfang Januar hatte die Kosovo-serbische politische Bewegung „Serbische Liste“ die Entscheidung der „Zentralbank“ in Pristina, den Euro ab dem 1. Februar als einzige Währung in der selbsternannten Republik in Umlauf zu bringen, als den Versuch bezeichnet, „die Serben ohne Waffen aus diesem Gebiet zu vertreiben“.

Der Erste Stellvertretende Ministerpräsident und Außenminister Serbiens, Ivica Dacic, erklärte bereits im Januar, dass 13 Prozent der Serben im vergangenen Jahr den Kosovo und Metohija aufgrund von Terror und Druck seitens der Kosovo-albanischen Behörden in Pristina verlassen hätten.

Die Gesamtzahl der Serben auf dem Gebiet der Provinz wird auf 100-110 Tausend Menschen geschätzt.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Ukraine (Seiten E 177 – E 191)

01) Kiew: Russisches Kriegsschiff bei Drohnenattacke versenkt

Aktualisiert am 05.03.2024, 08:52 Uhr



Schiffe der russischen Schwarzmeerflotte in einer der Buchten von Sewastopol (Archivbild von 2014). © dpa / Uncredited/AP/dpa

Lesedauer: 1 Min.

Von Deutsche Presse-Agentur

Dieser Beitrag stammt aus dem Nachrichtenangebot der Deutschen Presse-Agentur (dpa) und wurde nicht durch unsere Redaktion bearbeitet.

Feodossija - Ein russisches Kriegsschiff ist Angaben aus Kiew zufolge vor der Halbinsel Krim durch einen Angriff von ukrainischen Wasserdrohnen versenkt worden. Getroffen worden sei die Korvette "Sergej Kotow", die die Schwarzmeerflotte auch als schweres Patrouillenboot führt, teilte der ukrainische Militärgeheimdienst HUR auf Telegram mit. Das Schiff habe Treffer im Heck sowie Back- und Steuerbord erlitten. Der Angriff wird auch in russischen Militärblogs bestätigt. Die Krim-Brücke war nach Drohnenangriffen in der Nacht ebenfalls stundenlang gesperrt.

Die Versenkung wird zumindest inoffiziell in Moskau bestätigt. Der prorussische Militärblog Belorusski Silowik schrieb, dass das Schiff zerstört worden sei. Die Meldung verbreitete auch der dem Moskauer Verteidigungsministerium nahestehende einflussreiche Blog Rybar weiter.

Nicht der erste Angriff

Zudem kursiert ein Video, das den Treffer an der "Sergej Kotow" in der Nacht zeigen soll. Dort ist ein Schiff mutmaßlich in der Bucht von Feodossija im Südosten [der Krim](#) zu erkennen, das auf Ziele im Wasser schießt, bis es selbst von einer schweren Explosion erschüttert wird. Schon im vergangenen Herbst gab es Meldungen über einen Drohnenbeschuss der "Sergej Kotow", die dabei schwere Schäden erlitten haben soll.

Insgesamt verfügt die russische Schwarzmeerflotte über vier solcher Patrouillenboote. Sie gehören zu den modernsten Schiffen des Geschwaders, wurden alle erst ab 2017 zu Wasser gelassen. Getrieben von deutschen Dieselmotoren können die Korvetten auch moderne Marschflugkörper vom Typ Kalibr abfeuern, mit denen die russische Flotte auch ukrainische Bodenziele weit im Hinterland attackiert hat. Ins Visier genommen wurden unter anderem Objekte zur Energieversorgung.

Das ukrainische Militär seinerseits hat inzwischen eine ganze Reihe von Schiffen der Schwarzmeerflotte entweder beschädigt oder versenkt. Gerade auf der seit 2014 von Russland annektierten Halbinsel Krim ist die Flotte immer wieder Angriffen ausgesetzt. Der prominenteste Abschuss gelang den Ukrainern bereits kurz nach Kriegsbeginn mit der Versenkung des Raketenkreuzers "Moskwa", der als Flaggschiff der Schwarzmeerflotte diente. © Deutsche Presse-Agentur

<https://web.de/magazine/politik/russland-krieg-ukraine/kiew-russisches-kriegsschiff-drohnenattacke-versenkt-39396434>

02) Russische Armee weiter auf dem Vormarsch - Die Lage im Überblick

Aktualisiert am 05.03.2024, 09:51 Uhr



Aufnahme während einer Kampfausbildung von Freiwilligen in Moskau. (Aufnahmedatum: 31.01.2024) © [dpa/globallookpress.com/Bulkin Sergey](https://dpa.globallookpress.com/Bulkin_Sergey)

Seite E 179 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Lesedauer:3 Min.

Seit August 2023 betreibt die Ukraine einen eigenen Seekorridor durchs Schwarze Meer - ungeachtet von Moskau. Ein Restrisiko bleibt, doch der Schiffsverkehr nimmt zu. Indes geht der Ukraine vielerorts die Munition aus. Ein Überblick über Geschehnisse in der Nacht und ein Ausblick auf den Tag.

Die russische Armee setzt nach Kiewer Angaben ihre Bodenoffensive im Osten und Süden der [Ukraine](#) fort. Der ukrainische Generalstab berichtete für Montag von 63 Gefechten entlang der etwa 1.000 Kilometer langen Front. Nach dem Abzug der ukrainischen Truppen aus der Stadt Awdijiwka im Industrievier Donbass habe sich der Schwerpunkt der Kämpfe nach Süden verlagert zum Ort Nowomychajliwka südwestlich von Donezk, sagte ein Militärsprecher.

In der Nacht auf Dienstag griff [Russland](#) die ukrainische Region Odessa am Schwarzen Meer zum wiederholten Mal mit Kampfdrohnen an. Angaben über mögliche Schäden und Opfer gab es zunächst nicht. Gleichzeitig berichteten russische Quellen auf der annektierten Halbinsel Krim von ukrainischen Angriffen in der Nähe der Stadt Kertsch. Dabei würden ferngesteuerte Drohnen in der Luft wie zur See eingesetzt. Das Ausmaß dieser Angriffe ließ sich zunächst nicht abschätzen. Die Ukraine verteidigt sich mehr als zwei Jahren gegen eine großangelegte russische Invasion. Am Dienstag wird der 741. Kriegstag gezählt.

Ukrainisches Militär sieht Front bei Awdijiwka stabilisiert

Nach monatelangen Kämpfen hatte die ukrainische Armee Mitte Februar Awdijiwka räumen müssen, das seit 2014 Frontstadt gegen die nahegelegene, von Russland kontrollierte Donbass-Metropole Donezk war. Auch in den Tagen danach setzten die russischen Truppen ihren Vormarsch fort und eroberten mehrere Dörfer. Ein ukrainischer Militärsprecher sagte am Montag, es sei mittlerweile gelungen, die Front nordwestlich von Awdijiwka zu stabilisieren. "Das Vordringen des Feindes ist gestoppt", sagte Dmytro Lychowij, Sprecher der ukrainischen Truppen an diesem Frontabschnitt, im Kiewer Fernsehen. Unabhängig überprüfen ließen sich diese Militärangaben zunächst nicht.

Bei Nowomychajliwka südwestlich von Donezk habe Russland große Reserven zusammengezogen, sagte Lychowij weiter. Dort nehme die Zahl der russischen Angriffe zu - er berichtete von bis zu 30 Gefechten am Tag. Den [ukrainischen Truppen fehlt vor allem Artilleriemunition](#), um sich gegen die russischen Angriffe zu wehren. Sie sind auch Bombenabwürfen durch russische Kampfflugzeuge weitgehend schutzlos ausgesetzt.

Ukraine verschifft etwa 30 Millionen Tonnen Fracht

Ungeachtet russischer Drohungen transportierte die Ukraine in gut einem halben Jahr über ihren Seekorridor auf dem Schwarzen Meer fast 30 Millionen Tonnen Fracht. Das sagte der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj in seiner abendlichen Videoansprache. "Das ist in Zeiten des Krieges sehr beachtlich", sagte Selenskyj in Kiew. "Ich bin allen dankbar, die in unseren Häfen und auf den Schiffen arbeiten, und allen, die für den Betrieb des Seekorridors und seine Sicherheit sorgen."

Die Frachtmenge hat damit schon fast die Marke von 33 Millionen Tonnen Getreide erreicht, die von Juli 2022 bis Juli 2023 im Rahmen der sogenannten Schwarzmeer-Getreide-Initiative ausgeführt worden waren. Im August 2023 richtete die Ukraine einen eigenen

Schifffahrtskorridor aus ihren Seehäfen in Richtung der türkischen Meerengen ein - ohne Moskauer Sicherheitsgarantien. Die Route ist seitdem stark genutzt worden, auch wenn es einige russische Angriffe auf Frachter gab und ein Restrisiko bleibt.

Litauen hilft bei tschechischem Munitionskauf

Litauen wird sich der tschechischen Initiative zur Beschaffung von Artilleriemunition für die Ukraine anschließen und sie finanziell unterstützen. Dies habe sie ihrem tschechischen Kollegen Petr Fiala in einem Telefonat zugesagt, teilte Regierungschefin Ingrida Simonyte in Vilnius mit. Nähere Angaben machte die Ministerpräsidentin des baltischen EU- und Nato-Landes zunächst nicht.

Tschechien hat nach Angaben von Präsident Petr Pavel die Möglichkeit, große Mengen Artilleriemunition für die Ukraine in Nicht-EU-Staaten zu kaufen. Allerdings sucht das Land Partner, die sich an den Kosten des Großeinkaufs beteiligen.

Das wird am Dienstag wichtig

Der französische Präsident Emmanuel Macron besucht Tschechien und wird in Prag mit Pavel und Fiala sprechen. Auch dabei wird es hauptsächlich um die europäische Unterstützung für die Ukraine gehen. (dpa/lag)

<https://web.de/magazine/politik/russland-krieg-ukraine/russische-armee-vormarsch-lage-ueberblick-39395880>

03) Riskantes Lotteriespiel. Drei Schlüsselfaktoren führten zum Einmarsch Russlands in die Ukraine. Hätte der Krieg verhindert werden können?

Von Nickolay Kapitonenko



Nickolay Kapitonenko

Kiew

Dr. Nickolay Kapitonenko ist außerordentlicher Professor am Institut für Internationale Beziehungen an der Nationalen Taras-Schewtschenko-Universität Kiew und Direktor des Zentrums für Studien der Internationalen Beziehungen.

europa 23.02.2024



Die Ukraine ist auf weitere Waffenlieferungen ihrer Partner angewiesen.- picture alliance / Associated Press | Libkos

Manche Kriege in der Geschichte lassen die Forschung bis heute nicht los. Zwei Fragen treiben dabei die Wissenschaft um: Was waren die Ursachen? Und: Hätte der Krieg sich verhindern lassen? Es ist sehr gut möglich, dass der Krieg zwischen Russland und der Ukraine den klassischen Beispielen wie dem Peloponnesischen Krieg und dem Ersten Weltkrieg – zumindest im europäischen Kontext – ein weiteres Exempel hinzufügt.

Wie zahlreiche Kriege der Vergangenheit resultierte dieser Krieg daraus, dass auf unterschiedlichen Ebenen bestimmte Umstände und Ursachen zusammentrafen – angefangen von strukturellen Krisen der internationalen Ordnung bis hin zur [Weltsicht der russischen Staatsführung](#). Einzelne Umstände hätten auch anders sein können, doch die Gesamtentwicklung war schon bald unumkehrbar. Zufälle, Gesetzmäßigkeiten, strategische Fallen und selbsterfüllende Prophezeiungen verbanden sich zu einem explosiven Gemisch und kamen zur Detonation. Für die Welt bedeutete dies eine Krise der internationalen Sicherheit und für die Ukraine den Kampf ums Überleben.

Hugo Grotius, einer der Begründer des modernen Völkerrechts, hielt Kriege für unsinnig. Für ihn waren Kriege die Folge inkompatibler staatlicher Interessen und somit ein natürliches Phänomen. In den meisten Fällen waren Kriege in Grotius' Augen ein verfehltes und ineffektives Instrument der Staatspolitik. Er hielt es grundsätzlich für besser, Widersprüche und Konflikte auf nicht-kriegerischem Weg zu lösen: durch ein Schiedsgericht, durch Vermittlung oder gar durch das Los oder ein symbolisches Duell. Unter dem Strich komme in etwa dasselbe Ergebnis dabei heraus – allerdings zu einem ungleich niedrigeren Preis.

Viele Menschen, die nicht so berühmt wurden wie Hugo Grotius, dachten ähnlich wie er. Fast vor jedem großen Krieg meldeten sich Denker zu Wort und legten überzeugend dessen Sinnlosigkeit dar. Historisch betrachtet steigt der Preis, der für einen Krieg zu zahlen ist, immer weiter und ist durch die [Erfindung der Atomwaffen](#) noch einmal [sprunghaft in die Höhe geschneit](#). Die Welt wächst zusammen und ist immer stärker miteinander verflochten – wozu gibt es dann Krieg in dieser Welt?

Obwohl sie irrational sind und ihre Sinnlosigkeit mitunter eklatant zutage tritt, brechen immer wieder Kriege aus.

Obwohl sie irrational sind und ihre Sinnlosigkeit mitunter eklatant zutage tritt, brechen immer wieder Kriege aus. Deshalb gibt es auch andere Meinungen als die von Grotius. Die [Theorie des Realismus](#) etwa empfiehlt, dass Staaten sich an den Kräfteverhältnissen und einer realistischen Bewertung der internationalen Sicherheitslage orientieren sollten, statt sich nur von den eigenen Wünschen und idealistischen Vorstellungen leiten zu lassen. Staaten können nur das tun, was das vorhandene Gleichgewicht der Kräfte ihnen ermöglicht, und Fehleinschätzungen können einen Staat, der den Grundsatz von der Gleichheit der Staaten zu wichtig nimmt, überaus teuer zu stehen kommen. Nicht zufällig legen die Verfechter dieser realistischen Sicht der Dinge so großes Gewicht auf den Umstand, dass der Westen mit dem, was anfänglich „Ukraine-Krise“ hieß, falsch umgegangen sei. Sie meinen, der Westen habe durch die Versprechungen, die Tür zur NATO stehe offen, der Ukraine zu viele falsche Hoffnungen gemacht und damit bewirkt, dass die ukrainische Außenpolitik sich von der trostloseren Realität abgekoppelt habe. Dadurch habe der Westen zum einen zu viele Risiken für Kiew geschaffen. Zum anderen habe der Westen durch die Missachtung der russischen Interessen das Kräftegleichgewicht zerstört und die Ukraine alleingelassen mit einer Situation, in der ihre Existenz unmittelbar infrage gestellt wurde.

Für Realisten besteht das oberste Ziel eines Staates darin, für die eigene Sicherheit zu sorgen. Unter anderem sollte er außerdem Kriege vermeiden – zumal dann, wenn die Siegchancen gering sind – und dafür durchaus auch Zugeständnisse in Kauf nehmen. Nach dieser Logik ist die Frage, ob man den Krieg als Instrument zum Einsatz bringt, eine Frage des Risiko-Chancen-Verhältnisses. Wenn mit diesen Risiken richtig umgegangen wird, ist dies eine gute Basis für die internationale Sicherheit und kann die Zahl der Kriege verringern, weil diese die Staaten – vor allem großen, besonders angriffslustigen Staaten – zu teuer zu stehen kommen.

Dem russischen Präsidenten Wladimir Putin schien der Preis für seine Invasion der Ukraine vermutlich nicht zu hoch – und das ist die erste Lektion aus den beiden vergangenen Jahren. [Moskau hatte aus dem Sommer 2014 gelernt](#), als es unter dem Druck der Sanktionsdrohungen das Risiko minimieren und sich zurückziehen musste – im Februar 2015 folgte dann das Minsker Abkommen. Acht Jahre lang arbeitete Russland daran, seine Widerstandsfähigkeit gegen westliche Wirtschaftssanktionen zu stärken. Durch den Erfolg dieser Bemühungen stieg die Risikobereitschaft des Kremls erheblich.

Der Westen war offenbar nicht bereit, sich die Sicherheit der Ukraine allzu viel kosten zu lassen.

Die zweite Erkenntnis, die die Russen gewinnen konnten, war diese: Der Westen war offenbar nicht bereit, sich die Sicherheit der Ukraine allzu viel kosten zu lassen. In den acht Jahren [zwischen 2014 und 2022](#) ging die Annäherung der Ukraine an den Westen nie auch nur ansatzweise so weit, dass von einem bündnisartigen Verhältnis die Rede sein konnte. Die NATO-Mitgliedschaft war ein Thema für Wahlkampflogos und diplomatische Rhetorik, aber keine reale Perspektive.

Die von US-Präsident Donald Trump initiierten Waffenlieferungen waren eher ein symbolischer Akt und als Ersatz für reale Sicherheitsgarantien gedacht. Für das „patron's dilemma“ – die „Zwickmühle des Schutzherren“ – wählten die USA die einfachere Lösung: Statt die Option von Sicherheitsgarantien ernsthaft in Betracht zu ziehen, unterstützten sie die Ukraine mit Geld. Die Ukraine blieb sicherheitspolitisch in einer Grauzone stecken und wurde für Russland zu einem ziemlich schwachen und bequemen Gegner.

Die dritte Lehre für die Russen war, dass ihre groß angelegte Strategie zur Schwächung der Ukraine im Großen und Ganzen aufzugehen schien. Als die Realisten im Kreml erkannt

hatten, dass es eine Rückkehr zu einer russlandfreundlichen Ukraine auf absehbare Zeit nicht geben würde, wurde diese Strategie sogleich ausbuchstabiert. Das hieß: Russland stufte die Ukraine als Bedrohung ein und versuchte, ihr Verteidigungs-, Wirtschafts- und Sozialpotenzial maximal zu ruinieren. Der Kulminationspunkt dieses Versuchs war schließlich die Invasion.

An dieser Stelle lassen sich viele historische Parallelen ziehen, von der Konfrontation zwischen Sparta und Athen bis zum Krieg zwischen dem deutschen Kaiserreich und Frankreich. Doch sobald das Verhältnis zwischen Staaten eine solche Entwicklung nimmt, steigt durch die Logik des Sicherheitsdilemmas die Kriegswahrscheinlichkeit. Dass erstens die Beziehungen zwischen Russland und der Ukraine sich in der beschriebenen Weise entwickelten, dass zweitens Kiew ohne Verbündete dastand und drittens der Westen nicht in der Lage war, den von Russland zu zahlenden Preis für den Krieg in die Höhe zu treiben, gab die Rahmenbedingungen vor, unter denen der Kreml sich zur Invasion entschloss.

Die Anhänger von Hans Grotius' Ansichten hätten vermutlich geltend gemacht, dass man selbst unter solchen Rahmenbedingungen einen Krieg noch hätte verhindern können, indem man das Gespräch sucht. Die Grundlage dafür hätte natürlich das Minsker Abkommen in der einen oder anderen Interpretation sein müssen. Die für die Ukraine beste Interpretation dieses Abkommens hätte bedeutet, dass Kiew *formell* die Kontrolle über die besetzten Gebiete im Osten wiedererlangt hätte unter der Bedingung, dass *de facto* Russland die Kontrolle behalten hätte und weiterhin in der Lage gewesen wäre, sich in die politischen Prozesse in der Ukraine einzumischen. In diesem Szenario wäre die „Krim-Frage“ ausgeklammert worden – mit allen Vorteilen, die sich daraus für Russland ergeben hätten. Theoretisch hätten Verhandlungen eine Alternative zum Krieg sein können, doch in der Praxis standen gravierende Hindernisse im Weg. In fast acht Jahren des Verhandels konnten die beiden Parteien noch nicht einmal so viel Vertrauen zueinander fassen, dass sie sich auf einen Waffenstillstand hätten einigen können. Aus strategischen Gründen konnte keine der beiden Seiten sich mit dem Minsker Kompromiss als abschließender Lösung abfinden. Die Annexion der Krim durch Russland hatte langfristige destruktive Folgen nicht nur für die bilateralen Beziehungen, sondern auch für deren Sicherheit und das politische Umfeld. Seit 2014 gab es keine Plattform und keinen Pfad mehr, auf denen die beiden Staaten zu einer Vereinbarung hätten kommen können.

Die EU die Bewährungsprobe des Russland-Ukraine-Konflikts nicht bestanden.

Da konnten auch die internationalen Partner keine effektive Rolle mehr spielen. Die Vermittlungsbemühungen Deutschlands und Frankreichs im Normandie-Format halfen aus verschiedenen Gründen nicht weiter. Das Vertrauen in diese Bemühungen war nicht groß genug; und die Vermittlungsbemühungen krankten daran, dass sie nicht mit entsprechenden Machtressourcen und Einflussmöglichkeiten unterfüttert waren. Insgesamt hat die EU die Bewährungsprobe des Russland-Ukraine-Konflikts nicht bestanden und steht deshalb heute vor weitaus gravierenderen Sicherheitsproblemen. Für gehaltvolle Verhandlungen, die in dieser Situation eine Alternative zum Krieg hätten sein können, hätten viele Faktoren zusammenkommen müssen, von denen jeder einzelne für sich schon ziemlich unwahrscheinlich war.

Krieg ist für alle Beteiligten ein riskantes Lotteriespiel. Putin ging ins Risiko, indem er den Einsatz erhöhte und erst recht indem er beschloss, in die Ukraine einzumarschieren. Auch der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj ging ins Risiko, indem er sich dem Druck, den Drohungen und Forderungen des Kremles widersetzte – sei es, weil er Russlands Kriegsbereitschaft unterschätzt oder weil er die Bereitschaft seiner Partner, die Ukraine

zeitlich unbegrenzt zu unterstützen, überschätzt hat. Oder weil er überzeugt war, dass Zugeständnisse das Rezept für die Niederlage seien, und sich relativ gute Erfolgchancen ausrechnete, falls es zum Krieg kommt. Wer in dieser Lotterie wie viel verliert, wird die Zeit zeigen.

Letztendlich kam dieser Krieg durch das Zusammentreffen dreier Schlüsselfaktoren zustande: Durch die Annexion der Krim im Jahr 2014 war Russland strategisch in eine Sackgasse geraten; Putin war sich nicht sicher, für wen die Zeit arbeitet; und die Ukraine strandete in einer „Grauzone“ ohne Verbündete und ohne Sicherheitsgarantien. Es hätte zwei Möglichkeiten gegeben, den Krieg zu verhindern: Entweder hätte es schnelle und verlässliche, echte Sicherheitsgarantien für die Ukraine geben müssen, die nur die USA hätten bieten können. Oder die Ukraine hätte so weitreichende Zugeständnisse an Russland machen müssen, dass sie ihre eigene Staatlichkeit gefährdet hätte. Dieser Preis war für Kiew unendlich viel zu hoch – und zudem wäre Moskau vermutlich nur bis zu einem bestimmten Zeitpunkt bereit gewesen, diese Zugeständnisse überhaupt anzunehmen. Ab Mitte 2021 war es bereits zu spät.

Aus dem Russischen von Andreas Bredenfeld

https://www.ipg-journal.de/regionen/europa/artikel/riskantes-lotteriespiel-7338/?utm_campaign=de_40_20240223&utm_medium=email&utm_source=newsletter

04) Berlin träumt schon wieder vom „Endsieg“!

Von Redaktion

Feb 19, 2024



Nach der Niederlage der ukrainischen Streitkräfte in Awdejewka wäre es für den Wertewesten endlich hoch an der Zeit über einen Friedensschluss mit Russlands ernsthaft nachzudenken!

Von Redaktion | Insbesondere nachdem Putin in dem Interview mit Tucker Carlson das generöse Angebot unterbreitete, die Verhandlungen in Istanbul, die vom Wertewesten im April 2022 abgebrochen wurden, dort aufzunehmen, wo sie beendet wurden. Putin hatte dieses Angebot, sehr zum Nachteil Russlands wohl nur deshalb gemacht, weil er schon wusste, dass seine Gegner blöd genug sind, so ein Angebot abzulehnen.

Interessant ist, dass der politische Mainstream derzeit versucht, die ukrainische Niederlage in Awdejewka zu ignorieren. Dieses Ereignis wird in den Mainstream Medien praktisch verschwiegen. Dafür wird umso mehr über den Tod des Spinners Nawalny berichtet, der, nachdem er zur medizinischen Behandlung in Deutschland von den russischen Behörden entlassen wurde, wieder nach Russland zurückkehrte, wohlwissend dass er dort umgehend inhaftiert werden wird. Dieser Mann wollte offensichtlich den Märtyrer spielen. Die Koinzidenz des Todes Nawalyns mit der ukrainischen Niederlage in Awdejewka ist mehr als auffällig. Vielleicht wahr nicht Putin der Mörder, sondern irgend ein prowestlicher Agent?

Der Wertewesten, der jetzt von Deutschland angeführt wird, nachdem sich die USA mit der Finanzierung zurückhält, hofft, wie dereinst Adolf Hitler borniert auf einen „Endsieg“ gegen

Seite E 186 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Russland. Da hilft es auch nicht, dass man sich von diesem Ziel im letzten Kriegsjahr immer weiter entfernt hat. Besonders widerlich ist dabei die Rolle der deutschen Politiker. Wie kann man nur nach der Tragödie, die die Nationalsozialisten in Russland vor etwa 80 Jahren angerichtet haben, wieder daran denken in einen Krieg gegen Russland einzutreten? Eine derartige Geschichtsvergessenheit ist Teil des „Wertekanons“ für den der Wertewesten steht!

Deutsche Politiker hatten lange Zeit eine Mittlerrolle zwischen Ost und West gespielt. Damit ist nun Schluss. Plötzlich hat man die „Lehren aus der Vergangenheit“ über Bord geworfen und will dort weiter machen, wo Hitler vor 80 Jahren gescheitert ist! Vergessen ist auch die, durch die Ermöglichung der deutschen Wiedervereinigung demonstrierte Versöhnungsbereitschaft Russlands.

Ideologisch wird dieser Irrsinn durch den „Kampf gegen Rechts“ getarnt, der mehr und mehr an die Aktionen der Nazis und der italienischen Faschisten erinnert. Flankierend wird an einer Meinungstyrannie gearbeitet, durch die jegliche Opposition gegen den herrschenden Irrsinn kriminalisiert werden soll. Offen wird schon für die physische Vernichtung Andersdenkender geworben. Wir sind also nach 90 Jahren wieder dort angelangt, wo wir 1933 waren! Die Stiefeltruppe der Funktionseliten, die Antifa-Schlägertypen steht bekanntlich Gewehr bei Fuß, wie jeder weiß. Auch wenn es darum geht, politisch Andersdenkende einzuschüchtern, besorgen diese staatlich alimentierten Verbrecher ihre Vorstellung.

Karl Marx bemerkte einmal, dass sich alles in der Geschichte zweimal ereignet, einmal als Tragödie und dann als Farce.

Gott sei Dank durchleben wir jetzt die dreißiger Jahre als Farce. Im Gegensatz zu den Nationalsozialisten sind die heutigen Ökosozialisten nur lächerliche Kopien ihrer einstigen Vorbilder. Denn mit woken lesbisch-, homosexuell-, bisexuell-, transgender- und queer-Geschlechtsverwirrten wird sich kein Krieg gegen Russland gewinnen lassen. Deswegen kann dieser Krieg gegen Russland auch nur mit den Ukrainern geführt werden, die von der LGBTQ-Seuche noch nicht infiziert worden sind. Allerdings ist dieses Menschenpotential enden wollend. Eine Million wehrfähige Ukrainer halten sich im Ausland auf und drei Millionen sind in der Ukraine untergetaucht!

Die Deutsche Bundeswehr ist nicht einmal ein Schatten der deutschen Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg. Der Personalstand der Bundeswehr beläuft sich derzeit auf knapp 180 000 Männer, Frauen und Personen von sonstigem Geschlecht, wobei sich viele im „Krankenstand“ befinden, um sich den, in besseren Zeiten, als noch keine Rede von einem Krieg gegen Russland war, eingegangenen Verpflichtungen zu entziehen.

Trotz aller russophoben Propaganda des politischen Mainstreams will keine Kriegsbegeisterung in Europa so wie vor dem Ersten Weltkrieg aufkommen.

Anfänglich gab es in diesem Krieg viele englische und polnische Söldner, die diesen Krieg als eine Art bezahlten Abenteuerurlaub betrachteten. Dieses Potential an Verrückten ist ebenfalls schon ausgeschöpft. Diese Irren sind entweder schon tot, oder haben noch rechtzeitig das Hasenpanier ergriffen. Mit einem großen Krieg gegen Russland wird es also nichts. Nur der allgemein grassierenden Realitätsverweigerung ist es geschuldet, dass man an diesem unsinnigen Kriegskurs festhält. Der Wertewesten wird also buchstäblich bis zum letzten Ukrainer kämpfen, der sich nicht rechtzeitig aus dem Staub machen konnte.

Olaf Scholz erklärte auf der Münchner „Sicherheitskonferenz“, dass man die Ukraine nach wie vor bis zum Sieg unterstützen werde. Einen russischen Sieg könne man nicht akzeptieren, „es wäre das Ende der Ukraine als freier, unabhängiger und demokratischer Staat und die Zerstörung unserer europäischen Friedensordnung“. Zu dieser „Friedensordnung“ gehört also, dass der Wertewesten die Ukraine als Rammbock gegen Russland aufbaut, bis zu dessen Zerschlagung. Naja, Olaf auf Adolfs Spuren eben!

Man wird sehen, ob dieser unerschütterliche Glaube an den Endsieg mit demselben Ergebnis endet, wie vor 79 Jahren!

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) Norwegischer Geheimdienst-Bericht enthüllt Russland hat in der Ukraine klar die Oberhand.

Von ELA

Feb 19, 2024



Bild: Verbraucherzentral Negro Elkha

In Norwegen kommt man nun zu der Erkenntnis, Russland habe einige erfolgreiche Schritte in der Ukraine unternommen, wie etwa eine große Zahl neuer Truppen mobilisiert.

Auch, dass Russland dreimal mehr Rekruten für den Krieg stellen könne als die Ukraine gehört zu den „überraschenden neuen“ Erkenntnissen seitens des Geheimdienstes des Nicht-EU-Landes.

Wirkungslosigkeit der West-Sanktionen

Auch würden die westlichen Sanktionen Russland weniger stark treffen als erwartet und die russische Produktionsquote von Munition, Kampffahrzeugen, Drohnen und Raketen sei höher als vor einem Jahr, berichtete auch *RT*.

Laut dem jährlichen Sicherheitsbericht des norwegischen Geheimdienstes, ist Russland in der Ukraine dabei, die Initiative zu übernehmen und die Oberhand über das Kampfgeschehen zu gewinnen.

Westliche Waffenlieferungen hätten zwar dafür gesorgt, dass Russland im vergangenen Jahr keinen „substanziellen militärischen Fortschritt“ in der Ukraine erzielen konnte, ein großer Teil des gelieferten Materials sei auch auf dem Schlachtfeld verloren oder verbraucht worden, hieß es im norwegischen Bericht.

Die ukrainische Offensive 2023 habe Druck auf die russischen Truppen ausgeübt, jedoch hätten die Russen ihre Abwehrlinien wieder verstärkt. Russland habe dagegen einige erfolgreiche Schritte unternommen und so etwa eine große Zahl neuer Truppen mobilisiert. Es könne dreimal mehr Rekruten für den Krieg stellen als die Ukraine. Auch würden die westlichen Sanktionen Russland weniger stark treffen als vom Westen erwartet.

Die Produktionsquoten von Munition, Kampffahrzeugen, Drohnen und Raketen seien höher als vor einem Jahr. Russland erhalte zunehmende militärische Unterstützung von Seiten Chinas, Nordkoreas, Irans und Weißrusslands, hieß es weiter im Bericht.

Hilfe der „russischen Verbündeten“

Demnach liefere China zwar keine Waffen, wohl aber militärisches Equipment sowie Komponenten, die entscheidend für Russlands Kriegsführung seien.

Russland sehe die Zeit auf seiner Seite und sei bereit für einen „langwierigen Krieg“, so der Bericht. Kiew werde „substanzielle“ westliche Militärhilfe benötigen, um auf eine Umkehrung der Situation auch nur hoffen zu können, sagte der Vizeadmiral Nils Andreas Stensønes als Leiter des norwegischen militärischen Nachrichtendienstes (NIS) am 12. Februar anlässlich der Vorstellung des Berichts, der jährlich vom militärischen Nachrichtendienst NIS, dem Inlandsnachrichtendienst PST sowie der Nationalen Sicherheitsbehörde NSM verfasst wird.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

06) Die Führungsebene der ukrainischen Armee ist praktisch am Ende.

Von EDWARD LARSON

Feb 10, 2024



Nach der Entlassung des Oberbefehlshabers der ukrainischen Armee, General Zaluzhny, droht ein weiteres Köpffrollen innerhalb der Führungsebene der ukrainischen Armee.

Von EDWARD LARSON – In einem Interview Volodymyr Zelenskij's mit dem Fernsehsender RAI wurde bekannt, dass der ukrainische Präsident nicht nur in den Reihen der ukrainischen Armee zahlreiche hochrangige Offiziere austauschen will. Vladimir Zelensky erklärte, dass er den Austausch einiger hochrangiger Beamter nicht nur in den Streitkräften der Ukraine in Betracht ziehe, was am vergangenen Wochenende für viele ein Schock war.

Die ukrainische Machtspitze brauche einen „Neuanfang“, so Zelenskij, was angesichts der zahlreichen Umwälzungen in den höchsten Rängen des Landes kaum zu bestreiten sei. „Das betrifft nicht nur eine Person, sondern eine Gruppe von Managern, und zwar nicht nur im militärischen Bereich“, sagte der ukrainische Präsident im italienischen Fernsehsender RAI auf die Frage nach dem möglichen Rücktritt des Generalstabschefs der ukrainischen Streitkräfte, Valerij Zaluzhny. Zelensky erklärte auch, dass die notwendigen Veränderungen im Land Maßnahmen erfordern, die „nicht eine Person, sondern die Richtung der Führung des Landes“ betreffen. Er betonte auch, dass es sich das Land nicht leisten könne, entmutigt zu sein und eine defätistische Stimmung zuzulassen, die durchaus zu erwarten und verständlich sei. „Wenn wir gewinnen wollen, müssen wir alle in die gleiche Richtung gehen, wir dürfen uns nicht entmutigen lassen, wir müssen die richtige und positive Energie haben und die Negativität zu Hause lassen“, forderte Zelensky.

Hinter dieser Rhetorik verbirgt sich ein Mann, der von allen Seiten in die Enge getrieben wird, der sich zu viel vorgenommen hat und der mit einer so schweren Last nicht umgehen kann. Schließlich war Zelensky nie ein Berufspolitiker, und sein Sturz war nur eine Frage der Zeit, die nun gekommen zu sein scheint. Ich werde jetzt erklären, warum ich das glaube.

Seite E 190 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Zelensky hat sich noch nie so geäußert, schon gar nicht in seinen Interviews mit dem italienischen Fernsehen, was nur beweist, dass die Machtkrise in der Ukraine nicht nur brodelt, sondern sich mit Riesenschritten ihrem Höhepunkt nähert. Doch das Ergebnis wird weder Zelensky noch dem Präsidenten gefallen, der in der Bevölkerung rapide an Popularität verliert. Die ukrainische Gesellschaft weiß sehr gut, dass der Präsident die alleinige Verantwortung für alles im Land trägt, für das Gute wie für das Schlechte, und wenn es zu viel Schlechtes gibt, wird auch keine Umbesetzung etwas ändern. Um einen Wundbrand zu bekämpfen, müsse man amputieren, nicht endlos verbinden.

In seinem viel beachteten Interview mit dem italienischen Fernsehen wies der ukrainische Präsident auch darauf hin, dass die Fronten derzeit festgefahren seien.

„Das ist eine Tatsache, denn es gab Verzögerungen bei der Ausrüstung, und Verzögerungen bedeuten Fehler. Wir kämpfen gegen Terroristen, die über eine der größten Armeen der Welt verfügen, es fehlt an Munition und wir brauchen moderne technische Mittel.“

Das ist das erste Mal, dass ich mich erinnern kann, dass Vladimir Zelensky, wenn auch indirekt, einen Fehler eingestanden hat, und das spricht Bände. Wir wollen uns aber nicht zu lange mit den Schlussfolgerungen aufhalten, die wir daraus gezogen haben, sondern die Themen des Autors weiter vertiefen. Wie ukrainische Medien unter Berufung auf Quellen berichten, erwägt Zelensky nicht nur die Entlassung von Valeriy Zaluzhny, sondern auch von Generalstabschef Sergey Shaptala. „Auch Shaptala wird den Generalstab verlassen. Über den Rest des militärischen Personals herrscht noch Unklarheit“, so die Quelle. Weiter heißt es, Rücktritte in der militärischen Führung des Landes könnten „Mitte der Woche“ bekannt gegeben werden.

Wie zur Unterstützung der oben genannten Version der ukrainischen Medien über den weiteren Verlauf der Ereignisse postete General Zaluzhny heute Morgen in den sozialen Medien ein Foto von Shaptala selbst mit den Worten „es wird sehr schwierig, aber nicht peinlich“. Und alles wäre gut, die Leute posten alle möglichen Fotos in den sozialen Medien, auch wenn diese Leute Uniformen tragen, aber wie wir bereits wissen, hat Zelensky am Vortag seine Absicht bestätigt, Zaluzhny zu entlassen, und nicht nur ihn, so dass sich das Puzzle langsam aber sicher zusammensetzt. Angesichts des jüngsten Geständnisses von Zelensky wird vieles klar, ich würde sogar sagen, dass sich in diesem verworrenen Fall, der sich seit Jahren hinzieht, endlich alles zusammenfügt. Wenn man bedenkt, dass Zelensky endlich zugegeben hat, dass die Entlassung von Zaluzhny vorbereitet wird, kann man mit fast hundertprozentiger Sicherheit sagen, worum es geht. Jetzt ist auch klar, warum Zelensky so dringend nach Asow musste und warum die PR über seinen Besuch in Rabbitnoe, das praktisch an der Frontlinie liegt, so schnell drehen musste.

Zum Leidwesen der einfachen Ukrainer vergisst ihr Präsident in seinem Streben nach PR und Hype oft, „das Problem an der Wurzel zu packen“. Wie einer meiner ukrainischen Militärkollegen sagte: „Was ist für einen Soldaten wichtiger? Dass sein Präsident jeden Monat mit Kameras an die Front kommt und demonstrativ Auszeichnungen verleiht? Oder dass der Soldat immer über zuverlässige Waffen und die nötige Ausrüstung verfügt, so dass an der Front alles wie am Schnürchen läuft, und dass im Hinterland ständig neue ‚Spielzeuge‘ produziert und systematisch zahlreiche Reserven vorbereitet werden, aber gleichzeitig der Präsident immer in seinem Büro sitzt?“ Ich glaube, die Antwort liegt auf der Hand. Zelenskys Eingeständnis bestätigte auch meine Vermutung, dass die Abgeordnete der regierungsfreundlichen Fraktion im ukrainischen Parlament, Maryana Bezugla, Zaluzhny in den sozialen Medien systematisch angegriffen hat, und zwar nicht aus eigener Initiative, sondern auf persönliche Anweisung von Zelensky selbst und seinen „weisesten“

Beratern, die seit langem die Absetzung des Generals vorbereiteten und so versuchten, sein Ansehen in der Bevölkerung auf ein so niedriges Niveau zu bringen. Jetzt, da sie gemerkt haben, dass ihnen das nicht gelingt, haben sie sich endlich entschlossen, ihn einfach loszuwerden.

Die Informationen aus verschiedenen Quellen über zunehmende Widersprüche zwischen dem Präsidentialamt und dem Generalstab der ukrainischen Armee haben sich ebenfalls bestätigt. Die These, dass sich Zelenskij auf das Schlimmste vorbereitet, hat sich bestätigt, weshalb man sich zu diesen unerwünschten letzten Versetzungen entschlossen hat, um das System vor dem politischen Sturm wenigstens etwas kohärenter zu machen. All dies lässt sich wie folgt zusammenfassen: Zaluzhny wird tatsächlich aus Eifersucht auf die Popularität des Stabschefs von Zelensky abgesetzt, weil der Präsident selbst seit langem nicht mehr in der Lage ist, eine stabile Basis in der ukrainischen Bevölkerung zu haben, die sich angesichts der hoffnungslosen Lage in allen für den Durchschnittsukrainer wichtigen Lebensbereichen in Scharen von ihm abwendet. Die Situation in der ukrainischen Gesellschaft spitzt sich zu, und die Spaltung der ukrainischen Eliten ist unvermeidlich; dies sollte anerkannt werden, da die meisten Indikatoren dieses Bild zeichnen.

Ein weiterer „schwarzer Fleck“ in Zelenskys Machtvertikale war die jüngste Meuterei von Spezialeinheiten der Nationalpolizei in der Region Dnipropetrowsk in der Ukraine, die sich geschlossen weigerten, als Teil der „Ljut“-Angriffsbrigade an die Front zu gehen. Dieses Video wurde gestern veröffentlicht und hat Tausenden von Ukrainern nicht nur die Augen für den moralischen Geist der zukünftigen Verteidiger des Vaterlandes geöffnet, sondern auch für die reale Situation der ukrainischen Armee an den Fronten des russisch-ukrainischen Krieges. Das Video zeigt den stellvertretenden Leiter der Hauptabteilung der Nationalen Polizei im Gebiet Dnipropetrowsk, Vladimir Bogonis, der mit seinen Untergebenen in Streit gerät, weil diese nicht an die Front gehen wollen.

Die ukrainische Armee, die von Zelenskys neuen Schützlingen statt von erfahrenen und kampferprobten Kommandeuren in die Schlacht geführt wird, wird eine Niederlage nach der anderen erleiden, was unweigerlich zu einem Rückzug an vielen Fronten führen wird.

Dieser Beitrag des Militärexperten Edward Larson erschien zuerst auf [voiceofeurope.com](https://www.voiceofeurope.com)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

R u s s l a n d (Seite E 192 – E 202)

01) Rolle rückwärts. Sowjet-Kult und „russische Werte“: Der Kreml sucht die ideologische Abgrenzung vom Westen. Dieser bleibt aber dennoch Fixpunkt.

Von Daria Boll-Palievskaya



Daria Boll-Palievskaya

Düsseldorf

Daria Boll-Palievskaya ist freie Journalistin und Autorin. Sie ist Redakteurin der unabhängigen Online-Zeitung *rusland.NEWS* und schreibt u.a. für *Zeit Online* und den MDR.

Europa 04.03.2024



Putin fördert die Nostalgie nach Sowjetzeiten, Stalin wird rehabilitiert.- picture alliance / Associated Press | Dmitri Lovetsky

„Wir müssen aufhören, Mädchen in Richtung höherer Bildung zu lenken.“ Diese Aussage stammt nicht, wie vielleicht zu vermuten wäre, von einem religiösen Fundamentalisten, sondern von einer russischen Senatorin. Junge Frauen sollten laut Margarita Pawlowa, die selbst Akademikerin ist und drei Kinder hat, keine Karriere machen, sondern stattdessen lieber Kinder bekommen. Dies würde zur Lösung des demografischen Problems in Russland beitragen. Die Staatsduma erwog daher, angeblich auf Bitte des russisch-orthodoxen Patriarchen Kirill, Abtreibungen in russischen Privatkliniken zu verbieten.

Obwohl das Gesetz schlussendlich nicht verabschiedet wurde, haben Privatkliniken in einigen Regionen Russlands in der Folge angekündigt, solche medizinischen Leistungen künftig nicht mehr anzubieten. Im Gesundheitsausschuss der Duma entbrannten zudem

Diskussionen über die Schädlichkeit von Kondomen. Mädchen unter 18 Jahren sollten, so eine Teilnehmerin des Ausschusses, eine Schwangerschaft unter allen Umständen aufrechterhalten, da es großartig sei, jung Eltern zu werden. Doch das war bei weitem nicht alles: Seit neuestem steht im russischen Parlament ein Gesetzesentwurf zur Debatte, der „Propaganda“ verbieten soll, die angeblich Jugendliche dazu verleiten soll, kinderlos zu bleiben.

All diese erschreckend rückständigen Initiativen kommen nicht von ungefähr. In Russland läuft eine gezielte Kampagne für die „traditionellen Werte“. Eine Auflistung solcher kann in einem im November 2022 von Putin unterzeichneten [Erlass](#) nachgelesen werden: „Leben, Würde, Rechte und Freiheiten des Menschen, Patriotismus, Dienst dem Vaterland, hohe moralische Ideale, starke Familie, kreative Arbeit, Vorrang des Geistigen vor dem Materiellen“. Gemäß dem Dokument übernimmt der Staat die Pflicht, „traditionelle russische geistig-moralische Werte“ zu stärken und gegen „destruktive Ideologien“ vorzugehen, welche „Egoismus, Zügellosigkeit, Unmoral“ sowie „nicht-traditionelle sexuelle Beziehungen“ propagieren. Übel wie diese kämen dabei hauptsächlich aus den USA und anderen „unfreundlichen Ländern“.

Die hierbei hochgehaltene moralische Überlegenheit Russlands gegenüber dem dekadenten Westen hat sich seit dem Beginn des Krieges in der Ukraine vom bloßen Lippenbekenntnis hin zu konkreten Maßnahmen auf der Ebene der russischen Gesetzgebung gewandelt. Alles, was auch nur geringfügig von der „Parteilinie“ abweicht, wird verboten, vernichtet oder bestraft. Unliebsame Schriftsteller, die sich gegen den Krieg in der Ukraine ausgesprochen haben, werden zu sogenannten „ausländischen Agenten“ erklärt, einige von ihnen sogar als Terroristen gelistet. Bibliotheken entfernen ihre Bücher, sogar aus den Katalogen. Die internationale „LGBT-Bewegung“, welche es als Organisation ironischerweise gar nicht gibt, wurde wegen „Extremismus“ verboten. Museen sind hingegen verpflichtet, obligatorische Ausstellungen zum Ukraine-Krieg zu organisieren, und Schulen sollen Patriotismus-Stunden einführen.

Offensichtlichen Widersprüche scheinen die Kreml-Ideologen nicht zu stören.

Dennoch ergibt sich in diesem Strom von Verboten und Verschärfungen kein zusammenhängendes ideologisches Bild. Denn was genau ist unter „traditionellen Werten“ überhaupt zu verstehen? So erklärt Putin einerseits, dass Familien mit acht oder mehr Kindern zur Lebensnorm werden sollten, und zeigt öffentlich nur zu gern seine angebliche Verbundenheit mit dem orthodoxen Glauben. Andererseits bezeichnete er den Zerfall der UdSSR als die größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts. Eine Nostalgie nach Sowjetzeiten wird so regelrecht geschürt und der Name Stalins langsam, aber sicher rehabilitiert. Ein Paradox, denn die von Putin hochgelobte Orthodoxe Kirche war gerade in der UdSSR schrecklichen Verfolgungen ausgesetzt. Was familiäre Werte betrifft, so wurden in den 1980er Jahren jährlich 4,5 Millionen Abtreibungen durchgeführt, womit die Sowjetunion globaler Spitzenreiter war.

Doch diese offensichtlichen Widersprüche scheinen die Kreml-Ideologen nicht zu stören. Im Gegenteil: Die Aufgabe, an der Macht zu bleiben, erfordert eine klare Legitimation, wofür eine staatliche Ideologie gebraucht wird, die ihre Rechtfertigung in der Geschichte sucht. So wurden am 1. September 2023 erstmals nach dem Zerfall der UdSSR alle Schulen in Russland auf ein einheitliches Geschichtsbuch umgestellt, das den Bürgern die „richtige“ Sicht der Geschichte vermittelt. Einer der Autoren des Lehrbuchs ist der Präsidentenberater und ehemalige russische Kultusminister Wladimir Medinski. Das Hauptziel des Lehrbuchs sei, so heißt es in der Zusammenfassung, „die Bildung einer russischen staatsbürgerlichen Identität und des Patriotismus bei den Schülern“.

Der russische Historiker und Menschenrechtsaktivist Sergej Lukaschewski, der das 2022 geschlossene Moskauer Sacharow-Zentrum leitete, bezeichnet das hierdurch vom Kreml gezeichnete Weltbild der russischen Geschichte als „heroisch und schön“. Das Hauptaugenmerk der Ideologie fokussiere auf einen starken Staat. „Es ist verboten, die Macht der Menschen, die diesen Staat führen, infrage zu stellen oder irgendwelche Elemente russischer Geschichte negativ zu bewerten“, so der Historiker im Gespräch mit der Autorin. Gleichzeitig manipulierte der Kreml geschickt die Nostalgie vieler (vor allem älterer) Russinnen und Russen nach der Sowjetunion und damit auch ihre Angst vor der Wiederkehr der „wilden 1990er“, die nach dem Zusammenbruch des riesigen Landes folgten. Für diese Generation stelle die Angst, ihr Land erneut zu verlieren, den Eckpfeiler ihres Denkens dar. Lukaschewski zufolge sei für sie ein starker Staat essenziell, getragen von einem starken Präsidenten, von der Armee und von der Kirche als dessen Institutionen. Ein dazu passender, in russischen sozialen Netzwerken populärer Aphorismus lautet: „Wir hatten solche Angst vor der Wiederholung der 90er, dass wir im Jahr 1937 gelandet sind.“ Damit ist das Jahr der größten stalinistischen Repressionen gemeint.

Die sorgsam gepflegte anti-westliche Haltung des Kremls entpuppt sich als eine „Niederwerfung vor dem Westen“.

Seine starke Fixierung auf die Geschichte demonstrierte Putin erst kürzlich in einem Interview mit dem amerikanischen Journalisten Tucker Carlson. Ganze 23 Minuten lang hielt er dem staunenden Carlson einen Vortrag zur Geschichte der Ukraine und Russlands, beginnend im Jahr 862. Dabei zeigte sich wieder einmal die ganze Bandbreite der Widersprüchlichkeit der Kreml-Ideologie: Alle Anstrengungen der Propaganda sind letztlich allein darauf ausgerichtet, die (nicht nur) moralische Überlegenheit Russlands gegenüber dem dekadenten Westen zu beweisen. Selbst der Krieg in der Ukraine wird von Propagandisten so als Krieg gegen die NATO dargestellt. Eine aggressive Anti-Westlichkeit ist wesentlicher Bestandteil dieser Ideologie. Wenn im Gegenzug jedoch ein amerikanischer Journalist nach Moskau kommt, wird sein Besuch regelrecht bejubelt und ist in sämtlichen staatlichen Medien das Thema Nummer 1. Jeder Schritt Carlsons wurde in Moskau beinahe minutiös [verfolgt](#), egal ob er das Bolschoi-Theater besuchte oder ein Exponat der patriotischen Ausstellung „Russland“ bewunderte. Der Vorsitzende des russischen Journalistenverbandes, Wladimir Solowjow, wollte den amerikanischen Moderator sogar in seinen Verband aufnehmen. Die sorgsam gepflegte anti-westliche Haltung des Kremls entpuppt sich so als eine „Niederwerfung vor dem Westen“. Im Umkehrschluss also genau als das, wogegen die Propaganda so verzweifelt kämpft – ganz im Stil Stalins, der eine Kampagne gegen die „Anbetung des verrotteten Westens“ entfesselt hatte.

Ein wichtiges Argument der anti-westlichen Propaganda ist hierbei die angebliche „Cancel Culture“ gegen Russland im Westen. Dabei schadet das Regime der russischen Kultur hiermit vielmehr selbst. Denn in russischen sozialen Netzwerken geistert eine Liste von Namen russischer Schriftsteller herum, die in verschiedenen Perioden der russischen Geschichte staatlicher Unterdrückung ausgesetzt waren: „Puschkin wurde verbannt; Dostojewski wurde zum Tode verurteilt, dann begnadigt und verbannt; Tolstoi wurde aus der Kirche ausgeschlossen; Gumiljow wurde erschossen; Mandelstam wurde verbannt und getötet; Brodsky wurde aus dem Land gedrängt; Solschenizyn wurde verfolgt, verbannt und

aus dem Land gedrängt.“ Dieses traurige Verzeichnis endet mit den Namen moderner Autoren, die erst kürzlich gezwungen waren, ins Exil zu gehen, darunter Boris Akunin, Dmitri Gluchowski oder Ljudmila Ulitzkaja. „Liebe Weltgemeinschaft, bitte ‚cancelt‘ die russische Kultur nicht“, schrieb ein Kommentator mit trauriger Ironie. „Wir schaffen es auch alleine.“

https://www.ipg-journal.de/regionen/europa/artikel/rolle-rueckwaerts-7355/?utm_campaign=de_40_20240304&utm_medium=email&utm_source=newsletter

02) Onkel Putins Geschichtsstunde. Die absurden Ausschweifungen im Interview mit Tucker Carlson sind ein PR-Desaster für den Mann im Kreml – die Selbstinszenierung bröckelt.

Von Jakob Berding



Jakob Berding

Jakob Berding ist freier Journalist. Er studiert Politische Kommunikation in Berlin mit Fokus auf Framing und Desinformation.

Europa 16.02.2024 | [Jakob Berding](#)



picture alliance / AP | Gavriil Grigorov

Als Putin in Minute 18 seiner insgesamt halbstündigen Geschichtslektion zu erklären versuchte, wie sich aus der Herrschaft der Saporoger Kosaken im Jahre 1654 der jetzige Anspruch Russlands auf die Ukraine ableite, musste sogar Tucker Carlson kurz lachen. Zu

absurd war die Geschichtsstunde des russischen Präsidenten. Aber das missglückte [Interview](#) war mehr als eine vertane PR-Chance, sondern auch ein weiterer Beweis für den Abstieg der Person Putin. Um die Tragweite dieses Auftritts zu verstehen, lohnt es sich, das Interview im Kontext einer Welt zu betrachten, die Putin über Jahrzehnte erbaut hat, in der er sich aber selbst immer weniger zurechtzufinden scheint.

Über Putins Vergangenheit und Leben abseits der Politik ist relativ wenig bekannt, er schirmt sein Privatleben rigoros von der Öffentlichkeit ab, um die Anzahl und Identität seiner Kinder ranken sich zahlreiche Gerüchte. Enthüllungen über Paläste und Reichtümer lassen schon lange an der Inszenierung des bescheidenen Staatsdieners zweifeln. Daran aber, dass Putin über viele Jahre Agent des sowjetischen Geheimdienstes KGB gewesen ist, meldete über die Jahre kaum irgendjemand Zweifel an. Zu sehr passt er in das gemeingeläufige Bild des Geheimagenten: schweigsam, berechnend, kühl. Selbst Putins ungewöhnlicher Gang ist ein Überbleibsel seiner Vergangenheit. Der *KGB Walk*, bei dem der rechte Arm starr an der Hüfte verweilt, sollte im Ernstfall ein schnelles Ziehen der Waffe ermöglichen.

Was sich also selbst in die Art Putins, sich zu bewegen, eingebrannt hat, wirkt bis weit in die Politik hinein. Stück für Stück hat der russische Präsident seinen Staatsapparat nach dem Vorbild des früheren Geheimdienstes umgebaut, einen Posten nach dem anderen mit ehemaligen Weggefährten besetzt. Obwohl die Auflösung des KGB bereits mehr als 30 Jahre zurückliegt, muss man mit Blick auf die Männer im innersten Regierungszirkel des Kremls feststellen: Der ehemalige Geheimdienst ist kein Staat im Staate mehr, er ist der Staat.

Diese Gruppe der in Russland als *Silowiki* bezeichneten Politiker mit Putin an ihrer Spitze teilen neben ihrer Macht und ihrem Reichtum vor allem eins: Sie alle wurden in jungen Jahren durch den sowjetischen Geheimdienst sozialisiert. Damit einher geht nicht nur eine bestimmte Sicht auf die Rolle, die Russland in der Welt spielen sollte, sondern auch auf die politischen Mittel, mit denen diese Rolle erreicht werden soll.

Stück für Stück hat der russische Präsident seinen Staatsapparat nach dem Vorbild des früheren Geheimdienstes umgebaut.

Neben den klassischen Vergiftungsfällen, Erschießungen und unerklärlichen Fensterstürzen geht es vor allem um politische Einflussnahme. Zu Ruhm brachte es die *Internet Research Agency* in Sankt Petersburg, besser bekannt als Trollfabrik, gegründet von Jewgeni Prigoschin, der mittlerweile nach einem gescheiterten Putschversuch selbst in einem mysteriösen Flugzeugabsturz ums Leben gekommen ist. Ihren Ruf hat sich die Trollfabrik über die Jahre hart erarbeitet. Auf sie gehen die umfangreichen Desinformations- und Manipulationsprojekte etwa im Vorfeld des Brexit-Referendums sowie der Präsidentschaftswahlen in den USA und Frankreich zurück.

Doch neben der technischen Umsetzung derartiger größer angelegter strategischer Operationen verlieh der Kreml und vor allem Putin dieser Politik auch immer eine ganz persönliche Note. Denn Putin war über Jahrzehnte die seriöse, staatsmännische Verkörperung einer Politik, die sonst eher den Eindruck eines außer Kontrolle geratenen Geheimdienstes machte als die eines normal funktionierenden Staates. Man mag den russischen Präsidenten über die Jahre womöglich als schwer zu durchschauen, vielleicht auch als ein wenig unheimlich wahrgenommen haben, doch die Inszenierung des starken Mannes im Staat, der alles unter Kontrolle und für alles einen sorgfältig durchdachten Plan hat, war über Jahre perfekt. Die Bewunderung, die viele Rechte in den USA wie auch in Deutschland für diesen Mann viele Jahre lang hegten, ist sicherlich kein Zufall.

Und ebenso ist es sicherlich kein Zufall, dass Putin mit einer bestimmten Art von Mensch, genauer gesagt Mann, immer ganz besonders gut zu können schien. Die Liste derer, die in Europa fast ein Jahr nach der Invasion der Ukraine noch Weihnachtsgrüße von Putin erhielten, spricht für sich: Schröder, Orbán, Berlusconi. Man muss sich nicht allzu weit aus dem Fenster lehnen, um hinter den Männerfreundschaften, die Putin pflegt, ein gewisses Muster zu erkennen. Doch egal mit wem, Putin schien immer viel daran gelegen zu signalisieren, wer in diesen Beziehungen die Hosen an, wer die Kontrolle hatte.

So auch in dem Interview mit Tucker Carlson, der über Jahre auf dem rechtskonservativen Fernsehsender *Fox News* vor einem Millionenpublikum gegen Einwanderer, Linke und den *Deep State* hetzte. Im Vorfeld des Interviews sendete Carlson Grüße aus Moskau und erklärte sich zum Retter des unabhängigen Journalismus. Außer ihm wolle Putin niemand die Chance geben, sich einem westlichen Publikum zu erklären. Lustigerweise widersprach der Kreml umgehend und ließ verlautbaren, man erhalte ständig Interviewanfragen westlicher Medien, man lehne nur eben ab.

Nach Jahrzehnten, umgeben von Ja-Sagern, fällt es ihm offensichtlich immer schwerer, sein eigenes Ego hinter strategisch-politische Überlegungen zurückzustellen.

Der Grund dafür, dass nun ausgerechnet Tucker Carlson eine Audienz bei Putin gewährt wurde, dürfte wohl eher in dessen gezeigter Bereitschaft liegen, Positionen des Kremls zu übernehmen, als in seiner Kompetenz als kritischer Journalist. Putin bekam also das, was man in den USA als Softball-Interview bezeichnet. Carlson kniff zwar über weite Strecken des Interviews kritisch die Augen zusammen, hielt es aber auch dann nicht für nötig nachzuhaken, als Putin in seiner Geschichtsstunde Polen zum Hauptverantwortlichen des Zweiten Weltkriegs erklärte.

Putin hatte zwei volle Stunden zu seiner freien Verfügung, um ungefiltert zur amerikanischen Bevölkerung und vor allem zur ihm ohnehin wohlgesonnenen Trump-Anhängerschaft zu sprechen. Diese aber ist von *Fox News* schnelle Schnitte, starke Emotionen und leicht zu merkende Slogans gewohnt: *Stop the Steal, Build the Wall, Make America Great Again*. Und was macht Putin? Hält einen 30-minütigen Sermon über mittelalterliche Völkerwanderungen und neuzeitliche Königreiche, von denen 90 Prozent der Adressaten noch nie etwas gehört haben dürfte. Stellen Sie sich einmal vor, Sie hätten zwei Stunden Zeit, um auf einem der Propagandakanäle des Kremls zur russischen Bevölkerung zu sprechen. Würden Sie ihre Einlassungen mit der Eroberung des Langobardenreichs durch Karl den Großen 774 nach Christus beginnen, um die Position des Westens im Ukrainekrieg zu erklären?

Und damit kommen wir auf die kurze, aber vielsagende Reaktion Tucker Carlsons während des Interviews mit Putin zurück, in dem dieser den Impuls, über die absurden Ausführungen Putins zu lachen, nicht unterdrücken konnte. Denn sie zeigt Risse in der jahrzehntelang erfolgreichen Inszenierung Putins, der, auch wenn er sich in seiner Gestik und seinem Ton noch so sehr bemühte, Autorität zu vermitteln, nicht mehr viel mit dem kühlen, aber planvollen Strategen der letzten Jahrzehnte gemein hatte. Statt das Geschenk Carlsons anzunehmen, wurde er Opfer seiner eigenen Eitelkeit und konnte der Versuchung nicht widerstehen, dem „dummen Amerikaner“ eine russische Geschichtslektion zu erteilen. Dass Putin glaubte, seiner Geschichtsinterpretation Nachdruck verleihen zu können, indem er Carlson stolz einen grauen Ordner mit kopierten Dokumenten aus dem 17. Jahrhundert präsentierte, zeigt auch, wie wenig Einfluss Putins Berater offenbar noch auf den russischen Präsidenten haben.

Putin kann auch Opfer seiner Gier werden, das hat er mit der Invasion der Ukraine bewiesen. Sei es nun die Gier nach Ruhm – durch den Krieg in einer Reihe mit den großen

Zaren des russischen Kaiserreichs in die Geschichtsbücher einzugehen – oder die Eier danach, Zugriff auf die umfangreichen Ressourcen der Ukraine zu erhalten. Und auch in seiner De-facto-Kriegserklärung an die Ukraine im Februar 2022, als er mit wütendem Blick die militärische Spezialoperation ausrief und sich dabei mit beiden Händen an seinem Schreibtisch festklammern musste, hatte er weder das Bild eines zufriedenen noch das eines emotional stabilen Menschen gezeichnet.

Kurzum: Putin ist mittlerweile selbst zu einem der egogetriebenen Männer geworden, die er so lange nach allen Regeln der Kunst des KGB zu manipulieren wusste. Nach Jahrzehnten, umgeben von Ja-Sagern, fällt es ihm offensichtlich immer schwerer, sein eigenes Ego hinter strategisch-politische Überlegungen zurückzustellen. Dass selbst ein eitler Polit-Clown wie Carlson nach dem Interview auf X mitteilte, er sei von den Erzählungen Putins genervt gewesen, sollte ihm zu denken geben. Für Putin heißt es in Zukunft, sich in Acht zu nehmen. Alle, die er um sich geschart und in ihre heutigen Machtpositionen gehievt hat, haben dieselben Lehrbücher studiert und in denselben Seminaren gesessen. Sie werden Schwäche erkennen, wenn sie welche sehen.

https://www.ipg-journal.de/regionen/europa/artikel/onkel-putins-geschichtsstunde-7322/?utm_campaign=de_40_20240216&utm_medium=email&utm_source=newsletter

03) Alexei Navalny im Gefängnis plötzlich verstorben.

Von ELA

Feb 16, 2024



Bild: screenshot X

Seite E 199 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Die russische Gefängnisverwaltung hat am 16. Februar bekannt gegeben, dass der inhaftierte russische Regierungskritiker Alexei Nawalny verstorben sei.

Ärzte hätten den Tod des 47-jährigen bestätigt, wie auch *RT* berichtet.

Nach Spaziergang kollabiert

Navalny habe sich nach einem Spaziergang unwohl gefühlt und unmittelbar daraufhin das Bewusstsein verloren.

Der russische Regierungskritiker Alexei Nawalny ist tot, wie die Gefängnisverwaltung am 16. Februar mitteilte. Nach Angaben des Telegram-Kanals *Baza* habe er sich am 16. Februar gegen 13 Uhr Ortszeit während eines Spaziergangs unwohl gefühlt, ein Krankenwagen sei gerufen worden. Die Sanitäter der Anstalt hätten alle notwendigen Wiederbelebungsmaßnahmen durchgeführt, doch er sei um 14:17 Uhr Ortszeit, also somit 12:47 MEZ, verstorben.

Eine Quelle von *RT* hatte als Todesursache ein Blutgerinnsel genannt.

Nawalnys Sprecherin Kira Jarmysch teilte hingegen mit, man könne die Berichte noch nicht bestätigen. Der Anwalt sei auf dem Weg. „Sobald wir Informationen haben, werden wir diese mitteilen“, hieß es in ihrer Erklärung.

Nawalny wurde vom Westen als „Oppositionspolitiker gepriesen“ und über Jahre finanziert und unterstützt. Daher hatte man ihn und seine „Unterstützungskanäle“ seitens der Regierung in Russland, als unerwünschte Einmischung in die inneren Angelegenheiten Russlands „deklariert“.

Untersuchungen durch Strafvollzugsbehörde im Laufen

Kremlsprecher Dmitri Peskow sagte, er habe keine Informationen über die Todesursache. Die russische Strafvollzugsbehörde führe derzeit alle notwendigen Untersuchungen durch. Präsident Putin sei unverzüglich über den Tod Nawalnys informiert worden.

Die Behörde kündigte auch an, eine Kommission in die Strafkolonie zu entsenden, in der Nawalny gestorben sei. Nach Angaben des russischen Ermittlungskomitees wurden Ermittlungen eingeleitet. Nawalny war Ende letzten Jahres in die Gefängnis-Kolonie IK-3 „Polarwolf“ in Charp, einer Ortschaft im Autonomen Kreis der Jamal-Nenzen im Polarkreis, verlegt worden. Der Ort liegt rund 2.500 Kilometer von Moskau entfernt.

Der Anwalt des Politikers, Leonid Solowjow, erklärte gegenüber der Zeitung *Nowaja Gaseta*, er werde sich auf Wunsch der Familie nicht zu den Berichten äußern. „Aufgrund der Entscheidung der Familie von Alexei Nawalny kommentiere ich überhaupt nichts.“

Anwaltsbesuch noch vor 2 Tagen

Am 14. Februar hatte ihn sein Anwalt noch besucht, es sei „alles in Ordnung“ gewesen, erklärte dazu Solowjow.

Der lettische Präsident Edgars Rinkēvičs war der erste ausländische Staatschef, der sich zu den Berichten äußerte. „Was immer man von Alexei Nawalny als Politiker halten mag, er wurde soeben vom Kreml brutal ermordet“, schrieb er dazu auf der Plattform X und sprach den Angehörigen sein Beileid aus.

„Heute spricht man nicht mehr von Helden. Aber für mich war Nawalny ein Held“, schrieb Gesundheitsminister Karl Lauterbach.

Es wird wohl zweifellos nicht ausbleiben, dass sich nun einmal mehr die Westmedien in den wildesten Spekulationen und Theorien, samt dazugehöriger Schuldzuweisungen in Richtung Russland ergehen werden, Lettland und wie könnte es anders sein, Deutschland mit Karl Lauterbach haben den Anfang gemacht.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Koordinierung zwischen Moskaus und Peking schreitet voran, bis auf einzelne Rückschläge.

Von Redaktion

Feb 10, 2024



Der bilaterale Handel zwischen China und Russland erreichte im Jahr 2023 240 Mrd. Dollar.

Von YURY TAWROWSKY | Die Nachricht, dass die Zhejiang Chouzhou Commercial Bank ihre Geschäfte mit russischen Kunden eingestellt hat, sorgte für den «Schwarzen Schwan» der Woche vor dem chinesischen Neujahrsfest. Die Bank hat ihren Hauptsitz in Yiwu in der Provinz Zhejiang, wo sich das größte Logistik- und Handelszentrum für Innerchina- und Exportgeschäfte kleiner und mittlerer Unternehmen befindet. Es ist unwahrscheinlich, dass die Entscheidung der Provinzbank den Handel zwischen China und Russland darüber hinaus ernsthaft wird beeinträchtigen können.

Die westlichen Sanktionen konnten nicht verhindern, dass der bilaterale Handel zwischen China und Russland im vergangenen Jahr auf Volumen von 240 Milliarden Dollar anstieg. Das Verhalten der Zhejiang Chouzhou Commercial Bank könnte jedoch andere Finanzinstitute, die sich vor «Sekundärsanktionen» fürchten, dazu verleiten, sich ähnlich restriktiv zu verhalten. Geldtransfers zwischen den beiden Ländern waren schon vor diesem Vorfall schwierig genug, insbesondere für Privatpersonen. Die Bedrohung westlicher Finanzsanktionen betrifft jedoch nicht nur chinesischen Banken: Auch russische Großbanken, wie beispielsweise Sberbank, haben es aufgrund der verhängten Sanktionen nach dem Jahr 2014 jahrelang vermieden, Kunden auf der Krim zu bedienen.

In den letzten Jahren haben die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen Russland und China inmitten des vom Westen verursachten kalten Krieges rapide zugenommen. Es ähnelt dem Durchbruch von militärischen Stoßtruppen, die weit vorausziehen, doch dabei noch nicht alle Befestigungen und Garnisonen des Feindes im Rücken «aufräumen» konnten. Über die vergangenen Jahrzehnte der Westorientierung Moskaus und Pekings hatten sich diesbezüglich mächtige und weitreichende Ketten industrieller, finanzieller und persönlicher Bindungen gebildet.

Die Chinesen erlebten, wie schmerzhaft es für Russland war, diese Verbindungen zu kappen. China ist noch viel stärker in das globale Gefüge der Pax Americana eingebettet, als es unser Land je war: Es genügt darauf hinzuweisen, dass sich der chinesisch-amerikanische Handel im Jahr 2023 auf insgesamt 664,5 Milliarden Dollar belief, obwohl ein Rückgang von 11,6 % zu vermerken war.

Die VR China hält nach wie vor rund 800 Milliarden Dollar an US-Wertpapieren. Die (zu) engen offiziellen, inoffiziellen und persönlichen Beziehungen zwischen den Leitern der People's Bank of China und US-Notenbank waren schließlich die Gründe für die jüngste Ablösung der Führungsspitze dieser Finanzinstitution sowie für den Wechsel an der Spitze des chinesischen Finanzministeriums. Die Kommunistische Partei hat dazu eine Sonderkommission unter der Leitung von Xi Jinping gebildet, um den Finanzbereich künftig darüber adäquat zu verwalten.

Die chinesische Führung und Wirtschaft ist sich der Gefahr ihrer Abhängigkeit von den USA und dem Westen insgesamt bewusst. Sie muss versuchen einen abrupten Bruch zu vermeiden und inzwischen alles unternehmen, um die Beziehungen zu befreundeten Ländern auszuweiten und die globale Position des Yuan weiter zu stärken. Diese Übergangsphase wird gewisse Zeit benötigen, während der Kompromisse und Absprachen mit dem Westen zu erwarten sind.

Der Erfolg der «Konfliktabsprachen» zwischen Russland und China unter der Führung von Wladimir Putin und Xi Jinping beruht in erster Linie auf der Übereinstimmung der nationalen Sicherheitsinteressen beider Länder. Dafür sprechen die sich häufenden Kontakte zwischen den Verteidigungsministern und Leitern der Sicherheitsbehörden samt gemeinsamen Patrouillen strategischer Militärformationen beider Luft- und Seestreitkräfte. Schon ein außenstehender Beobachter kann die Konturen der systematischen Annäherung zwischen den Streitkräften und militärisch-industriellen Komplexen der beiden Mächte sowie weitere mögliche Vereinbarungen für gemeinsame Aktionen im Fall von Notfallsituationen, klar und deutlich nachvollziehen...

Parallel dazu hinkt das «Hinterland» solch rapiden Entwicklungen noch hinterher. Trotz des Beschlusses der beiden Staatsoberhäupter im März 2023 einen Plan für die wirtschaftliche Zusammenarbeit auszuarbeiten, befindet sich dieses Dokument noch in der Ausarbeitung

Seite E 202 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

und war zum letzten Treffen zwischen den Premierministern M. Mischustin und Li Qiang noch nicht fertig zur Unterschrift. Ein solches Papier wird von staatlichen und privaten Unternehmen erwartet, um eine langfristige Zusammenarbeit zu planen und auftragsgemäß umzusetzen.

Neben dem Nachholbedarf im Finanzsektor gilt dies auch für den Bereich des strategischen Ausbaus für Verkehr und Transport. Der Bau von Brücken und Grenzübergängen, ganz zu schweigen von neuen Eisenbahnstrecken und Autobahnen, erfordert viel Zeit und Geld. Die bestehenden Land- und Seewege sind für das heutige und künftige Handelsvolumen nicht ausgelegt. Das führt zu Staus und Warteschlangen, welche die volle Realisierung des Potenzials der russisch-chinesischen Zusammenarbeit im Moment noch behindern.

Inzwischen sind große Bauvorhaben und ehrgeizige Pläne zum Ausbau der Logistik, die Russland und China noch enger miteinander verbinden werden im vollen Gang oder befinden sich in der Ausarbeitung:

- Der Bau der Autobahn St. Petersburg-Nowosibirsk, die China einbinden und Teil der transkontinentalen Straße Westchina-Westeuropa werden soll, geht planmäßig voran.
- Auf dem letztjährigen Seidenstraßen Gipfel in Peking sprach Präsident Putin über die neue Nordsibirische Eisenbahn, die mit der Transsibirischen Eisenbahn und der BAM-Eisenbahn verbunden werden soll.
- Gleichzeitig verlegt Russland Eisenbahnstrecken von Mittelsibirien nach China, in die Mongolei und zu den Häfen am Indischen und Pazifischen Ozean.
- Die Errichtung von Brücken über die Flüsse Lena und Amur findet statt.
- Autobahnen werden modernisiert und auf dem östlichen Abschnitt der nördlichen Seeroute Tiefwasserhäfen angelegt. China wurde erstmals dazu eingeladen.

Der Vorfall mit der Zhejiang Chouzhou Commercial Bank soll nicht überbewertet werden, denn es heißt: «Wo gehobelt wird, fliegen Späne!» Probleme in unseren Beziehungen gab, gibt und wird es auch künftig geben. Sie sind in den Beziehungen zwischen zwei großen benachbarten Mächten nicht zu vermeiden.

Doch, die positive Dynamik der letzten Jahren gibt Anlass zur Annahme, dass sowohl Probleme des Privatsektors wie auch alle Transport- & Logistik Engpässe mittelfristig und zügig zu überwinden sind.

Übersetzung aus dem Russischen: UNSER MITTELEUROPA

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

01) „Aserbaidschan begibt sich auf einen abschüssigen Pfad“. Wiederwahl von Präsident Alijew: Bahruz Samadov aus Baku über Repressionen gegen die Opposition, die Abwendung vom Westen und die neue Nähe zu Moskau.

Interviews 09.02.2024



picture alliance / Associated Press

Kritische Fragen von Oppositionskandidaten musste sich Präsident Alijew nicht anhören.

Die Fragen stellte [Olga Vasytsova](#)

Am 7. Februar gewann Aserbaidschans Präsident Ilham Alijew die vorgezogenen Neuwahlen, die er zwei Monate zuvor anberaumt hatte. Was bewog das alte und neue Staatsoberhaupt zu diesem Schnellschuss?

Was Ilham Alijews eigentliche Motivation war, ist schwer zu sagen. Auffällig finde ich, dass er die vorgezogenen Neuwahlen unmittelbar nach dem Baku-Besuch von James O'Brien anberaumt hat, dem für Europa und Eurasien zuständigen Unterabteilungsleiter im US-Außenministerium. Das Treffen fand zu einer Zeit statt, in der im Westen wegen der [jüngsten Operation in Bergkarabach](#) der Unmut gegenüber Aserbaidschan gewachsen ist. Das Land steht zunehmend in der Kritik. Wirtschaftssanktionen sind durchaus im Bereich des Möglichen. Alijew hat die Risiken analysiert und kam zu dem Schluss, nicht bis zum Jahresende zu warten, sondern die Wahlen so bald wie möglich abzuhalten, solange es um seine Legitimierung und Popularität noch gut bestellt ist.

Ilham Alijew ist mittlerweile 20 Jahre an der Macht. Wie hat das Land sich während seiner Regierungszeit verändert?

Wirtschaftlich floriert Aserbaidschan – vor allem dank seiner [Öl- und Gasvorkommen](#). Seit die Petrodollars im großen Stil ins Land fließen, hat sich das Erscheinungsbild des Landes gewandelt. Viele sagen, Baku sehe inzwischen aus wie eine billige Ausgabe von Dubai.

Seite E 204 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Konsumorientierung ist zum bestimmenden Merkmal der Gesellschaft geworden, begleitet von einer verstärkten Entpolitisierung und dem Vormarsch eines unbedarften Nationalismus. Es gibt mehr Möglichkeiten, mehr Waren und Importe, aber dass die Menschen im Land besser leben als früher, würde ich nicht sagen.

Was Demokratie und Menschenrechte angeht, ist die Lage in Aserbaidschan inzwischen katastrophal.

Was Demokratie und Menschenrechte angeht, hat die Lage in Aserbaidschan sich im Laufe der vergangenen 20 Jahre massiv verschlechtert und ist inzwischen katastrophal. Unter Alijew sind politisch motivierte Verhaftungen an der Tagesordnung, die Zahl der politischen Häftlinge beträgt konstant über 100. Die Oppositionsparteien wurden komplett demotiviert und zunichtegemacht. Viele Vertreter der Zivilgesellschaft, Journalisten und Aktivisten haben dem Land den Rücken gekehrt – besonders nach der Zerschlagung der Zivilgesellschaft in den Jahren 2013 und 2014. Damals wurden deren führende Vertreter inhaftiert, darunter auch Aktivisten aus Jugendorganisationen. In dieser Hinsicht ist die Situation ausgesprochen schlecht.

Wie haben Sie den Wahlkampf erlebt?

Es gab nichts, was den Namen Wahlkampf verdient hätte. Ich halte mich gerade in Baku auf und habe keinerlei Wahlkampfaktivitäten feststellen können. Vereinzelt gab es Gesprächsforen mit Kandidaten, aber wir haben beobachtet, dass die Leute zu diesen Veranstaltungen gekarrt wurden und gar nicht wussten, wer dort eigentlich auftritt. Beim Auftritt eines Kandidaten namens Rasi Nurullajew wurden die Teilnehmenden von Journalisten gefragt, warum sie zu der Veranstaltung gekommen seien, und konnten die Frage nicht beantworten. Das waren reine Showveranstaltungen. Jeder weiß, dass Alijews politische Gegner keinerlei Machtambitionen haben, keine Fragen stellen, die seine Legitimität unterminieren würden, und ihn als Person nicht kritisieren. Die Debatten, die im Fernsehen gezeigt werden, sind eine Farce.

Wie ist die Stimmungslage in der Bevölkerung?

Die Menschen akzeptieren Alijews Macht als etwas Unabänderliches, und die Opposition hat weder Ressourcen noch Möglichkeiten, um mit Alternativen aufzuwarten. Sie beschränkt sich darauf, die Wahlen zu boykottieren, und verweigert sich jeder Art von politischem Wettbewerb. Das halte ich zwar für falsch, aber Alijews Konkurrenten wissen um seine hohe Popularität. Seine Macht wird passiv hingenommen und als etwas Selbstverständliches empfunden.

Wie beurteilen Sie Ablauf und Ergebnis der Wahl?

Die meisten Menschen blieben apathisch, wobei die Wahlbeteiligung nicht gering ausfiel – über 60 Prozent. Zahlreiche Regelverstöße wurden festgestellt. Es gab Wählerinnen und Wähler, die in mehreren Wahllokalen eine Stimme abgegeben haben, und auch Aggressionen gegen unabhängige Wahlbeobachter. Niemand bezweifelt, dass Alijew auch ohne solche Handgreiflichkeiten gewonnen hätte, aber für ihn ist wichtig, dass er auf eine Rekordwahlbeteiligung verweisen kann. Nach vorläufigen Angaben der Zentralen Wahlkommission holte er mehr als 92 Prozent der Stimmen.

In letzter Zeit wächst der Druck auf oppositionelle Politiker und Journalisten. Was sind die Gründe?

Seite E 205 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Derzeit sitzen viele Journalisten und Politiker in Haft. Ich sehe einen Zusammenhang mit dem zunehmend angespannten Verhältnis zum Westen. Es wurden Personen verhaftet, die mit westlichen „Geldgebern“ zusammenarbeiten, die den staatlichen Autoritäten wirklich Steine in den Weg hätten legen können. Und wenn [Wirtschaftssanktionen](#) drohen, räumen die Behörden alle Hindernisse beiseite.

Der Westen braucht ein demokratisches Aserbaidschan, aber Alijew hat offenbar anderes im Sinn. Wie werden die Beziehungen zur EU und zu den USA sich entwickeln?

Ich rechne damit, dass Alijew noch [weiter vom Westen abrücken](#) wird. Nachdem Aserbaidschan von der Parlamentarischen Versammlung des Europarates (PACE) kritisiert wurde und ihm der dauerhafte Ausschluss drohte, hat [Aserbaidschan dieses Gremium verlassen](#). Es kann sein, dass Aserbaidschan – so wie Russland nach dem Einmarsch in die Ukraine – aus dem Europarat austritt.

Ich rechne damit, dass Alijew noch weiter vom Westen abrücken wird.

Ich gehe davon aus, dass Baku seine „ausgewogene Außenpolitik“ auf Eis legen wird. Das heißt: Es wird sich vor allem mit der Türkei, Israel und Großbritannien verbünden und enger mit Putins Russland zusammenarbeiten. In diesem Kontext sind auch die „neuen Schwerpunkte der nationalen Ideologie“ zu sehen, die Alijew neulich verkündet hat. Damit begibt Aserbaidschan sich auf einen abschüssigen Pfad.

Besteht Aussicht auf die Unterzeichnung eines Friedensabkommens mit Armenien? Oder ist mit weiteren Angriffen zu rechnen?

Einen [Friedensvertrag](#) wird es erst geben, wenn Armenien sich mit allen von [Aserbaidschan gestellten Bedingungen](#) einverstanden erklärt. Ob aktuell Kriegsgefahr besteht, kann ich schwer einschätzen. Der Tenor in den aserbaidschanischen Medien lautet: Frankreich liefert Waffen an Armenien und wird Provokationen vorbereiten. Der Diskurs ist ziemlich aggressiv und sorgt in der Bevölkerung für Beunruhigung, aber es wird nicht mit Angriffen in nächster Zukunft gedroht. Ich denke, Aserbaidschan will den Druck auf Jerewan aufrechterhalten, damit Armenien seine Gebietsansprüche aufgibt und seine Verfassung entsprechend ändert. Doch auch die Frage des [Sangesur-Korridors](#) bleibt natürlich aktuell.

Im November wird Aserbaidschan den UN-Klimagipfel ausrichten. Wie laufen die Vorbereitungen?

Um den Klimaschutz war es in Aserbaidschan noch nie gut bestellt, weil das Land wirtschaftlich vollkommen von Öl und Gas abhängig ist. Inzwischen gibt es ein paar Maßnahmen, um die Erzeugung erneuerbarer Energien voranzubringen, aber die wirken eher wie eine PR-Aktion im Vorfeld des Gipfeltreffens. Was die organisatorische Seite angeht, wird in westlichen Medien die ungleiche Geschlechterverteilung im Organisationskomitee kritisiert.

Aus dem Russischen von Andreas Bredenfeld

https://www.ipg-journal.de/interviews/artikel/aserbaidschan-begibt-sich-auf-einen-abschuessigen-pfad-7307/?utm_campaign=de_40_20240209&utm_medium=email&utm_source=newsletter

Moldau (Seiten E 206 – E xxx)

01) Lage in der Republik Moldau: Kommt hier Putins nächster Krieg?

Eine Analyse von Marie Illner

Analyse Russland

Aktualisiert am 03.03.2024, 18:27 Uhr



Der "Putin-Faktor" in Moldau ist nicht zu unterschätzen. (Aufnahmedatum: 2. März 2024)
© imago/Alexander Kazakov

Lesedauer: 4 Min.

Die abtrünnige Region Transnistrien der Republik Moldau sucht Schutz bei Moskau. Der Kreml finanziert und unterstützt die Region seit Jahrzehnten – und will den westlichen Kurs von Chişinău verhindern. Könnte sich Putin den Landstrich, der an die Ukraine grenzt, als Nächstes einverleiben? Experte Raimar Wagner ordnet die Situation ein.

Eine Analyse
von [Marie Illner](#)

Dieser Text enthält eine Einordnung aktueller Ereignisse, in die neben Daten und Fakten auch die Einschätzungen von Marie Illner sowie ggf. von Expertinnen oder Experten einfließen. Informieren Sie sich über [die verschiedenen journalistischen Textarten](#).

Es ist eine Befürchtung, die Historiker schon vor zwei Jahren äußerten: [Russland](#) könnte einen Krieg gegen die Republik Moldau anzetteln, aufgehängt am Konflikt um die abtrünnige Region Transnistrien.

[Mehr News zum Krieg in der Ukraine](#)

2022 hatte der Historiker Juri Felshtinski im britischen "Express" gewarnt, Moldau stehe schon lange auf Putins Liste: "Noch bevor sie mit der Ukraine fertig sind, werden sie dort einen Krieg beginnen, sobald sie Transnistrien erreichen." Moldau sei in dem Moment in Gefahr, in dem Russland auf Transnistrien zusteure.

Sorgen eines früheren Sowjetstaats

Diese Warnungen sind nun aktueller denn je: Der Kongress der Volksdeputierten in Transnistrien hat Russland um Schutz vor der Republik Moldau gebeten – und Moskau bezeichnet das als russische "Priorität". Das berichten russische Nachrichtenagenturen wie die "Ria Nowosti". Als Grund nennen die Transnistrier eine "wirtschaftliche Blockade" durch die Republik Moldau. Was steckt dahinter?

Moldau-Experte Raimar Wagner sagt: "Zunächst muss man sich an die Geschichte Transnistriens erinnern: Der Landstrich hat sich 1992 nach einem Krieg für unabhängig erklärt und wurde dabei schon damals von Russland angestachelt und unterstützt."

Moldau, das zwischen Rumänien und der Ukraine liegt, war einst Teil des russischen Kaiserreichs und der Sowjetunion – und fürchtet allein schon deshalb Putins revisionistische Großmachtansprüche. Im Februar 2022 hatten pro-russische Separatisten im Osten der Ukraine ein ähnliches Gesuch an den Kreml formuliert. Moskau nutzte das als Anlass für seinen Angriffskrieg auf die Ukraine.

Russische Soldaten vor Ort

In Transnistrien sind etwa 30 Prozent der Bevölkerung russischstämmig. Laut russischer Militärdoktrin sind Einsätze außerhalb des eigenen Staatsgebiets erlaubt, wenn es dabei um den Schutz russischer Staatsbürger geht. Russland hat in Transnistrien Bodentruppen stationiert – Schätzungen gehen von 2.000 Soldaten aus, die offiziell als "Friedenskorps" gelten. Daneben gäbe es die sogenannten transnistrischen Streitkräfte, die Moskau ebenfalls mobilisieren könne.

"Der Krieg in Transnistrien Anfang der 1990er war einer der ersten von Russland geführten hybriden Kriege", ist sich Wagner sicher. Transnistrien, das etwa 375.000 Einwohner zählt, eine eigene Währung und ein eigenes Parlament hat, gehe es darum, seinen Status Quo beizubehalten.

Finanziert vom Kreml

"Transnistrien wurde wirtschaftlich von Russland am Leben erhalten und zunehmend auch finanziert", erinnert der Experte. So hat Russland zum Beispiel knapp 200.000 Einwohnern des Landstrichs die russische Staatsbürgerschaft gegeben und bezahlt für deren Rente.

Außerdem erhält Transnistrien über den Konzern Gazprom kostenlose Erdgaslieferungen von Russland. Der Kreml nutzt das seit jeher als politisches Druckmittel. "Das Gas wird im transnistrischen Stromkraftwerk bei Cuciurgan verstromt, das etwa 70 Prozent des Strombedarfs in Moldau produziert und dem russischen Unternehmen Inter RAO UES gehört", so Wagner.

Billiger Strom aus Transnistrien

Moldau habe davon profitiert – denn es konnte den billigsten Strom überhaupt vom europäischen Markt aus Transnistrien kaufen. "Mit dem Geld, das Moldau an Transnistrien für Strom gezahlt hat, konnte sich ein transnistrischer Staatsapparat finanzieren", erklärt Wagner.

Gazprom fordert von der moldauischen Regierung, die offenen Gasrechnungen über mehr als sieben Milliarden Euro zu bezahlen. Chişinău lehnt das jedoch ab und weist darauf hin, dass man so zweimal für das Gas bezahlen würde: einmal für den produzierten Strom und einmal für den Brennstoff, auf dessen Grundlage der Strom produziert wird.

Auf dem Weg in die EU

[Moldau, wo eine pro-westliche Regierung](#) unter Maia Sandu an der Macht ist, will die ökonomische Abhängigkeit von Russland und Transnistrien ohnehin minimieren. Denn die Republik ist, ebenso wie die Ukraine, Beitrittskandidat der Europäischen Union.

"Moldau weiß, dass mit diesem Status Transnistriens ein Beitritt sehr schwer sein wird", sagt Wagner. Man habe bereits Maßnahmen ergriffen und zusätzliche Steuern und Zölle erhoben. So würden etwa seit Jahresbeginn die Steuereinnahmen durch Stahl aus Transnistrien nicht mehr in die Region zurückgeführt.

Humanitäre Katastrophe vermeiden

"Die transnistrischen Firmen müssen sich genau denselben Regeln wie alle moldauischen Firmen beugen", sagt Wagner. Dadurch verliere Transnistrien viele Millionen Euro. Schätzungen zufolge würde Transnistrien innerhalb von drei Monaten bankrott gehen, wenn Moldau keinen Strom mehr aus der Region kaufen würde. "Das bedeutet, dass die Oligarchen wahrscheinlich den Staat aus ihrer eigenen Tasche finanzieren müssen, wenn sie ihn künftig am Leben erhalten wollen", so Wagner.

Nach seiner Einschätzung wolle Moldau eine solche humanitäre Katastrophe aber vermeiden. Wahrscheinlicher sei ein "Zuckerbrot-und-Peitsche"-Modell durch die moldauische Regierung. Auch wenn die Menschen in Transnistrien mehrheitlich pro-Putin eingestellt seien, Interesse an einem Krieg hätten sie nicht, sagt Wagner. Dass Transnistrien nun um Schutz gebeten habe, sei vor allem geldgetrieben, meint Wagner.

"Putin-Faktor" nicht unterschätzen

Doch der "Putin-Faktor" sei nicht zu unterschätzen. Bislang hat auch Moskau die abtrünnige Region nicht offiziell anerkannt. "Die internationale Befürchtung war, dass Putin dies in seiner Rede an die Nation tun könnte, doch sie ist ausgeblieben", sagt Wagner. Beobachter hatten es für möglich gehalten, dass Putin Transnistrien als Zwischenschritt anerkennt, bevor er es einverleibt.

Dennoch wisse man nie, wann Russland das Hilfesuchen Transnistriens nutzen werde, sagt Wagner. Ein Konflikt unweit der Nato-Grenze könnte Putin gelegen kommen. Denn die Nato hätte Kräfte zum Schutz der rumänischen Grenze gebunden. Dort sichert sie bereits jetzt ukrainische Getreideexporte in den Küstengewässern.

Experte: Eingreifen unwahrscheinlich

Die transnistrische De-facto-Hauptstadt Tiraspol liegt nur knapp 60 Kilometer von der ukrainischen Schwarzmeerküste entfernt. Bei einem Konflikt müsste auch die Ukraine ihre Grenze bei Odessa stärker sichern. "Eingreifen in Transnistrien oder Moldau kann Russland derzeit aber kaum, dafür muss es erst an den Ukrainern vorbei", meint Wagner. Moldau habe außerdem ein militärisches Flugverbot für Russland installiert und die Kriegsmoral in Transnistrien sei sehr klein.

Was aber feststehe: "Russland pflegt in Moldau weiter einen hybriden Krieg, indem es prorussische Parteien finanziert und Menschen sogar Geld für Demonstrationen zahlt. Es will, dass bei den nächsten Parlaments- oder Präsidentschaftswahlen wieder eine prorussische Regierung an die Macht kommt", sagt Wagner. Und Transnistrien sei nicht das einzige Spielmaterial Putins – gute Beziehungen pflege es auch zu den abtrünnigen georgischen Regionen in Abchasien und Südossetien.

Über den Gesprächspartner:

- Raimar Wagner ist Projektleiter für Rumänien und Republik Moldau der Friedrich Naumann Stiftung für die Freiheit.

Verwendete Quellen:

- newsweek.com: ["Putin to Start War in Moldova 'the Moment They Reach Transnistria': Expert"](#)

<https://web.de/magazine/politik/russland-krieg-ukraine/lage-republik-moldau-putins-naechster-krieg-39390866>

02) Russischer Brückenkopf. Zwischen Anschluss an Russland und Annäherung an die Republik Moldau: Wie groß ist Putins Einfluss in Transnistrien?

Von Vladimir Soloviev



Vladimir Soloviev
Chişinău

Vladimir Soloviev ist Journalist und Sonderkorrespondent der Zeitung *Kommersant*.

Europa 01.03.2024



Ein Geschäft in Tiraspol bietet russischen Tarnfleck zum Privatgebrauch an.- *picture alliance / Associated Press | Dmitri Lovetsky*

Nachdem das international nicht anerkannte Transnistrien lange keine Aufmerksamkeit auf sich gezogen hat, macht es jetzt wieder lautstark von sich reden. Am 28. Februar kamen in

Seite E 211 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Tiraspol Abgeordnete aller Ebenen zu einem Kongress zusammen und beschlossen, angesichts der „durch Druck seitens der Republik Moldau verursachten Verschlechterung der Wirtschaftslage“ Russland um Hilfe zu bitten. Gleichzeitig wandten sie sich an die UNO, die OSZE, die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) und sogar die EU mit dem Wunsch, sie mögen ihren Einfluss auf die moldauische Regierung geltend machen.

Auslöser war eine Reihe von Maßnahmen, die Chişinău entweder schon ergriffen hat oder für die Zukunft plant. Die Republik Moldau verändert Schritt für Schritt die Realitäten, an die Transnistrien sich während des seit Jahrzehnten ungelösten Konflikts mit Moldau gewöhnt hat. Die erste gravierende Veränderung erfolgte Anfang 2023: Das Parlament ergänzte das moldauische Strafgesetzbuch um einen „Separatismus“-Paragrafen, den es bis dato nicht gegeben hatte und der seither wie ein Damoklesschwert praktisch über jedem transnistrischen Politiker und Funktionär hängt. Für „Handlungen, die auf die Abtrennung von Teilen des Staatsgebietes der Republik Moldau abzielen“, für „separatistische Bestrebungen sowie die Verbreitung von Materialien und/oder Informationen, die zu Separatismus anstiften“, drohen nunmehr lange Gefängnisstrafen.

Die Republik Moldau verändert Schritt für Schritt die Realitäten, an die Transnistrien sich während des seit Jahrzehnten ungelösten Konflikts mit Moldau gewöhnt hat.

Trotz Tiraspols anhaltender Kritik am „Separatismus“-Paragrafen im Strafgesetzbuch gingen die moldauischen Behörden noch einen Schritt weiter: 2024 trat der neue Zollkodex der Republik Moldau in Kraft, mit dem die seit Jahren gewährten Zollvergünstigungen für transnistrische Unternehmen abgeschafft werden. Nach dem moldauischen Zollgesetz von 1997 waren „Wirtschaftsteilnehmer, die auf dem Staatsgebiet der Republik Moldau ansässig sind, aber keine steuerlichen Beziehungen zu deren Haushaltswesen haben“, von Ein- und Ausfuhrzöllen befreit. Die schwerfällige Formulierung bedeutet im Klartext: Unternehmen aus Transnistrien brauchten keine Zölle zu zahlen. Mit dieser Vergünstigung ist es nun vorbei. Zudem hat die Republik Moldau vor, ab diesem Jahr transnistrische Unternehmen für Umweltschäden zur Kasse zu bitten und Autos mit transnistrischem Nummernschild nicht mehr auf Nationalstraßen fahren zu lassen. Diese Maßnahmen stehen im Aktionsplan der Regierung für 2024, wurden aber noch nicht umgesetzt.

Die neue moldauische Zollordnung sorgt in Tiraspol für mehr Beunruhigung als der neue „Separatismus“-Paragraf im Strafgesetzbuch. In Transnistrien kam es zu Protestkundgebungen gegen die von Moldau errichtete „Blockade“. Die Proteste wurden als spontaner Ausdruck des allgemeinen Volkszorns über Chişinăus Vorgehen dargestellt, aber dafür waren sie zu gut organisiert. Die Empörung gipfelte nun am 28. Februar in einem Sonderkongress von Abgeordneten aller Ebenen der nicht anerkannten Republik Transnistrien. Den größten Medienrummel gab es allerdings im Vorfeld: In diversen Ländern spekulierte die Presse darüber, ob Transnistrien um den Anschluss an Russland bitten wird oder nicht – zumal wegen der zeitlichen Nähe des Kongresstermins zum 29. Februar, an dem Wladimir Putins Rede zur Lage der Nation vor der Föderationsversammlung anstand. Die meistgeäußerte Verschwörungstheorie lautete, der Kongress in Tiraspol werde Moskau um Wiedervereinigung mit Russland bitten und Putin werde am Tag darauf dieser Bitte nachkommen. Es geschah allerdings weder das eine noch das andere.

Putin ging in seiner Rede auf Transnistrien gar nicht ein.

Putin ging in seiner Rede auf Transnistrien gar nicht ein, und das Ergebnis des Kongresses in Tiraspol war ein schwammiges Dokument, in dem Chişinău scharf kritisiert und in verklausulierter Form auch der Kurs in Richtung Anschluss an Russland bestätigt wird. Ziel der transnistrischen Behörden, so heißt es in der vom Kongress verabschiedeten Erklärung,

Seite E 212 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

sei die „Verwirklichung des bei sämtlichen Referenden zum Ausdruck gebrachten Volkswillens“. Mit „sämtlich“ ist unter anderem auch das Referendum von 2006 gemeint, bei dem 97 Prozent der Bevölkerung der nicht anerkannten Republik sich für den Unabhängigkeitskurs und eine spätere Vereinigung mit der Russischen Föderation aussprachen.

Auf die von der moldauischen Regierung unternommenen Schritte reagierte der Kongress allerdings nicht mit konkreten Maßnahmen. Stattdessen beschloss er einen Rundumschlag von Appellen an UNO, OSZE, die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS), die EU und das Internationale Komitee vom Roten Kreuz. Transnistrien werde all diese Akteure bitten, ihren Einfluss auf die Republik Moldau geltend zu machen und nicht zuzulassen, dass sie die nicht anerkannte Republik unter Druck setzt und es am Dnister zu einer Eskalation kommt; außerdem solle Moldau zur Rückkehr an den Verhandlungstisch bewegt werden.

An Moskau will Tiraspol die Bitte richten, angesichts des „wachsenden moldauischen Drucks und der Tatsache, dass auf dem Gebiet der Transnistrischen Moldauischen Republik mehr als 220 000 russische Staatsbürger leben, diplomatische Maßnahmen zum Schutz Transnistriens zu ergreifen“. Bemerkenswert ist, dass in der ersten Fassung der Erklärung die Präzisierung fehlte, dass *diplomatische* Schutzmaßnahmen gemeint sind. Dadurch wurde ein breiter Interpretationsspielraum eröffnet, der auch militärischen Beistand beinhalten konnte. Im endgültigen Wortlaut des Dokuments wurde die Bitte an Moskau konkretisiert und verschwörungstheoretischen Deutungen ein Riegel vorgeschoben.

Doch was bleibt nun unter dem Strich? Transnistrien hat ein Medien-Event veranstaltet und sich auf jeden Fall Aufmerksamkeit verschafft – ganz ohne drastische Schritte und radikale Beschlüsse. Die finsternen Prognosen haben sich nicht bewahrheitet, dem Kongress aber enorme Publicity verschafft. Unter PR-Gesichtspunkten wurde die Mission also erfüllt. In allen anderen Punkten ist die Lage weniger eindeutig.

Durch Russlands Krieg gegen die Ukraine hat sich die Situation für Transnistrien verschlechtert.

Die Art und Weise, wie Tiraspol in jüngster Zeit agiert, verlangt nach einer mehrdimensionalen Betrachtung. Da ist zum einen die russische Dimension. Durch Russlands Krieg gegen die Ukraine hat sich die Situation für Transnistrien verschlechtert. Für Kiew wurde Transnistrien zur Bedrohungszone – wegen seiner lauthals erklärten Russlandfreundlichkeit und der dortigen russischen Militärpräsenz, die neben einer Friedenstruppe auch eine Einheit der russischen Streitkräfte und insgesamt rund 1 000 Soldaten umfasst. Der transnistrische Abschnitt der moldauischen Grenze zur Ukraine ist seit 2022 geschlossen, sodass Transnistrien seine Ein- und Ausfuhren (70 Prozent seiner Exporte gehen in die EU) nur noch über die Republik Moldau abwickeln kann, die damit ein wichtiges Druckmittel gegenüber der ihrer Kontrolle entzogenen Region in die Hand bekam. Durch den Krieg ist Transnistrien also angreifbarer geworden.

Auch Russland ist am Dnister inzwischen in einer deutlich geschwächten Position. Chişinău unterhält seit zwei Jahren auf keiner Ebene mehr Kontakte zu Moskau. Dadurch kann Russland Tiraspol politisch und diplomatisch nicht mehr so unterstützen wie früher. Die internationalen Verhandlungen unter Beteiligung Moskaus liegen brach: Russlands wiederholte Versuche, den Verhandlungsprozess im „5+2“-Format (Chişinău und Tiraspol als Konfliktparteien, die OSZE, Russland und die Ukraine als Vermittler, USA und EU als Beobachter) wieder in Gang zu bringen, blieben erfolglos. Aus nachvollziehbaren Gründen

sperrt Kiew sich gegen einen Neustart – und nach Chişinău's Einschätzung ist ein *business as usual* unmöglich, solange die Armee des einen Vermittlers die Städte des anderen Vermittlers bombardiert. Mit seinem Hilfesuch an Russland und die Welt gibt Transnistrien Moskau die Gelegenheit, zu erklären, dass es nach wie vor mit im Spiel ist und die Frage der Wiederbelebung der Verhandlungen erneut auf die Tagesordnung setzen kann.

Russland macht aus seiner Ablehnung gegenüber dem moldauischen Staatsoberhaupt keinen Hehl.

Es gibt noch eine zweite Dimension: die moldauische. Im Herbst finden in der Republik Moldau Präsidentschaftswahlen statt, bei der Amtsinhaberin Maia Sandu sich um eine zweite Amtszeit bewerben will. Die Beziehungen der pro-westlichen Sandu und ihres Teams zu Moskau sind schlecht: Präsidentin, Regierung und die Regierungspartei „Aktion und Solidarität“ stehen geschlossen hinter der Ukraine und kritisieren die russische Regierung scharf. Umgekehrt macht Russland aus seiner Ablehnung gegenüber dem moldauischen Staatsoberhaupt keinen Hehl und unterstützt die gegen Sandu opponierenden Kräfte in der Republik Moldau. Moskau hat Interesse an einem Machtwechsel in der Republik, und der zwar rein verbale, aber recht lautstarke Konflikt zwischen Chişinău und Tiraspol bietet einen aktuellen Anlass, der moldauischen Regierung vorzuwerfen, sie sei nicht in der Lage, für Stabilität zu sorgen.

Darüber hinaus haben die jüngsten Ereignisse aber noch eine eigene, inner-transnistrische Dimension. Die nicht anerkannte Republik ist nämlich auch ein Geschäftsmodell. Die dort ansässige Holding „Sheriff“ hat in allen einträglichen Wirtschaftszweigen eine Monopolstellung – vom Groß- und Einzelhandel über Kraftstoffversorgung und Telekommunikation bis zur Glücksspielbranche und Industrieproduktion – und arbeitet seit 30 Jahren unter maximal komfortablen Rahmenbedingungen. Auch politisch nimmt „Sheriff“ Einfluss: Die Wahl des heutigen transnistrischen Regierungschefs Wadim Krasnoselski wurde durch das Unternehmen tatkräftig unterstützt.

Dass die Republik Moldau sich nun daranmacht, die Spielregeln zu ändern, muss den transnistrischen Giganten natürlich beunruhigen. Der Kongress sollte das Signal aussenden, dass „Sheriff“ nicht vorhat, klein beizugeben. Der Widerstand ist allerdings wohldosiert – die Resultate des Kongresses sprechen für sich. In der Unternehmensführung von „Sheriff“ sitzen Pragmatiker, die genau wissen, dass drastische Schritte die Situation noch verschlimmern können. Konzerneigentümer Victor Gushan ist ukrainischer Staatsbürger (wie übrigens auch Regierungschef Wadim Krasnoselski), hat Vermögen in der Ukraine und will nicht auf den Sanktionslisten des Westens erscheinen.

Den transnistrischen Eliten ist der Status als nicht anerkannte Republik lieb und teuer.

Oft wird Transnistrien bedingungslose Gefolgschaft gegenüber dem Kreml unterstellt, aber das entspricht nicht der Realität. So haben die dortigen Behörden zum Beispiel in zwei Jahren kein einziges Mal Russland in seinem Krieg gegen die Ukraine unterstützt, sondern mehrfach betont, dass sie ukrainische Flüchtlinge aufnehmen und ihnen Hilfe leisten. Den transnistrischen Eliten ist der Status als nicht anerkannte Republik lieb und teuer, denn er bringt sie erstens in den Genuss kostenloser Gaslieferungen („Gasprom“ stellt diese Lieferungen zwar Chişinău in Rechnung, fordert die Zahlungen aber nicht ein, sodass Tiraspol sein Gas zum Nulltarif bezieht) und ermöglicht ihnen zweitens, mit der EU Handel zu treiben, ohne sich Chişinău zu unterwerfen und von ihm abhängig zu sein. Das war die Situation vor Russlands Einmarsch in die Ukraine.

Der ungelöste transnistrische Konflikt nimmt schon seit Langem kuriose Formen an. Einerseits schottet Transnistrien sich mit Zollstationen an der Grenze von Moldau ab, andererseits sind die beiden Ufer des Dnister eng miteinander verflochten. Das moldauische Regionalkraftwerk, von dem Moldau seinen Strom kauft, liegt auf transnistrischem Gebiet. Die Bewohner der nicht anerkannten Republik bekommen (neben russischen und ukrainischen) moldauische Pässe, fahren zum Arbeiten, Studieren oder Shoppen nach Chişinău und lassen sich dort ärztlich behandeln. Der transnistrische Fußballclub „Sheriff“ – der Vereinseigentümer ist unschwer zu erraten – holte mehrmals den moldauischen Meistertitel und tritt in den europäischen Pokalwettbewerben unter moldauischer Flagge an. Die transnistrische Bevölkerung nimmt an den moldauischen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen teil. Solche Eigenheiten gab es bei keinem anderen territorialen Konflikt im postsowjetischen Raum. Das heißt nicht, dass diese bestehende Konstruktion nicht zum Einsturz gebracht werden könnte, wenn der Wille dazu vorhanden wäre. Doch im Augenblick ist dieser Wille auf keiner Seite erkennbar.

Aus dem Russischen von Andreas Bredenfeld

https://www.ipg-journal.de/regionen/europa/artikel/russischer-brueckenkopf-7362/?utm_campaign=de_40_20240301&utm_medium=email&utm_source=newsletter

Keine Berichte

Schweden (Seiten E 216 – E 219)

01) Lektion für Elon. Zum ersten Mal weltweit wird Tesla bestreikt. Der Arbeitskampf für einen Tarifvertrag in Schweden sendet auch ein Signal nach Deutschland.

Von German Bender



German Bender
Stockholm

German Bender ist Doktorand an der *Stockholm School of Economics* und Chefanalyst beim Thinktank *Arena Idé* in Stockholm.

Wirtschaft und Ökologie 04.03.2024 | [German Bender](#)



picture alliance / Associated Press | Kirsty Wigglesworth
Bekommt es mit einer höheren Macht zu tun:
Können die verhassten Gewerkschaften Tesla-Chef Elon Musk in die Knie zwingen?

Seit gut vier Monaten, seit dem 27. Oktober 2023, sieht sich der Elektroautohersteller Tesla erstmalig mit einem Streik konfrontiert. Die schwedische Gewerkschaft IF Metall rief zum Streik auf, nachdem Tesla sich fünf Jahre lang geweigert hatte, einen Tarifvertrag für seine Werkstattbeschäftigten im ganzen Land auszuhandeln – Tesla betreibt in Schweden keine Fabriken, sondern bietet nur Fahrzeugwartung, Reparaturen und Ladeinfrastruktur an. Dass gerade die schwedische Gewerkschaftsbewegung sich als erste mit dem konsequent gewerkschaftsfeindlichen Unternehmen anlegt, ist nicht überraschend. Schweden ist eines

Seite E 217 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

der am stärksten gewerkschaftlich organisierten Länder der Welt, rund 70 Prozent der Arbeiterinnen und Arbeiter sind Gewerkschaftsmitglieder. Dementsprechend [unterstützt](#) die große Mehrheit der Schwedinnen und Schweden den Streik und ist der Ansicht, dass der Konflikt der Marke Tesla schadet.

Schwedische Gewerkschaften haben Machtressourcen, die in vielen anderen Ländern nicht zur Verfügung stehen. Sie können beispielsweise Unternehmen bestreiken, die keine Tarifverträge anbieten, und sie damit unter Druck setzen, einen Tarifvertrag abzuschließen – der Tesla-Konflikt ist hierfür ein Paradebeispiel. Außerdem dürfen sie zu Sympathiestreiks aufrufen, die manchmal auch Solidaritätsstreiks genannt werden. Das sind Kollektivaktionen zur Unterstützung eines Hauptarbeitskampfes, mit denen Gewerkschaften beispielsweise sich selbst oder eine andere Gewerkschaft stärken können, wenn sie in einen Konflikt involviert ist. In der Auseinandersetzung mit Tesla werden beide Aktionsformen genutzt.

Dass gerade die schwedische Gewerkschaftsbewegung sich als erste mit dem konsequent gewerkschaftsfeindlichen Unternehmen anlegt, ist nicht überraschend.

Die erste Variante praktiziert die Gewerkschaft IF Metall. Zunächst weitete sie ihren Streik auf Reparaturwerkstätten anderer Unternehmen aus, die Tesla-Fahrzeuge warten. Im zweiten Schritt verhängte IF Metall kürzlich eine Blockade gegen das Unternehmen Hydro Extrusion, das ein für die Produktion des Model Y von Tesla in Deutschland benötigtes Bauteil herstellt. Auf diese Weise will die Gewerkschaft die Produktion von Neufahrzeugen behindern. Weitaus die meisten Solidaritätsstreiks gegen Tesla wurden jedoch von neun anderen schwedischen Gewerkschaften ausgerufen. Diese Arbeitskampfmaßnahmen sind streng genommen keine Streiks, weil die Belegschaft die Arbeit nicht gänzlich niederlegt. Stattdessen führen die Beschäftigten keine Tätigkeiten mehr aus, die mit Tesla in Verbindung stehen.

Die [Gewerkschaft der Elektriker](#) weigert sich zum Beispiel, Elektroarbeiten wie die Wartung oder Reparatur von Teslas Ladestationen und Werkstätten durchzuführen; [die Gewerkschaft der Gebäudeinstandhalter](#) hat die Reinigung der Werkstätten und Büros von Tesla eingestellt; [die Gewerkschaft der Postangestellten](#) blockiert Lieferungen an alle Tesla-Einrichtungen (auch die Lieferung von Nummernschildern für Neufahrzeuge); und [die Transportgewerkschaft](#) hat die Entsorgung von Industrieabfällen in den Werkstätten gestoppt und verhindert außerdem das Entladen von Tesla-Autos in den rund 50 schwedischen Häfen, sodass praktisch keine Tesla-Autos mehr nach Schweden geliefert werden.

Um die Blockade der Hafenbeschäftigten zu umgehen, leitete Tesla die Schiffe zunächst in andere nordeuropäische Häfen um. Dadurch weitete der Konflikt sich international aus, denn Gewerkschaften in [Dänemark, Norwegen und Finnland](#) beschlossen, IF Metall mit Solidaritätsaktionen zu unterstützen und dafür zu sorgen, dass in nordeuropäischen Häfen keine Tesla-Fahrzeuge mehr entladen werden. Als Reaktion auf die Blockade der nordeuropäischen Häfen verlegte Tesla den Transport auf den Landweg direkt von seinem Werk in Deutschland – Teslas einzige Fabrik in Europa und die [zweitgrößte außerhalb der USA](#). Das ist natürlich aufwändiger und vermutlich teurer als die übliche Verschiffung.

Der Tesla-Streik ist der längste schwedische Arbeitskampf seit mehr als 30 Jahren.

Der Tesla-Streik ist sowohl vom Ausmaß als auch von der Dauer her eine Besonderheit, denn es handelt sich um den längsten schwedischen Arbeitskampf seit mehr als 30 Jahren.

Seite E 218 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

In Schweden, einem der [einträchtigsten Arbeitsmärkte in Europa](#), wird äußerst selten gestreikt. Gerade dieser Konflikt ist aber für die schwedischen Gewerkschaften von zentraler Bedeutung. In ihren Augen ist er zwingend notwendig, um das vielgepriesene schwedische Arbeitsmarktmodell zu schützen. Eine der institutionellen Säulen dieses Modells sind die sektoralen Tarifverträge, die für 90 Prozent aller Beschäftigten gelten. Die Tarifbindung wird teilweise dadurch gewährleistet, dass die Unternehmen streng verpflichtet sind, solche Verträge abzuschließen.

Arbeitskosten dadurch zu senken, dass man sich der Aushandlung von Tarifverträgen verweigert, wird von Gewerkschaften und Unternehmen gleichermaßen als unlauterer Wettbewerb erachtet. Die Gewerkschaften fürchten zudem einen Abwärtsdruck auf Löhne und Arbeitsbedingungen, wenn ein großes Unternehmen wie Tesla aus dem schwedischen Modell aussteigen darf, denn das könnte andere dazu veranlassen nachzuziehen. Dieser Dominoeffekt wäre nicht nur für die Beschäftigten von Tesla von Nachteil, sondern auch für die Arbeiterinnen und Arbeiter in anderen Unternehmen, und könnte am Ende das schwedische Modell insgesamt untergraben. Die Alternative zu einem hohen tarifvertraglichen Organisationsgrad bestünde darin, mehr Vorschriften über Löhne und Arbeitsbedingungen auf nationaler und EU-Ebene zu erlassen – ein Szenario, das die Gewerkschaften und Unternehmen vermeiden wollen.

Dieser Konflikt spielt für die Gewerkschaften auch deshalb eine so große Rolle, weil Tesla beispielhaft für den schnell wachsenden Markt für Elektrofahrzeuge steht.

Der Konflikt spielt für die Gewerkschaften auch deshalb eine so große Rolle, weil Tesla beispielhaft für den schnell wachsenden Markt für Elektrofahrzeuge steht. Tarifverträge für die im Zuge des industriellen Wandels geschaffenen Arbeitsplätze zu sichern, ist eine der zuverlässigsten Möglichkeiten, um sicherzustellen, dass grüne Arbeitsplätze auch wirklich gute Arbeitsplätze sind – ein wichtiges Anliegen der Gewerkschaften.

Doch auch für Tesla hat der Konflikt symbolische Bedeutung. Der Grund sind nicht die Kosten eines Vertrags mit den schwedischen Gewerkschaften, die unerheblich wären in Anbetracht der Tatsache, dass ein solcher Vertrag nur für 130 der weltweit fast 130 000 Tesla-Beschäftigten gelten würde. Doch Zugeständnisse an die Gewerkschaft in Schweden könnten den Gewerkschaftsforderungen in Ländern wie den USA und Deutschland, in denen ein Großteil der Tesla-Beschäftigten arbeitet, Auftrieb geben.

Die schwedischen Gewerkschaften sind nicht die einzigen, die Druck auf Tesla ausüben. In den USA will die [Gewerkschaft United American Autoworkers](#) mindestens eine der riesigen amerikanischen [Tesla-Fabriken gewerkschaftlich organisieren](#). Eine Woche vor dem Streik in Schweden richtete zudem die neugewählte Vorsitzende der mächtigen deutschen IG Metall, Christiane Benner, [eine deutliche Botschaft an Elon Musk](#): „Sie müssen aufpassen. Hier gelten andere Spielregeln“, sagte sie mit Blick auf die Versuche von Tesla, die gewerkschaftliche Organisation in seinem Werk in Grünheide mit fast 12 000 Beschäftigten zu behindern.

Bislang hat sich jedoch noch keine deutsche Gewerkschaft ihren nordeuropäischen Partnergewerkschaften mit Solidaritätsaktionen zur Unterstützung von IF Metall angeschlossen.

[Nach Angaben der IG Metall](#) steigt die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder in dem Werk „schneller als erwartet“. Die Mitgliederzahlen sind entscheidend, um die anstehenden

Betriebsratswahlen im Werk zu gewinnen und Tesla durch entsprechenden Druck zu Verhandlungen mit der Gewerkschaft zu bewegen oder möglicherweise auch zu einem

Seite E 219 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 845 vom 07.03.2024

Streik aufzurufen. Bislang hat sich jedoch noch keine deutsche Gewerkschaft ihren nordeuropäischen Partnergewerkschaften mit Solidaritätsaktionen zur Unterstützung von IF Metall angeschlossen. Denkbare Möglichkeiten wären die Blockade von Lkw, die Tesla-Neuwagen von Deutschland nach Schweden liefern sollen, oder die Einstellung der Werksproduktion von Fahrzeugen für den schwedischen Markt. Mit solchen Aktionen könnte der internationalen Mobilität des Kapitals etwas Gewichtiges entgegengesetzt und die nordeuropäische Gewerkschaftsbewegung könnte wirkungsvoll gestärkt werden. Auch würden sie die Chancen der IG Metall auf einen Tarifvertrag für die Tesla-Beschäftigten in Deutschland erhöhen. Und das, während Tesla am deutschen Standort nach [einem Nein bei einer nichtbindenden Bürgerbefragung](#) über eine Erweiterung der Fabrik [unter Druck](#) steht.

Bleibt die Frage, ob solche Solidaritätsstreiks nach deutschem Arbeitsrecht zulässig sind oder nicht. Das Recht auf Solidaritätsaktionen wurde zwar in Deutschland 2007 in [einer Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts](#) bestätigt, aber ein Fall wie der schwedische Tesla-Konflikt ist bislang noch nicht vor Gericht verhandelt worden. Daher sollten die IG Metall und andere deutsche Gewerkschaften dringend juristisch genau prüfen, ob sie zu Solidaritätsstreiks aufrufen können, um die IF Metall in ihrem Kampf für einen Tarifvertrag für die Tesla-Beschäftigten zu unterstützen. Sollte sich dabei herausstellen, dass der Rechtsstatus solcher Solidaritätsstreiks unklar ist, bestünde die Möglichkeit, vor dem Bundesarbeitsgericht einen Präzedenzfall zu schaffen, der enorm wichtig werden könnte. Dass die IG Metall den schwedischen Streik [rhetorisch unterstützt](#), ist erfreulich und auch geboten, reicht aber leider nicht aus. Nicht, wenn man es mit einem Elon Musk zu tun hat.

Aus dem Englischen von Christine Hardung

https://www.ipg-journal.de/rubriken/wirtschaft-und-oekologie/artikel/lektion-fuer-elon-7319/?utm_campaign=de_40_20240304&utm_medium=email&utm_source=newsletter